UNIVERSITY
OF
TORONTO
LIBRARY

Rudolf von Bennigsen

Rudolf von Bennigsen

Nach einem Gemälde von Franz von Lenbach

B4726
.Yn2

Rudolf von Bennigsen

Ein deutscher liberaler Politiker

Nach seinen Briefen und hinterlassenen Papieren

von

Hermann Oncken

Erster Band

Bis zum Jahre 1866

Mit 7 Bildbeilagen

1. bis 3. Tausend

173740
12/7/22

Stuttgart und Leipzig
Deutsche Verlags-Anstalt
1910

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart
Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württemberg

Vorwort

Mit der vorliegenden Biographie Rudolf von Bennigsens entledige ich mich einer Aufgabe, die das Vertrauen seiner Familie, durch Uebergabe seiner gesamten hinterlassenen Papiere, vor einigen Jahren in meine Hand gelegt hat.

Wenige führende Männer unsrer neueren nationalen Geschichte würden in ihrem eignen Anteil und ihren eignen Erlebnissen einen so reichen und würdigen Stoff für Denkwürdigkeiten gefunden haben. Man sollte meinen, daß ein Mann, der die Geschichtsliteratur so liebte, der so historisch dachte und sein eignes Tun historisch übersah, wie Bennigsen es tat, auch das Bedürfnis gefühlt haben müßte, mit eigner Hand das zu unternehmen, was der nachlebende Geschichtschreiber aus den Fragmenten eines Nachlasses niemals ersetzen kann. Hat doch Bennigsen selbst seinen Mitkämpfer aus der Nationalvereinszeit, H. B. von Unruh, zur Niederschrift seiner wertvollen Memoiren bestimmt; ein andrer Freund aus dieser Periode, der schwäbische Jurist A. L. Reyscher, wollte ihm gar die eignen Lebenserinnerungen, die er hernach selber schrieb, ursprünglich zur Bearbeitung hinterlassen. Ein dritter Freund, einer der wenigen Ueberlebenden dieser Zeit, der Nationalökonom und Sozialpolitiker B. Böhmert, hat den ehemaligen Präsidenten des Nationalvereins noch in seinen letzten Lebensjahren wiederholt gemahnt, er und kein andrer müsse auch der Geschichtschreiber des Nationalvereins werden, um dem Gedächtnis dieser Bestrebungen die gebührende Geltung zu verschaffen und einer allzu einseitigen Geschichtsauffassung entgegenzutreten. Auch für die folgenden Jahrzehnte fühlten die Freunde das gleiche Bedürfnis: als die Publikationen aus Bismarcks Papieren erschienen, erinnerte ihn Hammacher an seine Pflicht, auch das Seine zu sagen. Bennigsen erörtert noch in der Korrespondenz der letzten Monate die Frage, wem eine Biographie des dahingeschiedenen Freundes Miquel anzuvertrauen sein möchte. Aber er selbst hat nicht zur Feder gegriffen, wohl kaum je wieder einen Blick in die Akten des Nationalvereins geworfen, die in dem Alten Hause auf Bennigsen zusammen mit dem Gutsarchiv lagen, oder auch nur die späteren Korrespondenzen, die bei ihm die Schränke und Läden füllten, mit bewußtem Sinne gesichtet. Die Neigung seines Vaters zu ordnender Betrachtung war nicht auf ihn übergegangen. Die Anspannung und Unruhe in langen Jahrzehnten öffentlichen Lebens machte

ihn, der sowieso nicht gern schrieb, nicht geneigt, sein eigner Historiker zu werden. Das Auf und Ab parlamentarischer Geschäfte scheint auch bei uns in Deutschland kein günstiger Nährboden für Memoiren und Erinnerungen zu sein.

Da wir somit keine Zeile eigner Denkwürdigkeiten von Bennigsen besitzen, mußte sich die Aufgabe darauf beschränken, aus dem Material, das man in seinem Nachlasse vorfand, und aus den Briefen, die man von andrer Seite herbeizuschaffen vermochte, eine biographische Darstellung zusammenzufügen, die einen gewissen Ersatz gewähren möchte. Diese Darstellung, die ich hiermit vorlege, muß mit dem, was sie bringt und nicht bringt, für sich selbst reden. Sie hat Bennigsen, zumal in den Jugendbriefen, möglichst ausführlich zu Worte kommen lassen, damit auch das Persönliche, alles das, was ihn mit den Seinen verbindet und in einem ganz im Politischen aufgehenden Leben fast zurücktritt, zur Geltung gelange. Sie mußte alsbald den Rahmen einer eigentlichen Biographie weit überschreiten, je mehr dieses Einzelleben in einen Kreis Gleichstrebender eintritt, sein Tun sich zur Parteigeschichte erweitert und schließlich mit der allgemeinen Entwicklung unsrer Volksgeschichte sich untrennbar verflicht; zumal die Gelegenheit, die Papiere des Nationalvereins aufzuarbeiten, durfte nicht versäumt werden. Dieses Leben war einmal so beschaffen, daß es zu seinem Verständnis eines weiten Hintergrundes zeitgenössischer Geschichte bedarf; wohl beherrscht es ihn nicht, wie es nur den großen Bezwingern menschlichen Daseins beschieden ist, aber es verschwindet auch nicht in ihm, wie die Vielzuvielen, die Memoiren schreiben, weil sie mit den Großen sich berührten, oder das eine oder andre Mal mittaten; aber ich finde, daß es inmitten dieser Zusammenhänge seine Persönlichkeit und seinen Weg behauptet, in Eigenart und Abwandlung, als eine der vornehmsten typischen Ausprägungen des nationalen und liberalen Wollens zweier Menschenalter, als ein unverlierbares Stück unsrer Nationalgeschichte.

In deren Gesamtkreis mußte daher die Biographie, einem höheren Zweck sich unterordnend, eintreten und zur politischen Geschichte sich ausweiten. Sie ist darum nicht etwa von einem Parteistandpunkt aus, nicht in einer spezifisch nationalliberalen Auffassung früherer oder späterer Farbe geschrieben, und dient überhaupt keinem parteipolitischen Zwecke. Niemanden hätte eine derartige fraktionelle Verengung ferner gelegen als gerade Bennigsen, der für einen Politiker fast zu objektiv veranlagt war und, obwohl die längste Zeit seines Lebens Parteiführer, sich immer wieder über die Parteien hinaus erhob. Das freilich verstand sich von selbst, daß man dieses Leben nicht in einem Geiste schreiben konnte, der sich den Tendenzen, die es trugen, völlig fremd gefühlt hätte.

Für gewisse Perioden der Biographie habe ich einen Teil des Rohmateriales bereits in der „Deutschen Revue" (Jahrg. 1904/07) mehr oder minder ausführlich veröffentlicht. Im ganzen war das Material, das mir zur Verfügung stand, sehr ungleich erhalten, vollständig für einzelne Perioden und für andre lückenhaft, oft gerade an denjenigen Stellen versagend, an denen dieser diskrete und schweigsame Hannoveraner uns das Wichtigste hätte erzählen können.

Um so mehr möchte ich allen denen meinen herzlichen Dank sagen, die mir bei der Beschaffung des Materials behilflich waren. In erster Linie der Familie von Bennigsen, die mir in vornehmer und rückhaltloser Weise alles, was nur irgend dienlich sein konnte, erschlossen hat; namentlich Herrn Kaiserlichen Gouverneur a. D. Rudolf von Bennigsen in Berlin, Herrn und Frau Oberst von Müller in Blankenburg a. H., und Herrn Baron von Leonhardi in Groß-Karben. Nicht minder einem der ältesten Freunde Bennigsens, fast dem einzigen Ueberlebenden einer großen Generation, Seiner Exzellenz dem Wirklichen Geheimen Rat Professor Dr. G. Planck in Göttingen. Bei der Ermittlung von Briefen mußte an manche Tür vergebens angeklopft werden; sehr zu bedauern vor allem ist, daß Fürst Münster-Derneburg und H. V. von Unruh ihre gesamte Korrespondenz vernichtet hatten, und daß auch bei manchen andern, wie zum Beispiel im Schulze-Delitzsch-Archiv, nur wenig erhalten ist. Von vielen Seiten aber bin ich durch freundliche Hergabe von Briefen unterstützt worden. Ich nenne: Frau Marie von Benda auf Rudow; Herrn Geheimrat Dr. V. Böhmert in Dresden; Herrn Dr. Friedrich Böttcher in Mengeringhausen; Herrn Geheimen Legationsrat Dr. W. Cahn in Berlin, der die Papiere Laskers in Händen hat; Herrn Senator Dr. Ehmck in Bremen; Herrn Direktor Dr. A. Emminghaus in Gotha, der mir den Briefwechsel mit Lammers vermittelte; Frau Anna Freytag, Exzellenz, in Berlin; Frau Professor Grill, die Tochter Reyschers, dessen in der Stuttgarter Bibliothek verwahrter Nachlaß mir von Herrn Professor G. von Below nachgewiesen wurde; Herrn Polizeipräsidenten Hammacher in Aachen; das Königliche Staatsarchiv in Hannover; Herrn Professor Dr. O. Hintze in Berlin, der ebenso wie Herr Landrat von Miquel die an Miquel gerichteten und nur zum kleineren Teil erhaltenen Briefe zugänglich machte; Herrn Oberamtsrichter Hölder in Calw; Seine Durchlaucht den Fürsten Edzard von Inn- und Knyphausen auf Lütetsburg; Frau Anna Kerler in Würzburg, die Tochter Karl Braters; Herrn Archivar Dr. Krieg in Koburg, der mir mit Genehmigung des Herzoglich Sächsischen Ministeriums in Gotha die Briefe an Herzog Ernst übermittelte; Seine Exzellenz den Herrn Staatsminister Freiherrn Dr. von Lucius in Klein-Ballhausen; Herrn Professor

Dr. Erich Marcks in Hamburg, der mir die unter Bismarcks Papieren befindlichen Briefe erschloß; Herrn Dr. Marquardsen in Kissingen; Herrn Professor Dr. Fr. Oetker in Würzburg; Herrn Dr. E. Passavant in Frankfurt; Herrn Siegmund Pfaff in Bremen; Herrn Professor Dr. H. Rickert in Freiburg; Frau Clara von Rochau in Heidelberg (durch Vermittlung meines hiesigen Kollegen Herrn Dr. Cartellieri); Herrn Freiherrn Franz von Roggenbach; Herrn Geheimrat Dr. K. Samwer in Gotha; Herrn Hauptmann a. D. U. von Stosch in Haus Oestrich; Herrn Regierungspräsidenten a. D. Dr. Stüve in Osnabrück; Herrn Professor L. von Sybel in Marburg; Herrn Chefredakteur Tippel in Schweidnitz und viele andre. Für speziell hannoversche Beratung schulde ich aufrichtigen Dank Herrn Stadtbibliothekar Dr. Fr. Thimme in Hannover, von dem wir noch eine Geschichte des Königreichs Hannover im größeren Zusammenhange zu erwarten haben. Ihm verdanke ich auch den Nachweis — den ich gleich hier zur Berichtigung einfügen darf —, daß das von mir Bd. I, S. 270 erwähnte und auf Grund von W. von Hassell, Geschichte des Königreichs Hannover, Bd. II, 1 S. 318 dem Minister von Borries zugeschriebene „Lehrbuch der Regierungskunst aus dem regentlichen Standpunkt", das für den königlichen Hof unter Georg V. so charakteristisch ist, nicht den Minister selbst, sondern vermutlich Hannibal Fischer zum Verfasser hat.

Ich bin mir bewußt, daß die in Berlin begonnene, in Chicago und in Gießen fortgesetzte und erst an meinem jetzigen Wohnort vollendete Biographie — bei der Fertigstellung des Manuskripts zum zweiten Bande erfreute ich mich im letzten Sommer der eifrigen Beihilfe von Herrn stud. phil. G. Ritter aus Kassel — Spuren intermittierender Arbeit an sich trägt; zumal da mir die längste Zeit hindurch eine der wichtigsten Quellen jüngster Geschichte, das Zeitungsmaterial, nur in ganz beschränktem Umfange zu Gebote stand. Doch hoffe ich, daß das Erscheinen dieses Buches den Anlaß zur Erschließung weiterer Quellen und zur Belebung des Anteils an unsrer jüngsten nationalen Entwicklung geben möge. Es würde im Sinne Rudolf von Bennigsens sein, wenn es dazu beitrüge, parteipolitische Vorurteile zunächst in der Vergangenheit zu überwinden, auch in der Würdigung Andersdenkender, und damit politische Gegensätze zu mildern, die, wie Bennigsen in einer Rede bei der fünfundzwanzigjährigen Gedächtnisfeier des Deutschen Reiches sagte, „unter Menschen menschlich überwunden werden müssen". Denn an diesem Verstehenlernen und Zusammenarbeiten hängt am Ende doch ein gutes Stück unsrer nationalen Zukunft.

Heidelberg, im Oktober 1909.

Hermann Oncken.

Inhaltsverzeichnis

Seite

Vorwort 1

Einleitung. Einheit und Freiheit der deutschen Nation 7

Erstes Buch. Anfänge (1824 bis 1858) 25

Erstes Kapitel. Staat und Gesellschaft in Hannover 27

Zweites Kapitel. Geschlecht und Jugend 48

Drittes Kapitel. Studienjahre und Staatsdienst (1842 bis 1847) . . 76

Viertes Kapitel. Deutsche Hoffnungen und Enttäuschungen 1848/49 . 143

Fünftes Kapitel. Richter und Staatsanwalt (1850 bis 1856) . . . 177

Sechstes Kapitel. Vermählung mit Anna von Reden 216

Siebentes Kapitel. Der Kampf gegen die Reaktion in Hannover. Parlamentarische Lehrjahre (1856 bis 1858) 258

Zweites Buch. Nationale und liberale Politik in Deutschland und Hannover 1859 bis 1866 311

Erstes Kapitel. Die Krisis von 1859 und die Begründung des Nationalvereins 313

Zweites Kapitel. Bennigsen an der Spitze der Deutschen Nationalpartei 1860 363

Drittes Kapitel. Der Nationalverein und seine Leute 441

Viertes Kapitel. Fortgang und Hemmung 1861/62 477

Fünftes Kapitel. Der Nationalverein und Bismarck im Konflikt. Schleswig-Holstein (1862 bis 1865) 571

Sechstes Kapitel. Der Deutsche Krieg und die Katastrophe Hannovers 688

Bildbeilagen

1. Rudolf von Bennigsen. Nach einem Gemälde von Franz von Lenbach (1896) . . . . . Titelbild
2. Stammhaus der Familie von Bennigsen (das alte Haus) zu Bennigsen 48/49
3. Generalmajor Carl von Bennigsen, der Vater Rudolf von Bennigsens 60/61
4. Frau Elise von Bennigsen, geb. von Jonquières, die Mutter Rudolf von Bennigsens 62/63
5. Rudolf von Bennigsen als Student im Jahre 1842 . . . . . 80/81
6. Frau Anna von Bennigsen, geb. von Reden, Gemahlin Rudolf von Bennigsens 252/53
7. Rudolf von Bennigsen im Jahre 1867 . . . . . 694/95

Einleitung

Einheit und Freiheit der deutschen Nation

Das politische Leben Rudolf von Bennigsens ist von den Anfängen bis zu dem Ausgange seiner öffentlichen Betätigung von den Bestrebungen erfüllt, die auf die Schaffung eines einigen deutschen Vaterlandes und, nachdem das Ersehnte wirklich geworden, auf den Ausbau dieses neuen Staates gerichtet waren: es verknüpft die Generation der Suchenden und die der glücklichen Vollender. Und der Geist seiner Mitarbeit an diesem Werke ging zugleich aus jener bestimmten Welt- und Staatsanschauung hervor, die in dem Wort Liberalismus begriffen wird: die Einheit sollte mit Freiheit gepaart sein, die Nation sich des Gutes freier Selbstbestimmung und individueller Betätigung erfreuen: und wiederum verknüpft seine Entwicklung die Jahrzehnte weitgreifender Ideale mit der Epoche ihrer Wandlung und Beschränkung in der Wirklichkeit. In steter Wechselwirkung miteinander, wie ein einziger breiter Strom dahinflutend, machen diese zwiefachen Tendenzen den Inhalt seines Lebens im geschichtlichen Sinne aus. Beiden Tendenzen aber stehen wir heute schon nicht mehr mit dem vollen Verständnis für ihr Wollen und Vollbringen gegenüber. Was der nationale Einheitsdrang herbeisehnte, bedeutet für uns heute eine Errungenschaft, deren Luft wir wie etwas Selbstverständliches atmen, den Blick auf neue und schwierige Aufgaben der Zukunft gerichtet. Und vollends der Liberalismus hat, obgleich er seine Ziele nicht völlig erreicht hat, an manchen Stellen vielmehr zurückgeworfen und überholt worden ist, doch die Einrichtungen und Gesinnungen unsers öffentlichen Lebens nach so vielen Richtungen hin durchtränkt, er lebt in uns allen, zum Teil auch in denen, die ihn bitter bekämpften, als ein so natürliches Fluidum unsers politischen Daseins, daß man das Wort Ibsens auf ihn anwenden möchte von den Wahrheiten, die so hoch zu Jahren gekommen sind, daß sie sich bereits abgelebt haben. Hier wie dort empfinden wir ähnlich: Erreichtes, Abgeschlossenes lockt nicht mehr. Nirgends ist der historische Undank unbarmherziger als gegen die gerade abgetretenen Generationen, auf deren Siegen und Kämpfen die Menschen der Gegenwart stehen. Wir müssen also das Leben Bennigsens nicht von heute aus, sondern von den politischen und geistigen Konstellationen, unter denen es abgelaufen ist, zu begreifen suchen, wenn wir es würdigen wollen. Dieser richtige Standpunkt ergibt sich erst dann, wenn wir

den beiden großen historischen Tendenzen, der nationalen und der liberalen, nachgehen bis zu dem Moment ihrer gegenseitigen Durchdringung, in dem sie eine wirkliche Lebensmacht in dem Dasein unsers Volkes bedeuteten.

Unsre ganze Vergangenheit läßt sich unter dem Gesichtspunkt begreifen, wie unser Volk den nationalen Staat gesucht und verfehlt hat: gerade Bennigsen mit seiner Neigung zur objektiv historischen Betrachtung hat immer wieder aus der Geschichte seines Volkes die Antriebe für sein Handeln, die Maßstäbe für sein Denken und die Verheißung für die Zukunft geschöpft.

Die Geschichte des deutschen Volkes ist eins der tiefsinnigsten Schauspiele der Weltgeschichte. Nicht als ob sie an sich die gewaltigste und reichste wäre und für die Entwicklung auch nur der europäischen Menschheit am meisten bleibende Güter geschaffen hätte — auch die Vaterlandsliebe darf uns nicht zu solcher Vorstellung verführen —, aber sie ergreift in ihrer schicksalvollen Verknüpfung von Freiheit und Notwendigkeit das Gemüt am tiefsten, wie nur die Tragik höchsten Heldenlebens es vermag. Sie zeigt uns ein Volk, das mit den gesunden Sinnen und dem unverdorbenen Blute junger Völkerkraft früh aus der Barbarei aufsteigend, schon in dem Augenblicke, da es sich in sich selber zusammenzufinden und in die allgemeine Kultur einzutreten begann, sich alsbald zur Führung in Europa erhob und mit den universalen Lebensmächten des Abendlandes verband, indem es die Idee und die Ansprüche des römischen Kaisertums mit seinem nationalen Königtume vereinigte. Wohl wuchsen die Deutschen in den großen Jahrhunderten der Kaiserzeit durch die Gemeinschaft des Handelns enger zusammen, aber auf die Dauer wurde gerade die Verknüpfung mit den imperialen Ideen ein Verhängnis für ihre nationale Gestaltung ebenso wie für die hochgemuten Dynastien, die das Volk auf dieser schwindelnden Bahn emporgeführt hatten. Um so mehr, als die geographische Lage Deutschlands in dem Zentrum Europas — mitten zwischen der romanisierten Kulturwelt des Südens und Westens und den rein barbarischen Ländern des Nordens und Ostens — als ein Land der Mitte, ohne feste Grenzen nach den meisten Seiten hin, schon von vornherein der nationalen Abschließung so ungünstig wie möglich war: überallhin, erobernd, kolonisierend, handeltreibend, mit allen Lebenskräften einer robusten Natur griffen seine Bewohner in die Welt hinein, bevor noch die Basis dieser großen Auswirkung stark genug in sich selber geworden war, bevor die nationalen Institutionen, die das Ganze zusammenhielten,

sich hinreichend befestigt hatten. Die zentrale Lage war Deutschlands Schicksal; die Verbindung mit dem Kaisertum Schicksal und Wille; unter der Gunst und Ungunst dieser beiden Momente erwuchs der Charakter, die Individualität des Volkes.

Und so ist es denn tausend und aber tausend Male erzählt worden, wie diese Verflechtung der Geschicke die völlige Ausbildung einer zentralen nationalen Gewalt — deren Träger ja mehr als Nationalkönige zu sein sich vermaßen — gehemmt hat; in dem Kampfe mit der geistlichen Gewalt, die mit innerlicherer Berechtigung die universalen Ideen verkörperte, zerbrach das weltliche Schwert des Imperiums. Als die Deutschen es nach langem Ringen sinken ließen, war es bereits bei ihnen daheim zu einer Auflösung ihrer nationalen Institutionen gekommen, der ein allgemeiner Kräfteverfall im Innern folgte. Die Nation als solche hatte die Kosten der universalen Kaiserpolitik mit ihrem Herzblute zu bezahlen. Auch in den späteren Jahrhunderten des Mittelalters, als die Ansprüche des Kaisertums nur noch dem Namen nach fortlebten, gelang es nicht, den Aufbau des Staates von innen heraus zu erneuern. Vielmehr, während die großen Völker des Westens sich unter nationalen Königen einheitlich und stark zusammenschlossen, nahm die deutsche innere Entwicklung den umgekehrten Verlauf. Längst schon waren aus den Aemtern königlicher Grafen und Markgrafen erbliche Berechtigungen geworden, und an diesen erwuchsen Territorien mit Land und Leuten, Fürstentümer und Dynastien, eine Unmenge fürstlicher und auch städtischer Sondergewalten, die dem Ganzen Luft und Licht benahmen; um überhaupt regieren zu können, mußten auch die deutschen Könige immer wieder den verhängnisvollen Versuch machen, sich zunächst einmal selbst eine solche fürstliche Hausmacht zu schaffen. So schlug die politische Entwicklung Deutschlands immer mehr eine zentrifugale Richtung ein, und über all dieser Zersplitterung stieg es im Rate der Völker herab. Zwar ging die Reformation von den Deutschen aus; das Volk, das einst mit den Waffen des weltlichen Imperiums gegen den Träger des geistlichen Schwertes gerungen hatte, begann nun die innerliche Befreiung von der kirchlichen Alleinherrschaft Roms durchzuführen; aus der Tiefe des deutschen Gemütes sprang die große weltgeschichtliche Bewegung, die ein neues Zeitalter heraufführte. Aber für die Deutschen selbst schlug auch diese eigenste Tat, gerade wegen ihrer unvollendet gebliebenen staatlichen Struktur, zum Unheil aus, und nicht die Nation als Ganzes, sondern die Sondergewalten sollten die Früchte pflücken. So schloß das Zeitalter damit, daß im Innern ein neuer Riß, dauernd für die Jahrhunderte, durch die lockere deutsche Territorialwelt und ihre Bevölkerung ging, daß fortan auch die tiefsten Fragen des Lebens

ein in sich selbst zerspaltenes Volk vorfanden; und damit war ein neues, fast unüberwindliches Hemmnis der Regeneration geschaffen. Unaufhaltsam ging der Prozeß der Territorialisierung fort, nur durch zeitweilige Rückschläge unterbrochen; es ist bezeichnend genug, daß der Spanier Kaiser Karl V. und der tschechische Edelmann Wallenstein die stärksten Versuche repräsentieren, das Rad der Geschichte zugunsten einer deutschen Zentralgewalt wieder rückwärts zu zwingen. Nach außen hin war das Ende, daß der deutsche Boden im Dreißigjährigen Kriege die wehrlose Beute der streitenden europäischen Völker wurde. Da begann die Brandung von den Grenzmarken abzureißen, soviel sie wollte. Längst waren deutsche Volksteile, wie Schweizer und Niederländer, zu eignen Völkern erwachsen und jede Generation sah fortan den Umfang deutschen Bodens verringert. Die Ohnmacht nach außen aber machte das Volk daheim gedrückt und arm, wirtschaftlich rückständig, roh, staatlos in der Unzahl kleiner Kreise, seiner selbst nicht Herr und nicht des eignen Hauses. Wohl dauerten einzelne große Impulse fort, wohl war viel individuelle Tüchtigkeit im Kleinen zu finden, über dem Ganzen aber liegt eine grauenhafte Stagnation; man vergleiche sie nur mit der Leistungsfähigkeit der emporgestiegenen westeuropäischen Völker, die mit neuen kulturellen, geistigen und politischen Ideen die Führung übernahmen, ihr inneres Leben reich ausgestalteten und einen aussichtsvollen Anteil an der Welteroberung gewannen.

Das deutsche Volk besaß keinen Staat mehr. Freilich bedeutete das nicht gänzliche Staatlosigkeit, etwa eine Anarchie gleich der polnischen, die der Anfang vom Ende sein mußte. Es waren ja längst jene neuen Gewalten usurpatorischen Ursprungs emporgekommen, die auf der einen Seite durch ihr Aufsteigen den Verfall des Ganzen schrittweis beschleunigten, auf der andern Seite aber wiederum neue Zentren staatlichen Zusammenlebens schufen, in denen sie Sicherheit nach außen und innen gewährten, staatliche Gesinnung erzogen und auch eine gewisse Kultur fortpflanzen konnten. Vor allem die größeren von ihnen, der mächtige österreichische Hausstaat, das preußische Staatsgefüge, Bayern, Sachsen, Hannover und noch der eine oder andre gewährten nach dem Worte Pufendorfs das Bild werdender Staaten; vielleicht konnten die Kräfte eines von ihnen doch noch einmal die Elemente für einen Wiederaufbau des Ganzen liefern. Das aber waren Möglichkeiten, die verborgen in der Zukunft lagen. Sah es nicht vielmehr im 18. Jahrhundert aus, als ob diese tatkräftigeren Dynastien das Reich in Teilfürstentümer zerschlagen wollten? Wuchsen nicht manche von ihnen innerlich und äußerlich aus dem Reiche hinaus und in das Ausland hinein? Was sie verloren, verlor in der Regel das

Ganze, und selten kam, was sie gewannen, dem Ganzen wieder zugute. Land und Leute aber waren an die Geschicke dieser großen Häuser gekettet, und je enger sie mit ihnen verwuchsen, desto weiter schwand die große Gemeinschaft der Nation hinter ihren Blicken zurück; nur in dem Gewimmel der Kleinen, wo die Landkarte am buntesten und das staatliche Leben am zwerghaftesten war, da war das Deutsche Reich in Wirklichkeit noch zu Hause. Sein loses Gefüge widerstand schon längst keinem stärkeren Druck, weder von außen noch von innen. Gerade die Persönlichkeit, die den Deutschen zuerst wieder eine unendliche Hoffnung ihrer Zukunft erweckte, Friedrich der Große, war zugleich der letzte und größte der fürstlichen Rebellen gegen das alte Reich. Der letzte Zerstörer vor Napoleon und der Vorläufer Bismarcks. Als im Revolutionszeitalter die Entscheidungskämpfe um Nationalität und Weltherrschaft begannen, da traten die Deutschen in einer ähnlichen politischen Verfassung in sie ein wie früher in die Weltkämpfe der Konfessionen: als das Schlachtfeld und Beuteland der andern. Nun zerbrach das Ganze, der alte Name des Reichs und zugleich die Glieder, alles tote Trümmergeröll wurde hinweggefegt, nicht von einem revolutionären deutschen Reichsreformator, sondern durch französisches Machtgebot, zugleich aber wurden die hoffnungsreichsten Neubildungen mit zerknickt, die Vergangenheit lag am Boden, aber mit ihr auch alle Möglichkeiten der Zukunft. Ein Imperator fremder Nation schien das Schicksal unsers Volkes zu vollenden, und der Größte, den unsre eigne Kultur hervorgebracht hatte, neigte sich vor diesem Geschick; als wenn es von jeher so bestimmt gewesen wäre, rief Goethe seinen Landsleuten zu:

„Zur Nation euch zu bilden, ihr hoffet es, Deutsche, vergebens,
Bildet, ihr könnt es, dafür freier zu Menschen euch um."

Dem Volke, das einst die universale Weltherrschaft waffenklirrend über die Alpen getragen hatte, riet sein Genius jetzt, die eigentliche Vollendung zu suchen in einem Kosmopolitismus ohne Staat, ohne Macht, ohne volle nationale Individualität. Als Schiller den Antritt des neuen Jahrhunderts begrüßte, sah er zwei gewaltige Nationen um der Welt alleinigen Besitz ringen; da legt der Franke seinen ehernen Degen in die Wage der Gerechtigkeit, und der Brite streckt seine Handelsflotten gierig wie Polypenarme aus, um das Reich der freien Amphitrite wie sein eignes Haus zu schließen; der Deutsche mag sich bescheiden:

„In des Herzens heilig stille Räume
Mußt du fliehen aus des Lebens Drang.
Freiheit ist nur in dem Reich der Träume,
Und das Schöne blüht nur im Gesang."

Und so meinte schließlich Fichte, ein merkwürdiger Zug im Nationalcharakter der Deutschen sei eben ihre Existenz ohne Staat, und über den Staat hinaus ihre rein geistige Ausbildung. So dachten unsre Größten in dem Zeitalter, in dem eine ungeheure Bewegung die Staatenwelt des ancien régime über den Haufen warf und die Völker nach Frankreichs Vorgang sich in nationalen Staaten selbständig und machtvoll zusammenfaßten. Mit den letzten Zuckungen des alten Reichs war der Beginn dieser neuen Epoche zusammengefallen.

Aber die tiefe Erniedrigung erweckte die nationalen Instinkte von neuem. Aus der Welt der Ideen stieg eine Reihe von Männern herab, um auf dem Boden der Nation und des Staates ein heiliges Feuer zu entzünden. Der deutsche Geist vermählte sich wieder mit dem Staate, und in dem preußischen Staate schmiedeten die Reformer ein Rüstzeug der Gegenwehr und der Auferstehung. Unter heißer Leidenschaft und unendlichen Opfern eines Teiles der Nation vollendete sich die Befreiung; aber nicht aus eigner Kraft allein war sie möglich, sondern nur mit Hilfe des Auslands, nicht einzig aus der entfesselten unmittelbaren Volkskraft stieg sie hervor, sondern sie mußte sich auf die geordneten Mittel jener historischen Staatsbildungen stützen, die sich — wie Preußen und Oesterreich vor allen andern — wieder erhoben hatten, und darum konnte auch das Ergebnis des Kampfes die Nation nicht völlig befriedigen. Allerdings war die Befreiung erreicht, die Grenze gesichert, manches Lebensunfähige blieb ausgelöscht, verglichen mit dem alten Reiche bedeutete der neue Deutsche Bund einen unleugbaren Fortschritt. Dem deutschen Nationalstaate aber stand er kaum näher als das frühere Gebilde, unser Volk schien der Lösung des übermächtigen Problems kaum näher zu sein als vorher. Auch das neue Geschlecht, das mit dem Lorbeer der Befreiungskriege aus der Schmach der Bedrückung emporstieg, mochte die Geschichte der deutschen Einheit, nach dem wundervollen Bilde von Görres, vergleichen mit der Baugeschichte des größten der deutschen Dome, des Kölner, der, begonnen und halb vollendet, aber niemals zum Abschluß gebracht, ein steinernes Mahnbild, in die Gegenwart hineinragte.

Noch war der Begriff der Nation ganz im Werden, im Flusse begriffen, nicht bloß bei denen, die ihn haßten oder verachteten, sondern auch bei denen, die ihn über alles stellten, und nun begannen nach 1815 von neuem die Kräfte sich zu regen, Hoffnungen und Gedanken einer wirklicheren Einheit in immer frischen Anläufen emporzusteigen. Zwei grundsätzlich verschieden orientierte politische Gesamtauffassungen beginnen sich zu sondern: die eine lebt in der 1815 restaurierten und im Deutschen Bunde organisierten Staatenwelt fort, die andre betrachtet

diese Formen als einen vergänglichen Uebergang zu höherer nationaler Einheit. Längst bevor die politischen Parteinamen, Partikularisten und Nationale, da waren, setzten die beiden Strömungen ein, noch nicht scharf gesondert, mannigfach ineinander spielend, aber immer mehr die Geister trennend. Wer in einem der größeren Staaten mit stolzer Tradition und lebhaft pulsierender Gegenwart lebte, in Oesterreich, in Preußen oder auch wohl in einem Mittelstaate, der mochte naturgemäß das höhere Ideal weniger vermissen; in allen Staaten, in den größeren mehr als in den kleineren, in ihren althistorischen Bestandteilen mehr als in ihren neugewonnenen, gab es starke Elemente, die mit dem Fortbestehen dieser Staatsformen, so wie sie einmal waren, mit ihrer Geschichte, ihren Einrichtungen in Heer und Beamtentum als einem teuersten Gute innerlich verknüpft waren; es waren die Herrschenden, die oberen Schichten, deren wirtschaftliche Existenz und Klassenlage zugleich von der Erhaltung des Bestehenden abhing: edle und egoistische Instinkte ließen sie partikularistisch, sonderpatriotisch empfinden und versperrten ihnen die Fühlung mit dem national-patriotischen Verlangen. Umgekehrt erfüllten sich in den kleineren Staaten mit ihren Zufallsgrenzen und der Enge ihres öffentlichen Lebens bald viele mit einem kräftigeren Bilde deutscher Einheit; zu ihnen kamen die Millionen von „Seelen", die durch den Wiener Kongreß irgendeinem größeren oder kleineren Staatsgebilde ungefragt angegliedert waren und sich nur mit Widerstreben hineinlebten. Mit Recht urteilte ein so maßvoller Vertreter des historischen Konservatismus wie Leopold Ranke in einer Denkschrift an seinen König vom März 1849: „Der Mensch lebt in allgemeinen Ideen, die den Geist nähren, indem er ihnen nachhängt oder sie hervorbringt: wie der Religion, so bedarf er des Vaterlandes. Läßt sich aber erwarten, daß ein Nassauer oder ein Neu-Württemberger im Gefühle seiner neuen und aufgedrungenen Landesherrschaft seine Seele befriedigt fühlen sollte? Er gewann weder geschichtlichen Grund und Boden noch eine Aussicht auf die Zukunft." Die Annektierten von 1815 werden die Nichtpartikularisten sein und eine Kerntruppe der Nationalen. Zugleich aber wuchsen in immer breiteren Schichten die Generationen heran, die von vornherein auf den nationalen Fortschritt gestellt waren; sie standen nicht bloß dem bestehenden Staate gleichgültig gegenüber, weil er zu klein oder zu neu war und ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse nicht hinreichend befriedigte, weil sie nicht zu seinen herrschenden Klassen, sondern zu neu aufsteigenden Gruppen gehörten, sondern vor allem, weil ihrem idealistischen Empfinden das ganze Vaterland, der Traum der Jahrhunderte, höher stand als die Wirklichkeiten, in denen sie lebten. Ihre Welt war die Zukunft, mit den politischen

Ideen der Zukunft suchten sie sich daher zu verbünden, um ihr Ziel für die Nation zu erreichen. Unentmutigt von allen Fehlschlägen gaben sie das Schwert des Gedankens aus der ermattenden Hand weiter an die nachfolgende Generation, und unaufhaltsam mehrten sich ihre Schlachthaufen.

Welcher unter den denkbaren Lösungsversuchen der deutschen Frage von vornherein die größte Wahrscheinlichkeit des Sieges in sich trug — die großdeutsche oder die kleindeutsche Lösung, ein Dualismus Oesterreich-Preußen, eine preußisch-deutsche oder -norddeutsche Hegemonie, Staatenbund oder Bundesstaat, parlamentarischer Einheitsstaat oder Republik —, das soll hier nicht von dem gesicherten Standpunkt des Späteren erwogen werden. Aber daß überhaupt unsre Volksgeschichte wieder in einen nationalen Staat, im weitest erreichbaren Umfange, auslaufen mußte, das empfanden immer größere Massen als eine politische Notwendigkeit. Was auf dem Spiele stand, war nichts Geringes: ob die Deutschen in ihrer zentralen Lage, umringt von der Mißgunst starker Nachbarn und im Innern von alten Gegensätzen zerrissen, sich doch noch in letzter Stunde im 19. Jahrhundert ihre nationale Vollendung erkämpfen, oder ob sie für immer hinter den großen Weltmächten, die zu unerhörtem Umfange in einem Zeitalter gesteigerter Weltwirtschaft sich auswuchsen, als eine Macht zweiten oder dritten Ranges zurückbleiben sollten. Das war die bange Frage, die alle Geister bewegte.

Unmöglich konnten diese Einheitsbestrebungen der Deutschen sich rein abstrakt entwickeln. Mit einer Reihe andrer politischer Lebensfragen mußten sie sich verknüpfen, sobald sie ins Leben traten. Nicht bloß mit den großen Fragen der auswärtigen Politik, mit der Machtentscheidung zwischen Oesterreich und Preußen, mit dem Fortbestehen des österreichischen Hausstaates hingen sie zusammen. Auch alle Möglichkeiten der künftigen inneren Gestaltung der Nation traten zu dieser obersten Frage in unlösliche Beziehung. Wenn die Dynastien, die herrschenden Klassen, die Bureaukratien das Bestehende, an dem sie ideell und materiell interessiert waren, festhielten und sich damit gegen das Eindringen ihnen gefährlich dünkender fortschreitender Tendenzen verteidigten, so setzten umgekehrt viele Elemente, die eine größere freie Bewegung und ein modernes Verfassungsleben verlangten, ihre Hoffnungen auf einen Nationalstaat, der zugleich ihre freiheitlichen Wünsche befriedigen sollte. Es ist bedeutsam geworden, daß die nationale Entscheidung in einen Zeitraum sozialer Umwälzungen fiel, wie sie das deutsche Volk seit Jahrhunderten nicht erlebt hatte. Das also war das Schicksal der nationalen Frage: mit allen großen Zukunftsentscheidungen war sie verflochten, und alle alten Gegensätze der Vergangenheit, politische, landschaftliche, kirchliche, stiegen neubelebt in diesem Kampfe wieder empor.

Es ist etwas Ungeheures, wenn eine alte Nation, die seit Jahrhunderten auseinander gestrebt hatte, plötzlich nach neuen Formen einigen Zusammenlebens sucht, und die schwersten Erschütterungen werden ihr Inneres aufwühlen, bis das neue Gebilde hervorspringt. So kehren auch in den Persönlichkeiten der Generationen, die sich an der Lösung des jahrtausendalten Problems abringen, alle jene Kräfte wieder, die Gegensätze und die Verhängnisse, die unsre frühere Entwicklung trennend erfüllen. Die ganze Vergangenheit spiegelt sich in ihnen.

Unter den Bündnissen, welche die nationale Idee mit innerpolitischen Strömungen eingeht, ist keines so folgenreich im allgemeinen geworden, keines insbesondere für das Leben Rudolf von Bennigsens so entscheidend wie dasjenige mit dem Liberalismus. Wir wählen von vornherein den Ausdruck Liberalismus, ohne für diese Terminologie eine Allgemeingültigkeit zu beanspruchen. Ueber den Ursprung und Inhalt des Liberalismus, zumal in seiner deutschen Gestaltung, mag hier einiges vorausgeschickt werden. Wir erkennen ohne weiteres, daß weder der historische Ursprung dieses Begriffes (aus den spanischen Parteikämpfen) noch die Versuche rechtsphilosophischer oder staatsrechtlicher Definitionen — man denke etwa an gegensätzliche Erklärungen wie die von Stahl und Bluntschli — über das Wesen des deutschen Liberalismus belehren. Ueberhaupt sind von der Forschung die Entwicklungsgeschichten der deutschen politischen Parteien bisher ganz unzureichend behandelt worden, sowohl der Ideenkomplexe, die den Parteien den Lebensinhalt geben, als der Klassenziele, aus denen sie ihr festes Rückgrat entnehmen, als schließlich der Organisationen, die sie sich nach außen hin schaffen. Es liegt ein eigner Reiz in der Erkenntnis, wie sich das Wesen der Parteien gebildet hat, wie es sich wandelt, überlebt und dann wieder erwacht und Neues mit Altem zu verbinden sucht.

Dem Liberalismus liegt ursprünglich ein Inbegriff von Tendenzen zugrunde, die mit einem bestimmten Ideal sich auf alle Gebiete menschlichen Lebens erstrecken, zunächst also Elemente einer Weltanschauung vorstellen und sich erst allmählich zur Doktrin einer Klasse, einer Politik unter bestimmten Verhältnissen eines Volkes oder einer Zeit entwickeln oder verengen. Die letzte Wurzel dieser Tendenzen liegt in der Entdeckung und Ausbildung der Individualität: also in der Renaissance, in der Reformation und im Naturrecht; das künstlerische, das religiöse und das politische Individuum begannen ihr Recht in Anspruch zu nehmen. In den englischen Revolutionskirchen und Staatstheorien

wurden diese Tendenzen weitergebildet, in der Periode der Aufklärung konstituierten sie sich gewissermaßen in dem ganzen Bereiche menschlichen Daseins. Ihre Ziele sind — es steht darin ähnlich wie mit dem Protestantismus — leichter von der negativen als von der positiven Seite aus zu umschreiben. Sie verhalten sich negierend gegenüber allen Ordnungen, die den individuellen Menschen in seinen verschiedenen Beziehungen binden und seinem völligen Sichausleben im Wege stehen. Ueber die Schranke des Dogmas und der Lebensordnungen alter und neuer Kirchen hinweg erstreben sie eine freiere Umdeutung des religiösen Offenbarungsinhaltes, eine vernunftgemäße Gestaltung sittlicher Grundsätze, die Toleranz der einzelnen Bekenntnisse gegeneinander. Statt der trennenden Unterschiede, die durch Rassen und Völkergrenzen und historische Rechtsordnungen unter den Menschen gesetzt sind, suchen sie als letztes Ideal ein allgemeines gleiches Menschentum, einen Kosmopolitismus der Idee und womöglich gar der Wirklichkeit, der auf Weltfrieden gegründet ist und alles in Liebe verbindet. Innerhalb des Staates aber lehnen sie allen Zwang ab, ob er sich nun in absolutistischen oder bureaukratischen Formen äußert oder ob er in altständischen Formen zur Bevorrechtung einzelner Klassen führt, und fordern statt dessen die gleiche Berechtigung und die ständige Mitwirkung aller an den Staatsgeschäften, vermöge einer Volksvertretung oder einer alles regulierenden öffentlichen Meinung. Ebenso sollen die künstlichen und die gewachsenen sozialen Schichtungen innerhalb der Gesellschaft zurücktreten hinter einem auf der naturrechtlichen Gleichheit aller beruhenden Staatsbürgertum. Und statt der Hindernisse, die der wirtschaftlichen Betätigung des einzelnen in der Gesellschaft und dem Verkehr der Völker untereinander entgegenstehen, werden Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Freihandel, ungehinderte Ausbildung aller menschlichen Fähigkeiten als neue Wirtschaftsideale verkündet. Man sieht: die letzten Endziele dieser Befreiung des nur sich selbst verantwortlichen Individuums verschwimmen in einer erträumten Welt, die es niemals geben wird. Es ist der eine Pol menschlichen Daseins, den sie ins Auge fassen, die unveräußerlichen Rechte menschlicher Individualität, die in einer Epoche harten Druckes von oben als Ideal schlechtweg erscheinen mußten. Diese Tendenzen einer neuen Weltanschauung haben die erleuchteten Köpfe des 18. Jahrhunderts erfüllt, dem Denken und dem Leben einen ungeheuern befreienden Anstoß und dem ganzen Zeitalter seine Signatur gegeben. Sie entfesseln unendlich viele fruchtbare Kräfte und revolutionieren die Ordnung der Gesellschaft wie der Völker, bis sich allmählich die dem Gegenpol menschlichen Daseins, dem Bedürfnis nach sozialem Zusammenleben, entspringenden Kräfte wiederum und mit Recht dagegen erheben.

In diesem Zeitalter der individualistischen Aufklärung wurzelt das, was wir Liberalismus nennen. Er umfaßt nicht den Inbegriff aller ihrer Tendenzen und auch nicht alle ihre letzten Ziele, sondern er macht nur eine größere Anzahl davon zur ideellen Unterlage politischer Programme und Organisationen, die im einzelnen natürlich den besonderen Situationen eines Landes, einer Zeit, eventuell auch besonderer Klassen angepaßt sind; indem diese allgemeinen Tendenzen für die praktische, politische Arbeit nutzbar gemacht werden, unterliegen sie mannigfacher Wandlung, Einschränkung, auch Verengung, verzichten aber auch auf manche unmögliche Konsequenzen. Aus den vielfach wechselnden Formen blickt immer derselbe Geist heraus, aber in jedem Lande nimmt der Liberalismus nach der Verschiedenheit der jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse eine besondere Entwicklung.

So ist auch der Anteil Deutschlands an diesen Dingen durch die Voraussetzung unsrer Volkslage im 18. Jahrhundert bedingt. Man kann in jener Zeit sowenig von einem Liberalismus wie überhaupt von politischen Richtungen in Deutschland reden. Es existierten nicht einmal die Anfänge eines allgemeineren politischen Lebens, das über das Einzelterritorium hinausgereicht hätte. Das ancien régime bedeutete nicht nur Druck von oben, sondern auch Zersplitterung. In dem Trümmerfeld des Reiches hatten sich politische Zusammenhänge von Volksgenossen, Organe einer öffentlichen Meinung Gleichgesinnter, wie man sie in zentralisierten Staaten findet, überhaupt nicht bilden können; nicht einmal die Gleichartigkeit von Interessen führte in diesem Lande der unzähligen Schlagbäume und Scheuklappen zu einem Gemeingefühl gleichartiger Klassen. Wo war überhaupt eine Klasse, den in England und Frankreich emporstrebenden vergleichbar, die sich mit den Bildungselementen der Zukunft hätte bewaffnen können? Die Misere des Reichs spiegelte sich in der Misere des individuellen Daseins. Politisch einflußlos, geduckt in ärmlichen Verhältnissen, nur an die nächste Sorge denkend: so lebten breite Schichten des Volks jahrhundertelang dahin, nicht nur die wirtschaftlich gänzlich Abhängigen, sondern auch die wirtschaftlich Selbständigen, Bürger, Bauern und was es an freien Berufen gab. Der dritte Stand als solcher war ohne politische Gesinnung und ohne Fühlung in sich selbst: seinen Fragmenten wäre nie die Idee gekommen, die Nation vorzustellen. Noch heute hängt den Deutschen auch dieses bittere Vermächtnis langen Dahinsiechens nach, ein unpolitisches Volk zu sein, denn keine Fähigkeit wird in einem Volke langsamer erzogen als politisches Verständnis. Während also alle Voraussetzungen fortschreitender politischer Parteibildung fehlen, gibt es wohl einzelne Fortgeschrittene, wenn man will, Liberale. Es

sind die Idealisten, die Individualisten, häufig in der gesellschaftlichen Oberschicht zu Hause, aber auch aus den ewig fruchtbaren Niederungen aufsteigend; es sind die Denker, Dichter, Schriftsteller, unter die alle Genialität unsers politisch unfertigen Volkes sich damals flüchtet. Unsre Literatur der klassischen Periode ist unserm Herzen ja deshalb so teuer, weil sie uns neben ästhetischer Schönheit eine zunächst den einzelnen befreiende große und neue Gedankenwelt erschloß. Und wenn sich auch ihre besten Namen über die Nation völlig hinweghoben, so brachten sie doch im ganzen das Volk oder zunächst das Publikum, das sie sich erzogen, wieder zu einem innigeren Bewußtsein seiner Kulturgemeinschaft und streuten, ohne es zu wollen, damit auch die Keime einer staatlichen Wiederherstellung aus. So vermählte sich in ihnen, in der Idee wenigstens, die geistige Befreiung zum ersten Male mit der nationalen Zukunft.

Sie lebten schon in einem dunkeln Gefühl, daß sie einen geistigen Begriff der Nation oberhalb der Kleinstaaterei vorstellten, aber standen noch verhältnismäßig isoliert nebeneinander; unter manchen von ihnen knüpfte der Freimaurerorden ein geheimes Band; und die erschütternden Eindrücke der französischen Revolution, in der die neuen Ideen zum ersten Male eine weithin sichtbare Propaganda entfalteten, erzeugten auch in Deutschland die Anfänge einer politischen Publizistik. Das ganze Land aber, Bürger und Bauer, lag noch im Schlummer, während jenseits des Rheines der Boden bebte. Erst als die Revolution erobernd in das Reich hinübergriff, kamen die Menschen in stärkere Bewegung. Freilich drangen die vorgeschrittenen Ideen jetzt im Gefolge fremder Nachahmung, bald sogar fremder Unterjochung herein, während das ancien régime, dem die nationale Abwehr oblag, zugleich die Absperrung aller freiheitlichen Neuerung bedeutete; manche der deutschen kosmopolitischen Idealisten empfanden für die revolutionären Kräfte, die aus ihnen vertrauten Quellen drüben entsprungen waren, auch dann noch Sympathien, als der Strom schon brandend über die Ufer trieb.

Für die innere deutsche Weiterentwicklung ist die französische Revolution und ihre Fortführung im Napoleonischen Kaiserreich außerordentlich fruchtbar geworden. Sie trat zwar die deutsche Nation unter ihre Füße, aber sie vermittelte ihr zugleich einen freien Luftzug neuer Gedanken, unmittelbar und mittelbar, durch gewaltsame Aufdrängung oder durch freiwillige Annahme und Umbildung seitens der Besiegten. Es wurde bedeutsam, daß große Teile Westdeutschlands, entweder in Frankreich einverleibt, oder in Fürstentümern von Napoleons Gnaden, der direkten Einwirkung der neuen Theorie und Praxis ausgesetzt waren; andre große Gebiete, im Rheinbunde an das politische System Napoleons

gekettet, befolgten es auch im Innern, um ihre usurpierte Gewalt zu befestigen. Aber auch Staaten des entgegengesetzten Lagers, wie das gedemütigte Preußen, begannen aus dem Zeughaus der Revolution, wie Gneisenau sagte, Waffen zu entnehmen, um sich — zugleich nach außen und nach innen — erheben zu können. Auch sie beschritten den Weg einer freiheitlichen Umgestaltung ihrer Institutionen, wenn auch in entgegengesetzter Absicht als die andern. So trug die Knechtschaft dazu bei, die Untertanen des ancien régime zur Nation zu erziehen. Sie führte die kosmopolitischen Idealisten auf den Boden des Staates und des Deutschtums, sie erweckte ein lebhafteres Gefühl der Zusammengehörigkeit, sie beflügelte die freiesten Köpfe und begann auch die trägen Massen mit neuen selbständigen Empfindungen zu durchsetzen.

Die Restauration nach den Befreiungskriegen konnte nicht spurlos verwischen, was geschehen war. In den Köpfen konnte das ancien régime nicht restauriert werden. Und so beginnen denn nach 1815, zunächst noch ohne Zusammenhang untereinander, die verschiedenen Elemente liberaler Parteibildung hervorzutreten. Voran standen natürlich Rückstände französischer Einflüsse, besonders im Westen und Süden, wo auch ferner das französische Recht galt, die Einrichtungen französischer Verwaltung fortbestanden und die soziale Gliederung sich wesentlich verschoben hatte; waren doch die dem Napoleonischen Empire unmittelbar unterworfen gewesenen Lande zugleich großenteils alte Kulturgebiete mit starker städtischer Bevölkerung; der badische und der rheinische Liberalismus wurzelten in diesen Anknüpfungen. Daneben gab es auch altständische Elemente, die sich mit dem Neuen befreundeten, wie z. B. in Ostpreußen, wo die Tendenzen der preußischen Reformer am tiefsten eingewirkt hatten. In der preußischen Bureaukratie herrschten vielerorts liberale Stimmungen, und mit Recht urteilt man, daß 1810 und 1820 die freiesten Köpfe nicht in den Städten, sondern in den Beamtenstuben gesessen haben; hier wirkten die in der Zeit der Bedrückung geborenen Antriebe feurig nach, so daß in Preußen der Absolutismus wenigstens durch eine teilweise liberale Bureaukratie beschränkt blieb. Dazu gesellten sich ferner alle Elemente, die von Natur schon eine freiere geistige Bewegung forderten und zugleich oberhalb der partikularistischen Grenzen lebten, die Universitäten mit Professoren und Studenten, die Schriftsteller und alles, was mit Buchhandel und Zeitungen zusammenhing; gerade in diesen Elementen kündigte sich zuerst die Verbindung der nationalen und liberalen Ideen an. Und dann begann die aufsteigende Klasse des Bürgertums allmählich einzutreten; sie war vor allem an der wirtschaftlichen Befreiung und Einigung als notwendigstem Bedürfnis interessiert und suchte immer lebhafter Anschluß an die

deutsche Bildung; unter diesem Bürgertum machten sich bereits die emanzipierten Juden bemerkbar, deren soziale Befreiung auf das engste mit der allgemeinen zusammenhing. Für das deutsche Bürgertum wirkte der allgemeine Anstoß der Julirevolution nach. Sie führte in Frankreich die goldenen Tage der Bourgeoisie herauf, brachte in England durch die Reformgesetzgebung die middle-classes neben der Aristokratie ans Ruder, schuf in Belgien sogar ein neues Staatswesen von liberal-bourgeoisem Charakter und wirkte weithin in Europa wie der Beginn einer neuen Aera. Noch als Bennigsen im Jahre 1898 seinen Abschied vom politischen Leben nahm, sprach er offen aus: „Was war denn unsre, der Liberalen, Praxis und Theorie politisch und wirtschaftlich andres als das Ergebnis der westeuropäischen Kultur, das in Frankreich und England in öffentlichen Institutionen längst niedergelegt war." Seit der Julirevolution begannen die allgemein-liberalen Tendenzen zu einem umschlossenen liberalen Programm einer bestimmten Klasse, eben des Bürgertums, zu werden, das darin seine Wünsche auf politische Mitherrschaft, soziale Geltung und wirtschaftliche Freiheit zusammenfaßte. Freilich deckten sich Liberalismus und bürgerliche Klassenbildung gerade in Deutschland am wenigsten, völlig nur an einigen Stellen; eigentlich nur im Rheinlande hat in der nächsten Generation die Bourgeoisie in Camphausen, Hansemann, Mevissen namhafte Führer geliefert. Sonst ist es auffallend, wie wenige der liberalen Führer gerade aus dem Bürgertume stammten. Manche von ihnen gehörten dem Fürstenstande an, wie Ernst von Koburg und Friedrich von Baden und später der preußische Kronprinz Friedrich Wilhelm, oder auch den Mediatisierten, wie Chlodwig Hohenlohe. In Preußen gehörte ein großer Teil der liberalen Führer dem altständischen Adel an, die Vincke, Auerswald, Schwerin, oder auch der Bureaukratie. Von den führenden Männern des Jahres 1848 war Gagern ein fränkischer Reichsritter wie einst Stein, Unruh der Sohn eines preußischen Generals, und noch in der späteren nationalliberalen Partei entstammten Bennigsen, Stauffenberg, Forckenbeck nicht der bürgerlichen Schicht. Zu ihnen trat die Welt der Gelehrten und Schriftsteller, die Dahlmann und Gervinus, die Droysen und Freytag. Aber das eigentliche Bürgertum, das zu einem wirtschaftlichen Klassenausdruck erst an wenigen Stellen gelangt war, stellte in Deutschland mehr die kompakte Masse der Anhänger als die Spitzen der Bewegung.

Daß aber alle diese unter sich so verschiedenen Elemente liberaler Parteibildung im Laufe einer Generation miteinander verschmolzen, das brachte die Frage der nationalen Zukunft mit ihrer einigenden Kraft zustande.

Die gegenseitige Durchdringung der nationalen und liberalen Tendenzen lag an sich nicht in der Sache begründet. Die deutschen Idealisten des 18. Jahrhunderts waren durchweg Kosmopoliten und nicht Nationale gewesen. Anderseits vertraten Forster und die Mainzer Klubisten und nachher manche rheinbündische Bonapartisten eine ganze Reihe von liberalen Forderungen, und noch der westdeutsche Liberalismus der zwanziger und dreißiger Jahre war von fremdländischen Sympathien, französischen und belgischen, nicht frei. In den preußischen Reformern berühren die beiden Tendenzen sich zuerst, um dann immer enger ineinander zu wachsen. So kam es dazu, daß der Liberalismus, auch wenn er sich eine Anzahl bürgerlicher Klassenziele aneignete, doch nicht einen einseitigen Klassencharakter annahm, sondern sich vielmehr mit den nationalen Forderungen vermählte. In der Nation und durch die Nation sollte die Freiheit verwirklicht werden. So war fortan das Problem gestellt, dem alles mit heißem Eifer nachsann, nur die eine Frage blieb offen: welches der beiden Ziele voranzustellen sei und dem andern als Mittel zum Zweck zu dienen habe. Auf alle Fälle war die Verbindung beider Ziele entscheidend. Die nationale Idee hat dem Gesamtinhalt der liberalen Forderungen eine hinreißende Anziehungskraft gegeben, anderseits mußte gerade die Verbindung mit dem freiheitlichen Fortschritt die nationale Einigung in den tieferen Schichten populär machen. Seit dem ersten Auftauchen deutschnationaler Tendenzen in der Napoleonischen Zeit haben mehrere Generationen in diesem doppelten Sinne weitergearbeitet. Die patriotischen Nachwirkungen der Befreiungskriege, die deutsche Burschenschaft, die publizistischen und agitatorischen Bestrebungen der dreißiger und vierziger Jahre, die deutsche Revolution von 1848/49, das Jahr 1859 und die Gründung des Nationalvereins, die gesteigerte nationale Erregung der sechziger Jahre: alles das sind Etappen auf derselben Straße.

Freilich ist das neue Reich deutscher Nation geschaffen worden nicht durch die Kräfte dieser nationalen Bewegung, sondern unter Führung der stärksten partikularen Gewalt, durch die historischen Machtmittel des preußischen Staates, die zuletzt von einem der seltenen politischen Genien unsrer Geschichte, dem Fürsten Bismarck, in die Hand genommen und zur preußischen Hegemonie in einem kleineren Deutschland gesteigert wurden; noch einmal unter schmerzlichen Opfern für das gesamtdeutsche Volkstum, aber in der Welt der Realitäten die mögliche und darum berechtigtere Lösung. Daher scheint diese Reichsschöpfung von 1866 bis 1870 im historischen Zusammenhange eher eine Vollendung der preußischen Geschichte, der friderizianischen Großmachtspolitik, die in der Staatskunst des Einzigen wieder aufgenommen ward, als eine Aus-

wirkung jener neuerwachten deutsch-nationalen Tendenzen zu sein. Aber diese waren doch so stark geworden, daß sie sich des preußischen Staates bemächtigten und ihn auf die Bahn des Sieges zwangen: und auch er bedurfte ihrer, um vor Europa diesen Weg einer nationalen Notwendigkeit zu erweisen; er bedurfte ihrer nicht minder, um sein so ganz auf Macht gestelltes Wesen allmählich mit einem neuen freieren Geiste zu erfüllen. Das Gelingen war nur möglich, weil eine tiefe und breite Strömung im Volke die letzte Aktion der Preußen vorbereitet hatte und ihr entgegenkam. Es wäre unrecht, in der deutschen Volksgeschichte diesen Anteil auszulöschen, auch wenn er nicht so greifbar einem entgegenspringt wie die Tat der Vollendung: er hat die Brücke zwischen der partikularistisch-preußischen Politik zu dem neuen Reiche geschlagen.

Ungezählte deutsche Lebensläufe sind von dem Streben und Irren nach diesen Zielen durchglüht und erhalten dadurch einen höheren Schwung, eine schönere und reichere Bedeutung; sie spiegeln die Mannigfaltigkeit der Mühen, durch die man endlich zum Ziele gelangte, und werden dadurch zu einem Stück unsrer nationalen Geschichte. Während das Nationalgefühl andrer Völker mit dem Gange seiner Geschichte und allen ihren Einrichtungen verwachsen ist, sollte es bei uns sich nicht im Kampfe nach außen gegen einen gemeinsamen Feind, sondern häufig genug in der bittersten Auseinandersetzung mit dem eignen Landsmann entwickeln. So lebt die ergreifende Tragik unsrer Volksgeschichte auch in vielen dieser einzelnen Lebensläufe, die von dem, was ihnen teuer war, Opfer zu bringen hatten für das, was ihnen das Teuerste dünkte. Eine unendliche Mannigfaltigkeit der Typen kennzeichnet die Verbindung der nationalen und liberalen Tendenzen. Sie wird bedingt durch die Herkunft aus verschiedenen Staaten, Konfessionen, Klassen, die jedem seinen besonderen Weg vorzeichnet. Wenn man die Bewegung als Ganzes zu fassen sucht, so scheint sie sich in viele Einzelentwicklungen aufzulösen, die alle nach ihren verschiedenen Bedingungen ihre individuelle Farbe tragen: wohl aber mag man sich an den bedeutenderen Einzelentwicklungen ein Bild von dem Ganzen machen. An einem die Bewegung beherrschenden Mittelpunkt fehlt es unter allen diesen Individualitäten. Aber in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sind wenige Männer da, die in sich das Hoffen und Ringen und die Vollendung in gleichem Maße verkörpern wie Rudolf von Bennigsen. Für ihn war es bedeutsam, daß er nicht aus Preußen kam, sondern aus einem Mittelstaate und dessen politischen Kämpfen, gerade aus dem, der hernach der Umwälzung zum Opfer fiel. Es war bedeutsam, daß er nicht selbst dem Bürgertum angehörte, sondern als Adliger sich zum

Führer bürgerlich-liberaler Tendenzen machte, ohne darum in das übliche Extrem des aus seinem Stande hinausgetretenen Politikers zu verfallen. Es war schließlich bedeutsam, daß er nicht eigentlich im Erwerbsleben stand, aber auch nicht rein aus den Theorien der Wissenschaft herkam, sondern unter idealistischen Antrieben aus dem Beamtenstande in die Politik hinübertrat. Stärker als in den meisten andern und auch dauernder bleibt diese Wurzel der Verbindung nationaler und liberaler Elemente in ihm sichtbar. So steht er inmitten einer großen nationalen und liberalen Bewegung, die nach dem Aufschwung und der Katastrophe von 1848/49 in den fünfziger Jahren von neuem ansteigt, in den sechziger und siebziger Jahren erst auf eignen Wegen, dann von einem Stärkeren geführt, die breiteste Wirkung ausübt, um allmählich wieder abzulaufen. Er ist einer der Männer, deren Persönlichkeit führend, anteilnehmend und weiterwirkend so vielfältig und in so sympathischer Weise mit dieser Gesamtbewegung verknüpft ist, daß gerade sein Name fast zu einem Symbol für sie geworden ist und in der deutschen Geschichte weiterlebt.

Erstes Buch

Anfänge (1824 bis 1858)

Erstes Kapitel

Staat und Gesellschaft in Hannover

Von den allgemeinen Fragen des deutschen Vaterlandes, deren goldenen Möglichkeiten auch der junge Bennigsen mit seiner ganzen Nation nachsann, treten wir hinüber in die enger gezogenen Kreise staatlicher Wirklichkeit, die auch ihm seinen besonderen Weg hinauf zu seinen Idealen bestimmten: das ist der Staat seiner Geburt, mit dem seine Familie seit Jahrhunderten verbunden war und dessen gesellschaftliche Struktur und landschaftliche Färbung in seiner eignen Natur sich widerspiegelten. Es ist der Staat, in dem er selbst emporkam und mit dem er zu ringen hatte von dem ersten Anfang seiner politischen Betätigung: er sah ihn mit Schmerz auf dem Wege zu dem deutschen Gesamtstaat untergehen, aber auch inmitten des erweiterten preußisch-deutschen Wirkungskreises blieb mit der Arbeit für die Provinz auch seine Lebensarbeit dauernd verknüpft.

Die Geschichte hatte diese deutsche Landschaft und ihre staatliche Entwicklung auf ganz eigentümlichen Bahnen geführt. Das Königreich Hannover, wie es im Deutschen Bunde bestand, war ein Mittelstaat, aber als solcher doch nur jungen Datums. Zwar stand im Beginn seiner Geschichte der gepriesene Name Herzog Heinrichs des Löwen und der Traum einer welfisch-norddeutschen Macht, über die Grenzen eines Stammesherzogtums hinausgreifend; aber nach seinem Sturz verblieb dem aus dem welfischen Allod gebildeten Herzogtum Braunschweig-Lüneburg nur der Umfang eines mäßigen Territorialfürstentums; die Enkel des welfischen Kaisers Otto IV. waren schon sehr bescheidene Herren, und fortgesetzte Teilungen drückten sie und ihre Gebiete zu politischer Bedeutungslosigkeit herab. Schließlich aber wollte es Zufall oder Verdienst, daß diese niedersächsischen Lande doch nicht in einem an die thüringische Zersplitterung erinnernden politischen Zustande verharrten. Allmählich kamen die welfischen Herzöge wieder empor, hatten das Glück, andre kleine Dynasten zu beerben, zeigten im Dreißigjährigen Kriege zuerst wieder einen größeren Zug: der Trieb nach Macht und Staatsbildung, der inmitten der verfallenden Reichsinstitutionen die lebenskräftigeren deutschen Dynastien erfaßte, ergriff auch die Nachkommen jenes alten Hauses und setzte sich in der Generation, die in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts regierte, in den vier Söhnen des Herzogs Georg von Braunschweig-Lüneburg siegreich durch. Dem

jüngsten von ihnen, dem klugen und rücksichtslosen Ernst August, gelang es, das welfische Land — mit Ausnahme der Gebiete des älteren Zweiges in Braunschweig-Wolfenbüttel — in einer Hand zusammenzubringen; er zwang seinem Hause mit harter Faust eine Primogeniturordnung (1682) auf und bereitete den Zusammenfall mit Lüneburg vor, der seinem Sohne Georg Ludwig in den Schoß fiel; er krönte sein Werk dadurch, daß er im Dienste österreichischer Politik — ähnlich wie bald darauf Kurfürst Friedrich von Brandenburg noch höher emporstieg — die Kurwürde erwarb (1692). Als neunter Kurfürst trat er in den alten Kreis der Großen, freilich in einem Stadium der Reichsentwicklung, wo der Titel an sich längst zu einem inhaltlosen Begriff geworden war, nur für die Dynastie die Anerkennung ihres neuerlichen Emporsteigens enthielt und frischen Anreiz für die Zukunft gab — so gut wie die junge Königskrone für die Hohenzollern. Inzwischen hatte das welfische Gesamthaus Lauenburg erworben, das Bistum Osnabrück hielt man, wenn auch nur mit Unterbrechungen, in den Händen, und schließlich gelang es dem Sohne Ernst Augusts, aus dem Zusammenbruch der schwedischen Fremdherrschaft die Herzogtümer Bremen und Verden, das Dreieck zwischen Elbe und Weser, zu erwerben und damit auch dem deutschen Leben zurückzugewinnen: nimmt man alles zusammen, so ist der Fortschritt von der einen zur andern Generation sehr beträchtlich. Ein großer Teil niedersächsischen Landes war jetzt aussichtsvoll in einer Hand vereint und zum erstenmal hatte es wieder einen Sinn, wenn man des Ahnen, Heinrich des Löwen, gedachte und nunmehr gleich den ersten europäischen Gelehrten, Leibniz, die Urgeschichte der Welfen schreiben ließ. Zwar war dieser Staat nicht groß — er umfaßte reichlich 500 Quadratmeilen und zählte (am Ende des 18. Jahrhunderts) $^3/_4$ Millionen Einwohner —, aber er war nicht eine reine Kunstschöpfung der Fürsten, weil die gleiche landschaftliche Grundlage des niedersächsischen Stammes ihm einen natürlichen Halt gab. Zwar stand der Staat, dem Ernst August eine gute Verwaltung, ein erprobtes Heer und einen Staatsschatz hinterließ, trotzdem an Umfang und Hilfsmitteln nicht allein hinter dem glücklicheren Rivalen in Berlin, sondern auch hinter den älteren Machtbereichen der sächsischen Albertiner und der bayrischen Wittelsbacher noch zurück, aber immerhin war die Aussicht der Weiterbildung zu einem norddeutschen Mittelstaat gegeben. Das war gewiß ein Fortschritt im Vergleich zu der früheren ganz lebensunfähigen Kleinstaaterei und (für Bremen-Verden) zu der Fremdherrschaft; vom Standpunkt des bestehenden Rechts, der ehrwürdigen Gewalten von Kaiser und Reich aber war es ein weiterer Schritt zur Auflösung und Sprengung des alten Verbandes; vom Standpunkt der Zukunft — wenn man sie in dem Wachsen

eines der Mittelstaaten zur überragenden Macht und zur Neuschöpfung deutschen Nationalstaates erblicken will — eine weitere Komplizierung des Problems.

Schon in diesem Augenblicke aber hatte ein Verhängnis, das der Dynastie als unsäglicher Glücksfall erschien, diese Anfänge von Staatsbildung mit den Kombinationen europäischer Politik verknüpft, und damit erhielten alle jene Möglichkeiten eine völlig veränderte Bedeutung. Die englische Parlamentsakte vom 23. Juli 1701, durch welche die katholischen Stuarts vom Throne ausgeschlossen wurden, bestimmte zur Thronfolge — nach dem Tode der späteren Königin Anna und ihrer etwaigen Deszendenz — die Witwe Ernst Augusts, Kurfürstin Sophie von Hannover, die Tochter des pfälzischen Winterkönigs und Enkelin König Jakobs I. von Großbritannien, und ihre Deszendenz. Bald nach ihrem Tode trat der vorausgesehene Fall ein: ihr Sohn Georg Ludwig wurde am 20. Oktober 1714 in London zum König von Großbritannien und Irland gekrönt. Und damit wurde der eben in der Bildung begriffene Mittelstaat zum Nebenland einer europäischen Großmacht, und von dieser Verbindung bleiben von nun an seine weiteren Geschicke in der äußeren und inneren Entwicklung, vor allem auch in seinen Beziehungen zum Deutschen Reiche bestimmt.

Es kann gar keine Frage sein, daß für das große Problem, wie einmal das im zerfallenden alten Reich vereinigte deutsche Volkstum zu einem nationalen Staat gelangen möchte, durch die Verbindung von England und Hannover ein neues Hemmnis geschaffen ward. Häufig genug in der Leidensgeschichte der letzten Jahrhunderte waren die Grenzen Deutschlands vor dem Auslande zurückgewichen dadurch, daß deutsche Fürsten ihre territorialen Außenwerke gegen einen mächtigeren Nachbar nicht zu verteidigen vermochten. Aber auch auf dem umgekehrten Wege, durch das Ausgreifen aufstrebender Dynastien und ihre Verbindung mit außerdeutschen Ländern, gerieten deutsche Landesteile in Gefahr, dem Gesamtleben der Nation entfremdet und aus ihrer natürlichen Bahn geworfen zu werden. Freilich, wenn die Habsburger mit ihrem großen deutschen Besitz die Krone von Ungarn erwarben, blieb der Schwerpunkt im deutschen Lande; wenn die Hohenzollern das alte Ordensland gewannen, so deichten sie gewissermaßen eine von den Wellen fremden Volkstums umflutete Hallig wieder ein und banden sie von neuem an das feste Land des Deutschtums. Ganz anders aber lag die Sache, wenn ein deutscher Landesteil durch seine Landesherren in Verbindung mit einer stärkeren fremden Macht trat: wie Schleswig-Holstein unter den Oldenburgern mit Dänemark, wie Sachsen unter den Albertinern mit Polen und wie für die Zeit von 1714 bis 1837 Hannover mit England.

Nun sind allerdings manche nächstliegende ungünstige Folgen, wie sie in derartigen Verbindungen beobachtet werden können, in diesem Falle nicht eingetreten.[1]) Grenzverschiebungen zuungunsten des Schwächeren waren ausgeschlossen; zu einer unmittelbaren Einmischung ausländischen Einflusses in die Verwaltung oder Gesetzgebung des deutschen Nebenlandes ist es niemals gekommen; eine Ausbeutung seiner materiellen Mittel durch die Dynastie, um damit ihre großmächtlichen Ambitionen zu fördern, wie es etwa die polnische Politik der Kursachsen nicht verschmähte, war ebenso undenkbar, denn was hätte das in mäßigen Verhältnissen lebende Land der reichen Handels- und Seemacht bieten können? Vielmehr betrugen von 1760 bis 1803, wie Ernst von Meier berechnet, die jährlichen Ausgaben Hannovers für das königliche Haus die winzige Summe von 12542 Talern im Durchschnitt. Man könnte vielleicht sagen, daß gerade diese Verbindung dem Lande den frevelhaften Sultanismus ersparte, der damals manche Untertanen deutscher Kleinfürsten ausgebeutet hat. Es war nicht ohne Vorteil für eine deutsche Provinz des 18. Jahrhunderts, mit einem wirtschaftlich weit überlegenen, geistig führenden europäischen Staatswesen durch eine konstitutionell beschränkte Dynastie verbunden zu sein. Und so haben denn umgekehrt die Engländer damals die Kehrseite der Personalunion für sich selber in Anschlag bringen wollen; sie berechneten, daß ihre hannoverschen Könige die Hälfte der Zeit, die sie der Erledigung von Staatsgeschäften widmeten, den Angelegenheiten ihres heimischen Kurfürstentums opferten; sie tadelten, daß dieser dynastische Einfluß unter Georg I. und II. die Interessen der englischen Politik durchkreuze. Horace Walpole erklärte 1755: Während England Frankreich herausforderte, zitterte der König nur für sein Hannover, und Pitts Schwager, Temple, meinte sarkastisch, man sei zu einer Versicherungsanstalt für Hannover geworden. An diesen Worten ist freilich im Grunde wenig Wahres, nur für die beiden ersten George, die als Männer hinübergingen und nie völlig zu Engländern wurden, haben sie eine gewisse beschränkte Bedeutung. Aber seit Georg III., der als Engländer geboren und erzogen war und nichts andres sein wollte, kann nicht mehr die Rede davon sein.

---

[1]) Für den folgenden Inhalt dieses Kapitels wird dem Buche von Ernst von Meier, Hannoversche Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte 1680 bis 1866, 2 Bde., Leipzig 1898, viel verdankt. Vgl. ferner Köcher, Geschichte von Hannover und Braunschweig 1648 bis 1714, 2 Bde. (bis 1674), Leipzig 1884/95; Fr. Thimme, Die inneren Zustände des Kurfürstentums Hannover 1806 bis 1813, 2 Bde., Hannover-Leipzig 1893/5; Adolphus William Ward, Großbritannien und Hannover, Betrachtungen über die Personalunion. Uebersetzt von K. Woltereck, Hannover und Leipzig 1906.

Die Frage ist also allein, inwiefern die Entwicklung des Landes Hannover und sein Zusammenhang mit dem deutschen Vaterlande durch die Personalunion beeinflußt worden ist. Wie aber konnte sie für das längst in staatlicher Zersetzung begriffene Deutschland ein Gewinn sein! Wiederum wurde deutsches Land in fremde Interessenkreise hineingezogen, eine neue unnatürliche Trennungsmauer in das große Trümmerfeld des Reiches hineingelegt; die niemals sehr enge Verbindung Nordwestdeutschlands mit den Zentren nationalen Lebens lockerte sich weiter, ohne daß, wie es etwa Berlin für den preußischen Staat wurde, ein eigner Mittelpunkt staatlicher und geistiger Kultur an die Stelle trat; wobei nicht geleugnet werden soll, daß die Göttinger Hochschule in der Berührung mit englischen Verhältnissen und Ideen gewann und zumal auf dem Gebiete der politischen Wissenschaften einen freieren Zug in die akademische Schulstaubatmosphäre brachte.

Aber es erscheint gewagt, für das 18. Jahrhundert das politische Urteil überhaupt von nationalen Erwägungen abhängig sein zu lassen: man kann nicht anders, als sich zunächst auf den Standpunkt des einzelnen Territoriums stellen. Und auf dieses hat die Verbindung mit England auf das tiefste eingewirkt, auf seine innere Gestaltung wie auf seine äußeren Schicksale. Die Auswanderung der Dynastie konnte auf die Dauer nicht ohne Folgen auf die Regierung und Verfassung Hannovers bleiben; wenn auch die ersten George noch häufig im Lande waren oder ihre Thronfolger dort residieren ließen, Georg III. hat trotz aller Bitten seiner Minister den Boden seiner Heimat nie wieder betreten. Nun ergab sich daraus zwar nicht, wie man wohl geurteilt hat, ein reines Regiment der sich selbst überlassenen Junkerkaste. Vielmehr arbeiteten in der obersten Instanz ständig der König und der Minister a latere des Königs, die sogenannte Deutsche Kanzlei in London, auf der einen Seite und die „zurückgelassenen Geheimen Räte", das Ministerium in Hannover, auf der andern Seite zusammen und suchten die Einheit der Zentralregierung aufrechtzuerhalten. Aber die Entfernung der Dynastie, die Verlangsamung des Geschäftsganges führten doch allmählich dazu, daß die Landstände, der andre Faktor der öffentlichen Gewalt, immer freiere Hand gewannen. So erhält sich hier der landesherrlich-landständische Dualismus auf allen Gebieten des Staatswesens, in der Gesetzgebung, in der Justiz durch alle Instanzen hindurch, in dem Finanzwesen: der Historiker Spittler rühmt, daß das unbeschränkte Steuerbewilligungsrecht der Stände es dem König leichter mache, eine neue Steuer in Großbritannien als in Hannover zu erheben, und sowohl die Erhebung als die Verwaltung der Steuern lag in den Händen dieser Stände. Es bildet sich ein Zustand heraus, der

in den meisten Mittel- und Kleinstaaten Norddeutschlands wiederkehrt, z. B. in Mecklenburg, trotzdem die Dynastie auf der Scholle blieb, in noch verstärktem Maße. Es war also an sich nichts Besonderes, aber das scheint doch charakteristisch, daß die am Anfang des 18. Jahrhunderts in so erfolgreicher Verstärkung begriffene Landesherrschaft von nun an stillesteht und gar nicht den Ehrgeiz faßt, ihre Machtmittel auf Kosten der Stände und im Sinne der Entwicklung aller Staatskräfte und der gleichartigen Heranziehung aller Untertanen auszudehnen im Sinne staatlichen Fortschrittes: also das zu tun, was ein vorwärtsschreitender, selbstbewußter Fürst, wenn er sich neben den Nachbarn behaupten wollte, tun mußte und was die Hohenzollern mit Erfolg getan haben. Während in Preußen auf allen Gebieten die Stände aus der Mitwirkung hinausgedrängt wurden, während die ganze große Gesetzgebung von Friedrich Wilhelm I. bis zur allgemeinen Wehrpflicht und zur Gründung des Zollvereins „einzig und allein durch ein gleichsam zur tribunizischen Gewalt emporgestiegenes Königtum ins Leben gerufen wurde", ergab sich in Hannover als Folge des rechtlich fortdauernden und praktisch sogar an Boden gewinnenden Dualismus, daß das innere Staatsleben im 18. Jahrhundert keine Fortschritte aufzuweisen hatte, sondern mehr und mehr der Stagnation verfiel. Ein Zug, die Dinge gehen oder beim alten zu lassen, ist überhaupt dem niedersächsischen Volkscharakter nicht fremd; der Zwang der Situation, der Konservatismus oligarchischer Aristokratien und das eigne Interesse bildete ihn bei den „zurückgelassenen Geheimen Räten" nur noch stärker aus, jenen „perruques d'Hanovre", wie das stürmische Genie des Alleinherrschers Friedrich — es sind eben zwei verschiedene Welten — sie spöttisch nannte. Es ist die Staatskunst, die so wunderbar charakterisiert wird durch den Einwand des Geheimen Rats von dem Bussche gegen die Gründung der Universität Göttingen, „man solle sich hüten, etwas Neues anzufangen", und den noch bekannteren Befehl der Geheimräte beim Einmarsch der Franzosen im Jahre 1803, daß die tapferen Truppen der hannoverschen Armee in „keiner Weise Ombrage zu erregen hätten".

Innerhalb der Landstände aber, und somit auch unter dem Beamtentum aller Instanzen, dominierte eine Klasse, der landsässige Adel. Schon der erste Professor des öffentlichen Rechts in Göttingen, Treuer, faßte im Jahre 1740 dieses Uebergewicht in den Worten zusammen: „Der Adel sei der Landesherrschaft ungemein zugetan, deren gelinde Regierung ihm eine Freiheit mit mehrerer Zufriedenheit genießen lasse, als in irgendeinem Territorio des Deutschen Reiches." Die Zugehörigkeit zu dieser regierenden Aristokratie war, wie die Zugehörigkeit zur vollen

Landstandschaft, bedingt durch den Nachweis des Adels vom Großvater her; sie setzte sich zumeist aus dem niedersächsischen Uradel zusammen und umfaßte im 18. Jahrhundert etwa 70 bis 80 Familien, zu denen auch die Bennigsen gehörten. In ihrem Besitze waren gegen zwei Drittel der Rittergüter, im ganzen etwa 800 an der Zahl, denn häufig waren mehrere in der Hand verschiedener Zweige derselben Familie oder auch in einer und derselben Hand; ein Drittel der Rittergüter wies übrigens nicht viel mehr als die Größe eines ansehnlichen Bauerngutes auf. Dieser Stand, ergänzt durch Mitglieder altadliger Ritterschaften aus benachbarten Territorien, jedoch unter Ausschluß von neuadligen Elementen des Inlandes, wurde zugleich das maßgebende Element des Staatsdienstes. Was freilich die höchsten, einfluß- und ertragreichsten Stellen anging, so bildete sich innerhalb der Klasse, wie man auch sonst beobachten kann, eine bevorzugte Oligarchie heraus, so daß die 33 Ministerstellen des 18. Jahrhunderts sich auf 12 Familien verteilen, unter denen die Bussche mit 5, die Hardenberg und Grote mit 4, die Alvensleben und Lenthe mit 3, die Bremer und Münchhausen mit 2 Posten vertreten sind. In allen Zentralbehörden aber (neben dem Geheimen Ratskollegium auch in der Kammer und Kriegskanzlei) hatten in dieser Zeit nur Adlige Sitz und Stimme; in den Mittelbehörden der Verwaltung ist sehr selten ein andrer zu finden; das Oberappellationsgericht in Celle unterstand einem adligen Präsidenten und zerfiel in eine adlige und eine gelehrte Bank, und auch in den Mittelgerichten waren Adlige und Bürgerliche vertreten. Der altadlige Beamte ging in derselben Rangklasse dem neuadligen und bürgerlichen Beamten vor oder gehörte sogar, als Inhaber desselben Amtes, einer höheren Rangklasse an; er genoß in den Verwaltungsämtern einen Vorzug in der Beförderung und der Titulatur. Die neuadlig-bürgerliche Bureaukratie, die sich daneben in den mittleren und unteren Stellen heranbildete, trug einen ebenso oligarchischen Charakter wie die sogenannte „Sekretariokratie" der „hübschen" Familien, auf die der regierende Adel bei den Zentralbehörden ein gutes Teil der Arbeit wälzte. Es ist das typische Bild einer dominierenden Adelskaste: auf der einen Seite schränkte sie, in den Landständen, die Landesherrschaft der Krone ein, desto mehr, je länger sie sich selbst überlassen blieb, auf der andern Seite aber genoß sie das Monopol in den höchsten und viele Privilegien in den übrigen Aemtern des Staatsdienstes, steigerte dadurch noch den politischen, ständischen Einfluß, den die Ritterschaften besaßen, und zugleich durch reichliche Besoldung die Einkünfte, welche sie aus ihrem nicht sehr großen Grundbesitze zog. Der Adel war nicht in den Dienst eines Königtums und großer Staatsaufgaben hineingezwungen worden, wie

es etwa in Preußen mit harter Zucht geschah; die jüngeren Söhne mochten in fremde Kriegsdienste hinausgehen, wohin es sie lockte. Der Staatsdienst paarte sich für ihn vielmehr mit ständischem Einfluß, auch wieder anders als in Preußen. König Friedrich Wilhelm I. schlug einst einem Herrn von Bismarck eine Landratsstelle in der Altmark ab, trotzdem ihm dieser dafür 500 Taler in die Rekrutenkasse zu zahlen versprach, weil er prinzipiell verhindern wollte, daß der königliche Dienst durch die lokale Machtstellung des Angesessenen und ständisch-ritterschaftliche Neigungen aufgesogen würde. In Hannover wurde nach den umgekehrten Grundsätzen regiert und verwaltet.

So sind die Wirkungen der Personalunion auf Hannover nach innen: zwar bequeme, milde Regierung, Abwesenheit einer absolutistischen Ausbeutung, aber daneben Stagnation und Klassenherrschaft. Weit verhängnisvoller äußern sich, schon in der zweiten Generation, die Wirkungen auf die äußere Politik Hannovers. In dem großen Machtkampf zwischen England und Frankreich, der das Jahrhundert erfüllt, war und blieb Hannover der verwundbare Fleck, die kontinentale Angriffsfläche innerhalb der englischen Position. Von dieser Erkenntnis machten die Franzosen Gebrauch. So war Hannover, wie es Ranke einmal ausgedrückt hat, in der unglücklichen Lage, wo es auf Vorteile ankam, von England als fremd betrachtet zu werden, um, wo es Teilnahme an Lasten und Gefahren galt, welche die Weltbegebenheiten hervorbrachten, unbelohnt dienen und leiden zu müssen: das unglückliche Opfer der Ehre, einem Könige von Großbritannien anzugehören. Nicht um der eignen Interessen willen, nicht einmal um der Dynastie, sondern um der englischen Politik am Lorenzstrom und Ohio willen wurde das Land in den Siebenjährigen Krieg verwickelt; für die englische Weltmacht in Nordamerika und Indien hatten die wider Willen in dies Weltsystem hineingezogenen Niedersachsen zu bluten und zu zahlen. Solche von der Dynastie verschuldeten Verkoppelungen mit fremden Interessen sind zwar in dem Soldatenhandel der Hessen und andrer Fürsten unendlich viel schamloser zutage getreten; der Kurfürst von Hannover, der in London residierte, hat niemals seine Truppen in solcher Weise verkauft, aber sie doch im englischen Solde verwendet. Und was in den Kleinstaaten eine trübe Episode blieb, das wurde für das Land Hannover zur dauernden Last. Mit dem Baseler Frieden (1795) begann, nach dem Urteil eines Engländers, jene lange traurige Geschichte der Personalunion, während der Hannover entweder in der Hand seines Nachbarn oder der Fremden war, ohne daß England etwas zu seinem Schutze tun konnte. Sobald der grandiose Machtkampf zwischen England und Frankreich in dem Napoleonischen Zeitalter auf die Höhe

der Entscheidung stieg, war Hannover ein hilfloses deutsches Territorium ohne eigne Politik, bald durch die Freundschaft, bald durch die Feindschaft zwischen Frankreich und Preußen bedroht. Und während England immer unbesiegbarer aus den Wogen sich erhob, endigte für sein Nebenland die Entwicklung damit, daß der eine Teil unmittelbar dem französischen Kaiserreich einverleibt und der andre Teil nebst allerhand andern Gebieten mit der Napoleonischen Gründung des Königreichs Westfalen vereinigt wurde.

Insofern hatte die aus der Personalunion erwachsene Territorialpolitik völlig Bankrott gemacht. Trotzdem entbehren diese beiden Menschenalter hannoverscher Geschichte auch vom deutschnationalen Standpunkt aus nicht der Ruhmesblätter. Eben weil man, vermöge der Verbindung mit England, stets im antifranzösischen Lager der europäischen Politik stand, kämpfte Hannover in allen Gefahren, die dem deutschen Westen von dem kontinentalen Nachbar drohten, auf der deutschen Seite. Schon in dem Siebenjährigen Kriege waren die Hannoveraner neben den Hessen fast die einzigen Deutschen, die an der Seite Friedrichs des Großen standen; und wenn man, ganz auf eigne Kraft angewiesen, zunächst in der Kapitulation von Zeven (1757) schmachvoll zusammenbrach, so erhob man sich doch, von Preußen hier und England dort gestützt, von neuem, und neben Roßbach stehen auch die Tage von Krefeld und Minden glänzend in der Geschichte unsrer Siege über Frankreich verzeichnet; es war ein Stück „Wacht am Rhein", das hannoversche Landeskinder im westlichen Deutschland zu führen hatten. Diese stolzen Erinnerungen setzen sich in der Napoleonischen Epoche fort. Die Schmach der Rheinbundskronen blieb hier erspart. Gegen die andern Fürsten, die als Diener des Fremden sich an dem Ganzen ihrer Nation versündigten, mochte Arndt in seinem „Geist der Zeit" donnern: „Ihr sprecht von Pflichten der Völker gegen ihre Führer und Fürsten, ihr, die ihr euch und deutsches Blut und deutsche Ehre sogleich dem Großmogul verkauftet und mit dem Tatarenkhan ausginget, Deutsche zu vertilgen, wenn durch viel Blut und viel Schmach einige Quadratmeilen Land zu gewinnen waren." Aber solcher Vorwurf konnte den Fürsten Hannovers nicht treffen; er stand, eben weil er König von Großbritannien und Irland war, in allen Phasen Napoleonischer Macht in dem Lager ihrer Feinde. Und so ist, was das Land in dieser Leidenszeit an Erinnerungen aufzuweisen hat, doch mit dem Widerstande gegen die französische Abwürgung unsrer Nation verknüpft. Zwar fand die Kapitulation von Zeven in der von Suhlingen (1803) ein ebenso schmachvolles Gegenbild; von neuem erwies sich, daß der Landesherr, weil er ein fremder Monarch geworden war, sein angestammtes Land nicht zu

schützen vermochte. Aber während der Staat als Ganzes unterging, konnte der einzelne, der ihm angehörte, an dem Ruhme der Gegenwehr teilnehmen. So erwuchs aus der Kapitulation der hannoverschen Armee die Königliche deutsche Legion, in der hannoversche Offiziere und Soldaten in eignen Verbänden gegen den Vernichter des deutschen Volkes in Portugal und Spanien weiterkämpften: nicht mehr Söldnerdienst in dem alten übeln Sinne, sondern mittelbar Anteil an der nationalen Befreiung. So konnte der Name des Grafen Alten in der Mitte seiner Landsleute, nicht nur in fremdem Dienste, wie etwa sein Standesgenosse Bennigsen als russischer General, sich Ruhm erwerben; unter den diplomatischen Bekämpfern Napoleons steht der hannoversche Minister Graf Münster in dem nächsten Jahrzehnte, wenn auch nicht in einer Reihe mit Stein, so doch neben seinem ehemaligen Landsmann Hardenberg; an den Herzog Ferdinand von Braunschweig des Siebenjährigen Krieges reiht sich würdig sein Großneffe Friedrich Wilhelm, der schwarze Herzog, mit seinem Zuge durch Deutschland im Jahre 1809 und seinem Heldentode im Jahre 1815; und bis zuletzt, bis Quatrebras und Waterloo, in Tod und Sieg, haben diese Niedersachsen für ihre Heimat und für Deutschland zusammengehalten. Gerade das Jahrzehnt hannoverscher Geschichte, in dem es keinen hannoverschen Staat gab, steht unter dem Zeichen unsrer großen nationalen Erinnerungen: sie gehören zu dem, was uns aus der Epoche der Erniedrigung wieder erhoben hat. Zwar nehmen sich die Taten der „King's German legion" im „Peninsula campaign", die „Hanoverian levies" von 1813, die hannoverschen Rotröcke unter Wellington 1815 beinahe fremdartig aus neben dem preußischen Volk in Waffen, die der Hannoveraner Scharnhorst schmieden half: aber wenn auch alles nicht aus eigner Kraft möglich war, so haben doch diese nationalen Erlebnisse der hannoverschen Geschichte damals einen tieferen Gehalt gegeben. Der große Staatenbildner Krieg schweißte damals auch in diesen Patrioten ein neues Gemeingefühl zusammen. Er schuf ein Staatsgefühl, das stärker hielt als die frühere Verbindung zwischen der ausgewanderten Dynastie und ihrem alten Lande.

Es war natürlich, daß nach der Niederwerfung Napoleons auch der Staat Hannover verstärkt wiederhergestellt wurde. Englischer Einfluß und Münsters Geschick sorgten dafür, daß er um ein Fünftel vergrößert, mit 700 Quadratmeilen und 1800000 Einwohnern, in den neuen Deutschen Bund eintrat; und da die süddeutschen Rheinbundsstaaten ihre Königskronen von Napoleons Gnaden behielten, so schien

es fast selbstverständlich, daß England jetzt auch für den Welfen eine Krone durchsetzte: die letzte, die eine Dynastie in Deutschland erwarb, und die erste, die wieder zerbrach. Die Personalunion mit England blieb zunächst bestehen. Sie konnte in der großen Politik dem Lande nicht mehr viel schaden. Wenn auch die englische Handelspolitik die mitteldeutschen Zollvereinsexperimente Hannovers von 1828 mit Wohlwollen begleitete, so wurde von London aus in die inneren Verhältnisse des Landes noch weniger als früher eingegriffen, weder in der Zeit, wo Graf Münster den Staat, bei dessen Neuschaffung er die vornehmste Rolle gespielt hatte, als tatsächlicher Oberminister lenkte und der Herzog von Cambridge als Generalgouverneur in Hannover residierte (1815 bis 1831), noch in den letzten Jahren, wo Cambridge als Vizekönig, „in der Stellung eines für außergewöhnliche Fälle mit außerordentlicher Vollmacht ausgestatteten Ministerpräsidenten", beide Funktionen klug vereinte (1831—1837). Es war rein äußerlich, wenn die offizielle Amtssprache in dem Stil dynastischen Pompes weiterschwelgte und auch nach 1814 die Amtsbezeichnung „Königliche Großbritannische-Hannoversche Räte und Beamte" ihren Trägern ein gesteigertes Gefühl von ihrer Bedeutung in der Welt verlieh; eine Vorliebe, die von der andern Seite, wie ein englischer Beobachter mit gewissenhafter Ironie vermerkt, ganz unerwidert blieb. In Wirklichkeit war die Personalunion auch vor 1837 nur noch ein bloßer Name, „ausgenommen vielleicht für Höflinge, Beamte und Veteranen". Wir empfinden heute die vorläufige Fortdauer des Verhältnisses als eine harmlose Sache, weil es im Verlaufe dieser beiden Jahrzehnte nicht zu ernstlichen Unzuträglichkeiten kam. Vor allem aber deswegen, weil diese Personalunion 1837 ihr Ende erreicht hat. Man könnte sich ja gar nicht ausdenken, welche Schwierigkeiten sich einer geschlossenen Neugestaltung Deutschlands würden in den Weg gestellt haben, wenn die dynastischen Zufälligkeiten — und solche blieben auch nachher nicht ausgeschlossen — die Fortdauer der Personalunion oder gar ihren Wiedereintritt zur Folge gehabt hätten. So war es für die deutsche Zukunft auf alle Fälle ein Gewinn, als der Thronwechsel von 1837 die unnatürliche Verbindung wieder durchschnitt und die Politik dieses Mittelstaates nunmehr ganz auf sich selber stellte; daß der neue deutsche König die deutsche Sprache nur radebrechte, das war dem damaligen Geschlechte schon bittrer als dem Zeitalter, wo Friedrich der Große in französischer Sprache und Kultur gelebt hatte.

Der Staat Hannover war seit 1814 nicht mehr identisch mit dem altwelfischen Lande, er wich vielmehr von dem früheren Kurfürstentum nicht unerheblich ab. Statt des aufgegebenen Lauenburg trat das lang-

ersehnte Ostfriesland hinzu, das man einst so ungern in preußische Hände hatte übergehen sehen, ferner die ehemaligen Bistümer Osnabrück und Hildesheim, alte Objekte der welfischen Vergrößerungspläne, schließlich Teile von Münster, Bentheim und Lingen, die eine notdürftige Brücke zu dem friesischen Lande herstellten. Es war eine willkommene Abrundung. Aber die alte einheitliche Struktur des Territoriums war doch wesentlich verändert. Zu dem niedersächsischen Stamme gesellten sich friesische und westfälische Bestandteile. Zu der rein lutherischen Bevölkerung Althannovers trat in Osnabrück und Hildesheim eine lutherisch-katholisch gemischte, in den münsterischen Gebietsteilen rein katholische Bevölkerung, in Ostfriesland auch reformierte, einzeln mennonitische Elemente. Wenn die hildesheimische und osnabrückische Ritterschaft sich mit dem Staatswesen rasch befreundete, in dem ihre Standesgenossen eine so bevorzugte Stellung einnahmen, so gab es andre Untertanen, die vermöge ihrer politischen Vergangenheit eher zu widerstreben geneigt waren: so die Stadt Osnabrück, die sich bis dahin des Genusses von reichsständischer Freiheit fast analogen Rechten erfreut hatte, so die ostfriesischen Stände, denen selbst innerhalb der absoluten friderizianischen Monarchie eine bevorzugte Ausnahmestellung erhalten worden war. Und diesen Bestandteilen von politisch andersartiger Vergangenheit entsprach in manchen Gebieten auch eine von den altwelfischen Landen unterschiedene wirtschaftlich-soziale Struktur: mit Ostfriesland trat ein reines Bauernland von historisch selbständiger Entwicklung in den Staat der hannoverschen Aristokratie, durchaus verwandt den auch erst im 18. Jahrhundert angefallenen Marschlandschaften des Herzogtums Bremen, dem Lande Wursten, dem Lande Kehdingen, dem Alten Lande, schließlich dem Lande Hadeln; an politische Herrschaft einer Junkerkaste waren die Marschbauern, die treu zu ihrem Fridericus rex und dem preußischen Adler gehalten hatten, nicht gewöhnt. Das bäuerliche Element, das wirtschaftlich auch in den altwelfischen Landen, wie wir sehen werden, von Bedeutung war, erfuhr somit im Staatsganzen eine erhebliche Verstärkung. Also in jeder Beziehung brachte der territoriale Gewinn fremdartige Bestandteile, die mit dem wiederhergestellten Staate erst zu amalgamieren waren, da sie einen Gegensatz zu ihm in sich schlossen. Es ist dasselbe Problem, das an alle deutschen Staaten herantritt, die auf dem Wiener Kongresse einen erheblichen Gebietszuwachs erhalten hatten. Die Geschicklichkeit der Diplomaten mochte leichtherzig, ungefragt der Betroffenen, Seelen und Quadratmeilen hin und her schieben, altehrwürdige Bildungen und revolutionäre Schöpfungen gleichmäßig mit ihrem europäischen Votum auslöschen: die glücklichen Gewinner aber lernten auch die Kehrseite kennen. Mit dem Gebietszuwachs

nahmen sie in ihr organisches Gefüge Fremdkörper auf, die es lockern und schädigen, oder auch allmählich so durchsetzen konnten, daß das Ganze sich wandelte; von einem höheren Standpunkt aus enthalten auch diese Verschiebungen ein Moment des Fortschritts und der Ausgleichung, das über die althistorischen Schranken im deutschen Volksleben hinwegführt.

Das neue Blut erwies sich auf alle Fälle als ein Gewinn für das Ganze. Es ist doch bemerkenswert, wie die politischen Talente Hannovers im 19. Jahrhundert fast alle aus den neugewonnenen westfälischen Bestandteilen: Land und Stadt Osnabrück, Münsterland, Bentheim stammen. Schon Graf Münster, der Gründer des Staates, dann Freiherr von Schele, der Minister des Staatsstreiches von 1837, und vollends sein Bekämpfer Stüve, der Märzminister. Und auch in der folgenden Generation stammen aus diesem hannoverschen Westfalen die beiden staatsmännisch-parlamentarischen Talente des neuen Reiches, Miquel und Windthorst, beide ihrer Art nach nichts weniger als Niedersachsen: wenn man ihre Persönlichkeiten mit der Bennigsens zusammenstellt, so vergißt man, daß dieser, der allerdings das Niedersachsentum sehr charakteristisch repräsentiert, im Grunde der einzige eigentliche Hannoveraner unter diesen großen Namen der letzten Epoche war. Für den wiederhergestellten Staat Hannover mit seinem Anstrich von oligarchischer Klassenherrschaft war von jenen neuen Gebieten am ehesten ein Widerspruch zu erwarten. Sie sind wie ein Sauerteig; die Bewegung anfangs der dreißiger Jahre, der Widerspruch gegen den Staatsstreich von 1837, die Neuordnung von 1848 finden hier einen besonderen Rückhalt; und ebenso wird die liberale Opposition der fünfziger und sechziger Jahre, deren Führer Bennigsen wurde, hier und in dem Bürgertum der Städte ihre Anhänger finden; beide Elemente werden schließlich sich am ehesten mit der Umwälzung von 1866 aussöhnen, anders als die altwelfischen Lande von Lüneburg, Kalenberg und Grubenhagen.

So hing von vornherein die innere Entwicklung Hannovers in dem neuen Umfange, den es seit 1814 besaß, im wesentlichen davon ab, ob es gelingen würde, der veränderten Zusammensetzung entsprechende politische Formen zu finden. Von der Verfassung von 1819 läßt sich das nicht behaupten. Denn den Kern der Ersten Kammer bildeten die von den provinziellen Ritterschaften — Kalenberg-Grubenhagen, Lüneberg, Hoya, Bremen-Verden, dazu nunmehr auch Osnabrück, Hildesheim und Ostfriesland — erwählten Deputierten, während die Zweite Kammer tatsächlich eine Städtekammer war. Das platte Land, die gesamte bäuerliche Bevölkerung, war so gut wie ausschließlich durch

die Ritterschaft vertreten, und diese wahrte in der Ersten Kammer ihre altadlige Exklusivität in einer Weise, die in dem damaligen Deutschland überhaupt kein Gegenstück fand.

In dieser überlebten Form ging die Klassenherrschaft in den neuen Staat über. Und allerdings war die Adelsherrschaft ein Unding, vor allem wegen der wirtschaftlichen Grundlagen, die ihr zur Verfügung standen. Während zum Beispiel in Pommern noch vor einigen Jahrzehnten die Rittergüter 70 % der Gesamtfläche ausmachten, der Rittergutsbesitzerstand somit kraft seiner wirtschaftlichen Führung immerhin einen Anspruch auf politische Führung hatte, lag hier die Sache ganz anders. Bei der Ablösungsordnung von 1833 stellte sich heraus, daß an Kulturland die Ritter 5,5 %, die Bauern aber 86,5 % besaßen; dazu 3,6 % Domänen und 4,4 % Korporationen (2,4 % Kirche, 1,3 % Gemeinden, 0,7 % Klosterkammer). Auch von der Gesamtfläche kamen nur 5 % auf die Ritter und über 80 % auf die Bauern. Nicht der Großgrundbesitz überwog — der zum Beispiel heute in Mecklenburg in Gütern über 100 ha 61,1 % der Gesamtfläche in Händen hat —, sondern der mittlere Besitz. Hierin besteht somit ein durchschlagender Unterschied von den Verhältnissen des deutschen Ostens. Hier liegt der Schlüssel zu der innerpolitischen Entwicklung Hannovers im 19. Jahrhundert, insbesondere auch zu den Verfassungskämpfen, in denen die Vertretung des Grundbesitzes fast die vornehmste Rolle spielt. Das Charakteristische war, daß dieser mäßig begüterte Adel die politische Privilegierung festhalten wollte, ja zum Teil eben wegen seiner wirtschaftlichen Situation festhalten mußte gegen den weitaus überlegenen Teil des bäuerlichen Grundbesitzes und die Städte. Die Rolle Bennigsens hat darin bestanden, daß er, der Angehörige der privilegirten Kaste, sich zum Anwalt und Führer der Bürger und Bauern aufwarf.[1])

In den dreißiger Jahren gerieten diese Gegensätze zuerst in eine folgenreiche Bewegung. Als die Nachwirkungen der Julirevolution im Januar 1831 nach Hannover hinüberschlugen, machten die äußeren Vorgänge, wie der akademische Ulk der Göttinger Revolution, zwar

[1]) Noch in einer seiner letzten parlamentarischen Reden vom Juni 1896 rief er einem freisinnigen Redner, der die Befürchtung ausgesprochen hatte, es möchten nur die kommandierten Kreaturen der Großgrundbesitzer in den Kreistagen und Provinziallandtagen der Provinz Hannover sitzen, die Worte zu: der niedersächsische Bauer sei wenig geeignet, sich von irgendeiner öffentlichen Gewalt oder Gesellschaftsklasse als Kreatur verwenden zu lassen; die Grundeigentumsverhältnisse seien weit glücklicher als in vielen Teilen unsers Vaterlands; in Hannover besitze der Bauer mehr als 80 % des kultivierten Grund und Bodens, während die Rittergutsbesitzer nur 6 % des kultivierten Bodens besaßen.

keinen überwältigenden Eindruck, aber sie blieben doch nicht ohne Folgen. Die Bewegung richtete sich gegen die Alleinherrschaft des Grafen Münster, im Kerne aber gegen die Adelsherrschaft überhaupt, insbesondere gegen die Begünstigung des Adels im Staatsdienste. Es war nicht ein ernsthafter Druck von unten, sondern die Einsicht der leitenden Männer, der vom Herzog von Cambridge unterzeichnete Bericht der Minister Bremer, Meding, Ompteda und Stralenheim vom 3. Februar 1831, der mit seiner freimütigen Sprache das alte System zu Falle brachte; der politische Umschwung, der in England selbst erfolgt war, mochte dem König den Entschluß erleichtern. Und so mag auch das hannoversche Staatsgrundgesetz vom 26. September 1833 wie eine Nebenwirkung, eine Parallele der englischen Reformbill erscheinen, wenn auch nicht den middle classes vergleichbare Gruppen dahinter standen, sondern nur die unsicheren Ansätze oppositioneller Regungen. Das neue Grundgesetz stellte, nach dem Worte Ernst von Meiers, zum ersten Male die gesamten Grundzüge des öffentlichen Rechtes, auch das Verhältnis zu den Ständen fest, erweiterte die Rechte der Stände bei der Gesetzgebung und im Finanzwesen, und paßte die Zusammensetzung der Stände der wirtschaftlichen Situation an; durch die Vereinigung der königlichen Domänenkasse mit der ständischen Generalsteuerkasse, unter Ausscheidung einer Anzahl von Domänen als Krondotation, wurde das alte System der Kassentrennung im Sinne moderner Staatsentwicklung überwunden; der Gegensatz zwischen der Adelsvertretung der Ersten und der bürgerlich-bäuerlichen Vertretung der Zweiten Kammer blieb bestehen; mit dem von Stüve durchgesetzten Ablösungsgesetz wurde „nicht bloß der wirtschaftlichen, sondern auch der politischen Herrschaft der Ritter der Boden unter den Füßen weggezogen". Während aber die Reformbill in England den Beginn einer neuen Aera bedeutete, blieb das Staatsgrundgesetz — nach Treitschkes Urteil unzweifelhaft die bescheidenste unter den neuen norddeutschen Verfassungen, bei allen Mängeln doch ein achtungswertes Werk erfahrener Einsicht und behutsamer Mäßigung — nichts als eine Episode. Eben der Thronwechsel von 1837, dessen nationale Bedeutung in der Auflösung der Personalunion liegt, brachte die Unseligkeit jener dynastischen Verknüpfung dem ganzen Lande noch einmal wieder zum Bewußtsein. Der Staatsstreich des neuen Königs Ernst August zerstörte das kaum zu ruhiger Wirkung gelangte Reformwerk von 1833. Indem der alte Toryführer, der in seiner Heimat zu der geschlagenen Partei gehörte, sich nicht an das Staatsgrundgesetz gebunden erachtete und die alte Verfassung von 1819 wieder einführte, konnte er den Fortschritt, den Sieg der „whiggistischen" Opposition, in dem ihm zugefallenen Lande wieder aufheben. In seiner Handlungsweise

ist die Frage seiner persönlichen bona fides nicht das wesentliche. Das Entscheidende blieb, daß ein Ausländer das geltende Recht eines deutschen Landes mit einem Fußtritt beiseiteschieben durfte. Das verstand die Nation, auch wenn sie die Beweggründe und den Inhalt des Verfassungskampfes nicht begriff. Und sie verstand, daß dagegen das Gewissen unabhängiger Männer sich erheben mußte. Noch entscheidender wurde für die Folgezeit die andre Erkenntnis, daß der gesamtdeutsche Staatskörper als solcher für das bedrohte Recht des Einzelstaates keinen Rückhalt gewährte. Als der Bundestag die Beschwerde der Stadt Osnabrück, deren wackerer Bürgermeister Stüve den Kampf für das Recht aufgenommen hatte, am 6. September 1838 wegen mangelnder Legitimation zurückwies, da stand vor aller Augen, daß der Deutsche Bund, der nach außen keine Einheit und nach innen keine Freiheit gewährte, nicht einmal die erste Pflicht, den Schutz des Rechtes, ausüben wollte. So wurde schon in diesem Stadium die hannoversche Verfassungsfrage mit der deutschen Frage eng verbunden, und Tausenden nahm Dahlmann in seinem Büchlein „Zur Verständigung" das Wort aus dem Munde, wenn er prophetisch rief: „Hier gilt es Deutschland. Kann eine Landesverfassung vor den Augen des Bundes wie ein Spielzeug zerbrochen werden, eine Verfassung, von der es unmöglich ist zu leugnen, daß sie in anerkannter Wirksamkeit bestanden hat, dann ist über Deutschlands nächste Zukunft entschieden, aber auch über die Zukunft, die dieser folgen wird." Und schon in diesem Stadium gab die hannoversche Verfassungsfrage den ersten Anstoß zu einem Zusammenschluß der Liberalen zu einer Partei, in allen deutschen Landen begannen die Gleichgesinnten Fühlung miteinander zu nehmen. Verglichen mit diesen allgemeinen Wirkungen, hat das hannoversche Land sich wenig gerührt; die Klasse, die bis 1833 den Staat mitregiert hatte, ließ sich die Umwälzung gern gefallen, sie war und blieb um ihrer eignen Erhaltung willen an der Erhaltung des Staates interessiert; an tatkräftigen Elementen des Widerstandes aber fehlte es in dem Bürger- und Bauernstande, denn wenn auch Stüve mit der Unabhängigkeit eines alten Reichsstädters vorging, so mangelte es an einer Klasse, die aus eigner Kraft die Klassenherrschaft der andern brach, etwa an einem Großbürgertum, wie es in Westfalen und Rheinland erwuchs.

Wunderbar aber in dieser kurzen hannoverschen Staatsgeschichte sollten dieselben Dinge sich wiederholen. Die unter dem Druck der Revolutionsbewegung entstandene Verfassung von 1849 sollte die Tendenzen von 1833, nunmehr in radikalerer Weise, wieder aufnehmen, doch auch sie sollte eine Episode bleiben, von nicht viel längerer Dauer als die erste. Nicht nur unter Zulassung, sondern mit direkter Ge-

nehmigung des Bundes sollte der zweite Verfassungsbruch von 1855 nach den Wünschen der Krone und der Ritterschaften die Dinge wieder rückwärts redigieren; die allgemeindeutsche Reaktion erweckte auch die hannoversche zum Leben. Diesmal sollte es ein Sohn der privilegierten Kaste sein, der die Rolle Stüves wieder aufnahm: Rudolf von Bennigsen. Er trat sofort im Sinne der Verknüpfung der heimischen mit der nationalen Reform in den Verfassungskampf ein, und unter dem Anstoß auswärtiger Gefahren erhob sich in der neuen Generation ein erneuter Zusammenschluß der liberalen Elemente; im Nationalverein trat der Führer der hannoverschen Opposition an die Spitze der ersten zugleich liberalen und nationalen politischen Organisation. Unter solchen inneren Kämpfen ging der Neustaat, hin und her geworfen trotz aller gesunden und konservativen Voraussetzungen, einer erneuten Katastrophe entgegen, die ihn schwerer als die von 1848, für immer getroffen hat.

So wird die innerpolitische Geschichte des Einzelstaates in der letzten Epoche von 1837 bis 1866 unlöslich mit der Geschichte der deutschen Nation verknüpft sein. Und war nicht überhaupt sein Geschick von vornherein in besonderer Weise an die Zukunft des deutschen Vaterlandes und an Preußen, den Staat dieser Zukunft, gebunden?

Sich selber und die Eigenart ihres Staates gedachte der neue Trieb der alten Dynastie zu behaupten: auch inmitten des Dranges, der nach einem deutschen Vaterlande rief. Wie man auch über die Möglichkeiten der Fortentwicklung unsers Volkes vom Deutschen Bunde zu einem den andern ebenbürtigen Nationalstaat denken mag, sie war für jeden Einsichtigen nur möglich, wenn die Mittel- und Kleinstaaten mindestens einen Teil ihrer Souveränität zugunsten einer Zentralgewalt aufgaben, ob diese nun von Oesterreich oder von Preußen oder von beiden oder von einer Republik oder selbst von einer papierenen Direktorialregierung ausgeübt wurde. Dagegen widerstrebten alle, Große und Kleine, die etwas aufgeben sollten, diese neuen Könige aber, die sich als Söhne und Enkel der Könige von Großbritannien und Irland fühlten und zugleich als Abkömmlinge eines der ältesten Häuser Europas, reagierten gegen eine solche Zumutung des sog. deutschen Vaterlandes mit so persönlichem gesteigerten Selbstgefühl, daß sie jede Einbuße an ihrer souveränen Vollgewalt als Eingriff in geheiligte Rechte verabscheuten. Vielmehr gedachten sie ihren Mittelstaat nach innen und außen in seiner Sonderart auszubauen und möglichst nachzuholen, was in den letzten 125 Jahren die Dynastie nicht vermocht hatte. War aber die Situation Hannovers, schon geographisch, nicht von vornherein eine besondere? Das neue Königreich beherrschte die unteren Flußläufe und Mündungen der Nordseeströme, der Ems und von einer Seite auch der Weser und

Elbe; neben dem an Dänemark gefesselten Schleswig-Holstein nahm es — mit Ausnahme der Häfen Hamburgs und Bremens und der wichtigen oldenburgischen Küstenstrecke — den größten Teil der Nordseeküste ein. Die maritime Zukunft Deutschlands, die während einer englischen Personalunion überhaupt nichts zu hoffen gehabt haben würde, war somit — solange die dänisch-schleswig-holsteinische Verbindung bestand — zu einem Teile von dem guten Willen dieses jetzt auf sich selbst gestellten Mittelstaates abhängig. Würde er die Pflichten für das Ganze erkennen, die ihm daraus erwuchsen? Und dann teilte dieser Staat (neben Braunschweig und Kurhessen) in seiner neuen Ausdehnung auch noch die preußische Monarchie in zwei Gebiete. Preußen hatte sich gegen diese Situation durch die Einräumung von Etappenstraßen und eines Etappenkommandos in Hildesheim gesichert; es schob auch die Festung Minden tief in das hannoversche Gebiet, in ziemliche Nähe der Hauptstadt, vor und konnte seinerseits die schmale Brücke zwischen dem althannoverschen Gebiet und Ostfriesland-Osnabrück leicht durchschneiden. Ohne dies im einzelnen zu erörtern, so viel stand fest: das Verhältnis Hannovers zu dem preußischen Staate war schon aus militärgeographischen Gründen kompliziert. Preußen war an der freundnachbarlichen Haltung gerade dieses Staates besonders interessiert, mußte jeden Gegensatz von dieser Seite als eine Bedrohung im Innern seines eignen Körpers ansehen; und auf der andern Seite lebte Hannover — seitdem mit der Lösung aus dem englischen Verbande überhaupt wieder mittelstaatliche selbständige Ambitionen auftauchten — in der Sorge vor preußischen Vergrößerungstendenzen. Wir sahen, wie die beiden norddeutsch-protestantischen Staaten in einem gewissen Parallelismus, ja in einer Rivalität seit dem Ende des 17. Jahrhunderts emporgekommen waren. Die Rivalität war, trotzdem man im 18. Jahrhundert meist in demselben politischen Lager stand, immer wieder hervorgebrochen, und in der Napoleonischen Zeit hatten die hannoverschen Geheimräte, manchmal mit gutem Grunde, vor dem preußischen Freund und Retter ebenso gezittert wie vor dem französischen Feinde. Noch als im März 1813 der Prinzregent den (ziemlich gescheiterten) Versuch machte, mit schwedisch-russischer Hilfe zur Insurrektion Norddeutschlands aufzurufen, wurde dem Gesandten ein Memoire aus der Feder Münsters mitgegeben über die Grundsätze, „um die politischen Angelegenheiten des Teutschen Reichs, sowohl während der Dauer des bevorstehenden Kampfes zur Wiedererlangung der teutschen Unabhängigkeit, als in Rücksicht auf die künftige Verfassung Teutschlands zu leiten". Unter den leitenden Gedanken aber stand der Hinweis „auf die traurigen Folgen, welche für das Teutsche Reich im ganzen aus der Rivalität Preußens gegen Oesterreich und

insbesondere für das nördliche Deutschland aus der Vergrößerungssucht dieses Staats entstanden sind, und der Wunsch, daß Preußen künftig, westlich, durch die Elbe begrenzt bleiben möchte".

Der preußische Zollverein hatte dann ohne Mühe die mitteldeutschen Handelsvereinspläne Hannovers gesprengt und auf die Zollgemeinschaft mit seinen nächsten Nachbarn Oldenburg, Braunschweig, Schaumburg-Lippe beschränkt. Eine geheime Sorge blieb lebendig, es möchte sich aus der wirtschaftlichen Führung Preußens, der die meisten andern sich untergeordnet hatten, einmal mehr gestalten; man konnte sich selbst sagen, daß wenn einmal der diesem Staate eingeborene Drang zur Vergrößerung wieder erwachen sollte, er in Norddeutschland kein gelegeneres Objekt als eben Hannover finden würde. Aber dazu lag in den dreißiger Jahren kein Grund vor; alle dieselben Momente wiesen zugleich zu engem Anschluß an Preußen hin, und der alte Ernst August nahm eine freundschaftliche Haltung ein, für die sich neben seinen persönlichen und dynastischen Motiven ruhmreiche Tradition und die Notwendigkeiten der Gegenwart ins Feld führen ließen. Sobald jedoch der preußische Staat sich seiner großen deutschen Bestimmung erinnerte und nach außen nationale, nach innen liberale Politik, wenn auch noch so zögernd, zu treiben begann, wie es zuerst 1848 49 und nachher in der Neuen Aera seit 1858 geschah, trieb Hannover jedesmal erschreckt in das antipreußische Lager hinüber.

So waren die historischen Grundlagen, die sozialen und wirtschaftlichen Schichtungen, die treibenden Kräfte des Staates beschaffen, aus dem Rudolf von Bennigsen in seine politische Laufbahn für Hannover und zugleich für Deutschland hineinwuchs. Wie viele Voraussetzungen seiner inneren Entwicklung und seines öffentlichen Wirkens in diesem Staate und in seiner Gesellschaft liegen und wie dieser Untergrund seines Wesens in der Berührung mit den Ideen und Forderungen seiner Nation fortwächst, sich neu gestaltet und wieder auswirkt: das wird diese Biographie in jedem Stadium seiner Entwicklung aufzeigen.

Aber die niedersächsische Heimat gab ihm noch etwas, was älter war als dieser niedersächsische Staat: die landschaftliche Färbung seiner Wesensart. Wir sagten schon: er ist der Niedersachse, im Unterschied von dem hannoverschen Westfalen Stüve, in dessen Fußstapfen er trat, von Miquel und Windthorst, mit denen er später zusammengestellt ward. Gewiß geht seine Individualität nicht in dem Typus der Landschaft auf, aber der Typus schimmert durch alles ganz Persönliche immer wieder als farbiger Grundton hindurch. Der Niedersachse ist ruhigen,

gelassenen Temperaments, er hält mit seinen körperlichen und geistigen Kräften Haus, er ist eher schwerbeweglich nach beiden Seiten hin. Es fehlt diesem Volksschlage die fröhliche Beweglichkeit des Rheinländers, die Lebhaftigkeit des Märkers (die hier wie dort ein Erbteil der Blutmischung sein mögen); das reinere germanische Blut hat diesen Blonden und Blauäugigen ihre ursprüngliche Art besser bewahrt. Das ist nicht bloß ein Gewinn. Denn die Rassenmischung ist der Hervorbringung von Talenten günstiger, das raschere Kreisen der Säfte beflügelt die geistigen und moralischen Fähigkeiten. Das Land der Niedersachsen erscheint im ganzen Verlauf deutscher Geschichte selten als die Heimat der führenden Köpfe und handelnden Willensmächte; die großen schöpferischen Initiativen, geistig wie politisch gesprochen, die umwälzenden Fortschritte sind kaum je von hier ausgegangen. Aber was an der Initiative fehlt, ersetzt die zähe Kraft des Ausdauerns und Durchhaltens. Das Langsame und manchmal Bequeme ist verbunden mit allen Vorzügen der Treue und Zuverlässigkeit; das Schwerbewegliche kennt nicht die Gefahren rascherer Veranlagung, Oberflächlichkeit und Sprunghaftigkeit. In der soliden Tüchtigkeit und Männlichkeit liegt die Stärke; die Steigerung zur Genialität ist selten. Da diese Art fest stehen bleibt bei dem, was sie als recht erkannt hat, da ihr gesunder Menschenverstand, die ruhige Ueberlegung dem Extremen und Uebereilten abhold ist, wird ihre politische Haltung einen konservativen Zug aufweisen. Man treibt die eignen und öffentlichen Angelegenheiten mit Ernst, man hält sein Temperament im Zaum und will auch die allgemeinen Angelegenheiten in Ordnung sehen. Revolutionäre können hier keine Rolle spielen. Man ist ruhig und man will es sein, man pflegt die Ausbildung dieser Anlage. Es schickt sich nicht für den Mann, viel zu reden und zu lachen. Die Schweigsamkeit erscheint in der Unterschicht häufig als Verschlossenheit (nicht Verstecktheit), in der Oberschicht nimmt sie die Form reservierter Zurückhaltung an. Man verbirgt das Innenleben, und dieses ist reicher, als es scheint; denn die Leute gehen in sich hinein, aber es fällt ihnen schwer, aus sich herauszugehen. Oft liegt über ihrem Wesen ein träumerischer Zug, als Anzeichen wirklicher Innerlichkeit: er spiegelt sich in der Tiefe Wilhelm Raabes, des Dichters dieses Niedersachsentums, auch darum, weil sich bei ihm mit dem wärmsten Herzen und der buntesten Poesie ein bequemer philiströser Zug vereinigt; aus den Augen und Büchern Gustav Frenssens blicken uns manche ähnliche Züge entgegen, wenngleich bei ihm alles schon etwas nördlicher, holsteinischer, weniger binnenländisch gewandt ist. Seinen eigentlichen plattdeutschen Dichter hat die Landschaft nicht gefunden, keinen der, wie Reuter die Mecklenburger

Art, sie im Originaltext vorführte. Auf den ersten Anblick ist die Landesart der oberen und unteren Schichten, anders als etwa bei dem Schwaben und Bayern, weit voneinander entfernt, so weit wie etwa das nachlässige und geschleppte Plattdeutsch von der korrekten hochdeutschen Aussprache des Hannoveraners, die bis auf das St den angeborenen Dialekt überwunden hat und nun doch dem gemeinen Deutschen zu steif und zu schön erscheint. Aber im Grunde ist die Verwandtschaft eng. Was man wohl als Hannoveranertum bezeichnet, ist die zum Teil durch gesellschaftliche Formen, durch den Kastengeist der Residenz oder gar englische Vorbilder bewußter ausgebildete ursprüngliche Art, mehr wie ein Firnis darüberliegend; es wirkt wie ein künstliches und gewolltes Zusammenraffen der lässigeren Grundanlage. Aber auch was in der Oberschicht guter Ton ist, entbehrt des forciert „Preußischen", das man eher als unsympathisch und fremdartig empfindet, und nähert sich der sicheren und freien Gemessenheit, mit der die angelsächsischen Vettern in England und Amerika sich bewegen.

Zweites Kapitel

Geschlecht und Jugend

Recht eigentlich im Herzen des kalenbergischen Landes — des innersten Kerns des späteren Königreichs Hannover —, zwei Meilen südlich von Hannover, wo die letzten östlichen Ausläufer des Deisters in die Ebene übergehen, liegt das Dorf Bennigsen. Bennuchesshusen heißt es schon im 10. Jahrhundert. Schon früh hatte eine Ministerialenfamilie hier ihre feste Wohnung, die sich nach diesem Orte von Bennekessen, Bennexen, Benniſſen nannte. Als erste Träger dieses Familiennamens, bis zu denen ein lückenloser Stammbaum zurückgeht, werden Helmicus I. und Burchardus I. im Jahre 1311 genannt, Lehensleute der Schauenburger Grafen; anscheinend waren sie desselben Blutes wie die Familie, die sich nach dem weiter östlich an der Leine gelegenen Jeinsen — in der Nähe des alten Schlosses Kalenberg, das dem ganzen Lande den Namen gegeben hatte — nannte; bald begegnen sie uns unter den Mitgliedern der Kalenberger Ritterschaft; andre Zweige des Geschlechts gewannen Besitz weiter südlich an der Leine in Banteln und Gronau im Bistum Hildesheim. Die Geschichte der Bennigsen ist mit der Geschichte der älteren welfischen Dynastien und ihrer Landschaften verknüpft, ohne eigentümliche Züge, die sie von der üblichen Entwicklung einer niedersächsischen ritterlichen Familie unterschieden hätten.

Von den mittelalterlichen Trägern des Namens ist hier nicht zu reden. Alle späteren Zweige gehen zurück auf den in Banteln (sog. ältere Linie zu Banteln) ansässigen Johann III. († 1618); von seinem ältesten Sohn Johann Levin I. († 1643) stammt die sog. jüngere Linie zu Banteln-Gronau; von dem zweiten Sohn Jakob III. bezw. dessen Sohn Levin II. († 1703) stammt die sog. jüngere Linie zu Bennigsen, zu einer deren Zweige auch die Familie Rudolf von Bennigsens gehört.

Die Bennigsen gehörten zu der Aristokratie, die, wie wir gesehen haben, im 18. Jahrhundert in dem hannoverschen Staate eine so bedeutende Rolle spielte, und hatten teil an allen ihren politischen und sozialen Privilegien. Aber sie gehörten nur zu dem weiteren Kreise dieser Aristokratie — nicht zu dem engen Kreise, der die Minister und einflußreichsten Beamten stellte, sozusagen an der Krippe saß; wie bei den meisten niedersächsischen Adelsfamilien war auch bei ihnen der Besitz nur mäßig. Wer von den Junkern nicht an die Spitze des heimischen Regiments gelangte, dem

Stammhaus der Familie von Bennigsen (das alte Haus)
zu Bennigsen

blieb der Kriegsdienst, nicht in der Heimat selbst, die nicht viel militärische Anforderungen stellte und nicht etwa den Adel nach preußischem Muster mit strenger Zucht in den Königsdienst des eignen Staates zwang, sondern im Ausland, wo immer einem kühnen Degen Lorbeer und Gewinn winkte — der Weg, den vom 16. bis 18. Jahrhundert so unendlich viel edles deutsches Blut in aller Herren Länder gegangen ist. So hat sich einer von der älteren Linie, der Ururenkel Johann Levins I., Levin August Gottlieb von Bennigsen (1745 bis 1826), einen Namen in der Welt gemacht. Aus hannoverschen trat er in russische Dienste, er focht mit Auszeichnung gegen Türken, Perser, Polen, wurde von der Kaiserin Katharina mit reichen polnischen Gütern ausgestattet und war unter ihrem Nachfolger einer der ersten Männer der Armee, auch dann, als diese sich, unter Mitwissenschaft des nachmaligen Zaren Alexander, gegen den Wahnwitz Pauls I. erhob; er war eines der Häupter der Verschwörung, und in der Nacht des 23. März 1801 bewahrte der hannoversche Junker noch das kälteste Blut und gab, wenn er auch nicht selbst die Hand lieh, das entscheidende Signal zum Untergang des Zaren. Wie alle Verschwörer unter Alexander I. in Ehren blieben, so auch er; in dem Kriege gegen Napoleon wurde er nach seinem Erfolge bei Pultusk Oberbefehlshaber des russischen Heeres, kommandierte bei Preußisch-Eylau und bei Friedland; vor dem Feldherrngenie Napoleons verblichen aber seine mittleren Fähigkeiten. Er trat zwar nicht ganz zurück, wurde 1812 Generalstabschef Kutusows, schlug Murat und St. Cyr in kleineren Schlachten und nahm an der Völkerschlacht bei Leipzig teil. Er stattete, in den Grafenstand erhoben, seinen älteren Sohn mit den erworbenen polnischen Gütern aus, während sein jüngerer Sohn Alexander in die hannoversche Heimat zurückkehrte und das Gut Banteln übernahm; dieser ist der nachmalige Premier des Ministeriums Stüve von 1848 bis 1851 und hat zuerst den Namen seiner Familie mit den liberalen Tendenzen der neueren Zeit verknüpft.

Auch die jüngere Linie, die unter anderm das Stammgut Bennigsen besaß, war von Generation zu Generation auf Kriegsdienst angewiesen. Da war der Urenkel jenes Johann Levin II., August Philipp († 1770), der am Siebenjährigen Kriege in den Heeren Herzog Ferdinands von Braunschweig teilnahm, häufig von seiner meistens verkleideten Gemahlin in das Kriegslager begleitet, ein wilder rücksichtsloser Kriegsmann, unter dem das längst verschuldete Familiengut aus dem Konkurse gar nicht herauskam. Sein Sohn August Christian Ernst, der Großvater Rudolf von Bennigsens, folgte schon frühzeitig den preußischen Fahnen; er trat in ein in Neustadt-Magdeburg liegendes Füsilierbataillon ein und heiratete dort ein Fräulein von Alvensleben; wie überhaupt — nach

einer Lieblingsbeobachtung Bismarcks — zwischen den niedersächsischen Altmärkern und den kurbraunschweigischen Niedersachsen kein Unterschied bestand, so war auch zwischen dem Adel beider Landschaften viel Verbindung, und einzelne Zweige der großen Familie Alvensleben haben auch an der Spitze hannoverschen Staatsdienstes gestanden. Als Stabskapitän in der Magdeburgischen Füsilierbrigade machte August von Bennigsen die Rheinkampagne von 1792 bis 1795 mit und erwarb während der Belagerung von Mainz, bei der er schwer verwundet wurde, den Orden Pour le mérite. Dann lag er in wechselnden preußischen Garnisonen, Coesfeld, Warendorf, Münster, Emden, Lengerich, wieder Münster, schließlich Erfurt. Durch ein ausführliches Memoire über den leichten Truppendienst gewann er die Gunst des Königs und wurde bald zum Kompagniechef und Major befördert. In dieser Stellung wurde er in der Schlacht bei Auerstädt zweimal verwundet, geriet dann mit dem Fall Magdeburgs in französische Gefangenschaft und verließ nach dem Frieden zu Tilsit, anscheinend verbittert, den preußischen Dienst.[1])

Unter diesem Wechsel der äußeren Ereignisse verliefen seinem ältesten Sohne Karl (geb. 30. Oktober 1789 zu Neustadt-Magdeburg), dem Vater Rudolfs, die Kinder- und Jugendjahre unruhig bewegt. Während des Feldzuges von 1792 ließ der Vater zeitweilig Frau und Kind in das Feldlager nachkommen; nachher wuchs er mit seinen Geschwistern unter der Obhut der Mutter in Magdeburg oder auf den Alvenslebenschen Gütern auf; bei dem häufigen Garnisonwechsel hernach litt zwar, wie er selbst später erzählt, der Unterricht nicht, aber der Heimatsinn ging ganz verloren. Freilich hatte er nichts von einem Soldatenkind, war von frühauf zart und kränklich und erinnerte sich später, daß Blücher ihn einst in einer der väterlichen Garnisonen auf seine Art mit den Worten ermunterte: „Junge, du mußt fressen und saufen, bis du dick wirst." Er war eben konfirmiert worden und besuchte in Erfurt die Sekunda, als die Katastrophe des preußischen Heeres und Staates auch ihn und seine Familie in die Flucht trieb. Während über die Allgemeinheit das Schwerste hereinbrach, wurde auch das Einzelgeschick in den Strudel herabgerissen und, wie es häufig geschieht, wo das Glück schon erschüttert war, brach es in der allgemeinen Verwirrung auseinander. Die Ehe der Eltern war längst nicht mehr glücklich und in den nächsten Jahren lebten sie getrennt. Der Vater litt schwer darunter, daß er, statt die Vermögensverhältnisse seiner Familie wiederherzustellen, sie durch eigne und der Zeiten Schuld nur noch tiefer herabgedrückt hatte; im Jahre 1810 war der Konkurs über die Güter

[1]) B. Jacobi, Hannovers Teilnahme an der deutschen Erhebung im Frühjahre 1813, Hannover 1863, S. 190 f.

Bennigsen und Arnum ausgebrochen; mit dem Zusammenbruch des alten Staates war, wie vielerorten in Deutschland, die wirtschaftliche Stellung der bisher herrschenden Klassen ins Wanken geraten. So begann der junge Karl Bennigsen, nachdem seine Schulbildung in Halberstadt zugleich mit den Söhnen seines Oheims, des Grafen Schulenburg-Emden, zum Abschluß gebracht war, unter den ungünstigsten Umständen sich einen Beruf zu suchen. Viele Wege waren verschlossen: der hannoversche Staat existierte nicht mehr, die Reste seiner Armee fochten im Ausland in fremdem Dienste mit dem alten Ruhme, auch die preußische Armee schien ein Ding der Vergangenheit zu sein; französischen oder westfälischen Staatsdienst aber wollte er nicht suchen. Er entschloß sich daher im Jahre 1808, zunächst in Göttingen, das mittlerweile auch königlich westfälische Universität geworden war, Jura zu studieren, um dann einen bürgerlichen Beruf zu ergreifen. Die Ereignisse hatten ihn gereift, über seine Jahre ernst gemacht, er arbeitete fleißig und lebte genügsam; tief empfand er die gefährdete Lage der Familie, zumal wenn er in den Sommerferien auf das sequestrierte Gut Bennigsen ging und die alten Mauern seines vorelterlichen Hauses, den breiten Ringgraben und die Wappen am Eingang sah; tiefer noch drückte ihn das allgemeine Elend des Vaterlandes. Nur von weitem schlugen in das im alten Gleise fortgehende Göttinger Studentenleben die Nachrichten von den großen Weltveränderungen hinein, von dem Kriege von 1809. Am 23. März 1810 lesen wir in seinem sorgfältig geführten Tagebuch: „Ich kann wohl sagen, daß mir der Kopf schwindelte, als eine Nachricht die andre verdrängte: die Oesterreicher sind in München, die Tiroler sind im Aufstande, die Preußen brechen los und die Engländer sind in Kuxhaven gelandet." Es kamen die Tage, wo die Göttinger Studenten aufgeregt an den Stadttoren auf den Einzug Schills warteten, und dann wieder, ebenso vergeblich, auf den Herzog von Braunschweig-Oels: man fühlte die letzten Zuckungen deutscher Selbständigkeit mit, zornig, unklar und machtlos, im übrigen ging das Burschenleben weiter und die Professoren traktierten den Code Napoleon. Im November 1811 verließ er Göttingen und begab sich nach (dem auch zu Westfalen geschlagenen) Magdeburg, um sich unter der Leitung des Kriminalrats Delbrück[1]) zum Advokaten zu bilden; er konnte in diesem Berufe am ehesten in eine Art von Selbständigkeit gelangen, ohne sich in den Dienst der fremden Unterdrücker zu stellen. Seine Aufzeichnungen schildern die verschiedenen Gruppen der Magdeburger Gesellschaft, die französisch Gesinnten, in ihrer Mitte der Präfekt Graf

[1]) Vgl. über ihn: Lebenserinnerungen von Rudolf von Delbrück, I, S. 34 ff.

Schulenburg-Emden, sein Oheim, und auf der andern Seite die patriotischen Kreise, zu denen er selbst hielt; der junge Jurist lebte fast mittellos in den bescheidensten Verhältnissen, bewohnte mit seinem jüngsten Bruder Otto, der die Domschule besuchte, ein kleines kaltes Zimmer im Hinterhause eines Gasthofes niederen Ranges, und beide lebten, außer der im Vorderhause eingenommenen Mittagsmahlzeit, nur von Brot und Milch, so daß die Ausgaben des ganzen Winterhalbjahres sich für die Brüder auf 118 Taler 9 Groschen beliefen. Nachdem die Vorbereitung der Notariatsgeschäfte halber in Halberstadt fortgesetzt worden war, bestand Karl im September 1812 die mündliche Prüfung zum Advokatenexamen. Im März 1813 wurde er in Celle vereidigt. In demselben Augenblick fegte der Sturm von Osten durch die deutschen Gemüter. Nation und Heimat traten mit andern Forderungen an den, der die Wahl hatte, heran.[1])

Als der Entscheidungskampf für die Befreiung begann und mit den ersten Kosaken der Geist der Erhebung auch in die hannoverschen Lande hineindrang, da lag für diese Gebiete die Aussicht der Befreiung aus eigner Kraft längst nicht so günstig wie für die altpreußischen Landesteile, in denen der Aufruf „An mein Volk" die leidenschaftliche Hingebung der Massen erweckte. Während das preußische Heer, Linie, Landwehr und Freiwillige, sich unter den Augen des Königs, unter der Leitung der Obrigkeit, im Anschluß an die vorbereiteten Organisationen versammelte, ungehindert von den vor den Russen zurückgewichenen Franzosen, fehlten in dem ehemaligen Hannover alle Voraussetzungen, alle Organe, alle Hilfsmittel; eine Regierung gab es nicht, die Einwirkung von London war unzureichend, mehr Worte als Taten, die französischen Streitkräfte waren erdrückend, nur für den Augenblick gelähmt, und vor allem, es fehlte an dem Rückhalt einer erprobten Feldarmee. Es rächte sich jetzt, daß ein großer Teil tapferer Hannoveraner, der Rest der alten Armee, als „King's German Legion" in Spanien und Portugal unter den englischen Waffen kämpfte und bei der Befreiung des eignen Bodens nicht zur Stelle sein konnte. Hält daher der selbständige Anteil der Hannoveraner keinen Vergleich aus mit der Leistung des preußischen Volkes, so erhebt er sich doch hoch über die Bevölkerung der Rheinbundsstaaten, die meisten Deutschen, die ohne Mitgefühl oder in Ketten den Sturm ins Land brausen sahen. Gleich in den ersten Frühlingswochen setzte dieser Anteil

[1]) Quellen: Familienchronik, angelegt von General Karl von Bennigsen († 1869), berichtigt und vervollständigt von Hermann Erasmus von Bennigsen, Generalmajor z. D. in Potsdam. Dazu Aufzeichnungen, Tagebücher und Briefe Karl von Bennigsens.

verheißend ein, um bald auch hier die bittere Erkenntnis folgen zu lassen, daß das deutsche Volk aus eigner Kraft sein Schicksal zu bestimmen noch nicht reif und stark sei. Von vornherein hatte Graf Münster seine Hoffnungen auf fremde Hilfe gesetzt; wieder, wie im Herbst zuvor, rechnete er darauf, die russisch-deutsche Legion, die nach Steins Plänen sich unter der Leitung des Herzogs Peter von Oldenburg in Rußland aus Kriegsgefangenen und Deserteuren deutscher Nationalität gebildet hatte,[1]) in englischen Sold zu nehmen als Stamm eines für die Befreiung Hannovers und Aufrufung Nordwestdeutschlands tätigen Korps. Als das englische Ministerium engherzig widerstrebte, bemühte er sich, Bernadotte, den Kronprinzen von Schweden, zur Landung in Norddeutschland zu veranlassen und den provençalischen Aventurier in das Kostüm eines deutschen Befreiers zu stecken. Unterdessen aber drangen schon die vordersten Spitzen der russischen Streifkorps unter Benckendorff und Tschernitschew seit dem 9. März an der Elbe vor; die Proklamationen russischer Generale forderten das deutsche Volk auf, für die Freiheit gegen den Bedränger sich zu erheben, und, während die französischen Abteilungen im ersten Schreck über die Elbe zurückwichen, zog Tettenborn am 18. März unter unendlichem Jubel in Hamburg ein. Ein unerwarteter Gewinn, unberechenbar, wenn das entschlossene Eingreifen einer Großmacht ihn nutzte. Aber auch ohne Aussicht auf solche Hilfe begann Tettenborn die Insurgierung Nordwestdeutschlands in die Hand zu nehmen, zuerst in Lauenburg, bald auch, nachdem am 21. März ein Kosakendetachement in Lüneburg eingezogen war, auf dem linken Ufer der Elbe, überall wo man knirschend das Joch trug; im Lüneburgschen und Bremenschen begann die Volksbewaffnung,[2]) von einzelnen alten Offizieren geleitet, unter dem Schutze wiederhergestellter Behörden und raschem Zulauf von allen Seiten, Selbsthilfe gegen Militär und Douaniers folgte: trotz aller geringen Mittel, mitten in einem von französischen Waffen starrenden Lande eine Landsturmbewegung, die der erste Feuerbrand eines allgemeinen Flammenmeeres in Norddeutschland werden konnte. Unter einem verheißenden Erfolge begann die Bewegung. Als am 1. April der französische General Morand sich auf Befehl Vandammes der Stadt Lüneburg wieder bemächtigt hatte, kam ein neues Streifkorps heran unter Wilhelm von Dörnberg, der einst im Jahre 1809 durch seinen Aufstandsversuch in Hessen sich einen Namen unter den Patrioten gemacht hatte und jetzt als ein groß-

[1]) Vgl. B. v. Quistorp, Die Kaiserlich Russisch-Deutsche Legion. Berlin 1860. M. Lehmann, Freiherr vom Stein III, S. 274.

[2]) B. Jacobi, Hannovers Teilnahme an der deutschen Erhebung im Frühjahr 1813, Hannover 1863.

britannischer Generalmajor russische Truppen, die Abteilung Benckendorffs, und eine Anzahl Preußen, das Füsilierbataillon des 1. pommerschen Infanterieregiments unter Major von Borcke, dazu einige Freiwillige, herbeiführte; am 2. April warf er die Franzosen und Sachsen Morands wieder aus der Stadt hinaus und nahm ihnen drei Fahnen, neun Kanonen und 2200 Gefangene ab; die Preußen hatten mit das Beste getan, „die ersten Rächer preußischer Ehre, die ersten Ritter des Eisernen Kreuzes". Zwar schwankte alles hin und her, Lüneburg war bald wieder in den Händen der an Zahl und Organisation weit überlegenen Franzosen; aber während der größeren Hälfte des Aprils war doch das Land zwischen Elbe, Weser und Aller gewissermaßen ein streitiges Eigentum beider Kriegsparteien; gelegentlich stießen Streifscharen bis in die Nachbarschaft von Bremen, Hannover, Braunschweig vor, und in kleinen Scharmützeln hielt man sich mit Ehren. So ging der Zulauf zur Volksbewaffnung fort; englisches Geld, englische Waffen wurden von Abgesandten herübergebracht und unter englischem Namen, „Hanoverian levies", konstituierten sich die ersten Freiwilligenbataillone.

Und hier bei dem ersten Versuche der Befreiung Norddeutschlands und Wiederherstellung Hannovers begegnet man auch den beiden Bennigsen, Vater und Sohn, dem ehemaligen preußischen Major, der schon Anfang April von seinem langjährigen Freunde Dörnberg nach Hamburg berufen worden war und gegen Ende des Monats im Auftrag Wallmodens die Errichtung eines Bataillons für die russisch-deutsche Legion übernahm, und neben ihm seinem Sohn, der gerade in diesen Wochen seine Laufbahn als Rechtsgelehrter hatte beginnen wollen und nun nichts andres vor sich sah als Soldat zu werden. Eine seiner späteren Aufzeichnungen (aus dem Jahre 1818) führt uns in diese ersten Wochen der Erwartung ein:

„Zum Soldatenstande war ich nie von meinen Eltern bestimmt und hatte auch nie Lust dazu. Indes bin ich einmal in Erfurt (wahrscheinlich 1804 oder 1805) zu meinem Vater gelaufen und habe ihn gebeten, mich dem Ingenieurfache zu widmen. Meine große Lust zur Mathematik war schuld daran. Mein Vater schlug mir zwar meine Bitte nicht ab, wußte mir aber mein Vorhaben von einer solchen Seite darzustellen, daß ich bald selbst davon abstrahierte. Eine ernstliche Idee, an dem Kampfe gegen Frankreich teilzunehmen, faßte ich im Monat November oder Dezember 1812, als wir im Magdeburgischen, wo ich mich aufhielt, die erste Nachricht von der Niederlage der Franzosen in Rußland erhielten. Es war auf einer Tour von Eichenbarleben nach Magdeburg, wo mein Onkel Gebhard (von Alvensleben), mit dem

ich fuhr, äußerte, er würde bei der ersten Gelegenheit mit losschlagen (wie er auch tat). Mein Onkel beseitigte auch damals meine Besorgnisse wegen meines schlechten Gesichts, welches Ursache war, daß ich von der Konskription im Westfälischen befreit wurde. In Celle, wo ich mich darauf in den ersten Monaten des Jahres 1813 aufhielt, bereitete ich mich zu meinem Vorhaben vor und suchte meinen Körper abzuhärten, indem ich, soviel es meine Geschäfte erlaubten, im Freien war und bis zur Ermüdung im dicken Sande watete, auch des Nachts auf der bloßen Diele schlief. Als sich die ersten Kosaken der Stadt näherten, wurde, um Unordnungen des Pöbels zu verhüten, eine Bürgergarde errichtet, in welche auch ich eintrat und zwei Stunden mit einem mit Palästern geladenen Gewehre schilderte. Ein kleines Scharmützel zwischen den Chasseurs des Generals Morand und den Kosaken trieben meinen Freund Compe und mich fast mitten dazwischen. General Morand zog in der Nacht ab, und die ersten Kosaken wurden ganz früh am andern Morgen mit ungeheuerm Jubel in die Stadt gebracht. Ich aber wanderte so schnell wie möglich nach Ahlden, wo mein Vater Kantonmaire war, um ihm meinen Entschluß bekanntzumachen. Wegen der Erbitterung, die dieser nach seinen Unglücksfällen bei Auerstädt und Magdeburg gegen das Militärwesen früher äußerte, glaubte ich kaum, daß er ebenfalls Anteil am Befreiungskampfe nehmen würde. Aber gleich bei meinem Eintritte in seine sonst so friedliche und jetzt ganz kriegerisch aussehende Stube sah ich, daß ich an ihm einen Gefährten hatte. Ringsum lagen Pistolen, Degen, Orden, Hut, Uniform u. s. w., Dinge, die seit vielen Jahren ganz verschwunden waren. Der General Dörnberg, sein Waffengefährte, hatte ihn gesprochen und ihm die Errichtung eines Bataillons übertragen. Meine Bitte, mich zu enrollieren, überraschte ihn und schien ihm nicht besonders lieb zu sein, weil er wegen meiner Konstitution besorgt war. Er reiste nach Hamburg ab und gab mir den Auftrag, erst nach Bennigsen zu gehen, um einige brauchbare Effekten, Sattelzeug u. s. w. nachzubringen. Vielleicht hegte er die Hoffnung, daß Bothmers, zu denen ich ging, mich noch vom Soldatenstande abwendig machen würden, wenigstens fingen diese an, dagegen zu haranguieren. Kaum war ich in Bothmer, als die Nachricht eintraf, Celle sei wieder von den Franzosen besetzt. Nach Bennigsen konnte ich nun nicht, nach Celle aber mußte ich, um einige ausstehende und mir jetzt notwendige Posten einzukassieren und meine Sachen zu packen. Ich machte mich auf den Weg. In einem der Dörfer sah ich Kosaken. Da sie mich gesehen haben konnten, so besorgte ich, arretiert oder geplündert zu werden, und wollte mich durch Flucht doch nicht verdächtig machen, deshalb ging ich auf sie zu und sah sie vorbeitrottieren.

Indem erscholl es hinter mir: „Wer sind Sie?“ Ich sah mich um und hatte die unbeschreibliche Freude, an dem Orden Pour le mérite den ersten Preußen zu erkennen. Es war der Graf Gröben, der bei Langenhagen einige Gefangene gemacht hatte. Nachdem ich ihm meinen Namen gesagt hatte, erzählte er mir, mein Pflegebruder Gustav stehe beim Borckschen Bataillon ganz in der Nähe. Er ritt weiter, und erst, als er mir aus dem Gesicht war, besann ich mich aus meiner Ueberraschung, daß ich am besten getan hätte, gleich mit ihm zu gehen. Ich lief ihm vergebens bis Winsen nach und fragte nach preußischer Infanterie, ich mußte in der Nacht in Groß-Hehlen bleiben, weil die Brücke in Celle abgebrannt war und ich mich vor jeder Arretierung scheuen mußte, weil ich früher zu unvorsichtig gesprochen hatte und meines Vaters Abreise bekannt sein konnte. Am andern Morgen ließ ich mich übersetzen, sah der französischen Schildwache frech ins Gesicht und kam glücklich durch. Ich packte nun meine Sachen und war willens, nach Lüneburg zu gehen. Am andern Morgen steckte ich 15 Reichstaler zu mir, alles, was ich auftreiben konnte, und wollte wandern, als plötzlich Generalmarsch geschlagen wurde und die Franzosen zum Hehlentore hinausmarschierten. Ich war außer mir, denn ich traute mich nicht, mit ihnen denselben Weg zu gehen. Endlich erfuhr ich am Abend, sie seien nach Klein-Isenhagen marschiert und Dörnberg stehe in Hermannsburg. Am andern Morgen machte ich mich auf den Weg und hegte die Hoffnung, dem General Dörnberg die Nachricht vom Abmarsch der Franzosen geben zu können. Auch hoffte ich, er würde nach Celle zurückkehren, um 200 auf dem Schlosse schlecht verschanzte und wenig wachsame Franzosen gefangen zu nehmen, wobei ich eine Art Wegweiser hätte sein können. Aber Dörnberg war mit schnellen Schritten nach Lüneburg retiriert, und ich mußte, ohne irgend Militär zu sehen, mich nach Haarburg wenden. Unterwegs stieß ich auf einen ehemals Blücherschen Husaren, der auch nach der alliierten Armee wollte und sich an mich schloß u. s. w.“

Inzwischen war etwas mehr Ordnung in die bisher ohne Fühlung miteinander operierenden Streifscharen und Freiwilligenkorps gekommen. Am 17. April war Generalleutnant Graf Wallmoden, der Schwager Steins, einer der leidenschaftlichsten Patrioten, in Hamburg angekommen; er war zum Oberbefehlshaber der russisch-deutschen Legion ernannt worden und sollte zugleich im Auftrage Kaiser Alexanders den Oberbefehl über alle fliegenden Korps übernehmen. Er beauftragte den Major von Bennigsen, der zuerst im Lüneburger Bataillon der „Hanoverian levies“ angestellt war, mit der Errichtung eines weiteren

Bataillons, das gleich in den ersten Tagen des Mai durch Aufnahme eines ursprünglich für die russisch-deutsche Legion auf Tschernitschews Betreiben geworbenen Freikorps auf mehrere hundert Köpfe anwuchs. Ihn entschloß sich jetzt der junge Karl Bennigsen aufzusuchen. So schlug er sich nach Hamburg durch, nicht ohne allerhand Gefahren; denn inzwischen hatte sich das Kriegsbild wieder völlig verschoben. Dörnberg hatte am 26. April wieder über die Elbe zurückgehen müssen, und am 1. Mai war alles hannoversche Land mit Ausnahme Lauenburgs von neuem im Besitz der Franzosen, die Hoffnung auf eine nationale Bewaffnung links von der Elbe auf Monate hin gescheitert; nur was man in den ersten Wochen zusammengebracht hatte, konnte man halten. Hören wir die Aufzeichnungen Karl von Bennigsens weiter:

„In Hamburg war alles über den Anmarsch der Franzosen sehr in Alarm, und ich fragte vergebens in des General Tettenborns Hause, worin es sehr unordentlich herging, nach meinem Vater. Am zweiten Tage endlich, nach langem vergeblichem Fragen, traf ich zufällig einen Leutnant Isenbarth, dem mein Vater Auftrag zur Werbung erteilt hatte. Mit ihm ging ich zu den französischen Gefangenen, um dort zu werben, bekam aber keinen Rekruten, denn die Deutschen hatten sich alle schon annehmen lassen. Am andern Morgen marschierte ich mit zehn mir mitgegebenen Rekruten nach Hamfelde, meinem ersten militärischen Nachtquartier. Am folgenden Tage traf ich in Mölln ein, wo mein Vater sein Bataillon formieren sollte. Mein Vater, der erst in diesen Tagen die Formation angefangen und erst 50 Mann beisammen hatte, ernannte mich zu seinem Adjutanten. Am dritten Tage etwa schickte uns General Wallmoden 200 Mann nebst 2 Offizieren, die schon eine Zeitlang unter dem General Tschernitschew eine Art von Freikorps gebildet hatten.[1]) Auch strömten uns jetzt Rekruten und Offiziere zu, so daß wir in acht Tagen über 400 Mann zusammenhatten. Da nur wenige unter ihnen ganz roh waren, so machte unser kleines Korps sehr schnelle Fortschritte. Indes waren die unter Tschernitschew gestandenen Rekruten so verwildert, daß wir unendlich viel Exzesse erlebten. Gleich am ersten Tage ihrer Ankunft wäre ohne die große Geistesgegenwart meines Vaters wahrscheinlich eine Revolte entstanden. Er gab mir nämlich den Auftrag, unter diese eben angekommenen und in zwei Kompagnien aufmarschierten Leute Quartierbillette auszuteilen. Doch die erste Kompagnie erklärte, sie nehme nicht eher Billette, als bis sie ihren rückständigen Sold erhalte. Mein Vater, der dieses hörte, erkundigte sich nach diesem rückständigen Solde und sagte ihnen, wenn die Sache

[1]) Sie trafen am 4. Mai ein, vgl. B. Jacobi a. a. O. S. 191.

sich verhielte, wie sie vorgäben, dann wolle er gleich deshalb an den General schreiben, und es würde ihm Vergnügen machen, ihnen diesen Sold auszuzahlen, jetzt sollten sie aber still sein. Doch es erhob sich besonders im rechten Flügel dieser Kompagnie ein gewaltiger Tumult, indem die Leute erklärten, sie gingen nicht vom Fleck, als bis sie bezahlt wären. Da ergriff mein Vater einen Haupträsonneur bei der Brust und schob ihn vor die Front, indem er sagte: „Du bist Arrestant! Ich sehe es dir an, daß du alter Soldat bist, und daher weißt du, was dein Schicksal ist — du wirst erschossen. Wer sich von den übrigen noch rührt, der hat ein gleiches Schicksal zu erwarten." — Alles war still; endlich fingen die wunderschönen Kerle vom rechten Flügel an: „O, Herr Major, vergeben Sie es ihm!" — „Ich sehe wohl," sagte mein Vater, „daß ihr mich erst habt prüfen wollen. Da habt ihr ihn wieder. Aber ich versichere, der nächste Räsonneur, den ich treffe, ist ohne Gnade verloren." Von diesem Augenblicke an datierte sich die unbegrenzte Liebe und Achtung, die das Bataillon immer für meinen Vater erhielt. Ich gestehe, daß mir als Neuling schwül bei dieser Gelegenheit wurde und daß ich den Ausbruch der Revolte erwartete, als mein Vater zugriff."

Aus den folgenden Tagen sei nur noch eine einzige, gleichzeitig geschriebene Tagebuchnotiz hierhergesetzt: „Mölln, 14. Mai 1813. Der Vater kommandiert ein zu errichtendes Bataillon der russisch-deutschen Legion und ist außerordentlich in Ansehen. Eben kommt er vom General Wallmoden (der in Lauenburg war) zurück und ist recht zufrieden mit dessen Aufnahme. Es macht mich fast unzufrieden, daß er die Erlaubnis hat, mich provisorisch zum Premierleutnant zu ernennen. Dabei werde ich sein Adjutant und habe auch in diesen Tagen schon Adjutantendienste getan. Gustaven,[1]) der äußerst brav in Lüneburg gewesen ist, will er eine Kompagnie zu verschaffen suchen und auch Rudolf[2]) und Otto[3]) als Offiziere hierherziehen. So könnten wir alle vereinigt werden." Das Unglück des Vaterlandes hatte vordem die Familie zersprengt, jetzt schien es, als ob die Befreiung sie alle wieder eng verbunden unter denselben Fahnen zusammenführen sollte.

[1]) Gustav von Alvensleben, Pflegebruder Karls, s. o. S. 56.

[2]) Der zweite Bruder Karls. Er trat nachher in preußische Dienste und starb 1870 als preußischer Oberstleutnant a. D.

[3]) Der jüngste Bruder Karls. Er trat im Jahre 1813 als Fähnrich in das gleichfalls zu den Hanoverian levies gehörige Infanteriebataillon Langrehr und wurde im September Leutnant beim Bataillon Bennigsen. Er verließ 1819 den hannoverschen Militärdienst, um in preußische Dienste zu treten, nahm aber 1826 seinen Abschied und beteiligte sich 1829 an den griechischen Freiheitskämpfen; er starb 1830 in Patras.

Die Kriegsereignisse sind hier nicht weiter zu erzählen. Hamburg mußte am 29. Mai aufgegeben werden, und auch Tettenborn trat mit seinem Haufen unter Wallmoden, der nun den Oberbefehl über alle Abteilungen übernahm. Er mußte zunächst nach Mecklenburg zurückgehen und bemühte sich hier, aus den buntgemischten Bestandteilen eine einheitlich disziplinierte Truppe zu schaffen. Besonders schwierig war das bei dem geradezu international, bunter als je ein Landsknechtshaufe zusammengesetzten Bataillon Bennigsen;[1]) trotzdem nahm es mit besonderer Auszeichnung an dem Gefecht an der Göhrde (16. September) teil. Der junge Karl Bennigsen, der damals krank gelegen hatte, kehrte erst nachher zu dem Bataillon seines Vaters zurück und machte an seiner Seite den dänischen Feldzug — „viel Mühseligkeiten, wenig Ehre und noch weniger Vergnügen", wie er schreibt —, insbesondere die Belagerung von Glückstadt mit. Im April 1814 stand er mit seinem Bataillon bei Bremen, als mit Napoleons Sturz der Friede kam.

Karl entschloß sich, nach dem Feldzug nicht bei der Waffe zu bleiben, zu der ihn die Vaterlandsliebe geführt hatte. Ebensowenig gedachte er die vorher kaum begonnene Advokatenlaufbahn einzuschlagen, denn nach der Wiedererrichtung des Königreichs Hannover war auch die Möglichkeit für einen jungen Edelmann, in der Verwaltung seines Staates emporzukommen, wieder vorhanden. Sein Gesuch um Anstellung bei der königlichen Kammer wurde genehmigt; nach bestandenem Examen wurde er im Dezember 1814 bei dem Amte Burgwedel (zwischen Hannover und Celle) angestellt und hoffte bald „Supernumerardrost" zu werden; die altadeligen Auditoren genossen das Vorrecht, in der Wartezeit bis zur Erlangung der ersten Beamtenstelle diesen Titel zu führen. Doch auch diese Anfänge wurden durch die Rückkehr Napoleons und den erneuten Ausbruch des Krieges unterbrochen. Karl trat diesmal nicht zu dem Feldbataillon seines Vaters, sondern zu dem Landwehrbataillon Lüchow, mit dem er nach den Niederlanden rückte und die Festung Ypern einnehmen half. Entscheidend aber für seine persönlichen Schicksale wurde es, daß auf diesem Feldzuge sein Vater am 1. August 1815 in Ostende ertrank; da entschloß er sich, weil die

[1]) Es wies Ende des Jahres 1813 unter 645 Unteroffizieren und Soldaten auf: 111 Holländer, 92 Preußen, 80 Italiener, 66 Flamänder, 63 Hannoveraner und Braunschweiger, 46 Franzosen, 35 Sachsen, 27 Oesterreicher, 16 Hanseaten, 14 Bayern, 14 Hessen, 12 Spanier, 12 Mecklenburger, 11 Polen, 10 Holsteiner, 10 Schweizer, 9 Ungarn, 7 Dänen, 5 Oldenburger, 3 Russen, 2 Schwaben, je 1 Engländer, Portugiese, Schwede. — Das Bataillon wurde Feldbataillon Verden 1814, dann 1816 Grenadierbataillon Ostfriesland, 1820 10. hannoversches Infanterieregiment, 1833 Linienbataillon, 1838 bis 1866 7. hannoversches Infanterieregiment.

finanzielle Lage der Familie bei der fortdauernden Sequestration ihrer Güter ihm eine längere Wartezeit im Verwaltungsdienste unmöglich machte, im Militärdienst zu bleiben. So war er durch den Sturm der Befreiungskriege doch wieder zu dem Soldatenberufe seiner Vorfahren geführt worden. Während seine jüngeren Brüder Rudolf und Otto in preußische Dienste traten und Rudolf einen preußischen Zweig der Soldatenfamilie begründete, verblieb er selbst in hannoverschen Diensten. Nach der Auflösung der Landwehrformationen erhielt er 1820 die 1. Kompagnie des 5. Infanterieregiments in Lüneburg, wurde 1828 Major, seit 1829 im 2. Infanterieregiment zu Hameln, 1836 Kommandeur des 5. Infanteriebataillons, 1837 Oberstleutnant, 1840 Kommandeur des Garderegiments zu Hannover.

Der Vater Rudolf von Bennigsens war einer von den gelehrten Offizieren. Ueberhaupt eine fein und innerlich konstruierte Natur. Die Empfindsamkeit seiner Jugend, die in der Zeit lag, war wohl durch die Erlebnisse der großen Zeit überwunden worden, aber etwas blieb immer davon zurück: die Eindrücke der Familienschicksale wirkten tief auf ihn ein und machten ihn ernst; Kränklichkeit, die schon in den besten Mannesjahren einsetzte, band ihn häufig an das Zimmer, an Bücher und Selbstbetrachtung. Er war ein pflichtgetreuer, bis zur Peinlichkeit gewissenhafter Mann. Er hatte eine lebhafte Neigung, die eignen Gedanken und Erlebnisse zu kontrollieren; von der Studentenzeit an liebte er Tagebücher zu führen, voller Beobachtungen seiner selbst, wie sie nur bei in sich gekehrten Menschen in der Jugend vorkommen, von Jean Paul und Benzel-Sternau beeinflußt; er machte keine Reise, ohne den Verlauf von Tag zu Tag und den Gewinn im ganzen sich in einem Büchelchen festzulegen; er legte sich Sammlungen von Aphorismen, Lesefrüchten, Einfällen an; er begleitete das innerliche und äußerliche Aufwachsen seiner Kinder mit ständigen Notizen. In seinem Alter, als er völlige Muße hatte, trieb er umfassende orts- und gaugeschichtliche Studien zur Geschichte Niedersachsens,[1]) mit dem Eifer des Dilettanten, daneben erforschte er alles, was er zur Familiengeschichte hatte beibringen können, und stellte es selbst dar. Es ist eine kleine Bibliothek von Notizenbüchern und Kollektaneen, die er auf diese Weise

[1]) Einiges ist von ihm noch im höheren Alter veröffentlicht worden: Beitrag zur Feststellung der Diözesangrenzen (der Bistümer Hildesheim und Halberstadt) des Mittelalters. Von C. von Bennigsen, Generalmajor a. D., in der Zeitschrift des Historischen Vereins für Niedersachsen, Jahrgang 1863 und 1867.

General Karl von Bennigsen,
der Vater Rudolf von Bennigsens
1846

neben dem sorgfältig in Konvoluten geordneten und nachher womöglich wieder ausgezogenem Briefwechsel hinterließ. Es steckt, so viel spürt man, kein überlegener Geist dahinter, aber ein klarer und tüchtiger Kopf, eine feine allgemeine Bildung, der Sinn der Ordnung, des Registrierens, einer planvollen Pedanterie. Dieser Anlage konnte ein starker pädagogischer Zug nicht fehlen. Als Offizier unterrichtete er seine jüngeren Kameraden; es war nicht zufällig, daß er im Jahre 1835 dem Herzog von Gotha als Führer seiner beiden Söhne Ernst und Albert vorgeschlagen wurde — jenes Ernst, mit dem sein eigner Sohn hernach in so enge politische Verbindung trat — und gleich darauf für dieselbe Stellung bei dem hannoverschen Kronprinzen Georg in Betracht kam; man versteht, daß er seine eignen Kinder, zumal den Aeltesten, in seinem Sinne zu erziehen unternahm, mit einer väterlichen Treue, die am liebsten jeden Schritt schematisch lenkte. Aber seinem Charakter gelang auch vieles. Er war ein guter und sparsamer Verwalter seines Vermögens, konnte die von seinen Voreltern verschuldete Zerrüttung wieder überwinden, die sequestrierten Güter Bennigsen und Arnum von erdrückender Schuldenlast befreien und seinen Nachkommen einen schuldenfreien Besitz hinterlassen. Er war einer von den gelehrten Offizieren, überhaupt vielseitig gebildet; wenn er in den ersten Jahren der Friedenszeit nach Berlin reiste zu seinen dortigen Verwandten, seinem Pflegebruder Gustav oder seinem Oheim, dem General von Alvensleben, war er tagelang in den Galerien und legte sich über die einzelnen alten Meister Notizen und Betrachtungen an; er verfolgte insbesondere die militärwissenschaftliche Literatur mit kritischer Sorgfalt. Im Jahre 1838 setzte König Ernst August eine Kommission nieder, welche Vorschläge zur Einführung des preußischen Exerzierreglements machen sollte; sie bestand aus dem Generalleutnant Sir Hugh Halkett (er ist in der Geschichte der Personalunion berühmt als der einzige Engländer, der in hannoversche Dienste trat), dem Generalmajor von Baring, dem Helden von der Ferme La-Haye bei Waterloo, den Oberstleutnants Wyneken und von Bennigsen und einigen jüngeren Herren; Wyneken und Bennigsen erhielten Befehl, den Manövern des IV. preußischen Armeekorps beizuwohnen, und Bennigsens freimütigem Bericht folgte seine Mitwirkung an dem neuen (1842 eingeführten) hannoverschen Exerzierreglement. Dieser Tätigkeit verdankte er wohl, daß er im Jahre 1843 zum hannoverschen Bevollmächtigten bei der Bundesmilitärkommission in Frankfurt ernannt wurde. Politisch war er keineswegs in den Vorurteilen seiner Klasse und seines Standes befangen; wenn er 1838 den Antrag der Kalenberger Ritterschaft ablehnte, ihn in die Ständeversammlung zu wählen (der militärische Rang schloß die Wahl in

Hannover nicht aus), so ist freilich nicht zu erkennen, ob dieser Ablehnung ein politisches Motiv, etwa die Verurteilung des Staatsstreichs von 1837, zugrunde lag. Wie er in seinen späteren Jahren in dem Frankfurter Milieu sich entwickelte und in Militärorganisationsfragen sich im Revolutionsjahr äußerte, wird noch zu erwähnen sein. Die Anfänge der politischen Laufbahn seines Sohnes erlebte er, ohne ihrer Richtung zuzustimmen, mit väterlichem Stolze; aber auch in seinen eignen Notizen vom Jahre 1862 findet sich das Bekenntnis: „Zuerst bin ich ein Deutscher, dann ein Hannoveraner, dann ein Kalenberger, dann ein Edelmann. Dieses ist die Stufenfolge meiner politischen Interessen." Unter den politischen Gegnern seines Sohnes gab es manche, die ihr politisches Kredo in der umgekehrten Reihenfolge abgelegt haben würden.

Ueberblicken wir die entscheidenden Wesenszüge des Vaters, so hat er gewiß von dem Eigensten auch seinem ältesten Sohne Rudolf manches vermacht, den soliden Untergrund der Natur, einen sinnenden, in sich selbst zurückgezogenen Zug; und ein Bücherleser mit allseitigem geistigen Anteil war auch der Sohn von den Anfängen bis in sein hohes Alter. Aber was die individuelle Farbe der beiden Naturen angeht, so darf man doch wohl sagen: der Sohn war seinem Vater so unähnlich wie nur möglich. Der lebendigere Einschlag der Mutter mußte hinzukommen, um ihn zu bilden.

In den ersten Jahren der Friedenszeit verlobte sich Karl von Bennigsen mit Elise von Jonquières (geb. 23. Oktober 1801) und vermählte sich mit ihr am 23. Juli 1823. Sie war die Tochter des Generalmajors Wilhelm von Jonquières und seiner Gemahlin, geborenen von Plato aus dem Hause Grabow; der Vater hatte der hannoverschen Kavallerie angehört, war mit der „King's German Legion" nach Spanien gegangen und später bei Waterloo verwundet worden, hatte dann 1817 als Chef des Leibkürassierregiments seinen Abschied genommen (er starb 1830); die Mutter gehörte einer im Wendlande angesessenen, zur hannoverschen Aristokratie gehörigen Familie an. Die Jonquières waren eine nordfranzösische Refugiéfamilie, die auf einen Pierre de Dompierre de Marcourt et de Brunsay (um 1370) zurückgeht; im 16. Jahrhundert bezeichneten sich die Chevaliers de Dompierre auch als Seigneurs de Jonquières, und im Jahre 1687, als die Aufhebung des Ediktes von Nantes vor der Tür stand, war ein Jacques de Dompierre, Seigneur de Jonquières nach Holland ausgewandert; sein Sohn Jacques wurde der Stifter einer hannoverschen Linie, die sich nur noch von Jonquières nannte. Eine Soldatenfamilie also auch von mütterlicher Seite, hugenottisches Blut (auch der Minister

Frau Elise von Bennigsen, geb. von Jonquières,
die Mutter Rudolf von Bennigsens

Sully soll in diesem Zusammenhang zu den Vorfahren Rudolf von Bennigsens gehören). In der Mutter Rudolfs war von diesem ursprünglichen Blute doch noch etwas übriggeblieben; sie hatte einen starken Charakter und an Fähigkeiten des Geistes war sie ihrem Gatten anscheinend gewachsen. Sie hatte ein stolzes und gebietendes Aeußere, in ihrem Wesen einen größeren Zug und eine größere Leichtigkeit, eine tiefe und fast leidenschaftliche Empfindung; besonders die Lebhaftigkeit des Interesses für alles Geistige und Politische hat sie wohl ihrem Sohne vermacht.

Rudolf von Bennigsen, der Erstgeborene dieser Ehe, wurde am 10. Juli 1824 in Lüneburg geboren. Auf dem von einer Mauer eingeschlossenen, mit schönen alten Linden bepflanzten Hofe des ehemaligen Klosters St. Michaelis, lag in der Mitte ein an Stelle der früheren Abtswohnung erbautes zweiflügliges Gebäude, noch immer die Abtei genannt; während die Räume des Klosters selbst von 1655 bis 1850 der Ritterakademie dienten, war die Abtei damals die Dienstwohnung des zugleich den Titel eines Abtes von St. Michaelis führenden Landschaftsdirektors der Lüneburger Ritterschaft[1]) von Plato auf Grabow (im Wendlande), des Onkels der Frau von Bennigsen, der den rechten, dicht an die ehrwürdige St. Michaeliskirche stoßenden Flügel der Wohnung dem jungen Ehepaare bei seiner Verheiratung überlassen hatte, da er selbst die Wohnung alljährlich nur wenige Monate während der Ausschußsitzungen benutzte. In diesem Hause wurde Rudolf von Bennigsen geboren. So war das Kind vom ersten Augenblick an räumlich in diese alte ritterschaftliche Welt gestellt, der es durch seine Abkunft angehörte. Die Geburt erfolgte während eines heftigen Gewitters an einem Sonnabendmittag, als die Glocken der nahen Kirche den Sonntag einläuteten und das Spiel der Orgel herüberschallte. Das Kind wurde am 6. August auf den Namen Karl Wilhelm Rudolf getauft; bei der Taufe war der junge Garnisonprediger so verwirrt, daß er die anwesende stattliche Großmutter, geborene von Alvensleben, als die „hohe Ahnfrau der Familie" bezeichnete, dafür aber den Namen des Täuflings zu nennen vergaß und es auf Aufforderung des Vaters fast unter Tränen nachholen mußte.[2])

[1]) Ueber diese Stellung vgl. E. von Meier I, S. 252 ff.

[2]) Die Paten waren: 1. Frau von Bennigsen, geborene von Alvensleben, die Großmutter väterlicherseits, 2. Rudolf von Bennigsen, der jüngere Bruder des Vaters, nach dem das Kind genannt werden sollte, 3. Generalmajor von Jonquières, der Großvater mütterlicherseits, und 4. die Großtante der jungen Mutter, Majorin von Plato.

In der systematischen Art, die ihm und seiner Generation eigen war, legte der Vater sich ein Büchlein an, um „die allmähliche Entwicklung meines lieben Sohnes Rudolf darin zu bemerken, indem das Gedächtnis selbst bei diesem interessanten Gegenstande schwerlich so stark ist, immer treu das zurückzuwerfen, was wenigstens für uns Eltern immer wichtig bleiben wird". Da heißt es bei der Geburt: „Ein nicht großes, aber recht gesundes, munteres Kind, was vom ersten Tage an niedlich aussah; es brachte gleich ein dichtes Käppchen von dunkelbraunen Haaren mit, hatte dunkle Augen, ein Stumpfnäschen, ein niedliches Mündchen und eine ziemlich hohe Stirn," oder nach einigen Monaten: „Leider haben wir heute unter Beratung des Arztes einige Maßregeln ergreifen müssen, um eine jedoch fast unmerkliche Erhöhung der linken Seite seines Rückens wieder zu vertreiben; wahrscheinlich ist sie dadurch entstanden, daß der Kleine eine große Neigung hat, sich mehr nach der rechten Seite zu wenden." So wird jeder der üblichen Entwicklungsfortschritte liebevoll gebucht; schon Ende Dezember 1825 wird der Sprachschatz des Kindes mit philologischer Exaktheit gesammelt, und im August 1828 kann es sogar schon, dank der Lautiermethode, kleine Worte lesen. Dazwischen werden alljährlich Reisen zu dem Großvater Jonquières, der in Plate bei Lüchow (im Wendlande) wohnte, oder nach Potsdam zu der Großmutter väterlicherseits unternommen; oder es kommen Besuche der Tanten, Julie, der Schwester des Vaters, und Minna und Sylvie, der Schwestern der Mutter, von denen die erstere Chanoinesse, später Priorin des adligen Klosters Lüne (bei Lüneburg) war. Am 23. Juni 1826 wurde ein zweites Kind, Luise, geboren, die ihrem älteren Bruder auch nach Anlage und Neigung am ähnlichsten war.[1])

Noch bevor die Kinder in Lüneburg mit Bewußtsein festgewurzelt waren, wurde der Vater Ende Mai 1829 als Major im 2. Infanterieregiment nach Hameln versetzt; hier wurden in den nächsten Jahren zwei weitere Söhne geboren, von denen der eine, Otto, im frühen Kindesalter wieder starb, während der andre, Karl (geboren 1. November 1831), ein lebhaftes und liebenswürdiges Kind, als ein Jüngling jäh dahinging,[2]) bevor er die Hoffnungen, die er erweckt hatte, erfüllen konnte; die Anlagen seines älteren Bruders erscheinen hernach in ihm in das Leichte und Heitere gewandt. Die Eltern wohnten in Hameln in dem Steuberschen Hause an der Osterstraße, gegenüber der Sertürnerschen Apotheke in dem sog. Hochzeitshause;

[1]) Sie vermählte sich 1853 mit dem Rittergutsbesitzer und großherzoglich hessischen Kammerherrn Freiherrn Louis von Leonhardi in Groß-Karben.

[2]) Er starb am 5. März 1855 in Göttingen an den Folgen einer im Duell erhaltenen Verwundung.

mit dem gleichaltrigen Sohne des Nachbarhauses verbrachte Rudolf die Spielzeit der Knabenjahre, auf verwegenen Streifzügen in die Obstgärten und in andern Freuden.[1]) Auch die Zeit in Hameln dauerte nicht lange, denn im Sommer 1833 wurde Major von Bennigsen wieder nach Lüneburg zurückversetzt. Die Beziehungen zu Hameln aber blieben der Familie dadurch lebendig, daß kurz vor ihrem Fortzuge die jüngere Schwester der Frau von Bennigsen, Sylvie von Jonquières, sich mit dem Major Ferdinand von Reden auf Hastenbeck vermählte, jenem schönen Gute bei Hameln, das in der Geschichte durch den Sieg bekannt ist, den die Franzosen unter Marschall d'Estrées über die Engländer unter dem Herzog von Cumberland am 26. Juli 1757 davontrugen.

Mit Freude fuhr der Vater fort, auch in Lüneburg die Entwicklung seines ältesten Sohnes zu verfolgen, der dort das Gymnasium Johanneum, nicht die Ritterakademie, besuchte. Er notiert im September 1833: „Der arme Quintaner hat nun nicht mehr viel Zeit zum Umherspielen. Elise hat solche Not und Sorge, daß er keine seiner Arbeiten vergißt und versäumt, was er doch eigentlich nicht tut, daß er schon vorwärtskommen wird. Heute lautet Rudolfs Zeugnis in jeder Hinsicht recht gut." Am 28. Dezember 1833: „Rudolf und Luise waren wieder sehr schweigsam und stille in ihrer Weihnachtsfreude, die ihnen freilich auf den Gesichtern lag. Rudolf hatte sich am meisten Handwerkszeug gewünscht, da er aber kein passendes Holz hatte, so kann er nicht viel damit beginnen, und saß gestern den ganzen Tag bei Campes Reisen." Im Februar 1834: „Rudolf ist doch auch ein lieber und guter Junge,

[1]) Bei einem zu Ehren Bennigsens 1882 in Hameln veranstalteten Fest wurde ein Gedicht über seine Hamelner Knabenjahre vorgetragen („Hamelnsche Anzeigen" 1882, Nr. 81), aus dem ich einiges bei dem Mangel solchen biographischen Materials hier mitteile. Anfang der dreißiger Jahre wurde die Cholera in Hameln eingeschleppt von einer Tante aus Rußland (ob sie zu den russischen Bennigsens gehörte, läßt sich „quellenkritisch" nicht feststellen), und die Bennigsensche Wohnung unter Quarantäne gestellt. „Die Polizei nun ohne Schonung Ließ streng bewachen gleich die Wohnung; Zwei Posten hüteten das Haus, Und niemand durfte ein noch aus, Auch stand auf einem schwarzen Brette, Daß man die Cholera hier hätte." Und in dieser Absperrung dachte der junge Rudolf sehnsüchtig an die gerade reif gewordenen Beurré-gris-Birnen. „Ich hab's, rief er dann plötzlich aus, Ich schaffe Birnen mir ins Haus! Und nach Sertürners gegenüber Blickt unaufhörlich er hinüber, Und wird des Spähens nimmer müd, Bis den Freund Karl er endlich sieht, Den lehrt bald ein beschriebner Streifen Des armen Rudolfs Wunsch begreifen. Am andern Morgen frank und frei, Trotz Wache und trotz Polizei, Wird ein gefüllter Korb verwogen, An Steubers Haus emporzogen; Als er in Sicherheit gebracht, Wird leis ein Fenster zugemacht" u. s. w.

auch außer seinem Fleiße und seinen Fähigkeiten. Die Schule hat seinen kleinen Dünkel keineswegs genährt, im Gegenteil! Takt hat er daneben auch und verständig, vernünftig, wahr und gehorsam ist er auch." In den Sommerferien 1834 unternahmen die Eltern mit ihren Kindern eine Reise nach Hastenbeck zum Besuche der Verwandten; hier war am 10. April 1834 schon das erste Kind geboren, Anna von Reden, die spätere Frau Rudolf von Bennigsens. So gingen die Jahre hin. Im September 1836 notiert sich der Vater während eines Aufenthalts in Lüne: „Rudolf ist nun wieder Primus seiner Klasse, was er in den letzten Monaten nicht war. Gestern morgen kam er und blieb bis zur Dämmerung lesend bei mir. Diese Passion wird ihn wohl durchs Leben begleiten. Weißens Kinderfreund und Briefwechsel, Schiller und Tausendundeine Nacht werden mit- und durcheinander verschlungen. Gestern überraschte es mich, daß Rudolf doch so viel Schillersche Gedichte kannte und auswendig wußte, denn von einem Lernen derselben habe ich in den letzten Jahren so wenig gehört; ich glaube, das geschah auf dem Schulwege und in der Schule." 1836 Dezember 29: „Was Rudolf zu schweigsam ist, ist Luise zu redselig. Rudolfs Zeugnis ist wieder sehr gut gewesen, er, der jüngste seiner Klasse, nun schon seit Monaten Primus derselben." Im März 1837: „Rudolf seine Turnanstalt ist im Garten eingerichtet, er hat recht seine Freude daran und wird von Karl und Luise bei seinen Künsten bewundert. Rudolf und Luise lernten eine Szene aus Wilhelm Tell auswendig und führen sie auf. Rudolf ganz pathetisch als Tell." Gleich darauf: „Donnerstag morgen war Rudolfs Prüfung. Der kleine Primus führte ordentlich verlegen seine Klasse hinein. Nach den Prüfungen wurde die Zensur der fünf Probearbeiten gelesen, da wurde Rudolfs Name bei vieren der erstgenannte, nur beim Griechischen der zweite. Er ward wieder zuerst genannt bei der Reihe der besten Schüler in Hinsicht des Betragens und des Fleißes. Ich finde nicht, daß die Tertianer zu viel Arbeiten aufhaben. Zeit zum Spielen, Turnen, Lesen, Ausruhen bleibt für Rudolf genug übrig. Er wird jetzt auch zum Vorturnen gezogen. Es macht ihm viel Vergnügen, aber er ist die Turntage des Abends recht träge und müde." Im Mai und Juni 1837: „Rudolf lebt jetzt außer der Schule seiner Eiersammlung und streift gehörig im Lüner Holze umher. Er benutzt die Ferien, um ins Holz zu gehen und im Becker zu lesen; die Kirchenmusiken machte er in diesen Tagen mit; er spielt jetzt die leichteren Sonaten." Dann: „Rudolf scheint Tertia ein wenig leicht zu nehmen, neulich hatte er gar pessime und neun Fehler. Seitdem hat er sich etwas mehr zusammengenommen und im nächsten Exerzitio hatte er gar keinen Fehler." Im November

1837: „Rudolf weiß, wenn kein Boston gespielt wird und Elise ihn zum Bette ermahnt, sie mit der Bitte, laß uns noch ein bißchen sprechen, bei der schwachen Seite zu fassen. Er spricht — so schweigsam und wenig mitteilend er eigentlich im ganzen ist — jetzt zuweilen gern und kann eine Geschichte oder Anekdote recht gut vortragen." Im Januar 1838: „Rudolf sitzt viel zu viel im Hause, wir bedauern oft, daß er nicht mehr Schularbeiten hat, damit weniger Bücher verschlungen werden."

Anfang 1838 wurde der Vater von neuem versetzt, als Kommandeur des 2. Bataillons des Gardegrenadierregiments nach Hannover; zwei Jahre darauf wurde er Kommandeur des Regiments. „Rudolf war — als er die Nachricht von der erneuten Versetzung erfuhr — ganz verdutzt, rot und still, ich glaube, daß ihm die Tränen in die Augen kamen," schreibt der Vater, dem auch der Lehrer in Lüneburg versichert hatte, daß er „nicht bloß in seiner Klasse, sondern von der ganzen Schule der Ausgezeichnetste sei." Und im April 1838: „Auf der Schulprüfung wurde Rudolf unter den drei Besten seiner Klasse genannt, und zu unsrer noch größeren Freude äußerte er nachher, daß es ungerecht von dem Lehrer gewesen, ihn über den Primus zu setzen." Ein Zug, der die Neigung zur abwägenden Objektivität, das Gerechtigkeitsgefühl in dem Manne schon vorahnen läßt! In Lüneburg war die Familie weiter angewachsen, neben einem Sohne, der bald wieder starb, waren zwei Töchter geboren, Julie (geboren 1835)[1] und Minna (geboren 1837);[2] nun kamen in Hannover bald noch ein Sohn Wilhelm (geboren 1840), der nachher in dem böhmischen Feldzug als preußischer Leutnant den Heldentod starb,[3] und eine Tochter Charlotte (geboren 1841) hinzu.[4] Es war ein kinderreiches Haus, ein fröhliches Zusammenleben aller. Rudolf von Bennigsen ist sich immer bewußt gewesen, daß er den Segen eines schönen Familienlebens in der Kindheit genossen hat wie wenige. Es geht ein Zug von wirklicher Harmonie durch die Familie, sorgsame Leitung ohne Strenge, von seiten der Mutter eher ein nachsichtiges Gewährenlassen. Wer in das Haus eintrat, empfand eine feine und freie geistige Atmosphäre; zumal als die Kinder heranwuchsen, standen allgemeine und geistige Interessen in einem Mittelpunkt, um den sich alles gruppierte.

---

[1] Sie starb unvermählt im Jahre 1860.

[2] Sie starb unvermählt im Jahre 1904.

[3] Er fiel am 29. Juni 1866 in der Schlacht bei Gitschin.

[4] Nachmals vermählt mit dem jetzigen preußischen Obersten a. D. Hugo von Müller in Blankenburg a. Harz. Frau von Müller ist jetzt (1907) die einzige Ueberlebende von den Geschwistern Rudolf von Bennigsens.

Das Lyzeum in Hannover, das Rudolf in seinen letzten Schuljahren besuchte, stand (1821 bis 1849) unter der Leitung des damals schon betagten Direktors Georg Friedrich Grotefend, der in seinen jungen Jahren das Hauptverdienst an der Entzifferung der altpersischen Keilschrift gehabt hatte. Die Schule bot auch hier dem Schüler keine Schwierigkeiten. Im Mai 1838 heißt es in den väterlichen Aufzeichnungen: „Rudolf findet die hiesige Schule nicht so gut wie die Lüneburger. Lektüre bleibt immer sein Hauptamüsement. Hat er erst den gewünschten neuen Rock (auf seinen Anzug ist er sehr eigen, legt viel Wert darauf), wird er wohl etwas promenieren." 1839 im Februar: „Rudolf sein Zeugnis fiel gut aus, besser noch als Michaelis, er hat den zweiten Platz, also wird er mitversetzt." Um Michaelis 1840 kam Rudolf nach Prima. Neben der Schule treten um diese Zeit schon andre Interessen an ihn heran, er geht als angehender Mann nunmehr zum Kegeln und Tanzen, denn um diese Zeit heißt es: „Rudolf hat jetzt an dem einen Tage neun Stunden. Zwei Tanzstunden des Freitags mit 4 Damen und 3 Herren. Seine Repetierstunden gefallen ihm sehr." Auch die unvermeidlichen Schülerstreiche und Schulkonflikte bleiben nicht aus. Bennigsen hat selbst noch in einer Rede seiner letzten Jahre, rückblickend auf seine hannoverschen Schülerjahre, erzählt, wie der Direktor Grotefend ihn persönlich in den Karzer geschleppt habe; er sei ihm aber noch heute dankbar für seine geistvollen Erläuterungen zu Tacitus, Horaz, Homer und Sophokles.

In den Beginn der Primanerjahre fällt ein Ereignis, das in einer Biographie, die sich das öffentliche Wirken Bennigsens zum Hauptgegenstande gesetzt hat, nicht unbedingt erwähnt werden müßte; dieser oder jener möchte vielleicht lieber einen verhüllenden Schleier darüber breiten, wie wir es ja alle über den einen oder andern Vorgang unsrer Kinderjahre, Torheiten und Bosheiten, hernach sogar vor uns selber tun. Trotzdem soll der Selbstmordversuch des sechzehnjährigen Primaners — denn darum handelt es sich — an dieser Stelle nicht übergangen werden; schon allein, weil übelwollende Kritik feindlich gesinnter Publizisten diesen Vorgang, der weiteren Kreisen ganz unbekannt geblieben war, später ausgegraben und fälschlich für seine Charakterentwicklung bedeutsame Motive darin gesucht hat; sonst würden diese Dinge, an denen an sich nichts zu verbergen ist, jedenfalls keiner eingehenden Erörterung bedürfen. Der Hergang war der folgende:[1]) Am 18. Januar 1841 machte Rudolf den Versuch, sich

[1]) Die Quelle ist der Brief eines Försters im Neuen Hause bei Hannover an seine Braut vom 19. Januar 1841. Dieser Brief ist von Bennigsen mit dem

in der Eilenriede bei Hannover mit einer mit Rehposten geladenen Pistole zu erschießen. Als ein Förster aus der Nähe hinzueilte, stellte sich heraus, daß die meisten Rehposten wieder zurückgeschlagen und nur zwei in der Stirn stecken geblieben waren, die der vom Förster herbeigeholte Arzt alsbald herausschnitt. Nachdem er die Operation standhaft ertragen hatte, erwachte, wie der Augenzeuge erzählt, die Lust zum Leben in dem Knaben wieder, er fragte sehr ängstlich, ob er wohl daran sterben müsse, und darüber beruhigt, ob er eine Gehirnentzündung zu befürchten habe. Die Verwundung scheint nicht gefährlich gewesen zu sein, wenigstens schreibt der Förster, „es wird alles hoffentlich gut abgehen, welches er sehr großem Glücke und seinem harten Schädel zu verdanken hat".

Lagen in dem Wesen des Knaben entscheidende Züge, die allein schon einen solchen Entschluß erklärlich machen könnten, oder ist es mehr ein plötzliches Erlebnis, das ihn dazu veranlaßt hat? In den väterlichen Aufzeichnungen über die innere Entwicklung seines ältesten Sohnes kehrt, mitten in den kleinen Haus- und Schulereignissen, eine Charaktereigenschaft immer wieder, die dem Manne sein Leben lang eigen geblieben ist: die Verschlossenheit, die Schweigsamkeit, die unter den lebhaften Geschwistern nur noch mehr auffiel. Er versenkte sich in sich selbst und vermochte oft nicht aus sich herauszugehen. Bei dem Tode eines Mitschülers notiert der Vater: „Wie wenig Worte macht Rudolf bei solchen Gelegenheiten, aber man sah es ihm an, daß es Eindruck auf ihn machte, und Karls vieles Sprechen bei Tisch war ihm unangenehm" (Juni 1837). Oder bald darauf: „Rudolf ist ganz stämmig und unverändert, sehr ernst dieser Tage, ein Schulkamerad war gestorben; Fremde werden ihn schwer kennen lernen." Und dann in der Hannoverschen Zeit: „Rudolf war abends noch stiller als sonst; als wir uns darüber ausließen, meinte der siebenjährige lebhafte jüngere Bruder Karl, er wisse, warum Rudolf so nachdenklich wäre, er wolle ein Goethe werden." Diese Schweigsamkeit und Verschlossenheit blieb; sie hinderte nicht, daß alle Freuden des Knabenlebens, auch die des halberwachsenen, eifrig mitgenossen wurden; auch lag eine eigentliche Melancholie nicht in diesem seiner ganzen Familie eignen Charakterzuge; es war vielleicht nur die in dem Einzelnen noch verstärkte Art seines ganzen, des niedersächsischen Stammes. Immerhin mag ein solcher Junge, wenn er einmal aus einer törichten Situation oder einer verzweifelten Stimmung keinen Ausweg sieht,

Vermerk versehen: „Mir am 28. März 1896 in Hannover von der Frau Domänenrat Klie aus Celle persönlich übergeben. Ihr Vater war damals städtischer Förster im Neuen Hause bei Hannover. R. v. B." Ueber die Motive liegen keine positiven Nachrichten vor.

schwerer als andre das Vertrauen der Eltern aufsuchen, um sich auszusprechen und Rat zu holen. Damit ist natürlich keine Erklärung jenes Selbstmordversuches gegeben. Was war also der Anstoß? Hier setzen die welfischen Gegner ein: der Mann, der aus gekränktem Ehrgeiz sich auf die Seite der Opposition schlug und darüber König und Staat Hannover in den Untergang riß, der war schon als Knabe so, denn aus gekränktem Ehrgeiz, wegen mißlungener Schulerfolge, versuchte er sich das Leben zu nehmen.[1]) Es gibt kaum eine Argumentation, die törichter wäre und dem Wesen Bennigsens, sowohl des jungen als auch des reifen Mannes, mehr Gewalt antäte. Nach den Mißerfolgen in der Schule müßte man so wie so suchen, da Rudolf durchweg zu den besten Schülern gehörte, wenn er nicht mit seiner leichten und raschen Auffassung der beste war; und wenn er einmal nachließ, was bei einer leichten Neigung zum Gehenlassen wohl vorkam, war er nach allem, was man hört, nicht derjenige, sich darüber das Leben zu nehmen; aber ebensowenig wird ein Schulkonflikt, wie er nachmals allein als heitere Erinnerung von dem Greise erwähnt wird, tragische Folgen nach sich gezogen haben. So möchte ich denn überhaupt nicht so tief graben, um die Wurzel jenes Entschlusses herauszubekommen, es war vielleicht die Folge eines Dummejungenstreiches und selber ein solcher. Es war der Winter, in dem der junge Primaner Tanzstunde bekommen hatte und vielleicht die Enttäuschungen einer ersten Schülerliebe — die natürlich nicht ausgeblieben war — in seinem schweigsamen Wesen zu schwer nahm. Wer weiß es und wen geht es schließlich etwas an! Der ganze Entschluß fällt eher aus der gesamten Gemüts- und Charakterentwicklung Bennigsens heraus, als daß er, wie die übereifrigen Gegner möchten, uns den Schlüssel zu ihr geben könnte. Aber jene vermögen ja auch nicht sich mit den meisten Deutschen darüber zu freuen, daß die übereilte Tat eines Augenblicks an dem Glücke und der harten Stirn des Knaben scheiterte.

Um die geistige Entwicklung Rudolfs in den letzten Schuljahren kennen zu lernen, möchten vielleicht einige Schulaufsätze aus den Jahren 1839 bis 1842 nützlich sein. Man darf freilich nicht zu viel Gewicht darauf legen, was ein junger Mensch von 15 bis 17 Jahren bei solchen Gelegenheiten zu sagen veranlaßt oder gar gezwungen wird;

[1]) So von Hassell, Geschichte des Königreichs Hannover, 2, 1, S. 358, „ein Mann von schrankenlosem Ehrgeiz. Schon als Knabe hatte er sich zu erschießen versucht, als er bei der Versetzung in eine höhere Klasse übergangen wurde." Das letzte spezielle Motiv ist ganz und gar erfunden, die Schülerlaufbahn verlief ganz normal und der Ehrgeiz war jedenfalls nicht auf Schulerfolge gerichtet.

auch unterliegt das Schreiben deutscher Aufsätze in den Schulen nur zu häufig einer aus antiker und deutscher Dichterlektüre genährten Neigung zur Phrase, zum Schwung und zur Verzierung der Rede, und wer weiß, wie oft nur Gedanken des Lehrers die Feder des Schülers leiten und alle höchsten Probleme des Lebens mit jener Sicherheit, die sich später rasch verliert, wohlmeinend lösen lassen. Immerhin war früher freiere Bewegung möglich als in dem schematisierten Schulbetriebe der Gegenwart. Man kann freilich nicht viel aus den Erwägungen lernen, die ein Vierzehnjähriger über die innersten Gedanken Kaiser Karls V. — und noch dazu an seinem Geburtstage — im Kloster St. Juste anstellt. Es ist aber merkwürdig, wie in die Themata, die der Lehrer in dem letzten Jahre stellt, der Geist einer neuen Zeit bereits hineinweht, und nun die jungen Köpfe, die erst anfangen zu denken, in Bewegung setzen soll. „Vorteile und Nachteile des Maschinenwesens" (Juli 1841), „Die Nachteile des Aberglaubens" (Oktober 1841), „Woher kommt es, daß so viele enge Bande der Menschen jetzt gelockert erscheinen" (Juni 1842): es sind ja lauter Fragen der Gegenwart, die beginnende soziale und wirtschaftliche Umwälzung, der Kampf der geistigen Befreiung, die Auflösung der staatlichen, ständischen und gesellschaftlichen Bande durch die neuen Ideen und die rastlose Bewegung der Zeit, alles vermutlich Dinge, die den Lehrer selbst beschäftigten und darum zur Beschäftigung seiner Schüler verwandt wurden. Der Aufsatz über das Maschinenwesen ist ein Dialog zwischen einem mehr die Nachteile ins Auge fassenden Professor und einem für die Vorteile begeisterten fortschrittlichen Doktor, aus dem der Schüler selber spricht. Er läßt diesen einmal sagen: „Der Bauer soll nicht zu einem untätigen Beaufsichtiger von Maschinen werden, die für ihn das Land bearbeiten, er soll aber durch Erleichterung und Verringerung seiner Arbeit Zeit und Lust gewinnen, sich endlich einmal aus dem Staube und der Roheit hervorzuarbeiten, um auch einmal all des Schönen und Großen, wofür die ausgezeichnetsten Geister seit Jahrtausenden gewirkt haben, teilhaftig zu werden. Was hilft es denn jetzt dem Bauer, ob die Kultur seit so und so viel Jahrhunderten fortgeschritten ist, für ihn sind alle Erfindungen und Entdeckungen im Gebiete des Schönen und Wahren so gut wie nicht gemacht; angeklebt an die Erdscholle, auf der er geboren ward, verbringt er seine Tage in angestrengter Körperarbeit; geistige Bildung, geistiger Genuß ist ihm ganz unzugänglich." Das ist doch nicht der Sohn einer Junkerkaste, die in dem Staate Hannover ihr Paradies erblickte und das bei weitem stärkere bäuerliche Element wenigstens politisch ganz ausgeschaltet hatte — diese Worte weisen eher schon hin auf den von Standesvorurteilen freien Führer der

liberalen Bauern in der Zweiten hannoverschen Kammer seit 1857. Und zugleich leuchtet ein Optimismus hindurch, der auf die innere Kraft der fortschreitenden Kultur und auf ihre Fähigkeit, die von ihr hervorgebrachten Uebelstände aus sich selber zu heilen, sicher vertraut. Freilich läßt Rudolf seinen Professor einwerfen: „Die Maschinen machen die Arbeit vieler Menschen überflüssig, schneiden aber dadurch auch allen diesen Menschen, die vielleicht von Jugend auf an keine andre Art des Erwerbs gewöhnt waren, eben diese Erwerbsquelle ab, und bei den arbeitenden Klassen, die ein solcher Unfall häufig ganz plötzlich trifft, ist dieses um so schlimmer, da sie gewöhnlich aus der Hand in den Mund leben, mithin an ein Ersparen bei ihnen kaum zu denken ist, und ein solches plötzliches Ausbleiben des Erwerbs also viele in den drückendsten Mangel versetzt." Der Doktor aber sieht nur solche Uebelstände darin, die mit dem ersten Uebergang verbunden sind und nur den einzelnen treffen. Das Vertrauen auf das harmonische Spiel der Kräfte bleibt stärker als alle Bedenken: derjenige, der von dem wirtschaftlichen Umschwung in Mitleidenschaft gezogen wird, muß suchen, mit den übrigen zu konkurrieren, seine Arbeit auf irgendeine Weise besser oder wohlfeiler zu liefern, dann kann der Erfolg dem tätigen Geschicke nie fehlen. Zum Schluß heißt es: „Die Meinungen der Gesellschaft schienen zwar geteilt zwischen beiden Streitenden, der größere Teil derselben, und besonders die jüngeren, aber doch auf der Seite des Doktors zu sein."

In dem nächsten Aufsatze wird ausgeführt: „Aberglaube ist ein Irrtum des menschlichen Geistes, der dann entsteht, wenn man bei kleinlichen alltäglichen Veranlassungen, anstatt gewöhnliche Wirkungen aus gewöhnlichen Ursachen herzuleiten, alle Mittelursachen überspringt und gleich auf die höchste Ursache zurückgeht." Darauf werden die subjektiven und objektiven Nachteile dieses Aberglaubens untersucht, unter den objektiven Nachteilen heißt es: „Er hindert auch jedes Fortschreiten in der Erforschung der Natur und ihrer Kräfte, denn wenn man die Natur unter den willkürlichen Einfluß höherer Wesen stellt, finden die Wissenschaft, deren Natur schon jede Willkür ausschließt, und der Forschungsgeist kein Feld, wo sie Früchte sammeln könnten; und solange ein Volk dem Aberglauben anhängt, wird es sich auf eine tiefere gründliche Erforschung der Natur, ihrer Kräfte, ihrer äußeren und inneren sich immer gleichbleibenden Ursachen und Wirkungen nie einlassen."

In dem letzten, kurz vor dem Abiturientenexamen geschriebenen Aufsatze hören wir, wie die Bande der Menschen in der Familie, im Staat, in der Kirche immer mehr in der Gegenwart gelockert werden. Er versucht die enge Zusammengehörigkeit des einzelnen mit dem Staate

im Altertum und Mittelalter zu zeichnen und vergleicht dieses Bild mit dem der Gegenwart: „Woher kommt denn dieser schändliche Indifferentismus für das Wohl und Wehe des Vaterlandes, den wir so oft auch bei sonst wackeren Menschen finden? Das Band des Interesses fehlt, das Vaterland ist es jetzt nicht mehr, welches dem Menschen Sicherheit und Fortkommen gewährt, der Geschickte, der Gebildete findet Belohnung auch an andern Orten, oft besser als in seiner Heimat." Was die Kirche angeht, so hat sie allerdings auch früher die Menschen eher getrennt als vereinigt. „Die christliche Religion hat in den verschiedenen Zeiten den feurigsten Glaubenseifer und die herrlichste Glaubenseinheit, den lauesten Indifferentismus und den bejammernswürdigsten Zwiespalt, neben der mildesten Duldsamkeit die furchtbarste Unduldsamkeit verbunden mit Fanatismus und Verfolgungswut hervorgerufen. Nimmt man nicht die ersten Zeiten der christlichen Kirche und einige sehr vereinzelt stehende Glanzpunkte ihrer Geschichte, wo diese Religion der Liebe ihre Gläubigen auch zu einer liebenden Brüdergemeinde umschuf, so hält es schwer, eine solche Zeit zu entdecken." Immerhin, in ihren eignen Kreisen schuf die Religion Einigkeit und Zusammenhalt. „Weil man die Religion mehr mit dem Gefühle als dem Verstande auffaßte, nicht mit dem scharfen Messer der Kritik und der spitzigen Sonde des Verstandes alles Kindliche und alle Poesie aus der Religion verdrängte, ließ die Liebe, die sie lehrt, und der Frieden, den sie im Innern des einzelnen schuf, einen Widerschein auf sein Gemüt fallen, der eine höhere Innigkeit und Herzlichkeit in seinen Verhältnissen zu andern hervorrief. War auch der Glaube in verschiedene Richtungen gespalten, so war doch wenigstens in den Meinungen des einzelnen nicht ein so furchtbarer Zwiespalt — ganz gleich können ja zwei Menschen die Religion nie auffassen —, der jetzt, wo Religionslehrer mit ihren ärgerlichen Streitigkeiten ihren Gemeinden mit dem schlechtesten Beispiel vorangehen, die erhabene Religion des Friedens und der Liebe wie einen Stein erscheinen läßt, der eine ruhige Wasserfläche aufgestört hat."

Im Mai 1842 schreibt der Vater in einem Familienbriefe: „Rudolf steht nun gegen Ende des Sommers sein Maturitätsexamen bevor. Es ist aber gerade nicht seine Art, sich abzuarbeiten; vielmehr geht er diesem Zeitpunkte, wie es scheint, mit vieler Ruhe entgegen. Mit seinen Kameraden hat er gewettet, daß er Nr. 2 bekommen werde; die Kameraden dagegen haben gewettet, daß er Nr. 1 bekommen werde, und so vermute ich, daß die letzteren recht haben." So war es auch, das Maturitätszeugnis, das unter dem 28. September 1842 ausgefertigt wurde, war nach der damals in Hannover üblichen Klassifikation ein

solches „erster Klasse", und die Monotonie der „nach vorgängiger sorgfältiger Prüfung und Beratung" festgestellten auszeichnenden Prädikate bestätigte, daß vom Schulstandpunkt aus der junge Mann, der nun ins Leben trat, seine Zeit mit Erfolg genutzt hatte.[1]) Genau vier Jahre später urteilte der Jüngling, nunmehr schon in einen Beruf eingetreten, selbst ganz anders — und nach seiner Weise in Worten viel zu scharf über ein überwundenes Entwicklungsstadium — über seinen damaligen Zustand: „Auf der Schule begnügte ich mich, da unsre ganze Schulmethode in Hannover mehr wie geisttötend war — begünstigt von einer außerordentlich leichten Fassungsgabe, die mir Fleiß und Urteil ersetzte und mich in meinen eignen Augen, verleitet durch den allgemeinen Beifall, für ein Genie erscheinen ließ —, mit einer glänzenden Oberflächlichkeit in den meisten Schulfächern und las dafür ohne Auswahl, allmählich ohne alles Urteil über das Gelesene, eine Unmasse von Schriften aller Art. Vollgepfropft von fragmentarischen Kenntnissen, ohne Klarheit über mich und die Welt, körperlich mich nur allmählich erholend, bezog ich die Universität."[2])

Der Vater hatte ihm in der Wahl seines Berufes freie Hand gelassen. Und da ihn, wie er bei derselben Gelegenheit schreibt, der Soldatenstand in Friedenszeiten nicht sehr anzog, so wählte er das juristische Studium, „auch nicht aus Vorliebe — ich kannte ja gar nicht, was ich wählte —, sondern vielmehr, weil der juristische Staatsdienst mir als Adligem fast als das einzige andre Fach erscheinen mußte." So wandte er sich aus dem Berufe der Soldatenfamilie, zu dem schon sein Vater nur durch eine Verkettung von Umständen dauernd hingeführt worden war, heraus und ergriff, wie es auch sein Vater ursprünglich getan hatte, dasjenige Studium, das ihn im hannoverschen Staate zu dem herkömmlichen Genuß der Vorrechte seines Standes führen sollte. Die Zeit war von Grund aus verändert, seitdem sein Vater vor einem Menschenalter die Universität Göttingen bezogen hatte: damals war das äußere

[1]) Es heißt darin: „In Ansehung der sittlichen Aufführung benahm er sich gegen Mitschüler, gegen Vorgesetzte, im allgemeinen: sehr gut. In Ansehung des Fleißes war sein Schulbesuch, seine Aufmerksamkeit, sein häuslicher Fleiß: sehr gut. In Ansehung der Kenntnisse fand man die Fortschritte I. in den Hauptfächern: in der Religion sehr gut, a) in der deutschen Sprache sehr gut, b) in der lateinischen Sprache sehr gut, im Sprechen recht gut, c) in der griechischen Sprache sehr gut, in der Grammatik recht gut, d) in der französischen Sprache sehr gut, im Schreiben recht gut, e) in der Geschichte sehr gut, in der älteren Geschichte vorzüglich, f) in der Mathematik sehr gut, in der Trigonometrie recht gut. II. In den Nebenfächern: a) in der hebräischen Sprache —, b) in den Naturwissenschaften recht gut.

[2]) Brief vom 28. September 1846, siehe unten.

Staatswesen Hannovers und Deutschlands niedergebrochen gewesen, jetzt waren in dem wiederhergestellten Gebäude von innen heraus Kräfte der Erneuerung und Umwälzung lebendig. Und es galt das Wort, das Goethe in den „Wahlverwandtschaften" ausspricht: „Die Zeit rückt fort und in ihr Gesinnungen, Meinungen, Vorurteile und Liebhabereien. Fällt die Jugend eines Sohnes gerade in die Zeit der Umwendung, so kann man versichert sein, daß er mit seinem Vater nichts gemein haben wird."

Drittes Kapitel

Studienjahre und Staatsdienst

(1842 bis 1847)

Aus den Studienjahren Bennigsens — Michaelis 1842 bis Michaelis 1845 — liegen nicht Tagebücher vor, wie sie der Vater einst geführt hatte und am liebsten auch von dem Sohne gewünscht hätte, voll Innerlichkeit und zugleich lebendigem Ausdruck des äußeren Daseins. Greifbar springt der Unterschied der beiden Generationen heraus, wenn man ihre Aeußerungen aus der Universitätszeit miteinander vergleicht: in der älteren das ernste Zusammenraffen eines Jünglings, dem schwere häusliche Erlebnisse zusammenfielen mit dem überwältigenden Eindruck der Umwälzungen in Heimat und Vaterland, in der jüngeren zunächst das sorglose Leben eines jungen Mannes aus guter Familie, der wohlbehütet und von Liebe umgeben aus dem Elternhause in die goldene Freiheit akademischen Lebens hineintritt und nun über dem Neuen und Ungebundenen doch eigentlich alles andre in den Hintergrund treten läßt. Und wie es manchem deutschen Studenten geschehen ist und geschieht, vertiefen sich auch ihm in diesen Jahren nicht so sehr die Kenntnisse, die besondern Geisteskräfte, sondern es reift — unter Vernachlässigung manches dessen, was auf Universitäten zu holen ist — vor allem die allgemeine Lebensfähigkeit, Persönlichkeit, Männlichkeit. So geben die Briefe des jungen Bennigsen an seine Eltern, meistens an seine Mutter, die in der Regel die Korrespondenz führte, eher ein Bild des richtigen Studenten im alten, sozusagen historischen Sinne: die Harmlosigkeiten des Tages, das Fortschreiten von den guten Vorsätzen des Anfangs zu den Freuden studentischer Freundschaft auf der Kneipe und auf der Mensur, nehmen einen großen Raum ein, und auch die Kehrseiten fehlen nicht. Immerhin tritt in den späteren, auch brieflichen Aeußerungen des Mannes das Persönliche so sehr hinter dem Sachlichen zurück, die Art Bennigsens, sich unpersönlich zu geben, steigert sich wenigstens nach außen hin in seinen späteren Jahren so sehr, daß man schon aus diesem Grunde die ungeschminkten Plaudereien und Betrachtungen — auch wenn der „aktive" Student sich nur mit Mühe einen Brief abringt — nicht ungern lesen wird. Zwischen den Zeilen ist von der werdenden Art doch manches zu erkennen.

Die Universität Göttingen, die er zuerst bezog, war durch die Vorgänge von 1837 schwer getroffen worden. Eine Anzahl von

Männern, deren Namen dadurch nur noch einen helleren Klang in Deutschland bekamen, war ihr durch eine rohe Gewalttat genommen worden; und wenn auch einige der ganz Großen — es sei nur an Gauß und Herbart erinnert — den alten Glanz der Georgia Augusta aufrechterhielten, so wurden doch nicht alle Lücken ausgefüllt, und manche Göttinger Hofräte hatten durch ihre Haltung in jenem Konflikt nicht gewonnen. Auch die Studenten verlangten mehr als fachwissenschaftliche Gelehrsamkeit, und das war Führung der Charaktere und Meinungen in dem immer bewegteren Treiben des öffentlichen Lebens. Schon Michaelis 1838 war die Zahl der Studierenden, die im Jahre zuvor fast 1000 betragen hatte, auf 664 gesunken und die Frequenz nahm weiter von Jahr zu Jahr ab. Wenn Göttingen einst aus ganz Deutschland Hörer angezogen hatte und zeitweilig sogar die geistige Führung gehabt hatte, so drohte es jetzt zur Landesuniversität der Hannoveraner herabzusinken. Auch in den Briefen Bennigsens, der gerade in den Jahren der trübsten Nachwirkungen dort studierte, geben solche Stimmungen den Grundton an und erklären auch das herbe und schnellfertige Urteil.[1])

*

An die Mutter.

Göttingen, 1842 nach Michaelis.

Ihr habt vielleicht schon seit einigen Tagen einen Brief von mir erwartet. Ich wollte Euch aber doch als eigentlicher Student schreiben, und das bin ich erst seit gestern. Mit den Kollegien sind wir denn recht gefoppt. Anstatt Montag vor acht Tagen erschien gestern endlich der feierliche Augenblick, wo ich mit meiner Mappe den Hörsaal betreten konnte. Mir war es im ganzen recht angenehm; ich hatte noch manches für meine kleine einsame Wirtschaft zu besorgen, und die Immatrikulation machte auch mehrere Wege nötig. Der Prorektor verlangt auch noch einen Schein von Vater, durch den mir die Erlaubnis erteilt wird, mich der Studien wegen in Göttingen aufzuhalten; und bis Dienstag oder Mittwoch soll ich ihn einliefern.

In den ersten Tagen fühlte ich mich recht einsam hier. Wenige Studenten waren in Göttingen, von meinen Bekannten nur die, mit denen ich herfuhr, und diese hatten ihre andern Freunde aufzusuchen, so daß ich oft allein und traurig auf meiner Stube saß und mich nach

[1]) Eben darum wird man nicht jede Wendung des jungen Menschen tragisch nehmen. Was ihn mit Göttingen verband, beweist der Entschluß, den er (übrigens seit 1887 Ehrendoktor der medizinischen Fakultät) im Jahre 1900 faßte: noch ein Semester, nach allem Abschied vom öffentlichen Leben, sich dort wirklich studierend aufzuhalten.

Hannover zu Euch zurücksehnte. Meine Stube war noch dazu recht unfreundlich, da meine Sachen erst einige Tage später ankamen. Sonst bin ich mit meiner Wohnung sehr zufrieden. Das Zimmer ist groß und dabei recht freundlich, nach vorne hinaus an einer ziemlich lebhaften Straße gelegen ... Viele alte Bekannte, besonders aus Lüneburg, habe ich wiedergesehen und neue Bekanntschaften in Masse oder vielmehr Unmasse gemacht. Zu versäumen hatte ich auch nichts, und wenn ich des Tages mich etwas in der Stadt und auf den hübschen Wällen umgesehen hatte, brachte ich fast jeden Abend bei Bekannten zu, oder diese besuchten mich.

Mit den Kollegien treffe ich es recht unglücklich. Daß ich die Institutionen nicht bei Mühlenbruch[1]) hören kann, ist schon unangenehm, nun geht es mir mit der Technologie oder der Zivilbaukunst, die ich gern in diesem Semester gehört hätte, ähnlich. Der bessere von den Professoren, die darüber lesen, hält im Sommer diese Vorlesungen, und deshalb ist mir von mehreren Seiten geraten, bis dahin zu warten. Meine Kollegia sind jetzt so:

sechsmal 9—10 Rechtsgeschichte
sechsmal 10—11 Institutionen } bei Ribbentrop,
dreimal 2—3 Fechtstunde,
fünfmal 3—4 Nationalökonomie bei Roscher.[2])

Der letztere ist noch ein ganz junger Mann, hat aber einen freien schönen Vortrag, der uns alle — Hartmann und Frankenfeld[3]) hören auch bei ihm — sehr anregt. Ribbentrop scheint auch so schlimm nicht zu sein, und ich glaube, man kann recht viel bei ihm lernen. Er war sehr freundlich gegen mich und bat mich sehr, ihn doch des Abends bisweilen zu besuchen, überhaupt mich bei jeder Schwierigkeit an ihn zu wenden. Man sagt aber, ganz viel sei auf diese Freundlichkeiten nicht zu geben, und es sei ganz eigentümlich, wenn man zu ihm wollte, wäre er fast regelmäßig nicht zu Hause. Zu Hugo[4]) bin ich nicht gegangen. Er liest dieses Mal ganz ausnahmsweise Enzyklopädie, er hat sogar 7 Zuhörer, meistens Anfänger, auch Frankenfeld hört bei ihm; und da ich doch seine Vorlesung nicht besuchen wollte, so ist es, glaub' ich, nicht recht passend, zu ihm zu gehen. Er scheint seine Zuhörer sehr fetieren zu

[1]) Der Göttinger Pandektist Mühlenbruch († 1843) wird im folgenden noch häufiger erwähnt. Er war politisch ein Reaktionär; nach der Vertreibung der Göttinger Sieben brachte er auf die sieben Narren ein Pereat aus, worauf die Studenten ihm die Fenster einwarfen.

[2]) Der berühmte Nationalökonom hatte soeben erst seine Lehrtätigkeit begonnen.

[3]) Frühere Mitschüler Bennigsens vom Lyzeum in Hannover.

[4]) Der bekannte Begründer der historischen Rechtsschule, geb. 1764, † 1844.

wollen, hat ihnen schon ein großes Souper gegeben und wird gewiß noch mehr für sie tun. Es bedauern auch viele, den Louisdor nicht angewandt zu haben, wenn man auf solche Art seinen Preis wieder herausessen kann.

Das verschriene Göttinger Essen mit seinen Talgsuppen nimmt sich in der Nähe auch so übel nicht aus. Frankenfeld, Hartmann und ich essen zusammen, und wir sind ganz zufrieden. Die Reihe ist nächstens an mir, und da wollte ich Dich bitten, mir zwei kleine Tischservietten zu schicken; die Teelöffel, von denen wir schon in Hannover sprachen, sind auch vergessen, und wenn Du Dich mit drei Handtüchern Deines Sohnes erbarmtest, so könnte das für meine Reinlichkeit nur vorteilhaft sein. Einen ordentlichen Studienplan habe ich mir noch nicht gemacht, doch denke ich des Morgens von 7 bis 9 Kollegia zu repetieren oder mich darauf vorzubereiten. Etwas andres gibt es ja auch in der ersten Zeit nicht zu tun. Die Abende werde ich Musik treiben oder lesen, wenn ich sie nicht mit einem Bekannten zubringe, und so hoffe ich den Winter schon ganz vergnügt zuzubringen. Bitte schreibt mir doch recht bald wieder. Den Schein kann mir Vater wohl bald schicken. Die Gesetze sprechen in diesem Falle sogar von Relegation. Nun, es ist eben nicht gefährlich, es ist aber doch immer besser, wenn ich den Schein Mitte nächster Woche habe. Leb recht wohl. Grüße alle; und denkt zuweilen an Euern Rudolf.

Bitte, hebe den Brief mit auf.

*

Die folgende Antwort des Vaters, der sich nun auch seiner juristischen und sonstigen Göttinger Studien liebevoll erinnerte, kennzeichnet den Umfang seiner Interessen, die Art seiner Erziehung, kurzum die Sphäre des Hauses, der unser junger Student, plötzlich in eine neue lockende Umgebung geworfen, nun schon bald, wie es häufig geht, entwachsen wird, ohne die sorgfältig überlegten und geordneten Wege väterlicher Einsicht zu wandeln.

Der Vater an Rudolf.

Hannover, 12. November 1842.

Es freut mich sehr, mein lieber Rudolf, daß wir endlich einen Brief von Dir haben und daß es Dir gut geht. Indes könntest Du uns wohl noch ausführlicher schreiben, denn Du kannst Dir wohl denken, daß uns alles interessiert, was Dich betrifft. Deine Bekanntschaften, Deine Kollegia, Deine Exkursionen in der Gegend, Deine Möbel u. s. w., alles das und mehreres würde uns interessieren.

Mit Deinen Kollegien bin ich noch nicht recht zufrieden, und ich möchte wohl wünschen, daß Du noch eines mehr hörtest. Im ersten halben Jahre scheint es mir nötig, mehr Kollegia zu hören, als Du genommen hast. Denn es wird Dir bald an hinlänglicher Beschäftigung fehlen. In den späteren halben Jahren hat sich Dein Gesichtskreis in der Jurisprudenz schon erweitert, und Du findest dann in den Repetitionen schon mehr Beschäftigung. Da Du den Katalog hier gelassen hast, habe ich hineingesehen, und Du überlegst Dir wohl, ob Du nicht noch eines der folgenden Kollegien belegen willst: Hanssen, Oekonomie, 8—9, viermal; Roscher, Doctrina politica et statistica, 8—9 (doch rät vielleicht Roscher selbst, dieses Kollegium später zu hören); Bohtz, Literargeschichte, 11—12; Oesterley, Geschichte der Künste, 4—5, fünfmal; Benecke, Englische Sprache, 6—7, viermal. Keines derselben wird Dir viel Arbeit außer der Stunde machen. Scheue den Louisdor nicht. Die Fechtstunde wird Dir eine gute Bewegung machen, indes ist die Stunde etwas früh nach Tisch gewählt, und dann bin ich besorgt, daß Du sehr warm sein wirst, wenn Du zu Roscher gehen mußt. Vergiß jedenfalls den Mantel nicht. Sollte sich die Stunde nicht nach 11 oder 12 verlegen lassen? Ich weiß aus Erfahrung, daß man sich in Göttingen leicht erkältet. Wenn die Institutionen Ribbentrops nicht zugleich eine Uebersicht über das ganze Gebiet der Rechtswissenschaft gewähren, wäre es vielleicht vorteilhaft, irgendeine Enzyklopädie, vielleicht selbst Hugos kleines Kompendium, durchzustudieren. Das Nachschlagen der Gesetzstellen im Korpus juris und das Bekanntwerden mit dem Juristenlatein wird Dich auch interessieren und beschäftigen. Endlich kannst Du ja aus der Bibliothek Nahrung genug erhalten. Vielleicht verabredest Du auch mit einem oder dem andern Deiner Kameraden, bei den bekannteren Professoren einige Male zu hospitieren. Dieses wird dann am Ende des halben Jahres Deinen Entschluß befestigen, noch länger in Göttingen zu bleiben oder Ostern definitiv anderswohin zu gehen. Hast Du gar Zeit übrig, so schreibe uns lange Briefe.

Das jetzige gute Wetter hast Du gewiß zu Exkursionen genutzt. Kaufe Dir doch einen kleinen Plan der Gegend von Göttingen und laß ihn auf Leinwand aufziehen. Selbst im Winter sind einzelne Punkte der Gegend sehr hübsch. Die Wälle hast Du ja schon gerühmt. Nächst dem Heimberge und den nahen Masch- und Stegmühlen empfehle ich Dir als nähere Partien: den Weg aus dem Groner Tore jenseits der alten Leine über den Hagen; die Chaussee nach Münden bis ins Holz; die schöne Rasemühle; Nikolausberg. Etwas weiter schon ist der Weg über den Heimberg und Kerstlingeroder Feld nach dem Bergabsturz, der diesseits Mackenrode liegt. Hier übersah man zu meiner Zeit den

Rudolf von Bennigſen als Student
1842

ganzen Harz, doch mag diese Aussicht jetzt vielleicht überwachsen sein. Eine höchst überraschende Rundansicht der ganzen Gegend habe ich einmal gehabt, als ich von der Heimbergwarte eine nahe, etwa südöstlich liegende Bergkuppe erstieg und daselbst eine schlanke Buche erkletterte. Hier ward der Harz, das Gleichenpaar u. s. w. sichtbar.

*

Der nächste Brief Rudolfs beantwortet die häuslich-ökonomischen Fragen der Mutter, allerdings Dinge, in denen der Sohn, wenigstens in den Studentenjahren, es nie zur Vollkommenheit brachte. Ihm waren schon jetzt verlockendere Ideale nahegetreten als Professoren und Kollegien und die Sorgen von Vater und Mutter.

An die Mutter.

Göttingen (Anfang Dezember) 1842.

Den Anfang meines Briefes soll die Beantwortung deiner sieben Fragen machen. Also Nr. 1. Der eine Schlüssel kam leider zu spät, ich hatte den Koffer schon öffnen lassen. 2. Das Klavier ist im besten Zustande hier angekommen; der Platz, den es hat, wird ihm aber nicht sehr zuträglich sein; es steht zwischen zwei Fenstern. Bis jetzt hat es sich freilich sehr gut in Stimmung gehalten. 3. Die Aepfel haben mir und meinen Bekannten sehr gut geschmeckt. (N. B. Der ganze Transport kostete mich aber auch nicht weniger als acht Gulden.) 4. Der Kaffeeextrakt schmeckt nicht übel, ist aber schon fast ganz ausgetrunken. 5. Was mein Abendessen anbetrifft, so bin ich bis jetzt selten allein des Abends gewesen, entweder bei Bekannten, oder es war Besuch bei mir. Sonst habe ich ein Butterbrot gegessen und ein Glas Bier dazu getrunken. 6. Meine Kammer ist ganz vorzüglich gut. 7. Ich wohne freilich zwei Treppen hoch, meine Stube ist dafür aber auch besser als die im ersten Stock. Hierbei ist der Plan meines Zimmers. (Folgt Plan.) Die Möbel sind alle sehr gut. Ganz besonders wöhnlich ist der Sofaplatz. Ueber dem Sofa habe ich auch die Silhouetten aufgehängt, die ich erhalten habe, nebst Frankenfelds Porträt. Meine Silhouette lege ich hier bei. Hier wird sie allgemein sehr ähnlich gefunden, bitte, schreibt mir doch, was Ihr darüber meint. Ich habe die Zeit hier ungemein vergnügt verlebt und kann noch gar nicht begreifen, daß Weihnachten schon so nahe ist. Gearbeitet habe ich freilich, außer daß ich die Kollegia besuchte und das Nachgeschriebene noch einmal durchlas, gar nichts. Nächstens wollen Frankenfeld und ich aber eine große Repetition anfangen. Dies neue Leben hat auch so viel Interessantes und die neuen Bekanntschaften und das stündliche Zusammenleben mit Altersgenossen noch zu viel Reiz für mich, als daß ich so recht zum Arbeiten kommen könnte.

Was uns in Hannover von Studenten prophezeit wurde, ist schon so ziemlich eingetroffen. Wir Abiturienten waren alle ganz vertraut miteinander, hier in Göttingen ist aber fast jeder in einen andern Kreis getreten, und wenn wir auch noch immer Umgang miteinander haben, so muß ein so vertrautes Zusammenleben wie in Hannover doch bald aufhören. Ueberhaupt hat das Göttinger Studentenleben manche Eigentümlichkeiten, und ein so lächerliches Cliquenwesen wie hier existiert wohl kaum auf einer andern Universität. Es existieren hier nämlich zwei einander sehr schroff gegenüberstehende Arten von Verbindungen, Landsmannschaften und Korps. In den letzteren sind die reicheren und feineren, bisweilen die unsittlichsten Studenten, in den ersteren sind fast nur Theologen und Mediziner, Juristen beinahe gar nicht. Beide Verbindungen haben die furchtbarste Malice aufeinander, die besonders durch die Anmaßung der Korpsburschen herbeigeführt ist. Die Sache ist so arg, daß zwei Freunde, wenn sie in entgegengesetzte Verbindungen treten, gewöhnlich getrennt werden, und auch wo sie selbst es nicht wollen, wird das Verhältnis allmählich lauer, und (fast) immer hört ein näherer Umgang auf. Hieran ist größtenteils das adlige Lüneburger Korps schuld. Mehr oder weniger vertreten aber alle Verbindungen das aristokratische oder demokratische Prinzip. Der größte Teil der Studenten besteht nun aus sog. Mitkneipanten, die sich an irgendeine Verbindung anschließen, den Hauptumgang mit der Verbindung und ihren Anhängern haben und allwöchentlich ihre Kneipe besuchen können (verpflichtet sind sie durchaus zu gar nichts). Ihre Anzahl ist ungefähr 380, nebst den wirklichen Verbindungsmitgliedern. Die übrigen 300 Studenten sind meistens Füchse und alte Leute, die das Studentenleben müde sind und sich aufs Ochsen legen. Die Zahl der eigentlichen Wilden, wie sie hier heißen, ist kaum 100, und ich glaube, daß, mit einigen Ausnahmen vielleicht, ihr Leben weniger angenehm ist als das der übrigen. Sie sind fast ganz auf sich beschränkt und schließen sich auch gewöhnlich nur aus dem Grunde keiner Verbindung an, weil sie ihren Geldverhältnissen nach dieses durchaus nicht können, und werden von beiden Arten Verbindungen nicht ganz fein behandelt. Ihre Zahl möchte ich nicht gerne vermehren. Will ich nun, was ich Weihnachten zu tun denke, mich einer Art von Verbindung anschließen, so muß ich die Seite wählen, auf der ich die meisten und mir liebsten Bekannten habe. Und das sind die Korps. Mehrere meiner ehemaligen Mitschüler sind in Korps. Isenbart ist Mitkneipant bei dem einen, George Düring, den ich hier habe wieder kennen lernen und der ein ganz vortrefflicher Junge ist, ist unter dem Hannoveraner Korps. Frankenfeld wird sich diesem letzteren auch an-

schließen, und so habe ich große Lust, mich Weihnachten bei diesem als Mitkneipant vorschlagen zu lassen. Den meisten Umgang habe ich jetzt schon mit Hannoveranern.

Anfangs hätte ich mich beinahe den Saxonen, einer Landsmannschaft, in der Heydenreich und noch andre Hannoveraner Schüler sind, angeschlossen. Sie drängten aber zu unverschämt in mich, und es waren neben ganz vortrefflichen Menschen furchtbar rohe Kerle darunter, und so habe ich mich nicht „keilen" lassen, wie sie hier das Füchseanwerben nennen. Hartmann hat sich leider, wie mir jetzt scheint, überrumpeln lassen. Ueberhaupt ist diese sog. Keilerei sehr unangenehm. Man weiß nie, ob die Freundlichkeiten, die so viele neue Bekannte äußern, im Privatinteresse oder im Verbindungsinteresse geschehen, und diese ewigen Einladungen zu den Kommersen oder allwöchentlichen Kneipen sind mir gerade deshalb jetzt ganz verhaßt. Ich bin jetzt auf der Saxonen, Braunschweiger, Bremenser und Hannoveraner Kneipe gewesen und noch an sechs- bis siebenmal eingeladen. Dieses letztere habe ich jedoch immer abgeschlagen. Denn wenn man eine Kneipe mehrere Male besucht, so ist man schon gewissermaßen verpflichtet, außerdem ist man bei dem vielen Zutrinken, was jedem Gaste geschieht, doch nie ganz nüchtern, und mir sind mehrere Fälle erzählt, wo sie Füchsen in der Betrunkenheit ihr Wort abgenommen haben. Ganz köstlich ist es anzuhören, wie immer jede Verbindung die andre herunter macht und sich selbst in das schönste Licht zu stellen sucht. Alle diese Sachen haben aber gewiß wenig Interesse für Euch. Ich wollte sie Euch auch nur mitteilen, weil der ziemlich feste Entschluß, den ich habe, unter die Hannoveraner als Mitkneipant zu treten, und der für mein hiesiges Studentenleben in mancher Hinsicht entscheidende Folgen haben wird, in ihnen einigermaßen begründet ist. Weihnachten kann ich ja mit Vater und Euch noch mehr über die Sache sprechen.

In eine Verbindung bin ich aber schon getreten, nämlich in einen Schachklub. Ich bin hier mit sehr vielen Studenten auf dem Museum abonniert. Es ist dies ein ganz vortrefflich eingerichtetes Leseinstitut, wo man die neuesten deutschen und fremden Zeitschriften in großer Auswahl antrifft. Im Winter besonders ist es sehr angenehm, weil man da immer warme Zimmer und Bekannte trifft. Da haben wir unser acht Studenten (von Bremer, Großkopf, Gehrke aus Hannover, Meyer, Gramberg, Graf Goertz und von Wedemeyer) uns vereinigt, jeden Donnerstag abend von 7 bis 10 auf dem Museum in einem kleineren Zimmer, das uns der Vorstand, Professor Zachariä, eingeräumt hat, Schach à deux und à quatre zu spielen. Wir haben einen ordentlichen Präsidenten (Gramberg) und einen Sekretär (Bennigsen)

nebst sehr strengen Statuten. Zweimal ist der Klub schon zusammengewesen und wir haben beide Male alle einen vergnügten Abend zugebracht. Ueberhaupt bietet mir das Göttinger Leben des Neuen und Interessanten, besonders durch die Bekanntschaft mit interessanten Menschen, sehr viel. Viel Umgang habe ich mit Krüger, dem Sohn des Pastors. Er ist sehr liebenswürdig und ganz gescheit. Da er schon ein älterer Student ist und alle Verhältnisse genau zu kennen scheint, so ist seine Bekanntschaft für mich sehr wichtig. Er spielt und singt recht hübsch, und wir haben uns auch schon verabredet, regelmäßig vierhändig zusammen zu spielen.

Ehe Eure Briefe das letztemal ankamen, hatte ich schon zwei neue Kollegia belegt und konnte nun Vaters Rat nicht mehr folgen. Denn mehr Kollegia kann ich nicht gut hören. Das eine ist ein publicum „über den Zollverein" beim Dr. Tögel, das mich ungemein interessiert, und das andre ist „populäre Astronomie" beim Dr. Goldschmidt, zweistündig die Woche, auf der Sternwarte selbst (zu $^1/_2$ Louisdor). Der Gegenstand ist ja sehr interessant und die Beobachtungen gleichfalls, so daß ich schon viel Vergnügen von dem Kolleg habe und mir noch mehr davon verspreche.

*

So trat Bennigsen gegen Weihnachten 1842 in das Korps Hannovera ein. Genau 10 Jahre vorher war der fast 10 Jahre ältere Bismarck in demselben Korps aktiv geworden, und gleich jenem wurde auch er bald zum Senior des Korps gewählt. Bismarck war, wie er in den „Gedanken und Erinnerungen" erzählt, anfangs geneigt gewesen, sich der Burschenschaft anzuschließen; nach persönlicher Bekanntschaft hatte er „ihren Mangel an äußerlicher Erziehung und an Formen der guten Gesellschaft, die Extravaganz ihrer politischen Auffassungen, die auf einem Mangel an Bildung und an Kenntnis der vorhandenen Lebensverhältnisse beruhte", doch zu stark empfunden, als daß er nicht schließlich das Korps vorgezogen hätte. Auch Bennigsen war durch die Roheit einer andern Verbindung abgeschreckt worden und zog die rot-dunkelblau-goldenen Farben der Hannoveraner vor. Aber die Burschenschaft war überhaupt für ihn nicht in Frage gekommen, und das ist bei ihm um so merkwürdiger, als er ja nicht in dem konservativ-landsmannschaftlichen Lager des Korps stehen blieb, sondern sich bald mit den fortschrittlich-allgemeindeutschen Idealen der Burschenschaft erfüllte, die schon im Jahre 1848 die meisten Führer der Erbkaiserpartei stellte. Aber wir sehen aus diesem Briefe, politische Motive spielen überhaupt bei der Wahl nicht mit, nur persönliche. Er ist auch hernach tiefer im Korpsleben aufgegangen als Bismarck, eigentlich seine ganze Studien-

zeit hindurch aktiv geblieben. Was er im Korpsleben gewann, ist ähnlich wie bei Bismarck anzusetzen als die Kunst der Menschenbehandlung, Ausbildung und Durchsetzung der Persönlichkeit — eben das, was immer wieder die Studenten in dem Korporationsleben lockt; was er dabei einbüßte, das Zusammenschrumpfen seiner Arbeitspläne inmitten des Austobens jugendlichen Uebermutes, hat er hernach mit scharfen Worten auch sich selber nicht verhehlt.

Der Vater an Rudolf.

Hannover, 10. Dezember 1842.

... Daß Du noch ein paar Kollegia belegt hast, freut mich sehr, denn es ließ sich erwarten, daß Du im ersten halben Jahre Zeit über haben würdest. In den folgenden halben Jahren werden sich schon die Materialien zur Selbstbeschäftigung erweitern. Den Glauben des gewöhnlichen Studenten, daß das erste Halbjahr doch einmal verloren sei, finde ich indes sehr irrig; denn es kann füglich zur so nötigen Orientierung und zur Legung eines guten Grundes benutzt werden, und hat man dieses erreicht, dann ist auch das halbe Jahr nicht verloren gewesen. Deine Beschreibungen des Studentenlebens haben uns sehr ergötzt. Der deutsche Student ist doch ein eigentümliches Geschöpf, das nur im deutschen Vaterlande fortzukommen scheint, und ich finde es sehr begreiflich, daß Dich das Studium dieser merkwürdigen Erscheinung anzieht. Laß Dich nur nicht auf zu viele Gelage ein, die sind Deiner bisherigen einfachen Lebensweise und Deiner Konstitution nicht zuträglich. Du bist immer selbständig aufgetreten und wirst daher auch in Göttingen tun und lassen können, was Dir selbst beliebt. Gerade weil Selbständigkeit nicht allzu häufig getroffen wird, erwirkt sie leicht Anerkennung.

An die Mutter.

Göttingen, 27. Januar 1843.

— — — Das Leben ist doch schön, Mutter, und freudig genieße ich jetzt, was es mir bietet. Mit mir sind hier überhaupt große Veränderungen vorgegangen. Ich bin weit heiterer als sonst, und offener und vertrauender gegen meine Freunde, anstatt daß ich in Hannover für ungemein kalt und verschlossen galt. So kömmt denn auch mir alles mit größerer Herzlichkeit entgegen. Liegt das an der neuen Umgebung oder an dem frischen und kräftigen Treiben im deutschen Studentenleben, dessen anregendem und erheiterndem Einfluß sich auch das finsterste Gemüt nicht entziehen kann? Man verschreiet dieses Leben oft als roh und es äußert sich auch manchmal in argen Aus-

schweifungen, aber in unsrer Jugendkraft und Fülle lieben wir ja einmal ein keckes Trotzen auf diese Kraft und ein Ueberspringen der gesetzlichen und einzwängenden Schranken. Meine Studien treibe ich jetzt ziemlich eifrig. Mit Frankenfeld habe ich zweimal die Woche Repetitor. Wovon es nur kommen mag, ich kann dem römischen Recht bis jetzt noch wenig Geschmack abgewinnen, der kameralistische Teil der Jurisprudenz interessiert mich weit mehr. Gesellschaften habe ich noch gar nicht besucht. Alle Bälle und Gesellschaften sind hier doch sehr steif und langweilig, und da ich Michaelis nach Berlin zu gehen hoffe, so will ich hier diesen Winter gar nichts mitmachen und bis dahin warten. Rudloff[1]) hat mehrere Male hierher von Berlin aus geschrieben. Er scheint ungemein erbaut von dem dasigen Treiben, ganz entzückt spricht er von dem Professor der Geschichte Ranke; Raumer muß aber nach seinen Aeußerungen ein schrecklich langweiliger Peter sein. Ungemein gern möchte ich Michaelis nach Berlin gehen, und wenn auch nur für ein Semester. Es ist doch in einer so großartigen Stadt ein ganz anderes Leben. Man lernt da so viele neue Verhältnisse kennen und bekömmt gewiß in einer Stadt wie Berlin eine weit richtigere und höhere Anschauung vom Leben.

Luischen ist jetzt gewiß schon auf vielen Bällen gewesen. Ist sie auch schon bei Hofe vorgestellt? und wie gefallen ihr die steifen Hofgeschichten? Der kleine Student mit der Pfeife ist gewiß auch noch immer munter und guter Dinge. Ich möchte diesen Knirps von Studenten wohl einmal hier haben.

Totgeschlagen und totgeschossen bin ich bis jetzt noch nicht. Ueberhaupt scheint es mit den „alten Duellen" so schlimm nicht zu sein. Ich bin noch zu keinem gezwungen worden, außerdem ist der schlimmste Fall, der in den 60 bis 100 bisherigen Duellen vorgekommen ist, daß dem einen ein Stück aus der Nase geschlagen ist. Ich war zufällig dabei, und das sah dann gefährlich und doch zugleich lächerlich aus, wie der Paukarzt das Stück Nase auf der Erde suchte und nicht gleich finden konnte. Ich bin doch recht vom Unglück verfolgt. Meine hübsche Tuchnadel, deren Ebenbild vor einigen Jahren sich aus dem Staube machte, ist mir gestern unbegreiflicherweise, in Papier gewickelt, aus der Westentasche verloren gegangen. Sehr viel Spaß haben wir an unserm Schachklub. Der jetzige Präsident, Graf Goertz, ist Redakteur einer Schachzeitung, die recht hübsche Artikel liefert, mit maliziösen und nichtmaliziösen Anspielungen auf die Mitglieder des Klubs, die Göt-

[1]) Dieser Bekannte, Sohn des Generalpostmeisters in Hannover, der später zugleich mit Bennigsen das Examen machte, wird in den nächsten Kapiteln häufig erwähnt.

tinger und politischen Verhältnisse. So war zum Beispiel das letztemal eine ganz göttliche Persiflage auf den Stil und die Schreibart Ludwigs von Bayern darin.

Die Mutter an Rudolf.

Hannover, 6. Februar 1843.

Dein lieber Brief erfreute uns sehr, da Du so heiter und zufrieden schreibst; für mich ist es immer ein besonders froher Gedanke, zu wissen, daß Du das Gute, was Dir die Gegenwart bietet, zu würdigen weißt. Bleibe nur immer so wohl und heiteren Sinnes, dann wird des Lebens Not und Plage auch leichter von Dir künftig getragen werden. Wie ist es denn mit Deinen Musikstudien? Spielst Du viel mit Krüger? Vernachlässige es doch ja nicht! Hier bei uns wird jetzt täglich getanzt, gesungen und gespielt ... Des Abends wechseln Bostonspielen und Walter Scott bei uns ab. Heute soll Vater beim Könige essen ... Von den Vermählungsfeierlichkeiten [1]) (bei Hofe) wird nur Vater etwas erfahren. Viele Anstalten werden dazu gemacht, Zungen, Hände und Geldbeutel sind gehörig in Bewegung gesetzt. Gouverneur im Kadettenhause ist ein Major von Landsberg geworden, und an Vater ist wohl ernstlich nie gedacht, obgleich im Publikum man Vater oder General Hans Bussche nannte.

An den Vater.

Göttingen, März 1843.

— — — Ich wäre schon längst abgereist, aber Ribbentrop kann mit seiner Rechtsgeschichte immer noch nicht fertig werden. Das halbe Kolleg ist ihm freilich schon weggelaufen. Er ist doch wirklich auch gar zu langweilig. Ich habe mir deshalb vorgenommen, die Pandekten im nächsten Jahre gar nicht bei ihm zu hören, sondern die Institutionen bei Mühlenbruch noch einmal zu belegen und dabei dessen Kompendium der Institutionen und Pandekten durchzuarbeiten. Mühlenbruchs Institutionenvortrag ist sehr ausführlich und lehrreich — es hören ihn gern noch Juristen im sechsten und siebten Semester — und für den Anfänger fast zu schwer. Ich denke aber, im zweiten Semester wird er mir von reichlich so großem Nutzen sein als Ribbentrops Pandekten. Ich habe einigemal in Mühlenbruchs Pandekten hospitiert. Sein Vortrag ist im höchsten Grade geistreich und anregend, und wird mir gewiß größeres Interesse für das römische Recht einflößen und mich auch zu größerem Fleiße anspornen, als dies bis jetzt der Fall

[1]) Vermählung des Kronprinzen Georg mit der Prinzessin Marie von Altenburg.

gewesen ist. Mehrere ältere Juristen, die beider Kollegia genau kennen, meinen auch, daß es so besser sei.

Die meisten meiner Bekannten sind schon weg von hier. Von meinem näheren Umgange sind nur noch von Hahn aus Kurland, von Harlessem aus Hildesheim, Meyer aus Mecklenburg und von Gröning aus Bremen hier.[1]) Letzteren habe ich in der kurzen Zeit, die ich mit ihm zusammengewesen, sehr liebgewonnen. Er ist ein sehr fester Charakter mit einem klaren Kopfe und warmem Gemüt. Er geht leider Ostern nach Heidelberg, und vor unserm letzten Studentenjahre werden wir uns wohl nicht wiedersehen. Gestern waren wir noch alle zusammen in Reinhausen. Die Tour war eigentlich zu Ehren eines abgehenden Juristen Gramberg aus dem Oldenburgischen, der gestern abend abgereist ist. Dies ist der originellste und feinste Kopf, den ich bis jetzt unter den hiesigen Studenten getroffen habe. Ein so leichtes Fassungsvermögen ist mir noch nicht vorgekommen. Er hatte fünf Semester in Bonn und Berlin studiert, dabei nur Literatur und Philosophie getrieben, in Bonn in drei Semestern gar kein juristisches Kolleg gehört und in Berlin in dem einen auch kein Heft geschrieben. Dabei tat er hier im vorigen Sommer auch fast gar nichts und in diesem Winter mäßig viel. Trotzdem zeigt er in den praktischen Kollegien, in den Relatorien u. s. w. mehr Kenntnisse als andre Juristen, die jahrelang große Stöße von Heften nachgeschrieben haben. Er will leider Advokat werden. Jedenfalls bringt er es aber auch da noch zu etwas ganz Ausgezeichnetem.

An die Mutter.[2])

Göttingen, 31. Juli 1843.

— — — Ich wollte Euch schon immer antworten, die letzte Woche ließ mich aber die allgemeine Aufregung hier zu nichts kommen, und diese acht Tage habe ich leider wegen eines verzweifelten Zahnwehs und etwas Fieber meistens im Bette zubringen müssen. Jetzt bin ich gottlob ganz wieder munter. Die Nachricht von Mühlenbruchs Tode

[1]) Hermann von Gröning, später Senator in Bremen, gehört zu denjenigen Universitätsfreunden Bennigsens, die auch später noch in engerer Beziehung zu ihm standen. Bei der Gründung des Nationalvereins traten sie einander auch politisch näher. Die persönlichen Beziehungen dauerten bis zu Grönings Tode (1898) fort.

[2]) In einem Briefe der Mutter vom 17. Juli hieß es: „Es ist ja mein Wunsch, daß Du Deine jetzige schöne freie Jugendzeit auch genießest, und ich freue mich über jedes Vergnügen, welches Dir wird, mein bester Rudolf, aber bitte sei auch vorsichtig im Genusse. Du weißt ja, wie teuer Du mir bist, welche schöne Erwartungen ich von Dir hege, werde der Stolz und die Freude Deiner Eltern und Geschwister."

hat Euch alle gewiß auch tief geschmerzt. In Göttingen ist nur eine Stimme über den unersetzlichen Verlust, den sein Tod der juristischen Fakultät besonders und der ganzen Universität bereiten wird. Er und Professor Bauer, der auch vor kurzem starb, waren noch die einzigen Juristen, die den alten Ruf der juristischen Fakultät in Göttingen nach außen hin etwas aufrechterhielten; Mühlenbruch besonders zog durch seine Pandekten und seinen Zivilprozeß jedes Semester eine Menge hauptsächlich älterer Juristen hierher — seine Pandekten hatten im vorigen Semester an 160 Zuhörer. Von den hiesigen Professoren wird der allgemeinen Stimme nach keiner nur irgend Ersatz bieten können, und ob Vangerow in Heidelberg oder Francke in Jena, denen Anerbietungen gemacht sein sollen, einen Ruf nach Göttingen annehmen werden, wird hier sehr bezweifelt. Viel verspricht man sich jetzt freilich von einem der jüngeren Privatdozenten, Dr. Wolff, dessen Kollegia jetzt schon weit besuchter sind, als die irgendeines der älteren juristischen Professoren, und der im nächsten Semester Mühlenbruchs Kollegia lesen will. Mir besonders ist die ganze Krankheit und der Tod Mühlenbruchs sehr nachteilig gewesen. M. hatte seine Institutionen kaum zwanzigmal gelesen, und der Dr. Leist, [1]) der sie jetzt fortsetzt, eilt deshalb so furchtbar schnell über die Sache hin, daß man etwas Gründliches aus diesem Kolleg gar nicht lernen kann. Ich bin so ganz auf Privatarbeit beschränkt. In dem nächsten Semester ist hier noch weniger für mich zu lernen. In den nächsten acht oder vierzehn Tagen werde ich Vater noch ausführlicher darüber schreiben. Meiner Meinung nach wäre es mir sehr vorteilhaft, den nächsten Winter oder auch das ganze Jahr in Berlin zuzubringen.

Um Mühlenbruchs Beerdigung die gebührende Feierlichkeit zu geben, hatten sich die ersten hier bestehenden Verbindungen zu einem Fackelzuge vereinigt, dem sich ein großer Teil der Studenten anschloß. Fast 300 Fackeln stark setzte sich der Zug vom Wilhelmsplatze in Bewegung, jedes Korps hatte seine Adjutanten und Marschälle im feierlichsten Aufzuge. Vor seinem Hause auf der Weenderstraße wurde angehalten. Den Sarg begleiteten von da ab acht Chapeaux d'honneurs mit auf den Sarg gelegten Fingern. Nach diesen folgte der ganze Zug unter einem Zugführer und Zugbeschließer in größter Ruhe und Feierlichkeit — ein Teil der Professoren u. s. w. folgte ebenfalls —, und so ging es nach dem Weender Kirchhofe hinaus. Der Professor Redepenning hielt am Grabe eine eben nicht sehr erhebende Rede. Nach der Bestattung zog, wie es alte Sitte ist, der ganze Fackelzug auf die Masch-

[1]) Der Romanist Burkard Wilhelm Leist, der sich 1842 im Alter von 23 Jahren in Göttingen habilitiert hatte und Anfang 1907 in Jena starb.

wiese; hier wurden sämtliche Fackeln auf einen Haufen geworfen, die ganze Studentenschar ordnete sich zu einem weiten Kreise und sang in der Stille der Mitternacht beim hellen Schein des Feuers das alte feierliche Studentenlied „Gaudeamus igitur". Nachher, um dem Ganzen noch eine tragikomische, ja ärgerliche Wendung zu geben, hatte der Senat in einem Bierhause Freinacht bewilligt, wo noch ein großer Teil der Studenten hinzog und sich — besoff.

Einen Gegensatz zu diesem Nachtstücke bildete eine Komödie, die ich vor ungefähr drei Wochen mitmachte. Professor Bergmann, unser Prorektor, war ins Bad gereist, und an seine Stelle während der Zeit der Theologe Professor Gieseler[1]) getreten. Diesem mochten die vielen täglichen Duelle ärgerlich sein, und er schien seinen Kopf darauf gesetzt zu haben, sie durchaus zu verhindern. Dem Wirte dicht neben der Stadt, bei dem sie gewöhnlich gehalten werden, wurde also jedes Zulassen eines Duelles aufs schärfste untersagt. Das kampflustige Volk ließ sich aber doch nicht abhalten, und besonders da mehrere Korps pro patria Skandal hatten, wo alle Mitglieder gegen alle sich schlagen müssen, so wurde von nun an auf allen Mühlen, Schenken und Dörfern meilenweit in der Umgegend gefochten, und die Pedelle und Landdragoner führten ein Leben wie die Hunde, mußten den ganzen Tag in Bewegung sein und konnten doch nicht alles verhindern. Zwei von meinen Bekannten hatten auch eine Sache auszufechten, und es war mit der Gegenpartei verabredet, sich auf dem Rische Kruge zu treffen, zwei Stunden von hier an der Chaussee nach Münden. Der Platz war sehr günstig an einem steilen Abhange der Chaussee und in der Nähe eines Gehölzes. Am Morgen ganz früh waren wir hinausgefahren, hatten einen reitenden Posten zehn Minuten näher nach Göttingen aufgestellt, und ein Duell war schon glücklich abgemacht. Das zweite hatte eben begonnen, als M., mein Bekannter, einen ziemlich starken Hieb in den Kopf erhielt. Auf einmal hieß es: „Landgendarmes kommen!" Das Duell wurde beendigt, die Waffen schnell in das Versteck geworfen, und die Duellanten wollten eben in aller Ruhe ihren Paukanzug ausziehen, als wir schon die Dragoner mit tollkühner Verachtung ihres Lebens in Karriere den steilen Abhang hinuntersprengen sahen. Nun war kein Augenblick zu verlieren. Die meisten Zuschauer eilten gegenüber in das Holz, nur die beiden Duellanten bei der prallsten Sonnenhitze mit ihren schweren Paukhosen, mit Stulp und Bandagen am Arme, in bloßen Hemdsärmeln hinter dem Hause den Berg hinan, während wir ihnen ihr Zeug und einen Teil der Waffen nachschleppten.

[1]) Der bekannte Kirchenhistoriker, † 1854 in Göttingen.

Die Dragoner eilten zu Fuß und zu Pferde den andern Leuten in das Holz nach unter fortwährendem furchtbaren Ruf: „Im Namen des Prorektors, meine Herren, halten Sie an!" und verfolgten uns nicht weiter. Nun ging aber die Verlegenheit an. M., dem das Blut über Gesicht und Brust floß, war vor Hitze und Anstrengung ganz matt geworden. Die Feindschaft war natürlich schnell vergessen, und als wir bei einer Quelle ankamen, wusch sein Gegner ihm selbst das Gesicht ab. Die Wunde war glücklicherweise gar nicht gefährlich, so kamen wir alle mit dem bloßen Schrecken davon. Nach einer Stunde fanden sich alle glücklich an einem Orte an der Chaussee wieder zusammen und kutschierten ruhig nach Hause. Diese und andre Geschichten hatten aber zur Folge, daß der akademische Senat unter der Hand dem Wirte bei der Stadt die Erlaubnis wieder erteilte.

Du fragst in Deinem letzten Briefe, wie ich meinen Geburtstag gefeiert habe. Von Geburtstagsfeierlichkeiten kann ich Dir aber wenig berichten. Hier in Göttingen, wo man so selten an ein bestimmtes Datum erinnert wird, und wo Ihr nicht alle und besonders die dicke Julie lange Tage vorher vom Geburtstage sprecht, fiel es mir erst einige Zeit später ein, daß der 10. Juli wohl bald kommen könne. Aus Euern Briefen habe ich aber zu meiner großen Freude gesehen, daß ich in Hannover und Hastenbeck noch nicht ganz vergessen bin, und wenn wir den Tag auch nicht zusammen feiern konnten, doch ein Glas auf mein Wohl leertet. Luischens langen lieben Brief habe ich mit großem Vergnügen gelesen. Sag ihr meinen herzlichen Dank dafür; vielleicht antworte ich ihr bald (zu versprechen wage ich es freilich nicht). Alles, was Hastenbeck und vor allem Klara[1]) betrifft, interessiert mich ja so sehr. Wie manche köstliche Stunde habe ich bei Redens verlebt. Möge Klara recht glücklich sein in ihrem neuen Verhältnis.

Ein recht frohes Fest habe ich neulich mitgemacht. Einer meiner genauesten Bekannten, George Meyer, ein Sohn des Geheimen Kanzleirats Pius Meyer, hatte nach Ostern sein medizinisches Doktorexamen gemacht, vor kurzem promoviert, und gab nun seinen vertrauteren Bekannten den üblichen Doktorschmaus. In vier Wagen fuhren wir nach der Plesse. Pius Meyer hatte 42 Flaschen herrlichen Rhein- und Rotwein mitgenommen, in Mariaspring wurden die nötigen Schinken und andern Eßwaren aufgeladen und dann ging es hinauf nach der Plesse, wo wir im Freien unter den alten Ruinen uns lagerten und bei Gesang und Scherz einen sehr frohen Nachmittag zubrachten. Vom Wein und der Freundschaft begeistert, fuhren wir erst am späten Abend

[1]) Klara von Reden vermählte sich im Sommer 1843 mit dem Präsidenten Emil von Reibnitz in Merseburg.

wieder nach Hause. Die Studentenjahre sind doch die schönsten im Leben. Ein solches trauliches, ungezwungenes und unbekümmertes Zusammenleben mit frohen Genossen gleichen Alters und in den Jahren, wo man sich noch leicht und warm an andre anschließt, bietet uns sonst keine Zeit.

An den Vater.

Göttingen, 22. August 1843.

In dem Briefe, den ich vor fast drei Wochen an Mutter schrieb, hatte ich den Wunsch geäußert, Michaelis nach Berlin zu gehen, und meine Gründe dafür schon so ziemlich auseinandergesetzt. Da Ihr mir bis jetzt noch nicht geantwortet habt und Du Ostern auch Deine Zustimmung, wenn auch nicht ganz bestimmt, zum Studieren in Berlin oder Heidelberg gegeben hattest, so glaube ich jetzt, daß Ihr diesem Plane nicht entgegen seid. Für nächsten Winter sind die Aussichten eines Juristen in Göttingen auch wirklich herzlich schlecht. Bis jetzt sind für Bauer und Mühlenbruch noch keine Ersatzmänner berufen. Wir sind daher ganz auf die jüngeren Privatdozenten und einige der älteren Professoren wie Ribbentrop, Bergmann u. a. beschränkt. Ob nun die ersteren, von denen einige Mühlenbruchs und Bauers Kollegia übernehmen wollen, etwas Ausgezeichnetes leisten, muß doch immer erst der Erfolg lehren. Auch geht es den jüngeren Privatdozenten gewiß ähnlich wie jungen Aerzten — die mit ihren Kranken häufig gefährliche Versuche anstellen —, daß sie gerade die Teile mit Vorliebe behandeln, bei denen sie selbst zu lernen hoffen, und anderes ebenso Wichtiges vernachlässigen. Ueber die älteren Juristen hier ist nur eine Stimme, daß sie wenig über der Mittelmäßigkeit stehen. Geschichtliche und philosophische Kollegia, die ich ungemein gern bei ausgezeichneten Professoren wie Ranke u. a. in Berlin hören möchte, werden hier fast nur besucht, weil man sie im Examen haben muß. Ein andrer Grund, weshalb ich gern nach Berlin gehen möchte, ist das Bedürfnis, das ich jetzt fühle, mich in geselliger Beziehung auszubilden. Ich habe hier leider im vorigen Winter versäumt, mich in Familien einführen zu lassen, weil mir der Göttinger Gesellschaftston von vielen Seiten als sehr steif geschildert wurde. Dies ist auch allerdings der Fall, aber doch gewiß nicht in dem Maße, daß es nicht angenehm sein sollte, sich von Zeit zu Zeit dem nicht immer sehr bildenden und oft rohen Studentenleben zu entziehen und einige Stunden in Gesellschaft von gebildeten Männern und Frauen zuzubringen. Ich sehe ein, daß mir besonders, da ich hierzu in Hannover als Schüler wenig Gelegenheit hatte und meine Scheu und Blödigkeit mich noch

außerdem abhielt, es für mein späteres Leben sehr wichtig ist, meine Steifheit und Scheu zu überwinden und recht bald mit diesem Teile des geselligen Lebens bekannt zu werden. In Berlin besonders sollen einzelne Familienbekanntschaften, die ich bei Deinen vielen Verwandten [1]) und Bekannten gewiß leicht machen kann, für Studierende äußerst angenehm sein. Größere Zirkel ist man ja auch gar nicht verpflichtet mitzumachen. Kehre ich dann von Berlin nach Göttingen zurück, so wird es mir als Neuangekommener viel leichter sein, mit hiesigen Professoren und Familien bekannt zu werden, als jetzt. Du antwortest mir wohl bald, ob Du mit diesem Plan zufrieden bist, da gegen den 10. bis 15. nächsten Monats die Kollegia geschlossen werden.

Nun komme ich an einen Punkt, für den ich kaum wage, Deine Verzeihung zu erbitten. Ich habe in diesem Jahre bedeutend mehr gebraucht, als Du mir ausgesetzt hattest, Vater. Verteidigen kann ich meinen Leichtsinn, meinen Wechsel um eine Summe, über deren Größe ich bei ihrer Berechnung erschrecke, zu überschreiten, nicht. Kann mich irgend etwas entschuldigen, so ist es meine Jugend und gänzliche Unbekanntschaft mit dem Besitze größerer Summen, die mich bei dem unbegrenzten Kredite, den hier der Student bei allen Bürgern hat, im vorigen Winter, ohne daß ich es selbst ahnte, in Schulden aller Art stürzten. Meine Schulden belaufen sich auf 40 Louisdors. Vater, ich bitte Dich inständigst, versprich mir, wenn auch erst später, diesen Fehler verzeihen zu wollen. Es soll mir eine Lehre für mein ganzes Leben sein; ich hoffe, durch mein künftiges Leben den Schmerz, den mein Leichtsinn Dir jetzt bereitet, in etwas wenigstens wieder gut zu machen. Vierzehn Louisdor bitte ich Dich, Vater, mir recht bald zu schicken, da ich einige Schulden in diesen Tagen bezahlen muß. Ich schließe hier meinen Brief. Die Qual, die mir das Schreiben desselben verursacht hat, ist schon ein Teil meiner Strafe. Leb wohl, mein bester Vater, und verwirf nicht ganz

Deinen gehorsamen Sohn

Rudolf.

*

Der Plan Rudolfs, um Michaelis nach Berlin zu gehen, bei dem sein Zug zu allgemeiner Bildung und größeren Verhältnissen erheblich mitgespielt hatte, kam nicht zur Verwirklichung. Sein Vater hatte schon im Jahre 1842 eine schwere Erkrankung durchgemacht, und ein periodisch auftretendes asthmatisches Leiden machte ihn mit der Zeit für den Frontdienst untauglich. Da man die Dienste des kenntnisreichen Offiziers

[1]) Vor allen die Verwandtschaft des Vaters von mütterlicher Seite, die Alvensleben u. s. w.

nicht missen wollte, so wurde Oberstleutnant von Bennigsen zum hannoverschen (gleich darauf auch braunschweigischen) Bevollmächtigten bei der Bundes-Militärkommission in Frankfurt mit dem Titel Oberst ernannt; Badereisen und ein längerer Urlaub hatten die Versetzung eingeleitet. In dieser Stellung sollte er, mit seinen theoretischen Neigungen sich durchaus heimisch fühlend, länger als zwölf Jahre verharren und Revolution und Reaktion überdauern, bis er am 1. Juli 1855 als Generalmajor pensioniert wurde; zu seinem speziellen Referat gehörten unter andern die administrativen Verhältnisse der Bundesfestung Ulm, deren Bau der Bundestag nach langem Parteikampf 1841 beschlossen hatte.

Die Uebersiedlung der Familie nach Frankfurt hatte für Rudolf zunächst die Folge, daß er seine Studien nicht in Berlin, sondern in dem benachbarten Heidelberg fortsetzte; vielleicht wußten ihn die Seinen nach dem Abschluß seines zweiten Göttinger Semesters lieber in der Nähe als in der großen Stadt; für seine Entwicklung war es kaum ein Gewinn. Und dazu hatte es überhaupt auch für ihn weitere Folgen, daß seine Familie aus der abgeschlossenen hannoverschen Welt in das politische Zentrum Deutschlands übersiedelte. Völlig bodenständig waren die Bennigsen in den letzten Generationen schon die meiste Zeit nicht gewesen; dadurch, daß das Familiengut verpachtet war und von den Brüdern der eine, der Vater Rudolfs, im hannoverschen, der andre im preußischen Militärdienst stand, waren sie doch nicht ganz so fest an die niedersächsische Scholle gebannt, deren Namen sie trugen; und der junge Bennigsen hatte auch, wie einst sein Vater, ein lebhaftes Gefühl dafür, daß bei dem steten Garnisonwechsel des Vaters ihm ein Heimatgefühl nicht recht aufkam. Nun stand man gar ganz draußen, an der Stelle, die trotz aller partikularistischen Gesinnungen in der Bundestagsmaschine am ehesten gemeindeutsche Anschauungen erwecken konnte. Wie ist nicht die politische Entwicklung des preußischen Generals von Radowitz gerade durch seine Frankfurter Jahre, durch seine Tätigkeit in der Bundes-Militärkommission, über die normale Anschauungswelt des preußischen Militärs hinausgehoben worden, zu dem, was sein Gegner Leopold von Gerlach ironisch seine „Germanomanie" nannte. Mittelbar hat auch Rudolf von Bennigsen die Einwirkungen dieser neuen Umwelt an sich erfahren.[1])

In Heidelberg traf Bennigsen um Mitte November ein, um alsbald dem Korps Vandalia beizutreten, der spezifisch niederdeutschen, niedersächsischen Landsmannschaft, die im Februar 1842 von dem

[1]) Vgl. auch unter welfischen Beurteilern: Langwerth von Simmern, Aus meinem Leben, I, S. 91, 92.

Mecklenburger Franz Howitz (genannt Hanne) aus alten Mitgliedern des suspendierten Korps Hanseatia gegründet worden war.[1]) Mecklenburger, Vorpommern, Hanseaten und Hannoveraner bildeten damals und fortan den Kern seiner Zusammensetzung; Art und Unart des landsmannschaftlichen Rekrutierungsgebietes wurden mit Bewußtsein hochgehalten; auf der Kneipe war die Sprache in diesen Jahren nie anders als Plattdeutsch, der Ton vielfach derb, nach dem Brauch der Heimat, die studentischen Formen die althergebrachten. Man pflegte seine besonderen Ideale, die ein späteres Mitglied des Korps in den Sätzen zusammenfaßte: „Praktisches, energisches Handeln, wie der Augenblick es bot, ohne alles Theoretisieren und Schematisieren, zähes Festhalten an dem einmal Gewollten, rücksichtslose Forschheit, unbesiegbare Fidelität, treuer Brudersinn, verbunden mit schroffster Exklusivität, das waren die Grundzüge in Ton und Lebensart der Howitzischen Schule, das war die Grundlage, auf welcher sich jene traditionelle Eigentümlichkeit der Vandalia ausbildete, die bis auf den heutigen Tag in der Vandalia fortlebt und derselben ihr charakteristisches Gepräge gibt." Die schroffste Exklusivität ist übrigens in rein studentischem Sinne, nicht etwa als eine standesmäßige zu verstehen; ähnlich wie in der Göttinger Hannovera war der Adel während dieser Semester nur spärlich vertreten — wenngleich in späteren Jahren in der Vandalia der hannoversche, nachher spezifisch welfisch gesinnte Adel zeitweilig überwog —, und unter den Bürgerlichen waren damals selbst Juden nicht ausgeschlossen. Auch ein politischer Konservativismus hatte damals keineswegs die Oberhand; gerade im Winter 1844/45, in dem Bennigsen Senior des Korps war, hatten stark „progressistische Bestrebungen" die Heidelberger Studentenschaft ergriffen, und auch innerhalb des Korps gab es liberale und fortschrittliche Elemente. Ihnen stand Bennigsen näher. Es war ja in der Vandalia nur der alte Partikularismus der Landschaft, der Plattdeutschen, nicht etwa der neue Partikularismus des Sonderstaats lebendig, und so öffnete der junge Bennigsen den liberalen und deutschen Lehren der Schlosser und Gervinus sein Gemüt ebenso eifrig, wie etwa der Burschenschafter es tat. Mit manchen seiner Korpsbrüder, mit G. Haberland aus Braunschweig, später Landgerichtsrat in Holzminden, mit Hermann von Gröning hielt er lange zusammen, wie er denn zeit seines Lebens die studentische Fröhlichkeit auf Stiftungsfesten und Kommersen liebte.

[1]) Für die folgenden Mitteilungen bin ich von meinem Kollegen W. Struck in Berlin auf das (nicht im Handel befindliche) Büchlein „Zur Geschichte des Korps Vandalia", Heft 1, Heidelberg 1892 (von dem späteren preußischen Minister des Innern von Hammerstein) freundlichst hingewiesen worden.

Wie in der Göttinger Hannovera, so ging es ihm auch hier: er war bald der Senior. Persönlichkeit und Erscheinung stellten ihn in den Vordergrund, da er Haltung besaß und das Wort beherrschte. Das Führende fiel ihm früh und mühelos zu, wie hernach auch im politischen Leben. Man hat häufig bemerkt, daß das Fraktionstreiben in den deutschen Parlamenten in vielen Zügen zum Vergleiche mit dem deutschen Verbindungsleben auffordere; Fraktionszwang und Korpsgeist atmen einen ähnlichen alten Gefolgschaftssinn, und die Geselligkeiten der Parlamentarier unter sich tragen oft noch das Gepräge jener entschwundenen Jugendjahre. Bei der Vandalia war der persönliche Zusammenhalt der Korpsbrüder auch nachher besonders fest und manchmal sogar imstande, über die weitesten politischen Gegensätze eine Brücke zu schlagen.[1])

Nun hat die Heidelberger Luft[2]) allerdings auch andre Dinge an den jungen Bennigsen herangebracht, auch wenn das in den seltenen, in der Hast des Studentenlebens geschriebenen Briefen nicht recht deutlich wird. Die politische Atmosphäre war hier eine andre als die Göttinger nach 1837. Für die Studenten wenigstens dominierten die Namen Schlosser, Gervinus, Mittermaier: sie waren es, die Bennigsen lockten, als er zwei Jahre später von der grünen akademischen Weide in den Stall des hannoverschen Beamtendienstes hinein sollte. Wie das im einzelnen damals auf ihn wirkte, darüber ist nicht so viel zu sagen; überhaupt, was er las und in sich aufnahm, kommt nicht gerade in diesen Familienbriefen zum Ausdruck. In einem Notizbuch von 1844 finden sich eine Reihe von Exzerpten über seine Lektüre, neben Unwichtigerem Stellen aus den Memoiren des Ritters von Lang über die Skandalosa der rheinbündischen Bureaukratie und Aristokratie in Bayern, aus Birchs Leben Louis Philippes über die Julirevolution, aus Fr. von Raumers Amerika über amerikanische Verfassung, aus Gutzkows Briefen aus Paris über die Anfänge des Kommunismus. So ungeregelt es ist und so wenig tief es geht, es läßt doch vorwaltende Tendenzen erkennen.

---

[1]) Das findet einen merkwürdigen Ausdruck in den Erinnerungen des politisch freilich schrullenhaften, späteren deutsch-hannoverschen (welfischen) Abgeordneten Langwerth von Simmern (Aus meinem Leben, II, S. 170—179), der gleich Bennigsen Heidelberger Vandale war. Der träumte — so lange konnte die Studententradition vorhalten — noch in den achtziger Jahren von einer Art politischer Vandalia unter Bennigsens Leitung.

[2]) Ueber die Heidelberger Universität, besonders die juristische Fakultät in jener Zeit vgl. Robert von Mohl, Lebenserinnerungen, I, S. 217 ff.

An den Vater.

Heidelberg, 27. November 1843.[1])

— — — Die ersten Tage waren auch für mich nicht sehr angenehm, ich hatte förmlich einen kleinen Anfall von Heimweh nach dem Norden Deutschlands, nach Hannover und Göttingen. Dieser ganze Aufenthalt in Heidelberg war für mich auch so plötzlich gekommen, der Gedanke mir noch so wenig vertraut, daß mir anfangs mein Hiersein wie ein reiner Traum erschien. Ist Dir Dein Wohnen in Frankfurt wohl auch so vorgekommen? Jetzt wünsche ich freilich nichts weiter, als daß Ihr so gerne und zufrieden in Frankfurt seid wie ich in Heidelberg. Ich habe hier Bekannte und einen sehr lieben Freund vorgefunden, neue angenehme Bekanntschaften gemacht — als Student macht man die ja so leicht . . . Ich hatte mich sehr darauf gefreut, so nahe mit Gröning zusammen zu wohnen. Er besitzt außerordentlich viel Gemüt und Verstand, hat Interesse für alles und ist ein lebhafter, sehr angenehmer Gesellschafter. Auch unsre Studien hätten wir ganz prächtig zusammen treiben können, da er fast ganz dieselben Kollegia mit mir hört. — Jetzt bewohne ich ein kleines, sehr wohnliches Zimmer in der Neckarstraße in demselben Hause mit von Schöpffer,[2]) einem Mecklenburger, der ein Jahr neben mir in Tertia in Lüneburg gesessen hat und dessen Bekanntschaft ich hier erneuert habe.

Meine Kollegia sind Pandekten nebst Erbrecht beim Professor von Vangerow drei Stunden täglich, Kriminalprozeß beim Professor Mittermaier und ein ästhetisches Kolleg über Goethes „Faust" beim Freiherrn von Reichlin-Meldegg. Den Prozeß hätte ich freilich noch nicht hören können, Mittermaier liest aber seinen Prozeß und Kriminalrecht nur abwechselnd, und da ich doch den Prozeß auch gern bei ihm hören wollte, so habe ich ihn doch belegt und arbeite das wenige, was eine Kenntnis des Kriminalrechts voraussetzt, nach seinem Kompendium über dieses zu Hause nach. Sehr interessant ist M.s Prozeß dadurch, daß er die Tagesfragen über Oeffentlichkeit und Mündlichkeit sowie über die Geschworenengerichte sehr ausführlich und mit großer Vorliebe behandelt. Er ist hier freilich ganz Partei und für das französische, besonders aber das englische Verfahren außerordentlich eingenommen, doch macht er die Sache sehr interessant und man lernt auch sonst viel

[1]) Am 11. November 1843 waren die Eltern mit ihren ältesten Kindern Rudolf und Luise in Frankfurt angekommen und hatten sich eine Wohnung besorgt. Während die Mutter nach Hannover zurückkehrte, um erst gegen Weihnachten mit den jüngeren Kindern nachzukommen, wohnte der Vater mit Luise zunächst im Hotel, Rudolf aber war nach Heidelberg weitergegangen.

[2]) Später Landgerichtsrat in Rostock, wie Gröning Mitglied der Vandalia.

bei ihm. Er ist noch eine von den alten originellen Katheder-figuren, die in Göttingen jetzt ganz verschwunden sind. „Maeume Harren, ja es ist forchtbar, was man so hört." Vangerow ist ein ganz ausgezeichneter Mann, Mühlenbruchs anregender Vortrag ist nichts gegen die Weise, wie er seine Zuhörer zu fesseln versteht mit seiner gar nicht brillanten oder effekthaschenden Rede, die mit einfachem, ruhigem und doch eindringendem Vortrage die Herzen seiner Zuhörer gewinnt und auch über die trockensten Materien des Römischen Rechts Feinheit und Geist verbreitet. Er hat hier zu seinen Pandektenvorlesungen den größten Saal und doch kann dieser seine 250 Zuhörer nicht fassen. Die 24 zuletzt gekommenen, unter denen auch ich, sind oben auf dem Balkon für die Musik untergebracht. Der Dunst und Qualm ist da allerdings fatal. Die Ofenröhre geht unmittelbar über unsern Köpfen weg, und der Qualm von vielen Tabakspfeifen — hier hat man die sehr schlechte Mode, ehe der Professor kommt und in den Pausen zu rauchen — konzentriert sich auch in diesen höheren Regionen.

Aus Hannover studieren noch mehrere hier, von Bremer,[1]) den ich schon aus Prima und von Göttingen her ganz gut kenne; ein Sohn von Hans Bussche und ein Sohn des Gesandten Stralenheim. Die beiden letzten sind Füchse. Oberflächlich habe ich sie auch kennen gelernt. Außerdem habe ich hier ganz unvermutet noch einen meiner ältesten Bekannten wieder getroffen, Karl Sertürner,[2]) der jetzt, nachdem er sich inzwischen dritthalb Jahre mit der Apothekerkunst in Einbeck beschäftigt hat, noch einmal angefangen hat, Jurisprudenz zu studieren.

Vor anderthalb Wochen las ich hier einen sehr schmeichelhaften Artikel über Dich in dem „Frankfurter Journal". Habt Ihr ihn wohl bemerkt?

An die Mutter.

Heidelberg, 22. Dezember 1843.

— — — Ich schicke Dir den Brief durch den Sohn des Grafen Bremer aus Hannover, der auf die Festtage, ich glaube zu seiner Großmutter, nach Frankfurt geht. Wenn er Dich treffen sollte, mußt Du nur nicht über den gefährlichen Hieb, den er im Gesichte hat, erschrecken. Sonst ist es mir einer der liebsten Menschen, die ich auf der Universität getroffen habe; wir haben uns in der kurzen Zeit hier in Heidelberg schon recht gut kennen gelernt, und da er fast zu gleicher Zeit mit mir

[1]) Graf George Bremer, Enkel des hannoverschen Ministers (1806—1832) v. Bremer II, der bei seinem Abgang Graf geworden war. Der Name dieses Jugendfreundes kehrt auf den folgenden Blättern noch öfter wieder.

[2]) Der Spielgefährte in Hameln in den Jahren 1829 bis 1833. S. oben S. 65.

von Göttingen abgeht und später ganz dieselbe Laufbahn verfolgen will, so denk' ich, werden wir noch viel miteinander in Berührung kommen. Sonst habe ich diese Zeit sehr stille verlebt und habe mich ziemlich viel mit Pandekten beschäftigt. Gottlob, daß ich dem Römischen Rechte endlich etwas Geschmack abgewinne; ich war in Göttingen in der ersten Zeit aber auch ganz in Verzweiflung über ein so trockenes Studium.

An die Schwester Luise.

Heidelberg, 8. Februar 1844.

Du hast mir während meiner kurzen Studienzeit schon zwei so lange Briefe geschrieben, daß es endlich auch wohl meine Pflicht ist, Dich mit einigen Worten an Deinen vergeßlichen Bruder zu erinnern. Ich denke, eine späte Antwort wird Dir immer noch lieber sein als gar keine. Ich weiß nicht, weshalb es mir so schwer wird, einen Brief an Dich oder Vater und Mutter anzufangen. Ich möchte jeden Tag hinunterreisen können nach Frankfurt und wenn auch kurze Zeit nur mit Euch allen zusammenleben, Euch einige Augenblicke sehen und sprechen können. Soll ich aber einen Brief anfangen, so fürchte ich immer, ein solcher einseitiger Monolog und Bericht über mein hiesiges Leben, das für mich durch den äußerst angenehmen Umgang, den ich hier gefunden, freilich großen Wert hat, könnte Euch wenig Interessantes bieten, besonders jetzt im Winter, wo mit seltenen Ausnahmen fast ein Tag wie der andre mir verstreicht. Und so sehe ich denn wieder mit Schrecken, daß viel Zeit verstrichen ist, ohne daß ich etwas von mir hatte hören lassen. Und doch muß ich und will ich von jetzt an häufiger schreiben, wenn es auch nur wenige Worte sind, die ich zu schreiben habe, damit ich doch auch von allen zu Hause, Großen und Kleinen öfter spezielle Auskunft erfahre und nicht so, wie ich es bis jetzt manchmal freilich nicht anders verdient habe, so lange Zeit ungewiß bleibe, wie es allen ergeht. Dir, hoffe ich, wird es in den Frankfurter Gesellschaften gewiß besser gefallen als in den steifen hannoverschen Zirkeln, wenn Du alle die Jugendfreundinnen, die Du in Hannover hast verlassen müssen, so leicht auch nicht ersetzt finden wirst. Bremer und Olenschlager besonders, der selbst aus Frankfurt ist und auch die erste Gesellschaft dort besucht hat — ich lernte ihn schon in Göttingen kennen —, meinen wenigstens, daß ein allerliebster Ton in den Frankfurter Gesellschaften herrsche.

Mir selbst ist es freilich außerordentlich unangenehm, daß wir aus Hannover fortgezogen sind, denn wenn mir auch Hannover selbst, wo ich fast gar keinen speziellen Bekannten und auch noch nicht wie Du angenehmen Familienumgang hatte, ganz gleichgültig war, so konnte

ich es doch immer als eine Art Heimat ansehen, wo ich vielleicht später angestellt mit Euch größtenteils zusammenleben, oder Euch wenigstens von Zeit zu Zeit hätte besuchen können, während ich jetzt eigentlich gar keine Heimat habe. Weder Hameln, noch Lüneburg, noch Hannover und am wenigsten Frankfurt, das ich in meinen späteren Lebensverhältnissen immer nur für kurze Zeit kennen lernen werde, haben in mir bei dem schnellen Wechsel den Eindruck der Heimat zurückgelassen.[1]) Die Jugendeindrücke sind doch immer die schönsten und bleibendsten im Leben, und ich halte einen Menschen für sehr glücklich, bei dem sich die Jugendeindrücke und -erinnerungen alle auf einen Punkt konzentrieren, dem so der Ort seiner Heimat ordentlich ans Herz gewachsen ist, und der dann vielleicht im späteren Leben noch einmal als Mann in seiner Heimat wirken und Segen verbreiten kann. Für uns Brüder wäre es nach diesen Gründen allein auch viel erfreulicher gewesen, wenn wir später zerstreut in Hannover angestellt, von unsern Eltern nicht so weit getrennt gewesen wären, als es jetzt der Fall sein wird.

Ich wünsche Dir von Herzen, daß Du in Frankfurt schon so liebe Bekannte gefunden hast wie ich hier. Den meisten Umgang habe ich hier mit v. Gröning, v. Schöpffer und Jonas.[2]) Letzterer ist freilich Jude, aber ein Mensch, an dem ich und andre bis jetzt noch keinen der gewöhnlichen Fehler der jüdischen Nation bemerkt haben. Wir vier essen zusammen augenblicklich bei mir (Stallfütterung, wie man hier das Stubenessen nennt) und sehen uns auch die übrige Zeit des Tages sehr häufig. An weite Spaziergänge zusammen ist jetzt im Winter bei dem fast ewigen schlechten Heidelberger Wetter wenig zu denken, desto schönere Pläne machen wir uns aber auf den nächsten Sommer. Ich bin überhaupt noch nicht viel weiter gekommen als auf das Heidelberger Schloß und in die nächste Umgegend ... Gestern habe ich noch eine große Schlittenpartie nach Ladenburg mitgemacht, ein Ort zwei Stunden von hier, dicht an der Frankfurter Chaussee. Dieses Schlittenvergnügen war auch ziemlich gering. Das klare Frostwetter und die einige Tage anhaltende Schneebahn, beides etwas ungemein Seltenes für Heidelberg, hatte den Vorschlag erregt, eine gemeinsame Schlittenfahrt zu unternehmen. Alles, was Schlitten hieß, wurde zusammengeholt, und so fuhren denn nahe an 200 Studenten in 26 Schlitten und 2 großen Neckarböten, die man auf Schlittenunterlagen gelegt hatte, zum Tore hinaus. Der Zug soll sich merkwürdig ausgenommen haben, da die

[1]) Diese Stimmungen erinnern an einige Stellen aus dem S. 72 73 mitgeteilten Schulaufsatze.

[2]) Moritz Jonas aus Schwerin, gleich den beiden andern Mitglied des Korps Vandalia, später Regierungsrat in Metz.

meisten Schlitten und besonders die beiden Neckarböte nichts weniger als elegant waren. Ich fuhr mit von Gröning, Jonas und von Arnim zusammen. In Ladenburg selbst war es sehr langweilig, außerdem das Bier abscheulich und Essen nicht zu bekommen, obgleich wir den Tag vorher hingeschickt hatten, wenn man nicht Viertelstunden in der Küche wartete und sich die halbgaren Karbonaden u. s. w. selbst aus der Pfanne holte. Wir fuhren gegen 7 Uhr wieder weg und froren bei dem schneidenden Ostwinde nicht übel, so daß fast jeder kleinlaut wieder in Heidelberg ankam. Eine solche größere Tour mit einer Masse Studenten, wo man sich dann par force amüsieren soll und wo hier das Schlittenfahren in einem fortgesetzten Wettrennen bestand, ist doch sehr langweilig. Der Hauptspaß war noch, daß jeder Schlitten sich eine oder zwei Pechfackeln mitgenommen hatte, mit denen wir noch eine halbe Stunde durch die Stadt jagten, zum allgemeinen Hallo des Heidelberger Publikums, und die wir zuletzt unter Anstimmung eines allgemeinen Liedes und einem dreifachen Hurra auf die akademische Freiheit auf dem Museumsplatze verbrannten.

An die Mutter.

Heidelberg, 25. März 1844.

... Daß die Gesellschaften in Frankfurt so ziemlich vorüber sind, ist mir in einer Beziehung ganz lieb. Ich habe in diesen anderthalb Jahren so wenig Uebung im Französischsprechen gehabt, daß eine französische Konversation, wie sie Deinem Briefe nach in Frankfurt verlangt zu werden scheint, mir ziemlich schwer fallen würde. Die einzige französische Unterhaltung, die ich diesen Winter geführt habe, war eine ziemlich lächerliche mit einem herabgekommenen französischen Sprachlehrer, der zu mir kam und mir Lose zu einer Stickerei seiner Tochter anbot. Um mich hierzu zu bewegen, log er mir vor, er habe den Grafen Bennigsen sehr genau gekannt und sei zur Zeit der Belagerung von Hamburg Privatsekretär dieses „excellent général" gewesen. Ein Bekannter von mir, ein Hamburger, erzählte mir nachher, ihm habe er ebenfalls von der Hamburger Belagerung und der damaligen unglücklichen Zeit für Hamburg erzählt und dabei erstaunlich auf den „schändlichen Kerl", den Grafen Bennigsen, gescholten. — Sonst habe ich diesen Winter viel Französisch gelesen, auch manches aus der neueren leichten Romanliteratur von Balzac, Paul de Kock, Eugène Sue.[1]) Am meisten interessieren mich des letzteren Werke. Mühe kostet

[1]) Vgl. die Erinnerungen des (damals gleichfalls in Heidelberg studierenden) Ludwig Bamberger S. 13: „Eugène Sues' ‚Mystères de Paris' beherrschten die Stimmung, als ob man mitten drin lebte."

es freilich, sich durch einen fünfzehnbändigen Roman wie seine „Mystères de Paris“ durchzuarbeiten. Man wird aber für diese Mühe auch reichlich belohnt, da fast jede Seite interessante Situationen und Beobachtungen darbietet, mit denen er häufig auch sehr anregende Diskussionen über jetzige soziale Verhältnisse, besonders über die Erleichterung des traurigen Loses der arbeitenden Klassen, verbindet.

An den Vater.

Heidelberg, Sonnabend, August 1844.

... Drei meiner hiesigen näheren Bekannten: Ziel,[1]) Graf von Rittberg und Pries haben sich verabredet, in den neun bis zehn Wochen langen Herbstferien eine Reise durch die Schweiz, über die norditalienischen Seen nach Mailand und Venedig und zurück über Tirol und München zu machen, und mich gebeten, die Reise doch mit ihnen zu machen. Ich bitte Dich nun, mein bester Vater, mir Erlaubnis und Geld zu dieser Reise zu bewilligen. Wer weiß, ob mir später in Norddeutschland, so weitab von diesen herrlichen südlichen Ländern, und einmal in einen bestimmten Geschäftskreis eingetreten, das Leben je wieder Gelegenheit gibt zu einer solchen Reise, die eine unauslöschliche schöne Erinnerung mir für mein ganzes Leben sein würde. Wenigstens in so angenehmer Gesellschaft, in meiner besten Jugend, wo Herz und Gemüt für alle Eindrücke noch so warm und frisch sind, hat eine solche Reise einen weit größeren Reiz als vielleicht in irgendeiner andern Lage des Lebens. Die Kosten dieser Reise sind freilich sehr bedeutend — diejenigen meiner Bekannten, die die Reise vorigen Herbst gemacht haben, haben zwischen 34 und 36 Louisdor gebraucht — wenn ich Dich also bitte, mir dieses Geld zu der Reise zu geben, so kann ich das nur insofern, als ich das Geld gewissermaßen selbst bezahle, da meine Geschwister unter einer so bedeutenden besonderen Ausgabe für mich nicht leiden dürfen. Recht sehr bitte ich Dich, mein bester Vater, mir in diesen Tagen gleich eine gewährende oder abschlägige Antwort zu geben, da meine Freunde beschlossen haben, schon am nächsten Sonnabend oder Sonntag abzureisen, und die Besorgung des Passes, der in Karlsruhe visiert werden muß, immer einige Tage Zeit erfordert.

*

Der Vater, freigebig und großherzig wie immer, bewilligte ihm die Reise.[2]) Er hätte gern gesehen, daß sein Sohn von ihr mit einem

[1]) Mitglied des Korps Vandalia, † 1857 in Kairo.

[2]) Er schrieb am 26. September an seine Schwester Julie: „Was sagst du zu unsers Studenten großer Reise? Mitte vorigen Monats schrieb er um Er-

sorgfältig geführten Tagebuch, wie er es selbst bei jeder derartigen Gelegenheit sich anlegte, und allem damit verbundenen Nutzen der Selbstbesinnung zurückgekehrt wäre. Rudolf begann auch, den väterlichen Wünschen folgend, ein Tagebuch, aber nur die nachträglich niedergeschriebene Erzählung eines einzigen Tages liegt vor: die einzige Tagebuchaufzeichnung, die wir überhaupt von seiner Hand besitzen!

Reisenotizen, aus der Erinnerung niedergeschrieben.

August, September, Oktober 1844.

7. Tag.

Am frühen Morgen setzten wir uns auf das Dampfschiff, um bis Horgen den Weg zu Wasser zu machen. Die Omnibusfahrt zwischen Horgen und Arth steht in Verbindung, wir nahmen deshalb sogleich ein Billett für die ganze Tour nach Arth, um in Horgen sicher mit dem Wagen weiterexpediert zu werden, da es auf dieser Tour in der schönen Jahreszeit von Fremden wimmelt. Auf dem Schiffe waren allein an 50 Personen, die den Rigi besteigen wollten. Der Morgen war nicht klar, die Berge, die den See einschließen, meist von Nebel verhüllt, aber dennoch machte der See mit seiner blauen Wasserflut und seinen reizenden Ufern, an denen sich am Fuße der Berge Dorf an Dorf, Landhaus an Landhaus reihte, den angenehmsten Eindruck. Das Wasser dieser Schweizer Seen hat einen eigentümlichen, unbeschreiblichen Reiz. Ich konnte nicht müde werden, in diese durchsichtige Bläue hineinzustarren. Kein Lüftchen störte die Ruhe des Wassers. Nur der weit zurück sichtbare, im Strahle der Sonne erglänzende Streif, den die arbeitende Maschine des Schiffes hinter sich herzog, brachte eine vorübergehende heitere Abwechslung in die stille Fläche. Der Zürcher See hat nicht die großartigen Felsufer des Vierwaldstätter Sees, nicht das tiefblaue, in weiteste Ferne sich ausdehnende Wasser des Genfer Sees mit seiner hohen, von einzelnen fernen Schneekuppen überragten Umgebung, ist aber mit seiner, durch die reizenden Ufer hervorgerufenen lieblichen Schönheit beiden wohl an die Seite zu stellen. — Die Preußen,[1]) die wir schon in Zürich getroffen und begrüßt hatten, machten dieselbe Tour wie wir, von beiden Seiten wurde aber noch eine diplomatische

laubnis und um Reisegeld. Letzteres ging mir schwer ab; indes Rudolfs sehr vernünftiger Brief, die Aussicht, ihn in Jahr und Tag an irgendeinem Schreibtisch festgekettet zu sehen, und die Gewißheit, daß seine Reise für seine Ausbildung und seine künftige Erscheinung vorteilhaft einwirken würde, überwand meine ökonomischen Bedenken, ich verkaufte ein paar Obligationen und schickte ihm 200 Reichstaler."

[1]) Es sind darunter, wie sich aus der Erwähnung der Namen ergibt, Mitglieder des Korps Saxoborussia in Heidelberg zu verstehen.

Zurückhaltung beobachtet, die erst im Verlaufe des Tages bei fortgesetztem Zusammensein nach und nach in eine etwas freundschaftlichere Annäherung überging. Sertürners[1]) Anblick hat immer etwas sehr Erfreuliches für mich; wenn er mir auch mit der Zeit sehr fremd geworden ist, so führt mir doch sein Anblick eine großenteils auch mit ihm durchlebte, an knabenhaften Erinnerungen reiche, schöne Jugendzeit zurück, die jetzt schon so fern wie ein lieblicher, unvergeßlicher Traum im Hintergrunde meiner Seele ruht, während die darauffolgenden nächsten paar Jahre aus meinem Gedächtnis wie weggelöscht sind.

Nach kurzem Aufenthalt in Horgen führte uns der Omnibus über Zug nach Arth durch eine anmutige Gegend vorbei am Zuger See mit der Aussicht auf die hohen Gipfel des Roßberges und Rigi und die zackigen nackten Felsspitzen des beide überragenden Pilatusberges. In Arth wurde teuer und schlecht zu Mittag gespeist und sodann, den neugekauften Alpenstock in der Hand, mit zwei Arther Schlingeln — Führer und Träger zugleich — als Avantgarde die Reise auf den Rigi angetreten. Wir hatten den Weg über Goldau gewählt, weil er weniger beschwerlich und des Goldauer Bergsturzes wegen noch besonders interessant ist. Je weiter man nach Goldau kam, desto trauriger ward der Anblick des Tals, das sich zwischen dem Roßberge und dem Rigi nach dem Lowerzer See hinzieht. Große Felsblöcke, Schutt und Steine bedecken die Ebene zu beiden Seiten und hindern fast allen Anbau. Alles Spuren des furchtbaren Bergsturzes von 1806, wo sich der nach Goldau hinuntersehende Abhang des Roßberges ablöste und mit allen seinen Waldungen und Sennhütten auf das Tal bis weit in den Lowerzer See hinein hinabstürzte, Häuser und Menschen auf seinem Wege vernichtend. Der Roßberg besteht aus sog. Nagelfluh, einem Lager von durch Ton- und Kalkerde verbundenem Steingerölle. Wahrscheinlich ist, daß durch unterirdisches Wasser diese bei weitem lockerern Verbindungsglieder Ton und Erde oder auch vielleicht eine ganze untere Schicht sich auflösten und so die großen Steinmassen ihren Halt verloren und in das Tal hinabstürzten. Mit einer solchen, alles niederreißenden Gewalt sind diese teilweise enorm großen Felsblöcke heruntergestürzt, daß einzelne Blöcke noch eine weite Strecke auf den gegenüberliegenden Rigi hinaufgeschleudert sind. Ein mecklenburgischer Hofrat von Schmidt, der mit seinem Sohne, den wir kennen, und seiner übrigen Familie die Schweiz wieder besuchte, erzählte uns, daß er gerade zu der Zeit mit mehreren Freunden von Heidelberg aus eine Schweizerreise gemacht. Sie seien an demselben Tage über Lowerz nach

[1]) S. o. S. 98 Anm. 2.

Goldau gekommen. Schon fern am Lowerzer See habe er mit scharfem Auge ein Ablösen einzelnen Schuttes und eine auffallende Bewegung am Roßberge bemerkt und seine Freunde darauf aufmerksam gemacht. Diese sowie auch er hätten jedoch weiter kein Arg davon gehabt. So seien sie weitergegangen und er durch einen zufälligen Umstand eine weite Strecke hinter ihnen zurückgeblieben. Plötzlich, als seine Freunde schon kaum noch sichtbar, dicht vor Goldau sich befanden, sei der Bergsturz erfolgt. Der Schreck über den furchtbaren Anblick der herabstürzenden Massen, das sie begleitende donnerähnliche Getöse und der die ganze Luft anfüllende Staub habe ihn für einige Zeit seiner Sinne beraubt. Als er wieder zu sich gekommen, hätte er allein, wunderbar gerettet, in der weiten Einöde gestanden, seine Freunde wären verschwunden gewesen und nie hätte er wieder etwas von ihnen gesehen. Außer Goldau, das über dem alten Orte wieder aufgebaut ist, sind noch zwei Dörfer verschüttet, Hunderte von Menschen erschlagen. Wegen des Ortes Felsberg, dicht bei Chur, fürchtet man jetzt etwas Aehnliches. Der den Ort überragende Bergabhang, ebenfalls aus Nagelfluh gebildet, ist dem Herabstürzen nahe. Schon längst haben die armen Bewohner von Felsberg die Kantonsregierung angegangen, sie in die Nachbargemeinde überzusiedeln. Diese Nachbarn jedoch, sämtlich katholisch, haben sich geweigert, die evangelischen Felsberger aufzunehmen, diese müßten dann katholisch werden. (Vor kurzem, 20. Oktober, las ich in der „Augsburger Allgemeinen", der Sturz habe schon an einzelnen Stellen begonnen, und doch würde über das Schicksal der armen Bewohner noch unterhandelt. Schändlich!)

Ein solcher infamer Fanatismus, wie seit kurzem die katholische Partei der Schweiz, wie es scheint auf Anstiften der Geistlichkeit, vor allem der Jesuiten, die in der Schweiz, wo sie die Erziehung teilweise in Händen haben, bedeutenden Einfluß haben müssen, ist im 19. Jahrhundert unerhört! Ist doch in Wallis, wo seit Unterdrückung der radikalen Unruhen die ultramontane Partei gänzlich das Ruder in Händen hat, von Kantons wegen dekretiert, daß die bis jetzt elend geduldete evangelische Religion gar keinen Kultus mehr im Kanton haben dürfe! Wenn sich evangelische Regierungen ihrer mißhandelten Glaubensgenossen nicht annehmen wollen, so sollten doch wenigstens die benachbarten katholischen Staaten, wo nicht aus Scham, doch aus Klugheit einen solchen Unfug, der der katholischen Sache selbst im Auge aller besseren Katholiken schaden muß, nicht länger dulden. —

Von Goldau wandten wir uns rechts von der Heerstraße ab den Rigi hinauf. Ein schattiger, angenehmer Pfad führte uns über grüne Matten den Berg hinan. Von dem traurigen Anblick über den wüsten

Abhang des Roßberges und das mit Trümmern bedeckte Tal wandte sich das Herz gern ab, steiler ging es jetzt den Berg hinan. Steile, nackte Felswände, nur auf dem Gipfel und auf einzelnen Vorsprüngen mit dunkeln Fichten bewachsen, zwischen denen im lieblichen Kontraste zwei klare Bäche herniederstürzten, begrenzten links vom Wege, durch eine tiefe enge Schlucht getrennt, die Aussicht. Bei Maria zum Schnee, einem Wallfahrtsorte, führte uns der Weg gerade den Gipfel des Rigi hinan. Die uns begleitenden Tannen hörten nach und nach auf. Grüne, saftige Matten, von keinen Bauernhäusern bedeckt, nur hier und da mit einer vereinzelten Sennhütte, zogen sich von allen Seiten den Berg hinan. Wir waren schon mehrere Stunden tüchtig marschiert und steil bergan gestiegen, und doch wurde, je höher man kam, desto freier und elastischer der Schritt. Alle Müdigkeit verschwand in dieser reinen, balsamischen Luft, man fühlte sich erhoben in dieser einfachen, jungfräulichen Natur, Geist und Körper gewannen an Schnellkraft, und rasch eilten wir den Gipfel hinan. Eine Stunde vor Sonnenuntergang ungefähr, nach vierstündigem Steigen, hatten wir die Rigi-Staffel, ein geräumiges, reinliches Wirtshaus, erreicht, wo wir die Nacht zu bleiben beschlossen, da der Abend neblig wurde und der eine halbe Stunde höhere Rigi-Kulm sich schon in Nebel hüllte, so daß wir den Sonnenuntergung von der links über der Staffel befindlichen Bergspitze besser sehen konnten. Jeder suchte sich schnell eine Bettstelle für die Nacht, wickelte sich die wollene Decke um zum Schutz gegen die empfindlich kalte Abend- und Bergluft und stieg den letzten Gipfel hinan. Die buntdrapierte Kavalkade gab Stoff zu einer allgemeinen Heiterkeit, die sich für uns noch vermehrte, als wir auf dem Wege eine Herde Kühe mit einem Stiere trafen, die meist rotbedeckte Gesellschaft großenteils ängstlich stillstand, einige furchtsame Gemüter sogar umkehrten und sich nicht eher weiter getrauten, als unser drei, trotz unsrer roten und bunten Decken, mit gewaltiger Verhöhnung der übrigen, die Herde ohne Schaden passiert hatten. Oben angekommen, schauten wir in die weite, nackte Ebene hinein, links tief zu unsern Füßen lag der ruhige, dunkelgrüne Spiegel des Vierwaldstätter Sees mit seinen nackten Kalkufern noch frei vom Nebel; dahinter in schattenhaften, nur hier und da durch den Nebel erkennbaren Umrissen die Riesen des Berner Oberlandes; vor uns die weite Fläche mit dem Zuger See, rechts am Abhange des Berges, von den Strahlen der untergehenden Sonne, die vergebens die dichter und dichter aufsteigenden Nebelmassen zu durchbrechen strebte, mit den herrlichsten Tinten des in allen Abstufungen spielenden Rots beleuchtet. Mit den letzten Strahlen erst endigte der Kampf zwischen Licht und Nebel. Mehr und mehr verschwand das

Tal. Aus dem Vierwaldstätter und Zuger See stiegen dichte Nebel auf und sammelten sich von allen Seiten um den Berg zu einer dicken Wolke — der Rigi-Kulm war schon lange unsern Blicken entzogen — und trieben uns hinunter in das Wirtshaus, wo indessen ein tüchtiges Feuer die Stube erwärmt hatte und das Abendessen für uns bereitet war. Das warme, behagliche Zimmer tat uns wohl, noch mehr aber Essen und Wein, beides für diese bedeutende Höhe vortrefflich. Nach dem Essen blieben noch einige von uns sitzen; ich trank mit Karl Sertürner noch eine Flasche Rousillon zusammen, die aber sehr verhängnisvoll für mich werden sollte; denn kaum hatte ich einige Stunden geschlafen, als dieser süßliche Wein mich auf eine sehr unangenehme Weise aufweckte, zum großen Schrecken meiner gestörten Schlafgenossen und zu meinem noch größeren eignen. Als daher um 4 Uhr die andern geweckt wurden zum Sonnenaufgang und auf den Kulm hinaufstiegen, blieb ich liegen in der verzweifeltsten körperlichen und geistigen Stimmung. Als meine Uebelkeit vorüber war und ich mich angekleidet hatte, war es längst Tag, und die andern kehrten gerade wieder von der Höhe zurück, der Sonnenaufgang auf dem Rigi, der noch dazu an diesem Morgen schöner gewesen als in langer Zeit, war mir so auf die elendeste Weise genommen. Und was ich alles verloren hatte, ward mir, als ich aus der Tür trat, schrecklich klar an den beaux restes der entzückenden Aussicht. Noch strahlten freilich die hellen Schneespitzen der Berner Alpen — das Wetterhorn, Schreckhorn, Finsteraarhorn, die Vieścherhörner — im klarsten Lichte, einzelne Partien des Tales, der Vierwaldstätter See, der Zuger See mit ihren Ufern, waren noch von der Morgensonne beleuchtet, aber doch hatten die Nebel schon wieder angefangen, weite Strecken der Landschaft und den nördlichen Horizont zu verhüllen, und die so eigenartige Klarheit der Schweizer Landschaften an schönen Morgen kurz vor und nach Sonnenaufgang sowie der Zauber der ersten Sonnenbeleuchtung mit seiner Farbenpracht und dem zarten Erglühen der Schneegipfel waren nur für meine glücklicheren Freunde sichtbar gewesen. —

Zu sehr glücklicher Stunde hatten wir den Berg bestiegen. Wenigen wird es so gut, da der eigensinnige Mons Rigidus sich oft mehrere Tage lang mit undurchdringlichem Nebel bedeckt und diesen Sommer vor allem wenig klare Sonnenauf- oder -untergänge gezeigt hatte. So erzählte mir ein Franzose, den ich oben traf, daß ein Freund von ihm dieses Jahr ebenfalls den Rigi bestiegen und von einem Tage zum andern auf klares Wetter gewartet habe. Aus Hartnäckigkeit und Wut sei er bis zum 14. Tage oben geblieben, wo er dann endlich, von der Zeit gedrängt, ohne etwas gesehen zu haben, hätte heruntersteigen müssen.

Einem solchen tragischen Schicksal gegenüber hatte ich nicht einmal mehr den Mut, mich über mein Unglück zu beklagen. Gegen 9 Uhr machten wir uns auf den Weg, nach Weggis am Vierwaldstätter See herunterzusteigen. Ueber betaute grüne Matten ging es hinab mit der Aussicht auf den See zu unsern Füßen, bis der aus dem Tale aufsteigende Nebel uns erreichte und uns auf dem immer schlechter werdenden steinigen und holperigen Wege eiligst hinuntertrieb. Nach zwei Stunden teilten die steil fallenden Strahlen der Sonne endlich den dichten Nebel und im hellsten Sonnenschein langten wir gegen Mittag in Weggis an, wo wir die Preußen, die schon lange Zeit vor uns hinuntergestiegen waren, noch beim Frühstück antrafen, zu unserm nicht geringen Schrecken, da wir sie schon auf dem Wege nach Flüelen geglaubt hatten und wir gar keine Lust hatten, in so zahlreicher, teilweise nicht angenehmer Gesellschaft die ganze Reise durch das Berner Oberland zu machen. Wir beschlossen deshalb, um von ihnen uns loszumachen, über Luzern nach Flüelen zu fahren, was wir schon halb und halb aufgegeben hatten. Kaum äußerten wir etwas von diesem Plane, als die Herren Preußen, besonders Sertürner und von Oertzen, die mehr Gefallen fast an unsrer als an ihrer eignen Reisegesellschaft zu finden schienen, ebenfalls Lust bezeigten, über Luzern zu gehen. Ungezogen wollten wir nicht gerade gegen sie sein, hauptsächlich Sertürners und Oertzens wegen, so saßen wir denn nach einer halben Stunde zusammen in einer kleinen Barke und ruderten Luzern zu.

*

An die Mutter.

Bryg in Wallis, 14. September 1844.

Ehe ich nach Italien gehe, möchte ich Dir doch gern noch ein Lebenszeichen geben, meine teuerste Mutter, und aus diesem fernen Lande in einem Orte, den Du gewiß nie hast nennen hören, ein Stündchen, wenigstens brieflich, mit Dir verplaudern. Meine beiden Schlafkameraden liegen schon in tiefer Ruh, so still und einsam ist schon alles in dieser schönen Stunde hier im Orte; ich saß noch allein hier am Fenster und schaute in die stille klare Sommernacht hinaus und dachte an die ferne Heimat, an alle die Lieben zu Hause — ich konnte es nicht lassen, Dir einen Boten meiner Liebe zu senden. Schön ist dies herrliche Land, köstliche Stunden habe ich diese Wochen verlebt, aber doch lernt man seine Heimat gerade im fernen Lande recht schätzen, wo fremde Menschen, fremde Sitten, fremde Sprache uns so häufig die Sehnsucht nach alle dem im Herzen rege machen, was wir zu Hause zurückließen. Ich hörte früher immer sagen, glaubte es auch selbst,

ein Mensch, der viel gesehen in der Welt, würde abgestumpft gegen die geringeren Reize, den Mangel an Mannigfaltigkeit, das einfachere, weniger Zerstreuung bietende Leben seines Geburtslandes; nach der kurzen Erfahrung, die ich in diesen Wochen gemacht habe, glaube ich es nicht mehr. Wäre dann nicht das Reisen der größte Nachteil für den Menschen, nur gemacht, ihn unzufrieden und ruhelos zu stimmen, während es doch sein Herz und seine Ideen erweitern soll, und seine Zukunft durch die Erinnerung froh machen, nicht durch mäkelnde Vergleiche trüben. Wer zwingt mich denn, die heiteren Hügel und Flüsse Deutschlands durch die Vergleiche mit den Schneeriesen und Wasserfällen der Schweiz herabzusetzen? Oft habe ich an Euch alle gedacht, meine teure Mutter, und gewünscht, daß Ihr neben mir stehen könntet und mitgenießen die hohen Schönheiten dieser herrlichen Gegenden, wo die Natur oft in wenigen Stunden — wie fast täglich im Berner Oberland — die höchste Lieblichkeit neben der großartigsten Pracht und der schroffsten Wildheit entwickelt. Die schwierigsten Anstrengungen erträgt man mit Leichtigkeit in dieser balsamischen Luft, wo jeder Schritt neue Reize das Auge erblicken läßt, oder in den hohen Felsregionen, deren gigantische Großartigkeit Geist und Körper emporheben und stärken und alle Anstrengung vergessen machen.

Unsre ganze Reise ist bis Genf vom schönsten Wetter begünstigt gewesen. Schon den Tag, an dem Rittberg und ich abfuhren, besserte es sich, und bis Genf haben wir keinen trüben Tag gehabt. Die Aussicht vom Rigi sowohl wie vom Faulhorn im Berner Oberland, wohl die schönsten der Schweiz, haben wir mit seltener Klarheit gesehen. Die Partie durch Chamounix war jedoch bei fast fortwährend dunkelm und regnichtem Wetter als ziemlich verloren anzusehen. Seit gestern nachmittag ist jedoch alles wieder heiter, mit frohem Sinne und Zuversicht denken wir daher morgen über den Simplon die Reise nach Italien anzutreten, für den Augenblick in ziemlich zahlreicher Gesellschaft, da uns von Genf bis Mailand noch ein schon ziemlich ältlicher Wiener, ein junger Koburger Beamter und ein brandenburgischer Gutsbesitzer begleiten. Soeben schlägt es auf dem benachbarten Turme 11 Uhr; morgen früh wollen wir schon um $^1/_2$6 Uhr ausmarschieren, um noch 10 bis 11 Stunden weit nach Domo d'Ossola zu kommen, ich muß Dir also wohl für heute gute Nacht wünschen, meine beste Mutter.

An den Vater.

München, 18. Oktober 1844.

Wie froh war ich, endlich nach zwei Monaten einmal wieder von allen zu Hause etwas zu hören, und auch im ganzen so gute Nach-

richten — ernstlich krank ist ja, gottlob, niemand gewesen, erstaunt und anfangs recht erschrocken war ich aber, daß ein Brief, den ich von Görz in Illyrien aus an Dich schrieb und in dem ich Dich bat, mir Geld nach München nachzuschicken, gar nicht in Frankfurt angekommen sein muß. Die Tour über Triest und Salzburg, die die Reise weiter ausdehnte, als wir anfangs beabsichtigt hatten, und sehr schlechtes Wetter auf langen Gebirgsstrecken, wie von Genf nach Bryg und von Triest bis einige Meilen vor Hallein, das uns zwang, in diesen Gegenden, wo man fast ebenso schnell zu Fuß vorwärts gekommen wäre, zu fahren, ließ uns sämtlich mit unsern Geldmitteln lange nicht so ausreichen, wie wir gedacht hatten. Ich schrieb deshalb schon von Görz aus an Dich, und bitte Dich jetzt, mir mit umgehender Post 12 Louisdor nachzuschicken. Die Reiseausgabe ist auf diese Weise freilich um ein Bedeutendes erhöht; einen großen Teil dieses Mehr hätte ich auch in Venedig noch ersparen können, wenn ich direkt durch Tirol, anstatt über Triest und Salzburg gereist wäre, das Wetter versprach uns aber damals auf dieser Tour den herrlichsten Genuß — von Hallein nach Salzburg und dem Salzkammergut sind wir auch durch die schönsten Tage für die vorhergehenden verlorenen Regentage hinreichend belohnt — und auf der andern Seite hätten wir von dem kälter gelegenen Tirol bei der vorgerückten Jahreszeit so gut wie gar nichts zu sehen bekommen, daß wir alle der Meinung waren, lieber über Salzburg zu gehen. Ich bitte Dich deshalb, zu entschuldigen, mein bester Vater, daß ich die schon in Venedig sichtlich größer gewordene Ausgabe mir auf diese Weise noch zu vermehren erlaubte. Der Gewinn, den die Reise in jeder Beziehung für mich gehabt hat an Frische des Körpers und Geistes, an Erfahrung und herrlicher Erinnerung, wird mir, ich fühle es, ein reichliches Aequivalent für die bedeutende Ausgabe sein.

Mir ist mein bißchen Französischsprechen auf der Reise sehr nützlich gewesen. Rittberg und ich waren die einzigen, die erträglich Französisch sprachen. So mußten wir denn immer die Dolmetscher der übrigen machen. Mit dem Französischen und Deutschen reicht man fast überall bis auf kleine Orte in einzelnen italienischen Gegenden aus, und die Ausdrücke für die gewöhnlichsten Bedürfnisse im Italienischen sind auch leicht gelernt, sonst genügen auch einige kräftige italienische Flüche und Schimpfwörter, um dieses miserable, betrügerische und feige italienische Gesindel springen zu machen wie den flinksten französischen Kammerdiener. Für ein paar Kreuzer bei irgend energischem Auftreten läßt sich der gemeine Mann, von dem man in den meisten Fällen bei höflicher Behandlung schlecht bedient und schändlich betrogen wird, be-

handeln wie ein Hund. Traurig ist es wirklich, in Italien und ebenso, ja fast noch mehr, in der Schweiz diese Demoralisierung und Entwürdigung der niederen Volksklassen, mit denen man auf der Reise fast allein in Berührung kommt, zu sehen. Bei der geringsten Gefälligkeit findest Du ein halb Dutzend Hände ausgestreckt. Das Sprichwort „Umsonst ist der Tod" muß von Reisenden in der Schweiz gemacht sein. Bei den Schweizern, deren freie, kräftige Vorzeit ja so viel näher liegt, ist mir ein solches feiles Benehmen noch viel widriger und betrübender gewesen als bei den nun bald zwei Jahrtausende in Trägheit und Versumpfung versunkenen Italienern. Der Kontrast, den die überall sich aufdrängenden geschichtlichen Erinnerungen an die freie Größe der alten Schweiz, die Blüte und Macht Norditaliens mit den erbärmlichsten Parteistreitigkeiten der Schweizer Kantone und dieser geschwundenen Pracht der norditalischen Städte bilden, ist nichts weniger als erfreulich. Ich habe in der Schweiz in der letzten Zeit nie mehr eine Schweizer Zeitung in die Hand genommen; bei den heftigen Religionsstreitigkeiten und der neuangeregten Jesuitenfrage konnte man selten zwei Seiten lesen, ohne in den Verhandlungen der großen Tagsatzung oder in den Polemiken der einzelnen Blätter gegeneinander die niedrigsten Schimpfreden ausgestoßen zu finden. Und dies Volk lebt in einer der großartigsten Gegenden der Welt! Wie schön ist dies Italien, wie reich an allen Denkmälern der Kunst und Größe; zur Ehre der Menschheit muß man glauben, daß ein so tief gesunkenes Volk, meist mit den glücklichsten Körper- und Geistesgaben ausgestattet, sich noch einmal wieder tüchtig aufraffen wird. Was kümmert mich im Grunde alles das? Traurig bleibt es aber doch immer.

An den Vater.

Heidelberg, 8. Dezember 1844.

Mit Recht wirst Du schon lange einen Brief von mir erwartet haben, zürnen über die unverantwortliche Nachlässigkeit, am Anfang eines neuen Semesters ganz ohne Nachricht von mir gelassen zu sein. Dieses Mal bin ich aber nicht so schuldig, wie Du hast glauben müssen, da ich drei Wochen lang Bett und Zimmer habe hüten müssen, wo mir das Schreiben sowie jede andre Anstrengung streng untersagt war. Kurz nach meiner Zurückkunft von München ward ich hier in ein Duell verwickelt, zum erstenmal vielleicht ohne alle Schuld von meiner Seite, da ich in dem letzten Jahre meines Studiums gewiß alle Gelegenheit zu dergleichen tollen, zeitraubenden Streichen vermeiden werde — überhaupt ist das viele ganz grundlose Duellieren in Heidelberg durch

Korpsbeschluß ganz abgeschafft. Ich erhielt einen ziemlich starken Hieb über die Nase in die Backe und mußte fünf Tage kalte Umschläge über das Gesicht machen lassen. Einige Tage darauf saß ich fast gänzlich wiederhergestellt mit einem meiner Bekannten im ruhigsten Gespräche auf dem Sofa, als — entweder weil die durchgeschlagenen Arterien nicht gehörig unterbunden waren oder, wie die Aerzte behaupteten, durch eine plötzliche heftige Kongestion nach dem Kopfe — eine so starke Blutung sämtlicher Blutgefäße der Nase und des Vorderkopfes eintrat, daß es den herbeigerufenen Aerzten erst nach mehreren Stunden gelang, das Blut zu stillen. Meine glückliche Natur hat sich jedoch von diesem kräftigen Aderlaß, der mir fast das Leben gekostet hätte, schnell genug wieder erholt. Von heute an kann ich die Kollegien wieder besuchen und brauche überhaupt nicht die geringste Rücksicht mehr zu nehmen, da, wie der Arzt behauptet und wie ich es selbst fühle, dieser Blutverlust mich augenblicklich freilich sehr geschwächt hatte, im ganzen aber nach überstandener augenblicklicher Gefahr meiner Gesundheit sehr zuträglich gewesen ist. Wirklich habe ich mich auch seit Jahren nicht so wohl gefühlt wie jetzt und kann jetzt mit Eifer daran gehen, das in diesen Wochen Versäumte nachzuholen. In meinem Kollegienbesuch hatte die fatale Geschichte zwar eine bedeutende Störung verursacht, weniger jedoch in den juristischen Kollegien als in zwei andern, die ich diesen Winter angenommen hatte, da in meinem juristischen Studium das Arbeiten zu Hause allmählich von größerer Wichtigkeit ist als der Kollegienbesuch. An juristischen Kollegien höre ich diesen Winter: Zivilprozeß beim Professor Morstadt[1]) sechsstündig, Pandektenpraktikum beim Professor Deurer zweistündig. Letzteres ist ein ganz vorzügliches Kolleg. Deurers Vortrag ist außerordentlich klar und scharf. Wöchentlich bekommen wir zwei Rechtsfälle zur schriftlichen Entscheidung und außerdem gibt Deurer uns in den Stunden noch mündlich Fälle zur augenblicklichen Entscheidung. Konkursprozeß beim Professor Morstadt einstündig. Außerdem besuche ich Vangerows Pandekten wieder bei allen schwierigen Materien und um einzelne Lücken in meinem Hefte vom vorigen Winter auszufüllen. Ferner höre ich noch: Literatur- und Kulturgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts beim Professor Gervinus vierstündig, Geschichte der neueren Philosophie seit Kant beim Dr. Rödt dreistündig. Gervinus ist hier mit großem Triumphe aufgenommen. Gerade an dem Tage, an dem ich von der Reise zurückkehrte, erhielt er einen solennen Fackelzug; und die Anerkennung, die die studentische Welt seinem Charakter

[1]) Ueber Morstadt s. die freilich sehr spitzen Erzählungen R. von Mohls, sowie L. Bambergers Erinnerungen S. 12.

und seiner Wissenschaft zollt, ist in seinem regelmäßig von 140 bis 150 Studenten aller Fakultäten besuchten Kolleg sichtbar. Gewiß mit Unrecht klagt man jetzt fast allgemein über die Unwissenschaftlichkeit und den Indifferentismus der deutschen Studenten, die allein ihrem Brotstudium nachgingen und für philosophische und geschichtliche Bildung nicht den geringsten Sinn zeigten. Wer sind denn bis jetzt in den letzten Jahren sowohl in Göttingen wie in Heidelberg die Männer gewesen, die tüchtige Kollegia von allgemeinem Interesse gelesen haben? Mir ist es zum Beispiel im wahren Sinne des Wortes nicht möglich gewesen, ein philosophisches Kolleg zu hören. In Göttingen ist von einer philosophischen Fakultät kaum die Rede; in Heidelberg hat der einzige wirklich tüchtige philosophische Professor schon seit Jahren — man weiß nicht weshalb — gar nicht mehr gelesen (Prof. Kapp), während der andre Professor dieser Wissenschaft (von Reichlin-Meldegg) nicht einmal Würde genug besitzt, zu verhindern, auf dem Lehrstuhl wie ein Bänkelsänger beklatscht oder ausgezischt zu werden. Mit dem Studium der Geschichte ist es mir nicht viel besser gegangen. Und doch habe ich von jeher schon auf der Schule einen geheimen Drang gerade für diese beiden Wissenschaften gehabt. Jetzt, wo mein Fachstudium meine Zeit fast ganz in Anspruch nimmt, habe ich freilich nicht viel Zeit für andre Geistesbeschäftigungen, wohl hätte ich sie aber in meinen ersten Semestern gehabt, wenn sich nur Gelegenheit dazu dargeboten hätte, außerdem würden solche Kollegia mir damals bei meiner wirklichen Verzweiflung über die Trockenheit der Jurisprudenz vortreffliche Dienste getan haben.

An die Mutter.

Heidelberg, Sonntagnachmittag (Ende März 1845).

In der Befürchtung, daß mein gestriger Brief, den ich, da bei dem hohen Wasserstande niemand aus dem Hause gehen konnte, einem Schiffer zur Besorgung übergeben mußte, nicht angekommen sein könnte, schreibe ich Dir diese Zeilen, um Dich über mein Befinden ganz zu beruhigen und Dich zu bitten, nicht nach Heidelberg zu kommen. Herzlichen Dank für Deine Liebe und Güte, meine teuerste Mutter, Dich so lange von Frankfurt trennen zu wollen, um mich hier zu verpflegen. Glücklicherweise ist die Operation[1]) so rasch und gut abgelaufen, daß

[1]) Der Vater schreibt darüber an seine Schwester Julie am 6. April 1845: „Wir harren nun seit 11 Tagen auf unsern Rudolf, welcher an einem schlimmen Fuße leidend in Heidelberg liegt. Er schreibt, schon seit einigen Jahren habe er einen verwachsenen Zehen, welcher — doch wohl infolge seiner Fußreise im vorigen Herbste — diesen Winter so angeschwollen sei, daß eine Operation nötig

ich die ganze Zeit auf dem Sofa zubringen kann und meine Kur in weiter nichts als einer tüchtigen Portion Geduld, einiger Diät und etwas Salbe für den geschwollenen Zehen besteht. Auch sind meine Freunde fast sämtlich noch hier, besuchen mich fleißig und besorgen alles, was etwa für meine Abreise noch zu geschehen braucht, so daß es mir an nichts gebricht und Dein großes Opfer für mich, alle die Deinen zu verlassen und Dir meinethalben so viel Mühe und Sorge zu bereiten, nicht nötig wird. Ich schrieb Dir gestern, daß ich am Sonntag wahrscheinlich schon kommen könne. Ganz bestimmt kann ich es noch nicht versprechen, da seit vorgestern mittag der Doktor wegen des Wassers, das gestern beinahe drei Fuß im Hause stand, nicht zu mir kommen konnte. Ich hoffe jedoch, da mein Fuß sich gut befindet, daß ich am Donnerstag oder Freitag wieder ausgehen kann und am Sonnabend oder Sonntag reisen. Im Hause sieht es jetzt schon etwas besser aus. Seit einigen Stunden ist der Flur von Wasser frei; das Wasser fällt jetzt auch so schnell, daß in einigen Stunden die Straße wohl frei sein wird und ich den Brief mit dem Mädchen auf die Post schicken kann. Unter diesen Umständen hättest Du auch doch nicht hier im Hause wohnen können, da die untere Etage, voll Wasser, wie sie dieser Tage, und feucht, wie sie jetzt ist, von den Wirtsleuten nicht benutzt werden kann, die sich in den beiden einzig leeren Zimmern hier oben zusammen behelfen müssen. — Soeben verlassen mich einige meiner Bekannten, die ersten bekannten Gesichter, die ich seit vorgestern nachmittag, auf meinem Zimmer wenigstens, gesehen habe, um noch mit jener venezianischen Gondel abfahren zu können. In einer Stunde werden die Gondeln wohl auf dem Trocknen sitzen. Sehr leid tat es mir gestern, von zweien meiner Freunde, die nach Berlin und Würzburg gehen — sie waren gestern nachmittag mit einem Kahn unter mein Fenster gekommen —, nicht einmal mit einem Händedruck Abschied nehmen zu können; der Sturm war hier vor dem Hause so stark, daß wir uns kaum noch ein paar Worte zum Lebewohl sagen konnten. Mein Herr Doktor war heute mittag auch hier, um sich — d. h. durch das Küchenfenster — nach meinem Befinden zu erkundigen. Das Fenster, wie meine Hauswirte, zur Tür zu benutzen, schien er jedoch, was ich ihm nicht übelnehme, nicht geneigt zu sein; auf der Hausflur stand noch einen halben Schuh hoch das Wasser, so mußte er sich denn nach einigen

---

geworden. Es sind ihm nun vor etwa acht Tagen die Flechsen des Zehen oben und unten durchschnitten, um dem Zehen seine natürliche Form wiederzugeben. Die Operation durch einen Schüler Dieffenbachs ist gut ausgefallen und so erwarten wir ihn stündlich. Elise wollte erst hinüber, ihn zu pflegen, doch er schrieb, es sei nicht nötig."

allgemeinen Vorschriftsanempfehlungen bis auf weiteres wieder entfernen. Im allgemeinen bin ich ganz guter Dinge und vertreibe mir die Zeit, so gut es gehen will, mit Mittermaiers Deutschem Privatrecht, und wird mir das auf die Dauer gar zu trocken, zur Abwechslung mit Coopers Ansiedlern, die ich seit meinem kaum neunten Jahre in Hameln nicht wieder gelesen habe. In diesen amerikanischen Naturschilderungen und Charakteren ist wirklich so viel Einfachheit, Wahrheit und Kraft, daß man sie auch in weit kürzerer Zeit mit großem Vergnügen zum zweiten Male lesen könnte.

*

Im Sommersemester 1845 kehrte Bennigsen nach Göttingen zurück. Nach allerhand Erfahrungen dieser Jahre hatten die Eltern ihm das Versprechen abgenommen, nicht wieder aktiv zu werden, aber er erbat sich das Wort zurück, da er zum Senior der im Dezember 1844 als Korps Hanseatia erneuerten Hannovera gewählt wurde, und die Mutter gab es ihm, sorgenvoll genug: „Wie viel Zeit wird es dir rauben. Bedenke die Folgen und die Duelle doch ja recht." Trotzdem wurde das letzte Semester anscheinend noch gründlicher genossen als die früheren; zwar nicht in diesen Familienbriefen, aber in den noch erhaltenen Briefen seiner Korpsbrüder kommt es zum Ausdruck. In einer mir vorliegenden Aufzeichnung eines noch lebenden Korpsbruders wird die von allen neidlos anerkannte Ueberlegenheit betont, der sich Bennigsen in seinem Kreise und in der ganzen Göttinger Studentenschaft erfreute: er verdankte seinen Einfluß nicht etwa seinen Fähigkeiten im Fechten, sondern einzig seinen geistigen Eigenschaften. Seinem späteren Freunde G. Planck fiel er damals als einer der wenigen Korpsburschen auf, der die Versammlungen des sog. Progresses, der das studentische Leben auf demokratischer Grundlage umzugestalten bestrebt war, häufiger besuchte.[1]) Der folgende Brief erzählt von dem Besuch, den König Ernst August — zum ersten Male seit dem Groll von 1837 — der Universität im Januar 1845 machte, nachdem ihm Prorektor und Dekane die traurige Lage der Georgia Augusta im Winter vorher vorgestellt hatten.[2])

An die Mutter.

Göttingen, 10. Juli 1845.

Der König, der die vorige Woche hier war, hat nicht nur sämtliche alte Universitätsperücken in die größte Verlegenheit und Aufregung versetzt — es scheint beinahe, als ob für solche irgend außergewöhnliche Lebensmomente der deutsche Gelehrte nichts als eine menschliche Treib-

[1]) Briefliche Mitteilung von Exz. Planck.

[2]) Malortie, König Ernst August, S. 138 ff. W. v. Hassell I, S. 494 f.

hauspflanze wäre —, sondern auch uns Studenten in große Bewegung gesetzt. Der Prorektor, im höchsten Grade erfreut, daß wir dem Könige mit einem großen Aufzug unsre Huldigungen darbringen wollten und ihm so einige Stunden Zeit zum Verschnaufen gaben von der gewiß oft peniblen Arbeit, den König angenehm zu unterhalten, d. h. aus einer akademischen Anstalt in die andre zu hetzen, hat uns Freiheiten gestattet, wie sie seit vielen akademischen Menschenaltern nicht gesehen waren. Die alten Fahnen von dem Jubiläum her wurden zu unsrer Disposition gestellt, farbige Schläger, Mützen und Schärpen uns zu tragen gestattet, so daß das Ganze mit seinen obligaten Vivats und Hurras ein recht hübsches Schauspiel abgab, das den König sehr zu ergötzen schien. Ich war mit zwei andern zu Deputierten der Studentenschaft gewählt, die den König, als er vor dem Aulaplatze bei unserm Zuge erschien, empfangen und die Gefühle der ganzen Studentenschaft ausdrücken sollten. Der König war sehr freundlich, dankte mehrere Male für unsre Aufmerksamkeit. Der Prorektor sagte uns am andern Tage, der König sei höchst zufrieden über unser Benehmen gewesen, zugleich aber auch sehr erstaunt, anstatt schmutziger Subjekte mit langen Haaren anständige junge Leute mit zivilen Haartouren gefunden zu haben. Zu seiner Zeit hätten die Studenten anders ausgesehen;[1]) wir hätten uns „ganz wie Gentlemen" benommen. Kollegia wurden alle jene Tage nicht gelesen, die Zügel der akademischen Polizei waren sehr schlaff angezogen, so daß die studierende Jugend, durch alle plötzlich gestatteten Freiheiten betäubt, sich ziemlich toll bewegte und durch ihre an diesen Tagen oft sehr negative Nüchternheit ein hohes Universitätsgericht nicht sehr ergötzt haben wird. Kaum war aber der König fort, als auch schnell die Zügel wieder angezogen wurden, damit ja alles wieder seinen hübschen, ruhigen und gefälligen Gang ginge. Eine hübsche Anekdote erzählt man sich bei dieser Gelegenheit vom Universitätsrichter. Dieser hatte von einem Fenster aus an der Aula unserm ganzen Spektakel schon längst indigniert zugesehen; als aber zuletzt nach Beendigung der Feier, nachdem wir den König fortgeleitet und wir,

[1]) König Ernst August hatte 1786—90 in Göttingen studiert. Ueber das gottlose Göttinger Burschenleben in damaliger Zeit waren unter den Tories die sinnlosesten Vorstellungen verbreitet. Der Gipfelpunkt findet sich in William Giffords Zeitschrift „The Anti-Jacobin", für die Canning in den Jahren 1797 und 1798 seine Satiren schrieb, vor allen die von Niebuhr als „das infamste Pasquill, das je auf Deutschland geschrieben ist", bezeichneten „The Rovers or the double arrangement." Treitschke (Deutsche Geschichte, IV, S. 732) konnte in Deutschland nur ein einziges Exemplar auftreiben — in der Bibliothek des Königs Georg von Hannover: es stammte also wohl von seinem Vater Ernst August.

auf den Platz zurückgekehrt, noch ein akademisches Lied gesungen hatten, ich ein dreifaches Hoch auf die „akademische Freiheit" ausbrachte, habe er in höchster Wut das Fenster zugeschlagen und sich nicht wieder sehen lassen. Es mag ein solches Hoch auch keinen angenehmen Klang haben in den Ohren eines Menschen, der es durch seine Amtstätigkeit glücklich dahin gebracht hat, daß von akademischer Freiheit in Göttingen wenig mehr zu erblicken ist, desto mehr aber von gerichtlicher Willkür. (Auch ein Grund, der in der letzten Zeit geradezu manchen Nichthannoveraner abgehalten hat, nach Göttingen zu gehen.)

Ich danke Dir, meine beste Mutter, daß Du mir mein früheres Versprechen sogleich zurückgegeben hast. Wenn Du aber glaubst, daß mich der Ehrgeiz hätte bewegen können, hier wieder in eine Verbindung zu treten, so irrst Du Dich um so mehr, als ich in Heidelberg unter mir weit schmeichelhafteren Verhältnissen auch schon Senior eines Korps war. Der einzige Grund, der mich bewegen konnte und den ich in Heidelberg durchaus nicht vorausgesehen habe, war der, daß die Verbindung sehr schwach war und mir erklärte, sie würde sich auflösen, wenn ich nicht einträte. Du scheinst in meinem vorigen Briefe mich mißverstanden zu haben über die Zeit meines Bleibens in Göttingen. Ich glaubte, ich hätte Dir und Vater schon in Frankfurt gesagt, daß ich Lust hätte, nachdem ich mich sogleich Michaelis zum Examen gemeldet hätte, nach Göttingen zurückzukehren, bis ich zitiert würde, was wahrscheinlich gegen Neujahr oder im Januar geschehen wird.

*

Gegen Anfang Oktober 1845 begab sich Bennigsen nach Hannover, um sich zum Examen zu melden und mit Beihilfe eines Repetitors vorzubereiten. Das Abtun der studentischen Lebensgewohnheiten wollte nicht so rasch vonstatten gehen; er hat seine Angehörigen im Briefwechsel nie so vernachlässigt wie in dem folgenden Examenshalbjahr. Mit der Meldung zum Examen unter den gesetzlich vorgeschriebenen Bedingungen war die Zulassung noch keineswegs verbunden. Vielmehr wurde nur eine beschränkte Zahl von Kandidaten zugelassen; in der Praxis lief diese Regel darauf hinaus, nach Möglichkeit nur Kandidaten adliger Geburt und bürgerliche aus guten — d. i. bereits im höheren Staatsdienst stehenden — Familien zuzulassen. Ein Petent, der solchen Anforderungen nicht genügte, wurde ohne Angabe von Gründen abgewiesen. Ihm blieb dann in der Regel nichts weiter übrig, als die Advokatenlaufbahn zu ergreifen, deren Ersatz somit von der Wiege an eine malkontente Färbung aufwies und immer mehr in einen Gegensatz zur „Staatsdienerschaft" oder wie es seit 1858 wieder hieß, zur „königlichen

Dienerschaft" geriet, als eine Art von den Aemtern ausgeschlossener Juristenklasse; sie suchten naturgemäß Fühlung mit andern Elementen, die dem Beamtenstande Widerstand leisteten, und wurden bald — das galt nicht bloß für Hannover — in der Politik die geborenen Führer der Opposition. Also Konnexion und Empfehlung waren von Anbeginn gut; auch der Oberst von Bennigsen setzte seinem Sohne eine lange Liste aller Bekannten in Hannover auf, die er zur Förderung seines Zweckes aufzusuchen habe. In den folgenden Briefen könnte es verwunderlich erscheinen, daß von dem König selbst als dem Letztentscheidenden die Rede ist; aber das bezeichnet gerade die Verhältnisse des Mittelstaates, daß die oberste Instanz sich auch mit diesen Dingen befaßte und bei ihrer Personalkenntnis höchst eigenhändig „ungeeignete Elemente" entfernen konnte. So war unter den Kandidaten, die sich zusammen mit Bennigsen meldeten, einer, der ihm in den folgenden Jahrzehnten ziemlich nahestand, erst nach 1866 sein bitterer Gegner wurde und noch in den achtziger Jahren als Herausgeber einer welfischen Zeitung ihn persönlich angriff; dieser litt an einem schweren Sprachfehler, so daß nach seiner Meldung, obgleich er Sohn eines hohen Beamten war, doch Bedenken auftauchten, ob er nicht in seiner künftigen Amtstätigkeit behindert sein würde und deshalb von vornherein abzuweisen sei; überraschenderweise war es in dem Ministerkonseil gerade der blinde Kronprinz, der nach Ausweis der Akten diese Schwierigkeit nachdrücklich betonte und sich nur auf eine provisorische Zulassung des stotternden Kandidaten einlassen wollte.

Unter den übrigen jungen Leuten waren zwei, die schon im ersten Examen bewiesen, daß sie von Bedeutung waren. Der eine war Ernst von Lenthe, Sohn des Drosten zu Springe, „ein grundgelehrter Mann, ein scharfsinniger Jurist, ein Repräsentant des altständischen Wesens",[1]) später Herausgeber des „Archivs für Geschichte und Verfassung des Fürstentums Lüneburg", das in seinen 11 Bänden mit 7000 Seiten ein gewaltiges Material für die provinzialständischen Verhältnisse enthält, ein ritterschaftlicher Heißsporn, der mit der Krone selbst in Konflikt kam und nach 1866 unter den welfischen Reichstagsabgeordneten saß. Der andre war Gottlieb Planck, Sohn des Oberappellationsrates in Celle, der große Jurist, bald von der hannoverschen Regierung als ein gefährlicher Roter mißhandelt, Mitkämpfer der liberalen Partei Hannovers und Deutschlands in den nächsten Jahrzehnten, der heute noch lebende Mitschöpfer des Bürgerlichen Gesetzbuches. Wie Antipoden stehen sie zueinander: der eine hitzig und treu zu einer versinkenden Welt haltend,

[1]) E. von Meier a. a. O. I, S. 10 f.

der andre mit den Mächten der Zukunft im Bunde und an der heutigen Rechtsordnung unsers Reiches beteiligt. Bennigsen hat zu Lenthe, mit dem er anfangs zusammenarbeitete, später nie irgendwelche Beziehungen gehabt; zu Planck dagegen trat er nach wenigen Jahren in ein vertrautes persönliches Verhältnis, und auch in ihrem öffentlichen Wirken sollten sie bald Schulter an Schulter stehen: so wird von diesem Freunde in seiner Biographie bis zu ihrer letzten Seite die Rede sein.

An die Eltern.

Hannover, 22. Dezember 1845.

Es ist eine so außerordentlich lange Zeit hingegangen, daß ich Euch nicht geschrieben habe, daß mir mein Schweigen mit jedem Tage schwerer aufs Herz fiel und das Schreiben peinlicher wurde, daß ich gar nicht mehr versuchen mag, meine Lieblosigkeit, wie Ihr, fürchte ich, mein Benehmen wohl nennen werdet, zu entschuldigen. An dem heutigen Festtage, den wir so oft vergnügt zusammen gefeiert haben, und den ich auch dieses Mal so gern mit Euch zusammen verlebt hätte, hoffe ich noch am leichtesten Verzeihung für mein Vergehen zu finden und bitte Euch deshalb herzlich, beste Eltern, diese meine reuigen Zeilen mit Güte anzunehmen und mir meines Betragens halber keinen Teil Eurer Liebe zu entziehen. Tante Silvie hatte mich freilich eingeladen, nach Hastenbeck zu kommen; da wir aber noch immer nicht zitiert sind und es jetzt heißt, daß der König wieder wohl sei und die Zitation jeden Augenblick erfolgen könne, hatte ich nicht wohl Lust, auf längere Zeit von hier fortzugehen.

Ich lebe hier sehr stille, im Vergleich mit meinem Universitätsleben ist der Abstand sehr groß. Die schönen Zeiten sind jetzt leider für immer dahin. Ich habe täglich eine Stunde Repetitor bei dem Dr. Stöber. [1]) Des Mittags um 1 Uhr esse ich mit Lenthe und Morsey zusammen. Nach Tisch gehe ich mit ihnen und gewöhnlich noch Rudloff und Hohnhorst eine Stunde spazieren — bei dem schmutzigen Wetter meistens nach Herrenhausen. Darauf nach Hause bis gegen 6 Uhr, wo ich fast immer eine halbe Stunde oder Stunde nach Robby gehe, um da die Zeitung zu lesen oder ein Wörtchen mit meinen Miteraminanden zu plaudern. Wenn ich nicht zur Abwechslung einen Besuch mache oder ins Theater gehe, geht so ein Tag wie der andre hin. Ziemlich langweilig ist das

[1]) Bennigsens Freund, Graf George Bremer, hatte ihm diesen Repetitor empfohlen, der „die glückliche Eigenschaft hat, niemals etwas als bekannt vorauszusetzen und sich auch bei der geringsten Kleinigkeit durch eine Frage von dem Zustande des Kandidaten zu vergewissern".

Leben hier allerdings, und die Examensspannung macht es auch nicht angenehmer, übrigens wird dieser Winter ja auch wohl ein Ende nehmen. Meine Miteraminanden — Adelebsen und Rudloff ausgenommen — sind leider mir auch nicht sehr zusagend. Uebrigens hat das auch seine guten Seiten. Ich werde auf diese Weise von meinen Arbeiten zum mündlichen Examen desto weniger abgezogen. Die ganze Sache zieht sich erstaunlich in die Länge. Wisch[1]) sagte mir bei meiner Ankunft, wir könnten jeden Augenblick zitiert werden. Dieser Augenblick ist nun schon ein 6 bis 7 Wochen langer, und obgleich es jetzt heißt, daß wir jeden Tag die Zitation haben sollen, so kann es auch ebensogut noch einmal so lange dauern. Der König ist seit vielen Wochen krank, darauf fast ganz taub gewesen, so daß keine Konseils gehalten sind und eine Menge noch viel wichtigere Sachen als unser Examen im Rückstande sind. Drei Monate dauert es also wenigstens noch, bis ich fertig bin. Uebrigens heißt es „aus sicherer Quelle", um mit den Zeitungen zu sprechen — es sollten die zehn Glücklichen dieses Mal außer mir aus Adelebsen, Knigge, Rudloff, Lenthe, Morsey, Hohnhorst, Frankenfeld und Planck bestehen. Teilweise ist es uns sehr angenehm, aus Göttingen fortgegangen zu sein. Der Akademische Senat ist im Anfange dieses Semesters mit den armen Studenten auf eine absonderliche Weise umgesprungen. In dem Aerger über dieses Verfahren hätte man sich auch leicht die Finger verbrennen können. Unbegreiflich ist allen das ganze Verfahren des Kultusministeriums in betreff Göttingens. Man sollte fast glauben, daß noch zu viel Fremde dort studieren. Vorigen Sommer war es freilich schon ebenso. So war ich z. B. infolge einer ganz erbärmlichen Geschichte, die mir in Heidelberg gar nicht einmal einen Verweis zugezogen hätte, zu zehn Tagen Karzer und der zwiefachen Unterschrift des consilii abeundi verurteilt. Als ich am Nachmittage Appellation an das Ministerium einlegte, wurde ich mit dem Pedellen, der mich verklagt, konfrontiert, mir eine Menge Sachen vorgeworfen, auf die hin ich verurteilt wäre, die mir früher gar nicht einmal mitgeteilt, viel weniger wahr waren u. s. w.;[2]) so daß ich endlich meine Appellation als ganz vergeblich zurücknahm. So ist es

[1]) Der Minister des Innern von 1831 bis 1848.

[2]) In den bei der Meldung zum Examen eingereichten Zeugnissen heißt es: „Hat die Vorlesungen mit Ausnahme der Technologie mit rühmlichem Fleiße besucht. Außer einer nicht bedeutenden Rüge ist derselbe bestraft: a. In Göttingen. 1. Mit 10 Tagen Karzer wegen freventlicher Beschädigungen von öffentlichem und Privateigentum, 2. mit 8 Tagen Karzer und bedingter Unterschrift des consilii abeundi wegen nächtlichen Umhertreibens und Widersetzlichkeit. b. In Heidelberg. Mit 3 Tagen Karzer wegen Tragens eines verbotenen Abzeichens." (Staatsarchiv Hannover, Hannover Des. 259 Nr. 56.)

vielen gegangen. Mündlich will ich Euch ein andermal mehr erzählen von Göttingen, wie es war, ist und sein sollte.

*

Der Ausfall der Prüfung war nicht gerade unbefriedigend, aber die Nachwirkungen des letzten wilden Studentenjahres waren doch fühlbar genug. Am 28. April berichtete das Ministerium des Innern an den König: „Der von Eurer Königlichen Majestät zum Amtsauditorexamen Allergnädigst zugelassene Kandidat der Rechte Karl Wilhelm Rudolf von Bennigsen aus Frankfurt a. M. ist vorschriftsmäßig geprüft und hat das Examen bestanden. Der schriftlichen Proberelation hat die Flüchtigkeit, mit welcher der Kandidat gearbeitet, sehr geschadet, indem es der Arbeit an der erforderlichen Gründlichkeit und juristischen Schärfe gefehlt hat. Inzwischen zeugt dieselbe doch von guten geistigen Anlagen des Kandidaten und einem genügenden Maße von Rechtskenntnissen. Weit befriedigender ist dagegen die mündliche Prüfung ausgefallen. Der Kandidat hat nur wenige Fragen in der Antwort verfehlt und sich sowohl über den Besitz gründlicher, auf Quellenstudium gestützter und umfassender Rechtskenntnisse als einer wohlausgebildeten Beurteilungsgabe vorteilhaft ausgewiesen. Für den Gesamtausfall der Prüfung ist das elogium: bene erteilt und kann ich daher kein Bedenken tragen, die Allergnädigste Ernennung des Rechtskandidaten von Bennigsen zum Amtsauditor Eurer Königlichen Majestät tiefehrerbietigst anheimzugeben. In tiefster Devotion ersterbe ich Eurer Königlichen Majestät alleruntertänigster, treugehorsamster und pflichtschuldigster Diener

gez. Stralenheim."[1])

Der König genehmigte den Antrag unter dem 6. Mai.

Nun hatte der zukünftige Beamte noch nach einer andern Seite hin mit dem bisherigen Leben abzuschließen. Das letzte Semester in Göttingen und dann das halbe Jahr, das er, auf die Entscheidung wartend, in Hannover verbracht hatte, hatte ihn, da er mit Geld sorglich umzugehen nicht verstand, wieder mit einer erheblichen Schuldenlast überhäuft. Er mußte jetzt das peinliche Geständnis machen.

An den Vater.

Hannover 13. Mai 1846.

Mit beklommenem Herzen schreibe ich endlich diesen Brief. Ich habe durch Unordnung und Leichtsinn noch einmal schwer gegen Dich

[1]) Staatsarchiv Hannover. (Hannover Des. 259 Nr. 56, betreffend die Ernennung des Amtsauditors Karl Wilhelm Rudolf von Bennigsen zum Kanzleiauditor, Nr. 1.)

und mich gefehlt und wage kaum, meines gütigen Vaters Verzeihung zu erbitten. Meine sämtlichen Schulden in Göttingen und Hannover belaufen sich noch auf 550 Reichstaler. Die Summe ist leider ungeheuer für meine Verhältnisse, und wie ich zu einer so großen Schuldenmenge gekommen bin, ist mir selbst nur durch meine große Unordnung in Geldsachen erklärlich. Inständig bitte ich jetzt nach dem Abschlusse eines wichtigen Zeitraumes in dem Augenblicke, wo ich in ganz neue Lebensverhältnisse trete, um Verzeihung für den fortgesetzten Leichtsinn eines jungen Menschen. Ich wage nicht, neue Versprechungen zu machen, da ich die alten so schlecht gehalten habe, aber doch hoffe ich fest, daß es mir möglich sein wird, in meinem späteren Leben diese Zeit meiner Studienjahre, die ich, von der trostlosen Art, wie uns auf deutschen Universitäten die juristische und ganze übrige Wissenschaft jetzt geboten wird, trotz eines Wissensdurstes, der mich nie verlassen hat, zurückgestoßen, in einem wilden und leidenschaftlichen Studentenleben zugebracht habe, dort eine Befriedigung suchend, die mir die Wissenschaft der Professoren nicht gewährte, wieder gutzumachen. Fähigkeiten sind mir ja genug gegeben, in meiner geistigen Entwicklung fühle ich mich gegen wenige meiner Altersgenossen zurück; habe ich auch ein meinen Anlagen entsprechendes positives Fachwissen augenblicklich noch nicht erreicht, so bin ich doch in dem Strudel eines oft wilden Studentenlebens nichts weniger als zugrunde gegangen und glaube in diesen Jahren die Grundlagen zu meiner allgemeinen geistigen Ausbildung dennoch gelegt zu haben. An meiner geistigen Kraft verzweifle ich auch nicht ganz, und wenn ich auch in diesen enormen Geldausgaben ein Uebermaß von Schwäche gezeigt zu haben scheine, so glaube ich doch aus manchen andern Umständen, daß es mir an Kraft nicht völlig fehlt. Habe ich auch Deinen heftigen Unwillen verdient, so bitte ich Dich doch, mein Vater, an mir noch nicht zu verzweifeln und die frühere Hoffnung auf eine tüchtige Zukunft Deines Sohnes nicht ganz aufzugeben, vor allem aber, mir Deine Liebe nicht gänzlich zu entziehen.

Unter diesen Umständen habe ich es nicht gewagt, nach Frankfurt zu kommen; meine Anstellung erwarte ich jeden Augenblick und werde dann, sobald meine hiesigen Verhältnisse geordnet sind, auf das Amt gehen. Gegen Anfang Juli beginnen ja unsre Amtsferien und bitte und hoffe ich, daß Du mir dann die Freude des Zusammenseins mit Euch allen gestatten wirst.

*

Die Mutter antwortete anstatt des erkrankten Vaters ihm unter dem 16. Mai sehr ernst, forderte ihn auf, wenigstens nunmehr sofort Hannover zu verlassen und auf Hastenbeck, dem Redenschen Gute, ab-

zuwarten, bis sich seine Anstellung entschieden habe. „Das Gefühl, mich in Dir getäuscht zu haben, ist mir sehr schmerzlich, um so mehr, da ich auf ein frohes Wiedersehen mit Dir nach diesem Winter so sicher rechnete ... Vor allem schreibe uns öfter, sei offen und mitteilend mehr wie bisher. Ich glaube an Deine Versprechen; unsre Liebe für Dich ist groß, aber unsre Erwartungen und Ansprüche waren es auch; jetzt hast Du uns mit Schmerz erfüllt, denn Deine vielen Ausgaben sind aus Fehlern bei Dir entsprungen, die Du überwinden kannst und mußt. Dich selbst nicht zu überwinden, jeder sinnlichen Neigung zu folgen, eine falsche Eitelkeit oder Stolz, in Deinem Auftreten über die Verhältnisse Deines Geldbeutels hinaustreten zu wollen, einer leichtsinnigen Bequemlichkeit zu frönen, sind dies nicht vielfach die Beweggründe zu Deinen Geldausgaben gewesen? Ich bitte Dich bei Deiner moralischen Kraft, bei Deiner Liebe zu uns, strenge Dich für die Zukunft recht an, mein Rudolf. Halte Dich von der Selbstsucht mehr fern und denke, daß Du für Deine Geschwister, als das älteste unsrer Kinder, auch Pflichten gegen diese zu erfüllen hast. Vater und ich, wir wollen auf Dich hoffen. Nimm Deine religiöse Kraft zusammen, und dann wird es auch gehen. Vater läßt Dir noch sagen, daß er aus seiner Unruhe über Deine Anstellung nicht eher herauskäme, ehe Du ihm Gewißheit schickst. Rudloff, Lenthe sind so bald angestellt. Du hast durch Deine vielen Duelle doch nicht eine Hintansetzung zu befürchten?"

— —

Gleich darauf, am 2. Juni 1846, wurde Bennigsen, nicht wie er gehofft hatte, in Hameln, sondern in Lüchow, im hannoverschen Wendlande — in dem Winkel des Königreichs, der sich zwischen der Elbe und Altmark hineinschiebt —, also ziemlich abgelegen von der großen Heerstraße, angestellt. Im Sommer traf er hier ein, aber schon im Herbst machte er einen Versuch, die kaum ergriffene Laufbahn des Verwaltungsbeamten mit allen ihren Aussichten wieder zu verlassen.

An den Vater.

Lüchow, 28. September 1846.[1])

Lange, sehr lange habe ich Dich und Mutter auf Nachrichten von mir warten lassen. Unbegreiflich werdet Ihr mein Schweigen gefunden

[1]) Im Original scheint 1847 zu stehen, doch ist, wie sich aus allen Zusammenhängen ergibt, 1846 zu lesen.

haben; in dem Zwiespalte und inneren Kampfe, in dem ich diese ganze Zeit zugebracht habe, war es mir aber täglich schwerer geworden, ehe ich zu einem bestimmten Resultate, einem festen Entschlusse gekommen war, von dem, was mich bewegte, Dir die rohen Bruchstücke mitzuteilen. Eine Darstellung meines äußeren Lebens Dir zu geben, ganz schweigend von dem, was mich unruhig umhertrieb, war mir aber ganz unmöglich. Ehe ich Dir meinen Entschluß oder Plan, zu dem ich nach reiflicher Ueberlegung und einem qualvollen ernsten Ringen nach Klarheit über mich und über das heutige Leben gekommen bin, und zu dem ich jetzt um Deine Zustimmung bitte, mitteile, erlaubst Du wohl, daß ich etwas weiter aushole.

Unsre ganze Zeit treibt, von einem geheimnisvollen, unwiderstehlichen, unbewußten Drange getrieben, einem Ziele zu, das kaum einer der jetzt lebenden Menschen in klarer Anschauung in seiner Seele trägt, während die Wege zu demselben in den vielfachsten Durchkreuzungen verwirrt, halbverschleiert und gänzlich ungebahnt sind. Jeder Mensch, nach seiner Individualität schwächer oder stärker, vor allem aber die junge Generation, die, wenn auch nicht die Lösung, so doch die Krisis gewiß noch schauen wird, fühlt sich von dem allgemeinen Stoße mit fortgerissen. Daher die Haltlosigkeit, das Wankendwerden der anscheinend festesten Verhältnisse, diese qualvolle Unruhe, die, wie vom Fieberwahn oder von einer schweren Gewitterluft beängstigt, jeden Menschen — sei ihm die Entwicklung bewußt oder unbewußt — kaum irgendwo noch eine sichere Stätte finden läßt, diese Ratlosigkeit von Regierungen und Regierten, das fortwährende Wechseln, Stärker- und Schwächerwerden im Feldgeschrei der Parteien, allen diesen allgemeinen Systemen gegenüber, die wie Pilze aus der Erde schießen und sich alle als den endlich gefundenen Stein der Weisen, als das Universalheilmittel aller der tausend Leiden der heutigen Menschheit mit lautem Ungestüm ankünden, um ebenso rasch wieder von der Oberfläche zu verschwinden und andern Platz zu machen. Und doch muß der Ausweg aus diesen unglückseligen Irrsalen sich finden lassen und die Pforte zu der lachenden Landschaft, die bis jetzt nur Poeten und Weise im nebelhaften Traume erblicken, von der ganzen Menschheit sinnlich wahrgenommen und körperlich durchschritten werden, soll nicht die menschliche Geschichte der bitterste Hohn und die Idee einer Zivilisation ein Traumbild sein, das uns ein Dämon vorgaukelte und, wenn wir armen Menschen es endlich zu fassen glauben, als Staub und Moder uns an die Köpfe schleudert. Und friedlich muß die Lösung sein, wenn nur endlich der große Genius erscheint, den schon so viele falsche und wahre Johannes gepredigt haben; oder sollte der menschliche Boden zu aus-

gemergelt sein, um eine solche hochwüchsige Eiche noch hervortreiben zu können, auch dann noch, wenn nur erst hundert und wieder hundert Menschen und zuletzt die ganze Masse in ernster und ausdauernder Anstrengung — ein jeder nach seinen Gaben — die Steine herbeitragen und den Bau beginnen hilft. Fehlt dann auch der Messias, die zwölf Apostel müssen sich doch finden.

Will man aber [statt] der Menschheit zunächst unserm deutschen Vaterlande von Nutzen sein, so ist vor allen Dingen nötig, daß man seine eignen Fähigkeiten mit Ernst und Ausdauer entwickelt und sich dann einen Wirkungskreis sucht, wo man nach seiner eigentümlichen Richtung sich auf dem geeigneten Platze befindet, um das Fach, das man erwählt hat, mit Lust und Liebe und mit ganzer Seele zu erfassen, da nur dann allein es möglich ist, wenn auch nicht das Ausgezeichnete, aber doch das den Kräften Entsprechende zu leisten. Mit der Entwicklung meiner Fähigkeiten ist es mir nun zunächst eigen gegangen. Was meinen Beruf anbelangt, hattest Du, mein Vater, mir freie Wahl gelassen, und da der Soldatenstand in Friedenszeiten mich nicht sehr anzog, wählte ich das juristische Studium, auch nicht aus Vorliebe — ich kannte ja gar nicht, was ich wählte —, sondern vielmehr, weil der juristische Staatsdienst mir als Adligem fast als das einzige andre Fach erscheinen mußte. Auf der Schule begnügte ich — da unsre ganze Schulmethode in Hannover mehr wie geisttötend war —, begünstigt von einer außerordentlich leichten Fassungsgabe, die mir Fleiß und Urteil ersetzte und mich in meinen eignen Augen, verleitet durch den allgemeinen Beifall, für ein Genie erscheinen ließ — mich mit einer glänzenden Oberflächlichkeit in den meisten Schulfächern und las dafür ohne Auswahl, allmählich ohne alles Urteil über das Gelesene, eine Unmasse von Schriften aller Art. Vollgepfropft von fragmentarischen, unverdauten Kenntnissen, ohne Klarheit über mich und über die Welt, körperlich mich nur allmählich erholend, bezog ich die Universität, von meinem Studium mir nicht gerade gewaltig viel versprechend, von der pedantischen, jämmerlichen Weise der Lehrer, denen ich in die Hände fiel, aber bald ganz zurückgestoßen. Zu einer bestimmten Richtung, der ich schon als Knabe nachgehangen hatte, fühlte ich mich freilich wohl hingezogen, mehr aber aus einem theoretisch-idealen Anfluge als im vollen Bewußtsein der Gründe weshalb. Meinen allgemeinen Wissensdurst fuhr ich fort zu befriedigen, ohne Konzentration auf bestimmte Gegenstände; und für einen Drang nach äußerer Tätigkeit fand ich in dem studentischen Verbindungsleben, in das ich mich nach fast halbjähriger Ueberlegung aufnehmen ließ, ein nicht ungeeignetes Feld. Die drei schönen Studentenjahre verstrichen, während ich allmählich durch

Umgang mit mir überlegenen Altersgenossen, durch eignes Nachdenken und durch weniger konfuses Lesen, bei den ewigen freundschaftlichen und feindlichen Reibungen mit den verschiedenartigsten Charakteren, sowie durch unser exzentrisches deutsches Studentenleben fortwährend auf dem „qui vive“ erhalten, zu gesunderen Ansichten und größerer Klarheit und Urteilsfähigkeit gelangte. Mein juristisches Studium betrieb ich höchst lässig und verließ mich, was speziell das Examen anbelangte, auf meine Gewandtheit, in kurzer Zeit über alles mögliche einen Ueberblick zu gewinnen, und auf die Hunderte von Beispielen eines ähnlichen glücklich abgelaufenen Verfahrens. Ich lernte sodann auch noch glücklich so viel, um mein Examen nicht schlecht zu bestehen und in den praktischen Dienst treten zu können. In dem letzten Jahre bin ich durch vieles Nachdenken, durch das Nachwirken aller vorher erfahrenen Eindrücke einen bedeutenden Schritt weitergekommen. Ich halte mich jetzt nicht entfernt mehr für ein Genie, glaube aber, die Anlage zu haben, einmal mehr als das Mittelmäßige zu leisten, habe diese Anlagen, wenn auch nicht in eine große Tiefe, doch in eine ziemlich bedeutende Breite entwickelt, bin überzeugt, die ersten so nötigen sicheren Anhaltspunkte gewonnen zu haben, und vertraue fest darauf, daß ich die Ausdauer besitze, alle diese Blütchen zur Frucht zu treiben.

Dazu bedarf es aber einer konzentrierten Anstrengung, von der ich bis jetzt kaum eine Spur entwickelt habe. In unsrer Beamtenkarriere fehlt es mir aber dazu an aller Gelegenheit. Teils nimmt das Geschäft eines Beamten, wenn man es als Lebensberuf betreiben will und auch nur das Mittelmäßige darin zu leisten denkt, zu viel Zeit in Anspruch, teils fehlt es, sollte man auch die Zeit erübrigen, bei dem Wechsel in den Wohnorten und dem Aufenthalte in kleinen Orten häufig an aller Anregung durch ein größeres Leben, durch bedeutende Menschen oder an allem Hilfsmittel zum Studieren. Nun fragt es sich, ob die Aussichten eines hannoverschen Beamten auf seine Zukunft genug Annehmlichkeiten bieten, um das Aufgeben dieser Aussichten, *solange es noch Zeit ist*, ganz unratsam zu machen. Begeisterung kann diese ganze Tätigkeit wohl gar nicht erregen. Dies jahrelange Einerlei eines ewigen Schreibens, von dem man im Grunde für wenige Menschen einen erheblichen Nutzen ersieht, muß, in Verbindung mit dem gerade in Hannover sehr fühlbaren Mangel an aller geistigen Regung, keinem Menschen ein sehr großes Interesse einflößen können. Ich behauptete geradezu und habe es aus mehrerer Beamten Munde, daß nur die Notwendigkeit, leben zu müssen, und die Schwierigkeit für viele aus unsern Verhältnissen, in andern Bahnen die Subsistenzmittel sich zu verschaffen, den bei weitem größten Teil in diese Beschäftigung, die im Grunde

nicht viel besser als eine Anstellung in einer Tretmühle ist, hineingestoßen hat. Dafür nun, daß man sich, seine ganze geistige Kraft, häufig auch noch Charakter und Ehre der Regierung verkauft, sieht man sich im Besitze der Hoffnung, nach einer ganzen Reihe von Jahren eine unbedeutende Besoldung zu erhalten, die an und für sich, abgesehen von einzelnen seltenen Glücksfällen, die Möglichkeit der Begründung eines eignen Familienhaushalts, wenn man Lust dazu hat, auf eine Zeit hinausschiebt, wo nach einem natürlichen Laufe der Dinge diese Lust eigentlich schon vergangen sein sollte. Was nun speziell meine Aussichten in dieser Laufbahn betrifft, so ist das in Kürze: eine größtenteils geistlose Beschäftigung ohne inneren Beruf, ohne Liebe, also wahrscheinlich lässig treiben, zehn bis zwölf Jahre oder, habe ich Glück, sieben bis neun Jahre fast ganz auf Deinen Geldbeutel angewiesen zu sein, und am Ende in einer Sache, die man nicht mit ganzer Seele treibt — treiben kann —, es allenfalls bis zur Mittelmäßigkeit zu bringen, während ich vielleicht, entweder wenn ich jetzt, wo ich mitten in meiner besten geistigen Entwicklung bin, einige Zeit Muße und Ruhe habe, diese Entwicklung zu fördern, oder wenn ich rasch, solange es noch Zeit ist, ein andres Fach ergreife, der Welt von einigem Nutzen hätte sein können.

Ich möchte Dir nun zwei Vorschläge machen, die freilich in einem möglichen Falle auf einen hinauslaufen: entweder mir zu erlauben, daß ich jetzt gleich meinen Abschied fordere — der mir nicht versagt werden kann — und mich ohne weiteres auf die akademische Laufbahn vorbereite, oder aber, daß ich um einen einjährigen Urlaub einkomme behufs eines ferneren Studiums. Dieser letzte Weg wäre vielleicht der sicherste. Ich habe noch diesen Winter gesehen, wieviel man in ganz kurzer Zeit in irgendeinem Fache lernen kann, nun gar wenn man seinen Neigungen folgen darf, und ich glaube, daß mir ein Jahr bei wirklicher Anstrengung ausreichen würde, um meinen jetzigen Ansichten und Grundsätzen eine feste wissenschaftliche Gestalt und eine bestimmte praktische Richtung geben zu können. Am liebsten würde ich in diesem Jahre Heidelberg zu meinem Aufenthalt wählen, weil ich dann ganz in Eurer Nähe wäre, einen Teil des Jahres mit Leichtigkeit bei Euch zubringen könnte, auch für das Studium der Staatswissenschaften an Gervinus, Mittermaier, Schlosser, Morstadt u. s. w. reichlich so viel Anregung finden würde als auf einer andern Universität; dafür aber verhältnismäßig weniger Abhaltung als in Berlin haben würde, weil mir dieses noch in jeder Weise fremd ist, ich das Heidelberger Leben aber bereits bis auf die Hefen genossen habe. (Eine etwaige Befürchtung Mutters, daß ich Duellgefahren mich aussetzen würde, bedarf wohl kaum der

Versicherung, daß ich das Leben jetzt ganz anders als zu der Zeit ansehe, wo ich Student war; eine Vermeidung aller studentischen Reibungen ist aber schon für einen älteren Studenten eine äußerst leichte Sache, wieviel mehr für mich, da ich doch kaum als Student leben würde.) Nach Verlauf dieses Jahres könnte ich mich dann, was ich freilich nicht mehr glaube zu bedürfen, überzeugt haben, ob ich gegen das hannoversche Beamtenleben einen entschiedenen Widerwillen besitze oder ob ich zu einem zunächst rein theoretischen Fache Anlage, Ausdauer und Lust genug besitze. Ist eins von diesen nicht der Fall, so könnte ich sodann in meine verlassene Laufbahn wieder zurücktreten, ohne Zeit verloren zu haben, während ich einen inneren sicheren Fond mitbrächte, der mir gestattete, was mir jetzt unmöglich ist, auch bei geringer äußerer Anregung in mir selbst die Elemente allein zu finden und zu nähren zu einer meinen Kräften entsprechenden Entwicklung. Der Urlaub könnte mir von meinem Amtmann nicht gut allein erteilt werden. Einer Anzeige bei der Landdrostei, wahrscheinlich einer Bewilligung des Landdrosten wird es dazu noch bedürfen. Doch sollte ich kaum glauben, daß, besonders wenn Du an Torney, den Du ja gut kennst, selbst schreibst, es einen vernünftigen Grund geben kann, mir einen Urlaub zu einer weiteren staatswissenschaftlichen Ausbildung abzuschlagen. Sollte mir jedoch wider Erwarten dieser Urlaub abgeschlagen werden oder nur unter der Bedingung bewilligt werden, daß mir dieses Jahr in dem Staatsdienst nicht angerechnet würde, so bitte ich Dich, mir zu gestatten, um meinen Abschied anzuhalten. Was meine Absichten in diesem Falle anbelangt, so würde ich zunächst nach Heidelberg gehen und dort anfangen, Staatswissenschaften gründlich zu betreiben, um nach einigen Jahren als Dozent mein Heil versuchen zu können. Ich habe diesen Schritt lange überlegt und weiß, was sich alles dagegen einwenden läßt. Ein Vorurteil gegen diesen Stand, vermute ich, hast weder Du noch Mutter. Eine gesicherte Zukunft gebe ich auf der einen Seite nicht auf, finde sie freilich auf der andern Seite auch nicht vor; sollte es mir aber eines Tages obliegen, für meine jüngeren Geschwister mitsorgen zu helfen, so bin ich überzeugt, daß mir das in der Lage, wo ich allein auf meine Fähigkeiten angewiesen, aber selbständig stehe, leichter möglich sein wird als in einer hannoverschen Beamtenlaufbahn, wo meine etwaigen Konnexionen vielleicht durch [meine] von den am Ruder stehenden verschiedene[n] Grundsätze paralysiert werden und überhaupt, in einem solchen Falle aber ganz vorzugsweise, das Talent immer nur mittels Ancienneté vorwärtskommen kann. Die beiden Hauptgründe, die Du meinem Plan entgegensetzen kannst, sind meiner Meinung nach nur, zunächst daß ich die zu einer akademischen

Laufbahn nötigen Talente oder die zu der Ausbildung derselben erforderliche Ausdauer nicht besitze, und ferner, daß ich am Ende zu einer solchen rein theoretischen Wirksamkeit den inneren Beruf nicht hätte und mich mittels meines auffallenden Schrittes nur unglücklich machen würde. Ueber meine Talente kann ich mich allerdings täuschen, an meine Ausdauer glaube ich aber mit Festigkeit. Ausdauer und Freiheit der Entwicklung müßte aber doch auch geringe Talente fördern können, und wenn ich auch zu einem praktischen Staatsdienste mehr Anlagen haben sollte als zu einer theoretischen Wirksamkeit als akademischer Lehrer, so werden gewiß nicht immer die Grenzen zwischen Schule und Praxis so streng gezogen sein wie in unserm heutigen deutschen Staatsleben.

Die Wissenschaft muß sich vom Schulstaube immer mehr befreien und nur in einer höheren Auffassung und Gestaltung des Lebens ihr Ziel suchen, dann hört sie aber von selbst auf, reine Theorie zu sein, und wird gewiß in edlerem Sinne „eine praktische" genannt werden können als die gesamte Beamtenschreiberei. Und sollte einmal eine größere Zeit für Deutschland kommen, sollte der Sturm, der alle europäischen Verhältnisse aufzuwühlen droht, wirklich heraufziehen, so werden die Männer, die an dem allgemeinen Werke mitarbeiten helfen werden, einerseits zwar aus den von unsrer sogenannten Zivilisation nicht depravierten, noch kräftigen und gesunden Teilen des Volks, auf der andern Seite aber auch zum großen Teile aus der in den Wissenschaften eine neue Gestaltung für das Leben suchenden Klasse, aus den in der Wissenschaft sich mit Bewußtsein für das Leben Ausbildenden hervorgehen. Unsre Beamtenhierarchie, die bis jetzt im Vergleich mit England und selbst mit Frankreich wohl Minister, aber keine Staatsmänner hervorgebracht hat, deren Praxis, die — als Beamtenstube — vom Leben wenigstens ebensoweit als die Stube des Gelehrten abstehend, nicht nur den Geist, sondern auch Freiheit und Charakter tötet, trägt zu einer künftigen Größe Deutschlands, zu einer glücklichen Bewältigung des furchtbaren Gespenstes, an dem die Kultur im 19. Jahrhundert abermals zu scheitern droht, wohl die wenigsten tauglichen Elemente in sich. Soll nicht zum zweiten Male in Europa eine jahrhundertlange Barbarei, folgend auf eine ebenso lange dauernde Umwälzung, an die Stelle einer dem Untergange nahen Kulturepoche treten, so ist das nur durch eine Vereinigung der im Volke liegenden schöpferischen Kraft und noch ungebrochenen Leidenschaft und des wärmsten, aufopferndsten wissenschaftlichen Eifers aller derer aus unsern sogenannten gebildeten Klassen möglich, die für das Wohl der Menschheit noch einer Begeisterung fähig sind und die an einer glücklichen Entwicklung zu einer besseren Epoche noch nicht verzweifelt haben.

Diesem Werke alle meine Kräfte, und wären sie auch noch so schwach, mein ganzes Leben zu widmen, bin ich fest entschlossen und bitte Dich jetzt um Deine Zustimmung zu dem deshalb von mir zunächst eingeschlagenen Wege.

— — — Ich schicke diesen Brief aber doch lieber heute weg, weil ich jetzt, wo ich fest entschlossen bin, keine Ruhe habe und weil, was geschehen soll, rasch geschehen muß. — — — Ich fühle, wie schwer es war, schriftlich Dir alles, was ich wollte, auseinanderzusetzen, und weiß nicht, ob es mir gelungen ist, Dich für meine Pläne zu überzeugen, ich hoffe aber, daß, wie unklar und schlecht ich mich auch ausgedrückt haben mag, Du überzeugt bist, daß ich selbst von der Wohltätigkeit derselben nach einer ernsten und langen Ueberlegung versichert bin. Leb wohl, mein teuerster Vater, und erfreue bald mit einer, wie ich hoffe, zustimmenden Antwort

Deinen getreuen Sohn Rudolf.

*

Es ist das Schreiben eines Zweiundzwanzigjährigen, der vielleicht zum ersten Male zum Bewußtsein seiner Lebensaufgabe gelangt: das empfindet man wohl bei der etwas pathetischen Färbung der vielen von dringlichster Ueberredungskunst eingegebenen Worte. Aber mehr als von dem noch Unfertigen und Ringenden, nach Ausdruck und Inhalt Suchenden in diesem Briefe wird man doch angezogen, ja ergriffen von dem, was auf die Vollendung in dem fertigen Manne gleichsam prophetisch hindeutet. Seine bisherige Entwicklung wird von ihm selber ohne Beschönigung und Weichlichkeit angeschaut. Alle Motive seiner Abneigung gegen die hannoversche Beamtenlaufbahn kann man nicht mit den Händen greifen, sondern nur vermuten; nach der reichlich genossenen Freiheit seiner Studentenjahre und ihrer geistigen Anregung mochte das Mechanische und Kleinliche des Dienstes, Zwang und Disziplin auch zu der sofortigen Reaktion beitragen und die Sehnsucht nach einer ungebundeneren Existenz in ihm wachrufen. Entscheidend aber waren politische Gründe. Die geheime Abneigung gegen die kleinen Verhältnisse des hannoverschen Mittelstaates kommt zwar nicht ausdrücklich zu Worte und konnte auch dem Vater, dem hannoverschen Offizier, gegenüber nicht gut geäußert werden; aber man fühlt überall heraus, daß sein politischer Sinn in diesen Verhältnissen keine völlige Befriedigung findet, sondern ihn auf einen größeren Schauplatz, das deutsche Vaterland hinausdrängt. Auch eine positive Darlegung seiner politischen Ueberzeugungen mangelt vielleicht nur deshalb, weil gegen den Vater nicht alles herausgesagt werden durfte, oder auch wohl, weil noch nicht alles zu fester Anschauung in ihm gereift war; aber in

welches Lager der Jüngling hineinstrebt, zeigt nicht nur der Hinweis auf „seine von den am Ruder stehenden verschiedenen Grundsätze", sondern auch die Erwähnung der liberalen Heidelberger Professoren deutlich genug. Es ist kein partikularstaatlicher, sondern allgemein deutscher Liberalismus etwa von der Farbe, wie er in der wenige Monate später in Heidelberg durch Gervinus und seine Freunde begründeten „Deutschen Zeitung" seinen Ausdruck findet; gerade in der Enge und Abgeschiedenheit seiner Tätigkeit mochte Bennigsen die gewaltige Anziehungskraft dieser Bewegung auf das stärkste an sich erfahren. Die drückende und schwüle Luft der Zeit, anderthalb Jahre vor dem Ausbruch der Revolution, weht uns fast aus jeder Zeile dieses jungen Mannes entgegen. Je unbestimmter das Kommende sich seinem geistigen Auge darstellt, um so mehr sucht er nach einem höheren Punkte, von dem aus er mitwirken könnte.

Vergegenwärtigen wir uns auf der einen Seite den Widerwillen gegen die gering eingeschätzte Beamtentätigkeit und auf der andern den Drang zur politischen Wirksamkeit als das doppelte Motiv seines Schrittes, so werden wir, ohne nach einem Vergleich zu suchen, von selbst an den berühmt gewordenen Brief von 1837 erinnert, in dem ein andrer Zweiundzwanzigjähriger, Otto von Bismarck (an seine Cousine, die Komtesse Bismarck-Bohlen) mit ähnlicher Rechenschaft über sich selber die Gründe vortrug, weshalb er, trotz aller glänzenden Anlagen, die Staatslaufbahn verließ, um zunächst in die Unabhängigkeit des Gutsbesitzers hinüberzutreten. Manche Aehnlichkeiten des Gedankenganges hier wie dort drängen sich förmlich auf, aber auch die tiefgreifenden Unterschiede — Unterschiede, die für die ganze Entwicklung beider Männer charakteristisch sind — lassen sich aus der äußerlichen Gleichheit des Vorganges herauslesen. Was bei Bismarck die blutvolle Farbe des Lebens trägt, realistisch gedacht ist, erscheint bei Bennigsen eher idealistisch geformt und von theoretischem Nachdenken geleitet: auch der beiden gemeinsame politische Ehrgeiz erscheint bei dem einen als der Machttrieb einer Natur, die auf die Länge nur an erster Stelle stehen kann, und bei dem andern als das schwungvolle Streben, die Summe seiner geistigen Fähigkeiten für ein Ideal einzusetzen. Dementsprechend zieht der schon reifere Bismarck sich in das Landleben zurück, zunächst auf Politik und öffentliche Betätigung verzichtend, bis ihm die Stunde schlägt, während Bennigsen, bezeichnend genug, den Weg über die Wissenschaft wählen will, um von ihr aus auf die Politik der Gegenwart einzuwirken. Gerade aus seinen Worten über den notwendigen Zusammenhang zwischen Wissenschaft und Politik spricht die Ansicht des damaligen Liberalismus; soeben hatte sie auf dem ersten deutschen

Germanistentage einen begeisterten Ausdruck gefunden, und auch die nächstfolgende Generation, der Bennigsen selber angehörte, hat in den fünfziger und sechziger Jahren besonders auf dem Gebiete der Geschichtschreibung der gleichen Tendenz nachgelebt. Als hannoverscher Verwaltungsbeamter war er fest mit dem Bestehenden in Staat und Gesellschaft verkettet, selber ein Stück dieses Systemes, das er bereits in seinen Grundfesten wanken sah: in der Wissenschaft aber sah er den Geist der Freiheit lebendig und in ihr glaubte er die Elemente zu finden, aus denen eine nahe Zukunft den Neubau eines deutschen Staates errichten konnte.

Der Vater antwortete in einem ausführlichen Schreiben. Zwar dachte er skeptisch über den idealistischen Eifer seines Sohnes: „Du leidest an den Gebrechen unsrer Zeit, an Ueberreiztheit, Ueberspannung, und gleich andern jungen Leuten an dem Glauben, zu Reformen berufen zu sein. Unsre Zeit ist die Zeit der Reformen, sie ist eine wunderbare, rätselhafte; aber es scheint mir, als ob Du — und mancher andre — mehr Gift daraus aufsaugtest, als darin liegt." Zwar warnte er vor den Schwierigkeiten der akademischen Laufbahn und ging auf das liebevollste alle Einwände gegen die Pläne seines Sohnes durch, aber er wollte trotz allem keinen Einfluß auf dessen Entschließung ausüben, sondern schloß: „Du selbst magst über Dich entscheiden. Bleibst Du fest bei Deinem Entschlusse, so mag er in Ausführung kommen, nach meiner Ansicht so bald als möglich." So gab er seine Erlaubnis zur Einreichung des Urlaubsgesuches und fügte nur den guten Rat hinzu: „In dem Gesuche kannst Du vermeiden, Heidelberg zu nennen, denn schwerlich wird der Urlaub in Lüneburg entschieden; sollte er aber Sr. Majestät vorgelegt werden, so ist es möglich, daß er mehr an die Badenschen Verhältnisse[1]) als an die Nähe von Frankfurt denkt." Den weiteren Verlauf der Angelegenheit erfahren wir aus folgendem Briefe.

An den Vater.

Lüne, 27. Dezember 1846.[2])

Wie mein Urlaubsgesuch wider alles Erwarten abschlägig beantwortet worden ist, wirst Du jetzt wohl schon erfahren haben. Ich hatte sogleich denselben Tag, an dem ich Dein so väterlich mildes Eingehen auf meine Pläne aus Deinem Briefe gesehen hatte, mein Urlaubs-

[1]) Es wird auf die Abneigung des Königs Ernst August gegen den badischen Liberalismus angespielt.

[2]) Bennigsen war hier bei seiner Tante Minna von Jonquières, der Chanoinesse im Kloster Lüne (bei Lüneburg), bei der auch seine Schwester Luise damals weilte, für die Weihnachtstage zum Besuch gekommen.

gesuch aufgesetzt, das sodann am folgenden Morgen mit dem zustimmenden Berichte meines Amtmanns nach Lüneburg abgegangen ist, und sodann an Hammerstein[1]) geschrieben und ihn um seine Verwendung und seinen Rat gebeten, in diesem Briefe auch, was ich in dem offiziellen Gesuche, ohne vorgreifen zu wollen, nicht gut erwähnen konnte, einfließen lassen, daß ich mir dieses Jahr auch in meiner Karriere abrechnen lassen wolle, obgleich es von Interesse für mich sei, daß es mir angerechnet würde. Wie es nach den Verordnungen über den Urlaub der Beamten vorauszusehen war, hat die Landdrostei mein Gesuch an das Ministerium des Innern geschickt, und dessen Antwort ging mir denn auch nach fünf Wochen in indirekter Rede von der Landdrostei zu, ohne daß die Sache weiter dem Kabinett oder dem Könige vorgelegt war. In dem Schreiben hieß es, daß meinem Wunsche nicht nachgegeben werden könne, denn nach den Verordnungen müsse ein junger Mensch zu der Zeit, wo er sein Staatsexamen mache, seine theoretische Bildung schon vollständig erlangt haben; diese drei Jahre seien dazu gemacht, sich auf den praktischen Staatsdienst vorzubereiten, und gemachten Erfahrungen nach reiche dieser Zeitraum dazu nicht einmal immer aus! Punktum! Mir den Urlaub zu erteilen und das Jahr abzurechnen, diesen Ausweg, der ihre Deduktion ganz niederschlug, hatten sie ganz unberücksichtigt gelassen. Einige Tage darauf antwortete mir Hammerstein freundlich aber abratend, der König liebe das fernere Studieren nicht — in diesem Falle war er aber gar nicht um seine Entscheidung gefragt —, wollte ich später in eine höhere Behörde eintreten, so könnte ich mich dazu durch eignes Studium neben meinem Beamtendienste auch füglich vorbereiten, ohne daß es eines Aufenthalts auf einer Akademie bedürfte. Diese Briefe erhielt ich am 9. und 12. November. Für diesen Winter war ein ferneres Nachsuchen also nicht mehr ratsam.

Meine Ansichten — Grundsätze darf ich die noch vagen Ideen eines 22jährigen Menschen wohl nicht nennen — sind dieselben geblieben. Hältst Du nun das, was ich Dir im Oktober schrieb, nicht für bloß launenhafte phantastische Träume, sondern für die Grundlage meiner einstigen Ueberzeugung und Handlungsweise, und hast Du so viel Nachsicht und Vertrauen zu mir, daß Du mich meinen Weg, auf dem ich hoffe noch einmal ein nützliches Glied der menschlichen Gesellschaft zu

[1]) Der damalige Geheime Regierungsrat Freiherr von Hammerstein-Lorten war der Familie Bennigsen nahe befreundet. Er war 1848/50 Generalsekretär im Ministerium des Innern unter Stüve, 1850/51 Finanz- und Handelsminister im Ministerium Münchhausen, 1852/53 Minister des Innern im Ministerium Schele, 1862/65 wieder Minister des Innern im „Ministerium der Versöhnung".

werden, so eigenwillig und sonderbar er auf den ersten Blick zu sein scheint, gehen lassen willst, so möchte ich Dich bitten, mir bis zu nächsten Ostern Bedenkzeit zu geben und mittlerweile — vielleicht Ende Februar oder Anfang März — Dich direkt ans Kabinett zu wenden und um einen einjährigen Urlaub, von nächsten Ostern an gerechnet, auch auf die Gefahr hin, daß dies Jahr mir nicht angerechnet würde, anzuhalten. Erfolgt eine zustimmende Antwort, gut! wird es abgeschlagen, so habe ich sodann definitiv mich zu entscheiden, ob ich im Lande bleiben und mich ehrlich nähren oder eine andre Karriere ergreifen will. Du hast, mein Vater, wofür ich Dir nicht genug danken kann, meiner Entwicklung von jeher volle Freiheit gestattet, mehr auf meine Neigung als vielleicht auf Deine gesehen, und Dein letzter Brief ist wieder ein solcher Beweis von Güte und Vertrauen, wie ich beides noch nicht verdiene, daß ich die Hoffnung hege, Du würdest auch jetzt meinen Wünschen nachgeben und auch Ostern mir nicht zuwider sein für den Fall, daß unser Gesuch abgeschlagen werden sollte und ich Fähigkeit und Ernst genug zu fühlen glaubte, um eine andre Laufbahn einzuschlagen. Eitelkeit und Ehrgeiz ist es wahrlich nicht, was mich dazu bewegen würde; für deren Befriedigung hätte ich, falls mir jeder Weg recht wäre, hier in Hannover am Ende weit günstigere Chancen. Ueberhaupt würde ich auf dem Wege, den ich vielleicht gehen könnte, vielleicht mehr Dornen und Disteln als Rosen und Feigen finden, und nach der Art, wie ich meine letzten vier Jahre verlebt habe, hältst Du [mich] wohl einer augenblicklichen Aufwallung, aber vielleicht keiner Ausdauer und namentlich keiner Reihe von Opfern für fähig. Doch möchte ich Dich bitten, noch einige Zeit Geduld mit mir zu haben — Du hast deren ja schon so viele gehabt. Ich habe mich in den letzten zwei Jahren sehr verändert und durch günstige Umstände Gelegenheit gehabt, mich rasch zu entwickeln. Und sollten unsre Grundsätze vielleicht einmal verschieden sein, so hoffe ich doch, daß Du glauben wirst, es seien schwer errungene Ueberzeugungen, die mir meinen Lebensweg und meine Handlungsweise vorschreiben.

*

Der Vater antwortete ihm am 19. Januar 1847:

„Daß Dein Wunsch eines einjährigen Urlaubs nicht in Erfüllung ging, habe ich sehr bedauert; aber auch nicht anders erwartet. Ich bin selbst der Ansicht, daß dem Könige Dein Gesuch vorgelegt ist, und daß, wie dieses in ähnlichen Fällen wohl gebräuchlich sein wird, das Ministerium nicht in des Königs, sondern im eignen Namen antwortete. Nun halte ich eine Erneuerung des Gesuchs von meiner Seite — auch unter Anführung, daß Du Dir das Jahr abrechnen

lassen wolltest — für völlig erfolglos, und für Dich und für mich sehr nachteilig, denn es würde den Minister, vielleicht den König selbst beleidigen. Dieses könnte für mich um so schlimmere Folgen haben, wenn ich hartnäckig für Dich eine Laufbahn in Anspruch nähme, in der Du — was mir nicht recht klar geworden ist — vielleicht einige grelle, selbst gegen unsre Regierung gerichtete Tendenzen verfolgen wolltest. Ich muß dies leider aus einigen Deiner Aeußerungen schließen, in der Du voraussetzest, daß wir in manchen Dingen nicht gleicher Ansicht sein würden. Ich hoffe, Du kennst mich so weit, daß Du mich zu keiner der Ultraparteien, sondern zu der des gemäßigten Fortschritts rechnest, und somit wirst Du Dich gewiß nicht wundern, wenn ich unsre hin und wieder etwas strenge Regierung in jetziger Zeit für durchaus heilsam halte, da ich die schwache Regierung vor der Thronbesteigung unsers Königs, die sich durch elende Schreier wie Christiani[1]) und Konsorten ins Bockshorn jagen ließ, wahrlich nicht für rühmenswert gehalten habe. Nach meiner Ansicht kann für Dich kein Mittelweg mehr eingeschlagen werden, und Du mußt Dich vor Ostern entschließen, ob Du den Staatsdienst verlassen willst oder nicht."

Maßvoll und klug erneute er dann alle Bedenken gegen die akademischen Pläne und verband sie mit neuen, schließlich wiederum dem Sohne das letzte und entscheidende Wort lassend: „Mehr als es irgendwo in Deutschland der Fall ist, hat Hannover einen hochgebildeten Beamtenstand. Ich bin in Preußen, Sachsen u. s. w. ziemlich hochgestellten Leuten häufig begegnet, die sich äußerlich wie Krämer oder Handwerker gebärdeten, während dieses in Hannover gewiß zu den sehr seltenen Ausnahmen gehört. Fühlst Du Abneigung gegen das Leben auf dem Lande, wo freilich die Hilfsquellen bald versiegen, so betrachte, wenn Du im Staatsdienst bleiben willst, es als einen Uebergang und bemühe Dich, in die Justizkanzleien oder Landdrosteien zu kommen, was Du gewiß erreichen kannst. Doch wie gesagt, Du selbst mußt Dein Los wählen, denn ich würde es mir zum Vorwurfe machen, wenn ich mehr getan hätte, als Dir meine Ansichten über diesen und jenen Weg zu zeigen. Jeder muß in sich selbst ermitteln, wozu er befähigt und bestimmt ist."

Aber der mit so viel Ernst und Feuer ergriffene Plan blieb nur ein Intermezzo in diesem Leben. Ein bloßer Anlauf, zunächst ohne unmittelbare Folgen. Bennigsen war nicht ein Mann rascher Entschlüsse,

[1]) Der Advokat Christiani in Lüneburg war bei der Beratung des Staatsgrundgesetzes von 1832 im Landtage der am weitesten gehende Redner der Liberalen; ein Freund Heines, der ihn scherzend den Mirabeau der Lüneburger Heide nannte.

mit denen er alles auf Biegen oder Brechen gestellt hätte. Er verarbeitete die Dinge langsam in sich. Vielleicht fühlte er sich doch, unter dem Eindruck der Einwände seines Vaters, noch nicht reif und fest genug, um seiner Lebensbahn eine so gänzlich veränderte Richtung zu geben. Er konnte selbst nicht verkennen, daß in seinen Plänen etwas Unbestimmtes lag. Wie er damals war, ergibt sich auch aus den Briefen seiner klugen Schwester Luise, die damals im Winter 1846/47 in Lüne bei ihrer Tante Minna von Jonquières zum Besuch weilte. Temperamentvoller als der ältere Bruder hatte sie schon am 6. Dezember an die Eltern geschrieben: „Hätten wir nur erst etwas Bestimmtes von Rudolf oder Ihr erst einen Brief von ihm! Diese lange Verzögerung, ehe er einen Entschluß fassen kann, bringt ihn doch immer um ein Vierteljahr, und das ist bei seiner Lage wohl in Anschlag zu bringen. Der Abschied, den er nun wohl wird nehmen müssen, erschwert das Ganze sehr, doch kann ich mir nicht denken, daß ihn dies von seinem Vorsatz abbringen wird, den er doch seit Jahren in sich verarbeitet hat. Tante Minna hat ihm gestern geschrieben und ihn zu Weihnachten eingeladen; wenn er dann noch nicht abgereist ist, so hoffen wir sehr, ihn hier für einige Zeit zu haben. Die Jochmus erzählte uns viel Erfreuliches von ihm. Ihr Sohn, der ja selbst ein ausgezeichneter Mensch ist und Rudolf wohl beurteilen kann, da er ihn so viel sieht, hätte geschrieben, er wäre ein eigner, nicht leicht sich hingebender Charakter, doch er hätte ihn sehr liebgewonnen und müßte oft erstaunen über die vielseitige, selbst gelehrte Geistesrichtung, die er genommen, so daß er ihm oft leid täte, daß er sich mit den Bauern abgeben müsse, und er (der Jochmus) hoffe, er könne noch einmal seiner Neigung, eine akademische Laufbahn einzuschlagen, folgen. Offen scheint er mit allen über seine Pläne gesprochen zu haben." Und gleich darauf urteilte sie: „Rudolf sieht sehr wohl aus, ist im ganzen stärker und ausgewachsener geworden, hat recht hübschen Anstand, etwas wie ein Engländer, und hat überhaupt etwas Männliches bekommen. Seine Narbe auf der Backe ist freilich recht sichtbar, doch der Zahn ist nur gestreift und keine Lücke unter seinem angehenden Schnurrbarte sichtbar. Gesicht und Sprache haben sich auch verändert ... Unsre Hauptfreude haben wir darüber, daß er heiter und sehr gesprächig ist; den leichten zufriedenen Sinn wie Karl hat er wohl nicht, und mit seiner ganzen Entwicklung ist er noch lange nicht zufrieden, dadurch dieser Trieb, seine vielen Anlagen, die jetzt nur geweckt sind, zur Reife zu bringen. Nach seinen gestrigen Gesprächen bin ich mehr denn je davon durchdrungen, wie unendlich viel in ihm liegt: seine Unterhaltung hat etwas sehr Interessantes und Fesselndes, und Eifer und Worte fehlten ihm auch

nicht dabei. In Hinsicht seines verschlossenen Wesens hat er sich sehr verändert; er spricht jetzt so klar und so gern über alles, was ihn angeht, über das Verhältnis der Universitäten, seine Pläne, seine Ansichten. Etwas schwarz sehen die letzteren freilich, doch viel Wahrheit liegt in allem, was er sagt. Ich habe jetzt frohen Mut und Hoffnung dabei, obgleich seine Zukunft unentschieden und auch noch unklar ist. Was er eigentlich will, ist, wie er selbst sagt, noch gar nicht bestimmt, er will sich jetzt nur vollenden, um dermaleinst etwas in der Welt leisten zu können." [1])

Im Laufe der nächsten Monate gab Bennigsen seinen Plan, die kaum begonnene Laufbahn des Verwaltungsbeamten wieder mit der Wissenschaft, dem Studium der Staatswissenschaften, der Politik und Geschichte zu vertauschen, endgültig auf. Zwar benutzte er auch weiterhin die Muße, die ihm der Dienst in Lüchow ließ, um auf eigne Hand seine Lieblingsstudien weiterzutreiben. So schreibt er am 22. Januar an seine Schwester Luise: „Seit acht Tagen habe ich angefangen, Herder zu studieren. Die milde Klarheit seines ganzen Wesens hat etwas sehr Wohltuendes, und dabei steht dieser Mann des vorigen Jahrhunderts, ganz abgesehen von seiner individuellen Größe, auf einer vorurteilsfreien Höhe der Anschauung in betreff von Christentum und Religion überhaupt, daß unsre heutigen Lichtfreunde und Deutschkatholiken noch viel von ihm lernen könnten. Zum Vorkämpfer bei der Wiedereroberung dessen, was auf dem Gebiete der Religion das ewig menschliche, praktisch handelnde Christentum an das dogmatisierende, transzendentale verloren hat, wäre er bei seiner so rein versöhnenden Natur freilich nicht geschaffen." Unter jenen inneren Kämpfen und Zweifeln, durch die sich eine kräftige Natur in solchen Uebergangsjahren hindurcharbeitet zur Klarheit über sich und zur Klarheit über die ihr gesteckten Ziele und Grenzen, sind dem Jüngling noch die nächsten Monate vergangen. So schreibt er im Herbst an die Seinen: „Es sind schon mehr als zwei Jahre, daß ich nicht im elterlichen Hause gewesen bin. Meine beiden kleinsten Geschwister werden ihren Bruder kaum noch kennen. Euch allen bin ich ja durch die lange Abwesenheit und durch eigne Schuld fast fremd geworden. Möge Eure Liebe für mich, meine Eltern, noch nicht ganz erkaltet sein. Ich bin vielleicht doch noch besser, als ich die

[1]) Luise von Bennigsen an ihre Eltern, Lüne, 27. Dezember 1846. Ferner, als der Aufschub erfolgt war, in einem Briefe vom 14. Januar 1847: „Was ich sonst von Rudolf und seiner Zukunft glaube, ist mir noch gar nicht klar, wie es ihm selbst auch noch nicht ist. Zu Hoffnungen und Befürchtungen ist Stoff genug da. Auf jeden Fall ist es beruhigend, ihn für diesen Winter in Lüchow zu wissen, und so mag des Königs oder vielmehr Wischs Wort auch nützlich sein."

letzten Jahre Euch erschienen sein mag. Jeder Mensch hat eine Zeit des inneren Kampfes, und wenn mich dieses Ringen nach Harmonie und Klarheit von den Menschen, die mir nahestanden, auch eine Zeitlang isoliert hat, so bin ich ihnen doch gewiß nie innerlich fremd geworden. Die Menschen, welche mich um geistige Gaben beneidet haben, hatten wahrlich wenig Ursache. Zu wenig zum Leben und zu viel zum Verhungern. Geist genug zu allen Fragen und Zweifeln und kein Genie zu ihrer Lösung, wenigstens nur höchstens so viel, um mit Anstrengung langsam zur inneren Einheit zu kommen. Langsam zu einem Ziele zu kommen, welches man einmal nicht raschen Laufs erjagen kann, ist freilich immer noch besser als das Ziel nie ins Auge fassen oder nie drauflosgehn. — Meinen Professorenplänen habe ich entsagt, eine administrative Karriere kann ich unter den jetzigen Verhältnissen nicht machen; wenn Du und Vater also einverstanden seid, so möchte ich mich nach meiner Rückkehr von Frankfurt oder auch schon von dort für die Kanzlei melden. Die Gründe lassen sich wohl mündlich besser sagen." [1])

Also entschloß er sich im Laufe des Jahres 1847, wiederum nur zögernd, die Verwaltungslaufbahn mit der richterlichen Tätigkeit zu vertauschen. Unter den Motiven, die ihn von vornherein zum Aufgeben der ersteren veranlaßten, steht voran die politische Abhängigkeit, in der sich der Verwaltungsbeamte befand; als richterlicher Beamter genoß er eine ganz andre und freiere Bewegung. Das war für ihn das Entscheidende. Es mag dabei bemerkt werden, daß die richterliche Laufbahn sowohl in ihrer allgemeinen Geltung im Staatsleben Hannovers als durchaus ebenbürtig galt, als auch dem Adligen — infolge der Zweiteilung des Oberappellationsgerichts in Celle in eine adlige und eine gelehrte Bank und des Präsentationsrechtes der Provinzialstände für eine Anzahl von Posten — wieder gewisse Vorrechte in Aussicht stellte. Wie man darüber dachte, geht aus einem Briefe von Bennigsens wenig älterem Studienfreunde Graf George Bremer hervor, den er wegen der Formalitäten des Uebertritts um Rat gefragt hatte. Bremer schrieb ihm, er freue sich, „daß die bureaukratisch-politische Atmosphäre einer Königlich hannoverschen Amtsstube nicht imstande gewesen ist, Deine Lebensanschauungsweise im mindesten zu alterieren. Zu letzterem gratulieren zu wollen wäre eine Beleidigung, denn es hieße in die Stetigkeit Deiner Gesinnungen Zweifel setzen. Doppelt aber soll es mich freuen, wenn Du, was wohl keinen Anstand leiden kann, Deinen Wunsch, in die Kanzlei zu kommen, durchsetzest. Abgesehen von der individuellen

[1]) R. von Bennigsen an seine Mutter, Lüchow, 17. September 1847.

Unabhängigkeit, sowohl in betreff der Arbeit als der Geselligkeit, wirst Du finden, daß es in den Kanzleien so viel gesinnungs- und charaktervolle Männer gibt als vielleicht nirgends sonst im Lande. Ich wenigstens habe hier bereits diese Erfahrung mit großer Freude gemacht, und es läßt sich denn auch, a priori betrachtet, nicht verkennen, daß die stete Beschäftigung mit einer Wissenschaft, die das Recht zum Gegenstande hat, verbunden mit dem Bewußtsein einer äußerlich unabhängigen Stellung und dem in den Kanzleien vorhandenen und den einzelnen unwillkürlich mitergreifenden Gefühle, daß die Ehre des Amtes nicht in seiner Rechtskenntnis, sondern in dem Entschlusse, eine von äußeren Einflüssen unbeirrte Gerechtigkeit zu üben, besteht, vortreffliche Mittel sind, um derartige Männer zu bilden." [1])

Auf das gegen Ende des Jahres von Bennigsen an das Justizministerium gerichtete Gesuch berichtete der interimistische Leiter dieses Departements, Freiherr von Schele, der Sohn des Kabinettsministers, unter dem 31. Dezember 1847 an den König: [2])

„Der Bittsteller ist ein Sohn des Obersten von Bennigsen in Frankfurt; er hat die hiesige Schule mit einem Maturitätszeugnisse erster Klasse verlassen, seine Studien auf der Landesuniversität und in Heidelberg betrieben und, durch Euer Königlichen Majestät Gnade zum Amtsauditorexamen zugelassen, zwar eine in mehrfacher Hinsicht mangelhafte Arbeit geliefert, indes doch, vorzugsweise in der mündlichen Prüfung, sich in dem Maße begabt und zum Juristen ausgebildet gezeigt, daß die Examinationskommission sich bewogen gefunden hat, ihm das Elogium bene zu erteilen. Er hat seit dem 2. Juni v. J. als Amtsauditor zu Lüchow fungiert, mithin die vorschriftsmäßige anderthalbjährige Zeit absolviert und erhält von dem Amte das Zeugnis, daß er lobenswerten Fleiß und Applikation bewiesen habe und sein sittliches Verhalten ohne Tadel gewesen sei. Einige seiner Arbeiten, die er eingesandt hat, zeugen von Scharfsinn und selbständigem Urteil; ich glaube, die Erwartung aussprechen zu dürfen, daß er unter guter Aufsicht und Anleitung zu einem tüchtigen Geschäftsmann und zu einem sehr brauchbaren Mitgliede eines Justizkollegii sich ausbilden werde.

Wenngleich Euer Königliche Majestät erst vor kurzem allerhuldreichst vier Kanzleiauditoren ernannt haben, so glaube ich doch, da in der letzten Zeit viele Mitglieder der Justizkanzleien teils für immer, teils präsumtiv für längere Zeit ausgefallen sind, die Anstellung von Auditoren für diese Kollegien noch immer als ein Bedürfnis ansehen und deshalb das vorgetragene Gesuch des Auditors von Bennigsen,

[1]) Graf George Bremer an R. von Bennigsen, Celle, 30. Oktober 1847.

[2]) Staatsarchiv Hannover a. a. O.

dessen fürerstiger Unterhalt aus dem Vermögen und den Einkünften seines Vaters hinreichend gesichert erscheint, ganz unvorgreiflich empfehlen zu müssen. Am günstigsten dürfte auf seine fernere Ausbildung eine Persönlichkeit wie die des Kanzleidirektors Planck einwirken; gestatten deshalb Euer Königliche Majestät, daß ich für den Fall Allerhuldreichster Gewährung der vorgetragenen Bitte ehrerbietigst die Justizkanzlei zu Göttingen, eventuell aber die zu Osnabrück als dasjenige Kollegium in Vorschlag bringe, bei welchem der Bittsteller zweckmäßig anzustellen sein möchte. Eurer Königlichen Majestät höherer Weisheit alles anheimstellend, ersterbe ich in tiefster Devotion als Euer Königlichen Majestät alleruntertänigster, treugehorsamster und pflichtschuldigster Diener

E. v. Schele."

*

Im November und Dezember 1847 weilte Rudolf zu einem längeren Ferienbesuche bei seinen Angehörigen in Frankfurt. Auf der Rückreise hielt er sich kurze Zeit in Köln auf, und der Dombau, der längst zu einem Symbol der streitenden politischen Anschauungen geworden war, entlockte ihm folgende Betrachtungen, in denen, wie häufig bei ihm, politische, kirchliche und kulturelle Fragen einander durchdringen.

An die Mutter.

Lüchow, 27. Dezember 1847.

Eines peinlichen Gefühles kann man sich bei den gewaltigen Bauvorrichtungen (am Kölner Dome) nicht erwehren. Mehr als die Verbindung zwischen dem Chor und den Türmen wird gewiß nie fertig werden, oder glaubt der König von Preußen etwa, daß seinem Eifer in einer glaubensarmen Zeit es gelingen wird, diesen kolossalen Bau zu Ende zu führen, an dessen Vollendung die christliche Frömmigkeit des Mittelalters sogar verzweifelt hat? Vergebens versucht man, diesen Bau zu einer Nationalsache zu machen. Die gotische Baukunst hängt eng mit dem katholischen Christentume zusammen und ist ebensowenig rein deutsch gewesen als das Christentum selbst, wenn auch das deutsche Mittelalter beides am tiefsten und geistigsten aufgefaßt und dargestellt hat. Die menschliche Entwicklung läßt sich einmal nicht zurückschrauben, und alle diese Bestrebungen, die christliche Religiosität des germanischen Mittelalters in Geist und Form noch wieder ins Leben zu rufen, arbeiten nur dem leider immer allgemeiner werdenden Materialismus und Atheismus in die Hände. Bei dem katholischen Gottesdienste, dem ich im Dom eine halbe Stunde beiwohnte, wußte ich nun gar nicht, ob ich trauern oder lachen sollte. Kein Ende nahm das Knien und Knixen und Räuchern und Klingeln. Bequem ist die katholische

Religion wahrlich, aber wo bleibt die menschliche Würde bei diesen Spielereien. Heißt das, das Göttliche verehren, wenn man die Vernunft, die doch ebenso wie das Gefühl göttlichen Ursprungs ist, so mit Füßen tritt! Wie viele geistig irgend begabte katholische Priester sind heute wohl noch in einer andern Lage als jene römischen Augurn zur Zeit des entstehenden Christentums, die sich nicht ansehen konnten im Begegnen, ohne zu lachen!

Ob es aber den orthodoxen protestantischen Lehrern besser geht? Heuchler wird man jetzt in Preußen schon bilden, wo nach einem der jüngsten Kinder der königlichen Laune bei der Anstellung mehr auf den rechten Glauben gesehen werden soll als auf die Befähigung; aber Gläubige? Und die Rationalisten und die Lichtfreunde? Haben die Altgläubigen so unrecht, wenn sie ihre Christlichkeit in Abrede stellen? Moral ist keine Religion. Der Streit aber, ob Christus nur eine Moral oder auch einen Glauben gepredigt hat, läßt sich aus der Bibel schwerlich entscheiden, auf die sich allmählich alle religiösen und politischen Parteien für ihre Ueberzeugung berufen. Die ersten 15—16 Jahrhunderte des Christentums haben jedoch einen bestimmten Glaubensinhalt gehabt, und den Beweis der Orthodoxen zu widerlegen, daß der Rationalismus von der Lehre dieser christlichen Kirchen nichts mehr enthält, möchte kaum jemandem gelingen. Wann wird endlich der für das schwer ringende Deutschland so notwendige Genius erstehen, der an die Stelle des verfallenden, in dem Bewußtsein der größeren Menge der gebildeten Männerwelt wenigstens verloren gegangenen Christentums einen Ideenkreis von gleicher Fülle und Innerlichkeit und gleicher Gestaltungskraft für alle Lebensverhältnisse zu setzen imstande ist?

*

Seine Schwester Luise schrieb nach dem Besuche in Frankfurt: „Du kannst Dir denken, welche Lücke wir nach seiner Abreise fühlten; auch er hatte mehr denn je das Verlangen gehabt, sich einmal wieder recht im Elternhause heimisch zu fühlen, und uns sind die sechs Wochen mit ihm nur zu rasch vergangen. Das Sein mit ihm hat etwas so außerordentlich Anregendes, und mit seinem geistigen Reichtum erweckt er so viele neue Ideen und erweitert den Blick in so manches bis dahin noch Unklare. Ich will damit gar nicht sagen, daß bei ihm selbst nicht noch unendlich viel Unfertiges ist, aber es ist doch eine Freude zu verfolgen, wie rasch sich in diesem einen Jahre seine Ideen geläutert und entwickelt haben. Bei einem so geistig begabten Menschen, wie Rudolf doch von allen, die ihm näher stehen, beurteilt wird, ist es auch ganz begreiflich, daß er mit sich und seinen Kräften erst später zur Harmonie

kommt als mancher andre, dessen Entwicklung einen viel einfacheren Gang zu nehmen hat. Vergib meiner schwesterlichen Liebe diese lange Beschreibung, in der Du aber keine zu große Lobeserhebung suchen wirst; ich bin gewiß so weit davon entfernt, Rudolf zu überschätzen, und kenne seine Schwächen wohl, wie er selbst in dieser Beziehung sehr gerecht und bescheiden über sich denkt. Gerade diese richtige Mitte von Selbstgefühl, die so ganz frei von Arroganz ist, ist wohl bei ihm hervorzuheben, da ihm von jeher von seinen Mitschülern und Lehrern so viel weisgemacht ist und mancher andre dadurch gewiß eitel und selbstzufrieden geworden wäre." [1])

Am 12. Januar 1848 genehmigte der König den Antrag des Ministers und ernannte Bennigsen zum Auditor „in der Ratsstube Allerhöchstihrer Justizkanzlei" in Osnabrück. Am 17. Februar siedelte er in seinen neuen Wirkungskreis über. In der ersehnten unabhängigeren Stellung und zugleich in einer etwas größeren Stadt sollte er die Ereignisse des Revolutionsjahres beobachten.

---

[1]) Luise von Bennigsen an ihre Tante Julie von Bennigsen, 3. Januar 1848.

Viertes Kapitel

Deutsche Hoffnungen und Enttäuschungen

1848/49

Die Revolution von 1848 brachte für den Staat Hannover eine innere Umwälzung, in der nicht allein die dem Staatsstreiche von 1837 zugrunde liegenden politischen Maßregeln rückgängig gemacht wurden, sondern über die Reformen von 1833 noch weit hinausgegangen wurde.

Anfänglich hatte König Ernst August hartnäckig Widerstand geleistet, als die Bewegung von Süden und Westen herüberflutete. Noch am 6. März lehnte er alle Konzessionen rundweg ab. Am Tage darauf brachte Bürgermeister Stüve in einer Volksversammlung zu Osnabrück eine Adresse zur Annahme, in der die üblichen, überall in Süddeutschland schon zum Siege gelangten Forderungen enthalten waren, und alle Städte des Landes schlossen sich seinem Vorgehen an. Aber erst in der Nacht vom 17. zum 18. März begann der König, unter dem Eindruck der Wiener Ereignisse, sich entgegenkommend auf die Petitionen zu äußern, und erst am 20. März entschloß er sich zur Entlassung der Minister und zur Aenderung des Systems: die Katastrophe in Berlin am 19. März machte es auch dem Hannoveraner unmöglich, länger gegen den Strom zu schwimmen. So brach, ohne ernstliche Ruhestörungen in der Hauptstadt und im Lande, das System zusammen, für dessen Aufrichtung zehn Jahre zuvor der Friede des Landes zum Opfer gebracht worden war.[1] Kurzerhand, mit den Worten: „Nun, wenn es mit den Tories nicht geht, versuchen wir es mit den Whigs!" wandte der König das Steuer und beauftragte mit der Bildung eines neuen Ministeriums den Schatzrat der Kalenbergischen Provinziallandschaft, Grafen Alexander von Bennigsen, den Sohn des russischen Generals, der sich bisher auch dem Könige gegenüber als ein unabhängiger und freier denkender Mann bewährt hatte. Graf Bennigsen selbst übernahm den Vorsitz und das Auswärtige; nach seinem Vorschlage wurde Stüve für das Innere, der Schatzrat der Osnabrücker Provinziallandschaft Lehzen für die Finanzen, der Oberappellationsgerichtsrat von Düring für die Justiz, der Kabinettsrat Braun für den Kultus und der General Prott als Kriegsminister berufen. Der Name Stüves, des Bekämpfers des Staats-

[1] G. Stüve, Johann Karl Bertram Stüve, I, S. 351.

streichs von 1837, prägte von vornherein dem neuen Ministerium seinen Stempel auf; und von seiner kräftigen Persönlichkeit empfing die ganze Tätigkeit der hannoverschen Regierung in den nächsten zweieinhalb Jahren ihre Richtung.

Der junge Rudolf von Bennigsen erlebte die ersten Monate der Revolution in Osnabrück, das immerhin, so sehr er auch über die Enge der Philisterstadt spottete und klagte, einen nicht unbelebten Mikrokosmus der gewaltigen Bewegung der Gemüter darbot; diese Stadt beherbergte doch damals allerhand gegenwärtige und zukünftige politische Kapazitäten, den Bürgermeister Stüve, der nun zur Leitung des Staates berufen war, unter den Richtern den klugen Oberappellationsrat Ludwig Windthorst, unter den jüngeren Juristen Männer wie Bennigsen und Planck.

Wenn man die Briefe Bennigsens aus dem Revolutionsjahr durchblättert, so erstaunt man, wie wenig sein Blick an den hannoverschen Verhältnissen, auch jetzt, wo sie sich von Grund aus umgestalteten, haften wollte. Das alles lockte ihn damals wenig. Man könnte auf den Gedanken kommen, daß die Uebernahme des Ministeriums durch einen Angehörigen seines Geschlechts auch bei ihm ein persönliches Interesse hervorgerufen hätte; doch fehlt es an allen näheren Beziehungen,[1]) auch wohl an Sympathien seinerseits, und seine eignen politischen Ansichten gingen weit über die Richtung des Ministeriums Bennigsen-Stüve hinaus. Vor allem beschränkten sie sich nicht auf die Zukunft der hannoverschen Reformen, sondern waren auf die allgemeine deutsche Frage gerichtet.

Seine Ansichten erscheinen radikaler, als vielleicht mancher sie zu hören erwartet, sie entwickeln sich vor allem im Laufe des Jahres zum Radikalismus hin. Er ist ein konstitutioneller Unitarier, sieht aber in der konstitutionellen Monarchie nur den Uebergang zu dem unvermeidlichen Ende, zur Republik hin; er sympathisiert unter den Frankfurter Parteien am ehesten mit dem linken Zentrum; beachtenswert erscheint mir als Bestandteil seiner politischen Gedankenwelt die Beschäftigung mit sozialistischen Theorien, wie man überhaupt bei einem großen Teil der alten Achtundvierziger ein (von Frankreich herübergekommenes) freilich ziemlich

[1]) Auch in der Zeit, wo Rudolf von Bennigsen selbst in das politische Leben seines Heimatlandes eintrat, fehlt es anscheinend an aller näheren Anknüpfung. Nach 1866 gingen ihre Wege, da der alte Graf zur welfischen Partei hielt und von ihr ein Reichstagsmandat annahm, vollends weit auseinander. Eine nähere geschäftliche Berührung ergab sich, als in den siebziger und achtziger Jahren eine Einigung über die Erbfolge der jüngeren Linien der Gesamtfamilie Bennigsen in den Gütern der älteren Linie zustande kam.

dilettantisches Interesse für die soziale Frage beobachten kann. Daß auf die einzelnen politischen Werturteile eines 23jährigen Jünglings nicht allzu großes Gewicht zu legen ist, versteht sich von selbst; manches ist im Augenblick und nur für den Augenblick gebildet. Auch darf man nicht vergessen, daß diese politischen Briefe ja eigentlich Familienbriefe sind, erst an den Vater und hernach meistens an die Mutter gerichtet; wir gewinnen daher mehr eine Art von Stimmungsbild, als daß wir exakte politische Erörterungen zu hören bekämen; häufig begegnen wir Allgemeinheiten, denen die Farbe des Lebens fehlt. Aber gerade weil es nur Familienbriefe sind, fällt um so stärker die erhitzte politische Leidenschaft und der Sinn für das einige große Vaterland auf, die von nun an das ganze Denken und Fühlen des Jünglings durchziehen.

An den Vater.

Osnabrück, 5. März 1848.

Die drei Monate, seitdem ich Euch verlassen habe, dehnen sich zu Jahren in der Erinnerung an alle Umwälzungen, die diese wenigen Wochen Europa gebracht haben. Vom Siege der Demokraten in der Schweiz bis zu der Revolution in Paris — welche Kette! Einen Menschen konnte man reich an Erfahrungen nennen, der in seinem ganzen Leben solche Dinge gesehen. Und jetzt! Drei Monate reichen hin vom ersten vereinzelten Angriffe auf die Jesuiten in der Schweiz bis zum Siege des Demokratismus in Frankreich, der in zwei Tagen das Werk der Reaktion nicht bloß, sondern mit ihr Aristokratie und Monarchie gestürzt hat und mit blutigen Zügen Europa den Weg vorgeschrieben hat, der es durch gewaltsame oder friedliche Umwälzung zu seiner neuen Gestaltung führen muß. Gott gebe, daß Frankreich diese Revolution für Deutschland mit gemacht hat!

Deutschland hat kein Paris, und das ist für kommende Zeiten wahrlich kein Unglück, käme es aber jetzt zum Kampfe, dann würde der Bürgerkriege jahrelang kein Ende sein. In Baden hat man ja aber endlich die Größe der Aufregung und Erbitterung in Deutschland begriffen, die übrigen Fürsten werden folgen, die Einheit und Vaterlandsliebe ist seit 1840 unbeschreiblich gewachsen, und so wird das Elend einer Revolution an Deutschland hoffentlich vorübergehen. Sind doch die Stimmen der Reaktion, jene frommen Klänge vom göttlichen Rechte der Könige mit einem Male verstummt, sind aber auch verstummt jene Verräter, die Deutschlands Freiheit mit Frankreichs Hilfe erkämpfen wollten. Seine innere und äußere Entwicklung will Deutschland haben, aber aus sich selbst, und noch einmal, wahrlich zum letzten

Male, wendet es sich an seine Fürsten. Man bittet zwar nicht mehr, man verlangt mit greller Stimme, aber man fordert doch noch, was alle bisherigen Völker der Geschichte genommen haben. Mögen Deutschlands Fürsten die ersten sein, die, wenn auch noch so spät, aus der Geschichte gelernt haben, zu opfern, was nicht mehr zu verteidigen ist. Sind dann auch solche Opfer nicht die Gaben freier Liebe, sondern die Almosen, die man einem bewaffneten Bettler gibt, die Deutschen werden ihren heutigen Fürsten doch später Dank wissen für die friedliche Entwicklung, die sie gestattet, und werden vergessen einen Teil der Schuld, die Deutschlands Principes seit Varus um unsre Einheit und Freiheit auf sich geladen haben. Schwer mag es freilich sein, von der göttlichen Höhe herunterzusteigen, auf welche fromme Politiker das Königtum gestellt haben, hart wird es klingen, von einer freien Presse die Rede zu hören, daß Konstitutionen nur eine Uebergangsform sind für schwache Zeiten, und diese Lehre wird man bald auf den Gassen predigen; härter noch, zuzugeben, daß ein deutsches Parlament die Fürsten allmählich zu dem Range und der Bedeutung englischer Lords herabdrücken wird. Aber ist eine solche Resignation nicht würdiger als der Trotz von Stuarts und Bourbons? Oder wäre eine Politik, die freiwillig den Uebergang von der Monarchie zur Republik herbeiführt, indem sie sich mit der Rolle eines konstitutionellen Königs begnügt, eines deutschen Königs nicht würdig, nicht würdiger als der egoistische Stolz, der sein Volk ins Verderben stürzt, ehe er ein Titelchen seiner Macht opfert, und der auch Deutschland vorzeitig zur Republik treibt, wo es doch nur erst keimende republikanische Ideen, aber noch keine Republikaner gibt? —

Ihr seid gewiß in großer Aufregung, in Angst aber denke ich nicht. Noch ist, glaube ich, keine Gefahr. Den hauptsächlichsten Forderungen wird man sicherlich nachgeben, wie die Erlasse des Großherzogs von Baden und das Manifest der Bundesversammlung beweisen. Die Gefahr für Deutschland kommt also, wenn überhaupt, erst in einigen Jahren, wo auf der einen Seite das Gewährte seine Konsequenzen entwickelt und auf der andern Seite vielleicht Reue über das im Momente der Furcht Bewilligte eintritt. Und von Frankreich? Wer denkt noch ans Intervenieren, und gar für Louis Philipp? Also müßte Frankreich angreifen. Solange Männer wie Lamartine und Louis Blanc die Seele seiner Regierung sind, gewiß nicht. Ihnen ist es mit der inneren Entwicklung wahrlich Ernst. Gelingt es ihrer Partei also, was ich freilich auf die Länge für unmöglich halte, durch den Sozialismus den Kommunismus und mit ihm die Anarchie zu bewältigen, so wird man sich vor Eroberungs- oder Propagandakriegen hüten, die Frank-

reich abermals einem siegreichen Generale überliefern würden. Bleiben noch Polen und Italien. Eine großherzige Politik könnte aber auch da vielleicht das mittlere und westliche Europa vor Kriegen bewahren, die endlich zu einem furchtbaren Prinzipienkampfe zwischen Dynastien und Völkern nicht bloß — da wäre der Sieg schon entschieden —, sondern auch zwischen Besitz und Arbeit führen, wo der geistige Kampf erst begonnen hat — also zur Barbarei. So trübe wird ja aber die Zukunft nicht sein! Deutschlands Werk wäre es dann aber auch, nach dreißig Jahren der Muße und des Studiums, und nachdem ihm durch Frankreichs letzte Revolution die politische Entwicklung gesichert ist, seinerseits aus der Tiefe seines Geistes und aus der Masse seiner geistigen Errungenschaft die Einheit von Altertum und Christentum heraufzubeschwören und mit ihr die neue Religion einer praktischen Liebe, die auch von dieser Welt wäre, und damit das Werk der neuen Zeit zu vollenden, welches durchzuführen die Franzosen nicht imstande sein werden, das physische und geistige Elend nämlich der arbeitenden Massen durch die Energie der Vernunft und der Liebe in dem neuen sozialen Staate zu bewältigen.

Mein Brief, merke ich soeben beim Durchlesen, ist ziemlich phantastischer Natur geworden. Ganz ruhig zu bleiben in diesen Zeiten ist aber schwer. Einige unwillkommene Abkühlung tritt für mich regelmäßig durch die Examensvorbereitungen ein, von deren Ende ich jedoch bald hoffe berichten zu können. Der Klub versammelt jeden Nachmittag und Abend zahlreiche Zuhörerkreise um die Vorleser der neuen Zeitungen. Das Interesse ist auch hier groß. Eigentliche Aufregung oder Agitation gibt es aber nicht, wie wohl überhaupt noch nicht in Hannover. Auf Nachrichten von Frankfurt warte ich sehnlichst.

An die Mutter.

Osnabrück, 22. März 1848.

Du glaubst nicht, wie sehnlich ich auf Briefe von Frankfurt hoffe, meine liebe Mutter. Wartest Du aber vorher auf Antwort von mir, so will ich mich beeilen zu schreiben. Ihr seid aber mehrere, und Briefe von Euch müssen mich doch mehr interessieren, als Nachrichten über meine einzelne Persönlichkeit und Osnabrück zumal, wo es inmitten aller der deutschen Revolutionen trotz der ungeheuern Aufregung verhältnismäßig ruhig zugeht.

Blut ist hier doch noch nicht geflossen, obgleich an dem Tage gerade, wo ich meinen letzten Brief schrieb, die Bewegung und Aufregung anfing sich in einem Maße zu steigern, daß ihr nur der feindliche Gegen-

stoß fehlte, um gewaltsam auszubrechen. Lütcken[1]) und die Militärgewalt hat sich mit viel Umsicht benommen. Militär ist nirgends aufgestellt worden. Die Infanterie zog sogar einzeln und unbewaffnet an den Abenden mit dem wogenden Volke durch die Straßen. Die bedrohten Häuser des pietistischen Kanzleidirektors und (des) Pastoren Schwietering wurden dem Schutze der Bürger anvertraut. Seit zwei Tagen hat obendrein durch die Uebergabe der militärischen Gewalt an den Magistrat die Bürgerschaft die Gewalt ganz in Händen. Die Sicherheit bei aller Aufregung wird ihr auch nicht schwer fallen aufrecht zu erhalten, da es keine Armut im Orte gibt und der Sturz des hannoverschen Ministeriums, Stüves Berufung zum Minister sehr beruhigend gewirkt hat, obgleich Stüve den Leuten viel zu konservativ und in seinem Magistratsamte zu autokratisch gewesen ist.

Unsre ruhigen Norddeutschen sind aber nicht wiederzuerkennen. Bislang völlige Apathie und Stille, und in vierzehn Tagen ist die Bewegung so weit, daß man schon an der Grenze der Republik angelangt ist. Schwarz-rot-goldene Fahnen wehen von vielen Häusern, die deutsche Kokarde trägt beinahe jeder. Alle paar Tage große Volksversammlung, sogar auf offenem Markte das letztemal, wo Reden gehalten worden sind, und noch von den Gemäßigten Brensing,[2]) Nölle und andern, die vor wenigen Wochen jahrelang auf die Festung geführt hätten; das Volk zieht in Prozession mit Musik und deutschen Fahnen durch die Straßen. Mit ‚Freiheit und Gleichheit' wird man in den Schlaf gesungen und wieder aufgeweckt. In den Bierhäusern wird bis tief in die Nacht hinein das Volk bearbeitet und eine Petition nach der andern von dort an den Magistrat und den Wohlfahrtsausschuß gesandt. Haben doch im Dreinhöferschen Bierhause die Unteroffiziere unter lautem Beifalle des Volkes eine Petition aufgesetzt um gleiche Karriere mit den Offizieren und Erlaubnis zu grüßen und nicht zu grüßen, wie es jedem Menschen beliebe. Vorläufig ist der ganze Spektakel noch sehr harmlos, in Ermangelung eines jeden Gegenstandes. Eine Diversion könnte freilich den hiesigen Liberalen der nächste Montag bringen, wo ein Monstermeeting für das ganze Fürstentum [Osnabrück], Bürger, Bauern, Einwohner, von dem Wohlfahrtsausschusse (Bürgervorsteher und gewählte Bürger) hierher ausgeschrieben ist, um die vor einigen Tagen in hiesigen Volksversammlungen der Stadt Osnabrück ohne Widerspruch angenommenen Petitionen um ganz all-

[1]) Landdrost Eduard von Lütcken in Osnabrück, in den Jahren 1853 bis 1855 Präsident des hannoverschen Ministeriums.

[2]) Kaufmann und Bankier in Osnabrück, demnächst Abgeordneter im Frankfurter Parlament.

gemeines Wahlrecht und Wählbarkeit, sofortige Beeidigung des Militärs auf die Verfassung, sofortige Auflösung der nächsten Kammer, sobald sie das neue Wahlgesetz eingeführt hat, sofortige Berufung einer neuen Kammer nach diesem neuen Wahlmodus, von allen Einwohnern des Fürstentums beraten und, falls — was wohl unzweifelhaft ist — diese Propositionen angenommen werden, nötigenfalls durch ungeheure Deputationen nach Hannover zur Ausführung bringen zu lassen. Diese großartige Agitation war beschlossen, ehe das alte System in Hannover vollends gestürzt und das neue Ministerium berufen war, und ist den hiesigen Volksfreunden schon reichlich leid geworden. Man fürchtet schon von manchen Seiten, daß es Osnabrücks Liberalen gehen möchte wie Goethes Zauberlehrling. Uebrigens ist bis nächsten Sonntag die Bürgerbewaffnung organisiert, und mag die Sache überhaupt wohl gut ablaufen, obgleich die Bauern schon anfangen, sich zu rühren und Exzesse auf dem Lande zu begehen. Die Lage der hiesigen Heuerleute den Kolonen[1]) gegenüber soll sehr drückend sein, die französischen sozialistischen Zusicherungen sind in gedruckten Proklamationen von der äußersten Partei auch hier schon unter das Volk geworfen.[2]) Im ganzen scheint es jedoch noch nicht, als ob die hiesigen Bauern, wie die süddeutschen, diesen gordischen Knoten auf ihre Art durchzuhauen dächten. Von seiten der Gutsherren wird bereits nachgegeben. Busche-Ippenburg und -Hünefeld haben auf alle Exemtionen verzichtet und andre Zugeständnisse gemacht. Schele-Schelenburg[3]) ist in diesen Tagen eine Geschichte passiert, die wirklich verdiente aufbewahrt zu werden. Schon wegen früherer Vorfälle sehr verhaßt bei seinen Bauern, hatte er kürzlich einem seiner Untertanen einen Hund totgeschossen. Die Bauern aus Schelenburg und der Umgegend tun sich zusammen, lassen einen großen schönen Sarg für den Hund zimmern, legen denselben hinein und tragen ihn in feierlicher Prozession vor das Erbbegräbnis Herrn von Scheles. Hier wird der Sarg niedergesetzt. Eine Deputation von Bauern begibt sich zu von Schele und kündigt ihm an, der Sarg mit dem Hunde stehe vor dem Grabgewölbe der Familie: „Er möge diesen Hund zu den andern Hunden in die Gruft stellen lassen."

---

[1]) Die Kolonen sind auf westfälischem Boden (Osnabrück, Münster) die bäuerlichen Grundbesitzer, die Heuerleute ihre zu Dienstleistungen gegen den verpachtenden Grundeigentümer vertragsmäßig verbundenen Zeitpächter.

[2]) Man vergleiche über die Osnabrücker Vorgänge die Briefe Stüves (Briefwechsel zwischen Stüve und Detmold in den Jahren 1848 bis 1850, herausgegeben von G. Stüve, S. 3 ff., 9 ff.).

[3]) Der älteste Sohn des Kabinettsministers von 1837. Der zweite Sohn war 1847/48 Justizminister (s. o. S. 139) und 1851/53 Ministerpräsident.

Der ganze unwiderstehliche Zug der Bewegung wird jetzt auch dem Blindesten klar. „Deutschland einig und das Volk frei." Ohne allen Widerspruch. Wenn unser hannoverscher Adel sich nicht schleunigst und aufrichtig der Bewegung anschließt, so ist in kurzem ein adliger Minister ebenso unmöglich wie vorher ein bürgerlicher. In diesen Volksversammlungen liegt wirklich eine ungeheure Gewalt. Die freie Rede ist wenigstens ebensoviel wert als die freie Presse, ist aber eine ungleich schwerere Kunst. — Die Zusammensetzung des hannoverschen Ministeriums wirst Du in dem Augenblicke, wo Du diesen Brief erhältst, wohl kennen. In den heutigen Zeitungen steht freilich noch nichts davon. Nachdem gestern morgen per Extrapost die Nachricht an Stüve gekommen war, ist er bereits gestern abend abgereist. Bennigsen hat den Auftrag, ein Ministerium zu bilden, nur unter der Bedingung angenommen, daß Stüve als Mitglied eintrete, und Stüve ist mit der Versicherung abgereist, daß er sofort wieder zurückkehren würde, wenn er sich mit seinen Kollegen nicht über das zu befolgende System einigen könne. Die Gesundheit des Königs soll so schlecht sein, daß Dr. Fuchs, Mitglied der Göttinger Deputation, den der König konsultiert hat, versichert haben soll, er könne höchstens noch vier Wochen leben. Nach Privatbriefen ist der Auftritt vor dem Schlosse, ehe der König durch den Mund des Herrn von Münchhausen[1]) die bekannten Konzessionen gemacht hat, sehr ernsthaft gewesen. Tausende hatten das Schloß belagert. Als der König nicht nachgeben wollte, ist ein Zettel mit den Konzessionen dem Herrn von Münchhausen übergeben worden mit dem Bedeuten, „wenn nicht binnen fünf Minuten alle diese Punkte bewilligt seien, so würde man das Schloß und Palais an allen Ecken anzünden". Diese Drohung hat durchgeschlagen. Das ganze Verfahren, namentlich der Nichtgebrauch des Militärs, scheint auch zu beweisen, daß der König alle körperliche Kraft schon verloren hatte. Oder sollte er, überzeugt von dem Recht dieses übereinstimmenden deutschen Willens, die gänz-

[1]) Kabinettsrat Alexander Freiherr von Münchhausen, 1850/51 Ministerpräsident nach dem Sturze Stüves. Er hielt 1867 als Vertreter Hannovers im ersten Norddeutschen Reichstag die bekannte Protestrede gegen die Annexion. Damals, am 16. März 1867, schrieb Graf Münster, der spätere Botschafter, über die Vorgänge von 1848 an Bennigsen: „Ich sehe den Mann noch immer, wie er als Kabinettsrat des Königs Ernst August, der krank im Bette lag und nicht wußte, was ihm vorgetragen wurde, sich auf der Leinestraße durch zwei Hoflakaien auf einen Stuhl heben ließ und dem versammelten Pöbel, den 100 Bummlern, 200 Straßenjungen und einigen Zuschauern, unter denen ich mich von weitem auch befand, die verlangten Konzessionen, Aufhebung der Zensur, freies Vereinigungsrecht, Bürgergarde, öffentliches mündliches Verfahren u. s. w., u. s. w., in langer Rede im Namen des Königs zugestand."

liche Rettungslosigkeit seines Systems eingesehen und aufgegeben haben, um seinem Enkel den Thron zu sichern? Armes Kind! Wenn Du erwachsen bist, wird es keinen Thron mehr zu besteigen geben ... Ueber das schändliche Verfahren des Königs von Preußen ist auch bei allen Konservativen nur eine Stimme. Diese unselige Nacht hat aber den großen Erfolg, daß keine freie Nation ihr Schicksal ferner dem Zufall der Geburt anvertrauen wird und einem solchen frömmelnden unfähigen Schensal die Macht gibt, ein Volk in den Abgrund zu stürzen. Während einer solchen Nacht hat sich seine Eitelkeit und Frömmelei endlich in ihrer wahren Nacktheit gezeigt. Die gezwungene Demütigung vor den Leichen war aber auch eine furchtbare Rache für einen Frömmler.

*

Der junge Osnabrücker Kanzleiauditor war durch seinen Anteil an den politischen Ereignissen in einen lebhaften Briefwechsel mit seinen Frankfurter Angehörigen geraten. Auch das Familienleben der Seinen vergegenwärtigt auf das lebendigste die Erregung, die überall die deutschen Gemüter ergriffen hatte. Auch bei ihnen, Frauen und Kinder eingeschlossen, hatte die Politik alles andre in den Hintergrund gedrängt. Gleich beim Beginn der Bewegung schrieb die Mutter in ihrer lebhaft empfindenden Art an Rudolf bei Gelegenheit einiger Bemerkungen über ihren zweiten Sohn Karl: „Wie verschieden wird die Zeit sein, in welcher er sich nun geistig entwickeln soll, von jenen Jahren, die Du in seinem Alter durchlebtest. Wer wie ich drei Söhne hat, in so verschiedenem Alter stehend, und dabei die Stellung Eures Vaters, da ist es mir wahrlich nicht zu verdenken, wenn ich die Weltbegebenheiten mit einem Interesse verfolge, welches mich für alles andre gleichgültig macht. Deine Schwester ist ja auch empfänglich für jede Frage der Gegenwart und teilt treulich alles, was mich erregt." Und ehrgeizig für ihren Aeltesten fügte sie hinzu: „Für Dein Examen ist die Zeit wohl nicht die günstigste? Oder urteile ich recht von Dir, wenn einen größeren Sporn sie in Dir erregt, Deine geistigen Fähigkeiten praktisch zu beweisen? Jetzt muß eine Zeit kommen, wo den Mann, der an Kenntnissen reich ist, auch die Lust, sie in seinem Berufe zu entwickeln, mit Eifer ergreift. Meine Gedanken sind viel bei Dir, bester Rudolf." Bei solcher Stimmung des Hauses war es nicht zu verwundern, daß auch der zweite Sohn, als er — frisch nach Sekunda versetzt — von seinem Lüneburger Gymnasium zum Ferienbesuch nach Frankfurt kam, den Debatten des Vorparlaments von der Galerie mit Feuereifer lauschte. Später, als das Parlament eröffnet worden war, gab der Vater seinem Sohne Rudolf mit gutem Humor ein

Bild von den häuslichen Politikern: „Luischen greift alles mit ihrem regen Geiste sehr lebhaft auf. Mutter aber bemeistert sich jeder ankommenden Zeitung und ruht nicht eher, als bis sie sie — wenigstens die Hauptartikel — von A bis Z vorgelesen. Diese Szene wiederholt sich alle Tage viermal, und ich werde besorgt um ihre Lunge; doch sie hat ihre anfangs belegte Stimme durch fortgesetzte Uebung kuriert. Das Hauptstück, die ‚Deutsche Zeitung', erscheint des Morgens um zehn Uhr, und dann wird ganz andächtig der leitende Artikel gelesen. Luise war ärgerlich, als ganz Deutschland den gefeierten Gervinus nicht wählen zu wollen schien, bis endlich die berühmte Stadt Wanzleben sich seiner erinnerte." Die politische Farbe war also im ganzen: „Deutsche Zeitung", ein einheitliches konstitutionelles Vaterland. Erst als Rudolf zum Besuche kam, brachte er eine radikalere Tonart mit.

Ernsthafter war der Vater selbst mit den Aufgaben der kommenden Zeit beschäftigt. Es heißt in demselben Briefe: „Du vermutest, daß ich viel zu tun haben werde; doch darin irrst Du. Nach dem Schlagflusse, welcher die Bundesversammlung getroffen, schien auch unsre Lebenstätigkeit in der Militärkommission gelähmt, und kümmerlich fristeten wir unser Leben von den alten Brosamen. Ich habe mich unterdessen an Vorstudien für eine Verbindung des stehenden Heeres mit der Volksbewaffnung gemacht, auch einige dahin einschlagende Artikel entworfen. Weiß aber nicht, ob sie irgend jemanden zunutze kommen werden; bin auch noch nicht zufrieden mit ihnen.[1]) Noch weniger würde ich zu tun haben, wenn ich nicht meinem alten ehrlichen Kameraden, dem dänischen General von Trepka, seine Stimmführung für das zehnte Armeekorps abgejagt hätte. Er wehrte sich so

[1]) Oberst von Bennigsen schrieb seine Ansichten über eine Verschmelzung der Armee und der Bürgerwehr auf Ersuchen des neuen hannoverschen Bundestagsgesandten von Wangenheim nieder. Sie fanden den Beifall Wangenheims und Usedoms und erschienen später im Druck: „Die deutsche Wehrverfassung. Ein Vorschlag in Form eines Gesetzentwurfs. Von einem deutschen Offizier. Frankfurt am Main, 1849." (30 S.) Die leitenden Gedanken dieser Schrift zogen eine eigentümliche Diagonale zwischen den militärischen Idealen: Erhöhung des kriegerischen Geistes und der Wehrhaftigkeit, und den Forderungen der Zeit: Beseitigung des militärischen Kastengeistes und innigere Verbindung zwischen Heer und Volk. Neben der Armee — Linie mit stark verkürzter Dienstzeit und Reserve — steht die Bürgerwehr, die Nichteingezogenen und die Reserve während ihrer Beurlaubung umfassend, in drei Aufgebote gegliedert, nach Gemeinden organisiert, in den kleineren als Kompagnie unter einem Bürgerhauptmann, in den größeren als Bataillon unter einem Bürgermajor. Unter den einzelnen Reformen begegnen: Einführung von Turnunterricht mit Exerzierübungen in den Schulen, Abschaffung der Gardeformationen und der Kadettenhäuser.

lange, bis sein Gesandter aus der Bundesversammlung austrat. Da aber das große Korps der Doktoren und Professoren aller Wissenschaften in der konstituierenden Versammlung doch wohl sich kaum getrauen wird, für das deutsche Heer eine neue Konstitution zu entwerfen, auch das jetzige deutsche Heer noch einigermaßen Anerkennung erhalten hat, so hoffe ich, daß man entweder uns oder doch andre Militärs bald wird fragen müssen. In der jetzigen Form wird die Militärkommission schwerlich fortbestehen; man wird notwendig ein Kriegsministerium für ganz Deutschland sowie einen Feldherrn aufstellen müssen, und mit großer Ueberraschung sehe ich, daß letzterer, welchen ich als ein Kabinettsgeheimnis immer in petto vorrätig glaubte, noch bis zur Stunde nicht ernannt ist, sondern erst jetzt erwählt werden soll. Das Kriegsministerium wird, wie z. B. im Preußischen, in mehrere Sektionen zerfallen und es könnte für mich möglich sein, etwa Sektionschef einer derselben zu werden, und gern bin ich bereit, zu den bevorstehenden Organisationen mitzuwirken, da ich an Tätigkeit gewohnt bin; sonst aber, da ich zum aktiven Dienste nicht mehr fähig bin, gehe ich fast ebenso gern in Ruhe." Von einem hannoverschen Partikularismus war in dem Hause des hannoverschen Militärbevollmächtigten nicht die Rede: hier wie allerorten lebte man in dem felsenfesten Glauben, daß nun wirklich eine einheitliche Neugestaltung Deutschlands geschaffen werden solle. Im Grunde war man sich sogar darüber einig, daß die Führung dieses neuen Deutschlands keinem andern Staate als Preußen zufallen könne — selbst in jenen Wochen, wo Friedrich Wilhelm IV. durch seine Haltung am 18. und 19. März so viel Haß auf der einen und Mißtrauen auf der andern Seite gegen sich aufgerufen hatte. So heißt es in einem Familienbriefe: „Daß gerade Preußen, von dem mancher so viel erwartet, dem halb Deutschland die mutmaßliche Wahl eines deutschen konstitutionellen Kaisers anvertrauen wollte, einen Regenten haben muß, der für seine Person dies ganz unmöglich gemacht hat, ist gewiß für die jetzigen Verhältnisse ein höchst gefährlicher Umstand. Und doch wird immer wieder von neuem nach Preußen hingeblickt, um von dort ein Oberhaupt für das vereinigte Deutschland zu finden; man unterscheidet immer das ganze Preußen von dieser einen erbärmlichen Persönlichkeit. Vater hatte neulich sehr hübsch und klar seine Ansichten aufgeschrieben, wie viel wünschenswerter als Bundeshaupt ein preußischer Fürst wäre als ein Oesterreicher, und zwei Tage darauf brachte Gervinus in seinem leitenden Artikel dieselben Punkte, dieselben Ansichten, nur ein wenig anders ausgeführt." [1])

[1]) Luise von Bennigsen an ihre Tante Minna von Jonquières, 30. März 1848.

An die Mutter.

Osnabrück, 16. Mai 1848.

Du wirst böse sein, daß ich auf Deine beiden Briefe nicht früher geantwortet habe. Die Ursache lag aber darin, daß ich in meinem Briefe gern ein Wort über mein Examen[1]) sagen wollte, das sich infolge der allgemeinen Umwälzung, mehr als wohl sonst geschehen wäre, in die Länge gezogen hat. Gestern morgen habe ich es jedoch glücklich überstanden und soll, sobald der Bericht von Hannover zurück ist, eingeführt werden, was wahrscheinlich Mitte nächster Woche geschehen sein wird. Froh genug bin ich, daß die langweiligen Gedächtnisübungen und andre Examenslappalien hinter mir liegen. In der jetzigen Aufregung waren sie doppelt langweilig und wollten nicht mehr vom Fleck. Ich muß nun mein Heil mit dieser neuen Laufbahn versuchen. Interessanter wird die Beschäftigung mit dem Rechte schon werden, da sie ja zugleich im Leben wurzeln und unmittelbar ins Leben eingreifen soll; die ungeheure Aufgabe, die heutigen Rechtsinstitute dem demokratischen Geiste eines sich selbst regierenden Volkes gemäß einzurichten, erfordert aber für die Gesamtheit und für den einzelnen Rechtsgelehrten noch große Anstrengung. Mit der Einrichtung der Jury und Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit kann man freilich den ersten Schritt leicht und rasch tun, da man hier die Versuche andrer Staaten vor sich hat. Das ist aber doch nur der Anfang. Das Recht, wie es doch seine Natur verlangt, wieder vollständig in Volksbewußtsein und Sitte wurzeln, daher sein lebendiges Bestehen und seine gesunde Fortbildung nehmen zu lassen, das ist freilich das Ziel, in welchem alle einig sind, aber die Mittel, die Organe, welche dieses Ziel vermitteln sollen, woher sie nehmen? Die Antworten, welche Theorie und Praxis bislang auf diese Fragen erteilen, sind ebenso schwankend und mannigfach als die verschiedenen sozialen Theorien, wie der Dummheit und dem Elend abzuhelfen sei. Louis Blancs gibt es jetzt an allen Orten und auf allen Gebieten des Lebens.

Hier herrscht die größte Ruhe. Wir haben in der ganzen Zeit auch nicht die Idee eines Krawalls gehabt. Die Magistratspartei, welche jetzt, wo Stüve Minister geworden ist, von der früheren heftigen Opposition zur größten Loyalität, d. h. ganz sanftem Konstitutionalismus, übergegangen ist, weiß nichts mehr von Gleichberechtigung Aller an der hiesigen Verwaltung, Gleichstellung der Konfessionen. Aller häuslicher Gleichheitseifer und alle politische Selbständigkeit hat sich aufgelöst in

[1]) Das wegen des Uebertritts in den Justizdienst erforderliche Kanzleiauditorexamen.

stille Anbetung von Stüve, der durch seinen Famulus Breusing seinen Einfluß hier in der Stadt fortsetzt und es nicht verschmäht, außer in seinem großen Kreise auch in diesem kleinen sein Zepter zu schwingen. Die Erbitterung der hiesigen Katholiken, die an Zahl bedeutend sind, und der Demokraten, die durch Eifer und Talent ihre Zahl verdoppeln, ist über den krassen Egoismus der hiesigen Patrizierfamilien nicht wenig heftig. Diese letzten fühlen sich an den Fleischtöpfen aber zu wohl, haben die Majorität und wollen auch gar nichts mehr davon hören, daß die Ausschließung der Katholiken von den Magistratsämtern aufzuheben und die wahrhaft monströse Stadtverfassung (deren von J. Russel in seinen Reisen durch Deutschland erwähnten Fabelhaftigkeiten die letzte Revolution überlebt haben) abzuändern sei. Wären die Demokraten etwas weniger ehrlich gewesen, so hätte aber Osnabrück, dieses Muster des staatsgrundgesetzlichen Liberalismus, den Schmerz erlitten, aus seinem Wahlkreise einen Ultramontanen nach Frankfurt gehen zu sehen. Nur mit 36 gegen 33 Stimmen hat der große Mann B. (wie ein witziger Arzt kürzlich sagte, aus dem Genus: gesinnungstüchtig, Spezies: Schafskopf) den Konsistorialrat Windthorst, einen gescheiten Juristen, aber offenen Ultramontanen, Hallerianer und Verehrer von Radowitz, aus dem Felde geschlagen.

Daß Regierungsrat von Knesebeck seinen Abschied vor mehreren Wochen eingereicht hat, wirst Du wissen. Die Revolution hatte ihn nicht überzeugt und vor derselben hatte er die landdrosteilichen Berichte über Stüve nach Hannover zu verfassen gehabt; also-Gründe genug zum Abgehen. Geheimrat Schele hat sich nach Schelenburg zurückgezogen, wo er zu bleiben gedenkt. Der hiesige Provinziallandtag hat soeben die Wahl eines Appellationsrats für die adlige Bank, welche das Ministerium unglaublicherweise doch ausgeschrieben, unter Protest zweier Kurien nicht vorgenommen. Nur die Majorität der Ritterschaft hatte gewählt. Man behauptet, daß das Ministerium die Wahl ausgeschrieben und zugleich den Protest befördert habe. Eine eigentümliche Prozedur! Der Haß gegen den Adel im Lande ist groß genug; das moralische Gewicht des jetzigen Ministeriums an sich scheint nicht eben groß zu sein, die Furcht vor der Anarchie dient aber doch einem bedeutenden Teile der Hannoveraner als Vergrößerungsbrille, und glaubt man, daß es sich halten oder doch nur in Frankfurt oder Berlin seinen Fall erleben könnte. Ich glaube jetzt an den Sieg der Freiheit in der Demokratie so fest wie an mein eignes Dasein und nicht minder daran, daß wir nicht wie Frankreich 58 Jahre mit fünf Revolutionen mit Strömen von Blut zu demselben werden nötig haben.

*

An den Vater.

Osnabrück, 23. Juni 1848.

... Du bist, seitdem der angesagte Pfingstkrawall vorübergegangen ist ohne Gefahren, auch wohl ganz ruhig über die Frankfurter friedliche Entwicklung der Dinge? Es scheint ja fast, als ob die äußerste Linke von den Hetzereien gegen die Nationalversammlung seit einigen Tagen nachließe. Bisher haben diese wenigen Männer, die so gern den Namen von Republikanern und selbst von Demokraten für sich allein usurpierten, der Demokratie außerhalb und innerhalb der Nationalversammlung nur schlechte Dienste getan. Schade ist es immer, daß sich so kräftige Persönlichkeiten wie Hecker und Ruge bislang so traurige Rollen auferlegt haben, um so mehr, als man doch jede Stunde mehr sich überzeugt, daß das Prinzip der linken Partei Deutschlands, die reine Demokratie; und damit die frühere oder spätere Errichtung der Republik siegen muß. Was ist aus der Kaiseridee geworden? Was überhaupt aus den Doktrinen von Gervinus und Dahlmann? Ohne Diskussion sind diese Gedanken eines konstitutionellen monarchischen Oberhauptes zu Boden gefallen, und doch ist es an sich klar und von der doktrinellen Partei evident bewiesen, daß ein republikanisches Haupt und monarchische Fürsten sich gegenseitig nicht dulden können. Wer aber da siegen wird, scheint mir trotz aller äußerer Eventualitäten bei der in geometrischer Progression täglich wachsenden Energie des demokratischen Geistes keinen Augenblick zweifelhaft. Umsonst hat die Nemesis der Geschichte nicht auf fast alle Throne Europas und speziell Deutschlands Fürsten gesetzt, entweder an Geist oder an Willen oder auch an beiden unfähig für die Bewältigung, und wäre es auch nur eine momentane, der heutigen Bewegung.

Soeben lese ich, daß die Erste und Zweite Kammer in Hannover sich geeinigt haben. Diese hannoverschen Verhandlungen sind denn doch zum Uebelwerden langweilig und widerwärtig. Die Persönlichkeiten infolge des Siedenburgschen Antrages findet man übrigens auch hier, wenn auch von den vier Männern Lütcken vielleicht der einzige ist, der Achtung neben dem früheren Hasse sich erworben hat, höchst ungentil. Daß Braun einen bekannten Ultramontanen und Jesuiten wie den weiland Universitätsrat Kreuzhage zum Referenten in seinem Ministerium gemacht hat, wie mir gestern ein Gesinnungsgenosse des letzteren, der katholische Konsistorialrat Windthorst, erzählt hat, kann ihm aber doch leicht neben andern Dingen den Rest geben. Das heißt denn doch der ausgesprochenen Intoleranz gegen Juden und Heiden gegenüber den Liberalismus gegen Rom etwas weit treiben! — Es interessiert Dich

vielleicht zu hören, daß zur Reorganisation unsers Gerichtswesens bereits ein Aachener Oberprokurator ins Justizministerium berufen ist. Im Militär wird es gewaltig unruhig. Gegen die Bevorzugung des Gardeavancements sind Agitationen bis nach Schleswig im Gange. Die Zusammenlegung der Kavallerieregimenter in der Art, wie sie die neue Anciennetät feststellt, ist, höre ich von einem der loyalsten Offiziere, mit einer solchen Entrüstung über die dabei vorgekommene Willkürlichkeit aufgenommen, daß namentlich aus dem früheren hiesigen Husarenregimente eine ganze Reihe Offiziere in schleswig-holsteinische Dienste treten will.

*

Es ist begreiflich, daß Bennigsens Blicke jetzt zu der Stadt gelenkt waren, in der sich die Geschicke von ganz Deutschland entscheiden zu sollen schienen. So war es ihm sehr willkommen, daß gegen Ende Juli seine Eltern die Silberne Hochzeit in Frankfurt feierten und bei dieser Gelegenheit auch ihren ältesten Sohn bei sich zu sehen wünschten. Schon Anfang Juli nahm er Urlaub und begab sich nach Frankfurt, um hier an Ort und Stelle die Eindrücke in sich aufzunehmen, nach denen seine schon längst in heftige Bewegung geratene Seele verlangte. Da sein Vater im September erkrankte — er begann seitdem an periodisch wiederkehrenden Asthmaanfällen zu leiden —, gelang es Rudolf, den Urlaub bei seiner vorgesetzten Behörde immer weiter zu erstrecken, so daß er erst gegen Anfang Oktober Frankfurt wieder verließ, nachdem er ein volles Vierteljahr dort geweilt hatte. Für die Vertiefung seiner politischen Ansichten ist dieses Vierteljahr außerordentlich wirksam gewesen.

Leider fehlt es gerade für diese Zeit, da der Familienbriefwechsel naturgemäß wegfällt, an Nachrichten von seiner Hand. Man mag ihn sich vorstellen, wie er Tag für Tag den Debatten der Paulskirche ergriffen lauscht; von dieser Beredsamkeit, die sich oft genug vom Boden der Wirklichkeit zu weiten und freien Ausblicken im Reiche der Ideen erhob, ist bei seiner ohnehin dahin gerichteten Natur auch in die seinige allerhand übergegangen. So war er zugegen, als Dahlmann am 5. September als Berichterstatter die Sistierung aller zur Ausführung des Malmöer Vertrages ergriffenen Maßregeln mit der ganzen Leidenschaft seines Ernstes beantragte, als die entscheidende Machtprobe zwischen Parlament und deutschem Fürstentum unternommen werden sollte. Die Schwester schreibt: „Rudolf kam gestern mittag, da ihn bis solange die wichtigsten Verhandlungen nicht fortgelassen hätten, und Du kannst Dir denken, wie sehr er mit Fragen bestürmt wurde. Er sagt, ein solcher er-

greifender Eindruck, wie die Rede Dahlmanns gemacht, wäre wohl noch nicht in der Versammlung vorgekommen. Dahlmann wäre gewiß der energischste und begabteste Geist, den eine solche Zeit verlangt, wenn die Streitungen der Parteien eine glückliche Lösung der Frage zulassen werden." [1] Und ebenso erlebte er es noch, als die Linke nach der schließlichen Ablehnung der Sistierung die Gelegenheit für einen republikanischen Aufstand gekommen sah. „Rudolf hier zu haben," heißt es in einem Briefe aus diesen Tagen, „war uns allen ein rechter Trost, und durch ihn hörte man auch immer genau, wie die Verhältnisse waren. Hätte man nicht Montag nachmittag und abend das fortwährende Bombardieren gehört, wären wir in unserm ruhigen Eckchen äußerlich ganz unberührt geblieben. Rudolf hatte selbst mit angehört, wie Boddien — der als Adjutant des Erzherzogs ungeheuer tätig und vermittelnd gewirkt hat — erzählt habe, die Kugeln wären um ihn und um Deetz, selbst während des Parlamentierens, fortwährend umhergesaust. Rudolf denkt aber doch, daß gegen Zitz, Simon von Trier, Wesendonck und noch einige schon allein wegen der Versammlung vom Sonntag genug Beweise zum Ueberführen aufliegen. Er sagt, die ganze äußerste Linke ist nicht das Totschießen wert. Daß weder aus einem Ministerium Dahlmann oder Hermann etwas geworden ist, muß man recht bedauern. Rudolf hatte von beiden Männern große Erwartungen, wenn er auch nicht glaubte, daß vorübergehend ein Ministerium von der rechten Seite das aus dem linken Zentrum verdrängt haben würde. Ob Dahlmann, der bis jetzt konstitutionell war, nicht durch das Verhalten der Fürsten allmählich mehr zur Linken hingedrängt wird, wäre wohl nicht so unwahrscheinlich. Was das Ansehen der Zentralgewalt betrifft, geht wohl niemand weiter in der Opposition gegen die Fürsten." [2]

Damals hatte er schon fast ein Vierteljahr in Frankfurt verweilt. Aber er hatte sich nicht zum Fortgehen entschließen können. Auch aus einem persönlichen Motiv. Er hatte diese Frankfurter Monate zu einem neuen Versuche benutzt, aus den engen Verhältnissen der heimischen Beamtenlaufbahn herauszukommen, um in den Dienst der provisorischen Zentralgewalt des Reiches zu treten, und zwar in das Reichsministerium des Aeußern, wie es auch der junge liberale Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst damals tat. Die provisorische Zentralgewalt, der es nach dem Gesetz vom 28. Juni 1848 zustand, „die völkerrechtliche und handelspolitische Vertretung Deutschlands auszuüben und zu

[1] Luise von Bennigsen an ihre Tante Minna von Jonquières, Schlangenbad, 11. September 1848.

[2] Luise von Bennigsen an ihren Bruder Karl, Frankfurt, 20. September 1848.

diesem Ende Gesandte und Konsuln zu ernennen", hatte in einem Rundschreiben vom 20. September die Einzelstaaten aufgefordert, ihre Vertretungen im Auslande zurückzuziehen, und war jetzt damit beschäftigt, das Personal für die neuen Reichsgesandtschaften unter allerhand Schwierigkeiten zusammenzustellen.[1]) Wenn schon der immerhin gemäßigt denkende Vater im Sommer fest an den Bestand der neuen Ordnungen glaubte, so läßt sich begreifen, daß der viel radikalere Sohn am liebsten seine Laufbahn in dem neuen Reiche, das die Frankfurter Parlamentarier bauen sollten, genommen hätte. Die hannoverschen Aussichten traten wieder ganz zurück. Es schienen ja Dinge der Vergangenheit zu sein. Leider wissen wir von diesem Plane, bei dem wahrscheinlich die amtlichen Beziehungen des Vaters behilflich sein sollten, nur sehr wenig Authentisches, nur ein paar Notizen aus einem Briefe seiner Schwester vom 20. September: „Rudolf seine Laufbahn als Reichssekretär ist durch die Ministerkrisis wenn auch nicht abgeschnitten worden, so doch in die Länge gezogen. Vor 14 Tagen bekam er vom Unterstaatssekretär Biegeleben einen Brief, worin Heckscher[2]) um Entschuldigung bittet, daß er ihn nicht als Gesandtschaftssekretär nach dem Haag verwendet habe, da es nötig gewesen sei, hierzu einen Handelskundigen, wegen der verwickelten Verhältnisse mit Holland, zu wählen; doch würde er ihn jedenfalls anderweitig einzustellen nicht verfehlen. Leider folgten hierauf die Stürme wegen des Waffenstillstandes, und so ist noch immer nichts im Gange. Zachariä,[3]) der viel gilt, hat Rudolf aber auch viel Hoffnung gemacht. Jedenfalls will er sich vor seiner Abreise noch einmal schriftlich oder persönlich an das provisorische Ministerium wenden. Ende dieser Woche denkt Rudolf ernstlich fortzugehen, da wir im Augenblick ohne Sorgen sein können, und auf den Fall, daß sein Gesuch Erfolg hat, kann er doch auch rasch wieder hier sein. Ganz verderben darf er es doch auch nicht mit Hannover, besonders da er nicht seinen Abschied zu nehmen gedenkt, sondern auf unbestimmte Zeit Urlaub zu bekommen hofft."

Eben der Septemberaufstand, der zum Rücktritt Heckschers führte, hatte anscheinend diese Möglichkeit zerstört. Es wäre günstigstenfalls

---

[1]) Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, I, 46.

[2]) Der Hamburger Advokat Heckscher leitete im Reichsministerium von Mitte Juli bis Mitte September die auswärtigen Angelegenheiten. Biegeleben war Unterstaatssekretär in diesem Ministerium.

[3]) Professor des Staatsrechts in Göttingen, damals Mitglied des Frankfurter Parlaments, in dem er zur Kasinopartei gehörte. Er war der Familie Bennigsen näher bekannt.

eine angenehme Erinnerung gewesen. Vielleicht war es sogar zum Heile Bennigsens, daß sich der Plan zerschlug. So kehrte er denn Anfang Oktober in die Osnabrücker Gerichtsstube zurück.

*

In diesem Augenblick hatte die neue Aera im Königreich Hannover bereits ein gut Teil ihrer Aufgaben mit Erfolg vollendet. Das entscheidendste Stück in der hannoverschen Verfassungsnovelle vom 5. September 1848 gegenüber dem Landesverfassungsgesetz von 1840 war die vollständige Umgestaltung der Ersten Kammer. War sie bisher in der Hauptsache aus den von den provinziellen Ritterschaften gewählten Deputierten zusammengesetzt gewesen — eine Erste Kammer von einer adligen Exklusivität ohnegleichen in Deutschland —, so hatte die Revolution auf das gründlichste mit diesem Vorrechte aufgeräumt. In der neuen Ersten Kammer bildeten nunmehr 33 Abgeordnete der größeren Grundeigentümer, von allen über 50 bezw. 30 Taler Grundsteuer zahlenden Grundbesitzern gewählt, den Kern; das hatte bei der Grundverteilung in Hannover zur Folge, daß die 700 adligen Besitzer, die Ritter, gegen die viel zahlreicheren bäuerlichen Besitzer gar nicht aufkommen konnten und daß somit die Erste Kammer, insofern sie aus Grundbesitzern bestand, aus den großen Bauern bestand. Sie war nach dem Urteil des besten Kenners dieser Dinge nichts weiter als eine zweite Zweite Kammer.[1]) Für den klassischen Junkerstaat in Deutschland hätte es gar keine radikalere Umwälzung geben können als die, welche ihm von Stüve aufgezwungen ward. Die historische Stellung der bisher herrschenden Klasse, ihr Einfluß auf die Gesetzgebung war so gut wie vernichtet.

In den Briefen Bennigsens aber sucht man vergebens nach Aeußerungen über diese inneren hannoverschen Angelegenheiten. Ihm kam es auch nach seiner Rückkehr von Frankfurt allein darauf an, in welchem Sinne sich die gesamtdeutschen Geschicke entscheiden würden. Aus dem folgenden Briefe ist wieder eine Berührung mit Windthorst von persönlichem Interesse. Die Männer, die sich in den siebziger Jahren als Führer der größten Parteien des Reichstags und entgegengesetzter Anschauungen von Staat und Kirche entgegentraten, standen schon damals in getrennten Lagern. Wenn Bennigsen ihn als einen „interessanten Radowitzianer" bezeichnet, so hat er nicht Radowitz, den preußischen Unionspolitiker, sondern als Vorsitzenden der katholischen Fraktion in Frankfurt im Auge.

[1]) E. von Meier a. a. O. I, S. 364.

An die Mutter.

Osnabrück, 4. November 1848.

Ich habe sehnsüchtig auf einen Brief von Dir gewartet, da Du mir ja von Euch allen, namentlich aber von Vaters Gesundheitszustande so manches zu schreiben hattest. Du hättest dieses Mal an dem Satze nicht so strenge halten sollen, daß zunächst der Abreisende zu schreiben pflege. Was habe ich am Ende von mir schreiben können, als daß ich gut nach Osnabrück gekommen war und diese Normalstadt des deutschen Philistertums noch in der alten Apathie wiedergefunden hatte. Ich sehe aber wohl, daß ich keine Nachricht von Frankfurt bekommen soll, als bis Ihr einen Brief von meiner Seite gesehen habt.

Körperlich geht es mir gut und äußerlich lebe ich ruhig, so daß ich Dir hierin nur gleiches wünschen kann. Aber zu innerer Ruhe zu kommen, ist mir nicht möglich. Was helfen da alle äußeren Zerstreuungen, aller gleichförmige Geschäftsgang, wenn man täglich, stündlich daran erinnert wird, daß eine Welt in Trümmer geht, in der man doch lebte, wenn man sie auch haßte. In der Zerstörung allein kann aber auf die Dauer nur der Geist leben, „der stets verneint", und ist die Aufgabe des jetzigen Geschlechts auch noch so groß, so ist sie doch eine zu resignierte, um nicht das Gefühl des Ernstes und der Trübe immer wieder aufwachen zu sehen. Sind wir doch nur die vorderen Linien eines stürmenden Heeres, und erst wenn wir mit unsern Leibern den Graben ausgefüllt haben, wird es der nachdringenden Generation gelingen, über uns hinweg die Bresche zu nehmen. Den Staat der Liebe sollen wir gründen helfen, und unsre Waffen sind der Haß, unser Ziel die Vernichtung. Und alle träumten doch so schön, die Alten von ihrer demokratischen Monarchie, die alles versöhnen, und die Jungen von der sozialen Republik, die den Himmel auf Erden verwirklichen sollte. Aber das Register hatte ein Loch. Ob unsre Täuschung oder die der liberalen Männer aus den dreißiger Jahren größer ist, weiß ich nicht, das wird aber einem jeden klar, der Augen und Ohren offen hat, daß trotz Gervinus und Welcker den deutschen Fürsten und Aristokraten es ebensowenig Ernst mit einer konstitutionellen Monarchie ist als Ludwig XVI., und daß trotz L. Blanc und G. Sand der gemeine Mann ebenso roh ist als die mittleren und höheren Klassen.

Ich verkehre viel mit F. Rudloff. Ohne Bitterkeiten geht es freilich bei unsern diametral entgegengesetzten Ansichten nicht ab, im ganzen komme ich aber doch gut mit ihm aus, da er von Herzen wirklich ganz vortrefflich ist . . . An geistiger Anregung für eine Fortentwicklung meiner Ideen fehlt es mir aber doch sehr. Mein hiesiger Bekanntenkreis will

von meinen radikalen Grundsätzen nichts wissen, und mit den Osnabrücker Radikalen mag ich wieder nichts zu tun haben, da sie an Engherzigkeit und Roheit ihresgleichen suchen ... Theater war bis heute auch hier, die Detmolder Hoftruppe, nicht übel. Ich bin aber doch nur vier- oder fünfmal hingegangen, da ich, offen gestanden, mir aus dem Bühnenspiel bei dem heutigen Weltspektakel nicht mehr mache als der Römer bei seinen Gladiatorenkämpfen aus der griechischen Tragödie. Infolge des augenblicklichen Hierseins des Oberappellationsrats Windthorst von hier habe ich vorgestern ein großes Diner bei selbigem und gestern ein kleines Souper mit Damen beim Landdrosten mitgemacht und mich auch an beiden Tagen, links neben dem interessanten Radowitzianer Windthorst am ersten und am andern neben einem hübschen, liebenswürdigen katholischen Fräulein von Duesberg aus Münster, Nichte des weiland Ministers,[1]) sehr gut unterhalten. Mich hat selten eine junge Dame gleich bei der ersten Bekanntschaft so angesprochen, und ich bedaure sehr, daß sie in 14 Tagen nach Münster zurückkehrt.

An die Mutter.

Osnabrück, 28. Dezember 1848.

... Dein und Karls[2]) beide Briefe haben mir viele Freude gemacht ... Mit dem Wendlande scheint er ja gute Bekanntschaft gemacht zu haben. Die Leute sind dort aber gar zu höflich, und wünsche ich nur, daß er sich von den Komplimenten, die man ihm da über mich scheint gemacht zu haben, nicht mehr blenden läßt als ich selbst. Meinen beiden Antezessoren im Auditorate war ich wohl an Bildung überlegen. Ich war den Lüchowern somit etwas Neues, und dies Neue erregte einiges Staunen. Von meiner mangelhaften Begabung und meinen geringen Kenntnissen den enormen Anforderungen der jetzigen Zeit gegenüber kann aber niemand mehr durchdrungen sein als ich, und die ganz komische Ueberzeugung der Osnabrücker Philister von meinen politischen Fähigkeiten, die sie sich aus einer in der Weinlaune mit zwei Leuten, die noch mehr Wein und Aufregung im Kopfe hatten, geführten Debatte verschafft haben, ist mir eher lästig als berauschend gewesen.

Meine Reichsanstellung hat sich wohl zerschlagen, und das ist am Ende auch ebensogut. Ich fange allmählich an, mehr in der Gegenwart zu leben, lerne endlich auch arbeiten und Geduld haben. In unsern

[1]) 1846 bis März 1848 preußischer Finanzminister, vorher Leiter der katholischen Abteilung im Kultusministerium.

[2]) Der jüngere Bruder Rudolfs, damals Sekundaner auf dem Gymnasium zu Lüneburg.

deutschen Angelegenheiten sehe ich auch täglich schwärzer. Der Enthusiasmus ist überall verflogen, und der Bodensatz, der geblieben, stinkt. Trunkene Reformatoren und jugendliche Helden haben wir gehabt und den Intriganten und Jesuiten sind wir wieder in die Hände geraten. Nüchtern ist man geworden, aber der Katzenjammer ist noch keine Klarheit. Und dazu als breiteste demokratische Basis unser deutsches Gelehrten- und Philistertum! Man könnte rasend werden. Von deutscher Geschichte hat Shakespeare nichts verstanden, sonst hätte er zu seinem Hamlet keinen dänischen Muckenfänger genommen. Wir sitzen so tief im Drecke als nur je. Wenn uns nicht bald große Ereignisse packen und zusammenschütteln, daß wir etwas munter und frisch werden, so liefern wir mit allen Märzerrungenschaften nichts als den allerelendesten Abklatsch des 16. und 17. Jahrhunderts. So ein Stück Dreißigjährigen Kriegs „im Lichte der neuesten Zeit". Wie würden unsre Nachbarn Chorus machen: Hot Oesterreich, hü Preußen, faß ihn, Protestant, pack an, Katholik! Für diese dicken, dummen deutschen Schädel ist nichts unmöglich. Der allerdümmste aber heißt Karl Stüve, Düpe seiner eignen Preußenfresserei, Franzosenfresserei und der Jesuiten. Das ist zuviel auf einmal. Amen! —

Karl, hörte ich von Rudloff, ist in Hastenbeck und amüsiert sich mit seinen Cousinen. Am Ende bekommt er noch ein tendre für Anna Reden, wie ich einstens für Klara. In dem Alter ist ja jedes junge Mädchen ein Engel —

*

Die letzten Worte des hitzigen Politikers, der damals auf alles andre von oben herabsah, würde er selbst später nicht ohne heitere Empfindung gelesen haben: seine Cousine Anna von Reden sollte nach sechs Jahren seine eigne Lebensgefährtin werden.

In den folgenden Monaten wurde seine politische Auseinandersetzung mit der Mutter wieder lebhafter. Beide gingen in ihren Ueberzeugungen allerdings weit auseinander. Die Mutter blieb gemäßigt-erbkaiserlich. Sie war tief ergriffen von der Rede, mit der Gagern im Januar 1849 von der Frankfurter Nationalversammlung die Ermächtigung erbat, mit Oesterreich über dessen Verhältnis zum Deutschen Reiche zur geeigneten Zeit und in der geeigneten Weise zu verhandeln — als der Versuch der Auseinandersetzung mit Oesterreich greifbare Formen annahm. Sie schrieb ihrem Sohne: „Das moralische Gewicht des Redners, die Macht der Wahrheit und der reine Zweck, die ihn beseelten, verfehlen doch auch nicht, die ersehnte Wirkung hervorzubringen, die die Mehrzahl unsrer Nation wünscht. Dich unter Gagerns Ministerium arbeiten zu sehen, wäre wohl mein Wunsch, aber stimmen wir auch hierin überein?

Antworte mir doch einmal darauf." Mütter haben das feinste Gefühl für das Eigentliche in dem Wesen ihrer Kinder. Hier wird der junge Bennigsen zum ersten Male an die Seite Gagerns gestellt. Kritische Beurteiler haben es später öfter getan.[1]) Und eine gewisse Verwandtschaft der Naturen liegt allerdings vor. Damals freilich suchte der radikale Edelmann seine Ideale noch in einem andern Lager.

Einen besonders leidenschaftlich bewegten Ausdruck vollends fand seine Anteilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten, als im März und April 1849 die Hoffnungen auf die Begründung des Einheitsstaates noch einmal hoch emporstiegen, um dann im Mai endgültig und schmählich zugrunde zu gehen. Den ganzen Wechsel dieser Stimmungen hat der Osnabrücker Kanzleiauditor mit wachsender Bitterkeit ausgekostet. Auffällig könnte sein Urteil über den Minister Stüve erscheinen, weil es ganz anders klingt, als man häufig zu lesen bekommt. Daß in dem durch die Märzrevolution an das Ruder gelangten Liebling der Liberalen ein durch und durch konservativer Reformer steckte, dessen Bedeutung freilich häufig überschätzt worden ist, das ist auch neuerdings durch Ernst von Meiers ausgezeichnete Hannoversche Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte nachgewiesen worden. Bennigsen lebt in einer von Stüve grundverschiedenen Staats- und Weltanschauung und vermag der eigenartigen Tüchtigkeit des Mannes nicht gerecht zu werden; aber für die Schranken seiner Befähigung, die Enge seines in Stadt und Land Osnabrück aufgehenden Gesichtskreises und zugleich das bürgermeisterlich Autokratische hat er einen richtigen Blick. Der Hauptgrund für die scharfe Verurteilung liegt übrigens nicht in der inneren Politik — auf diesem Gebiete hat Bennigsen die hohen Verdienste Stüves stets auf das wärmste anerkannt[2]) —, sondern in seiner auswärtigen Politik, die hannoverisch-partikularistisch war und in ihrer Feindschaft gegen die Frankfurter Pläne eines Einheitsreiches durchaus mit dem König Ernst August übereinstimmte. Vor allem an dieser so nahegerückten Einheit des deutschen Vaterlandes aber hing das Herz des Jünglings. Drei Tage, nachdem die Erblichkeit der Kaiserwürde in Frankfurt durchgegangen und darauf die Wahl des Königs

[1]) L. Bamberger, Erinnerungen S. 411, teilt aus seiner Korrespondenz mit H. B. Oppenheim aus dem Anfang der sechziger Jahre mit: „Ein andermal spricht sich einer seiner Briefe über Bennigsen aus; derselbe macht ihm den Eindruck eines Gagern in spe. Es ist entschieden etwas Richtiges in dieser Ahnung."

[2]) So zum Beispiel in einer Rede in der hannoverschen Zweiten Kammer vom 23. April 1858: Er erinnere die ländlichen Deputierten daran, daß sie in Stüve den Vater ihrer Selbständigkeit und ihrer jetzigen Stellung verehren müssen, vorzugsweise infolge seiner rastlosen Bemühungen in den dreißiger Jahren u. s. w.

Friedrich Wilhelm IV. zum Deutschen Kaiser erfolgt war, schrieb er von froher Hoffnung bewegt:

An die Mutter.

Osnabrück, 31. März 1849.

Ich schreibe unter dem freudigen Eindrucke, den die Frankfurter Ereignisse auf mich gemacht haben, und nicht auf mich allein hier in Osnabrück, sondern auf die eifrigsten Anhänger sogar des Stüveschen Partikularismus oder, um mich richtiger auszudrücken, Stüves persönliche Verehrer. Alles atmet wieder etwas auf, und wenn der erste Aufschwung nach dem Welckerschen Antrage[1]) auch vorüber ist, so gibt man sich doch der Hoffnung hin, daß wir auf einem bestimmten Wege sind, aus diesem elendesten aller Provisoria endlich herauszukommen. Der Hauptschlag muß freilich noch von den preußischen, hannoverschen und württembergischen Kammern geschehen, wenn die Frankfurter Verfassung ins Leben treten soll. Noch ist allerdings hier in Hannover nichts geschehen, um das Ministerium, wenn es noch zweifeln sollte, über die Stimmung im Lande aufzuklären. Ich denke aber gewiß, daß Adressen aus allen Teilen Hannovers einlaufen werden um schleunigste Wiedereinberufung der Kammern und zustimmende Erklärungen nach Berlin und Frankfurt. Eine Auflösung der Kammern, an der fast niemand zweifelte, wird das Ministerium nicht mehr wagen.[2]) Das Wiedersehen mag zwar nicht angenehm sein; die bittere Pille wird aber einem solchen theoretischen Dogmatiker und Selbstherrscher wie Stüve — diesem praktischen Staatsmanne, wie er sich selber nennt — nicht schaden. Daß sie ihn kurieren wird, glaube ich gar nicht. Ein solches Maß von Herrschsucht, Eigensinn und Bewunderung eigner Weisheit gehört zu den Krankheiten, gegen welche noch kein Spezifikum gefunden ist. Die Ueberzeugung von Stüves Unfähigkeit zum Premier eines konstitutionellen Landes greift immer weiter um sich. Große Verehrer selbst dieses merkwürdigen Charakters gelangen mehr und mehr zu der Ansicht, daß er bei den eminentesten Anlagen nichts geworden ist als ein höchst rechtlicher, intelligenter, kenntnisreicher Philister, aber

[1]) Welckers am 12. März überraschend gestellter Antrag, die Reichsverfassung in zweiter Lesung in einer einzigen Abstimmung anzunehmen und dann den König von Preußen zum Deutschen Kaiser zu wählen, wurde am 21. März mit 289 gegen 252 Stimmen abgelehnt.

[2]) Die hannoverschen Stände waren am 15. März bis zum 12. April vertagt worden; die Vertagung wurde dann bis zum 3. Mai verlängert, die Zweite Kammer jedoch mitten in dieser Frist durch eine königliche Proklamation vom 25. April aufgelöst.

kein Staatsmann. Daß aber eine solche Persönlichkeit in der Studier- und Aktenstube einer kleinen westfälischen Stadt, in einer Umgebung, zu unbedeutend, als daß er sie nicht von jeher mit Füßen getreten, ohne fremde große Staatszustände gesehen zu haben, hat verkümmern müssen, ist ein wahres Unglück. Was hätte ein Mann von solcher Geistesschärfe, Ausdauer und persönlicher Ueberlegenheit für unser Vaterland unter andern Verhältnissen werden können! Sehr bezeichnend ist eine bereits vor Jahren geschehene Aeußerung des hiesigen Bankiers von Gülich — eines Mannes, der gescheit genug gewesen, aber viel zu schwankenden Charakters, um Stüve zu imponieren —: „Weit lieber eine Herrschaft Ernst Augusts als Stüves."

Einen bösen Stoß hat übrigens unser Ministerium, abgesehen von der Stellung gegenüber der Kammer und der illoyalen Note noch an Herrn von Bothmer [1]) nach dem Rücktritte, hauptsächlich durch das miserabelste aller heutigen Parteiblätter, die „Hannoversche Zeitung", erhalten. Eine saubere Polemik gegen andre Parteien, mit den verlogensten persönlichsten Anzapfungen. Und nun gar diese niedrig komische und grotesk tragische Verbissenheit gegen das Frankfurter rechte Zentrum, von dem Augenblicke an, wo der Sieg des einheitlichen Oberhaupts in Aussicht stand. Erst monatelanges Gewinsele und Geschimpfe über die Parteien in Frankfurt, weil sie vor theoretischem Konsequenzen- und Prinzipienstreite das daniederliegende Vaterland vergessen und verraten. Endlich aber, als die Frankfurter Parteien anfangen abzulassen von dem Grundübel der Deutschen, dem eigensinnigen Beharren auf der sofortigen und vollständigen Verwirklichung ihrer Prinzipien, als man sich von rechts und links die Hände reicht, als Republikaner, Neu- und Altkonstitutionelle einen Teil ihrer Lieblingsideen opfern, um nur zu einem Beschlusse, der uns aus der allgemein verachteten Stellung herausreißen kann, zu gelangen, abermaliges, noch viel entsetzlicheres Geschrei nebst obligatem an die Brust schlagen und frommem Augenaufschlag zum Himmel über die moralische Entwürdigung solcher Parteien, „die einander das arme Vaterland verschachern und verraten". Ueber diese elenden Sophisten! Wenn das Ministerium den April überdauert, so geschieht es wahrhaftig nicht seiner Verdienste oder schönen Augen wegen, sondern weil Männer wie Francke, Briegleb, Lindemann [2]) zu sich selbst kein Vertrauen haben, die

[1]) Kgl. hannoverscher Bevollmächtigter bei der provisorischen Zentralgewalt in Frankfurt. Gemeint ist die an ihn gerichtete Note am 12. Februar (Erklärung über die Reichsverfassung).

[2]) Oberbürgermeister von Lüneburg, Mitglied der Zweiten hannoverschen Kammer, 1850 Minister des Innern.

Linke aber zu unerfahren in den Geschäften ist, und daher, noch dazu mit einzelnen Persönlichkeiten wie Lang II, Rumann, Freudentheil,[1]) im Lande nicht das genügende Vertrauen besitzt.

Ob und wie lange Vater noch in Frankfurt bleiben wird, ist jetzt noch wohl sehr ungewiß. Bitte, schreibe mir doch bald über Vaters Aussichten und Eure Pläne für die Zukunft. An einem Sitze im Staatenhause für den Fall des Zustandekommens der Verfassung ist Vater vielleicht nichts gelegen; sonst sollte ich glauben, daß Vatern, da die hannoversche Regierung doch unter den sechs Männern ihrer Wahl auch wohl den einen oder andern Militär wird schicken wollen, ein derartiger Platz nicht entgehen könnte ... Mit meinen hiesigen Geschäften bin ich mäßig zufrieden. Sehr viel zu tun ist nicht, und da habe ich genug Muße, um nebenbei Geschichte und Humaniora zu treiben.

Daß ich im Sommer nicht im Reichsministerium des Aeußern angestellt bin, ist mir, so wie die Dinge gegangen sind, sehr lieb. Die Wirtschaft unter Schmerling hätte ich am Ende gar nicht ausgehalten. Daß ich diesem Sünder von Anfang an nicht getrauet habe, gereicht mir jetzt ordentlich zur Genugtuung.

Herr von Falcke[2]) ist ganz hierher gezogen. Im Klub scheint man ihn nicht aufnehmen zu wollen. Ich hasse dieses ancien régime ziemlich gründlich, gestürzte Minister, die nicht geradezu infam sind, sollte man aber nicht weiter verfolgen. Die Unerbittlichkeit gegen das System, aber die Schonung gegen Personen sollen wir auch noch von den Engländern lernen.

*

Vollständig umgeschlagen erscheint die Stimmung, als die Ablehnung der Kaiserkrone durch König Friedrich Wilhelm IV. das Werk der Frankfurter Nationalversammlung endgültig zum Scheitern brachte. Besonders der am 20. Mai vollzogene Austritt der meisten Mitglieder der Partei Dahlmann-Gagern aus dem Parlament, das offene Eingeständnis dieser einst gefeierten Führer, am Ende ihres Könnens und Ratens zu sein, veranlaßt Bennigsen, die gesamte Politik des rechten Zentrums und vor allem diesen Entschluß der Resignation einer herben Verurteilung zu unterziehen. Der folgende Brief ist ein gutes Beispiel, wie sich aus seinen politischen Urteilen, die in der Hitze rasch und überscharf geformt werden, allmählich Umrisse einer vertiefteren Anschauung herausheben. Seine eigentümliche Art, die Dinge anzusehen, beginnt erkennbarer hervorzutreten.

---

[1]) Dr. jur. in Stade, Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung.

[2]) Freiherr Georg Friedrich von Falcke, 1847/48 interimistischer Verwalter des Kabinetts und des Ministeriums für die auswärtigen Angelegenheiten.

An die Mutter.

Osnabrück, 29. Mai 1849.

Diese Zeilen werden Dich ja hoffentlich noch in Frankfurt antreffen, obgleich ich freilich ungewiß bin, ob Vater nicht schon wie unsre Deputierten abberufen ist oder in diesen Tagen abberufen wird. In Frankfurt wird Euer Bleiben gewiß nicht lange mehr sein, wenn auch dieses trostlose Reichsverwesertum mit seinem glorreichen Ministerium von der preußischen Gnade sein Dasein noch eine kleine Weile fristen sollte.

Das wäre also vorläufig das Ende des ersten Liedes, oder wenigstens der Ausgang der großen moderierten Gagern-Dahlmannschen Partei, die sich vermaß, Deutschland reformieren zu wollen, und sich so jämmerlich in der Natur der deutschen Fürsten täuschen mußte, die sie im März 1848 stützte, in der Hoffnung, an ihnen Werkzeuge zu finden für die Verwirklichung ihrer parlamentarischen Regierung. Von dem ersten Schrecken, dem ja nur gefällige Dienste folgten, hatten sich diese trefflichen Werkzeuge bald erholt, und als sie die vielfachsten Wechsel der Stimmung durchlaufen und nach einem Jahre bei der souveränen Verachtung einer moderierten Majorität angelangt waren, die sich selbst nicht achtete, da war endlich die im stillen längst ersehnte Zeit der Faustschläge und Fußtritte gekommen. Unerbittlich wird die Geschichte diese ins Deutsche übertragenen Girondins richten, und wenn sie schon die ganze Politik des vorigen Jahres mit den härtesten Worten geißeln wird, wo wird sie in unsrer gebildeten Sprache die Ausdrücke finden, um eine Partei zu bezeichnen, welche in dem Augenblicke, wo die Gefahr am höchsten ist, wo die alten, seit 30 Jahren bekämpften Mächte noch einmal in scheinbarem Glanze aus dem Staube sich erheben, wo die Anarchie im Westen und das russische Bündnis im Osten eine Wahrheit sind —, welche da in feiger Verzweiflung den Platz verlassen, auf den das deutsche Volk sie gestellt hat, doch nicht um ein Jahr hindurch wohlmeinende Reden zu halten, sondern um den Fels zu bilden im tosenden Meere — und weshalb? Weil sie seit vier Wochen die Majorität verloren hatten. Wer war es denn, der immer über Vaterlandsverrat schrie, wenn im vorigen Jahre die Linke einer kompakten Majorität gegenüber, die einen Beschluß nach dem andern faßte, um die Fürsten zu halten, auszutreten drohte, und nun? Ich hasse diese Männer und doch sehe ich klar, daß nur mit ihrer Hilfe Deutschland zu retten ist. Nur wenn die Sittlichkeit, das Talent und das Wissen einer so großen Reihe altgeachteter Namen sich mit dem Eifer und dem Mute einer jüngeren Partei verbindet, ist

eine rasche Entscheidung und Wahrung unsrer Kultur möglich. Warum mußte da dieser Partei jegliche Tatkraft fehlen? Wenn nicht vor einem Jahre, weshalb denn nicht jetzt, in allen Berechnungen gescheitert, sich mit der gemäßigt republikanischen Partei vereinigen, der doch die nächste Zukunft gehört hätte? Handelt es sich denn noch um einzelne Formen der Verfassung? Was bedeuten heutzutage das absolute Veto, die Monarchie selbst, wo in der nächsten Zukunft ein zufälliges Ereignis, ein paar Mißernten oder irgendein an sich ganz äußerlicher Umstand einen sozialen Kampf hervorrufen kann, in dem, so roh und aller organisierenden Kraft bar, wie die sozialen Lehren bis jetzt noch sind, alle Kultur und Menschlichkeit zugrunde gehen müßte! Mit täuschenden Formen einer vorübergehenden Herrlichkeit umgaukeln wir unsre Sinne, während wir einem Abgrunde zutaumeln, der, wenn nicht in kürzester Zeit eine rettende Kraft sich zeigt, uns und unsre Söhne und Enkel verschlingen wird, wie jene Jahrhunderte einer barbarischen Völkerwanderung eine fürchterliche Oede von einem Dutzend Generationen zwischen der versunkenen antiken Herrlichkeit und der aufblühenden christlich-germanischen Welt [geschaffen haben].

Du glaubst gar nicht, meine teure Mutter, wie seltsam es mich hier in Norddeutschland oft erfaßt, wo man auch gar keine Ahnung von Gefahren hat, die gar nicht mehr zu vermeiden, sondern nur noch zu überwinden sind. Ich frage mich oft, was es mir genutzt hat, wenn ich mich viel mit der menschlichen Geschichte beschäftigte. Das Wesen des göttlichen Geistes in uns steht dem Menschen freilich nie näher, als wenn er mit offenem Blick und warmem Sinn jener Spur folgt, die nun bereits seit Jahrtausenden von der Menschheit getreten ist auf dem Wege ihrer dornenvollen Arbeit entgegen einem Ziele, dem sie sich allmählich mehr und mehr nähert, um oft auf lange Zeit zurückzusinken und ohne es je zu erreichen. Für unsre Zukunft werde ich nur mit Trauer und Resignation erfüllt, wenn ich nirgend eine erlösende Hand sehe, die uns aus solcher Verbildung und Roheit, aus solchem Fanatismus und solcher Frivolität leiten könnte in Zustände eines harmonischen Daseins, wo gleichmäßig Herz und Geist der gewonnenen Schätze froh würden. Aber was dürfen wir hadern, daß wir nicht geboren sind in einer Zeit des Genießens, sondern in einer Zeit des anstrengendsten Kampfes? In dem Kampfe liegt freilich das Schreckliche nicht; das ist ja die Aufgabe und der Stolz des Menschen, in der Anstrengung immer mehr von den in den Schachten seines Innern verborgenen Goldadern an das Licht der Sonne zu fördern, sondern in der Art, wie dieser Kampf in den kommenden Jahren geführt werden wird. Die Gesetze der menschlichen Entwicklung be-

herrschen uns mit unentrinnbarer Gewalt. In Zeiten einer gewaltigen Scheidung wie jetzt ist alle Begeisterung allein ohnmächtig; wo alte und neue geistige Mächte im vernichtenden praktischen Streite miteinander befangen sind, da ist es nötig, daß zu der Begeisterung auch die Leidenschaft und der Haß gefügt werde, um den Erfolg zu erreichen. Und das sehe ich doch an meinen Zeitgenossen und fühle es an mir selbst, daß damit die größte Summe des rein Menschlichen verloren geht. Wie Cortez sich zagend und doch begeistert abwendete von seinen brennenden Schiffen, als er nach Mexikos Hauptstadt aufbrach, so muß auch die heutige Jugend den klassischen Bildern einer glücklicheren Zeit, trauernd aber nicht verzweifelnd, den Rücken kehren und sich mit aller Glut und Leidenschaft waffnen, um seligeren Geschlechtern eine neue Zukunft zu erobern.

Was male ich aber so düstere Bilder, meine beste Mutter. Vielleicht sind meine Augen verdunkelt, wenn sie die Zukunft durch so finstere Nacht erblicken. Möge das Geschick sich anders lenken, als ich fürchte. Immer aber werde ich flehen, daß, wie auch dereinst der maßloseste Streit angefacht wird, das Band der Liebe zwischen meinen Eltern, Geschwistern und mir nicht zerreißt. Partei zu nehmen ist für uns Jüngere freilich Pflicht, ich möchte aber fast glauben, daß in unsrer Familie nicht wie in manchen andern Kreisen die Glieder nach den entgegengesetzten Richtungen auseinandergerissen sind, und da vertraue ich sicher, daß in den folgenden Jahren nicht die Bitterkeit das gegenseitige Vertrauen unter uns zerfressen wird.

*

Die Mutter sah in ihrer Antwort nicht so schwarz wie ihr Sohn:[1] „Eigentlich kommt es mir lächerlich vor, wenn ich von Politik zu Dir spreche, aber ganz lasse ich Dich nicht in Ruhe mit meinen Ansichten. Ich gehöre nun einmal nicht zu den Frauen, die da sagen, es sei besser, wenn wir uns dabei beruhigten; da müßte ich kein Gefühl für Mann und Kinder haben, wenn ich jetzt nicht tief bewegt wäre über die Geschicke unsers Vaterlandes. Ich glaube, Du urteilst doch zu streng über die Partei von Gagern und Dahlmann: in feiger Verzweiflung seien sie im Augenblicke der Gefahr gewichen. Wenn sie nun in dem damaligen Augenblicke diesen Schritt taten, so geschah es gewiß nicht ohne ernstliche Ueberlegung; so weiß ich für ganz gewiß, daß es Dahlmann erst einen großen Kampf gekostet hat, Gagern war so körperlich leidend, oft bettlägerig an heftigem nervösen Kopfschmerz, daß er nur stundenweise außer Bette in jener Zeit war, und sein Aussehen,

[1] Frau von Bennigsen an ihren Sohn Rudolf, Frankfurt, 5. Juni 1849.

als er zuletzt im Parlamente sprach, soll sehr krank gewesen sein. Und ob es damals nicht der richtigste Schritt war, den jene Männer taten, beweist vielleicht die nächste Zeit. Untätig sind sie nicht; auch Gagern war von dem Gute seines Vaters bei Soden in diesen Tagen wieder hierhergekommen, Dahlmann war in Hamburg, und die Zusammenkunft dieser Partei in Gotha[1]) den 25. zeigt sie uns gewiß als Ehrenmänner. So leicht gebe ich meinen Glauben nicht auf an solche Charaktere. Wo ich zu vertrauen Ursache hatte, lass' ich mich nicht durch den ersten von mir nicht klar erkannten Schritt wankend machen. So vertraue ich auch meinen Söhnen mit warmer Mutterliebe, wenn ich auch oft durch ihre Aeußerungen beängstigt werde; ein getäuschtes Vertrauen ist wohl sehr schmerzlich, aber ein fortwährendes Mißtrauen gegen die, die man liebt, wäre ja auf die Dauer nicht zu ertragen."

Diese besonderen Mutterſorgen hatten nämlich auch einen politischen Grund und bezogen sich auf den zweiten Sohn Karl, den Sekundaner in Lüneburg, der seit seinem Hospitieren auf der Galerie des Vorparlaments sich sehr viel weiter und zwar nach links entwickelt hatte. Ein Zirkular der Lehrer hatte darüber bedenkliche Enthüllungen gebracht, und wenn der junge Politiker — dem die nachsichtige Mutter lieber Glauben schenkte — sich auch dagegen verwahrte, so war doch von befreundeter Seite aus Hannover eine Schilderung eingetroffen, in der es hieß, daß Karl in jugendlichem Leichtsinn den wohl etwas zu früh aufgefaßten republikanischen oder Frankfurter Bestrebungen zu sehr huldige; gemeinschaftlich mit einem jungen von Meding und andern Schülern seiner Klasse solle er sich in alle oppositionellen Bewegungen mischen, und in diesem Sinne mehr Einfluß üben, als von einem so jungen Menschen zu erwarten wäre; die Mitschüler redeten davon, daß er mit seinen gleichgesinnten Schülern neulich mal versucht habe, in Mönchs Garten auch Handwerksburschen für ihre politischen Ansichten zu gewinnen, und in wenig anständiger Gemeinschaft mit diesen nach Hause gekommen sei; auch sollten die jungen Phantasten Geld ausgeteilt haben, um eine Katzenmusik für den Rektor zu bewirken, der ihrem Treiben entgegengetreten sei. Die besorgte Mutter fügte hinzu: „Den Herrn Egestorff, den Karl nennt, kennst Du ja wohl; wie Tante Minna schreibt, soll er ein begabter, aber gefährlicher Mensch sein, der weder göttliche noch menschliche Autorität über sich anerkennt. Den jungen Lammers[2]) nennt sie als gefährlichen Mitschüler. Bei dem

[1]) Gemeint ist die damals in Aussicht genommene Zusammenkunft in Gotha vom 26. bis 28. Juni 1849, in der die Abgeordneten der erbkaiserlichen Partei übereinkamen, das preußische Unionsprojekt vom Mai 1849 zu unterstützen.

[2]) August Lammers ist bei dem Tode Karl von Bennigsens (1855)

Mangel an Erfahrung, den Karl hat, glaube ich, daß er der Gefahr, durch schlechten Umgang mißleitet zu werden, eher ausgesetzt ist, als daß er schädlichen Einfluß üben sollte. Sonst hatte der liebenswürdige Krippelkopf viel Eigenwillen, der aber noch nicht den Namen von Selbständigkeit verdiente. Schon seine früheren erbkaiserlichen Ideen fanden bei Deinen Tanten keinen Beifall, und so werden sie die republikanischen Ideen sehr beklagenswert und unglücklich finden; ich kann darüber die Jugend in jetziger Zeit nicht tadeln, aber solche Szenen, wie sie die Schüler in Lüneburg im öffentlichen Garten spielen, verletzen mich. Ein selbstgemachtes lateinisches Lied hat, ehe die Arbeiter kamen, auch wohl Rüge verdient; eine Stelle lautet: ‚Vivat re(s)publica, pereat nobilitas et rex'."

An die Mutter.

Osnabrück, 9. Juni 1849.

Mich freut es, daß Du Dir aus Karls Schülerstreichen nicht so viel machst als jener Herr in Hannover (Herr v. Hammerstein?). Das Benehmen der Schüler finde ich übrigens auch höchst unpassend, aber ein solches Geschrei davon zu machen, ganz lächerlich. Immer besser, ein junger Mensch äußert oder benimmt sich einmal etwas zu aufgeregt, als daß er gar kein Herz für die Freiheit und sein Vaterland hat. Hier bei uns ist so etwas, namentlich bei Söhnen guter Familien, freilich erschrecklich, und wer nicht von Kopf bis zu Fuß in die weißgelben Farben gekleidet geht, gilt bei unsern Beamten für einen roten Rebellen oder im günstigsten Falle für einen Phantasten, der geboren ist, sich und andre unglücklich zu machen. Was jener Herr von Karls Betätigung bei oppositionellen Bestrebungen und seinem gefährlichen Einfluß schreibt, trägt auch zu sichtlich den Stempel der gröbsten Uebertreibung, als daß man solchen Dingen irgend Glauben schenken könnte. Ich habe heute morgen an Karl geschrieben und ihm meine Meinung über die Vorfälle am 17. Mai und über seine Stellung als Schüler zur praktischen Politik gesagt.

An dem Kanzleiauditor Planck, Sohn des Göttinger Kanzleidirektors, habe ich einen ganz angenehmen Gesinnungsgenossen gefunden. Man hat ihn von Hannover, weil er Vizepräsident des Vaterländischen Vereines und als solcher zu dem Celler Kongreß deputiert gewesen ist,[1])

auch dem älteren Bruder Rudolf nahegetreten und wurde dann einer der besten Publizisten des Nationalvereins. Ueber seine Stellung in der Lüneburger Prima vgl. auch Langwerth von Simmern, Aus meinem Leben I, S. 87.

[1]) Am 4. April 1849 hatte in Celle eine Versammlung der Vertreter von 70 politischen Vereinen Hannovers getagt und ihre „Willenserklärung" — Ein-

hierhergesetzt, damit vielleicht in dem beschränkten Kreise des Osnabrücker Philistertums die Gnade Stüvescher Grundsätze eher bei ihm zum Durchbruche komme. Wenn diese Leute aber von der jungen Generation noch irgend jemand zu bekehren hoffen, müssen sie früh aufstehen.

Du hoffst noch immer das Beste von der liberalen Partei. Wenn man aber diese fürchterliche Ratlosigkeit in ihren Blättern sieht, so weiß ich doch wahrlich nicht, was ich noch eben von einer Partei erwarten soll, die schon seit einem Jahre — der einzige Gervinus ausgenommen — dieselbe Politik des fait accompli befolgt hat wie die vormärzlichen Diplomaten traurigen Angedenkens, möge das Faktum, d. i. die augenblickliche Macht, von unten oder von oben hin gedrängt haben. Die Führer der Bewegung, und das ist doch die Aufgabe in einer solchen Zeit des gesunkenen politischen Geistes und nur der aufwallenden politischen Begeisterung, sind sie nach dem 24. Februar 1848 auch keine sechs Wochen mehr gewesen. Hier im Lande steht freilich allem Anschein nach die Partei der Frankfurter Verfassung weit besser als die des Radowitzschen Projekts.[1]) Daß z. B. Stüve in hiesiger Stadt zum Deputierten gewählt werde, hält man ziemlich allgemein für unmöglich und scheint vielmehr an Breusing zu denken. Aehnlich mögen die Verhältnisse in Sachsen sein. Auf die niederträchtigen preußischen Mittelklassen mit ihrer besonnenen Bettelweisheit ist nach dem, was man seit dem Oktober vorigen Jahres hat erleben müssen, nicht viel zu rechnen. Was sind das aber auch für Menschen, die in der „Kölner Zeitung" und ähnlichen den Ausdruck ihrer Partei haben. Ein so jammervolles Schwanken bei den wichtigsten Angelegenheiten, ein solcher Mangel an Mut und Ausdauer, überhaupt an allen bestimmten Zwecken und bestimmten Mitteln für ihre Erreichung, die sich weiter als über ihre Nasenspitze erstrecken, ist fast beispiellos. Und das wagt sich den Kern des preußischen, womöglich des deutschen Volkes zu nennen. Wenn solche politische Handlanger, die ewig nur von einem Tage zum andern leben, während sie für das Weitere Gott sorgen lassen oder höchstens auf das große Los in einer ungarischen oder französischen Lotterie ihre kühnen Pläne bauen, in dem gewaltigen Drängen der jetzigen Zeit, wo gerade bestimmte Zwecke und Ausdauer über alles vermögen, eine bedeutende Zukunft haben, so will ich mein gesamtes

---

treten für die Reichsverfassung, Forderung der Entlassung des Ministeriums Stüve u. s. w. — in Adressen an den König, die (vertagte) hannoversche Ständeversammlung, das Frankfurter Parlament und die Berliner Kammern zum Ausdruck gebracht.

[1]) Der preußische Entwurf einer Reichsverfassung vom 26. Mai 1849, von Hannover und Sachsen angenommen (Dreikönigsbündnis).

Studium der Geschichte wieder von vorn anfangen. Nur noch einige Monate Ausdauer und die drei bis vier königlichen Regierungen mußten nachgeben. Aber da kam die Furcht vor der roten Anarchie und die ewige Halbheit und süßliche Gutmütigkeit, alles läuft davon, die großen liberalen Blätter liebäugeln mit der Frankfurter Verfassung links und den Berliner Projekten rechts. Ein Zufall kann die Wagschale nach der einen oder andern Seite sinken machen; ist es da ein Wunder, wenn solche Ratlosigkeit der Führer auch die Menge irre macht? Ich frage mich in der Tat täglich vergebens, weshalb man sich nicht einfach an die paar Gedanken gehalten hat und nach ihnen (und es wäre auch noch nicht zu spät) handelte: für die Frankfurter Verfassung hat sich fast ganz Deutschland exkl. Oesterreich erklärt; versucht man eine andre, so ist der Bürgerkrieg oder verewigte Revolution gewiß; werden die Berliner Vorschläge in Berlin, Dresden, Hannover und München verworfen, und zwar von einer imposanten Majorität, und wird von neuem auf die Annahme der Frankfurter Verfassung gedrungen, so ist der Sturz der jetzigen Kabinette absolut notwendig; eine große Agitation ist also in diesem Sinne auf die in den nächsten Wochen vorzunehmenden Wahlen einzuleiten und jeder Vorschlag einer Aenderung in den Bestimmungen der Frankfurter Verfassung, sei es im republikanischen oder monarchischen, einheitlichen oder dynastischen Sinne, von vornherein zurückzuweisen. Ein solcher Plan würde sich praktisch auch durch die größte Einfachheit auszeichnen und selbst der ungebildeten Menge ungemein leicht verständlich zu machen sein. Wenn man aber echt deutsch wieder an den Bestimmungen der Frankfurter Verfassung zu mäkeln beginnt, der eine das, der andre jenes besser zu erlangen hofft, aber alle das Ganze aus den Augen verlieren, wenn so die Begriffe des großen Haufens ganz verwirrt werden, die liberale Partei sich teilt, die liberale und demokratische von neuem sich auf das heftigste bekämpft, die Regierungen dagegen, d. h. die großen, festbleiben oder höchstens in vorher verabredeten albernen Nebenpunkten anscheinend großmütig nachgeben, dann kann man allen Hoffnungen auf Freiheit und politische Macht in Deutschland vorerst nur Lebewohl sagen. Denn was die Regierungen von geschenkter Freiheit halten, wenn an die Stelle der Furcht bei ihnen die Verachtung getreten ist, haben wir doch zur Genüge gesehen.

Sehr aufgefallen ist es hier, daß Vater bei der Ernennung zum General übergangen ist. Wenn man ihn, was doch kaum zu glauben ist, nicht geradezu vergessen hat, so steckt gewiß irgendeine Erbärmlichkeit dahinter, oder hat man Vater etwa nicht befördert, weil er an Fähigkeit und Tüchtigkeit hinter dem Graf Münster oder irgendwem

sonst zurückstehen muß! Hat Vater vielleicht irgend etwas Mißliebiges berichtet, oder hat man das, was Vater in seiner Schrift[1]) über die neuen Heereseinrichtungen wegen der Kadettenhäuser, Garden u. s. w. äußerte, Allerhöchst übel aufgenommen?

Mit aller Entschiedenheit hatte Bennigsen das Zustandekommen der neuen Zentralgewalt herbeigesehnt. Die Form, in der sie errichtet werden möchte, erschien ihm zuweilen fast gleichgültig, aber daß sie überhaupt zustande kam, daran hing er mit ganzer Seele. Und es verstand sich für ihn von selbst, daß der König von Hannover für die neue Verfassung des deutschen Vaterlandes sein Opfer zu bringen habe wie jeder andre Fürst, daß er einen Teil seiner Souveränitätsrechte abgeben müsse an die Zentralgewalt. Insofern darf man sagen, daß das Programm, für das der Nationalverein und Rudolf von Bennigsen als sein Führer sich nachmals eingesetzt haben, in den Ueberzeugungen wurzeln, die er schon im Jahre 1848 gewonnen hatte und, ohne daß er damals mit ihnen öffentlich hervorgetreten wäre, doch unerschütterlich in seinem Innern trug. Die welfische Geschichtschreibung wird auf den historischen Zusammenhang dieser revolutionären Ideen mit einem gewissen Behagen hinweisen, weil sie, wie König Georg im Jahre 1866, jegliche Verminderung der Souveränität als Entwürdigung für den, der sie gewähren sollte, und als Hochverrat von dem, der sie forderte, anzusehen geneigt ist. Damals war man selbst in hannoverschen Regierungskreisen weit entfernt, die bisherige Machtstellung als unantastbar für immer zu betrachten. Zwar wurde die Zweite Kammer, die bereits vertagt war, am 25. April 1849 aufgelöst, weil man bei ihrer Zusammensetzung ein entschiedenes Eintreten für die Reichsverfassung erwarten konnte. Aber selbst die königliche Proklamation, welche die Auflösung verfügte, war vorsichtig genug, zu erklären: „Die Nationalversammlung in Frankfurt hatte den Zweck, einen deutschen Bundesstaat zu gründen. Die innere Einigung Deutschlands und die Verwandlung des Deutschen Bundes in einen wahren Bundesstaat ist von Uns und Unsern Vorfahren in seiner vollen Größe und Bedeutung erkannt und erstrebt. Auf gleiche Ziele gerichtete Wünsche Unsers getreuen Volkes konnten Uns nur erfreuen, um so schmerzlicher ist es, daß jene Versammlung ihren Weg verließ und sich allein Befugnisse zuschrieb, welche ihr nur in Gemeinschaft mit den Fürsten Deutschlands übertragen waren und welche wir derselben nicht zugestehen konnten."

---

[1]) Siehe S. 152, Anm. 1.

Bennigsen war durchaus im Recht, wenn er bei einer späteren Gelegenheit betonte, daß selbst diese Proklamation des Königs Ernst August sich allein gegen die einseitige Feststellung der bundesstaatlichen Verfassung Deutschlands, nicht aber gegen die Umgestaltung an sich richtete, daß also auch der Nationalverein nur eine Gesamtverfassung Deutschlands erstrebte, zu der im Jahre 1849 selbst der Staat Hannover bereit gewesen wäre. Der Unterschied war nur, daß jene von der Not erzwungene deutsche Gesinnung sich in den Reaktionsjahren bei den Regierenden bis auf den letzten Rest verflüchtigte, während er selbst an diesen staatlichen Idealen festhielt, auch dann, als die alten Gewalten sich eigensüchtig und engherzig wieder erhoben hatten. Sie hatten nichts gelernt und nichts vergessen — er dagegen ging an das mühevolle Werk, das Erbe der großen Bewegung von 1848 im deutschen Volksgeiste zu erneuern.

Bennigsen hat sich in den beiden Revolutionsjahren von der aktiven Politik noch zurückgehalten: anders als sein um mehrere Jahre jüngerer späterer Freund Johannes Miquel, der damals als Göttinger Student einen Radikalismus, der den seinen fast noch überbot, schon praktisch betätigte. Aber die Erlebnisse dieses Jahres hatten sein inneres Wesen doch so tief erfaßt, daß er seinen Lebensplan nunmehr sicher vor sich sah. Er hat damals in Osnabrück seinem Freunde Gottlieb Planck wiederholt ausgeführt, er gedenke nur für einige Jahre im Staatsdienste zu bleiben, um sich mit möglichst vielen Verhältnissen bekannt zu machen; dann aber wolle er seinen Vater bitten, ihm das Familiengut Bennigsen zu überlassen, und sich ganz und gar der Politik — und darunter verstand er von vornherein deutsche und nicht bloß hannoversche — zu widmen. Mit dieser Lebensaufgabe in seinem Innern glaubte er auch die bittern Jahre der Enttäuschung überwinden zu können.

Fünftes Kapitel

Richter und Staatsanwalt

(1850 bis 1856)

Während die deutschnationalen und freiheitlichen Tendenzen der Revolution nach der letzten Niederlage von den alten Gewalten wieder zurückgedrängt und niedergetreten wurden, hatte Bennigsen sich zu seinem Kanzleiassessorexamen vorzubereiten. In seinem Leben und auch in seinen Briefen treten die allgemeinen Fragen etwas mehr zurück hinter die persönlichen Sorgen: Dienst, Examen, Laufbahn. Immer aber schlägt durch diese Dinge des Alltags die politische Erbitterung wie eine feurige Lohe hindurch. Im Sommer 1849 war Bennigsen wieder zum Besuch bei seinen Eltern in Frankfurt gewesen;[1]) gleich nach der Rückkehr meldete er sich zum Examen.

An die Mutter.

Osnabrück, 8. Oktober 1849.

Heute morgen haben Planck, Rudloff und ich beim Kanzleidirektor unsre Gesuche um Zulassung zum Examen abgegeben. Ob ich nun gleich nicht glaube, daß inklusive des Vortrags beim Könige u. s. w. unsre Affäre vor fünf bis sechs Wochen entschieden sein wird, so habe ich Dir doch gleich Nachricht geben wollen, daß dieselbe in ein neues Stadium gerückt ist. Der Kanzleidirektor äußerte sich, als ich ihm unsre Absicht mitteilte, ganz freundlich; gegen Planck, der ihm die schriftlichen Gesuche ins Haus trug, hat er aber ganz seltsame Fragen getan über Beteiligung an politischen Vereinen u. s. w. hier in Osnabrück,

[1]) Ueber die Rückreise schrieb er am 10. September 1849 an seine Mutter: „Das Dampfschiff war auffallend leer und die Aussicht auf Unterhaltung, nach dem Aeußern der wenigen Passagiere zu schließen, auch nicht versprechend genug, als daß ich es nicht vorgezogen hätte, mich mit dem vorbeieilenden Gemälde der Ufer und später mit Silvio Pellico schweigend zu unterhalten. Die Schilderungen dieses — etwas weiblichen — Dichters haben mich sehr angezogen. Wie konnte aber eine so evangelische, lyrische, duldende Natur sich bei revolutionären Verschwörungen beteiligen und, wie es scheint, gar als einer der Leiter, wenigstens der am meisten Kompromittierten. — Von Köln fuhr ich nach Bielefeld. Im Coupé traf ich eine ganz unterhaltende, wenn auch sehr konservative, doch gebildete Herrengesellschaft, darunter einen preußischen Offizier und einen ditto Beamten aus Berlin, von deren Stolze auf ‚den altpreußischen Musterstaat' mir noch der Kopf brummt."

was diesen übrigens wohl ganz persönlich betraf, da der Kanzleidirektor ihm geradezu erklärt hat, er sei aufgefordert — wahrscheinlich damals, als Planck des Celler Kongresses wegen in die Verbannung hierhergeschickt wurde —, über seine politischen Tendenzen und Tätigkeiten zu berichten. Ich glaube übrigens doch, daß man ihn ernennen wird, weil ich sonst nicht begreife, weshalb man ihn vor einem halben Jahre nicht entlassen hat, da man bei seiner Persönlichkeit eine Aenderung in der politischen Richtung durch derartige Regierungsmanöver nicht erwarten konnte. Mich wird man sicher noch eher zulassen, da ich weniger kompromittiert bin, wenn man mich auch hier und in Hannover für radikal ansieht. Der König soll sich freilich über Bremer und mich nicht sehr günstig geäußert haben. Zweckmäßig dürfte es allerdings für eine Regierung sein, die doch gelegentlich zu einem Staatsstreich ihre Zuflucht nehmen kann, in die höheren Richterkollegien keine Leute aufzunehmen, bei denen sie entgegengesetzte Grundsätze und Furchtlosigkeit zu scheuen hat. Vorläufig sind wir drei mit der Vorbereitung zu dem Examen beschäftigt, repetieren mehrere Male in der Woche zusammen (wobei mir Plancks gediegene Kenntnisse, ein Produkt ausgezeichneten Scharfsinns und ausdauernden Fleißes, sehr nützlich werden), so daß ich mit den ziemlich zahlreichen Relationen in der Kanzlei vollauf zu tun habe.

An die Eltern.

Osnabrück, 29. Oktober 1849.

Das neueste Produkt der preußisch-österreichisch-johanneischen Vaterlandsliebe wird jedenfalls wohl eher für Vaters nächste Stellung als für die Zukunft der deutschen Nation entscheidend sein. Hier wird man immer resignierter und blasierter und wartet täglich mehr auf ein großes Faktum, welches die Dinge wieder in Fluß bringen hilft; von theoretischen Deduktionen erwartet auch der Naivste nichts oder wenig mehr. Uebrigens hörte ich . . ., in Hannover seien denn doch selbst die Referenten und Hilfsarbeiter des Ministeriums empört über die neueste Wendung der hannoverschen Regierung in den deutschen Angelegenheiten. Ihr müßt Euch ja fast schämen, daß Ihr mit diesem Herrn von Wangenheim [1]) näheren Verkehr gehabt habt, ich habe hier wenigstens schon mehrfach

[1]) Der Klosterrat Hermann von Wangenheim, 1848/49 hannoverscher Gesandter bei der provisorischen Zentralgewalt in Frankfurt und in dieser Zeit mit der Familie Bennigsen näher bekannt. Damals war er zum hannoverschen Bevollmächtigten zum Verwaltungsrat der preußischen Union ernannt worden und gab im Verwaltungsrat die Erklärungen ab, die den faktischen Austritt Hannovers aus dem Dreikönigsbündnis vollzogen, vgl. Sybel I, 438 ff., und vor allem von Hassel II, 1. 92 ff. (mit Benutzung der Papiere Wangenheims).

geäußert, daß ich mich schämte, den Namen meiner Familie bei einem so verlogenen Spiele genannt zu sehen. Die Rechtsdeduktionen, die Herr von Wangenheim macht, daß man bei bestehendem Bundesrecht auf Grund des Art. XI derartige Bündnisse, wie sie die Majorität des Verwaltungsrats jetzt ins Leben treten lassen will, ohne Genehmigung aller deutschen Staaten nicht eingehen kann, ist freilich ungemein richtig, aber heute so und morgen anders das bestehende Recht auslegen und auf eine selbst in den Annalen der Restaurationsdiplomatie unerhört freche Weise sich von eingegangenen Verpflichtungen losmachen, das, hoffe ich, wird doch sogar der hannoverschen Dickfühligkeit zu stark sein, und mögen nun die Stände, die in Berlin keine Verpflichtungen übernommen haben, dem Bündnisse beitreten oder nicht, gegen dieses ehrlose Verfahren dürfen sie keine Schonung haben.

An den Vater.

Osnabrück, 8. Dezember 1849.

Aus der „Hannoverschen Zeitung" wirst Du vielleicht schon gesehen haben, daß ich zum Kanzleiassessor ernannt bin. Vom Oberappellationsgericht ist vor einigen Tagen auch die Zitation zum Examen schon erfolgt . . . Vor dem Weihnachtsfeste wollen wir uns sämtlich die Arbeiten geben lassen, und möchte ich daher auch etwa am 18. oder 19. von hier abreisen und . . . nach Celle fahren. In den nächstfolgenden drei bis vier Tagen hätte ich die offiziellen Besuche zu machen, erhalte die Akten, kann sie eben noch durchlesen und die nötigen Schritte zur Herbeischaffung der einschlagenden juristischen Literatur tun und beabsichtige dann den Weihnachtsabend und den ersten Weihnachtstag in Lüne zuzubringen . . . Ende Februar denke ich fertig zu sein. Wohin ich dann gesetzt werde, ist sehr ungewiß. Mein nächster Wunsch steht nach Göttingen, mein zweiter hierher. Planck kann nicht nach Göttingen gesetzt werden, seines Vaters wegen, und nicht nach Hannover, seiner politischen Anrüchigkeit wegen, wünscht also hier zu bleiben . . . Bleibt Allershausen hier, so ist für Planck Gefahr, nach Aurich zu kommen, kommt Allershausen nach Göttingen, für uns beide. Lust dazu hat natürlich niemand, der nicht Friese ist, und würde jeder alles aufbieten, ein solches Unglück zu verhüten. Die Hodenberg-Calenbergschen Urkunden sind jetzt zum Teil herausgegeben; Wennigsen, Barsinghausen u. s. w. erst bis 1300, Wunstorf vollständig. Ich habe sie ein paar Stunden in Händen gehabt, aber nichts gefunden als eine Wunstorfer Urkunde vom Jahre 1347: Aussteller Knigge, Zeugen: von Reden und Borghart von Benekessen, Knapen, Siegel erhalten.

An die Mutter.

Celle, Weihnachtsabend 1849.

(Reise über Hannover). Auf der Tagesordnung der Zweiten Kammer stand die deutsche Angelegenheit; ich blieb daher bis zum Abgange des Abendzuges, um einer Verhandlung beizuwohnen, die ich mit Interesse aufsuchte, aber mit einem wahren Ekel vor der erbärmlichen Art und Weise, wie man in der hannoverschen Ständekammer ernste Dinge betreibt, verließ.[1]) Die Prachtblume der Beredsamkeit wird freilich in dem trockenen hannoverschen Boden noch eine geraume Zeit nur kümmerliche Blüten treiben, wie soll man aber über Abgeordnete eines gediegenen und gebildeten Volksstamms urteilen, die selbst einfache Gedanken nicht einmal klar und zusammenhängend ausdrücken können, denen aber Adel und Würde des Ausdrucks so fremd. oder so zuwider zu sein scheinen, daß ihnen die trivialsten Wendungen gut genug sind, und ein geistreicher Mann, wie der Ostfriese Bueren, seine demokratischen Prinzipien notwendig durch Nonchalance und Roheit glaubt erkennen geben zu müssen?

Am Sonnabend abend besorgte ich mir in Celle eine Wohnung, fuhr am Sonntag die Visiten und respektive Karten beim Präsidio und den 24 Räten des Tribunals und heute am Montag nach dem Tribunale, die beiden Akten abzuholen — diese sind nämlich zu vornehm, um zu Fuße gehen zu können —, und ging dann gegen fünf Uhr zu Bülows, wo ich einen ganz heiteren Abend zugebracht habe . . . Morgen soll die Quälerei angehen; die Akten handeln, wenn es Vater vielleicht interessieren sollte, die schriftlichen von dem Hoyaer Anerben- und Meierrechte und die mündliche von dem römisch-erbrechtlichen „interdictum quorum bonorum".

An die Mutter.

Celle, 21. Januar 1850.

Meine Arbeiten rücken allmählich vorwärts. Ich wollte, ich wäre aber erst im März. Diese beiden Monate hole der Kuckuck. Viel Freude hat man von ihnen nicht. Die angenehmste Zeit sind die beiden Tischstunden. Bremer und Jochmus namentlich tragen viel zu einer guten Unterhaltung bei. Der erstere ist denn auch ganz lächerlich verschrien — noch Tante Julchen hoffte neulich, daß ich nicht so schreckliche politische Grundsätze haben würde wie er — und in der Nähe

[1]) Ueber die Parteien in der Zweiten Kammer und ihre Politik in der Deutschen Frage vgl. Oppermann a. a. O. II, S. 241 ff. Die obenerwähnten Verhandlungen vom 20. Dezember 1849 waren nur das Vorspiel der Verhandlungen vom 5. bis 8. Januar 1850, ebenda S. 250—258.

betrachtet, gehört er zur Gagernschen Partei und ist in inneren Fragen noch konservativer und aristokratischer. Durch den treuen hannoverschen Hohlspiegel gesehen, haben freilich Gagern und Proudhon die größte Familienähnlichkeit. — Am vergangenen Freitag war ich in Braunschweig, wo ich mit Gröning aus Bremen und mehreren Braunschweiger Angestellten ein Rendezvous verabredet hatte, um die nötigen Vorbereitungen zu dem 1844 auf den 8. März 1850 nach Braunschweig ausgeschriebenen Heidelberger Vandalenkommers zu treffen ... — In Braunschweig war gerade der Kriegsminister Morgenstern von Berlin zurückgekommen. Die braunschweigische Regierung hatte den Militärvertrag mit Preußen ratifiziert und erwartete nur noch die Genehmigung des braunschweigischen Landtages. Was hilft das aber Preußen, wenn es durch Intrigen 3000 Mann Soldaten gewinnt und in demselben Augenblicke durch seine neueste Berliner Komödie Hunderttausende von Anhängern aufs Spiel setzt, die es schon gewonnen hat, und noch mehrere, die es gewonnen haben würde, wenn der König den Schwur geleistet und die Wahlen nach Erfurt ausgeschrieben hätte. Die Malice gegen diese konstitutionellen Helden, der Aerger namentlich, vor einem so feigen Gesindel, das freilich die Peitsche täglich verdient und freudig empfängt, jemals gezittert zu haben, mag groß genug sein; die Pflicht der Selbsterhaltung sollte aber doch den König und alle konservative Preußen, die noch nicht dem Katholizismus und den Oesterreichern sich überliefert haben, zwingen, wenn nicht aus Großmut, doch aus Klugheit diese Mißhandlungen einzustellen. Der Prinz von Preußen wird aber wohl eher die Notwendigkeit der Pflichtvergessenheit fühlen, eine Palastrevolution zu machen, als die preußische konstitutionelle Partei mit ihrer langweiligen Philisterhaftigkeit und überklugen Feigheit das Verständnis erhält, daß man nach einem jahrelangen Nachgeben wenigstens in der einen Stunde eine so wohlfeile Festigkeit zeigen muß, wo es in Berlin und Erfurt alles zu gewinnen und gar nichts zu verlieren gilt. Treffliche Rationalisten mit ihrem Aberglauben an die Butzemänner Arnim und Gerlach, auf die die Kinder schon lachend mit den Fingern zeigen. Wartet nur! Seid artig, oder der Butzemann kommt! Und sie waren artig!

An die Eltern.

Celle, 21. März 1850.

Mein Examen habe ich vergangenen Freitag glücklich überstanden. Planck und ich hatten wegen mancherlei wichtigerer Geschäfte am Tribunale leider drei Wochen länger warten müssen, als es eigentlich beabsichtigt war. Ich freue mich nun um so mehr, daß diese langweiligen Wochen der Vorbereitung auf ein Examen endlich vorüber

sind. Seit gestern abend bin ich aus Hannover zurück, wohin ich am Sonnabend abend gereist war, um die nötigen Schritte beim Justizministerium zu tun und zugleich Verwandte und Bekannte zu sehen. Von den Herren aus dem Justizministerium habe ich zwar noch keine bestimmte Auskunft über den Ort meiner Bestimmung erhalten können, mir ist jedoch ziemlich sichere Aussicht auf Göttingen gemacht. Nach Osnabrück zurück werde ich unter keiner Bedingung gesetzt werden, und das ist mir sehr lieb. Lernen kann man in der dortigen Kanzlei gar nichts, höchstens sich eine oberflächliche Behandlung der Geschäfte angewöhnen, und die Gesellschaft würde mir, da die gesamte jüngere Kanzlei fort ist, auch nicht mehr angenehm gewesen sein.

An den Vater.

Celle (April 1850).

Schon in Hannover von F. Rudloff und hier aus eigner Ansicht erfahre ich die unangenehme Nachricht, daß ich in Aurich als Assessor angestellt bin ... Mir ist Aurich ein böser Strich durch meine Pläne. Wenn es auch immer nur ein oder anderthalb Jahre sein werden, die ich an diesem Erdenwinkel zubringen soll, so ist es doch ein schlechter Spaß, sich gerade, wo man ins praktische Leben als Richter eintritt, mit dem niederträchtigen preußischen Landrecht und Prozeß und dem ungeschlachtesten aller hannoverschen Stämme herumschlagen zu müssen und dazu noch von allem geistigen Verkehr und alten freundschaftlichen Verbindungen fast abgeschlossen zu sein ... Eine Frist ist mir noch gar nicht gesetzt. Ich will mir daher noch acht bis zehn Tage Zeit nehmen, um wenigstens einige Kenntnis des preußischen Prozesses zu erwerben, ehe ich nach preußischem Rechte als Appellationsrichter Erkenntnisse abgebe. Ist es aber nicht eine wahre Tollheit, einen jungen Menschen in ein ostfriesisches Obergericht zu schicken, der wenig praktische Erfahrung hat und vom preußischen Rechte nichts weiß?

Vom Juni 1850 bis zum Frühjahr 1852 arbeitete Rudolf von Bennigsen als Assessor in der Justizkanzlei zu Aurich, der Hauptstadt Ostfrieslands. Das politische Interesse der folgenden Briefe ist geringer als in den temperamentvollen Aeußerungen aus den Revolutionsjahren. Nur gelegentlich bricht noch der Zorn über das Mißlingen des großen nationalen Freiheitskampfes in starken Worten durch. Die tiefe Unbefriedigtheit, die aus dieser Wurzel stammt, wird durch die neue Umgebung noch gesteigert. Hatte er schon in den vorhergehenden

Jahren es nur schwer ertragen, von der „Philisterstadt" Osnabrück aus den großen Bewegungen Deutschlands zuzusehen, und von neuem hinausgestrebt auf ein größeres und freieres Feld seiner Betätigung, so fühlte er sich in Aurich wie in der Verbannung. Daher nehmen die gereizten Klagen über die enge und drückende Atmosphäre der kleinen Stadt, über die unerfreuliche Reibung der Kollegen untereinander, über den Mangel an geistiger Anregung den breitesten Raum in seinen Familienbriefen ein. Wie die Ostfriesen den althannoverschen Beamten nur mit Mißtrauen ansahen, so blieb ihm wiederum Menschenschlag und Landesart verhaßt, und er konnte sich kaum genug tun, um dieser Abneigung Ausdruck zu geben. Es ist natürlich, daß man nicht jedes seiner ärgerlichen Worte auf die Goldwage legen darf, und anderseits wird es einer besonderen Inschutznahme der Ostfriesen gegen diese Anschuldigungen auch nicht bedürfen. Der beste Beweis, daß man sich mit der Zeit doch näher kam, darf wohl darin erblickt werden, daß Bennigsen, nachdem er schon längere Zeit die ihm so unwirtlich scheinende Stätte verlassen hatte, im Jahre 1856 gerade von Aurich aus in die Zweite hannoversche Kammer gewählt wurde: den ersten Schritt auf seiner parlamentarischen Laufbahn, die entscheidende Wendung zur Politik hin dankte er also den „bleiernen Seelen", bei denen er sich in diesen Jahren ein bleibendes Vertrauen erworben hatte. Die politischen Aeußerungen der nächsten Jahre zeigen eine außerordentliche Verschärfung seiner Ansichten über die zukünftige Entwicklung Deutschlands, zumal über die Maßregeln, die in einer neuen Krisis gegen den der Einigung feindlichen Fürstenstand zu ergreifen wären. Es sind eher republikanische als monarchische Stimmungen, die in der bitteren Enttäuschung der Reaktionszeit in ihm ausgelöst werden.

An den Vater.

Aurich, 25. Juni 1850.

Leider ist von Aurich wenig Erfreuliches zu melden. Darein, daß ich in diesem unseligen Neste bis zur neuen Gerichtsorganisation, die spätestens doch in einem Jahre ins Leben getreten sein wird, aushalten muß, habe ich mich zwar einmal ergeben. Sollte mein Aufenthalt hier aber sich längere Zeit hinausziehen, so weiß ich wahrhaftig nicht, wie ich das ertragen soll, ohne ganz zu versauern. Man muß sich schon zusammennehmen, wenn man hier nicht in einem Jahre ganz mißmutig werden will. Es ist hier in der Tat fast alles trübselig, von dem stinkenden Moorrauche an, der den Frühling und den Sommer verscheucht, bis zu den gelangweilten, argwöhnischen Gesichtern, die das Mittagessen und die Kanzleiakten sauer machen. Kein Mensch traut dem andern. Ob

die Menschen in Aurich Gutes tun an ihrem Nächsten, weiß ich noch nicht; Gutes reden über einen Mitmenschen habe ich hier aber noch nicht gehört. Aurich ist ein großes Lästerkonzert, in welchem einige begabte Menschen, durch den längeren Aufenthalt vergällt, die Vorsänger machen, während das gesamte profanum vulgus, ein jeder nach seinen Kräften, den Chorus anstimmt. Nicht nur herrscht hier die herzlichste Abneigung der Friesen gegen die Hannoveraner, die von den ersten insgesamt als Ausländer betrachtet werden, welche als arme Schlucker nach dem freien Friesenlande geschickt werden, um es, von dessen Fette gemästet, wieder zu verlassen, sondern es hassen und beneiden sich auch noch die einzelnen um jeden Vorzug an geistigen oder körperlichen Gaben, Rang oder Besitz. Die Kollegialität ist zwar überhaupt in den hannoverschen Behörden nicht übermäßig groß, trauriger sieht es damit aber gewiß an keinem Orte aus als hier, sowohl in der Kanzlei wie in der Landdrostei. So haben wir in der Kanzlei außer zwei streng gesonderten Parteien, der friesischen und der hannoverschen, auch noch allen möglichen Widerwillen der einzelnen gegeneinander, der sich kaum immer an dem Minieren und dem leisen, freundlichen Giftspritzen genügen läßt, und durch den losen Firnis der geselligen Bildung — ein Produkt, das übrigens der friesische Boden nur widerwillig hervorbringt — nicht immer von plumpen Ausbrüchen zurückgehalten wird. Dabei wird aller wissenschaftliche Sinn bei langer Beschäftigung mit dem Mechanismus und der endlosen Kasuistik der preußischen Legislation notwendig getötet. Dies ist zu andern innern und äußern Gründen hinzugekommen, um die Originalitäten und Seltsamkeiten, die sich in den meisten juristischen Kollegien, bei denen die Richter, dem Leben entfremdet, nur mit Akten und der haarspaltendsten aller Wissenschaften zu tun haben, entwickelt finden, in der Auricher Kanzlei bei den älteren Räten zur vollendetsten Karikatur zu steigern.

1. Juli.

Mein Brief ist nun doch noch eine Woche länger liegen geblieben. Es fängt allmählich an, Sommer zu werden auch in Aurich, da die Zeit des Brennens in den Moorkolonien fast zu Ende geht. Mit diesen Moorkolonien hat der große Friedrich sich gewiß die wenigsten Verehrer gewonnen, aber ein unverbesserliches Geschlecht von Tausenden an Leib und Seele ungesunden Familien, eine ewig frisch wachsende Hyder von Bettlern und Dieben ins Dasein gerufen. In dem jetzt schon vergessenen Jahre 1848 haben die friesischen Bauern, zu deren Tugenden der Mut überhaupt nicht gehören soll, auch genug gezittert vor dieser Bande verwahrloster Menschen, die schon in den gewöhn-

lichen Zeiten nur durch die außerordentlichsten nächtlichen Ueberwachungen von verstärkten Gendarmenpiketts einigermaßen in ihrem erbitterten Kampfe gegen die menschliche Gesellschaft beschränkt werden können. Die alte Kriminalrechtspflege war hier ganz ratlos. Die schlimmsten Verbrecher entgingen in den meisten Fällen ihrer Strafe, da diese Leute überall selten ein Geständnis ablegen, was in Ostfriesland aber ganz gegen alten Brauch verstößt, wo unter den Verbrechern der Satz gilt: „düt is dat Land vom Bewis," und die meisten Zeugen aus Furcht mit ihren Aussagen zurückhalten. Das Geschworenengericht wird daher von der besitzenden Klasse wie eine Erlösung begrüßt, während ich fest überzeugt bin, daß es der „Niedersächsischen Zeitung" nicht schwer fallen wird, unter dem hiesigen Pöbel viele hundert Unterschriften für die Wiederaufhebung dieser ruchlosen revolutionären Einrichtung zu gewinnen. Gnade Gott den praktischen Kommunisten, die von den hiesigen Geschworenen gerichtet werden sollen. Der Beweis wird sie wenig kümmern, die Persönlichkeit aber desto mehr. Im ganzen wird es gute Dienste tun; und den Unrechten wird es ohnehin selten treffen. Ich hoffe übrigens, daß die nächste Assisensitzung einen besseren Eindruck machen wird als die neuliche, die trotz der musterhaften Haltung des Staatsanwalts Wiarda durch die Unsicherheit und Verlegenheit des Präsidenten Knyphausen sehr wenig befriedigt hat. Statt seiner ist für die Septembersitzungen der Oberappellationsrat Vezin, ein scharfsinniger Jesuit aus Osnabrück, zum Präsidenten ernannt, der seine Sache gewiß besser machen wird. Hat sich aber nicht im allgemeinen bei dieser neuen Einrichtung der ruhige Verstand, der Ernst und Takt des niedersächsischen Stammes glänzend bewährt? Im hannoverschen Lande hat das Geschworenenverfahren, kaum geboren, schon einen großen Teil seiner Feinde abgeschüttelt.

Ich habe hier eine freundliche Wohnung in einem Hause, welches durch eine Brücke über den Graben mit dem Walle verbunden ist. Die Stadt ist überhaupt viel freundlicher, als ich dachte, und in der Umgegend sind ganz hübsche Hölzer mit Kaffeehäusern, die von uns nach Tisch viel besucht werden. Meistens geh' ich mit dem Kanzleiassessor Schulze, den ich von Osnabrück her schon näher kenne, und dem Landdrosteiassessor Gruner, den ich auch in Osnabrück bereits flüchtig hatte kennen lernen. Beide sind aber leider auch sehr verstimmt durch ihren hiesigen Aufenthalt. Es gibt hier aber auch wenig Althannoveraner in der Provinz, die sich nicht wie in einem Gefängnisse betrachten und vom ersten Tage an Schritte tun, um so bald als möglich wieder fortzukommen. Auf die Weise fühlt sich freilich notwendig ein jeder fortwährend unbehaglich. Familienverkehr ist hier auch wenig. Ein

Haus in größerem Stile macht niemand aus seit dem Weggange des Militärs, namentlich der Kavallerie.

In der „Niedersächsischen Zeitung" las ich eben bestätigt, was übrigens der Landdrost Marschalck schon vor acht Tagen von Hannover mitgebracht hat, daß nämlich die Stimmung am Hofe dermaßen royalistisch ist, daß es nur von Münchhausen abhängt, in welchem Augenblicke er Minister werden will.[1]) In diesem Augenblicke hat man von der Londoner Abstimmung hier noch keine Nachricht. Wenn Palmerston gestürzt ist, bleibt Stüve gewiß keine vierzehn Tage mehr am Ruder; und auch abgesehen davon, paßt er überhaupt nicht mehr in die gemütliche Familienwirtschaft, die jetzt wieder über Deutschland hereingebrochen ist. Die Zweifel müssen allmählich aber dem Vertrauendsten schwinden. Denn die Schrift, die man jetzt schreibt, ist von einer meisterhaften Deutlichkeit. Dieser fürstliche Wahnwitz wird in wenigen Jahren auch die ruhigsten Männer zur Verzweiflung und Leidenschaft und an die Seite der Partei treiben, welche vor Jahren allerdings zum großen Teil aus unreifer Jugend, blinder Wut und entfesselter Roheit zusammengesetzt war, die aber dann auch gewiß durch äußere und innere Erfahrungen gekräftigt und geläutert den Kampf beginnen und den Sieg festhalten wird. Ich fühle auch, daß ich immer ruhiger werde, je fester mein Glaube wird, daß es bald anders geworden sein muß. Je allgemeiner aber die Siegesgewißheit wird, um so mehr, hoffe ich, wird die giftige Erbitterung mit der Lust an unnützer Grausamkeit und blutiger Rachsucht aus den Gemütern schwinden.

An die Mutter.

Aurich, 9. Juli abends 1850.

Dein lieber Brief hat mir viel Freude gemacht, da ich bis zu seinem Empfange noch gar nicht einmal wußte, ob und wann Du mit den Kindern glücklich wieder in Frankfurt angekommen warst. Nach so langer Trennung von Deinen hannoverschen Verwandten und Freunden mußte Dir eine solche Rundreise von Hastenbeck bis ins Wendland doppelt angenehm sein, und Julie und Minna haben sich auch gewiß sehr gefreut, die Menschen und Orte einmal zu sehen, von denen sie so viel gehört, die sie aber gar nicht gekannt oder doch fast vergessen

[1]) Das Ministerium Münchhausen ersetzte das Märzministerium Stüve-Bennigsen am 28. Oktober 1850. Ueber die lange sich hinschleppende Krisis vgl. Stüves „Aufzeichnung über das Verhältnis der Märzminister zum König Ernst August und die Gründe ihres Abgangs" bei G. Stüve, Johann Karl Bertram Stüve II, S. 417—446.

hatten. Wenn es nur nicht so weit von Hannover bis Frankfurt wäre! Ich hoffe noch immer, daß Vater einmal in späteren Jahren, wenn er der militärischen Diplomatie müde ist, sich im Hannoverschen niederläßt, wo er seine Kinder bei sich oder doch in der Nähe haben kann. Wer weiß, ob Vater nicht doch noch einmal Lust bekommt, seinen Wohnplatz in Bennigsen aufzuschlagen. Vorher müßtest Du freilich von Deiner Abneigung gegen das Landleben bekehrt sein. Mir scheint das gesellige Leben in den mittleren und kleineren Städten hierzulande immer flacher und öder zu werden, während das Leben auf dem Lande immer mehr gewinnen muß, je leichter und rascher der geistige und physische Verkehr werden wird. Vor allen Dingen müßte Vaters Arrangement mit Onkel Rudolf freilich erst fertig sein;[1]) und Onkel Rudolf scheint sich nicht eben zu übereilen. Den Preis der Schreibfaulheit unter den nicht allzu schreibseligen Mitgliedern unsrer Familie wird ihm gewiß kein Gericht versagen.

Von hier kann ich Dir eigentlich gar nichts schreiben. Man lebt hier einen Tag wie den andern. Bis zum Mittag zwei Uhr beschäftigt mich die Jurisprudenz. Viermal die Woche haben wir auf der Kanzlei Session von zehn bis ein Uhr, und die übrige Zeit der Vormittage habe ich genug zu tun mit Vorbereitung der Vorträge und theoretischem Studium der neueren Gesetzgebung und der dahin gehörigen Materien. Ich studiere fast nur Kriminalwissenschaftliches, da die andre Jurisprudenz meinen hiesigen praktischen Arbeiten zu fern liegt. Leider fehlen auf der hiesigen Kanzlei, wo fast alles schlechter ist als in den übrigen Justizkanzleien, von den unbequemen Stühlen, auf denen wir sitzen, an bis zu den unsicheren Mauern des alten Schlosses, das wohl in nicht sehr langer Zeit über dem juristischen und administrativen Aktenstaub zusammenbrechen wird, alle neueren Werke der Wissenschaft fast gänzlich. Ich treibe des Nachmittags viel Geschichte, auch etwas Philosophie, zu recht ernster Arbeit und Nachdenken kann ich aber in diesem verwünschten Neste die Stimmung noch nicht finden. Bleibe ich hier längere Zeit, so wird das allerdings die einzige Hilfe gegen den ostfriesischen Spleen sein, der hier die Leute alle stumpfsinnig macht.

Von guten Büchern, die Vatern und vielleicht auch Euch andre interessieren werden, habe ich unter andern Macaulays kleine historische und biographische Schriften gelesen, und Oersteds, des großen dänischen Physikers, dem wir die Entdeckung des Elektromagnetismus verdanken, „Geist in der Natur". Letzteres Buch, in noch weit einfacherer und klarerer Form als der Humboldtsche „Kosmos", verbindet in einer wahr-

[1]) Ueber den Teilungsvertrag der Brüder Karl und Rudolf von Bennigsen, der im November 1852 zustande kam, siehe Kap. 7.

haft erquickenden Weise heitere Milde mit tiefem Ernste, den begeisternden Wissensdurst mit der wahrhaften Religiosität, die den göttlichen Geist überall sucht und findet, in der toten Natur und im lebendigen Menschen wie in der ewigen Kraft und Liebe, die alles zusammenhält, was unsern Sinnen sich offenbart und was unsre Herzen fühlen. Solche Fürsten der Wissenschaft wie Humboldt und Oersted sind um so wohltuendere Erscheinungen in einer Zeit, welche die Einheit des Seins und Denkens verloren hat, und auch bei den eminentesten Geistern und gerade bei diesen uns nur die traurigen Gegensätze eines Atheismus des vergötterten Verstandes und eines verzweiflungsvollen Rücksturzes in den Aberglauben einer Dogmatik zeigt, welche zwar aus einer gewaltigen religiösen Kraft aufgewachsen, aber auch mit all dem trüben Dämmerschein behaftet ist, der den menschlichen Geist auf Irrwege führen mußte in einer Periode seiner Entwicklung, wo er nicht den hundertsten Teil der Kunde seiner selbst und der ihn umgebenden Natur besaß, welche die Riesenarbeit aller der großen Denker und Wohltäter der Menschheit ihm seit 18 Jahrhunderten aufgeschlossen hat. An solchen Männern mit klassischem Geiste, die den inneren Frieden bei dem gerechten Stolze auf den immer sich vergrößernden Gewinn menschlicher Arbeit und dem demütigen Bewußtsein der Ferne des Zieles und der Unzulänglichkeit der menschlichen Kraft überhaupt, selbst inmitten einer furchtbaren, beispiellosen Auflösung alles dessen, was für eine irdische Ewigkeit gesichert und fest erschien, nicht verloren haben, muß man eine Zuversicht stählen, daß es der Menschheit, wenn auch vielleicht erst nach einigen Generationen, gelingen wird, sich aus der heutigen Anarchie der Geister und der Zerstörung aller staatlichen und kirchlichen Fundamente dereinst zu herrlicherem Dasein und einer schöneren Gesittung zu erheben.[1]) —

An die Mutter.

Aurich, 22. Oktober 1850.

Meinen herzlichen Glückwunsch zu Deinem Geburtstage, meine liebe Mutter, den Ihr, hoffe ich, alle recht wohl in dem Augenblicke, wo diese Zeilen in Frankfurt ankommen, feiert.

Von hier etwas Vernünftiges zu schreiben, ist nicht leicht. Ver-

[1]) Im weiteren Verlaufe seines Briefes erörtert Bennigsen seinen Wunsch, die Ferien in einem Seebade zu verleben, am liebsten auf Helgoland, falls nicht seine Mutter und Schwester nach Wangeroog zu gehen vorzögen; von Helgoland, wo er mit alten Bekannten zusammenzutreffen hoffe, möchte er gern auf einer der kleinen Inseln, wie Spiekeroog, auf acht bis vierzehn Tage das Charakteristische des insularen Lebens mit Jagd und Fischfang kennen lernen.

wandte und Bekannte, für die Du Dich interessierst, gibt es hier ja gar nicht, und mein Leben schleppt sich auch so einförmig und gleichmäßig hin, daß wenig davon zu berichten ist. Augenblicklich ist hier alles sehr gespannt auf die neueste Komödie in Hannover gewesen.[1]) Alle Welt glaubt jedoch, daß diese Krisis geradeso ablaufen wird wie alle früheren auch; es müßte denn etwa Jacobi Kriegsminister werden. Bei den jüngeren Offizieren, die ich hier und an andern Orten zu sprechen Gelegenheit hatte, ist er eher verhaßt als beliebt. Seine Kenntnisse und Fähigkeiten erkennen alle an. Daß er aber dem Könige entschiedener als seine Vorgänger entgegentreten werde, will niemand recht glauben. Wollte er einmal aufräumen, wie es unter den Offizieren für dringend notwendig erklärt wird, so bekäme er bei einer Armee, die trotz der günstigsten Verhältnisse in Formation, Bewaffnung und Bepackung unglaublich zurück sein soll, ein gutes Stück Arbeit. Am Ende wird aber Jacobi so wenig wie ein andrer, der seine Zukunft schont, für die wenigen Tage, welche unser alter König noch zu leben hat, einen riskanten Ministerposten übernehmen wollen.

Für Schleswig-Holstein geschieht hier auch seit kurzem etwas mehr. Eine Damenlotterie ist in diesen Tagen veranstaltet, die hoffentlich einige hundert Taler aufbringen wird. Die Monatssammlungen sollen auch in den letzten Tagen dieses Monats noch wieder mit Eifer angegriffen werden. Man hoffte, daß die bisherigen monatlichen Beiträge, 60 bis 70 Taler, sich auf das Doppelte steigern lassen. Der Seelenzahl nach sind diese Summen für Aurich nicht unverhältnismäßig gering. Hier wohnen aber so viele wohlhabende Leute, daß diese Kleinigkeiten doch eine Schande sind. Ueberdies wird von den reichen friesischen Landleuten in der Provinz noch fast gar nichts gegeben.

Was helfen aber am Ende alle Geldsummen, und wären es auch Millionen, solange gar keine Aussicht ist, den Schleswig-Holsteinern eine tatkräftige oder moralische Stütze durch Preußen zu gewähren. Solange die nationale Partei nicht in Preußen regiert — und noch in diesem Augenblicke schwanken die Führer, ob sie der jetzigen Regierung überhaupt eine ernsthafte, auf deren Sturz berechnete Opposition für den nächsten Landtag machen sollen! —, ist der heldenmütige Kampf dieses deutschen Landes vergebens. Ich fürchte nur zu bestimmt, daß wir, um das Maß der Schande und der Erbitterung übervoll zu machen, für einige Jahre wenigstens, die gänzliche Unterwerfung Schleswig-Holsteins erleben werden. Die Ruhe unsrer europäischen Königs-

[1]) Gemeint ist der am 28. Oktober erfolgte Rücktritt des Ministeriums Bennigsen-Stüve und sein Ersatz durch das Ministerium Münchhausen, in dem der Generalmajor Jacobi den Posten des Kriegsministers bekleidete.

geschlechter über so viel Gräbern soll aber nicht durch böse Erinnerungen und Träume allein gestört werden. In höchstens einem Dutzend Jahren wird es ja wohl wieder gewittern und dreinschlagen, und von uns Jüngeren schwören täglich mehrere im stillen, daß man, einerlei, ob Konstitutioneller oder Radikaler, durch elende Versprechungen im Augenblicke der Furcht sich nicht wieder täuschen lassen will. Man wird die ganze Gesellschaft nach Amerika schicken und nachher sich zu einigen suchen, ob man sich einen König oder Präsidenten setzen will. Und das werden die Anhänger von Gagern und Dahlmann schwerlich wieder hindern, noch auch zu hindern Lust haben.

An den Vater.

Aurich, 19/26. Januar 1851.

Von einer Versetzung wollte man [in Hannover] nichts hören, da bei den andern Kanzleien keine Hilfe nötig sei und hier viel zu tun — was freilich nicht wahr ist —; dagegen ward mir offeriert, als Hilfsarbeiter ins Justizministerium zu treten. Ich habe dies Anerbieten aber geglaubt ablehnen zu müssen, und habe dies auch sofort in bestimmter, aber höflichster Weise getan. Als Grund gab ich an, daß mir die Tätigkeit als Oberrichter mehr zusagte als die der Hilfsarbeiter. Für diesen Augenblick war der angegebene Grund auch wahr. Unter andern Umständen würde ich eine solche Stellung freilich sehr gerne angenommen haben, da mir ja der Rücktritt jeden Augenblick freistand. Mit meinen eigentlichen Beweggründen — entgegengesetzte politische Grundsätze, heftiger Widerwille gegen die gesamten deutschen Regierungsmiseren und Mißtrauen in meine positiven Kenntnisse — hervorzutreten fand ich mich nicht veranlaßt. Auffallend war mir dieses Anerbieten übrigens im höchsten Grade, da man in Hannover meine politische Richtung sehr gut kennt. —

Den Tag, ehe ich abreiste, habe ich dem gestürzten Minister-Lehnsvetter[1]) einen Besuch zu machen beabsichtigt, ihn aber verfehlt. Von Frau von Oldershausen erfuhr ich als das Neueste, daß zwischen dem Könige und Bennigsen eine Aussöhnung im Palais kurz vor Weihnachten stattgefunden habe. Veranlassung und Detail kannte sie nicht. Es sei auch die Rede davon gewesen, daß man ihn statt Schele nach Dresden habe schicken wollen. Das Finanzministerium ist ihm in der Tat angeboten. Das Ganze wird wohl eine Falle der Hofclique sein, um seinen öffentlichen Kredit zu untergraben. Die Spannung zwischen dem Könige und dessen Umgebung und dem Kronprinzen ist ärger als

[1]) Graf Alexander Bennigsen.

je. Der König ist schwach und unwohl; schläft fast den ganzen Tag, vor der großen Neujahrsfête zwanzig Stunden, und doch soll seine Erscheinung am Abend mitleiderregend gewesen sein. Die jetzige Hofclique mißhandelt den Kronprinzen und hat wohl das Meiste zu seiner Entfernung vom Könige und von allen Geschäften und bedeutenden Personen getan. Ganz im entgegengesetzten Sinne haben sich Bennigsen und Stüve bemüht. Die Folgerungen ergeben sich von selbst. Wirkliche Befürchtungen der Hofclique auf solche Gründe hin scheinen mir freilich sehr grundlos. Von Dresden aus wird man den mittleren und kleineren Staaten schon zeigen, wie regiert werden und wer Minister sein soll . . .[1])

Ich ziehe es vor, die Abende, welche ich nicht etwa in Gesellschaften zubringen muß oder in einem Konvivium, welches wir näheren jüngeren Bekannten alle 8 bis 14 Tage verabreden, im Hause bei meinen Büchern zuzubringen. An eine praktische politische Tätigkeit ist in den ersten fünf bis sechs Jahren nach dem entschiedenen Siege der Reaktion doch für mich nicht zu denken; ich habe also Zeit genug, einen etwas weitläufig angelegten Studienplan mit Muße auszuführen, der in der Aufregung der vorigen Jahre in die Brüche gegangen war. Ich habe schon jetzt nach verhältnismäßig kurzer Zeit viel Genuß und geistigen Gewinn von der gleichzeitigen Beschäftigung mit der Kunde der Natur und der menschlichen Entwicklung. Ich bin fest überzeugt, daß man bei einer wirklich höheren Einsicht in das Wesen und die Gesetze der Körperwelt, verbunden mit einer lebendigen Anschauung der Geschichte im höheren Sinne als Inbegriff der gesamten staatlichen, ästhetischen und religiösen Entwicklung des Menschengeistes, ganz überraschende Resultate entdecken würde von nicht bloß theoretischem, sondern auch praktischem Werte. Aus der Kombination dieser scheinbar heterogenen Wissenschaften müssen ganz neue Ideen entspringen. Ein Hauptgrund der heillosen geistigen Zerfahrenheit der jetzt lebenden Menschen scheint mir eben in der gänzlichen Einseitigkeit nicht allein des praktischen Berufes, sondern auch der Bildung zu liegen, eine Einseitigkeit, die oft geradezu für notwendig erklärt wird bei dem, seit der Zeit der glücklicheren Alten, furchtbar angewachsenen Material der Spezialwissenschaften. Zu beschränken muß man sich freilich wissen, wenn man überhaupt irgendwo etwas leisten will. Das Unglück ist nur, daß die Menschen sich zu früh beschränken, nicht etwa in den dreißiger Jahren, sondern schon auf der Universität oder gar schon auf der Schule.

[1]) Die Dresdener Konferenzen, aus denen die Wiederherstellung des Bundestages hervorging.

An die Mutter.

Aurich, am Grünen Donnerstag 1851.

Karl[1]) hat mir nicht geschrieben. Ich bin also ganz im unklaren, ob er Ostern zur Universität gehen wird oder nicht. Wüßte ich bestimmt, daß er fertig geworden ist und wo er sich aufhält, so könnte ich ihm über sein Studium u. s. w. noch einige nützliche Ratschläge geben. Das würde ihm freilich die eignen Erfahrungen nicht ersparen. Auch wäre das nicht einmal wünschenswert. Wie die Menschen sind, werden sie doch nur durch eigne Erfahrungen und Schäden klüger. Das ganze Universitätstreiben mit der ungebundenen Stellung des Studenten steht aber so eigentümlich da und wird meistenteils — und von niemand mehr als einem Abiturienten — so schief beurteilt, daß für Karl einige Winke, die ich ihm über sein Studium und sein Leben auf der Hochschule geben kann, wenn sie auch nicht viel nutzen, doch gewiß nicht schaden werden. Soviel ich im vorigen Jahre in Braunschweig erfahren habe, hat sich das Leben auf der Universität, alles in allem genommen, seit der ersten Hälfte der vierziger Jahre nicht wesentlich geändert. Wie es damals war, habe ich es in den mannigfachsten Beziehungen kennen gelernt. Für das Studium habe ich freilich meine drei Jahre schlecht genug benutzt, und kann nur wünschen, daß Karl einen größeren Fonds von Kenntnissen von der Universität mit ins Leben bringt.

Habt Ihr schon entschieden, welche Universität er beziehen soll? Göttingen halte ich im ersten Jahre für den schlechtesten Aufenthalt. Die Jurisprudenz ist in Göttingen in keiner Weise glänzend vertreten. Anregung für Wissenschaft überhaupt und Humaniora wird Karl bei den Göttinger Lehrern nicht übermäßig viel finden. An der Spitze der deutschen Geistesbewegung hat Göttingen in der Art wie nach und nach Wittenberg, Leipzig, Halle, Jena, Berlin, Heidelberg, selbst in seinen besten Zeiten, als es in den exakten und eleganten Wissenszweigen glänzte, nie gestanden. Und den Rest von geistigem Leben hat man im Jahre 1837 mit Keulen totgeschlagen. Unter den Studenten findet sich — zu meiner Zeit wenigstens, und nach allem, was mir erzählt ist, auch jetzt noch — bei der weit größten Zahl auch nicht eine Spur von wissenschaftlichem Sinn; Fleiß bei den solideren jungen Leuten, die dereinst die Stützen des hannoverschen Beamtenstaats werden, im letzten Jahre gerade so viel, als die Furcht vor dem Examen hervorruft. Hinzukommt im ersten Jahre noch der große Reiz des freien

[1]) Der jüngere Bruder Rudolfs.

und romantischen Studententreibens und die ganze Dürre der römischen Rechtswissenschaft in der Art, wie sie von den gewöhnlichen Handwerkern — und dazu gehören die Göttinger Dozenten fast alle — gelehrt wird, mit all dem toten Kram einer zweitausendjährigen Gelehrsamkeit und dem erdrückenden Wust der fremdartigsten Notizen, in die der Lehrer wenig Licht bringt und in denen der Schüler daher nichts als Finsternis findet. Der Erfolg ist dann leicht einzusehen. Nach vierzehn Tagen wirft man seine juristischen Hefte, in Göttingen obendrein Diktate, in die Ecke und kehrt dem Kollegium für das erste Jahr den Rücken. Wenn aber auf einer Universität dem Studenten keine geistige Speise geboten wird, so sucht und findet er irdische. An Exzessen und Roheit hat daher Göttingen sich vor andern hervorgetan.

Habt Ihr nicht an Heidelberg gedacht? Karln nur drei Stunden entfernt zu wissen, ist doch auch viel wert. Ob und wie die traurigen badischen Verhältnisse auf den Zustand der Universität eingewirkt haben, wird man in Frankfurt besser beurteilen als hier. Zu meiner Zeit war nicht nur der Geist auf der dortigen Universität einer der besten, sondern auch mit Ausnahme von Berlin die größte Auswahl vortrefflicher Lehrer. Ist es doch schon ein großer Gewinn, wenn man das Recht nach der einseitigen romanistischen Doktrin von einem genialen, klaren Verstande traktieren hört, wie Vangerow ist, anstatt von einem Göttinger Strohkopfe. Dabei sind aber in Heidelberg auch immer die andern Rechtsschulen vertreten gewesen, und vor allem hat es in Heidelberg nie an tüchtigen Lehrern der Geschichte und Philosophie gefehlt, aus deren Vorträgen der junge Student Anregung und Erfrischung empfangen wird, wenn in den ersten Monaten die Masse des neuen juristischen Materials ihn zu ersticken droht. Auch zweifle ich gar nicht, daß, wenn überhaupt, gerade in Heidelberg jüngere Dozenten in enzyklopädischen Vorträgen das Recht mit den übrigen Wissenschaften, Philosophie und Geschichte, und die einzelnen Zweige der Rechtswissenschaften miteinander in lebendigeren und übersichtlichen Anschauungen verknüpfen und so einen noch frischen und empfänglichen Sinn beschäftigen und für ein spezielleres Rechtsstudium anregen werden.

Für Bonn möchte ich nicht raten. Die unübertroffene Roheit habe ich durch die mannigfaltigsten Erzählungen und eigne Anschauung kennen lernen. Bedeutende Lehrer hat es meines Wissens — Dahlmann etwa ausgenommen — auch nicht. In Berlin fehlen zwar die Mittel zum Studium in keiner Weise. Dagegen existiert dort gar kein Studentenleben, wenigstens für Ausländer. Und das ist doch gewiß ein empfindlicher Mangel für einen angehenden Studenten. Auch hat Berlin für einen jungen Menschen, der zum ersten Male eine völlige Freiheit

erhält, wohl zu viel Verführungen. Meiner Meinung nach wäre es am besten, Karln zunächst 1 oder $1\frac{1}{2}$ Jahr nach Heidelberg zu schicken, dann $\frac{1}{2}$ oder 1 Jahr nach Berlin und zuletzt 1 Jahr nach Göttingen, oder wenn Ihr einen doppelten Wechsel des Orts bedenklich findet, $1\frac{1}{2}$ Jahr nach Heidelberg und $1\frac{1}{2}$ Jahr nach Göttingen. Nach zwei Jahren wird Karl, wenn auch dann noch in Göttingen wenig äußere Anregung sein sollte, fast alles durch Selbststudium erreichen können.

Freitag.

Mit meinen Hoffnungen, in den nächsten Monaten von hier fortzukommen, sieht es kläglich aus. Ostfriesische Kanzleiassessoren gibt es nicht. Und freiwillig geht hierher auch nicht einmal ein Ostfriese, wenn er eine Zeitlang in den andern Provinzen gelebt hat. An einen Tausch ist also nicht zu denken. An eine einfache Versetzung aber noch weniger. Es soll vielmehr noch ein Hilfsarbeiter bei unsrer Kanzlei angestellt werden. Ob ich auch nur am 1. September erlöst werde, ist ebenfalls unsicher. Was aus unsern Organisationen werden wird, mag Gott wissen. Am wenigsten scheinen die Minister an ihre Reformen zu glauben. Sonst läßt sich nicht begreifen, weshalb hier und anderswo mit den Bauten für die Gerichtslokale, die am 1. September fertig sein sollten, noch immer nicht begonnen wird. Wer mit der hannoverschen Gründlichkeit, auf deutsch Langsamkeit, einigermaßen vertraut ist, kann sich der gerechtesten Bedenken nicht erwehren, daß diese Bauten, auch wenn in der Tat im Mai angefangen wird, bis zum 1. September nicht fertig werden. Die Justizreformen müssen freilich eingeführt werden, da der jetzige provisorische Zustand ganz unerträglich ist und mit der Zeit einen allgemeinen Geschäftsbankrott herbeiführen muß, die einfache Zurückführung auf das Frühere aber unmöglich ist. Hat man aber doch schon ganz andre Unzuträglichkeiten jahrelang ertragen. Weshalb sollte also die jetzige klägliche Wirtschaft nicht noch ein bis zwei Jahre dauern können?

Zum Glück, oder soll ich sagen zum Unglück, wird hier der Mensch nach kurzem Aufenthalt so stumpf in seinen Sinnen, Gefühlen und Denken, daß er nur noch passiven Widerstand leistet und mit trägem Gleichmut in die öde Zukunft solcher ein bis zwei Jahre starrt, die er in späterer Zeit einfach von seinem Leben streichen wird. Noch einige Jahre länger, und alle Träume schwinden und alle Farben verblassen. In geometrischen Progressionen nimmt der Stumpfsinn zu, bis daß die Unglücklichen, die zehn Jahre an diese Galeeren geschmiedet sind, mit dem Reste von Empfänglichkeit für äußere Eindrücke endlich selbst das Gefühl ihres Elends verlieren. Gefühlvolle Menschen werden Skeptiker,

geistvolle beißend, und die weder das eine noch das andre waren, Tiere. Das Lästern, wie es hier getrieben wird, ist so naiv und ungewöhnlich, daß es anfangs selbst komisch wirkte, aber natürlich bald ekelhaft wird. An unserm Tische essen etwa vierzehn Junggesellen von dem verschiedensten Alter und sämtlich aus der hohen und höheren Beamtenhierarchie — daß sich hier niemand verheiratet, ist auch bezeichnend —, und unter diesen vierzehn Personen sind kaum immer je zwei, die sich nicht gegenseitig alles erdenkliche Böse wünschen und, soweit Geist und Mut reichen, auch nachsagen oder nachlügen. Wer nicht anwesend ist oder fortgeht, wird unbarmherzig mitgenommen. Der große Reichtum an Schwächen und Lächerlichkeiten bietet einen unerschöpflichen Stoff, und das Unglück hat auch noch gewollt, daß neben gewöhnlich giftigen und boshaften Menschen ein Assessor G. mit am Tische ißt, der, von Natur gar nicht ohne Gutmütigkeit, mit einer selten feinen Beobachtungsgabe ein Darstellungs- und Nachahmungstalent verbindet, wie es auf jeder Bühne Aufsehen machen würde. Und wenn es noch bei den Schwächen und Lächerlichkeiten bliebe. Ist der Kreis enger, so kommen auch allerlei Schandtaten der Abwesenden an die Reihe, die teils erlogen sind, teils wahr sein mögen, da alle gentilen und achtbaren Gesinnungen hier bald einen Stoß bekommen. Mich wundert nichts mehr, als daß diese Summe von Haß und Verbissenheit nicht alle Augenblick Mord und Totschlag herbeiführt. Hierbei wirkt freilich der allgemeine Stumpfsinn außerordentlich besänftigend. Sottisen und Brutalitäten, die an andern Orten die schlimmsten Szenen herbeiführen würden, machen auf die Rhinozeroshaut dieser Menschen kaum einen Eindruck. Die Dummheit vieler ist auch so kolossal, daß, während doch jeder sich sagen sollte, daß, wenn er abwesend ist, die ganze Meute über ihn herfällt, vielmehr fast jeder glaubt, daß er der einzige ist, der ohne Fehl ist und der verschont bleibt. Doch genug und aber genug von all diesem Jammer. Schreien möchte man aber und prügeln, um sich Luft zu machen.

Von Verwandten und Bekannten aus andern Provinzen habe ich nur spärliche Nachrichten ... Ein Sohn von Dahlmann hat sich mit Fräulein von Duesberg aus Münster verlobt, die zu meiner Zeit in Osnabrück war, einer katholischen Nichte des preußischen ci-devant-Ministers, und wird einen *katholischen Hausstand* führen! Schämt sich denn der alte protestantische Kaisermacher nicht, seine Enkel katholischen Götzendienst treiben zu lassen! Wundern soll sich freilich niemand. Tut Buße, kreuzigt eure Vernunft und fallet vor uns nieder, predigen die Jesuiten schon am Rhein, in Münster, in Osnabrück. Das protestantische pietistische Gesindel, welches freilich der Kreuzigung der Vernunft über-

hoben bleibt, drängt sich zu ihren Predigten. Thiers fällt Montalembert in die Arme. Und der preußische Minister lächelt blödsinnig über die Niederlagen der Revolution und bereichert die Literatur mit albernen Gleichnissen und Noten, während die „Kreuzzeitung" lehrt, daß die Zeit erfüllt ist und die Rückkehr in den Schoß der einen alleinseligmachenden Kirche kommt. Die Träume der Romantiker und die Phantasien von Radowitz erhalten Form und Wirklichkeit. In dem einen Jesuitenorden ist wieder mehr Wille und Kraft als in sämtlichen protestantischen Regierungen. In seinen größten Zeiten vor 1600 hat er nicht mehr Tätigkeit entwickelt und Anhang geworben als eben jetzt. Was seine Macht nicht tut, bewirkt der entsetzliche Taumel und jene angstvolle Verblendung, die in einer Zeit, wo die Reiche zerfallen, die Kirchen sich auflösen, wo den Gesetzen die Furcht und dem Glauben die Hoffnung genommen ist, alle Menschen überwältigten, welche den festen Halt nicht in sich, sondern nur in äußeren Schranken und Mächten tragen. —

Du fragtest in Deinem letzten Briefe, ob die anderweiten Schriften von Oersted gut zu lesen und zu verstehen seien. Ich halte sie für sehr sinnvoll und gedankenreich. Auch sind sie wenigstens ebenso leicht, wo nicht leichter zu verstehen als sein „Geist in der Natur". Vatern möchte ich zu seinen geographischen Studien ein neues Werk empfehlen, wenn er es nicht etwa schon kennt: „Grundzüge der vergleichenden physikalischen Erdkunde in ihrer Beziehung zur Geschichte der Menschheit, Vorlesungen für Gebildete" von Arnold Guyot, deutsch bearbeitet von Dr. Birnbaum. Es enthält eine sehr lebendige Verarbeitung der neuesten Forschungen von Ritter, Humboldt, Dove und andern und wird in vieler Hinsicht auch Dich und Luise interessieren. Droysens Werk über Yorck von Wartenburg kennt Ihr vielleicht. Sehr interessante Aufschlüsse über die Charaktere preußischer Fürsten und Staatsmänner und über die inneren bewegenden Ursachen der Geschichte finden sich in einem neu erscheinenden Werke von Vehse, Geschichte der deutschen Höfe und des deutschen Adels, bislang drei Hefte preußischer Geschichte bis 1786. Manche Stellen sind freilich — namentlich in den Briefen der Herzogin von Orleans, geborene Prinzessin von der Pfalz — nicht zum Vorlesen geeignet. Das beste aller in den letzten Jahren erschienenen Werke ist aber gewiß Macaulay, Geschichte Englands.

Hierbei fällt mir ein andrer Umstand ein, den mir der Neffe des Ministers Bennigsen, Kanzleiassessor von Lenthe[1]) in Celle, erzählt hat, daß nämlich nach dem Tode des Generals[2]) die Familie zwar die

[1]) Vgl. über ihn oben S. 118.

[2]) Der russische Feldmarschall Graf Levin von Bennigsen, Vater des hannoverschen Märzministers. Von einem besonderen Interesse würden von den

Memoiren u. s. w. des alten Herrn für eine Pension an die Tochter Alexandrine, wenn ich nicht irre, an Rußland ausgeliefert, aber Abschriften behalten hat, die dereinst vielleicht erscheinen könnten. Sehr vorsichtig, aber nicht sehr loyal!

An die Mutter.

Aurich, 4. Juli 1851.

Es liegt mir sehr daran, ein bis zwei Tage in Hannover[1]) zuzubringen, um von den Ministerialherren zu erfahren, was man mit mir beabsichtigt, und wenn es im September oder Oktober noch zur Justizorganisation kommen sollte, meine Versetzung persönlich dringend zu betreiben. So unangenehm mir derartige Schritte sind, so werde ich doch suchen, auch Hammerstein für meine Wünsche zu interessieren. Gelingt es mir nicht, in der nächsten Zeit bei Gelegenheit der Organisation von hier zu entkommen, so muß ich befürchten, jahrelang in Aurich zu bleiben. Und das ist eine entsetzliche Aussicht. Dann, um es mit dürren Worten zu sagen, ist das gleichbedeutend mit der Aussicht, in kürzester Frist körperlich und geistig zu verkommen. Die Gefahr, daß man mich hier sitzen läßt, ist aber lange so unbedeutend nicht, als ich früher dachte, da niemand hierhergesetzt sein will und meine sämtlichen hannoverschen Kollegen ihre Flucht mit allen Mitteln, direkten und indirekten, betreiben. Daß mehrere von uns hier bleiben,

---

obenerwähnten Papieren alle Aufzeichnungen über den Anteil des Grafen Bennigsen an der Ermordung Kaiser Pauls I. sein. Vgl. Th. Schiemann, Historische Vierteljahrsschrift 1901, Heft 1, S. 57—69, und „Die Ermordung Pauls" (Berlin 1902) S. I u. II.

[1]) Ende Juli 1851 reiste Rudolf über Hannover, Braunschweig, Dresden, Sächsische Schweiz, Bamberg zum Besuch seiner Eltern nach Frankfurt. In einem Briefe aus Braunschweig vom 25. Juli 1851 erzählte er seinem Vater das folgende kleine Abenteuer: „An der Table d'hote im ‚British Hotel' in Hannover sitzt mir der Kammerrat Oldekop gegenüber und fragt mich, als ich ihn kaum begrüßt, ob ich schon wisse, daß mein Vater hier angekommen sei. Ich erwiderte, das sei mir durchaus neu. ‚Er habe seinen Namen unten im Hause gelesen.' Ich werde stutzig und frage einen der Kellner. ‚Jawohl,' heißt es, ‚der Oberst von Bennigsen aus Frankfurt logiert bei uns und sitzt drei Plätze von Ihnen. Er ist soeben von dem Gute Bennigsen zurückgekommen.' Ich sehe einen Herrn mit einer Dame, offenbar einen alten Militär, aber nicht meinen Vater, zweifle im ersten Augenblick nicht, daß es Onkel Rudolf sei, gehe auf ihn zu und rede ihn ‚lieber Onkel' an. Als er auf- und sich umsieht, ist es wieder ein andrer. Mir wird etwas schwindlig. Wir sehen uns beide etwas erstaunt an. Bald wird aber alles klar. Es war weder mein Vater noch Onkel Rudolf, sondern Gustav Bennigsen aus Berlin, der über Hannover nach Mecklenburg reist und sich in Hannover aufgehalten, um Bennigsen wiederzusehen u. s. w."

ist den Umständen nach notwendig, und das Los kann mich ebensogut treffen als einen andern.

An die Mutter.

Aurich, 11. Januar 1852.

Auf meiner Stube habe ich den Weihnachtsabend nicht zuzubringen brauchen, da Marschalcks so freundlich waren, mich auf denselben in ihr Haus zu laden, wo ich denn den Abend, da ich in der eignen Familie nicht sein konnte, wenigstens ganz froh verlebt habe. An der Freude der beiden kleinen Mädchen konnte man sein rechtes Vergnügen haben. Ein paar allerliebste lebendige kleine Dinger von vier und sechs Jahren mit den poetischen Namen der alten nordischen Königinnen Ingeborg und Hildar. Das Marschalcksche Haus ist mir überall sehr wert. Ich bin sehr häufig geladen und ungeladen da. Der Landdrost ist zwar eine kalte Verstandesnatur, aber ein interessanter Mann, voller (reaktionärer) Aufmerksamkeit, wenigstens gegen Menschen, die ihn nicht langweilen. Dazu ohne die albernen und lästigen Prätensionen, die man bei unsern hohen Bureaukraten der alten Schule so häufig findet, meistens in umgekehrtem Verhältnisse zu dem geistigen Gehalte. Seine Frau, geborene Gräfin Wedel-Jarlsberg aus Norwegen, ist sehr liebenswürdig, gebildet und mit dem klaren Verstande begabt, Eigenschaften, die, wie es scheint, immer seltener werden. Unter den hiesigen Frauen, die bis zum Ekel schlecht erzogen, manieriert oder pietistisch, einige auch alles dieses zusammen sind, zeichnet sie sich wenigstens sehr vorteilhaft aus, wird aber dafür und ihrer hohen Stellung wegen von den meisten übrigen auch hinreichend angefeindet. Den Zorn und das Entsetzen der hiesigen Pietistinnen, die leider auch hier immer zahlreicher werden, meiner Kollegin X. an der Spitze, einer ebenso lächerlichen als intriganten und unangenehmen Dame, hat sie sich namentlich kürzlich dadurch zugezogen, daß sie in dem Schulverein für arme Kinder erklärt hat, auch arme Judenkinder sollten aufgenommen werden. Eine Aeußerung, die das ganze stereotype Geheul von christlicher Grundlage, Judenemanzipation u. s. w. hervorgerufen hat. Auch ein schönes Zeichen der Zeit, namentlich in einer Provinz, die in besserer Zeit das römische Joch mit einem Schlage abgeschüttelt und das Zölibat niemals recht respektiert hat ...

Ueber mein Leben hier läßt sich nicht viel Interessantes mitteilen. Gesellschaften haben wir genug, und zwar sehr langweilige. Daß nicht getanzt werden darf, ist das größte Unglück, da die hiesigen jungen Mädchen einmal mehr Verstand in den Füßen als im Kopfe haben. Durch den Tod des alten Königs[1]) sind aber die von mir entreprenierten

[1]) König Ernst August war am 18. November 1851 gestorben.

Kasinos nach dem ersten Balle suspendiert, und solange unsre Offiziere nicht zu tanzen wagen, kann an eine Wiederaufnahme derselben nicht gedacht werden. Die Abendgesellschaften mit Damen sind übrigens immer noch kurzweiliger, auch im buchstäblichen Sinne, aber Gnade Gott, wenn man zu einem ostfriesischen Herrensouper geladen ist. So vorgestern bei meinem Kollegen Schnedermann. Um 11 Uhr fingen wir an zu essen und um ½3 Uhr stand man erst auf.[1]) Ich habe auch sonst wohl mit einem oder dem andern Bekannten in die Nacht hinein gesessen. Dann war aber nicht nur der Punsch, sondern auch die Unterhaltung besser. Diese bleiernen Zungen kann aber nicht einmal der Wein lösen. Ich hoffe noch immer, daß der Kanzleiassessor Planck von Osnabrück hierher versetzt wird, da derselbe in Osnabrück politisch nicht guttun will und hier Arbeitsnot ist. Des letzteren Umgang namentlich würde mir hier sehr viel wert sein, auch für die Juristerei anregend, was hier total fehlt.

Seit den letzten Monaten habe ich viel für die Kanzlei zu arbeiten gehabt, da mir die gesamte Expedition des Assessors von Hartwig zuteil geworden ist. Diesem als besoldetem Hilfsarbeiter war dem Gebrauche gemäß reichlich viel aufgeladen. Ueberdies gehörte dieser Treff-

[1]) Ueber diese Sitte schreibt Bennigsen bei einer andern Gelegenheit an seine Schwester Luise am 13. Oktober 1850: „Du verlebst Deine Zeit gewiß viel angenehmer als ich in dieser Stadt, die Gott in seinem Zorn erschaffen hat. Da jedoch fromme und weise Männer behauptet haben, daß es nichts Ersprießlicheres für den Menschen gebe, als von Zeit zu Zeit eine tüchtige Dosis Unannehmlichkeit, so werde ich mir den hiesigen Aufenthalt zur Züchtigung und Erziehung dienen lassen. Der schlimmste Teil der Probe hat jedoch erst seit kurzem mit dem Anfange der hiesigen Gesellschaftssaison begonnen. Zu der Kälte der Gesichter und der Säure des Weines gesellt sich bei dem für den friesischen Menschen wichtigsten Teile der Wintervergnügen, nämlich den Herrensoupers, auch noch ein förmlicher Wahnwitz der Einrichtung. Bei dem vierten Essen dieser Art — Du siehst, man wird es in der Zahl bis Ostern noch weit bringen — haben wir uns gestern abend, nachdem mehrere Stunden Karten gespielt wurden, um 11 Uhr zu Tisch gesetzt, um nach 2 Uhr erst wieder aufzustehen. In ähnlicher Weise die früheren Male. Der Regel nach sind keine Damen bei Tische zugegen, nicht einmal immer die Wirtin. Am besten ist bei diesen Gelegenheiten mein Osnabrücker Freund, der Assessor Schulze, daran, der notorisch keine Karten spielt und deshalb das Privilegium hat, erst gegen 11 Uhr kommen zu dürfen. Wenn er nun nach der Natur des Wirts und der Gäste auf eine entschieden langatmige Schlacht gegen Ceres und Bacchus rechnen muß, so legt er sich um 9 Uhr zu Bette wie andre rechtschaffene Arbeiter und hat dann, wenn es zum Treffen kommt, zwei Stunden an Munterkeit voraus. An Bällen wird es uns auch nicht fehlen. Die Tanzlust scheint aber hier auch nicht größer zu sein als an andern Orten in diesen traurigen Zeiten. Ich wüßte auch nicht, wen es wundernehmen könnte, daß es der heutigen Jugend mehr in den Fäusten als in den Füßen juckt."

liche auch zu jener Kategorie von Beamten, die der Landdrost von Marschalck mit dem Namen „Arbeitspferde" von den „Luxuspferden" unterscheidet und seinen eignen Neigungen gemäß geringschätzt. (Nebenbei gesagt, erzählte mir derselbe Herr eine gute Geschichte von dem durch seine kolossale Faulheit sich auszeichnenden Grafen Bennigsen. Dieser ist nämlich sein Hilfsarbeiter bei der hannoverschen Landdrostei gewesen, wo er durch eine seltene Arbeitsscheu sich ausgezeichnet und fortwährend die furchtbarsten Reste gehabt hat. Als er nun versetzt wird — ich glaube ins Ministerium —, schickt er Herrn v. M. diese in einem ganzen Berge zu mit der kavalieren Aufschrift „Vivat sequens", was Wilhelm Dir vielleicht verdeutschen kann.) Mit der Ankunft des Assessors Allershausen wird mir jedoch ein Teil meiner Geschäfte wieder abgenommen werden. Bei den langen Vormittagen bis 4 Uhr ist mir jedoch noch immer Zeit genug geblieben, die juristische Theorie nicht ganz liegen zu lassen. Abends habe ich viel Naturwissenschaften, Philosophie und Geschichte getrieben. Letztere namentlich, wozu ich auf der Bücherauktion des verstorbenen Kanzleidirektors Brandis viele ältere Werke gekauft habe. (Bei der zu diesen gehörenden interessanten Geschichte Amerikas von Robertson wurde ich sehr lebhaft an Hameln und den seligen Campe erinnert, der dieses Werk in seinem Cortez und Pizarro für die Jugend bedeutend ausgeschrieben hat.) Leider fehlt es mir hier ganz an jemand, der sich für Geschichte und Philosophie interessiert. Derartige Dinge gelten überhaupt in Hannover leicht als unpraktischer Ballast, um so mehr in Ostfriesland. Ferdinand Rudloff vermisse ich hier sehr. Gerade in dieser Beziehung wünschte ich sehr, daß Planck hierherkäme. Er wird sich freilich sehr sträuben, hat schon von Advokatwerden gesprochen, und aufs Aeußerste wird das Justizministerium diesen fähigsten der jüngeren Juristen nicht gern treiben. Wenn er seinen Vorteil recht verstände, sollte er sich gern herschicken lassen. Er ist nämlich Idealist und abstrakt trotz seiner 27 Jahre, wie ich es selbst auf der Universität nicht gewesen bin. Und das ist nicht zu leugnen, Lebenserfahrung, namentlich was die schlechte und gemeine Seite des Menschen betrifft, kann man hier, wo die Augen mit Gewalt geöffnet werden, in einem halben Jahre mehr sammeln als in den andern Provinzen in sechs Jahren. Von dieser Seite ist mein Aufenthalt für mich unschätzbar. Zum vollständigen Pessimisten à la Rochefoucauld habe ich keine Natur. In meinem elterlichen Hause habe ich aber die Menschen zu sehr von der guten, auch auf der Universität und später verhältnismäßig wenig von der schlechten Seite kennen lernen. Ein solches Schmutzbad von Aurich hat deshalb seine großen Verdienste, vorausgesetzt, daß man Gelegenheit hat, sich nicht zu spät

wieder reinzuwaschen. Rochefoucauld, den ich früher für einen menschenfeindlichen Narren gehalten habe, habe ich hier in etwas Abbitte getan, wo man mit seinen „Maximes“ in der Hand beim Beurteilen von Menschen und Handlungen am sichersten geht. Die Menschen, mit denen er gelebt hat, sind auch keine Musterexemplare gewesen, und seine Beobachtungen für eine verrottete Kaste und eine gesunkene Zeit gewiß nicht allein fein, sondern auch treffend. Wenn nur das verzweifelte Generalisieren nicht wäre.

*

Noch bevor König Georg durch Verordnung vom 4. Mai 1852 den Zeitpunkt, an dem das neue Gerichtsverfassungsgesetz ins Leben treten sollte, auf den 1. Oktober 1852 festsetzte, sehen wir Bennigsen bemüht, eine höhere Richterstellung zwar nicht kraft der Vorrechte seiner Geburt, aber doch mit Hilfe ständischer Berechtigungen und persönlicher Beziehungen zu erlangen.

Es handelt sich bei diesem Versuche um das Präsentationsrecht, das die Stände, und zwar ihre Vertretung in den Provinziallandschaften, bei der Besetzung einer Anzahl von Richterstellen sowohl in der höchsten Instanz (dem Oberappellationsgericht zu Celle) als auch in den mittleren Instanzen (den Justizkanzleien) besaßen. In dem Oberappellationsgericht zu Celle war zwar die Einrichtung der Adligen- und Gelehrtenbank im Jahre 1848 als letzter Ueberrest der Gewohnheiten früherer Jahrhunderte beseitigt worden, dagegen war das ständische Präsentationsrecht für 12 von diesen 28 Richterstellen höchster Instanz bestehen geblieben:[1]) es dauerte sogar bis zum Untergang des hannoverschen Staates fort. Als gegen Ende 1851 der Oberappellationsgerichtsrat Windthorst zum Justizminister berufen worden war,[2]) präsentierte die Kalenberg-Grubenhagensche Ritterschaft, die dieses Mal an der Reihe war, den Justizrat von Klencke in Göttingen, der dann nach bestandenem Examen auch ernannt wurde.

In ähnlicher Weise — wenn auch in beschränkterem Umfang — übten die Landschaften das Präsentationsrecht für die Justizkanzleien aus, und zwar hatte die Kalenberg-Grubenhagensche Landschaft zu je einer Stelle in den Justizkanzleien in Hannover und in Göttingen zu präsentieren. Dieser Fall war durch jenes Ausscheiden Klenckes aus der Göttinger Justizkanzlei eingetreten, und um diesen freigewordenen

[1]) Von diesen 12 der ständischen Präsentation vorbehaltenen Stellen standen je drei den Landschaften von Kalenberg-Grubenhagen, zwei der von Lüneburg und je eine den Landschaften von Hoya, Hildesheim, Osnabrück und Ostfriesland zu.

[2]) Aufforderung des Ministeriums vom 31. Dezember 1851, vgl. E. von Meier, a. a. O. I, S. 435.

Posten entschloß Rudolf von Bennigsen, dessen eigne Familie der Kalenberg-Grubenhagenschen Ritterschaft angehörte, sich zu bewerben. Die Kalenberg-Grubenhagensche Landschaft, der das Präsentationsrecht zustand, zerfiel ihrerseits in drei Kurien: die der Ritterschaft, die im ganzen 175 Ritter zählte, die der Prälaten (der Abt von Loccien und einige kleinere Stifter), und die der Städte mit 21 und der Bauern mit 5 Stimmen. Die Wahl erfolgte in der Weise, daß jede der drei Kurien die Wahl für sich vornahm und daß derjenige, der von zwei Kurien gewählt war, präsentiert wurde.[1]) Im einzelnen war die Rechtslage keineswegs überall durch Vorschrift oder Herkommen genau geregelt; so war die Frage, in welchem Umfange man sich auf adlige Bewerber zu beschränken habe, nicht unumstritten. In der Praxis wurden von den Anwärtern alle nur erdenkbaren Familienkonnexionen mit Hochdruck in Bewegung gesetzt, um die nötigen Stimmen, zunächst die in den einzelnen Kurien entscheidenden Majoritäten zu gewinnen; man arbeitete dabei in einer Weise, die unserm heutigen Empfinden über die Erlangung eines staatlichen Richteramtes gänzlich zuwiderläuft. Seit der Verordnung vom 4. Mai 1852 und der gleich darauf ins Leben tretenden Umwandlung der Justizkanzleien in Obergerichte betrachtete die Regierung die ständischen Präsentationsrechte für die mittlere Instanz als erloschen, trotz alles Widerstrebens der Provinziallandtage. Uns mag es als ein sonderbarer Zufall erscheinen, daß gerade Bennigsen — der im Prinzip durchaus für die Umbildung aller Einrichtungen im Sinne eines Verfassungsstaates eintrat — doch persönlich mit dieser letzten Ausübung eines ständischen Privilegs verknüpft erscheint, das selbst von der Regierung zum Tode verurteilt war. Wir sehen sogar, daß ihm diejenige Auslegung des geltenden Rechts willkommen war, die in diesem Falle nur adlige Bewerber zuließ; denn auf die Chancen, die er zumal bei den Städten und Bauern der dritten Kurie als der einzige Liberale unter den Adligen hatte, baute er seine Hoffnungen. Gewiß widersprachen diese ganzen Dinge seiner späteren (und auch früheren) politischen Ueberzeugung: aber auf dem Boden des geltenden Rechts und solange dieses einmal galt, stellte er um der persönlichen Laufbahn willen die allgemeinen Grundsätze zurück. So wirft seine Bewerbung mit all ihrem Detail noch ein letztes Schlaglicht auf Staat und Gesellschaft Althannovers. Was im folgenden aus seinen Briefen an seine Eltern mitgeteilt wird, gibt nicht allein einen charakteristischen Einblick in die Technik der Bewerbung, sondern zeigt auch diesen jungen Whig noch inmitten einer Welt von Beziehungen, aus der er sich bald völlig herauslösen sollte.

[1]) E. von Meier I, S. 301, 423, 433 f., 438.

Aurich, 13. Februar 1852.

Fast gleichzeitig erhalte ich gestern die Nachricht von der Wahl des Justizrats von Klencke in Göttingen zum Oberappellationsrat und heute meine Versetzung nach Osnabrück. In letzterer Hinsicht habe ich bereits an den Justizminister Windthorst geschrieben und ihn mit Rücksicht auf die nach meiner verfügten Versetzung erfolgte Wahl und die infolge derselben für mehrere Monate eintretende Lücke in der Göttinger Kanzlei ersucht, die Versetzung nach Osnabrück in eine nach Göttingen zu verwandeln. Ob dies geschehen wird, steht dahin, jedenfalls komme ich aber von hier fort. — Die andre Nachricht hat mich zu dem Entschlusse gebracht, bei der Justizratswahl in Göttingen, die in einigen Monaten, wenn Herr von Klencke sein Examen gemacht hat, stattfindet, als Bewerber aufzutreten. Die Aussichten sind nicht ganz ungünstig, da nach einem Pakt in der Landschaft ein Adliger zu wählen ist. Meine Konkurrenten sind mir noch nicht bekannt. Kanzleiassessor von Mandelsloh soll sich jedoch bereits für den jetzt eingetretenen Fall der Wahl Klenckes gerüstet haben. Seine Unfähigkeit ist aber dermaßen landeskundig, daß, wenn auch nicht seine Verwandten und Befreundeten in der Ritterschaft, doch gewiß mancher, namentlich in der zweiten und dritten Kurie Anstand nehmen wird, für ihn zu stimmen. Ein Gleiches kann man freilich von den Kanzleiassessoren von Lenthe in Stade und von Linsingen in Hannover, die vermutlich auch als Bewerber auftreten, nicht sagen; da würde es sich denn fragen, wer die besten Familienverbindungen besitzt und die tüchtigsten Hebel in Bewegung zu setzen versteht. Bremer und Stralenheim gehen nicht von Celle fort; von Rössing, durch seinen Vater, den Landrat, und persönliche Befähigung wohl der gefährlichste Mitbewerber, steht schon ziemlich nahe zum Justizrat, lebt auch verheiratet in Hildesheim, scheuet daher hoffentlich den Umzug nach Göttingen und die heillose Last der Bewerbung und Wahlreisen. Diese drei fallen also vielleicht fort, sowie Kanzleiassessor von Heimbruch, der doch schon eine große Karriere in Hannover machen wird und nicht einmal in Stade aufgetreten ist. Es bleiben vielleicht also nur die drei Obengenannten, und mit denen um den Sieg zu ringen, kann sich immer der Mühe lohnen.

Schnelligkeit ist in allen diesen Dingen die Hauptsache. Bestätigung und Examen sind bei Klencke ohne Bedenken. Die Bewerbung muß daher sofort begonnen werden. Ich habe auch, nachdem ich mich kurz entschlossen, gestern bereits ein halbes Dutzend Briefe auf die Post gegeben an Personen, von denen ich glaube, daß sie wohl für mich wirken werden, als Onkel Reden, Oldershausen, Hammerstein, Graf

Bennigsen, Jochmus, Lüders. Von den beiden letzten hoffe ich auch Auskunft über meine Konkurrenten zu erhalten. Drei meiner hiesigen Kollegen, Ubbelohde, Hinüber, Schulze, haben sich auch gleich erboten, an ihre Verwandten und Bekannten in meinem Interesse zu schreiben. Windthorst interessiert sich auch vielleicht für mich, sowie Bacmeister, an den ich noch heute schrieb, dessen Unterstützung wegen seiner Stellung als Kultusminister zu den Stiftern viel wert sein würde. Zunächst war das Wichtigste, daß einflußreiche Personen gewonnen werden. Die Briefe an die mehreren hundert einzelnen Stimmberechtigten müssen dann folgen, und demnächst die im Kalenbergischen ganz unumgängliche Wahlreise, namentlich bei sämtlichen Städten.

Diese Angelegenheit ist für mich wichtig genug, daß ich Euch bitten darf, vielleicht auch an die eine oder andre Person, die über Stimmen oder Einfluß zu verfügen hat, zu schreiben.[1]) In acht Tagen habe ich hoffentlich schon eine Anzahl Antworten und vermag meine Mitbewerber zu übersehen; werde Euch alsdann auch weitere Nachricht über die Lage der Sache geben. Sehr gut wäre es, wenn Vater an den Grafen Bennigsen, dem ich selbst persönlich ja ganz fremd bin und nur im Vertrauen auf unsre Familienverwandtschaft geschrieben habe, ein paar Zeilen richten wollte, da seine Unterstützung gewiß von erheblichem Einfluß ist . . .

Mein Leben hier ist das alte. Mit Marschalcks habe ich fortwährend viel Verkehr, auch mit Tychsens. Die ersteren namentlich und überhaupt manche Menschen hier werde ich doch sehr vermissen, so notwendig es in vieler Beziehung auch war, daß ich versetzt wurde. In dem Augenblicke, wo man den Menschen für lange Jahre, manchen für immer den Rücken wendet, betrachtet man sie doch mit wärmerem Auge. Mein Herrenumgang war hier sehr freundschaftlich, wenn auch nicht sehr bildend. Durch Planck, mit dem ich jetzt nur noch etwa vierzehn Tage zusammen sein werde, wäre auch insoweit alles besser geworden. So sonderbar es Euch sein mag nach dem, was ich früher geschrieben und wie ich auch fortwährend über Aurich denke, kann ich mich augenblicklich des Gefühles nicht erwehren, daß ich recht gern

[1]) Bennigsens Eltern begannen sofort mit Eifer die Bewerbung ihres Sohnes zu unterstützen. Vgl. den Brief von Luise von Bennigsen an ihren Bruder Rudolf vom 25. Februar 1852. Am 29. März 1852 schreibt Luise an ihre Tante Minna von Jonquières: „In den letzten Wochen konnte ich außer den Wahlbriefen kaum ein andres Schreiben zustande bringen. Du wirst lachen, wenn Du hörst, daß ich nach einem Schema von Vater 48 solcher Briefe komponierte, von denen ich freilich kaum glaube, daß irgendeiner derselben etwas ausrichten wird, die aber doch geschrieben werden mußten, damit wir uns später nicht den Vorwurf irgendeines Versäumnisses zu machen brauchen."

einige Monate noch hier bliebe, vorausgesetzt, daß meine Versetzung im Laufe des Jahres mir sicher wäre. Doch das sind Pia desideria. Besser ist es auch, aus diesem Zustande des halben Schlafes durch neue Menschen, andre Arbeit, ein andres Hoffen und Fürchten ordentlich einmal aufgerüttelt und aufgeschüttelt zu werden! Deshalb freue ich mich auf den Wahlkampf, mag Sieger sein, wem Fortuna lächelt. Endlich ist dies doch einmal eine Gelegenheit, wo man vom Geschick nicht rein geschoben wird, sondern selbst eingreifen hilft in sein Schicksal.

*

Aurich, 22. Februar 1852.

Mit meiner Antwort habe ich noch einige Tage gezögert, da ich die Erwiderung von Windthorst abwarten wollte, die heute morgen endlich eingetroffen ist. Er schreibt mir leider, was ich mir freilich wohl gedacht hatte, daß er meine Wünsche im Ministerium zur Sprache gebracht habe, daß aber bei dem Personalbestande von Göttingen und Osnabrück für jetzt auf dieselben nicht eingegangen werden könnte. Da ich also jetzt bis zum 1. März, wo die dortigen Schwurgerichtssitzungen beginnen, in Osnabrück sein muß, so bitte ich Eure Antwort dahin zu adressieren.

Mit meiner Bewerbung bin ich eifrig beschäftigt. Nahe an hundert Briefe sind schon fort. Den Rest werde ich noch hier abfertigen und nach Beendigung der Schwurgerichtssitzungen in Osnabrück mich persönlich in Hannover und den Städten u. s. w. bewerben. Nach den eingelaufenen Antworten ... wird eine ganze Schar von Bewerbern auftreten: Lenthe, Mandelsloh, Heimbruch, Rössing, und wie ich zu meinem Schrecken vernommen, sollen auch mehrere Bürgerliche, Assessor Schmidt in Adelebsen, Assessor Nöldecke, Assessor Sudendorf, sich zu bewerben beabsichtigen. Diese letzteren drei mögen vielleicht in dem Glauben stehen, daß die frühere Vereinbarung der Landschaft, eine der beiden Wahlstellen in Göttingen und Hannover mit einem Adligen zu besetzen, durch die Aufhebung aller politischen Adelsvorrechte beseitigt sei. Juristisch ist das gewiß nicht richtig. Es ist daher immer noch zu hoffen, daß in letzter Instanz die Bürgerlichen nicht in Betracht kommen, auch wohl selbst vorher ihren Plan aufgeben.

In der Ritterschaft werden sich bei fünf Bewerbern aus derselben die Stimmen zwar sehr zersplittern. Ich fürchte aber fast, daß Onkel Reden, der übrigens versprochen hat, für mich zu wirken, recht hat, daß in der Ritterschaft wenigstens meine Aussichten nicht groß sind. Könnte ich vielleicht durch Euch die Adressen der Rittergutsbesitzer Ebeling, Eberhard, Poppe, Kanzleirat von Reden, Hofrat von Alten,

E. von dem Busche erfahren? In der Kurie der Stifter steht es vielleicht besser für mich, Rupstein und Leopold werden von mehreren Seiten für mich bearbeitet, Schmalfuß hat vor einigen Tagen einen außerordentlich freundlichen Brief geschickt, wonach er ganz bedeutende Anstrengungen für mich macht und auch bei Rupstein und Leopold keine ungünstige Aufnahme gefunden hat. Bei letzterem hat auch der Oberstaatsanwalt Lichtenberg für mich Schritte getan, dem ich ganz fremd bin. Schmalfuß schreibt ferner, daß er bislang nach Wunstorf noch keine sicheren Tangenten gefunden hätte, aber auf der Spur wäre. Alle diese Herren, sowie Blumenbach, G. R. R., dem ich durch seinen mir nahe befreundeten Sohn schon beizukommen gesucht habe, sind sehr wichtig. Ebenso der Generalsuperintendent Brandis, der eine ganze Stimme hat ... Könnte ich die Kurie der Stifter bekommen, so wäre das von der höchsten Bedeutung. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sie den Ausschlag geben. Beiläufig sei hier noch bemerkt, daß ich von Rudloff erfahren habe, daß die Stimme der fünf Frauenklöster ruhe, weil sie von den Aebtissinnen selbst auf dem Landtage cum sigillo clericali abgegeben werden müsse. Meine größte Hoffnung setze ich auf die Städte, vorausgesetzt, daß die bürgerlichen Bewerber aus dem Spiele bleiben. Die Stadt Hannover soll schon für mich gewonnen sein (von wem weiß ich nicht). Nach Hameln an Rose hat Schmalfuß auch geschrieben. Auf einige kleinere Städte hofft er einzuwirken. Göttingen bekomme ich vielleicht durch den bedeutenden Einfluß des Syndikus Oesterley, eines nahen Verwandten von Planck ... Nach einigen kleineren Städten habe ich von hier aus auch noch andre Anknüpfungspunkte gefunden und hoffe bei meinem persönlichen Aufenthalt in Hannover und in der Provinz selbst noch andre Tangenten zu entdecken. Die in der Städtekurie fünf stimmberechtigten Bauern sind, soviel ich aus sicherer Quelle erfahren habe: Gutsbesitzer Knigge in Ronnenberg, Hofbesitzer Konrad Mahlstedt in Hohnsen, A. Coppenbrügge, Bauermeister Harriehausen zu Klein-Schnehen, A. Friedland, Bauermeister Dörnte zu Fredelsloh, A. Moringen, Oekonom Sindram zu Förste, A. Osterode; Knigge und anscheinend auch Harriehausen sind Mitglieder der Ersten Kammer. Graf Bennigsen, der mir übrigens noch nicht geantwortet hat, würde, wenn er wollte, auf diese gewiß Einfluß äußern können.

Gegenüber dem wahnsinnigen Gebaren der kalenbergischen Ritterschaft auf dem letzten Provinziallandtage und der Ritterschaft überhaupt werden die Städte, wenn es überhaupt zulässig ist, aus politischen Interessen und aus Korporationsgeist kein Mitglied des ritterschaftlichen Adels wählen. Im andern Falle würde ich meinen Mitbewerbern

und Standesgenossen gegenüber in der Städtekurie einige Aussicht haben, da es nicht ganz unbekannt geblieben ist, daß ich fast der einzige jüngere Adlige bin, dem die Adelsprätensionen samt den zu erwartenden Eingriffen in die Verfassung gründlich zuwider sind. Ueberall ist es in diesem Augenblicke noch ganz unmöglich, meine und meiner Gegner Aussichten auch nur einigermaßen zu übersehen; kaum daß man die Bewerber kennt. Große Hoffnungen mache ich mir nicht. So ungünstig wie Onkel Reden, der mir geradezu rät, mich dieses Mal auf schriftliche Gesuche zu beschränken und die teuere Wahlreise zu sparen, kann ich die Sache aber nicht ansehen. Er scheint die Abstimmung in der Ritterschaft für allein maßgebend zu halten und berücksichtigt meiner Meinung nach die notwendige Erbitterung gegen den Adel und alles daraus Folgende nicht hinreichend. Vor dem Mai wird die Wahl nicht sein können. Bis dahin kann noch mancherlei sich ereignen, was nicht ohne Einfluß bleibt. Auf halbem Wege stehen zu bleiben, wäre äußerst schwächlich und hieße auch meine jüngeren Freunde und älteren Gönner, die sich wahrscheinlich durch übertriebene Belobigungen ohnedies genügend kompromittieren, ganz preisgeben.

*

Osnabrück, 4. März 1852.

Deine Anfrage in meinen Wahlangelegenheiten beantworte ich dahin, daß die Canonici in den Sitzen der Stifter und zwar persönlich abstimmen und deren Majoritätsbeschluß sodann als Stimme des Stifts auf dem Landtage abgegeben wird (inwieweit ein briefliches Abstimmen der Canonici in den einzelnen Stiftern ausnahmsweise zugelassen wird, habe ich nicht mit Bestimmtheit in Erfahrung bringen können). Seit meinem letzten Briefe habe ich eine Reihe von Schreiben erhalten von Ilten, Graf Bremer, Graf Bennigsen, Hammerstein u. s. w. und aus ihnen und den übrigen eingegangenen Nachrichten leider die Ueberzeugung gewonnen, daß in der Ritterschaft wenig oder gar keine Aussichten für mich sind. Um so wichtiger werden also die Städte und Stifter, auf deren Stimmen ich mir noch immer einige Hoffnung mache. Graf Bennigsen schrieb mir sehr freundlich. Ebenso Hammerstein. Beide versprechen, für mich zu wirken. Ersterer bevorwortet aber zugleich, daß er zur Zeit der Wahl möglicherweise außer Landes sein könnte. Seine Mitwirkung in der zweiten und dritten Kurie ist mir übrigens auch viel wichtiger als seine beiden Ritterstimmen . . . Justizrat Ubbelohde übersendet mir aus Aurich ein Schreiben seines Verwandten, glaube ich, des Hofmedikus und Senators Fromme in Münden, der seine Mitwirkung zusagt, aber zugleich bemerkt, daß der Bürgermeister

Wermuth, auf den sein Sohn, der Polizeidirektor, unbedingten Einfluß habe, in allen Wahlangelegenheiten äußerst autokratisch zu Werke gehe. Heute morgen erhalte ich einen Brief von W. Jonquières, der in Uslar Schritte für mich getan hat und auch in Hardegsen, Göttingen, Dunderstadt wirken will. Auch schreibt er mir, daß Assessor von Fumetti — alter Göttinger Konsenior der Bremensia, Duellgegner, aber später guter Bekannter von mir — jetzt Bürgermeister in Moringen sei und in Einbeck und Dransfeld gute Verbindungen habe . . . Auch W. Jonquières schreibt mir, daß die Göttinger Ritterschaft wohl größtenteils für Mandelsloh stimmen würde u. s. w. [folgen weitere ähnliche Erörterungen über die Stifter].

Mitte nächster Woche sind die Schwurgerichtssitzungen beendet. Vorher kann ich nicht fort, obgleich es für die Wahlreise hohe Zeit wird. Ich werde nach deren Beendigung ungesäumt abreisen, sämtliche Städte und Bauern besuchen, auch die Mitglieder der Stifter, soweit sie nicht außerhalb der Landschaft wohnen. Die Ritter auf ihren Gütern aufzusuchen halte ich für verlorene Mühe. In Hannover u. s. w. werde ich sie jedoch nicht vernachlässigen. Für den Fall, daß Du zur Zeit der Wahl nicht gerade in den Bennigser Angelegenheiten in Hannover sein solltest, möchte ich Dich vorläufig schon gebeten haben, mich zur Abgabe Deiner Stimme zu bevollmächtigen. Meine persönliche Anwesenheit könnte mir möglicherweise von Nutzen sein.

*

Klein-Schnehen, 25. März 1852.

Von Osnabrück habe ich drei (bis vier) Wochen Urlaub und bin seit vergangenem Sonnabend vor acht Tagen unterwegs. Bis jetzt habe ich Hannover, Celle, Einbeck, Nordheim, Moringen, Fredelsloh, Hardegsen, Uslar, Münden, Hedemünden und Dransfeld besucht. In Hannover habe ich mich mehrere Tage aufhalten müssen, weil eine Reihe von Herren notwendig persönlich gesprochen werden mußte, auch mancherlei Erkundigungen einzuziehen und verschiedene Verbindungen in Bewegung gesetzt werden mußten. Meine Aussichten stehen so schlecht nicht. Lenthe ist ganz ungefährlich. Heimbruch treibt es gar nicht mit Ernst. Rössing hat in der dritten Kurie offenbar keine Aussichten, vielleicht bei den Prälaten; der einzige gefährliche Standesgenosse in der dritten Kurie bleibt Mandelsloh, dem ich aber selbst hier in seiner nächsten Umgebung mit meiner persönlichen Bewerbung meistens zuvorgekommen bin. Die Bürgerlichen werden nach der Stimmung, die in der zweiten Kurie herrschend scheint, von der Landschaft wahrscheinlich als ausgeschlossen bezeichnet werden.

Hannover, Montag abend.

Soeben komme ich hier an und will meinen Brief noch mit einigen Worten abschließen. Harriehausen habe ich glücklicherweise noch getroffen. Seine Stimme scheint mir durch Graf Bennigsen (den ich in Hannover sowie auch seine Mutter persönlich kennen lernte und der mir seine Verwendung bei den Bauern und beim Abt zugesagt hat) sicher. [Folgen viele Einzelheiten.] Wenn ich durch den Grafen Bennigsen die fünf Bauernstimmen erlange und auch nur ebensoviel Städtestimmen habe, so würde ich, da sonderbarerweise die relative Majorität entscheidet (was freilich, wie alles andre, bei der Konfusion des Landessyndikus schwankend ist), wie bei der Wahl des Oberappellationsrates Busch, der mit acht Stimmen sogar gesiegt hat, schon obsiegen bei der großen Konkurrenz. Von hier will ich übermorgen ganz früh über Ronnenburg, Springe, Münder und Hohnsen nach Hastenbeck, Hameln und von Hastenbeck aus auch nach Bodenwerder, bei der Rückreise nach Osnabrück kann ich Wunstorf, Rehburg und Neustadt besuchen ... Was aus der Wahl wird, läßt sich schwer übersehen, namentlich solange die Vorfrage unentschieden bleibt, ob aus der Ritterschaft gewählt werden muß. Bleibt die Konkurrenz zwischen Mandelsloh (Ritter), Rössing (Prälaten) und mir (Städte) allein, so ist sehr wohl möglich, daß das Los entscheidet unter uns dreien.

*

Osnabrück, 25. April 1852.

Seit Mittwoch bin ich endlich wieder hier. Acht Tage war ich über meinen ursprünglichen Urlaub durch den Tod Onkel Redens[1]) aufgehalten, hatte mir aber zum Glück von meinem Kanzleidirektor, den ich zufällig in Hannover bei der Verfassungsrevision beschäftigt traf, eine Verlängerung erteilen lassen können.

Was meine Bewerbung um die Göttinger Stelle betrifft, so sind mir die Stimmen der Städte Hameln und Bodenwerder versprochen. In Wunstorf Stadt und Stift scheint Mandelsloh sichere Aussicht zu haben. Nach Neustadt und Rehburg bin ich nicht mehr gekommen, weil ich mich keinen Tag länger aufhalten durfte, ich auch schon günstige Nachrichten über beide Orte hatte und inzwischen die Städte sich die Besuche auch öffentlich verbeten hatten. In der dritten Kurie glaube ich viel Aussicht zu haben. Wie es aber sonst wird, mag Gott wissen. Die Wahl soll in diesen Tagen ausgeschrieben sein.

[1]) Am 30. März 1852 war der Oheim Bennigsens, Ferdinand von Reden auf Hastenbeck (der mit einer Schwester seiner Mutter vermählt war), gestorben, und Bennigsen, gemeinschaftlich mit Herrn Otto von Rudloff, zum Vormund der hinterlassenen Kinder bestellt worden. Vgl. S. 216.

Ueber Schele und Hammerstein ist großer Lärm unter den hannoverschen Junkern. Schele wird geradezu als Verräter bezeichnet.[1]) Es ist sehr zu bedauern, daß er sich durch dergleichen persönlich irritieren läßt.

*

Osnabrück, 16. Mai 1852.

Aus den Zeitungen wirst Du auch schon seit einigen Tagen erfahren haben, daß das Ministerium Schele die Justiz- und andre Organisationen noch in diesem Jahre einführt.[2]) In den Pfingsttagen muß ich in meinen Vormundschaftsangelegenheiten nach Hannover und Hastenbeck und will versuchen, ob für mich für den Fall, daß es mit der noch immer nicht ausgeschriebenen Justizratswahl mir nicht glücken sollte, eine Anstellung in Hannover oder Göttingen entweder gleich nach dem Ausfall der Wahl oder doch wenigstens bei der demnächstigen Organisation zu erreichen ist. Für die Besorgung meiner Vormundschaftsgeschäfte würde eine Anstellung in Hannover die zweckmäßigste sein. Ebenso würde es von da ab für mich am leichtesten sein, einen Teil von Vaters Gutsangelegenheiten zu besorgen, worauf er in seinem letzten Brief hindeutet. Jedoch auch in Göttingen bin ich, da die Eisenbahnverbindung in spätestens $1^1/_2$ Jahren vollständig hergestellt sein wird, dem Kalenbergischen nicht ganz fern. Augenblicklich und für die nächsten paar Jahre würde mir ein Aufenthalt in Göttingen persönlich wohl der erwünschteste sein. Auf die Dauer wäre ich aber doch lieber in einer größeren Stadt.

*

Alle diese Anstrengungen blieben jedoch ohne Erfolg. In der Wahl, die Ende Mai 1852 stattfand, drang Bennigsen in keiner der einzigen Kurien durch. Die Wahl zersplitterte sich, da in jeder der drei Kurien ein andrer siegte, und wenn auch die Familie Bennigsens deswegen ihre Hoffnungen noch nicht ganz aufgeben wollte, so war in Wirklichkeit die Sache für ihn entschieden. Erst in einem späteren Briefe teilte er die Einzelheiten des Verlaufes der Wahl mit.

Osnabrück, 14. August 1852.

Mit der Justizratswahl in Göttingen hat es einmal nichts sein sollen. Bislang ist übrigens noch niemand gewählt, weil die erste

[1]) Vgl. Kapitel 7.

[2]) Die Verordnung war am 4. Mai 1852 erschienen.

Wahl ungültig gewesen ist. Das Ministerium wird sich an dieser fatalen Angelegenheit die Finger wohl nicht verbrennen und die Sache bis zum 1. Oktober schlafen lassen, wo sie dann sich totgeschlafen haben wird, da die Justizkanzlei nach dem 1. Oktober nicht mehr existieren und damit auch die Wahlstellen aufhören. Die Wahlstellen im Tribunale bleiben übrigens auch nach dem 1. Oktober unangetastet. Ich wußte meine Niederlage, die ich als vorjüngster Bewerber unter fünf adligen und drei bürgerlichen Bewerbern wohl verschmerzen kann, auch bereits am Tage vor der Wahl. Ein großer Teil der Berechtigten hatte die Wahl zu einer Standesangelegenheit gemacht. Damit blieb unter den Adligen höchstens für Mandelsloh, wegen seiner vielen Bekanntschaften u. s. w. in sämtlichen Kurien, einige Aussicht. Wenn jetzt Dich das Detail noch interessieren sollte, so hatte in der sehr schwach besuchten Ritterschaft Heimbruch 2 Stimmen, ich 5, Rössing 8, die andern Lenthe und Mandelsloh, welchem letzteren dann bei der zweiten Abstimmung Heimbruchs, meine und zum Teil Rössings Stimmen zufielen, so daß er Sieger blieb. Bei den Prälaten hat die Wahl nur zwischen Mandelsloh und A.-Assessor Schmidt geschwankt; letzterer hat eine oder zwei Stimmen mehr gehabt. In der dritten Kurie hat die Abstimmung am längsten gedauert. Zuerst habe ich eine Reihe Stimmen gehabt und auch Schmidt neben Mandelsloh und A.-Assessor Sudendorf. In der dritten Abstimmung ist Sudendorf über Mandelsloh Sieger geblieben. Diese beiden Kurien haben sodann unter sich gelost (und hat Schmidt das Los getroffen), nachdem die Ritter die Wahl nichtritterschaftlicher Kandidaten für ungültig erklärten und sich zu losen geweigert hatten. Syndikus D., der in der vereinigten Landschaft zunächst eine Darstellung des Sachverhalts und der Streitfrage geben mußte, plädierte zugunsten der Bürgerlichen, aber auf eine so alberne Weise, daß die Ritter ihm nachher allerlei Sottisen sagten und er, ganz besorgt geworden, deswegen um Verzeihung bat.

Inzwischen aber waren die Ernennungen erfolgt, die durch das Gerichtsverfassungsgesetz und die neuen Organisationen nötig wurden. Rudolf von Bennigsen wurde als Obergerichtsassessor und Vertreter des zweiten Staatsanwalts nach Hannover versetzt. Die Ernennung zum zweiten Staatsanwalt war in Anbetracht seines Alters — er war erst 28 Jahre alt — eine ungewöhnliche Auszeichnung. Bennigsen erfuhr, wie er hernach einmal erzählt hat, daß König Georg dem Justizminister Windthorst gegenüber Zweifel geäußert habe, ob der

junge Mensch wohl geeignet sei zum zweiten Staatsanwalt. Windthorst aber, der den vielversprechenden Mann schon seit 1848 kannte, habe gesagt: „Er wird es schon besorgen." [1]) Bennigsen selbst schreibt über seine Ernennung in dem schon oben angeführten Brief vom 14. August 1852:

„Ich selbst bin als Obergerichtsassessor nach Hannover gesetzt mit 400 Taler Gehalt und 100 Taler Zulage, weil ich bis auf Widerruf gleichzeitig zum Stellvertreter des Staatsanwaltes beim hannoverschen Obergerichte ernannt bin (nach sicheren Gerüchten ist der wirkliche Staatsanwalt der Justizrat von Düring aus Stade). Pekuniär ist diese Stellung nicht sehr brillant und sind wir Kanzleiassessoren auch einigermaßen enttäuscht. Unter andern Umständen würde ich aber einen Gehalt von 500 Talern erst in fünf bis sechs Jahren erhalten haben, und beim Vergleichen mit der Art, wie viel ältere Amtsassessoren gestellt sind, darf ich mich nicht beklagen.

„Meine Versetzung nach Hannover ist mir, wenn man mich nicht nach Göttingen schicken wollte, das liebste. Göttingen und Hannover sind doch die einzigen Orte, an denen man sich ästhetisch und wissenschaftlich ausbilden kann. Die Besorgung der Redenschen Vormundschaft und der etwaigen Bennigser Angelegenheiten, die Vater mir übertragen wollte, ist auch von keinem Orte so bequem zu beschaffen als von Hannover aus. Wie das Ministerium dazu gekommen ist, mich zum stellvertretenden Staatsanwalt und gar in Hannover zu ernennen, ist mir ganz unbegreiflich. Es muß ein entsetzlicher Mangel an geeigneten Subjekten zu diesen Stellen sich gezeigt haben, wenn das Ministerium auf jemand greift, der sich um eine solche Anstellung gar nicht beworben und früher seine Abneigung gegen eine ähnliche Anstellung in Aurich zu erkennen gegeben hat. Wenn ich vor der Ernennung befragt wäre, würde ich sie aus verschiedenen Gründen, die hier auseinanderzusetzen zu weitläufig wäre, auch bestimmt abgelehnt haben. In diesem Augenblick ist das jedoch nicht gut tunlich. Es steht mir jedoch jeden Augenblick frei, in das Gericht zurückzutreten. Einen Vorzug hat diese Ernennung insofern übrigens, als es mit meiner etwas dilettantenmäßigen Behandlung der Rechtswissenschaft jetzt ein Ende hat. Denn wenn ich mich, ganz ungeübt in den öffentlichen Verhandlungen, den hannoverschen Advokaten gegenüber meiner Haut wehren soll, so kann ich meine Kräfte nur auf das sorgfältigste zusammennehmen."

*

[1]) Kiepert, Rudolf von Bennigsen, S. 223.

An die Mutter.

Hannover, 13. Oktober 1852.

Seit dem 27. v. M. bin ich hier. Am 1. Oktober wurden wir durch Windthorst, der nachher ein opulentes Diner zum besten gab, höchstselbst installiert, und seitdem wird der neue Justizwagen, sogut es gehen will, fortgeschoben, freilich nur noch unter ewigem Stocken und Holpern. Trotz der einjährigen Arbeit ist für das eigentliche Geschäftsmäßige fast nichts vom Ministerium geschehen und namentlich der Staatsanwaltschaft alles selbst überlassen. Ein großes Glück war es daher, namentlich hier in Hannover, wo die Verhältnisse mit der Polizeibehörde u. s. w. viel komplizierter sind als sonstwo, daß der Herr von Düring sehr praktisch und tätig ist, das Verfahren am Rhein genau studiert hat und von Anfang an Rat wußte und überall sehr bestimmt auftrat. Ueberhaupt stehe ich zu ihm in einem sehr angenehmen Verhältnis in Dienst und außer Dienst — bei den hiesigen Zuständen macht sich das einmal unter Standesgenossen viel leichter — und würde sehr bedauern, wenn er heute in Verden, wo auch der Celler Bülow sich beworben hat, zum Oberappellationsrat gewählt wäre. Arbeit hat man aber reichlich. Jeden Tag, sogar des Sonntags, fünf bis sechs Stunden auf der Staatsanwaltschaft Akten studieren und zu Hause noch Gesetze und Verordnungen lernen.[1])

*

[1]) In demselben Briefe heißt es: „Bitte, sag doch Vatern, den es vielleicht interessiert, daß jetzt die Wetzlarschen Akten an die einzelnen Länder abgegeben sind und die für Hannover bereits im Lande und wahrscheinlich zu haben sind. Ich erfuhr dies, ehe ich von Osnabrück fortging, zufällig durch den dortigen Archivar Assessor Sudendorf, der den Auftrag erhalten hatte, sich die für die osnabrückische Geschichte wichtigen Akten aus dem mehrere Fuß hohen Verzeichnisse zu notieren. Er teilte mir nämlich mit, daß er unsern Namen unter den Parteien sehr oft gelesen habe. Ich habe mir, weil ich dachte, daß Vater vielleicht Wert auf einzelne dieser Akten legt, auf dem Osnabrücker Archiv die einzelnen Nummern der Prozesse notiert, in denen Mitglieder unsrer Familie als Parteien aufgetreten sind, im ganzen 17 oder 18 Stück, Familien- und andre Prozesse, der älteste von 1500 und einige 80. Assessor Sudendorf hat mir versprochen, mir nach dieser Notiz die vollständigen Rubra durch seinen Schreiber ausziehen zu lassen und hierherzuschicken. Von dem Sekretariat des Oberappellationsgerichts, wo die Akten liegen sollen, würde man dann diejenigen, die für unsre Familiengeschichte Wert haben, hoffentlich erhalten können. Ich kann daher Vatern, wenn er wünscht, das Verzeichnis, sobald ich es erhalte, zuschicken. Die Prozesse mit den Hastenbecker Redens sind übrigens nicht darunter, wohl aber die über den Nachlaß des Johann von Bennigsen und der Maria von Gittelde."

Die neue Tätigkeit bot ihm Gelegenheit, nicht bloß seine juristischen Fähigkeiten, sondern vor allem auch die Gabe der freien Rede mit Erfolg auszubilden. So schreibt einmal ein Geschworener über seine Tätigkeit als Staatsanwalt an den Vater: „Es gereicht mir zum besonderen Vergnügen, Ihnen von dem stets wachsenden Vertrauen und der Verehrung, welche Ihrem Herrn Sohne hier zuteil wird, Kunde zu geben. Man muß ihn in jeder Beziehung schätzen, je länger man ihn kennt. Ich habe ihn fast drei Wochen täglich als Staatsanwalt auftreten sehen zu aller Geschworenen Freude. Seine Kenntnisse, seine schnelle und richtige Auffassung sowohl wie seine vortreffliche Rednergabe machen ihn zu diesem Posten besonders geeignet und man darf ihm mit Recht ein gutes Prognostikon für eine glückliche geschäftliche Zukunft stellen."

Schon gegen Ausgang des Jahres 1853 bemühte sich Bennigsen, wieder in das Gericht, und zwar in Hannover, einzutreten, doch der Versuch schlug fehl.[1]) Von neuem beantragte er dann im Mai 1854 bei der ihm vorgesetzten Behörde seinen Austritt aus der Staatsanwaltschaft und seine Zurückversetzung in das richterliche Amt. Die Motive dieses Schrittes waren rein politischer Natur. Er hat sich später einmal darüber ausgesprochen: „Mir war Mitte 1854 gar kein Zweifel darüber, daß infolge des Andrängens der Ritterschaft der Bundestag für den Umsturz der Verfassung selbst eingreifen würde. Ich war damals zweiter Staatsanwalt und faßte den Entschluß, aus dieser Stellung zurückzutreten. Wie ich zum Unterstaatssekretär — Generalsekretär hieß es damals — Lichtenberg[2]) kam und ihn bat, nach Göttingen versetzt zu werden, erwiderte er: ‚Mein Gott, Sie sind als ganz junger Mann — es ist eine große Auszeichnung — nach Hannover als Staatsanwalt gekommen und wollen jetzt in das Gericht zurücktreten?' — ‚Wenn ich meine Meinung offen sagen soll,' antwortete ich ihm, ‚so dauert es nicht lange mehr und wir haben einen vollkommenen Verfassungsbruch; die Staatsanwaltschaft wird dann zu den Ausführungsmaßregeln herangezogen; ich möchte dazu nicht in Anspruch genommen werden.' Ich sehe noch heute das Lächeln dieses hohen, sehr klugen Beamten vor mir. Er hielt es nicht für möglich, aber er gewährte meinen Wunsch, wofür ich ihm noch heute dankbar bin."[3])

---

[1]) Rudolf von Bennigsen an seinen Vater, Hannover, 23. Dezember 1853.

[2]) Später Kultusminister im Ministerium Windthorst-Hammerstein (1862 bis 1865) und nachher Präsident des Landeskonsistoriums.

[3]) In einem Briefe an seinen Vater vom 2. Juni 1854 ist das eigentliche Motiv, wohl mit Absicht, in den Hintergrund geschoben: „Lichtenberg erklärte mir, wenn ich es durchaus haben wollte, so sollte ich nicht gezwungen werden. Uebrigens

Ohne Zweifel geschah es aus denselben Gründen, daß Bennigsen die ihm im Oktober 1854 angebotene Stelle eines Oberstaatsanwaltssubstituts in Celle ablehnte.[1]) Einen wenige Monate später an ihn gerichteten ähnlichen Antrag wies er gleichfalls von sich.[2]) Vielmehr fühlte er sich in der Unabhängigkeit der richterlichen Stellung um so wohler, als Göttingen ihm die Möglichkeit bot, seine Studien fortzusetzen und zu vertiefen; was er gleich nach dem Beginn seiner amtlichen Laufbahn sich als sein Ideal gedacht hatte, konnte er nun noch in gewissem Maße verwirklichen.

---

war er wie immer sehr freundlich für mich, offerierte mir sogar eine Staatsanwaltsstelle. Die mancherlei Gründe für meine Bemühungen lassen sich besser mündlich sagen. Vor allen Dingen wollte ich einige Jahre Ruhe haben, etwas weniger und nicht so mechanische Arbeit und mehr Zeit zu eigentlichen Studien. Allmählich wird mir doch etwas schwül bei meiner Unwissenheit und meinem Mangel an gediegenen juristischen Kenntnissen. Die Unwissenheit und nebenbei der Mangel an Talent sind hierzulande unter Alter und Jugend in der Richterwelt übrigens so allgemein, daß ich hier in Hannover zu meiner nicht geringen Verwunderung bei allem Mangel an gründlichen Kenntnissen mit Hilfe einer leichten Auffassung, Ruhe und Dreistigkeit sogar Erfolge erlangt habe, über die ich jedenfalls mehr lachen als eitel sein muß."

[1]) Siehe den Brief Rudolfs an seine Mutter vom 25. Oktober 1854, S. 247.

[2]) Rudolf von Bennigsen an seinen Vater, 4. Januar 1855: „Kurz vor Weihnachten war mir noch einmal Gelegenheit geboten, Göttingen unter vorteilhaften Bedingungen zu verlassen, als der Oberstaatsanwalt auf zwei Tage zur Inspektion hier war. Er kam noch einmal auf seine alte Proposition zurück und ließ mir sogar die Wahl zwischen der Celler Substitutenstelle und der eines wirklichen Staatsanwaltes. Ich habe es aber rund abgelehnt; doch sind wir in Frieden und Freundschaft geschieden, was mir um so lieber ist, als er einer unsrer ausgezeichnetsten und achtbarsten Beamten ist."

Sechstes Kapitel

Vermählung mit Anna von Reden

1854

Im Jahre 1854 tritt eine neue Beziehung in das Leben Rudolf von Bennigsens ein, die zunächst alles andre in den Hintergrund drängt.

Eine Schwester seiner Mutter, Silvie, geborene von Jonquières, war vermählt mit dem Gutsbesitzer Ferdinand von Reden auf Hastenbeck bei Hameln; auf dem schönen Gute hatte schon der Knabe in den Schuljahren während der Ferien häufig und gern verweilt. Er stand zu der von ihm sehr verehrten Tante in einem besonders herzlichen Verhältnis, und so geschah es, daß er trotz seiner jungen Jahre nach dem Tode des Herrn von Reden im Jahre 1852, gemeinschaftlich mit Herrn Otto von Rudloff, zum Vormund der hinterlassenen Kinder, eines Sohnes und mehrerer Töchter, bestellt wurde.[1]) In dieser Eigenschaft kam er, seitdem er bald darauf nach Hannover versetzt worden war, häufig nach Hastenbeck hinüber. Und ebenso sah er regelmäßig die Verwandten bei ihren Besuchen in Hannover.[2]) Aus diesem Verkehr erwuchs ihm eine tiefe Liebe zu seiner Cousine Anna von Reden; doch verschloß er seine Empfindung in seinem Innern, vielleicht um so mehr, als er aus seinem Verhältnis als Vetter und Vormund heraus nur schwer den Uebergang zu einer andern Sprache mit dem jungen zurückhaltenden Mädchen finden zu können

---

[1]) Aus der (zweiten) Ehe Ferdinands von Reden mit Silvie von Jonquières stammten vier Kinder: Anna (geb. 1834), die nachmalige Gemahlin R. von Bennigsens, Ferdinand (geb. 1835), später Besitzer auf Hastenbeck, vermählt mit Hedwig von Beerfelde, in den Jahren 1881 bis 1893 Reichstagsabgeordneter für Hameln und Mitglied der nationalliberalen Partei, Elise (geb. 1837, gest. 1856) und Silvie (geb. 1838, vermählt mit Adolf von dem Bussche, gest. 1864). Aus der ersten Ehe Ferdinands von Reden stammten drei Töchter: Klara, vermählt mit dem Präsidenten Emil von Reibnitz in Merseburg, Klothilde, vermählt mit dem Major Otto von Lowzow in Hameln, und Adelheid, vermählt 1846 mit Otto von Reden auf Morsleben.

[2]) So schreibt er am 3. April 1853 an seine Schwester Luise, die sich damals mit dem Rittergutsbesitzer Freiherrn Louis von Leonhardi in Groß-Karben (bei Frankfurt) verlobt hatte: „Ich habe hier neben meinen vielen Dienstgeschäften in diesen Tagen noch die Verpflichtung, Tante Silvie und Anna, die heute morgen nach Hastenbeck gereist sind, zu chaperonieren."

glaubte; ohne eigentliche Hoffnung auf eine Erfüllung seiner Wünsche vertraute er um Weihnachten 1853 sie zunächst seiner Mutter im geheimen an.

Da starb im Januar 1854 plötzlich auch seine Tante Silvie von Reden. Es war von vornherein Rudolfs Plan, daß die nun ganz verwaisten Kinder zunächst Hastenbeck verlassen und zu seinen Eltern nach Frankfurt übersiedeln sollten.[1]) Kurz vor dieser Abreise, am 19. April, wagte er dann das Geständnis und erhielt von Anna von Reden das ihn beglückende Jawort.[2])

---

[1]) Er schrieb im Januar, gleich nach dem Tode seiner Tante, an seine Eltern: „Schon als ich am Mittwoch nachmittag hierherfuhr und nach dem ersten Schrecken wieder Ruhe fand, um zu überlegen, was nun aus den armen drei jetzt ganz verwaisten Mädchen werden sollte, kam mir als der erste und natürlichste Gedanke der, daß Ihr sie zu Euch in Euer Haus nehmen möchtet. Ich habe nachher mit Tante Minna und Fräulein Dohrmann — auch mit Rudloff, der auf meinen Wunsch (ebenso wie ich für Ferdinand) für die drei Mädchen als Mitvormund bestellt ist — den künftigen Aufenthalt besprochen und sind wir alle darin einig, daß die drei Kinder in keinem Hause so gut aufgehoben seien und vielleicht nirgend — wenn auch erst mit der Zeit — so leicht Trost und Ruhe in ihrem entsetzlichen Unglück finden werden als bei Euch. Wenn auch Tante Minna gern bereit ist, hier mit den Kindern wohnen zu bleiben, so ist es doch zu traurig für diese, in Hastenbeck, welches ihnen durch den Tod ihrer Eltern so öde geworden sein muß, zu bleiben. Ein Familienkreis ist ihnen, als Erheiterung und den beiden Jüngeren zum Teil als Erziehung, Bedürfnis. Ein andres passendes Haus wüßte ich aber nicht in der Verwandtschaft; auch steht das Eure ihnen am nächsten. Ich bin fest überzeugt, daß, wenn uns Kinder ein so schreckliches Unglück getroffen hätte wie die Hastenbecker, meine jüngeren Geschwister von Tante Silvie aufgenommen und wie ihre eignen Kinder erzogen sein würden. Es ist ja gewiß ein Opfer und eine große Verantwortung, wenn Ihr zu Euren drei Töchtern noch drei fremde Mädchen ins Haus nehmt. Wer soll sich aber dieser Kinder annehmen, wenn Ihr es nicht tun wolltet, die Ihr ihre nächsten Verwandten seid. Dabei haben diese drei Mädchen eine solche Ruhe des Charakters, so viel Herzensgüte und so wenig von alle den Unarten mancher jüngerer Mädchen, daß Euch durch sie gewiß nicht sehr viel Arbeit und Schwierigkeit erwachsen kann ... Davon, daß Ihr mir, meine lieben Eltern, als Vormunde eine schwere Sorge abnehmt, wenn ich meine Mündel in so guten Händen weiß, will ich gar nicht einmal sprechen. Unter allen Umständen halten wir es für das beste, daß die Kinder mit Tante Minna bis Anfang März hier bleiben, damit sie erst wieder etwas zu sich selbst kommen. Bis dahin ist die Jahreszeit zum Reisen auch besser geworden, hier alles geordnet und auch bei Euch wegen der Einrichtung in Eurer Wohnung und andrer derartiger untergeordneter Dinge das Erforderliche besorgt."

[2]) An demselben Tage teilte Bennigsen seinen Eltern die Verlobung mit: „Gestern nachmittag habe ich endlich gewagt, Anna meine Neigung zu gestehen. Ich hatte Anna schon lange geliebt, aber früher immer gefürchtet, daß ich ihr ganz gleichgültig sei. Nun sie aber bald abreisen sollte, konnte ich meine

Mit dem andern Tage setzen die Briefe ein, die wir im folgenden vorlegen. Einige Bemerkungen mögen noch vorher verstattet sein. Im Grunde wird jeder mit einer gewissen Scheu an einen solchen Briefwechsel zwischen Bräutigam und Braut herantreten, der so ganz persönlich gehalten und für den einen Menschen allein bestimmt ist, und zaghaft vollends gibt die Hand des Herausgebers solcher Papiere die verschwiegenste Empfindung einer neugierigen Oeffentlichkeit preis. Ich verhehle nicht, dieses Gefühl um so lebhafter gehabt zu haben, als den beiden Naturen, die in den folgenden Briefen zueinander sprechen, ihrer niedersächsischen Art gemäß eine starke Zurückhaltung eignet, die auch dem geliebten Wesen gegenüber sich nicht völlig enthüllt: wie weit ist diese einfache, unverzierte Art des Ausdrucks von der bloßen Möglichkeit des Gedankens entfernt, es möchten andre oder viele einst diese Blätter lesen. Aber unsre Zeit ist nun einmal gewöhnt, ihren großen Persönlichkeiten auch in das Geheimste und Innerste blicken zu wollen: wer in dem öffentlichen Leben der Nation eine weithin sichtbare Stellung behauptet, räumt dieser Oeffentlichkeit einen weitgehenden Anspruch auf sich selber ein. Niemand freilich hätte bei seinen Lebzeiten weniger Neigung gehabt, einen solchen Anspruch auf sich selbst zuzugestehen, als die an sich haltende Persönlichkeit Bennigsens. Auch liest man solche Briefe eigentlich nicht, um die intimeren Herzenstöne selbst zu belauschen, all das immer und ewig Gleiche, das nur in immer neuen Worten nach Ausdruck sucht, sondern eher die besondere Art, wie gerade dieser Mann ihn findet. Denn hier glaubt man am tiefsten in das Wesen einer Persönlichkeit hineinschauen und ihre feinsten und geheimsten Züge festhalten zu können.

Vielleicht bieten auch unter diesem Gesichtspunkt die Briefe nicht

---

Zweifel und Schmerzen nicht länger ertragen und mußte irgendeine Entscheidung aus ihrem Munde haben. Jetzt, wo sie eingewilligt hat, meine Braut zu sein, fühle ich mich aber auch so froh und glücklich. Recht zur Besinnung bin ich freilich noch gar nicht wieder gekommen. Wenige Stunden, nachdem die übrigen Hastenbecker von unsrer Verlobung erfahren hatten, mußte ich schon abreisen. Meine Aufregung gestern war zu groß. Anna selbst war auch sehr überrascht und konnte sich in den ersten Stunden kaum fassen. So bin ich zu einem etwas ruhigeren Gefühl meines Glückes erst hier gekommen ... Wenn Ihr, meine teuren Eltern, Euren Segen zu unsrer Verlobung geben wolltet, würde ich sehr glücklich sein. Ihr kennt freilich Anna noch wenig. Seid aber überzeugt, daß sie ihrer Schwiegereltern nicht unwürdig sein wird. Ihr Charakter ist ganz der ihrer seligen Mutter. Dieselbe Milde und Herzensgüte, derselbe Mangel an allem Unwahren und aller Selbstsucht. Ihr werdet sie gewiß bald sehr liebgewinnen. Ich hoffe zum Himmel, daß mir mit ihr ein ebenso schönes eheliches Glück beschieden ist, als ich in meinem Elternhause immer als seltenes Vorbild zu verehren hatte."

so viel, wie mancher erwartet. Es wird kein großer Aufwand an Worten und Gefühlen getrieben; ganz und gar fehlt die Sucht, die sich bei manchem in ähnlicher Lage so häufig einstellt: Geist, Empfindung, Temperament, kurzum die ganze Persönlichkeit vor dem oder der andern leuchten zu lassen; es fehlt auch das rückhaltslose Aufschließen des eignen Wesens, wie es zwischen zweien, die einander bisher fremd waren und durch plötzlichen Entschluß einander ganz nahe getreten sind, fast natürlich scheint. Aber gerade daß hier das alles zurücktritt und in dem besonderen Verhältnis, das bisher zwischen ihnen bestanden hatte, zurücktreten mußte, ist charakteristisch und zugleich auch in der Eigenart beider Naturen begründet: so ergibt sich von selbst der besondere Ton, eine ungesuchte Einfachheit und Zartheit herzlichen Empfindens.

*

Hannover, 20. April 1854.

Von Otto Rudloff[1]) habe ich heute die Einwilligung und die herzlichsten Glückwünsche zu unsrer Verlobung erhalten, meine teure Anna. Ich mag diesen ersten Tag nicht vorübergehen lassen, ohne Dir einmal recht zu sagen, wie glücklich ich mich fühle, nachdem ich es endlich gewagt habe, Dir meine langgehegte Neigung zu gestehen. In meiner gestrigen Verwirrung und Aufregung habe ich noch gar keine Worte finden können, Dir mein Herz auszuschütten. Es liegt auch nicht in meiner Natur, viel Worte zu machen über meine Gefühle. Du darfst aber nicht glauben, mein teures Mädchen, daß meine freudige Bewegung und Rührung über ein Glück, welches ich kaum zu hoffen gewagt hatte, weniger lebhaft gewesen ist. Auch Rudloff hatte unsre Verlobung schon länger erwartet. Alle Menschen scheinen sie so natürlich zu finden. Ich kann aber hier nichts Natürliches finden, als daß ich Dich geliebt habe, meine sanfte, liebliche Anna. Ich will auch gern genügsam und zufrieden sein, wenn Du jetzt nur einige freundliche Gefühle für mich hast. Mit der Zeit, wenn Du siehst, wie warm und innig ich Dich liebe, gelingt es mir vielleicht, einen größeren Platz in Deinem Herzen zu erobern.

Rudloff glaubte, daß unsre Verbindung auch der Wunsch Deiner seligen Mutter gewesen ist. Es würde mir eine große Freude sein, wenn ich darüber irgendeine bestimmtere Vermutung erlangen könnte. Ich habe wenig Menschen so lieb gehabt und so verehrt wie Deine Mutter. Wenn sich früher meine Gedanken mit Dir beschäftigten und sich ein Leben an Deiner Seite auszumalen wagten, so war mir immer

[1]) Der Mitvormund der Redenschen Kinder.

der Anteil, den Deine liebe Mutter an unserm Glücke nehmen würde, ein Teil meines Glückes selbst. Der Himmel hat es anders beschlossen, meine arme Anna. Einigen Trost würde ich aber in dem Gedanken finden, daß Deine Mutter aus besseren Räumen segnend auf uns herniedersähe. Meine Liebe wird sich stets eifrig bemühen, Dir einen Teil desjenigen zu ersetzen, was Du durch den schmerzlichen Tod Deiner Mutter verloren hast. Gerade jetzt wirst Du freilich ein Mutterherz wieder recht schmerzlich entbehren. Ich hoffe aber, daß Du Dich bald recht warm und herzlich an meine Mutter anschließen wirst. Sie wird Dich als ihre Nichte und die Braut ihres Sohnes mit offenen Armen aufnehmen und Dich bald sehr lieb gewinnen, wie es jeder muß, der dich näher kennen lernt.[1])

Ferdinand Rudloff habe ich heute nachmittag unsre Verlobung unter dem Siegel des Geheimnisses auch schon anvertrauet. Einen mußte ich doch haben, mein sanftes Herz, mit dem ich über meine Herzensfreudigkeit sprechen konnte. Er nimmt, wie ich sicher weiß, warmen Anteil an mir und meinem Glücke.

Gute Nacht, meine Herzens-Anna. Antwortest Du mir auch bald? Ich möchte sonst glauben, daß alles nur ein schöner Traum gewesen ist, der rasch vergehet, wie er gekommen ist. Leb wohl noch einmal und sei von Herzen umarmt, meine holde Anna. Rudolf.

*

Hasteubeck, 22. April 1854.

Heute mittag erhielt ich Deinen Brief, lieber Rudolf, und mein Herz treibt mich, Dir gleich zu antworten, um Dir zu sagen, wie glücklich ich bin. Ich war neulich so überrascht und erschüttert, daß ich mich erst gar nicht recht fassen konnte und mich daher, wie ich glaube, sehr wunderlich benahm. In diesen Tagen, wo ich mir alles, was Du mir neulich sagtest, wieder ins Gedächtnis zurückrief, wurde

[1]) Die Mutter schrieb an Rudolf am 21. April 1854: „Deine Wünsche sind nun so schön erfüllt, und mit wahren freudigen Gefühlen las ich Deine Worte und heute der lieben Anna Brief. Oft dachte ich in dieser Zeit daran, ob Du wohl noch vor der Abreise Dich erklären würdest oder warten bis zu Deiner Hierherkunft, und bin nun so froh und dankbar, daß Du Dir Deiner Anna Liebe erworben hast und ich für Dein Lebensglück so freudige Hoffnungen hegen darf, mein herzenslieber Rudolf. Anna ihr Brief hat mich so recht davon überzeugt, wie sie in der Vereinigung mit Dir ihr Glück zu finden überzeugt ist ... Ich erkenne es als eine liebe wehmütige Aufgabe für mich, in dieser Zeit nun Anna bei uns noch haben zu können, und mein Bestreben, ihr mit mütterlicher Liebe entgegenzukommen, ist ein treu gemeintes. Lebe wohl, mein lieber Rudolf, und genieße die Tage Deines Glückes mit frohem Herzen."

es mir erst recht klar, wie glücklich ich durch Dich bin, und ich fühle, daß ich Dich immer mehr achten und lieben werde. — Möge Gott mir beistehen, daß ich Dich so glücklich mache, wie ich es von ganzem Herzen wünsche, mein lieber Rudolf. — Wie wohltuend ist mir alles, was Du über meine liebe Mama sagst. Ich dachte diese Tage so besonders viel an sie und empfand wieder von neuem recht schmerzlich, wieviel ich an ihr verloren habe. Ach, hätte sie mein Glück doch miterleben können, wie würde sie sich gefreut haben! Sie stellte Dich sehr hoch, lieber Rudolf, das weiß ich aus ihren Aeußerungen; Therese sagte mir noch heute, daß sie gegen sie es mehreremal ausgesprochen habe, welche Stütze und welcher Trost Du ihr in den letzten Jahren gewesen seiest. Gestern schrieb ich Deinen lieben Eltern. Mit viel weniger schmerzlichen Gefühlen gehe ich jetzt nach Frankfurt, denn die Aussicht, dort Deine lieben Angehörigen, die mir nun um so teurer werden, näher kennen zu lernen, erhebt und tröstet mich bei dem Gedanken, daß ich nun bald von hier scheiden muß. Auch den andern ist der Abschied von dem lieben Hastenbeck sehr erleichtert durch den innigen Anteil, den sie an unsrer Verlobung nehmen.

Lebe wohl, mein bester Rudolf. Von ganzem Herzen

Deine Anna.

*

Hannover, 24. April 1854.

Du darfst mir nicht zürnen, meine teure Anna, daß ich Deinen lieben Brief vom Sonnabend erst heute beantworte. Vor heute morgen ist Dein Brief hier aber nicht angekommen. . . . Als Ferdinand[1]) gestern nachmittag ankam und keinen Brief für mich mitbrachte, war ich ganz niedergeschlagen. Wie im Taumel waren mir die glücklichen Stunden am Mittwoch dahingegangen. Noch betäubt und verwirrt von einem seligen Gefühle, welches ich nicht völlig zu begreifen vermochte, reiste ich ab. Als ich hier nach einigen Tagen ruhiger zu werden begann, wuchsen mit der Ruhe die Zweifel und die Bangigkeit, ob ich meiner Freude auch recht vertrauen könnte. Es schien mir zuweilen, als ob meine Erklärung Dich mehr überrascht und erschreckt als erfreuet habe, meine teure Anna. Mit Sehnsucht wartete ich daher auf das erste Liebeszeichen von Dir. Recht im Herzen froh bin ich nun aber auch durch Deine Worte geworden, da ich glaube, aus ihnen lesen zu können, daß meine Liebe auch Dich beglückt, meine Herzens-Anna. Gibt es wohl eine größere Freude auf Erden, als die glücklich zu machen, welche man liebt? Sieh, mein teures Mädchen, es ist schon sehr lange, daß ich Dich in meinem Herzen getragen, und auch schon lange, daß ich

[1]) Der Bruder Annas, Ferdinand von Reden.

die feste und ruhige Ueberzeugung gewonnen hatte, an Deiner Seite ein dauerndes Lebensglück zu finden. Du warst aber immer so fremd und zurückhaltend mit mir, daß nur in seltenen Augenblicken in Deinem sanften freundlichen Auge mir die Hoffnung entgegenschimmerte, auch Du könntest Dein Herz mir zuneigen. Wenn nicht der Abschied so nahe bevorstand, hätte ich doch vielleicht noch nicht den Mut gefunden, Dir meine Liebe zu gestehen. Wahre Liebe macht ja schüchtern. Meine Liebe zu Dir, teuerste Anna, war es aber auch wieder, die mich eine Erklärung wagen ließ. Wenn ich mir die entfernte Möglichkeit dachte, daß auch Du mich ein wenig lieb hättest, so mußte ich mir ja zugleich sagen, daß Du Dich grämen würdest, wenn ich Dich von der Heimat fortziehen ließ, ohne Dir ein Wort der Liebe zu sagen. Wie sollte ich Dir aber noch Schmerz bereiten, die Du so viele Schmerzen erlitten hattest! Meine geliebte Anna, es hat mir oft das Herz abgedrückt in diesen letzten Monaten, Deinen Kummer zu sehen über den Tod Deiner herrlichen, unvergeßlichen Mutter, die auch Dich so besonders lieb hatte, die Du ihr Ebenbild bist in Deinem ganzen Wesen und Charakter, wie mir auch die Dohrmann schon vor zwei Jahren sagte, als ich mein stilles und zurückhaltendes Mündel noch nicht kannte. Ich habe mich oft gewaltsam zurückhalten müssen in diesen letzten Monaten, um Dir nicht um den Hals zu fallen und Dir zu sagen, daß, wenn Du auch Dein Mutterherz verloren hast, Du doch ein andres Herz gefunden habest, welches keinen sehnlicheren Wunsch hat, als Dich mit der Zeit wieder heiter und glücklich zu sehen und zu machen. —

Der Zufall ist mir in dieser Woche sehr günstig. Am Freitag bin ich in der Schäferschen Untersuchung nach Hameln als Zeuge geladen und kann daher schon am Donnerstag um 4 Uhr von hier abreisen. Ueberdies, ohne daß die Menschen, denen wir auch hier, wie mich Tante Julchen versichert, Kopfbrechens genug gemacht haben, zu Glossen Gelegenheit haben. Einen Tag länger mit Dir zu sein vor Deiner Abreise, ist mir auch eine große Freude, mein sanftes Herz. Meines Glückes hoffe ich in diesen Tagen noch recht froh und gewiß zu sein. Wenn Du wüßtest, meine geliebte Anna, wie glücklich Dein erster Brief mich gemacht, so bekäme ich vielleicht auch auf diese Worte noch eine Antwort.

Von ganzem Herzen umarmt Dich Dein Rudolf.

*

Hannover, 4. Mai 1854.

Du hast mir eine ganz unverhoffte Freude gemacht, meine teuerste Anna, durch die herzlichen Worte, welche mir die Dohrmann über-

brachte. Daß Du in den Stunden der Abreise noch Zeit finden würdest, an mich zu denken und zu schreiben, habe ich gar nicht erwarten können. Am Montag abend war ich einige Stunden bei der Dohrmann, wo natürlich von nichts anderm die Rede war als von Hastenbeck und namentlich von Dir. Die Dohrmann kennt Dich freilich wohl noch besser als ich, meine Herzens-Anna. Doch sagte sie mir im Grunde nichts, was ich nicht auch schon wüßte, mit alle dem Lieben und Guten, was sie von Dir erzählte. Man wird aber nie müde, von der sprechen zu hören, die man liebt. Und wenn die Dohrmann davon sagt, wie sehr Dein Herz und Dein Charakter geschaffen sind, mich glücklich zu machen, so tut das freilich der Gewißheit nichts hinzu, die ich selbst schon habe; es ist aber immer sehr wohltuend für mich zu sehen, wie auch die andern Menschen Deinen Wert und Deine Liebenswürdigkeit erkennen, mein teures Mädchen. . . .

Gestern abend waren meine Gedanken besonders viel bei Dir und in Frankfurt. Eure Aufnahme wird gewiß mehr als herzlich gewesen sein. Meine Eltern werden gewiß alles, was in ihren Kräften liegt, tun, durch ihre Liebe und Sorgfalt Dich und Deine Schwestern einigen Trost finden zu lassen für den schmerzlichen Verlust, den Ihr erlitten habt. Auch ich habe ja den Tod Deiner herrlichen Mutter, die ich so sehr lieb gehabt habe, tief empfunden. Jetzt, wo wir beide verbunden sind für das Leben, finde ich darin fast eine wehmütige Freude. Es ist mir, als ob es unsre Herzen einander noch näher bringen müßte, wenn wir nicht bloß in unsrer Freude, sondern auch in unsrer Trauer uns vereint sehen. Viel leichter muß Euch doch der Aufenthalt bei den Meinigen jetzt sein, seitdem durch unsre Verlobung das Band, welches Euch mit ihnen verbindet, so viel fester gezogen ist. Jetzt wirst Du, abscheuliches Mädchen, hoffentlich in keinem Augenblick das Gefühl haben, daß Du ‚meinen Eltern zur Last' bist. Wenn Du meine Eltern recht gekannt hättest, würdest Du so etwas freilich auch damals, wo wir noch nicht verlobt waren, nicht gesagt haben. — — —

Da ich Dich nun auf so lange hin nicht sehen und umarmen kann, mein sanftes Herz, ist es immer eine neue Freude für mich, Deine Briefe zu lesen und die Locke zu küssen, die Du mir schenktest. Wenn Du mich wirklich lieb hast, so schickst Du mir auch bald Dein Bild. Laß es aber nur recht gut machen, daß es wenigstens einige Vorstellung von Deinem lieben hellen Gesicht gibt. (Die Dohrmann meinte, beiläufig gesagt, daß Du mit den Jahren noch viel hübscher werden würdest, was wohl ganz überflüssig sein dürfte.) Meine Gedanken sind so wenig bei meinen hiesigen Geschäften und so viel bei Dir, daß ich mich nur freue, wenn meine gewöhnlichen Geschäfte wenig Kopfbrechen kosten.

Bis zum 12. Juni, wo das Schwurgericht beginnt, werde ich hoffentlich! schon etwas vernünftiger wieder sein; wenigstens wäre das im Interesse der Rechtspflege zu wünschen. — Leb recht wohl, mein teures Herz. Der Himmel behüte Dich und Deine Schwestern in meiner Eltern Hause. Behalte mich lieb und denke auch du bisweilen an mich.

Rudolf.

*

Frankfurt, 7. Mai 1854.

Mein bester Rudolf!

Heute morgen hatte ich die große Freude, Deine lieben Worte zu erhalten, nach denen ich mich so sehr sehnte, seitdem wir hier sind.

Unsre Reise hierher ging sehr gut vonstatten; wir benutzten in Kassel das schöne Wetter, um uns die Aue und die Wilhelmshöhe anzusehen, und kamen hier den Abend um acht Uhr an. Wir wurden hier mit der größten Herzlichkeit empfangen, und die Liebe und Freundlichkeit, mit der mir Deine Eltern und Geschwister entgegenkamen, tat mir sehr wohl. Ich gewinne sie mit jedem Tage lieber und fühle mich hier immer heimischer. Dein Vater ist sehr wohl und vergnügt. Deine Mutter sieht sehr blühend aus, und ich finde sie ganz unverändert. Zuweilen erinnert sie mich doch an Mama. Du kannst Dir denken, mein lieber Rudolf, daß Du hier jetzt ein Hauptgegenstand der Unterhaltung bist, und daß wir uns viel, natürlich besonders ich, mit dem „Lichte der Familie", welchen rühmlichen Beinamen Du Dir ja erworben hast, beschäftigen. Die andern wissen auch sehr wohl, daß sie mir keine größere Freude machen können, als wenn sie mir von Dir erzählen, mein teurer Rudolf. Dein Bild als Student gefällt hier gar nicht; Minna [1]) fand es sehr simpel aussehend und wollte mich deshalb überreden, es zu vertilgen. Dies tue ich aber keinenfalls, ehe ich nicht ein besseres von Dir habe. In Hannover ist dies wohl nicht gut möglich zu machen? Minna teilte mir bei dieser Gelegenheit noch mit, daß Du der ausgezeichnetste Student gewesen sein solltest, der vielleicht je in Heidelberg studiert hätte . . .

Ich denke, daß ich Dir in der nächsten Zeit mein Bild schicken kann, mein bester Rudolf. Die Hoffnung, daß ich mit den Jahren hübscher werde, ist wohl eine irrige; wenigstens hörte ich immer das Gegenteil und bin auch überzeugt, daß ich mit der Zeit immer älter und häßlicher werden werde; darauf mache Dich nur gefaßt. Ich bin Dir sehr dankbar, liebster Rudolf, daß Du meinen Charakter in einem so vorteilhaften Lichte siehst und mich so milde beurteilst. Möchte es

[1]) Eine jüngere Schwester R. von Bennigsens.

mir doch recht gelingen, Dich so glücklich zu machen, wie Du es verdienst. Gott helfe mir dazu. Luischen war ein paarmal hier, und vorgestern besuchten wir sie und besahen uns ihre Wohnung. Luischen ist ganz allerliebst, ich möchte, daß ich sie recht oft sehen könnte... Lebe wohl, liebster Rudolf, erfreue bald wieder durch einen Brief

Deine Dich von Herzen liebende

Anna.

Bist Du wohl so gut, mir ein paar Haare von Dir zu schicken?

*

Hannover, 13. Mai 1854.

Daß unsre Verlobung in der ganzen Verwandtschaft so freudige und herzliche Aufnahme findet, muß doch ein recht angenehmes und wohltuendes Gefühl für uns sein. Wenn wir uns liebhaben, meine teuerste Anna, so ist das freilich zumeist für uns selbst und nicht für die andern. Die Freude, die andern uns lieben Menschen unser Bund bereitet, wirft aber doch einen hellen und glückverheißenden Schein auf unsre Liebe selbst. Jetzt ist es mir freilich oft, als früge ich nichts mehr nach der Liebe und Teilnahme andrer Menschen, wenn mir nur Dein Herz gewiß ist, mein sanftes, stilles Mädchen. Die Zeiten würden aber sicher kommen, wo wir es doch schmerzlich empfinden und entbehren würden, wenn unsre Vereinigung keine Wurzel geschlagen hätte in den Kreisen, aus welchen bislang unsre Herzen ihre Nahrung zogen. Weniger romantisch und romanhaft ist unsre Liebe freilich, als wenn sie sich im Kampfe mit schweren Hindernissen stählen und bewähren müßte. Wenn solche Kämpfe aber auch siegreich sind, so sind sie es doch selten ohne den Verlust von Teilen unsers besseren Selbst. Ich gebe wenigstens gern alle funkelnde Leidenschaft hin für das ruhige Gleichmaß der Gefühle, welches doch auf die Dauer die Herzen besser erleuchtet und erwärmt. Gerade am weiblichen Charakter habe ich das sinnige Gleichmaß des Wesens immer am höchsten gestellt, und das ist es auch, was Dir mein Herz schon so lange gewonnen hat, meine teure, liebliche Anna. Wenn doch manche junge Mädchen wüßten, wie sehr wir uns über das unruhige und fratzenhafte Wesen lustig machen, welches viele annehmen, weil sie es für geistreich halten! Und nun gar, wenn sie witzig sein wollen! Ach, du lieber Gott! —

In diesen Tagen sprach ich mit Herrn von Düring wegen meines Urlaubs. Da das Schwurgericht bis in den Juli hinein dauern wird und er selbst auch auf vier bis fünf Wochen Anfang Juli verreisen will, so mußte ich zu meinem großen Leidwesen mich bescheiden, vor Anfang oder Mitte August keinen Urlaub erhalten zu können. Wie

betrübt es mir ist, so lange von Dir getrennt sein zu müssen, brauche ich Dir nicht zu sagen, meine geliebte Anna. Behalte mich nur lieb in diesen langen Monaten und schreib mir recht oft. Es ist auch gar zu traurig, daß ich nun drei Monate noch Dein liebes Gesicht nicht sehen und Dich nicht einmal an mein Herz drücken soll, mein teures Mädchen. Einigen Trost werde ich darin suchen müssen, daß ich im August sechs Wochen Urlaub vielleicht erhalten kann, während ich im Juli nur drei bis vier Wochen gehabt haben würde. Kommt Dein Bild auch wohl bald? Leb recht wohl, meine Herzens-Anna, und vergiß nie, wenn Du siehst, daß auch die andern Dich liebhaben und verziehen, daß ich Dich doch am liebsten habe.

Rudolf.

Mein kurz geschorenes Haar, wovon hierbei eine Probe erfolgt, ist freilich ein schnödes Gegenstück zu Deinem langen, weichen Gelock.

*

Hannover, 24. Mai 1854.

Du bist mir gewiß schon böse gewesen, meine teure Anna, daß ich Deinen lieben Brief mehrere Tage unbeantwortet gelassen habe. Die Morgen gehören aber nicht mir, und die übrige Zeit war mir diese Tage durch eine Fahrt nach Bennigsen mit Onkel Rudolf[1]) und Tante Julchen, durch Diners und Geschäfte mit Onkel Rudolf, welcher übermorgen abreist, sehr in Anspruch genommen. Meine Gedanken waren aber doch meistens bei Dir, meine sanfte, liebe Braut. Eben bin ich auch mit Onkel Rudolfs Angelegenheiten zu Ende und muß doch, ehe ich morgen früh auf einen Tag zum Besuch nach der Hildesheimer Gegend gehe, Dir meine Existenz in das Gedächtnis zurückzurufen.

Mutter war so freundlich gewesen, mich aufzufordern, Pfingsten auf acht Tage nach Frankfurt zu kommen und Dir dadurch eine — vielleicht freudige — Ueberraschung zu bereiten. Leider habe ich ihr aber schreiben müssen, daß es mir ganz unmöglich ist, auch nur auf so kurze Zeit vor August von hier abzukommen. Es wird mir die Trennung von Dir schwer genug, und die Sehnsucht nach Dir, meine liebe, teure Anna, wächst mit jedem Tage. Wenn ich aber nur recht gewiß sein könnte, daß auch Du mich ein wenig lieb hast, meine Herzens-Anna — und bisweilen glaube ich fast daran —, so will ich diese lange Abwesenheit gern ertragen und, wenn ich dann einige Wochen bei Dir sein kann, mich um so glücklicher fühlen. Meine Eltern haben Dich schon sehr

[1]) Der jüngere Bruder des Vaters von Rudolf von Bennigsen, preußischer Oberstleutnant.

liebgewonnen, wie sie mir schreiben.[1]) Hoffentlich heitert die Aussicht, eine so liebe Schwiegertochter zu bekommen, sie über manche Widerwärtigkeiten auf. In diesen Tagen hoffte ich bisweilen schon, daß Dein Bild ankommen würde, auf welches Du mir nahe Aussicht gemacht hattest in Deinem vorletzten Briefe. Es scheint aber fast nicht, Du böses Mädchen, als ob Dir diese freudige Ueberraschung für mich sehr am Herzen läge!!

In Bennigsen haben wir den ganzen Sonntag recht vergnügt zugebracht. Einige Pläne sind auch schon gemacht für den Fall, daß ich in einigen Jahren mit Dir dort wohnen sollte. Meinen Wünschen und Neigungen würde das Leben eines größeren Landwirts vollkommen entsprechen. Neben den eignen Angelegenheiten in der Landwirtschaft ist durch unsre neue Gesetzgebung für einen verständigen und vorurteilsfreien Gutsbesitzer ein Feld der öffentlichen Tätigkeit und wohltuendsten Wirksamkeit in den Gemeinde-, Provinz- und ständischen Angelegenheiten gegeben, von dem sich erst die wenigsten Menschen bei uns ein klares Bild gemacht haben. Wenn wir zuzeiten im Sommer auf Reisen und im Winter auf einen Monat in die Residenz gehen, so würde einem Landaufenthalte die nötige Abwechslung und Anregung durch Kunstgenüsse und größere Geselligkeit auch nicht fehlen. Alle solche Genüsse würden vielleicht, weil sie nicht die täglichen sein würden, einen doppelten Reiz haben. Und wenn ich dann in meiner Häuslichkeit ein so liebenswürdiges, anmutiges Wesen stets um mich habe, das mir das ganze Haus hell und sonnig macht, durch seine Teilnahme die Schmerzen des Lebens teilt und die Freuden vervielfacht, so suche ich vergebens, was mir zum irdischen Glücke fehlen sollte.

Sei noch einmal herzlich gemahnt an Dein Bild, Du glaubst nicht, welche Sehnsucht ich danach habe, Deine sanften, lieben Züge wieder zu sehen, teuerste Anna. Im Herzen umarme und küsse ich Dich vielmals.

Dein treuer Rudolf.

Grüße die andern herzlich und sage Minna, Verträge über Antworten würden nicht abgeschlossen, so ein junges Ding wie sie müßte, aus lauter Respekt schon, ihrem ältesten Bruder einen Glückwunsch schreiben.

*

[1]) Die Mutter hatte ihm geschrieben: „Du hörst auch wohl gerne von mir einige Worte, seit Deine liebe Anna mit den Schwestern bei uns ist, und ich tue es mit recht freudigen Gefühlen, da ich, nun ich sie mehr kennen gelernt habe, auf ein schönes Lebensglück für Dich fest hoffe. Anna hat etwas so recht Weibliches, Wahres in ihrem Wesen, und dabei spricht sich die Liebe zu Dir so hübsch bei ihr aus."

Hannover, 2. Juni 1854.

Diesmal sollst Du Dich nicht beklagen dürfen, meine geliebte Anna. Heute morgen erhielt ich — endlich! — Deinen mir so lieben Brief und sende ich Dir heute abend noch die Antwort. Das Schicken der Briefe mit der Depesche von Frankfurt ist gewiß sehr wohlfeil, aber für den Empfänger etwas langweilig. Dein Brief vom 27. ist ja beinah eine Woche unterwegs gewesen ... Als ich auch gestern noch keine Antwort hatte, war ich ganz besorgt, ob mein Brief auch wohl angelangt sei. In meiner Sorge, was Du wohl davon denken solltest, mein teures Mädchen, wenn ich Dich so lange ohne Antwort ließe, hatte ich mir schon fest vorgenommen, heute einen zweiten Brief hinter dem ersten herzuschicken, als endlich der Postbote heute morgen erschien. — Mit Deinem liebenswürdigen Sinne hast Du mich nicht dafür gestraft, daß ich Deinen Brief vier Tage unbeantwortet gelassen hatte. Ich bitte aber auch noch einmal demütig um Entschuldigung, und soll ein solches Säumen nicht wieder vorkommen. Daß ich aber wirklich viel Geschäfte hatte und meinen Eltern zugleich schreiben mußte, mag von einem gütigen Sinne als ein Milderungsgrund angesehen werden. Wenn Du über das späte Anlangen meiner Antwort „zaghaft" geworden bist, so bist Du doch eigentlich ein recht törichtes Mädchen. Du weißt ja, daß ich Dich vielleicht nur zu lieb habe. Wenn Du nicht ein so einzig bescheidenes und anspruchsloses Wesen wärest, so müßte ich Dir es eigentlich gar nicht ganz sagen, wie sehr ich Dich liebe. Bisweilen, wenn ich auch mitten in andern Geschäften meine Gedanken immer wieder bei Deinem lieblichen Bilde ertappe, will mir auch der trockene Jurist in den Nacken schlagen und mir zurufen, daß es doch im Grunde eine Torheit sei, über den Gedanken an ein so junges Ding — gar ein weibliches Wesen, welches im Rechte nicht einmal für voll zählt — alles andre zu vergessen. Mag es immer eine Torheit sein, die seligste Torheit bleibt es doch, die Liebe zu einem so sanften, lieben Mädchen. Und mehr Sinn ist in solcher Torheit am Ende als in den anscheinend verständigsten Dingen. Wenigstens sehe ich das bei mir an den Früchten. Ehe ich Dich liebhatte und mich von Dir geliebt glaubte, mein teures Herz, war ich auf dem besten Wege, ein Menschenfeind zu werden und alle Freude am Leben und an der Wissenschaft zu verlieren. Die Menschen, mit denen man sich im Leben umhertreibt und stößt, erscheinen uns so schal und eitel und gleichgültig. Und in den Wissenschaften werden im Grunde die Pfade immer dunkler, je weiter man kommt. Zum Handeln ist für die heutige Menschheit keine Zeit. Die wahre Poesie und Kunst sind längst gestorben. Da bleibt in der weiten Welt, uns zu erleuchten und unser Herz zu erwärmen, nichts als die Liebe. Und

dreimal glücklich der, welcher sie auf seinem Lebenspfade findet und mit ihr wieder alles hell und freundlich um sich werden sieht. Drum, wenn Du, meine teure, geliebte Anna, mir Dein ganzes Herz schenken und stets bewahren willst, so soll auch mir — hoffe ich — das Leben heiter und freudeerfüllt sein und bleiben.

Da ich Pfingsten nicht bei Dir in Frankfurt sein kann, ist es mir ein — wenn auch gemischtes — Trostgefühl, die beiden Pfingsttage in Hastenbeck zu sein und dort die Plätze wieder aufzusuchen, wo ich Dich zuerst in meine Arme schließen durfte.

Mein Austritt aus der Staatsanwaltschaft wird in diesem Sommer noch erfolgen. In Göttingen ist durch den Tod des Obergerichtsrats Meier kürzlich eine Stelle erledigt, und von Hameln soll der Assessor Kern nach Stade oder Lehe versetzt werden. Ich bin auf diese Nachricht sogleich zum Generalsekretär gegangen und habe mich zunächst um die Göttinger und eventuell um die Hameler Stelle beworben.[1]) Eine von beiden ist mir auch so gut wie zugesagt. Du darfst Dich übrigens beruhigen, wenn Du etwa, wie ich fast glaube, lieber in Hameln wohnen würdest, da die Göttinger Stelle schon einem andern zugedacht zu sein scheint.

Leb recht wohl, mein teures Herz. Vergiß mich nicht ganz und schreib mir bald, auch einmal recht über Euer ganzes Leben im Hause, wovon ich mir noch keine rechte Vorstellung machen kann.

Gute Nacht, teuerste Anna. Dein treuer Rudolf.

... Darüber, daß Dein Bild nun erst so spät ankommt, bin ich Dir etwas böse. Wenn es aber recht hübsch wird, soll Dir verziehen werden. — Hat Vater sich über den Generalstitel gefreuet?[2])

*

Frankfurt, 5. Juni 1854.

Gestern abend erhielt ich Deinen Brief, mein bester Rudolf. Es tut mir leid, daß Dich der meinige erst so spät erreichte, und ich werde deshalb in Zukunft meine Briefe nicht mit der Depesche schicken, welche immer langsamer zu werden scheint. Heute, am zweiten Pfingsttage, bist Du nun in Hastenbeck, an dem mir so lieben Orte, an welchen ich noch so oft zurückdenke, und mit welch gemischten Gefühlen, da ich ja so mancherlei dort erfahren habe, Freude sowohl wie Schmerz. Vorige Pfingsten waren wir alle noch so vergnügt dort zusammen, und nun ist alles verändert! Der Garten ist gewiß gerade jetzt in seiner größten Pracht, und ich denke mir, daß Du viel darin spazieren gehst, wie Du

[1]) Siehe oben S. 214.

[2]) Der Vater war im Mai 1854 zum Generalmajor mit Patent ohne Datum ernannt.

es immer gern tatest. Bitte, schreibe mir doch recht ausführlich über Deinen Aufenthalt in Hastenbeck. Könnte ich doch, wenn auch nur auf einige Minuten, mit Dir dort zusammen sein! Meine Sehnsucht nach Dir wächst mit jedem Tage, und die Zeit bis zum August wird mir wie eine Ewigkeit erscheinen.

Daß in Göttingen eine Stelle frei kam, sahen wir schon aus den Zeitungen und dachten dabei an Dich. Deine Eltern sagten, es sei immer Dein Wunsch gewesen, nach Göttingen versetzt zu werden, und so wäre es ja schön, wenn dieser erfüllt werden könnte. Ueber Deine Pläne, Dich vielleicht nach Hameln versetzen zu lassen, liebster Rudolf, sind Deine Eltern nicht erfreut, sie sprachen sich oftmals dagegen aus, indem sie glauben, daß Dir der mangelhafte Umgang in einer kleinen Stadt nicht zusagen würde und Du überhaupt dort mancherlei entbehren würdest. Deine Mutter meinte, Du hieltest kein Jahr in Hameln aus. Das Leben dort hat auch gewiß viele Schattenseiten, welche wir vielleicht übersahen, als wir uns in Hastenbeck dasselbe so schön ausmalten. Klothildens Rat und Vorbild wäre freilich sehr heilsam für mich und insofern ein Leben in Hameln wünschenswert, doch denke ich, daß ich auch an jedem andern Orte mit Gottes Hilfe Deine Zufriedenheit erlange, lieber Rudolf. Doch komme ich ja bei dieser Sache gar nicht in Betracht, und es wäre mir ein betrübender Gedanke, wenn (wie die andern zu glauben scheinen) Du meinetwegen wünschen solltest, nach Hameln zu kommen. Ich werde an dem Orte glücklich und zufrieden sein, wo Du es bist, mein lieber Rudolf.

Ich soll Dir von unserm Leben hier etwas erzählen. Dies ist leicht geschehen, da ein Tag so ziemlich wie der andre, aber dabei doch recht nett und wöhnlich hingeht. Julie, Minna, Elise und Silvie werden sehr viel von Unterrichtnehmen und Arbeitenmachen in Anspruch genommen. Die übrige Zeit bin ich viel mit ihnen, und wir lesen uns vor oder unterhalten uns. Englischen und französischen Unterricht nehme ich auch noch mit. Kaffee und Tee zu besorgen wurde uns übertragen, was unter den verschiedenen Mitgliedern großen Wetteifer erregt. Zu den übrigen häuslichen Geschäften werden wir selten zugelassen, da Deine Mutter sie lieber allein besorgt. Im Garten sind wir soviel wie möglich, leider verhinderte uns in der letzten Zeit oft das Wetter daran. Gegen Abend machen wir häufig Spaziergänge, was Dein Vater sehr liebt, und nach dem Tee wird meistens vorgelesen. Wir lesen Schillersche Stücke mit verteilten Rollen, wobei Dein Vater regelmäßig in seinem Lehnstuhle einschlief; ein Beweis, wie schlecht unser Vortrag war. So vergeht ein Tag nach dem andern, und es werden noch viele Tage hingehen, bis Du sie durch Deine Gegenwart ver-

schönerst, lieber Rudolf. Mein Bild wurde denn fertig, aber leider so schlecht, daß ich es Dir unmöglich so schicken kann; es ist eine ganz greuliche Fratze. Vielleicht läßt es sich noch verbessern, Luischen meinte es und versprach, mit mir zum Photographisten zu gehen und ihm die Fehler anzugeben. Deine Mutter freut sich, glaube ich, am meisten über den Generalstitel; Dein Vater scheint wenig Wert darauf zu legen. Julie und Minna behaupten, es sei ihnen ganz gleichgültig; sie erzählen aber doch jedem, der kommt, daß ihr Vater General wurde.

*

Hannover, 8. Juni 1854.

Heute morgen hatte ich noch kaum eine Antwort erwartet, meine geliebte Anna, und will Dir nun in meiner Freude gleich heute abend antworten. An meinem Geschreibsel wird Dir freilich wohl nicht so viel gelegen sein als mir an Deinen lieben Worten, die ich immer mit so großer Sehnsucht erwarte. Wenn ich Dir gleich antworte, so ist das aber wohl der beste Weg, bald wieder einen Brief von Dir zu erhalten, mein sanftes, teures Mädchen.

Am Dienstag nachmittag sind wir wohlbehalten von Hastenbeck wieder angekommen. Seit dem Sonnabend abend waren wir dort, haben aber leider das Pfingstwetter minder schön getroffen, als wir gehofft hatten. Am Sonntag morgen fuhren Rudloff, Herr Meyer und ich nach Schwöbber, wo wir von Münchhausen und dessen Frau sehr freundlich aufgenommen wurden. Die Töchter waren in Herzberg. Es war mir daher nicht möglich, ihnen, wie ich beabsichtigt hatte, in Ermangelung meiner fernen Braut etwas die Cour zu machen. Doch war das Haus voller Hamburger und Hamburgerinnen. Drei der letzteren sind in der Münchhausenschen Familie, um von Frau von M. die Haushaltung, vielleicht auch um von dem Rittmeister den feineren Umgangston zu lernen. Toll genug geht er mit ihnen um. Das alte Haus, dessen ganze Einrichtung wir von den Kellern bis zu den Böden besehen haben, ist sehr merkwürdig, der Garten auch voll seltener Bäume und Gewächse. Die Anlage ist an Schönheit mit der Hastenbecker aber nicht entfernt zu vergleichen. Am Montag morgen kam der Förster nach Hastenbeck, mit dem wir von 10 bis 3 Uhr in den Forsten umhergelaufen sind. Um 3 Uhr hatten wir den Förster, Herrn Meyer und den Pastor zu Tisch eingeladen, die auch nachher zur Partie Whist blieben. In dem Weinkeller haben wir einige Verwüstung angerichtet, da ein großer Teil der Flaschen, die wir öffneten, verdorbenen Wein enthielt. Der Garten stand in der üppigsten Fülle und Blüte. Er soll auch stets schön erhalten bleiben. Wenn wir nicht aus andern

Gründen schon den Garten in seiner Schönheit erhalten und pflegen würden, so würden wir es schon tun, um das Andenken Deiner lieben verehrten Mutter zu ehren, die ja nur so kurze Zeit gehabt hat, ihre Pläne zur Verschönerung des Gartens auszuführen.

Das Boskett neben den Gräbern fängt an, sehr emporzuwachsen und dicht zu werden. Auch die Tannen und die Hecke nach der Gesburg zu, die zum Teil ausgegangen sind, werden nachgepflanzt. Das Ganze wird bald ein schattiger stiller Platz werden. Die Platte mit der Inschrift an dem Grabe Deiner Mutter war auch schon befestigt. Da diese Platte durch irgendein Versehen jedoch eine andre Form erhalten hat als die übrigen, so werden wir wohl eine neue machen lassen. Noch am Dienstag morgen war ich eine Stunde allein im Garten. Dein Bild, meine geliebte Braut, hat mich dort stets umschwebt. Deine Briefe und Deine Locke hatte ich mit mir. In dem Klothildentempel habe ich alle Deine lieben Worte — zum wievielsten Male schon! — wieder durchgelesen. Doch konnten ja alle meine sehnsüchtigsten Wünsche Dich selbst nicht herbeiführen, mein sanftes Herz. Wenn ich Dich doch nur einmal recht umarmen und küssen könnte, so wollte ich ja recht gern noch wieder die langen Wochen warten. Die jungen Stämme in der Lindenlaube wachsen noch sehr munter. Doch darfst Du Dich beruhigen, da der Förster sichere Hoffnung gegeben hat, daß sie nächstens wieder ausgehen. Sag doch an Silvie, den jungen Baum hinter dem Erlengrunde hätte sie so windbeutelig gepflanzt, daß er bereits ausgegangen sei.

Wegen meiner Versetzung ist noch nichts entschieden, da zunächst ein Nachfolger ermittelt werden muß. Bei der Wahl des Orts kommst Du aber doch auch sehr mit in Betracht, Du törichtes Mädchen, wenn ich auch Egoist genug bin, meine eignen Wünsche zugleich zu fragen. Du kannst Dich aber ganz beruhigen, da ich schon immer gewünscht hatte, nach Göttingen oder nach Hameln versetzt zu werden. Göttingen wäre mir zwar in einiger Hinsicht lieber, Hameln aber auch sehr erwünscht. Die Nähe von Hastenbeck und Bennigsen ist wichtig. Die wenigeren Geschäfte würden mir in Hameln auch viel mehr Zeit lassen, meinen Studien und mit Dir zu leben. Sollte es uns demnächst in Hameln nicht gefallen, so würde, wenn ich nur erst aus der Staatsanwaltschaft heraus bin, eine Versetzung nach Göttingen oder sonst wohin nicht schwer sein.

Vor einigen Tagen fand ich unter meinen alten Sachen ein halbes Dutzend Silhouetten aus meinem letzten Semester, von denen ich Dir eine beizulegen mir erlaube, da ich glaube, daß sie besser gemacht sind als die früheren. Was Du mir von dem unglücklichen Ausfalle Deines Bildes schreibst, wird wohl so schlimm nicht sein. Wer aus Deinem

lieben Gesichte eine ganz „greuliche Fratze" zu machen verstünde, müßte wirklich ein ausgesuchter Pfuscher sein. Schick es mir nur ja her. Wenn es auch nicht ganz so hübsch geworden ist als das Original, so soll meine Phantasie die Mängel schon ergänzen und verbessern.

Schreib mir nur immer recht ausführlich über Euer Leben. Ich kann mich dann viel besser mit meinen Gedanken zu Dir versetzen. Daß meine Mutter Dich so wenig zu den häuslichen Geschäften zuzieht, hat mich etwas erschreckt. Ich dachte, daß Du noch recht in der edeln und höheren Kochkunst von ihr würdest unterwiesen werden. Ich sehe es mit Schrecken schon kommen, daß ich häufig werde im Wirtshaus essen müssen! Adieu, mein teures Herz. Deine Locke muß ich schon statt Deiner küssen. Mit der herzlichsten Liebe Dein Rudolf.

*

Gegeben im Schwurgerichtslokale.
Hannover, 15. Juni 1854.

Rudloff, der heute abreist, muß ich doch ein paar Zeilen für Dich mitgeben, meine geliebte Anna. Du bist ja immer so liebenswürdig, meinen Brief sogleich zu beantworten, und ich muß daher schon um einige Nachsicht bitten, daß ich nicht bereits vorgestern Dir schrieb. Ich war aber alle diese Tage im Schwurgerichte sehr beschäftigt. Vierzehn Tage wird die Sitzung übrigens nur noch dauern. Gegen Ende derselben denkt Düring abzureisen, so daß ich hoffentlich schon im Anfang August die Freude haben werde, Dich umarmen zu können, meine teure Braut. Für unsre Reise mit Tante Minna habe ich schon große Pläne gemacht, die hoffentlich Eurer aller Beifall haben werden. In der Aussicht auf diese schöne Reise, gemeinschaftlich mit meiner lieben Braut, hoffe ich den August doch allmählich näher heranrücken zu sehen.

Was kann ich Dir heute in der Eile noch schreiben, als daß ich Dich mit meinem ganzen Herzen liebe und mit jedem Tage fast noch mehr liebgewinne. Das hast Du aber freilich schon so oft gehört, daß Du es bald nicht mehr hören magst. Ich will ja nur auch so gern glauben, daß Du mich mehr als nur ein wenig liebhast, meine teure Anna. Wir törichten Menschen glauben ja nur zu leicht und zu gern das, was uns freudig bewegt.

Wegen meiner Versetzung habe ich zwar noch keine bestimmte Entscheidung, doch hat man schon eine oder zwei Personen als meine Nachfolger im Auge. Es wird daher wohl keine Schwierigkeit finden, daß ich noch im Laufe des Sommers oder Anfang des Herbstes die Versetzung erhalte. Vor unsrer Hochzeit müßte es jedenfalls noch sein, damit wir doch in den ersten schönen Monaten unsrer Vereinigung die

Unruhe und Last eines Umzugs vermeiden. Adieu, teures Herz. Von ganzem Herzen umarmt Dich

Dein treuer Rudolf.

Wenn Dein Bild jetzt aber nicht bald kommt, abscheuliche Person, werde ich ganz ungehalten.

*

Frankfurt, 7. Juli 1854.

Ich hoffte bis jetzt eine Antwort auf einen Brief von Dir, mein teurer Rudolf, und meine wärmsten Wünsche zu Deinem Geburtstage zu vereinigen, doch dies waren getäuschte Hoffnungen. Kein Brief von Dir erfreute mich. Ich darf indessen mein Schreiben nicht länger aufschieben, wenn dich am Zehnten einige herzliche Worte von mir erreichen sollen. Und wie gerne möchte ich dies, wie gerne möchte ich es Dir an diesem Tage so recht fühlbar machen, wie lieb ich Dich habe, mein bester Rudolf, und wie ich alles Gute für Dich vom Himmel erflehe. Möchte das kommende Jahr doch ein recht glückliches für Dich sein, dies ist mein innigster Wunsch; möchte ich doch nur etwas dazu beitragen können, daß er in Erfüllung geht! Wenn es auf den guten Willen ankäme, so geschähe es gewiß, aber wie ist die Ausführung von dem, was man sich vorgenommen, oft so schwach und unvollkommen. Wie gerne möchte ich an Deinem Geburtstage bei Dir sein, Herzens-Rudolf, und wie würde ich mich gefreut haben, wenn Deine erste Absicht, uns Anfang Juli zu besuchen, hätte ausgeführt werden können, dann hätte ich Dir alles das mündlich sagen können, was die Feder nur schwach auszusprechen vermag. Ich werde Montag mich besonders oft in Gedanken zu Dir versetzen, wenn es möglich ist, dies noch öfter zu tun, als ich es täglich tue, mein liebster Rudolf. —

Ist denn über Deine Versetzung noch nichts bestimmt, lieber Rudolf, und bleibt es dabei, daß Du Anfang August Urlaub erhalten kannst? Wie werde ich mich freuen, wenn ich Dich nach so langer Trennung wiedersehen kann! Ich machte mir in dieser Zeit die Freude, Dir eine Decke unter Deinen Schreibtisch zu arbeiten; Deine Mutter sagte, Du habest Dir schon lange eine gewünscht, und so freute ich mich, in dieser Zeit der Trennung von Dir, dieselbe auf diese Weise zu verkürzen.

Lebe wohl, mein bester Rudolf.

Mit herzlicher Liebe

Deine Anna.

*

Hannover, 8. Juli 1854.

Deinen Brief, meine teure Anna, habe ich leider nicht von Klothilde in Empfang nehmen können, da ich verhindert war, vorigen Sonntag

nach Hastenbeck zu reisen. Die näheren Erzählungen von Klothilde, auf welche Du mich vertröstet hast, hoffe ich aber morgen noch zu erhalten, da ich noch heute nachmittag nach Hastenbeck hinüberfahre. Du würdest schon ein paar Tage früher eine Antwort erhalten haben, wenn ich nicht jeden Augenblick einen bestimmten Bescheid über meine Versetzung erwartet hätte, den ich Dir gern zugleich mitteilen wollte. Soeben ist die Entscheidung endlich erfolgt, und zwar durch meine Versetzung nach Göttingen. Du hättest freilich wohl lieber gesehen, wenn wir in Hameln unser Haus gegründet hätten. Doch gilt Göttingen allgemein für einen sehr angenehmen Aufenthalt. Manche kleinstädtische gêne werden wir dort auch weniger haben. Mit der Zeit wird es Dir dort schon gefallen, und daß Du dorthin weniger gern gehest als nach Hameln, ist ja ein Grund mehr für mich, mich zu bemühen, Dich auch dort zufrieden und glücklich zu machen, mein teures Herz.

Zu meinem Nachfolger ist der Obergerichtsassessor Wagemann in Lüneburg ernannt, an den ich gleich schreiben werde, daß er sich beeilt, jedenfalls im Laufe dieses Monats hier noch eingeführt zu werden. Ehe er an meine Stelle getreten ist, kann ich leider nicht abreisen. In drei Wochen spätestens hoffe ich die Freude zu haben, Dich endlich wiederzusehen, meine geliebte Anna. Nur zu lange für meine Sehnsucht nach Dir teurem Wesen hat diese unwillkommene Trennung auch schon gedauert. Wenn ich nur erst glücklich fort bin, so wird es wohl keine Schwierigkeiten haben, daß ich bis zum 1. September — dem Ablauf der Gerichtsferien — von Göttingen abwesend bleibe. Wegen meiner oder vielmehr unsrer Wohnung muß ich doch in diesen Wochen einmal nach Göttingen fahren und will versuchen, was an Urlaub aus dem alten Planck,[1]) meinem künftigen — ebenso liebenswürdigen als ausgezeichneten — Chef, herauszupressen ist.

Von Göttingen schrieb mir Karl vor einiger Zeit, um mir — etwas spät allerdings — zu gratulieren. Nächsten Winter wird er wohl noch dort sein, was, beiläufig gesagt, eine rechte Torheit von dem jungen Herrn ist. Ich werde mich übrigens bemühen, ihm so zuzusetzen, daß er wenigstens nach so langen Studien nicht durch das Examen fällt. Verstand genug hat er ja, auch schreibt er mir, daß er jetzt sehr eifrig studiere. Adieu, mein süßes Herz.

Mit der herzlichsten Liebe Dein Rudolf.

*

[1]) Der Vater von Bennigsens Freunde Gottlieb Planck, Obergerichtsdirektor in Göttingen, vgl. S. 140.

Hannover, 11. Juli 1854.

Als ich gestern nachmittag von Hastenbeck zurückkehrte, dachte ich nicht, daß eine so angenehme Ueberraschung hier mich erwartete, meine teure Anna. Halb und halb hatte ich es mir als möglich gedacht, daß ich zu meinem Geburtstage einen Brief von Dir bekommen könnte. Daß Du aber Deine so freundlichen und liebevollen Worte mit einer so prachtvollen Arbeit begleiten würdest, das war mir doch nicht im Traume eingefallen. Dein Brief und diese schöne Sendung — viel zu schön für mich — haben mich ganz gerührt, mein sanftes, herziges Mädchen. Wie hast Du nur Zeit finden können zu einer so großen, mühsamen Arbeit. Ich habe der Decke gleich gestern den von Dir bestimmten Platz unter meinem Schreibtisch angewiesen und nehme mir in diesem Augenblicke schon die Freiheit, meine Füße drauf zu setzen. Doch habe ich mir bereits überlegt, ob der Platz vor dem Sofa nicht geeigneter für Deine Arbeit wäre, da meine Füße doch gar zu wenig wert sind, einen so kunstvoll von schöner Hand gearbeiteten Teppich zu vertreten.

In Hastenbeck bin ich am Sonnabend abend wohlbehalten angekommen. ... Ich habe kaum Gelegenheit gehabt, einige Minuten mit Klothilden allein zu sein und mir von Dir erzählen zu lassen, meine geliebte Anna. Doch hat sie so viel Zeit gefunden, um mir doch ein oder das andre Erfreuliche mitzuteilen, namentlich auch, was ich freilich nie anders erwartet habe, daß meine Eltern Dich schon so besonders liebgewonnen hätten, mein teures Herz. Ist denn bei Euch auch alles Obst erfroren? In Hastenbeck gibt es dies Jahr nichts als Erdbeeren und Stachelbeeren. Alles andre ist kaput gefroren. Ueberhaupt hat der Garten erst durch den Frost und jetzt durch den wochenlangen Regen sehr gelitten. Selbst die gewöhnlichen landesüblichen Blumen haben keine rechte Farbe. Adieu, mein teures Herz. Sobald ich von Wagemann einen bestimmten Bescheid über sein Einrücken in Hannover habe, teile ich ihn Dir mit. Von ganzem Herzen Dein Rudolf.

Noch einmal tausend Dank für die schöne Arbeit, mein geliebtes Wesen. Wie hast Du nur um meinetwillen Deine hübschen Augen so anstrengen mögen!

*

Frankfurt, 15. Juli 1854.

Gestern erhielt ich Deinen Brief, mein bester Rudolf, den ich nun gleich beantworten will, da ich Dir nun auf zwei Briefe eine Antwort schuldig bin. Es ist heute wunderschönes Wetter, und ich sitze deshalb hier im Garten unter den grünen Bäumen. Die Nachricht von Deiner Versetzung kam hier an Deinem Geburtstage an, und es freute mich

recht, gerade an diesem Tage ein Lebenszeichen von Dir zu erhalten, mein teurer Rudolf. Ich bin ganz vergnügt darüber, daß Dein Lieblingswunsch, nach Göttingen zu kommen, Dir nun gewährt wird; denn wenn man alles genau überlegt, so ist dies doch viel glücklicher, als wenn Du nach Hameln versetzt worden wärest. Göttingen wird doch gewiß auf die Länge Deinen Wünschen viel mehr entsprechen. Das einzigste Anziehende, was Hameln eigentlich für mich hatte, war Klothilde, denn obgleich ich Hastenbeck und die Umgegend von Hameln gern einmal wiedersehen würde, so glaube ich doch, daß die beständige Nähe von Hastenbeck und hierdurch die Erinnerung an die Vergangenheit einen sehr trüben, wehmütigen Eindruck auf mich machen würde. Deine Eltern haben sich außerordentlich über Deine Versetzung gefreut, überhaupt entstand bei dieser Nachricht ein wahrer Freudenlärm im ganzen Hause. Mich freute besonders dabei, daß ich nun die Aussicht habe, Dich bald wiederzusehen, mein lieber, bester Rudolf; möchten doch Deine Pläne durch nichts mehr gestört werden!

Mit Deinem Onkel[1]) und Deiner Tante verlebten wir hier einige recht nette Tage; Dein Onkel will nach seiner Kur in Wiesbaden hier wieder vorkommen. Eine Anekdote, die er uns hier gleich bei seiner Ankunft zum besten gab, muß ich Dir doch mitteilen; er hörte nämlich in irgendeinem preußischen Orte, wie sich zwei Herren beim Vorbeigehen an den Eisenbahnwagen über die Rednergaben eines Bennigsen unterhielten. Beide hätten ganz in Ekstase über die ausgezeichneten Reden desselben gesprochen; Dein Onkel glaubt, daß der eine ein Graf Platen gewesen ist. Obgleich die Sache an sich mir nichts Neues ist, so hat mich diese Geschichte doch sehr amüsiert.

Von Tante Julchen[2]) hatte ich gestern einen Brief als Antwort auf den meinigen. Der Inhalt desselben ist etwas eigner Art, doch sind Verlobungsbriefe überhaupt, glaube ich, ihre Force nicht. Sie habe so lange mit der Antwort auf meinen Brief gezögert, da sie mir von Dir etwas zu schreiben gehofft hätte, doch Du seiest immer ausgeblieben, lieber Rudolf. Ich kann mir wohl denken, daß Deine vielen Geschäfte mit schuld daran waren, und vielleicht findest Du nun mehr Zeit dazu. Tante Julchen würde sich gewiß sehr darüber freuen, denn ich glaube, daß sie sich sehr verlassen in Hannover fühlt.

Ich kann Dir die Beruhigung geben, mein bester Rudolf, daß ich jetzt etwas mehr zu häuslichen Geschäften gebraucht werde. Dies ist

[1]) Oberstleutnant Rudolf von Bennigsen, der jüngere Bruder von Rudolfs Vater, vgl. S. 58.

[2]) Fräulein Julie von Bennigsen, Schwester des Vaters von R. von Bennigsen.

auch gewiß sehr gut und jetzt doppelt wünschenswert, da die Wirtshäuser in Göttingen wohl noch mehr Anziehungskraft für Dich haben werden, als die Hameler haben würden.

*

Hastenbeck, 23. Juli 1854.

Meine teure Anna!

Endlich rückt doch die Zeit näher heran, wo ich meine liebe Braut nach so langer Trennung wiedersehen soll. In einigen Tagen wird Wagemann in Hannover eintreffen und sich am Mittwoch oder Donnerstag einführen lassen. Ich werde es dann freilich nicht vermeiden können, da er mit unsern Geschäftseinrichtungen ganz unbekannt ist, mit ihm noch einige Tage zusammen zu operieren. Düring hatte sogar von acht bis vierzehn Tagen gesprochen. Mein Verlangen nach Dir, meine geliebte Anna, ist aber zu groß, als daß ich mich länger als bis zum 31. dieses Monats halten lassen werde. An diesem Tage fahre ich mit der Eisenbahn nach Göttingen, bleibe dort einen Tag, um mit dem Direktor Planck Rücksprache zu nehmen und eine Wohnung für uns für den Herbst auszusuchen, und hoffe dann im Laufe des 2. August Dich umarmen zu können, meine Herzens-Anna. Den jungen Planck, der augenblicklich bei seinen Eltern sich aufhält, habe ich in das Geheimnis gezogen und bereits vor acht Tagen beauftragt, sich nach einer passenden Wohnung für uns umzusehen — womöglich mit einem Garten nahe vor dem Tore —, so daß es mir hoffentlich bald gelingen wird, eine Wohnung zu finden. Wenn Du damit einverstanden wärest — worum ich Dich herzlich gebeten haben will —, so könnte dann vielleicht Ende Oktober oder im November in aller Stille der Tag unsrer Hochzeit sein, der mich so unaussprechlich glücklich machen soll, meine einziggeliebte Braut.

Gestern morgen früh 6 Uhr bin ich von Hannover erst nach Bennigsen gefahren und dann um 6 Uhr nachmittags vom Steinkruge ab hierher. Die Hitze in den Feldern und nachher im Postwagen war wahrhaft teuflisch. Im Wagen hatte ich aber wieder recht unterhaltende Gesellschaft an der kleinen lebhaften Wangenheim, die in Gesellschaft ihrer sehr hübschen Schweizer Gouvernante zu ihrer Großmutter in Hasperde reiste. Ich glaube, daß selbst Luise in ihrer besten Zeit das Schwatzen nicht besser gekonnt hat als diese kleine muntere elf- oder zwölfjährige Personnage. Von Tante Julchen, die ich einige Male besucht und wegen meines wochenlangen Fortbleibens so ziemlich wieder ausgesöhnt habe, soll ich Dir viel Herzliches sagen. Auf den eigentümlichen Brief, welchen sie Dir schrieb, bin ich wirklich neugierig. Ihre Reden sind

bisweilen zu sonderbar. Als ich beim letzten Besuche einige Scherze machte über unser künftiges häusliches Leben, die sie für Ernst ansah, hat sie mir eine sehr ernsthafte lange Vorlesung gehalten über die richtige Art und Weise, eine liebenswürdige junge Frau zu behandeln, wenn man ihre Achtung und Liebe sich bewahren wolle. Sie schloß ihren Vortrag — nur zu richtig freilich, aber weniger schmeichelhaft für den anwesenden Neffen als für die abwesende Nichte — unter Hervorhebung aller Deiner Liebenswürdigkeit und Vortrefflichkeit (was ich, um Dich nicht zu eitel zu machen, unterschlagen will) mit dem Satze, daß ich ganz allein schuld sein würde, wenn ich nicht sehr glücklich mit Dir würde.

Adieu für heute, Du sanftes, teures Wesen. Wenn Du mich liebhast, schreibst Du mir wohl noch einmal, bevor ich abreise. Mit herzlicher Liebe Dein Rudolf.

Deine so schöne Decke erregt bei allen, die sie sehen, die größte Bewunderung. Leider kann ich den Menschen noch nicht sagen, was meinem Herzen diese künstlerische Arbeit und die geschickte emsige Hand, welche sie geschaffen, so besonders teuer macht.

*

Seit Anfang August war Bennigsen mit seiner Braut zusammen bei seinen Eltern in Frankfurt. Am 7. August veröffentlichte er seine Verlobung. Vom 15. bis zum 31. August machte er zusammen mit seiner Mutter, seiner Tante Minna, seiner Braut und deren Schwester Silvie eine Reise in die Schweiz. Die folgenden Briefe, nach seiner Rückkehr, sind bereits aus seinem neuen Wohnsitz Göttingen datiert.

Göttingen, 5. September 1854.

Meine teure Anna!

Da es doch fast den Anschein hatte, daß ich Dir mit einem baldigen Briefe Freude machen würde, so will ich heute nicht zu Bett gehen, ohne mich noch einen Augenblick mit Dir unterhalten zu haben. Betrübt genug ist es ja ohnehin für mich, daß ich wieder mehrere Wochen zu dieser dürftigen Art von Unterhaltung meine Zuflucht nehmen muß, nachdem ich jetzt lange Zeit hindurch täglich stundenlange Muße hatte, in Dein sanftes Auge zu blicken und Deine freundliche Stimme zu hören, meine geliebte Braut. Wenn ich Dir gleich heute schreibe, siehst Du doch auch, daß es mir mit meinen guten Vorsätzen und Versprechungen Ernst ist, Dir künftig häufiger als früher schriftliche Zeichen meiner innigsten Liebe und Verehrung zu senden, mein teures, geliebtes Mädchen. Jetzt, wo ich wieder von Dir getrennt bin, fühle ich ja auch

recht, wie sehr ich Dich liebhabe und wie unentbehrlich Dein sinniges, holdes Wesen für mein Glück sein wird. Wenn sich mein Gefühl in den verflossenen Wochen auch häufig unter scherzhaften Formen zu verstecken schien, so hast Du doch gewiß meine innerste Herzensmeinung niemals verkannt.

Wenig fehlte vorgestern, so wäre ich noch auf eine Stunde wieder zurückgekehrt. Ich bin nämlich nicht mit dem Zuge um 5 Uhr, sondern erst um $6^1/_2$ Uhr abgereist. Die Schuld trägt der von Euch in den Kofferträgerstand erhobene Gärtnerjunge, welcher in der ihm von der Natur verliehenen oder durch gütige Menschen mitgeteilten Weisheit mein Gepäck nach der Neckar- anstatt nach der Weserbahn zu bringen geruhet hatte, wo er sich überdies so geschickt hinter dem Gebäude versteckt hatte, daß ich ihn, nachdem der Schnellzug fort war, erst nach längerem Suchen entdecken konnte. Da ich nicht noch einmal einen betrübten Abschied nehmen wollte an demselben Nachmittage, habe ich mich die Zwischenzeit amüsiert, auf dem Kaffeehause den Kladderadatsch auswendig zu lernen, bin dann um $6^1/_2$ Uhr weggefahren und mußte zu meinem Schrecken in Marburg die Nacht bleiben. Von da etwas vor 5 Uhr weiter. Zwei Stunden in Kassel und sieben Stunden per Omnibus nach Göttingen, wo ich am Nachmittage um $5^1/_2$ Uhr statt morgens um 4 Uhr ankam. Nachdem ich mich umgezogen, eilte ich zu dem alten Planck, der noch ganz gnädig war, obgleich er mich anscheinend schon am frühen Morgen erwartet hatte, was dem alten Herrn nicht zu verdenken war. Er eröffnete mir, daß er mich heute morgen einführen würde, was auch geschehen ist, und daß er mich — für etwa drei Wochen — dem Schwurgerichte beigeordnet habe. Eine sehr wenig erquickliche Aussicht für diese Sommertage! Morgen werde ich meinen Dienst antreten. Da noch ein überkompletter Gerichtsassessor sich hier tagediebend aufhält, so bleibt mir jedoch einige schwache Aussicht, in den nächsten Tagen einmal auf 48 Stunden nach Hannover zu entlaufen. Wenn unsre Hochzeit — was ja mein sehnlichster Wunsch ist — im November sein soll, so darf ich mit den mancherlei Vorbereitungen auch nicht mehr säumen.

Beim Professor Thöl machte ich bereits einen Besuch.

Dein Bild, welches ich Dir so schnöder Weise entführt habe, ist mir für diese Zeit der Trennung doch ein großer Trost. Die äußeren Züge sind doch wenigstens da, und das Mangelhafte im Ausdrucke weiß ich mir schon zu bessern und zu ergänzen . . . Adieu, mein süßes Herz. Der Himmel möge Dich beschützen und Dich gnädig stimmen, auf daß Du bald mit einigen freundlichen Worten glücklich machst

Deinen Dich von ganzem Herzen liebenden Rudolf.

*

Göttingen, 10. Oktober 1854.

Meine teure Anna!

Ohne es zu wollen, bin ich doch wieder in meine alten Sünden geraten, die mir kaum erst von Klara so freundlich verziehen wurden. Ich will mich deshalb auch nicht lange mit meinen hiesigen Umzugs- und Einzugskramereien und sonstigen Geschäften entschuldigen, in denen ich doch weniger als in Deinem sanften, immer gleich liebenswürdigen Wesen Grund und Hoffnung einer milden Beurteilung meiner unseligen Schreibfaulheit suchen und finden mag.

Seit einigen Tagen bin ich hier in der Krautschen Wohnung eingezogen, nachdem die hannoverschen und Hastenbecker Sachen angelangt waren. Ein großes Bört voll Bücher habe ich mir einstweilen in das Zimmer gestellt, auch einige Bilder aufgehängt, damit die Stube mit ihren sechs Stühlen, drei kleinen Tischen nebst Sekretär — den Sofa hat Herr Helfft noch nicht geruhet zu schicken — nicht gar zu kahl aussieht. In den anstoßenden Zimmern wirtschaften die Tapezierer und Maler. Dein Zimmer ist bereits fertig tapeziert, auch schon getrocknet und sieht mit seiner hellgrauen Tapete trotz des abscheulichen braunen Ofens recht freundlich aus. Die Krautsche Familie, wahrscheinlich in der sanguinischen Hoffnung, durch solche unerwartete Verschönerungen Dich noch ganz und auf längere Zeit für ihren alten Familienkasten zu gewinnen, hat überdies aus freiwilliger Bewegung den kühnen, aber lobenswerten Entschluß gefaßt, das Entreezimmer sowie das vermutliche Fremdenzimmer auf Gefahr ihres Beutels tapezieren zu lassen. Ganz scheußlich wird also die Wohnung hoffentlich nicht sein, in welche ich meine kleine Hausfrau in Ermangelung eines ihrer würdigeren Palais einstweilen einführen muß; ob wir uns aber soweit in dieselbe verlieben werden, daß wir auch nach Ostern in derselben uns halten lassen, scheint mir aber doch zweifelhaft. Qui vivra verra! Einstweilen komme ich mir in diesen öden, meiner Herrschaft anvertrauten Räumen recht unbehaglich vor und sehne mich recht nach der Zeit, wo Du, meine teuerste Anna, mit Deinem ruhigen, ordnenden Sinn nicht bloß jedem Dinge seinen rechten Platz angewiesen haben, sondern mit Deiner holden Freundlichkeit in meinem Innern Heiterkeit und Entzücken bereiten wirst, mein einziges süßes Herz . . .

Mit sieben andern jungen Leuten — Dozenten, Beamten und einem Advokaten — esse ich seit einigen Tagen an einem besonders etablierten Tisch in dem „Deutschen Hause" um 2 Uhr. In der „Krone" war es recht schlecht, und weil die Sitzungen stets bis gegen 2 Uhr sich hinziehen, auch unbequem, jeden Mittag nachzuexerzieren. Nach Tisch gehen wir gemeinschaftlich spazieren oder spielen bei schlechtem Wetter

eine Poule auf dem Billard. Des Abends bin ich viel auf dem Museum, einem Klub, wo man eine außerordentlich vollständige Lektüre aller Art findet. Nächste Woche fange ich meinen Kollegienbesuch an — Nationalökonomie beim Professor Hanssen,[1]) nachmittags 3 Uhr. Die Stunde gleich nach Tisch ist zwar nicht angenehm. Diese volkswirtschaftlichen Studien sind aber ein Hauptgrund, weshalb ich mich nach Göttingen habe setzen lassen, da man ohne eine gründliche Kenntnis dieser Wissenschaften nichts Rechtes begreift von den eigentlichen Lebensverhältnissen der Völker und den Schicksalen der Staaten. Ich habe mir daher vorgenommen, wenigstens drei bis vier Jahre täglich einige Stunden daran zu wenden. Zeit genug lassen mir meine juristischen Geschäfte hier glücklicherweise. Und leicht wird es mir ja auch werden in den nächsten Jahren, diesen anfangs sehr trockenen Studien obzuliegen, wenn ich weiß, daß ich bei Dir, meine geliebte Anna, stets Erholung und Frohsinn finden kann und frischen Mut zu neuer Anstrengung.

Leb recht wohl, meine liebe, teure Anna! Straf mich nur nicht durch zu langes Schweigen. Grüße die Verwandten vielmals von

Deinem Dich von Herzen liebenden und verehrenden Rudolf.

Hat Vater denn auch an den „Tataren" aus Sebastopol geglaubt? Hier haben wir uns mit Ausnahme weniger Russenfreunde sämtlich durch diese schändlichen Lügen mystifizieren lassen.

*

Göttingen, 16. Oktober 1854.

Deinen Brief, meine teuerste Anna, habe ich erst gestern abend durch Karl erhalten, sonst würdest Du dieses Mal gewiß schon rascher Antwort erhalten haben. Ich hatte mir über meine Schreibfaulheit schon die heftigsten Vorwürfe gemacht und bin nun durch Deinen Brief, in dem ich auch noch eine gute Dosis Vorwürfe dazu erwarten konnte, ganz beschämt, da er statt strenger Mahnungen nur sanfte Bitten und Versicherungen Deiner Liebe enthält, meine einzige Anna. Ehe ich so viel Liebe und Güte verdiene, muß ich leider noch ganz anders werden.

Mein Leben verstreicht hier ziemlich einförmig, aber nicht uninteressant. Namentlich ist unter den jungen Leuten unsers Tisches neben mehreren ganz umgänglichen Menschen ein junger Advokat, Miquel[2]) [illegible]

[1]) Georg Hanssen, Nationalökonom und Agrarhistoriker, 1848 bis 1860 und 1869 bis 1894 Professor in Göttingen.

[2]) Es ist das erstemal, daß in den Briefen Bennigsens der Name seines langjährigen politischen Freundes genannt wird. Johannes Miquel, dreieinhalb Jahre jünger als Bennigsen, hatte gerade damals, 1854, sein zweites Staatsexamen bestanden und sich zur Advokatur gewandt. Für den Scharfblick und die Menschenkenntnis Bennigsens liefert sein Urteil über Miquel bei der ersten Berührung ein glänzendes Zeugnis.

mit Namen, aus dem Bentheimschen gebürtig, den ich von allen jungen Leuten, die ich bislang im Leben kennen gelernt habe, für den Bedeutendsten an Geist, Verstand und Wissen halte. Mir wird es hier, wie ich schon sehe, an angenehmem und anregendem Umgang nicht fehlen. Ob Du aber gleich etwas für Dich Passendes unter dem hiesigen schönen Geschlecht finden wirst, weiß ich noch nicht recht.

In unsern Haushaltsangelegenheiten habe ich diese Tage angefangen, einige Tätigkeit zu entwickeln, indem ich zwei Klafter Brennholz gekauft habe und dasselbe jetzt kunstgerecht bearbeiten lasse. Auf Anraten meiner alten schmutzigen Hauskatze habe ich sogar eine Weile dabei gestanden und darauf geachtet, daß das Holz beim Aufklastern nicht zu hohl gelegt werde. Meine Dienstgeschäfte riefen mich aber leider bald von dieser Kontrolle ab, welche den Holzverkäufern auch vielleicht nicht übermäßig imponiert haben mag.

Ein Monat ist es ja nur noch, wo Du mir ganz angehören sollst, mein süßes Herz. Wenn ich daran denke, wie überglücklich ich mich dann fühlen werde, so kann ich diese Wochen, die ja auch endlich ein Ende haben werden, so lang die Zeit für meine Sehnsucht auch sein wird, schon ertragen. Diesen Brief eile ich heute abend noch zur Post zu tragen, damit Du bald eine bessere Meinung von mir bekömmst. Eine zweite Epistel wird wohl bald nachfolgen. Gute Nacht, mein teures, geliebtes Mädchen. Von ganzer Seele Dein Rudolf.

*

Göttingen, 26. Oktober 1854.

Heute, meine teure Anna, bin ich endlich so glücklich, Dir sämtliche für unsre Trauung in Frankfurt nötigen Papiere schicken zu können. Das Vergnügen, Dir zu antworten, habe ich mir auch ein bis zwei Tage verschoben, weil ich jeden Augenblick die vor einer Stunde angelangte Resolution des Konsistoriums erwartete. Du erhältst hierneben also — außer dem Briefe für Mutter, den Du wohl gütigst überlieferst — 1. Deinen Taufschein, 2. meinen Taufschein, 3., 4. die Todesscheine Deiner Eltern, 5. die Genehmigung der Vormundschaft und Obervormundschaft, 6. die Genehmigung des Justizministeriums, 7., 8. die Dispensationen des Konsistoriums von der Verwandtschaft und meinem Aufgebot, 9. den Heiratsschein des hiesigen Magistrats, 10. auch noch zu aller Sicherheit für etwaige pedantische Bedenken meine Dechargierung von der Vormundschaftsführung. Durch Leonhardis Vermittelung werden ja hoffentlich die Genehmigung des dortigen Magistrats und die dortigen Aufgebote nicht mehr als einige Wochen in Anspruch nehmen, so daß am 20. oder 21. der von mir mit solcher Ungeduld und Sehnsucht erwartete Tag unsrer Vereinigung jedenfalls würde sein

können. Macht nur Leonhardi, welcher mir auch reichlich pedantisch zu sein scheint, die Sache recht eilig!

Von Deiner Erkältung und dicken Backe bist du doch jetzt wieder befreiet, meine geliebte Anna. Silvie mag sich mit ihren überflüssigen Spötteleien übrigens nur zur Ruhe begeben. So leicht werde ich Dein mir so liebes Gesicht nicht häßlich finden, wenn es mir freilich ohne solche nicht zur Sache gehörenden Anschwellungen weit anmutiger und küssenswerter erscheinen würde.

Mit unserm alten Direktor habe ich heute wegen des Schwurgerichts Rücksprache genommen, wo er denn doch gleich so verständig war, mich von den Sitzungen für dieses Mal freizusprechen, mir auch zum Zweck meiner Hochzeit sechs bis sieben Tage Urlaub zu bewilligen. Ueberlegt daher alles genau, damit ich schon etwas über acht Tage vorher weiß, wann die Hochzeit sein kann. Wenn in den hiesigen Geschäften mich nichts hindert, könnte ich dann schon einige Tage vor der Trauung wieder bei Dir sein, meine teure, geliebte Anna.

Daß ich nicht nach Celle gehe, wird Deinen Wünschen hoffentlich auch entsprechen. Deine Meinung konnte ich nicht gut vorher einholen, weil der Oberstaatsanwalt die Antwort mir eilig gemacht hatte. Auch ließe sich wohl darüber streiten, ob dies nicht einer der Fälle ist, wo dem Manne — oder Bräutigam — allein die Entscheidung überlassen bleiben muß, natürlich unter Einholung des Rates der verständigen Hausfrau. Die Verteilung der Gewalten künftig in unserm kleinen Hausstaate wird überhaupt wohl nicht ohne allen Kampf und Aerger abgehen. Wenn Du aber Dich bescheidest, ebensowenig — entscheidend — in die Regierungsdepartements eingreifen zu wollen, welche ich mir vorbehalten möchte, als ich mit Achtung und Ehrerbietung Deinem verständigen Walten in Küche und Keller und Schränken zusehen werde, so sollen die Apostel des Friedens in den Grenzen unsers Reiches bald ihre Lungen sparen können. Einiges andre, was Dich noch interessieren könnte, wird sich in dem gestern an Mutter geschriebenen Briefe finden. Deshalb Adieu für heute, meine süße, kleine Braut. Mach nur, daß ich Dich bald noch mit einem teureren Namen nennen darf, mein einziggeliebtes Herz Du. Rudolf.

*

An die Mutter.

Göttingen, 25. Oktober 1854.

Wenn ich Dir auch in diesem letzten halben Jahre weniger schrieb, da ja meine Briefe an Anna zugleich immer Nachrichten für Euch alle enthielten, so kann ich doch unmöglich Deinen Geburtstag vorübergehen lassen, ohne Dir meine herzlichen Glückwünsche zu sagen und Dir die

Liebe und Ehrerbietung zu erkennen zu geben, die Du von Deinen Kindern in so seltenem Maße verdienst. Für mich und Anna soll auch gewiß das eheliche glückliche Verhältnis meiner Eltern stets ein Vorbild sein, das wir verehren und dem wir nachstreben werden . . .

Von dem Oberstaatsanwalt Lüder zu Celle hatte ich kürzlich einen Brief, worin er mir die Stelle eines Oberstaatsanwalts-Substitut, welche durch die Versetzung von Herrn Erck in das Justizministerium vakant geworden ist, anbot. Diese Stellung wäre für meine Jahre vielleicht die ehrenvollste in der Justizpartie, auch schlug L. mir vor, daß ich — falls ich zu den andern Sachen nicht Lust habe — nur Rechtssachen und deren Vertretung als Oberstaatsanwalt vor dem Kassationshofe haben solle. Dazu ist L. einer der ausgezeichnetsten und liebenswürdigsten Geschäftsmänner; 200 Rtlr. jährliche Zulage würde ich auch erhalten haben. Das alles machte mich einen Augenblick nachdenkend und zweifelhaft. Ich habe Lüder aber nach 24 Stunden abgeschrieben, weil ich auf langjährigen Wunsch nach Göttingen versetzt sei und beschlossen habe, hier eine Reihe von Jahren zu bleiben und Studien zu treiben. Man kann auch unmöglich alle Augenblicke seine Lebenspläne ändern. Außerdem würde schon die gemeinste Klugheit und Vorsicht mich auffordern müssen, einen Posten auszuschlagen, wo selbst ein mir — überhaupt und am allermeisten in der nächsten Zeit — nicht zusagendes pferdemäßiges Arbeiten mich nicht einmal sicher vor äußerster Blamage schützen könnte. Wollen die hochmögenden Herren hierzulande mich einmal durchaus eine ungewöhnliche Karriere machen lassen, so ist dazu noch immer Zeit, wenn ich einige Jahre in aller Muße hier studiert habe und dann wenigstens nicht mehr meine gänzliche Oberflächlichkeit durch kalte Dreistigkeit zu verdecken brauche.

Von Karln soll ich Dir viele Grüße und Glückwünsche sagen, meine beste Mutter. Er ist sehr fleißig bei seinen Kollegien und Arbeiten. Einigen Rat werde ich ihm bisweilen schon geben können. Doch, denke ich, wird er diesen Winter schon die nötigen Fortschritte machen, da ein ganz ausgezeichnet gediegener und talentvoller junger Advokat Miquel von hier sich hat bewegen lassen, ihm, einem jungen Lenthe, Reden aus Winsen und zwei andern, ein — wöchentlich sechsstündiges — Pandektenrepetitorium zu geben. Dazu hört er Relatorium dreistündig und Prozeßpraktikum einstündig bei dem Professor Hartmann, einem Lüneburger Schulbekannten von mir, der ganz das geworden ist, was die Lehrer von ihm erwartet haben, und gewiß mit den Jahren einer der namhaftesten Rechtslehrer sein wird.

Ich selbst höre vierstündig nachmittags von 5 bis 6 Uhr Finanzwissenschaft beim Professor Hanssen. Außerdem werde ich noch ein

zweistündiges Kolleg über Hannoversche Statistik beim Professor Wappäus hören, wenn dies Kolleg zustande kommt. Mein Umgang mit jüngeren Beamten und Dozenten ist auch recht amüsant und anregend. Ein wöchentliches wissenschaftliches Kränzchen mit abwechselnden Vorträgen und Disputationen unter Leitung eines Präsidenten werden wir am Sonnabend eröffnen. Adieu, meine teure Mutter. In einigen Wochen hoffe ich Dich und Vater recht wohl zu finden. Mit den herzlichsten Grüßen Dein treuer Sohn

Rudolf.

*

Frankfurt, 29. Oktober 1854.

Mein teurer Rudolf!

Gestern kam Dein Paket mit den verschiedenen Papieren und Briefen hier an. Deine Mutter freute sich, glaube ich, sehr, daß sie noch einen Glückwunsch von Dir erhielt, mein Herzens-Rudolf, denn sie sagte vorigen Montag noch sehr zweifelnd: „Ob Rudolf wohl daran denkt, daß mein Geburtstag ist, und mir schreibt." Du siehst hieraus, in welchem Rufe Du bei Deinen Eltern und Geschwistern stehst. Wenn ich zu Zeiten darüber klagte, daß Du mir so selten schriebest, so gab man mir stets zur Antwort: „Freue Dich, daß er Dir noch so oft schreibt." Ich hatte indessen andre Begriffe von oft schreiben und fand dies daher einen sonderbaren Trostspruch.

Deine Eltern haben unsern Hochzeitstag auf Dienstag den 21. festgesetzt und die Ziviltrauung schon einen Tag vorher. — Daß Du die Schwurgerichtssitzungen nicht mitzumachen brauchst, liebster Rudolf, ist ja sehr schön, und der Direktor benimmt sich auch darin sehr liebenswürdig, daß er Dir mehrere Tage Urlaub geben will, sieh nur zu, daß er so lang wie irgend möglich wird, damit ich Dich recht bald wiedersehe und wir vor der Hochzeit noch einige Zeit zusammen sein können, mein innigstgeliebter Rudolf. — Wie oft denke ich jetzt an unsre Zukunft, an die immer näher rückende Zeit unsrer Vereinigung. Du weißt ja, wie unendlich lieb ich Dich habe, mein teurer Rudolf, und wie es stets der größte Wunsch meines Lebens sein wird, Dich glücklich zu machen; aber oft werde ich doch ganz angst und denke, es wird mir nicht so recht gelingen, ich könnte den Ansprüchen nicht genügen, die Du an mich stellen wirst, und dies wäre doch schrecklich und würde mich sehr unglücklich machen, mein teurer Rudolf. Wenn Liebe und Anhänglichkeit von meiner Seite Dich allein schon glücklich machen könnten, dann brauchte ich nicht zu zagen, aber da dies ja längst nicht hinreichend ist, werde ich Deine Nachsicht oft in Anspruch nehmen müssen, mein geliebter Rudolf. Wundere Dich nur nicht,

wenn Du mich bei näherer Bekanntschaft noch weniger liebenswürdig findest als bis jetzt. Du hattest vorigen Sommer schon so vieles an mir zu tadeln und wirst nun in Zukunft noch mehr Schwächen und Fehler bei mir entdecken, darauf mache Dich nur gefaßt, mein bester Rudolf.

All die verschiedenen notwendigen Papiere zu unsrer Trauung wurden Leonhardi gestern gleich zugeschickt, und als ich heute morgen nach der Kirche bei Luischen vorging, zeigte sie mir ein Schreiben, welches Louis in meinem Namen an den Senat aufgesetzt hatte, worin ich ihn, in Ermangelung Deiner Anwesenheit, ersuchen muß, seine Einwilligung zu unsrer Heirat zu geben, da wir hier Fremde sind. Morgen soll ich nun das genannte Schreiben unterzeichnen; es sind wirklich sonderbare Weitläuftigkeiten!

Daß Du die Stelle in Celle nicht annahmst, ist gewiß recht gut; dort hättest Du vielleicht viele und unangenehme Arbeiten gehabt, und in Göttingen bist Du ja wohl mit dem zufrieden, was Du zu tun hast, und es bleibt Dir noch hinreichende Zeit, um Kollegien zu hören und Studien zu treiben, mein Herzens-Rudolf. Daß Dir das Leben in Göttingen sehr gefällt, wie man ja aus jedem Deiner Briefe sehen kann, freut mich sehr; schreibe mir nur immer recht ausführlich über alles, denn Du weißt ja, wie ich mich für jede Kleinigkeit interessiere, die Dich betrifft, lieber Rudolf.

Wir lasen diese Abende nach dem Tee das Lustspiel von Shakespeare „Die bezähmte Widerspenstige", über welches wir uns alle sehr amüsierten. Heute abend wird nun wahrscheinlich mit dem Lesen irgendeines Cooperschen Romans begonnen. Lebe wohl, mein innigstgeliebter Rudolf, ich schließe meinen Brief wie gewöhnlich mit der Bitte, mich nicht gar zu lange auf Nachricht warten zu lassen, nach der ich mich immer so sehr sehne.

Mit treuer Liebe

Deine Anna.

*

Göttingen, 4. November 1854.

Meine teuerste Anna!

Durch Deinen und Mutters Brief hatte ich ja die große Freude zu erfahren, daß unsrer Vereinigung nun keine Schwierigkeiten mehr im Wege stehen. Lang genug werden diese paar Wochen mir freilich noch werden, bis daß ich meine kleine Frau von Frankfurt entführen kann. Den 21. November darf ich doch wohl als feststehenden Hochzeitstag annehmen und Rudloff und Ferdinand deshalb Mitteilung machen. Wenn nichts mich zurückhält, werde ich Freitag am 17. nach-

mittags schon bei Dir sein, damit ich doch noch einige Tage für meine Braut habe. Am Mittwoch oder Donnerstag könnten wir dann hier ankommen, und hoffe ich, daß die Herren Direktoren so gnädig und vernünftig sein werden, mich bis zum folgenden Montage mit ihren trockenen Dienstgeschäften zu verschonen, damit ich mich in meiner eignen Häuslichkeit erst gehörig einleben und mich mit meiner hübschen jungen Hausfrau in Ruhe erst noch etwas verziehen kann.

Was Du doch für hypochondrische Einfälle hast, Du komische kleine Person! Wenn Deine seltene Bescheidenheit nicht eine Deiner liebenswürdigsten Eigenschaften wäre, meine geliebte Anna, so müßte ich Dir eigentlich Vorwürfe darüber machen, daß Du Dich mit solchen Grillen und Sorgen quälst, ob Du mich auch wohl würdest glücklich machen können. Ich kann mich wahrhaftig nur zu glücklich nennen, daß mir im Leben Gelegenheit geworden ist, einen solchen Schatz einfacher, echter Weiblichkeit kennen und würdigen zu lernen, meine teure Anna. Statt Dich mit solchen törichten Sorgen zu quälen, solltest Du lieber der Rede eingedenk sein, welche Tante Julchen mir gehalten hat, welche jedenfalls hier einmal die Sache am richtigen Ende angegriffen hat, wenn sie meinte, daß ganz allein ich die Schuld tragen würde, wenn ich mit einem solchen — um ihre vielen Worte kurz zu fassen — Engel von jungem Wesen in der Ehe nicht ganz exemplarisch glücklich würde.

Deine Sachen in elf Kollis sind hier glücklich angelangt und stehen unter Verschluß in dem hinteren Fremdenzimmer. Mein Schweizertisch scheint übrigens nicht darunter zu sein. Seit einigen Tagen schlafe ich in diesem Zimmer, weil die hellgrüne Maltapete in meiner Kammer arsenikgiftig war. Ich habe sie, als ich mich des Morgens immer ganz unbehaglich und elend fühlte, untersuchen und herausreißen lassen. Daß diese hellgrünen Farben noch so viel benutzt werden, ist ein wahrer Skandal. Die Weißbinder, welche zwei Tage brauchten, diese alte grüne Klexerei herunterzureißen und zu kratzen, sagten auch, die hellgrünen Farben seien meistens so giftig, daß sie sich beim Reiben derselben immer Mund und Nase verbinden müßten und doch nicht hindern könnten, daß ihnen dabei das Gesicht anschwelle.

Mutters Besorgnisse wegen Kartoffeln und Aepfel mögen sich nur beruhigen. Die Meyer erbot sich schon vor einiger Zeit, Kartoffeln zu besorgen, und hat vielleicht die Güte, auch ein Malter Aepfel für uns einzukaufen. Durch sie auf dem Markte besorgt, liegt seit vierzehn Tagen in Deiner künftigen Kammer bereits ein ganzer Berg von scheußlich unästhetischen bunten Pötten, hölzernen Bütten und dergleichen fabelhaftem Geräte. In der einen der kleinen Kabutzen hinter dem

Fremdenzimmer, die wir eigentlich nicht mitgemietet hatten, hatte die Frau Hofrätin noch immer ihr altes Gerümpel stehen und liegen.

Sage doch Mutter herzlichen Dank für ihre freundlichen Worte. Sie nimmt es wohl nicht übel, wenn ich ihr nicht mehr antworte vor meiner Ankunft. Vatern sagst Du wohl in meinem Namen auch meinen etwas verspäteten Glückwunsch zu seinem — wie Mutter schreibt, in so erfreulichem Wohlsein verlebten — Geburtstage. Leb wohl heute, meine liebe, teure Anna. Wenn ich Dir doch nur mal einen Kuß geben könnte, meine kleine süße Braut. Vierzehn Tage ist auch noch eine traurig lange Zeit. Gute Nacht, mein teures Herz.

Dein treuer Rudolf.

*

Frankfurt, 7. November 1854.

Mein bester Rudolf!

Ich wartete bis heute mit der Beantwortung Deines mir so lieben Briefes, da ich heute morgen erst mit Tante Minna bei einem Goldarbeiter war, um wegen der Ringe mit ihm zu sprechen, und wir erhielten die Antwort, daß er dieselben schon Sonnabend in acht Tagen fertig haben könnte, wenn er Freitag abend Nachricht bekäme. Ich hatte im geheimen gehofft, daß er recht lange Zeit gebrauchen würde und Du hierdurch genötigt worden wärest, eilig die Maße Deines Fingers zu schicken und mir bei dieser Gelegenheit ein paar Worte zu schreiben, mein innigstgeliebter Rudolf, trotz dieses Familienfehlers, von dem keiner von Euch verschont geblieben zu sein scheint. Tante Julchen antwortete noch immer nicht auf die Einladung Deines Vaters zu unsrer Hochzeit; Karl ließ noch nichts von sich hören, obgleich die Geburtstage seiner Eltern waren, und Dein Onkel Rudolf schrieb nicht, nachdem er vorigen Sommer hier gewesen; doch ich darf wohl nichts gegen diese sonst so liebenswürdige und hochzuachtende Familie sagen, mit der ich nun bald noch näher verwandt werden soll.

Mein Herzens-Rudolf, wie glücklich kann ich mich schätzen, daß sich alles so zu meinem Besten gewandt hat, daß ich Dir angehöre; ich kann dies wirklich nie genug mit Dank gegen den Himmel erkennen. Es kann gewiß selten eine Braut mit solchem Stolze und solcher Freude an ihren Verlobten denken als ich, und mit solchem Vertrauen an die Zukunft denken (wo mir an Deiner Seite das Leben viel schöner erscheinen wird) als ich. Ich glaube, dies ist nicht allein meine Ansicht, sondern die aller, welche Dich kennen, wenn Du auch bisweilen diesen Sommer im Scherz behaupten wolltest, daß Deine Bekannten keine so günstige Meinung von Dir hätten; dies ist vielleicht die einzige Sache, welche ich besser weiß als Du. Wie soll ich Dir meine Freude aus-

sprechen, bester, lieber Rudolf, daß ich Dich nun so bald wiedersehe; die Zeit, welche wir getrennt sein müssen, ist auch wirklich so lang, daß ich fast Zeit genug gehabt hätte, Dich zu vergessen, wenn ich Dich nicht so unendlich lieb hätte, mein teurer Rudolf. Eigentlich hatte ich erwartet, daß Du noch ein paar Tage eher kommen würdest, und würde etwas niedergeschlagen gewesen sein, wenn Dein netter, freundlicher Brief mich für Dein längeres Ausbleiben nicht einigermaßen entschädigt hätte. Du mußt mir aber noch genau schreiben, um welche Zeit Du Freitag über acht Tage bei uns eintreffen kannst, und es nicht so machen wie vorigen Sommer (ich habe dies noch nicht vergessen), wo ein zuletzt noch von mir erwarteter Brief von Dir ausblieb. Louis hat sich bei der Besorgung von all dem, was Du ihm wegen unsrer Trauung aufgetragen, bis jetzt nicht als pedantisch gezeigt und brachte alles so weit, daß wir vorigen Sonnabend im Blättchen standen und vorigen Sonntag von Pfarrer Schrader in der Kirche aufgeboten wurden . . .

(Ein Bogen des Briefes ist verloren gegangen.)

Sehr zu loben bist Du wirklich wegen der Besorgung der häuslichen Angelegenheiten, ich hätte Dir so etwas gar nicht zugetraut. Heute schreibe ich Dir nun wohl zum letzten Male und kann mich deshalb gar nicht gut von Dir trennen, mir ist es, als hätte ich Dir noch so vieles zu sagen, mein allerbester Rudolf; wie gern möchte ich Dich einmal sehen und Dir sagen, wie lieb ich Dich habe, und wie mein ganzes Leben hier fast ein Gedanke an Dich ist, mein teurer, bester Rudolf. Bald habe ich Dich ja nun hier, und bis dahin lebe Du recht wohl. Von ganzem Herzen

Deine Anna.

*

Frankfurt, 14. November 1854.

Mein bester Rudolf!

Nun noch drei Tage, und Du bist bei mir, mein herzenslieber Rudolf; wie froh wird mir zumute, wenn ich daran denke, ich werde die Zeit kaum erwarten können, wo ich Dein mir so liebes Gesicht wiedersehen werde, und wo wir, wie vorigen Sommer, vertraulich miteinander plaudern können, mein liebster Rudolf. Wenn ich freilich daran denke, daß ich dann schon so bald mit Dir von hier fortgehen werde, so wird mir etwas beklommen zumute, und alle die Befürchtungen, welche Du freilich nicht gelten lassen willst, drängen sich mir wieder auf. Es ist dies ja zu einer Zeit, wo mir ein solch wichtiger Wendepunkt in meinem Leben bevorsteht, so natürlich. Es ist ja so unendlich viel schwerer, sich als Frau, wo man doch so viel selbständiger und

vernünftiger sein muß, richtig zu benehmen, als wenn man noch als junges Mädchen mehr unter der Leitung andrer Menschen steht, die einem mit Rat und Tat beistehen können. Daß mir also, da mein Benehmen als junges Mädchen schon so viel zu wünschen übrigließ, etwas angst wird, wenn ich an die Zukunft denke, wirst Du begreifen können, mein bester Rudolf. Ich muß daher auf Deine Nachsicht hoffen und wünschen, daß ich mit der Zeit lernen werde, alles so zu machen, wie es Dir lieb und angenehm ist. Doch wird am Anfange alles wohl sehr mangelhaft ausfallen.

Ich bin diese Tage noch in Erwartung eines Briefes von Dir, der mir genau die Zeit bestimmt, die Du hier anzukommen denkst; hier lassen sich wieder Stimmen hören, die behaupten, Du kämest nicht zu der von Dir bestimmten Zeit, doch ich hoffe bestimmt, Du wirst sie alle Lügen strafen. Wenn Du nur erst hier bist, Herzens-Rudolf, wie glücklich werde ich dann sein; komm nur so früh wie möglich zu Deiner Dich innig liebenden

Anna.

*

Göttingen, 14. November 1854.

Meine teure Anna!

Einen Brief muß ich doch meiner Person noch vorausschicken, sonst werde ich am Ende Freitag mit einem nicht sehr freundlichen Gesichte empfangen werden, wenn ich es noch einmal so zu machen wagte wie im Sommer unglücklichen Angedenkens.

Meineke ist glücklich heute morgen hier angelangt. Rudloff, der ihn in Braunschweig sprach, hatte mich vorgestern in Hannover, wo ich allerlei Geschäfte halber mich anderthalb Tage aufgehalten habe, schon ganz besorgt gemacht, daß unsre Sachen nicht zur rechten Zeit fertig würden. Die Gardinen hat Meineke mitgebracht und in meinem Zimmer heute auch bereits aufgesteckt. Ein großer Teil der Möbel, namentlich alles, was in Dein Zimmer soll, mit Ausnahme der beiden Lehnstühle, wird morgen früh anlangen und eingekramt werden. Der Rest, welchen Meineke trotz aller aufgewandten Mühe behauptet noch nicht haben fertig liefern zu können, weil der muntere Braunschweiger Tischlergesell es vorzieht, in dem gottlosen Amerika für höheren Lohn zu arbeiten, soll ganz gewiß Mittwoch am 22. d. M. hier eingetroffen sein. Der Himmel gebe, daß der Biedermann die Wahrheit gesagt hat. Das Nötigste wird jedenfalls bei unsrer Ankunft in Ordnung sein. Doch gibt es gewiß noch zwei bis drei Tage zu kramen, ehe alles andre zurechtgestellt und -gelegt sein wird. Es ist das freilich eine sehr unangenehme Aufgabe, die ich meiner reizenden jungen Frau

zum Antritte ihres Hausregiments bereite in dieser kalten Jahreszeit. Was ließ sich aber machen? Wenn ich es gewagt hätte, die zwanzig oder wieviel diversen Kollis auszupacken, so würde ich wahrscheinlich nur die größten Besorgnisse bei der abwesenden Braut und gestrengen Tante erregt haben. Der Bediente, mit welchem Tante Minchen einen schriftlichen Musterkontrakt abgeschlossen hat, ist angewiesen, am 23. sich zu stellen. Die Köchin soll schon am 22. sich bereit halten. Ich will wünschen, daß die Wahl eine glückliche gewesen ist und wir diese Leute jahrelang behalten können, was gewiß wesentlich zur Annehmlichkeit des Hauswesens beiträgt. Die Silbersachen wird Matthias am 21. auf die Post geben. Wintervorräte an Kartoffeln und Kohl liegen im Keller bereit. Aepfel aber nicht, da solche hier nicht gewachsen sind, sondern von Kassel, Frankfurt, selbst Karlsruhe verschrieben werden. Dieser Teil des Briefes war übrigens weniger für Dich als für Tante Minna bestimmt, die sich gewiß die erdenklichsten Sorgen macht, was aus ihrem armen Aennchen werden soll in den ersten acht Tagen, wenn sie hier alles in der Konfusion antrifft.

Ein paar Worte muß ich also noch wohl für Dich besonders schreiben, Du kleine teure, entzückende, abscheuliche Hexe, oder wie soll ich Dich nennen, daß Du mein Herz so ganz gefangen genommen hast. Meine einzig geliebte Braut, wie soll ich Dir mein Entzücken ausdrücken, daß ich nun endlich so nahe am Ziele bin und ein so sanftes, liebliches Wesen als mein Weib heimführen kann. Wenn es mir nur recht gelingt, Dich so von Herzen glücklich zu machen, wie es mein höchster Wunsch ist. Zum letzten Male adieu, teures Herz. Bald bedarf es ja dieser leidigen, unvollkommenen stummen Boten nicht mehr, Dir alle die Liebe auszudrücken, die ich für ein so sanftes, holdes Wesen in meinem Herzen habe.

Rudolf.

*

Hiermit schließen die Brautbriefe, in denen wir das innerliche Einleben des jungen Paares miteinander bisher verfolgen konnten. Am Morgen des 20. November 1854 erfolgte in Frankfurt die Zivil-trauung; Zeugen waren Herr von Penhuys und Dr. Passavant. Am 21. November fand im Hause der Eltern Rudolf von Bennigsens im engen Familienkreise die Trauung und die Feier der Hochzeit statt. An demselben Tage reiste das junge Ehepaar ab, um am 23. November in Göttingen einzutreffen.

Frau Anna von Bennigsen, geb. von Reden,
Gemahlin Rudolf von Bennigsens
1860

Anna von Bennigsen war keine bedeutende Frau. Wenigstens nicht bedeutend in dem Sinne, daß sie an der politischen Arbeit und den geistigen Interessen ihres Mannes den Anteil der ebenbürtigen und gleichgestimmten Gefährtin genommen hätte. Insbesondere die politische Wirksamkeit ihres Mannes lag ihr im Grunde fern, und seiner vorgeschrittenen Richtung, die sich alsbald ganz von den Gesinnungen ihres Kreises und Standes entfernen sollte, stand sie anfangs mit einer geheimen Abneigung gegenüber. Das politische Interesse, das Bennigsen in seiner eignen Familie bei seiner Mutter und ältesten Schwester gefunden hatte, war nicht ihre Sache. So stand sie zu der Lebensarbeit ihres Mannes ähnlich wie Johanna Bismarck neben dem Gründer des Deutschen Reiches; vielleicht noch zurückhaltender, denn die Wege des Gatten waren ihr von Haus aus noch fremder. Die Politik, die den Mann selbst mit allen seinen Fasern ergreift und auch seine Kräfte schärfer zerreißt als irgendein Beruf, entzieht ihn auch seiner Familie mehr als alles andre: sie legt auf Kosten seines häuslichen Glückes ihm und mehr noch — das sollte man vor allem nicht vergessen — denen, mit denen er sein Haus begründet, schwere Opfer auf. Das hat auch Anna von Bennigsen in langen Jahren getragen; von den ersten Jahren der hannoverschen Ständetätigkeit an, die ihren Gatten seit 1857 in die nahe Hauptstadt führte, dann in den unruhigen Jahren des Nationalvereins, wo er alle Augenblicke forteilte, und nun vollends in der langen Zeit, wo er durch parlamentarische Geschäfte, insbesondere noch durch sein Amt als Vizepräsident und Präsident im Reichstage und im Abgeordnetenhause, einen großen Teil des Jahres an Berlin gebunden war, da mochte er wohl äußerlich den Seinen etwas fremd werden. Aber niemals innerlich. Denn gerade in dieser Lage entfaltete Anna von Bennigsen ihre eigentümliche Tüchtigkeit, wie Miquel es einmal ausdrückte: „schlicht und recht die deutsche Frau eines deutschen Mannes". Sie nahm ihm die kleinen Alltagssorgen ab — gerade diese war er geneigt auf die leichte Schulter zu nehmen — und ermöglichte ihm dadurch, sich ganz seiner Lebensaufgabe zu widmen. In dieser Empfindung schrieb er ihr in jenen ersten Monaten, als der Nationalverein entstand:[1] „Daß ich so lange von Dir und den Kindern getrennt lebe, ist mir sehr betrübt. Vielleicht ist es aber auch ganz gut, wenn ich einmal etwas länger als gewöhnlich von Dir entfernt lebe, da mir dann das Gefühl immer am lebhaftesten aufsteigt, welch ein liebes, herziges Weib ich an Dir habe. Das Schicksal hat es doch gut mit mir gemeint, wenn es mir bei meinem unruhigen Wesen und

[1] R. von Bennigsen an seine Frau, August 1859.

politischen Treiben eine solche Heimat gegeben hat, in welche ich immer wie in einen friedlichen Hafen wieder einlaufen kann." Und noch in seinem letzten, nach ihrem Tode geschriebenen Briefe urteilte er: „Sie war die Herzensgüte und aufopfernde Liebe selbst. Daß bei meinem unsteten, so viel und lange von Haus abwesenden Leben meine Kinder so gut erzogen sind, war ihr Werk." Denn rasch war das Haus gewachsen: im Februar 1856 war der älteste Sohn Erich geboren und bis zum Jahre 1871 folgten sich im ganzen neun Kinder, eine ganze Welt von Pflichten, die die Gattin vor allem mit sicherer Hand zu regieren hatte. Aber es war natürlich, daß sie dadurch ausgefüllt wurde. Von seiner ersten Reise schrieb ihr der junge Gatte:[1]) „Wenn ich jetzt so getrennt bin von meiner kleinen liebenswürdigen Hausfrau, begreife ich freilich gar nicht, wie ich nur bisweilen habe brummelig und unfreundlich gegen einen solchen Schatz von Sanftmut und Lieblichkeit sein können. Es ist am Ende auch eine leere Entschuldigung, daß wir Männer als die Herren der Schöpfung uns seit Jahrtausenden daran gewöhnt haben, mit der Uebung der Herrschaft auch deren Launen zu üben. Auf meiner Reise wirst Du mir sehr fehlen. Künftig machen wir hoffentlich unsre Reisen auch meist zusammen." Dazu ist es dann hernach, aus begreiflichen Gründen, nicht gekommen, und so blieb die Gattin an das Haus gebunden und kam selten über Hannover und Bennigsen hinaus; auch an den späteren Erholungsreisen ihres Mannes nahm sie keinen Teil. Aber darum stand sie ihm doch am nächsten. Ihr vor allem — neben seiner Mutter, solange diese lebte — pflegte er auch in politicis seine geheimsten Hoffnungen und Sorgen, seine ganz persönlichen Erlebnisse anzuvertrauen, und um des Mannes willen verfolgte sie, zumal in späteren Jahren, seine Mitwirkung an den öffentlichen Angelegenheiten mit liebevollem Anteil. Er mochte in vielem, auch innerlich, seine eignen Wege gehen, kraft seiner glücklichen, ich möchte sagen ihm selbstverständlichen Anlage zum Sichausleben, aber er vergaß nie, was er an seiner Frau besaß. So war die Ehe, die sie führten, überaus glücklich, allerdings mehr in dem Stile der älteren Generationen, wo die Welt des Mannes und der häusliche Kreis der Frau getrennte Bezirke sind; jener mag, wie Schiller singt, auf dem Meer der Leidenschaft in die Ferne greifen, rastlos seines Traumes Bild durch entlegene Sterne jagen, während die Frau, mit stillerem Ruhme zufrieden, des Augenblicks Blume bricht und sorgsam nährt mit liebendem Fleiß. Schließlich führt das Leben über alles, was der Mensch sich ersehnt und erkämpft, doch wieder zu der ein-

[1]) R. von Bennigsen an seine Frau, 30. Juli 1855.

sachen und nächsten Gemeinschaft zurück. Gerade in ihren letzten Jahren sind die beiden nur noch enger zusammengewachsen und waren so miteinander verbunden, daß, als das eine Leben zu Ende ging, auch das andre, als wenn ihm die Wurzel abgeschnitten wäre, sofort erlosch.

Gleich die ersten Monate ihres glücklichen Zusammenlebens sollten Bennigsen und seiner jungen Frau einen schweren Kummer bringen. In Göttingen studierte Rudolfs jüngerer Bruder Karl. Er stand schon dicht vor dem Examen — wir hörten, daß durch Rudolfs Vermittlung Miquel seine Vorbereitung dazu übernommen hatte —, als er Anfang 1854 seinem Vater den Vorschlag machte, das Studium aufgeben und in die englische Fremdenlegion treten zu dürfen. Es war natürlich, daß der Vater abriet: „Unter der zum Teil sehr abschreckenden Stimmung über diese Legion in England erheben sich auch Stimmen, welche sie mit der englisch-deutschen Legion der Befreiungskriege vergleichen. Doch der Unterschied zwischen beiden ist zu schlagend. Die englisch-deutsche Legion war ursprünglich nichts andres als die Wiederformierung der in Deutschland durch die Franzosen aufgelösten hannoverschen Armee unter demselben Könige in England. Ebensowenig wie dieser sein angestammtes Königreich fahren lassen wollte, gaben die Legionäre ihr Vaterland Hannover auf. Ihr Vaterland wiederzuerobern versuchten sie 1805 durch direkte Landung und von 1807 bis 1815 durch Beteiligung an dem Kampfe gegen den Usurpator. Als es Friede wurde, kehrten sie als Teil der hannoverschen Armee zurück. Welches Vaterland will denn die jetzige Legion wiedererobern? In welche Armee kehrt sie zurück, wenn es Frieden wird? Die jetzige Legion wird geworben wie die Kondottieri des Mittelalters, wie die Freikorps Friedrichs des Großen. Nach dem Frieden wurden sie ohne alle Umstände entlassen, die tapferen Freikorps Friedrichs, weil sie es in moralischer Hinsicht verdienten." Mit Ernst hielt er ihm alle Gegengründe vor und schloß: „Es ist nicht meine Art, meinen Kindern ihren künftigen Lebensweg vorzuschreiben. Ich sage daher auch Dir nur meine Meinung. Besprich die Sache genau mit Rudolf; aber höre auch nicht zu unbedingt auf ihn, denn auch er ist sehr veränderlicher Natur. Vor allem rate ich, nicht zu viel Politisches in die Frage einzumischen und zu bedenken, daß der Justiz- und Administrativbeamte — solange er sich von Politik fernhält — und lebte er in unserm Sibirien (Hessen-Kassel), immer noch selbständiger ist als der den Launen eines einfältigen und boshaften Vorgesetzten preisgegebene Subalternoffizier." [1]) Der Sohn gab den ganz abenteuerlichen Plan auf, blieb aber bei seiner Abneigung gegen

[1]) Generalmajor von Bennigsen an seinen Sohn Karl, 5. Januar 1854.

die Juristerei und wollte nun in österreichische Artilleriedienste treten. Der Vater hatte genug zu tun, wiederum auf das dringlichste vor dieser Idee zu warnen: „Was zieht Dich nun aber eigentlich nach Oesterreich? Kein Staat hat seit Jahrhunderten eine so konsequente Politik geführt als Oesterreich, also auch seine künftige wird schwerlich eine andre sein. Bist Du nun ein so großer Anhänger von Metternichs Politik, daß Du ihr Dein ganzes Leben weihen willst? Nach Deinen früheren Ueberschwenglichkeiten in Lüneburg hätte ich es nicht vermutet. Oder denkst Du etwa — nach alter Renegatenart — jetzt in das andre Extrem zu verfallen? Die österreichische Politik ist keine deutsche, am allerwenigsten eine norddeutsch-protestantische". Allen diesen Sorgen jedoch wurde ein plötzliches Ende gemacht, da Karl gleich darauf in einem Duelle, in das er ohne eigne Schuld aus einem geringfügigen Anlaß verwickelt worden war, eine tödliche Verwundung erhielt und am 5. März starb. Rudolf stand seinem Bruder in den letzten Tagen zur Seite. Die Mutter, die an das Sterbebett herbeigeeilt war, konnte ihrem Gatten nicht genug rühmen, wie treu er sie unterstützt und wie sorgsam und liebevoll er seinen Bruder in den letzten schweren Stunden gepflegt habe.[1]) So blieb ihm auch die traurige Pflicht, die Angelegenheiten seines Bruders zu ordnen.[2])

Von einer Neigung Bennigsens zu politischer Tätigkeit hört man in dieser Zeit so gut wie gar nichts. Die Gründung einer eignen Familie, die neue Verwandtschaft brachten ihn doch wieder in eine engere Verbindung mit seinen hannoverschen Standesgenossen; wenn auch auf der andern Seite der anregende Umgang mit Miquel antreibend auf ihn

---

[1]) Der Vater an Rudolf, 10. März 1855. Bezeichnend für die Sinnesart des Vaters sind die weiteren Worte des Briefes: „Bei Karl ist ein schönes rundes Leben abgeschlossen. Ist erst der Schmerz etwas überwunden, wird sein Andenken nur wohltuend auf uns alle wirken. Nach meinem Willen soll er auch lebendig unter uns fortleben; denn ich finde es nur eine ganz verkehrte — ja undankbare — Art, in späteren Jahren aus Furcht, Schmerz zu erregen, nicht über einen geliebten Toten sprechen zu wollen."

[2]) Er kam dabei zuerst in persönliche Berührung mit August Lammers, einem Freunde seines Bruders (vgl. S. 171), zu dem er später in politische Beziehungen treten sollte. Er schrieb ihm am 19. März 1855: „Ihrem Wunsche gemäß habe ich aus dem Nachlasse meines armen, uns so früh entrissenen Bruders alles, was ich von Ihrer Hand vorfand, sorgfältig gesammelt und beehre mich, diese Schriften hieneben Ihnen zu übersenden. Gestatten Sie mir zugleich, Ihnen für die herzliche Teilnahme, die sich in Ihrem Briefe ausspricht, aufrichtigen Dank zu sagen. Wenn irgend etwas geeignet war, unsern Schmerz bei diesem harten Schlage des Schicksals zu lindern, so war es der innige Anteil, den so viele treffliche Menschen an dem unglücklichen Ende meines Bruders und unserm herben Verluste eines so hoffnungsreichen jungen Lebens genommen haben."

wirken mochte, wenn auch die Wirksamkeit seines Freundes Planck in der Zweiten Kammer ihm selber zuweilen ein Sporn war, so ist während des ersten Jahres seiner Ehe begreiflicherweise wenig von politischen Aspirationen zu verspüren. Im Sommer reiste Bennigsen, nachdem er zuvor die geliebte Vandalia in Heidelberg besucht hatte, zum Besuch der Pariser Weltausstellung. Er erlebte hier den Einzug der Königin Viktoria, „ein Ereignis von welthistorischer Bedeutung, welches man sich in späteren Jahren noch freuen wird miterlebt zu haben.“ [1]) Aber auch die Pariser Briefe an seine Frau enthalten nicht, wie man vielleicht erwarten möchte, einen politischen Unterton. Im Gegenteil überkam ihn eher eine Stimmung, vor dem Glück des Familienlebens die unruhigen Strebungen eines weitergreifenden Ehrgeizes zurückzustellen. Er schrieb einmal: „Wie sehr bedaure ich es, mein teures Herz, daß Du nicht mit hier sein konntest. Ich selbst würde noch ganz andre Freude an allen den hiesigen Genüssen haben, wenn meine kleine Frau sie mit mir teilen könnte. Auch habe ich es mir viel leichter gedacht — zu meiner Beschämung muß es gesagt sein —, mich auf einige Wochen von meiner süßen kleinen Frau zu trennen, als ich es jetzt gefunden habe. Es ist doch ein wunderbares Ding, wenn man so für das Leben mit einem andern Wesen ganz vereint ist. Ich habe früher geglaubt, allein fest auf meinen Füßen im Leben stehen zu können, wenn politische oder andre Verhältnisse mich aus den Kreisen gerissen hätten, in welchen ich groß geworden war und Menschen und Dinge liebgewonnen hatte, falls das Schicksal es so hätte mit sich bringen wollen. So eine kleine liebe Frau ist unsereinem aber doch noch ganz anders an das Herz gewachsen; und ohne einen guten Teil seines Herzblutes einzubüßen, würde man sich da wohl nicht losreißen können.“

Aber eben während dieser Reise war in Hannover der endgültige Umschwung erfolgt, der schon lange seine Schatten vorausgeworfen hatte und in seiner Weiterwirkung auch für Bennigsens Leben die Entscheidung brachte. Nun mußte er sich doch von vielem, was ihm lieb war, losreißen, um den Weg seiner Pflicht und seiner Zukunft zu gehen.

[1]) An seine Frau. Paris, 19. August 1855.

Siebentes Kapitel

Der Kampf gegen die Reaktion in Hannover. Parlamentarische Lehrjahre 1856 bis 1858

In den Jahren nach 1848 hatte Rudolf von Bennigsen mit steigender Erbitterung erlebt, wie die rückläufige Bewegung, die mit der Wiederherstellung des Bundestages das nationale Gesamtleben der Deutschen ergriffen hatte, alsbald auch auf die einzelstaatlichen Verhältnisse hinüberschlug und den wieder zu Atem gekommenen Regierungen frischen Mut machte, die meisten der ihnen abgezwungenen Konzessionen unter der Gunst der allgemeinen Lage zu verleugnen oder zu vernichten. Auch in Hannover waren diese Tendenzen, zumal seit dem Thronwechsel, immer schärfer hervorgetreten: in dem Moment, wo sie mit einem Rechtsbruch, der dem von 1837 zu vergleichen ist, eine völlige Umstürzung des im Jahre 1848 geschaffenen Verfassungsstandes in Angriff nahmen, beschloß er, selbst als Bekämpfer der Reaktion hervorzutreten. Dieser Entschluß ist nicht aus dem unwiderstehlichen Drange einer ehrgeizigen und machterstrebenden Seele geboren, vielmehr von außen her, durch den hannoverschen Staatsstreich von 1855, hat er den Anstoß zur politischen Wirksamkeit erhalten.

Das hannoversche Landesverfassungsgesetz vom 1. September 1848 hatte, wie oben dargelegt worden ist, vor allem die alte Machtstellung der Ritterschaften in der Ersten Kammer nicht nur eingeschränkt, sondern völlig zerstört; die politische Macht des Adels, gegen die der Sturm der Revolution in Hannover sich vornehmlich gerichtet hatte,[1]) war nunmehr

[1]) „In dem Unwillen, den das Verhalten des Adels seit langer Zeit hatte anwachsen lassen, vereinigte sich jetzt alles. War es unvergessen, mit welcher Zähigkeit er früher, auf seinen Privilegien bestehend, den notwendigen Reformen sich widersetzt hatte, welche die gutsherrlichen Verhältnisse und die Exemtionen zum Gegenstande hatten, so war das Verhalten während der letzten zehn Jahre auch nicht geeignet gewesen, versöhnend zu wirken. Der Adel trug in der öffentlichen Meinung das Odium des Umsturzes von 1837. Schärfer als je hatte er seitdem seine veralteten Vorrechte, seine Bevorzugung im Staatsdienste behauptet, in den ritterschaftlichen Statuten gegen das bürgerliche Element sich abgeschlossen, und, das Mißliebigste von allem, sein Jagdrecht, in einer Weise gehandhabt und mit polizeilichen Schutzmaßregeln umgeben, welche die ländliche Bevölkerung in

so gründlich ausgelöscht, daß — wie man zugeben muß — das Verhältnis nicht mehr der tatsächlichen Bedeutung entsprach, welche die Mitglieder der Ritterschaft vermöge ihrer Unabhängigkeit und politischen Bildung besaßen; die politische Alleinherrschaft des Bürgertums in Stadt und Land war in einem Umfange errichtet, der — wie man wieder zugeben muß — über die politischen Fähigkeiten einer so plötzlich an die Spitze gelangten Klasse hinausging. Nun war die Verfassungsumwälzung noch nicht gänzlich durchgeführt worden: die veränderte Vertretung in der Zentrale hatte zur Konsequenz, daß auch die Provinziallandschaften, bei ihrem organischen Zusammenhange mit der Ersten Kammer, nach denselben Grundsätzen umgestaltet werden mußten. Demgemäß hatte das Landesverfassungsgesetz von 1848 auch angeordnet, daß die Verhältnisse der Provinziallandschaften, ihre Zusammensetzung und ihr Wirkungskreis nach vorgängiger Verhandlung mit den bestehenden Provinziallandschaften durch allgemeine Gesetzgebung geregelt werden sollten. Diese schwierige Aufgabe eines organischen Abschlusses des Verfassungswerkes beschäftigte die in den nächsten Jahren auf Stüve folgenden Ministerien. Schon als das Ministerium Münchhausen (Oktober 1850 bis November 1851) den Provinziallandschaften die noch von Stüve entworfenen Grundzüge zu ihrer Reorganisation vorlegte, erhob sich ein lauter Sturm dagegen. Die Ritterschaften, die fast überall in den Provinziallandschaften ausschließlich das Heft in der Hand hielten, erklärten einstimmig, daß ihre Verfassung nicht ohne ihre Zustimmung geändert werden könne, und schoben womöglich gar die seinerzeit erfolgte Zustimmung der Ersten Kammer zu dem § 33 des Landesverfassungsgesetzes als vom Pöbeldruck erzwungen und daher nicht rechtsverbindlich beiseite; trotzdem Münchhausen sich zu wesentlichen Abänderungen bereit zeigte, übergaben sie feierliche Protestationen gegen die vorgelegten Gesetzentwürfe. Sie glaubten nunmehr den Punkt gefunden zu haben, von dem aus im günstigsten Falle das ganze verhaßte konstitutionelle Experiment, das „die Bureaukratie im Bunde mit der Demokratie ihnen oktroyiert" hatte, wieder in nichts aufgelöst und das verlorene Gebiet zurückerobert werden könnte. Diesem Ansturm der Junker gegenüber blieb der alte König fest, denn er fühlte sich durch sein Wort gebunden und erwiderte auf ihre Vorstellungen: „Ich kann euch nicht helfen. Ihr habt mich im Jahre 1848 verlassen — dieses sind die Folgen." Als daher die Kammern das „Gesetz die Reorganisation der Provinziallandschaften betreffend" angenommen hatten,

hohem Grade erbitterten. So hatte der Ruf: Fort mit dem Adel! in Hannover vielleicht eine plausiblere Begründung als anderswo." (G. Stüve, Johann Karl Bertram Stüve, II, S. 11.)

unterzeichnete er es, wenn auch mit innerem Widerstreben, und ließ es Anfang September 1851 publizieren. Damit war das Verfassungswerk formell zum Abschluß gebracht. Die ganze Angelegenheit wäre nunmehr als eine innerpolitische des Staates Hannover erledigt gewesen — wenn nicht inzwischen der wiederhergestellte Deutsche Bund rechtliche Handhaben erfunden hätte, um in reaktionärem Sinne in Verfassung und Gesetzgebung der Einzelstaaten, wie sie sich seit 1848 gestaltet hatten, seinerseits einzugreifen.[1])

Ein Bundesbeschluß vom 23. August 1851 forderte die Regierungen auf, die in den einzelnen Bundesstaaten namentlich seit dem Jahre 1848 getroffenen staatlichen Einrichtungen und erlassenen gesetzlichen Bestimmungen einer sorgfältigen Prüfung zu unterwerfen, um dann, wenn sie mit den Grundgesetzen des Bundes nicht in Einklang ständen, eine Abänderung eintreten zu lassen; dazu wurde eine besondere Bundeszentralkommission, der sog. Reaktionsausschuß, niedergesetzt. Die Uebereinstimmung des Landesrechts mit dem Bundesrecht prüfen, hieß nichts andres als rückwärts revidieren, soweit die weitgreifende Fassung des Bundesrechts es irgend zuließ. Wie einst in den Zeiten der Karlsbader Beschlüsse raffte sich dieses nach innen unproduktive und nach außen machtlose lockere Staatswesen nur dann zu einer verschärften Kontrolle der Einzelstaaten auf, wenn es galt, die Möglichkeiten einer freiheitlicheren Entwicklung zu beschneiden; so trug diese neue Bundesgewalt kein Bedenken, viel tiefer in die Verhältnisse der Einzelstaaten einzugreifen, als das heutige Deutsche Reich es jemals getan hat. Und schon pochten die hannoverschen Ritterschaften an die Tür, die ihnen bereitwilligst aufgetan ward: sie verlangten Anwendung des Beschlusses zunächst auf die Provinziallandschaften, dann aber auch auf das Landesverfassungsgesetz von 1848 überhaupt. Immerhin war die Rechtslage so klar, daß selbst der Reaktionsausschuß des Bundestags nur mit einer einzigen Stimme Majorität — es war der preußische Vertreter, Bismarck, der den Ausschlag gab — ein „Inhibitorium" gegen die hannoversche Regierung beschloß: sie wurde ersucht, sich über die Beschwerden der Ritterschaften zu äußern und inzwischen mit Gesetzen und Verfügungen gegen die Provinziallandschaften innezuhalten. Damit war

[1]) Für die folgende gedrängte Darstellung vgl. H. A. Oppermann, Zur Geschichte des Königreichs Hannover von 1832 bis 1860. Bd. II (vom liberalen Standpunkt, aber für die fünfziger Jahre bereits ziemlich dürftig), und W. von Hassel, Geschichte des Königreichs Hannover. Bd. II (vom welfischen Standpunkt, mit vielem neuen und wichtigen Material, mit manchen Mängeln in Auffassung und Tatsächlichem, aber für die nächsten Jahre manchmal unbefangen urteilend).

die hannoversche Verfassungsfrage, soeben erst zum Abschluß gelangt, von neuem eröffnet. Zwar wies das Ministerium Münchhausen die Einmischung des Bundes zurück und erklärte, nur eine Revision der Verfassungsbestimmungen auf streng gesetzlichem Wege vornehmen zu wollen. In diesem selben Augenblick aber, am 18. November 1851, starb der alte König, der in den letzten Monaten den Verfassungssturz von 1837 durch verfassungstreue Haltung gesühnt hatte. Unter seinem Nachfolger sollte der Stein bald rascher ins Rollen kommen.

Schon in der Persönlichkeit König Georgs V. liegt das Verhängnis, das unter ihm über den Staat Hannover hereinbrach, beschlossen.[1]) Ein Mann von majestätischer Erscheinung und Würde, von menschlichen Tugenden geziert wie manche unglückliche Monarchen, liebenswürdig und edelgesinnt, reinen Wandels, glücklich in seinem Familienleben; er war pflichttreu, sich selbst beherrschend und erfüllt von einem tiefen Gefühl seiner königlichen Verantwortlichkeit. Aber dieser zweiunddreißigjährige Fürst war ein Blinder seit seiner Kindheit: und die Blindheit, die ihn im Grunde zu seinem Berufe untauglich machte, versuchte er durch ein ins Unheimliche gesteigertes Bewußtsein von der Hoheit seines fürstlichen Amtes auszugleichen. So wurde sein Mangel vollends sein Verderben. Der Stolz Georgs auf seine Abkunft von einer der ältesten Dynastien Europas und seine Verwandtschaft mit dem englischen Königshause spitzte sich zu einem halb mystischen Gefühl zu, aus uraltem Welfenblute zu stammen; er lebte in genealogischen Konstruktionen, von denen die braunschweig-lüneburgischen Herzöge jahrhundertelang nicht viel gewußt hatten, denn seinem Herzen schienen gerade diese Zusammenhänge mit ihren Bildern einer glänzenden Vergangenheit das Besondere zu sein, das ihn über die andern emporhob. Wer freilich historische Vergleiche suchte, dem mochten eher andre Erinnerungen aufsteigen: es war, als ob der Tropfen Stuartblut in seinen Adern sein ganzes Wesen durchtränkte und als ob die Gespenster vergangener Jahrhunderte in der scharfen Luft der Gegenwart und auf dem Boden Niedersachsens in diesem Könige umherwandelten. Diese absolutistische Vermessenheit war sich nicht bewußt, daß auch die braunschweigisch-lüneburgischen Herzöge einst ihre Gewalt nach oben hin mit Kaiser und Reich und nach unten hin mit ihren Ständen hatten teilen müssen; sie hatte vergessen, daß die hannoversche Dynastie selbst nur über ein in der glorreichen Revolution zerbrochenes „legitimes" Recht hinweg auf den englischen Thron gelangt war. Die Forderung gar, daß diese doch auch nur historisch gewordene Macht ihre Grenzen und ihr Gesetz in den lebendigen Kräften

[1]) O. Klopp, König Georg V. von Hannover, 1878. — von Hassell II, S. 178 ff.

der Geschichte, in den Bedürfnissen der deutschen Nation finden müßte, schien ihr ein Frevel an allem göttlichen und irdischen Gesetz. Wie mußte nun die Blindheit solche Neigung verhängnisvoll steigern! Ihr war die erziehliche Erkenntnis versagt, die jeden Menschen, und auch den Selbstherrscher, auf Schritt und Tritt daran erinnert, daß das eigne Vermögen und Wollen in andern Gewalten, mit denen es sich tagtäglich reibt, seine Schranken besitzt. Nie hätten seine Vorstellungen von der Macht Hannovers so hoch steigen können, wenn er die geographische, militärische und wirtschaftliche Bedingtheit dieser Stellung mit eignen Augen hätte sehen und vergleichen können. Statt dessen gewöhnte er sich schon im täglichen Leben an Selbsttäuschung, Verheimlichung seines Leidens, Vertuschung der Abhängigkeit von seiner Umgebung, so daß sich um diese edle Natur ein Dunst von Unwahrheit wob, den die „treuen Diener" im eignen Interesse sorgfältig pflegten.

Die Verwandtschaft mancher Züge in diesem Bilde mit dem innersten Wesen Friedrich Wilhelms IV. ist unverkennbar. Der Romantiker auf dem Thron erscheint in Georg ins Bizarre und zugleich, infolge seiner Blindheit, noch viel mehr ins Tragische gesteigert. Man findet in der religiösen Auffassung ihres Berufs bei beiden Königen eine verwandte Wurzel, nur daß bei Georg alles noch viel verstiegener herauskommt: das war nicht eine Religiosität, die sich auf ein demütiges Verantwortlichkeitsgefühl vor Gott beschränkte, sondern in den Wahn persönlicher Auserwähltheit umschlug: so konnte er Gott anflehen, „daß das alte Band das welfische Herrscherhaus mit seinen Landen in vereinigter Glaubenswärme bis zu jenem Tage umschlingen möge, wo wir zusammen vor unserm göttlichen Heiland erscheinen". Bis an das Ende aller Dinge, vermeinte er, würden Haus und Staat verbunden sein. Was ihn von Friedrich Wilhelm IV. unterschied, war vor allem, daß das Mißverhältnis zwischen den wirklichen und vermeintlichen Kräften — der eignen Individualität so gut wie des Staates — bei ihm unendlich viel stärker war; auch wehte in seine Phantasiewelt kein einziger moderner und freier Zug hinein, und es fehlten die reiche Empfänglichkeit und die politische Berechnung, die den Preußenkönig immer wieder auf den Boden der Wirklichkeit stellten.

Georg kam zur Regierung in jenen Jahren der Reaktionszeit, da die Fürsten ihr Haupt wieder erhoben: nun glaubte er sich berufen, die erschütterte monarchische Gewalt zu seinem Teile wieder zu befestigen. Das sollte zugleich seinem Staate zugute kommen, denn Hannover war ihm, wie er oft aussprach, durch seine Beherrschung der Mündungen dreier großer Ströme der norddeutsche Zukunftsstaat, dem die Nordsee allein gehören mußte; er spann diesen Lieblingsgedanken noch weiter

aus, etwa wenn er zu den nach Australien ausreisenden Missionaren sagte: „Die Lage seines Reiches bekunde den Willen Gottes, daß das welfische Haus und Land mit voller Kraft tätig sein sollen, sein göttliches Wort in fremden Weltteilen auszubreiten.“ [1]) Monarchien und Höfe entwickeln, wie andre menschliche Einrichtungen, ihre besondere Art von Phraseologie: sie wirkt schädlich, wenn ihre Nichtigkeiten allzuoft an die nüchterne Wirklichkeit anstoßen, aber sie wirkt gefährlich, wenn sie dem Träger der Krone selbst Herz und Verstand durchdringen. Von welcher Seite aber man an die Persönlichkeit Georgs herantritt, immer erscheint die Phantasiewelt, in der er lebte, den in der deutschen Gegenwart wirksamen Kräften am stärksten abgewandt. Für eine Nation, die nach Einheit und Freiheit ihres staatlichen Lebens strebte, war dieser unglückliche Monarch ein extremer Gegner. So wurde im Zeitalter der deutschen Reichsgründung sein Leben zu einer ergreifenden Tragödie überlebten Gottesgnadentums, und wie einst neben dem parlamentarischen und aufstrebenden England die Prätendenten aus dem Hause Stuart standen, so wird die neue deutsche Reichsgeschichte von dem Starrsinn der Welfen begleitet werden.

Schon als Kronprinz hatte der König die Umwälzung von 1848 gemißbilligt, und jetzt war er entschlossen weiter zurückzulenken, als sein Vater mit kluger Voraussicht für möglich gehalten, und alle Einbußen königlicher Gewalt herrlicher denn je zurückzugewinnen. Mußte er da nicht auf halbem Wege dem Begehren des Adels begegnen, der auch seine verlorenen Privilegien zurückerobern wollte? Mußte es ihm nicht erwünscht sein, daß er im Augenblicke und unter dem Zeichen jenes Bundesbeschlusses vom 23. August 1851 die Regierung antrat? Sein erster Schritt war, das Ministerium Münchhausen zu entlassen und an seiner Stelle den bisherigen Bundestagsgesandten von Schele mit der Bildung eines neuen Ministeriums zu beauftragen. Schele war ein gewissenhafter und rechtlicher Mann, einer der wenigen, deren Persönlichkeit Bismarck bei seinem Eintritt in die Bundesversammlung zugesagt hatte; [2]) er war der Sohn des Staatsstreichministers von 1837, aber, dem Vater ungleich, entschlossen, alle Verfassungsänderungen, die er nach seiner konservativen Ueberzeugung für nötig hielt, auf streng gesetzmäßigem Wege durchzuführen. So bedeutet sein Ministerium

[1]) von Hassell, II, S. 183 ff.

[2]) Bismarck an Gerlach, 22. Juni 1851, nennt ihn und den Mecklenburger von Oertzen „beide grade, ehrenwerte Gentlemen, Leute ohne Falsch, die das Beste wollen für das Ganze, aber treu ihrem Fürsten; beide etwas zu peinliche Juristen für Politiker, und von nicht sehr ausgedehntem Gesichtskreise, doch ist Schele der bedeutendere von ihnen“. (Briefwechsel mit Gerlach, S. 6.)

(November 1851 bis Oktober 1853) den ehrlichen Versuch einer verfassungsmäßigen Befriedigung der ritterschaftlichen Wünsche. Er war zugleich als guter Hannoveraner nicht geneigt, eine Einmischung des Bundestags in diese innere Angelegenheit seines Staates zuzulassen. Denn gleich darauf ging der Bundestag, aufgereizt von den ritterschaftlichen Heißspornen, schon einen Schritt weiter. Der Reaktionsausschuß bezeichnete am 2. März 1852 eine Reihe von Punkten in der hannoverschen Verfassung als den bundesgesetzlichen Bestimmungen nicht entsprechend; er legte den bekannten Artikel XIII der Bundesakte (daß in jedem Bundesstaate eine landständische Verfassung bestehen sollte) dahin aus, daß folgerichtig eine repräsentative Konstitution verboten sei; und indem er an der hannoverschen Verfassung auszusetzen fand, „daß die Masse des Volkes ohne bestimmte Gliederung einen sehr wesentlichen Teil an den Wahlen und an der Vertretung nehme", forderte er die hannoversche Regierung auf, die Zusammensetzung der Kammern aufs neue zu prüfen. Schele aber beantwortete diese Note überhaupt nicht und nötigte vielmehr die beiden Mitglieder seines Ministeriums, die als entschieden ritterschaftliche Parteigänger die Kompetenz des Bundes zu solchem Vorgehen anerkannten, die Herren von Borries und von der Decken, zum Austritt. Denn zunächst stand auch König Georg ihm darin zur Seite, in der Intervention des Bundes einen Eingriff in seine monarchische Prärogative und in die Rechte des Einzelstaats zu erblicken. Aber die beiden verfassungsmäßigen Reformversuche Scheles sollten mißlingen. Seine erste Vorlage, die den Ständen in zehn Punkten die von ihm für nötig gehaltenen Verfassungsänderungen unterbreitete, schlug in dem wichtigsten Punkte, der Vertretung der Ritterschaft in der Ersten Kammer, aus historischen und Billigkeitsgründen eine provisorische Regelung dahin vor, daß die Ritter und die bäuerlichen großen Grundbesitzer fortan eine gleiche Anzahl von Abgeordneten in die Erste Kammer entsenden sollten. Die zur Erklärung aufgeforderten Ritterschaften wollten jedoch nur dann mit den vorgeschlagenen Reformen einverstanden sein, wenn ihnen die ausschließliche Repräsentation des großen Grundbesitzes in der Ersten Kammer zugebilligt würde; eines günstigen Windes in den Segeln sicher, forderten sie alles oder nichts und lehnten den Vorschlag ab (Juni 1852).

In fruchtlosen Verhandlungen suchte Schele den Ritterschaften noch weiter entgegenzukommen. Am 1. Februar 1853 schrieb Bennigsen an seinen Vater: „In politicis ist es hier sehr stille. Doch rühren sich seit einigen Wochen die Ritter wieder und unterhandeln mit Schele und Hammerstein, nachdem ihnen, wie es heißt, der österreichische Gesandte auf ihr Anfragen erwidert hat, auf ein Einschreiten des Bundes dürften

sie nicht rechnen. Schele soll ihnen, wie ich bestimmt genug hörte, 40 Stimmen in der Ersten Kammer versprochen haben. Solange übrigens die Interessen des großen Grundbesitzes von so leidenschaftlichen, unfähigen, bornierten Menschen vertreten werden, als die meisten sind, welche jetzt für die Ritterschaften zu handeln haben, wird das Ansehen des besitzenden Adels gewiß nicht zunehmen." Und am 20. März urteilte er in gleicher Weise über ein neues Stadium dieser Verhandlungen: „Von der Ministerkrisis, die wir vor einigen Wochen einmal wieder hatten, wirst Du gehört haben. Lütcken war längere Zeit hier, hat aber, als die Minister abtreten wollten, sich geweigert, das Ministerium zu übernehmen. Seit vierzehn Tagen waren die ritterschaftlichen Verständigungskommissarien hier, bis auf die Osnabrücker, die sich auf gar nichts einlassen wollten. Die andern sind auch nicht besser und so stockborniert, diesem günstig gesinnten Ministerium gegenüber, welches ihnen doch goldene Berge, namentlich 48 Stimmen in der Ersten Kammer, versprochen hat, daß sie sich nicht einmal in ihren Forderungen unter sich einigen konnten. Einstweilen sind sie vertagt bis zum 5., und am 11. sollen die Stände zusammentreten. Es wäre sehr zu wünschen, daß diese ewige Hetzerei und faktiöse Opposition ein Ende nehme. Diese Menschen rechnen aber auf die Charakterschwäche von Schele, den sie hassen und verachten zugleich. Und so ist gar kein Ende der Sache abzusehen."

Je mehr aber Schele den Rittern entgegenkam, um so höher stiegen Mißtrauen und Erbitterung auf der andern Seite, und das Ende war, daß die zweite Vorlage Scheles nun von der Zweiten Kammer rundweg abgelehnt wurde (Juni 1853). „Niemand weiß," urteilte Bennigsen damals in einem Briefe an seinen Vater vom 4. Juli, „wohin die Dinge sich wenden, eine etwaige Einmischung des Bundes wäre gewiß das größte Unglück für unser Land. Mir ist es übrigens sehr lieb, daß der Versuch einiger meiner Freunde, die hinter meinem Rücken mich für die Juristen im westlichen Bezirk hatten in die Erste Kammer wählen lassen wollen, vor zwei Monaten gescheitert ist."[1])

Die Scheleſche Verfassungsreform war somit an einen toten Punkt gelangt: der Verfassungsstreit, der in seinem Kern die Auseinandersetzung zwischen dem historisch bevorrechteten Stande, dem Adel, und dem seit 1848 in die Macht vorgedrungenen Mittelstande enthielt, war in aller Schärfe wieder aufgelebt. So sehr Schele jene historische Bedeu-

[1]) Der Ersten Kammer gehörten nach dem Landesverfassungsgesetz vom 5. September 1848 unter anderm an: „Vier Abgeordnete des Standes der Rechtsgelehrten, welche von den Richterkollegien und den Rechtsbeiständen gewählt werden sollen."

tung des Standes, dem er selbst angehörte, und dessen Erbitterung über seine völlige Ausschaltung zu würdigen wußte, so machte dieser konservative Minister sich doch kein Hehl daraus, daß ein gutes Stück jener Privilegien überlebt sei. Er schrieb dem König in dieser Krisis: „Ebenso gewiß ist es aber auch, daß dessen früheren Jahrhunderten angehörende, überwiegende Macht gebrochen ist. Durch die stehenden Heere ist das Lehnswesen gefallen, durch die Aufhebung der Hörigkeit, des Schutzrechtes und der Vertretung der Hintersassen ist die Macht des Adels in ihren wesentlichen Grundlagen erschüttert ... Wenn er gleichwohl im hiesigen Lande als bevorrechteter Geburtsstand Vorzüge besaß, welche jenen Grundlagen die Entstehung verdankten, so lag darin etwas Künstliches, welches, wie alles durch Realität nicht Getragene, keinen dauernden Bestand haben kann." [1]) Das genügte natürlich nicht den Leuten, die von ihm die Vertretung ihrer Standesinteressen verlangten, und als er ihnen weiter nachgab, rief er den Widerspruch der neuen Klasse auf, die aus ihrer Stellung verdrängt werden sollte. Um dieser Gegensätze Herr zu werden, besaß Schele nicht die Energie seiner Einsicht. Er wollte, trotz der doppelten Niederlage, noch einen neuen Versuch gesetzlicher Regelung machen, war aber zugleich — da er nun den Druck nach unten hin brauchte — nicht mehr abgeneigt, „sich dabei durch eine höfliche Anfrage und Erinnerung von seiten des Bundes unterstützen zu lassen". [2])

Inzwischen waren die extremen Tendenzen schon stärker geworden als die Vermittler. Die Adelspartei bestürmte den Bundestag und die ihr günstig gesinnten Gesandten mit Gesuchen um Einmischung und Hilfe. Schon im Januar 1853 hatte Graf Bernstorff-Gartow dem preußischen Gesandten von Bismarck in Frankfurt mit ungeheuerlicher Uebertreibung die hannoverschen Zustände als „verzweifelt und zur vollsten Revolutionierung des Landes führend" geschildert; und im September 1853 suchten die ehemaligen Minister von Borries und von der Decken Bismarck in Norderney auf und bezeichneten „ein ausschließlich ihrer Farbe entnommenes Ministerium, mit Herrn von Lütcken an der Spitze, als das einzige Mittel der Wiederherstellung der Verfassung in ihrer Gestalt vor 1848". [3]) Ja, König Georg und einzelne Minister berieten mit dem preußischen Gesandten und erwogen es schon, den Mann mit der starken Hand selbst an die Spitze der Reaktion zu stellen; dieser aber riet unbedenklich dazu, den Bund um Hilfe bei der geplanten Ver-

[1]) von Hassell, a. a. O., II, S. 255.

[2]) Bismarck an Manteuffel, 25. September 1853. (Poschinger, Preußen im Bundestage, I, S. 302.)

[3]) Ebenda.

fassungsänderung anzugehen — nicht etwa aus diabolischer Berechnung, den Staat Hannover in unabsehbare Wirren zu stürzen, sondern als konservativer Parteimann und vor allem als preußischer Politiker, denn ein reaktionäres Hannover dünkte ihm auf Preußen angewiesen und daher ein zuverlässiger Bundesgenosse zu sein.[1]) Gerade dagegen kämpfte Schele: „Von den Königreichen in Deutschland würde Hannover das erste sein, welches die Hilfe des Bundes für seine inneren Angelegenheiten in Anspruch nähme, mit andern Worten, die Hilfe der deutschen Großmächte; Hannover, welches stets seine Ehre darin gesucht und gefunden hat, zwar seine Bundespflichten getreu zu erfüllen, zugleich aber seine Unabhängigkeit sorgfältig zu wahren und Angriffen darauf kräftig zu wehren." Aber König Georg war der sich hinschleppenden Verhandlungen müde, er entließ Schele und beauftragte den Kandidaten der Ritterschaftspartei, von Lütcken,[2]) mit der Bildung eines Ministeriums. Das neue Ministerium (November 1853 bis Juli 1855), ziemlich arm an geschäftlichen und politischen Kapazitäten, war zwar fest entschlossen, die als berechtigt anerkannten Forderungen der Ritter durchzusetzen und zugleich durch Anspannung der bureaukratischen Mittel ein starkes Regiment aufzurichten, aber es war von vornherein geneigt, die Intervention des Bundes, wenn auch nicht direkt anzurufen, so doch, wenn sie ex officio geschehe, sich gefallen zu lassen. Anfangs ging Lütcken nur zögernd vor, als aber der König im April 1854 den Entschluß faßte, ohne den Ständen oder den Provinziallandschaften neue Vorlagen zu machen, die Intervention des Bundes zur Wiederherstellung der Verfassung anzurufen, fügte er sich.

In einer Denkschrift, welche die hannoversche Regierung dem Ausschuß des Bundestages am 16. November 1854 übergeben ließ, erkannte sie plötzlich an, daß die Mehrzahl der Beschwerden der Landschaften und

[1]) Hassells Urteil (II, S. 264), Bismarck sei der intellektuelle Urheber der unseligen Verfassungswirren, ist eine unsinnige Uebertreibung. Die intellektuellen Urheber waren in erster Linie die Ritterschaften und in zweiter der König. Bismarck hielt damals ein von Bacmeister mit gemäßigten Mitgliedern der ritterschaftlichen Partei zu bildendes Ministerium für besser als eines der von Borries und Decken gewünschten Farbe: „Denn jene exklusiven Herren der Ritterschaft sind mehr Partei- als Staatsmänner;" auch riet er Manteuffel, man möge sich „eines jeglichen auch nur scheinbaren Aufdringens unsrer guten Dienste und unsers Rates enthalten". Vgl. Bismarck an Gerlach vom 7. August 1855: „Ueber die Vorgänge in Hannover freue ich mich in doppelter Hinsicht, einmal, weil eine blühende Pflanzschule der Demokratie in so kontagiöser Nähe unsrer Grenzen doch etwas im Wachstum gehemmt wird, und das andremal, weil die Regierung von Hannover in nächster Zeit das Bedürfnis der Anlehnung an Preußen fühlen wird."

[2]) Vgl. über ihn S. 148.

Ritterschaften begründet sei. Während die früheren Ministerien nicht einmal die Kompetenz der Bundesversammlung hatten anerkennen wollen, unterwarf die hannoversche Regierung sich ihr jetzt in der demütigendsten Weise; durchaus im Widerspruch mit ihrem früheren Verfahren in Sachen der Provinziallandschaften erkannte sie freiwillig die Kontrolle des Bundes an. Sechzehn Jahre vorher, nach dem ersten hannoverschen Staatsstreich, waren die Regierung Ernst Augusts und die Majorität des Bundestages einmütig gewesen, das Recht der Klage und Beschwerde nur der Ständeversammlung in ihrer Gesamtheit, nicht einer einzelnen Korporation in ihr — das war damals allerdings die Stadt Osnabrück gewesen —, einzuräumen, jetzt gestand man den Provinziallandschaften und sogar ihren ritterschaftlichen Bestandteilen dieses Recht ohne weiteres zu, weil politische Berechnung alle juristischen Gründe über den Haufen warf. In dem ganzen Rechtsstreit, in dessen Formen dieser politische Machtkampf verlief, wurde häufig, und auch von beiden Seiten, zu künstlichen und unwahren Deduktionen gegriffen; aber das Schriftstück, in dem die hannoversche Regierung den Bund zur Autorisation eines Rechtsbruches anrief, übertraf sie alle, es behandelte allerdings, wie die Märzminister Stüve und Bennigsen in einer „Beleuchtung" der Denkschrift sagten, die Verfassungsfrage in einer Weise, „als ob es sich nicht um die Existenz eines Staates, um das Wohl des Königlichen Hauses, um das Schicksal vieler Hunderttausende in den wichtigsten und teuersten Lebensverhältnissen, sondern um einen gewöhnlichen Rechtsstreit über Mein und Dein, über ein geringes Zivilrecht handelte." Lütcken 'ging sogar so weit, dem Bundesausschuß zu erklären, daß bei dem Fortbestande der Verfassung von 1848 der Regierung die nötige Kraft mangele, „um den Anforderungen einer kräftigen Regierung mit einiger Sicherheit entsprechen und für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung für die Dauer einstehen zu können"; und die Erklärung der Märzminister beantwortete er dadurch, daß er dem Bundestage Stüve, Graf Bennigsen, Lehzen und Braun als eine Art Wohlfahrtsausschuß, ein stetiges Ministerkomitee denunzierte, das bei jedem Anlaß zu besonderen Konferenzen zusammentrete und mit Hilfe der parlamentarischen und demokratischen Parteien die Tätigkeit der wirklichen Minister paralysiere.

So geschah es denn, daß der Bundestag, nachdem die hannoversche Diplomatie eine fast gänzliche Einstimmigkeit herbeigeführt hatte, am 12. und 19. April 1855 die entscheidenden Beschlüsse faßte: 1. da der § 33 der Verfassung von 1848 über die künftige Ordnung der Provinziallandschaften und das darauf gegründete Gesetz über die Provinziallandschaften vom 1. August 1851 als auf verfassungsmäßigem

Wege entstanden nicht zu betrachten, vielmehr den Ritterschaften wiederum eine ihren althergebrachten Rechten entsprechende Vertretung in der Ersten Kammer einzuräumen sei, die hannoversche Regierung zu veranlassen, sofort die zum Vollzuge dieses Beschlusses nötigen Anordnungen zu treffen; 2. ein weiteres Ersuchen an die hannoversche Regierung, die Verfassung und Gesetzgebung des Königreiches einer sorgfältigen Prüfung zu unterwerfen, ihre Uebereinstimmung mit den Grundgesetzen des Bundes zu bewirken — unter Vorbehalt bundesmäßiger Einwirkung im Falle entstehender Schwierigkeiten — und seinerzeit über die Erfüllung dieses Ersuchens dem Bunde Mitteilung zu machen. Damit hatte die hannoversche Regierung den Rechtstitel von Bundes wegen zur Hand, um den ersehnten Rechtsbruch im Lande herbeizuführen. Ueber die Ausführung des zweiten Bundesbeschlusses vom 19. April kam es zwischen dem schwankenden Ministerium und dem Könige zu Mißhelligkeiten. Denn nunmehr drohten die Stände — und auf Lütcken machte das doch noch einen gewissen Eindruck —, jeden andern Weg als den der Verhandlung mit ihnen für einen Verfassungsbruch erklären zu müssen; sie verwahrten sich in einer Adresse an den König dagegen, daß die Beziehungen des Königs zum Bunde ihrem Geschäftskreise gänzlich entzogen und die Minister dadurch von der Verantwortlichkeit für das Vorgefallene entlastet würden: „dadurch würfen die Minister die Verantwortung für dasjenige, was sie getan haben, auf die geheiligte Person Eurer Majestät zurück, deren zweimal, am 9. September 1848 und am 18. November 1851, frei erteiltes Königswort dem Lande den sichersten Schutz seiner Rechte und Verfassung gewährt."

Aber schon waren die Treiber, die das Wild in die Schußlinie gejagt hatten, zur Stelle und forderten ihren Lohn. Sie hatten längst dem Könige gepredigt, daß er den Bundesbeschluß vom 19. April, ohne Neuberufung der Ständeversammlung, allein nach eignem Ermessen zur Ausführung zu bringen berufen sei. Die skrupellosen Reaktionäre siegten über ihr Werkzeug, das bisher ihre Geschäfte im Ministerium geführt hatte. So beantwortete der König die Adresse der Stände mit der Entlassung des Ministeriums Lütcken und der Berufung der extremen Adelspartei in die Staatsleitung.

Das neue Ministerium bestand ausschließlich aus Adligen. Der nominelle Präsident Graf Kielmannsegge, der bisherige Bundestagsgesandte, der den König schon in der letzten Krisis beraten hatte, führte die Finanzen mit geringer Sachkenntnis und Gewissenhaftigkeit; der Minister des Auswärtigen, Graf Platen, war ein eleganter und eitler Hofmann, der sich dem Könige bedingungslos anpaßte und sich auf diese Weise durch mehrfache Ministerialwechsel bis zur Katastrophe des

Staates auf seinem Posten behauptete; der Kultusminister von Bothmer hatte in früherer Zeit als Bundestagsgesandter eine abweichende politische Richtung vertreten; der Justizminister von der Decken, Präsident der bremischen Landschaft, hatte zu den schärfsten Vorkämpfern der Adelspartei gehört. Die eigentliche Persönlichkeit im Ministerium war der Minister des Innern von Borries, der aus einem im achtzehnten Jahrhundert geadelten Patriziergeschlecht stammte, seine Laufbahn in der Justiz der bremischen Landschaft gemacht und kurze Zeit denselben Ministerposten unter Schele bekleidet hatte, ein kleiner, beweglicher Mann von einfachen Bedürfnissen, arbeitsam und uneigennützig, von scharfem Verstande und gewandter Rednergabe, ein Fanatiker seiner Ueberzeugung. Er hatte in den letzten Jahren die Wiederherstellung der Adelsvorrechte auf das leidenschaftlichste vertreten, war aber im Grunde ein absolutistisch gerichteter Bureaukrat, der sein Ideal in der unumschränkten Erbmonarchie sah; er vor allem stellte den engen Bund dar, in den Krone, Adel und Bureaukratie getreten waren. In einem durch von Hassell bekannt gewordenen handschriftlichen „Lehrbuch der Regierungskunst aus dem regentlichen Standpunkt", das er offenbar zum persönlichen Gebrauch des Königs verfaßte, hat er den Absolutismus dieses neuen Gottesgnadentums in ein System gebracht, das den Neigungen Georgs auf das verhängnisvollste entgegenkam oder ihnen gar mit Bewußtsein angepaßt war. Da umkleidete er den Regentenberuf mit „Majestät" und „Sanktität": „Mit dieser Autorität und Sanktität muß notwendig die vollständigste Unabhängigkeit und Unverantwortlichkeit gegen irgendeine menschliche Macht in Verbindung stehen, weil jede Unterordnung mit dem Begriff der höchsten Macht in Widerspruch stehen würde. Denn wie eine jede menschliche Herrschaft kein würdigeres Vorbild finden kann als die auf Gerechtigkeit wie auf Gnade basierte göttliche Weltordnung, so sind die Eigenschaften milder Humanität und eines treuen väterlichen Sinnes die segensvollsten Herrschertugenden. In der demütigen Anerkennung, daß der Monarch einzig der göttlichen Gnade und dem Walten der göttlichen Vorsehung seine jeder menschlichen Unterordnung entbehrende hohe Stellung zu danken hat, muß sich ihm eine erhöhte Aufforderung aufdrängen, in selbsteigner strenger Nachlebung der Vorschriften des göttlichen Gesetzes seinen Untertanen in pflichttreuer Beobachtung der menschlichen Gesetze hervorzuleuchten." Die Herrscherrechte aber ermächtigen, „über Personen, Eigentum und Rechte der Gesamtheit wie der einzelnen Untertanen auf eigne Verantwortlichkeit zu disponieren", ja sogar „alle Bewohner des Staatsgebietes zum unbedingten Gehorsam gegen seinen in gesetzlicher Form kundgegebenen Willen zu verpflichten, dabei aber

zu jeder Zeit die erlassenen Gesetze mittels Ordinationen, Dispensationen und Privilegien abändern und interpretieren zu dürfen", und als Höhepunkt: „seinem in Gesetzes- oder Verordnungsform ausgesprochenen Willen nötigenfalls durch Zwang Gehorsam zu verschaffen". Also das letzte Ende dieser heimlichen Gedanken wäre eine schrankenlose Despotie gewesen, in der Idee gemildert durch die Verantwortung vor Gott und dem göttlichen Sittengesetz, aber darum um nichts weniger unberechtigt für den Träger dieser jungen Krone; und wenn man auch nicht geradeswegs auf dieses Ziel lossteuerte, so war doch jeder Schritt, wenigstens bei dem Könige, durch Vorstellungen aus dieser Sphäre bestimmt. Es begreift sich, daß manche in diesem hannoverschen Minister, der so den Wahn seines Monarchen nährte, einen neuen Strafford neben einem Karl Stuart sahen. Freilich mochte man zweifeln, ob er in der Tiefe seines Innern selber an die Irrgänge seines königlichen Herrn glaubte oder ob er nicht vielmehr sie nur deshalb bestärkte, um in ihrem Dienste seine ritterschaftlichen Parteiüberzeugungen und mehr und mehr einen bureaukratischen Absolutismus auszubilden, der sich zu allen Zeiten gut mit einem mystischen Gottesgnadentum vertragen hat.

Ehrlich war Borries insofern, als er glaubte, mit dieser Politik allein den Staat Hannover nach innen so zu befestigen, daß er nach außen hin — vor allem in dem Verhältnis zu Preußen — keine Gefährdung seiner Unabhängigkeit zu befürchten hätte. Hier lag wohl der Kern seiner politischen Ueberzeugungen: die eigentümliche Widerstandskraft dieses doch nur jungen Mittelstaates durch Stärkung aller Regierungsgewalt und durch Entfaltung aller seiner materiellen Mittel so zu erhöhen, daß er gegenüber den nationaldeutschen unitarischen Gedanken der Liberalen und auch — wenn dergleichen einmal wieder zum Vorschein kommen sollte — gegenüber der verdächtigen preußischen Eroberungslust gesichert wäre. Die Entfaltung aller materiellen Hilfskräfte des Staates wurde von ihm mit großem Geschick und unleugbaren Verdiensten in die Hand genommen; mit diesem Gedanken arbeiteten ja die Reaktionsregierungen der fünfziger Jahre, begünstigt von dem kapitalistischen Aufschwung der Epoche, überall, am erfolgreichsten das zweite Kaiserreich; und wenn schon die napoleonischen Präfekten das Gebiet der wirtschaftlichen Fürsorge für ihre Departements stets mit politischen Nebenabsichten betraten, so vereinigte Borries diese Wohlfahrts- und Wirtschaftspolitik für das ganze Land in seiner einzigen Hand, um die „Guten" zu belohnen und die „Bösen" zu strafen. Eine Staatspraxis, die, wie gesagt, für die fünfziger Jahre typisch ist; in Preußen hat Otto von Manteuffel nach ihr regiert, in

manchem dem hannoverschen Kollegen und Standesgenossen vergleichbar. Aber wieviel selbständiger steht er nach oben und nach unten! Eben damals unterbreitete er seinem König zur Bekämpfung der Staatsstreichgelüste der Extremen eine Denkschrift,[1]) die den Beweis liefert, daß dieser verschriene Reaktionsminister von den Traditionen des altpreußischen Beamtentums erfüllt und aus anderm Holze geschnitzt war als der ritterschaftliche Fanatiker in Hannover.

Das neue Regiment begann mit der Auflösung der Zweiten Kammer und einer Königlichen Verordnung vom 1. August 1855, welche — unter Veröffentlichung des Bundesbeschlusses vom 19. April — alle von dem Bunde beanstandeten Teile der Verfassung, der Städteordnung, des Wahlgesetzes und des Staatsdienergesetzes aufhob und in allen Punkten, vor allem auch in der Zusammensetzung der Ersten Kammer und dem Zensus für die Zweite Kammer, auf die Verfassung von 1840 zurückgriff, ja insofern noch weiterging als die Beanstandungen des Bundesausschusses, als sie auch eine Revision des Finanzkapitels der Verfassung in Aussicht stellte. Mit diesen Oktroyierungen war, unter der schützenden Aegide des Bundes, der Verfassungsbruch vollzogen, die Rückbildung zu dem vormärzlichen Staate Hannover angebahnt und jeder Zusammenhang mit der Entwicklung seit 1848 durchschnitten. Die Klassen, die sich jeder freiheitlichen und nationalen Entwicklung in den Weg stellten, triumphierten; in dem größten Teile des Landes aber nahm die von Haus aus ruhige Bevölkerung den Schlag mit tiefer Erbitterung auf. Selbst konservative Männer, wie Stüve, der die Zeit der Kämpfe von 1837 erneuert sah, fragten sich besorgt, zu welchem Ende das führen wolle. „Wenn es diesen Ratgebern nicht gelingt," so schrieb er im September 1856, „Königtum und Adel zugrunde zu richten, so sind beide nicht zu ruinieren, was doch zweifelhaft sein könnte."[2])

---

[1]) H. von Poschinger, Denkwürdigkeiten des Ministerpräsidenten Otto Freiherrn von Manteuffel III, S. 98–108. Es heißt dort: „Ein preußischer Monarch, der sich der Monarchie unterordnen will, darf, gleichviel ob das mit seinen Ansichten, Neigungen und Wünschen übereinstimmt, nichts tun, was den Interessen des Staates zuwiderläuft. Es würde aber den Interessen des preußischen Staates zuwiderlaufen, wenn der Monarch an die Stelle eines beschworenen Gesetzes dasjenige subjektiver Ansichten, d. h. der Laune und der Willkür, treten lassen wollte."

[2]) Auch die neuere welfische Geschichtschreibung verschließt sich nicht gegen die verhängnisvollen Wirkungen der Staatsleitung von Borries. So schreibt von Hassell II, S. 310: „Mit dem Amtsantritt des Ministeriums Kielmannsegge Borries beginnt die verhängnisvollste Periode in der Geschichte des König-

Das war die Situation, die Rudolf von Bennigsen vorfand, als er wenige Wochen nach dem Erlaß der Ordonnanz vom 1. August von seiner Pariser Reise in die Heimat zurückkehrte.[1] Hatte er unterwegs, wie wir sahen, Stimmungen gehabt, allen persönlichen politischen Ehrgeiz hinter dem Glück des Zusammenlebens mit seiner Familie zurückzustellen, so war jetzt sein Entschluß gefaßt, alles an die politische Gegenwehr gegen die rückschrittliche Vergewaltigung des Landesrechts zu setzen. Die welfische Geschichtschreibung läßt ihn in einem brennenden Ehrgeiz, der ihn angeblich verzehrt haben soll, sich in diesen Kampf stürzen. Aber die Briefe aus den vorangehenden Jahren zeigen, daß ein solches überwältigendes Gefühl, Machtdrang zu betätigen oder sich einen Namen in der Welt zu machen, von Haus aus seiner Natur fremd war; wie er schon in den Revolutionsjahren trotz sehr ausgesprochener Gesinnungen darauf verzichtet hatte, öffentlich hervorzutreten, so hatte er auch in den folgenden Jahren an sich gehalten. Nur ein erbitterter Beobachter des Verlaufes, hatte er sich darauf beschränkt, bei dem Herannahen des Staatsstreiches aus der staatsanwaltlichen Laufbahn mit ihren verlockenden Aussichten sich wieder in die unabhängigere Position des Richters zurückzuziehen.[2] In den Jahren 1853/54 sind seine politischen Urteile maßvoller und zurückhaltender als früher und im Sommer 1855 zeigte er eher zu wenig als zu viel Aktionsdrang. Das hannoversche Milieu, die Vermählung, die Beschäftigung mit den Bennigser Gutsangelegenheiten mochten in gleicher Weise in dem reifer werdenden Manne die radikalen Neigungen der früheren Jahre dämpfen.

Der Staatsstreich der hannoverschen Regierung erregte sein einst so lebhaftes politisches Interesse wieder auf das stärkste. Er stellte ihn zunächst vor die Frage, ob er noch im Staatsdienst verbleiben könne. In einem Briefe an seine Mutter vom 22. Oktober 1855 klagte er über die „schändlichen Zustände", denen man im Lande entgegengehe, und meinte: „Ich bin freilich auf alles gefaßt. Anna und ich haben sogar schon einen Plan gemacht, wenn ich im Laufe des Winters etwa den Dienst

---

reichs Hannover. Zwar konnte bei dem loyalen Sinn der Bevölkerung die Anhänglichkeit an das angestammte Herrscherhaus nicht erschüttert werden, aber das Verhalten der neuen Regierung gab der liberalen Opposition oft genug Anlaß zu berechtigten Angriffen und untergrub die Popularität des Trägers der Krone."

[1] Er hatte am 28. Juli Hannover verlassen, sich vom 1. bis 4. August in Heidelberg und vom 5. bis ca. 25. August in Paris aufgehalten und traf am 27. August wieder in der Heimat ein.

[2] Vgl. S. 214 f.

aufzugeben gezwungen würde. Es ist aber doch himmelschreiend, einstweilen — vielleicht noch auf ein Jahr hinaus — ruhig dazusehen zu müssen, wie eine Handvoll gewissenloser Menschen ein ruhiges Land, dem nichts Wesentliches fehlte zum gedeihlichen Fortschreiten, in die schrecklichste Aufregung und Verwirrung stürzen." Aber erst in sehr allmählicher Entwicklung wurden diese Pläne in ihm zur Tat. Er mußte noch stärker vorangestoßen werden. Nach seiner Natur mußte er wenigstens noch einen Versuch machen, ob sich der Kampf für das gebeugte Recht mit dem Verbleiben im Staatsdienst vereinen lasse.

So entschloß er sich zunächst, als die Regierung die Neuwahlen auf Grund des Wahlgesetzes von 1840 zum Dezember 1855 ausschrieb, sich um ein Landtagsmandat zu bewerben. Wenn jemand auf seine Entschließung einen maßgebenden Einfluß ausübte, so war es sein Freund Gottlieb Planck, der unter den Vorkämpfern des Landesrechts sich in die erste Reihe stellte und dafür eines der namhaftesten Opfer des neuen Regiments wurde. Er hatte gleich nach der Berufung des Ministeriums Borries in einer Ansprache „An meine Wähler" die Regierung beschuldigt, von vornherein auf einen Umsturz der Verfassung durch Provozierung der Einmischung des Bundestages hingearbeitet zu haben; es war auf Veranlassung von Borries Anklage gegen ihn erhoben worden, die Amtsehre der bisherigen Staatsminister in beleidigender Weise herabgewürdigt zu haben; im April 1856 wurde er von der Strafkammer des Obergerichts in Aurich zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, gleich darauf jedoch von der Berufungskammer desselben Gerichts freigesprochen.[1]) Immerhin konnte Planck nicht darauf rechnen, solange der Prozeß schwebte, für den Fall einer Neuwahl die obrigkeitliche Erlaubnis zum Eintritt in die Ständeversammlung zu erhalten. So empfahl er denn seinen Freunden in den Städten Aurich und Esens, die er bisher in der Zweiten Kammer vertreten hatte, die Wahl Rudolf von Bennigsens, der aus seiner Dienstzeit von 1850 bis 1852 dort einen guten Namen hinterlassen hatte und bei seiner bisherigen politischen Zurückhaltung vielleicht auf die Erlaubnis zum Eintritt in die Kammer rechnen durfte. Die Ostfriesen äußerten zwar anfangs Bedenken gegen die Wahl eines Mannes, der zur hannoverschen Aristokratie gehörte und ihnen äußerlich jedenfalls stets als Mitglied seines Standes erschienen war, aber Planck gab ihnen die beruhigende Versicherung, er sei trotz dieser Zugehörigkeit durchaus liberal und national gesinnt, und sein Charakter gewähre volle Sicherheit

[1]) von Hassell a. a. O. II, 1. S. 334.

dafür, daß er dieser Gesinnung immer treu bleiben werde.[1]) So kam die Wahl Bennigsens im Dezember ohne Schwierigkeiten zustande.

Aber schon in diesen Monaten mußte er durch die Verordnungen, mit denen Borries die gute Gesinnung aller Beamten zu disziplinieren begann, darüber belehrt werden, daß selbst ein Richter ein unabhängiger Volksvertreter nicht sein könne. Zumal die fortschreitende Verfolgung Plancks redete eine deutliche Sprache; er war inzwischen strafversetzt und einer Disziplinaruntersuchung unterworfen,[2]) und als er, ungebeugt durch alle Maßregeln, im März 1856 eine Schrift „Ueber die verbindliche Kraft der Verordnung vom 1. August 1855" veröffentlichte, wurde er von Dienst und Gehalt auf die Dauer von zwei Monaten suspendiert. Wenn Bennigsen bisher geglaubt hatte, in der richterlichen Stellung verhältnismäßig gegen jede Beeinträchtigung der freien Betätigung seiner staatsbürgerlichen Rechte geschützt zu sein, so sah er jetzt einen skrupellosen Einbruch in diese Rechte vor sich. Auf das tiefste war ihm das Weiterdienen verleidet. Schon bevor die Entscheidung über die Erlaubnis zu seinem Eintritt in die Ständeversammlung gefallen war, unternahm er daher ernstliche Schritte, aus dem Staatsdienst gänzlich auszuscheiden. Zur Vorbereitung schloß er am 1. Januar 1856 mit seinem Vater, der kurz zuvor seinen Abschied genommen hatte,[3]) einen Vertrag, kraft dessen dieser ihm gegen eine Rente das kurz zuvor allodifizierte Familiengut Bennigsen abtrat.[4])

---

[1]) Sehr gefällige Mitteilung von Exzellenz Planck.

[2]) Es versteht sich, daß Planck der schärfsten polizeilichen Ueberwachung unterstand. In den nächsten Jahren ging das sogar so weit, daß während seines Badeaufenthaltes in Norderney der Gendarm am Ufer auf und ab patrouillierte, solange Planck in der See badete. Auf diese Vorgänge beziehen sich Bennigsens Angriffe in einer Kammerrede vom 2. Februar 1858: „Wir würden wahrscheinlich auch mit weniger Gendarmen auskommen können, wenn die Gendarmen nicht häufig zu polizeilichen Zwecken verwandt würden, zu denen sie gar nicht dienen sollen, z. B. zur Ueberwachung liberaler Mitglieder der Ständeversammlung, zur wochenlangen Ueberwachung eines ausgezeichneten Mitgliedes unsrer Gerichte hinsichtlich seiner Korrespondenz, Aeußerungen, Handlungen auf einer in der Nordsee belegenen einsamen Insel. Die Verwendung der Gendarmerie zu solcher politischen Spionage könne unmöglich zur Besserung des Korps beitragen."

[3]) Er war im Sommer 1855 mit den Seinen zunächst nach Hildesheim übergesiedelt.

[4]) Es gehörte zur Lebensarbeit Karl von Bennigsens, den Grundbesitz seiner Familie, der in seiner Jugend durch die politischen Wirren und durch schlechte Wirtschaft äußerst gefährdet gewesen und schließlich 1810 dem Konkurs verfallen war, zu entlasten und wiederherzustellen. Nachdem er schon in den nächsten Jahrzehnten die Konkurssumme durch jährliche Abtragungen um ein Drittel getilgt hatte, brachte er — seit 1830 Senior der Familie — es dazu,

Er hatte diese Besitzübertragung vor allem in der Absicht betrieben, sich für den Fall der Aufgabe des Staatsdienstes freie Hand und einen eignen Wirkungskreis zu schaffen. Am liebsten hätte er sofort seinen Abschied genommen und sich auf die Uebernahme der Wirtschaft praktisch und theoretisch vorbereitet. Schon im Februar 1856 schrieb er darüber:[1]) „Dieser Grundbesitz ist reichlich groß genug, mir volle Beschäftigung zu gewähren. Ich habe mich daher entschlossen, den Staatsdienst in diesem Herbste oder kommenden Frühjahr aufzugeben und dann spätestens zum 1. Juni 1859, wo die Pacht mit dem Konduktor Deetjen abläuft, nach Bennigsen zu ziehen und Landwirt zu werden. Vielleicht tritt der Pächter mir auch schon 1857 oder 1858 das Gut ab, worüber ich bereits mit ihm in Unterhandlung stehe. Da hier eine landwirtschaftliche Akademie seit kurzem eingerichtet

---

daß im Jahr 1834 die auf 50000 Reichstaler Gold geschätzten Güter Bennigsen und Arnum mit der Hälfte dieser Summe in den ritterschaftlich kalenbergischen Kreditverein treten konnten, so daß der Konkurs damit sein Ende erreichte; in diesem Jahre verpachtete er Bennigsen dem Pächter Bernhard Deetjen, zunächst bis 1847, dann auf weitere zwölf Jahre. Er gewann durch Auseinandersetzung mit der Gemeinde Bennigsen einen günstigen Anteil an der Feldmark, refutierte die Patrimonialgerichtsbarkeit, die dem Gute zustand, gemäß dem Gesetze vom 13. März 1821 der hannoverschen Lehnskammer und verminderte die Schuld bei der Kreditkasse noch weiter (nicht völlig, wie S. 61 irrtümlich bemerkt ist). So konnte er, da sich inzwischen erhebliche Lehnskapitalien angesammelt hatten und der Wert des Besitzes erheblich gestiegen war, im Jahre 1850 daran denken, die wegen der schwierigen Verhältnisse bisher verschobene Auseinandersetzung mit seinem jüngeren Bruder Rudolf vorzunehmen. Es kam nach längeren Verhandlungen, an denen auch sein Sohn Rudolf erheblich beteiligt war, am 6. November/7. Dezember 1852 zu einem Teilungsvertrag zwischen den beiden Brüdern. In diesem Vertrage übernahm er selbst das Rittergut Bennigsen mit den dazugehörigen Forsten, Gefällen und Gerechtigkeiten, während der jüngere Bruder eine Anzahl von Streuparzellen, den Rest des Ritterguts Arnum und einen entsprechenden Betrag der inzwischen aufgelaufenen Lehnskapitalien erhielt. Schon bei diesen langwierigen Verhandlungen hatte dem Vater sein Sohn Rudolf geschäftlich sehr zur Seite gestanden; in dem Briefwechsel, den er in diesen Jahren mit dem Vater führte, nehmen die Teilungs- und Gutsangelegenheiten bei weitem den größten Raum ein, und gerade Rudolf hatte seinen Vater gedrängt, das Gut, auf das dieser als älterer Bruder nach Familienherkommen an sich kein Anrecht hatte, zu erwerben, da er mit seinen Angelegenheiten vertrauter sei, in Hannover wurzle und obendrein durch die langjährige erfolgreiche Vermögensverwaltung wohl zu einer Bevorzugung berechtigt sei. Während der Beschäftigung mit diesen Angelegenheiten, die ihn häufig nach Bennigsen führten, hatte Rudolf sich mehr und mehr mit dem Gedanken vertraut gemacht, selbst einmal das Gut zu übernehmen.

[1]) Bennigsen an seinen Schwager L. von Leonhardi, 26. Februar 1856.

ist, wird mir das Erlernen der Landwirtschaft sehr erleichtert.[1]) Die richterliche Tätigkeit, welche mir schon seit Jahren keine rechte Befriedigung gewährte, ist mir durch unsre jetzigen Landesverhältnisse so verleidet, daß ich sehr froh bin, durch meinen Vater Gelegenheit erhalten zu haben, zu einer andern Beschäftigung übergehen zu können." Der Vater, der die radikalen Ansichten des Sohnes immer mit einiger Sorge verfolgt hatte, hegte die Hoffnung, daß diese neuen Lebenspläne ihn von der Politik gänzlich abführen möchten, während der Sohn in Wirklichkeit die unabhängige Stellung als Gutsbesitzer ergriff, um sich der dem Beamten so gut wie verschlossenen Politik widmen zu können. So heißt es in einem Briefe des Vaters: „Die ernste Beschäftigung mit der Oekonomie und der Anwachs der Familie[2]) werden ihn hoffentlich der Politik immer mehr entfremden. Mit jedem Jahr hat er sich mehr dem Zentrum genähert, und er ist, wenn auch nicht in seinen Aeußerungen, doch in seinem Aeußern eine aristokratische Erscheinung. In dieser Hinsicht ist er Herrn von Vincke nicht unähnlich. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß er wie dieser eine scharfe Kritik entwickeln würde, wenn er mit seinem anerkannten Rednertalent auf der Tribüne stände. Das Ministerium will ihn nicht dazu kommen lassen, denn nachdem Rudolf von der Stadt Aurich zur Zweiten Ständekammer gewählt worden ist, hält die Regierung den Urlaub zum Eintritt wahrscheinlich ganz zurück."

Am 2. April 1856 wurde die Ständeversammlung eröffnet. Wenige Tage vorher erst — damit eine rechtzeitige Ersatzwahl verhindert würde! — schlug die Regierung dem Obergerichtsassessor von Bennigsen die (nach dem oktroyierten Wahlgesetz erforderliche) Erlaubnis zum Eintritt ohne Angabe von Gründen ab.[3]) „Mir ist das," so schrieb er seinem Vater, „aufrichtig gesagt, nicht unlieb; daß ich infolge ständischer Tätigkeit voraussichtlich meine jetzige Stelle verloren und allerlei Unannehmlichkeiten gehabt haben würde, wäre mir freilich ziemlich gleichgültig gewesen. Ich hätte jedoch, wie einige politische Freunde mir das auch zugedacht zu haben scheinen, bei der Zusammensetzung der

[1]) Unter Bennigsens Papieren befinden sich ein paar Notizbücher mit Nachschriften nach landwirtschaftlichen Vorlesungen an der Universität Göttingen, z. B. einem Kolleg über Wiesenbau bei Professor Griepenkerl, im Sommer 1856.

[2]) Am 25. Februar war ihm der älteste Sohn Erich geboren worden.

[3]) Vorries machte aus dem Zustandekommen der Wahl dem Landdrost von Marschalck einen besonderen Vorwurf. Auch gegen andre Mitglieder der Opposition, gegen den Bürgermeister Stüve von Osnabrück, den Bürgermeister Neubourg von Stade, und eine Reihe mißliebiger Beamter wandte die Regierung das Mittel der Urlaubsverweigerung an, um die wenig befriedigende Zusammensetzung der Kammer etwas zu verbessern.

Zweiten Kammer und meiner Auffassung der Landeszustände leicht genötigt sein können, eine Art Führer der entschiedenen Opposition abzugeben. Dazu würde mir wahrscheinlich das Talent, jedenfalls aber die nötige Erfahrung und Kenntnis gemangelt haben; und ich wäre vielleicht, ohne wesentlich dem Lande zu nutzen, in eine geschrobene und unhaltbare Stellung geraten. — Zu hoffen bleibt noch immer, daß Bennigsen und Münchhausen [1]) Ernst machen und, auf die Gefahr einer sofortigen Auflösung der Kammer hin, einen entschiedenen Versuch machen, dies erbärmliche Ministerium zu stürzen. Die persönlichen Wünsche des Königs wegen Erhöhung seiner Dotation und Ausscheidung von Domänen lassen immerhin eine Möglichkeit, wenn es gelingt, wahrscheinlich zu machen, daß auf dem jetzigen Wege dergleichen Wünsche nie realisiert würden, wohl aber die Erlangung derselben als Preis gleichsam für die Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes in Aussicht stünde. Traurig genug ist es freilich, daß der Schutz von Verfassung und Recht durch solche Velleitäten bedingt ist. Wie man aber bei dem fortdauernden Druck äußerer Verhältnisse auf anderm Wege, als indem man den Egoismus des Königs ködert, etwas Entscheidendes erreichen will, sehe ich nicht ab." [2])

Mit dieser Entscheidung der Regierung war allem Zögern Bennigsens ein Ende gemacht. Er entschloß sich jetzt, seinen Austritt aus dem Staatsdienst zu verwirklichen, und bestimmte ihn auf Mitte August des Jahres 1856. [3]) Während des Sommers hörte er landwirtschaftliche Kollegia in Göttingen und beschäftigte sich mit der landwirtschaftlichen Fachliteratur. Am 5. Juli schrieb er seiner Schwester Luise von Leonhardi: „Ueber meine Zukunft ist so ziemlich alles fest bestimmt. In etwa sechs Wochen werde ich meinen Abschied einreichen und dann, wenn Deetjen nicht früher von Bennigsen herunterzutreiben ist, noch anderthalb

[1]) Die Exminister Graf Alexander von Bennigsen (1848/50) und Alexander von Münchhausen (1850/51), die von den Städten Osnabrück bezw. Stade in die Zweite Kammer gewählt worden waren.

[2]) Bennigsen an seinen Vater, 31. März 1856.

[3]) Nach einer Notiz in der Familienchronik kaufte Bennigsen im Frühjahr 1856 das in der Nähe von Hoya belegene kleine Gut Straußwerder an der Weser, um, wie es heißt, die daran geknüpfte landschaftliche Stimme führen zu können. Ob er daran dachte, als Mitglied der hoyischen Ritterschaft (zu der auch die sog. Freien gehörten, die nicht auf ritterschaftlichem Standpunkt standen) womöglich als deren Deputierter in die Erste Kammer entsandt zu werden? Wenn dieser Gedanke wirklich in ihm auftauchte, mußte er jedenfalls bald vor der Erkenntnis zurücktreten, daß der Kampf gegen das neue Regime nicht von dem Boden der privilegierten Ersten Kammer, sondern nur von der Volksvertretung in der Zweiten Kammer geführt werden konnte. Er verkaufte Straußwerder schon im nächsten Jahre wieder.

Jahre hier Landwirtschaft erlernen und dann vielleicht ein Jahr mit Anna nach Hastenbeck ziehen, um da die Landwirtschaft praktisch zu treiben. Ich freue mich schon jetzt sehr auf meine künftige unabhängige Stellung und Tätigkeit. Bei unsern jetzigen widerlichen Zuständen war mir doch alle Aussicht auf eine größere Tätigkeit im Staatsdienste auf lange Jahre abgeschnitten; und meine augenblickliche Beschäftigung als Richter, die ich überhaupt nur meiner politischen Ansichten wegen gewählt hatte, befriedigte mich so wenig, daß ich den Tag segnen will, wo ich sie abschütteln kann."

Während des Herbstes hielt er sich auf dem Redenschen Gute Hastenbeck auf, um bei dem Pächter desselben die erste Einführung in die landwirtschaftliche Praxis zu genießen. Manchmal freilich mit Unterbrechungen. So heißt es in den Briefen an seine Frau: „. . . Um 6 Uhr in Hannover angelangt, begab ich mich alsbald in das Theater, wo mit großem Luxus eine alte Raimundsche Zauberposse mit faustdicker Moral, ‚Der Bauer als Millionär', zu Ehren des Geburtstages des Kronprinzen neu in Szene gesetzt, zum zweitenmal aufgeführt ward. Ein überfülltes Theaterpublikum — worunter auch 700 Vaterlandsverteidiger mit Freibilletten — lauschten dem blödsinnigen Zeuge mit Andacht. Auch der Kronprinz oder, wie ihn der König bei der Fahnenweihe am vergangenen Sonntage genannt hat, ‚der angestammte Kriegsherr und Oberbefehlshaber der Garden', geruhten mit Allerhöchstem Wohlgefallen auf Herrn von Lehmanns Späße und die verschiedenen herumfliegenden und -fahrenden Genien herniederzublicken. Mir wurde jedoch von dem scheußlichen Unsinn nach zwei Akten so übel, daß ich mich mit Ferdinand Rudloff in das Viktoriahotel flüchtete." [1]) Oder: „Dieser Tage, wo Herr Meyer (der Pächter von Hastenbeck) fort war, ist es mit den Fortschritten in der Landwirtschaft nur mäßig gewesen. Ich habe sogar, weil es zu langweilig ist, immer über Feldbestellung und Mist zu lesen, Schillers Geschichte des Dreißigjährigen Krieges und einiges andre von Schiller gelesen. Diese Nacht aber ist Herr Meyer wieder zurückgekommen, und der Kursus hat wieder begonnen. Eben komme ich von einem zweistündigen, belehrenden Spaziergange mit ihm zurück, und nach Tisch wird wieder hinausgegangen. Die Pageln, welche das Glück hat, unser Postillon d'amour zu sein, hat sich bereits eingefunden. Es würde ungalant sein, diese ehrwürdige Dame des Dorfs zu lange warten zu lassen. Alles Zärtliche, was mir daher in der Feder stecken geblieben ist, mein geliebtes Frauchen, verspreche ich am Sonntag nachzuholen. Am Freitag be-

[1]) An seine Frau, 26. September 1856.

absichtige ich nämlich abzureisen, und zwei Tage rechne ich auf Hannover oder Hildesheim. Es müßten denn in Hannover ganz verführerische Stücke gegeben werden, wo es auch Montag werden könnte mit der Rückkehr. Wenn man einmal in Hannover ist, kann man wohl noch einen Tag zugeben zu guten Zwecken. So leichtfertig und weitläufig, wie mich Sylvie machen will, bin ich aber doch noch nicht, daß ich aus der Landwirtschaft von hier nach Hannover in den ‚Faust' laufe. Hoffentlich hast Du Deinen ‚herrlichen Gatten' (gehorsamer Diener!) richtiger taxiert. Der Brief des Pastoren, dessen Inhalt Deine weibliche Neugierde in Bewegung gesetzt hat, behandelte den Plan zu einem Dorflesezirkel, zu dessen Grundlage ich einige Taler, wie gewünscht wird, mit Vergnügen beisteuern werde. Besinne Dich doch einmal mit Sylvie auf gute, zugleich belehrende und unterhaltende Bücher für eine solche Bauernbibliothek. Vielleicht hast Du selbst noch etwas Dahineinschlagendes, was Du entbehren könntest. Der ganze Plan gefällt mir wohl. Nur hoffe ich, daß der Pastor nicht zu viel Erbauendes auswählt, wozu mir die Predigt und Seelsorge besser zu passen scheinen." [1])

Rudolf von Bennigsen stand an einem Wendepunkte seines Lebens. Er wußte gut genug, daß es auch für ihn selbst sich um mehr handelte als um das erbauliche Geschäft kleinstaatlicher Kammeropposition. Als er vierzig Jahre später vom öffentlichen Leben Abschied nahm, sprach er sich, in einer Rede vom 15. Januar 1895, rückblickend über die Motive aus, die ihn damals in die politische Laufbahn getrieben hatten:

„Als 1856 die Kammer aufgelöst wurde wegen der Opposition, die in ihrer Mitte war, wurde ich auf Wunsch der Minister selbst und auf Anraten meiner Freunde darüber schlüssig, den Staatsdienst aufzugeben, um mich dem öffentlichen Leben, zunächst der Vertretung der gefährdeten, zum Teil gebrochenen Staatsrechte der Hannoveraner zu widmen. Das war damals für mich ein schwerer Entschluß; ich brach eigentlich mit meiner ganzen Vergangenheit, mit meinem ganzen sozialen Umgang, denn damals war der Gegensatz zwischen Adel und Bürgertum ganz anders als heute. Ich mußte in schroffen Gegensatz zu meinen Standesgenossen treten, wollte ich mich der Vertretung der bürgerlichen Rechte widmen; ich mußte mich zweifellos, wie es ja auch eingetreten ist, in vollen Widerspruch setzen mit der Staatsregierung und dem Könige von Hannover. Ich habe damals als junger Mann, ich war zweiunddreißig Jahre alt, diesen Entschluß gefaßt, weil ich mir sagte:

[1]) An seine Frau, Oktober 1856.

Endlich muß doch mal die Zeit wiederkommen, wo gegenüber der seit der Niederwerfung der Bewegung von 1848 siegreichen Reaktion in fast ganz Deutschland die bürgerlichen Rechte wieder zur Geltung kommen. Endlich muß die Zeit kommen und glückliche Umstände, wo es gelingt, die unterbrochene und einstweilen gestörte nationale Bewegung von 1848/49 des Frankfurter Parlaments wieder aufzunehmen und Deutschland eine solche politische Verfassung zu geben, wie ein so großes Volk sie nach seiner ganzen Beschaffenheit verdient. Ich habe damals mit einer Reihe politischer Freunde den Kampf für die hannoverschen Verfassungsrechte wieder aufgenommen. Die Reaktion lastete so schwer, mit solchem Alp auf ganz Deutschland, daß es nirgends ein politisches Leben mehr gab. Wir waren die ersten, die einen ernsten Ansturm gegen die siegreiche Reaktion in Hannover versuchten. Aber allein für Hannover und die Rechte der hannoverschen Staatsbürger hätte ich doch vielleicht nicht diesen Schritt getan. Ich erinnere mich wie heute, daß ich damals mit meinen Freunden Miquel, Planck und Albrecht[1]) alle Gründe für und gegen besprochen und ihnen gesagt habe: ‚Ich bin entschlossen, ich will in die hannoversche Kammer eintreten; ich will brechen mit meiner ganzen Stellung, aber nur, wenn ihr bereit seid, die nationale Bewegung aufzunehmen und für die große deutsche Nation einzutreten.‘“[2])

Zwei Freunde standen an der Wiege der politischen Laufbahn Bennigsens: Gotlieb Planck, den er schon seit Jahren als Freund, fast den einzigen unter den hannoverschen Beamten, verehrte, und Johannes Miquel, mit dem er erst neuerdings, seit der Uebersiedlung nach Göttingen, in vertrauten Verkehr getreten war: auf der einen Seite der hervorragende Jurist, der den politischen Kampf gegen die

[1]) Obergerichtsanwalt in Hannover und Mitglied der Zweiten Kammer; auch im Nationalverein Mitkämpfer Bennigsens. In den siebziger Jahren Mitglied des Oberverwaltungsgerichts in Berlin und nationalliberaler Reichstagsabgeordneter.

[2]) Aehnlich in einer Rede an seinem siebzigsten Geburtstage: „Das kann ich wohl sagen: gleich im ersten Augenblick, wo in mir der Entschluß reifte, meine Stellung als richterlicher Beamter aufzugeben, womit zugleich meine Stellung innerhalb der mächtigen Adelsklasse in Hannover mindestens sehr gefährdet wurde, habe ich mit meinen Freunden Planck und Miquel mich ganz offen darüber verständigt: lediglich für einen Kampf gegen die hannoversche Misere würde ich das nicht getan haben, sondern nur in der Absicht, die Arbeit von 1848 wieder aufzunehmen, sowie sich dazu irgendeine Gelegenheit böte und wir dazu den Boden und die nötigen Verbindungen in Deutschland gefunden hätten. Dazu haben mich diese beiden, Planck und Miquel, noch ganz besonders angeregt und aufgemuntert.“ (Adolf Kiepert, Rudolf von Bennigsen, S. 172 f.)

hannoversche Reaktion mit juristischen Waffen wie einen großen Rechtsstreit führte, auf der andern Seite das spezifisch politische Talent — vielleicht das größte, das der deutsche Liberalismus zweiter Generation hervorgebracht hat. Ein Dreibund von Freunden, der damals im schwarzen Buche der hannoverschen Machthaber stand, aber in das Buch der Geschichte der neuen deutschen Reichsgründung mit Ehren seine Namen geschrieben hat. Vor allem die Lebensläufe von Bennigsen und Miquel beginnen von nun an in eigentümlicher Parallele zu verlaufen, um ein jeder auf seine Weise und doch fast immer in eigentümlicher Verbindung sich mit den Geschicken des deutschen Volkes zu verflechten. Wohl waren sie so verschieden wie nur möglich, schon nach Herkunft, Lebensführung und Auftreten: der junge Edelmann, mit manchen äußeren und inneren Gaben des Führenden ausgestattet, äußerlich zurückhaltend, nur dem Vertrauten die beweglichen Stimmungen seines Temperamentes öffnend, mehr in allgemeinen Ideen und Betrachtungen lebend als auf das Handeln gestellt, und dieser junge, ehrgeizige und kluge Göttinger Advokat mit den dämonischen Augen und gefurchten Zügen, der schon als Student mit Karl Marx korrespondiert und wirklich in sich etwas von dem Demagogen hatte, als den die hannoversche Regierung Planck zu Unrecht verfolgte. Gleiche Gesinnung verband sie, und gerade die Verschiedenheit ihrer Naturen, das Gefühl, daß sie einander ergänzten, mochte dieses Band nur noch enger knüpfen. Miquel hat die politischen Ueberzeugungen Bennigsens nirgends bestimmt, aber er mochte ihm Sporn und Stachel sein, er mochte ihm von dem Feuer seiner eignen Seele mitteilen. So sind sie in den Göttinger Jahren von 1855 bis 1858 einander nahegetreten, in mancher Besprechung oder auch auf gemeinsamen Wanderungen.[1])

[1]) Am 3. Juni 1857 schreibt Bennigsen an seine Frau: „Seit Sonntag laufe ich mit Miquel im Thüringer Walde umher. Schönes Wetter, herrliche Natur, heitere Menschen, festliche Pfingststimmung auf allen Bergen und in allen Kneipen lassen uns die Zeit rasch verstreichen. Die Fußtouren sind so schön, dazu so bequem, daß ich mir alle Augenblick fest vornehme, meine liebe Gattin, welche ich so oft schmerzlich vermisse, bei nächster Gelegenheit in diese prächtigen Wälder zu führen. Immer fiel mir dabei das Berner Oberland wieder ein, welches ich zum zweiten Male in so seliger Stimmung durchreiste und meiner holden Braut zeigen konnte. So, hoffe ich, werden wir auch diese stolzen Fichtenwälder und wundervollen grünen Wiesenteppiche binnen kurzem noch einmal zusammen durchwandeln und uns dieses herrlichen Stückes deutschen Vaterlandes gemeinschaftlich freuen. ... Zu meiner großen Freude traf ich auch Gottlieb Planck in Göttingen, welcher noch auf vierzehn Tage seine Eltern zu besuchen Erlaubnis hat, nachdem Langenbeck dieses für die Gesundheit seines Vaters durchaus notwendig erklärt hat. ... Daß Du schon hier und nicht aus Göttingen Nachricht erhältst, ist dem ‚Oberwühler' Miquel zuzuschreiben ..."

Inzwischen waren die öffentlichen Angelegenheiten Hannovers in ein neues Stadium getreten. Nachdem die Stände wegen ihres Widerstrebens gegen die Oktroyierung vertagt worden waren, hatte eine königliche Verordnung das Finanzkapitel von 1848 aufgehoben und an seiner Stelle das von 1840 wiederhergestellt. Eine Proklamation vom 2. November löste den alten Landtag auf und ordnete Neuwahlen zum 15. Januar 1857 an.

Als freier Mann nahm Bennigsen nunmehr den Wahlkampf mit Lebhaftigkeit auf. Die Regierungspresse bemühte sich, die Existenz eines geheimen Wahlkomitees zu denunzieren, das die früheren Minister Graf Bennigsen, Braun, Windthorst, die Anwälte Albrecht, Bauermeister, Miquel, von der Horst, Oppermann, der Gutsbesitzer R. von Bennigsen, Dr. Schläger, Dr. Eichholz und Schatzrat Merkel bilden sollten; in Wirklichkeit hat dieses Komitee nie existiert, wenngleich einige von ihnen, darunter Bennigsen, eine Besprechung in Hannover zur Organisation der Wahlbewegung hatten. Er schrieb einmal in dieser Zeit an seinen Vater:[1]) „Ich muß mich morgen wegen unsrer leidigen politischen Zustände wieder einmal auf Reisen begeben — zum Aerger von Anna, welche von meiner politischen Tätigkeit nichts wissen will und um so mehr alles für kostspieligen Schwindel erklärt, weil ich nicht berechtigt bin, ihr viel Detail von meinen Unternehmungen mitzuteilen. Ob ich in die Zweite Kammer gewählt werde, ist übrigens keineswegs sicher, da die Regierung die erheblichsten Anstrengungen macht, jeden unabhängigen Menschen durch Wahlintrigen und Bedrohungen aus der Kammer fernzuhalten. Uebrigens läßt es die Opposition, in der jetzt alle politischen Parteien im Lande — abgesehen vom Hofadel und dem abhängigen Beamtentum — zusammenwirken, an Tätigkeit dieses Mal auch nicht fehlen. Leider sind uns fast überall die Hände gebunden. Durch die Presse, größere Versammlungen u. s. w. ist fast gar nicht möglich zu wirken. Die Indignation über die Persönlichkeiten der jetzigen Machthaber und ihre willkürlichen Maßregeln ist jedoch allmählich so groß geworden — zu meiner Freude sogar in ritterschaftlichen Kreisen —, daß ich die Hoffnung nicht aufgebe, durch die nächsten Kammerverhandlungen dies heillose Regime gestürzt zu sehen."

Bennigsen wurde — obgleich er zu seiner politischen Empfehlung eigentlich nicht viel mehr aufzuweisen hatte als die Urlaubsverweigerung der Regierung bei den vorigen Wahlen — dieses Mal an zwei Stellen gewählt. Zunächst in Göttingen, wo Miquel, kurz zuvor zum Mitglied des Bürgervorsteher- (Stadtverordneten-) Kollegiums gewählt, seinen

[1]) Bennigsen an seinen Vater, 9. Dezember 1856.

ganzen städtischen Einfluß in die Wagschale warf.[1]) Miquel war es, der am 15. Januar den Wahlsieg des Freundes von der Treppe des Göttinger Rathauses verkündete.[2]) Der Göttinger Magistrat hatte unter dem Druck des Ministers heftig gegen die Wahl gearbeitet und suchte den Eindruck beim Könige durch eine Beteuerung seiner guten Gesinnung zu verwischen.

Die zweite Wahl erfolgte in dem Wahlkreise der kleinen Städte des Wendlandes, Lüchow, Dannenberg und Hitzacker, also in einer Gegend, in der Bennigsen die ersten Jahre hannoverschen Staatsdienstes (1846 bis Anfang 1848) verbracht hatte. Vermutlich war hier der Einfluß seines vor kurzem nach Dannenberg strafversetzten Freundes Planck für ihn wirksam gewesen; der Gegenkandidat war der Amtmann von der Decken zu Lüchow, der ganz im Stile des Regime Borries für den Fall der Wahl von Deputierten, „von denen bekannt, daß sie prinzipmäßig zur sog. Oppositionspartei gehören", die Wähler mit Repressivmaßregeln, Verlegung des Sitzes eines Obergerichts, eines Gerichts, eines Amts drohte: „dadurch würde im wohlverstandenen Interesse des Staats der Verkehr getreuer Untertanen mit einer ungetreuen Stadt wenn nicht ganz aufgehoben, so doch beschränkt, damit würde im wohlverstandenen Interesse des Staates verringert die Gefahr, daß das Gift ungetreuer Gesinnung gegen den Landesherrn und Landesvater immer mehr und mehr um sich greife," wobei er, um ganz deutlich zu werden, die Zerstörung der Stadt Bardewyk durch „Heinrich den Löwen, den großen Ahnherrn unsers Königs", einfließen ließ: „sie war ungetreu ihrem Landesherrn; ihr geschah ihr Recht." So wurde das übermütige Wort Bismarcks[3]) von der Vertilgung der großen Städte vom Erdboden auch auf die biederen Einwohner eines Landstädtchens im Wahlkampfe praktisch angewandt. Neben Göttingen und Dannenberg war Bennigsen auch in der Stadt Hannover aufgestellt worden; wenngleich er hier nicht durchdrang, so empfand die Regierung nach dem persönlichen Eingreifen des Königs es als sehr peinlich, daß

[1]) In dem Notizbuch der Tante Minna von Jonquières, die in der ersten Hälfte des Januar bei Bennigsen und seiner Frau in Göttingen zu Besuch war, heißt es betrübt: „Rudolf umherreisend im Lande, um sich zu den Ständen wählen zu lassen. Oberwühler M(iquel). Meine Sorgen deshalb." Daraus sprachen auch wohl die Sorgen der Gattin.

[2]) Auch die Universität, auf die der Minister von Borries persönlich einen Druck bei der Wahl des ihr zustehenden Mitgliedes der Ersten Kammer auszuüben versucht hatte, war fest geblieben und hatte ihre Stimme auf Empfehlung Bennigsens dessen Freunde, dem Grafen Bremer, einem unabhängigen Manne, der hernach die Wahl nicht annahm, gegeben.

[3]) Im preußischen Abgeordnetenhaus am 22. März 1852.

er nur mit wenigen Stimmen hinter dem genehmen Kandidaten zurückblieb und als Ersatzmann gewählt wurde.[1])

Trotz aller Regierungskünste war die Majorität, auf die das Ministerium Borries in der Zweiten Kammer zählen konnte, nur gering: es wurden gegen etwa 40 regierungsfreundliche Kandidaten etwa 30 oppositionelle gewählt. Aber die Regierung verstand auch diese Minorität noch erheblich zu verringern. Das Mittel der Urlaubsverweigerung für mißliebige Beamte wurde durch eine Erfindung von Borries erweitert: die Ausdehnung der Regierungserlaubnis auch auf ehemalige Beamte. Zwei Tage vor dem Wahltermin erschien eine „Ausführungsverordnung" zum Staatsdienergesetz vom 8. Mai 1852 und zum Verfassungsgesetz von 1840, die vermöge einer halsbrecherischen Interpretation auch die pensionierten Staatsdiener als Staatsdiener behandelte und den Chefs ihrer Departements unterordnete, somit die ehemaligen Minister, welche ein Ruhegehalt bezogen, der unmittelbaren Dienstherrlichkeit des Königs unterstellte und ihre Teilnahme an der Ständeversammlung von der königlichen Erlaubnis abhängig machte.[2])

[1]) Vgl. „Zeitung für Norddeutschland" vom 17. Januar 1856.

[2]) In dem neuen Staatsdienergesetz von 1858 wurde der Inhalt jener Verordnung von 1857 in der Bestimmung: „Königliche Diener, welche Ruhegehalt oder Wartegeld aus königlichen Kassen beziehen, gelten fortwährend als königliche Diener" gesetzlich fixiert. In der Debatte vom 23. April 1858 kam Bennigsen noch einmal auf die rein politischen Motive jener durch das frühere Staatsdienergesetz rechtlich nicht begründeten Verordnung zurück. „Der Ausschluß dieser Persönlichkeiten sei gar nicht gerechtfertigt, noch dazu, wenn sie sich so hohe Verdienste um das Land erworben haben. Er erinnere die ländlichen Deputierten daran, daß sie in Stüve den Vater ihrer Selbständigkeit und ihrer jetzigen Stellung verehren müssen, vorzugsweise infolge seiner rastlosen Bemühungen für das Ablösungswesen in den dreißiger Jahren. Er erinnere sowohl die ländlichen als auch die städtischen Vertreter daran, daß sie den sämtlichen fraglichen Persönlichkeiten die Ausbildung größerer Kommunalrechte, die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens, Schwurgericht, Amtsvertretung u. s. w., eine Regelung des ganzen Finanzhaushalts zum Segen des ganzen Landes verdanken, wie sie — wenigstens bis vor zwei Jahren — anerkanntermaßen in keinem andern deutschen Staate bestand. Wenn man nicht geradezu die neuerdings beabsichtigten und eingeführten Abänderungen so gestalten wollte, daß sie sich der Teilnahme des Volkes nicht erfreuen könnten, sondern den hartnäckigsten Widerstand finden müßten, so war es allein richtig, jene Männer unbedingt zu den Beratungen zuzulassen, denen die höchste Erkenntnis jener Verhältnisse zuzuschreiben war und die zu beurteilen vermochten, inwiefern es wünschenswert erscheinen mußte, mit Vermeidung von Einseitigkeiten das Wesentliche des Bisherigen beizubehalten und mit schonender Hand abzuändern, wo die Hast der Zeit etwas vielleicht nicht vollkommen Entsprechendes eingeführt hatte. Sie hatten auch bereits bewiesen, daß sie bereit waren, zu einem solchen Verfahren mit maßvoller Haltung die Hand zu bieten, mit einer maßvollen

Der Zweck der Verordnung war, den in die Kammer gewählten ehemaligen Ministern Graf Bennigsen, Stüve, Braun (1848/50), von Münchhausen (Ministerpräsident 1850/51) und Windthorst (Mitglied des Ministeriums Schele 1851/53) den Eintritt unmöglich zu machen.

So wurde vor allem der Mann, dessen Geschick die verhältnismäßig ruhige Hindurchführung Hannovers durch die Stürme der Revolution zu danken war, von neuem ausgestoßen; und mit ihm die übrigen, alle gute Hannoveraner — man denke nur an Münchhausen, der im ersten Norddeutschen Reichstage von 1867 gegen die Annexion protestierte, ferner an die ganze spätere politische Arbeit Windthorsts! —, aber zugleich gemäßigte Liberale, von deren Rechtsgefühl zu erwarten gewesen wäre, daß sie sich der Oktroyierung energisch in den Weg gestellt haben würden. Als wenn das Land so reich an politischen Talenten gewesen wäre, daß man eine Anzahl der Besten ohne weiteres ausschließen durfte! Mit aller Schärfe setzte Bennigsen sich nachher für das Recht von Männern ein, mit deren politischen Ansichten er keineswegs übereinstimmte, und wies auf das Außergewöhnliche der Maßregel hin, die so auffallend sei, daß fremde Beamte und Diplomaten, denen man sie erzähle, die Wahrheit der Erzählung nicht haben glauben wollen. Was in andern Staaten Rechtens sei, das sehe man in Preußen, dem man doch gewiß nicht vorwerfen werde, daß es eine nach französischer Schablone zugeschnittene Verfassung besitze; dort habe ein Minister aus dem Jahre 1848, der Graf Schwerin, lange an der Spitze der Opposition gestanden; nun sei man vielleicht der Ansicht, jene Männer hätten sich einer prinzipiellen und systematischen Opposition hingegeben, und man sei deshalb genötigt gewesen, sie auszuschließen; er müsse das jedoch entschieden in Abrede stellen, und wenn man mit dem Betragen jener Männer das andrer vergleiche, die teils im Ministerium sich befanden, teils noch in demselben sich befinden, so würde man denen seines Erachtens mit weit größerem Rechte jenen Vorwurf haben machen können.

Aber die Regierung verfügte noch über weitere Mittel. Die fünf bäuerlichen Abgeordneten Ostfrieslands wurden nicht einberufen, weil bei der Wahl ein Formfehler vorgekommen war, und die Vornahme der Neuwahl wurde nach Möglichkeit hinausgezögert. Einem der städtischen ostfriesischen Abgeordneten, dem in Emden gewählten Konsul Brons, wurde der Eintritt verweigert, weil er als Mennonit nicht einer der nach der Verfassung vorgeschriebenen „anerkannten christlichen Kirchen" angehörte; eine gänzlich neue Interpretation, die Bennigsen bei seinem

Haltung, wie er sie sich unter den vorliegenden Umständen nicht würde haben aneignen können."

ersten parlamentarischen Auftreten am 14. Februar 1857 an den Pranger stellte. Einem andern der ostfriesischen städtischen Abgeordneten, dem in Esens und Aurich gewählten Anwalt von der Horst, wurde der Eintritt versagt, weil er im vorigen Herbst in der Zweiten Kammer eine allgemeine Verwahrung gegen die Rechtsgültigkeit der Königlichen Verordnung vom 1. August 1855 zu Protokoll gegeben hatte und nach der ministeriellen Auffassung eine solche Verwahrung mit der Stellung eines Deputierten unvereinbar war. In seiner ersten größeren Rede in der Kammer am 25. Februar wies Bennigsen darauf hin, daß in einer Zeit, „wo die Ansichten noch immer so schwankend, wo die achtbarsten Leute mit ihren früheren Erklärungen in Widerspruch, wo der Rechtszustand in Deutschland erst wieder in einer Neubildung begriffen sei", eine solche zur Verteidigung des alten Rechtszustandes erlassene Verwahrung nicht politisch mundtot machen könne. Und mit schonungsloser Ironie stellte er diejenigen Mitglieder des Ministeriums an den Pranger, die im Jahre 1849 in Wahlmanifesten gegen die Wiederkehr „des alten Bundestages, des alten Regiments mit seiner Bevormundungswirtschaft und Vielregiererei" zu kämpfen feierlich gelobt hatten;[1]) und mit ihnen die Mitglieder der Regierungspartei, die sich im

[1]) Rede Bennigsens vom 25. Februar 1857: Habe doch beispielsweise ein Mitglied des jetzigen Ministeriums am 25. Juni 1849, als nach Abschluß des sog. Dreikönigsbündnisses mit Preußen und Sachsen hier im Lande zu dem Unionsparlamente gewählt werden sollte, mit sämtlichen Präsidenten, mit einem Dutzend Oberappellationsräten und den angesehensten und konservativsten Bewohnern von Celle ein Wahlmanifest erlassen, worin es nach einer Hervorhebung und Darlegung der aus einer Union mit Preußen erwachsenden Vorteile, mit der fettesten und stärksten Schrift gedruckt heißt: „Es soll nicht der alte Bundestag, nicht das alte Regiment mit seiner Bevormundungswirtschaft und Vielregiererei zurückgeführt werden: solchem Beginnen, woher es auch kommen möchte, würden wir im Verein mit allen Gutgesinnten kräftig entgegentreten." Man habe dennoch keinen Anstoß genommen, diesen Mann — den Herrn Minister von Bothmer — wenige Jahre nachher von hier aus zu der restaurierten alten Bundesversammlung abzuordnen, und in Frankfurt habe man keineswegs verlangt, daß er vor seinem Eintritt seine früheren Erklärungen und Protestationen gegen die Wiederherstellung des Bundestags widerrufen solle. Haben wir es nicht sogar erlebt — und der Fall ist noch bezeichnender —, daß dieses selbe Mitglied der gegenwärtigen Regierung im Jahre 1851, nachdem es auf Grund der Verfassung von 1848 in die Erste Kammer eingetreten war, bei Gelegenheit der Verhandlung der provinziallandschaftlichen Frage gegen den § 33 eben jener Verfassung einen Protest erhob. Er machte dabei freilich eine sehr feine Unterscheidung zwischen seiner Eigenschaft als Rittergutsbesitzer und Deputierter, indem er nach Ausweis des Landtagsblattes äußerte: Er nehme teil an den Verhandlungen nicht als Landstand des Fürstentums Lüneburg, denn als solcher betrachte er das, was hier verhandelt sei, als nichtig, er nehme teil als Deputierter der Geistlichkeit, und da könne er, ohne die Rechte seiner Korporation zu vergeben, teilnehmen.

Jahre 1848 mit Ehre und Gewissen auf die konstitutionelle Monarchie auf volkstümlicher Grundlage festgelegt hatten und nun zu behenden Gehilfen des Regimes Borries geworden waren.[1]) So führte er den Nachweis, daß allein seine Partei die Kontinuität der Rechtsordnung für sich in Anspruch nehmen dürfe, während gerade die politischen Antezedenzien der Reaktionäre die Unsittlichkeit jenes Ausschlusses und den Widersinn ihrer vermeintlichen Rechtsargumente bewiesen.

Durch alle jene Kunstgriffe hatte die Regierung die Provinz, in der sie am wenigsten auf Anhänger rechnen konnte, ihrer Vertretung so gut wie beraubt und die Minorität ihrer Gegner in der Kammer auf 18 Abgeordnete herabgedrückt. Aber sie hatte sich von neuem ins Unrecht gesetzt und durch jene Ausschließungen Rudolf von Bennigsen den Weg zu seiner parlamentarischen Laufbahn geebnet. Die zumeist aus Bauern und einzelnen Bürgermeistern bestehende Opposition, aus der die geachteten Namen der alten Liberalen verschwunden waren, schien so gut wie führerlos: das war die Rechnung der Regierung gewesen. So fiel ihre Führung Bennigsen mühelos in die Hand; obgleich er keine parlamentarische Erfahrung und, wie er selbst kurz zuvor zugestanden, auch noch nicht die für die Führerstellung notwendige allumfassende Sachkenntnis besaß, erwarb er das alles, weil er mußte; bald ein neuer Typus der hannoverschen Opposition, der adlige Bauernführer, wie Stüve ihn nicht hatte in der Zweiten Kammer sehen wollen, in seinem persönlichen Auftreten, in Erscheinung und Empfindung ganz ein Sohn der Klasse, deren Vorherrschaft in Hannover er bekämpfte, aber in seinen Ueberzeugungen radikaler als jene alten liberalen Größen, die er zu ersetzen bestimmt war. Auch die hannoversche Opposition trat unter und mit ihm in ein neues Stadium.

---

[1]) Bennigsens Rede vom 25. Februar 1857: Es handle sich hier um die Ausschließung eines Gewählten, der sich die Verteidigung der Verfassung von 1848 gegen einseitige Abänderungen der Regierung zur Pflicht gemacht habe. Nun habe beispielsweise das geehrte Mitglied für Nienburg in einem von ihm und einem andern Herrn unterzeichneten Wahlmanifest vom 27. Dezember 1848, also mehrere Monate nach Erlaß der Verfassungsänderungen vom September 1848, erklärt: „Wir sind unbedingt für eine konstitutionelle Monarchie auf volkstümlicher Grundlage. Wir wollen Sicherung der persönlichen Freiheit und Realisierung aller Verheißungen der Regierungen zum Wohle des Volkes und des einzelnen, namentlich (unter anderm): Vollständige Revision des Landesverfassungsgesetzes im Sinne der konstitutionellen Monarchie auf volkstümlicher Grundlage und sichere Garantie dafür. Wir werden alle Maßregeln der Regierung, die unsrer Ueberzeugung nach das Wohl des Volkes zu fördern geeignet sind, unbedingt unterstützen, aber auch entschieden dagegen anstreben, wo wir das Gegenteil annehmen müssen. Treu, fest und uneigennützig werden wir als Ehrenmänner hiernach handeln."

Beim Beginn des Kampfes äußerte der alte Stüve: „Das einzige, was offenbleibe, sei Detailopposition, die auch vielleicht sehr erfolglos sei; das sei die Schule der jungen Leute, aber für einen Sechziger wenig gemacht; daß es ihnen schwer werde, möge wahr sein, allein sie müßten sich durcharbeiten; sollte es gar an Kräften, die das Nötigste leisteten, fehlen, so wäre das nur ein Beweis, daß die ganze Verfassung nicht für Hannover tauge.“ [1]) Damit war Bennigsens Tätigkeit im voraus umschrieben. Während er später, auf der Höhe seiner parlamentarischen Wirksamkeit, es nicht liebte, häufig rednerisch hervorzutreten, sondern den Kleinkampf andern überließ, war in den ersten Jahren die Detailopposition seine Sache. Seine Führerstellung brachte ihn in unaufhörliche Zusammenstöße mit dem Minister Borries, der auch ein gewandter Redner war; indem er sich so in der Kunst der schlagfertigen Debatte und der scharfen Invektive schulte, brachte er in den langweilig gemessenen Ton der hannoverschen Landtagsstube eine Musik hinein, die man bald als unerhört empfand. So wurde der Name des parlamentarischen Neulings fast von den ersten Tagen an ein Panier. [2]) Die erste Session, an der er sich beteiligte (Februar und März 1857), erscheint noch als ein kurzes Vorspiel: in der nächsten Session (Februar bis Juli 1858) führte er unbestritten.

In dem von Robert Prutz herausgegebenen „Deutschen Museum“ sagt eine Zuschrift aus Hannover vom 27. Mai 1858: „Bis die erregte Bevölkerung ihren Gefühlen auf diese nachdrücklichste Weise (durch allgemeine Neuwahlen) Luft zu machen imstande ist, verschafft sie sich eine kleine Genugtuung mit allerhand bald sinnigen, bald lediglich gutgemeinten Kundgebungen für die standhafte Linke und vor allem für deren Führer Herrn von Bennigsen. In den Anzeigenspalten unsrer Zeitungen hagelt es Gedichte zu seinem Lobe; eine Dorfglocke wird auf seinen Namen getauft; in allen Teilen des Königreichs versammeln sich Gleichgesinnte zu dem einzigen Zwecke, ihn zu feiern, dessen wohlverwendete Beredsamkeit von einem Tage zum andern die Zuhörerräume der Kammer füllt, und unter den Bauern der hauptstädtischen Umgegend ist von den wertvollsten Ehrengeschenken die Rede. [3]) Schneller als je

[1]) Brief vom 6. Februar 1857.

[2]) Seine Angehörigen trugen das von Anfang nicht leicht. Ein Brief der Mutter von 1858 klagt: „Gestern begann die Ständeversammlung und der Name Bennigsen wird wohl oft sich vernehmbar machen. Die Zustände sind derart in Hannover, daß eine Opposition sein muß, aber daß mein Sohn Hauptführer mit ist, bellage ich doch um so mehr, da kein wirklicher Nutzen davon sein wird.“

[3]) Zum Beispiel „Zeitung für Norddeutschland“, 9. März 1859: Ueberreichung eines Ehrengeschenks (silberner Becher) und einer Adresse; 24. März: desgleichen;

in Deutschland ständische Redner ist Herr von Bennigsen in seinem engeren Vaterlande eine volkstümliche Persönlichkeit und über Hannovers Grenzen hinaus berühmt geworden. Um eine volkstümliche Persönlichkeit zu werden, hat er allerdings zuerst in einer das Volk in seinen Massen so sehr zur Seite schiebenden Zeit handelnd auftreten müssen. In seiner Erscheinung und seinem äußeren Wesen ist Rudolf von Bennigsen vollständiger Edelmann. Von jedem Adelsstolz frei und in der inneren Teilnahme seines Geistes sogar bis zu den untersten Schichten der Gesellschaft früh hinabgestiegen, hält er doch wenigstens an den gesellschaftlichen Vorrechten und Unterschieden der Bildung fest. Seine Unfähigkeit, sich ohne Zwang und Auffallen herabzulassen, wird dem Führer einer vorwiegend aus Bauern bestehenden Partei zu einem entschiedenen Mangel angerechnet. Aber es ist der einzige. Seine unvergleichlich geläufige, zum Angriff immer bereite, scharfe, immer edle und nicht selten glänzende Beredsamkeit ist durchaus nicht alles, was das Vaterland an ihm mit Freuden und Dank erkennen muß. Er macht diese schöne Gabe entschieden und unbedingt den höheren Zwecken seiner staatsmännischen Tätigkeit dienstbar, da er viel zu bescheiden oder vielmehr zu ernst, männlich und gehalten ist, um die rednerischen Erfolge eitel zu suchen. Den denkwürdigsten und erfreulichsten Beweis hiervon legte er in den beiden ausgezeichneten Reden ab, die er gegen die Ausschließung der ehemaligen Minister aus der Ständeversammlung hielt, deren Anwesenheit seinem eignen Licht doch zu einiger, wenn auch sicher nicht zu völliger Verdunkelung gereichen würde. Ein angehender Staatsmann von reifer, ruhiger Ueberlegung und weitem Blick, ein wachsamer Parteiführer, ist Herr von Bennigsen ebenso tüchtig als Rechtskenner. Dem empirischen Minister des Innern steht er in der vollen Ueberlegenheit des wissenschaftlich und philosophisch durchgebildeten, daher auch an allen Interessen der Bildung aufrichtig teilnehmenden Mannes gegenüber; mit einem leidlich erfahrenen und gewürfelten Beamten kämpft da ersichtlich der echte Staatsmann."

Während sich Bennigsen so eine feste Stellung und Verehrung bei seinen Gesinnungsgenossen fast mit einem Schlage erworben hatte, wurde von der Gegenpartei alles getan, um den unbequemen Führer der Oppositionspartei zu isolieren. Von solchen Bemühungen erzählt

30. Mai: Taufe eines Schiffs in Papenburg auf den Namen Rudolf von Bennigsen. Von den Einwohnern aus dem Kalenbergischen und Hildesheimischen wurden ihm ein großer silberner Pokal und zwei große silberne Leuchter, aus der Umgegend von Hameln ein kleinerer Pokal, aus Ostfriesland ein vollständiges silbernes Kaffeeservice, aus dem Osnabrückischen und den bremischen Marschen Adressen dargebracht.

ein Brief Bennigsens an seine Frau vom 27. Februar 1858: „Nach einer Mitteilung von Miquel hat der Magistrat von Göttingen eine Loyalitäts- und Dankadresse an den König abgesendet und in derselben ‚prinzipielle Opposition' (worunter wohl die meinige vorzugsweise zu verstehen sein wird) gemißbilligt. Die Bürgervorsteher haben sich geweigert, mitzuunterschreiben. Jetzt ist nun eine heillose Agitation im Gange, zahllose Unterschriften sind bereits gesammelt unter der Bürgerschaft, jedoch mehr in den unteren Klassen (Professoren und gebildete Bürger haben sich geweigert) für eine loyale Adresse an den König. Dieser Schritt ist direkt oder indirekt gegen meine Wahl gerichtet, läßt mich aber scheußlich kalt. Solche Manoeuvres weiß ich nach ihrem wahren Werte zu schätzen."

Freilich waren nicht alle seine Angriffe sachlich gleich berechtigt: der Führer einer Opposition muß eben jeden einzelnen Mißgriff als Folge eines falschen Systems an den Pranger stellen und unaufhörlich Gelegenheiten dazu erspähen, er wird jede materielle Forderung der Regierung als unerträgliche Belastung bekämpfen und in jedem gesetzgeberischen Schritt die Punkte herausgreifen, die ein Stück des herrschenden Systems sind. Es bleibt nicht aus, daß dabei zuweilen mit Kanonen auf Spatzen geschossen wird. Die stete Fechterstellung verführt zu unüberlegten Ausfällen und zu eignen Blößen: aber es kommt darauf an, daß der Speer nicht aus der Hand gelegt wird. Wenn nach dem Verfassungsbruch von 1837 das Land bald wieder in bequemen Schlummer gefallen war, mußte jetzt das politische Gewissen des Volkes in täglichem Gefecht lebendig und kampflustig erhalten werden. Wer die Gesamtheit der Reden Bennigsens im hannoverschen Landtage überblickt, wird sogar ein Bild erhalten, das zu viel dunkle Töne enthält und darum ungerecht wirkt: es ist unleugbar, daß er selbst in den siebziger und achtziger Jahren objektiver geurteilt hat. Freilich, wenn die Welfen heute etwa auf den Gegensatz hinweisen zwischen dem Bennigsen, der dem hannoverschen Staat 1857/58 jede Ausgabe für Kasernenbauten verweigerte, und dem nationalliberalen Führer und seine Haltung gegenüber den Militärvorlagen des Reiches, so vergessen sie, daß es sich gerade bei derartigen Bewilligungen um die Gesamtheit des politischen Systems handelt, dem das Volk Opfer zu bringen hat. Parlamentarische Kritik als Selbstzweck ist unfruchtbar: anders, wenn sie nur als Mittel dient, einen andern Zustand wirksam vorzubereiten.

Für Bennigsen waren von vornherein diese ganzen Landtagskämpfe nicht Selbstzweck. In den Debatten entwickelte er vor allem die Fähigkeit, den kleinen Streitpunkt in großen und weiten Ausblicken zu einer allgemeineren Betrachtung hinauszuführen, alle diese kleinen hannoverschen

Dinge anzuknüpfen an die allgemeinen deutschen Entscheidungen, von denen ihr Geschick in letzter Hand abhing, sich zurückzuwenden zu der großen Umwälzung vor zehn Jahren und hinauszublicken in die künftige Gestaltung des Gesamtvaterlandes.

Als der Deputierte Pastor Ernst behauptete, die Verfassung von 1848 sei dem König abgezwungen worden wie dem Wanderer von Räubern, die ihm die Pistole auf die Brust setzen, die Börse, solch Tun müsse den Zorn Gottes über das Volk bringen, antwortete Bennigsen:[1] „Es sei freilich nichts Neues, daß Theologen sich selbst als diejenigen darstellen, welche allein den Zorn und das Gericht Gottes zu verwalten haben. Das Land aber könne nach seiner Ansicht ruhig abwarten, ob der Zorn des Allerhöchsten wegen der Verfassung von 1848 auf uns laste, ob das, was die kleinen Nachfolger eines großen Apostels aus der Stelle eines seiner Briefe hergeleitet hätten, auch für die inzwischen durchaus veränderten Kulturzustände passe. Aber gegen die Behauptung müsse er unsern höchstseligen König verwahren, als ob er sich zu der Verfassung von 1848 habe zwingen lassen wie ein Wanderer, dem ein Räuber seine Börse mit geladener Pistole abzwinge. Nirgendwo sei es im Jahre 1848 so ruhig hergegangen wie hier im Königreich Hannover: die kleine Störung in der Stadt Hildesheim abgerechnet, sei hier die Ruhe vollkommen aufrechterhalten. Und gerade als ein großes Verdienst des höchstseligen Königs sowie der Männer, welche das Märzministerium bildeten, sei es anzusehen, daß sie trotz so schwieriger Verhältnisse, trotz des heftigen Andranges von innen und außen dennoch Ordnung und Ruhe vollkommen aufrechterhielten. Wie könne man da von einem einem räuberischen Anfalle vergleichbaren Zwange reden! Wer die politische Geschichte, die historische Entwicklung der politischen Verhältnisse kenne, werde wissen, daß der Inhaber der Gewalt nie ohne einen gewissen Drang freiwillig sich dazu verstehe, seine Macht oder einen Teil derselben dem Lande oder einer Partei abzutreten. Wenn man derartige zwingende Verhältnisse als ein Unrecht auffasse, so hebe man damit die Möglichkeit aller geschichtlichen Entwicklung der rechtlichen und politischen Verhältnisse, jeden legalen Fortschritt auf, man gebe sich dem Dogma unpraktischer Stubengelehrter hin, demzufolge lediglich die Gewalt des Stärkeren über den Schwächeren bestimmend sei. Der Herr Vorredner habe von einer Aenderung der politischen Stimmung in unserm Lande und von Lethargie gesprochen. Es sei indes notorisch, daß die Stimmung des Landes an und für sich keineswegs eine andre als bisher geworden; eine Ermattung sei leider

[1] Bei der dritten Beratung des Finanzkapitels am 18. März 1857.

eingetreten, weil die Hoffnung auf irgendwelchen politischen Erfolg sehr verringert sei. Es sei in Deutschland durch die Vorgänge der letzten Jahre ganz klar geworden, daß unsre Mittelstaaten eine selbständige Existenz und politische Entwicklung nicht besitzen; wir haben zwar ein Recht in unsrer Verfassung, aber es stehe lediglich auf dem Papiere; wir sind nicht in der Lage, es gegen Angriffe von innen oder außen wirksam zu verteidigen. Wer hier herrsche und die Macht führe, werde nicht hier entschieden, sondern durch die Großmächte von Frankfurt aus. Er habe schon früher hervorgehoben, daß in Frankfurt, wo politische Instruktionen entscheidend seien, das Recht der letzte Gesichtspunkt bei den zu treffenden Bestimmungen sei."

Als die Regierung das sog. Tumultgesetz einbrachte, in dem das Gesetz von 1848 über die Verpflichtung der Gemeinden zum Ersatz des bei Aufläufen verursachten Schadens aufgehoben und das Institut der Bürgerwehren abgeschafft wurde, trat Bennigsen in energischer Weise für die Erhaltung der Bürgerwehren ein: „Das Institut beruhe darauf, daß der Bürger berufen sei, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Solle das in bewegten Zeiten, die jeden Augenblick wiederkehren können, ermöglicht werden, so müßten die Bürger sich auch in einem organisierten Bewaffnungszustande befinden. Es sei hervorgehoben, daß, wenn solche Zustände, von denen wir alle wünschen, daß sie so nicht wiederkehren mögen, wie sie aus Frankreich 1848 hierherkamen, wieder einträten, sofort von der Regierung Anordnungen getroffen werden würden, wodurch der Ausbruch der Volksleidenschaft würde gehindert werden. Ein solcher Gesichtspunkt könne aber in keiner Weise beruhigen: denn wir haben hier 1848 das Schauspiel erlebt, daß die größten Regierungen und die allerweisesten Minister den Kopf verloren gegenüber dem Andrängen der Volkshaufen, und wer stehe dafür, daß das nicht in zukünftigen Fällen wieder ebenso sein werde? Es sei sehr wichtig, gerade bei dem ersten Ausbruch von Exzessen sofort geeignete Gegenmittel zur Hand zu haben und nicht erst neue Anordnungen und Gesetze machen zu müssen. Allerdings scheine das Institut der Bürgerwehr in neuerer Zeit in gewissem Grade unpraktisch geworden zu sein, es sei eine gewisse Abnahme in der Beteiligung an derselben zu bemerken. Jedoch sollte eine weise Regierung nicht allein auf den Augenblick, sondern weiter hinaus auch auf die Zukunft denken, und da möchten denn doch wohl wieder Fälle eintreten können, wo die Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe sehr schwierig sei. Für solche Fälle müsse doch immer wieder die Ausführung des Grundsatzes zu Hilfe genommen werden, daß die Erhaltung der Ruhe Gemeingut und Gemeinverpflichtung aller Bürger sei, und jene Ausführung könne nicht anders eintreten,

als wenn den Bürgern Waffen in die Hand gegeben werden, daß sie sich in den Waffen üben, um nötigenfalls damit einschreiten zu können. „Von Borries habe darauf hingewiesen, daß die Bürgerwehren in Zukunft vielleicht für andre Zwecke benutzt werden könnten. Er habe sich nicht ganz klar darüber ausgedrückt, er (Redner) wolle es aber klarer machen. Man glaube von gewissen Seiten, die Bürgerwehren könnten möglicherweise ihre Waffen nicht bloß gegen Tumulte des Pöbels, sondern gegen die Regierung selbst kehren. Wenn man aber das befürchte, wenn man selbst glaube, daß die Regierung so wenig Vertrauen im Volke genieße, daß man sich scheuen müsse, Waffen in den Händen der Bürger zu sehen, dann werde doch alles gar nichts helfen. Vielleicht werde eine solche Regierung nicht einmal in ruhigen Zeiten ihr Dasein fristen, bei unruhigen Zeiten aber noch viel weniger, mögen solche Zeiten nun aus Italien oder Frankreich oder aus der Mitte Deutschlands selbst zu uns kommen. Das einzige wahre Mittel, tumultuösen Bewegungen entgegenzuarbeiten, bestehe darin, daß man im Bürger Liebe zu dem Gemeinwesen, wahren Bürgersinn erwecke; auf ihre bureaukratische Organisation könne sich für solche Zeiten keine Regierung verlassen." [1])

Eine der Regierungsforderungen betraf die Neuregelung der ständischen Mitwirkung bei den Finanzen. Die Ordnung der Finanzen hatte auch in Hannover in den Verfassungskämpfen der letzten Generation im Mittelpunkt gestanden und somit auch die wechselnden Phasen dieser Verfassungskämpfe wie in einem Spiegelbilde begleitet. Das Staatsgrundgesetz von 1833 hatte dem bisherigen finanziellen Dualismus zwischen der landesherrlichen Kammerkasse (Königliche Generalkasse) und der ständischen Steuerkasse (Generalsteuerkasse) ein Ende gemacht und die Kassenvereinigung durchgeführt, die finanziellen Bewilligungs- und Kontrollrechte der Stände und die staatlichen Bedürfnisse und die Dotation der Krone in musterhafter Weise gegeneinander abgegrenzt. [2]) Dann hatte das Landesverfassungsgesetz von 1840 die Kassentrennung wiederhergestellt und die ständische Mitwirkung auf die Landeskasse beschränkt; die ungünstigen Ergebnisse hatten dazu beigetragen, daß in der Verfassungsnovelle vom 5. September 1848 nicht bloß die Kassenvereinigung wiederhergestellt, sondern auch die Gewährung der Krondotation in Gelde festgelegt und die Mitwirkung der Provinziallandschaften an den Schatzkollegien beseitigt wurde. Das Finanzkapitel der

[1]) 24. März 1857.

[2]) So urteilt E. von Meier I, S. 414: „Keine andre Verfassung der Zeit und überhaupt keine andre Verfassung hat ein so vernünftiges Finanzkapitel aufzuweisen wie das Staatsgrundgesetz in den §§ 139—146."

Verfassungsnovelle von 1848 hatte nichts an sich, was auf revolutionären Ursprung hindeutete, so daß selbst der Bundestagsausschuß nichts zu erinnern fand. Trotzdem hob die Regierung durch Verordnung vom 7. September 1856 das Finanzkapitel von 1848 auf und führte statt dessen das Finanzkapitel des Landesverfassungsgesetzes von 1848 wieder ein; sie bestand jedoch der allgemeinen Stimmung der Stände gegenüber diesmal nicht auf der längst als unpraktisch erwiesenen Kassentrennung, sondern legte den Nachdruck auf eine neue Verteilung der Ausgaben zwischen der Königlichen und der Landeskasse, mit andern Worten eine Erhöhung der Königlichen Dotation und Beschaffung dieser Dotation ausschließlich aus dem Ertrage eines ausgeschiedenen Krondomaniums. Das war der Inhalt des Entwurfs des Finanzkapitels vom 24. Februar 1857. Die königliche Bedarfssumme war aber nicht nach dem wirklichen Ertrage dieser Domänen, sondern durch eine Kommission nach einem zwanzigjährigen Ertragsdurchschnitt berechnet; da dieser hinter dem wirklichen Ertrage erheblich zurückblieb, so ergab sich daraus eine erhebliche Steigerung der Krondotation. [1])

So war die alte verfassungsrechtliche Kampffrage zwar ausgeschieden, Bennigsen aber riet trotzdem zur Ablehnung, auf die Gefahr hin, daß die Regierung zur Kassentrennung zurückgreife. In seiner ersten Rede vom 12. März 1857 legte er den Nachdruck auf die Einschränkungen, die das Bewilligungsrecht der Stände erfahren hatte, erst in der nächsten Session erwählte er sich das noch dankbarere Angriffsobjekt: die Art der Ausmittlung des Reinertrags der ausgeschiedenen Domänen auf dem Wege des zwanzigjährigen Durchschnitts. Am 12. März 1857 erklärte er: „Statt an der Zustimmung der Ständeversammlung festzuhalten, habe man den Ausweg eingeschlagen, den Reinertrag durch acht Kommissarien, vier von der Regierung, zwei von jeder Kammer erwählt, ausmitteln zu lassen. Er müsse die Männer bedauern, welche für die Ständeversammlung bei einem so schwierigen Werke von ungeheurer Verantwortlichkeit mitzuwirken haben, und könne sich sehr wohl denken, daß durch die Verhältnisse sich ein Druck auf dieselben ausüben lasse, welcher eine richtige Ausführung des Geschäfts unmöglich mache. Das alte Bewilligungsrecht der deutschen Stände sei im Entwurf sehr beschnitten und sogar der Ausdruck Bewilligung entfernt. Es sei durchaus wesentlich, daß die Ständeversammlung die Möglichkeit habe, auf eine dem Zweck der Bewilligung entsprechende Verwendung der Ausgaben hinzuwirken. Wo aber Ausgaben im ganzen für ganze Dienstzweige bewilligt würden, ohne Bestimmung einer Zahl der Angestellten

[1]) Vgl. darüber das gediegene Werk von Lehzen, Hannovers Staatshaushalt II, S. 1 ff., und Miquel, Das neue hannoversche Finanzgesetz, 1861.

und eines Durchschnitts der Besoldung, da hänge es von der Regierung ab, die Mittel auf eine den Absichten der Stände widersprechende Art zu verwenden, und alle Beamten geraten in eine unbedingte Abhängigkeit von dem Belieben des jeweiligen Ministers. Ein Schatzkollegium sei zur wirksamen Ueberwachung des Staatshaushalts durchaus notwendig, damit auch außerhalb der Versammlungszeit der Stände Männer vorhanden seien, welche durch andauernde Tätigkeit zur genauen Prüfung von Finanzgegenständen befähigt und durch ihre Stellung vorzugsweise zur Wahrung der ständischen Interessen verpflichtet seien. Die bisherige Einrichtung habe diese Möglichkeit gewährt, indem die Schatzräte an der Beratung der höchsten Steuerkollegien teilnahmen und dadurch eine Kenntnis des Details erhalten konnten, welche allein dagegen sichere, daß ihnen von kundiger Seite ein falsches Bild von den Zuständen vorgemalt werde. Gegenwärtig sollten aber die Schatzräte aus den Steuerbehörden entfernt werden, und infolge davon werde es in der Ständeversammlung an Männern fehlen, welche den sehr sachkundigen Mitgliedern aus dem Finanzministerium mit gleicher Beherrschung des Stoffes entgegentreten könnten. Aber auch dabei habe sich Königliche Regierung nicht beruhigt; sie habe das königliche Bestätigungsrecht der Schatzräte in den Entwurf aufgenommen, obwohl der in der Verordnung vom 7. September 1856 als Grund angegebene Eintritt derselben in Königliche Behörden wegfallen solle. Dieses Recht der Bestätigung bei Männern, welche ständische Rechte wahren sollen, könne daher keinen Grund haben, als die Ständeversammlung in der freien Auswahl unter den Befähigten zu beschränken. . . . Er sei unter diesen Umständen zweifelhaft darüber, ob eine solche Kassenvereinigung vor der Kassentrennung den Vorzug verdiene, zumal da ein sehr großer Teil des Domaniums als Krondotation ausgeschieden werden solle.

„Es sei davon gesprochen, daß das Ansehen der Krone bestärkt werden müsse, um die tätige Umsturzpartei im Zaume zu halten. Aber wo im Lande sei von solcher Partei etwas zu sehen? Es sei davon gesprochen, daß ein endlicher Abschluß des Verfassungskampfes notwendig sei. Aber er möchte fragen, wer den Streit begonnen habe. Das Land habe seit dem Jahre 1848, wo hier allein in gesetzlicher Weise die Kontinuität des Rechts aufrechterhalten worden, jahrelang in Beobachtung der Gesetze, in Eintracht der Bevölkerung und in gedeihlichen Finanzzuständen gelebt. Aber wer habe jahrelang gegen jedes Ministerium in Denkschriften und Beschwerden seine vermeintlichen Rechte verfolgt? Wer habe nicht geruht, bis drei Ministerien gefallen und die Führer der Ritterschaften selbst in die Regierung eingetreten

seien? Wenn also von dieser Seite der Streit angestiftet sei, erscheine es dann als die richtige Art, Frieden zu schließen, wenn man mit gebeugtem Nacken und fast blind allen Forderungen des Gegners sich unterwerfe? Sollte es nicht wünschenswerter sein, wenn diese Männer ihre Absicht aufgäben und andern von gleicher Intelligenz, aber von weniger starren Ansichten die Stiftung des Friedenswerkes überließen? Erscheine es notwendig, die wesentlichsten ständischen Rechte aufzugeben, nur um das gegenwärtige Ministerium zu stützen? Festige man die jetzige Regierung durch Annahme ihres Finanzkapitels, so dürfe man sich nicht wundern, wenn dieselbe gegen die gesamten Einrichtungen des Landes vorschreite. In Erster Kammer seien bereits Andeutungen gefallen, daß die ritterschaftliche Partei mit den bestehenden Institutionen nicht übereinstimme. ... In einem offiziösen Blatte, denn als solches werde man es doch trotz seines Sträubens bezeichnen dürfen, da hochgestellte Männer dabei mitwirkten und Beamte zu Beiträgen aufgefordert seien, in diesem Blatte fänden sich Angriffe auf die Städte, die Landgemeindeordnung und die ganze Organisation. Bei den jetzigen Preßzuständen würde solches aber nicht geschehen können, wenn nicht eine Neigung zur Beseitigung dieser Institutionen im Ministerium vorhanden wäre. Sähe die dominierende Fraktion der Ritterschaften — die ganzen Ritterschaften stimmten damit keineswegs überein —, daß das Land ihrem Treiben ruhig zusehe, weshalb sollte sie ruhen, während in Preußen und Sachsen von ihren Kollegen noch andre Lorbeeren gepflückt würden? Dort sei man so weit gekommen, die Patrimonialgerichtsbarkeit und das Jagdrecht herzustellen, und in ähnlicher Weise sei auf dem Rittertage in Celle der Wunsch laut geworden, daß die Polizeigewalt den größeren Grundbesitzern — das solle wohl heißen den Rittergutsbesitzern — überwiesen werde. Einem solchen System könnten vor allem die Landbewohner unmöglich ihre Zustimmung erteilen.

„Nach der historischen Erfahrung und dem Gange unsrer politischen Entwicklung, nach dem Daniederliegen der öffentlichen Meinung in Deutschland und der Konzentrierung der Macht in den Händen der Regierungen müsse man wohl glauben, daß die rückgängige Bewegung nicht ruhen werde, als bis sie bei den Zuständen vor 1848 angelangt sei. Sollte dies aber nicht Gefahren mit sich führen, von denen die Führer der Partei sich vielleicht kein klares Bild machten? Wenn das letzte Ziel des Rückschritts erreicht sei, so könnten die niedergehaltenen Kräfte zu neuer Bewegung übergehen. Es sei sehr zu fürchten, daß dann Institutionen fallen, vor denen man jetzt noch voll Ehrfurcht stehe. Es sei zu fürchten, daß der Adel, welcher blindlings seinen Führern folge, zu spät einsehe, wie diese Führer ihn in das tiefste Ver-

derben gestürzt haben. Wolle die Versammlung alles dieses unterstützen? Wolle sie die Hand dazu bieten, daß auch bei den Finanzen die ständischen Rechte fast auf nichts reduziert werden? Das Recht der Zustimmung zu Gesetzen sei bereits auf einen niedrigen Standpunkt herabgedrückt, nachdem die Regierung ohne Not Notgesetze gemacht und trotz versagter Zustimmung einer Kammer nicht aufgehoben habe. Was bleibe denn, wenn jetzt auch die Mitwirkung der Stände bei den Finanzen verkümmert werde? Weshalb erscheine man noch alljährlich in Ständeversammlungen, die nichts tun können, als die Vorschläge der Regierung annehmen, um Schlimmeres zu vermeiden? Das sei kein gesundes öffentliches Leben, und man würde besser tun, die Scheinstände abzuschaffen und die bureaukratische Diktatur wohlmeinender Fürsten des vergangenen Jahrhunderts wieder einzuführen."

Das Hauptarbeitsgebiet der hannoverschen Landtagsarbeit von 1857 und 1858 lag in den zum Teil vom Bundestag geforderten, zum Teil darüber noch hinausgehenden gesetzlichen Neuordnungen, die dem neuen System gemäß gestaltet werden sollten. Die „Detailopposition", die Bennigsen vertrat, durfte sich an keiner Stelle auf die technischen Einzelheiten dieser Gesetzgebung beschränken, sondern sie mußte immer auf den Ursprung der ganzen Umwälzung zurückgreifen, in jedem Einzelpunkte das „System" zu treffen suchen, das mit Hilfe der deutschen Reaktion ans Ruder gekommen war und, nur solange diese dauerte, Aussicht auf Bestand hatte. In diese allgemeineren Zusammenhänge unternahm er — und dem entsprach ein Zug seines ganzen Wesens — jede Einzelfrage zu erheben.

Zu diesen Teilen der Gesetzgebung der Stüveschen Periode, welche der Bundestag als revisionsbedürftig bezeichnet hatte, gehörten — um ein charakteristisches Beispiel herauszugreifen — einzelne Bestimmungen der Städteordnung vom 1. Mai 1851.[1]) Der Minister von Borries ging noch weit darüber hinaus und erblickte die wesentliche Aufgabe der Revision darin, das verderbliche Uebergewicht, welches die Städteordnung dem demokratischen Element der Bürgervorsteher über den Magistrat gewähre, in die gebührenden Schranken zurückzuweisen. So verfolgte der am 2. Januar 1858 vorgelegte Gesetzentwurf vornehmlich drei Gesichtspunkte, erstens den Magistrat von dem Uebergewicht der Bürgervorsteher zu befreien und mindestens die Gleichberechtigung herzustellen, zweitens dem Magistrat eine konservativere Richtung zu geben und das Stetigkeitsprinzip (Lebenslänglichkeit der Magistratsmitglieder) in ihm zu befördern, drittens den Einfluß der Regierung auf die Stadt-

[1]) Vgl. über sie E. von Meier II, 556—576.

verwaltung zu heben.[1]) Für Bennigsen verstand es sich von selbst, daß er dieser Rückbildung auf das schärfste widerstrebte. Er beantragte, das Bestätigungsrecht der Regierung wieder einzuschränken, und stellte die widerstrebenden Prinzipien, Autorität und Selbstverwaltung, mit weiten Ausblicken in die Zukunft einander gegenüber:[2])

„Er sei zwar persönlich der rechtlichen Ansicht, daß der Bundestag nicht befugt gewesen sei, der Regierung zur Abänderung der Verfassung ohne ständische Zustimmung Auftrag zu erteilen. Indes sei auch ein derartiger allgemeiner Auftrag nur rücksichtlich derjenigen Bestimmungen erteilt, welche mit andern als bundeswidrig und unvereinbar mit dem monarchischen Prinzip ausdrücklich bezeichneten Vorschriften in untrennbarem Zusammenhang ständen. Nun spreche das Gutachten des Ausschusses der Bundesversammlung nur von den Bestimmungen der Städteordnung, welche sich auf Verwaltung der Polizei seitens der Magistrate und auf die Befugnis der letzteren bezögen, Aufträge der Regierung, falls sie deren Ausführung mit den Pflichten der Stadt unvereinbar hielten, abzulehnen. Die Einschränkung des Bestätigungsrechtes sei nicht erwähnt und habe nicht erwähnt werden können, da es unmöglich sei, eine Verletzung des monarchischen Prinzips darin zu erblicken, wenn die Regierung bei Versagung der Bestätigung Gründe anführen müsse und nicht sagen könne: ‚Car tel est notre bon plaisir.‘ Wenn also die Vorschrift des § 55 das monarchische Prinzip unangetastet lasse, so sei auch kein Auftrag der Bundesversammlung zur Beseitigung derselben erteilt. — — —

„Der Herr Minister habe freilich auf die Gefährlichkeit eines Konflikts mit der Bundesversammlung hingewiesen. So groß müsse diese Gefahr aber nicht sein, da nach den eignen Vorschlägen der Regierung der infolge des Bundesbeschlusses beseitigte § 78 der Städteordnung wiederhergestellt werden solle. Ebensowohl wie die Regierung könne also jedes Ständemitglied, dem eine freie Initiative zustehe, einen derartigen Antrag stellen. Nur dann würde ein formelles Bedenken seinem Antrage entgegenstehen, wenn ein entschiedenes Verbot nachgewiesen werden könnte, die aufgehobenen Bestimmungen wieder ins Leben zu rufen. Ein solches Verbot sei nicht vorhanden und sei unmöglich, da die einzelne Bestimmung erst durch die Verbindung mit dem übrigen Inhalte des Gesetzes ihre Bedeutung erhalte . . . Die behaupteten theoretischen Bedenken gingen nicht aus dem ursprünglichen Aufsichtsrechte der Staatsgewalt über die Korporationen hervor, sondern wurzeln in subjektiven Anschauungen des Herrn Ministers und seiner Kollegen.

[1]) Vgl. E. von Meier II, S. 576 f.

[2]) Februar 1858.

Allerdings werde alles aufgeboten, diese Anschauungen, in ein System gebracht, in unsre Verfassung und die wichtigsten Gesetze einzuführen. Allein mit der Berufung auf jene Doktrin werde sich doch die Ständeversammlung nicht genügen lassen, sondern die Nachweisung einer wirklichen, aus der Einschränkung des Bestätigungsrechts zu besorgenden Gefahr fordern. Der Herr Minister meinte: ‚Die in § 55 gezogenen Schranken seien so eng, daß fast immer die Bestätigung erfolgen müsse. Zwar könnte man sich durch weite Auslegung der Vorschrift helfen; aber die Regierung sei zu offen, diesen Umweg zu nehmen, und helfe sich lieber durch Beseitigung der Bestimmung.' Hier stoße man wieder auf die Grundzüge des Systems. Das Regieren solle nicht mehr eine schwierige Kunst sein, wodurch ein reiches lebendiges Leben und kraftvolle selbständige Menschen weise geleitet werden, sondern durch Reglements und geschäftliche Routine wolle man das Wohl der Staatsangehörigen von oben herab befördern. Diese Auffassung der Regierungskunst habe freilich ganze Perioden beherrscht. Große Staatsmänner und Regenten des vorigen Jahrhunderts haben auf diesem Wege die Trümmer des feudalen Regiments entfernt und den Boden für die Entwicklung des neuen Staats geschaffen. Aber gegenwärtig, wo die letzten Reste des feudalen Wesens beseitigt seien, habe jenes System sich überlebt. Die Möglichkeit sei gewonnen, mit einer freien und gebildeten Bevölkerung ein neues Staatsleben zu beginnen.

„Die Männer an der Spitze einer Regierung müssen sich daher klar werden, daß entgegenstehende Ansichten nicht durch Gewaltschritte niederzuschlagen, sondern durch weise Festigkeit und vernünftige Erörterungen zu bekämpfen seien. Das möge schwierig sein. Aber unsre Zeit stelle auch größere Anforderungen an den Staatsmann als geschäftliche Routine und bureaukratische Gewandtheit. Wenn man die Festigkeit darin suche, jede freie Regung individuellen Lebens zu unterdrücken und alle Selbständigkeit der Staatsangehörigen dem subjektiven Belieben der Behörden unterzuordnen, dann möge es gelingen, die augenblicklichen Schwierigkeiten zu überwinden. Aber alle Lehren der Geschichte zeigen, daß diese Schwierigkeiten mit verdoppelter Macht wiederkehren; und wenn man die Zukunft des Staates ins Auge fasse, so könne man unmöglich Gesetze gutheißen, welche nur für den Augenblick berechnet seien." . . .

Einen weiteren Streitpunkt bildete die von Borries beantragte Novelle zum Staatsdienergesetz. Auch hier waren prinzipielle Fragen genug vorhanden, in denen sich die feindlichen politischen Auffassungen diametral entgegenstanden. In welchem Maße war überhaupt das Beamtentum an den letzten freiheitlichen Bewegungen beteiligt gewesen,

wie hatte der Gegensatz zwischen den oberen und unteren (in Hannover adligen und bürgerlichen) Schichten, zwischen den gebundeneren Verwaltungsbeamten und den freieren richterlichen Beamten dabei mitgewirkt! Ein großes Stück des politischen Kampfes hat sich — das ist für das Deutschland ungemein bezeichnend — innerhalb dieses Standes abgespielt. Borries' Reformen gingen darauf aus, die Gesinnungen eines unabhängigen Staatsbürgertums durch den Geist strenger Disziplin nach preußischem Muster zu ersetzen, und Bennigsen sprach aus persönlichster Empfindung heraus, wenn er hier opponierte:

„Wir haben gehört, daß es schon bei Erlaß des Gesetzes die Absicht gewesen sei, dasselbe baldigen Veränderungen zu unterziehen, und von andrer Seite seien diese damaligen Absichten näher dahin angegeben, daß man für demnächst eine Stärkung der monarchischen Gewalt für notwendig gehalten habe. Was die angezogene Autorität anlangt — wahrscheinlich soll Stüve damit gemeint sein —, welche den Entwurf einbrachte und in den Ständen verteidigte, so handelte es sich damals nicht darum, etwas Neues zu schaffen, sondern nur das in Reglements, Verordnungen und Praxis Liegende in ein Gesetz zu bringen. Die Regierung wollte damals durch ihre übrigen Gesetzesvorschläge eine größere Selbsttätigkeit und Selbstverwaltung in die städtischen und ländlichen Gemeinden einführen, das Volk mehr an der Verwaltung seiner Angelegenheiten teilnehmen lassen, und wenn wirklich die Absicht, das Staatsdienergesetz bald zu ändern, vorlag, so konnte diese Absicht nur dahin gehen, es demnächst den Zuständen anzupassen, die einem durch jene fraglichen Gesetze anders gearteten Volke angemessen erscheinen müssen, und den Organen der Staatsgewalt eine dementsprechende Stellung zu geben, keineswegs aber dahin, nach wenigen Jahren die Selbständigkeit in der Verwaltung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten, welche man im Lande einführen wollte, wiederum zu beschränken, ja zu zerstören durch eine Konzentration der Staatsgewalt nach französischem Modell. Denn daß diese Vorlage darauf hinausgehe, den Beamtenstand gleichwie in Frankreich gänzlich abhängig von der konzentrierten Regierungsgewalt zu machen, könne wohl keinen Zweifel leiden. Was die als notwendig behauptete Stärkung der monarchischen Gewalt betreffe, so möchte er glauben, daß diese Gewalt in neuerer Zeit bereits in so hohem Grade gestärkt sei, daß man zweifelhaft werden müsse, ob nicht die große Verantwortung, welche durch die immer vermehrte Konzentration auf die Regierungsgewalt gehäuft werde, größere Gefahren mit sich führe, als die Ausdehnung derselben auf andre Kreise, welche an Kräftigung verlieren sollten eben durch jene Konzentration, sie irgend befürchten lassen könne.

„Es sei interessant, hier zum ersten Male einem zweiten Hauptgedanken zu begegnen, welcher für die jetzt eingebrachten Regierungsvorschläge maßgebend sei. Bisher habe man hier Gesetze beraten, bei denen es sich darum handelte, den Einfluß der Beamten auf die Tätigkeit und die Rechte des Volkes zu stärken. Hier aber herrsche ein andrer und zwar der Gesichtspunkt vor, den konzentrierten Organen der Staatsgewalt einen weit größeren Einfluß den unteren Organen gegenüber einzuräumen, als man je im Lande hier für zulässig gehalten habe. Man will diesen unteren Organen alle eigne Meinung, Freiheit und Selbständigkeit nehmen und sie unbedingt der Willkür der konzentrierten Organe, speziell des Ministerii, preisgeben. Wie gefährlich das für das Ganze sowie für den Beamtenstand insbesondere sei, brauche er hier nicht hervorzuheben, man werde darauf zurückzukommen Gelegenheit finden. Er möchte hier nur Veranlassung nehmen — insbesondere dem einen oder andern seiner Freunde gegenüber[1]) —, darauf hinzuweisen, daß es sich hierbei nicht allein um das Interesse des Beamtenstandes handle, wenn demselben durch schärfere Anspannung der Disziplinargewalt die notwendige freie und selbständige Tätigkeit verkümmert werden solle . . . Er halte eine selbständige Stellung des Beamtenstandes für zu wichtig, um nicht trotzdem zu versuchen, dieselbe gegenüber dem jetzigen politischen Systeme und speziell dem Ministerium des Innern möglichst aufrechtzuerhalten. Man dürfe in keiner Weise verzagen; er hoffe, daß endlich der Pessimismus, welcher durch augenblickliche, momentane Niederlagen erregt werde, wiederum aus der Bevölkerung verschwinde, daß derselbe der festen Ueberzeugung weiche, daß es nicht auf solche augenblickliche, sondern auf dauernde Siege und Niederlagen ankomme.

„Was die von ihm berührten, aus der vollendeten Konzentration der Regierungsgewalt zu befürchtenden Gefahren anlange, so wolle er bemerken, daß man häufig der liberalen Partei vorgeworfen habe, sie wolle die Zustände nach französischem Muster regeln. Allein diese Konzentration, wie sie in Frankreich allerdings bestehe, haben wir nie befürwortet, und die traurigen Erfolge derselben haben wir ja auch in Frankreich zur Genüge kennen lernen. Wenn dieses Land sich aus seinen beständigen Konvulsionen nicht herausarbeiten könne, so sei der Hauptgrund unzweifelhaft gerade darin zu suchen, daß man alle Selbständigkeit des Lebens aus den lokalen und kommunalen Kreisen heraus in die konzentrierte Staatsgewalt gelegt habe. Es sei dort ein apo-

[1]) Die überwiegend bäuerlichen Elemente der Opposition brachten an sich den idealen und materiellen Bedürfnissen des Beamtentums ein sehr geringes Verständnis entgegen.

plektischer Zustand vorhanden, wo alles Leben in ein einzelnes höheres Organ zusammengedrängt sei. Man hoffe hier von solchen Zuständen Stärkung der monarchischen Gewalt? Was vermochten denn die Ministerien Polignac und Guizot in den Jahren 1830 und 1848 bei all ihrer konzentrierten Staatsgewalt, was nutzten die Maschinen, zu denen man die Staatsdiener herabgewürdigt hatte, als es ernstlich darauf ankam, die Monarchie zu stützen? Sie brachen mit ihren Maschinen zusammen wie morsche Stützen! Die Verantwortung für die einzelnen Träger der konzentrierten Staatsgewalt wird zu ungeheuer, um sie in schwierigen Zeiten mit Erfolg tragen zu können.

„Ihm sei es schon verschiedentlich vorgeworfen, daß er den Herrn Minister des Innern und seine Kollegen über die Grundsätze, welche sie einzuhalten hätten, belehren wolle. In den zwei Jahren, wo er hier sitze, glaube er nicht zu der Annahme Veranlassung gegeben zu haben, daß er einen so naiven Gedanken hege. Er bescheide sich, daß die geehrten Herren ihre Grundsätze behalten werden, sie werden dieselben durch seine oder andre Belehrungen nicht ändern. Wohl aber könne es von Interesse sein, den geehrten Herren die praktischen Schwierigkeiten vor die Augen zu halten, welche sich der Erreichung ihrer Absichten entgegensetzen müssen. Vorzüglich aber gehe sein Streben nur dahin, und halte er es für seine Pflicht, diese Versammlung und das Land darüber klarzumachen, um welche Dinge es sich handle, das politische System der Regierung, wie ein solches bisher hierzulande ganz unbekannt gewesen, das in andern Staaten abgeschafft sei oder in den allerletzten Zügen liege, zu charakterisieren und zu kennzeichnen. Wo ein solches System so entschieden hervortrete, wie in dem Dutzend Gesetzentwürfe, die man uns hier vorhalte, sei es Pflicht einer Partei, die von andern Anschauungen ausgehe, die Grundsätze der Regierung selbst, wie auch ihre Ansichten im einzelnen anzugreifen, ob nun von solchem Streben eine Belehrung der Regierung zu hoffen stehe oder nicht.

„So sehr man jetzt seiner Partei vorwerfe, daß sie die Ritterschaften oder den Beamtenstand angreife, so sehr werde man wohl noch einsehen, daß sie das wahre Interesse jener Stände sehr hoch halte. Er halte den Beamtenstand für ein so notwendiges Element des Staatslebens, daß er alles daransetzen würde, ihm Kraft und Tüchtigkeit zu erhalten. Jedoch müsse er auch auf das ihm eigne Gebiet beschränkt und von politischem Treiben und Agitieren, was manchen Beamten schon höchst lästig geworden und sich überhaupt für den Beamtenstand gar nicht passe, ferngehalten werden. Fasse einmal ein solches politisches System, wie es jetzt am Ruder sei, feste Wurzel, so werde daraus

für den Beamtenstand und das ganze Land ein Schaden hervorgehen, der in vielen Jahren, vielleicht in einer Generation nicht auszurotten sei. Die Charakterfestigkeit, die freudige Erfüllung der schwierigen Pflichten müsse für den Beamtenstand verloren gehen, wenn man von ihm verlange, sich den Ansichten, den wechselnden Ansichten der Regierung stets unterzuordnen, wenn man ihm den Stolz nehme, selbständig zu handeln, wenn man ihn darauf hinweise, politische Belohnungen zu suchen, politische Strafe zu fürchten. Im höchsten Grade verkehrt denken jene Verteidiger des Polizeistaats, die da meinen, Kraft und Tätigkeit des Beamten in gewöhnlichen wie außergewöhnlichen Zeiten könne bei solcher unbedingten Abhängigkeit bestehen. Er gebe seinerseits die Hoffnung nicht auf, daß die Zukunft es noch erkennen werde, daß, so erfolglos auch ihr Widerstand augenblicklich sein möge, er und seine Partei doch das Interesse des Beamtenstandes wahrhaft hochschätzen und aufrechtzuerhalten suchten, daß dagegen der Beamtenstand nie einen gefährlicheren Feind hierzulande gehabt habe als den gegenwärtigen Herrn Minister des Innern."

Unter anderm wandelte das neue Staatsdienergesetz die Bezeichnung „Staatsdiener" in „Königliche Diener" um — eines jener Mittelchen, mit denen König Georg und Borries ihre Auffassung von den Pflichten des Beamtentums äußerlich kundgeben wollten. Bennigsen fand die beantragte Aenderung für den neuen Geist ungemein bezeichnend: „Er habe die Verfassungen der deutschen Staaten bis auf die Großherzogtümer herunter sowie die Handbücher über Staatswissenschaft nachgesehen, in allen diesen sei er jenem Ausdrucke als einem richtigen nicht begegnet. Derselbe sei vielmehr eine rein hannoversche Erfindung aus den Jahren 1837 und 1840. Sie weise wesentlich hin auf die frühere privatrechtliche Auffassung des Staats, wonach alles, was geschehe, als persönlicher Dienst, der dem Monarchen geschehe, aufgefaßt werde. Diese Auffassung sei für alle gebildeten europäischen Staaten als eine antiquierte zu bezeichnen. Seit Haller dieselbe im Anfang dieses Jahrhunderts verteidigte, sei sie in der Wissenschaft nicht wieder aufgelebt, ja sogar von Stahl — von andern zu geschweigen — lächerlich gemacht. Der Staatsdiener ist allerdings ein Diener des Monarchen, aber nicht der Person an sich, sondern als des höchsten Inhabers der gesamten Staatsgewalt und auch nur für die Zwecke des Staats. Warum will man jenen Ausdruck hier in Hannover einführen, wenn man daraus nicht bestimmte Folgerungen ziehen und den Staatsdiener in ein besonders abhängiges Verhältnis zum Monarchen oder zu dem augenblicklichen Minister desselben bringen will." [1])

[1]) 8. April 1858.

In demselben Gedankengange widerstrebte er der von Borries beantragten Streichung der Vereidigung der Beamten auf die Verfassung:[1]) „Die Aufnahme der Verfassung in den Eid soll überflüssig sein und zu Konflikten in dem Gewissen der Beamten rücksichtlich ihrer Stellung zu ihrem ‚Königlichen Dienstherrn' führen! Sind wirklich derartige Konflikte hier so zahlreich, ist ein solcher Gewissensdruck bei den Beamten in so schreiender Weise vorhanden? Wenn das wäre, so müßte in den hannoverschen Verhältnissen dazu eine ganz besondere Veranlassung gegeben sein, denn in den übrigen deutschen Staaten haben sich solche Befürchtungen nicht gezeigt. In allen — landständischen und konstitutionellen — Staaten, die mit einer Verfassung versehen sind, beeidige man die Beamten auch auf die Verfassung als die Grundlage für die Rechte des Fürsten und der Bevölkerung. Das sei nicht 1848 oder überhaupt in diesem Jahrhundert eingeführt, sondern schon unsre Vorfahren hielten diesen Punkt wert und heilig. Die Verfassung trug damals allerdings den Charakter von Privilegien für besondere Stände, allein diese hielten sich und waren auch berechtigt und verpflichtet, die Rechte der ganzen Bevölkerung der Regierung gegenüber wahrzunehmen. Als ein Zeugnis jener Zeit wolle er sich erlauben, eine Stelle aus des berühmtesten Staatsrechtsgelehrten damaliger Zeiten, Mosers, ‚Von der Reichsstände Landen, Seite 1156' vorzulesen, welche also lautet: ‚Ist nun der Landesherr selbst an die Landesverträge und Freiheiten verbunden, so folget von sich selbsten daraus, daß auch dessen Collegia und Bediente von allerley und allen Gattungen schuldig seyen, dieselbige zu beobachten. Um aber dessen desto mehrers vergewissert zu seyn, pflegen die Landstände mehrmalen darauf zu dringen, daß denen landesherrlichen Räthen, Canzley-, Land-, Hof- und Forstbedienten, ja auch Officiers und Soldaten ausdrücklich in ihrem Amts-Eyd und Instruction gesetzet werde, sie sollen nicht gegen die Landesfreiheiten und Verträge rathen, selber handlen, oder sich gebrauchen lassen; worinnen denen Landständen auch da und dort willfahret worden ist, anderwärts aber nicht, oder doch nicht so weit, als sie es begehret haben: wiewohl ich nicht sehen kann, was einem Landes-Herren, der sein Wort zu halten gesonnen ist, dadurch entgehet; und was der Herr selber nicht thun darff, das dörffen doch einmal auch seine Räthe, Bedienten und Soldaten nicht, sie mögen nun darauf geschworen haben oder nicht. — Wie aber, wenn ein Landes-Herr einem Collegio, Rath, Beamten, Officier u. s. w. etwas befiehlt, davon man weißt, daß es gegen die Landes-Verfassung seye? Wer Gott mehr fürchtet, als Menschen, oder

[1]) Sitzung vom 12. April 1858. Fortsetzung der zweiten Beratung des Staatsdienergesetzes.

auch nur sonsten ein recht ehrlicher Mann ist, der lehnt es mit Bescheidenheit ab, und thut es nicht, sondern leidet lieber darüber, was er nicht ändern kann. Weil aber wenige so denken, so geht es halt, wie es geht, so wird es aber auch an dem großen Welt-Gerichte dem, der es befohlen, und dem, der es befolget hat, gehen, wie es gehen wird.' Wenn damals die Beeidigung der Beamten auf die Verfassung wichtig erschien, wo doch die Reichsverfassung eine bedeutende Garantie für die Aufrechterhaltung der Einzelverfassungen gab, soll man jetzt, wo diese Garantien überhaupt schon so sehr zusammengeschrumpft sind, auch diese noch aufgeben? Damals konnte die Regierung, welche eine Verfassung verletzte, bei den Reichsgerichten belangt werden. Unser Bundestag ist seiner Natur nach nur noch ein politischer Körper von Repräsentanten der Regierungen, welche nach Auftrag handeln, der also auch nicht die Stellung eines Richters annehmen kann. Unser Land hat ja bittere Erfahrungen genug über das Ungenügende der durch den Bund gegebenen Garantie für die Einzelverfassungen gemacht. Hier würde nur durch die Ständeversammlung und eine Anklage bei dem Oberappellationsgerichte Abhilfe zu erwarten sein. Dieser Fall werde aber schwer praktisch werden, da die Verfassungsverletzung gewöhnlich doch irgendeinem Teile zugunsten ausfallen werde, die Kammern aber darüber einstimmig sein müßten, und unsre Erste Kammer anscheinend noch immer zu sehr von Dankgefühl ergriffen sei, als daß es ihr hätte gelingen können, die für ihr eignes Interesse so notwendige aristokratische Selbständigkeit wiederzufinden.

„Man habe die Garantien gegenwärtig weniger im Aeußern als im Innern zu suchen, und da biete sich vor allen Dingen eben die Beeidigung der Beamten, als des hervorragenden Teils der Bevölkerung, auf die Verfassung dar. Wenn in dieser Klasse vorzugsweise Liebe zum Gesetz und Rechtsgefühl sich finde, so werde sich jede Regierung — abgesehen von ihrem eignen Pflichtgefühl — eher hüten, mit Verfassungsverletzungen vorzuschreiten. Befremden müsse daneben allerdings auch, daß die sich selbst so nennende konservative Partei eine Verfassung von so ‚konservativem' Charakter wie die unsrige nicht mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten suche. Freilich, wenn man das Verhältnis der höchsten Staatsgewalt so wie von Borries auffasse, wonach dem Inhaber derselben nur Rechte, dem Lande aber nur Pflichten zustehen und die Beamten nur die Pflicht des Gehorsams haben sollen, dann höre jede Garantie auf, indem ja das Rechtsgefühl dadurch an der Wurzel abgeschnitten werde, und nur darin könne jede Regierung in Wahrheit ihren Halt suchen und finden. Jeder andre Halt erweise sich auf die Dauer als unsicher.

„Bei diesem Abänderungsvorschlage erkenne man nun wieder, wie sehr die verschiedenen Vorschläge im engsten Zusammenhange stehen. Man wolle durchaus von oben keine Schranke sich gegenüber mehr anerkennen, unbedingt freie Bewegung der Regierung sei das Losungswort, keine Selbständigkeit abseiten des Beamten solle mehr geduldet werden, so seien die Beamten am Ende nicht allein Diener, sondern wie Stein sich ausdrückte: Bediente. Erst macht man sie scheinbar arglos zu ‚Königlichen Dienern', dann aber zieht man daraus die Konsequenz, daß sie unbedingt und blindlings dem Dienstherrn gehorchen, daß man sie vor Konflikten mit der Verfassung bewahren müsse. Allerdings seien die Beamten Organe der Staatsgewalt, aber nur für die Zwecke des Staats. So weit wie hier sei man in deutschen Staaten noch nie gegangen. Sie schulden nach deutschen Grundsätzen verfassungsmäßigen Gehorsam, nicht aber sollen sie blinde Werkzeuge der Krone und Regierung sein. Selbst in Preußen, welches doch später in konstitutionelle Bahnen eingelenkt sei, sei solche Auffassung der Sache unerhört. Sollte man wirklich glauben, den Einrichtungen des übrigen Deutschlands und dem Widerwillen unsrer eignen Bevölkerung gegenüber solche Ausnahmezustände festhalten zu können? Den Beweis, daß man hier so sehr von politischen Verbrechen und politischen Ruchlosigkeiten umgeben gewesen sei, so daß sich die Einführung derartiger Ausnahmezustände rechtfertigte, welche von allen übrigen gebildeten Nationen Europas verabscheut würden, sei man bisher hier immer noch schuldig geblieben."

Indem Bennigsen so häufig auf die Ereignisse von 1848 zurückgriff und vor ähnlichen Möglichkeiten der Zukunft warnte, konnte es nicht ausbleiben, daß er selbst von seinen Gegnern revolutionärer Bestrebungen verdächtigt wurde. Das aber lag ihm gänzlich fern. Mit Recht verwahrte er sich und seine jüngeren Freunde gegen jenen ihnen gemachten Vorwurf. Wären sie wirklich Revolutionäre, so würden sie dem Pessimismus sich ergeben, die Dinge laufen lassen, wie sie laufen, und der Zeit warten, wo etwa ein Umschwung erfolge; gerade weil sie nicht einen solchen Umschwung wünschten, verhielten er und seine Freunde sich nicht passiv, sondern führen fort politisch zu wirken; eben deshalb suchten sie die Liebe zum Vaterlande, welche durch die seit 1848 eingetretenen Ereignisse allerdings vielerorts erheblich erkaltet sei, regezuhalten und träten den mit einer beispiellosen Hast vorgenommenen Veränderungen entgegen, denn sie hegten die Ueberzeugung, daß das, was so geschaffen, nicht von Dauer sein und seinerzeit ebenso rasch wieder entfernt werden würde.[1]) Ohne Frage rechnete er darauf,

[1]) 23. April 1858.

durch andauernde Opposition die Stellung von Borries' allmählich ins Wanken zu bringen. Er meinte schon im Frühjahr 1858 in einem Brief an seine Frau:[1]) „Allmählich fangen die Dinge hier auch an in Gärung zu geraten, so daß selbst für das laufende Jahr nicht alle Hoffnungen auf Besserung unsrer Zustände verloren scheinen. Die Stimmung, daß die Machtstellung des Herrn von Borries keine jahrelange Dauer haben kann, verbreitet sich immer mehr. Das ist insofern nicht unwichtig, als meine Parteigenossen leichter aufrechtzuerhalten sind in ihrem Widerstande, und als Herrn von Borries' Kohorte Lust und Pflicht zu empfinden aufhört, dem Minister durch dick und dünn zu folgen." Das sollte sich freilich als Illusion herausstellen. Einen richtigeren politischen Instinkt bewies Bennigsen, wenn er von der Krisis in Preußen her eine Besserung der hannoverschen Verhältnisse erwartete. Vom Oktober 1857 bis zum Oktober 1858 zogen sich die vierteljährlichen Stellvertretungen des Prinzen von Preußen für den erkrankten König hin, und immer wahrscheinlicher wurde es, daß dort demnächst ein völliger Umschwung zu erwarten sei.

Der politische Kampf, der in Hannover begonnen hatte, war seinem Ursprunge nach ein Verfassungskampf, aber in seinem Kerne doch ein Stück des großen politischen Klassenkampfes, in dem die deutsche Entwicklung sich schleppend und stoßweise fortbewegte; wohl war er auf den Umfang eines mäßigen Mittelstaates beschränkt, aber er stand zugleich in einem tiefinnerlichen Zusammenhange mit den allgemein-deutschen Geschicken. In typischer Weise hielten diejenigen Gewalten des alten Deutschlands, die dem nationalen und dem freiheitlichen Fortschritt in gleicher Weise widerstrebten, hier zusammen: eine Krone, deren Träger den Begriff des Gottesgnadentums und des Partikularismus in unerhörter Weise überspannte, die eigne Stellung nicht nur behaupten, sondern nach rückwärts hin ausbauen wollte; ein Adel, der sich zur Wiederherstellung seiner überlebten Vorrechte bedingungslos mit jenen Tendenzen der Krone verbündete; und eine Bureaukratie, deren Chef eine neue Technik dienstlicher Beeinflussung, polizeilicher Willkür und materieller Wohlfahrtsentwicklung in den Dienst dieser Politik stellte. Die ganze Politik aber hing an der Existenz des Deutschen Bundes, dessen Organ, der Bundestag, den Anstoß zu ihr gegeben hatte. In kaum einem deutschen Staate waren die tiefsten Gegensätze, die das Leben beherrschten, Erhaltung der freieren politischen Formen von 1848 oder

[1]) Bennigsen an seine Frau, 15. März 1858.

Rückbildung zu dem vormärzlichen Polizeistaate, so eng verknüpft mit den Klassenbewegungen, mit dem Vorwiegen des bürgerlich-bäuerlichen oder des ritterschaftlichen Elements der Bevölkerung, in kaum einem deutschen Staate waren diese besonderen politisch-sozialen Lebensfragen so eng mit der gesamtdeutschen Entscheidung verknüpft. Eine merkwürdige Verwicklung ergab sich dadurch, daß der Führer des bürgerlich-bäuerlichen Elements der herrschenden Kaste angehörte; nicht anders als die preußischen Whigs, die Vincke und Schwerin, einst unter den Führern des liberalen Bürgertums gestanden hatten. Aber in den kleineren Verhältnissen Hannovers prallten die Gegensätze stärker aufeinander: so kam es, daß Bennigsen, der am 1. Mai 1858 den Wohnsitz nach seinem Familiengute verlegt [1]) und dessen Bewirtschaftung übernommen hatte — also auch äußerlich in den Stand der bevorrechteten Ritter eingetreten war —, seinen Standesgenossen als ein Abtrünniger und ehrgeiziger Abenteurer erschien. Und wie die allgemeine deutsche Reaktion den hannoverschen Verfassungsbruch allein ermöglicht hatte, konnte der Führer dieser mittelstaatlichen Opposition von vornherein nur von einem Umschwung in Deutschland eine neue Politik in Hannover erwarten. Es war daher nicht ein skrupelloses politisches Temperament, das ihn von der zahmeren Opposition der hannoverschen Altliberalen unterschied, sondern die Notwendigkeit der Dinge trieb ihn dazu, die deutsche Frage mit der hannoverschen zu verbinden. Vor seinen Augen lagen Einheit und Freiheit der Nation in derselben Linie.

Die Aehnlichkeit der hannoverschen mit der preußischen Reaktion ist in manchem so unverkennbar, daß nichts törichter wäre, als die Dinge in Hannover möglichst schwarz zu malen und mit dem Urteil über das preußische Gegenstück „maßvoll" zurückzuhalten. Aber man darf auch die Unterschiede nicht außer acht lassen: nicht bloß, weil in dem um neun Zehntel kleineren Staate die Anforderungen der Krone und der Privilegierten neuer und unverhältnismäßiger waren, sondern vor allem, weil sie zur deutschen Frage verschieden standen. Der Ehrgeiz dieses hannoverschen Staatsgefühles war nicht entwicklungsfähig, nur

[1]) Im Laufe des Juli 1858 zog auch Bennigsens Frau mit den Kindern dorthin. Der „Zeitung für Norddeutschland" wird über den Einzug der Familie Bennigsen auf dem Gute aus dem Kalenbergischen unter dem 23. Juli geschrieben: „Gestern verbreitete sich nun in dem Dorfe gleichen Namens die Kunde, daß auch seine Gemahlin und Familie abends daselbst eintreffen würden. Sofort machten sich die Bewohner auf, den Ankommenden einen festlichen Empfang zu bereiten. Zwölf berittene Bauern empfingen sie eine halbe Stunde vor dem Dorfe und geleiteten sie nach kurzer Bewillkommnung in raschem Trabe durch das mit Girlanden geschmückte Dorf nach dem Gute, woselbst sich die ganze Einwohnerschaft mit einem Musikkorps zu ihrem Empfange versammelt hatte."

auf Konservierung des Bestehenden in Staat und Gesellschaft beschränkt, er hatte von der Zukunft der Nation, ihrer geistigen und wirtschaftlichen Entwicklung nichts zu erwarten und konnte ihr auch nichts bieten. Dagegen wies der preußische Ehrgeiz, so rückständig er sich auch äußern mochte, doch immer wieder auf einen Bund mit den fortschreitenden Mächten des nationalen Lebens hin, er hatte eine Zukunft und bis in die Dynastie dieses Staates hinein war man von einer freieren Auffassung seines Berufes durchdrungen. Für den hannoverschen Staat war die legitime Ordnung von 1815 und 1850 unantastbar, Preußen aber konnte sich mit ganz andern Formen deutschnationalen Lebens abfinden, ja vielleicht gerade durch sie gewinnen. Die hannoversche Regierung geriet durch die rücksichtslose Politik ihrer Selbstbehauptung in Konflikt mit einem großen Teil ihrer Untertanen und erweckte dadurch von neuem in diesen konservativen und partikularistischen Niedersachsen die Hoffnung auf eine neue Lösung der deutschen Frage, und zwar durch die Lebensmächte, die im preußischen Staate dazu fähig waren: sie rief damit Gegenkräfte auf, die ihr selber tödlich werden konnten. Was sollte werden, wenn der große Nachbarstaat selbst in ein andres Fahrwasser hinüberlenkte, und die europäische Konstellation, unter der der Bundestag von 1850 erneuert war, einer andern Platz machte, die das damalige Werk wieder untergrub. So rief Bennigsen schon im März 1858 den Machthabern die prophetischen Worte zu:

„Glaubt man denn, daß die politische Lethargie, worin Deutschland jetzt versunken ist, ewig dauern, daß es gelingen wird, nach wie vor alle Bestrebungen der Nation auf das materielle Gebiet abzulenken? Oder gibt man sich der Hoffnung hin, inmitten der Schwierigkeiten, die sich in Europa auftürmen, in Hannover seinen eignen Weg zu gehen? Ebensowohl wie im Jahre 1855 vom Bundestage der Anstoß zur Aenderung unsrer Verfassungsverhältnisse ausgegangen ist, kann früher oder später von andrer Seite ein ebenso mächtiger Impuls kommen. Ich erinnere nur an die naheliegende Möglichkeit eines Systemwechsels in Preußen, welche ähnliche Wirkungen in den mittleren und kleinen Staaten Deutschlands, insbesondere in dem benachbarten, auf wesentlich gleichen Grundlagen ruhenden Königreich Hannover, unfehlbar herbeiführen würde. Auf diese Eventualität habe ich hingewiesen, weil sie vielleicht nicht so entfernt ist und eine allgemeine Umwälzung nicht einmal voraussetzt. Niemand aber kann sich verhehlen, daß dem Bestehenden noch ganz andre Gefahren drohen: durch europäische Kriege und durch Revolutionen!“

Zweites Buch

Nationale und liberale Politik in Deutschland und Hannover 1859 bis 1866

Erstes Kapitel

Die Krisis von 1859 und die Begründung des Nationalvereins

Die europäische Krisis des Jahres 1859: der napoleonisch-sardinische Angriff auf die italienische Stellung der österreichischen Monarchie hat eine ungeheure Rückwirkung auf die deutschen Dinge gehabt und sie in eine Bewegung versetzt, die gleichmäßig Regierungen und Volk ergreifen und nicht eher zum Stillstand kommen sollte, als bis aus der allgemeinen Gärung eine neue Schöpfung emporstieg. Indem das deutsche Volk in allen Landschaften und Klassen sich innerlichst an der politischen Auseinandersetzung des Jahres 1859 beteiligte, entstand nicht bloß eine ausgedehnte politische Publizistik, wie wir sie seit den Jahren 1848/49 nicht wieder erlebt hatten, sondern aus der Erregung des Moments wuchsen auch dauernde politische Parteibildungen hervor. Der Ursprung der modernen Parteienscheidung in Deutschland führt, wenn auch ihre Wurzeln weiter und tiefer zurückreichen, soweit es sich um wirkliche Ausprägungen in Organisationen und Programmen handelt, auf das Jahr 1859 zurück. Insbesondere aber für Rudolf von Bennigsens Leben bedeutet dieses Jahr die Epoche, die Geburtsstunde seiner allgemein deutschen Laufbahn: wie er damals diese Aufgabe ergriff, sollte für die politische Entwicklung seines Vaterlands bedeutungsvoll, und bestimmend auch für seine eigne Entwicklung werden.

Während jener Jahre, in denen wir die politischen Ansichten und Handlungen Bennigsens verfolgen konnten, war von einem allgemeinen politischen Leben in Deutschland nicht die Rede. Der Sieg der alten Gewalten hatte mit der Bewegungspartei selbst auch ihre Organisationen, überhaupt alle politischen Verbindungen, die sich über die Angehörigen eines einzelnen deutschen Landes hinaus erstreckten, fast völlig aufgelöst. Mochten auch die alten Parteigenossen der verschiedenen Richtungen in den nächsten Jahren untereinander den persönlichen Meinungsaustausch fortsetzen, in der praktischen Politik verengte sich das Interesse allmählich wieder auf den Kreis der einzelstaatlichen Bedürfnisse; da es deutsche Politik nicht mehr gab, so gewöhnten sich auch die Liberalen wieder daran, preußische, bayrische, hannoversche Politik zu treiben, und was

es an bescheidenen Anfängen des Parteilebens gab, spielte sich innerhalb dieser partikularistischen Schlagbäume ab.

Nur hier und da versuchte man, die allgemeindeutschen Traditionen zu erhalten und in kleinen Organisationen fortzubilden zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung und zur Vorbereitung für einen neuen Umschwung. Aber wie kümmerlich stand es im Grunde etwa um den „Literarisch-politischen Verein", der sich im Jahre 1853 auf Anregung des Herzogs Ernst von Koburg und unter Mitwirkung Gustav Freytags bildete. Er setzte sich die Bildung einer enggeschlossenen Partei mit einer förmlichen Organisation zur Aufgabe, die sich zwischen die Extreme der Reaktion und Demokratie stellte, um womöglich beide unschädlich zu machen:[1] in Wirklichkeit aber blieb er eine lose Verbindung einiger Altliberaler, ohne Boden im Volke und ohne politische Initiative, ein gutgemeintes Kränzchen der Erinnerungen und Hoffnungen unter den Gemäßigten. Als der Umschwung in Preußen sich vorbereitete, suchte Herzog Ernst den Verein neu zu beleben; in Beratungen, die er im April 1858 in Gotha mit Max Duncker, Heinrich von Gagern, Mathy, Saucken u. a. abhielt, beschloß man, „ohne nachweisbare, greifbare Organisation eine Verbrüderung Gleichgesinnter zu stiften, die sich womöglich über ganz Deutschland ausbreite und überall, durch Wort und Schrift und jedes sonstige ehrenhafte Mittel Einfluß übend, auf die Einheit Deutschlands hinarbeite und für Preußen Propaganda mache."[2] Doch es blieb bei diesen frommen Wünschen.

Bedeutsamer waren die Anfänge einer andern politischen Organisation, die sich von vornherein auf einen weiteren Boden als den des Einzelstaates stellte: der Volkswirtschaftliche Kongreß. Schon im Mai 1857 hatte der junge Viktor Böhmert, damals zweiter Syndikus der Bremer Handelskammer und Redakteur des „Bremer Handelsblattes", aus eignem Antrieb einen Aufruf zu einem Kongreß deutscher Volkswirte erlassen und vielfache Zustimmung gefunden.[3] In einer Versammlung der deutschen Teilnehmer eines im September 1857 in Frankfurt abgehaltenen internationalen Wohltätigkeitskongresses nahm Schulze-Delitzsch den Kongreßgedanken von neuem auf und regte die Bildung von volkswirtschaftlichen Vereinen an; auf den Vorschlag Lettes, des Vorsitzenden des Zentralvereins für das Wohl der arbeiten-

[1] Herzog Ernst II. von Sachsen-Koburg, Aus meinem Leben, II, S. 2, 306 ff., 312. Gustav Freytag und Herzog Ernst von Koburg im Briefwechsel, S. 1 ff., 11 f.

[2] Th. von Bernhardi, Tagebuchblätter III, S. 28.

[3] V. Böhmert, Rückblicke und Ausblicke eines Siebzigers (Dresden 1900), S. 16—21.

den Klassen, wurde dann von dieser Vereinigung im Juni 1858 ein erster Kongreß deutscher Volkswirte zum Herbst nach Gotha einberufen. Als Hauptpunkte der Beratungen wurden die Reform der Gewerbegesetze, das Genossenschaftswesen, die Durchfuhrzölle des Zollvereins, die Frage der Spielbanken und Lotterien und die Wuchergesetze bestimmt: nicht theoretische Grundfragen, sondern praktische Probleme der deutschen Gegenwart. Bennigsen, der die Einladung sofort angenommen hatte, war mit dem Plane und Programm einverstanden. „Ihre Auffassung über die Aufgabe dieser ersten Versammlung deutscher Volkswirte," schrieb er an Böhmert, „hat meine volle Zustimmung. Nur dadurch, daß wir wichtige und für eine Durchführung im Leben einigermaßen vorbereitete Fragen sogleich in Behandlung nehmen, wird es möglich sein, ein lebhaftes Interesse in den Kreisen praktischer Männer hervorzurufen und festzuhalten. Wollten wir diese erste Versammlung durch allgemeine Erörterungen und leere Formstreitigkeiten flau und unersprießlich machen, so könnte leicht der ganze Plan scheitern. Und doch ist die Zeit so günstig dafür, daß einmal Ernst gemacht wird mit einer gründlichen Einführung der volkswirtschaftlichen Theorie in das Leben und in die Gesetzgebung Deutschlands. Ueber die Zweckmäßigkeit der Auswahl der auf die erste Tagesordnung gestellten Gegenstände können die Ansichten freilich verschieden sein. Gewiß wird man aber den Männern, welche das Verdienst haben, diese Angelegenheit in die Hand genommen zu haben, die Initiative in dieser Hinsicht überlassen können."[1])

Die Gothaer Versammlung im September 1858 beschloß, nicht einen Verein, wie Schulze es gewollt hatte, sondern einen Kongreß mit regelmäßigen Wanderversammlungen zu begründen und eine ständige Deputation zu deren Vorbereitung zu wählen.

Der Volkswirtschaftliche Kongreß war ursprünglich ein Vereinigungspunkt für volkswirtschaftliche Theoretiker und Praktiker der verschiedensten Richtungen zum Meinungsaustausch über öffentliche Fragen. Allmählich begannen bestimmte wirtschaftliche und politische Ueberzeugungen auf dem Kongreß zu überwiegen, bis er schließlich zu dem Ausdruck einer Partei wurde. Es war begreiflich, daß in manchen Fragen — Gewerbefreiheit, Genossenschaften mit Selbsthilfe — von vornherein der freihändlerische Standpunkt bestimmend war, denn hier schien die Bekämpfung der wirtschaftlichen Hemmungen des Polizeistaates in Handel und Verkehr ganz von selbst zusammenzufallen mit dem allgemeinen Kampfe gegen die politische Reaktion. Wie bei vielen andern haben sich auch bei Bennigsen die Grundbegriffe seiner wirtschaftspolitischen Ueberzeugungen unter dieser Konstellation gebildet.

[1]) Bennigsen an Böhmert, 18. August 1858.

Während die politisch-freiheitlichen und die wirtschaftlich-freiheitlichen Bestrebungen in einer Richtung zusammenflossen, trat in der Zollfrage sofort der Gegensatz der Freihändler und Schutzzöllner scharf hervor; hier konnte Bennigsen, der sich lebhaft an den Sektions- und Plenarsitzungen in Gotha beteiligte, bereits das ihm als Politiker eigentümliche Geschick zur Geltung bringen, verschiedene Standpunkte in einer mittleren Formel zur praktischen Arbeit zu vereinen.[1])

Der Zusammenhang der politischen und wirtschaftlichen Fragen drängte sich mit immer stärkerer Macht hervor. Der Gedanke lag nahe, beides miteinander in Verbindung zu bringen: die Forderungen der Wirtschaftseinheit und des Wirtschaftsfortschrittes als starken Hebel für die Herbeiführung politischer Einheit und politischen Fortschrittes zu benutzen. Das war es, was Bennigsen — dem eigentliche Wirtschaftspolitik im Grunde ferner lag — an die Seite dieser Bestrebungen trieb.[2]) Die alte Parallele, die seit der Begründung des Zollvereins immer wieder hervortrat; so ist der Gedanke, die staatlich-bureaukratische Leitung des Zollvereins zu ergänzen durch eine parlamentarische Mitwirkung und dadurch wiederum die politische Einheit vorzubereiten, schon seit der Heppenheimer Anregung Mathys vom Oktober 1847 bis zu dem Zollparlament Bismarcks, kurz vor der Schwelle der vollendeten Einheit, wirksam gewesen.

Wer den Zollverein, die wirtschaftliche Organisation eines kleineren Deutschlands unter preußischer Führung und in bundesstaatlichen Formen ausbauen wollte, konnte nicht anders, als auch auf die politische Leitung Preußens hinarbeiten. Das waren Pläne, die zwar nicht auf dem Kongresse selbst, aber in einem engeren Kreise von etwa zwanzig Mitgliedern, Schulze-Delitzsch, Lette, Böhmert, Mathy, Bennigsen, im September 1858 in Gotha erörtert wurden. Der nationale Gedanke suchte aus der Welt der Ideen auf die Erde zu steigen, die Forderungen der Nation, die so lange rein äußerlich als Verfassungs-

[1]) Sein Antrag: „Der Ausschuß für das Zollwesen hat zeitig vor der nächsten Versammlung deutscher Volkswirte seine Arbeit der ständigen Deputation, womöglich bereits gedruckt, vorzulegen zur Erwägung darüber, ob und wieweit diese Arbeit auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses zu stellen sei," wurde einstimmig angenommen.

[2]) Noch im Jahre 1899 schrieb V. Böhmert rückblickend an Bennigsen: „Cavour war uns jungen Leuten damals ein Vorbild, weil er seine politische Tätigkeit auch mit volkswirtschaftlichen Bestrebungen und Reformen begonnen hatte. Wir wagten es, einen Aufruf zu einem volkswirtschaftlichen Kongreß zu erlassen, und Du warst als kühner Oppositionsmann einer der ersten Politiker, auf den wir zur Förderung unsrer nationalen freiheitlichen Bestrebungen nicht vergeblich rechneten."

fragen aufgefaßt waren, zu verbinden mit den wirtschaftlichen Bedürfnissen des einzelnen und der Gesamtheit, und zwar unter selbsttätiger Mitwirkung der Interessierten, nicht bloß einer Leitung von oben herab folgend. Ein neuer Zusammenschluß von politisch Gleichgesinnten, Anfänge neuer Parteibildung, nicht bloß doktrinär und idealistisch, sondern praktisch, in der Welt der Wirklichkeit wurzelnd. So ging der erste Kongreß deutscher Volkswirte der Gründung des Nationalvereins voraus wie einst die Germanistentage von 1847 dem Vorparlament. Man freute sich des Bewußtseins, eine neue Waffe für den politischen Kampf zu ergreifen.

Aber erst die großen Bewegungen der Welt sollten der noch nicht zu fester nationaler Gestaltung gelangten Mitte Europas einen neuen Stoß vorwärts geben und auch diese Anfänge nationaler und freiheitlicher Parteibildung weiter entwickeln.

Längst schon, seitdem die Herrschaft Friedrich Wilhelms IV. zu Ende neigte, hatte Bennigsen auf die möglichen Folgen einer neuen Aera in Preußen für die hannoversche Reaktionspolitik verwiesen. Jetzt war diese neue Aera da, wenige Wochen nach der Gothaer Tagung, und als die programmatische Anrede des Prinzregenten an seine neuen Minister bekannt wurde, erwachten innerhalb und außerhalb Preußens die Hoffnungen zu frischem Leben. Vor allem unter der Partei, die im Jahre 1849 dem Könige von Preußen die deutsche Kaiserkrone hatte übertragen wollen und trotz der Demütigung von Olmütz, die alle ihre deutschen Pläne vernichtete, im geheimen doch den Glauben an die Durchführbarkeit ihres Programms bewahrt hatte. Jetzt schienen ja alle Möglichkeiten, die so schmählich zerronnen, noch einmal wieder glanzvoll sich zu erheben: ein neues Preußen, bereit, sich innerlich umzuwandeln und durch moralische Eroberungen Scharen von deutschen Anhängern um die schwarzweiße Fahne zu versammeln. Das stolze Wort Gneisenaus, Preußen solle durch den dreifachen Primat von Kriegsruhm, Verfassung und Gesetzen, Pflege von Künsten und Wissenschaften in den übrigen Staaten den Wunsch erwecken, mit Preußen vereinigt zu sein, klang es nicht leise und hoffnungerweckend — ohne Absicht direkter Erwerbung — in der Anrede des Prinzregenten wieder? Lauter aber und stürmischer, anders noch als der Fürst gesprochen, schallte es aus den Herzen der Liberalen zurück: „Verfassung und Gesetze" war für sie der Kern der Reform. Denn nur ein Preußen, das die konstitutionelle Staatsform verwirklichte und durch freiheitliche Führung die Sünden der Vergangenheit wieder gutmachte, nur dieses

wiedergeborene Preußen konnte die Widerstrebenden in Deutschland gewinnen, den reaktionären Mittelstaaten die Rückendeckung entziehen und sich selbst der Vormachtstellung würdig erweisen.

In dieser Situation erfolgte der sardinisch-napoleonische Angriff und steigerte die Spannung auf das äußerste.

Was sollte Deutschland, was sollte vor allem Preußen tun? — denn daß die preußische Entschließung auch diejenige aller mittleren und kleineren Staaten bedeutete, bewies die Krisis in ihrem ganzen Verlaufe. Je nachdem wie diese Entschließungen fielen, schienen die Geschicke Deutschlands vorwärts oder rückwärts gewälzt zu werden. Daß man an einem Wendepunkte stand, blieb keinem verborgen.

Die erste Frage war: schloß die Bedrohung der einen deutschen Vormacht durch Frankreich nicht die rechtliche, oder wenigstens die politische, die moralische Verpflichtung für alle deutschen Bundesstaaten in sich, ihr mit allen Kräften beizuspringen? Und daran schloß sich die weitere Frage: forderte die Gefahr von außen nicht dazu auf, über die Bedürfnisse der Stunde hinweg die längst ersehnte organische Umgestaltung der innerdeutschen Verhältnisse ernstlich in die Hand zu nehmen? Wie unlösbar waren doch alle Möglichkeiten der inneren Entwicklung verflochten mit der auswärtigen Politik fremder Mächte. Wie mancher Deutsche unterlag fast dem unheimlichen Gefühl, daß wieder einmal die Zukunft der Nation auf dem Spiele stand, und daß wieder einmal die europäischen Großmächte die Wage in der Hand hielten. So gedachte jeder die Stunde zu benutzen und suchte nicht nur nach Mitteln, der augenblicklichen Gefahr zu begegnen, sondern nach einem Wege, der endlich das Volk aus der Wüste hinausführte, von der ohnmächtigen Zerrissenheit zu nationaler Einheit, von der drückenden politischen Rückständigkeit zu nationaler Selbstbestimmung und Freiheit. Stürmisch erhob sich von neuem in allen Lagern das Verlangen, ein einiges Volk zu sein und fremden Gefahren geschlossen entgegenzutreten, die zersplitterten Kräfte in wirkliche Macht zu verwandeln und das zu erringen, was die andern großen Völker seit Jahrhunderten besaßen: den nationalen Staat. In den Jahren 1848 und 1849 hatte man auf den verschiedensten Wegen ihn zu schaffen gesucht und hatte alle Hoffnungen begraben müssen; jetzt schien die Stunde gekommen, das alte Ideal wieder leuchtend über alles Volk hinauszuheben und noch einmal in den großen Ringkampf einzutreten. Darüber aber, wie das geschehen solle, strebten die Meinungen auf deutsche Art nach allen Richtungen auseinander. [1])

[1]) Vgl. mein Buch „Lassalle" (Stuttgart 1904) S. 132 ff.

Heute sind wir sehr geneigt, aus diesem Gewirr der Meinungen diejenigen zu begrüßen, die mit kühner Realpolitik den Preußen rieten, im Jahre 1859 gewissermaßen das Jahr 1866 vorwegzunehmen, die österreichische Bedrängnis durch eine preußische Aktionspolitik auszunutzen: durch ein Ultimatum den Oesterreichern die Hegemonie in Deutschland abzunötigen oder unter den Fahnen Friedrichs des Großen in Böhmen einzurücken und den Dualismus mit dem Schwerte auszufechten, zum mindesten im Norden um sich zu greifen und etwa Schleswig-Holstein zu befreien. Gedanken, die nur einzeln auftauchten, bei Bismarck, bei Lassalle und Rößler; die nur in Preußen aufkommen konnten, nur in der Seele einzelner Machtrechner. Ihre Ausführbarkeit sei dahingestellt. Sie haben etwas Prophetisches an sich. Sie scheinen Wirklichkeit zu atmen.

Ganz und gar nicht war das die Meinung des übrigen Deutschlands. Denn diese ging einträchtig dahin, daß den Oesterreichern von allen deutschen Bundesgliedern, den Preußen voran, in ihrer Not geholfen werden müsse. Fürsten und Völker stimmten darin überein. Bundeshilfe für Oesterreich: das verstand sich ganz von selbst bei allen Katholiken, denen die katholische Vormachtstellung Habsburgs in Deutschland und die Verbindung mit den katholischen Deutsch-Oesterreichern ebenso am Herzen lag, wie sie im Interesse des Papstes und Kirchenstaates vor dem Gespenst einer italienischen Einheit zitterten; bei allen Süddeutschen, die mit Deutsch-Oesterreich durch Stammesverwandtschaft verbunden waren und obendrein noch unter dem Druck der französischen Kanonen am Oberrhein standen; und nicht minder verstand es sich bei den preußischen Konservativen in Staat und Heer, die in einem Krieg gegen den neuen Bonaparte die glorreichen Erinnerungen des Befreiungskrieges wiederaufleben sahen.

Aber im Grunde waren auch die meisten norddeutschen, preußischen und mittelstaatlichen Liberalen darin einig, daß man Oesterreich helfen müsse; daß Preußen selbstverständlich in diesem Kriege den Oberbefehl über die Bundestruppen führen müsse; ja noch mehr: daß Preußen überhaupt bei dieser Gelegenheit einen seiner tatsächlichen Machtstellung entsprechenden Anteil an der Leitung des Bundes, zunächst durch Reform der militärischen Bundeseinrichtungen, zu gewinnen habe. Das spezifisch preußische Interesse traf hierin zusammen mit den Wünschen der ehemaligen Erbkaiserlichen, der Gothaer, die ihre verflossenen Gedankengänge in neubelebter Hoffnung wieder grünen sahen. Unter diesen Bedingungen war der Prinzregent ehrlich entschlossen, das Schwert für Oesterreich zu ziehen, und aus dem Lager der Duncker und Droysen schallte ihm herzliche Bereitschaft entgegen. Einen Schritt weiter hieß

das alles: Preußens Führung im Nationalkrieg gegen Frankreich und als Gewinn eine kleindeutsch-liberale Bundesreform. Einigen wenigen bedeutete die militärisch-diplomatische Leitung bereits die preußische Hegemonie. Die äußersten Flügel dieser Politik berührten sich mit der Rechnung, die Bismarck ins Auge gefaßt hatte — nur daß er die Reihenfolge der Mittel sich umgekehrt dachte.

Den Rückblickenden erscheint auch diese Politik als eine patriotische Illusion. Preußen würde selbst aus einem siegreichen Kriege an der Seite Oesterreichs diesen höchsten Gewinn nicht haben heimbringen können und den Weg, auf dem es hernach das neue Reich geschaffen hat, durch diese Parteinahme sich für immer verbaut haben.

Freilich: nicht bloß politischer Dilettantismus, nicht bloß blinde Franzosenfresserei oder schwarzgelb-katholische Sympathien wollten die Deutschen auf diesem Wege vorantreiben, sondern auch ernste patriotische Erwägungen rieten dazu. Wie konnte einem Angehörigen eines Mittel- oder Kleinstaates das preußisch-friderizianische Machtgelüste Bismarcks überhaupt sympathisch oder auch nur verständlich sein! Sollte noch einmal eine egoistische preußische Diplomatie dem Niederbruch Oesterreichs tatlos lauernd zusehen, um dann, in verschuldeter Vereinzelung, von dem gleichen Schicksal überrannt zu werden, sollte innere Zwietracht dem Deutschen Bunde ein ähnliches Ende bereiten wie dem alten Reiche schmachvollen Angedenkens — jetzt, wo wieder die Gestalt eines Napoleon etwas Unberechenbares, Dämonisches zu verkörpern schien? Die Erinnerung an die historische Parallele, die Zeit vom Baseler Frieden bis zum Jahre 1806, lebte in den Vorstellungen aller, nicht bloß bei den preußischen Konservativen, denen Napoleon die Revolution schlechtweg bedeutete; sondern gerade den Liberalen war seit kurzem Häussers lebensvolle Darstellung gegenwärtig, die Geschichte vom Untergang des alten Reiches durch den Hader der deutschen Vormächte und von der Befreiung durch ihren Zusammenschluß. Unter dem Bann dieser Mahnung stand das Volk. Was in Bennigsen an hannoverschen Erinnerungen lebte — wie war einst gerade der Staat Hannover das Opfer jener Verkettung geworden! —, was ihm vom Großvater und Vater auch in der Familienüberlieferung vermacht sein mochte, das trieb auch ihn in der gleichen Richtung wie die überwiegende Mehrheit seines Volkes. Die Politik, die Bismarck empfahl, wäre dem Hannoveraner Bennigsen als ein Frevel am deutschen Volke erschienen. Das Machiavellistische lag nicht in seinem Wesen.

Um so stärker ergriff er die unentbehrliche Ergänzung seiner antifranzösischen Kriegspolitik: die Notwendigkeit einer grundstürzenden Bundesreform. Was jede Stunde lehrte, war das Versagen der Bundes-

institutionen, war die Unfähigkeit der Mittel- und Kleinstaaten, große Politik zu treiben und auf eigne Verantwortung für die militärische Verteidigung zu sorgen. Und darum ergab sich auch für ihn als nächste Forderung die Reform der Bundesverfassung im Sinne militärisch-diplomatischer Leitung durch den Staat, der allein dazu imstande war: Reform derselben Bundesverfassung, die nicht bloß nach außen hin versagte, sondern im Innern die einzelstaatlichen Verfassungsrechte mißhandelte und gerade für Hannover der Rückhalt der Reaktion war.

Frühzeitig schon, als die Krise herannahte, hatte Bennigsen die hannoversche Regierung gedrängt, ihre Isolierung in der Vorbereitung der militärischen Maßregeln aufzugeben. Die Küstenstellung Hannovers machte diese Aufgabe besonders schwierig: was man an den Flußmündungen zur Sicherung gegen einen feindlichen Angriff unternahm, war nichts als ein hastiges Tasten mit in Wahrheit unzureichenden Mitteln, ein Schulbeispiel, das den Widersinn der Bundeskriegsverfassung offenbarte. Mit Recht wies Bennigsen in den Landtagsverhandlungen im März 1859 darauf hin, daß Hannover nicht dauernd diese Lasten übernehmen könne, da es bei dem Schutze der Nordseeküste sich nicht um partikular-hannoversche Maßnahmen, sondern um die Realisierung eines Bundeszweckes handle; darum sei die Regierung gehalten, entweder auf geeignete Bundesbeschlüsse hinzuwirken oder — was der Bund für Flotte und Küstenschutz geleistet hatte, lebte zu frisch in der Erinnerung — wenigstens mit den dabei interessierten Nachbarmächten gemeinsames Handeln zu vereinbaren. Er fand das Zögern unerklärlich: „es müßten denn etwa Großmachtsideen eines Nordseestaates im Spiele sein." Der wundeste Punkt der hannoverschen Ambitionen, vor allem des Königs, war damit getroffen. Wie waren sie leidenschaftlich erregt worden, als wenige Jahre zuvor der patriotische Großherzog Peter von Oldenburg den verhaßten Preußen den Bau eines Kriegshafens an der Jade ermöglicht hatte! Wie verschlossen sie sich gegen die Erkenntnis, daß nur ein starker deutscher Bundesstaat die Wacht an der Nordsee zu übernehmen fähig sei!

Nach dem Ausbruch des Krieges befestigten sich Bennigsens Ueberzeugungen mehr und mehr.

Nicht Oesterreich helfen um seiner vorgeschobenen italienischen Positionen willen, überhaupt nicht Oesterreich helfen um Oesterreichs willen, sondern vor allem der Gefahr eines französischen Angriffs auf Deutschland zu begegnen durch ein Zusammenraffen der deutschen Kräfte unter preußischer Führung: die Gefahr zur politischen Regeneration

Deutschlands zu benutzen, das ist und bleibt der leitende Gedanke. So schrieb Bennigsen am 25. Juni an seinen Schwager Louis von Leonhardi: „Die eben eingetroffene Nachricht von einem zweiten, noch entscheidenderen Siege als dem von Magenta macht mich immer besorgter wegen der Gefahren eines französischen Uebergewichts in Mitteleuropa. In Oesterreich scheint noch mehr morsch zu sein, als man glaubte. Wenn die Armee konzentriert, die stärksten Festungen im Rücken, die besten Generale und den Kaiser an der Spitze, den französisch-sardinischen Truppen nicht mehr gewachsen ist, was soll dann werden, wenn der Krieg länger dauert, der finanzielle Ruin zum Bankrott führt und Ungarn aufsteht. Hier ist die Stimmung sehr bedenklich, der Haß und Argwohn gegen österreichischen Absolutismus und Konkordat, die Isoliertheit unsers Regierungssystems haben eine große Abneigung gegen den Krieg hervorgerufen und die Disziplin bei den konzentrierten Truppen sehr gelockert. Wenn daneben unsre deutschen Fürsten noch so verblendet sind, bei einer Gefahr, welche die Existenz von Deutschland bedroht, das Interesse ihrer Sondersouveränitäten und den Argwohn gegen Preußen über alles zu setzen, wenn sie Preußens einfache militärische und diplomatische Leitung, welche absolut nötig ist für den Krieg, verhindern, so mögen sie selbst sehen, was das Ende ist. Gewiß aber nicht die Befestigung ihrer Herrschaft, welche bei uns bis in die höchsten Kreise unterhöhlt ist. Ich fürchte, wir gehen den schwersten Gefahren entgegen, denen nur die angespanntesten Kräfte der Nation begegnen können."

Es war die Einsicht, die in Deutschland von einem Tage zum andern sich stärker Bahn brach. Wo in den deutschen Einzelstaaten Volksvertretungen versammelt waren, suchten sie sich zu Gehör zu bringen. Am 21. Juni 1859 erschien — fast in der Länge einer Flugschrift — eine Erklärung von Nassauer Kammermitgliedern unter Führung von Lang und Braun; sie gipfelte in den Sätzen: „Deutschland darf Oesterreich in dem gegenwärtigen Kriege nicht allein lassen" und „Die diplomatische und militärische Führung des ganzen nichtösterreichischen Deutschlands vor und in dem Kriege muß Preußen in die Hand gegeben werden;" in der langatmigen Begründung tauchte auch der Gedanke eines deutschen Parlamentes auf. In gleicher Weise sprachen sich Ende Juni 1859 die württembergischen Liberalen aus, auch sie für die von Preußen in Anspruch genommene militärische und politische Leitung Deutschlands, eine Führerschaft, die von der Nation allenthalben mit Freude begrüßt worden sei; mit dieser Führung sei dem dauernden Bedürfnis einer kräftigen Bundesregierung allerdings noch nicht entsprochen; auf die Dauer könne dem Volke eine wirksame Umgestaltung

der deutschen Zentralgewalt nicht vorenthalten bleiben, und eine deutsche Volksvertretung müsse als Zielpunkt fest im Auge behalten werden. In Bayern, wo der Landtag nicht versammelt war, blieben ähnliche Stimmungen mehr vereinzelt. [1])

Plötzlich wurde der Waffenstillstand und gleich darauf der Friede von Villafranca geschlossen. Kaiser Franz Joseph erkannte, daß Bundeshilfe nur um den Preis von Bundesreformen, die preußische Armee nur um den Preis preußischer Gleichberechtigung in der Bundesleitung zu haben seien. Um der deutschen Position des Hauses Habsburg willen gab er die italienische auf und nahm aus Napoleons Händen den Frieden. Sollten mit den Besorgnissen nun auch alle Hoffnungen der deutschen Reformfreunde vertagt werden?

Die nassauische und die württembergische Erklärung waren noch während des Krieges erlassen worden; sie standen mitten in der allgemeinen zum Krieg gegen Frankreich entschlossenen Volksstimmung und wollten die Konzessionen an Preußen nur für die Dauer dieses Krieges; das, was später kommen sollte, erschien nur in unbestimmten Umrissen. Erst der Friede von Villafranca gab diesen Forderungen eine neue Gestalt. Die unmittelbare Gefahr war zunächst verschwunden und von einem preußischen Oberbefehl während dieser Gefahr, für einen zeitlich und sachlich umschriebenen Zweck, war jetzt nicht mehr die Rede; je allgemeiner aber das beängstigende Gefühl einer bloß provisorischen Lösung der Krisis war, um so mehr tauchte die Notwendigkeit einer prinzipiellen und dauernden Umgestaltung des Bundes auf. Es geschah zuerst in einer Versammlung „deutscher Demokraten" in Eisenach; es waren vor allem mitteldeutsche, thüringische Demokraten unter Mitwirkung einiger Preußen, wie Schulze-Delitzsch, nicht mehr wie in der nassauischen und württembergischen Erklärung nur Angehörige eines Landes. In ihren

[1]) Der vielleicht am nationalsten gesinnte Publizist und Abgeordnete Bayerns, Karl Brater, formuliert in einem Briefe an H. Baumgarten vom 28. Juni 1859 diese Stimmung in folgender Weise: „Man fühlt, daß wir ohne Preußen nichts sind und vermögen, und man sehnt sich danach, des Zwiespaltes mit Preußen ledig zu werden. Man hat aber die Ueberzeugung noch nicht gewonnen, daß *Preußen auf den Gedanken verzichte, durch den Ruin Oesterreichs groß zu werden*, daß Preußen *entschlossen sei, an der Spitze Deutschlands die bonapartistische Aggressive zurückzuweisen, obwohl* diese zunächst gegen Oesterreich gerichtet ist. Sobald diese Ueberzeugung durchgedrungen ist, wird die öffentliche Meinung energisch fordern, daß Preußen — weit über die Grenzen der Bundesverfassung hinaus — mit der Machtvollkommenheit bekleidet werde, deren es bedarf, um Deutschland in dieser Krisis zu führen. Die Forderung wird so kräftig auftreten, daß sie jeden dynastischen Widerstand bricht."

knapp und scharf gefaßten Resolutionen waren die entscheidenden Gedanken: Ersetzung des deutschen Bundestages durch eine feste, starke und bleibende Zentralregierung; Einberufung einer deutschen Nationalversammlung; Initiative Preußens bei diesen Schritten; „zu diesem Zwecke und zu kräftigerer Wahrung der deutschen Interessen nach außen sind einstweilen und bis zur definitiven Konstituierung der deutschen Zentralregierung die Leitung der deutschen Militärkräfte und die diplomatische Vertretung nach außen auf Preußen zu übertragen". Das Neue war die Formulierung zweier Grundgedanken der Bundesreform, Zentralregierung und Parlament, die so aus der Kriegsgefahr und der Kriegsbegeisterung für die kommende politische Arbeit im Frieden gerettet werden sollten. Es war noch nicht die Forderung einer preußischen Hegemonie, und von einem kleineren Deutschland war nicht die Rede; aber der preußischen Initiative wurde das Neue doch zugeschoben und ein Provisorium in diesem Sinne sollte — und jetzt nicht mehr im Kriege, sondern bis zur endgültigen Konstituierung — doch von Preußen gehandhabt werden. In der Ferne also schon eine Annäherung an die erbkaiserliche Staatsform — und das Bedeutsame war, daß nicht mehr die Väter jener Politik, die Konstitutionellen, die Altliberalen, die Gothaer, sich zu diesem Programm bekannten, sondern Anhänger der Demokratie von 1848.

Zwei Tage darauf erschien in Hannover eine ähnliche Erklärung. Zum 19. Juli waren die Stände einberufen worden; gleichzeitig tagte ein hannoverscher und nordwestdeutscher Anwaltstag in der Hauptstadt. So vereinigte Bennigsen zu der von ihm entworfenen Erklärung nicht bloß die ihm folgenden Angehörigen der Partei in der Kammer, sondern auch seine außenstehenden Parteifreunde wie von der Horst, Römer (Hildesheim), Weber (Stade), Lammers, Miquel, Oppermann, dazu auch einzelne Gleichgesinnte aus den norddeutschen Kleinstaaten, Oldenburg, Braunschweig, den Hansestädten. Die Hauptsätze der hannoverschen Erklärung lauteten:

„Um solchen Gefahren sicher entgegentreten zu können, ist für Deutschland ein kräftiger Aufschwung des nationalen Geistes und eine rasche Entwicklung seiner politischen Kräfte dringend erforderlich. Einem solchen Aufschwunge sind aber die jetzigen Formen der Bundesverfassung offenbar hinderlich. Diese Verfassung hatte sich schon vor dem Jahre 1848 und noch mehr während der Bewegungen des Jahres 1848 als ganz unhaltbar erwiesen. Nach 1848 als Notbehelf einseitig von den Regierungen wieder in das Leben gerufen, hat sie noch deutlicher gezeigt, daß durch sie die Interessen der Nation nicht befriedigt und feste Rechtszustände in den einzelnen deutschen Staaten nicht begründet werden

können. Der soeben beendigte Krieg hat uns leider überzeugen müssen, daß auch die Bundeskriegsverfassung für ein rasches und einmütiges Handeln gegen äußere Gefahren keine Gewähr darbietet.

„Das Verlangen nach einer mehr einheitlichen Verfassung Deutschlands unter Beteiligung von Vertretern des deutschen Volks an der Leitung seiner Geschicke mußte daher immer größer werden. Nur eine größere Konzentrierung der militärischen und politischen Gewalt, verbunden mit einem deutschen Parlament, wird eine Befriedigung des politischen Geistes in Deutschland, eine reiche Entwicklung seiner inneren Kräfte und eine kräftige Vertretung und Verteidigung seiner Interessen gegen äußere Mächte herbeiführen können.

„Solange das deutsche Volk an einer Reform seiner Verfassung noch nicht verzweifelt und nicht allein von einer revolutionären Erhebung Rettung vor inneren und äußeren Gefahren sucht, ist der natürlichste Weg, daß eine der beiden großen deutschen Regierungen die Reform unsrer Bundesverfassung ins Leben zu führen unternimmt. Oesterreich ist dazu außerstande. Seine Interessen sind keine rein deutschen, können es auch niemals werden . . .

„Unsre Hoffnung richten wir daher auf Preußens Regierung, welche durch den im vorigen Jahre aus freiem Antriebe eingeführten Systemwechsel ihrem Volke und ganz Deutschland gezeigt hat, daß sie als ihre Aufgabe erkannt hat, ihre Interessen und die ihres Landes in Uebereinstimmung zu bringen, und für einen solchen Zweck Opfer an ihrer Machtvollkommenheit sowie die Betretung neuer und schwieriger Bahnen nicht scheut. Die Ziele der preußischen Politik fallen mit denen Deutschlands im wesentlichen zusammen. Wir dürfen hoffen, daß die preußische Regierung immer mehr in der Erkenntnis wachsen wird, daß eine Trennung Preußens von Deutschland und die Verfolgung angeblich rein preußischer Großmachtszwecke nur zu Preußens Ruin führen kann. Und das deutsche Volk hat in den letzten Wochen in den meisten Teilen unsers Vaterlandes mit Einmütigkeit zu erkennen gegeben, daß für die Zeiten der Gefahr und des Krieges die Vertretung unsrer Interessen und die Leitung unsrer militärischen Kräfte vertrauensvoll in Preußens Hände gelegt werden solle, sobald nur klare Ziele, eine feste Leitung und ein entschiedenes Handeln von Preußen zu erwarten ist.

„Die letzten Monate haben von neuem bewiesen, daß es gegenüber den mit einheitlicher Gewalt ausgerüsteten Militärstaaten, welche uns im Westen und Osten umgeben, nicht geraten ist, bis auf die Stunde der Gefahr zu warten, um erst bei ausbrechendem Kampfe zu versuchen, ob gemeinsame Beschlüsse der deutschen Regierungen über ein rasches und energisches Handeln zu erreichen sind. Wir bedürfen einer Bundes-

verfassung, welche schon im voraus die Gewähr eines schleunigen und einmütigen Handelns bietet.

„Die deutschen Bundesregierungen werden freilich dem Ganzen Opfer bringen müssen, wenn eine mehr konzentrierte Verfassung in Deutschland eingeführt werden soll. Schwerlich werden sie aber angesichts der bevorstehenden europäischen Krisen sich lange der Ueberzeugung verschließen, daß für die Interessen des Vaterlandes nicht allein, sondern auch für ihre eignen eine einheitlichere Gewalt in Deutschland eine Notwendigkeit ist . . .

„Möge daher Preußen nicht länger zögern, möge es offen an den patriotischen Sinn der Regierungen und den nationalen Geist des Volkes sich wenden und schon in nächster Zeit Schritte tun, welche die Einberufung eines deutschen Parlaments und die mehr einheitliche Organisation der militärischen und politischen Kräfte Deutschlands herbeiführen, ehe neue Kämpfe in Europa ausbrechen und ein unvorbereitetes und zersplittertes Deutschland mit schweren Gefahren bedrohen."

Die Erklärung fand in kurzer Frist — trotz des starken Drucks von oben — im Königreich Hannover gegen 700 Unterschriften (vor allem im Osnabrückschen und in Ostfriesland). Die offiziöse Presse aber beschuldigte Bennigsen sofort, daß er die Revolution für Preußen aufrufe.

Der Gedankengang der hannoverschen Erklärung war, trotz einiger Abweichungen, der Eisenacher Erklärung, mit der sie in keiner äußerlichen Verbindung stand, doch innerlich nahe verwandt. Zwar war die Forderung einer sofortigen provisorischen Uebernahme der Leitung durch Preußen, inmitten der Stimmung nach dem Friedensschluß ohnehin eine Unmöglichkeit, in Hannover vermieden worden; und statt der knappen Resolutionen der Thüringer war hier eine historisch-politische Erörterung gewählt, die auch schon die Frage des Verhältnisses zu Oesterreich streifte und die liberale Aera in Preußen als Gewähr und Voraussetzung einer deutschen Politik auffaßte. Eigentümlich war der Entstehung des hannoverschen Dokuments, daß es nicht von *einer* Partei, sondern von Liberalen und Demokraten ausging, bedeutsam, daß es sich nicht um die Angehörigen eines Kleinstaates handelt, sondern daß sich die gesammelten fortschrittlichen Elemente eines Mittelstaates — gerade desjenigen, dessen Autoritäten sich ängstlich und eifersüchtig von Preußen fernhielten — zur Notwendigkeit preußischer Führung bekannten. Auch der hannoversche Liberalismus war seit Stüve von Grund aus verändert worden. Und dieses Bekenntnis wurde abgelegt, während in Oesterreich und Süddeutschland die Anklagen gegen den angeblichen Verrat Preußens die Massen aufwühlten.

Die Erklärung vom 19. Juli brachte Bennigsen zum erstenmal in Berührung mit den Männern der neuen Aera in Preußen selbst. Gerade nach dem Frieden von Villafranca fühlten die Leiter der preußischen Politik das Bedürfnis, nicht bloß im Inlande, sondern fast noch mehr vor dem außerpreußischen Deutschland sich zu rechtfertigen. Man wollte alle jene Sympathien, die so sehnsüchtig in der Not auf das preußische Schwert geblickt hatten, nicht wieder in sich zerrinnen lassen, sie lieber von neuem beleben. Es war einer der gewandten offiziösen Publizisten der neuen Aera, der junge Staatsrechtslehrer Ludwig Karl Aegidi, der sehr wahrscheinlich schon als Göttinger Privatdozent in den Jahren 1853 bis 1856 mit Bennigsen bekannt geworden war und nunmehr die Vermittlung übernahm. Das Schreiben, das er wenige Tage nach der hannoverschen Erklärung an Bennigsen richtete, liegt leider nicht vor.[1]) Aber Aegidi erinnert noch in einem Briefe aus dem Jahre 1900 Bennigsen beiläufig an den Hergang: „Bei diesen Zeilen überkommt mich die Erinnerung an den letzten Brief, den ich an Sie gerichtet — 1859 nach dem Frieden von Villafranca, aus dem Lager Hohenzollern-Auerswald-Max Duncker (ein fast gleichlautender und in derselben Nacht geschriebener erging an Karl Brater). Sie in der hannoverschen Ständeversammlung, Brater in der Münchner Abgeordnetenkammer entnahmen daraus die Waffen zu den glänzenden Reden, um die arg verleumdete preußische Politik zu rechtfertigen.[2]) Ich verarbeitete — nach Ihren großen Erfolgen — aus den Briefen auf Geheiß des Fürsten von Hohenzollern die anonyme Flugschrift ‚Preußen und der Friede von Villafranca', die keine zweite Auflage erlebte, deren erste jedoch mit 50000 Exemplaren rasch vergriffen war."

Es kommt bei der hier eingegangenen Verbindung nicht so sehr auf die sachliche Information an — ein Vergleich der Schrift Aegidis mit der Rede Bennigsens vom 27. Juli zeigt an einzelnen Stellen deutlich, was er der brieflichen Mitteilung verdankte[3]) —, sondern auf die Tat-

[1]) Ebensowenig ist der Brief Aegidis an Brater, der einen Ersatz bieten könnte, in den Papieren Braters enthalten. (Freundliche Mitteilung von Frau Anna Kerler in Würzburg.)

[2]) Die Tatsache wird bestätigt bei R. Haym, M. Duncker S. 204: „Dunckers getreuer Helfer Aegidi hatte in gleichlautenden Briefen an Brater und Bennigsen nach seinen während der ganzen Krisis sorgfältig aufgezeichneten Notizen den Gang der preußischen Politik mit ihrer Beziehung auf die österreichischen Schachzüge klar und knapp entwickelt, und die beiden Parteiführer hatten in den Kammern zu München und Hannover den Inhalt dieser Briefe zur Widerlegung der Verleumder Preußens mit schlagendem Erfolge verwertet."

[3]) Auf die Information Aegidis wird wahrscheinlich die Anfrage zurückgehen, die Bennigsen am 26. Juli an Borries richtete und am 28. Juli wieder-

sache der politischen Information des Führers der hannoverschen Liberalen durch die Parteigänger der neuen Aera. Indem Bennigsen zum erstenmal vor ganz Deutschland hinaustrat und die Opposition in seinem Heimatstaat in einen allgemeinen Zusammenhang erhob, in dieser ganzen die Bildung des Nationalvereins einleitenden Aktion handelte er bereits in Fühlung mit den preußischen Liberalen. Die ersten Fäden der neuen Parteibildung liegen hier sichtbar zutage.

Die am Tage von Bennigsens Erklärung zusammengetretene hannoversche Ständeversammlung hatte vor allem die Aufgabe, der Regierung neue außerordentliche Kredite (zu den am 16. März bewilligten und bereits verbrauchten) in der Höhe von 1,35 Millionen Talern zu bewilligen. Schon am 26. Juli beklagte Bennigsen den mangelnden Schutz der Nordseeküste und legte, wie schon im März, die Notwendigkeit von Küstenbefestigungen dar: „ein Schutz des deutschen Handels durch Befestigung der Nordseeküste stelle sich mehr und mehr als notwendig heraus, denselben könne aber nicht Hannover allein gewähren, sondern das sei eine allgemeine deutsche Angelegenheit, die der Bund in die Hand zu nehmen habe"; er tadelte, daß man nicht einmal den Versuch einer gemeinschaftlichen Verabredung mit den Anliegern gemacht habe. Die große Krise hatte ja überall nationale Aufgaben und Bedürfnisse gezeigt, zu denen der Einzelstaat nicht befähigt war. Das war aber nur das Vorspiel. Am folgenden Tage begründete Bennigsen seine Auffassung der Lage in einer großen politischen Rede — der ersten Rede, die er vor ganz Deutschland gehalten hat.

„Wo so große Opfer vom Lande gefordert würden, dürfe man von der Regierung auch wohl Aufklärungen und Erläuterungen über die damit verfolgten Zwecke erwarten. Aber mehr als das. Zweierlei, soviel sei klar, erheische die schwere Zeit, in der wir lebten, mit Notwendigkeit: eine gründliche Umgestaltung der Bundesverfassung und die

holte. Sie bezog sich auf „die fast unglaubliche Tatsache — obschon er nach der Quelle der Nachricht gar nicht an ihrer Richtigkeit zu zweifeln imstande sei —, daß nämlich unsre Regierung, die anfangs so energisch für die Verteidigung Oesterreichs aufgetreten sei, wenige Tage vor dem Abschluß der Friedenspräliminarien zu Villafranca Preußen von allen aggressiven Schritten, die zu einem Angriffskriege führen könnten, abgemahnt und geraten habe, sich dem Zwecke des Bundes gemäß lediglich defensiv zu verhalten". Der Rat der hannoverschen Regierung sollte bei den Verhandlungen des Militärbevollmächtigten gefallen sein. Borries verweigerte am 28. Juli, da Bennigsen die Nennung der Quelle verweigere, jede Antwort, dementierte die Nachricht aber andern Tags in der Kammer und wiederholte das Dementi, als die liberale Presse an jener Lesart festhielt.

Herstellung vollen Vertrauens zwischen den Regierungen und den Bevölkerungen. Was die erstere betreffe, so verkenne in ganz Deutschland keine Stimme außer den Organen einzelner Regierungen mehr das Bedürfnis. Ein so konservatives Blatt wie die ‚Allgemeine Zeitung' gehe in ihrer neuesten Nummer so weit, den Ruf Bundesreform als das Losungswort des Augenblicks auszugeben. Es frage sich, ob eine solche Verbesserung möglich erscheine. Angesichts der in den letzten Monaten herrschenden Uneinigkeit, angesichts der freilich auf falsche Tatsachen gegründeten Beschuldigungen, die man im österreichischen Lager und anderswo noch vor wenigen Tagen gegen Preußen erhoben habe, könnte das zweifelhaft aussehen. Allein jetzt müßten doch sogar die amtlichen und halbamtlichen Wiener Stimmen zugestehen, daß ein ‚auffallendes Mißverständnis' über die wichtigsten Tatsachen walte, die den Frieden herbeigeführt und dem kaiserlichen Manifest seinen Stoff gegeben hätten. Eine der Wiener Zeitungen gehe schon so weit, von ‚böswilligen Erfindungen und giftigen Gerüchten' zu sprechen. In jedem Fall sei der Friede von Villafranca wohl als sehr übereilt abgeschlossen zu betrachten. Frankreich, darauf deuteten alle Zeichen, habe Oesterreich getäuscht. Demzufolge dürfe man hoffen, daß die gegenseitigen Anschuldigungen zwischen Oesterreich und Preußen, aus denen ein tiefer Riß hervorzugehen gedroht habe, milderer Beurteilung Platz machen würden. Er wolle zwar keineswegs die preußische Politik während der letzten Monate durch dick und dünn verteidigen. Mit manchen seiner Freunde habe er dafür gehalten, daß sie nicht klar und entschlossen genug, jedenfalls nicht kühn und groß gewesen sei. Mangel an Selbstvertrauen und klaren Zielen haben sie nur zu sehr bezeichnet. Aber man dürfe auch nicht ungerecht sein. Die Schuld liege wesentlich nicht an einer einzelnen deutschen Regierung, sondern an unsern traurigen Zuständen. Ein großer Teil der Schuld falle außerdem auf die merkwürdige Hartnäckigkeit der österreichischen Regierung, die von Preußen Unglaubliches gefordert habe. Dem außerordentlichen preußischen Abgesandten General von Willisen habe sie als Zweck des fortan gemeinschaftlich zu führenden Krieges angegeben, Sardinien unschädlich zu machen und seiner Freiheiten zu berauben, Napoleon vom Throne zu stürzen. Dagegen sich zu sträuben habe die preußische Regierung allen Grund gehabt. Es sei Preußen nicht zuzumuten, sich für den politischen und religiösen Absolutismus Oesterreichs zu begeistern, oder für Oesterreichs italienische Spezialverträge in den Kampf zu ziehen, deren Absicht sei, in den übrigen Staaten Italiens weitergehende Freiheiten als die der Lombardei bewilligten zu verhindern. Auch sei das Schwanken Oesterreichs noch viel auffälliger und beklagenswerter als das viel-

beklagte preußische Schwanken. Ende Mai, so sei ihm zuverlässig bekannt geworden, habe Oesterreich die Spezialverträge aufgegeben und Preußen die militärisch-diplomatische Vertretung Deutschlands nach außen zugestanden.[1]) Aber mit seltener Halsstarrigkeit sei die österreichische Regierung von dem einen wieder ab- und auf die andern wieder zurückgekommen, als in ihrem Auftrage Fürst Windischgrätz nach Berlin ging. Die Abneigung der Mittelstaaten, sich der von Oesterreich schon zugestandenen preußischen Führung zu bequemen, habe diese österreichische Wendung hervorgerufen oder unterstützt. Eine zweite Schuld falle auf Oesterreich durch die verderbliche Zähigkeit, womit es mitten in einem an die Existenz gehenden Kriege sein altes schlechtes System festgehalten habe. Die kirchlichen Verhältnisse der Protestanten seien noch immer nicht geregelt und die Ansprüche der Völker auf Verfassungen und Freiheiten aller Opfer ungeachtet noch immer nicht befriedigt. Nichts habe es denjenigen Politikern im übrigen Deutschland, welche die Gefahr der Zeit erkannten, saurer gemacht, für Oesterreich Hilfe zu werben. Die preußische Regierung könne nach diesem allen von österreichischer Seite um so weniger ein Vorwurf treffen, als sie ihrem eignen Lande gegenüber, wie man wohl annehmen dürfe, es mit Oesterreich noch viel zu gut im Sinne gehabt habe. Sie habe sich nicht etwa auf ein ungefähres Gleichgewicht der Mächte und auf die deutschen Interessen beschränken, sondern den österreichischen Landbesitz schlechthin zum nächsten Ziel des Krieges erheben wollen, wiewohl im preußischen Volke der Verlust der Lombardei längst für eine vollendete Tatsache galt und die Sympathie mit der italienischen Freiheit viele Anhänger zählte. Nicht minder müsse man die Schwierigkeit für Preußen anerkennen, nach seiner Vergangenheit rasch in den Zug einer großen auswärtigen Politik zu kommen. Der glückliche Wechsel im Innern habe namentlich in den ersten Monaten dieses Jahres die Aufmerksamkeit nicht allein der Regierung, sondern auch des Volks und seiner Vertreter derartig gefesselt, daß fernerliegende Gefahren von außen her nicht so dringend hätten erscheinen können. Eine unbefangene Beurteilung werde also, wenn einmal ein Sündenbock gefunden werden müsse, allen Teilen die Schuld beimessen und die Hauptschuld in den Zuständen suchen.

„Die hiesige Regierungszeitung sei nun freilich bei der Hand, alle Versuche zu einer Verbesserung der deutschen Zustände Phrasen zu schelten. Aber wenn das wirklich ihre Meinung sei, warum dann so heftig auffahren? Solange in Europa Ruhe geherrscht habe, sei man, um Aenderungen in der Bundesverfassung zu erlangen, auf die Zeit der

[1]) Zu den vorstehenden, auf Aegidis Information zurückgehenden Sätzen vgl. dessen „Preußen und der Friede von Villafranca“ (Berlin 1859), S. 11, 12, 13.

Gefahr vertröstet worden. Jetzt sei diese gekommen, und nun habe man wieder allerhand lächerliche Gründe bei der Hand. Die Regierungen würden nichts hergeben wollen! Nun, das sei eine alte Geschichte, daß Machthaber von ihrer Macht nicht gern etwas abträten. Es komme dann nur auf die Beredsamkeit der Umstände an. Diejenigen deutschen Fürsten wenigstens, hoffe er, würden sehr vereinzelt bleiben, die etwa Neigung hätten, Rußland und Frankreich zur Erhaltung des Bestehenden herbeizurufen. Das würde bei der tief aufgeregten Stimmung der Nation der gefährlichste aller Wege sein, und die allgemeine Entrüstung würde über ein solches landesverräterisches Beginnen so laut ausbrechen, daß diese Schmach dem Vaterlande ja wohl erspart bleiben werde. Allerdings sei über die einzuführenden Verbesserungen nicht sofort eine große Einigkeit zu erwarten; aber bei den Deutschland drohenden Gefahren dürfe das nicht abhalten, den Weg des Fortschritts endlich zu betreten. Das sehe man doch auch wohl in Preußen und Oesterreich ein. Wer nicht allein die Paragraphen, sondern auch Geist und Wirkung der Bundesverfassung kenne, der wisse, daß die beiden deutschen Großmächte durch sie bisher ganz Deutschland regiert und den öffentlichen Geist der Nation nur allzu wirksam niedergehalten hätten. Das sei aber nur möglich gewesen durch bescheidene Unterordnung Preußens. Seitdem diese aufgehört habe, sei der Zustand nicht mehr haltbar. König Friedrich Wilhelm III. habe sich noch ganz in Metternichs Stillstandspolitik festbannen lassen. Sein Nachfolger hingegen sei, wie man durch den verstorbenen General von Radowitz wisse, schon vor 1848 drauf und dran gewesen, die Bundesverfassung zu reformieren. Als dann 1848 der jähe Bruch mit der Vergangenheit erfolgt sei und die Vorgänge in Berlin den König innerlich gebrochen hätten, habe sein Minister 1850 in Olmütz die alte Abhängigkeit von Oesterreich wieder auf sich nehmen müssen. Ein zweites Olmütz aber sei unmöglich. Das werde Oesterreich auch nicht lange verborgen bleiben; die österreichische Politik gehe ganz und gar nicht von Prinzipien, sondern von sehr realen Anschauungen aus. Schon jetzt habe es zu seinem Verdruß erfahren müssen, daß es ihm, um Deutschland in seinem Dienste zu gebrauchen, wenig oder nichts geholfen habe, die meisten Regierungen und sogar eine verbreitete Stimmung in der Nation für sich zu haben, solange Preußen nicht wollte. Gewinne Preußen durch eine aufrichtig liberale und nationale Politik Halt im deutschen Volk, so werde sich Oesterreich schon von seinem Aberglauben bekehren. Ein deutsches Parlament zu fordern, sei daher durchaus kein Frevel an der inneren Einigkeit des Vaterlandes. Sobald die erste Hitze der Enttäuschung verflogen sein werde, könne Preußen überall in Deutschland auf den Liberalismus der Bevölkerung zählen.

Gefährlich würde es allerdings sein, ja nach seiner Ansicht töricht und frevelhaft, auf Oesterreichs Zertrümmerung Häuser bauen zu wollen. Es liege in Deutschlands dringendem Interesse, daß der Kaiserstaat erhalten bleibe. Indessen seien darin die italienischen Besitzungen nicht notwendig eingeschlossen; es komme dort nur darauf an, daß Frankreich nicht gewinne, was Oesterreich einbüße. Seine wahre Aufgabe habe Oesterreich als großer Donaustaat. Drängen realistische Auffassungen der Politik einmal so weit durch, daß es sich vorzüglich in diese Laufbahn werfe, so werde sich rasch und leicht zwischen Oesterreich und Deutschland die vollste Gemeinschaft der Interessen herausstellen, die festeste Grundlage der Völkerbündnisse. Dann werde man in Wien ohne Neid, ja mit Befriedigung und eigner Hoffnung Deutschland sich konsolidieren sehen, geschähe es selbst zur Machtvergrößerung Preußens.

„Soviel von der Aenderung der deutschen Zustände im ganzen. Sie im einzelnen zu bessern, müsse die mangelnde Uebereinstimmung zwischen Regierung und Bevölkerung hier und anderswo gewonnen werden. Der Herr Vertreter des Kriegsministeriums habe schon angekündigt, daß man noch ganz andre Opfer als die jetzigen zu bringen haben werde. Um so nötiger also gegenseitiges Vertrauen. Wo dieses fehle, stehe es um ein Land schon schlimm in Friedenszeiten; wieviel schlimmer aber in Zeiten des Krieges und der Umwälzung! In den letzten Monaten, wo beide sich nur erst in der Ferne zeigten, seien sowohl im Lande wie unter den Truppen schon sehr bedenkliche und beklagenswerte Stimmungen hervorgetreten. Daran sei nicht bloß Abneigung gegen den Krieg, auch die Ungunst der öffentlichen Zustände schuld. In Preußen habe ein völliger Umschwung stattgefunden; in Bayern sei durch Entlassung der alten Minister und sonstige Zugeständnisse des Königs das Vertrauen wiederhergestellt. Das könne auf die übrigen deutschen Staaten nicht ohne Wirkung bleiben. Nehme man etwa Kurhessen aus, so sei nirgends in Deutschland die Unzufriedenheit so hoch gestiegen als in Hannover. Man werde das freilich, wie so oft, bestreiten, sich auf die Mehrheit der Kammern, auf einzelne treue Anhänger hier und da berufen. Aber wenn die Minister aufrichtig sprächen, würden sie selbst nicht mit zu großer Zuversicht von ihrem Anhang unter Bürgern und Bauern reden. Sie hätten nur an einem Teil des Adels und des Beamtenstandes sowie an einer Art Hoftheologie unsichere Stützen. Die theologische Grundlage der Staatswissenschaften werde nun hier im Norden von Deutschland wohl niemals großes Glück machen, noch weniger als in Italien, wo sich Oesterreich auch zu seinem Schaden auf den Einfluß der Geistlichkeit verlassen habe. Der Boden sei ihr ausgestoßen, als Friedrich Wilhelm IV. sich von ihr abgewandt,

und vollends, als der Prinzregent empfohlen habe, mit der Heuchelei zu brechen. Seitdem seien in jenen geistlichen Kreisen die Hoffnungen sehr herabgestimmt, das laute Schreien sei zum leisen Flüstern geworden, und nur im stillen Kämmerlein werde noch Klage geführt über die ungeratene, verstockte Welt. Wie schwierig neuerdings die Ritterschaften geworden, wisse der Herr Minister (von Borries) so gut als er. Wochen- und monatelang habe man von dieser Seite her daran gearbeitet, das herrschende System und insbesondere den Herrn Minister des Innern zu stürzen. Der Versuch sei mißglückt; aber niemand, am wenigsten der Herr Minister, werde ihn für aufgegeben halten. Man werde ihn wiederholen, bis er gelinge. Von der Stimmung im Beamtenstande gäben die hier anwesenden Beamten ein schlechtes Bild. Er habe Beziehungen genug zu Beamten bewahrt, um sagen zu können, daß der Unmut entschieden vorherrsche. Leute ganz andrer politischer Richtung als er hätten ihm darüber kein Hehl gemacht. Es möge bisher gelungen sein, den Hof gegen außen vollständig abzuschließen, aber auf die Dauer könne das nicht vorhalten. Es werde sich dann zeigen, wie unkonservativ das Verfahren der gegenwärtigen Regierung gewesen sei, die persönlichen Ansichten des Königs stets ins Spiel zu ziehen, den König abhängig zu machen von den Siegen und Niederlagen der zufälligen Minister. Den König davon frei zu erhalten sei immer dringend wünschenswert, ein Gebot der unbedingtesten Notwendigkeit aber in so aufgeregten Zeiten. Was es den Fürsten nütze, sich statt auf ihr Land auf fremde Mächte zu stützen, sehe man in Italien, wo Oesterreichs Schutz die Herzöge und Großherzöge nicht habe auf ihren Thronen festhalten können, die sie auch jetzt noch kaum wiederzuerlangen sicher seien, mindestens nicht ohne die größten Demütigungen ihres Selbstgefühls ... Wenn er schließlich noch auf ein ganz besonderes Verhältnis hierzulande hinweise, das mehr als irgendwo anders ein wirklich verantwortliches Gesamtministerium erfordere, so werde der Herr Vorsitzende ihm wohl erlauben, es nicht mit dürren Worten auszusprechen.

„Nach alledem wundere man sich vielleicht, daß er keine Anträge stellen wolle. Aber hätte er wohl Aussicht, aus seinen Anträgen Beschlüsse werden zu sehen? Er meine hiermit nicht der Mehrheit einen Vorwurf zu machen. Beamte könnten überhaupt schwer Beschlüsse wie die von ihm zu wünschenden fassen, und am wenigsten könne von einer 1857 gewählten hannoverschen Kammer die Initiative zu solchen Abänderungen ausgehen, wie sie jetzt in Deutschland notwendig seien. Daher habe man sich zu einem Schritte wie dem vom 19. Juli verstehen müssen, obwohl es der regelmäßige und der wirksamste Weg

gewiß nicht sei. Anderswo, wo die Vertretung das Volk wirklich vertrete, möge man anders handeln können. Daß aber auch die Erklärung vom 19. Juli nicht unnütz gewesen sei, beweise der Eifer, mit dem man täglich Löscheimer heranschleppe, die Glut zu ersticken. In der Tat möge man hoffen, daß diesmal auf dem Wege der Reform etwas erreicht werde. Im Jahre 1848 sei die Bewegung noch sehr roh und unreif, Uneinigkeit nicht zu vermeiden gewesen. Der preußische Herrscher habe damals in sich selbst die Kraft nicht gefunden, auf die dargebotene Machtstellung einzugehen. Es könnte sich jetzt finden, daß beides anders geworden sei; daß die preußische Regierung sich durch ihre ganze Stellung in Europa bewogen sehe, an die Spitze der deutschen Reformbewegung zu treten, und daß im deutschen Volk die Uneinigkeit nicht so groß mehr, der Haß der Parteien ziemlich geschwunden, jugendliche Phantastereien abgestreift, die fieberhafte Hast des Neuerns in eine ruhige und gelassene Entschlossenheit übergegangen sei. Schon ergebe sich zwischen Konstitutionellen und Demokraten eine seltene Uebereinstimmung. Eine praktische Richtung gewinne die Oberhand. Eitelkeiten und Schulmeinungen träten in den Hintergrund. So schwer es den Regierungen auch werden möge, sie würden sich doch wohl entschließen müssen, die Bewegung mitzumachen. Die bayrische und die sächsische schienen ja schon im stillen darüber aus zu sein; und zuletzt werde vielleicht sogar die hannoversche dem Strom der Geister nachgeben. Vertraue die Nation nur sich selber, so sei kein Grund, an den deutschen Zuständen zu verzweifeln. Nur die offiziellen Zustände und Organe hätten sich überlebt; die Nation erhebe sich so kräftig und frisch wie je und werde auch widerstrebende Regierungen endlich mit sich fortreißen. Selbst Preußen und Oesterreich, so scheine es, würden mit Notwendigkeit auf den Weg getrieben, sich über gemeinsame Ziele dauernd zu vertragen."

Da Bennigsen bei der Zusammensetzung der hannoverschen Kammer keinen unmittelbaren Erfolg davontragen konnte, hatte er auf einen besonderen Antrag verzichtet: seine Rede war für einen größeren Kreis als die Ständemitglieder bestimmt. In seiner gereizten Erwiderung bemühte sich Borries vergeblich, die Wirkung abzuschwächen. Ueber die Bundesreform urteilte er weise, es möge der Zukunft überlassen bleiben, in ruhiger, geschichtlicher Entwicklung für Deutschland bessere Zustände herbeizuführen, die Pläne Bennigsens aber seien nichts als eine Utopie, um so strafwürdiger, als man für sie an die Massen, bis zu den „unteren Handwerkerklassen" hinab, zu appellieren versuche. Für diese Staatskunst war das „Volk" selbst zu dem geringsten Anteil an seinen allgemeinen

Geschicken noch nicht reif, und von oben herab suchte man durch polizeiliche Maßregeln diesen Zustand der Unreife zu erhalten. Bald mußte Borries erkennen, daß er dadurch einen Philister ängstigen mochte, nicht aber die Werbekraft politischer Ideen eindämmen konnte. Unaufhaltsam ging ihr Siegeslauf in Deutschland weiter.

Es war nur in Konsequenz der in Hannover und in Eisenach im gleichen Geiste unternommenen Aktionen, daß sie untereinander in Verbindung traten, um weiter gemeinschaftlich vorzugehen. Wer den ersten Anstoß dazu gab, läßt sich nicht feststellen. Jedenfalls waren es Bennigsen und Schulze-Delitzsch, die im Einverständnis mit den beiden Gruppen die Einladung an Demokraten und Liberale zu einer zweiten Versammlung in Eisenach erließen.[1]) Hier fanden sich, außer den namhafteren Unterzeichnern der beiden ersten Erklärungen, auch schon eine Anzahl andrer Politiker beider Parteirichtungen zusammen, wie von Unruh und Franz Duncker in Berlin, auch einzelne Süddeutsche, wie A. L. von Rochau aus Heidelberg, Metz aus Darmstadt, Reuß aus Nürnberg u. a. Aus diesen Besprechungen ging zweierlei hervor. Zunächst ein erneutes Bekenntnis zu dem politischen Programm, das diese Männer zusammengeführt hatte. Diese zweite Eisenacher Erklärung vom 14. August 1859 (veröffentlicht am 28. August) wiederholte im wesentlichen den Wortlaut der ersten Eisenacher Erklärung, nur daß sie statt der sofortigen „einstweiligen" Uebertragung der militärisch-diplomatischen Leitung an Preußen diese nur für den Fall forderte, daß Deutschland in der nächsten Zeit wieder von außen unmittelbar bedroht würde. Sie schloß mit der Aufforderung an alle deutschen Vaterlandsfreunde, ob sie nun der demokratischen oder der konstitutionellen Partei angehörten, die nationale Unabhängig-

[1]) Bennigsen hatte seit dem 9. August behufs einer Erbschaftsregulierung in Grabow, dem Gute der ihm verwandten Familie von Plato, geweilt. Von dort begab er sich am 12. August nach Eisenach. Nach seiner Rückkehr schrieb er an seine Frau: „Dieses Mal sollst Du ausnahmsweise auch etwas von meiner politischen Exkursion hören. Ich bin nämlich am Freitag abend von Grabow nach Eisenach gefahren und komme in diesem Augenblick von dort zurück, um morgen früh 4 Uhr wieder nach Grabow zurückzufahren und der morgen vormittag beginnenden Taxation beizuwohnen. In Eisenach habe ich eine sehr interessante Verhandlung mit einer größeren Zahl Politiker aus verschiedenen Teilen Deutschlands gehabt, die hoffentlich zu einer allgemeinen Verständigung der deutschen Liberalen und Demokraten und zur Bildung einer großen nationalen Partei in Deutschland führen wird. Damit Du Dir auf diese politische Mitteilung aber nicht zuviel einbildest, mein liebes Frauchen, so erfahre weiter, daß das, was ich Dir eben mitteilte, morgen in einer Reihe liberaler Blätter stehen wird, während wir nähere Mitteilungen über unsre Verhandlungen und Beschlüsse noch auf acht bis vierzehn Tage verschoben haben."

keit und Einheit höher zu stellen als die Forderungen der Partei und für die Erreichung einer kräftigen Verfassung Deutschlands zusammenzuwirken. Denn das war das Neue: der Versuch, den vorübergehenden Zusammenschluß zu einer bleibenden Verbindung auf Grund des gemeinschaftlichen Programms auszugestalten. So erließ man einen Aufruf zur Bildung einer deutschen Nationalpartei, berief zum 15. und 16. September eine neue Ausschußsitzung nach Frankfurt und konstituierte für die Geschäftsführung einen engeren Ausschuß (Bennigsen, Fries, Metz, Reuß, Rochau, Unruh).

In einer besonderen von Metz verfaßten Erklärung „zur Erläuterung des Eisenacher Programms", die von fast allen, auch von Bennigsen, unterzeichnet wurde, hieß es u. a.: „Wir erklären ebenso fest, daß wir kein echtes Glied des deutschen Volkes ausschließen, vielmehr unsrerseits alles tun wollen, um den gesamten germanischen Stamm ungetrennt und ungeteilt zu erhalten . . . Wir glauben, daß Preußen als der Staat, die preußische Regierung als das Gouvernement erscheine, welches augenblicklich in sehr vorteilhaftem Gegensatz zu andern Staaten und insbesondere zu Oesterreich unbedingt unserm zu erstrebenden Ziel am meisten nachstrebt, auf dem Weg der Reform nach innen und außen zu wirken sucht. Es ist demnach unsre Pflicht, . . . durch jede moralische Hilfe Preußens Regierung und Volk zu ermutigen und zur Entwicklung einer noch größeren und mehr hervortretenden offenen Energie in Fortsetzung des begonnenen Reformwerks anzuregen." Die wortreichen Sätze verbargen die ersten Bedenken in der Frage des Ausschlusses von Deutsch-Oesterreich, eine diplomatische leere Einschränkung des eigentlichen Programms, die von süddeutscher Seite angeregt und von den übrigen um der Einheit willen zugelassen worden war.

Indem man sich zu einer Politik entschloß, die auf die preußische Regierung gewisse Erwartungen setzte und ihr dafür eine moralische Unterstützung verhieß, mußten wenigstens die Führer in einer gewissen Fühlung mit den Absichten dieser Regierung bleiben. Oder wenigstens mit jenen altliberalen Parteigängern der neuen Aera, die in Berlin zwar nicht mit im Regimente saßen, aber gelegentlich Stimme und Einfluß hatten. Diese, die selbst nur Treiber waren, mußte man weiter voranzutreiben suchen. Denn darüber konnte man sich keine Illusionen machen: verließ die preußische Regierung die schüchtern beschrittenen neuen Bahnen, so hatte das Eisenacher Programm den Sinn verloren. Man mußte also mindestens wissen, wohin der neue Kurs in Berlin ging, und womöglich seine Richtung zu bestimmen suchen.

Schon vor der zweiten Eisenacher Zusammenkunft hatte Unruh bei dem Minister Auerswald über die Opportunität dieses Schrittes sondiert. Er erhielt darauf im ministeriellen Auftrage von Max Duncker eine längere Denkschrift mitgeteilt, die in Thesenform die Ansichten der preußischen Regierungskreise über die deutsche Frage und die Bundesreform entwickelte.[1]) Sie war doktrinär in Form und Inhalt gehalten, betonte aber die Notwendigkeit der Reformen und die Bereitschaft Preußens, sie zu unternehmen, überhaupt deutsche Politik als eine für diesen Staat innerlich notwendige zu treiben; obgleich der Gedanke einer Volksvertretung neben dem Bunde als ein Widerspruch in sich abgelehnt wurde und auch der Weg der Reform mehr in schönen Worten als in bestimmten Entschlüssen formuliert war, klang die Sympathie mit den Zielen der deutschen Bewegung vernehmlich durch. Es ist anscheinend dasselbe Aktenstück, das (wahrscheinlich auf Veranlassung Max Dunckers) wiederum Aegidi an Bennigsen nach Eisenach übersandte.[2]) Eine gewisse Fühlung mit den Tendenzen der preußischen Regierung dauerte also fort, aber es konnte nicht die Rede davon sein, daß man etwa in Ausführung solcher Berliner Wünsche zur Tat geschritten wäre. Dazu wichen die nächsten politischen Ziele doch wieder viel zu sehr voneinander ab, und noch mehr das Temperament, mit dem man sie ergriff, die Auffassung von der Rolle, die der eine dem andern zudachte. Duncker dachte sich den künftigen Nationalverein als einen einmütigen Chorus der öffentlichen Meinung in Nord und Süd, aus dessen brausendem Zuruf Preußen das moralische Recht zur diplomatischen Durchführung seiner Bundesreform herleiten sollte. Bennigsen und die Seinen wollten Preußen auf dem Wege der Einheit und Freiheit vorantreiben, durch Eroberung der öffentlichen Meinung einen Druck auf die Mittelstaaten ausüben und schließlich mit dem deutschen Parlament eine gewaltige Handhabe für die freie Ausgestaltung des Vaterlandes gewinnen. Die politische Erziehung des Volkes war ihnen Herzenssache. Es verstand sich von selbst, daß diese liberale Nationalpolitik den preußischen Velleitäten gegenüber ihre

[1]) Abgedruckt: Erinnerungen aus dem Leben von H. V. von Unruh. Herausgegeben von H. von Poschinger, S. 201–205.

[2]) Der S. 327 mitgeteilte Brief Aegidis an Bennigsen von 1900 fährt fort: „Uebrigens war das nicht der letzte Brief, den ich Eurer Exzellenz geschrieben: es folgte (aus demselben Lager Hohenzollern-Auerswald-Duncker) mein nach Eisenach an Sie adressierter Brief mit den Thesen über den Bundestag — vor der Stiftung des Nationalvereins." Leider liegt auch dieser Brief Aegidis mir nicht vor. Doch macht eine Untersuchung der offiziösen Denkschrift Dunckers es höchstwahrscheinlich, daß sie mit Aegidis „Thesen über den Bundestag" identisch ist.

volle Unabhängigkeit bewahren mußte — immer in der Hoffnung, daß dort wirklich ein feſter Wille aufſtünde.

Um ſo mehr kam es für die Männer des Eiſenacher Programms darauf an, daß ſie wirklich im deutſchen Volke Wurzel faßten. Als Guſtav Freytag zum Beitritt aufgefordert wurde, urteilte er in einem Schreiben an Herzog Ernſt von Koburg vom 21. Auguſt, er werde noch nicht beitreten, da das Komitee in ſeiner gegenwärtigen Zuſammenſetzung noch nicht die Garantie biete, daß ſie nicht mit ſeinem Namen Verkehrtes anfingen. So dachten nicht bloß die Altliberalen, ſondern die meiſten. Herzog Ernſt ſelbſt entſchied anders. Er wurde die erſte Eroberung, welche die im Entſtehen begriffene Nationalpartei machte. Dieſer Fürſt, in deſſen beweglich freiem Geiſte unruhiger Ehrgeiz und deutſch-patriotiſches Streben ſich vereinten, hatte ſchon in vergangenen Jahren — das ſahen wir oben — verwandten Plänen nachgehangen: jetzt bot er ſich zum Bundesgenoſſen an, ohne die eignen Ziele aufzugeben, eher mit dem Hintergedanken, beſtimmend einzugreifen, keineswegs der Mann, immer treu bei der Stange zu bleiben, aber vor allem in den Anfängen ein wackerer Freund — das erfuhr auch Bennigſen an ſich ſelber — der jungen Nationalpartei. Schon am 21. Auguſt beſprach Herzog Ernſt ſich mit Schulze-Delitzſch. In der nächſten Woche, am 28. Auguſt, trat er in ſeiner Antwort auf eine Gothaer Adreſſe öffentlich mit ſeinen Geſinnungen hervor. Der getreue Mahner Guſtav Freytag hatte den Herzog zuvor an ein von ihm geſprochenes „großes Fürſtenwort" erinnert: daß er immer einen Teil ſeiner Souveränitätsrechte, der ihm durch die Kataſtrophe von 1806 geworden ſei, als ein Eigentum der deutſchen Nation und ſich nur als Verwalter derſelben angeſehen habe.[1]) In dieſem Sinne antwortete Ernſt, und mit ſtaunender Empörung hörten die deutſchen Fürſten, daß einer aus ihrer Mitte ſich in ſolchem Tone über ihre geheiligten Rechte ausſprach. Es war ein Bekenntnis nicht zu dem Buchſtaben, aber zu dem Geiſte des Eiſenacher Programms. Das Nächſte war, daß die neuen Bundesgenoſſen ſich wirklich über ein gemeinſames Voranſchreiten verſtändigten.

Am 9. September fanden ſich Bennigſen, Schulze-Delitzſch, Unruh und einige andre bei Herzog Ernſt auf deſſen Veranlaſſung in Koburg ein, um noch vor der Frankfurter Verſammlung eine Vereinbarung über die nächſten Schritte, vor allem über die Frage der Organiſation der zu begründenden Nationalpartei, zu treffen. Man war von vornherein darüber einig, daß dieſe Organiſation am beſten in der Form eines

[1]) Guſtav Freytag und Herzog Ernſt im Briefwechſel. Herausgegeben von Ed. Tempeltey, S. 118.

großen, ganz Deutschland umspannenden Vereins erfolge; die Bildung eines einzigen Vereins, nicht etwa vieler gleichartiger Lokalvereine, ergab sich mit Notwendigkeit aus den gesetzlichen Vorschriften, die den Verkehr einzelner politischer Vereine untereinander untersagten. Den Sitz dachte man sich zunächst da, wo der Sitz der zentralen Behörden des Bundes war, in Frankfurt, doch erklärte Herzog Ernst sich für den Fall, daß sich an dieser Stelle Schwierigkeiten erheben sollten, seinerseits bereit, in seinem Lande die Möglichkeit für die Niederlassung des Vereins zu schaffen.

Der Gedanke eines großen politischen Agitationsvereins war in Deutschland noch neu; auch das Jahr 1848 hatte nur politische Klubs gekannt, die durch Delegierte miteinander in Verbindung traten. Im Auslande dagegen hatte man eine Reihe von Beispielen. Freilich bei der Chartistenbewegung und der Antikornzoll-Liga in England handelte es sich um außerparlamentarische Massenorganisationen, die von der öffentlichen Meinung aus deren gesetzlichen Ausdruck, das Parlament, zu erobern gedachten. Das Vorbild einer Agitation dagegen, die erst den Staat, in dem man leben wollte, zu schaffen sich vorsetzte, bot Italien. Hier hatten der Lombarde Marchese Giorgio Pallavicino, der einst ein Jahrzehnt auf dem Spielberg gefangengesessen hatte, und der sizilianische Verbannte Giuseppe La Farina nach dem Krimkriege im Jahre 1856 die Società Nazionale gegründet, um über die Halbinsel den Gedanken zu verbreiten, daß alles sich um Piemont zur Vollendung des italienischen Befreiungswerkes scharen solle.[1]) Auch in Italien hatten sich von Haus aus weit getrennte Parteirichtungen zu gemeinsamem Zwecke verbunden. Auch in Italien hatte diese Nationalpartei sich dem Staate, dem sie die Hegemonie zudachte, als freiwilliger und zugleich unabhängiger Helfer zur Verfügung gestellt. Es ist keine Frage: man darf die italienische Nationalgesellschaft als das unmittelbare Vorbild des Nationalvereins ansprechen. Die alte Schicksalsgemeinschaft der beiden Völker, die bis zu ihrem letzten Einheitskampfe reicht, hat auch in dieser Phase gleichartige Bildungen hervorgebracht. So konnte auch der Nationalverein zunächst nicht eine Partei im engeren Sinne darstellen, da ja das Feld einer unmittelbaren politischen Betätigung fehlte: er mußte sich bescheiden, die Rolle eines politischen Agitations- und Erziehungsvereines zu spielen, dessen Existenzberechtigung nur so lange dauerte, bis das Ziel erreicht war. Sucht man in Deutschland Parallelen, so bieten sich am ehesten die katholischen Vereine dar, die in einer jährlich wiederkehrenden Generalversammlung sich zusammenfaßten; wenn ihnen auch eine unmittelbare politische Tendenz hinsichtlich

[1]) Giuseppe La Farina, Epistolario, Milano 1869.

der deutschen Verhältnisse fehlte, so griff doch gerade damals ihr Eintreten für die weltliche Herrschaft des Papstes (Freiburg, September 1859) nicht bloß auf die europäische Politik, sondern rückwirkend auch wieder auf die deutschen Parteibildungen über. Von Anfang an also sollte die neue nationale Idee der Deutschen mit jenen kirchlich-universalen Tendenzen im Gegensatz stehen.

Ueber die innere Organisation des Vereins traten in Koburg verschiedene Meinungen hervor. Herzog Ernst ließ eine Denkschrift über die Errichtung eines Bundes vorlegen, wie er ihn früher mit den Altliberalen hatte ins Leben rufen wollen: ein Geheimbund mit straffer Disziplin, in verschiedene Kreise gegliedert, die nur durch Vertrauenspersonen miteinander verkehrten und schließlich in einem hochgestellten und einflußreichen Leiter — dabei dachte der ehrgeizige Herzog vermutlich an sich selbst — gipfelten, von dem aus die Weisungen Stufe für Stufe weitergegeben werden sollten. Unruh erklärte zur Enttäuschung des Herzogs sich sofort gegen den Geheimbund, der einem auswärtigen Unterdrücker gegenüber angebracht sein möge, in Deutschland aber nicht am Platze sei, da es sich hier um eine innere geschichtliche Entwicklungsphase handle, die durchgemacht und, wenn möglich, zu einem guten Ziele geleitet werden müsse, und zwar öffentlich, zunächst durch die Presse und Vereine, ohne Geheimnisse. „Bennigsen," so erzählt Unruh weiter, „erwiderte mit viel mehr Vorsicht und Gewandtheit als ich, indessen dem Inhalte nach ebenfalls ablehnend; Schultze trat ihm bei." [1]) So blieb es bei dem öffentlichen Vereine, wie ihn anscheinend zuerst Schulze-Delitzsch vorgeschlagen hatte, der nach seiner ganzen Gedankenrichtung für kollektives Arbeiten auf demokratischer Basis war und seine Genossenschaftsideen gewissermaßen vom Wirtschaftlichen auf das Politische übertrug. Mit jener altliberalen Notabelnpolitik, in deren Formen der Fürst noch lebte, hatten diese Gedanken wenig zu schaffen.

Durch den Herzog erfuhren Bennigsen und seine Freunde auch von dem ersten Gegenschlag, den die führenden Gewalten des Bundes gegen die schüchternen Regungen der Nationalpartei geführt hatten. Es war die Note, die der österreichische Minister Graf Rechberg soeben an den Herzog gerichtet hatte, in Form einer scharfen Zurechtweisung eine förmliche Rechtsverwahrung gegen „die im Munde eines souveränen Fürsten ganz besonders tadelnswerte" Antwort Ernsts auf die

[1]) Erinnerungen aus dem Leben von H. V. von Unruh. Herausgegeben von H. von Poschinger, S. 209 ff. In Herzog Ernsts „Aus meinem Leben" II, S. 535, ist der Sachverhalt verschoben: „Man einigte sich, im wesentlichen durchaus nach den Grundsätzen verfahren zu wollen, welche ich in meinen Denkschriften niedergelegt hatte."

Gothaer Adresse. Es kam für den Nationalverein viel darauf an, wie sich Preußen zu dieser nach Berlin mitgeteilten Note stellen würde, ob es gleichfalls eine Absage an die nationale Bewegung richten oder sich vielmehr zu einer Ermutigung aufraffen würde.

Darum suchte Unruh von neuem in Berlin einzuwirken. Er benutzte die persönliche Beziehung, die er seit Jahren zu Bismarck hatte, um diesen, von dessen Energie er längst eine bedeutende Meinung hatte, in einem Briefe vom 12. September 1859 im Sinne der Nationalpartei voranzutreiben.[1]) Er erklärte, daß das Verhalten Preußens gegenüber der herausfordernden Note Rechbergs an den Herzog Ernst über die deutsche Reformbewegung mutmaßlich entscheiden werde: „die Führer derselben warten mit größter Spannung darauf, welchen Weg Preußen einschlagen wird." Denn Rechberg rechne bei seinem Proteste gegen die auf die Einigung Deutschlands gerichteten Bestrebungen und deren preußische Tendenzen auf die Unentschlossenheit und Schwäche der preußischen auswärtigen Politik. Lasse man sich das gefallen und erteile der Prinzregent auf die Stettiner Adresse[2]) eine matte Antwort, „so haben wir in Eisenach Eulen nach Athen getragen und machen bei der Zusammenkunft mit den Süddeutschen am 15. und 16. dieses Monats in Frankfurt a. M. vollständig Fiasko. Die Herzen derselben gehören uns ohnehin noch lange nicht, nur die Köpfe der Denkenden werden von der Staatskraft Preußens und von der Einigkeit zwischen Fürst und Volk angezogen. Die Herzen müssen durch energisches Auftreten Preußens in der nationalen Frage, durch sicheres Ergreifen jeder passenden Gelegenheit erobert werden. Diese Eroberung muß vollzogen sein, bevor eine internationale Krisis eintritt und Preußen die Hand an den Degen legt. Hierin hauptsächlich suche ich den Sinn und Zweck der deutschen Reformbewegung, und deshalb habe ich mich daran beteiligt". Also, das war sein Rat und die Hoffnung der Liberalen: eine Antwort des Prinzregenten, die das Auftreten Oesterreichs mit Energie zurückweise und die Forderung der deutschen Nation nach einheitlicher, rein deutscher Zentralgewalt für wohlbegründet und berechtigt erkläre. Damit werde die moralische Eroberung Deutschlands im wesentlichen vollzogen sein. Wenn dagegen Oesterreich die polizeiliche Unterdrückung der legalen und loyalen deutschen Reformbewegung in den nichtpreußischen Staaten durchsetze, dann werde Preußen in Deutschland diskreditiert sein. Er schloß: „Ich wollte zehn Zeilen schreiben,

[1]) Bismarck-Jahrbuch IV, S. 154 ff. Das Antwortschreiben Bismarcks ist leider nicht vorhanden.

[2]) Die Stettiner Bürgerschaft hatte im Sinne der Eisenacher Erklärung dem Prinzregenten die Bitte um eine neue deutsche Zentralgewalt unterbreitet.

aber wovon Kopf und Herz voll sind, davon geht der Mund über. Wie auch bei mir und meinen Freunden die nationale Frage ganz im Vordergrunde steht, jeden Hintergedanken ausschließt, können Sie daraus entnehmen, daß wir, auch Herr von Bennigsen, uns aufrichtig freuen würden, wenn Ihre Ernennung zum Minister des Auswärtigen erfolgte. Preußen bedarf jetzt mehr als je einer klaren, festen und kühnen Politik. Die kühnste ist die verhältnismäßig gefahrloseste."

Das letzte Bekenntnis der Bennigsen und Unruh ist doch ein wichtiges Dokument für ihre politischen Gesinnungen.[1]) Ihnen ging die deutsche Aktion Preußens so über alles, daß sie in diesem Augenblick dieselbe sogar in die Hände des „reaktionären Junkers" gelegt wissen wollten, weil sie ihm allein die starke Hand zutrauten. Sie sollten sich nachher immer weiter von ihm entfernen, und als er schließlich in die Macht gelangte, waren ihre Wege durch eine Kluft voneinander getrennt. Aber welche Perspektiven hätten sich ihnen, überhaupt der deutschen Geschichte eröffnet, wenn in diesem Stadium ein Bismarck an die Spitze der Politik Preußens gelangt wäre. Er war nicht unempfänglich für den Gedanken, für Preußen-Deutschland das zu werden, was Cavour für Italien war, und mit berechnender Offenheit hatte er Unruh gestanden, daß es für Preußen nur einen Alliierten gebe: das deutsche Volk. Das aber war der innerste Gedanke des Nationalvereins.

Die inzwischen bereits durch den Mund des Ministers Grafen Schwerin ergangene Antwort des Prinzregenten an die Stettiner war zwar weit entfernt, das Programm der Nationalpartei in dem Umfang, wie Unruh dachte, aufzunehmen, aber sie stieß noch weniger in das Horn Oesterreichs und der Mittelstaaten. Denn sie bekannte sich zu der allgemeinen Ueberzeugung, „daß die Unabhängigkeit und Macht Deutschlands nach außen und die Entwicklung seiner geistigen und materiellen Kräfte im Innern ein festes und energisches Zusammenfassen dieser Kräfte und eine Umgestaltung der Bundesverfassung in diesem Sinne voraussetze"; im Prinzip also, wenn auch in den allgemeinsten Wendungen, versicherte man die Bestrebungen der Nationalpartei einer gewissen Sympathie. Freilich wurden etwaige Hoffnungen vom Prinzregenten wieder eingeschränkt durch seine „gewissenhafte Achtung vor fremdem Rechte und die Rücksicht auf das zurzeit Mögliche", und als solche praktische Politik wurde bezeichnet „die Stärkung der deutschen Wehrkraft und die Befestigung gesicherter Rechtszustände in dem ganzen Bundesgebiet" — ein deutlicher Wink für Kurhessen, den auch die hannoversche Regierung auf

[1]) Leider sind die Briefe Bennigsens an Unruh (wie auch fast alle an Schulze-Delitzsch) nicht erhalten — eine sehr fühlbare Lücke!

sich beziehen mochte. Also Eintreten für das geltende Verfassungsrecht, Ablehnung verfrühter Anträge auf eine grundstürzende Aenderung der Bundesverfassung, wenigstens, das war von weither angedeutet, „im gegenwärtigen Augenblicke". Zum Schluß forderte die Regierung das Vertrauen, „daß sie zu rechter Zeit die Wege zu finden wissen werde, auf denen die Interessen Deutschlands und Preußens sich mit den Geboten der Pflicht und der Gewissenhaftigkeit vereinen".

Gewiß, aus dem allen klang noch kein Ja, keine Bereitschaft zur Tat, aber doch auch kein Nein, eher ein zaghaftes Man-möchte-wohl. Mit der korrekten Politik des Prinzregenten gegen seine fürstlichen Bundesgenossen verbanden sich Sätze, die nach einer nationalen Fortschrittspolitik klangen. So waren die Führer der Nationalpartei mit dieser Erklärung doch nicht ganz unzufrieden. Sie blieben in Fühlung mit einzelnen preußischen Staatsmännern und setzten weiter ihre Erwartungen darauf, daß Preußen kühner auf dem eingeschlagenen Wege voranschreiten möchte.[1]) Das war die eine Lebensfrage für die Begründung einer großen deutschen Nationalpartei, die andre Lebensfrage und die zunächst entscheidende war: ob es gelang, in der Frankfurter Tagung festen Fuß, vor allem auch in Süddeutschland zu fassen.

Zunächst fand in Frankfurt vom 12. bis 15. September die zweite Versammlung deutscher Volkswirte statt. Auch Bennigsen beteiligte sich wiederum an der Versammlung. Er wurde in eine Kommission, welche die Förderung des Realkredits beraten sollte, gewählt und zusammen mit Schulze-Delitzsch, Lette, Braun-Wiesbaden, Hopf und Francke zum Mitgliede der ständigen Deputation des volkswirtschaftlichen Kongresses, vor allem wohl seiner politischen Stellung halber. Ein großer Teil der Teilnehmer am Kongresse wohnte dann der Versammlung bei, die unmittelbar anschließend am 15. und 16. September gemäß der Eisenacher Verabredung die Verständigung mit den Süddeutschen suchen

---

[1]) Bismarck an Schleinitz: „Mein Freund Unruh hat mich gestern hier aufgesucht, um mir zu sagen, daß die Antwort auf die Stettiner Adresse durchaus günstig gewirkt habe. Er erzählte mir als Zeichen der Stimmung, daß der sonst sehr avancierte Demokratenhäuptling Metz aus Darmstadt in Frankfurt unter Beifall seiner Gesinnungsgenossen ausgerufen habe: ‚Lieber das schärfste preußische Militärregiment als die kleinstaatliche Misere!' Unruhs Freunde hofften in der Presse bald eine diesseitige Entgegnung auf die österreichische Note an den Herzog von Koburg zu finden, in welcher wenigstens die Mangelhaftigkeit der jetzigen Bundesverfassung offen anerkannt würde." 25. September 1859. (Bismarcks Briefwechsel mit Schleinitz, S. 45 f.) An jene Aeußerung von Metz suchte Bismarck Herrn von Unruh im Augenblick des Ausbruchs des Krieges von 1866 zu erinnern (Poschinger, Fürst Bismarck und die Parlamentarier, I, S. 327 f.).

und die endgültigen Organisationsformen für die neue Bewegung beschließen sollte. Der Zusammenhang der beiden Strömungen trat noch greifbarer hervor als im Jahre zuvor.

Die Frankfurter Versammlung, die Bennigsen zu ihrem Ersten Präsidenten wählte, war mit ihren 150 Teilnehmern gleichmäßig aus den meisten Teilen Deutschlands zusammengesetzt, vor allem auch von Süddeutschland besucht. Dafür war die relative Einheitlichkeit der früheren Tagung einer bunten Mischung der Parteirichtungen gewichen. Die Zahl der altangesehenen politischen Namen war nur gering. Bennigsen war von den hervorragendsten seiner hannoverschen Freunde begleitet, Miquel, Planck, Albrecht, von der Horst, Lammers und andern. Die Preußen waren neben Schulze-Delitzsch und Unruh durch Lette, Franz Duncker, Louis Berger vertreten, die Süddeutschen durch einige Männer, die längst dem Eisenacher Programm geneigt waren, wie Brater, Buhl, Reyscher; neben vereinzelten Größen der Frankfurter Erbkaiserpartei, wie Welcker und Rießer, standen süddeutsche Demokraten, wie Sonnemann und Venedey; unter den Vorkämpfern in einzelstaatlichen Verfassungskämpfen hatten der Kieler Anwalt Lehmann und der Kurhesse Friedrich Oetker sich einen Namen gemacht.

Der Gesamteindruck der Verhandlungen war im Grunde: bei allem guten Willen Unklarheit über die Endziele und die nächsten Wege. „Die einen," so erzählt Planck, „wollten unbedingt an dem Eisenacher Programm festhalten, die andern wollten es umgehen und an die Zusagen der preußischen Regierung in der Antwort auf die Stettiner Adresse sich anschließen. Wieder andre wollten zwar an den Eisenacher Hauptsätzen (Zentralgewalt und Parlament) festhalten, aber eine bestimmte Erklärung darüber, wem die provisorische Führerschaft zukomme, derzeit nicht abgeben. Während ein Teil der Norddeutschen es ausdrücklich ausgesprochen wissen wollte, daß auf Oesterreich mit der Konstituierung des deutschen Bundesstaats nicht gewartet werden dürfe, glaubten die meisten Süddeutschen im Gegenteil auf eine Teilnahme Deutsch-Oesterreichs an der Neugestaltung Deutschlands keinesfalls verzichten zu dürfen. Von den einen wurde die Antwort des Prinzregenten auf die Stettiner Adresse als ein zweiter Korb betrachtet, der vorläufig alle Hoffnung ausschließe, von andern wurde sie als günstige Vorbedeutung künftiger Erfolge angesehen. Die einen wollten eine möglichst feste Organisation und die Form des Vereins, die andern verwarfen jede bindende Form und wollten nur freie Wanderversammlungen." Der Gegensatz in der Frage der Zentralgewalt blieb unversöhnlich. Die meisten Süddeutschen wollten von Preußens Führung und dem dadurch bedingten Ausschluß Deutsch-Oesterreichs nichts wissen,

vor allen die Württemberger unter Hölder widerstrebten lebhaft, während Planck — dessen Ansichten als identisch mit dem an den Debatten nicht teilnehmenden Bennigsen anzusprechen sind — die Notwendigkeit des Ausschlusses von Deutsch-Oesterreich betonte. Auch eine aus Bennigsen, S. Müller, Metz, von Rochau, Reyscher, Schulze-Delitzsch, Unruh, Veit gebildete Kommission konnte sich nicht über eine Formel einigen, die allen Wünschen entsprochen hätte. So beschloß man zunächst, die Schwierigkeit lieber zu umgehen, als durch eine klare Formulierung dessen, was man wollte, ängstliche Gemüter zurückzustoßen. Man verzichtete daher auf ein neues Programm und beschränkte sich auf ein ziemlich farbloses Statut des zu begründenden Vereins, das den eigentlichen Streitpunkt zurückstellte und schließlich gegen wenige Stimmen angenommen wurde.

Der Zweck des Vereins wurde in § 1 dieses Statuts formuliert: „Da die in Eisenach und Hannover angebahnte Bildung einer nationalen Partei in Deutschland zum Zwecke der Einigung und freiheitlichen Entwicklung des großen gemeinsamen Vaterlandes zur Tatsache geworden ist, so begründen die Unterzeichneten einen Verein, welcher seinen Sitz in Frankfurt a. M. hat und es sich zur Aufgabe setzt: für die patriotischen Zwecke dieser Partei mit allen ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln zu wirken, insbesondere die geistige Arbeit zu übernehmen, Ziele und Mittel der über unser ganzes Vaterland verbreiteten Bewegung immer klarer im Volksbewußtsein hervortreten zu lassen." Die Leitung des Vereins wurde in die Hände eines zwölfgliedrigen Ausschusses gelegt, der aus Bennigsen als Vorsitzendem, dazu den Preußen Schulze-Delitzsch, von Unruh, Veit, dem Bayern Karl Brater, dem Württemberger Reyscher, dem Hessen Metz, dem Sachsen Gustav Mayer, dem Thüringer Fries, dem Nassauer Gourdé, dem Frankfurter Sigmund Müller (Präsident der Gesetzgebenden Versammlung in Frankfurt) und dem Hamburger Rießer bestand und in den nächsten Monaten sich durch mehrere Kooptationen — Crämer in Doos bei Fürth, A. L. von Rochau in Heidelberg, Friedrich Oetker in Kassel und Lang in Wiesbaden — verstärkte.[1])

Das Ergebnis der Frankfurter Tagung war nicht sehr befriedigend. Die Einigkeit war von manchem prinzipiellen Widerspruch durchbrochen worden, so daß der ursprüngliche Kernpunkt der ganzen Aktion, die preußische Spitze, halb verhüllt werden mußte. Nun lag die Sache allerdings keineswegs so, wie die Gegner spotteten. Man hatte sich keineswegs aufgegeben, sondern die eigentlichen politischen Führer wie

[1]) Ueber die einzelnen Persönlichkeiten findet man nähere Angaben in Kap. 3: „Der Nationalverein und seine Leute".

Bennigsen waren entschlossen, in der Sache fest zu bleiben, auch wenn sie in der Form vorläufig konzedierten. Vom ersten Anfang an läuft neben der exoterischen Geschichte des Nationalvereins eine esoterische, und die Spannung zwischen den beiden Reihen hört selten auf. Es war nicht anders: eine große Masse kann nicht durch dieselben politischen Mittel gelenkt werden wie eine kleine geschlossene Gruppe. Aber es konnte nach außen hin nicht den Eindruck der Stärke hervorrufen, wenn man das Ziel der Partei nicht offen herausſagte. Denn daß die Konsequenzen doch auf das hinausliefen, was man diplomatisch verhüllte, erkannten die Württemberger ganz richtig. Für ihr Fernbleiben blieb die Frage der Zentralgewalt entscheidend.

Diejenigen von ihnen, die sich in Frankfurt nicht angeschlossen hatten, erstatteten im Kreise ihrer altliberalen und demokratischen Freunde Bericht und übersandten am 29. September eine Erklärung an den Ausschuß des Nationalvereins, in der sie ihre Bedenken gegen den Verein wiederholten. Das unten folgende Schreiben Hölders zeigt, daß die Ausdehnung des Nationalvereins in Süddeutschland doch auf ganz andre Hindernisse stoßen werde, als man erwartet hatte. Nur August Ludwig Reyscher, der ehemalige Tübinger Germanist, der jetzt als Anwalt in Cannstatt lebte, hatte von Anfang an die Sache des Nationalvereins mit Eifer ergriffen. Er wurde der Vertrauensmann des Nationalvereins für Württemberg, stand als solcher freilich in seinem Heimatlande den partikularistischen Strömungen lange Zeit vereinzelt gegenüber; um so inniger schloß er sich der Persönlichkeit Bennigsens an, so daß der Briefwechsel der beiden Männer doch allmählich eine persönlichere und vertraulichere Note erhält, als gemeinhin in den politischen Erörterungen der Gesinnungsgenossen des Nationalvereins Platz findet.

Der Ausschuß des Nationalvereins machte einige Versuche, durch vorsichtige Formulierungen des Programms die Bedenken der Württemberger zu zerstreuen. Das von Bennigsen unterzeichnete Antwortschreiben des Ausschusses des Nationalvereins vom 18. Oktober betonte gegenüber den formalen Bedenken „die Vorteile einer festen Organisation, das entschiedene Hervortreten aus dem Pessimismus und der Passivität, welches in dem Anschluß an den Verein sich kundgibt, die offenkundige Tatsache eines Bundes der deutschen Vaterlandsfreunde der einzelnen Länder, die allein in einer dauernden Organisation mit bestimmter Leitung gegebene einheitliche Behandlung der nationalen Bewegung". Was den wichtigeren sachlichen Unterschied anging, so verwahrte man sich gegen den Vorwurf eines beabsichtigten Ausschlusses Oesterreichs und berief sich darauf, daß er weder in dem Statut noch

selbst in dem Eisenacher Programm ausgesprochen sei, vielmehr diese Frage der definitiven Zentralgewalt offen gelassen sei. „Wir wollen übrigens die Tatsache keineswegs verschweigen, daß ein großer Teil der in Eisenach und Frankfurt a. M. versammelten Männer von der Auffassung ausgegangen ist, daß das jetzige Verhältnis der deutsch-österreichischen Provinzen zum österreichischen Gesamtstaate und die daraus hervorgehende Politik der österreichischen Regierung ein tatsächliches Hindernis enthalte für eine politische Konstituierung der österreichisch-deutschen Provinzen mit dem übrigen Deutschland unter einer gemeinsamen staatlichen Gewalt auch in der Form eines Bundesstaats. Es ist das ein gegebener Zustand der Dinge, den wir beklagen mögen, den zu ändern aber nicht in unsrer Hand liegt. Eine engere politische Gestaltung Deutschlands ist eine Notwendigkeit geworden, für die Entwicklung und Sicherung der inneren Rechtsverhältnisse nicht minder wie für unsre nationale Unabhängigkeit. Wenn die besonderen Verhältnisse des österreichischen Kaiserstaates es zurzeit nicht möglich machen sollten, daß bei einer Neugestaltung Deutschlands die deutsch-österreichischen Provinzen ganz gleichmäßig den übrigen deutschen Ländern behandelt werden, so hindert das eine genaue Verbindung mit denselben im übrigen keineswegs, eine Verbindung, welche jedenfalls weit inniger sein kann als der jetzt bestehende lose, kein Interesse wirklich befriedigende und keinem Teile wahren Schutz gegen das Ausland gewährende Zusammenhang unter der Form des Bundestags."

Doch selbst dies Entgegenkommen fruchtete nichts. Eine am 18. Dezember nach Göppingen berufene Versammlung von etwa zweihundert Württembergern nahm gegen eine geringe Minorität den Antrag Hölders an, den Beitritt zum Nationalverein vorerst nicht zu empfehlen.[1]) Hölder erklärte: „Alle jene Männer, deren hohe geistige Begabung, deren moralische und intellektuelle Bildung, deren reine politische Motive ich anerkenne, deren freisinnige oder demokratische Anschauungen ich im allgemeinen teile, haben nach meiner Ueberzeugung die Absicht, ein Deutschland ohne Oesterreich unter preußischer Hegemonie zu gründen." Das sei ein Unrecht gegen die deutsche Bevölkerung Oesterreichs, die damit aus ihrem natürlichen Verbande ausgestoßen und preisgegeben würde, und obendrein eine politische Unmöglichkeit, da Preußen ohne Oesterreich zum Schutze Deutschlands zu schwach sei und in den freiheitlichen Fragen kein Entgegenkommen zeige. Zunächst schien der größte Teil des Südens, Württemberg und vollends Bayern, der nationalen Bewegung sich zu verschließen.

---

[1]) Reyscher an Bennigsen, 19. Dezember 1859.

Am 21. September lehnte der Frankfurter Senat die nachgesuchte polizeiliche Erlaubnis zur Niederlassung des Nationalvereins in Frankfurt ohne Angabe von Gründen ab; und obwohl man sich bemühte, durch persönliche Einwirkung auf einzelne Senatoren die Einflüsse der Bundestagsgesandten zu überwinden, wurde auch der gegen die Entscheidung eingelegte Rekurs gleichfalls abgewiesen. So wurde denn die von vornherein in Aussicht genommene Domizilierung des Vereins in Koburg in einer Ausschußsitzung am 16./17. Oktober in Eisenach beschlossen. Zugleich wählte der Ausschuß einen Vorstand, der aus Bennigsen als Vorsitzendem, dem Rechtsanwalt Fries in Weimar und dem Rechtsanwalt Streit in Koburg als Geschäftsführer zusammengesetzt war. Alle Mittel wurden von Oesterreich und den Regierungen der meisten Mittel- und Kleinstaaten aufgewandt, um die gefürchtete Parteibildung möglichst im Keime zu ersticken. Bennigsen verlor darüber nicht den Mut. „Die Reaktion gibt sich große Mühe, die nationale Bewegung in ihrem Entstehen zu hindern; jetzt fangen sogar die Mittelstaaten an, Konkurrenz zu machen. Das letztere kann man abwarten und unter Umständen das Gebotene benutzen, wenn auch nicht in dem Sinne, wie es geboten wird; das erstere kann für einzelne lästig werden, auch dieser oder jener Form der Wirksamkeit in den Weg treten. Die Sache selbst aber wird es nur fördern, namentlich wenn man auf so plumpe Weise fortfährt wie unsre Behörden und die österreichische Note für den Herzog von Koburg." [1])

Die im folgenden mitgeteilten Stücke aus dem Briefwechsel der führenden Männer des Nationalvereins zeigen, in welcher Unsicherheit über ihre weitere Entwicklung, ihre Aufgaben und ihre Mittel die junge politische Gründung sich in den ersten Monaten befand. Man besaß noch nicht die Organe, mit denen man wirken wollte, und im Anfang auch nicht die Mittel, sie zu beschaffen; man hatte mit behördlichen Verboten so gut zu rechnen wie mit dem Mißtrauen gegen die ungewohnte politische Organisationsform; auf der einen Seite hielten sich die Erbkaiserlichen, auf der andern die partikularistischen Besorgnisse der süddeutschen Liberalen — und das waren verwandte Parteirichtungen! — vorsichtig zurück. Gerade weil das Programm in Frankfurt so unbestimmt formuliert worden war, hatte man um so mehr das Bedürfnis, mit einer größeren Aktion hervorzutreten, und spähte überall nach Gelegenheiten aus; es waren die Wochen, in denen unter allgemeinster Teilnahme der

[1]) Bennigsen an Passavant, 29. September 1859.

hundertjährige Geburtstag Schillers wie ein politischer Feiertag in Deutschland begangen wurde, weil die wogenden Hoffnungen sich irgendwo anzuklammern trachteten.[1]) Die Führer des Nationalvereins standen vor der Aufgabe, den Enthusiasmus zu organisieren, aus den Stimmungen eine Partei aufzubauen: kein Wunder, daß mitten in den langsamen Anfängen den einen oder andern völlige Resignation beschlich. Selbst in dem engsten Kreise waren es nur wenige, Bennigsen und Schulze-Delitzsch voran, die den Mut nicht sinken ließen.

Hölder an Bennigsen.

Stuttgart, 30. September 1859.

Darin waren beinahe alle von Anfang an einverstanden, daß es gänzlich unmöglich wäre, in Württemberg bei gegenwärtiger Sachlage eine größere Anzahl für die Uebertragung der Zentralgewalt an Preußen zu gewinnen, ebenso daß die formelle Organisation des Vereins nachteilig wirken würde. Alle aber vereinigten sich auch in dem Wunsche, mit unsern norddeutschen Freunden wo immer möglich einträchtig zu wirken. Ich habe seit unserm Zusammensein in Frankfurt auch die unzweifelhaftesten Wahrnehmungen gemacht, daß dies die weit überwiegende Stimmung unsers Landes ist, und ich hoffe, daß die Stuttgarter Parteigenossen durch jenes Schreiben und den zu gleicher Zeit beschlossenen offiziösen Zeitungsartikel diese Stimmung richtig getroffen haben. Das Schreiben ist von Probst (Katholik) verfaßt, der Zeitungsartikel von mir; ersteres haben wir vorerst nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt, um den gemeinschaftlichen Feinden gegenüber die inneren Differenzen möglichst zuzudecken. Duvernoy (Märzminister) hat das Schreiben nicht mitunterzeichnet, übrigens erklärt, er sei mit unsrer Richtung ganz einverstanden, werde auch künftig an unsern Beratungen teilnehmen, bedaure, daß die nationale Partei die Zentralgewaltfrage in Anregung gebracht habe, er könne aber allerdings, wenn es darauf ankomme, nichts unterschreiben, was der preußischen Hegemonie entgegen wäre. Daß mit diesem Zurückhalten der Unterschrift ein Beitritt desselben zum Verein noch lange nicht gegeben ist, bedarf hiernach der Bemerkung nicht, und da ich guten Grund zu der sicheren Annahme habe, daß auch

[1]) Lammers an Bennigsen, 10. November 1859: „Das Schillerfest ‚kann ein Fest der Guten werden', mit Metternich zu reden, oder vielmehr es ist das schon. Hätten wir nur eine geistige Linde, die wir zu ewigem Gedächtnis pflanzten! Für die Schillerstiftung kann sich doch niemand recht erwärmen. Wie wäre es, wenn der Nationalausschuß seine ‚Literaturgelehrten' einlüde, hierüber nachzudenken und sich über eine passende Jahresfeier zu verständigen, versteht sich, ohne ostensibles Hervortreten des Ausschusses dabei. Aber je vollständiger wir uns aller verwandten Bestrebungen bemächtigen, desto tiefer wurzeln wir uns fest."

Römer nicht beitreten wird, so dürfen Sie auf einen unbedingten Beitritt von Württembergern in irgend nennenswertem Umfang nicht rechnen.

Der einzige Weg, den wir behufs einer gemeinschaftlichen Wirksamkeit gehen können, ist mithin derjenige, den wir mit unserm Schreiben betreten haben. Derselbe ist freilich nicht in der Weise gebahnt, wie ich es in Frankfurt Ihnen als meinen Wunsch bezeichnet habe; Entwürfe von mir, Ammermüller und andern auf bedingten Beitritt wurden mit großer Mehrheit verworfen ... Anderseits kann ich Sie aber auf das bestimmteste versichern, daß der Wille, eine Verständigung zu finden, ein aufrichtiger ist. Wir würden es unendlich bedauern, wenn diese Gelegenheit der Herstellung einer geistigen Verbindung der Fortschrittspartei in ganz Deutschland ungenutzt vorüberginge. Ebensosehr würden wir es bedauern, wenn die von Eisenach angeregte Agitation im Sand verrinnen würde. Wenn Sie aber dies vermeiden wollen, so müssen Sie derselben eine modifizierte Richtung geben, wie sie in unserm Schreiben angebahnt ist. Glauben Sie uns und unsrer Erfahrung, daß ein formeller politischer Verein mit allgemeinem Programm oder mit fernen, zurzeit noch nicht praktisch vorliegenden Zielen notwendig in kurzer Zeit wieder einschlafen wird. Was ihn lebendig erhalten kann, ist die rastlose Tätigkeit für Erreichbares, die hierdurch bedingte Erringung wenn auch nur untergeordneter Erfolge und die leichte, durch keinen formellen Zwang gehemmte Beweglichkeit. Die Hauptsache muß ja doch vorerst in den einzelnen Ländern geschehen mit den dort vorliegenden Mitteln und Parteiorganisationen. Es handelt sich mithin, praktisch genommen, vor allem nur darum, eine einheitliche Aktion in den einzelnen Territorien für die gemeinschaftlichen Zwecke herzustellen und letztere selbst mehr und mehr aufzuklären. Hierzu werden neben der Presse hauptsächlich periodische Zusammenkünfte der hervorragenderen Parteigenossen aus den einzelnen Staaten resp. aus ganz Deutschland dienen, Zusammenkünfte, auf denen begreiflicherweise die Hauptsache in vertraulichen ungebundenen Besprechungen geschehen muß. Damit wird die Verbindung unter uns hergestellt und erhalten, und dies liegt mir vor allem am Herzen. Ich fürchte, die Erfahrungen, welche Sie in wenigen Monaten mit dem Nationalen Verein machen werden, dürften unsre Anschauungen rechtfertigen; ich hoffe dann aber, daß die Führer sich durch ein anfängliches Mißgeschick nicht werden beugen lassen, daß sie vielmehr das retten und für die Zukunft sichern werden, was uns als die Hauptsache erscheint, nämlich die persönliche Verbindung untereinander in ganz Deutschland.

Die Tage in Frankfurt, wo wir Württemberger uns am meisten

und liebsten den Niedersachsen angeschlossen haben, werden stets eine freundliche Erinnerung für uns sein.

Reyscher an Bennigsen.

Cannstatt, 26. Oktober 1859.

Hölder war bei mir, nachdem er das Schreiben erhalten, er ist aber immer noch nicht befriedigt. Er wünschte, daß das Verhältnis Preußens zu Oesterreich lieber gar nicht besprochen würde, und meinte, was der Ausschuß sage, sei ja doch noch immer nicht Versammlungsbeschluß. Das noli me tangere bezüglich der Zentralgewalt war nicht immer seine Ansicht: denn in der Erklärung der Württemberger vom Juli spielte die Zentralgewalt eine Hauptrolle. Daß man seinen Bedenken zulieb nicht eine Versammlung berufen könne und daß der Ausschuß ihnen eigentlich zu viel Ehre angetan, nachdem in der Versammlung zu Frankfurt dieselben dubia schon erledigt worden, hätte er sich eigentlich selbst sagen können, allein alles ist diesem Starrkopf gegenüber wie in den Wind gesprochen. Das ganze Verhalten dieser Handvoll Leute macht den Eindruck: sie wollen halt nicht. Ich hoffe indes immer noch, die Leute werden zur Räson kommen, ehe es zu spät ist.

In Heidelberg suchte ich Gervinus und Beseler auf, um sie für den Verein zu stimmen. Sie versprachen mir zu unterschreiben. Was Häusser ausgerichtet, der an einen Abgeordneten geschrieben, damit dieser den Verein im Lande repräsentiere, wußten weder diese beiden noch Rochau, der übrigens eine Liste aufgelegt hatte und weiteres zu tun versprach, wenn die Aufforderung einkomme. Heute schrieb ich an Braun in Wiesbaden wie an die beiden Barth in Augsburg und Kaufbeuren, um sie aufzufordern, der nationalen Sache auch mit ihren Namen beizutreten.

2. November 1859.

Von Heidelberg erhalte ich heute Antwort von Rochau, wonach dort dieser Tage eine Liste mit dreißig bis vierzig guten Namen abgegangen. Gervinus und Beseler hätten wohl zugesagt, ob der Entschluß zur Tat geworden, wisse er nicht. Sonst keine Antwort außer von meinem Freunde Paul Pfizer in Tübingen, der für das Eisenacher Programm ist, aber für jetzt noch nicht beitreten will, weil er glaubt, der Verein würde sich nicht halten. Uhland ist mehr für Oesterreich und hat den Beitritt abgelehnt. Rönne will als Kammerpräsident sich nicht einmischen. Von Goppelt noch keine Nachricht. Wir dürfen uns durch partielle Ungunst nicht abschrecken lassen. Große Dinge haben häufig kleine Anfänge. Die Demokraten in Nordamerika waren zuerst dem Befreiungskampfe entgegen, welcher von den Whigs

ausging. Auch jetzt spukt die rote Demokratie wieder allenthalben. Vogt in Genf, der eine Zeitlang auf Preußen als Rettungsanker hinwies (während des italienischen Kriegs), empfiehlt jetzt einen Bund der Republiken und arbeitet gegen den Nationalverein, bei dem es ihm zu gesetzlich zugeht. Er, der mit fremdem Gelde nur aufwühlt, um keine Saat aufkommen zu lassen, findet aber Glauben bei vielen, die von der Politik keine Ahnung haben und nur darin einig sind, daß es anders werden müsse. Dazu kommt noch der Materialismus, welcher noch Bessere ergriffen hat, und der Mangel an bürgerlichem Mute, welcher zum Teil denselben Grund hat. Man möchte desperat werden über unsre Zeit, wenn man nicht von der historischen Beobachtung ausginge, daß der Fortschritt im ganzen doch stattfindet, wie es auch im einzelnen zurückgeht. Auch die Existenz unsers Vereins ist ein Fortschritt; vor 1848 wäre er nicht gestattet worden; jetzt getraut man sich doch nicht, Hand an ihn zu legen — außer in Darmstadt und Hannover?

Der Separatismus resp. die Gleichgültigkeit meiner Landsleute läßt mich fast beklagen, daß ich mich in Frankfurt so sehr auf ihre Seite gestellt und für die „freie Hand" gekämpft! Indessen war es doch gewiß richtiger, einen weiten Rahmen zu lassen für den Beitritt zum Verein und nicht in Vertrauensseligkeit sich der preußischen Regierung in die Arme zu werfen, wie seinerzeit in der besten Zeit die Gothaer getan. Der neue Akt des Grafen Schwerin gegen die öffentliche Schillerfeier hat hier in der Heimat Schillers Preußen wieder zu viel geschadet.[1]) Wenn Schwerin sich so von den alten preußischen Polizeitraditionen beherrschen läßt, was ist von andern zu erwarten? Es ist besonders die demokratische Partei, welche diesen Vorgang ausnutzen wird.

So manches Widerwärtige mir der Verein gemacht hat, so verdanke ich ihm doch eine persönliche Verbindung, von der ich hoffe, daß sie eine dauernde sein werde.

A. L. von Rochau an Bennigsen.

Heidelberg, 11. November 1859.

Ihnen einen bestimmten und allen Rücksichten genügenden Vorschlag für die Wahl eines badischen Ausschußmitgliedes zu machen, bin ich leider nicht imstande. Die hiesigen Männer sind noch ebenso lau und flau, wie Sie dieselben im September gefunden haben, und persönliche Verbindungen, vermöge deren ich selbst an irgendeinem andern Ort des Landes diesen oder jenen namhaften Politiker direkt angehen könnte, besitze ich

[1]) Die preußische Regierung hatte mit Rücksicht auf die schwere Erkrankung des Königs die öffentliche Schillerfeier untersagt.

nicht. So habe ich namentlich mit Professor Lamey[1]) niemals in persönlicher Berührung gestanden, welche mir gestattet, mich mit einer Anfrage an ihn zu wenden. Dieser Mann würde mir jedenfalls als der geeignetste erscheinen, um die Geschäftsführung für den Nationalverein in Baden zu übernehmen, besonders seitdem er sich durch das Konkordat hat bestimmen lassen, wieder als Abgeordneter in die Kammer zu treten. Ich meine deshalb, der Ausschuß sollte in eignem Namen eine Aufforderung an ihn richten. In Ermanglung Lameys wüßte ich aus eigner Kenntnis nur zwei Männer namhaft zu machen, die etwa ins Auge zu fassen wären, nämlich — Welcker und Mittermaier. Der erstere indessen hat seinen lokalen Kredit soweit verloren und ist überdies zu querköpfig, als daß ich seine Wahl irgend für ersprießlich halten könnte. M. dagegen ist bei allen Schwächen ein Mann von jugendlicher Lebendigkeit auf dem Felde der politischen und patriotischen Interessen, immer noch im Besitze eines großen Ansehens, in keiner Weise ein Störenfried in Parteiangelegenheiten, und wenn er in den Ausschuß träte, so dürfte man des regsten Eifers und der größten Tätigkeit von seiner Seite gewiß sein. Es kommt dazu, daß er zwei Söhne neben sich hat, die beide vom lebendigsten patriotischen Pflichtgefühl durchdrungen sind, welche einen beträchtlichen örtlichen Einfluß haben und von denen der eine ein sehr bedeutender Kopf ist.

Von Beseler habe ich Ihnen mitzuteilen, daß die Zeitung, von welcher während Ihres Hierseins die Rede war, leider nicht zustande kommt. Ein selbständiges Organ des Nationalvereins würde dieselbe jedoch wohl schwerlich haben ersetzen können. Die großen Vorteile — um nicht zu sagen die Notwendigkeit — eines solchen scheinen mir übrigens alle Tage einleuchtender zu werden. Nur dadurch, daß sie Sitz und Stimme in der Presse förmlich einnimmt, kann sich die Nationalpartei im Angesicht und Bewußtsein des Volks, oder besser gesagt, im Angesicht von Freund und Feind, in Permanenz konstituieren, den Glauben an ihr Bestehen und an ihre Wirksamkeit zur konstanten Tatsache machen. Wäre es auch nur eine Wochenschrift: es könnte damit unendlich viel gewonnen werden.

Schulze-Delitzsch an Bennigsen.

Delitzsch, 1. November 1859.

Da ich der Post nicht traue, erhältst Du diese Sendung durch Albrecht über Leipzig. Zunächst teile ich Dir den Brief unsers Dichters,

[1]) Lamey lehnte den Beitritt nicht aus prinzipiellen, sondern aus praktischen Gründen ab, „um seine Stellung als Wortführer der Opposition in der badischen Kammer nicht zu gefährden, was bei den eigentümlichen Parteistellungen dort zurzeit nicht zu umgehen sein würde, wenn er offen dem Nationalverein beitrete".

G. Freytag, der dem Verein wie immer seine tätigste Teilnahme bezeugt, im Auszuge mit:

„Es ist in dem Antrage der Mittelstaaten der Verein unzweideutig als gemeinschädlich bezeichnet worden, und es ist zuverlässige Nachricht eingegangen, daß demnächst beim Bund bestimmter Antrag deshalb gestellt werden soll: Sachsen-Koburg-Gotha zur Ausweisung des Vereins zu zwingen. Nach dem Bundesbeschluß vom 13. Juli 54, der im Herzogtum nicht publiziert ist, weil er überhaupt nicht für die Staatsbürger, sondern für die Regierungen Normen aufstellte, ist die Zulässigkeit des Vereins zweifelhaft. Natürlich wird Koburg, hoffentlich von der preußischen Minorität beim Bundestage unterstützt, die Anwendbarkeit des Gesetzes auf den Verein bestreiten und nach eingezogenen polizeilichen Erkundigungen besten Bericht erstatten. Aber ebenso sicher ist, daß die Majorität sich dabei nicht beruhigen, sondern die Sache weitertreiben wird. Es wird möglich sein, die Verhandlungen etwa ein halbes Jahr hinzuziehen, dann aber wird das Finale kommen, der Bund wird Koburg bei Strafe der Exekution aufgeben, den Verein aufzulösen. Dem Vernehmen nach ist Herr von Seebach entschlossen, es bis zu diesem Aeußersten kommen zu lassen, und seine Festigkeit wird auch den Herzog festhalten. Dann aber wird doch eintreten, was ich in der Stille gefürchtet habe, der Verein wird darauf verzichten müssen, eine formal anerkannte Existenz fortzusetzen, oder sich nach Preußen zurückziehen müssen."

Ich überlasse Dir, von diesen Notizen im Vorstande und Ausschuß beliebigen Gebrauch zu machen, sie sind aus bester Quelle, welche jedoch nicht genannt zu werden wünscht. Für jetzt können sie uns meines Erachtens nur antreiben, so rasch als möglich mit der Organisation der Vereinstätigkeit vorzugehen, damit, wenn jener Zeitpunkt eintritt, wir bereits etwas geschaffen haben und die Sache im Gange ist. Ist der Verlauf der Dinge dann wirklich so, wie sie Freytag andeutet, so ist dies nicht einmal ungünstig für unsre Sache; besonders kann, wenn uns Preußen wirklich ein ultimum refugium anbietet, dies die Verständigung mit dem Süden in manchen Punkten erleichtern. Uebrigens haben wir ja alle Aehnliches und Schlimmeres erwartet, und der stillere Verband unter den Vereinsgenossen, den der Brief als letztes Mittel in Aussicht nimmt, bleibt uns um so sicherer, je weiter wir in der Vereinssache gediehen sind. Das einzige mögen wir wiederholt aus jenen Nachrichten entnehmen: wie außerordentlich not uns die strengste Legalität tut, und hier habe ich, wie ich sicher glaube,

im Sinne des Ausschusses einem für uns bedenklichen Vorgehen in Gotha mit der sog. „Deutschen Gesellschaft" dort, welche unsre Vereinsgenossen, der wackere Henneberg u. a., gegründet haben und worin sie eben die Frage der deutschen Einigung ventilieren, vorzubeugen gesucht und den Herren dringend deren Auflösung an das Herz gelegt. Man wird darin jedenfalls einen Zweigverein von dem D. N. V. finden, und wenn so etwas auch gerade in den gothaischen Gesetzen nicht verboten ist, doch gegen uns benutzen, weil infolge der Bundesbeschlüsse alles Kooperieren politischer Vereine verboten ist.

Nun aber zu einem Hauptgegenstand meines Schreibens. Es herrscht nämlich im Publikum überall noch eine große Unklarheit über Mittel und Zwecke unsers Vereins, die Leute wissen so wenig, wie sie sich dessen Wirksamkeit denken sollen, und überall tritt einem die Frage entgegen, wie wir denn eigentlich zu operieren gedächten. Gewiß ist das eine Frage für die nächste Ausschußsitzung, wo wir ja ohnehin unsre regelmäßige Einwirkung auf die Presse förmlich — doch wohl in einem besonderen Preßkomitee — organisieren müssen. Allein da es sich eben jetzt um die Zeichnung der Statuten handelt, so ist dazu nun nicht wohl Zeit, wollen wir nicht auf eine Menge von Mitgliedern verzichten, denen später schwer beizukommen ist, wenn der erste Anlauf vorüber ist. Diese Rücksicht überwindet bei mir auch noch ein andres Bedenken: daß es nämlich nicht rätlich ist, unsern Kriegsplan gewissermaßen vor Freund und Feind offen darzulegen ... Aber wie wir uns die Vereinswirksamkeit denken, dies in allgemeinen Zügen so darstellen, daß es jeder Vernünftige versteht, das halte ich für unerläßlich. Ich habe sofort Hand ans Werk gelegt und lasse vier kleine Aufsätze hierbei folgen, die in der „Trierschen Zeitung" veröffentlicht werden sollen, indem gerade in dortiger Gegend recht viel zu tun bleibt. Sie handeln über: 1. Die Gegner der nationalen Bewegung und das deutsche Volk. 2. Was durch den Verein schon jetzt gewonnen ist. 3. Die Bedeutung und Macht einer gesetzlichen Agitation. 4. Die praktischen Mittel und Selbsttätigkeit des Volks dabei. Sieh sie Dir doch einmal an; habt ihr nichts Besseres, so habe ich mir ihre Benutzung für den Ausschuß vorbehalten. Wir können sie für die Mitglieder besonders drucken lassen und versenden oder sie sonst — es fragt sich, ob im Namen des Ausschusses — in der Tagespresse veröffentlichen. Sind es diese nicht (die sich übrigens umarbeiten und durch Behandlung noch einiger praktischer Themata, z. B. über die durch den Verein erreichte Einigung, über die Stellung Oesterreichs zur deutschen Frage u. s. w. ersetzen lassen), so muß jedenfalls etwas andres geschafft werden, deshalb prüfe und kritisiere scharf, die Sache ist wichtig.

Delitzsch, 13. November 1859.

Endlich aber kommt es sehr darauf an, eine Mißstimmung, die sich in bedenklicher Weise unter unsern Freunden in Preußen und Sachsen erhebt: „daß wir den Süddeutschen doch zu viel nachgäben," nicht weiter aufkommen zu lassen. Denn verlieren wir an Terrain bei uns, so gefährden wir die Sache in der Hauptlebensbedingung, da wir uns wohl kaum verhehlen können, daß der deutsche Norden der Kern der Bewegung ist, der wahrscheinlich am meisten dafür wird einstehen müssen. Wirklich, wir dürfen hier auch nicht zurückgehen und immer und immer nur Süddeutschland im Auge haben. Eine Sitzung in Berlin ist bei der Lage der Dinge dringend geboten und wird auf den ganzen Norden und auf unsre Hauptpreßorgane höchst günstig wirken, ohne daß man im Süden etwas dagegen haben kann, da es nach mehrfachem Tagen in jenen Gegenden das erstemal ist, daß wir bei uns zusammenkommen; wobei auch noch in Anschlag kommt, daß die Berührung unsrer süddeutschen Mitglieder mit den Berliner Notabilitäten gewiß zur Annäherung beiträgt. Wir Preußen sind bisher stets gern und bereitwilligst vor den Wünschen unsrer Brüder in Süd und West zurückgetreten, weil das Interesse der Sache es forderte. Diesmal spricht aber das Interesse der Sache *für* ein Tagen bei uns, und geradezu ausschließen soll man doch auch unser engeres Vaterland nicht wollen, um so weniger, als es vielleicht bald die einzige Zufluchtsstätte des Vereins sein wird. So das Räsonnement unsrer hiesigen Freunde. Wie ich darüber denke, und daß ich zu allem möglichen bereit bin, was uns zur Einigung führt, weißt du. Aber freilich, bloß deshalb nicht nach Berlin wollen, weil es in Preußen liegt, wenn wir in Berlin für unsre gegenwärtige Aufgabe die beste Förderung finden, dagegen bin ich auch.

Bennigsen an Lammers.

Hannover, 8. November 1859.

... Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß es von Interesse sein würde, auch Bremen im Ausschusse vertreten zu sehen. Mir sind die Stellung und der Einfluß der dortigen Persönlichkeiten nicht genügend bekannt. Glauben Sie und Böhmert darüber bereits ein zuverlässiges und unbefangenes Urteil zu haben, so würde ich mich dem anvertrauen. Ist etwa Hermann Gröning, den ich persönlich seit langem als charakterfest und fähig kenne, so gestellt, daß er als ein Vertreter Bremens fungieren kann? Daß er bereit sein würde, eine solche Stellung anzunehmen, bezweifle ich nicht bei dem lebhaften Interesse und dem praktischen Eifer, den er bislang für die nationale Agitation gezeigt hat. Auch fürchte ich nicht, daß er so befangen ist, daran Anstoß zu nehmen, wie

manche sog. Politiker, daß der Nationale Verein noch keine äußeren Resultate gibt und auch nicht geben wird in nächster Zeit, wo vielmehr alles darauf ankommt, die politischen Führer und Autoritäten aus allen Teilen Deutschlands zunächst in einer Organisation persönlich zu vereinigen. Wann wir den Nationalen Verein über ganz Deutschland ausgedehnt haben, auch die disponibeln Geldmittel einigermaßen übersehen können, so wird sich schon im nächsten Monat finden, wo am geeignetsten Fragen zur Entscheidung so weit reif sind, daß wir sie praktisch angreifen können. Die jetzige Lage und Behandlung der kurhessischen Verfassungsfrage, welche doch in hohem Grade die günstige Wendung oder doch die neue Bearbeitung der nationalen Agitation verdankt, wird doch auch die Praktiker überzeugen, daß es nicht wertlos ist, was bislang angeregt war.[1] Halten Sie Gröning seiner Stellung nach zu jung und nicht von der genügenden Autorität oder will er nicht annehmen, so müßten Sie sich nach einem andern, wenn es möglich ist Nichtjuristen, umsehen.[2]

Am Donnerstag und Freitag bin ich hier mit meiner Frau zur Schillerfeier im Unionhotel. Können Sie mir bis dahin schon bestimmte Nachricht geben, eventuell ein paar Worte von Gröning beilegen, dem Sie diese Zeilen mit meinem besten Gruß zeigen mögen, um so besser!

v. Unruh an Bennigsen.

Berlin, 1. Januar 1860.

Die Sache unsers Vereins nimmt hier sehr wenig Fortgang. Zuerst hieß es, man müsse die Schillerfeier vorüber lassen, welche alle Teilnahme und viel Geld absorbiere. Dann traten Veit und ich mit einigen Freunden, darunter die Teilnehmer an der Frankfurter Versammlung, zusammen und berieten, wie man zahlreiche Beitritte herbeiführen könne? Die Wahlmänner zu berufen, wurde namentlich für zwei von den vier hiesigen Wahlbezirken untunlich befunden. Ebenso hielt man es für sehr mißlich, eine große öffentliche Versammlung aus-

[1] Preußen hatte in der kurhessischen Verfassungsfrage am Bunde den Antrag auf Wiederherstellung der Verfassung von 1831 gestellt. Eine Erklärung des Nationalvereins vom 12. Dezember 1859 sprach der preußischen und einigen andern deutschen Regierungen ihren Dank aus. „Im Interesse sämtlicher deutscher Regierungen liegt es, daß das in Kurhessen gegebene Beispiel baldmöglichst beseitigt werde, denn solange eine solche Rechtlosigkeit und Willkür in einem einzigen deutschen Lande dauern, wird kein öffentlicher Rechtszustand in Deutschland für gesichert gelten können."

[2] Gröning lehnte die Wahl zum Ausschußmitglied mit Berufung auf seine öffentlichen und dienstlichen Geschäfte ab, übernahm aber die Bremer Agentur des Nationalvereins.

zuschreiben.[1]) Endlich beschloß man, brieflich etwa dreißig bis vierzig Personen einzuladen, jeden zu ersuchen, in seinem Kreise zu werben und dann zu einer größeren Versammlung überzugehen, in welcher einige hundert schon beigetretene Personen den Stamm bilden und ein Fiasko verhüten sollten. Die brieflich Eingeladenen erschienen, versprachen Beitritte zu sammeln, aber die redende Majorität drang auf eine öffentliche Versammlung, wollte ein Komitee gewählt und eine Tagesordnung festgesetzt wissen. Die wurde auch zugestanden in der Voraussetzung, daß vorher jeder von den Erschienenen zehn, zwanzig oder mehr Mitglieder angeworben haben würde. Man verteilte die Statuten und Listenformulare, allein bis jetzt ist die Zahl der Unterschriften so gering, daß ich mich — abgesehen von andern Gründen — entschieden gegen eine öffentliche Versammlung erklären muß. Wir würden dadurch unsre Schwäche recht klar an den Tag legen. Ein solcher öffentlicher Schritt wurde von Hause aus von solchen Personen gefordert, welche auf Agitation ausgehen und der Meinung sind, daß sich eine solche unter allen Umständen wagen lasse.

Sie sehen schon aus der vorstehenden Erzählung, daß die allgemeine Stimmung nicht gehoben, erwartungsvoll, sondern schlaff und matt ist. In solcher Zeit muß eine auf Reden in öffentlicher Versammlung gestützte Agitation entweder sofort mißglücken oder bald wieder verfliegen. Uns aber kommt es auf Ausdauer und Nachhaltigkeit an. Ganz anders läge die Sache, wenn wir Zweigvereine stiften, Statuten beraten, Vorträge über die deutsche Frage, Wiener Kongreß, Bundestag, Hessen, Schleswig-Holstein u. s. w. halten und uns regelmäßig versammeln, einen lokalen Vorstand wählen könnten. Die Reaktion hat wohl gewußt, weshalb sie politische Zweigvereine verbieten mußte. Ohne Organisation kein dauerndes Leben. Kein Ding ohne Form. Nur in erregten Zeiten ist die Elastizität da, trotz gesetzlicher Hindernisse sich Formen zu schaffen und aus einer in die andre überzugehen. Erklärlich ist die Schlaffheit allerdings. Nach zehn Jahren Reaktion trat plötzlich ohne eigne Arbeit, fast in Form eines Geschenks, das Versprechen verfassungsmäßiger Regierung hier ein, zunächst milde Praxis. Jeder wünschte, das Geschenk

[1]) Ueber die Motive spricht sich Veit in einem Briefe an Bennigsen vom 2. Dezember 1859 noch deutlicher aus; daß „namentlich die radikalen Elemente, die wie gewöhnlich den übrigen zu imponieren wüßten, eine lokale Beteiligung in Anspruch nahmen, die ich, von Herrn von Unruh in meiner Auffassung bestens unterstützt, entschieden ablehnen mußte. Sobald eine breitere Basis der Teilnahme gewonnen ist, soll eine größere Versammlung stattfinden, in der es meine Aufgabe sein wird, den Versuch abzuwehren, sich, wenn auch unter beschönigenden Formen, als Lokalkomitee zu konstituieren, überhaupt aber den Nationalverein zur Handhabe agitatorischer Bestrebungen zu machen".

festzuhalten durch große Dankbarkeit und Geduld. Jetzt taucht die Besorgnis auf, es könnte doch wieder rückwärts gehen, aber niemand möchte den Vorwurf auf sich laden, daran schuld zu sein; man hofft noch, man tröstet sich über Mißklänge, man wartet auf die Kammern. Zum Handeln ist noch niemand aufgelegt. Die Zeit ist jetzt in Preußen weder so gut, um Mut, noch so schlecht, um Verzweiflung hervorzurufen. Die herannahende Gefahr erkennen einzelne, aber die Menge, selbst die der Gebildeten, hat noch nicht das Gefühl der Gefahr.

Nun noch eine Anfrage im Auftrage des hiesigen Preßkomitees. Professor Ilse in Marburg gibt eine Geschichte des Deutschen Bundes heraus in vier bis fünf Bänden, welche starke Enthüllungen enthalten soll, d. h. in den letzten Bänden. Ilse sucht für diese einen Verleger gegen ziemlich hohes Honorar, ich glaube 25 Gulden pro Bogen. Es fragt sich, ob der Nationalverein dies Honorar bezahlen würde nach vorheriger Einsicht des Manuskripts? Ilse soll früher Intimus von Hassenpflug gewesen sein, später sich aber überworfen haben. Sie können vielleicht Erkundigungen über ihn einziehen bei Zachariae u. s. w.

Dr. Freese wird hier mit Korrespondenzen im Sinne des Nationalvereins beginnen. Professor Mommsen ist uns beigetreten.

Fries an Streit.

Weimar, 1. Januar 1860.

Es war ein schöner Gedanke, von dem wir in diesem Sommer ausgingen, die alten Parteiunterschiede verschwinden zu lassen in dem gemeinsamen Streben für das Wohl des Vaterlandes. Was ist aber in der Wirklichkeit der Erfolg gewesen? Es haben sich im Ausschuß eine Anzahl Demokraten und Konstitutionelle (unstreitig tüchtige Kräfte) zusammengefunden, und hier und da haben sich ein paar Dutzend Leute, der persönlichen Autorität einzelner Ausschußmitglieder folgend, angeschlossen. Ist dies ein Nationalverein, wie wir ihn im Sinne hatten? Wir wollten keinen Bund politischer Notabilitäten gründen, aus dem heraus wir auf das Volk wirken konnten, sondern es sollte der Verein das Volk unmittelbar umschließen, und dies ist uns mißlungen. Man spricht von Ausdauer und Zähigkeit, von „den Mut nicht verlieren" und was dergleichen mehr. Das sind vollständig richtige Gedanken, wenn es sich darum handelt, einen Zweck unverrückt im Auge zu behalten und durch mißlungene Versuche sich nicht zurückschrecken zu lassen. Anders ist es, wo wir es nur mit einem Mittel für den Zweck zu tun haben; zeigt sich das unbrauchbar, so werfe man es auf die Seite und greife nach einem andern. Der Nationalverein ist nicht Zweck, sondern Mittel ... Hast Du gehört, daß auch nur irgendwo unsre

Aufforderung auch nur irgendeine Demonstration hervorgerufen hätte? Wenn uns andre Leute dergleichen Dinge vorhalten, so sagen wir: man kann das von dem Vereine nicht verlangen, daß er schon große Wirkungen zeigt; er muß sich erst organisieren u. s. w. Mir selber gegenüber reiche ich aber damit nicht aus. Daß der Verein etwas schafft, ist das einzige Mittel, ihn tüchtig zu organisieren. Der Einwurf, daß der Verein keine Gelegenheit habe etwas zu schaffen, reicht nicht zur Widerlegung aus. Ist dies wirklich der Fall, so fehlen ihm eben die Bedingungen einer wahren Lebensfähigkeit. Es ist aber auch nicht wahr, daß es an der Gelegenheit zum Handeln fehlt. Ich meine nicht, daß wir Waffen anschaffen sollen zu einer Revolution; aber statt der Handgranaten sollten wir Erklärungen über alle auftauchenden Tagesfragen in das deutsche Volk hineinwerfen. Daß wir es nicht tun, hat seinen guten Grund darin, weil wir uns scheuen, Streitfragen anzuregen. Man erwartet noch heut vergebens unsre Ansicht zu hören über das Verhältnis Oesterreichs zu Deutschland. Wir werden kaum dazu kommen können, der Würzburger Konferenz in das Gesicht zu schlagen, überall, weil wir Rechnung tragen müssen, nicht der Polizei, sondern der Verschmelzung der Parteien.

Eine sehr ernste Frage tritt aber jetzt an uns heran. Was sagt der Nationalverein über das Verhältnis des Papstes? Wir können nicht stillschweigen. Was Du und ich meinen, ist hoffentlich klar. Die Politik, welche der Schweinerei in Rom ein Ende macht, verdient unsre Sympathie, sie mag repräsentiert werden von wem sie will. Hier sind wir wieder an dem Streitpunkt des vorigen Jahres angelangt. Oesterreichs und somit Deutschlands Machtstellung nach außen ist in Frage. Diese Redensart und alles das andre dumme Geschwätz wird wieder vorgetragen werden. Zu jener Spaltung der Ansichten aus dem vorigen Jahre tritt aber das neue unheimliche Gespenst des Gegensatzes zwischen Katholiken und Protestanten. Derselbe Mann, der in Göppingen die erste Rolle spielte, trägt das Banner des Konkordats. Hier steht der Nationalverein an einer unlösbaren Aufgabe. Wir wollen praktisch sein und wir müssen deshalb praktische Fragen beantworten; wir können uns nicht auf die allgemeine Redensart beschränken, es sei sehr wünschenswert, daß Deutschland einig werde. Beantworten wir die Frage, so ist es aus mit der Verschmelzung der Parteien. Octavio sagt: „Es ist eine Zeit, wo sich die Guten eng verbinden sollten", Buttler aber antwortet ihm ganz richtig: „Die Gleichgesinnten können es allein." Daß ich hier nicht von einem spezifisch protestantischen Standpunkte aus schreibe, wirst Du mir hoffentlich zutrauen ... Leider ist aber der kirchliche und der politische Streit nicht zu trennen.

Bennigsen an Streit.

Bennigsen, 25. Dezember 1859.

Es scheint mir sehr zweckmäßig, in den ersten Monaten des nächsten Jahres einige größere Schriften vom Ausschusse erscheinen zu lassen, welche tiefer in die Sache eingehen, als es die Flugblätter beabsichtigen, sich auch eine Schichte höher in der Bevölkerung adressieren. Wir könnten dazu Fischel oder Rochau oder beide engagieren. Planck würde für solche Arbeiten auch sehr geeignet sein. Was uns in Deutschland totmacht, ist die Bureaukratie und ihr Gegenstück, die mangelnde Selbstverwaltung und gehinderte Freiheit der Arbeit und des Arbeiters. Eine Broschüre, etwa „Ueber den Wert des Beamtentums und seine Ausartung", könnte (natürlich unter Berücksichtigung gesamtdeutscher Zustände) historisch, politisch und statistisch die Entstehung und Bedeutung, die Ausartung mit der Unterdrückung wirtschaftlicher Freiheit und der Aufsaugung alles politischen Lebens, die Mittel endlich zur Heilung in Wirtschaft und Politik und mit dieser zugleich die Einschränkung des Beamtentums auf das Gebiet, wo es dauernd berechtigt ist, behandeln.

In genauem Zusammenhang kann dieser Gegenstand mit dem Thema einer zweiten Broschüre, etwa „Ueber Wesen und Nachteile des Partikularismus in Deutschland", gebracht werden. Unsre Entwicklung zu Sonderstaaten im Gegensatz zur französischen Zentralisation aus Natur und Geschichte der Deutschen zu schildern; ihre krankhafte Ausbildung zu erklären; der ungeheure politische, moralische und finanzielle Schaden derselben; die untergeordnete Bedeutung der Vorzüge der individuellen Entwicklung in Sitte, Recht, Kunst gegen solche Verluste; endlich der Nachweis, wie das Wesentliche dieser letzteren Vorzüge gerettet werden kann und doch das politische Gemeingefühl und politische Macht für Deutschland wiederhergestellt werden können. Hier müßten die notwendigsten Voraussetzungen für diese Herstellung entwickelt, auch mit hinreichender Bestimmtheit und Einzelnheit dasjenige bezeichnet werden, was von der politischen Macht der jetzigen Einzelstaaten auf die Bundeszentralgewalt übertragen werden muß. Ganz naturgemäß wird sich hier die Folgerung ergeben, daß nicht zwei Großmächte solche Uebertragung zulassen können, und die eine Großmacht Preußen, welche für einen deutschen Bundesstaat unentbehrlich ist, nur dann, wenn sie selbst den Kern und Mittelpunkt der neugeschaffenen deutschen Macht bildet.

Ueberlegen Sie sich diese Vorschläge und teilen Sie dieselben im Januar den Ausschußmitgliedern mit. Ich setze dabei voraus, daß Sie und die übrigen Mitglieder mit mir darin einverstanden sind, daß hier, wo wir einmal vorerst auf keine praktischen Erfolge rechnen können,

noch ein gutes Stück geistiger Arbeit und Aufklärung durch die besten uns zu Gebote stehenden publizistischen Kräfte zu leisten ist. Wir dürfen uns gar keine Illusionen machen. Die Meinungen gehen auf diesen beiden Gebieten, namentlich wenn man aus Allgemeinheiten heraustritt, noch sehr auseinander. Ist auch die Verwirrung nicht mehr so babylonisch, wie sie 1848 war, so würde doch ohne eine vorhergehende Sichtung und Abklärung die Uneinigkeit der deutschen Bevölkerung das Zustandekommen eines befriedigenden Verfassungswerks auch im letzten Augenblick noch hindern, wenn uns auch günstige Umstände die Einberufung eines Parlaments brächten.

Hannover, 4. Januar 1860.

Wir sind hier seit gestern zu den Ständen versammelt. Die Ritterschaften haben abermals vor, das jetzige Polizeiregime zu stürzen, ob mit besserem Erfolge als vorigen Winter, ist sehr zweifelhaft. Bei der elenden Komposition unsrer Zweiten Kammer hat die liberale Partei bei diesen häuslichen Zwisten wenig mehr als das Zusehen und eine ironische Kritik.

Hannover, 12. Januar 1860.

Daß Nagel vor dem Frühjahr nicht kommt, ist schlimm. Es ist durchaus notwendig, daß wir einen Sekretär haben, welcher sich und seine Kräfte dem Verein ganz widmet und Muße hat, nicht allein die Korrespondenzen immer rasch zu erledigen, sondern auch größere Korrespondenzen für Zeitungen, Ausarbeitungen von Flugblättern u. s. w. zu übernehmen. Wenn Nagel überhaupt verhindert sein sollte, werden wir uns nach einer andern geeigneten Persönlichkeit umsehen müssen. Das beste wäre immer, wenn auch mit einem bedeutenden Gehalt, einen schon bekannten Publizisten und öffentlichen Charakter zu engagieren. Bis zum 28. werde ich nach Berlin reisen, um einmal persönlich Einsicht in die dortigen Verhältnisse und Menschen zu bekommen, und will mich dabei auch wegen solcher Persönlichkeiten für das Sekretariat erkundigen.

Daß es mit unserm Vereine nur langsam vorwärts geht, liegt in der Natur der Sache. An bösen Willen braucht man dabei noch nicht zu denken. Was ich hier von den Landtagsabgeordneten höre, wo doch die Regierung alle Mittel der Beeinflussung aufbietet, um die nationale Bewegung und den Verein zu unterdrücken, zu dem Ende wiederholt mit Kriminaluntersuchung die Mitglieder des Vereins bedroht hat u. s. w., entmutigt mich durchaus nicht. Die Sache wird in raschen Fluß kommen, wenn wir nur selbst nicht den Mut verlieren und äußere Ereignisse nicht geradezu hemmend in den Weg treten.

Zweites Kapitel

Bennigsen an der Spitze der deutschen Nationalpartei 1860

Das erste Jahr des Nationalvereins ist eine Kette von Anläufen, die erste sich darbietende Gelegenheit der äußeren oder inneren Politik zu benutzen, um den bisher lockeren Zusammenschluß Gleichgesinnter zu festigen: die Worte in eine Tat umzusetzen, die dem Vereine Scharen von Anhängern zuführen könnte, und dann die dadurch gewonnene Macht in der öffentlichen Meinung zum Druck auf den Gang der deutschen Ereignisse zu benutzen. Besonders Bennigsen war überzeugt, daß dieser Hebel, dessen man bedurfte, nur in der auswärtigen Politik gefunden werden könne, in einer Wiederkehr der auswärtigen Krisis, aus der die Keime dieser nationalen Parteibildung herausgewachsen waren. Herzog Ernst urteilt über die Nationalvereinsführer: „Außer Herrn von Bennigsen war niemand recht geneigt und vielleicht auch nicht so vollkommen befähigt, die Fragen der äußeren Politik gewissenhaft zu verfolgen und zu studieren." Es war seine Eigentümlichkeit und in gewisser Weise auch seine Stärke, die innerpolitischen Fragen in diesem größeren Zusammenhange anzuschauen.

Es ist begreiflich, wieviel Illusionen dabei unterlaufen mußten und welche Enttäuschungen man heimbrachte. Friedrich der Große hat in seinen Geschichtswerken einmal bemerkt, daß politische Intrigen, wenn sie zu nichts führen, nicht mehr Beachtung verdienen als die Neckereien in der Gesellschaft, und John Morley urteilt mit Recht, ein gutes Stück der Geschichte sei nur „a record of the illusions of statesmen". Das gilt von dem handelnden Staatsmann. Wieviel mehr von dem Politiker, der, von der unmittelbaren Leitung der Dinge entfernt, doch zugleich auf sie Einfluß üben und sich mit seinen Plänen von der Flut der Ereignisse tragen lassen möchte. Seine Berechnungen sind wie Seifenblasen, die im Licht des Tages verflattern. Der Historiker wird kaum zweifeln, ob er solchen Velleitäten überhaupt nachzugehen hat. Für den Biographen können die Dinge anders liegen. Ihm enthüllt sich auch in diesen Anläufen ein Stück der politischen Ideale, und er gelangt fast unmerklich in die Vorstellungswelt desjenigen hinein, dessen Wesen er erfassen und dessen Wirken er erklären soll. Es handelt sich obendrein bei Bennigsen in den Bestrebungen dieser Jahre nicht um seine persönliche Art allein, sondern

zugleich um die Art des politischen Milieus, in und mit dem er verstanden sein will. Statt über diese Menschen, ihre Gedanken und Gesinnungen zu sprechen, werden wir häufig sie selbst in ihren Briefen zu uns sprechen lassen.

Die Nachzuckungen der Krisis von 1859 schufen die erste Möglichkeit, die Agitation des Vorjahres noch einmal aufzunehmen. Das Vordringen Sardiniens nach Mittelitalien gab dem Kaiser Napoleon den erwünschten Anlaß, auf die Abmachungen des französisch-sardinischen Geheimvertrages von 1858 zurückzukommen und die Abtretung von Savoyen und Nizza zu verlangen. In seiner Thronrede vom 1. März erklärte er, angesichts der Umgestaltung Norditaliens, die einem mächtigen Staat sämtliche Alpenpässe verschaffte, sei es seine Pflicht, zur Sicherung der französischen Grenzen die französischen Abdachungen des Gebirges zu reklamieren. Wenn auch das Wort von den natürlichen Grenzen nicht ausdrücklich fiel, so konnte man doch eine bedenkliche Schlußfolgerung für den Fall herauslesen, daß auch in Deutschland eine nationale Einheitsbewegung durchgeführt würde. Sollte dann die Sicherung der französischen Grenzen etwa wiederum einen Ausgleich erfordern?

Dazu kam, daß durch die Annexion Savoyens die Verträge von 1815 verletzt wurden. Der Wiener Kongreß hatte die beiden nördlich an den Genfer See stoßenden savoyischen Landschaften Chablais und Faucigny für neutral erklärt, gewissermaßen als eine Ergänzung der Neutralität der Schweiz, die dadurch eine verstärkte Garantie erhalten sollte. Die Schweiz erhob daher den Anspruch auf die Erhaltung der Neutralität Nordsavoyens, denn ohne Frage würde ihre militärische Lage dadurch eingeschränkt, daß sich eine große Militärmacht am Süduser des Genfer Sees in ihr Gebiet einschob und die Stadt Genf fast wie eine Insel im französischen Lande von ihr abschnitt.

Das Gefühl des Bedrohtseins, das in der Schweiz um sich griff, verbreitete sich nach Deutschland. Es war eine Frage der internationalen Verträge, welche die bedenklichsten Rückwirkungen haben konnte. Auch der englische Minister John Russell verurteilte in seiner Note vom 22. März 1860 die Annexion als Wiederbeginn der alten Eroberungspolitik; „heute fordert man Nizza zurück, Europa wird fürchten, daß man morgen den Rhein und Belgien zurückfordert".[1] War es nicht die Sache eines deutschen Patrioten, von Anfang an auf dem Posten zu stehen?

[1] Ollivier, L'Empire libéral. IV, S. 398.

In einem vertraulichen Schreiben berichtete Biedermann, der bekannte Publizist und Historiker, der im Frankfurter Parlament als Vorsitzender der Fraktion des Württemberger Hofes zu den Führern der Erbkaiserlichen gehört hatte, über die Bedeutung der savoyischen Frage und seine Berliner Eindrücke.[1])

Biedermann an Bennigsen.

Weimar, 18. Februar 1860.

Daß man im vorigen Sommer große Momente verpaßt habe, scheint man einzusehen und daher beflissen, bei einer nächsten europäischen Krisis (die man in allernächster Zeit erwartet) seine Zeit besser wahrzunehmen, d. h. mit Hilfe einer mehr aktiven auswärtigen Politik eine günstige Position in Deutschland zu erlangen. Dieser Gedanke scheint doch — und zwar gerade in den leitenden Kreisen und weit hinauf — etwas mehr als im vorigen Jahre durchgedrungen. Ob man sich darüber ganz klar ist, was man unter gegebenen Verhältnissen tun müßte, um den vorjährigen Vorwurf und Nachteil einer allzu neutralen, passiven Stellung wieder gutzumachen, schien mir nicht zweifellos. Von einer Seite glaubte man, daß der Prinzregent selbst wohl zu kühnen Entschlüssen befähigt sein könnte, von andrer (wohl näherstehender) hörte ich Zweifel daran äußern. Ich nahm Gelegenheit, die savoyische Frage in Anregung zu bringen, als eine solche, bei der das Interesse Deutschlands und die Pflicht Preußens, als Großmacht für das europäische Gleichgewicht einzutreten, klar und zweifellos sei. Man schien erstaunt, als ich meine Meinung dahin aussprach (ob ich mich darin täusche?), die öffentliche Meinung Deutschlands würde eine kühne Politik in dieser Richtung selbst bis zur Drohung mit dem Kriegsfall mindestens mehr gutheißen als einen Kampf an Oesterreichs Seite für Venedig gegen Sardinien, und auf ein solches Programm hin, etwa im Bunde mit England und Sardinien, könnte Preußen wohl die Führung der geeinten deutschen Wehrkraft in Anspruch nehmen und erlangen. Daß man überhaupt einen solchen Gedanken für der Erwägung wert erklärte, schien mir schon ein gutes Anzeichen, wenn ich auch nicht sofort der Illusion huldige, es werde vorkommendenfalls

[1]) Ueber Biedermann, der nach Verlust seiner Leipziger Professur 1853 nach Weimar übergesiedelt war, vgl. sein „Mein Leben und ein Stück Zeitgeschichte, 1812 bis 1866“ (1886). Aus Biedermanns Flugschrift über die savoyische Frage, die er im Einverständnis mit den Führern des Nationalvereins verfaßte, „Denkschrift an Preußens Staatsmänner von einem deutschen Patrioten“, ist das Wesentlichste in seinem Büchlein „Fünfzig Jahre im Dienste des nationalen Gedankens“, S. 98—108, wiederholt worden.

dazu oder zu etwas Aehnlichem kommen. — Daß Schleinitz in seiner diplomatisierenden Weise ein Hindernis jeder kühneren Politik sei, und daß er, um zu einer solchen zu gelangen, beim Ausbruch einer neuen Krisis alsbald ersetzt werden müßte, diese Ansicht scheint an ziemlich hoher Stelle festzustehen. Aber durch wen — da ist man ratlos. Die gewandteren der dem neuen System näherstehenden Diplomaten neigen unglücklicherweise zu Frankreich hin — mehr oder weniger. — Ueber H. von Arnim hörte ich so übereinstimmend und aus unverfänglicher Quelle, daß er nicht allein ebenfalls französisch, sondern auch aus einem andern Grunde zu einer politischen Stelle unfähig sei, daß ich es wohl glauben muß. Ich sprach von meiner schon Ihnen geäußerten Idee, daß der Nationalverein sich einen Kreis namhafter Vertreter der öffentlichen Stimmung der verschiedenen Länder schaffen sollte, um dadurch im gegebenen Falle eine nachdrucksvolle Kundgebung bewirken zu können: man stimmte zu mit der Modifikation, daß vorzugsweise Abgeordnete der einzelnen Länder dazu zu nehmen wären.

Eine Mitteilung ganz eigentümlicher Art kommt mir von andrer Seite — mittelbar von Paris her — zu: man habe dort die Idee eines Arrangements mit Preußen — Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich, dafür Arrondierung Preußens in Deutschland, namentlich Norddeutschland sehr bestimmt ins Auge gefaßt, und es sei darüber auch mit gewissen (namhaft gemachten) diplomatischen Persönlichkeiten in Preußen (nicht unmittelbar im Ministerium, aber demselben nahestehend) korrespondiert worden.[1]) Ich muß Sie bitten, diese Mitteilung nur zu Ihrer eignen Information zu benutzen, keinen öffentlichen Gebrauch davon zu machen, da ich meine nächste Quelle dafür nicht nennen kann und mag, aber es wird immer gut sein, wenn Sie im Auge behalten, daß man in Preußen dergleichen ernstlich will und sogar hofft, mag immerhin jene „Korrespondenz" vielleicht nicht wirklich existieren. —

Ich habe die obige Mitteilung ziemlich alt werden lassen. Der Grund war, daß eben in dieser Zeit eine Angelegenheit in Anregung

[1]) Dieser unberechtigte Vorwurf richtet sich nicht nur gegen den preußischen Gesandten von Usedom, sondern auch gegen Bismarck. In der „Wochenschrift des Nationalvereins" vom 20. Juli wurde er öffentlich ausgesprochen. In einem Briefe vom 22. August 1860 an Herrn von Below klagt Bismarck über diesen „systematischen Verleumdungsfeldzug gegen seine Person". Vgl. auch Bernhardi, Tagebuchblätter III, S. 328, 337 ff. Auch Bennigsen glaubte an diese, nach Bismarcks Meinung von Koburg ausgehende Verdächtigung. Noch im Herbst 1860 meinte Freytag, Bennigsen müsse in der Eröffnungsrede der Generalversammlung des Nationalvereins diese Angabe ausdrücklich aufrechterhalten. Bernhardi IV, S. 14.

kam, deren Erledigung in gewissem Sinne mich zu dem Nationalverein hätte in nähere wirksamere Beziehungen bringen können und ich daher den Ausgang abwarten wollte, um Ihnen eventuell auch darüber Mitteilung zu machen. Zurzeit hat die Sache eine andre Wendung genommen. Ich lasse daher den Brief abgehen, jedoch nicht, ohne noch die Frage mir zu gestatten — auf die Gefahr, daß Sie mir sagen, ich mischte mich in Dinge, die nicht meines Amtes seien —: wird der Nationalverein nichts in der savoyischen Frage tun? Ich halte diese Frage für eine der brennendsten, ja für die brennendste im Augenblick: positives Recht, Interesse, allgemeine natürliche Antipathien gegen den Napoleonismus, Abwesenheit jedes trübenden Elements (dergleichen in der österreichisch-italienischen Frage vom vorigen Jahre so viele waren), Zusammengehen mit der stammverwandten Schweiz in einer großen nationalen Frage — alles scheint mir dazu angetan, diese Frage zum Gegenstand einer wirksamen und nützlichen Agitation für den Nationalverein zu prädisponieren. Erspart wird uns dieser Konflikt nicht, da erscheint mir von größter Bedeutung, daß Deutschland resp. Preußen in dessen und seinem Namen einmal die Initiative in einer großen und klaren Frage von europäischem Gewicht ergreife und mit einem großen Prinzip der napoleonischen Politik entgegentrete. Auch muß man der Agitation von der andern (österreichisch-würzburgischen) Seite zuvorkommen, welche sich bald wieder mit aller Macht auf die mittelitalienische und venezianische Frage werfen wird, schon jetzt diese mit jener, der savoyischen, so zu vermischen sucht, daß sie Deutschland und Preußen womöglich wieder für Oesterreich und das Legitimitätsprinzip engagieren. Sie werden bemerkt haben, wie rührig die „Helvetia" in der Schweiz diese Sache betreibt, ich meine, ganz das gleiche sollte der Nationalverein tun: 1. in der Presse und durch Versammlungen die öffentliche Meinung bearbeiten, 2. wenn die öffentliche Meinung dafür erwärmt ist, eventuell in irgendeiner Form die preußische Regierung in der Sache anregen oder, wenn sie solche von selbst ergreifen sollte, darin unterstützen.

Bennigsen an Reyscher.

Hannover, 5. März 1860.

Ihnen, verehrtester Herr, möchte ich durch diese Zeilen den dringenden Wunsch an das Herz legen, daß Sie uns nächsten Sonntag in Berlin nicht fehlen. Von dem Eifer für unsre mit so wenig Erfolg gekrönten Bemühungen haben Sie ja gerade in Ihrer schwierigen Stellung in Württemberg schon so entschiedenes Zeugnis abgelegt, daß

es gewiß unnötig erscheinen wird, Sie noch besonders zur Tätigkeit aufzufordern. Sie könnten aber vielleicht nicht ohne Grund aus der Jahreszeit, der weiten Entfernung, der Flauheit der Stimmung in Berlin und leider auch im übrigen Deutschland Veranlassung hernehmen, sich für dieses Mal Ihren sonstigen Pflichten nicht zu entziehen. Wir alle, und die Preußen nicht minder, wenn sie überhaupt über ihre häuslichen Zwiste mit dem Herrenhause und die Hamletnatur ihres liberalen „Staatsmannes" (?) nicht das Gefühl und den Blick für andre Dinge verloren haben, legen aber großen Wert darauf, klare Auskunft über die Stimmung und die Verhältnisse in Süddeutschland bei dem Herannahen des Frühjahrs zu erhalten. Unempfindlich sind die preußischen Liberalen für die Rippenstöße nicht, welche ihnen von Süddeutschland kommen. Das habe ich deutlich gesehen, als ich mit Buhl vor fünf Wochen in Berlin zusammentraf und dieser ihnen in seiner drastischen Weise plausibel zu machen suchte, daß sie sich die Aufgabe stecken müßten, nicht für Preußen allein, sondern für ganz Deutschland sich als Vertreter zu fühlen und danach zu handeln. In Erfüllung gegangen ist freilich von dem, was uns manche Preußen in Aussicht stellten, wenig oder nichts. Die Hoffnungslosigkeit, der Pessimismus oder, soll ich sagen, die politische Feigheit überwuchern anscheinend alles wieder, seitdem die Militärvorlagen mit ihren Folgen den Besitz des Prinzregenten für die liberale Partei unsicher gemacht haben. In allen diesen Dingen klar zu sehen, ist aber für uns und namentlich für Süddeutschland durchaus notwendig. Ich nehme auch gar keinen Anstand, mich Ihnen gegenüber im Vertrauen dahin offen auszusprechen, daß ich die ganze nationale Bewegung des vorigen Jahres mitsamt dem Nationalverein für gescheitert halten muß in der bisherigen Form, wenn es nicht in diesem Frühjahre gelingt, mit den Süddeutschen und mit den preußischen Konstitutionellen ein neues Verhältnis herzustellen, welches uns zusammenwirken und dadurch und durch die eingetretenen Personen in einer Krisis eine Autorität herstellen läßt, welche für die Nation eine klare und feste Richtung angeben und für die preußische Regierung, wenn sie zu irgendeinem entschlossenen Vorgehen kommt, eine Stütze darbieten könnte. Die Ratlosigkeit wird ungeheuer sein, die politische Kraft im einzelnen sehr gering. Wer kann behaupten, ob wir überall zu einem gemeinsamen energischen Aufraffen kommen, ehe die Franzosen halb Deutschland besetzt haben. Gott gebe, daß ich mich täusche, daß unsre Entwicklung minder düster sein werde; daß politische Einsicht und Kraft und nicht Not und Verzweiflung den Anstoß zu einer neuen Entwicklung geben werden.

Reyscher an Bennigsen.

Cannstatt, 7. März 1860.

In meinem Brief nach Koburg habe ich eine neue Versammlung der Nationalpartei vorgeschlagen ohne Beschränkung auf die Vereinsmitglieder. Wollen Sie nicht einmal in Heidelberg Sitzung halten? Wie einst die Gagern und Genossen vor dem Vorparlament?

Cannstatt, 12. März 1860.

Ich eile, Ihnen diesen Brief von Gervinus zu schicken. Die Sache verhält sich so. Er teilte mir den Plan einer neuen „Deutschen Zeitung" mit, unter der Einladung zur Teilnahme zunächst durch Aktienzeichnung.[1] Ich erwiderte, daß mich das Unternehmen herzlich freue, daß ich ihm aber nur Gedeihen wünsche, wenn er mit seinen Freunden sich den Bestrebungen des Nationalvereins anschließe; wir selbst gehen mit Gründung eines eignen Organs in der Presse um. Warum überhaupt sich immer noch von uns entfernt halten, da wir im Grunde des Strebens einig? Darauf diese Antwort, die auf eine Annäherung hoffen läßt.[2] Was erstens das Fallenlassen der Frankfurter Beschlüsse betrifft, so wüßte ich nicht, was wir entfernen sollten. Wir haben ja gar nichts vergeben, nur zu wenig beschlossen. Das läßt sich auf der nächsten Versammlung nachholen. Zweitens, Schleswig-Holstein betreffend ist gleichfalls noch kein Beschluß gefaßt. Sollte Lehmann irrig berichtet haben? Ich werde Gervinus heute noch berichtigen und ihm schreiben, er möchte sich unsre Schriften von Rochau geben lassen. Es wäre ein großer Gewinn, wenn diese Heidelberger Clique beiträte. Es sind Männer von Ansehen und Charakter, die im Süden und Norden großes Ansehen genießen.

*

Der zum 11. bis 13. März in Berlin angesetzten Ausschußsitzung des Nationalvereins ging am 11. März ein Bennigsen zu Ehren gegebenes Festmahl voraus.[3] Er hielt, zum ersten Male auf preußischem

[1] In einem Schreiben vom 8. März 1860 forderte Wilhelm Beseler Bennigsen auf, das Unternehmen durch seine Unterschrift zu fördern. Aus dem von W. Beseler, G. Gervinus, L. Häußer, J. Jolly unterzeichneten vertraulichen Zirkular sind die hauptsächlichsten Sätze in der „Deutschen Revue", Bd. 30, 2, S. 194 f., mitgeteilt. Vgl. R. Haym, Das Leben Max Dunckers, S. 206. Der Plan scheiterte. Für die Männer des Nationalvereins verbot sich eine Beteiligung schon aus dem Grunde, weil sie sich in der von A. L. von Rochau geleiteten „Wochenschrift des Nationalvereins" am 1. Mai 1860 ein eignes Organ schufen.

[2] Der Brief von Gervinus liegt mir nicht vor.

[3] Die Einladung lautete: „Das ergebenst unterzeichnete Komitee, in dem

Boden, eine mit großem Beifall aufgenommene Rede über das Thema: Preußen und Deutschland. Die „Nationalzeitung" berichtete darüber:

„Der Redner suchte zunächst das Maß der dem einzelnen Manne gebrachten Huldigung zu beschränken. Die begeisterte Zustimmung, die das frische Streben der hannoverschen Opposition gefunden, könne das freudige Selbstbewußtsein stärken, werde dasselbe aber nicht in Stolz ausarten lassen. Zum Stolz habe man kein Recht, denn noch seien der frommen — unerfüllten — Wünsche mehr als genug. Der kleine deutsche Volksstamm, dem er angehöre, der hannoversche, habe mit Recht die Aufmerksamkeit von ganz Deutschland auf sich gezogen, aber die Ursache sei traurig genug. Ein zweimaliger Verfassungsbruch habe das loyalste Volksleben verletzt, erschüttert und es an den Rand des Verderbens gebracht. Er wolle kein Hehl daraus machen, ihnen, den Verfassungsfreunden und Freiheitskämpfern in Hannover, sei es lange klar geworden, daß sie einen hoffnungslosen Kampf kämpften. Nicht auf diesem kleinen Gebiet werde der Streit ausgefochten werden, nicht dort sei die Palme des Sieges zu erringen. Dieses Axiom habe sich als Resultat eines zehnjährigen ehrlichen und aufrichtigen Strebens ergeben. Auf einem andern, weiteren Felde werde die Entscheidungsschlacht geschlagen werden. Europa sei in ein träumerisches, sich selbst täuschendes Stilleben versunken gewesen, als der Napoleonide das gesamte Staatsleben durch einen Bruch der Verträge von 1815 aus dieser selbstgefälligen Ruhe aufrüttelte, wie es anfangs schien und geglaubt wurde, nur auf einem einzelnen Gebiet. Aber selbst schon bei diesem Glauben bemächtigte sich eine nicht geringe Aufregung der Gemüter. Ein dunkler Schatten der Sorge breitete sich überall aus, der Napoleonismus breche die alte Ordnung von 1815, um die frühere Stellung, die er zu Anfang des Jahrhunderts innehatte, wieder zu erobern. Deutschland wurde in solcher Lage tief aufgerüttelt. Es galt, eine doppelte Frontstellung einzunehmen, einerseits gegen den Absolutismus und Ultramontanismus im Innern, anderseits gegen den

---

Wunsche, Ihnen, dem tapferen Vertreter der deutschen Sache, ein Zeichen zu geben von der Dankbarkeit und den Hoffnungen, die an Ihr bisheriges und Ihr künftiges Wirken in ganz Deutschland sich knüpfen, ist übereingekommen, Ihnen ein Ehrenmahl zu veranstalten, das am Sonntag, den 11. März, abends 8 Uhr, in Arnims Hotel, Unter den Linden Nr. 44, stattfinden wird, und zu dem die Mitglieder des Ausschusses des Deutschen Nationalvereins als Ehrengäste von uns eingeladen worden sind. Wir hegen die sichere Hoffnung, daß Sie zu dem bezeichneten Zwecke uns mit Ihrer Gegenwart erfreuen werden.

M. Veit, Mommsen, Virchow, Krech, Weber, Wehrenpfennig, A. Delbrück, A. Elster, Dr. E. Reimer, G. Reimer, F. Duncker, Zabel, Lindner, Ad. Meyer, R. Gärtner, Guttentag, Dr. L. Ruge. — Im Auftrag: M. Veit."

auswärtigen großen Militärstaat. Aber alle Bestrebungen, diesen Aufgaben gegenüber Deutschland zu einem festen einheitlichen Auftreten zusammenzufassen, mißlangen. Hierin lagen die Ausgangspunkte bei der Bildung des Deutschen Nationalvereins. Die Verwicklungen des vorigen Jahres können und werden, wenn auch verändert, wiederkehren, auch für Preußen wiederkehren. Die nationale Bewegung, die in dem Verein ihren Ausdruck fand, entsprang aus dem überall empfundenen Bedürfnis, die Zerfahrenheit zu beseitigen, den großen Riß, der durch die Nation geht, auszufüllen. Die Zerfahrenheit besteht noch, soll sich später dasselbe Schauspiel wiederholen? Preußen sind im vorigen Jahre harte Vorwürfe gemacht worden, die zum Teil wohl ungerecht waren, denen aber doch ein tieferer Grund nicht abzusprechen ist. Die preußische Geschichte hat den Untergang des römischen Reiches besiegelt, auf dessen Trümmern sich der jugendliche Staat erhob. Bei dem bloßen Zerstören des alten Reichs aber darf Preußen nicht stehen bleiben, es hat damit zugleich die große Pflicht übernommen, auf seinen Trümmern eine neue nationale Schöpfung zu begründen. Diesem Berufe muß es sich auf jede Gefahr hin unterziehen, es kann dabei aber, das darf Preußen sich nicht verhehlen, Unterstützung weder von den Regierungen der deutschen Kleinstaaten noch vom Auslande erwarten. Die Schwierigkeiten werden mehr und mehr wachsen, aber sie dürfen nicht abschrecken; das eigne Interesse wird Preußen in Zukunft zwingen, die kolossalen Opfer, die Deutschland erheischt, freudig auf den Altar zu legen, und auch die kolossalsten werden kaum ausreichen. Weder im Westen noch im Osten noch im Süden hat Preußen Alliierte zu suchen, sein einziger aufrichtiger Freund ist und bleibt das deutsche Volk. Wir bedürfen Preußen, aber ihr bedürft auch unser, nur in der Vereinigung mit uns könnt ihr siegen! Dieser Weg ist Preußen vorgezeichnet, in ihm ist die künftige deutsche Geschichte enthalten, zugleich aber auch für alle nationalen Bestrebungen damit ein fester Mittelpunkt gewonnen. Ihn zu behaupten, das Bewußtsein seiner Notwendigkeit und Gerechtigkeit im Bewußtsein des deutschen Volkes aufzurufen und zu stärken, gehört zu den Aufgaben des Nationalvereins. Wenn die Krisis abermals eintritt, darf sie uns nicht uneins finden. Er hoffe, daß die Bestrebungen des Vereins auch in Berlin mehr und mehr festen Boden gewinnen werden, in ihm müssen sich alle politischen Parteien vereinigen zu einheitlicher Kraftanstrengung, zur gemeinsamen Abwehr gegen das Ausland. Ein Gefühl der Unsicherheit und der Ungewißheit durchzieht die Länder. Man muß es sich klarmachen, daß, nachdem Napoleon es gewagt hat, den Ruf von den natürlichen Grenzen wieder zum Feldgeschrei zu erheben, dies Gefühl im Wachsen begriffen

ist. Daß wir uns bei eintretender Gefahr zusammenfinden und zusammenwirken gegen das Ausland: in diesem Sinne lassen Sie uns das Glas erheben und anstoßen auf die historische Mission Preußens und die Wiederherstellung eines Deutschen Reichs."

*

Die Rede machte nicht nur im Kreise der Hörer, sondern weithin einen tiefen Eindruck. Einzelne der preußischen Altliberalen waren zwar sehr erschrocken gewesen über die bloße Ankündigung, daß der Nationalverein eine Versammlung in Berlin veranstalten wolle, und Theodor von Bernhardi urteilte: „Das fehlte gerade noch, daß die Nationalvereinler hierherkommen nach Berlin und damit der Reaktion in die Hände arbeiten. Bennigsens Rede — die ich in der Zeitung lese — würde mir übrigens gefallen, wenn er sie irgendwo anders gehalten hätte." [1]) Die Gegner von links und rechts vollends höhnten und schalten; der demokratische Stuttgarter „Beobachter" meinte, nun sei es für jeden offensichtlich, daß der Nationalverein keine andern Ziele habe als die alten Gothaer, mit dem einzigen Unterschiede, daß Bennigsen an die Stelle Gagerns getreten sei; höhnischer noch, nach ihrer Art mit persönlichen Ausfällen, spottete die „Kreuzzeitung" über „die letzte Hoffnung Deutschlands an der Leine" und die orientalischen Anhänger des Nationalvereins, über den kleinen hannoverschen Junker und den letzten mißlungenen Versuch, Preußen für den unbefriedigten Ehrgeiz kleindeutscher Bureaukraten zu begeistern: „wir sind gewohnt, uns unsern deutschen Patriotismus selbst zu besorgen." Und weitaus stärkeres Geschütz werde in der offiziösen Presse Hannovers aufgefahren. Trotz alledem griff die Stimmung um sich, daß hinter der neuen Bewegung doch noch eine unwiderstehliche Kraft ruhe, daß der Zug der Zeit — wie der alte General von Pfuel zu Bernhardi sagte — die Idee der Einheit Deutschlands begünstige und Menschen und Ereignisse beherrsche.

Ueber den Verlauf der Ausschußsitzung des Nationalvereins am 12. und 13. März, insbesondere auch über die in der savoyischen Frage gefaßten Beschlüsse berichtet der nachfolgende Brief.

Bennigsen an Reyscher.

Hannover, 20. März 1860.

Für Ihre beiden Mitteilungen nach Berlin sage ich Ihnen besten Dank. Daß Sie unsrer Versammlung nicht haben beiwohnen können, ward allgemein sehr bedauert. Ihre Gründe muß ich aber respektieren.

[1]) Aus dem Leben Theodor von Bernhardis, III, S. 288, 300.

Durch die öffentlichen Blätter werden Sie inzwischen von dem Ergebnis unsrer Verhandlungen bereits Kenntnis erhalten haben. Es wird Sie aber vielleicht interessieren, noch einige Randglossen zu unsern Zeitungsreferaten zu erhalten.

1. Kooptiert waren, außer den eingetretenen Preußen von Sänger und Braemer, noch Grabow und von Ammon. Ersterer, krank zurückgekehrt von Prenzlau am Dienstag, hat sich noch nicht erklärt. Ammon (Rheinpreuße) hat sich mit seiner Stellung als Appellationsrat entschuldigt, welche ihn dienstlich hindere, an den Ausschußsitzungen teilzunehmen; er hat jedoch Interesse für unsre Sache und sich verpflichtet, einen entsprechenden Herrn aus Rheinpreußen vorzuschlagen. Die eigentlichen Führer der konstitutionellen Preußen, Simson und Vincke, sind der erstere gegen den Verein, der zweite neutral. Mit Sänger, Braemer und einer Reihe Mitglieder haben wir aber festen Boden in der konstitutionellen Partei Preußens gewonnen.

2. Die Göppinger anlangend, habe ich schon in Weimar und ebenso in Berlin mich auf das entschiedenste gegen Schulzes projektierte Appellation an das Württemberger Volk erklärt.[1]) Schließlich ist die Versammlung auch einstimmig (Schulze selbst kaum ausgeschlossen) meiner Ansicht beigetreten, daß wir mit den Göppingern in die angebotene Verbindung treten und von den Ereignissen einen formellen Anschluß derselben an unsern Verein erwarten sollen. In dem Schreiben ist ihnen aber nicht verhehlt, wie hinderlich ihr Auftreten der ganzen nationalen Bewegung ist. In eine weitläufige Diskussion mit ihnen

[1]) Charakteristisch in dieser Appellation war die Kriegserklärung gegen die Ultramontanen gewesen: „In der Tat ist man bei dieser Bewandtnis der Sachen versucht, ob nicht irgendwie ein der nationalen Bewegung feindliches Element sich unter die Teilnehmer der Göppinger Versammlung einzuschleichen und die ganze Angelegenheit diesem Bruche entgegenzuführen gewußt hat? Wirklich finden wir unter den Leitern des Tags einen der bedeutendsten Vorkämpfer des Ultramontanismus in Deutschland, und — merkwürdig! — gerade von ihm wurden die erwähnten Beschlüsse beantragt. Wie die ultramontane Partei zu der nationalen Bewegung steht, brauchen wir wohl kaum anzudeuten. Sie, die den geistigen Mittelpunkt im Völkerleben außerhalb jeder Nationalität in dem Sitze eines herrschsüchtigen Priestertums zu konzentrieren sucht, sieht sich gerade jetzt in der Wiege ihrer Herrschaft durch den nationalen Aufschwung des italienischen Volkes tödlich bedroht, in einen Kampf um die Existenz verwickelt. Man denke, mit welchen Gefühlen sie demselben Geiste in Deutschland begegnen muß, in dem Lande, in welchem sie hauptsächlich die Stützen für ihr bedrohtes Dasein zu finden gedachte." Auf Reyschers Rat wurde diese Appellation nicht abgesandt, sondern in einem an Hölder gerichteten Schreiben der Wunsch ausgesprochen, die Württemberger möchten nicht durch Sonderbestrebungen die allgemeine Bewegung stören. (Reyscher an Bennigsen, 22. Januar 1860.)

sich zurzeit einzulassen, schien mir wenig förderlich. Sie werden den Brief noch viel weniger im Detail eingehend finden, als Ihr Vorschlag nach Weimar lautete, scheinen aber nach Ihren letzten Aeußerungen von solcher Diskussion augenscheinlich sich auch selbst keinen Erfolg zu versprechen. Von Koburg werden Sie, wie die Antwort an die Göppinger besagt, ersucht werden, unsre Beschlüsse u. s. w. Herrn Ammermüller jetzt und künftig mitzuteilen und seine entgegenzunehmen. Bei Ihnen ist die weitere Behandlung Ihrer Landsleute in den sichersten Händen, und bezweifle ich nicht, daß eine vollständige Ausgleichung in einigen Monaten erreicht sein wird, wenn uns die Ereignisse nur einigermaßen zu Hilfe kommen.

3. Die Erklärung in der savoyischen Frage ist von Brater, nachdem wir uns in einer Kommission über die Grundsätze verständigt hatten, meiner Ansicht nach in einer gelungenen Form gefaßt. Droysen hatte durch Veit eine Massenpetition zunächst für Preußen an die Abgeordnetenversammlung und dito in den übrigen deutschen Ländern an die Vertreter derselben angeregt. In den übrigen Ländern haben wir davon ganz abgesehen, weil deren Regierungen — den Bundestag eingeschlossen — keine auswärtige Politik treiben, dazu in diesen so wenig wie in Preußen auf eine massenhafte Beteiligung zu rechnen ist. Kommt eine solche Petition in Preußen in Umlauf, so werden unsre Agenten und Korrespondenten sie nach Kräften unterstützen. Den Niebourschen Antrag wegen Berufung eines Parlaments hielten wir alle für verfrüht, wenn man einen Erfolg beabsichtige, und zu einer bloßen Demonstration (mit zweifelhafter Beteiligung) nicht geeignet.

4. In der schleswig-holsteinschen Frage ist eine Resolution formuliert, welche das alte Recht zur Grundlage hat, und bis dahin, daß günstigere Verhältnisse dasselbe zurückzuführen gestatten, wenigstens mit Entschiedenheit von den deutschen Regierungen fordert, daß sie die ihnen zu Gebote stehenden Mittel des Bundes- und Völkerrechts kräftig benutzen zur Herbeiführung gesicherter Zustände in Schleswig-Holstein. Lehmann wird dazu eine historisch-politische Einleitung aufsetzen und in dieser Woche mit Riesser in Hamburg endgültig formulieren, und soll dieselbe sodann durch meine Hände nach Leipzig zum Druck als Flugblatt befördert werden. Lehmann hat den Standpunkt der letzten Holsteinschen Ständeversammlung als beseitigt zugegeben durch die Erwiderung des Kopenhagener Kabinetts und die neuesten Schandtaten in Schleswig. Ich hoffe daher, daß über das Wesentlichste eine Ausgleichung mit Beseler und Francke eintreten wird. [1])

[1]) Wilhelm Beseler hatte, auf Veranlassung Riessers, eine Denkschrift über die schleswig-holsteinische Frage verfaßt und dem Nationalverein zur Verfügung

5. Als das wichtigste Resultat unsrer Versammlung in Berlin sehe ich die Gründung eines eignen Organs an, wenn es auch zunächst bei unsern geringen Geldmitteln nur eine Wochenschrift sein wird. Rochau als Chefredakteur ist uns wohl eine Garantie für eine tüchtige Haltung. Neben ihm werden als Redakteure figurieren, einstweilen ohne Namensnennung, Dr. Nagel, welcher Ende April nach Koburg als Sekretär des Vereins kommen wird, und Dr. Wehrenpfennig aus Berlin. Letzterer ist der Verfasser der ausgezeichneten Kritik über „Die Geschichte der deutschen Politik während des italienischen Krieges", ein jüngerer Mann, Gymnasiallehrer, von ganz ungewöhnlichem Talent und Wissen. Ueber die Grundsätze, nach welchen das Blatt redigiert werden soll, haben wir in einer längeren Verhandlung des Ausschusses unsre Ansichten ausgetauscht, auf Grund eines von Rochau vorgelegten, in der Form freilich ganz losen Programms. Im wesentlichen waren wir einig; daß bei einem Eingehen auf praktische Lösung von Fragen der inneren und äußeren Politik Widerspruch auch aus der Mitte des Vereins von Zeit zu Zeit laut werden wird, können wir nicht hindern. Wenn wir aber nicht endlich darangehen, aus der Unbestimmtheit unsers Statuts uns zu größerer Klarheit in der Anwendung unsrer Grundsätze auf einzelne brennende Fragen zu entwickeln, dann müssen wir ganz darauf verzichten, über fromme Wünsche und moralische Anregungen hinausgehend praktisch eingreifen zu wollen. Doktrinäre Erörterungen der endlichen Verfassung für Deutschland zu vermeiden, wird sich namentlich Rochau stets angelegen sein lassen und den Charakter voller Selbständigkeit und Unabhängigkeit gegenüber der preußischen Regierung (verbunden mit einer eingehenden und schonungslosen Kritik der Unfähigkeit der jetzigen preußischen Politik) wird das Blatt zu wahren wissen.

Die versuchte Annäherung der Heidelberger kann uns ganz recht sein. Ein Organ in der Presse mit ihnen zusammen zu gründen, können wir uns aber unmöglich veranlaßt finden; wenigstens zurzeit nicht. Als Ihr zweiter Brief in meine Hände kam, standen unsre Beschlüsse wegen der Wochenschrift unter Rochaus Redaktion ohnehin schon fest. Die Leitung eines Organs des Nationalvereins können wir niemals in die Hände eines Redakteurs legen, der nicht aus unsrer Mitte hervorgeht und auf den wir, wie bei Beseler, gar keinen Einfluß üben würden. Daneben würden wir uns die Verständigung mit Süddeutschland sehr erschweren, da die Beseler-Gervinussche Methode,

gestellt, damit sie als Ansprache an die Nation gedruckt würde. Vgl. Beselers Schreiben an Bennigsen vom 8. Januar 1860. Bennigsen hatte jedoch Bedenken gegen die Denkschrift. Man zog daher vor, Lehmann mit der Ausarbeitung einer Flugschrift zu beauftragen.

die österreichische Frage zu behandeln, ihre volle Berechtigung haben mag, aber jedenfalls nicht in unserm Wege liegt. Unsre Geldmittel, welche ohnehin gering genug sind, können wir endlich nicht zersplittern. Kommt das Heidelberger Unternehmen zustande, was ich noch bezweifle, da man sich, des Erfolges sicher, schwerlich an uns gewendet haben würde, so wird Rochau es sich gewiß angelegen sein lassen, ein möglichst gutes Einvernehmen und Zusammenwirken beider Blätter zu bewirken. Conditio sine qua non ist meiner Ansicht nach dabei freilich, daß alle Velleitäten einer preußisch-französischen Allianz gegen Oesterreich der Zeitung fernbleiben. Wenn Sie Einfluß auf Gervinus haben — bei Beseler fürchte ich solche unseligen Tendenzen weniger, auch nicht bei Häusser —, so könnten Sie ihn wohl einmal auf die demoralisierende Wirkung einer solchen Tendenz hinweisen. Bei mehreren dieser Herren — anscheinend auch bei Mommsen in Berlin — scheint der Gedanke der Mainlinie in ganz ernstliche Erwägung gekommen zu sein. Ich kann mich darin freilich irren.

Von mir selbst können Sie stets versichert sein, daß ich alles tun werde, um die Stimmung für eine solche Entwicklung nicht aufkommen zu lassen. Süddeutschland würde dabei freilich am meisten leiden, entweder dem Bonapartismus oder dem österreichischen Obskurantismus verfallen. Aber wir Norddeutschen, außer Preußen, und, wie ich hoffe, ein überwiegender Teil der Preußen selbst, wissen zu gut, wie halb und nüchtern und kahl das geistige und politische Leben in einem solchen rein norddeutschen Reiche sein würde, bei aller politisch-militärischen Selbständigkeit, welche zu behaupten es freilich wohl imstande wäre.

Leben Sie wohl, verehrtester Freund, und wirken Sie weiter dafür, daß Ihre Landsleute endlich in sich gehen, Herrn Probst und Konsorten zum Teufel fahren lassen und mit uns ohne Rücksicht darauf, was Oesterreich tut oder nicht tut, zusammengehen.

Unser Gouvernement läßt sich wieder — wie schon im vorigen Herbst — Rechtsgutachten geben, ob ich nicht in Kriminaluntersuchung gezogen werden könne. Hoffentlich wird man aber, wie im Herbste, den Skandal scheuen und die Unsicherheit des Erfolges einer Anklage.

*

Die vom Nationalverein am 11. März erlassene Erklärung bezeichnete in ihren Motiven die erste Gebietserweiterung des Kaiserstaats als einen ersten Angriff auf das Gleichgewicht der Machtverhältnisse und als eine Bedrohung der von Europa garantierten Integrität der Schweiz. In dem Gefühl, daß weitere Erwerbungen Frankreichs auf deutsche Kosten erfolgen könnten, hieß es dann: „Keinen Quadratschuh Landes

sollte Frankreich — im Besitze jener deutschen Provinzen, deren gewaltsame Aneignung die militärischen und ökonomischen Kräfte dieses Staates zu ihrem heutigen Umfang gesteigert hat — fernerhin auf europäischem Boden gewinnen." Die Erklärung selbst gipfelte in den Sätzen: „Die Abtretung Savoyens, jede Gebietserweiterung Frankreichs ist ein die deutschen Interessen gefährdender Akt, dessen Vollzug zu hindern unter die Aufgaben einer nationalen Politik gehört. Jedes Attentat auf deutsches Gebiet wird dem Widerstande einer Nation begegnen, die einmütig gesonnen ist, mit dem letzten Blutstropfen für ihr Recht und ihre Ehre einzustehen. Keine Spekulation auf dynastische Verblendung, noch auf Spaltung der politischen Parteien wird hier gelingen; ja man soll wissen, falls man in Frankreich es noch nicht weiß, daß Tausende bei uns den Moment eines solchen Angriffes als den wirksamsten Zauber zur Schlichtung des inneren Haders, zur endlichen Lösung der deutschen Verfassungsnot fast ungeduldig herbeisehnen." Sie erinnerte zum Schluß daran, daß auch aus diesem Fall von neuem die Lehre zu ziehen sei, wie untrennbar die Fragen der Macht und der Freiheit verknüpft seien: Deutschland habe keine Zentralgewalt und kein Parlament, keine Stimme im Rate der Völker: „Es gibt keine deutsche Politik, kein deutsches Veto in der savoyischen Frage. So wiederholt jeder Tag Fürsten und Völkern die Mahnung, endlich Hand zu legen an den Aufbau der deutschen Verfassung."

Freilich, das waren nur Worte, und die Hoffnung, mit solchem Drängen die preußische Regierung zu einem entschiedeneren Auftreten in der savoyischen Frage fortzureißen — das erkannte Bennigsen in diesen Berliner Tagen[1]) —, war gering. Gerade damals wurde Bismarck durch den Prinzregenten von Woche zu Woche in Berlin zurückgehalten, und es mochte einen Augenblick zweifelhaft sein, ob er nicht den Petersburger Posten mit der Leitung des Auswärtigen Amtes vertauschen würde.[2]) Er war inzwischen auch den Leitern des Nationalvereins als skrupelloser Bonapartist verdächtig geworden — ganz ohne

[1]) Herzog Ernst von Koburg, der sich am 11. März 1860 nach Berlin begeben hatte, um auf Verständigung zwischen Regierung und Kammer über die Militärvorlage und auf den Sturz des Ministers Schleinitz hinzuwirken, erzählt in seinen Memoiren (III, S. 17): „Nicht nur von den Mitgliedern des Nationalvereins und andern liberalen Abgeordneten, sondern auch von dem Fürsten Hohenzollern selbst wurde ich dringend aufgefordert, für eine Verständigung nach Kräften wirksam zu sein. Ich hatte zahlreiche Konferenzen mit Max Duncker. Mit Herrn von Bennigsen hatte ich mir ein Stelldichein in Berlin gegeben, um auf die unsrer Partei zugängliche Presse zu wirken."

[2]) Nach Leopold von Gerlach (Denkwürdigkeiten II, S. 721) hat Bismarck sogar zeitweilig sich nicht ablehnend gegen die savoyische Politik verhalten.

Grund —, aber um Savoyens willen einen Krieg mit Napoleon heraufzubeschwören, lag durchaus jenseits seiner realpolitischen Rechnung.

Biedermann an Bennigsen.

Weimar, 26. März 1860.

Mit großer Freude habe ich die Kundgebung des Nationalvereins in der savoyischen Frage gelesen und dadurch meinen darauf bezüglichen, Ihnen neulich mitgeteilten Wunsch vollständig befriedigt gesehen. Die Fassung war durchaus dem Zwecke und der Sache angemessen, ebenso würdig und eindrucksvoll als geschickt.

Aber der Nationalverein darf es dabei nicht bewenden lassen, er muß gerade diese Frage zu einer Lebensfrage für sich und für Deutschland machen oder, richtiger gesagt, sie als solche — denn sie ist dies — anerkennen und behandeln. Zwei außerordentlich wichtige Momente kommen der nationalen Einheitsbestrebung (welche Ihre Erklärung so treffend mit der savoyischen Frage in Verbindung gebracht hat) gerade hierbei auf das glücklichste zustatten: erstens die Zurückhaltung Oesterreichs, welches nichts in dieser Sache tun will, weil es Sardinien den Verlust gönnt, weil es wegen der andern italienischen Frage grollt und nur dann eintreten möchte, wenn zugleich letztere, d. h. die Vergrößerung Sardiniens, wieder mit in Frage gestellt würde. Wird die öffentliche Meinung Deutschlands über die Größe der Gefahr, die in der savoyischen Frage für uns liegt, anderseits über die Vorteile eines starken, unabhängigen Oberitaliens für uns, endlich über das Unrecht Oesterreichs, jene gleichgültig zu behandeln und dieses anzufeinden, immer mehr aufgeklärt, so kann dies nur der wahren Einheitspolitik zugute kommen. Zweitens die vorwiegend lebhafte Erregung, welche gerade diese Frage in Süd- und Südwestdeutschland hervorgebracht hat und noch mehr hervorbringen wird, jenes wegen der natürlichen Sympathien dort für die benachbarte Schweiz, dieses wegen der Konsequenzen für die linken Rheinlande. Wenn daher der Nationalverein sich in dieser Frage recht voraussehend und recht energisch zeigt, so wird er gerade dort, wo er am wenigsten Boden hatte, solchen gewinnen und die österreichischen Sympathien daselbst kräftig isolieren können.

In Berlin nimmt man, wie ich noch aus ganz neuerlichen Andeutungen schließen zu dürfen glaube, die savoyische Frage sehr ernst, wenn man auch vielleicht zurzeit noch etwas zaghaft verfährt, weil man auf keine der Großmächte fest bauen zu können meint. Es käme daher eben darauf an, den leitenden Persönlichkeiten dort Mut zu machen, indem man ihnen einesteils eine gewisse sichere Hoffnung zeigte, daß sie

bei einem kühnen Schritte in dieser Sache die deutsche Nation für sich haben würden, anderseits ihnen zum lebhaften Bewußtsein brächte, welche außerordentlich günstige, vielleicht nicht so bald wiederkehrende Gelegenheit hier gegeben wäre, durch einen großen Akt nationaler Initiative mit einem Male die Führerschaft Deutschlands zu erobern (zunächst wenigstens die moralische in der öffentlichen Meinung), nach der doch Preußen fortwährend streben muß. Die Gelegenheit ist günstiger als im vorigen Jahre, weil diesmal ein wirkliches ungemischtes und zweifelloses deutsches Nationalinteresse in Frage steht, das Prinzip der „natürlichen Grenzen", das man, wenn man es nicht jetzt in Savoyen bekämpft, ganz in kurzem am Rhein würde bekämpfen müssen. Selbst die innere Spannung, die augenblicklich in Preußen durch die Militärvorlage entstanden ist und die ich für sehr unglücklich halte, muß die preußische Regierung jetzt mehr als je zu energischen Entschlüssen in der auswärtigen und namentlich der nationaldeutschen Politik hindrängen, denn das Argument läge sonst doch gar zu nahe: wozu eine stärkere Militärmacht, wenn man in solchen Lebensfragen nicht den Mut hat, als Großmacht aufzutreten?

Was der Nationalverein weiter in dieser Frage tun solle, ist freilich nicht so leicht zu sagen, als es mir nach meiner innigsten Ueberzeugung gewiß ist, daß er etwas tun muß. Besäße derselbe bereits jenen „weiteren Ausschuß" oder jene Repräsentation der öffentlichen Meinung durch eine größere Anzahl Notabeln aus den verschiedenen deutschen Ländern, wovon wir mündlich sprachen und ich Ihnen auch neulich wieder schrieb, so würde es mir ganz an der Zeit scheinen, diese Versammlung zu berufen, in ihr die Frage, was geschehen solle, zur Beratung zu stellen und durch sie eventuell eine öffentliche Kundgebung, etwa eine Aufforderung an die preußische Regierung, gegen Napoleon aufzutreten und zu dem Behufe zugleich Schritte für die sofortige Konzentration der deutschen Kräfte zu tun, zu erlassen. Vielleicht aber wäre gerade dies eine passende Gelegenheit, um eine solche Versammlung zustande zu bringen und so auch für weitere Fälle dem Nationalverein ein wirksames Organ zu schaffen.

Nochmals vergeben Sie, wertester Herr, wenn ich Unberufener mich in eine Sache, die des Nationalvereins, mische, der so viele Berufene zählt! Aber ich habe im vorigen Jahre die traurige Erfahrung gemacht, daß unwiederbringliche Momente für die große nationale Angelegenheit oftmals trotz vielerorts vorhandenen guten Willens und Eifers verloren gehen, weil man zu spät sich zum Handeln entschließt. Ich habe große Angst, daß es diesmal wieder so geht, und darum will ich meinerseits wenigstens, der ich leider zurzeit auf diese Wirksamkeit im stillen be-

schränkt bin, wieder so früh als möglich mahnen und drängen, wo ich nur kann. Salvavi animam.

Seitdem wir in Berlin zusammen waren, hat sich die Situation wesentlich geändert ... Sobald die garantierten Rechte der Schweiz in Zweifel gestellt werden, ist der Kriegsfall rechtlich gegeben. Der Schwerpunkt liegt in Berlin. Das Abgeordnetenhaus muß einen Augenblick aufhören, nutzlose Gesetzesberatungen vorzunehmen, die doch an dem Widerspruch der Herren scheitern; es muß europäische Politik treiben ... Sie sind der Mann dazu, eine Anregung in Berlin zu geben. Hetzen Sie doch auf, wen Sie finden. Wenn nur ein Antrag hineingeworfen würde, so muß die Partei, die sich gern liberal nennen läßt, darauf eingehen. Nur so wird man dort Anklang in Deutschland sich verschaffen können. Wenn Sie es noch nicht getan haben, so tun Sie es schnell. Wir armen Kerle in den kleinen Staaten können nichts tun.

Bennigsen an Streit.

Hannover, 29. März 1860.

In der savoyischen Frage wird bald etwas geschehen müssen. Nach dem energischen Auftreten der Schweiz und der letzten sehr merkwürdigen Erklärung Lord Russells im Unterhause halte ich eine Koalition gegen Napoleon nicht mehr für unmöglich. Sobald wir einigermaßen der Absichten und der Stimmung in der preußischen Regierung und im dortigen Abgeordnetenhause sicher sind, wird vielleicht eine größere Versammlung, mindestens eine Ausschußsitzung, in Mittel- oder Süddeutschland am Platze sein. Ich schreibe noch heute nach Berlin, um dringend zu mahnen, daß das Abgeordnetenhaus die Sache endlich einmal behandle und die Regierung veranlaßt, mit der Sprache herauszugehen.[1]) Nach einem solchen Vorgange wird es viel leichter sein, einen größeren Anstoß für Deutschland zu geben, und ohne einen solchen schwer oder gar nicht möglich, die Süddeutschen zu bewegen, daß sie in dieser Sache an Preußen öffentlich appellieren und dann Preußen zugleich auffordern, im militärisch-politischen Interesse die Umgestaltung Deutschlands in die Hand zu nehmen. Inzwischen wird es sehr angemessen sein, daß Sie von dort aus nach allen Seiten die Presse (soweit das nicht von selbst geschieht) veranlassen, dafür zu sorgen, daß die Schweizer an der Haltung Deutschlands eine Stütze finden und äußerstenfalls auf eine militärische Unterstützung Preußens und Deutschlands rechnen können.[2])

[1]) Dieses Schreiben — es ist das vom 31. März an Georg von Vincke gemeint, das dieser am 6. April ablehnend beantwortete (siehe S. 383) — liegt mir leider nicht vor.

[2]) In einem ähnlichen Gedankengange, noch bevor die savoyische Frage

Bennigsen an Lammers.

Bennigsen, 3. April 1860.

Besuchen Sie uns doch einmal in Hannover, wenn die Stände wieder versammelt sind. Mündlich läßt sich besser über die jetzige politische Lage verhandeln als schriftlich, namentlich soweit Persönlichkeiten in Frage kommen, über welche ich mich, wenn ein bestimmter praktischer Zweck es nicht erfordert, ungern schriftlich auslasse. Es freut mich übrigens sehr, aus Ihren letzten Worten zu sehen, daß Sie diesmal für das Losschlagen sind. Ich glaube, Sie sehen die Lage aber noch viel zu günstig an. Wir werden den Leidenskelch vorher erst ganz leeren müssen, ehe Genesung zu hoffen ist. Die Stellung Preußens und Deutschlands würde selbst dann sehr gefährlich sein, wenn wir einig wären, Energie und bedeutende Staatsmänner hätten. Nun gar unsre traurigen Verhältnisse!

*

Unter dem Eindruck der allgemeinen Erregung dachten Bennigsen und seine Freunde einen Augenblick daran, die Schweizer Frage noch zu einem kräftigen Vorstoß gegen Napoleon und gleichzeitig zu einer Einwirkung auf die preußische Regierung zu benutzen. Eine Vorstandssitzung des Nationalvereins in Gotha am 5. April beschloß, vor allem erst die Stimmung in Deutschland zu erkunden, um danach zu bemessen, welche Schritte auf Erfolg rechnen könnten. Zu diesem Zwecke unternahm Bennigsen von neuem eine Reise nach Berlin, um sich über die dortige Situation zu unterrichten — noch immer schwankte dort die Wage, in welcher Richtung und in wessen Händen die auswärtige Politik Preußens vorwärtsgehen solle —, während Fries Süddeutschland bereiste. Bennigsens Versuch, mit dem Führer der preußischen Konstitutionellen anzuknüpfen, mißlang jedoch, und das ganze Ergebnis war eine erneute Enttäuschung.

Prater an Bennigsen.

München, 3. April 1860.

Die Stimmung bei uns ist durchaus, ohne Unterschied der Parteien, für eine kräftige Unterstützung der Schweiz. Nach den heutigen tele-

auftauchte, bewegte sich auch Bismarck damals. In einem Briefe an Schleinitz vom 9. Februar 1860 (Briefwechsel mit Schleinitz, S. 61) erklärte er sich dafür, daß die preußischen Abgeordneten „irgendein gelegentliches Pronunziamento in der deutschen Politik" machten; das Gewicht des preußischen Auftretens werde gewinnen, wenn die Regierung die Mängel der Bundesverfassung und ihre Reformwünsche darlegte; es werde nicht schwer sein, hierbei „beipflichtende und stärkende Manifestationen der Landesvertretung" zu erhalten.

graphischen Nachrichten scheint nun auch in der Berner Landesversammlung die Partei des energischen Auftretens durchzudringen. Sollte der Vorstand sich zu dem Vorschlag einer öffentlichen Kundgebung entschließen, so könnte darin meines Erachtens mit gutem Gewissen gesagt werden: Entschließt sich die Schweiz zur militärischen Besetzung des neutralen Gebietes und gerät dadurch in Kampf mit Frankreich, so wird ihr, wenn die öffentliche Stimme, die sich hierin einmütiger als seit langer Zeit vernehmen läßt, das mindeste gilt, der Beistand der deutschen Waffen nicht fehlen.

München, 14. April 1860.

Ich war mit dem Plan einer süddeutschen Versammlung höchlich einverstanden und bin seitdem durch vielerlei Wahrnehmungen vollends in der Ansicht bestärkt worden, daß auf alle Art danach getrachtet werden sollte, diesen Plan zur Ausführung zu bringen. Ich habe Fries gesagt, daß nach meiner Meinung die Versammlung stattfinden sollte, auch wenn die Preußen sich *nicht* in Bewegung setzen lassen. Wollen sie nicht treiben, so müssen sie getrieben *werden*. Wir können und dürfen uns von einer preußischen Kammer nicht abhängig machen, so wenig wir im künftigen Parlament von ihnen abhängig sein wollen.

Ich bitte Sie dringend, mir Nachricht zu geben, teils, ob Sie mit dieser Meinung einverstanden sind, teils, was Sie in Berlin gefunden und erreicht und was Sie etwa von Fries erfahren haben. Die Ungewißheit beunruhigt mich um so mehr, je lebhafter das Gefühl ist, daß die Augenblicke gezählt sind. Die Schweiz bedarf zu kräftigem Handeln durchaus Impuls und Beistand von außen; die Dinge stehen keineswegs glänzend in Bern. Sie werden gelesen haben, daß Nationalrat Dappler im Auftrag des Bundesrats nach Berlin geht: vielleicht sprechen Sie ihn. Sollte der letzte Berliner Ministerrat etwa schon definitiv mattherzige Beschlüsse gefaßt haben, so glaube ich, daß wir *dennoch* sprechen sollten. Ich habe F. H. [Fürst Hohenzollern] in Berlin ebenfalls kennen gelernt. Sind die Dinge noch in der Schwebe und glauben Sie, daß eine kurzgefaßte, energische Denkschrift, die vom süddeutschen Standpunkt aus die ungeheure Wichtigkeit des Momentes für Preußen darstellt, ein Gran in die Wagschale legen könnte, so bitte ich, mir es zu sagen.

München, 19. April 1860.

Wird Preußen nicht von seinen *Freunden* in die rechte Bahn getrieben, so versäumt es einen Moment um den andern. Wehrenpfennig hat sich bitter getäuscht, wenn er (in seiner Berliner Rede) meinte, durch Demonstrationen für Kurhessen „Süddeutschland zu gewinnen". Mit *Hohn* wird das zurückgewiesen. Nationale Geltung *nach außen* ist

das Begehren, das jede andre Betrachtung zurückdrängt — und dafür finden die Berliner keine Worte! Als eine Hauptaufgabe des Vereins betrachte ich gegenwärtig, mit allen erſinnlichen Mitteln auf den Sturz von Schleinitz hinzuarbeiten. Dies darf freilich nicht in demokratiſchen Formen geſchehen, weil der Erfolg auf dieſe Art ſicher vereitelt wäre.

Fries an Bennigſen.

Weimar, 17. April 1860.

Es geht mir der Gedanke nicht aus dem Kopf, daß wir gegenwärtig unmöglich ohne alles Lebenszeichen bleiben können ... In ſeiner Depeſche vom 15. März ſagt Thouvenel ganz unverhohlen: „Wenn Deutſchland einig wird, ſo wird die durch den Vertrag von 1815 für Frankreich geſchaffene Lage verändert, und deshalb muß Frankreich durch Abtretung des linken Rheinufers geſichert werden.“ So wenigſtens leſe ich den Inhalt. Das zweite Aktenſtück iſt die Proteſtation des Schweizer Bundesrates vom 11. dieſes Monats, in welcher, ſoweit Worte dieſes überhaupt können, volle Energie ſich zeigt. Beide Tatſachen müſſen uns veranlaſſen, unſre Stimme zu erheben, mag ſie auch noch ſo vereinzelt ſein. Ich komme deshalb auf unſern früheren Gedanken zurück, daß wir eine Zuſchrift an den Zentralausſchuß der „Helvetia“ richten möchten. Ich proponiere den Inhalt dahin: In geeigneter Weiſe an die Ausſchußerklärung vom 16. März anſchließend, erkennen wir die ſeitherige Haltung der Schweiz an und weiſen auf die Gemeinſchaftlichkeit der Intereſſen Deutſchlands und der Schweiz hin. Wir ſprechen die Verſicherung aus, daß in dieſer Frage alle deutſchen Patrioten, ſie mögen ſonſt einer oder der andern Parteirichtung angehören, dahin einig ſind, daß energiſche Unterſtützung der Schweiz für Deutſchland politiſche Notwendigkeit ſei. Wir ſelbſt hielten es für Pflicht der deutſchen Regierungen, der Schweiz auch mit den Waffen beizuſtehen, und ſeien feſt überzeugt, daß jede Regierung, die auf dieſem Wege vorwärts gehe, die volle Sympathie des geſamten deutſchen Volkes finde. Wenn uns auch die Möglichkeit nicht gegeben ſei, eine ſolche Haltung der deutſchen Regierungen hervorzurufen, ſo glauben wir doch darüber Zeugnis ablegen zu ſollen, daß die Schuld nicht auf das deutſche Volk, ſondern auf die Schwachheit der Politik der Regierungen falle, wenn die Schweiz verlaſſen werde. — Sind Sie mit mir einverſtanden, ſo faſſen Sie ſofort eine derartige Erklärung ab. Die Form gebe ich ganz anheim.

Georg von Vincke an Bennigſen.

Berlin, 6. April 1860.

Eurer Hochwohlgeboren geehrte Mitteilung vom 31. vorigen Monats beſtätiget das tatſächliche Material, was die Zeitungen uns täglich zu

Gebote stellen. Gewiß wäre es zu wünschen, wenn es in Süddeutschland — und vor allen bei unsern norddeutschen Nachbarn — nicht bloß bei Stimmungen bliebe, sondern dieselben auch einigen Einfluß auf die Regierungen gewönnen; doch das wird ja der Deutsche Nationalverein, welcher der Leitung Eurer Hochwohlgeboren sich erfreut, in kurzem zuwege bringen. In allen Voraussetzungen würde Ihre Ansicht mir allerdings nicht maßgebend erscheinen, wie denn zum Beispiel eine Mobilisierung der preußischen Armee, welche 28 Millionen gekostet und den Frieden von Villafranca zuwege gebracht hat, wohl kaum zu den nutzlosen und schwächlichen Maßregeln gerechnet werden dürfte.

Das Abgeordnetenhaus wird wie seither fortfahren, seine Schuldigkeit zu tun, dabei sich aber nicht entbrechen können, weniger den Maßstab eines künftigen (Klein- oder Groß-?) Deutschlands und die Stellung der ehrenwerten Opposition gegen eine unsrer Nachbarregierungen, als den einer preußischen Landesvertretung unter gegebenen Verhältnissen zugrunde zu legen, worüber ich mich weiter zu verbreiten mich enthalten kann, da Euer Hochwohlgeboren darüber durch die dem Hause angehörenden Korrespondenten Ihres Vereins zur Genüge unterrichtet sein werden.

Indem ich die meiner Person gewidmeten freundlichen Aeußerungen mit verbindlichem Danke erwidere, habe ich die Ehre, in vollkommenster Hochachtung zu zeichnen

Eurer Hochwohlgeboren ganz ergebenster

Vincke.

Bennigsen an Prater.

Hannover, 21. April 1860.

Sie wissen, daß der Vorstand den Beschluß gefaßt hatte, in Süddeutschland und Berlin die Stimmung der Bevölkerung und Abgeordneten, soweit tunlich auch die Absichten der Regierungen zu erforschen, um womöglich eine lebhafte Agitation gegen Frankreich zugunsten der Schweiz herbeizuführen.

Ich hatte schon vor meiner Reise nach Berlin an Herrn von Vincke geschrieben und ihm — den ich persönlich freilich nur oberflächlich kenne — die Notwendigkeit dringend ans Herz gelegt, daß die preußischen Abgeordneten, eingedenk ihres Berufes, eine nationale Politik zu vertreten, das Ministerium in den auswärtigen Angelegenheiten vorwärts treiben, namentlich selbst öffentlich eine entschiedene Stellung gegen Napoleon und Dänemark für die Schweiz und Schleswig-Holstein nehmen müßten. Die Antwort, welche ich bei meiner Rückkehr aus

Thüringen und unmittelbar vor meiner Abreise nach Berlin erhielt, vornehm ablehnend, beschränkt preußisch, wie sie war, versprach mir wenig Erfolg von einer Tour nach Berlin. Die Schleinitzsche Note an die Schweiz bezeichnete den Standpunkt der preußischen Regierung, in dieser Frage nichts zu tun, wenigstens keine energischen Mittel, seien es auch nur Noten oder Proteste, gebrauchen zu wollen, hinreichend deutlich. Daß Preußens Gouvernement aus der savoyischen Frage keinen casus belli gegen Napoleon machen werde, war mir aus den Mitteilungen des H[erzogs] von K[oburg] einige Tage vorher ohnehin klar geworden. Leider hatte ich diesen damals wie auch jetzt wieder nicht unter vier Augen, sondern in Gegenwart von Fries, Streit und einem Kabinettssekretär gesprochen, wo ich weniger in der Lage war, die bestimmte Richtung und Meinungsäußerung des Prinzregenten und des Fürsten Hohenzollern zu erfahren.

Ich ging nach Berlin, weil ich es einmal versprochen hatte und es immerhin nicht ohne Interesse war, auch über die Stimmung der Abgeordneten und der dortigen gebildeten Politiker persönlich mich zu unterrichten. Was ich dort sah und hörte, ist das alte Lied oder Leid, Ueberweisheit oder Beschränktheit des politischen Gesichtskreises bei den Aelteren, Mangel an Selbstvertrauen, an Beruf, selbständig aufzutreten, seinen Ruf, seinen Einfluß einmal zu riskieren, bei den jüngeren Politikern, das Interesse für die preußischen Krisen ganz vorherrschend, das Verständnis und Pathos für Weltfragen kaum vorhanden oder zu gering, um zur Tat zu treiben. Die außerhalb des Abgeordnetenhauses stehenden Politiker, wie Mommsen, daneben ohne Glauben an eine nachhaltige Energie der Aufregung und Bewegung in der Schweiz. M. Duncker suchte ich zweimal auf und verfehlte ihn. So habe ich, als ich nach zwei Tagen wieder abreiste nach Gotha, den F[ürsten] von H[ohenzollern] nicht gesprochen, hatte überall auch wenig Neigung, mich aufzudrängen, wo ich gar keine Aussicht hatte irgend einzuwirken, und höchstens verlegen machen konnte. — Das Gefühl über die Unfähigkeit der Leitung des Auswärtigen blickte aus allen Aeußerungen in Berlin durch. Die Möglichkeit, Herrn von Schleinitz zu beseitigen, erschien wenigen sehr groß, einen tauglichen Nachfolger wußte niemand zu nennen. Vergebens hat ja, wie Sie wissen, seit mehr als einem Jahre der H[erzog] von Koburg alles aufgeboten, Schleinitz zu beseitigen. Einen Nachfolger weiß auch er nicht, der die Gewähr einer entschiedenen und mit Geschick durchgeführten Politik gibt in einer Lage, welche jedenfalls schwierig und gefahrvoll ist, welche nicht allein Kraft des Entschlusses, Furchtlosigkeit in der Gefahr, sondern auch ein seltenes Talent in der Detailausführung verlangt.

Ich kam nach Gotha und traf mit Fries (und Streit) zusammen.[1] Waren meine Erfahrungen nicht erbaulich, aber nicht unerwartet, so waren seine Mitteilungen für mich doch sehr überraschend und niederschlagend.[2] Die Stimmung in Süddeutschland höchst flau. Nur in Nürnberg Neigung zur Aktion, ebenso in Frankfurt frisch, auch in Darmstadt noch gut. In München — das wissen Sie freilich selbst am besten — nur einzeln Verständnis und Tatkraft; in Stuttgart alles desorganisiert und der Pessimismus im Zunehmen; Baden absorbiert durch die innere Krisis, ausruhend auf seinem Triumph über den Ultramontanismus;[3] die Pfalz so faul, daß Buhl und Frey (letztere Persönlichkeit scheint nicht ohne Bedenken, was ich bei fortschreitender bonapartistischer Propaganda zu beachten und näher zu untersuchen bitte) der Ansicht, daß die Pfälzer, ohne schon geradezu französisch gesinnt zu sein, dem Gedanken, französisch zu werden, als etwas Unvermeidlichem und gar nicht so Entsetzlichem anfingen gemütlich ins Gesicht zu schauen!!

Unter diesen Umständen mußten wir den Gedanken, seitens des Nationalvereins eine Propaganda für die Schweiz anzuregen und zu dem Ende sofort eine Versammlung in Süddeutschland einzuberufen, natürlich aufgeben, da die Sache alle Aussicht hatte, erfolglos zu verpuffen und damit jeden ähnlichen Vorgang in diesem Frühjahr im Ent-

---

[1]) Ausführlicher darüber: Fries an Bennigsen, Heidelberg, 10. April 1860. „In München sind nur zwei Menschen, Brater und Knorr, beide mit dem Projekt der Heidelberger Versammlung einverstanden. Der bayrische Partikularist würde die Rheingrenze verkaufen für Entschädigung in Deutschland ... Hier habe ich noch keinen Anklang gefunden. Häusser ist in Berlin; suchen Sie ihn sofort auf. Von ihm hängt hier alles ab." Vgl. auch Herzog Ernst, Aus meinem Leben, III, S. 24.

[2]) Herzog Ernst erzählt darüber (III, S. 29): „Ich konferierte am 15. April bis tief in die Nacht mit den Herren vom Verein. Man hatte die Meinung, daß der Konflikt zwischen der Schweiz und Frankreich wegen Chablais und Faucigny eine gute Gelegenheit wäre, um die Uebereinstimmung in den Zielen des Nationalvereins und der preußischen Regierung vor der Welt zu manifestieren ... Ich konnte indessen den Herren vom Nationalverein nicht verhehlen, daß sie sich auch in dieser Beziehung über die Intentionen der preußischen Regierung täuschten und daß diese die savoyische Verwicklung gewiß nicht dazu angetan finden werde, aus ihrer Reserve herauszutreten." Vgl. auch Protokoll der Vorstandssitzung vom 16. April.

[3]) Die im badischen Konkordatstreit am 2. April erfolgende Entlassung der reaktionären Minister und die Berufung eines liberalen Ministeriums: der Beginn einer liberalen Aera, die durch die Osterproklamation des Großherzogs Friedrich vom 7. April ihren Ausdruck fand. „Die neueste Kunde von dem echt konstitutionellen Akt des Großherzogs von Baden gibt endlich einmal aus unserm eignen Innern Anlaß zu ungemischter Freude," schreibt der Frankfurter G. Varrentrapp am 6. April an Bennigsen.

stehen zu hindern. Dabei werden Sie gewiß von mir sowohl als von Fries und Streit überzeugt sein, daß nicht die Rücksicht darauf, ob Preußens Abgeordnete u. s. w. Lust haben, an einer solchen Agitation sich zu beteiligen, uns bestimmte, sondern die Flauheit in Süddeutschland (und ebenso, beiläufig bemerkt, in Thüringen und bei mir in Hannover). Die Rücksicht auf Preußen wird, hoffe ich, bei Ihnen wie bei uns nie allein bestimmend sein. Ich bekenne Ihnen sogar ganz offen, daß ich zweifelhaft bin, ob die Eisenacher und Koburger Vorgänge mit der Anerkennung und Aufforderung, welche sie für Preußens Regierung und Volk enthalten, zu einer Zeit, wo die Vergangenheit wenig Anspruch und nur die Zukunft Hoffnung gewährte, nicht höchst nachteilig gewirkt haben insoweit, als sie den Preußen es erschwert haben, zur Selbsterkenntnis des beschränkten spezifischen Preußentums und zum klaren Verständnis der Gefahr einer isolierten europäischen Lage zu gelangen. Das kann uns freilich nicht zum Pessimismus und zur Untätigkeit verdammen, wird bei mir auch eine feststehende Auffassung der Gesamtentwicklung deutscher Geschichte nicht beseitigen, aber es rät uns doch zur Vorsicht, die wir freilich dieses Jahr immer beobachtet haben, damit wir nicht das Schicksal und die Verurteilung Gagerns und der Gothaer teilen. Der Schaden liegt jedenfalls tiefer als in der Person des Herrn von Schleinitz, mit dessen Beseitigung ich allerdings ganz einverstanden bin. Die Hoffnung, und die habe ich auch dieses Mal wieder aus den Berliner Eindrücken mitgenommen, liegt in dem kräftigen Sinne der preußischen Bevölkerung, welcher sich sicher abermals bewähren wird, wenn nur endlich eine unfähige, erbärmliche Diplomatie und der offenbare Anblick einer Gefahr und eines Gegners den Augenblick zur Tat kommen lassen. Diesen herbeizuführen muß unser aller Aufgabe bleiben. Man muß daher auch nicht müde werden, mit kleinen Mitteln und auf allen Seiten zu arbeiten. Führen Sie daher ja Ihren Plan der Denkschrift aus! Festgestellt ist nichts in Berlin! Vielmehr die offenbarste Planlosigkeit. Die Stimmung eines Augenblicks, anscheinend geringfügige Eindrücke können in solcher Lage unberechenbare Erfolge herbeiführen. Auch Biedermann wird in diesen Tagen dem preußischen Ministerium eine Denkschrift übersenden (dieselbe auch in dem Abgeordnetenkreise verbreiten lassen), welche zur Tat drängt wegen Savoyens.

Unsre Wochenschrift wird diese Frage fortlaufend behandeln müssen. Sie und Reyscher müssen sich dieserhalb und überhaupt wegen der süddeutschen Stimmung und Interessen fortlaufend mit Rochau in Konnex halten. Die Lage kann sich rasch ändern, definitiv entschieden wird sicherlich in diesem Frühjahr nichts, höchstens Nordsavoyens Besetzung

durch Frankreich zu einem fait accompli, welches die Schwächlichkeit Europas geschehen läßt, um die Lage gegen Napoleon ungeheuer zu verschlechtern, ohne aber den unausbleiblichen, höchstens aufgeschobenen Kampf zu beseitigen. —

Ich halte es für sehr wichtig, daß wir noch im nächsten Monat eine Versammlung in Süddeutschland halten, an welcher sich auch einzelne liberale Politiker neben den Mitgliedern unsers Ausschusses beteiligen. Wir haben in Gotha einstweilen Heidelberg und die Pfingsttage hierzu festgesetzt ... Sie darf ich nun bitten, mit Ihren und unsern Freunden in Württemberg, Baden und Bayern diese Sache genügend vorzubereiten, damit wir sicher sind, eine Anzahl einflußreicher bislang Außenstehender erscheinen zu sehen. Ich habe nichts dagegen, wenn Sie diesen Brief einigen Ihrer ganz vertrauten zuverlässigen Politiker mitteilen.

Reyscher an Bennigsen.

Cannstatt, 10. April 1860.

Gestern und heute war ich mit Fries. Ich empfing ihn am Bahnhof und begleitete ihn sogleich nach Stuttgart, wo wir mit einem halben Dutzend zusammensaßen und die Heidelberger Zusammenkunft besprachen. Es ist mir lieb, daß Sie auf meinen Vorschlag, den ich schon vor der Berliner Zusammenkunft machte, eingegangen sind und Heidelberg für die nächste Versammlung ins Auge gefaßt haben. Halten Sie nur fest daran, mögen die Berliner kommen oder nicht! Wir müssen einmal mit den Süddeutschen wieder zusammentreffen. Es gilt allerdings, rasch zu handeln: denn möglicherweise wird Napoleon die Bewegung durch Zusicherungen niederzuschlagen oder durch tatsächliches Vorgehen sie nutzlos zu machen suchen. — Wenn Sie mir nächsten Sonntag telegraphieren, so wird die Bekanntmachung hierzulande durch die Stuttgarter und mich schon ausgeführt werden. Aber auch in Norddeutschland? Man könnte die Einladung ungefähr so fassen: „Der Vorstand des Nationalvereins gehe davon aus, daß in diesem Falle, wo es sich um äußere Gefahr, nicht bloß für die Schweiz, sondern mittelbar auch für Deutschland handle, alle Parteiunterschiede zurücktreten müssen. Er lade deshalb nicht bloß die Angehörigen des Nationalvereins, sondern deutschgesinnte Männer ohne Unterschied ein, an der Besprechung teilzunehmen."

Bennigsen an Reyscher.

Hannover, 26. April 1860.

So wenig Erfolg ich von irgendwelchen Aeußerungen der öffentlichen Meinung über den Savoyisch-Schweizer Konflikt erwarte, so wenig

ich auch nur daran glaube, daß eine Agitation von einiger Bedeutung für diese Angelegenheit ins Leben zu rufen ist, so wichtig erscheint es mir doch, daß man über diese Frage und die Stellung, welche Deutschland dem Bonapartismus gegenüber einnehmen soll, sich bald und noch vor Pfingsten mündlich verständigt. Eine Ausschußsitzung deshalb nach Heidelberg zu berufen, an welcher teilzunehmen die norddeutschen Ausschußmitglieder zurzeit wegen Weitläufigkeit und andrer Geschäfte halber größtenteils verhindert sein könnten, halte ich aber [für] untunlich. Dagegen habe ich heute Fries und Streit aufgefordert, sich darüber zu erklären, ob sie Sonnabend und Sonntag den 5./6. Mai zu einer Vorstandssitzung nach Heidelberg kommen können. Es würden dann die in nächster Nähe befindlichen Ausschußmitglieder Müller, Lang teilnehmen können und die Heidelberger politischen Freunde, ferner Buhl und einige Württemberger, welche Sie mitzubringen hätten, sich mit uns gemeinschaftlich über die weiteren Schritte besprechen können. Auch für Brater und Barth wäre die Entfernung wohl nicht zu groß ... Vor diesem Zeitpunkte kann ich nicht abkommen, da ich auf nächsten Sonntag zu einer Sitzung der volkswirtschaftlichen Deputation nach Berlin zu kommen versprochen habe. In der Woche kann ich nicht gut weg von hier, weil wir die erheblichsten Finanzverhandlungen augenblicklich in unsrer Kammer haben, auf welche die Opposition entscheidend einzuwirken imstande ist.

In welchen Gegensatz war Rudolf von Bennigsen im Verlauf des letzten halben Jahres zu derjenigen Auffassung der Politik geraten, die in dem Staate seiner Geburt herrschte! Eine Welt von Anfeindung mußte sich gegen seinen deutschen Idealismus gerade an der Stelle erheben, wo man jede Fortbildung zum Nationalstaat als Verbrechen ansah und in dem legitimen Bundesrecht und den geheiligten Rechten des souveränen Einzelstaates der Weisheit letzten Schluß erblickte. Revolution und nichts andres — war in den Augen der hannoverschen Machthaber ein Ruf nach Einigung unter Preußens militärisch-diplomatischer Leitung. Wie schweiften dem Träger der Krone die heimlichen Gedanken doch so ganz anders! Als Herzog Ernst von Koburg ihn im März 1858 besuchte, hatte Georg gemeint, „indem Oesterreich bald in die Lage kommen werde, Deutschland zu bedürfen, stände einer Konstituierung des letzteren mit gänzlichem Ausschluß von Preußen nichts mehr im Wege". Ja der König glaubte, wie Herzog Ernst erzählt, unter den traurigen Verhältnissen, die in Berlin herrschten, seiner Abneigung die Zügel schießen lassen zu dürfen, und „erging sich mit

Vergnügen in historischen Erinnerungen an ein geographisches Bild, auf welchem noch der Name Preußen im Osten außerhalb der deutschen Grenzen stand". [1]) Immer noch dieselbe Mischung von Angst und ehrgeizigen Phantasiebildern, wie sie im Jahre 1813 hervorgetreten war, [2]) immer dieselbe dynastische Ahnungslosigkeit gegenüber der großen Schicksalsfrage der deutschen Nation! Und nun schallte gegenüber dieser Verblendung aus der Mitte der eignen Untertanen der Ruf nach preußischer Hegemonie: das konnte nichts andres als Revolution sein. Von vornherein war der Gegensatz des Alten und des Neuen in Hannover schärfer ausgeprägt als irgendwo in Deutschland.

Anfangs hatte sich die offiziöse hannoversche Presse begnügt, die Eisenacher Erklärung als eine jener unpraktischen Ideen zu bezeichnen, welche ab und an auftauchen, um entweder spurlos zu verschwinden oder aber, statt Einheit und Macht, Verwirrung und Schwäche hervorzurufen: „Ein deutscher Bundesstaat mit Volksvertretung unter der Leitung Preußens ist nichts weiter als eine bloße Phrase." [3])

Sobald aber die Regierung erkannte, daß die Eisenacher Erklärung Anklang in Hannover fand, ging sie einen Schritt weiter. Sie ließ alle Unterzeichner in einem grünen Buche zusammenstellen und sämtliche Behörden durch Zirkularerlaß anweisen, diese Personen bei keiner Anstellung, Beförderung, Gehaltsverbesserung oder sonstigen Gunstbezeugung zu berücksichtigen, vielmehr keinerlei Beziehung mit ihnen zu pflegen und vor allem jeden geschäftlichen Verkehr, durch Kündigung etwaiger Lieferungsverträge, abzubrechen — außer bei schriftlichem Widerruf der Unterzeichner. Ein Boykott deutscher Reformgesinnung durch die Königlich Hannoversche Regierung, der in dem einen oder andern Falle zum Ziele führte, im übrigen sich selbst richtete. Nach der Konstituierung des Nationalvereins plante man einen noch ernsthafteren Angriff. In einem augenscheinlich offiziösen Artikel [4]) warf die „Neue Hannoversche Zeitung" Bennigsen und andern zum Nationalverein gehörenden Mitgliedern der Zweiten Kammer, mit Rücksicht auf den von ihnen als ständischen Abgeordneten oder sonst geleisteten Huldigungseid, geradezu Eidbruch, in verhüllten Worten sogar Hoch- und Landesverrat vor, da die Beteiligung an einer Agitation, durch die der

[1]) Herzog Ernst II., Aus meinem Leben, II, S. 381. Aehnliche Eindrücke hatte im Mai 1859 der preußische Generalstabsoffizier von Hartmann: Während einer Unterredung von zwei Stunden war nur die Rede von der weltgeschichtlichen Größe des Welfenhauses.

[2]) Vgl. S. 44 f.

[3]) „Neue Hannoversche Zeitung", 29. August 1859.

[4]) „Die Reform und der Huldigungseid", 31. Oktober 1859.

König „aus einem vollkommen gleichberechtigten Gliede des Deutschen Bundes der Untergebene einer Zentralgewalt werden solle", diesem Eide widerstrebe. Mit dieser Auslegung wurde der Statusquo des Deutschen Bundes für so sakrosankt erklärt, als wenn die Ständemitglieder auf ihn selbst eidlich verpflichtet gewesen wären, wovon natürlich keine Rede war; wenn jeder deutsche Reformvorschlag an dem einzelstaatlichen Huldigungseide rüttelte, waren alle politisch Interessierten in Deutschland, voran die paar tausend Ständemitglieder, unschädlich gemacht. Die Regierung traute dieser unerhörten Beweisführung selbst nicht. Sie ließ sich wiederholt Rechtsgutachten geben, ob Bennigsen nicht in Kriminaluntersuchung gezogen werden könne, und nur aus Unsicherheit über den Erfolg einer Anklage gab sie den Gedanken wieder auf. Um Mitte Dezember 1859 meldeten die Zeitungen, Borries habe es im Ministerium durchgesetzt, gegen Bennigsen und die Unterzeichner des Eisenacher Programms gerichtlich vorzugehen, und beabsichtige auch eine Vorlage, um den verhaßten Mann aus der Ständeversammlung auszuschließen. Die Nachricht wurde zwar offiziös in Abrede gestellt, aber noch im Frühjahr 1860 machte die Regierung, wie Bennigsen erfuhr, erneute Anläufe.[1]) Vermutlich aus dieser Erwägung, daß die Leitung des Nationalvereins auf die Dauer bloß von Preußen aus möglich sei, gab Gustav Freytag Ende Januar 1860 Bennigsen den Rat, nach Preußen überzusiedeln und die preußische Staatsangehörigkeit zu gewinnen.[2]) Leidenschaftlich preußisch gesinnt, hätte der Dichter — der damals auch Herzog Ernst in nimmermüder Predigt auf diesem Wege vorantrieb —[3]), auch den Präsidenten des Nationalvereins, mit dem ihn bald ein herzliches Verhältnis dauernd verband, am liebsten als Preußen gesehen. Man kann sich schwerlich vorstellen, daß Bennigsen einen solchen für seine ganze Zukunft folgenreichen Schritt ernstlich hat erwägen können. Viel zu fest haftete er an der Scholle seiner Väter: mit dem Grundbesitz, nach dem seine Familie seit mehr als einem halben Jahrtausend sich nannte und auf dem auch er ein fast

---

[1]) Bennigsen an Reyscher, 30. März 1860.

[2]) G. Freytag an Samwer, Leipzig, 15. Februar 1860 (mitgeteilt von Herrn Geh. Regierungsrat Dr. K. Samwer in Gotha): „Hier findet ein stilles, unpolitisches Leben statt, dessen einzige Unterbrechung ein Abend bei Mathy ist. Vor seiner Fahrt nach Gotha war Bennigsen einen halben Tag hier. Er hat mir gut gefallen, ich habe ihm zugeredet, nach Preußen zu gehen. Wenn ihm das öfter gesagt wird, tut er es auch." Die letzte Bemerkung Freytags ist kaum gegründet. Beide Männer kommen in ihren Briefen vom 14. bzw. 15. August 1863 noch einmal auf den Plan zurück.

[3]) Briefwechsel zwischen Herzog Ernst von Sachsen-Koburg und Gustav Freytag, herausgegeben von Eduard Tempeltey, S. 121—134.

Jahr für Jahr anwachsendes Haus gegründet hatte; mit seiner politischen Tätigkeit, die ihn, wenngleich als Oppositionsführer, doch mit dem hannoverschen Staate und seinen Landsleuten auf das engste verknüpfte; mit seinem ganzen Wesen, dessen deutscher Idealismus doch die angeborene niedersächsische Farbe nicht verleugnete. Er hätte sein ganzes politisches Denken, sich selbst aufgeben müssen, wenn er sich freiwillig entwurzelt hätte. Ein Mann wie Treitschke, der ein freizügiger Gelehrter und Publizist war und in der Welt der Ideen lebte, konnte einen solchen schweren Schritt mit allen seinen Konsequenzen auf seine glühende Seele nehmen. Dieser Hannoveraner aber, der vor allem auf praktisches politisches Handeln gestellt war, durfte das nicht oder doch nur in der äußersten Not: seine nationale Aufgabe lag zunächst innerhalb seines Heimatstaates.

Als nach seiner Rückkehr von Berlin am 22. März in der hannoverschen Zweiten Kammer der Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten zur Beratung stand, erhob er sich zu einer größeren Rede über die Reformbedürftigkeit der Bundesverfassung. In weitem historischem Rückblick ging er die deutsche staatliche Entwicklung im 19. Jahrhundert durch, den Zusammenbruch der Bundesverfassung in der Revolution von 1848, die Versuche, nach der verlaufenen Flut im Dreikönigsbündnis von 1849 wenigstens etwas zu retten, die Wiederherstellung des Bundes; seitdem sei wieder eine neue Ordnung der Dinge in der Welt im Anzuge, eine ungeheure Mahnung, das unvollendete Werk wieder anzugreifen: „und angesichts einer solchen Weltlage wage man es, das ernste Streben derjenigen Männer, Konstitutioneller und gemäßigter Demokraten, die unter Aufgabe aller schroffen Parteistandpunkte sich zu dem gemeinsamen Ziele deutscher Größe und deutscher Stärke, der Bildung einer einheitlichen Zentralgewalt und einer Volksvertretung beim Bunde vereinigt hätten, zum Verbrechen zu stempeln und es ihnen zur Schuld anzurechnen, daß sie mit dieser im Innern Deutschlands gerechten Anforderungen genügen, mit jener es nach außen hin mann- und wehrhaft hinstellen wollen?" Er wies die Gemeinschaft mit den Fanatikern der Revolution von sich ab, aber auch mit den Fanatikern des Konservatismus; auch solche Talente wie Metternich und Gentz seien völlig unproduktiv gewesen und hätten sich nur die Sündflut auf den Ferse prophezeien können. Scharf wandte er sich gegen die Anklagen der offiziösen Blätter, die von Eidbruch sprächen: hier gebe es nur eine Alternative: entweder werde regierungsseitig der Vorwurf wider besseres Wissen erhoben oder, bei wirklich begangenem Landesverrat, sei die Regierung so feige und furchtsam, daß sie es nicht wage, ein Strafverfahren bei den Gerichten einzuleiten.

Da Hannover sich an den Würzburger Konferenzen nicht beteiligt habe, stehe die Regierung allein dem Streben für Deutschlands Einheit und Deutschlands Größe fern und nehme unter den deutschen Staaten hier die nämliche vereinsamte Stellung ein, die ihr auch ihre Behandlung der inneren Landesangelegenheiten längst angewiesen habe. Er bezeichnete die Regierung als den unfreiwilligen Mitarbeiter des Nationalvereins, unter ironischem Dank an „den geehrten Minister des Innern und seine Kollegen im Amte für die von ihnen verfolgte Politik" und schloß mit den Worten: „Ich lebe der festen Hoffnung, daß es wenigstens den Jüngeren unsers Geschlechtes beschieden sein werde, ein einiges deutsches Reich erstehen zu sehen." Das Programm des Nationalvereins war von seinem Führer in der hannoverschen Kammer verkündigt worden.

Borries meinte in seiner Erwiderung spöttisch, es handle sich wohl um eine nachträgliche Rechtfertigungsrede für Bennigsens Toast in Berlin „auf die historische Mission eines norddeutschen Staates und eines deutschen Kaiserreiches". Er ging auf die Provokation eines gerichtlichen Verfahrens nicht näher ein: es werde von den weiteren Schritten des Nationalvereins abhängen, ob man gegen ihn einschreite. Das Ziel des Nationalvereins, „deutsche Zentralgewalt mit gemeinsamer Volksvertretung" bezeichnete er selbstsicher als die Quadratur des Zirkels und zog die entfernteste Vergangenheit deutscher Geschichte heran, um das völlig Utopische eines deutschen Einheitsstaates zu erweisen: das erhabene Geschlecht der Hohenstaufen sei in solchen vermessenen Versuchen gescheitert, und naturgemäß habe dann die Entwicklung in Deutschland sich mehr und mehr von diesen Trugbildern entfernt. Auf das entschiedenste erklärte Bennigsen dagegen, „er trage keineswegs Verlangen, Hannover zu opfern oder zu verraten". Er sei kein Unitarier: „statt die Selbständigkeit der einzelnen Staaten zu vernichten, wolle man in dem Verlangen, sich möglichst an die bestehenden Zustände anzuschließen, dieselben vielmehr in ihrer Selbständigkeit bestehen lassen, und habe es nur für notwendig erachten müssen, daß ein Teil der Souveränitätsrechte, soweit sie nämlich die diplomatische Vertretung und die Militärhoheit betreffen, an eine Zentralgewalt abgegeben werde." Er wies darauf hin, daß ein Krieg mit Frankreich die Existenz aller Mittel- und Kleinstaaten in Frage stellen würde und daß Hannover, nur mit sich selbst im Einklang, an der Seite eines gefährlichen Nachbarn, in eine doppelt gefährliche Lage geraten würde. Zum Schluß aber warnte er: alle Versuche, ein weitergehendes Streben zu verdächtigen, und die Verfolgungen, mit denen man die Fahnenträger der nationalen Idee heimsuche, würden nur dazu dienen, die gegenwärtige Regierungspartei am Ruder völlig unmöglich zu machen (31. März). Auf das

schärfste brandmarkte er den Erlaß der Regierung gegen die Unterzeichner der Eisenacher Erklärung (20. April).

Zum Hauptzusammenstoß aber kam es am 2. Mai, als in der Kammer eine Beschwerde von Bürgervorstehern und Magistrat der Stadt Harburg, die wegen ihres Anschlusses an die Erklärung vom 19. Juli gemaßregelt waren und nun wegen Verletzung ihres Petitionsrechtes klagten, zur Beratung stand. Bennigsen als Wortführer der Liberalen holte, wie schon öfter, jenes Wahlmanifest von 1849 hervor, unter dem auch der Name Borries stand, um mit diesem für den Ministerpräsidenten unangenehmen Dokument zu beweisen, daß man nichts andres wollte, als jene ein Jahrzehnt zuvor selbst gefordert hatten.[1] Der Minister wurde dadurch so sehr gereizt, daß er die Gefahren der Nationalvereinspolitik auf das schwärzeste an die Wand malte, da durch sie die völlige Mediatisierung aller übrigen Fürsten ausgesprochen sein würde: „Es sei aber klar, daß kein größerer und, solange Recht gelte, auch kein kleinerer Fürst sich die Mediatisierung gefallen lassen werde. Dieselben würden vielmehr auf jede Weise ihre Rechte zu wahren suchen, sich miteinander gegen die Beraubung ihrer Rechte verbünden, ja sie könnten durch die Not dahin gedrängt werden, die Allianz auswärtiger Mächte zu suchen, welche sehr geneigt sein würden, auf solche Art eine Hand in die deutsche Angelegenheit zu bekommen. Dieser Weg führe also nicht zur Einheit, sondern zu Zwiespalt, zum Bruderkriege, vielleicht gar zum Kriege mit auswärtigen Mächten."[2] Gewiß hatte Borries weder an eine augenblickliche Absicht noch für später an bestimmte Möglichkeiten der hannoverschen Politik gedacht; und zumal über ein französisches Bündnis dachten mehrere seiner mittelstaatlichen Kollegen aus traditionellen und geographischen Gründen

[1] Siehe oben S. 287 Anm. 1. Dem Ministerpräsidenten war die Erinnerung an das von ihm selbst unterzeichnete Aktenstück so peinlich, daß er alles daransetzte, es trotz Bennigsens wiederholtem Zitieren nicht in die weitere Oeffentlichkeit gelangen zu lassen. Lammers an Bennigsen, 5. Mai 1860: „Sie dürfen sich nicht wundern, wenn das Wahlmanifest von 1849 in unsrer Zeitung nicht erscheint. Man hat uns den ‚ganz besonderen Dank' Seiner Exzellenz versprochen, wenn wir es, als Skandal hervorrufend, nicht abdrucken möchten." Bennigsen an Lammers, 9. Mai 1860: „Es hat für mich, ich kann es nicht leugnen, etwas sehr Niederschlagendes gehabt, daß sowohl die ‚Zeitung für Norddeutschland' als die ‚Weserzeitung' Bedenken getragen haben, ein politisches, dazu sehr bezeichnendes Aktenstück dieser Art abzudrucken. Uebrigens sind aus den ‚Hamburger Nachrichten' hier bereits eine so große Anzahl Abschriften und auch in das Land geschickt, daß diese Piece nicht ganz verloren gehen wird."

[2] Nach dem offiziellen Text des hannoverschen Landtagsblattes. In der Heidelberger Erklärung — Bennigsen ließ sich den Text am 7. Mai von seinem Freunde von der Horst telegraphieren — lauteten die Worte ein wenig anders.

viel skrupelloser als dieser Hannoveraner. Aber was er so unbedacht hervorstieß, war das Geheimnis der Mittelstaaten, das man selten offen aussprach, aber im Innern bewußt oder unbewußt barg: lieber einen Rheinbund als unter das Joch preußischer Hegemonie. Es war ganz aus den Daseinsbedingungen der Mittelstaaten heraus gesprochen. Schon im Vorjahre hatte Bismarck vor dem Kriege gewarnt: „Wenn es uns schlecht geht, so werden die Bundesstaaten von uns abfallen wie welke Pflaumen im Winde, und jeder Fürst, dessen Residenz französische Einquartierung bekommt, wird sich landesväterlich auf das Floß eines neuen Rheinbundes retten." So unbestimmt aber auch die bloße Möglichkeit auswärtiger Bündnisse der Dynastien gegen eine nationale Bundesreform von Borries angedeutet war, so ungestüm mußte sich das seit dem Vorjahre reizbar gewordene Nationalgefühl dagegen erheben. Wer konnte der Verbündete in Europa anders sein als Napoleon, dessen unberechenbare Eroberungslust wie ein Gespenst vor der nationalen Selbstbestimmung Deutschlands stand!

Im Moment verhallten die Worte des Ministers in der Kammer ohne Entgegnung, denn auch Bennigsen, der noch am 4. und 5. Mai den Sitzungen beiwohnte, fand sie entweder nicht sofort oder er behielt sich die Abrechnung für eine bessere Gelegenheit vor.[1]) Er war gerade auf dem Sprunge, sich zu der mit den süddeutschen Freunden verabredeten Heidelberger Tagung zu begeben, die noch einmal den Versuch machen sollte, die Schweizer Frage zu einem Pronunziamento der Nationalpartei gegen den Bonapartismus auszubeuten. Ein hoffnungsloses Beginnen. Jetzt aber hatte Bennigsen das, was er brauchte: er konnte gegen den hannoverschen Reaktionsminister die Entrüstung ganz Deutschlands aufrufen und zugleich zu diesem Schritte Elemente um sich sammeln, die bis dahin dem Nationalverein zögernd oder abgeneigt gegenüberstanden. Die Heidelberger Tagung, deren Gegenstand noch kürzlich unklar genug gewesen war,[2]) hatte nun plötzlich, als wenn ein günstiger Gott ihr das Geschenk beschert hätte, eine Standarte. So entstand die Heidelberger Erklärung vom 6. Mai 1860:

[1]) Aus einem Briefe von A. Vogtherr in Frankfurt an Bennigsen vom 5. Mai 1860 geht hervor, daß auch in der Frankfurter gesetzgebenden Versammlung sofort der Plan einer Abwehrerklärung auftauchte.

[2]) Fries an Bennigsen, 27. April 1860: „Sie können wohl nichts andres tun, als Resolutionen aufstellen, diese ohne weiteres in die Welt hinausjagen und zum Beitritt auffordern. Der Inhalt kann nicht zweifelhaft sein. Wir wollen Krieg gegen Napoleon und in seinem Gefolge die Neugestaltung Deutschlands, sei es auf dem Wege der Verständigung oder auf dem Wege der Gewalt. Das müssen wir aussprechen, nackt und unumwunden."

„Der Minister Herr von Borries hat in öffentlicher Sitzung der hannoverschen Kammer erklärt: Der Versuch der Gründung einer Zentralgewalt mit einheitlicher militärischer und diplomatischer Leitung

würde zu Bündnissen der deutschen Fürsten untereinander führen, ja, könne selbst zu Bündnissen mit außerdeutschen Staaten drängen, die sehr zufrieden sein würden, die Hand in Deutschlands Angelegenheiten zu bekommen'.

Diesem Geständnisse eines deutschen Ministers, das die allgemeine Entrüstung erregt, setzen wir die Erklärung entgegen:

„Das deutsche Volk ist entschlossen, keinen Fußbreit deutscher Erde unter fremde Botmäßigkeit gelangen zu lassen. Immer näher rückt die Gefahr, mit welcher eine fremde Macht uns umstrickt, immer tiefer und weiter verbreitet sich die Erkenntnis, daß nur die einheitliche Leitung der militärischen Kräfte und der auswärtigen Politik die drohende Gefahr erfolgreich zu bekämpfen vermag.

„Der deutschen Regierung, welche angesichts dieser Gefahr mit mannhaftem Entschluß, an der Spitze der im Parlament geeinigten Nation, für die Ehre, die Freiheit und die Macht des Vaterlandes in die Schranken tritt, wird das deutsche Volk mit Vertrauen die Vollmachten übertragen sehen, deren sie zur Lösung ihrer Aufgabe bedarf.

„Die deutsche Regierung dagegen, welche ihre Pflicht so schmachvoll vergessen würde, daß sie bei auswärtigen Mächten einen Rückhalt suchte in Fragen der nationalen Entwicklung, bei feindlichen Mächten Hilfe suchte oder annähme zur Abwehr der Opfer, welche zu kraftvoller Bekämpfung dieser Feinde von ihr gefordert werden, eine solche Regierung würde dem öffentlichen Urteil und dem Schicksal verfallen, welches Verrätern gebührt."

C. Welcker, Gustav Duvernoy aus Stuttgart, A. L. Reyscher aus Cannstatt, G. Tafel aus Stuttgart, Dr. jur. Pagenstecher aus Heidelberg, J. Hölder aus Stuttgart, K. Brater aus München, A. L. von Rochau aus Heidelberg, F. Streit aus Koburg, Lang aus Wiesbaden, Metz aus Darmstadt, Dr. Sigm. Müller aus Frankfurt a. M., von Bennigsen aus Hannover, Dr. Pagenstecher sen. in Heidelberg, H. Gagern in Heidelberg, Dr. C. Meyer in Heidelberg, J. Jolly in Heidelberg, G. Gervinus in Heidelberg, E. Pickford in Heidelberg, Vangerow in Heidelberg, von Dusch in Heidelberg.[1])

[1]) Ueber den Verlauf der Heidelberger Tagung schrieb Reyscher an Streit am 21. Mai: „Ich war anfangs besorgt, mein Antrag bei Herrn von Bennigsen auf diese Zusammenkunft möchte resultatlos sein: denn am ersten Abend schien alles auseinanderzugehen, und noch des andern Morgens, wo ich mit Gervinus eine Unterredung hatte und dann im Hotel Schrieder auf die entgegengesetzten

Unter den Unterschriften standen die Führer des Nationalvereins zusammen mit den alten Koryphäen der Erbkaiserpartei, mit Gagern (der zum letztenmal in dieser politischen Gesellschaft erschien), mit Welcker, der zuerst ein deutsches Parlament gefordert hatte und im März 1849 aus einem Großdeutschen sich verwandelt hatte in den Verteidiger der preußischen Kaiserkrone, mit Gervinus, dem Begründer der „Deutschen Zeitung"; zugleich waren die bisher widerstrebenden Württemberger an die Seite des Nationalvereins herangeholt. Auch nach Süden hin verbreiterte sich die Front der neuen Nationalpartei. Und der Sturm, den Borries erregt hatte, war nicht so bald zur Ruhe zu bringen. Aus Hunderten von Städten liefen viele Tausende von Zustimmungen zu der Heidelberger Erklärung ein. Die nationale Bewegung, die in der zu entlegenen und zu komplizierten savoyischen Frage vergeblich einen Sammelpunkt der Gemüter hatte finden wollen, vermochte sich jetzt an einem Vorgang aufzurichten, der auch dem unpolitischen Sinn der großen Masse verständlich war.

Am 8. Mai überreichte Bennigsen, nach Hannover zurückgekehrt, die Heidelberger Erklärung in der Kammer „unter größter Sensation", wie er an Lammers schrieb; er erreichte damit die Absicht, ihr auch im Lande die größte Verbreitung zu sichern, wenngleich die Majorität der Kammer beschloß, ihren Text nicht mit in das stenographische Protokoll aufnehmen zu lassen. Borries verteidigte sich: er habe mit jener Aeußerung weder die hannoversche noch irgendeine deutsche Regierung als mit solcher Absicht umgehend vor Augen gehabt, auch er wolle keines Fußes Breite vom deutschen Boden opfern. Natürlich verfolgte Bennigsen die Angelegenheit selbst nicht weiter, denn sie hatte ihre Wirkung getan und fuhr fort sie zu tun; um so mehr tadelte er die Reizbarkeit Hannovers und Kurhessens gegen Preußen, die, wenn sie jemals berechtigt gewesen, jedenfalls jetzt die größte politische Torheit sei, da man in einem Kriege gegen Frankreich auf Oesterreich nicht mehr rechnen dürfe und schon aus militärischen Gründen sich mit Preußen verständigen müsse; statt dessen habe die Abneigung dieser Regierungen gegen die

Bedenken meiner Landsleute stieß, war wenig Hoffnung, einen Schritt vorwärtszukommen. Um so gelegener kam uns der gute Borries, dem wir eigentlich eine Dankadresse hätten votieren sollen! Meine Landsleute, welche besorgten, in Stuttgart auf Widerstand zu stoßen, sind nun gleichfalls ganz darüber beruhigt, daß sie sich haben fortreißen lassen. Der Aufruf, welcher von Murschel, Hölder, Gustav Müller und D. Kreuser in Stuttgart zum Beitritt erlassen worden ist (alle gehören der gemäßigten Richtung und mit Ausnahme von Hölder der altliberalen Partei an), gibt denn auch der Hoffnung Raum, ‚durch wiederholten Gedankenaustausch die beiderseitigen Auffassungen bezüglich der deutschen Verfassungsfrage mehr und mehr in Einklang zu bringen'."

naturgemäße preußische Leitung der militärischen Kräfte in einem Kriege gegen Frankreich zu den erbittertsten Angriffen gegen die Patrioten geführt, welche diese historische Notwendigkeit äußerlich zur Darstellung bringen wollten, und schon das Wort der preußischen Hegemonie sei geeignet, die nervöse Reizbarkeit dieser Staatsmänner auf den höchsten Grad zu steigern. Er hatte in dem Duell gesiegt. Borries war in der öffentlichen Meinung unmöglich gemacht, und sein Name erhielt sich unter den mittelstaatlichen Ministern dieser Jahre durch einen besonders bösen Klang im Gedächtnis. Wenn aber Bennigsen geglaubt hatte, ihn dadurch zu stürzen, so war das eitle Hoffnung. Vielmehr hatte er ihn, wenigstens im Augenblicke, bei dem Könige gestärkt; denn dieser sprang selbst seinem geschmähten Minister zu Hilfe und erhob ihn in den Grafenstand. Damals schrieb Planck an Bennigsen: „Borries scheint den Sturm ja doch glücklich überstanden zu haben; durch die Unvorsichtigkeit, mit der er die geheimen Gedanken unsrer kleinstaatlichen Dynastien und ihrer reaktionären Räte verraten, hat er sich übrigens immerhin ein Verdienst erworben. Daß Ihre rastlose und aufopfernde Tätigkeit fortwährend von uns und allen Gesinnungsgenossen mit freudigem Danke verfolgt wird, brauche ich wohl nicht besonders zu versichern." [1])

Dieser fast persönlich zugespitzte [2]) Kampf zwischen Bennigsen und Borries hatte sich so sehr vor der breiten Oeffentlichkeit abgespielt, daß eine lebhafte publizistische Fortsetzung nicht ausbleiben konnte. Borries geriet in das Kreuzfeuer einer Flugschriftenliteratur. Eine Schrift „Ein offenes Wort an Herrn von Borries und seine Standesgenossen von einem Standesgenossen" [3]) stellte sich begeistert auf Bennigsens Seite. Das gab den Anlaß, daß der gewandteste publizistische Gehilfe der hannoverschen Reaktion, der ehemalige preußische Regierungsassessor Oskar Meding, [4]) im August 1860 die Angriffe der „Neuen hannoverschen Landeszeitung", denen er vermutlich nicht fernstand, wieder aufnahm und

[1]) Planck an Bennigsen, 22. Mai 1860.

[2]) Es war nicht Bennigsens Art, einen solchen Kampf subjektiv persönlich zu führen. Im Landtag von 1858 sagte er einmal: „Zu verschiedenen Malen sei er erinnert, persönliche Angriffe zu vermeiden. Er bitte aber zu glauben, daß ihm eine derartige Absicht gänzlich fernliege. Die Person des Herrn Ministers des Innern und dessen Kollegen sei ihm durchaus fremd; er habe es nur mit den öffentlichen Charakteren zu tun und mit dem Machteinfluß, den sie durch Förderung der Interessen der Aristokratie und des Beamtentums augenblicklich gewonnen haben." Uebrigens ist Borries trotz dieses harten Anpralls nach 1866 doch wieder in einen politischen Briefwechsel mit Bennigsen getreten.

[3]) Natürlich nicht von Bennigsen verfaßt, wie die Gegner verbreiteten. Als Verfasser bekannte sich im Jahre 1883 in einem Schreiben an Bennigsen A. von Regelein in Neuenburg (Oldenburg).

[4]) Die heutigen welfischen Urteile über ihn: von Hassell, Bd. II.

in einer anonymen Broschüre „Offener Brief an Herrn von Bennigsen" (58 Seiten, Hannover 1860) eine ganz persönliche Revanche für den Minister nahm. Die Schrift ist eines der gehässigsten und unwahrsten Pamphlete in der politischen Publizistik der Zeit und bildet, bis auf den heutigen Tag, das eigentliche Arsenal für das historische Urteil der Gegner Bennigsens.

Meding bezweifelt die Loyalität der Absichten oder wenigstens der Mittel in der hannoverschen Opposition Bennigsens: „Sie haben dem materiellen Kern der inneren Politik des Ministers von Borries faktische Vorwürfe nicht zu machen. Sie können es und wollen es auch gar nicht leugnen, daß unter seiner Verwaltung der Wohlstand des Landes sich hebt, daß der Verkehr sich entwickelt, daß die Industrie Fortschritte macht. Diese Tatsache leugnen, hieße der Wahrheit einen Faustschlag in das Gesicht zu versetzen, und dazu sind Sie, man könnte sagen, zu klug, ich will aber gern sagen, zu gerecht." Statt dessen ständig die unbewiesene Phrase von dem bureaukratischen Polizeiregiment des Ministers: „Sollte der ganze für Sie so unverzeihliche Fehler dieses ‚Systems' nicht vielleicht darin bestehen, daß eben dieses System und seine Träger nicht bereitwilligst aufstehen und Ihnen Platz machen? Unbefriedigter Ehrgeiz ist ein schlimmer Ratgeber, er sieht gern außerhalb die Gründe für das unerreichte Ziel, während dieselben doch stets in der inneren Schwäche liegen. So auch bei Ihnen. Sie haben eine leichte Auffassung, eine gewandte Reproduktion und könnten mit einiger ernster Arbeit sich auch später vielleicht die Fähigkeit zum Organisieren erworben haben, jetzt geht Ihnen dieselbe jedoch ganz ab, und weil Sie das — besser als irgendein andrer — tief und mit Verdruß empfinden, haben Sie sich in dem Dienst der Negation einen wohlfeilen Ruhm zu erwerben gesucht." „Sie bekämpfen die Regierung nicht, weil sie Rechte verletzt, sondern weil sie da steht, wo Sie stehen möchten." „Ihr ehrgeiziges mécontentement reißt Sie so weit fort, daß Sie Ihre Natur verleugnen, sich zum Hofschranzen der Mittelmäßigkeit und Beschränktheit machen." Und dann wird der anonyme Pamphletist zum Organe jener hannoverschen Edelleute, die Bennigsens politische Tätigkeit vor allem darum mit ihrem Hasse verfolgten, weil er einer der Ihren war: „Es mag dem modernen Reformjudentum und dem Advokatenliberalismus verziehen werden, zu verhöhnen, was vergangenen Geschlechtern unantastbar heilig war. Ihnen, dem alten Edelmann, ist es nicht zu verzeihen, wenn Sie den Altar verspotten, vor dem Ihre Vorfahren beteten, wenn Sie das Schwert mißachten, das Ihre Ahnen zu Rittern schlug." „Wenn Sie statt dessen mit daran arbeiten, dem Bauernstande seine innere und äußere Grundlage zu zerstören und an

die Stelle dieses gesunden Kerns der staatlichen Gliederung ein faules und nichtsnutziges Proletariat zu setzen, so werden Sie freilich — im Falle des Gelingens — ein vortreffliches Material der Revolution geschaffen haben." „Sie haben die misera contribuens plebs gegen Adel und Beamtentum ins Feld geführt." „Der Ruhm, der Ihnen zuteil werden kann, wird der des Herostrat sein, dem ebenfalls unbefriedigter Ehrgeiz die Brandfackel reichte."

Von dieser Grundauffassung eines politischen Charakters wird dann die deutsche Politik Bennigsens mit den seit langem seitens der offiziösen Presse gegen ihn ins Feld geführten Argumenten angegriffen. Zunächst wird das ganze Treiben mit Spott übergossen: „Man sieht einen Mann, der in der Tat Besseres zu tun Zeit und Fähigkeit hat, hin und her fahren, hier und dort Zusammenkünfte höchst unbedeutender Persönlichkeiten veranstalten, unter denen er dann vergleichsweise eine große Rolle spielt." Die Gewalt aber, die dahinter steht, die Bewegung, von der Bennigsen getrieben wird, statt daß er sie leitete, ist nach Meding die konsequente Demokratie; oder konkret gesprochen, scheinen die Führer des Nationalvereins komischerweise „eine Marionettenrolle in den Händen Kinkels" zu spielen. Gegen die Demokratie spricht, daß die monarchische Form die einzig konstante ist, „eine historische Tatsache, welche auf dem göttlichen Willen und der göttlichen Ordnung beruht"; die Verbindung von Liberalen und Demokraten ist so unmöglich, daß man entweder an dem Verstande Bennigsens oder an seinen guten Absichten zweifeln müsse; die vom Nationalverein geforderte Reform des Bundes ist unvereinbar mit dem Huldigungseide, vielleicht nicht juristisch, aber die zwingende Gewalt der Ereignisse wird dahin führen; das deutsche Parlament aber ist eine innerlich unhaltbare, unausführbare Idee.

Der Verfasser hatte kein Gefühl dafür gehabt, daß die geringste ehrenhafte Voraussetzung für einen so persönlich gehaltenen Angriff in dem Hervortreten mit der eignen Persönlichkeit gelegen hätte; aus dem Dunkel der Anonymität versuchte er die Ehre eines andern zu vernichten. Er konnte sich nur einen einzigen armseligen Beweggrund für Bennigsens Politik ausdenken: maßloser Ehrgeiz, verletzte Eitelkeit, leere Popularitätshascherei. Der Gedanke kam ihm gar nicht, daß in einem Menschen ideale Motive wirksamer als alle persönlichen Triebe sein können. Von dem hannoverschen Rechtsbruch, der Bennigsen zuerst in die Schranken gerufen hatte, wußte er so wenig wie von einem uneigennützigen Eifer für die Größe seines Vaterlandes. Er schrieb in einem fließenden und gewandten Advokatenstil, manchmal Bekümmernis heuchelnd, daß die schönen Gaben des andern für ein so übles Ziel vergeudet würden, aber der scheinbar maßvolle Ton deckte die perfideste

Verleumdung eines politischen Charakters. Wer die geschickte und glatte Mache näher ansah, erkannte, daß die Worte weder politische Gedanken noch sittliche Würde bargen, sondern hohl waren wie der Mann selbst, der, eben aus Preußen bezogen, sich eiligst in die Farben hannoverscher Legitimität gekleidet und die exklusivsten Adelsanschauungen angeeignet hatte. Es war derselbe Mann, der nach dem Jahre 1866 im Exil zu den gewissenlosen Helfern der wahnwitzigen hannoversch-französischen Revanchepläne — die er im Jahre 1860 so weit von der Hand wies — gehörte und sich hernach doch noch mit Bismarck wieder vertrug, so daß er zuletzt gar den Welfen als ein zum Unheil Hannovers entsandter preußischer Spion und der böse Dämon des Königs galt und von der politischen Publizistik zu der unschädlicheren Abfassung unwahrer „historischer" Romane überging. Das war die Feder, die Bennigsen zu vernichten versuchte. Die Welfen verleugnen sie heute, aber sie leben von ihren Argumenten.

Eine Antwort erschien unter dem Titel „Herr von Bennigsen und der Nationalverein" von Mathilde Raven, der Gattin eines zur liberalen Partei gehörigen Obergerichtsanwaltes in Celle.[1]) Ein in der politischen Publizistik ganz vereinzeltes Hervortreten einer Frau. Die Schrift deckte die innere Unwahrheit des Angriffs, dessen Urheber man wohl ahnte, mit Geschick und mancher glücklichen Wendung auf und verriet eine warme Hingebung an die Persönlichkeit Bennigsens, ohne eine eigne Beurteilung der zugrunde liegenden politischen Fragen zu bringen.

Die hannoversche Regierung begnügte sich mit der publizistischen Bekämpfung. Weiter zu gehen, etwa Bennigsen noch zum politischen Märtyrer zu machen, wagte sie doch nicht. Sie mußte sich bald darauf von ihren eignen Gerichtshöfen bescheinigen lassen, daß die ursprünglich geplante Verfolgung wegen Verletzung der Eidespflicht unmöglich sei. Die großherzoglich hessische Regierung hatte gegen einige Mitglieder des Nationalvereins zu Alzey eine Strafuntersuchung eingeleitet und stellte an die hannoversche Regierung das Ansinnen, Bennigsen in diesem Verfahren als Zeugen vernehmen zu lassen; dementsprechend verfügte das Amtsgericht zu Calenberg am 25. August 1860 die Vernehmung Bennigsens. Dieser aber, gestützt auf ein Gutachten Plancks,[2]) verweigerte die Zeugnisleistung und legte, um der drohenden Anwendung von Zwangsmitteln zu entgehen, Beschwerde bei der höheren Instanz ein.[3])

[1]) Ueber ihre schriftstellerischen Arbeiten: Pataky, „Lexikon deutscher Frauen der Feder", II, S. 169. Die Schrift erschien im Oktober 1860 in Koburg.

[2]) Planck an Bennigsen, 6. August 1860.

[3]) Bennigsen an Streit, 23. August 1860: „In der Untersuchung gegen die Rheinhessen aus Alzey bin ich schon einmal als Zeuge vorgeladen, habe aber

Diese aber, die Ratskammer des Obergerichts zu Hannover (Lichtenberg, Witte, von Rudloff) erkannte, nach Anhörung der Kronanwaltschaft, die Beschwerde Bennigsens am 12. September 1860 für berechtigt, weil, wie es in den Motiven hieß, „der um Rechtshilfe angegangene Richter, wenn er zu diesem Zwecke Zwang wider einen hiesigen Untertan anwenden will, zu prüfen hat, ob auch nach hiesigem Rechte ein Verbrechen vorliegt, nun aber in gegenwärtigem Falle diese Voraussetzung unbestrittenermaßen nicht zutrifft" u. s. w.

Die Entscheidung beweist, daß jede strafrechtliche Verfolgung Bennigsens wegen seiner politischen Agitation nach hannoverschen Gesetzen ein Unding war und daß eben darum die Regierung auf ihre anfänglichen Neigungen verzichtet hatte. Trotzdem wurde dieser Vorwurf zu einem Inventarstück in der Polemik der welfischen Gegner Bennigsens, die es bei jeder Gelegenheit, bis zum heutigen Tage hin, hervorzuheben belieben. Statt jeder weiteren Bemerkung sei hier die Abfuhr wiederholt, die Bennigsen im preußischen Abgeordnetenhause im Juni 1880 den Zentrumsführern von Schorlemer-Alst und Windthorst zuteil werden ließ, als sie die Präsidentschaft des Nationalvereins in Gegensatz zu der übernommenen Eidespflicht brachten. Bennigsen antwortete: „Wenn die Tätigkeit des Nationalvereins und meine Tätigkeit als Präsident desselben mit den von mir übernommenen Verpflichtungen gegen die Gesetze des hannoverschen Landes in Widerspruch gewesen wären, dann würde sich der Minister von Borries, mit dem ich sechs Jahre lang den heftigsten Kampf geführt habe, sich nicht geniert haben, mit den schärfsten Anklagen gegen mich vorzugehen. Es ist aber unmöglich gewesen, die Gesetze des Landes gegen mich und den Nationalverein anzurufen. Und wenn es anders gewesen wäre, wenn ich und der Nationalverein die Gesetze des hannoverschen Landes verletzt hätten, wo bleibt denn Herr Windthorst, der 1863 bis 1866 während dieser meiner Tätigkeit Justizminister war? Würde er seine Pflicht als Justizminister nicht schwer verletzt haben, wenn er mich in dieser gesetzwidrigen Tätigkeit ungehindert hätte weiter fortfahren lassen?"

Nun ist es freilich mit dem rein juristischen Maßstab zur Beurteilung dieser Dinge nicht getan. Der höchste Maßstab kann allein

aus diversen Gründen mein Zeugnis abgelehnt, halte mich, nach meiner juristischen Auffassung, bei mangelnden gesetzlichen oder vertragsmäßigen Bestimmungen in der Tat auch nicht verpflichtet zur Zeugnisablage. Auf übermorgen wird mir soeben eine zweite Ladung insinuiert, wonach ich gerichtlichen Bescheid auf meine Weigerung erhalten und dann eidlich abgehört werden solle. Soweit möglich, werde ich die Sache zur Entscheidung an das Obergericht bringen, da ich gar keine Lust habe, ohne Not in diesen Dingen mich durch beliebige auswärtige Requisition schikanieren zu lassen."

der Gesamtheit der politischen Bestrebungen Bennigsens entnommen werden. Je nachdem nun der einzelne über die Notwendigkeit und Heilsamkeit der Entwicklung urteilt, in der unser Volk aus hoffnungsloser Zersplitterung wieder einen nationalen Staat und eine Stellung in der Welt gewonnen hat, wird er zu Bennigsens deutscher Politik einen verschiedenen Standpunkt einzunehmen geneigt sein: aber je mehr unser Volk mit unserm neuen Reiche verwächst, desto einheitlicher und gerechter wird diese Würdigung der Nationalpartei von 1859 und ihres Führers ausfallen.

Bennigsen war kein Unitarier, der sich als letztes Ziel etwa das Aufgehen und Untergehen der deutschen Dynastien und Stämme in einem deutschen Einheitsreiche oder gar in einem Großpreußen gesteckt hätte. Was er wollte, war ein deutscher Bundesstaat unter preußischer Leitung und unter Beschneidung der Einzelsouveränitäten, soweit es im Interesse der Gesamtheit notwendig war: innerhalb dieser Grenzen aber wollte er den Staat Hannover unbedingt erhalten wissen. Gerade aus seiner hannoverschen Politik hatte sich ihm seine deutsche Politik ergeben. Der unmittelbare Zusammenhang zwischen der Frage der deutschen Einheit und den Fragen der Freiheit und des Rechts war gerade in Hannover die eindringlichste Lehre des letzten Jahrzehnts. Das wies jetzt Bennigsens Freund Planck in Sätzen nach, die ihm selbst aus der Seele geschrieben zu sein scheinen.[1]) Denn solange die deutsche Bundesverfassung bestand, war an eine Wiederherstellung des Rechts und einen politischen Fortschritt in Hannover nicht zu denken: „Der Bundestag muß die Bundesbeschlüsse entweder zurücknehmen oder muß selbst zu existieren aufhören, das sind die einzigen Wege, auf denen Hilfe gefunden werden kann. Das erstere ist, solange die jetzige Bundesverfassung nicht in ihren Grundfesten erschüttert und eine allgemeine Umgestaltung vor der Tür ist, nicht zu erwarten. Die deutschen Dynastien haben im Laufe der Zeit den ursprünglich zu andern Zwecken errichteten Bund zu einer Versicherungsanstalt ihrer Rechte und ihrer Machtstellung gemacht. In organisierter Verbindung mit gleichen Interessen stehen sie dem Volke, das ohne solche Verbindung ist, gegenüber.[2]) Getrennt, ohne Zusammenhang, reibt dieses in den einzelnen Ländern in Einzelkämpfen seine Kräfte auf. Die einzelne

[1]) Zur hannoverschen Frage. „Wochenschrift des Nationalvereins", 1860, Nr. 23 ff. Sonderabdruck Koburg 1860.

[2]) Man vergleiche dazu die ganz ähnlichen Sätze in dem Entwurf, den Bismarck am 9. April Schleinitz vorlegte: „Tatsächlich scheint die Wirksamkeit des Bundes mehr und mehr der Richtung wieder anheimzufallen, welche ... die Aufgabe des Bundes mehr in Vorsichtsmaßregeln der Regierungen gegen ihre Untertanen als im Schutze der Gesamtheit gegen das Ausland sucht" (Bismarck-Jahrbuch VI, S. 99 ff., dazu Bismarcks Briefwechsel mit Schleinitz S. 63).

Dynastie, welche dem Andrange der öffentlichen Meinung und der Macht der Verhältnisse einen Augenblick weichen muß, zieht sich auf den Bund zurück ... Hätte Preußen diejenige Haltung, welche es jetzt einnimmt, 1855 beobachtet, so würde die hannoversche Regierung ihre Oktroyierung nicht gewagt haben. Mit Recht sieht daher die liberale Partei Hannovers in der nationalen Bewegung zugleich das einzige Mittel, um Hannovers besonderen Schaden zu heilen. Wird Deutschland geholfen, so ist auch Hannover geholfen."

Es finden sich zwar Aeußerungen Bennigsens, die weiter zu gehen scheinen. Wir sehen dabei ganz davon ab, daß er als junger Mensch während der Revolution von 1848/49 und in der Erbitterung nach dem Rückschlag sich radikaler in dieser Frage geäußert hat; eher könnte man darauf hinweisen, daß auch in Briefen der folgenden Jahre, bis nach 1866 hin, sich gelegentlich Wendungen des Unmuts finden, die ihn als einen radikalen Unitarier erscheinen lassen. Aber das alles wiegt sehr leicht, wenn man solche Aeußerungen im Zusammenhange prüft. Bennigsen schrieb sich im Groll gern starke Worte von der Seele, hinter denen nicht ein ebenso starker Wille stand; und er war nichts weniger als ein Mensch, der etwa weitgehende Endziele dauernd durch sanfte Mittel und diplomatische Künste diabolisch verhüllt hätte. Er ist doch nur nach dem zu beurteilen, was er in diesen Jahren positiv erstrebt hat: und das liegt — auch wenn er die dynastischen Stellungen berannte, um sie gefügig zu machen — doch innerhalb der Sphäre des konstitutionellen kleindeutschen Bundesstaats.[1]) Er war viel zu sehr Hannoveraner, um ein Unitarier par excellence werden zu können.[2]) Man mag einen Zweifel darein setzen, ob das Verfolgen seines Weges ihn nicht über seine Ueberzeugung hinweg zu ihm selbst unerwünschten Konsequenzen führen konnte: aber diese Konsequenzen fallen in Wirklichkeit auf ein andres Schuldkonto. Die Politik, die Bennigsen von der Erklärung des 19. Juli 1859 bis zu seiner letzten hannoverschen Kammerrede im Juni 1866 vertreten hat, würde dem Staate Hannover so gut wie den übrigen Bundesstaaten seine Existenz im heutigen Reiche gewährleistet haben.

---

[1]) Noch in einer Rede vom 8. Juni 1889 erklärte er: „Ich bin von jeher ein Freund der bundesstaatlichen Einrichtung gewesen unter Aufrechterhaltung, wenn auch Einschränkung der Souveränität der Einzelstaaten. Ich habe diese Auffassung im Nationalverein vertreten, wo sie siegreich vertreten gewesen ist, und ich habe sie in der hannoverschen Kammer vertreten."

[2]) Wie es Fr. Thimme, Zeitschrift für die Geschichte Niedersachsens, Jahrgang 1906, in beachtenswerter Weise zu begründen sucht.

Während auf der einen Seite die unbedingten Anhänger der preußischen Hegemonie, die Kleindeutschen, den Versuch machen, sich mit den prinzipiell verwandten Elementen des Nationalvereins zu einer gemeinsamen Aktion in der savoyischen Frage gegen Napoleon zusammenzuschließen, sehen wir auf der andern Seite auch Großdeutsche mit den führenden Männern des Nationalvereins Fühlung suchen. In diesen Zusammenhang gehören die merkwürdigen Versuche von Hermann Orges, durch persönliche Verhandlung mit Bennigsen ein Aneinanderrücken der im Grunde so verschiedenen Parteien herbeizuführen, gewissermaßen die Kluft zwischen Großdeutschen und Kleindeutschen zu überbrücken und damit der noch im Flusse begriffenen Parteienbildung in Deutschland eine andre Wendung zu geben. Orges war, Braunschweiger von Geburt, früher (bis 1848) preußischer Offizier gewesen, dann von 1854 bis 1864 in der Redaktion der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" und als solcher einer der einflußreichsten und gewandtesten großdeutschen Publizisten; von dem Rechte seiner Sache innerlich überzeugt, suchte er gerade in diesen Monaten zur Ausnutzung der durch die savoyisch-schweizerische Frage geschaffenen Situation auf eigne Faust Politik im großdeutschen Sinne zu treiben.[1]) In einem Schreiben von ungewöhnlichem Umfange, das er am 27. März[2]) an Bennigsen richtete, entwickelte er seine Ueberzeugungen, die großenteils illusionäre Gedankenwelt, in der die Großdeutschen lebten: ein Dokument, das zugleich den Beweis liefert, welcher Patriotismus auch in den besten Männern des andern Lagers lebte. Er schloß mit einem persönlichen Appell: „Ich bitte Sie aber zu glauben, daß wir Großdeutschen nicht minder patriotisch denken wie Sie und auch kein andres Ziel haben als Deutschlands Macht, Freiheit, Würde. Werden wir's erkämpfen? Schwerlich, aber nach uns kommen andre, tue jeder seine Schuldigkeit. Men are mere relays on the road of life, when one sinks, wearied or worn out, a fresh one comes forth, ready to take his place in the traces. Ihre große Kraft unserm Ziel zu gewinnen, unsrer Taktik, das ist's, was ich möchte. Im Grunde wollen wir ja alle dasselbe, nur über den Weg dahin sind wir uneinig. Haben Sie die Erfahrungen der jüngsten Zeit so angeschaut wie ich, dann dürften vielleicht meine flüch-

[1]) Ottokar Lorenz, Aus dem Briefwechsel von Hermann Orges in: „Biographische Blätter", herausgegeben von A. Bettelheim, I, S. 339 bis 352 (1895). Diese Berichte sind übrigens, was Lorenz in seinen Bemerkungen etwas im dunkeln läßt, augenscheinlich an den Kabinettschef des Herzogs Ernst von Koburg, Herrn von Meyern, gerichtet und für den Herzog selbst bestimmt. Vgl. außerdem über Orges: Ed. Heyck, „Die Allgemeine Zeitung 1798 bis 1898".

[2]) Veröffentlicht „Deutsche Revue", Bd. 30, 3, S. 188—197.

tigen Andeutungen unsers Standpunktes, unsrer Ziele, unsrer Prinzipien einigen Wert für Sie haben. Vielleicht findet Ihr Takt, Ihr Patriotismus einen Weg, auf dem wir uns vereinen können."

Die Antwort Bennigsens auf diesen Versuch der Ueberredung ist leider nicht aufzufinden. Wie er jedoch zu diesen Anträgen stand, erhellt aus dem Briefwechsel, den er gleichzeitig mit dem Kabinettssekretär des Herzogs Ernst von Koburg, Bollmann, pflog. Es ist nämlich kein Zweifel, daß Herzog Ernst in diesen Monaten mit den Bestrebungen von Orges sympathisierte und in dauernder Verbindung mit ihm stand; auch er glaubte jetzt wieder dem Traumbild eines Zusammenwirkens von Oesterreich und Preußen gegen Frankreich nachjagen zu können, zum großen Kummer seines Freundes, des kleindeutsch-preußischen Parteimannes Gustav Freytag; er versuchte daher den von dem entgegengesetzten Grundgedanken ausgegangenen Nationalverein und namentlich Bennigsen selbst in diesem Sinne zu beeinflussen und eine politische Annäherung zwischen ihm und Orges zustande zu bringen. Der Herzog pflegte an Bennigsen nicht persönlich, vielmehr nicht bloß durch die Hand, sondern auch mit der Unterschrift seines Kabinettssekretärs Bollmann zu schreiben. Dieser aber, ein unzuverlässiger Mensch, der hinterdrein dem Herzog vielen Aerger bereitete und nach wenigen Jahren ein übles Ende fand, war nicht abgeneigt, gelegentlich auch etwas Privatpolitik zu treiben und seine dienstliche Stellung zu mißbrauchen;[1] im nächsten Jahre wuchs er sich bedenklich aus. Immerhin ist es bei dem folgenden Briefwechsel keine Frage, daß Bollmann zum Teil nach dem Diktat oder mindestens nach den Intentionen des Herzogs Ernst schrieb. Auch die Antworten Bennigsens sind für den Herzog bestimmt und von diesem so aufgefaßt worden.[2] Wir dürfen das Folgende somit als Briefwechsel zwischen dem Herzog und Bennigsen bezeichnen.

Bollmann an Bennigsen.

Gotha, 22. April 1860.

Das Verhalten der Londoner Flüchtlinge in diesem Augenblicke, das fast krankhafte Drängen derselben, Fragen, wie die schleswig-holsteinische, zum eigentlichen politischen Brennpunkte des Tages zu machen, kommt mir so sonderbar vor, daß ich es für meine Pflicht halte, Sie

[1] Vgl. dazu E. Tempeltey, Gustav Freytag und Herzog Ernst von Koburg im Briefwechsel, S. 125, 128.

[2] Die Antworten Bennigsens wurden von dem Herzog zu seinen Kabinettsakten genommen und sind zum Teil bereits in seinem Memoirenwerk, ohne daß der Name des Sekretärs genannt würde, benutzt worden.

darauf aufmerksam zu machen. Es kann nicht im deutschnationalen Interesse liegen, diese oder die kurhessische Frage jetzt en vogue zu bringen, indem alle beiden Angelegenheiten ganz dazu angetan sind, Napoleon in die Hände zu arbeiten. Beide Fragen isolieren uns, beide Fragen überliefern uns der Gefahr des elendesten diplomatischen Gewäsches und Notenwechsels und sind dem Gewalthaber an der Seine die willkommensten Anknüpfungspunkte zu einem uns feindlichen Intervenieren. Es gibt für den Augenblick nur eine Frage, die einigermaßen imstande ist, Napoleon wenigstens annähernd ein Paroli zu bieten. Das ist die savoyisch-schweizerische. Diese muß ausgebeutet werden, und diese bietet auch alle Momente zu einer einmütigen nationalen Kundgebung dar. In betreff dieser Frage sind alle Parteien bis auf die bonapartistisch-demokratische einig. Meine Meinung ist nun die, diese Frage zu einer nationalen, antibonapartistischen Demonstration vermittels einer öffentlichen Erklärung der Parteiführer, vermittels Volksadressen u. s. w. auszubeuten. Zu diesem Zwecke habe ich bereits an Prinz Wilhelm, an Orges und nach London geschrieben.[1]) Hoffentlich werde ich bald im Besitze der Antworten sein, wie ich ebenso hoffe, daß Sie die Güte haben werden, mir recht bald Ihre Ansichten über diesen Punkt mitzuteilen. Es würde, wie ich glaube, ein großer Vorteil sein, wenn der Konflikt mit dem und der Kampf gegen den Napoleonismus zuerst wo anders als am Rhein ausbräche. Es würde dies Napoleon viel mehr schaden, indem dann der Charakter des Krieges ein ganz andrer würde. Damit würde zugleich auch die hundsföttische Resignation gewisser süddeutscher Bevölkerungen zum guten Teil in nationale Courage umgewandelt und die Rheinbundsgelüste gewisser süddeutscher Regierungen wenigstens in etwas niedergehalten werden ... Ich halte für nötig, daß wir beide mit Orges, der unter der großdeutschen Partei viele und bedeutende Verbindungen hat, in den nächsten Tagen einmal hierüber mündlich verhandeln.

Bennigsen an Bollmann.[2])

Hannover, 26. April 1860.

Wenn es möglich wäre, Napoleon über die savoyisch-schweizerische Angelegenheit in einen Krieg zu verwickeln, so würde das Deutschlands

---

[1]) Dieser Satz macht es unter anderm ganz unzweifelhaft, daß der Herzog hier persönlich spricht. Es ist Prinz Wilhelm von Baden, der Schwager Herzog Ernsts, gemeint.

[2]) Das Schreiben ruht im herzoglich sächsischen Haus- und Staatsarchiv in Koburg (Politische Akten und Korrespondenzen 1860, Vol. II. — A I 28 b 17 B I a Nr. 35). Ich darf dem herzoglich sächsischen Staatsministerium in Gotha,

und Preußens Lage wesentlich verbessern. Eine vollständige Isolierung wäre bei uns bei dem doch unvermeidlichen Kampfe mit dem Bonapartismus in diesem Falle unwahrscheinlich. Eine großartige Agitation im deutschen Volke zugunsten der bedrohten Schweiz wäre wohl geeignet, die Schweizer in ihrem Widerstande zu ermutigen. Hätte dieselbe zugleich ein entschiedenes Auftreten der deutschen Regierungen für die Schweiz zur Folge, so würde die Schweiz möglicherweise bis zu einer militärischen Besetzung von Chablais und Faucigny getrieben werden, welche ein Zurückweichen für Napoleon sehr erschweren und den Ausbruch des Krieges einer europäischen Koalition gegen Frankreich herbeiführen könnte.

Die rechte Zeit für eine solche Bewegung war vor drei bis vier Wochen, als die Napoleonischen Pläne offenkundig wurden. Wie Sie selbst besser als ich wissen, hat man bei den deutschen Regierungen den Plan, die Schweiz zunächst diplomatisch zu ermuntern und zu stützen, eventuell militärisch zu verteidigen, nicht akzeptiert. Die Aeußerungen Ihres Herrn ließen darüber keinen Zweifel, daß man in Berlin die Angelegenheit nicht für geeignet oder den Zeitpunkt noch nicht für gekommen hielt, einen Konflikt mit Frankreich herbeizuführen. Oesterreichs Zurückhaltung war zweifellos und in England verkannte man entweder die Bedeutung oder glaubte sich noch nicht hinreichend gerüstet. Eine kräftige Bewegung der Gemüter in Deutschland konnte vielleicht eine Aenderung in der Auffassung der Kabinette herbeiführen. Für eine solche Bewegung war aber die Stimmung in Süddeutschland, wo man der Schweiz nahe genug ist, um ein gemeinsames Interesse lebhaft zu fühlen, viel zu flau infolge der gescheiterten Agitation des vorigen Jahres. Der Bevölkerung Norddeutschlands, unerfahren wie sie ist in allen großen europäischen Fragen, war die Gefahr in der Schweiz viel zu wenig auf den Leib gerückt.

Jetzt ist schon viel Zeit versäumt. Die beispiellosen Erfolge der bonapartistischen Agenten in Savoyen werden lähmend auf die Schweiz wirken. Sämtliche Großmächte haben ihre flauen Erklärungen, auf einem Kongresse Garantien für die Schweiz bei der Inkorporierung von ganz Savoyen in Frankreich ausfindig machen zu wollen, abgegeben, zum Teil bereits veröffentlichen lassen. Ich erwarte unter diesen Umständen wenig von einer Agitation, welche mehr bezweckt als das Verständnis wach zu halten, welche, wie Sie beabsichtigen, in diese An-

das mit Genehmigung Seiner Durchlaucht des Regenten der Herzogtümer Sachsen-Koburg und Gotha mir die Benutzung erlaubte, und der besonderen Liebenswürdigkeit des Herrn Archivars Dr. Krieg in Koburg meinen ergebensten Dank sagen.

gelegenheit noch tatkräftig eingreifen soll. Freilich kann eine unerwartete Tatsache jeden Augenblick einen Konflikt herbeiführen, und es ist daher sehr geraten, in nächster Zeit auf die Eventualitäten vorbereitet zu sein, namentlich über gemeinsame Maßregeln, Kundgebungen, Massendemonstrationen sich vorher zu verständigen . . .

Was Ihren Vorschlag einer Verhandlung mit Herrn Orges und den Großdeutschen und die damit in einiger Verbindung stehenden Aeußerungen über die kurhessische und schleswig-holsteinische Angelegenheit betrifft, so bedaure ich, nicht Ihrer Meinung sein zu können. Eine[1]) Konferenz mit Herrn Orges würde mir unter Umständen durchaus erwünscht sein. Mit ihm zusammen in diesem Augenblick eine Agitation gegen den Bonapartismus zu veranstalten, kann ich aber nicht zweckmäßig finden. Ich habe gar kein Verständnis dafür, daß, wie die Augsburger Zeitung will, der Bonapartismus zu besiegen sei durch eine Koalition auf Grundlage des formellen Rechts der Verträge von 1815 und der Legitimität. Eine Verständigung der kleindeutschen und großdeutschen Politiker wäre zwar ebenso segensreich wie eine Allianz zwischen Preußen und Oesterreich. Daß beides so erschwert ist, ist allerdings Wasser auf Napoleons Mühle. Bei der überlieferten Politik Oesterreichs und den an diese sich anlehnenden Illusionen und Prätensionen der Großdeutschen und Ultramontanen ist ein richtiges Erkenntnis für die Voraussetzungen einer solchen Allianz und Verständigung nicht anders denkbar, als daß Preußen und die sog. kleindeutsche Partei fest und entschlossen auf demjenigen besteht, was für eine nationale Kräftigung Deutschlands notwendig ist. Für das preußische Gouvernement ist es ohnehin nach den letzten Verhandlungen im Abgeordnetenhause, nach den Erklärungen von Schleinitz und Hohenzollern unmöglich, in der kurhessischen Frage, welche ja eine politische Bedeutung hat, die über die kurhessische Verfassungsstreitigkeit weit hinübergreift, den eingenommenen Standpunkt fahren zu lassen. Ich habe im vorigen Jahre lebhaft beklagt, daß Preußen nicht ohne große Umstände neben Oesterreich gegen den 2. Dezember Front machte. Das Scheitern der ganzen Agitation, welche in solcher Lebhaftigkeit schwerlich zum

[1]) Das Stück des Briefes „Eine Konferenz mit Herrn Orges" — „für eine nationale Kräftigung Deutschlands notwendig ist", ist bereits in den Memoiren des Herzogs Ernst, Bd. III, S. 26 f., mitgeteilt (dort ist versehentlich „kleindeutschen und großdeutschen Politik" statt „Politiker" gedruckt), nur mit der unrichtigen Angabe, der Brief Bennigsens sei an Herrn von Meyern statt an Bollmann gerichtet — übrigens auch ein Beweis dafür, daß der fürstliche Memoirenschreiber, der seinen Kabinettschef als Adressaten des Briefes statt seines ehemaligen Kabinettssekretärs einsetzte, diesen Brief als an sich selbst gerichtet ansah.

zweiten Male produziert werden könnte, muß uns aber doch darüber klarmachen, mögen wir auch zehnmal den Bonapartismus für einen gefährlicheren Feind halten als die ganze österreichische Bundes- und Konkordatspolitik, daß die Erinnerungen an die Korruption des ersten Napoleon in Norddeutschland nicht ausreichen, um eine Allianz mit dem unveränderten habsburgischen System den Norddeutschen, namentlich aber der preußischen Bevölkerung schmackhaft zu machen. Es würde eine arge Illusion sein, wenn man glaubte, dieses Verhältnis ändern zu können, so sehr wir auch eine große Schwäche Deutschlands gegen das jetzige Frankreich in diesem Gegensatze erkennen mögen.

Wie weit die neuesten Ereignisse in Oesterreich, das anscheinende Aufgeben der Schwarzenbergischen Einheitspolitik und die anscheinende Rückkehr zum Föderalismus mit obligater Kajolierung der Altkonservativen, eine Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen erleichtern, vermag man wohl noch nicht zu übersehen. Die österreichischen Finanzen, welche der (am Schlage oder durch Selbstmord?) verstorbene Minister Bruck vergebens zu kurieren versucht hat, enthalten in ihrer Zerrüttung so ausgezeichnete Chancen für eine gesunde preußisch-deutsche Politik, daß ich meines Orts die Hoffnung noch nicht aufgebe, daß die Bedingungen für die österreichisch-preußische Koalition gegen Frankreich auch andre als habsburgische Interessen berücksichtigen.

Bollmann an Bennigsen.

Gotha, 27. April 1860.

Sie haben leider, sehr wahrscheinlich durch Schuld meiner flüchtigen Darstellung, mich falsch verstanden. Meine Absicht war einzig die, die verschiedenen Fraktionen zu veranlassen, sich in betreff der Schweizer Frage im gleichen Sinne zu äußern, um dadurch der preußischen Regierung den Eindruck zu verschaffen, daß sie bei einem Vorgehen gegen Napoleon in dieser Richtung auf nationale Sympathien zu rechnen hat. Voilà tout. Wieweit das jetzt noch möglich ist, wage ich nicht zu entscheiden. Jedenfalls möchte aber eine ausführliche Besprechung jetzt als dringend geboten erscheinen. Als Versammlungsort könnte, sollten Sie auf mich rücksichtigen, nur Gotha in Betracht kommen, da ich jetzt die gesamten Kabinettsgeschäfte allein zu besorgen habe und mich somit von Gotha nicht entfernen kann. Es würden dann also Sie, Fries und Streit nach hier kommen. Wollen Sie Orges sehen? Schreiben Sie mir, damit ich ihn auffordern kann, nach hier zu kommen. Der Verkehr mit Orges ist keine Aufgabe des Programms, wie überhaupt, um den weiteren Gesichtspunkt ins Auge zu fassen, die Ausführung meines Vorschlags dies gar nicht nötig gemacht hätte.

*

Die Zusammenkunft von Bennigsen und Orges, auf die der Herzog anscheinend mit Nachdruck hingewirkt hatte, fand am 13. Mai 1860 in Gotha statt. Bei der gänzlich ablehnenden Haltung, die Bennigsen von vornherein gegenüber diesen Velleitäten eingenommen hatte, konnte sie nicht anders als resultatlos verlaufen. Die „Wochenschrift des Nationalvereins" berichtet darüber am 8. Juli: „Mehrere Blätter brachten vor kurzem eine Notiz, wonach Herr Dr. Orges, Mitredakteur der ‚A. A. Z.', eine Konferenz mit Herrn von Bennigsen gehabt habe, infolge deren beide Teile ‚sehr zufrieden auseinander gegangen' seien. Da in einigen Korrespondenzen allerlei wunderliche Folgerungen an die fragliche Unterredung geknüpft werden, so ist es vielleicht am Platze, das Wahre an der Sache in möglichster Kürze mitzuteilen. Herr Dr. Orges hatte durch dritte Hand seinen Wunsch mitteilen lassen, einmal mit dem Vorstand des Nationalvereins eine Unterredung zu haben, woraufhin er in Kenntnis gesetzt wurde, daß hierzu aus Anlaß der am 13. Mai in Gotha abzuhaltenden Vorstandssitzung eine Gelegenheit gegeben sei. Herr Orges erschien denn auch, und man unterhielt sich mit ihm ein paar Stunden über die Tagesfragen; damit ist die Geschichte zu Ende. Zu irgendeinem praktischen Ergebnis konnte diese kurze Konversation natürlich nicht führen. Eine Unterredung übrigens unter vier Augen hat zwischen Herrn Orges und Herrn von Bennigsen gar nicht stattgefunden."

Der Briefwechsel zwischen Bennigsen und dem koburgischen Kabinett in den nächsten Wochen zeigt, daß der Herzog noch wiederholt den Versuch machte, den Präsidenten des Nationalvereins zu einer Parallelaktion mit den Großdeutschen nach den Ideen von Orges zu veranlassen, und verschiedene Möglichkeiten einer gemeinsamen Agitation anregte; der minder sanguinische Bennigsen aber fuhr fort, sich allen Kombinationen zu widersetzen, die den kleindeutsch-preußischen Kern der Bestrebungen des Nationalvereins in heilloser Weise verfälscht haben würden.

Vollmann an Bennigsen.

Schloß Kallenberg bei Koburg, 17. Mai 1860.

In betreff der Mainzer Angelegenheit sind die nötigen Befehle an das Ministerium erlassen worden, und Sie werden somit in den nächsten Tagen das Gewünschte durch mich erhalten . . . Apropos! Was denken Sie von Orges? Wir haben über ihn, wie Sie sich erinnern, nicht einmal sprechen können. Schreiben Sie mir doch gütigst recht bald darüber. Schwebt Ihnen jetzt irgendein Punkt vor, der sich als Anhaltspunkt für eine gemeinsame Kundgebung benutzen ließe? Es würde mir sehr angenehm sein, wenn Sie auch darüber schrieben, überhaupt, wenn

wir jetzt in einen regeren Verkehr träten. Das Eppur si muove läßt sich in der Politik nur dann gebrauchen, wenn man selber tüchtig die Hände rührt. Wir müssen vorwärts, denn jeder Stillstand ist jetzt mehr als je ein Rückschritt.

Schloß Kallenberg bei Koburg, 17. Mai 1860.

Verzeihen Sie, daß ich Ihnen in einem Atem mit zwei Briefen auf den Leib rücke. Aber der nationale Dienst ist nach Reyschers Meinung ein schwerer Dienst, und so müssen Sie denn bon gré mal gré sich schon der langweiligen Mühe unterziehen, beide zu lesen. Ich möchte Sie nämlich auf den Gortschakoffschen Schachzug mit der orientalischen Frage[1]) ganz besonders deshalb aufmerksam machen, weil dieser Vorgang doch wohl nur ein Beweis dafür ist, daß Napoleon in der letzten Zeit wirklich eine Aktion Englands zugunsten Preußens (für den Fall eines französischen Angriffs auf Preußen) fürchtete und somit durch das Mittel der orientalischen Frage all und jede derartigen englischen Anstrengungen paralysieren zu müssen glaubte. Somit hätte das Benehmen Gortschakoffs für Deutschland vielleicht eigentlich die Bedeutung des Herannahens eines französisch-preußischen Konfliktes. Welches Mittel der Mann des 2. Dezember in Bewegung setzen wird, um den Konflikt herbeizuführen, weiß ich nicht, als wahrscheinlich will mir jedoch ein Vorschieben Dänemarks erscheinen. Uebrigens ist dies auch gleichgültig, für uns kommt es darauf an, für alle Eventualitäten gerüstet zu sein.

Wenn nur nicht wieder die öffentliche Meinung durch falsche, korrumpierte, scheinbar liberale Ansichten, die dann französische Agenten oder kurzsichtige deutsche Zeitungsschreiber in die Presse brächten, von dem eigentlichen Kernpunkte abgezogen wird. Die Heidelberger Erklärung hat eine vortreffliche Wirkung geübt. Sollte sich vielleicht rücksichtlich der orientalischen Frage nicht auch etwas derartiges bewerkstelligen lassen? ... P. S. Vielleicht wäre eine Erklärung in dem Sinne von Nutzen, daß jetzt Preußen, welches damals durch Manteuffel verhindert worden wäre, mit den Westmächten für die Türkei einzutreten, im Falle eines Angriffes auf dieselbe mit England für dieselbe eintreten müsse.[2]) Würde Napoleon seiner früheren Ansicht untreu werden, so würde sich auch in dieser Beziehung der französische Cäsar als Phrasenheld vor aller Welt decouvrieren.

[1]) Fürst Gortschakoff hatte am 5. Mai 1860 die Vertreter der Großmächte versammelt und ihnen eine Erörterung der Lage der Christen in der Türkei empfohlen.

[2]) Also ein Eintreten für die Türkei eine Aufgabe für — die preußische Politik und die deutsche Nationalpartei! Ob koburgisch-englische Wünsche dahintersteckten?

Bennigsen an Bollmann.[1])

Hannover, 26. Mai 1860.

Ich habe einige Tage mit der Beantwortung Ihrer beiden Mitteilungen gewartet, weil ich für möglich hielt, daß das Vorschreiten von Rußland und Frankreich in der orientalischen Verwicklung dann deutlicher zu übersehen sein würde. Man ist aber heute geradeso klug als vor acht Tagen. Mir scheint, Frankreich beabsichtigt allerdings, England vom Rhein auf den Orient abzuleiten. Dagegen hat England mit Hilfe Garibaldis Frankreich wieder neue Arbeit und Verwicklung in Italien bereitet. Für uns wird es von der größten Bedeutung sein, wenn überhaupt eine feste Grundlage für eine europäische Politik gegen Frankreich und Rußland gewonnen wird, eine Politik, welche nicht die Schweizer und Rhein- und orientalische Frage vereinzelt, sondern diese mitsamt der schleswigschen und den andern schwebenden Fragen gemeinschaftlich nach eignem großem Plane behandelt. Dazu ist aber eine Vereinigung nötig nicht bloß zwischen Preußen und England, sondern mindestens zwischen Preußen, Deutschland, Belgien, Holland, Schweiz und England. Selbst in diesem günstigen Falle können wir aber nur auf partielle Erfolge und Vorbereitungen rechnen, solange nicht Oesterreich mit herangezogen wird. Wie ist das aber möglich, jetzt und auf lange Jahre? Es wird noch viel Unglück passieren müssen, ehe eine Verständigung mit Oesterreich erreicht wird. Oesterreich muß sehr wesentliche Aenderungen in seinem politischen System vornehmen und der dickköpfige Liberalismus in Deutschland und England noch manche bitteren Erfahrungen eingesammelt haben, damit es möglich wird, zur Erkenntnis des gemeinsamen Interesses und zu einem gemeinschaftlichen praktischen Programm zu kommen.

In diesem Augenblicke sehe ich, bei dem großen Mangel einer richtigen Auffassung über die europäischen Verhältnisse, aus dem Nichthervortreten einer unmittelbaren Gefahr, welche den deutschen Michel allein munter machen wird, keine Möglichkeit einer umfangreichen Agitation, welche ein positives Programm der auswärtigen Politik zum Gegenstand hätte.

Wenn ich die Mitteilungen über die Bundesfestungen noch in der Pfingstwoche erhalte, so wäre es mir noch möglich, dieselben — unter Umständen — zum Gegenstand einer Interpellation zu machen. Vierzehn Tage nach Pfingsten werden unsre ständischen Arbeiten beendet sein.

Sind Sie vielleicht in der Lage, mir etwas Bestimmtes — zu

---

[1]) Herzoglich sächsisches Haus- und Staatsarchiv. Aus politischen Akten und Korrespondenzen 1860, Vol. II. — A I 28 b 17. B I a Nr. 35.

meiner Instruktion — darüber mitzuteilen, welche Stellung Oesterreich und Belgien zu der herannahenden französisch-orientalischen Verwicklung einnehmen werden? Es scheint fast, als ob Oesterreich nicht aufgefordert ist von Rußland und Frankreich, sich bei der Beute im Orient zu beteiligen, oder doch keine Neigung gezeigt hat, auf eine solche Verbindung einzugehen.

Bollmann an Bennigsen.

Schloß Kallenberg, 30. Mai 1860.

Ich verfehle nicht, Sie auf den Orgesschen Artikel über den Nationalverein in der gestrigen Abendausgabe der „Allgemeinen Zeitung" aufmerksam zu machen, da derselbe einen Vorschlag zur Annäherung an die großdeutsche Partei vermittelst einer Programmänderung auf Grund der Thronrede des Prinzregenten enthält. Wie weit Sie diesem Vorschlage Wert beilegen, weiß ich nicht, nur will er auf den angegebenen Grund hin etwas sehr bedenklich erscheinen, da dieser Punkt seine zwei Seiten hat; aber jedenfalls wäre es interessant zu wissen, ob Orges mit diesem Vorschlage im Auftrage der großdeutschen Partei gehandelt hat oder nicht. Zu diesem Zwecke schreibe ich gleichzeitig mit diesem Briefe an ihn. Tun Sie in andrer Form und unter Vorschiebung einer Nebenabsicht das Gleiche, wenn Sie mit mir auf ähnliche Weise denken. Hat er auf eigne Faust gehandelt, so müssen wir abwarten, ob sich die Großdeutschen regen und in ihrem Programm den beregten Gedanken ventilieren, um daraus zu erkennen, ob sie ihn wenigstens nachträglich zu dem ihrigen machen. Vielleicht läßt sich dann irgendein Anknüpfungspunkt finden, der nicht so gefährlich ist als der von Orges vorgeschlagene.

Schloß Kallenberg, 31. Mai 1861.

Orges schreibt mir, daß er in Konsequenz seines Artikels über den Nationalverein (den ich in meinem Briefe an Sie berührte) einen großen, allgemeindeutschen Verein gründen wolle, der unter neun Männern stände, drei Preußen, drei Oesterreichern und drei Deutschen. Wen er unter den drei letzten im Auge hat, gibt er an: Sie, H. von Gagern und Gr. von Lerchenfeld. Die andern nennt er nicht. Die Art und Weise seiner Auffassung schließt, soweit sich die Sache bis jetzt überblicken läßt, das Fortbestehen des Nationalvereins nicht aus. Er verspricht noch Detail, und dann können wir ja ausführlich, wenn Sie hier sind, darüber sprechen. Er sagt, um Ihnen wenigstens einen Anhalt zu geben, daß der Verein gegründet werden solle „zur Wahrung und Förderung der Unabhängigkeit und Freiheit Deutschlands und des

deutschen Volkes". — „Dieses ist das ganze politische Programm, unbestimmt, um alle zu fassen, und äußerst freisinnig." — „Programm äußerst freisinnig" — „Zwecke äußerst konkret" — „Geschäftsordnung äußerst konservativ".

Unter den vielen Versuchen deutscher Patrioten, eine gemeinsame politische Aktion des deutschen Volkes nach außen hin, zur Abwendung der von Napoleon drohenden Gefahren, zustande zu bringen — Versuchen, die während des Jahres 1860 sich bald mit den Bestrebungen des Nationalvereins kreuzten, bald mit ihnen parallel liefen —, ist schließlich derjenige des ehemaligen preußischen Ministers Freiherrn Heinrich von Arnim zu nennen, aus Anlaß der savoyischen Frage eine Zusammenkunft von Landtagsabgeordneten aller deutschen Kammern im September 1860 zu Heidelberg zu veranstalten und dadurch ein mächtiges Organ für das lebhaft erregte nationale Empfinden des Volkes zu schaffen. Es war eine Idee, die an den deutschen Höfen lebhafte Bedenken erregte: schon sah man das Vorparlament des Jahres 1848 wieder aufsteigen, und die Persönlichkeit Arnims schien besonders geeignet zu sein, die Erinnerung an eine mit revolutionären Mitteln arbeitende nationale Auslandspolitik heraufzubeschwören.[1]) Während Bennigsen mit dem Plane einverstanden war, fand Arnim aber in Süddeutschland, zumal bei den Bayern, auf die er in persönlicher Verhandlung einwirken zu können hoffte, keinerlei Gegenliebe für die von ihm entworfene Aufforderung.

A. L. von Rochau an Bennigsen.

Heidelberg, 9. Juni 1860.

Sie werden bereits durch Streit gehört haben, daß es sich darum handelt, eine Versammlung von Landtagsabgeordneten der verschiedenen

---

[1]) So schrieb der Prinzregent von Preußen an Herzog Ernst von Koburg am 17. Juli 1860: „Wenn H. von Arnims Aufforderung zu einer Art Vorparlament Folgen gehabt hätte, so würde ich dem bestimmt entgegengeschritten sein, weil dies die Repetition des schmählichen Anfanges von 1848 gewesen wäre und wir keine Repetition der Volksbeglückung von unten herauf brauchen können." In der Antwort Herzog Ernsts vom 21. Juli hieß es: „In Deinen gnädigen Zeilen fand ich erst die Bestätigung dafür, daß H. von Arnim wirklich beabsichtigt hätte, zu einer Art Vorparlament jetzt aufzufordern. Ein solcher Schritt, der hinter dem Rücken der meisten seiner Freunde und Bekannten vorbereitet worden sein mag — (auch mir war der Plan unbekannt) —, mußte ein tiefes Ridikül auf den sonst so tüchtigen Mann werfen." Ernst II, Aus meinem Leben, III, S. 60 f.

deutschen Kammern zu veranstalten. Die Sache kann von der größten Bedeutung werden, und ich habe geglaubt, versichern zu können, daß Ihre wirksame Unterstützung derselben nicht fehlen wird. Dieser Hoffnung gewiß, bin ich beauftragt, Sie zur Unterzeichnung der einliegenden „Aufforderung" einzuladen. Außer den hier an Ort und Stelle unterzeichneten Namen (der dritte derselben will Mohl gelesen werden) rechnet man auf die Lerchenfelds und Barths aus Bayern und Raumers und Duvernoys aus Württemberg. An Sie ergeht nun die Bitte, dem fraglichen Dokument Ihre Unterschrift beizusetzen und dasselbe umgehend zurückzuschicken. Sobald die in Aussicht genommenen Unterschriften alle beisammen sind, wird die „Aufforderung" gedruckt. Von seiten der Presse darf man sich gewiß die nachdrücklichste Unterstützung dieses Plans versprechen, dessen Ausführung meiner Ansicht nach, wie gesagt, bedeutende Ergebnisse haben kann oder vielmehr haben wird.

Sind Sie mit dem hannoverschen Artikel in Nr. 6 der „Wochenschrift" einverstanden?[1])

Bennigsen an Rochau.

Hannover, 12. Juni 1860.

Die übersendete „Aufforderung" schließe ich mit meiner Unterschrift versehen wieder an. Gelingt es, die in Ihrem Briefe erwähnten süddeutschen Politiker für die Unterschrift und, was freilich noch schwieriger sein wird, für eine gemeinschaftliche Tätigkeit zu gewinnen, so teile ich ganz Ihre Meinung, daß der Vorgang bedeutende Wirkung haben kann.

Der Zeitpunkt der Zusammenkunft scheint mir mit dem 29. September reichlich spät gewählt zu sein. Ueberhaupt dürfte es erforderlich sein, daß die Personen, von denen die Aufforderung unterzeichnet in die Welt gesandt wird, baldmöglichst zu einer vorläufigen Besprechung zusammentreten. Ich stehe dazu jederzeit zur Disposition, nur nicht in den letzten Tagen dieses und den ersten zwei Tagen des nächsten Monats. Für den 30./1. Juli haben wir nämlich eine Ausschußsitzung des Nationalvereins wegen Berufung einer Generalversammlung und der Tagesordnung für dieselbe beschlossen.

Ihre Anfrage wegen des Aufsatzes über Hannover in Nr. 6 kann ich dahin beantworten, daß derselbe mir sowohl nach Form als Inhalt

---

[1]) Er war von G. Planck verfaßt. Bennigsen an Streit, 12. Juni 1860: „Eben wird mir in der Kammer der Wunsch ausgesprochen, womöglich noch zirka 100 Exemplare der Nr. 6 der ‚Wochenschrift' (mit dem vortrefflichen Artikel über Hannover) kommen zu lassen. Man meint, wenn diese Exemplare hier im Lande verteilt würden, so könnte das dem Nationalverein und der Verbreitung seiner ‚Wochenschrift' in Hannover nur höchst förderlich sein."

ganz vortrefflich erscheint. Sind Sie in der Lage, mir durch Ihre Heidelberger Verbindungen zuverlässige Nachrichten über die bevorstehenden Zusammenkünfte in Baden-Baden und die dortigen Beschlüsse zu machen, so würden Sie mich sehr verpflichten. Soweit einzelnes dieserhalb zur Veröffentlichung nicht geeignet ist, werden Sie sich meiner Diskretion versichert halten. Zur Orientierung ist eine genaue Kenntnis desjenigen, was dort verhandelt wird, aber sehr wesentlich.

In Ihrer Nr. 6 ist eine leise Andeutung wegen Wiederaufnahme der Reichsverfassung von 1849. Vereinzelt sind an Streit auch derartige Wünsche laut geworden und haben ihn zu einer Rundfrage über die Stimmung in dieser Hinsicht veranlaßt. Ich darf Sie dringend ersuchen, in dieser Sache sich nicht zu weit zu avancieren. Nach Ihrem Brief an Streit[1]) halten Sie die Lage zurzeit auch für ein Zurückgreifen auf die Reichsverfassung nicht geeignet. Ich habe auch große Bedenken, ob das überhaupt einmal oder gar bald anders wird. Das Zustandekommen der Reichsverfassung ist mit so erbärmlichen Intrigen verknüpft. Von der preußischen Regierung zurückgewiesen, von der Partei, welche sie schuf, im Stich gelassen, von der demokratischen als Vehikel benutzt zur Erreichung anderweiter Parteizwecke, durch Kot und Blut geschleift, hat sie der trüben Erinnerungen und gefährlichen Bedenken zu viel, um große Chancen zu bieten, unter ihrer Form eine Einigung zustande zu bringen.

Reyscher an Bennigsen.

Cannstatt, 15. Juni 1860.

Bei meiner Rückkehr am vorgestrigen Tage traf ich eine Einladung Duvernoys zu einer kleinen Zusammenkunft in Stuttgart, zu spät, um noch ihr beizuwohnen. Es handelte sich, wie mir seither mitgeteilt wurde, um den Plan einer Versammlung von Abgeordneten der deutschen Kammern Ende September dieses Jahres, von Freiherrn von Arnim in Heidelberg angeregt und von dort aus durch Maier an Duvernoy mitgeteilt unter der Aufforderung, daß er und Römer die projektierte Einladung unterzeichnen. Arnim, Häusser und Mohl hatten bereits unterzeichnet. Arnim wandte sich nach München, um dort zu werben. Auch auf Ihre Unterschrift ist es abgesehen.

Indessen hatten die Stuttgarter mehreres gegen das Projekt, so wie es vorliegt, einzuwenden. Erstens, die Sache ist zu weit aussehend, innerhalb drei Monaten — wie viel kann sich da ändern —, und ist nicht zu erwarten, daß binnen dieser Zeit der Plan vor die Oeffentlichkeit komme und am Ende Maßregeln dagegen ergriffen werden? Zweitens, eine Einladung an alle Ständemitglieder würde eine sehr

[1]) Vgl. „Deutsche Revue", Bd. 30, 3. S. 83 ff.

gemischte Versammlung herbeiführen, welche kein sicheres Resultat erwarten ließe. So wie unsre Versammlungen in der Zweiten oder gar Ersten Kammer zusammengesetzt sind, wäre allerdings eher das Gegenteil von dem zu erreichen, was wir wünschen! Drittens, es müßte eine Vorbesprechung in kleinerem Kreise stattfinden.

Die Stuttgarter hatten noch ein andres Bedenken, das ich nicht teile, nämlich hinsichtlich der preußischen Führung, welche als Zweck aus der Einladung herausleuchte. Einmal muß man doch aus der Unbestimmtheit der Wünsche hervorkommen, und unter dem, „was zunächst jetzt not tue", läßt sich auch etwas andres denken, wie zum Beispiel die Berufung eines Parlaments. Mir scheint übrigens die Einladung, wenn sie bloß gerichtet ist an einzelne Kammermitglieder und also nicht einen vereinigten deutschen Landtag bezwecken soll, nichts Besseres darzubieten als eine Generalversammlung des Nationalvereins, worin gleichfalls manche Abgeordnete sitzen. Unsre Versammlung bietet auch mehr Aussicht auf das Gelingen einer Vereinigung, da wir doch in wesentlichen Stücken eins sind. Sollen wir — in einer andern Form — den alten Hader von neuem beginnen und gleichsam wieder von vorn anfangen? Haben wir nicht in der Anerkennung der Reichsverfassung und dem Antrag auf Berufung eines Parlaments Auskunftsmittel gefunden, die uns über die Hegemoniefrage, welche allerdings Zweifel in der fortdauernden unsicheren Haltung Preußens für viele darbietet, hinüberhilft? Warum schließen sich die Herren nicht uns an? Sollen wir abgelöst werden durch die neue Form von Verbindung? Gervinus, Gagern, Maier und Rochau, die in Heidelberg den Plan mit besprochen haben, würden ja hier erst noch ausgeschlossen sein, da sie nicht Abgeordnete sind.

Auch ich möchte den Plan, wovon schon seit längerer Zeit die Rede war, nicht absolut verwerfen, aber so wie er vorliegt, ist er nicht gehörig überdacht und nur geeignet, die Konfusion noch größer zu machen. Wenn die Herren von Arnim u. s. w. an der gemeinsamen Sache mitarbeiten wollen, so sollen sie endlich sich entschließen, mit uns Hand in Hand zu gehen. Die Unbestimmtheit des Programms ist nur ein eitler Vorwand; ein definitives Programm wird sich ja stufenweise von selbst geben und liegt eigentlich schon in der Heidelberger Erklärung.

Heinrich von Arnim an Rochau.

München, 14. Juni 1860.

Wenn der Eifer der Stuttgarter und Münchner Herren ebenso groß wäre wie der des trefflichen Bennigsen, so würde ich mir auch den besten Erfolg versprechen. Da fehlt es aber.

Von Stuttgart habe ich durch Duvernoy Mitteilung des Resultats einer Konferenz erhalten, welche er mit Römer, Murschel, Rädinger und andern (Reyscher war abwesend) gehabt. Es ist ablehnend. Hiermit ist der Erfolg schon bedeutend in Frage gestellt. Wir bedürfen die Württemberger ebensowohl als die Bayern. Hier nun habe ich heute mit Hegnenberg und Lerchenfeld, später mit Barth verhandelt. Der erstere, wenn er auch vollkommen anerkennt, daß der Gedanke zeitgemäß sei und von Nutzen sein könne, hat doch allerlei Bedenken in betreff der Ausführung und der Gegenstände, die zu beraten sein würden. Doch wird er sich die Sache überlegen, und wir werden weiter deshalb verhandeln. Barth, der durchaus nicht dem Projekt entgegen ist, versichert, daß es in Bayern nicht von Erfolg sein würde, wenn Hegnenberg und Lerchenfeld oder einer derselben nicht mitunterzeichnete. Seiner Ansicht nach würde eine etwas veränderte Fassung der Aufforderung, wonach Oesterreich darin erwähnt würde, diese Herren gewinnen. Selbstredend werde ich mich auf solche Aenderung nicht einlassen, ohne vorher den Rat und die Zustimmung der bereits unterzeichneten Freunde eingeholt zu haben.

Rochau an Bennigsen.

Heidelberg, 17. Juni 1860.

Der einliegende Brief (s. o.) wird Ihnen sagen, mit welcher Art von Leuten man sich einläßt, wenn man mit Schwaben und Altbayern politische Geschäfte machen will. Die schwäbische Weigerung stützt sich auf den Mangel eines von vornherein fertigen Programms und auf die Besorgnis, daß die Worte der „Aufforderung", man wolle beraten, „was Deutschland vor allem not tut", zugunsten der preußischen Hegemonie gedeutet werden könnten. — Reyscher, wie auch Arnim schreibt, war (infolge seiner Koburger Reise) nicht bei der Stuttgarter Beratung. Auf ihn wird, denke ich, unter allen Umständen zu zählen sein, und kommt die Versammlung zustande, das heißt, wird sie wirklich ausgeschrieben, so werden die Schwaben dabei sicherlich nicht fehlen. Mohl und Häusser haben nichts dagegen einzuwenden, daß der Oesterreicher in einer der Diskretion des Herrn von Arnim zu überlassenden Weise Erwähnung geschehe, vorausgesetzt, daß damit nicht eine Art „großdeutschen" Glaubensbekenntnisses in die „Aufforderung" hineinkomme. Das ist natürlich von Arnim nicht zu befürchten. Sind Sie der nämlichen Ansicht, wie ich glaube, so bitte ich Sie, dieselbe direkt gegen Arnim auszusprechen: München poste restante.

Von Baden-Baden hörten wir bisher nichts Absonderliches. Die französischen Agenten, welche das „Vive l'empereur" anstimmten,

wurden durch das energische Zischen der Menge zum Schweigen gebracht. Napoleon sah frischer und kräftiger aus als je, bewegte sich leicht und sicher und war von einer grinsenden Freundlichkeit. Das ist alles, was ich den Zeitungsnachrichten hinzufügen kann.

Von einer andern Seite bemerkenswert ist, daß bei den Trägern der badischen Dynastie eine große Resignation in bezug auf die souveräne Herrlichkeit obwaltet und sich ohne viele Umstände ausspricht.

In Sachen der Reichsverfassung von 1849 werde ich natürlich auf eigne Hand durchaus nichts irgendwie Bindendes sagen; ob wir aber über dieselbe auf die Dauer ein systematisches Schweigen werden beobachten können, wird mir alle Tage zweifelhafter. Oder vielmehr, ich bin überzeugt, daß es unmöglich ist. Meines Dafürhaltens wird sich eine Form finden lassen, welche allen obwaltenden Rücksichten gerecht wird.

Heidelberg, 19. Juni 1860.

Politische Geschäfte sind in Baden[1]) nicht gemacht. Dem Prinzregenten gab Napoleon allgemein gehaltene friedliche Versicherungen, zum Teil im einstudiert scherzhaften Ton. Die übrigen Potentaten erhielten sämtlich die nämlichen Phrasen gesagt, über deren Inhalt ich jedoch nichts Bestimmtes weiß. Der Prinzregent war Napoleon gegenüber der vornehme Mann mit sicherer, nonchalanter Haltung; die übrigen machten großenteils den untertänigen Katzenbuckel, wie denn zum Beispiel der König von Sachsen im Wagen aufstand, um zu grüßen. Der König von Hannover hat aus unbekannten Gründen den ihm angekündigten Besuch Napoleons durch einen Spaziergang verfehlt. Die feindselige Kälte des Volks brachte die Umgebung Napoleons allem Anschein nach ganz aus der Fassung; er selbst blieb sich gleich in der zuvorkommendsten Höflichkeit gegen das undankbare Publikum.

Von etwaigen weiteren Beratungen der deutschen Fürsten über die deutschen Fragen ist gar nichts zu hoffen. Sie sind so österreichisch und preußenfeindlich wie je. Dabei heftige Wut gegen den Nationalverein, dem eine ungeheure Wichtigkeit beigelegt wird.

Der Besuch des Königs von Hannover in Berlin war ein förmlicher Ueberfall. Der Prinzregent wurde von ihm buchstäblich in Hemdsärmeln überrascht.

Bennigsen an Rochau.

Bennigsen, 24. Juni 1860.

Für Ihre beiden Mitteilungen besten Dank. Die erste bekam ich noch gerade rechtzeitig am Dienstag abend vor meiner Abreise nach

[1]) Bei der Begegnung zwischen dem von den deutschen Fürsten umgebenen Prinzregenten von Preußen mit Napoleon III.

Koburg. Ich habe von Koburg aus Herrn von Arnim nach München poste restante geschrieben.[1]) Wenn die Württemberger und Bayern nicht unterzeichnen, muß ich das Projekt zurzeit als mißlungen ansehen. Wir wären dann wenig weiter, als wir durch den Nationalverein ohnehin schon sind und mit einer weit freieren und allgemeineren Unterlage. Ich habe Herrn von Arnim jedoch für alle Fälle aufgefordert, eine Besprechung unter denjenigen Herren zu veranlassen, von welchen seiner Meinung nach die Aufforderung ausgehen sollte. Ueberhaupt muß ich eine solche mündliche Feststellung der Angelegenheit für erforderlich halten, wenn wir uns bei einer etwaigen demnächstigen Versammlung von Abgeordneten nicht auf ganz unsicherem Boden bewegen wollen. Für eine Zusammenkunft im kleinen Kreise, welche ganz vertraulich bleiben kann, habe ich ihm Heidelberg vorgeschlagen.

In Koburg haben Fries, Streit und ich durch den Herzog die nötigen Aufschlüsse über die Badensche Zusammenkunft erhalten. Die vier Könige haben die schönsten Pläne neuer Karlsbader Beschlüsse gehabt. Selbst den Fürsten von Nassau und Darmstadt sind ihre Projekte zu unsinnig erschienen, und der Prinzregent hat die Aufforderung des Königs von Württemberg (welche namens der vier Könige erfolgte), nach eingetretener Einigung gegen das Ausland nun aber auch die deutschen Fürsten gegen die Wühlereien, speziell gegen den Nationalverein, welcher ihnen das Regieren ganz unmöglich mache, zu unterstützen und diesen Verein zu unterdrücken, kühl von der Tagesordnung entfernt und die Herren auf spätere Kabinettsverhandlungen hingewiesen. Die Könige werden ihre Pläne aber schwerlich aufgeben. Bei vielen der Kleinen werden sie auf Unterstützung rechnen können. Der Majorität am Bundestage würden sie auch bei entschiedenem Widerspruche Preußens, Badens und der Thüringer sicher sein, selbst wenn Oesterreich sich zurückhielte. Ich fürchte aber derartige Maßregeln am Bundestage nicht, weil dieselben gegen den entschiedenen Protest Preußens im Erfolge sehr unsicher sein und die Minorität auf Kosten der reaktionären Regierungen mit einer gefährlichen Popularität ausstatten würden. Dagegen halte ich für sehr möglich, daß die Mittelstaaten und diverse Kleinstaaten nach einem gemeinsam verabredeten Plane einzeln in ihren Ländern polizeilich und kriminell vorgehen werden. Das wird uns nun wohl wenig irre machen, und so unbequem es für einzelne von uns vorübergehend sein kann, zur Beschleunigung des definitiven Sturzes des reaktionären und partikularistischen Blödsinns ganz wesentlich beitragen. Von Interesse würde es sein, wenn Sie in acht Tagen nach Eisenach Sicheres mit-

[1]) Dieser Brief liegt nicht vor.

bringen könnten über diese Unternehmungen. Sie sind ja den Verhandlungen in Frankfurt oder Baden-Baden ganz nahe.

Napoleons Absichten mit der Badenschen Reise scheinen vollständig mißlungen zu sein. Die deutschen Fürsten haben feierlichst einander erklärt, daß sie unter allen Umständen gegen das Ausland zusammenstehen würden. So geringen Wert solche Fürstenworte unter veränderten Umständen natürlich haben werden, so verfehlen sie doch augenblicklich den moralischen Eindruck eines kompakten Widerstandes gegen den Bonapartismus nicht, welchen Napoleon gewiß nicht hervorzurufen beabsichtigt hat. Daneben ist die Hoffnung Napoleons, in den Mittelständen Frankreichs (und Europas) die Friedenszuversicht und damit das Geschäftsvertrauen herzustellen, vollständig mißglückt. In den französischen Mittelklassen bereitet sich bei dem totalen Daniederliegen der Geschäfte ein Widerstand gegen Napoleon vor, der ihm nach seinen Aeußerungen sehr fatal zu sein scheint. Gefährlich werden ihm die Mittelklassen freilich weniger sein als die Arbeiter, deren massenhafte Entlassungen infolge der Geschäftsstockungen ihm aber schnell alles Terrain wieder nehmen können, was er bislang bei dem Proletariate in Frankreich erobert hat. Alles das wird uns den Krieg im nächsten Jahre ziemlich sicher bringen. Bis dahin sind die italienischen Geschäfte reguliert, und eine Anleihe für den Krieg am Rhein wird er wohl erhalten können, wenn es ihm auch bequemer sein mochte, unter dem Scheine einer friedlichen Politik eine Anleihe für die Unternehmungen der Friedensära zu machen, welche dann mit veränderten Kulissen für den Krieg verwendet werden könnte.

H. von Arnim an Bennigsen.

St. Moritz, 28. Juni 1860.

Eurer Hoch- und Wohlgeboren sehr geehrtes Schreiben vom 21. dieses Monats habe ich gestern hier zu erhalten die Ehre gehabt.

Seit Herr von Rochau Ihnen über meinen Versuch einer Annäherung zwischen Nord- und Süddeutschland zuletzt geschrieben, habe ich von München aus unter dem 21. dieses Monats über meine dortigen Bemühungen an Herrn R. von Mohl zur Mitteilung an die politischen Freunde berichtet, die mich so bereitwillig unterstützt hatten: ich darf also wohl annehmen, daß auch Sie nunmehr durch Vermittlung des Herrn von Rochau über das Resultat der Verhandlung in München unterrichtet sein werden. Daß dieses sich gleich Null herausgestellt hat, habe ich mir und den Freunden in Heidelberg nicht verhehlt und ihnen, da ich für einen oder zwei Monate ganz meiner Gesundheit leben soll, lediglich überlassen müssen, ob sie es für geeignet

hielten, ihrerseits ferner etwas in der Sache zu tun. Als gänzlich aufgegeben möchte ich dieselbe nicht gern ansehen, bin aber leider außerstande, jetzt ferner dabei tätig zu sein. Zufolge der Ansicht von Barth würde es genügen, da die Stockbayern und die Stockschwaben doch einmal nicht zu gewinnen sind, aus allen übrigen deutschen Ständeversammlungen ein oder zwei Mitglieder zur Unterzeichnung der Einladung zu gewinnen; wenn die Versammlung in Heidelberg auf diese Weise alle Aussicht gewährte, zahlreich besucht zu werden, würden die Süddeutschen gewiß auch nicht ausbleiben. Ich habe diese Ansicht gleichfalls nach Heidelberg mitgeteilt und setze voraus, daß, falls man dort darauf einzugehen geneigt wäre, ein Benehmen mit Euer Hoch- und Wohlgeboren darüber stattgefunden haben werde. Was mich betrifft, so bitte ich zu glauben, daß es mir nie in den Sinn kommen konnte, wie ich das auch schriftlich ausgesprochen habe, irgendeine Aenderung an der „Aufforderung" vorzunehmen, ohne mich zuvor der Zustimmung der bereits unterzeichneten politischen Freunde und namentlich der Ihrigen vergewissert zu haben.

Ich habe es lebhaft bedauert, bei Eurer Hoch- und Wohlgeboren Anwesenheit in Berlin Ihre Bekanntschaft nicht gemacht zu haben, ich würde mir dann vielleicht erlaubt haben, Ihnen über den Nationalverein, dem ich gern beigetreten wäre und dem ich das beste Gedeihen wünsche, einige unmaßgebliche Bedenken mitzuteilen. Nachdem ich jetzt in München erfahren, daß neuerdings von einem Programm des Nationalvereins die Rede ist, haben mich diese Bedenken wieder lebhaft beschäftigt, und ich kann nicht mehr umhin, auf die Gefahr, zudringlich zu erscheinen, Ihnen das Ergebnis derselben mitzuteilen. Dieses ist, um mich nicht bei „in Betracht, daß pp.", dessen es bei Ihnen nicht bedarf, aufzuhalten, folgendes: Der Nationalverein erklärt, daß der Parlamentsbeschluß vom Jahre 1849 Preußen ein Anrecht auf die deutsche Kaiserkrone gegeben habe, gegen dessen Geltendmachung die Nation sich nicht auflehnen könne. Zugleich aber erklärt zweitens der Nationalverein, daß dieses Anrecht verwirkt sei, wenn Preußen dasselbe nicht zur geeigneten Zeit im Interesse der Einheit und Machtstellung der Nation geltend mache. Die Vorteile einer solchen Erklärung scheinen mir evident. Einmal würde man den sogenannten Gothaern nicht mehr sagen können, es sei ihnen nur um Preußen zu tun und um ihre Vorliebe für dasselbe; sie berufen sich ja auf den Willen der Nation, durch wohl und lange überlegten Parlamentsbeschluß zu erkennen gegeben; und sie zeigen, daß ihre Vorliebe für Preußen nicht so weit geht, daß es, ihrer Meinung nach, das erworbene Anrecht nicht verwirken könne, wenn es seines Berufs

für Deutschland vergißt. Was würden die Süddeutschen sagen können, wenn man ihnen, und selbst ihrem geliebten Oesterreich, auf diese Weise eine Aussicht eröffnete, eventualiter an die Stelle von Preußen und an die Spitze von Deutschland zu treten? Auf der andern Seite wäre dies zweitens ein mächtiges Compelle für Preußen, seines Anrechts und seines Berufs eingedenk zu sein und sich nicht den Rang ablaufen zu lassen. Endlich wäre die Klausel „zur geeigneten Zeit" (oder ein ähnlicher Ausdruck) eine gute Handhabe für den Nationalverein als Organ der Nation, im entscheidenden Moment eine letzte, peremtorische Aufforderung an Preußen ergehen zu lassen.

Ich hoffe, Euer Hoch- und Wohlgeboren nehmen diese Bemerkungen so auf, wie sie gemeint sind. Ich wünsche dem Nationalverein gedeihlichen Fortschritt und Ausbreitung und stehe innerlich so zu ihm, daß, wenn er von Bundes wegen für „gemeinschädlich" erklärt und verfolgt werden sollte, ich ihm sogleich beitreten würde.

*

Bei der im Juni 1860 erfolgenden Zusammenkunft des Prinzregenten und der übrigen deutschen Fürsten in Baden-Baden hatten die Könige einen Versuch gemacht, den Prinzregenten zu einer Lossagung von dem Nationalverein und zur Verfolgung der Agitation des Vereins zu bestimmen. Der Prinzregent lehnte die Forderung ab. Bennigsen erfuhr den Hergang dadurch, daß Gustav Freytag ihm eine vom Prinzregenten selbst verfaßte Aufzeichnung mitteilte, ein Aktenstück, das er selbst ohne Zweifel auf dem Wege Hohenzollern-Auerswald-Duncker erhalten hatte: bezeichnend genug, daß er es seinem Freunde, dem Herzog Ernst von Koburg, vorenthielt, aber dem Präsidenten des Nationalvereins zu lesen gab.

Gustav Freytag an Bennigsen.

Siebleben, 23. August 1860.

Es ist mir sehr leid gewesen, daß ich nicht mehr die Freude hatte, Sie vor Ihrer Abreise von R(einhardsbrunn) zu sprechen.[1]) Nehme mir daher die Freiheit, Ihnen folgenden, den Nationalverein betreffenden Passus aus einem schriftlichen Memoire mitzuteilen, welches der Prinz von Preußen am 20. Juni 1860 über seine Unterredungen mit dem König von Bayern selbst aufgesetzt hat. Diese Unterredungen fanden unmittelbar nach der Zusammenkunft in Baden statt; sollte Ihnen anderweitig bereits Mitteilung des Schriftstücks geworden sein — welches, soviel mir bekannt, dem Herzog nicht zugänglich geworden

[1]) Bennigsen weilte vom 11. bis 16. August in Reinhardsbrunn beim Herzog Ernst.

ist —, so bitte ich, diese Zeilen mit dem guten Willen des Absenders für motiviert zu halten. Soviel mir bekannt, ist das umfangreiche Schriftstück nur wenigen bekannt. Ich begehe keine Indiskretion, indem ich Ihnen darüber schreibe, denn ich bin nur so weit zur Verschwiegenheit verpflichtet, als meine preußischen Ueberzeugungen mir solche auferlegen, und ich bin überzeugt, durch die Mitteilung an Sie etwas möglicherweise Nützliches zu tun. Ich habe mich Ihrem Wirt von neulich gegenüber aus eigner Machtvollkommenheit zu einem Agenten des preußischen Volkes bestellt und versuche, soviel in meiner Lage möglich ist, ihn auf der Bahn zu halten, in welche seine Vergangenheit und seine Ehre ihn führen, auf der Seite Preußens. Demungeachtet halte ich mich für verpflichtet, ihm das erwähnte Schriftstück nicht mitzuteilen.

Anlage.[1])

Der König von Bayern, ohne Zweifel von den andern deutschen Fürsten beauftragt, versuchte gestern, mir ausführlich die Anspielungen in der Rede des Königs von Württemberg zu erklären, indem er auf die drei folgenden Punkte Bezug nahm.

Erstens: Die militärische Konvention, welche für den Bund projektiert wird,

> NB. weitläufige Verhandlungen, in denen Bayern die Furcht ausspricht, daß die preußische Zweiteilung die Mittelstaaten mediatisieren werde, der Prinz eingehend und stark repliziert, keine Vereinigung.[2])

Zweitens: Der zweite Punkt, den der König beauftragt war zu besprechen, war die Einschränkung des Nationalvereins. Er forderte mich auf, mit aller Energie dagegen zu opponieren, weil der Verein bouleversierende Zwecke habe und diese unter der Annahme (présomption) verfolge, er könne auf Sympathien in Preußen rechnen und handle eigentlich in Preußens Sinn.

Ich bat ihn um Mitteilungen, welche diese Behauptung beweisen könnten, und setzte hinzu, im Falle der Verein solche Dinge gutheiße, was mir unbekannt sei, dürfe man ihm nur die Antwort zukommen lassen, die ich dem Minister G. Schwerin für die Stadt Stettin habe geben lassen, daß ich außerdem die Prinzipien meiner deutschen Politik in meiner Thronrede niedergelegt habe, in der Art, daß niemand an

---

[1]) Diese Aufzeichnung des Prinzregenten ist inhaltlich nicht unbekannt, da sie schon von Wilhelm Oncken („Das Zeitalter Kaiser Wilhelms I.", Bd. I, S. 459 ff., und „Unser Heldenkaiser", S. 67 ff.) ausführlich verwertet ist. Doch weicht Freytags Uebersetzung des französischen Originals der Aufzeichnung unerheblich ab.

[2]) Der Inhalt dieses von Freytag nur angedeuteten Teils der Besprechungen ist aus W. Oncken, „Unser Heldenkaiser", S. 67, zu ersehen.

meiner Loyalität zweifeln dürfe. Und wenn Energie in dem Sinne zu verstehen sei: Polizeimaßregeln gegen den Verein oder seine Mitglieder zu gebrauchen, so werde ich dieser Aufforderung nicht folgen, denn durch solches Verfahren würde man dem Verein mehr Wichtigkeit beilegen, als er in Wirklichkeit hat. Er müßte denn Handlungen begehen, welche gesetzwidrig sind oder die betreffenden Institutionen umstürzen (pervertir), in welchem Falle ich der erste sein würde, ihn zu werfen. Die Verfolgungen, die in Sachsen, Hannover u. s. w. stattgefunden, seien überall gemißbilligt worden. Das Wesen des Vereins sei ein nationales, und man dürfe daran nicht ungestraft rütteln.

Der König von Bayern war mit dieser Anschauungsweise zufrieden und sagte, daß auch er keinen Befehl zu Verfolgungen gebe.

Ich ergriff die Gelegenheit, dem König die Prinzipien zu erklären, welche ich seit Annahme der Regentschaft durchzuführen entschlossen bin. Da ich eine Konstitution fand, war es meine Pflicht, mich ihr anzupassen (conformer) und sie nicht durch unnatürliche Auslegungen zu verfälschen. Ich habe lange genug neben der Regierung gestanden, um mich von dem Uebel zu überzeugen, welches durch das System des vorigen Ministeriums hervorgebracht wurde. Ich sagte das dem König und daß ich nicht auf die Frage eingehen wollte, ob Konstitutionen zum Wohle des Volkes gereichten. Wo sie aber beständen, sei der Gedanke: „die Regierungsmaßregeln öffentlich zu machen und das Volk zu einer berechtigten Teilnahme an der Legislatur heranzuziehen", so sehr durch alle Gemüter gedrungen, daß es sehr gefährlich wäre, sich dagegen aufzulehnen. Denn solche Opposition würde das Mißtrauen des Souveräns gegen das Volk dokumentieren. Wegen dieser Empfindung des Mißtrauens sei es nach meiner Meinung falsch, die Sicherheit des Throns nur in den Beschränkungen der Konstitution zu suchen, sondern nach meiner Ansicht liegt die Sicherheit der Regierung in dem weisen Wechsel, die Regierungszügel anzuziehen und nachzulassen. Daß ich mir vorgenommen hätte, in diesem Sinne zu regieren, und daß ich darum eine freiere Bewegung in dem konstitutionellen Sinn zugegeben habe, aber indem ich sie gestatte, mich wohl hüten werde, die Zügel ganz zu verlieren.

Der König unterbrach mich an dieser Stelle: „Ich hoffe, daß du nicht traurige Erfahrungen machst, die schwer zu überwinden sind, wie es so viele andre konstitutionelle Regierungen erlebt haben."

Ich erwiderte ihm, daß ich mir diese Frage oft gestellt hätte und in den Anschauungen, die ich ihm soeben dargelegt, eine beruhigende Antwort gefunden. Ich verglich die Kunst zu regieren mit der, das Bett eines Flusses zu regulieren. Dazu muß man die Ufer verbessern

und befestigen, da, wo der Strom sie überfluten oder zerstören könnte, aber man darf sie nicht zu weit oder zu enge legen und um keinen Preis einen Damm quer durch das Bett ziehen. — In England hat man die Dämme zu weit entfernt gezogen, in Hannover und Kurhessen der Strömung zu nah gelegt; ich hoffe, Preußen sei fähig, die Mitte zu halten.

Während immer wieder neue Anläufe nationaler Parteibildung so rasch verflogen wie sie aufgetaucht waren, gewann allein die Gruppe des Nationalvereins als die stärkste und aussichtsreichste an Boden. Um so mehr stand sie jetzt, nachdem bald ein Jahr seit der Gründung verflossen war, vor der Aufgabe, die politischen Bestrebungen, denen sie ihr Dasein verdankte, zu einem festeren Programm zu verdichten und damit eine Basis geschlossener Parteibildung nach innen und außen, einer wirklichen Eroberung der öffentlichen Meinung zu gewinnen.

In diesem Zusammenhange geschah es, daß hier und da der Gedanke sich regte, ob man nicht das Banner der Reichsverfassung von 1849 entrollen und mit einem solchen Programme unmittelbar an die Tradition des Frankfurter Parlamentes anknüpfen solle. Vor allem in Süddeutschland vermeinte man, mit der Neubelebung dieses glänzenden Symbols der deutschen Einheitsbestrebungen dem geheimsten Fühlen des Volkes entgegenzukommen; die alte Demokratie sonnte sich noch immer gern an der Fiktion, in der Reichsverfassung eine legale Basis für die Neuordnung Deutschlands zu besitzen; auch Reyscher meinte, dieses Auskunftsmittel vermöge über die Hegemoniefrage hinwegzuhelfen und selbst Heinrich von Arnim empfahl, in vorsichtiger Weise auf das Werk von 1849 zurückzugreifen. Für den praktischen Politiker aber mußten entscheidende Gründe gegen ein solches Unterfangen sprechen: wie wenig bedeutete diese Verfassung in Wirklichkeit noch dem Volke und wie abschreckend dagegen wirkte sie auf die Regierungen, zumal auf den Prinzregenten von Preußen, dem seit seinen badischen Feldzugserinnerungen von 1849 Revolution und Reichsverfassung als Schößlinge aus einer und derselben Wurzel erschienen: welche Möglichkeiten boten sich, dies Programm zu verwirklichen, außer durch eine Revolution — also durch das, was man vermeiden wollte. So war Bennigsen selbst, wie die charakteristische Schärfe seiner Ablehnung in dem Briefe an Rochau vom 12. Juni beweist, viel zu realpolitisch veranlagt, um jenen verflossenen Träumen zuliebe einen Sprung ins Dunkle zurückzutun; vielmehr setzte er in der Vorstandssitzung vom 10. Juni einen Beschluß durch, zwar die öffentliche Meinung über diesen Gegenstand zu sondieren und mög-

lichst umfassende Information aus allen Teilen Deutschlands einzuziehen, aber von jedem Schritte für die Reichsverfassung zurzeit abzusehen.[1])

Vielmehr schritt man auf dem im Vorjahre betretenen Wege vorsichtig voran. In einer Ausschußsitzung zu Eisenach, am 30. Juni und 1. Juli, faßten die Führer des Nationalvereins den Beschluß, zum September eine Generalversammlung des Vereins nach Koburg einzuberufen und einigten sich zugleich über eine von Brater, Lang, Metz, Reyscher und Unruh entworfene Resolution in der deutschen Frage, die man dieser Generalversammlung zu empfehlen gedachte;[2]) sie lief trotz aller verschämten und verhüllenden Wendungen darauf hinaus, daß Preußen der Inhaber einer deutschen Zentralgewalt werden und

[1]) Von den eingelaufenen Gutachten sprachen sich in Norddeutschland 13 gegen und 9 für, in Süddeutschland 2 gegen und 6 für die Proklamierung der Reichsverfassung aus; den interessantesten Brief darunter, Miquel an Streit (11. Juni 1860), der in seiner klaren Schärfe bereits die bestechenden Eigenschaften des späteren Staatsmannes verrät, habe ch in der „Deutschen Revue" (1905, Bd. 30, 3, S. 82 ff.) veröffentlicht. Zu dem ganzen Aktenkonvolut bemerkt Nagel, mit einem Hinblick auf die im Jahr 1862 trotzdem erfolgte Annahme der Reichsverfassung, später am 28. Dezember 1867: „Aus obiger Zusammenstellung vom Jahre 1860, welche ich heute beim Einpacken der Akten zum erstenmal wiedergesehen, geht hervor, daß die Leute damals noch großenteils ganz nüchtern waren, d. i. erst im Laufe der weiteren Agitation verrückt wurden."

[2]) „Der Deutsche Nationalverein erklärt es, in Ausführung des im Statut ausgesprochenen Zweckes, für seine Aufgabe, auf die Schaffung einer deutschen Zentralgewalt und eines deutschen Parlaments mit allen gesetzlichen Mitteln hinzuwirken. — Zu den Befugnissen der Zentralgewalt gehört vor allem die militärische Obergewalt und die ausschließliche Vertretung gegenüber dem Ausland. — Gewiß wird das deutsche Volk die Zentralgewalt gern in die Hände der größten reindeutschen Macht gelegt sehen, wenn dieselbe die unerläßlichen Schritte zur Erreichung jenes Zieles tut und die Interessen Deutschlands nach jeder Richtung tatkräftig wahrnimmt. — Der Nationalverein erwartet, daß jeder deutsche Volksstamm, und namentlich der preußische, bereitwillig die Opfer bringen wird, die zur Erreichung der Größe und Einheit Deutschlands notwendig sind. — Der Nationalverein erkennt die deutschen Provinzen Oesterreichs als natürliche Bestandteile des deutschen Vaterlands und gibt seinerseits dieselben nicht auf. Durch die unberechenbare Entwicklung der Zustände im österreichischen Kaiserstaat darf jedoch das übrige Deutschland nicht länger mehr in der durch seine inneren Verhältnisse und seine äußere Lage gebotenen Neugestaltung gehindert werden. — Die Gemeinsamkeit des Blutes, der Geschichte, der Interessen weisen uns auf die innigste Verbindung mit den deutschen Ländern Oesterreichs hin, auf eine durch Uebereinstimmung der politischen Institutionen und durch den ungehemmtesten geistigen und wirtschaftlichen Verkehr fester als bisher geknüpfte Verbindung. — Wie sich auch in der nächsten Zukunft das Verhältnis dieser Provinzen zu dem übrigen Deutschland gestalten mag: der Verein hält fest an der Zuversicht, daß jener unvertilgbaren inneren Gemeinsamkeit auch die rechte Form der äußeren politischen Einigung auf die Dauer nicht fehlen kann."

Oesterreich zunächst draußenstehen solle. Immerhin waren die Urheber selbst von dem Unbestimmten in dieser Formulierung so wenig befriedigt, daß sie sich eine definitive Redaktion vorbehielten, ja bezeichnenderweise sogar beschlossen, die vorläufige Fassung bis zu der Generalversammlung geheimzuhalten — vor allem Bennigsen in der Erwartung, daß der Gang der Ereignisse inzwischen einen günstigeren Wind in die Segel treiben und einen entschiedeneren Kurs gestatten möchte.[1]) Einer der Verfasser, Prater, gestand in einem Schreiben an Bennigsen vom 21. August: „daß unser Eisenacher Entwurf in seiner flüchtig hingeworfenen, teilweise geradezu spießbürgerlichen Fassung nicht genügen kann, haben wir alle als selbstverständlich betrachtet", und er versuchte eine neue Redaktion, die in zwei Punkten sachlich von der früheren abwich, insofern sie den bayrischen Landsleuten zuliebe sowohl die Möglichkeit einer Zentralgewalt nur unter preußischem Vorsitz, etwa in Gestalt eines Fürstenrats, zuließ, als auch das völkerrechtliche Bündnis mit Oesterreich bestimmter als Ziel bezeichnete.[2])

---

[1]) Bennigsen schrieb seinem Freunde Lammers, der die vorherige Veröffentlichung des Beschlusses in der Presse wünschte, am 27. August: „Soviel war zuverlässig anzunehmen, daß bis zur Generalversammlung in Deutschland noch Ereignisse eintreten würden, die für den Nationalverein und die Haltung des Ausschusses sowohl wie der Generalversammlung von erheblichem Einflusse sein müßten. Solche Tatsachen konnten sehr wohl eine Modifikation in der Auffassung des Ausschusses herbeiführen über diejenigen Beschlüsse, welche zweckmäßigerweise von ihm der Generalversammlung zu empfehlen wären. Aus diesen und andern Gründen ward am 1. Juli beschlossen, daß der Antrag nicht definitiv festgestellt sein sollte; daß vielmehr der Ausschuß in der vorberatenden Zusammenkunft vom 1. bis 3. September in Koburg sich über den zu stellenden Antrag erst definitiv verständigen solle. Folgerichtig ward dann beschlossen, daß der einstweilen gefaßte Beschluß nicht veröffentlicht werden solle." Aehnlich Bennigsen an Streit am 24. August: „Eine Veröffentlichung kann wenig nützen, insofern aber geradezu schädlich sein, weil noch gar nicht feststeht, ob die Ansichten des Ausschusses am 1. September dieselben sein werden, wie sie am 1. Juli waren, so sehr ich dieses auch hoffe. Zur Beruhigung der Gemüter, welche eine Ueberrumpelung zu fürchten scheinen, was bei der Zusammensetzung des Ausschusses und bei seiner wenig festgesetzten Stellung zur Generalversammlung mir lächerlich erscheint, wird es vollkommen genügen, wenn dieser Ausschußantrag mit andern wichtigen Anträgen bei Eröffnung der Generalversammlung unter die Anwesenden gedruckt verteilt wird."

[2]) Die Sätze des Praterschen Entwurfes, in denen wesentliche Aenderungen vorgeschlagen sind, lauten: „An der Spitze dieser Zentralgewalt, die auf das Parlament gestützt und von ihm in Schranken gehalten ist, kann nur ein Oberhaupt und kann nur das Oberhaupt des deutschen Staates stehen," und: „Solange nicht die Entwicklung der Zustände im Kaiserstaat auf andre unberechenbare Bahnen führt, wird der Verein festhalten an dem Gedanken eines völkerrechtlich gewährleisteten Bündnisses zwischen Oesterreich und dem staatsrecht-

So war man einig, die preußische Fahne aufzuziehen, man wußte nur noch nicht, ob man sie offen im Winde flattern lassen durfte. War etwa von Berlin her zu erwarten, daß die Gunst der Stunde bis zum letzten ausgenutzt werden durfte? Die eigentümliche Situation dieser liberalen Fahnenträger preußischer Zentralgewalt lag ja zugleich in der Frage beschlossen: sollte man in engerer Fühlung mit den Wünschen der preußischen Regierung oder ganz auf eigne Verantwortung vorgehen, selbst auf die Gefahr hin, daß jener starke Bundesgenosse nicht wider Willen erhöht werden wollte, sondern sich feindselig abwandte. Denn schon war dort die Maienblüte frischer Entschlüsse im Verwelken. Es konnte Bennigsen nicht unbekannt sein, daß schon am 17. Juli der Prinzregent dem Herzog Ernst ein „avis au lecteur" gesandt hatte, das vor allem dem Nationalverein galt: „Solange nur durch Besprechungen und gemäßigte Preßerzeugnisse der Verein sich in den bisherigen Schranken hielte, hätte ich keine Veranlassung, gegen ihn einzuschreiten. Wenn also der Verein durch Wort und Tat zu Handlungen sich verleiten ließe, die Taten bezweckten, welche gegen meine Auffassung stritten, so würde ich mich allerdings berufen fühlen, gegen denselben einzuschreiten. Bis dahin lägen polizeiliche Verfolgungen des Vereins und dessen Anhänger außer meiner Auffassung." Diese Stimmung des Prinzregenten, die in dem harmlosen Bemühen Arnims eine „Repetition des schmählichen Anfangs von 1848" witterte, schien eher von den Warnungen der mittelstaatlichen Könige beeinflußt, als daß sie dem Nationalverein die Hand gereicht hätte.

Auch die Nachrichten, die Bennigsen selbst aus den befreundeten

---

lich geeinigten Deutschland." Er erläuterte die veränderte Fassung in seinem Briefe an Bennigsen folgendermaßen: „1. Der Passus: ‚An der Spitze dieser Zentralgewalt' ... enthält den Vorbehalt eines Fürstenrats, etwa im Sinn der Erfurter Verfassung. Eine solche Organisation ist meines Erachtens möglich ohne Entkräftung der Zentralgewalt, da sich Vorsorge treffen läßt, daß der Schwerpunkt in den Händen des Oberhaupts und Parlaments liegt. Der Vorbehalt ist aber anderseits, wie ich glaube, praktisch wichtig gegenüber den gemäßigten Partikularisten und denjenigen, die sich vor preußischer Omnipotenz fürchten. (Meine persönliche Ansicht ist, daß uns die unberechenbare Entwicklung der Dinge ebensowohl den Fürstenrat bringen als über ihn hinwegreißen kann.) 2. In den letzten Sätzen ist der Gedanke des völkerrechtlichen Bündnisses mit Oesterreich positiv ausgesprochen. Erhält und konsolidiert sich Oesterreich, so wird sich auch dieses Bündnis von selbst verstehen; geht es in Trümmer, so tritt der Vorbehalt ein: ‚Solange nicht die Entwicklung der Zustände im Kaiserstaat' ... Ich lege Wert auf die Betonung des Bündnisses, weil das Verhältnis des Vereins zu Oesterreich auf diese Art — ohne jede Preisgebung des Prinzips — im besten Licht erscheint und weil uns das so gefaßte Programm in Oesterreich selbst viele Freunde gewinnen wird."

Kreisen der Neuen Aera erhielt, lauteten nicht ermutigender. Er hatte durch den Präsidenten Francke,[1]) den Erbkaiserlichen und Schleswiger, der in den Beziehungen Herzog Ernsts zu Bennigsen und dem Nationalverein häufig den Vermittler spielte, in Berlin vertraulich anfragen lassen, wie man sich dazu stellen würde, wenn der Nationalverein die preußische Hegemonie und die deutsche Volksvertretung in sein Programm aufnehmen würde. Darauf hatte Max Duncker, augenscheinlich in offiziösem Auftrage des Fürsten Hohenzollern, in einem Tone geantwortet, als habe er gar keine Rückfrage versucht, da er auf eine solche Frage doch nur eine ausweichende Antwort, wenn nicht gar den Rat erhalten würde, der Nationalverein möge sich mit der Aufstellung des Prinzips der preußischen Hegemonie begnügen und die andre Hälfte, Volksvertretung am Bunde, weglassen.[2]) Aber Duncker hatte daneben eine Denkschrift[3]) an den Ausschuß des Nationalvereins gerichtet, die sich zwar als Privatarbeit gab, vielleicht auch den Intentionen des Fürsten Hohenzollern nicht fremd war, jedenfalls aber in die schon sehr herabgestimmte Aktionslust der Neuen Aera einen Einblick gewährt. Der historische Rückblick dieser Denkschrift holte weit aus. Der Nationalverein habe nur durch vorsichtige Verhüllung des Endzieles in begrenztem Umfange Anklang gefunden und auch die preußische Regierung habe die auf sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt, nicht erfüllen können, weil sie einsehen mußte, daß eine gewaltsame Bundesreform in diesem Sinne nur den heißesten Wünschen Napoleons begegnen würde. Daher habe man jetzt auf eine allgemeine Bundesreform verzichtet und sich beschränkt — außer der Förderung der kurhessischen Frage — auf die dringendste Angelegenheit, die Reform der Bundeskriegsverfassung: Zusammenfassung der deutschen Kräfte gegen Frankreich sei der letzte, augenblicklich einzig maßgebende Gesichtspunkt der preußischen Politik. Darum müsse die Regierung neue Konflikte in Deutschland vermeiden und könne nicht wünschen, daß von neuem Reizbarkeit und Mißtrauen gegen sie geweckt würde, daß den Ministerien der Mittelstaaten, den Beust, Borries und Genossen, deren Beseitigung an sich sie dringend wünschen müßte, durch starkes Auftreten und eine

[1]) Karl Francke, im Jahre 1848 Bevollmächtigter Schleswigs bei der deutschen Zentralgewalt und dann Minister des Auswärtigen und der Finanzen der provisorischen Regierung der Herzogtümer bis 1851, stand vom Oktober 1851 bis 1863 als Präsident an der Spitze der koburgischen Landesregierung.

[2]) Nach Mitteilung Bernhardis, Tagebuchblätter IV, S. 34.

[3]) Der Zusammenhang läßt für mich keinen Zweifel, daß diese Denkschrift vom August 1860, die R. Haym, Duncker S. 219 ff., analysiert, die Ergänzung zu den obigen Mitteilungen Bernhardis bildet.

heftige Agitation für Preußen neue Stützen aus dem verletzten Selbstgefühl der Bevölkerungen ihrer Staaten erwüchsen.

Aus diesen Voraussetzungen ergaben sich Dunckers praktische Ratschläge an den Nationalverein. Sie liefen darauf hinaus, seine Bestrebungen von der einen großen Aufgabe — der Propaganda des Endzieles — zu den einzelnen nationalen Aufgaben — der Agitation mit kleinen Mitteln — hinzulenken, durch deren Erfüllung auch jene der Lösung entgegengeführt werde. Er verstand darunter: der Nationalverein betreibe die Angelegenheit der Bundeskriegsverfassung, der Küstenbefestigung, der Wiederherstellung der deutschen Flotte. Er halte das Interesse an der hessischen und holsteinischen Frage lebendig. Er arbeite den großdeutschen, ultramontanen und feudalen Tendenzen in allen deutschen Staaten entgegen. Er helfe zur Beseitigung derjenigen Verwaltungen, die, dem konstitutionellen Prinzipe feindlich, der Bundesreform im Wege stehen. Er wirke im Sinne aller dieser Aufgaben auf die Presse und die deutschen Kammern und veranstalte Zusammenkünfte gleichgesinnter Mitglieder derselben. Alle diese Ziele könnten erreicht werden ohne Spaltung der liberalen Partei und ohne Zerwürfnis des Nationalvereins mit Preußen. Bei einem solchen Vorgehen würde die Nation zur Einheit erzogen, Deutschland gegen das Ausland gestärkt werden; nur so endlich würde der Verein eine sehr große Zahl praktischer und nüchterner Männer gewinnen, die ihm bisher fremd geblieben seien und deren er doch nicht entbehren könne, um die Kraft zu erlangen, welche er zur dereinstigen Durchführung der großen Reform bedürfe. Das Gegenteil von dem allen würde erfolgen, wenn die bevorstehende Generalversammlung den Beschluß faßte, dahin zu wirken, daß die militärische und diplomatische Vertretung des Deutschen Bundes in die Hand eines Bundesstaates gelegt und eine Volksvertretung am Bunde eingeführt werde. Preußen würde einem solchen Beschlusse ganz fremd bleiben, die übrigen Regierungen aber dem Verein mit erhöhter Feindseligkeit entgegentreten. „Im günstigsten Falle würde der Nationalverein eine Menge wertvoller Kräfte durch eine Agitation absorbieren, welche kein praktisches Resultat ergeben kann. Nicht das ist die Aufgabe des Nationalvereins, sein Ziel immer von neuem, immer stärker betont, zu bekennen, sondern die Wege zu gehen, welche sicher zu demselben hinführen."

Gewiß lagen die einzelnen Vorschläge Dunckers in der Richtung der Politik des Nationalvereins und wurden darum in den nächsten Jahren auch von ihm aufgenommen: aber durfte er zu ihren Gunsten auf ein wirkliches Programm in der Deutschen Frage verzichten, hinter die Beschlüsse und das Statut von 1859, denen er sein Dasein verdankte,

zurückgehen und unter dem Hohngelächter der Gegner seine Fahne wieder aufrollen? Aus diplomatischer Rücksicht auf die Augenblicksbedürfnisse preußischer Politik jeden Kampf für die preußische Zentralgewalt einstellen, das war für einen politischen Agitations- und Erziehungsverein eine unmögliche Zumutung: das hätte die Auflösung der Partei statt innerer Festigung bedeutet. Es wäre der Anfang vom Ende gewesen.

Je näher die entscheidende Tagung rückte, desto dringlicher tauchten solche Vorschläge auf. Selbst König Leopold von Belgien fühlte sich in der naiven Art, mit der die ausländischen Koburger ihre deutsche Privatpolitik zu betreiben fortfuhren, bemüßigt, seinem Neffen seine Vorschläge für das einzig mögliche Programm des Nationalvereins einzusenden. Und als Bennigsen bei Herzog Ernst in Reinhardsbrunn vom 11. bis 16. August, zur Vorbereitung der Generalversammlung, zum Besuche weilte, wollte auch der Protektor, auf dessen Veranlassung Koburg als Ort der Tagung gewählt war, zurückhaltend einwirken, vor allem in der Besorgnis, daß unbesonnene Schritte die Neue Aera in Preußen vorzeitig gefährden möchten. Eine dreifache Gefahr sei, so predigte er den Führern, bei der Feststellung des Programms zu vermeiden: 1. Wenn der Verein eine konstituierende Nationalversammlung verlange und sich selbst etwa als Vorparlament konstituieren wolle, 2. wenn er für die Durchführung der Reichsverfassung von 1849 zu wirken beschließe, 3. wenn er die Hegemonie Preußens proklamiere und die Uebertragung der militärischen und diplomatischen Leitung des Bundes an Preußen verlange: in jedem dieser Fälle werde er selbst gezwungen sein, dem Nationalverein seinen Schutz zu entziehen, und dann, das war die Besorgnis dieser Kreise, „verlieren wir Liberalen unsre Armee", der Verein verfalle dann der Demokratie.

Unter solchen Umständen, so beraten von den nächsten Freunden, für die man arbeiten wollte, trat der Ausschuß des Nationalvereins am 1. September in Koburg zusammen, und nachdem man sich über die Marschroute geeinigt hatte, eröffnete Bennigsen am Abend des 3. September die erste vorberatende Generalversammlung, die von etwa 500 Teilnehmern aus allen Teilen Deutschlands besucht war.

In seiner würdigen kurzen Begrüßungsansprache mahnte er, man möge Freund und Feind den Beweis liefern, daß es gelinge, einig zu bleiben und doch dem Verein im Laufe der Zeit einen bestimmten Kern und Inhalt für eine neue Parteibildung und für kräftige Entwicklung des nationalen Lebens zu gewinnen. „Zwar bemühen sich die Gegner abwechselnd, wie es ihnen gerade paßt, den Verein als eine Sammlung unpraktischer Ideologen und Doktrinäre oder verkappter

Revolutionäre hinzustellen; aber die Aufmerksamkeit, welche die Gegner dem Verein schenken, die Schwierigkeiten, die sie gefunden haben, ihn in seiner Stellung und Fortbildung anzugreifen und zu unterdrücken, lehren deutlich, daß eine neue bedeutungsvolle und einflußreiche Tatsache im öffentlichen Leben Deutschlands erschienen ist. Lassen Sie uns also festhalten an der Hoffnung, daß jetzt nach Jahresfrist es gelingen werde, durch diese Versammlung nicht nur zu wahren, was wir erreicht haben, sondern zu mehren, was wir hinter uns haben, indem wir in besonnener und bewußter Tätigkeit das weiter entwickeln und erfüllen, was bislang nur in Anfängen und zum Teil noch verhüllt vor uns liegt. Zu dieser Hoffnung sind wir berechtigt, wenn in uns Deutschen das Bewußtsein kräftig geworden ist, daß wir, wollen wir etwas leisten in politischen Dingen, die Fehler ablegen müssen, die uns oft den Spott des Auslandes zugezogen haben, das uns doch stets hochgeachtet hat in Wissenschaft und Kunst: die Fehler namentlich, daß wir im Kampf über Prinzipien das wirklich Erreichbare und bei dem Streit über Einzelheiten den großen Zusammenhang politischen Lebens aus den Augen verlieren. Vaterlandsliebe und das Erkennen der Fehler der alten politischen Parteien werden uns den rechten Weg leiten, daß wir in unsern Verhandlungen und Beschlüssen alles nicht Wesentliche zurückdrängen, daß wir ferner selbst mit Aufopferung der Ideale einer früheren politischen Bewegung und mit Verzichtleistung auf die sofortige und vollständige Erfüllung unsrer Hoffnungen das Streben darauf richten, den festen Grund und Anfang einer nationalen Entwicklung zu legen, unter ruhiger Würdigung der vorhandenen Tatsachen und der Zusammenfassung der vorhandenen Kräfte des deutschen Volkes."

Darauf gab Streit einen ermüdend ins einzelne gehenden Bericht über die inneren, namentlich geschäftlichen Verhältnisse und Fries einen Bericht über die bisherige politische Tätigkeit des Nationalvereins. Den Schluß der vorberatenden Sitzung bildeten einige zündende Worte von Schulze-Delitzsch über das Recht und die Hoffnung der nationalen Bewegung in Deutschland, über die geschichtliche und ethische Bedeutung des Nationalprinzips, „zu dem wir uns in unserm Vereine bekennen", und schließlich über die besondere Rolle der Deutschen in der Weltgeschichte — ein Hymnus, der sich wohl zu pomphaften Worten (noch dazu in Bildern aus der Geschäftssphäre) verstieg: „das deutsche Volk hat sich durch seine Taten und seine Leiden einen Wechsel auf die Geschichte gezogen, für dessen Einlösung der Genius der Menschheit selber bürgt", und dann doch wieder mit seinem redlichen Enthusiasmus die eine allen gemeinsame Empfindung auslöste: das unbestimmte Sehnen eines staatlosen Volkes nach einer nationalen Ge-

staltung, die seiner Vergangenheit und seiner ethisch-kulturellen Leistungen würdig war.

Erst die Verhandlungen des andern Morgens ergriffen den entscheidenden Punkt der Tagesordnung, die deutsche Verfassungsfrage. Der Antrag des Ausschusses hatte zwar den ursprünglichen Entwurf vom 1. Juli etwas geschickter redigiert, auch hier und da einen volleren und wärmeren Ausdruck gefunden, sachlich ihn aber an keiner Stelle geändert, denn jene Ereignisse, auf die man gehofft hatte, waren ausgeblieben. Er lautete nunmehr:

„Das deutsche Volk wird seinen Anspruch auf bundesstaatliche Einheit, welcher durch das Gesamtorgan des Bundes und alle einzelnen deutschen Regierungen anerkannt ist und in der Reichsverfassung von 1849 seinen Ausdruck gefunden hat, nimmermehr aufgeben.

„Hiernach erkennt es der Nationalverein für seinen Beruf, auf die Schaffung einer einheitlichen Zentralgewalt und eines deutschen Parlaments mit allen gesetzlichen Mitteln hinzuwirken. Zu den Befugnissen der Zentralgewalt gehört vor allem die militärische Obergewalt und die ausschließliche Vertretung gegenüber dem Auslande.

„Der Nationalverein erwartet, daß jeder deutsche Volksstamm willig die Opfer bringen werde, die zur Erreichung der Größe und Einheit Deutschlands nötig sind. Das preußische Volk vor allem muß dartun, daß es trotz seiner glänzenden Geschichte und trotz der Großmachtstellung des preußischen Staats sich als Teil des deutschen Volkes fühle und daß es gleich jedem andern Staate Deutschlands der deutschen Zentralgewalt und Volksvertretung sich unterordne.

„Wenn die preußische Regierung die Interessen Deutschlands nach jeder Richtung tatkräftig wahrnimmt und die unerläßlichen Schritte zur Herstellung der deutschen Macht und Einheit tut, wird gewiß das deutsche Volk vertrauensvoll die Zentralgewalt dem Oberhaupt des größten reindeutschen Staates übertragen sehen.

„Der Nationalverein gibt keinen Teil des deutschen Bundesgebiets auf. Er erkennt die deutschen Provinzen Oesterreichs als natürliche Bestandteile des Vaterlandes und wird mit Freude den Augenblick begrüßen, welcher den Anschluß dieser Provinzen an das geeinigte Deutschland möglich macht.

„Die Gemeinsamkeit des Bluts, der Geschichte, der Interessen weisen uns auf die innigste Verbindung mit ihnen hin, auf eine durch Uebereinstimmung der politischen Institutionen und durch den ungehemmtesten geistigen Verkehr *inniger* als bisher geknüpfte Verbindung.

„Der Verein wird aber auch, falls die Macht der Verhältnisse und unbesiegbare Hindernisse die deutschen Teile Oesterreichs vom gleich-

zeitigen Anschluß an den deutschen Bundesstaat abhalten, sich hierdurch nicht hindern lassen, die Einigung des übrigen Deutschlands anzustreben.

„Wie sich auch in der nächsten Zukunft das Verhältnis dieser Provinzen zu dem übrigen Deutschland gestalten mag: der Verein hält fest an der Zuversicht, daß jener unvertilgbaren inneren Gemeinschaft auch die rechte Form der äußeren politischen Einigung auf die Dauer nicht fehlen mag."

Wer heute die Koburger Debatten wieder durchliest, wird sich zunächst an das Frankfurter Parlament erinnert fühlen; wenn die großen anerkannten Namen von damals fehlten, so wehte dafür ein neuer frischer Zug durch die Menschen; der alte Welcker, der in Frankfurt so viel vermocht hatte, wirkte jetzt nur noch wie ein unklarer Doktrinär. Der Fortschritt lag, wie Rochau, der Herold der „Realpolitik", es in seiner Wochenschrift ausdrückte, in dem unwiderruflichen Siege der Einsicht, daß es nicht die, wenn auch noch so vortrefflichen, Staatstheorien, ebensowenig wie die Gesichtspunkte des formellen Rechts, sondern daß es die realen Machtverhältnisse seien, auf welche in der Politik vor allem Bedacht genommen werden müsse. Zwar wogten die Meinungen anfangs wild durcheinander; nach alter deutscher Art war manch einer nach Koburg in dem Glauben gekommen, die eigentliche Lösung der deutschen Frage in der Tasche zu haben; etwa ein Dutzend selbständiger bezw. Verbesserungsanträge versuchte einen andern Weg als den im Ausschußantrage vorgeschlagenen zu gehen. Nach drei Richtungen strebten diese Anträge auseinander. Frankfurter Demokraten wollten in Absatz 4 die Worte „wenn die preußische Regierung" durch die in ihrer Allgemeinheit unsinnige Wendung „derjenigen Regierung, welche u. s. w." ersetzen, wodurch dem guten Willen von Reuß und Lippe prinzipiell dieselbe Laufbahn eröffnet worden und die „Verhüllung der preußischen Spitze" zu einer pythischen Vermummung gediehen wäre. Umgekehrt verlangten einige Preußen, aber auch ein Hannoveraner, der Anwalt Weber aus Stade, daß der zukünftige Träger der Zentralgewalt beim richtigen Namen genannt werde: „da nach den bestehenden realen Machtverhältnissen Preußen unter allen deutschen Staaten allein in der Lage ist, diese Zentralgewalt auszuüben, beschließt der Nationalverein, die Uebernahme dieser Zentralgewalt abseitens Preußens anzustreben," und der Stettiner Baudirektor Amelung, der unter Murren von der hoffentlich baldigen Zertrümmerung des Hauses Habsburg sprach, prophezeite, daß bei der ersten großen Veranlassung, bei dem ersten äußeren Kriege, Preußen im Interesse seiner eignen Selbsterhaltung gezwungen sein werde, das Programm des Nationalvereins zu realisieren, möge seine Regierung dann geführt werden von wem

sie wolle, von Bismarck-Schönhausen oder von Schwerin. Ernsthafter als solche Einspänner waren die Versuche zu nehmen, die von verschiedenen Demokraten, von Lüning (Rheda), Ladenburg (Mannheim) und von Rückert (Koburg), unternommen wurden, die Reichsverfassung von 1849 zur Anerkennung zu bringen; der ganze Aufwand ihrer Begeisterung wirkte zwar nur wie ein schwacher Nachhall vergangener Zeiten, aber es machte doch Eindruck in der Versammlung, wenn Rückert den Anhängern des Ausschußantrages zurief: „Sie zählen auf Bundesgenossen, die Sie unter keinen Umständen haben werden, und wenn Sie Ihre Forderungen noch so sehr herabspannen, wir dagegen vertrauen auf die unversiegbare Kraft des Volkes, die nach zehnjähriger Ruhe darauf wartet, entbunden zu werden." Die „Realpolitiker" des Ausschußantrages behielten jedoch die Oberhand, zuerst von dem süddeutschen Demokraten Metz geführt, dann von Unruh, Schulze, Miquel u. a. Immer höher stieg in der Massenstimmung die Einsicht: ohne Preußens Führung gehe es nicht, freilich unter den Bedingungen, unter denen es sich des Anrechts auf die Führung würdig zu erweisen habe, wie gerade der Preuße Unruh gegenüber dem Hannoveraner Weber betonte; „wir huldigen," rief der Heidelberger Pickford pathetisch unter stürmischem Beifall, „damit nicht dem Manteuffelschen Regimente, ja nicht einmal dem gegenwärtigen Inhaber der Krone, sondern einzig dem Staate, den Friedrich der Große geschaffen und unser Landsmann, der Freiherr von Stein, regeneriert hat". Immer höher stieg vor allem das überwältigende Gefühl, daß nicht einmal ein Mehrheitsbeschluß genüge, sondern daß man zu einem Einheitsbeschlusse gelangen müsse; und so endete dann in der gehobensten Stimmung die Debatte damit, daß alle Abänderungsanträge bis auf den einen oder andern zurückgezogen wurden. Der Ausschußantrag wurde darauf, mit der Modifikation, daß in dem ersten Absatz ein einziges Wort („in der Reichsverfassung von 1849 seinen rechtlichen Ausdruck gefunden hat") eingeschoben werde,[1]) mit Stimmeneinheit von der Versammlung angenommen.

Es war das kleindeutsch-liberale Programm: der Bundesstaat unter preußischer Führung und einem deutschen Parlamente — trotz des kühlen Abschiedsgrußes an die tote Reichsverfassung, trotz der spieß-

[1]) Welche Bedenken diese unschädliche Konzession an die Freunde der Reichsverfassung erregte, zeigt die Bemerkung Bernhardis, Tagebücher IV, S. 39: „Gustav Freytag, der viel mit Bennigsen verkehrt hat, sucht manches in günstigerem Lichte darzustellen, obgleich auch er die Schwächen einräumt. Mit der Erwähnung der Verfassung von 1849 war gemeint, daß diese Verfassung nun in ehrenvoller Weise selbst zu Grabe getragen und abgetan sei. Freytag drang bei Bennigsen darauf, die Fassung ‚rechtlichen Ausdruck' durch die Publizisten des Vereins in der harmlosen Richtung interpretieren zu lassen."

bürgerlich formulierten Bedingungen des Wohlverhaltens, unter denen allein Preußen zur Leitung berufen sein solle,[1]) und schließlich trotz der prinzipiellen Behauptung des „ganzen" Deutschlands, trotz aller lieben Worte an Deutsch-Oesterreich und aller Vertröstung auf die Zukunft. Wohl verriet die Formulierung mit ihrem Wenn und Aber den Kompromiß, durch den sie zustande gekommen war, aber sie ließ keinen Zweifel darüber, was man praktisch wollte.

Am dritten Tage wurde zunächst auf Riessers Befürwortung die Sympathieerklärung für Kurhessen und Schleswig-Holstein ohne weiteres angenommen, dann aber wurde der Kern der Debatten von einer Frage angefüllt, die äußerlich zwar der auswärtigen Politik anzugehören schien, aber innerlich so beschaffen war, daß die Parteiunterschiede des Tages zuvor noch lebhafter und unversöhnlicher wieder aufwachten. Das war das Verhältnis der deutschen Politik zu Italien. Es war nicht etwa Ideologie, wenn sich die deutsche Einheitsbewegung schon während dieser ersten unsicheren Schritte mit der gleichen Bewegung eines fremden Volkes und ihrem Verhältnis dazu beschäftigte. Hatte doch der Italienische Krieg von 1859 die Bundesreformfrage von neuem entfesselt und den Anstoß zum Deutschen Nationalverein gegeben; beide Bewegungen standen in einer innerlichen Wesensverwandtschaft zueinander, ihr historischer Verlauf bot so überraschende Parallelen, daß das Wort von der großen Schicksalsgemeinschaft der beiden mitteleuropäischen Völker sich wie eine Selbstverständlichkeit den Gemütern einprägte; beiden Völkern war die Auseinandersetzung mit dem österreichischen Hausstaat gemeinsam, aber die italienischen Anforderungen griffen — damit wurde die Frage vollends kompliziert — auch in das deutsche Bundesgebiet selber hinein; und während die Italiener mit einem Rückhalt an Frankreich ihren Kampf gegen Oesterreich geführt hatten, wollten die Deutschen ohne solchen Rückhalt und ohne Opfer dafür, eher mit der Front gegen Frankreich zu ihrer Einheit gelangen. So gab es in dieser Gemeinschaft doch auch wieder Grenzen. Als der Italienische Nationalverein dem Deutschen, der nach seinem Muster entstanden war, vorschlug, in allen Schritten für ein deutsches und ein italienisches Vaterland sich zu vereinigen und in einen intimen und regelmäßigen Briefwechsel zu treten, hatte der Deutsche Nationalverein am 12. Dezember 1859 den Vorschlag nicht nur aus formalen vereinsgesetzlichen Gründen abgelehnt, sondern hinzugefügt, man könne, bei allem Mitgefühl für das Ringen eines fremden Volkes für seine

[1]) Schulze-Delitzsch erläuterte in der Debatte: „Die Bedingung reduziert sich im Grunde darauf: daß die preußische Regierung die Führung erhalten solle, *wenn sie will*."

Unabhängigkeit, einer solchen Verbindung zu gemeinsamer Wirksamkeit keine praktische Bedeutung zuerkennen. Trotz dieser Absage versuchten die Italiener in andrer Form Verbindungen anzubahnen. So übertrug die Società Nazionale Italiana in einem vom Präsidenten G. Lafarina und dem Sekretär für das Ausland, Vegezzi-Ruscalla, unterzeichneten Schreiben vom 16. Mai 1860 Bennigsen ihre Repräsentation für das Königreich Hannover. Die Antwort Bennigsens liegt zwar nicht vor, doch steht es außer Zweifel, daß er den in seinen politischen Konsequenzen für ihn unmöglichen Antrag — ebenso wie Brater gleichzeitig eine ihm für Bayern angetragene Repräsentation[1]) — rundweg ablehnte. Nunmehr hatte der Italienische Nationalverein am 30. August eine mit einer scharfen Spitze gegen die österreichische Monarchie versehene Sympathieerklärung für Deutschlands Einheit und Freiheit nach Koburg gesandt. Bennigsen brachte die Zuschrift zwar zur Kenntnis der Versammlung, ließ aber ihre Diskussion nicht zu, sondern beantwortete sie in einem Privatbriefe an Lafarina: wenn die nationale Bewegung Italiens sich die Sympathien des deutschen Volkes bewahren wolle, so müsse sie darauf sehen, „daß sie in ihrem weiteren Verlauf nicht wesentliche und große Interessen des deutschen Volks und der deutschen Politik verletzt und damit beklagenswerten Konflikt zwischen beiden Völkern notwendig macht. Denn Sie werden sich in den letzten Monaten aus vielfachen Kundgebungen des öffentlichen Geistes in Deutschland überzeugt haben, daß bei aller Anerkennung und Teilnahme für die begeisterte Erhebung eines alten Kulturvolkes, dem auch Deutschland manche Grundlagen seiner Bildung verdankt, die Deutschen doch entschlossen sind, ihre eignen politischen Interessen nach allen Seiten, und wenn es sein müßte, selbst mit Unterdrückung von Gefühlen lebhaftester Teilnahme und Sympathie, wahrzunehmen."

Die Ausschußanträge in der italienischen Frage betonten dementsprechend die Unverletzlichkeit des deutschen Bundesgebietes, lehnten jede

[1]) Brater an Streit, 10. Juli 1860: „Der Turiner Verein hat die Annexion von Welschtirol auf seinem Programm; dies ist selbstverständlich und mir überdies durch Briefe von Vegezzi-Ruscalla, mit dem ich in einiger Korrespondenz stehe, direkt außer Zweifel gestellt. Daß unser Verein sich mit einem solchen Programm nicht befreunden kann, ist ja ebenso selbstverständlich. Vor einigen Tagen erhielt ich eine Einladung des Vereinsvorstandes, die ‚Repräsentation des Vereins für das Königreich Bayern' zu übernehmen. Ich antwortete darauf mit einem Leitartikel der heutigen ‚Süddeutschen Zeitung'. Aehnliche Einladung sind vielleicht an Sie und andre Mitglieder unsers Ausschusses ergangen; es wäre nach meiner Meinung sehr zu beklagen, wenn einzelne, von den Tendenzen des Turiner Vereins weniger genau unterrichtet, sich bestimmen ließen, auf solche Anträge einzugehen. Dies würde unsern Gegnern den Stoff zu wütenden Anklagen liefern und unsre Freunde mißtrauisch machen."

Einmischung deutscher Politik in einen Kampf zwischen Oesterreich und Italien um Venetien ab, protestierten aber zugleich gegen etwaige französische Einmischung: eine deutsche Politik müsse einer Machtverstärkung Frankreichs entgegentreten, ohne freilich die deutschen Waffen zur Knechtung des italienischen Volkes zu mißbrauchen. Ein Gemisch von Halbheiten, das Brater vergeblich zu verteidigen unternahm; die Gegenanträge von Amelung, Weber (Stade), Franz Duncker sprachen ihre Sympathien für ein einiges und freies Italien ohne solche Verklausulierung und ohne Rücksichtnahme auf Oesterreich und die süddeutsche Stimmung aus, und die Meinung blieb so geteilt, daß der Ausschuß seinen eignen Antrag hinter eine nichtssagende Tagesordnung zurückstellte, die auch Miquels Beredsamkeit nicht zu überwinden vermochte. Nachdem dieser Teil der Erörterung somit ohne eigentliches Ergebnis ausgelaufen war, brachte Rochau seine Anträge zur Annahme, militärische Uebungen zum Bestandteil des Jugendunterrichts nach schweizerischem Muster zu machen und für die Errichtung von Schützengesellschaften zur militärischen Erziehung tätig zu sein.

Dann sprach Bennigsen das Schlußwort: „Wir wissen jetzt, daß, wenn wir voriges Jahr in schwierigen Verhältnissen den Versuch der Gründung einer großen nationalen Partei unter Verschmelzung der alten historischen Parteien gemacht haben, wenn dieser Versuch zur Bildung eines Vereins geführt hat, der nur langsam bis zur Zahl von 5000 Mitgliedern angewachsen ist, daß wir jetzt eine feste Grundlage gewonnen haben für die Aufgabe dieser nationalen Partei und für die Tätigkeit und Ausbreitung unsers Vereins."

Mit banger Spannung hatten die Freunde den Verlauf der Generalversammlung verfolgt, zumal Herzog Ernst, bei dem sich manche der altliberalen Freunde, Freytag, Bernhardi u. a., eingefunden hatten. Als Bennigsen am 6. September bei dem Herzog in Reinhardsbrunn eintraf, konnte er selbst mit Befriedigung auf die Tagung zurückblicken. Er erklärte Gustav Freytag, mit dem er in diesen Tagen sich mehrfach aussprach, es sei vor allem nötig gewesen, die Hegemonie Preußens vor den Süddeutschen einmal zur Sprache zu bringen: wie auch immer diese preußische Hegemonie verklausuliert sein möge, so sei doch viel dadurch gewonnen, daß man auch die Süddeutschen zu ihrer förmlichen und ausdrücklichen Anerkennung gebracht habe.

Drittes Kapitel

Der Nationalverein und seine Leute

Wenn es auch nicht die Aufgabe dieser Biographie sein kann, die ganze Geschichte des Nationalvereins[1]) und seines Anteils an der politischen Entwicklung der nächsten Jahre in sie einzubeziehen, so kann doch das Leben und Handeln Bennigsens nicht begriffen werden

---

[1]) Die aktenmäßigen Quellen für die Geschichte des Nationalvereins bestehen außer den Beständen, die sich bei Bennigsen selbst angesammelt haben, und seiner Korrespondenz, die ich an verschiedenen Stellen ermitteln konnte, vor allem in dem Archiv des Nationalvereins, d. h. den Aktenbeständen, die seit November 1859 bei den Geschäftsführern des Vereins, dem Rechtsanwalt Fedor Streit in Koburg und nach ihm dem Dr. Lorenz Nagel, erwachsen sind. Diese Akten — sie sind bis Ende 1863 in 36 Faszikeln geheftet und mit Index versehen, von da an nur oberflächlich geordnet und lose liegend — sind nach der Auflösung des Nationalvereins im Juni 1868 von Nagel an Bennigsen abgeliefert worden und befinden sich seitdem auf dem Gute Bennigsen. Von den publizistischen Quellen ist am wichtigsten natürlich die „Wochenschrift des Nationalvereins" (s. oben). Zusammenfassende Darstellungen der Geschichte des Nationalvereins im eigentlichen Sinne gibt es nicht. Nach dem ersten Jahre seines Bestehens erschien anonym, aus der Feder von G. Planck: Der Nationalverein, seine Entstehung und bisherige Wirksamkeit. Herausgegeben im Auftrage des Vereinsvorstandes vom Geschäftsführer, Koburg 1861 (am 28. November 1860 schreibt Planck an Bennigsen, seine Schrift sei im wesentlichen fertig, und wünscht nur noch die Uebermittlung des statistischen Materials). Die Schrift von Rudolf Schwab, Der Deutsche Nationalverein, seine Entstehung und sein Wirken, Berlin 1902, benutzt nur die offiziellen Kundgebungen und Protokolle der Generalversammlungen des Nationalvereins und dringt in die wirklichen historischen Probleme kaum irgendwo ein. Aus der späteren Korrespondenz Bennigsens ersehe ich, daß Viktor Böhmert vor wenigen Jahren daran dachte, die Geschichte des Nationalvereins zu schreiben; er bat Bennigsen in den Jahren 1896 und 1899 um Ausfolgung des Materials, hat es aber trotz Zusicherung nicht erhalten und daher wohl seinen Plan aufgegeben. (Böhmert an Bennigsen, 2. Mai 1896: „Sybel hat die Vorgeschichte des Deutschen Reichs in diplomatischer und offizieller Richtung geschrieben. Ueber das Werden des Deutschen Reichs mit Hilfe des Volkswillens und der politischen Arbeit des Volkes enthält die mir zur Bearbeitung überlassene Korrespondenz unsers beiderseitigen Freundes Lammers das wertvollste Material ... Ich hätte nicht übel Lust, eine Geschichte des Nationalvereins und der volkswirtschaftlichen Bewegung von 1858 bis zum Entstehen des Deutschen Reichs zu schreiben, wobei mir auch viele Briefe von Dir, Schulze-Delitzsch, Lammers und andern zu Gebote stehen. Ich möchte Dich nun fragen, ob Du mir nicht die Briefe von Lammers an Dich und überhaupt die Korrespondenz aus jener Zeit des Nationalvereins, als wir beide auch über

ohne eine Kenntnis des politischen Milieus, dessen Mittelpunkt er geworden war. Der Kreis dieser Männer des Nationalvereins, mit denen Bennigsen zusammenarbeitete, wird ja ein Stück seines eignen Lebens; sein politisches Charakterbild, so wie es nun einmal beschaffen, erhält festere Umrisse und sattere Farben, wenn man die andern Persönlichkeiten um ihn gruppiert. Wir haben es eben nicht mit einem auf sich gestellten Einzelpolitiker zu tun, wie es Bismarck war und Lassalle zu sein versuchte, der seine ganz persönlichen Ideen mit einer unvergleichlichen Willenskonzentration in die Wirklichkeit zu überführen suchte, sondern mit einer politischen Gemeinschaft, in deren Mitte Bennigsen manchmal der Führende, häufiger vielleicht der fremden Gedanken Folgende, vor allem aber der Vermittler und Ausgleicher war, der die Strahlen von allen Seiten in sich aufnahm und wieder auszuwirken sich vorsetzte, so daß seine Persönlichkeit schließlich doch wieder zum treffendsten Ausdruck der ganzen Bewegung wird.

Wider Erwarten rasch hatte die Voraussetzung, unter der Bennigsen im Jahre 1857 seine politische Laufbahn in Hannover angetreten, sich ihm erfüllt, und er hielt in Händen, was ihm längst den feurigen Kern seines Wesens gebildet hatte. In einem Alter von fünfunddreißig Jahren, nach einer öffentlichen Tätigkeit von kurzer Dauer, war er plötzlich an die Spitze einer großen deutschen Bewegung gelangt; mit der Zukunft des deutschen Volkes verkettete er seine eigne und mochte in geheimen schweifenden Gedanken beide verbunden sehen.

Persönliche und politische Ursachen hatten zusammengewirkt, ihn so rasch emporzutragen, daß ihm die Führung — wie von Anfang an in Hannover, so auch auf dem größeren Schauplatz — fast selbstverständlich zufiel. Gewiß spielte das Persönliche dabei mit. Er verfügte über gewisse, nicht erlernbare Führerqualitäten, die selbst dem an Geisteskraft und Willensenergie Stärkeren manchmal versagt sind, Fähigkeiten des Regierens, die von der Rasse hervorgebracht und mit ihr vererbt werden. Dieser hannoversche Edelmann an der Spitze einer demokratischen Bewegung besaß schon in der Sicherheit seines Auftretens und in dem

---

das Programm des Vereins und namentlich auch über die kirchlich-religiöse Seite des Programms unsre Ansichten austauschten, überlassen könntest. Es leben außer uns nur noch wenige, welche jene erste schöne Zeit der volkswirtschaftlichen und politisch-nationalen Bewegung von 1857 an selbsttätig und mitеingreifend erlebten und den Anteil des Volkes am Werden des deutschen Staats nach Briefen, Zeitungen, Versammlungen und intimen Verhandlungen sowie auf Grund wirklich miterlebter Tatsachen darstellen können."

Maße seiner Formen eine von den andern anerkannte Ueberlegenheit. Aber er verfügte auch über innere Führerqualitäten. Wenn Ehrgeiz in ihm lebte, so drängte er sich niemals hervor. Er hatte nicht das Bedürfnis, sich sprechen zu hören oder seinen Eigenwillen durchzusetzen. Er gab sein Vertrauen, wo er es einmal gefaßt hatte, ohne Rückhalt, und er flößte auch den andern Vertrauen ein: das war das Geheimnis seiner Erfolge. Er war der Führer einer Kampfpartei und sein politisches Temperament schien fast über den Dingen zu stehen; früher, als in den Jahren 1848 bis 1850 die Wucht der Ereignisse einen Widerhall in seiner Seele fand, bemerkten wir an ihm jene überscharfe Kritik, die so leicht dem Nichthandelnden im politischen Leben eignet; jetzt aber brechen solche Neigungen nur noch in privaten Briefen durch (die darum für seine letzte Erkenntnis wertvoller sind als seine Reden), niemals mehr in seinem öffentlichen Auftreten; dafür beginnt ein längst vorhandener Zug zur Objektivität sich auszubilden und in der unpersönlich ruhigen Art seines Wesens wiederzuklingen.

Vor allem aber war er eine Verkörperung der neuen politischen Verbindung. Schon dem Jüngling war die Aufhebung der alten Parteigegensätze der Erbkaiserlichen und der Demokraten in einer höheren Einheit als Vorbedingung des Erfolges erschienen;[1]) es war dieselbe Verbindung von Konstitutionellen und Demokraten, die ihn in die hannoversche Kammer geführt und dann den Nationalverein begründet hatte; er verkörperte recht eigentlich die neue Generation. Es wäre schwer zu sagen gewesen, welcher der beiden Gruppen er selber zuzuzählen war. Von den Altliberalen schied ihn die Ueberzeugung, daß die theoretische Doktrin durch eine praktische Politik des Erreichbaren und das Diplomatisieren durch die Propaganda politischer Ideen abgelöst, daß das Fundament der neuen nationalen Bewegung tiefer in das Volk hineingelegt werden müsse; und wie ihn schon bei den demokratischen Republikanern von 1848 die Roheit und das Unstaatsmännische ihres Vorgehens abgestoßen hatte, so stellte er auch jetzt ihrem Doktrinarismus die realpolitische Würdigung der vorhandenen Gewalten im Staatsleben entgegen. In manchen Grundgedanken stand er den Demokraten näher, während seine maßvolle persönliche Haltung ihn wieder den andern unentbehrlich machte. Beide Gruppen rechneten sich den Mann zu, dessen eigentümliche Bedeutung doch eben darin bestand, daß er keiner von ihnen angehörte, sondern in ihrer Verschmelzung zu praktischem Handeln den politischen Fortschritt suchte. So war er — zumal da ein Preuße es nicht wohl sein konnte — von vornherein der gegebene Präsident

[1]) Siehe die Aeußerung vom 29. Mai 1849, S. 168 f.

des Nationalvereins; in dem ganzen Verlaufe dieser sechs, sieben Jahre wurde ihm seine leitende Stellung niemals angefochten, ja es gab Leute genug, die ihm am liebsten die Diktatur des Vereins in die Hände gelegt hätten,[1]) etwa in der Weise, wie sie bald darauf Lassalle, belehrt durch die Erfahrungen des Nationalvereins, in seiner Nachbildung, dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, herrisch ergriff. Bennigsens Natur aber lag eine solche Auffassung der Führerstellung völlig fern.

Seine Stellung als Präsident einer Nationalpartei, die in den unbestimmten Umrissen ihres Programms die verschiedenartigsten Elemente umspannte und niemals ganz einheitlich in sich selber wurde, legte ihm mehr und mehr die Pflicht auf, sachlich sich auf der mittleren Linie zu halten. Hatte er doch dauernd abzuwägen und zu vermitteln zwischen Nord und Süd, zwischen Preußen und Mittelstaaten, zwischen Links und Rechts, vor allem auch zwischen diplomatischen Künsten und agitatorischen Mitteln, denn mehr als alle andern mußte gerade er diese Doppelrolle der Nationalvereinspolitik der ersten Jahre in steter Wechselwirkung erhalten. Er lenkte nicht immer, ließ sich eher tragen von der Strömung und auch wohl bestimmen; er wählte aus der Masse der Eindrücke und gewöhnte sich, die politische Diagonale zu ziehen und die Kunst des Möglichen aus der steten Erfahrung zu lernen. So wurde er der natürliche Mittelpunkt, weniger kraft der Initiative, die in jedem Einzelfall von ihm ausgegangen wäre, sondern kraft des allgemeinen Vertrauens.

Eine ausgedehnte Korrespondenz verband ihn, der von Haus aus nichts weniger als ein Briefschreiber war, mit den übrigen Führern des Nationalvereins und manchen verwandten Politikern außerhalb des Verbandes; von allen Seiten trug man ihm Nachrichten zu, unterbreitete man ihm Anträge und Illusionen, verlangte man seinen Rat und seine Vermittlung. Er war immer zur Stelle, bei jeder der in den ersten Jahren zahlreich aufeinander folgenden Vorstands- und Ausschußsitzungen, auf Reisen zu Informationen und Besprechungen mit Staatsmännern, bald in Berlin, bald in Koburg, bald in Karlsruhe; er sprach auch außerhalb Hannovers in Provinzialversammlungen, ohne zum Wanderredner zu werden, in Bremen, Braunschweig, Bielefeld,

[1]) Zum Beispiel Regierungsrat Koch in Merseburg an Bennigsen, 12. März 1860: „Soll die Agitation von Erfolg sein, so muß sie lediglich in der Hand eines Mannes und zwar der Ihrigen liegen, der den allseitig erkannten Beruf dazu hat. Sie sind von dem Augenblick an der deutsche Agitator der allgemeinen Wahl, wo Sie in voller Selbstherrlichkeit als solcher zu handeln beginnen." Aehnlich Obergerichtsanwalt Köpp in Braunschweig an Bennigsen, 2. Oktober 1860.

Frankfurt, Hamburg und Berlin.[1]) Nimmt man hinzu, daß zwischendurch monatelang die Kammerverhandlungen (oder wie 1863 die Verhandlungen der Vorsynode) ihn als Führer der Opposition in Anspruch nahmen, daß er sich auch den andern Tagungen, dem Abgeordnetentag, dem Volkswirtschaftlichen Kongreß,[2]) dem Protestantentag niemals versagte, so begreift man, daß er innerlich und äußerlich in diesem Leben des Berufspolitikers aufging. Es gab Zeiten, in denen er nur vorübergehend im Kreise seiner damals rasch wachsenden Familie in Bennigsen auftauchte; „es war die höchste Zeit," heißt es einmal in einem Briefe, „daß ich heute morgen 3 Uhr hier wieder eintraf; schon um 5 Uhr hat meine Frau mich mit einem Söhnchen beschenkt."[3]) Die Opfer, die er seiner Lebensaufgabe brachte, waren nicht gering — man kann sich vorstellen, daß er in diesen politischen Reisejahren nebenbei nicht der erfahrene Landwirt werden konnte, der er vor wenig Jahren hatte werden wollen. Und was tauschte er dafür ein? Wenn sein Herz an der äußeren Popularität Befriedigung fand, wie seine hannoverschen Gegner ihm vorwarfen, dann hatte er allerdings der Augenblicke höchsten Glückes mehr als genug. In dem liberalen Deutschland war sein Name, dessen eigenhändige Unterschrift auf jeder Mitgliedskarte des Nationalvereins stand, wie wenige gefeiert. Sein Temperament mit seiner

---

[1]) Als Beispiel für die Art des Appells möge ein Brief des wackeren Theodor Müllensiefen in Crengeldanz bei Witten vom 5. Februar 1861 hier stehen, der ihn zu einer größeren Versammlung in Westfalen einlud: „Herr von Bennigsen, ich will nichts von Ihnen; denken Sie, das Vaterland rufe Sie. Die Westfalen sind auch nicht leicht warm zu machen, und wenn Sie kommen und Metz, an Lüning zweifle ich nicht, so werden Sie in Westfalen eine Flamme anfachen helfen, die nicht mehr zu löschen ist. Sie erwiderten mir in Eisenach auf den Volkszeitungsartikel: Wie lange sollen wir denn warten? und ich kam bald zu der Einsicht, Sie hätten recht, das Meer dürfe nicht ruhig werden. Ueberlegen Sie nach allen Seiten hin, bevor Sie nein sagen, und für meine bescheidene Wohnung wird es ein Gedenktag bleiben, wo Sie unter ihrem Dache weilten."

[2]) Auf Anregung seines Freundes Lammers wirkte er bei dem Zustandekommen einer volkswirtschaftlichen Versammlung in Hannover mit, die sein Parteigenosse Schläger übernahm. „Bei der Versammlung werde ich mich," schrieb er am 30. Oktober 1860 an Lammers, „gern beteiligen, auch bei der Debatte über die Hypothekenverhältnisse. Ich habe darin aber, als früheres Mitglied der Kanzlei und des Obergerichts, so gut wie gar keine praktische juristische Erfahrungen. Horst und ich haben daher Miquel gebeten, in dieser Sache einen größeren Vortrag zu übernehmen. Als Anwalt kennt er die Sache gründlich und hat sich, wie Sie sich erinnern werden, auch schon schriftstellerisch in der ‚Norddeutschen Zeitung' mit dem Gegenstande beschäftigt. Miquel hat einen solchen Vortrag zugesagt."

[3]) Bennigsen an Streit, 28. Juli 1860.

eigentümlichen Mischung von Stetigkeit und Unruhe kam in diesem Treiben wohl auf seine Kosten, aber auf die Dauer litt er doch stärker unter der Kette der Enttäuschungen, empfand er das Fruchtlose einer rein politischen Tätigkeit, die sich nach keiner Seite hin frei entfalten konnte; er beneidete die Bremer Freunde um ihre Möglichkeiten praktischer Wirkung in den öffentlichen Angelegenheiten Deutschlands.[1]) Er wehrte wohl einmal die Huldigungen seiner hannoverschen Freunde mit dem Worte des alten Yorck ab: man möge ihn feiern *nach* dem ersten Siege.

Nur der Glaube, für die Zukunft seiner Nation zu wirken, gab ihm einen festen Halt. Wie er selbst seine historische Stellung auffaßte, zeigt der folgende Brief, den er nach dem Tode Dahlmanns (5. Dezember 1860) an dessen Schwiegersohn Reyscher richtete.

Bennigsen an Reyscher.

Am zweiten Weihnachtstage 1860.

So geht einer nach dem andern unsrer alten Größen der vorigen Generation zur Ruhe. Dieses Jahr hat wieder stark aufgeräumt. Wo bleibt aber der Ersatz? Weiter ist der Gesichtskreis wohl geworden, manche Vorurteile sind noch gefallen. Was hilft es dem jüngeren Geschlechte aber, der geistigen Schranken der Alten spotten zu dürfen, wenn ihm der Ernst und die Tiefe fehlen, die wenigstens die Besseren der Restaurationsjahre aus dem dämonischen Druck der französischen Invasion und dem Aufschwung der Befreiungskriege herübergerettet hatten? Die Kraft des politischen Lebens ist seitdem erloschen im juristischen Formalismus partikularer Verfassungskämpfe, wo selbst die Siege unter dem Bundesrechte nur verhüllte Niederlagen waren, wahrhafte Erfolge über den in gegenseitiger Assekuranz vereinigten dynastischen Egoismus unmöglich waren, wo endlich mit der Kraft auch die Einsicht so weit aufgezehrt ward, daß 1848 die große liberale Partei es unternehmen wollte, ohne Blutvergießen die ungeheuerste politische Umgestaltung durchzuführen, von der die deutsche Geschichte gewußt hätte. Etwas gewitzigter ist man seitdem allerdings geworden. Ganz so fest glauben selbst unsre konstitutionellen Doktrinäre nicht mehr an die Erfolge ihrer juristischen Schachzüge, seitdem den Kurhessen das Schachbrett samt den Figuren über den Kopf geschlagen worden ist in dem Momente, wo sie mit ihren kunstvollen Zügen den Kurfürsten gerade mattsetzen wollten. Es ist aber merkwürdig, wie unausrottbar solche langjährige Anschauungen trotz aller Erfahrungen des Gegenteils bleiben. Als ich zum Beispiel Anfang 1854, ein Jahr vor dem Umsturze unsrer Ver-

[1]) Mitteilung von B. Böhmert.

fassung, vertraulich darum nachsuchte, aus der Staatsanwaltschaft in Hannover in das Obergericht nach Göttingen zurücktreten zu dürfen, weil ich, wie ich angab, nicht Lust hätte, nach der Oktroyierung als renitenter Staatsanwalt nach Aurich oder Meppen gesetzt zu werden, hielt man mich für toll. Und selbst Stüve, Lehzen und andre routinierte liberale Kämpfer haben noch 1855 eine Oktroyierung mit Hilfe des Bundestags für ganz unmöglich erklärt in Hannover und danach den Operationsplan angelegt, der denn freilich schmählich scheitern mußte. Wir andern wissen jetzt freilich, was solche Verfassungen wert sind, welche man wiederholt durch Verordnungen umwirft, wir benutzen jetzt diese Verfassungen und ihre Kammerverhandlungen dazu, den Partikularismus in seiner Hohlheit aufzuzeigen und aufzulösen, wir haben ja seit einem Jahre auch wieder einmal versucht, den Kampfplatz auf das nationale Gebiet zu verlegen. Dieser Versuch ist aber ein recht schwächlicher geblieben, und der Rest des politischen Kampfes ist — selbst Preußen nicht ausgenommen — so durchaus unwahr und verlogen und so bar alles Ernstes, welcher Entscheidungen nicht scheut und herbeizuführen imstande ist, daß es so nicht mehr lange Jahre fortgehen darf, wenn nicht der Schaden einer allgemeinen politischen Demoralisation unersetzlich werden soll.

Wann wird endlich die Stunde schlagen, nach der sich das Herz sehnt, wo in großen Kämpfen nationaler Abwehr oder nationaler Erhebung die Deutschen sich selbst wiederfinden, wo aus Gefahren, in denen alles eingesetzt wird, um alles zu gewinnen, Deutschland die Begeisterung für eine Idee, die Opferfreudigkeit und endlich die schöpferische Kraft wiedergebärt, welche allein uns das Kunstwerk des öffentlichen Rechts, den neuen deutschen Staat aufbauen kann, an welchem alle unsre jetzigen nüchternen Reflexionen sich vergeblich abmühen![1])

Bennigsen und die Seinen betrachteten sich als die Testamentsvollstrecker der Frankfurter Erbkaiserlichen. Wie aber stellten die ehemaligen Führer dieser Partei sich zu der neuen Bewegung? Daß

[1]) Aus der Antwort Reyschers vom 6. Januar 1861: „Dahlmanns Tod war für mich ein großer Verlust. Nicht, als ob von seiner politischen Tätigkeit noch etwas zu erwarten gewesen wäre. Er war sehr schweigsam geworden, hatte aber immer noch großes Interesse an den politischen Dingen und, wie mir sein Sohn sagte, beschäftigte ihn in der letzten Zeit der Nationalverein sehr, vermutlich aus Anlaß unsrer Koburger Versammlung und der Nachrichten über den Italienischen Nationalverein. Ich habe ihn wiederholt gebeten, Aufzeichnungen aus seinem Leben zu machen, und er hat auch einiges hinterlassen, was in Verbindung mit den vorgefundenen Briefen von großem Werte ist."

Heinrich von Gagern sich in einem (noch vor der Stiftung des Nationalvereins im Herbst 1859 geschriebenen) Privatbriefe[1]) gegen „die verunglückte Nachahmung von heute" aussprach, wurde anfangs von der gegnerischen Presse ausgebeutet, hatte aber nur noch geringe Bedeutung, da Gagern längst seine alten Ideale verbrannt hatte und in das großdeutsch-österreichische Lager überging. Aus dem umgekehrten Grunde trat der Schleswiger Wilhelm Beseler nicht bei, „weil die Unbestimmtheit des Programms in der österreichischen Frage mir dies bei meinen Ansichten bisher unmöglich gemacht hat"; mehrere seiner altliberalen Freunde hätten ihn am liebsten als Geschäftsführer des Nationalvereins gesehen;[2]) und in der ersten Zeit suchte er um der schleswig-holsteinischen Frage willen Fühlung mit Bennigsen zu gewinnen,[3]) doch zerschlug sich der Plan. Auch Mathy hatte zwar für Gotha eine Anschlußerklärung an das Eisenacher Programm verfaßt, sie aber selbst nicht unterzeichnet, weil sein Name unter der Reichsverfassung von 1849 stehe und er ihn nicht unter ein Schriftstück setzen könne, das weniger und minder Großes fordere.[4]) Andre wieder hielten sich aus andern minder doktrinären Gründen zurück, wie die Historiker Häusser und Droysen, oder der wackere Pfälzer Franz Peter Buhl,[5]) dessen Söhne

---

[1]) Bennigsen an Streit, 11. Februar 1860: „Die ‚Augsburger Zeitung' hätte Gagern eine solche Blamage wohl ersparen können."

[2]) Veit an Bennigsen, 2. Dezember 1859: „Für diese Stellung scheint mir Wilhelm Beseler ein höchst geeigneter Mann, und ich glaube voraussetzen zu dürfen, daß er sich uns nicht versagen wird, wenn es uns gelingt, ihm ein auskömmliches Gehalt zu sichern. Seine beiden letzten Broschüren atmen in jeder Zeile den Geist des praktischen Staatsmanns; er kennt Nord- und Süddeutschland und hat Verbindungen aller Art. Herr Präsident Francke empfiehlt, unsern Kollegen Schulze-Delitzsch, wenn es not tut, mit Vereinsfustentation, zu vermögen, seinen Sitz in Koburg zu nehmen, um der dortigen Leitung mehr Frische und Leben zu geben. Auch Mathy hat mir diesen Gedanken schon ausgesprochen. Wenn unsre Mittel zureichen, so möchte dieser Vorschlag den meinigen nicht ausschließen. Schulze gehört seinen Assoziationen, ja, wie er mir sagte, ist es sogar im Werke, daß er von denselben als ständiger Beamter des Vereinswesens angestellt wird. Er wird dem Nationalverein nicht so ganz angehören können, als es Beseler vermag, der, soviel ich weiß, frei ist. Von der vereinten Tätigkeit beider verspreche ich mir die besten Früchte."

[3]) S. oben S. 374 Anm. 1. In einem sehr eingehenden Schreiben an Bennigsen vom 7. Dezember 1859 suchte Beseler den damaligen Stand der schleswig-holsteinischen Frage darzulegen. Er schloß: „Sie haben jetzt wiederum schwere Zeit in Hannover, jedoch beneide ich Sie um eine Tätigkeit, die des Schweißes der Edeln würdig ist."

[4]) Herzog Ernst, Aus meinem Leben II, S. 531.

[5]) Siehe den Nekrolog in der „Wochenschrift des Nationalvereins" vom 22. August 1862.

beitraten und dessen gastliches Haus in Deidesheim den Führern der jungen Nationalpartei immer offenstand; andre traten dem Verein bei, aber trugen doch Bedenken, in den Ausschuß einzutreten, wie H. H. Meier in Bremen.[1])

Manche waren zwar mit den Endzielen des Nationalvereins einverstanden, aber über seine Wege zu diesem Ziel waren sie voller Bedenklichkeiten. Es handelt sich um einen Vorgang, der nach dem natürlichen Lauf der Dinge sich in politischen Parteientwicklungen immer wiederholt, um die Ablösung einer alten befriedigten oder auch vorsichtigen Generation durch eine jüngere, die das gleiche mit frischerem Temperament und mit stärkeren Mitteln will. Vollends jene preußischen Altliberalen, die mit sanfter Diplomatie den neuen König ihren Weg zu führen gedachten, bebten vor allem zurück, was diese kunstvollen Kreise etwa hätte stören können. So der in der Kritik so einsichtige Theodor von Bernhardi, der schon im September 1859, als der Breslauer Professor Roepell seine altliberalen Freunde zu einer Beratung über die deutsche Frage versammeln wollte, jeder „törichten Demonstration" widerriet und sich ganz in den Vorstellungen der altliberalen Salondiplomatie und politischen Briefstellerei unter den „Führern" bewegte.[2])

[1]) Ueber seine Motive vgl. den charakteristischen Brief von Lammers an Bennigsen, 13. Februar 1861: „H. H. Meier, wie ich Ihnen in Aussicht stellte, hat unüberwindliche Bedenken, in den Ausschuß einzutreten. Dasjenige, welches er ausdrücklich nennt und in den Vordergrund rückt, ist die Rücksicht auf den Lloyd in seinem Verhältnis zur hannoverschen Regierung. Ich fragte ihn daher, ob er geneigter sein würde, wenn Borries und Kielmannsegge einmal den alten Ministern wieder Platz machten, worauf er sich begnügte, seinen Glauben an Borries' unerschütterliche Stellung auszusprechen und zu entwickeln. Nach meiner Vermutung hält ihn hierneben noch etwas andres ab: das unklare Verhältnis seiner früheren politischen Freunde Vincke, Duncker, Häusser u. s. w. zu dem Verein, und daß der Verein noch nicht so ganz obenaufgekommen ist. Meier ist ein großartig angelegter Mensch und hat daher, gerade durch den Gegensatz kleiner, enger Verhältnisse nur um so mehr, einen übermäßigen Hang zum Großartigen und wenig Sinn für langsam wachsende Agitation. Er liebt es, daß die Dinge bis nahe vor ihrer Vollendung im Geiste des einzelnen Führers und höchstens in petits comités reifen, dann fix und fertig zum Staunen der bewundernden Welt ans Licht dringen ... Die einflußreichen Leute sind hier alle so mit dem Staat verwachsen, daß sie noch weit ängstlicher ausweichen würden als Meier, den ich durchaus für mutig und entschlossen halte."

[2]) Th. von Bernhardi, Tagebuchblätter III, S. 256 f. „Das Beste, was wir für die deutsche Einheit tun können, ist, daß wir unsre eigne heimische Regierung auf dem Wege des ruhigen Fortschritts unterstützen; denn der Fortschritt macht ganz von selber Propaganda; nebenher könnten wir allenfalls uns mit den Leuten der Bewegung im westlichen Deutschland brieflich in Verbindung setzen und anfragen, was sie wünschen, daß wir von hier aus Entgegenkommendes tun sollen."

Mehr als je waren sie jetzt Offiziere ohne Soldaten, wenn sie Politik nach ihren alten Heften zu treiben versuchten. Die junge Generation aber wollte diese liberale Notabelnpolitik ersetzen durch eine Bewegung, die immer weitere Kreise des Volkes innerlich aufrührte und dem nationalen Strom eine unwiderstehliche Ausdehnung und Stärke gab: sie wollte die demokratischen Methoden der Politik in den Dienst der nationalen Einheit und Freiheit stellen.

Andre ehemalige Mitglieder der „Gothaer" Partei, wie Max Duncker und Biedermann, dauernder noch Gustav Freytag und Präsident Francke, waren bemüht, wenn auch ohne offene Beteiligung, mit der ihnen sympathischen Bewegung in Fühlung zu bleiben und namentlich in den ersten Jahren, als man noch ernsthaft auf eine deutsche Politik Preußens rechnen durfte, geschäftig diplomatische Fäden zwischen den Kabinetten und der nationalen Propaganda zu knüpfen, womöglich gar, wie das fürstliche Haupt dieser Gruppe, Herzog Ernst, die eigentlichen Regisseure hinter den Kulissen zu spielen.

Selbst unter den Erbkaiserlichen, die persönlich in den Ausschuß des Nationalvereins eintraten, fanden sich manche nicht in den neuen Ton. Einst war Gabriel Riesser [1]) als einer der zündendsten Redner der Paulskirche gefeiert; jetzt vertrug er sich mit den demokratischer gesinnten Hamburger Nationalvereinsmitgliedern, zumal bei ihrer verschiedenen Haltung im hamburgischen Verfassungskampfe, so schlecht, daß Schulze-Delitzsch schon 1860 einen notdürftigen Frieden herstellen mußte; er scheute die öffentlichen Versammlungen, und als er — der erste Jude, der in Hamburg zu dieser Stellung aufstieg — Obergerichtsrat geworden war, wollte er nichts mehr tun, was sich nicht mit seinem neuen Amte vertrüge, so daß die tätigeren Mitglieder auf den Austritt des „Gothaer Herrn" aus dem Ausschusse drängten. Aehnlich dachte der Berliner Buchhändler Veit, [2]) der anfänglich sogar gegen eine periodische Vereinszeitung Bedenken hatte und in große Angst geriet, als eine Versammlung des Berliner Nationalvereins den Wunsch aussprach, daß der Jahresbetrag von einem Taler in zwölf Monatsraten von je $2^1/_2$ Silbergroschen erhoben werden möge, und die Möglichkeit auftauchte, daß das „Volk" in die so weit geöffneten Türen wirklich hereinströmen möchte. [3]) An manchen Orten, wo die Gegensätze schon älter

[1]) Vgl. M. Isler, Gabriel Riessers Leben. Zur Charakteristik seiner Stellung im Nationalverein seine Aufsätze über „Zeitfragen" in der „Zeit" (Oktober 1861).

[2]) Nekrolog in der „Wochenschrift des Nationalvereins" vom 18. Februar 1864.

[3]) Veit an Streit, 18. Januar 1861: „Sachlich würde kein andrer Erfolg erreicht werden, als die Heranziehung einer Masse von Arbeitern und Gesellen,

und tief waren, ging das Einleben der beiden Parteigruppen nicht ohne Reibung vor sich. Bennigsen mahnte mitunter seine konstitutionellen Freunde, sie schienen sich mit einer gewissen Prüderie von den Demokraten abseits zu halten. Aber die Frankfurter Altliberalen, wie der Bennigsen nahestehende tüchtige Arzt Dr. Georg Varrentrapp,[1]) wiesen ihn darauf hin, daß in der Theorie die Gemeinschaft leichter sei als in der Praxis[2]) — reichte doch in Frankfurt die Spannung von den alten Erbkaiserlichen bis zu der reinen Demokratie, bis zu dem ehrgeizigen jungen Advokaten Dr. von Schweitzer, der von einem Nachfolger Lassalles zwar noch nicht viel verriet und bei dem Turnfest von 1861 mit der harmloseren Aufgabe des Festzeitungsredakteurs sich begnügte, aber in den Lokalversammlungen des Nationalvereins schon als unbequemes Mitglied bemerkbar war.[3])

Werfen wir nun einen Blick auf die Männer, die neben Bennigsen an der Geschäftsleitung im Vorstande[4]) und an der politischen Leitung des Vereins im Ausschusse[5]) Anteil hatten.

---

die unter Führung des Antragstellers, Herrn Adolf Streckfuß, die Oberhand in den hier abzuhaltenden Versammlungen gewinnen und die besonnenen Elemente aus dem Nationalverein entfernen wird."

[1]) W. C. von Arnswaldt, Aus der Geschichte der Familie Varrentrapp, Frankfurt 1908, S. 82—102.

[2]) Varrentrapp übersandte Bennigsen am 2. Dezember 1859 einen Artikel des demokratischen Frankfurter „Volksfreundes": „Sie werden dann leichter einsehen, daß wir übrigen Konstitutionellen in Frankfurt viel weniger durch Grundsätze von diesen Leuten geschieden sind (wir gehören ja alle einer kleinen Republik mit dem vollständigsten Selfgovernment u. s. w. an), als durch Bildung und Sitte, daß wir mit Leuten nicht umgehen können, die uns fortwährend feig, Kretin, Eunuch u. s. w. benennen ... wir halten uns für zu gut, um mit derartigen Leuten innig zusammenzugehen, die großenteils glauben, daß demokratische Gesinnung in Roheit bestehe."

[3]) Lammers an Bennigsen, 2. Oktober 1861: „Metz' wohlerworbene Autorität über die hiesige Lokaldemokratie reichte vollkommen hin, die Organisation von Sammlungen durchzusetzen. Von Schweitzer, dessen unruhiger Ehrgeiz natürlich auch in Opposition nicht gegen die beginnende, sondern gegen die bereits mächtige und gesicherte Flottenbewegung sich aufbäumen mußte, wagte, obwohl anwesend, gegen Metz' direkte Angriffe nichts zu sagen."

[4]) Der bei der Konstituierung aus Bennigsen, Fries und Streit zusammengesetzte Vorstand wurde bald danach durch Rückert (Koburg) ergänzt. Im Jahre 1860 wurde Reyscher hinzugewählt, im Laufe der nächsten Jahre ferner Schulze-Delitzsch, Metz, Brater und Rochau.

[5]) Von der Generalversammlung in Koburg 1860 wurden in den Ausschuß gewählt: Bennigsen, Metz, Streit, Fries, Brater, Crämer (Doos), Schulze-Delitzsch, Unruh, Rochau, Reyscher, S. Müller (Frankfurt), G. Mayer (Leipzig) und dann

Jene Pläne, Wilhelm Beseler oder Schulze-Delitzsch mit der Geschäftsführung des Vereins zu beauftragen, kamen schon um deswillen nicht zur Ausführung, weil die Wahl Koburgs als Sitz des Nationalvereins die Wahl eines dort ansässigen Geschäftsführers bedingte. So trat der Rechtsanwalt Fedor Streit in Koburg in den Vorstand ein als Geschäftsführer, dem die Korrespondenz, das Kassenwesen und die Ausführung der Vorstands- und Ausschußbeschlüsse oblag. Er gehörte der thüringischen Demokratie von 1848 an und blieb seinen engeren Landsleuten wegen seiner revolutionären Vergangenheit stets verdächtig, so daß der wackere Henneberg in Gotha, hinter dem wohl Gustav Freytag stand, immer von neuem vor der Wahl einer so ausgesprochenen Persönlichkeit warnte; er unterhielt enge Beziehungen zu seinen alten, großenteils im Exil lebenden Parteigenossen und stellte die äußerste Linke im Vorstande dar. Es wäre auf alle Fälle ratsamer gewesen, für seinen Posten eine neutralere und auch eine stärkere Persönlichkeit zu wählen, wie es Schulze-Delitzsch war. Immerhin war er ein rühriger Mann, der unter großen Opfern zunächst die ganze Geschäftsführung allein auf seinen Schultern trug, bis er durch einen ständigen Sekretär und später durch ein ganzes Bureau unterstützt wurde. Besaß er schon durch die Leitung der Korrespondenz mit den Agenten eine nicht einflußlose Stellung, so wußte er sie im Laufe der Zeit noch zu verstärken. Er gründete eine Buchdruckerei, die anfänglich nur die Flugblätter und die „Wochenschrift des Nationalvereins" druckte, und eine Verlagshandlung, die ähnliche Druckschriften an sich zog; im Laufe der folgenden Jahre ging er dazu über, besondere Zeitungen für die mit dem Nationalverein in engerer oder loserer Verknüpfung stehenden Vereine zu gründen, eine Turnerzeitung für die Turnvereine, eine Arbeiterzeitung, eine Wehrzeitung — gewissermaßen Streitsche Nebenschößlinge des Zentralorgans, die, ohne unter der Verantwortlichkeit des Nationalvereins zu erscheinen, doch nach außen hin durch den Namen seines Geschäftsführers gedeckt waren; dieser aber beschränkte sich nicht darauf, in gemeinverständlicher Form, wie es ursprünglich die Absicht gewesen war, die offizielle Politik des Nationalvereins zu machen, sondern trieb vielmehr bewußt nach links hinüber; zumal als er 1863 in eine engere Beziehung zu Gustav Struve, dem alten badischen Revolutionsmann, trat, geriet er darüber in ernste, auch nach außen sichtbare Konflikte mit Rochau.

---

von den Gewählten kooptiert: Brämer, Gourdé, Lang (Wiesbaden), Lehmann (Kiel), Müllensiefen, Riesser, Rose, Rückert, Veit, Cetto, Georgii, Ladenburg, Lüning. Auf der Tagung von 1861 wurden anstatt mehrerer Nichtwiedergewählter kooptiert: Behrend (Danzig), A. Delbrück, Franz Duncker, von Forckenbeck, Heyner (Leipzig), von Hoverbeck, Miquel, Seeger.

Streits Korrespondenz mit Bennigsen ist ziemlich umfangreich, aber, wie es die Natur der Dinge mit sich brachte, überwiegend geschäftlichen, immer weniger politischen Charakters. Bennigsen verkannte keineswegs die Verdienste Streits um den Verein, und auch als die schleppende Geschäftsführung immer lebhaftere Klagen hervorrief, mahnte er nur in freundschaftlich ernster Weise,[1]) ohne, wie es nötig gewesen wäre, mit fester Hand durchzugreifen. Denn allmählich wuchs Streit die gleichzeitige Uebernahme der mühevollen Geschäftsführung und aller jener privaten Unternehmungen neben seinen Berufspflichten völlig über den Kopf; es ergaben sich verwickelte Rechtsverhältnisse und finanzielle Schwierigkeiten, denen er schließlich unterliegen mußte.

Wiederholt hatte man alle diese Schwierigkeiten persönlicher und sachlicher Natur, die durch den verschiedenen Wohnsitz des Präsidenten, des Geschäftsführers und des Herausgebers der Wochenschrift noch verschärft wurden, zu beseitigen versucht; man plante eine Zeitlang, den schon erkrankten Karl Brater, dann Nagel nach Koburg zu ziehen. Schließlich wurde Anfang 1865 Streits Stellung infolge seiner finanziellen Wirren unhaltbar und nun endlich — für das Interesse des Nationalvereins viel zu spät, für Streit, der noch eine Zeitlang dem Namen nach im Vorstande verblieb, in schonender Weise — eine Neuordnung unternommen. Das Vereinsdomizil verblieb zwar formell juristisch in Koburg, doch wurden tatsächlich Geschäftsführung, Herausgabe der Wochenschrift und Preßzentrale zum 1. April 1865 nach Frankfurt verlegt; die Geschäftsführung fiel an Lorenz Nagel, der schon in den ersten Jahren des Nationalvereins als Streits Sekretär gearbeitet hatte und nun zugleich in den Vorstand und Ausschuß eintrat, freilich in einem Stadium, als die Vereinspolitik schon im Zeichen des Niederganges stand.

Der Nürnberger Lorenz Nagel[2]) war einst mit seinen Freunden

[1]) Bennigsen an Streit, 12. Februar 1863: „Daß Sie soviel Arbeitskraft und Anstrengung an unsre nationale Sache verwenden wie keiner von uns andern, habe ich diese Jahre Gelegenheit genug gehabt zu beurteilen. Nur glaube ich, und habe das, wie Sie wissen, schon mehrfach geäußert, daß Sie zuviel von der ordinär geschäftlichen, mechanischen Arbeit selbst besorgen. Ich bin fest überzeugt, daß, wenn hiervon mehr dem Sekretär und Expedienten ein für allemal übertragen und nur die Ausführung täglich scharf kontrolliert würde, eine bedeutende Erleichterung für Sie zugleich mit einer strenger kaufmännischen Regelmäßigkeit, namentlich in der täglichen geschäftlichen Korrespondenz, zu erreichen sein würde."

[2]) Nagel führte die Geschäftsleitung des Nationalvereins bis zu dessen Auflösung (Ende 1867), seit 1870 war er Herausgeber der in Berlin erscheinenden Wochenschrift „Concordia" und seit Anfang der achtziger Jahre Sekretär der Hamburgischen Gewerbekammer; er starb 1895 in Hamburg. Ein Nekrolog aus der Feder seines Freundes Julius von Eckardt — dessen Kenntnis ich der Güte

Miquel und Wehrenpfennig tief in den Wirbel des Revolutionsjahres gezogen, er war sogar im Mai 1849 ein freilich ungefährlicher Dresdener Barrikadenkämpfer gewesen. Jetzt gab er seinen Beruf, eine Advokatur in Wiesbaden, auf, um sich ganz der Verwirklichung seiner deutschen Jugendideale zu widmen. Er schloß sich von vornherein mit besonderer Vorliebe an Bennigsen an; er hat ihn als Menschen und Politiker zeit seines Lebens gleich hoch geschätzt, und auch Bennigsen, der schon im Jahre 1861 den vorläufigen Austritt des „talentvollen und charakterfesten jungen Mannes“ [1]) aus dem Sekretariat sehr bedauerte, erkannte bald, wie es in einem Nekrologe Nagels heißt, „daß hinter dem gewandten und umsichtigen Publizisten ein Mann stecke, der unvergleichlich mehr wert sei als die volle Summe seiner Eigenschaften“. Denn er war ein Charakter von innerlicher Tüchtigkeit und seltener Reinheit der Gesinnung, einer der spezifisch deutschen Idealisten in der Politik, der, ohne Bedürfnis nach einer Rolle, „der höheren Bestimmung des Menschen vollbewußt, nichtsdestoweniger in den Aufgaben des Tages seine nächste Pflicht sah“, zugleich eine im höchsten Sinne des Wortes religiöse Natur, die bei allem politischen Freisinn und aller kritischen Veranlagung auch die kirchlichen Aufgaben der Zeit mit Wärme erfaßte. Es war wohl sein Zug auf die größeren Angelegenheiten seines Volkes und der Menschheit, der ihn zu ähnlichen innerlichen Bedürfnissen Bennigsens führte; nach der politischen Arbeit setzten sie häufig bis in die Nacht hinein — er sagte wohl: „der Bennigsen ist ein Hocker und Sie wissen, ich bin es auch“ — ihren Meinungsaustausch über religiöse und philosophische Probleme fort, und Nagel faßte dieses persönliche Verhältnis so tief auf, daß er ihm noch nach Jahren, als ihre Wege sich längst getrennt hatten, einen beide Männer ehrenden Ausdruck gab.[2])

Der führende Publizist des Nationalvereins wurde August Ludwig von Rochau.[3]) Dieser Braunschweiger, den einst unklare Träume von Deutschlands Macht und Freiheit und sein Anteil an dem Frankfurter Burschenschafterputsch in den dreißiger Jahren in Gefängnis und Exil gestoßen hatten, war längst in harter Schule herangereift und in Frankfurt 1848/49 einer der tapfersten journalistischen Mitstreiter der Erbkaiser-

---

des Herrn Dr. Felix von Eckardt, Chefredakteurs des „Hamburgischen Korrespondenten“ verdanke — bringt Nachrichten über den seltenen Mann, die man sonst vergeblich sucht.

[1]) Bennigsen an Streit, 28. März 1861.

[2]) Nagel widmete Bennigsen im Jahre 1880 die Schrift: „Der christliche Glaube und die menschliche Freiheit“ (Gotha 1880).

[3]) Ueber ihn: H. von Treitschke, Preuß. Jahrb. XXXII (1873), S. 585 bis 591.

lichen gewesen. Ihn hat Treitschke einen der stolzesten Deutschen genannt, die ihm je begegnet seien: welches Lob aus welchem Munde! Seine größte Wirkung hatte er ausgeübt in einem Buche, das er anonym (1853) herausgab und beim Heraufziehen der Krisis von 1859 erneuerte; eines der reifsten Erzeugnisse der deutschen politischen Literatur aus den Jahren der Enttäuschung, hat es den Namen der „Realpolitik" in unsrer Sprache eingebürgert und, wiederum nach dem Zeugnis Treitschkes, wie ein Blitzstrahl in die besseren Köpfe der Jugend eingeschlagen. Wenn es bei ihm hieß: „weder ein Prinzip noch eine Idee noch ein Vertrag wird die zersplitterten deutschen Kräfte einigen, sondern nur eine überlegene Kraft, welche die übrigen verschlingt", so klingt das an die Politik an, die praktisch durchzuführen Bennigsen sich zur Aufgabe setzte. Er übernahm jetzt die Herausgabe der „Wochenschrift des Nationalvereins", den Versuch einer Parteizeitung ohne lokal-provinzielle Basis, der in Deutschland — wo allein die „Augsburger Allgemeine Zeitung" eine Sonderstellung einnahm — in früheren Anläufen immer wieder fehlgeschlagen war. Schon im Herbst 1860 wies sie 5000 Abonnenten auf und vermochte einen stärkeren Einfluß auszuüben als die zwanglosen Flugblätter,[1]) auf die man sich anfangs hatte beschränken wollen. Sie war nicht eigentlich eine Zeitung, die zu größeren Kreisen sprach, sondern ihre Leitartikel und Abhandlungen wandten sich eher an die Oberschicht im Nationalverein. So ging wieder, wie einst in den Tagen von Gervinus und der „Deutschen Zeitung", von Heidelberg ein publizistisches Unternehmen aus, das die Deutschen zu Preußens Führung und den preußischen Staat zu einer deutschen und freien Politik bekehren wollte. Aber auch der Grundfehler von damals, die andauernde Kritik Preußens vom außerpreußischen Boden, mußte sich wieder einstellen, als Rochau in der Konfliktszeit, verzweifelnd an dem Wollen seines geliebten Staates, mit Peitschenhieben die Preußen vorwärtsdrängte.

Neben Rochau steht unter den Publizisten des Nationalvereins an der ersten Stelle der Nördlinger Karl Brater, der in München auf dem vorgeschobenen Außenposten der Bewegung, gleich Nagel ein

[1]) Diese Flugblätter mit ihren Verfassern, soweit ich sie habe ermitteln können, seien hier zusammengestellt. 1. Ohne Titel: Schulze-Delitzsch. 2. Ohne Titel (Schleswig-holsteinische Frage): Theodor Lehmann-Kiel. 3. Die Bundeskriegsverfassung: Reyscher. 4. Politischer Bericht des Vereinsausschusses 1861: Brater. 5. Die deutsche Flotte: H. Rickert-Danzig. 6. Politischer Bericht des Vereinsausschusses 1862: Brater. 7. Für die Reichsverfassung vom 28. März 1849: G. Planck. 8. Politischer Bericht von 1863: Miquel. 9. Desgl. 1864: Brater. 10. Desgl. 1865. 11. Die Lage des Nationalvereins im Anfange des Jahres 1866: Rochau. 12. Der Nationalverein vor den Parlamentswahlen.

geborener Bayer, für Preußens Führung kämpfte.[1]) Nach seinem ersten Anlauf in der „Bayrischen Wochenschrift" hatte er die „Süddeutsche Zeitung" am 1. Oktober 1859 begründet und leitete das „preußische Blatt" in dem Zentrum der partikularistischen Gesinnungen; ein politischer Journalist von gründlicher Bildung, predigte er den Grundgedanken, Deutschlands Führung durch Preußen, „den widerwilligen Gemütern der Süddeutschen mit nie aussetzender Konsequenz, aber zugleich mit jener schonenden Milde, welche am besten geeignet ist, dauernde Ueberzeugungen zu begründen"; ein selbstloser Patriot, ein reiner Charakter, der seiner aufreibenden Arbeit als bayrischer Landtagsabgeordneter und Publizist seine ganze Existenz zum Opfer brachte und in einem entsagungsreichen und bedürfnislosen Lebenslauf das Beste des deutschen Idealismus vorbildlich verwirklichte. Nur unter großen Opfern ließ sich die „Süddeutsche Zeitung" in München halten,[2]) schließlich erwies sich die natürliche Basis der Zeitung doch als zu schwach, und im Jahre 1862 mußte der bittere Entschluß gefaßt werden, sie mit der im Jahre zuvor in Frankfurt von einem Konsortium gegründeten und von A. Lammers redigierten „Zeit" zu verschmelzen. Wenngleich auch diese Neugründung schwer mit einem geschäftlichen Defizit zu ringen hatte und schließlich wieder einging,[3]) so ist mit diesem äußeren Erfolg oder Mißerfolg die Wirkung der „Süddeutschen Zeitung" und der „Zeit" nicht umschrieben: sie haben seit der „Deutschen Zeitung" zuerst wieder den Süddeutschen die preußische Führung eines Deutschlands ohne Oesterreich wirkungsvoll verkündet, ein publizistisches Gegenstück der hinreißenden Wirkungen, die Häusser in diesen Jahren von seinem Heidelberger Katheder ausgehen ließ. Und hier hat Brater sein Bestes gegeben; er verfaßte auch mehrere unter den Berichten und Flugblättern des Nationalvereins und beeinflußte in dem mit Bluntschli herausgegebenen „Deutschen Staatswörterbuch" die politische Bildung

[1]) Ueber ihn: H. Baumgarten, Preuß. Jahrb. XXIV (1869), S. 706 bis 709; wiederholt in Baumgartens Reden und Aufsätzen, herausgegeben von E. Marcks.

[2]) Im Juni 1861 übernahm der Nationalverein zehn Aktien zu je 120 Talern; im Oktober 1861 bildete sich eine Gesellschaft süddeutscher Liberaler zur Aufrechterhaltung der Zeitung unter Vorsitz von Bluntschli und Teilnahme von Barth (Kaufbeuren), H. Baumgarten, Buhl (Deidesheim), Crämer (Doos), Häusser, Reyscher, Sybel und Völk (Augsburg).

[3]) Im Jahre 1863 bewilligte der Nationalverein, um das Eingehen der Zeitung, die damals 1700 Abonnenten zählte, zu verhüten, 5000 Gulden unter der Bedingung, daß sie bis zum Juni 1864 gehalten werde. Der Hauptgarant, der große Opfer brachte, war Varrentrapp, der Bruder des Frankfurter Vertreters des Nationalvereins (vgl. Briefe von G. Varrentrapp an Bennigsen).

seiner Zeitgenossen. Wenn man in der Korrespondenz Bennigsens oder in den Akten des Nationalvereins seine Briefe findet, scheinen die feinen und festen Züge seiner Hand das Wesen dieses Geistes zu spiegeln, dem seine längst geschwächte Gesundheit kurz vor der Erreichung des letzten Zieles zusammenbrechen sollte († 1869).

In der „Zeit" wirkte er mit August Lammers zusammen, jenem Jugendfreunde von Bennigsens Bruder Karl, der zuerst in der „Hildesheimer Zeitung", dann in der (hannoverschen) „Zeitung für Norddeutschland" die Anfänge der politischen Laufbahn Bennigsens verfolgt hatte und als Redakteur der „Weserzeitung" in Bremen einer der fähigsten Journalisten der Nationalpartei wurde, bis er im Jahre 1861 nach Frankfurt übersiedelte: gewandt, optimistisch, in allen Sätteln gerecht, nicht bloß politisch interessiert, sondern mit einem tieferen Verständnis für allgemeine Wohlfahrt begabt, das in seiner späteren Laufbahn ihn vollends erfüllte.[1]) Zu diesen führenden Publizisten gesellte sich eine große Schar andrer: Planck, der seine unfreiwillige Muße dem Nationalverein widmen konnte, der junge Historiker Hermann Baumgarten und berufsmäßige Journalisten, wie Heinrich Rickert, der als Redakteur der „Danziger Zeitung" sich in nationalen Flottenangelegenheiten bereits zum sachkundigen Spezialisten entwickelte.

Neben der „Süddeutschen Zeitung" und der „Zeit" unterstützte der Nationalverein auch einzelne provinzielle und ausländische deutsche Zeitungen, wie Oetkers „Hessische Morgenzeitung" und den in London erscheinenden „Hermann", durch Subventionen. Er versuchte sogar, auch auf die ausländische Presse Einfluß zu gewinnen, um die öffentliche Meinung für die nationale Bewegung der Deutschen zu interessieren. Der in Paris lebende Journalist H. B. Oppenheim unterbreitete Bennigsen einen Plan, die Redaktion eines Pariser Blattes dafür zu gewinnen, daß sie Artikel aufnehme oder auch bearbeite, und empfahl dafür den „Courrier de Dimanche", der eine gewisse Autorität genieße und auch den goldenen Eselchen zugänglich sei, vor allem aber den „Temps", der eine große Zukunft zu haben scheine; er wies darauf hin, daß der Gewinn der öffentlichen Meinung in Frankreich nicht gleichgültig sei und daß man bei einer Gegenwirkung gegen die deutschfeindliche offiziöse Presse auf die vernünftigen Leute in der Demokratie und das Friedensbedürfnis der Bourgeoisie rechnen dürfe.[2]) Der von

[1]) Lebensabriß von V. Böhmert in der „A. T. B."; eine größere Biographie wird von A. Emminghaus in Gotha vorbereitet.

[2]) Unruh an Bennigsen, 21. Mai 1861: „Ich meine auch, daß es wirklich Sache des Nationalvereins sei, in deutschen Fragen auf die fremde Presse zu wirken. Ich war im Mai in Paris und bin fest überzeugt, daß Preußen von

Unruh lebhaft empfohlene Plan kam jedoch infolge der Uebersiedlung Oppenheims nach Berlin zunächst nicht zur Ausführung. Im März 1862 wurde der Gedanke auf einer allgemeineren Grundlage wieder aufgenommen und der Frankfurter Journalist Max Wirth, der Sohn des Urhebers des Hambacher Festes, mit der ständigen Aufklärung der ausländischen Presse beauftragt. Doch zeitigte das System, für das jährlich 3500 Gulden aufgewendet wurden, nur geringe praktische Ergebnisse, so daß der heißblütige Rochau immer wieder zur Einstellung dieser Art von Versorgung mit Korrespondenzen drängte.[1]) Heute mögen diese noch mehrfach aufgenommenen[2]) Versuche, den Ausländern das Verständnis der deutschen Einheitsbewegung publizistisch zu erschließen, dilettantisch und utopisch erscheinen — als wenn das gereifte politische Denken der fremden Völker auch die deutschen Dinge nicht vielmehr als eine Machtfrage nach dem Maße ihrer eignen Interessen behandelt hätte. Aber was in der Welt erschien diesen Menschen von damals unüberwindlicher als die Macht der öffentlichen Meinung!

Von besonderer Bedeutung im Ausschuß des Nationalvereins waren naturgemäß die Persönlichkeiten der beiden Preußen, die schon an seiner Gründung einen hervorragenden Anteil genommen hatten: Hermann Schulze-Delitzsch, der ehemalige Demokrat, und Hans Viktor von Unruh, der ehemalige Konstitutionelle, die in den Augen des Hofes wegen ihrer 1848er Vergangenheit beide in der gleichen revolutionären Verdammung lebten und im Grunde beide mit der Revolution sehr wenig zu schaffen hatten. Schulze-Delitzsch blieb dauernd einer der nam-

dort nicht eher angegriffen oder provoziert werden wird, als bis der Appetit dazu durch die Presse angeregt und dem französischen Publikum eingebildet sein wird, daß Frankreich zur Einmischung gezwungen sei." Oppenheim übernahm in Berlin die Redaktion der „Deutschen Jahrbücher für Literatur und Politik", „die auf Aktien der Partei gestiftet und von einem Parteikomitee geleitet, auch an Ihre und der Ihrigen Teilnahme und Mitarbeit appellieren wird," Oppenheim an Bennigsen, 12. Juni 1861.

[1]) Rochau an Bennigsen, 24. September 1863: „Ob in einer Anzahl mehr oder weniger obskurer Blätter des Auslandes hier und da ein Artikel Deutschland vorkommt, kann uns ganz gleichgültig sein — und gleichwohl ist das alles, was bisher geleistet ist. Wir sind denn doch nicht in der Lage, bei der fremden Presse betteln zu gehen, damit wir uns der Welt wenigstens in Erinnerung bringen. Können wir nicht die tonangebenden Blätter beeinflussen, so zwar, daß sie nicht etwa bloß von deutschen Angelegenheiten überhaupt sprechen, sondern dieselben in unserm Parteisinne behandeln, so ist es in keiner Weise der Mühe wert, eine auswärtige Korrespondenz zu unterhalten."

[2]) So betrieb Lammers, als die schleswig-holsteinische Frage wieder naherückte, den Gewinn eines norwegischen Journalisten, und noch 1865 suchte V. Böhmert Bennigsen zu überreden, eine englische Zeitung für die nationale Bewegung Deutschlands in London zu gründen.

hafteſten Führer des Vereins. Zu dem ſechzehn Jahre jüngeren Bennigſen, mit dem er bald durch Freundſchaft und brüderliches Du verbunden war, ſtellte er die augenfälligſte Ergänzung dar. Vom Diplomaten und vom Staatsmann beſaß er nichts. Alles aber, was jenem abging, um populär zu werden, beſaß er in vollſtem Maße. Er war der Typus des Volksmanns; nicht bloß äußerlich in dem ſchlichten Auftreten, in der gemeinverſtändlichen Sprache und dem tönenden Pathos, mit dem er als beliebteſter Redner des Nationalvereins die Maſſen an ſich feſſelte, ſondern dieſer ehemalige Juriſt aus der ſächſiſchen Patrimonialrichterfamilie, der ſein Amt um des öffentlichen Wohles willen aufgegeben hatte, war ein Volksmann in einem tieferen Sinne. Sein Ideal war ein kräftiger, ſich ſelbſt vertrauender Bürgerſtand, der ſich der beſchränkenden Eingriffe des Staates erwehrte, der ſich ſelbſt half und die Angelegenheiten ſeiner Nation darüber nicht vergaß. Schulze war davon ausgegangen, in der modernen Kreditentwicklung die vereinzelten kleinen Kräfte durch ſolidariſchen Zuſammenſchluß untereinander gegenüber den kapital- und kreditfähigeren Großbetrieben konkurrenzfähig zu machen; ſo wurde er, in theoretiſcher Anleitung und praktiſcher Organiſation bis in das Kleinſte hinein anlernend, der Begründer des deutſchen Genoſſenſchaftsweſens und erzog hunderttauſende kleiner Exiſtenzen, zumal des Handwerkerſtandes, zur ſorgſamen Geſchäftsführung, zur wirtſchaftlichen Selbſtändigkeit — und ſein höchſtes Ziel war, darauf die politiſche, die menſchliche Selbſtändigkeit aufzubauen. Die Schranken ſeiner Welt- und Wirtſchaftsanſchauung liegen heute offen da: er unterſchätzte die Aufgaben des Staates und vermochte in der vornehmlich als Handwerkerfrage gefaßten ſozialen Frage nicht ihren Kern, den Emanzipationskampf des Arbeiterſtandes zu erkennen. Aber innerhalb ſeiner Wirkungsſphäre ſchuf er Bleibendes, der geborene Mann des Volkes und der Liebling des kleinen Mannes, der warmherzig, ſchlicht und treu, ſelbſt die bürgerlichen Tugenden übte, die er empfahl. So flößte er einem wirtſchaftlich rückſtändigen Geſchlechte ein neues Selbſtgefühl ein und lebte in der Zuverſicht, dieſe bürgerlichen Maſſen nun auch zu dem Bewußtſein ihrer nationalen Zukunft zu erwecken. Unter manchen Nurpolitikern des Nationalvereins ſtellt er zugleich eine ethiſche Potenz dar.

Aus ganz anderm Holze geſchnitzt war der ehemalige Präſident der preußiſchen Nationalverſammlung von 1848, von Unruh, der Sohn eines preußiſchen Generals, mit dem Aeußeren eines ſtrengen Bureaukraten, trotzdem er aus der Beamtenlaufbahn, unter mannigfacher polizeilicher Ueberwachung, in die große Induſtrie übergegangen war, in der er ſich bald eine geachtete Stellung und einen weiteren Horizont erwarb. Im Grunde war er ein ſtolzer Preuße, ſo

gut wie die des konservativen Lagers, mit einem realpolitischen Zuge, der ihn frühzeitig zu einem gewissen Verständnis Bismarcks führte. Sein Sinn für die greifbare Wirkung machte ihn wenig empfänglich für die ewigen Beratungen, noch auch für die Volksversammlungen; da seine Geschäfte ihn häufig ins Ausland führten, war er nicht bereit, zu jeder der vielen Zusammenkünfte herbeizueilen; er zog die diplomatische Rolle, die gelegentliche Einwirkung vor und trat mit der Zeit wieder etwas in den Hintergrund.

In der Zusammensetzung der übrigen preußischen Ausschußmitglieder spiegelt sich die mit der Zeit einsetzende Verschärfung des preußischen Liberalismus. Anfänglich bemerkt man im Ausschuß noch altliberale Namen wie die ostpreußischen Rittergutsbesitzer Braemer-Ernstburg, von Sänger-Grabow[1]) oder den Rheinländer Cetto-Trier. Daneben tauchen bald vorwärtsdrängende Elemente auf, wie der Berliner Bankier Adalbert Delbrück, der Buchhändler Franz Duncker, der als Besitzer der „Berliner Volkszeitung" von Einfluß war, aber mehr auf der Generalversammlung als in dem inneren Leben des Nationalvereins bedeutete, Berliner Professoren, wie Theodor Mommsen und Rudolf Virchow; dann die rührige Gruppe, die sich als Jung-Litauen aus der liberalen Gemeinschaft des Abgeordnetenhauses zuerst herauslöste, wie der ehrgeizige Elbinger Rechtsanwalt Max von Forckenbeck und der derbe Freiherr Leopold von Hoverbeck; oder die rheinisch-westfälischen Industriellen Müllensiefen (Crengeldanz) und Seyffardt (Krefeld), der Major a. D. Beitzke in Köslin, der Geschichtschreiber der Freiheitskriege; allmählich ziehen überhaupt die Namen der preußischen Fortschrittspartei in Masse ein, und zu Lüning (Rheda), der schon in den vierziger Jahren sozialistisch gerichtete Zeitschriften herausgegeben hatte, gesellt sich schließlich noch der unentwegteste Doktrinär der preußischen Demokraten, Johann Jacoby.

Das wird man überhaupt beobachten: indem der Nationalverein die politisch fortschrittlichen Elemente ganz Deutschlands zusammenfaßt unter Verwischung sowohl der Territorialgrenzen wie der rein doktrinären Parteigrenzen, weist das Bild dieser neuen Verbindung in den einzelnen Landschaften doch eine jeweilig verschiedene Färbung auf.

[1]) von Sänger-Grabow an Bennigsen, 2. September 1859: „Sie haben das Verdienst, zuerst wieder diese wichtigste aller Fragen entschieden und in bestimmterer Form angeregt zu haben ... Mich hat gleich nach dem Abschluß des Friedens von Villafranca der Gedanke lebhaft beschäftigt, daß es für die deutschen Vaterlandsfreunde nun endlich wieder an der Zeit sei, die 1849 vertagten Bestrebungen von neuem, wenn auch in andrer Form, wieder aufzunehmen, und ich war daher von jenen Kundgebungen aufs freudigste angeregt, von Herzen Ihnen beistimmend."

Von Hannover selbst haben wir in diesem Zusammenhange nicht zu sprechen. Hier deckt sich die liberale Opposition, die unter Führung Bennigsens stand, im wesentlichen mit dem Kreise der Anhänger des Nationalvereins — Miquel gewann unter ihnen von Jahr zu Jahr an Bedeutung durch die Klarheit seines politischen Denkens und die überredende Kunst seiner Rhetorik. Wir werden noch von Bennigsens Bemühungen hören, die Schlachtreihen nach beiden Richtungen hin zu verstärken. Persönlich nachbarliche Beziehungen führten Bennigsen am ehesten nach Bremen und Kurhessen. Sein Studienfreund Hermann Gröning, der in Bremen die Agentur des Nationalvereins übernommen hatte, pries gleich zu Beginn den dankbaren Boden: „Dank der Großmachtsgelüste unsrer Nachbarstaaten mag es wohl keinen Kleinstaat geben, in welchem der Anschluß an ein einheitliches Deutschland die ganze Bevölkerung samt den Regierungsbeamten mit größeren Sympathien erfüllt als uns." [1]) Bennigsen überzeugte sich bei einem mehrtägigen Besuche in Bremen im Januar 1860 [2]) persönlich von den guten Aussichten: „In einer ausgesuchten Versammlung von 30 Personen, an welcher die ersten Kaufleute, Juristen, Gelehrte und Handwerker der Stadt teilnahmen, wurden die deutschen Angelegenheiten und die Beteiligung am Nationalverein besprochen; das Interesse war sehr lebhaft; ich bezweifle nicht, daß wir auf 500 Mitglieder und ansehnliche Beiträge von dort rechnen können." Neben Gröning besaß Bennigsen dort zwei ihm treu anhängliche Freunde, den Handelskammersekretär Böhmert und den Redakteur Lammers, die energisch vorwärtsdrängten, aber freilich den in der Hansestadt entscheidenden Vorzug nicht besaßen, „baren und tagene" Bremer zu sein; nahe stand der Gruppe auch der junge Senator Otto Gildemeister, einer der feinsten Essayisten und Journalisten deutscher Sprache, und in der Agentur wurde Gröning nach einigen Jahren abgelöst durch Dr. Ehmck (später auch Senator, † 1908), ein „eifriges, und tüchtiges, aber etwas allzu ängstliches Vereinsmitglied", wie Bennigsen 1863 urteilte. Denn politisch standen die Bremer auf dem äußersten rechten Flügel des Nationalvereins, so daß Ehmck bald mit der zentralen Leitung Streits in einen offenen Konflikt geriet, der bis vor das Forum nach Koburg gelangte; seit 1864 war Bremen eine der Stätten, wo die preußisch-bismarckische Stimmung zuerst Boden faßte. Daneben waren die Bremer sehr darauf aus, die Sache, wie sie es nannten, praktisch und mit einem großen Zug anzufassen; während im Nationalverein später von Teilzahlung oder Herabsetzung des Mit-

[1]) Gröning an Bennigsen, 3. September 1859.

[2]) Anläßlich einer wirtschaftlichen Versammlung am 12. und 13. Januar.

gliederbeitrages für die Minderbegüterten die Rede war, stand man hier auf dem unerhört umgekehrten Standpunkt, daß hohe Beiträge die beste Anziehungskraft wären,[1]) und Bennigsen tadelte nach einigen Jahren, es herrsche immer noch „jene anderwärts bereits überwundene, vornehme, von der Berührung mit dem Volk sich abschließende Haltung".

Den Führern der Kurhessen stand Bennigsen schon um deswillen näher, weil die Situation des politischen Kampfes in Kurhessen und Hannover die gleiche war; auch räumliche Nähe und innerliche Verwandtschaft führten ihn häufig nach Kassel hinüber. Dort wirkte der ihm sympathische Oberbürgermeister Nebelthau, den er noch nach Jahrzehnten als „einen der angesehensten Hessen, klug und Zutrauen einflößend, dabei von prachtvollstem Humor, wie man es in Norddeutschland kaum findet", rühmte; vor allem aber Friedrich Oetker[2]), die Seele des kurhessischen Verfassungskampfes, nach Sybels Worten „ein Mann von unbeugsamem Charakter, von ebensoviel Mut wie Zähigkeit, ein durch und durch gebildeter Jurist und zugleich ein Parteihaupt von niemals abzulenkender Klugheit". Er war schon zu Beginn der Vereinsgründung in den Ausschuß gewählt worden, konnte aber nicht eintreten, da ein Regierungsverbot ihm den formellen Eintritt in den Nationalverein unmöglich machte;[3]) so trat er erst öffentlich ein, als die Glanzperiode des Vereins abgelaufen war, und gehörte auch nicht eigentlich zu seinen leitenden Männern, zumal da er durch körperliche Leiden von der aufreibenden Teilnahme an den politischen Tagungen häufig ferngehalten wurde. Bennigsen aber stand diesem unerschrockenen Vorkämpfer und Märtyrer deutschen Verfassungsrechtes auch menschlich nahe und mahnte ihn häufig, seine angegriffene Gesundheit zu schonen und einen Teil der Arbeit auf junge Schultern abzuwälzen: „Alles, was jetzt geschieht, ist doch nicht entscheidend. Männer wie Sie, welche Aufopferungsfähigkeit mit der erforderlichen Umsicht und Entschlossenheit verbinden, sind so selten in Deutschland,

---

[1]) Gröning an Bennigsen, 2. Dezember 1859: „Die Zeichnung eines nicht geringen Betrages ist erforderlich, weil dadurch, abgesehen von dem Ertrage selbst, das Interesse erfahrungsgemäß gesteigert wird; je höher der Beitrag, desto höher die Beteiligung, die moralische Verantwortlichkeit jedes Mitgliedes am Verein. Von vielen Zusammenkünften verspreche ich mir, soweit ich meine Bremer kenne, nicht allzuviel."

[2]) Ueber ihn seine Lebenserinnerungen, 3 Bände, 1877—1885, und A. Pfaff, Zur Erinnerung an Friedrich Oetker, Gotha 1883.

[3]) Im September 1862 betrieb Oetker mit seinen Freunden den öffentlichen Eintritt der Kurhessen in den Verein, falls sich etwa 300 bereit erklären würden, ihn zu vollziehen.

daß wir Ihre volle Kraft in den kommenden Jahren großer Ereignisse nicht entbehren können." [1])

Für Schleswig-Holstein, das andre Schicksalsland der deutschen Einheits- und Freiheitsbewegung, trat, da der Eintritt Wilhelm Beselers gescheitert war, ein Jüngerer in den Ausschuß ein, der Advokat Theodor Lehmann in Kiel, Mitglied der holsteinischen Ständeversammlung; er starb schon im Juli 1862, nachdem er kurz zuvor einen wegen seiner deutsch-unitarischen Gesinnung angestrengten Hochverratsprozeß der dänischen Regierung mit Erfolg abgewehrt hatte, im frischen Mannesalter, noch bevor die Neueröffnung der schleswig-holsteinischen Frage in ihr letztes Stadium trat. [2])

Auch in Hessen-Darmstadt war schon im Herbst 1859 ein staatliches Verbot des Nationalvereins ergangen, weil er den Umsturz des Deutschen Bundes bezwecke; gerichtliche Verfolgungen hatten, wie es häufig geht, nur den Erfolg, der Sache Märtyrer und Propaganda zu verschaffen. [3]) Hier war der rührigste Führer das Ausschußmitglied Metz, Anwalt in Darmstadt, der in unermüdlichem Kampfe mit dem Ministerium Dalwigk und den Ultramontanen lag; ein geborener Volksversammlungsredner, der für den Süden eine ähnliche Stellung einnahm wie Schulze-Delitzsch im Norden, nur nicht dessen inneren Gehalt besaß; manche meinten auch, er pflege im Süden den Demokraten viel lauter herauszustecken als im Norden. Bennigsens hessische Verwandten wenigstens sahen seine Verbindung mit dem verrufenen Demokraten ungern und unterbreiteten ihm Metzens Schandtaten, über die sie auch persönlich zu klagen hatten, freilich ohne Erfolg. „Wir wissen ja alle," heißt es in einem Familienbriefe, [4]) „daß Rudolf unendlich schwer sich von dem einmal gefaßten Glauben an einen Menschen abbringen läßt, wenn nicht seine eigne moralische Ueberzeugung dazu kommt, die dann auf sehr, sehr starken Beweisen beruhen muß; es mag dies ein Mangel in seiner Natur sein, aber es ist auch wieder ein Beweis von seinem edeln, vertrauensvollen Wesen. Es ist ihm nicht leicht möglich, an die Schlechtigkeit solcher Menschen zu glauben, die ihm so ganz anders

[1]) Bennigsen an Oetker, 7. Januar 1861.

[2]) Nekrolog: „Wochenschrift des Nationalvereins" vom 8. August 1862.

[3]) Bennigsen an Lammers, 3. Dezember 1860: „Mit diesen Zeilen möchte ich Ihre Aufmerksamkeit zugleich auf das mannhafte Verhalten der Hessen-Darmstädter, namentlich der Offenbacher, richten, welche sich durch ihren offenen Beitritt zum Nationalverein den Verfolgungen der Gerichte und Gefängnisstrafen aussetzen. Sie werden mich verbinden, wenn Sie diese Vorgänge gelegentlich aufmunternd für die wackeren Leute und als Exempel für unsre Philister in der Presse behandelten."

[4]) Charlotte von Bennigsen an Luise von Leonhardi, 3. Februar 1863.

gegenübertreten. Gott gebe, daß in bezug auf Metz seine Täuschung nicht mehr lange dauert; wenn, uns zum Aerger und Kummer, die beiden Namen zusammengenannt stehen, so müssen wir uns zum Troste sagen, daß niemand Rudolf nach Metz beurteilt, denn als Ehrenmann steht unser großer Bruder selbst bei seinen Gegnern da."

Der eigentliche Freund Bennigsens unter den Süddeutschen war August Ludwig Reyscher,[1]) der Aelteste des ganzen Kreises. Der Sohn einer altwürttembergischen Juristen- und Schreiberfamilie, war dieser Tübinger Germanist und Herausgeber der Zeitschrift für deutsches Recht und deutsche Rechtswissenschaft durch seine wissenschaftlichen Studien schon frühzeitig über die Grenzen der engeren Heimat hinausgeführt worden. Das von ihm im Jahre 1838 auf Ansuchen der Stadt Osnabrück verfaßte Gutachten der Tübinger Juristenfakultät über den Staatsstreich des Königs Ernst August von Hannover war für die verletzten Rechte so scharf eingetreten, daß der erbitterte Welfe, allerdings vergeblich, von der württembergischen Regierung verlangte, ihn in Anklagezustand zu versetzen; später hatte er gemeinschaftlich mit Jakob Grimm jene Germanistentage angeregt, die unmittelbar vor dem großen Sturm die Wissenschaft im nationalen Sinne aufrüttelten, und — da er bei der Wahl für das Frankfurter Parlament einem Demokraten unterlag — wenigstens im württembergischen Landtage die Sache der Erbkaiserlichen tapfer vertreten. Als er zu Beginn der Reaktionsperiode nach württembergischen Brauche wegen seiner politischen Haltung in ein andres Amt versetzt wurde, hatte er seine Entlassung genommen und sich als Advokat in Cannstatt niedergelassen, stets als fruchtbarer staatsrechtlicher Schriftsteller pro patria fechtend, ein echter Schwabe, offen, überzeugungsmutig und streitbar. So war er, fast schon ein Sechziger, von Anfang an zu dem Nationalverein getreten, zuerst alleinstehend unter seinen Landsleuten, bis sich gegen Anfang 1861 allmählich doch ein Umschwung vollzog. Der bedeutendste Kopf der württembergischen Liberalen, Julius Hölder, der spätere Minister, hielt zwar noch lange die Konstituierung des Vereins und die Festlegung eines verklausulierten und an Bedingungen geknüpften Programms für einen taktischen Fehler, aber seine beachtenswerten Einwände nahmen eine

[1]) Vgl. August Ludwig Reyscher, Erinnerungen aus alter und neuer Zeit, Freiburg und Tübingen 1884. Reyscher hatte ursprünglich den Wunsch gehegt, Bennigsen möchte die von ihm verfaßten Erinnerungen herausgeben; statt dessen übernahm die Arbeit sein Schwiegersohn, der (jetzt verstorbene) württembergische Finanzminister Riecke. Eine weniger günstige Beurteilung erfährt Reyscher in den bekanntlich mit sehr spitzer Feder geschriebenen „Erinnerungen Robert von Mohls", I, S. 208. Vgl. ferner H. von Poschinger, Fürst Bismarck und die Parlamentarier, I, S. 52 ff.

immer mehr realpolitische Farbe an.[1]). So empfahl denn am 3. Februar 1861 eine Versammlung der Württemberger Liberalen in Eßlingen mit

[1]) Siehe den charakteristischen Brief Hölders an Planck vom 28. Oktober 1860: „Du schreibst, nur die preußische Regierung vereinige die zu Uebertragung der Zentralgewalt erforderlichen Voraussetzungen in sich; werde daher die deutsche Einheit nicht mit und durch die preußische Regierung erreicht, so könne sie nur durch eine Revolution ohne und gegen alle Regierungen erreicht werden. Dieser Satz ist im allgemeinen richtig, für den Standpunkt der praktischen Politik aber unsers Erachtens umzudrehen; wir müssen nämlich davon ausgehen, daß die deutsche Einheit voraussichtlich ohne und gegen die Regierungen erreicht werden muß; wir dürfen diesem wahrscheinlichsten Weg nichts vergeben, und unsre politische Tätigkeit im einzelnen muß, so entfernt jenes Ziel scheinen mag und so wenig eine unmittelbare Tätigkeit zugunsten desselben möglich ist, doch stets nach jener wahrscheinlichsten Lösung bemessen sein. Sollte dann (nicht wahrscheinlich) der Fall eintreten, daß die preußische Regierung selbst jene Revolution macht, so werden wir diese Form der Entwicklung um so lieber annehmen, als sie sicherer zum Ziele führt als die andern. Aber darüber darf man sich nicht täuschen: Die Uebertragung der einheitlichen Zentralgewalt an Preußen in Gemäßheit des neuesten Nationalvereinsprogramms kann nur im Wege der Gewalt erfolgen. Es ist viel zu viel verlangt, als daß die Mittelstaatsregierungen sich freiwillig unterwerfen würden. Ist aber die einzige Art der Vollziehung jenes Programms eine gewaltsame Entwicklung mit und durch Preußen, so muß man sich, ehe man sich demselben anschließt, notwendig die Frage vorlegen: ist denn auch irgendeine nähere Aussicht dazu vorhanden, daß der hauptsächlichste Faktor bei diesem Programm, die preußische Regierung und Dynastie, solches annehmen werden? Diese Frage ist entschieden zu verneinen. Legitimität, Achtung bestehender Rechte, Desavouierung des italienischen Vorgangs vorne und hinten! Ein preußischer Fürst sollte sich an die Spitze einer deutschen Revolution stellen, mit seinen russischen und Gottesgnadenideen brechen? Wer wollte im Ernste dies glauben, wer wollte glauben, daß der moralische Druck eines Vereins dies bewirken könnte? Jedenfalls müßte vorher eine gänzliche Aenderung der preußischen Regierung, wie sie seit 80 Jahren ist, vielleicht sogar der preußischen Dynastie erfolgen, diese Aenderung aber könnte nur von dem preußischen Volke bewirkt werden, und dann hätten wir — abgesehen davon, daß hieran bei der Stimmung des preußischen Volkes gar nicht zu denken ist — wiederum den ersten Weg: ohne und gegen alle Regierungen. — Erscheint uns hiernach die Herstellung der deutschen Einheit mit und durch Preußen als Zentralgewalt nur als eine Möglichkeit, welche wenige Chancen für sich hat, so vermögen wir in dem Programm eine richtige Direktive für die praktische Politik nicht zu erkennen, wenn wir uns auch über andre damit verbundene Bedenken (Aufgehen in Preußen, Ausschluß Oesterreichs), welche meines Erachtens keinen selbständigen Wert hätten, wegsetzen wollten. Denn wir halten es für einen politischen Fehler, das Volk in eine Bahn zu führen, auf der es voraussichtlich nicht zum Ziele gelangt, vielmehr gerade von dem, welcher dem Programm gemäß das Haupt der Bewegung sein sollte, fort und fort desavouiert und beohrfeigt wird. Das ist nun einmal eine unnatürliche Situation, und eine hierauf gebaute politische Bewegung muß früher oder später im Sande verlaufen. Nun wirst Du freilich

600 gegen 70 Stimmen den Beitritt zum Nationalverein als Mittel, um zu einer den Bedürfnissen des deutschen Volkes entsprechenden Verfassung Deutschlands zu gelangen; eine große Anzahl von Beitrittserklärungen lieferte den Beweis, daß auch an dieser Stelle eine Bresche in das deutsche Sondertum geschlagen sei. Die später in den Ausschuß eintretenden Schwaben, wie Georgii (Eßlingen), der Vorsitzende der deutschen Turnerschaft, spielten jedoch keine führende Rolle, so daß das Land, als Reyscher sich nach einiger Zeit zurückzog,[1]) trotz alles Liebeswerbens nicht sonderlich vertreten war.

Sucht man nun über die Persönlichkeiten der Führer hinweg noch tiefer in den Nationalverein einzudringen und zu erkennen, aus welchen Elementen sich seine Mitglieder zusammensetzten, so ergibt sich, daß die soziale Gruppierung ebenso weit gespannt war wie die politische Differenzierung. Da sieht man Vertreter einer neuen Oberschicht der

---

fragen, was soll man dann tun? Hierauf erwidere ich vor allem, muß man denn ins Teufels Namen Programme machen, wenn man noch nicht sicher weiß, wohinaus? Ich habe ja gar nichts gegen die preußische Hegemonieideen, wenn Preußen sie gleich Sardinien aufnehmen würde. Genügt es denn aber nicht, diese möglichen Fragen theoretisch in der Presse zu erörtern, und muß man eine Möglichkeit, die der eine für mehr, der andre für weniger wahrscheinlich hält, gleich zum Gegenstand der praktischen Politik machen wollen? Sodann habe ich gegen positive Vorschläge nichts, welche durch ein unmittelbares, jedem greifbares Bedürfnis hervorgerufen werden. Zum Beispiel den militärischen Oberbefehl Preußens, meinetwegen die diplomatische Führung Deutschlands durch diesen Staat als einen gebotenen Notbehelf solange nichts andres geschaffen ist, zumal im Moment des drohenden Kriegs und auch vorher. Hiermit hängt schon viel zusammen, der traurige Zustand von Mainz, Küstenbefestigung, Militärinspektion. So gefaßt und mit dieser Beschränkung aufs Praktische müssen alle Einwendungen gegen die preußische Führung schweigen. Denn wenn Deutschland nicht schwächlich unterliegen soll, muß hier eine, wenn auch nur notdürftige Einheit für den speziellen Zweck hergestellt werden, sie muß sofort hergestellt werden und sie kann nur unter Preußen hergestellt werden."

[1]) Schon am 4./6. September 1861 schrieb Reyscher an Bennigsen: „Daß Sie mich in Heidelberg wieder haben wählen lassen, ist für mich in hohem Grade ehrenvoll; aber Sie hätten besser getan, es nicht zu tun: denn einmal stellen sich, wie es scheint, die Schäden des Alters bei mir ein und dann haben die Württemberger es bis jetzt nicht verdient, daß drei Mitglieder aus der kleinen Zahl, welche dem Vereine beigetreten, im Ausschusse sind. Daß aber Ad. Seeger kooptiert wurde, war gewiß klug. Er ist zwar sehr kränklich und wird daher keine große Tätigkeit entwickeln können; er ist aber ein gescheiter Mensch und hatte den Mut, sich von den andern Männern seiner Partei zu trennen, um für den Nationalverein zu sprechen. Hölder wäre eine bessere Akquisition für den Ausschuß gewesen; er hat auch mehr Einfluß im Lande; er war aber nicht zu bewegen, nach Heidelberg zu gehen. — Im Wesen ist er mit uns eins; er hat aber doch immer noch einige Grillen."

Bourgeoisie, die hinter der älteren (vornehmlich rheinischen) in der industriell-kapitalistischen Entwicklung aufsteigt: Namen wie Werner Siemens in Berlin und William Siemens in London, Hermann Gruson in Magdeburg-Buckau und Georg Egestorff in Hannover, ein treubegeisterter Anhänger Bennigsens, der gescheite Berliner Bankier Adalbert Delbrück[1]) aus der großen preußischen Beamtenfamilie, H. H. Meier, der Begründer des Norddeutschen Lloyd, der soeben von New York her das Bedürfnis nach einem großen und freien Staatsleben mitgebracht hatte; in Schlesien trat Theodor Molinari in Breslau, Freytags großer Kaufmann in „Soll und Haben", später in den Ausschuß ein, während Graf Henckel von Donnersmarck, immer zugleich Großindustrieller und Politiker, wenigstens einmal 500 Taler einsandte. Andre Schichten wurden repräsentiert durch die Gutsbesitzer, zumal die bürgerlichen, die in Ostpreußen in Scharen beitraten. In Mecklenburg, wo, ähnlich wie in Kurhessen und Hessen-Darmstadt, ein Verbot erlassen war, mußten sich die liberalen Rittergutsbesitzer, wie Pogge-Jaebitz oder Graf Bothmer-Wismar, in einem Kreise — dem auch der geniale Hofbaurat Demmler, der Erbauer des Schweriner Schlosses, angehörte (der im ersten Norddeutschen Reichstage sogar noch unter den Sozialdemokraten erschien) — begnügen, bei einem Feste ein Hoch auf Bennigsen auszubringen und schon dadurch, wie durch Bennigsens Dankschreiben,[2]) den mecklenburgischen Regierungszorn herauszufordern. Zahlreich waren in Preußen unter den Mitgliedern die Kreisrichter und vor allem in ganz Deutschland die Advokaten, so zahlreich, daß man bei den Wahlen in den Ausschuß für ein einzelnes Land absichtlich die Nichtadvokaten bevorzugte. Da meldete auch mancher junge Idealist sich auf eigne Faust an, wie der junge Georg von Bunsen auf Schloß Rheindorf oder der Schriftsteller Wilhelm Raabe aus Wolfenbüttel, der seiner Unterschrift sein Schriftstellerpseudonym Jakob Corvinus bescheiden in Klammern beifügte; auch der alte Schlachtenepiker Ernst Scherenberg und der Dichter des Wuppertales, Emil Rittershaus, ließen sich hören; ein Patriot, der sich nicht nennen wollte, sandte 500 Taler für die Bestrebungen für eine Zentralgewalt ein, „jedoch nur mit Preußens König an der Spitze". Der mittlere und kleine Bürgerstand stellte naturgemäß die breitesten Schichten; an manchen Orten, wo die konstitutionelle Partei überwog, unter Vortritt der Honoratioren, der wohlhabenden Kaufleute und der höheren Beamten, am Rhein sogar eines vereinzelten Landrates, unter zahlreicher Beteiligung auch der jüdischen Elemente, während anderswo die

[1]) Vgl. R. von Delbrück, Lebenserinnerungen II, S. 133.

[2]) In der „Rostocker Zeitung" vom 20. Januar 1860.

Zusammensetzung einen kleinbürgerlichen Anstrich trug, Lokalgrößen wie Moritz Müller in Pforzheim das große Wort führten, oder kleine Leute mit heiligem Eifer und langen Briefen in der Sprache der Bedrückten sich an den Nationalverein wandten. Und hinter den mündigen Politikern schließlich die Jugend, die akademische Jugend, zumal in der neubelebten Burschenschaft, von fast allen Universitäten[1]), begeistert, aber zugleich opferwillig — sogar eine Gymnasiastenklasse in Wertheim a. M. veranstaltete eine Sammlung.

Es gab auch stille Mitglieder, die Beiträge zahlten, aber ihren Namen nicht nannten. Denn auch wo der Beitritt nicht verboten war,

---

[1]) Als ein Komitee von zwölf Studenten (von Breslau, Greifswald, Berlin, Jena, Gießen und Freiburg) im Namen vieler deutscher Studenten Ende August 1860 Bennigsen den Wunsch vortrug, er möge die ihrem Beitritt zum Nationalverein etwa entgegenstehenden statutarischen Bestimmungen aufheben lassen, antwortete dieser: „Es ist mir ein sehr erfreuliches Zeichen eines Wiedererwachens des nationalen Geistes gewesen, daß auch in der akademischen Jugend der Drang sich kundgibt, mitzuwirken an der Arbeit, bessere Zustände in Deutschland herbeizuführen und zu dem Ende an dem Nationalverein teilzunehmen. Die Statuten des Nationalvereins stehen dem Eintritt Studierender nicht geradezu entgegen. Ein solcher politischer Verein ist aber seiner Natur nach weniger auf die Teilnahme von Jünglingen, welche sich durch wissenschaftliche Studien auf eine Tätigkeit im bürgerlichen Leben vorbereiten, als auf die von Männern berechnet, welche selbständig inmitten des praktischen Lebens stehen und mit seinen Aufgaben und Interessen selbsttätig verflochten sind. Ein im Jahre 1854 verkündigter Bundesbeschluß über politische Vereine hat überdies die Teilnahme an denselben Minderjährigen ausdrücklich untersagt. Hiernach ist der Nationalverein nur der kleinen Zahl Studierender zugänglich, welche nach den Gesetzen ihrer Heimat bereits das volljährige Alter erreicht haben. Diese würden wie jeder andre Deutsche nach Unterschrift der Statuten in den Verein aufgenommen werden können. Das schließt bei den deutschen Studierenden keineswegs ein lebhaftes und tätiges Interesse für die Zukunft unsers Vaterlandes aus. Nimmt doch die Aufgabe einer Umgestaltung der deutschen Zustände ebenso große Kräfte als mannigfache Formen der Anstrengung und Vorbereitung in Anspruch. Hier ist auch für die deutsche studierende Jugend ein weites Feld der Tätigkeit. Das wachsende Gefühl der Unerträglichkeit der jetzigen Zustände, ein Erwachen des politischen Geistes aus langjähriger schimpflicher Erschlaffung und die baldige Möglichkeit günstiger äußerer Umstände können freilich sehr rasch zu einer Wiederaufnahme der Versuche einer Umgestaltung Deutschlands führen. Trotzdem wird Deutschland, welches durch lange Generationen und Jahrhunderte auf seinen jetzigen Zustand der erniedrigenden und hilflosen Zerrissenheit heruntergebracht und erhalten ist, noch einer langen Schule der Anstrengung und des Leidens, manches Rückschlages und wiederholter Benutzung günstiger Umstände und vor allem einer vollständigen inneren Wiedergeburt, eines männlichen aufopferungsvollen Sinnes bedürfen, bevor ein großes Reich freier Gesittung und nationaler Macht hergestellt ist, das innerer Reaktion und äußerer Angriffe mit stolzer Ruhe spotten kann."

wurden doch vielerorts die Beitretenden obrigkeitlich überwacht. Beamte konnten nur in Preußen[1]) und in einigen Kleinstaaten einen solchen Schritt wagen, nicht aber in den meisten Mittelstaaten, wie denn der gelehrte Literarhistoriker Goedeke durch seine Zugehörigkeit die ersehnte Bibliothekarstelle in Göttingen, für die er vorgeschlagen war, sich verscherzte; Planck aber, der als Beamter „auf Wartegeld" dem Disziplinargesetz für königliche Diener unterworfen war, durfte dem Verein, zu dessen anonymen Publizisten er gehörte, nicht beitreten und an der Koburger Generalversammlung nur als „Zuhörer" teilnehmen. Es gab nur zu viel Arten der Abhängigkeit. So wagte der hannoversche Industrielle Georg Egestorff[2]) nicht, öffentlich beizutreten, da seine Betriebe mit etwa 1500 Arbeitern, die er sonst brotlos machen würde, von der hannoverschen Regierung abhängig seien und er im Falle seines Beitritts die ärgsten Maßnahmen und die Entziehung aller Aufträge zu befürchten habe. Im geheimen aber erbot er sich, die Kosten für einen Publizisten zu tragen und zwar — „da die Vorsehung mich in eine günstige Vermögenslage gestellt, auch ein für alles Edle und Gute freudig opferwilliges Herz mir gegeben hat" — in einer Höhe von 1500 Talern, deren Verfügung er ganz in die Hände Bennigsens legte; später drang er darauf, neben der „Wochenschrift des Nationalvereins" ein populäres Blatt — er war bereit, vorläufig 1000 Taler für das erste Jahr der Honorierung des Redakteurs bereitzustellen — für Bauern, Handwerker und Arbeiter herauszugeben, um auch sie für den Nationalverein zu gewinnen, „denn in den Massen liegt die Macht".

Allerdings, das war die Frage: wie sollte man die Massen erfassen? Langsam, aber in den ersten Jahren stetig, schritt man vorwärts. Hatte man zur Zeit der ersten Generalversammlung erst die 5000 überschritten, so wurden im August 1861 schon 15227 gezählt; im Oktober 1862 war mit über 25000 Mitgliedern der Höhepunkt erreicht; dann nach den Maßregeln des Ministeriums Bismarck begann das Abbröckeln, im Oktober 1863 ergab sich zum erstenmal statt des Fortschritts ein Zurückgehen und im Oktober 1864 berechnete man, anscheinend noch zu hoch, 20945 Mitglieder, die dann in den folgenden Jahren rasch zusammenschrumpften.[3]) Das waren Zahlen, die für Deutschland etwas bedeuteten

[1]) Ein rechtselbischer Landrat verbot freilich, wie Baron von Vaerst an Bennigsen schrieb, kurzerhand die Veröffentlichung des Eisenacher Programms.

[2]) Egestorff an Bennigsen, Linden, 23. September 1859.

[3]) Schon für das Jahr 1864 hatten bis zum 19. Oktober 1865 nur noch 17862 Mitglieder abgerechnet; für 1865 ergab die Schlußabrechnung 10681, für 1866 5314, für 1867 1004 Mitglieder. Die Gesamteinnahmen des National-

— ein politischer Agitationsverein, der in den Jahren 1861 bis 1867 gegen 300000 Gulden einnehmen und verwenden konnte, war etwas Unerhörtes —, aber im Vergleich zu den Zahlen der großen politischen Massenbewegungen Englands nur bescheiden erschienen. Freilich verschloß auch der Nationalverein sich keineswegs gegen die Bedeutung der Frage des Gewinns der Massen. Aber wie sollte er zu denen reden, welche die Sprache seiner Resolutionen nicht verstanden, wie sollte er denen einen Anteil gewähren, für die ein Jahresbeitrag von einem Taler eine undenkbare Ausgabe war? Er vertrieb im Frühjahr 1860 in 4500 Exemplaren eine Schrift „Deutsche Not und Hilfe, dem freien deutschen Landmanne dargestellt von einem Freunde des Vaterlandes", deren Verfasser, der Anwalt Friedrich Henneberg in Gotha (später der Nachfolger Schulzes in der Anwaltschaft der deutschen Genossenschaften), mit Glück den richtigen Ton traf;[1]) denselben Weg suchten die Sonderzeitschriften Streits, freilich ohne rechten Erfolg,[2]) zu gehen. Man entschloß sich, auch in der Frage der Beitrittsgelder entgegenzukommen, und gestattete schon im März 1860 die Erhebung des Beitrags in vierteljährlichen Raten, während ein späterer Vorschlag, sogar monatliche Ratenzahlung zuzulassen, allerdings abgelehnt wurde. Frühzeitig genug erkannte man, welche Bedeutung für eine Massenbewegung vor allem der Gewinn der noch dumpfen Arbeiterschichten haben würde; so bewilligte eine Ausschußsitzung am 20. April 1862 die Summe von 2400 Gulden, um auf Kosten des Nationalvereins zwölf Arbeiter — mit deren Auswahl man die Redaktion des „Arbeitgeber" in Frankfurt betraute — zur Londoner Weltausstellung zu senden. Immerhin rührten solche vereinzelte Experimente ebenso wie die Frage der populären Blätter und der Herabsetzung des Beitrages nur äußerlich an das Problem, jene Massen, denen soziale und wirtschaftliche Nöte näher am Herzen lagen, für eine politisch-nationale Bewegung zu gewinnen; und man wird sehen, daß, sobald die Arbeiteragitation Lassalles das soziale Klasseninteresse gewaltsam aufrüttelte, die Agitation des Nationalvereins an einzelnen Stellen in das Hintertreffen geraten mußte. Noch war die Gefahr nicht groß, denn auch Lassalle hatte bei seinem Tode im August 1864 erst 4600 Mitglieder in seinem Arbeiterverein zusammengebracht, die nach einem weiteren Jahre noch nicht die Zahl

vereins betrugen für 1860 rund 18700, 1861 48200, 1862 60900, 1863 65900, 1864 41800, 1865 31300, 1866 14800, 1867 11800, im ganzen 293400 Gulden.

[1]) In einem biographischen Artikel über Bennigsen in der „Leipziger Illustrierten Zeitung" vom Juli 1860 wird irrtümlicherweise Bennigsen selbst als Verfasser der Schrift bezeichnet.

[2]) Streits „Arbeiterzeitung" zählte im Oktober 1863 erst 800 Abonnenten.

10000 erreicht hatten; ein Teil der Arbeiter in den Arbeiterbildungsvereinen blieb dem Nationalverein treu, und noch 1865 66 zog in Sachsen der Dresdener Drechslermeister August Bebel mit Unterstützung des Nationalvereins und mit den Schriften von Schulze-Delitzsch gegen die „Irrlehren des Lassalleschen Kommunismus" zu Felde.

Ein ganz besonderes Kontingent zum Nationalverein stellten die Deutschen im Auslande: alle die, welche vorübergehend oder dauernd ihres Erwerbes halber draußen leben mußten und nur um so sehnsüchtiger der alten Heimat gedachten. Gerade unter ihnen verschwanden die in der Heimat trennenden Parteiunterschiede vor dem einfachen Gemütsbedürfnis, inmitten fremden Volkstums einer einigen und geachteten Nation anzugehören; sie begannen jetzt, berührt von dem frischen nationalen Zuge, sich auch in der Fremde aneinander zu schließen, und träumten davon, eine deutsche Flagge in den Häfen ihres Landes zu sehen. So finden sich in den Nationalvereinsakten begeisterte Beitrittserklärungen aus Lissabon und Rio de Janeiro, aus Konstantinopel und Melbourne, und in der Enge der Heimat erfuhr man, daß auch jenseits des Ozeans Deutsche wieder ihres Namens stolz gedachten. In Nordamerika verschlang begreiflicherweise die große Entscheidung des Sezessionskrieges auch das Interesse der Deutschamerikaner fast völlig; nur einzelne, wie Friedrich Kapp, der hernach einmal für eine Stelle in der Geschäftsleitung des Nationalvereins in Aussicht genommen war, unterhielten dauernd die Fühlung, und der Republikaner Struve versuchte sogar ein Organ für seine republikanischen Gesinnungsgenossen hüben und drüben herauszugeben.

Lebhaften Anteil nahmen insbesondere die Flüchtlinge, die im Auslande lebten. Da tauchten im Züricher Nationalverein altvergessene Namen wie Mauwerck und Georg Fein wieder auf, oder unter den Pariser Mitgliedern solche, die zugleich in die Zukunft wiesen, wie Bamberger und H. B. Oppenheim. Zahlreich an Mitgliedern war vor allem die Londoner Gruppe des Nationalvereins, in der sich die Emigranten unter Führung Gottfried Kinkels mit friedlichen kaufmännischen Elementen, nicht ohne Reibung, zusammenfanden; hier besaß man im „Hermann" ein Organ, das seine Politik allerdings mehr im Sinne der ersten Gruppe machte. Als im Jahre 1861 der sog. Macdonald-Handel offenbarte, wie reizbar das frischerwachte Nationalgefühl der Deutschen sein konnte, führte er in London selbst zu einem Nachspiel, indem man sogar die Ausstoßung eines Mitgliedes wegen taktlosen nationalen Verhaltens betrieb.[1]) Als sich von London her Arnold

[1]) Die sog. Zerffiaffäre. Vgl. Bennigsen an Streit, 14. Juni 1861: „Herr Zerffi hat sich auf eine so verkehrte und taktlose Weise benommen und mit

Ruge mit einer Schrift über die demnächstige Auflösung Oesterreichs näherte, mußte jedoch der Nationalverein die angebotene Widmung ablehnen, und Bennigsen hatte dem doktrinärsten aller deutschen Patrioten die Verschiedenheit seines Standpunktes von dem des Nationalvereins auseinanderzusetzen. Den Höhepunkt des Londoner Nationalvereins bildete die Versammlung am 28. Juni 1862, zu der — bei Gelegenheit der Weltausstellung — eine Anzahl von Ausschußmitgliedern abgeordnet waren; auch Bennigsen selber sollte zu diesen gehören, wurde aber an der Reise durch die hannoverschen Kammerverhandlungen verhindert; so empfing er, als er gerade in Bennigsen die hannoverschen liberalen Ständemitglieder am Schluß der Session um sich versammelt hatte, eine Huldigungsdepesche aus London. Es war ein bewegtes und hoffnungsvolles Leben unter diesen Menschen, die an die nationale Zukunft ihres Volkes glaubten.

Die Ausdehnungsfähigkeit des Nationalvereins hatte ihre Grenzen: das zeigte sich vor allem in dem Verhältnis zu den Konfessionen. Je enger das orthodoxe Kirchentum beider Konfessionen sich in der Reaktionszeit mit der neubefestigten Staatsgewalt verbündet hatte, desto mehr traten die politisch fortschrittlichen Elemente auch in das kirchlich fortschrittliche Lager, wenn sie nicht ganz indifferent sich verhielten.[1])

---

seinem Artikel im ‚Star' und ‚Globe' ein solches Aergernis gegeben, daß es für den Nationalverein geraten erscheint, ein solches Mitglied mit guter Manier loszuwerden. Dagegen scheint mir kein genügender Grund vorhanden, ihn auszustoßen; zu einem solchen Schritte halte ich den Vorstand auch gar nicht kompetent. Ich würde mich dazu höchstens in Fällen berechtigt halten, wo offenbare Ehrlosigkeiten oder Verrätereien vorliegen, wo wir also nicht allein in der Sache auf die allgemeine Zustimmung des Vereins wegen einer außerordentlichen Maßregel gegen ein infames Subjekt rechnen dürfen, sondern wo auch in dem allgemeinen Gefühl sittlicher Entrüstung über offenbare Gemeinheiten eine nähere Prüfung unsrer Zuständigkeit verschmäht wird. Die Londoner müssen die Sache vielmehr selbst in Ordnung bringen. Meiner Ansicht nach durch eine entschiedene Mißbilligung der Artikel des Herrn Zerffi in der nächsten Versammlung der dortigen Mitglieder und durch die Wahl eines andern Sekretärs für das Bureau an seiner Stelle. Eine solche öffentliche Desavouierung seiner Auffassung und seines Auftretens in dem Macdonald-Handel wird ohne Zweifel das Ausscheiden des Herrn Zerffi zur Folge haben. Darüber, daß Herr Zerffi gröbliche Irrtümer über die deutschen Liberalen in der englischen Presse verbreitet, einen großen Teil der deutschen Presse schmählich verleumdet und einen merkwürdig verkehrten Weg eingeschlagen hat, uns bei den Engländern in Achtung zu setzen oder Englands politische Freundschaft zu erschmeicheln, kann der Vorstand sich sehr deutlich aussprechen, ohne zu der Konklusion zu kommen, einen solchen Kauz auszustoßen."

[1]) Für die Stimmung Bennigsens charakteristisch ist ein Schreiben an Lammers vom 3. Dezember 1860: „Für Ihre Zusendung des Aufsatzes über die Armen-

Daher war die Gesamtrichtung der meisten Mitglieder des Nationalvereins — Nagel bildet eine Ausnahme — dem orthodoxen Kirchentum beider Konfessionen abgeneigt; so hatte sich in Magdeburg auch der alte Führer der Lichtfreunde, Pastor Uhlich, angeschlossen. Diese Gegensätze bildeten sich besonders scharf gegenüber dem Katholizismus heraus. Von vornherein behandelte niemand den Nationalverein feindseliger als die Ultramontanen, denen die Hinausdrängung der katholischen Vormacht unerträglich und das Ziel der verwandten italienischen Bewegung ein Sakrileg war, so in Hessen, wo Metz den Kampf führte, in Nassau, in Württemberg, in Bayern. Ueberall begann sich, als ein natürlicher unvermeidlicher Rückschlag, die Bundesgenossenschaft der Ultramontanen und der Großdeutschen gegen die Ziele des Nationalvereins, in dem sich hinwiederum antiultramontane Stimmungen regten, vorzubereiten. In dem einen oder andern jugendlichen Hitzkopfe schien somit die nationale Bewegung einen durchaus protestantischen Charakter zu gewinnen:[1]) Gesinnungen, die der scharfe norddeutsche Protestant Gustav Freytag nachdrücklich aussprach, während Bennigsen weitblickend genug war, vor den bedenklichen Folgen zu warnen. Einer Bundesgenossenschaft vollends glaubte man ausweichen zu müssen, das war die mit dem Begründer des verflossenen Deutschkatholizismus, Johannes Ronge, der schon im Exil zu London dem Nationalverein beigetreten war. Als er auf Grund der preußischen Amnestie nach Breslau zurückkehrte, erbat er sich von seiten des Vorstandes eine ausdrückliche Vollmacht, neue Vereine zu begründen und Mitglieder zu werben, um in dem vom Nationalverein nur wenig berührten Schlesien Boden zu fassen; obgleich

---

pflege besten Dank. Soweit ich mich bislang mit der Sache beschäftigt habe, halte ich die Lösung dieser Aufgabe freilich für zu schwierig, um sie mit der einfachen Beseitigung der Pflichten des Staats und der Gemeinde zu unternehmen. Selbst wenn ich davon absehe, daß zurzeit, bei der Ungewohntheit der Organisation freier Privattätigkeit auf diesem Gebiete, die Armenpflege in den katholischen und lutherischen Gegenden in die Hände eines Pfaffentums fallen würde, welches ich für den schlimmsten Feind unsrer Gesittung und Freiheit zu halten gewohnt bin."

[1]) So urteilte der Stadtsekretär Dr. G. Stüve, ein Neffe des Bürgermeisters in Osnabrück, am 4. Januar 1861 in einem Briefe an Bennigsen: „Ich möchte glauben, daß der offene Kampf gegen das Vordringen des Katholizismus, der gegenwärtig identisch ist mit dem Ultramontanismus, auch den Tendenzen der nationalen Partei vollkommen entspricht; wie überhaupt die ganze neuere deutsche Bildung, so sind auch die deutschen Einheitsbestrebungen wesentlich protestantische und bekämpfen in dem Ultramontanismus einen Feind, der mit der Wiedereroberung eines Teiles von Deutschland, der mit dem Geiste der ganzen Nation dem Protestantismus gewonnen war, den Keim des Zwiespalts legte."

er die religiöse Propaganda dabei ganz außer dem Spiele zu lassen versprach, ließ er doch durchblicken, daß die programmatischen Ziele des Vereins „dem Prinzip nach aufs innigste mit der religiösen Reform zusammenhängen“.[1] Es ist begreiflich, daß der Nationalverein seine wesentlich politische Agitation nicht mit diesen kirchlichen Bestrebungen verquicken durfte und darum den Antrag ablehnte. Eine solche Verbindung mit Ronge hätte nichts andres bedeutet, als die Katholiken, die in ihrer Kirche zu bleiben gedachten, vollends vor den Kopf zu stoßen — wo sie überhaupt der kleindeutschen Tendenz des Vereins, die mit der Ausschließung der Deutschösterreicher auf Zerspaltung der deutschen Katholiken in ihrer kulturellen Einheit wie in ihrem politischen Zusammenhange hinauslaufen mußte, mit tiefem Mißtrauen gegenüberstanden.

In seinen Memoiren urteilt Herzog Ernst über die Besprechungen, die im Herbst 1859 den Grundstein des Nationalvereins legten: „Auf dem gleichsam jungfräulichen Boden jener Tage begegneten sich noch verschiedene Geister in Hoffnungen und Bestrebungen, die heute, weil sie erreicht sind, einem oft inhaltsleeren parteipolitischen Treiben gewichen sind. Man blickt auf diese Vereinigungen, auf das Herüber- und Hinüberweben jener ersten Tage eines erwachenden größeren politischen Lebens in unserm Vaterlande wie auf die Erzählungen der Bibel vor der Völkerscheidung zurück.“[2] Der Reiz dieser Anfänge ist für uns verblaßt. Weil wir besitzen, was jene erhofften, löst auch der Schwung jener Tagungen in uns kaum noch verwandte Stimmungen aus. Leicht scheint, was damals aus tiefstem Herzen kam, uns leeres Pathos, die politische Erörterung eine ziellose Kannegießerei, und was in den Massen allgemeinen Widerhall fand, nur in die Breite, nicht in die Tiefe zu gehen. Unsre Generation ist in der harten Schule von dem Meister der Realpolitik gewöhnt worden, so realistisch in der Politik zu denken, daß wir heute andern Völkern als im Grund unsers Wesens gegen früher verändert erscheinen: so können wir unsrer eignen Art von früher kaum noch gerecht werden. Ja, man möchte sagen, wir schätzen manche Imponderabilien des Volkslebens zu gering ein und vergessen, daß in dem politischen Sturm und Drang jener Tage vielleicht wertvollere Kräfte lagen als in der veräußerlichten Schablone patriotischen Massenausdrucks von heute.

---

[1] Das Schreiben Ronges an Streit vom 24. April 1861 habe ich in der „Historischen Zeitschrift“ Bd. 101, 1., S. 100 ff. (1908) veröffentlicht.

[2] „Aus meinem Leben“ II, S. 534.

So wird der Historiker, um sich in die Menschen von damals ganz hineinzuleben, gern den Dichter zur Hilfe rufen, daß er ihm aus dem vergangenen Erlebnis die innerlichsten und eigentümlichsten Züge herausholе und sie zu neuer Wirklichkeit künstlerisch gestalte. Das hat Wilhelm Raabe in einem zu Ausgang der achtziger Jahre geschriebenen Romane „Gutmanns Reisen" versucht, in dem die erste Generalversammlung des Nationalvereins im September 1860 den Hintergrund anmutig verknüpfter Menschenschicksale bildet. Es scheint eines der am wenigsten gelesenen Bücher Raabes zu sein, vielleicht, weil die Verflechtung mit der politischen Tagung zu eng ist; man sieht auf dem Hintergrunde Bennigsen selber redend auftreten, Schulze-Delitzsch, Miquel, Metz und andre, und erkennt, daß der Dichter den stenographischen Bericht vor sich liegen hatte, vielleicht von ihm angeregt wurde, vielleicht aber von dem Erlebnis selbst; denn auch er hatte damals unter den Hörern geweilt, die im Herzen den Widerhall der Koburger Tagung empfanden und nach Hause trugen. Und mit echtem Dichtertakte holte er aus dem trockenen Protokolle auch die Rede heraus, die politisch nichts bedeutete, aber für die Stimmung am herzhaftesten zeugte, die Rede eines 74jährigen hamburgischen Pastors Nooth, der erzählte, wie er einst als einer der ersten aus seiner Vaterstadt unter die Schar der Lützower in den Befreiungskampf eingetreten sei und nun trunken vor Freude sei, wenn er sich umsehe und in die ernsten und treuen Augen so vieler Brüder aus allen Gauen Deutschlands schaue, und wie er erfreut gewesen sei, als so viele Männer, denen es schwer wurde, ihre besonderen Meinungen aufzugeben, doch darauf verzichtet hätten um der Einmütigkeit willen: „Das hat mich alten Mann so überwältigt, daß mir die Augen übergegangen sind und ich mich nicht mehr mächtig und stark genug fühlte, um der Verhandlung weiterzufolgen, sondern ich bin heimgegangen, habe meinem Gott und Herrn gedankt und gefleht für Deutschland und auch für Sie, und unser Werk unter den Schutz des Allmächtigen gestellt." Was aber in diesem Buche Raabes, ganz abgesehen von der Tagung selbst und der frei erfundenen Handlung,[1]) auf jeder Seite greifbar heraustritt, lebendiger als aus den Briefen und Akten der Zeit, das ist die Art jener Menschen, jene eigentümliche Mischung von begeistertem Wollen und kleinbürgerlicher Philistrosität, jenes Hinausstreben aus der Enge des Alltags und der Gegenwart in große Gedanken von der Zukunft des Vaterlandes, kurzum eine Stimmung, die trotz alledem mit den Versen

[1]) Für die Motivenforschung der Literaturgeschichte sei bemerkt, daß die Maßregelung eines an der Generalversammlung teilnehmenden Braunschweiger Referendars B. (vgl. „Wochenschrift des Nationalvereins" 1860, Nr. 28, S. 223) wahrscheinlich in Raabes Erinnerung mitspielte.

Gottfried Kellers auffordern soll: „Drum weilet, wo im Feierkleide ein rüstig Volk zum Feste geht." Wohl mochte ein publizistischer Diplomat wie Bernhardi verwundert den Kopf schütteln, daß fünfhundert deutsche Männer ohne jedes Mandat Beschlüsse darüber faßten, was aus Deutschland werden sollte. Aber das ungeschriebene Mandat aller dieser Männer, von denen die meisten gar keine Politiker waren, sondern, wie es allezeit geht, im Gefolge ihrer Führer marschierten, lag in dem Streben eines Volkes nach nationaler Wiedergeburt, das nicht mehr in einer kleinen Oberschicht zu Hause war, sondern immer weitere Massen unwiderstehlich ergriff. Das war der erhebende Eindruck, den der einzelne von Koburg mitnahm, dieses Gefühl erzeugte in dem inneren Leben des Nationalvereins die starke Zuversicht und zugleich die Beklemmung der alten Gewalten.

Viertes Kapitel

Fortgang und Hemmung

1861/62

Die Führer des Nationalvereins hatten zwar im Herbst 1860 vor allem Volke ein Pronunziamiento für Preußens deutschen Beruf erlassen, aber sie waren ganz unsicher darüber, ob Preußen selbst seinen Beruf erkennen und zu derjenigen deutschen Politik übergehen würde, die als die einzige Rettung Deutschlands verkündet wurde und zugleich die Daseinsberechtigung der ganzen Nationalvereinspolitik darstellte. Noch war, solange das verlöschende Leben des Königs dauerte, alles in der Schwebe, jeder Schritt der auswärtigen Politik Preußens wurde mit Spannung verfolgt, und wenn auch treue Preußenfreunde manchmal zweifelhaft wurden,[1]) machte Herzog Ernst doch immer wieder Mut.[2]) Auch Bennigsen wußte, daß man zunächst abwarten mußte.

Bennigsen an Reyscher.

Bennigsen, 24. November 1860.

Wir können zurzeit auf die europäischen Tatsachen so wenig einwirken wie auf die Entschlüsse der preußischen Regierung. Uns wird bis zum Frühjahr gegenüber der großen Politik leider eine sehr passive Rolle und selbst eine bedenkliche Unklarheit der Stimmung bleiben. Ohne entscheidende neue Tatsachen in Venedig oder Schleswig-Holstein, in Ungarn oder Syrien wird eine kräftige und einmütige Haltung gar nicht möglich sein. Die schwierige und komplizierte Stellung, welche Deutschland unter allen Umständen zur europäischen Politik haben wird, der Mangel an der Verfolgung bestimmter politischer Aufgaben beim deutschen Volke wie bei der preußischen Regierung machen diese flaue Haltung gegenüber den bonapartistischen Kunststücken und der herein-

[1]) Reyscher an Bennigsen, 29. Oktober 1861: „Der Prinzregent will ja nur unter der preußischen Fahne kämpfen! So soll er sich bei dem Fackelzug ausgesprochen haben. Sie können sich denken, wie das gegen den Nationalverein benutzt wird. Ueberhaupt können sie in Berlin keine Gelegenheit vorbeigehen lassen, ohne sich zu blamieren. Die vielverheißende Konferenz in Koblenz ist fast ominös für Russel geworden, weil Schleinitz die Taktlosigkeit hatte, von Koblenz aus seine Note nach Turin zu erlassen, über die ihn Cavour auslachte."

[2]) Francke an Bennigsen, 18. Oktober 1861: „Die Nachrichten aus Koblenz lauten nicht ungünstig; man nähert sich England und will in Warschau festbleiben gegen dortige Versuchungen."

brechenden vollständigen Auflösung der Rechtsordnung und des Gleichgewichts von 1815 nur zu erklärlich. Eine spontane Politik wird Deutschland noch lange nicht zeigen, nur reagieren gegen Tatsachen und Anstöße von außen. Eine große Politik der preußischen Regierung würde das wesentlich ändern.[1]) Die haben wir aber nicht und werden sie nicht haben, wenigstens nicht ohne die äußersten Gefahren für Deutschlands und Preußens Existenz. Uns bleibt wenig übrig als uns zu sammeln und vorzubereiten. So innerlich aufreibend und verzweifelt eine solche Lage ist, wir dürfen uns keine Illusion machen und froh sein, daß diese Zwischenzeit des Abwartens, welche uns gewährt ist, bislang wenigstens die Kraft und den Widerstand der mittleren und kleinen Regierungen fortwährend schwächt und dafür den Gegensatz der politischen Parteien und Stämme mehr und mehr ausgleicht.

Manches wird diesen Winter und im Frühjahr in den einzelnen Landesversammlungen geschehen können, um die kleineren Regierungen einzuschüchtern und Preußen vorwärtszutreiben. Ueber gemeinsame Anträge für die einzelnen Länder werden wir uns verständigen müssen, soweit sie nicht ohnehin durch die Koburger Beschlüsse und unsre sonstigen Veröffentlichungen von selbst gegeben sind. Erreichen werden wir auch dadurch vorläufig nichts, aber die Auffassung wird dann gerade, wenn nichts geschieht, immer klarer werden, daß mit den bisherigen Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten so wenig etwas zu hoffen ist als mit der Bundesverfassung überhaupt, und der Partikularismus wird hoffentlich den Rest erhalten.

Bei uns in Hannover haben wir Ende Oktober eine neue Organi-

[1]) Die Meinungen, welche Ziele in der auswärtigen Politik anzustreben seien, gingen selbst im Ausschuß des Nationalvereins weit auseinander. Während die einen ein deutsches Einschreiten gegen Dänemark wünschten, hielt Fries (an Bennigsen, 29. Dezember 1860) eine Bundesexekution, die zum Krieg im Norden und dann auch zum Krieg am Rhein führen müsse, für ein Unglück: „Daß wir mit italienischen und ungarischen Regimentern in den Bundesfestungen und mit dem ganzen Elend der Bundeskriegsverfassung einen solchen Krieg mit günstigen Aussichten nicht aufnehmen können, auch daran zweifle ich nicht einen Augenblick. Weiter aber führt uns, abgesehen von diesen Bedenken, eine solche Zusammenstellung der Verhältnisse zu dem unglücklichen Resultate einer gemeinschaftlichen Aktion mit Oesterreich. Es klingt dieser Ausspruch entsetzlich wenig patriotisch; er ist aber politisch wahr. Was die Einigkeit zwischen Preußen und Oesterreich genutzt hat, das wissen wir zur Genüge. Ich meinesteils sehe überhaupt keine Hoffnung für die Verbesserung der deutschen Verhältnisse als in dem Sturz des Hauses Habsburg nicht nur in Italien und Ungarn, sondern auch in Deutschland.“ Er forderte statt dessen: „Gemeinschaftliche Aktion mit Italien und der Revolution in Ungarn auf der vertragsmäßigen Basis der Erhaltung des deutschen Bundesgebiets.“

sation der Führer der liberalen und demokratischen Partei ins Leben gerufen, vorläufig geheim; eine Zusammenkunft bereits gehalten, und eine wird gegen Neujahr noch stattfinden. Namentlich wird alles aufgeboten werden, um für eine Neuwahl der Zweiten Kammer die Meinungen vorzubereiten. Trotz der oktroyierten Zusammensetzung der Zweiten Kammer ist es nicht unmöglich, den Sieg zu erhalten, da die Erbitterung gegen das jetzige Regime und der Ekel an dem ganzen partikularistischen Blödsinn, wie er hier in Blüte steht, täglich wachsen. In Braunschweig, wo ich vor vierzehn Tagen einige Tage mich aufhielt, ist eine Verständigung zwischen den Demokraten und Konstitutionellen eingeleitet. In der Kammer wird in Veranlassung von Petitionen aus dem Lande ein Antrag im Sinne des Koburger Programms gestellt werden. In Braunschweig ist, wie mir bestimmt versichert wurde, selbst im Beamtenstande und einem großen Teil des Militärs die Neigung, preußisch zu werden, vorherrschend, das Ministerium und der Herzog augenblicklich aber antideutsch und antipreußisch. Bei uns hat der Partikularismus in allen Ständen viel stärkere Wurzeln, und wir können dem Regime seit 1854 nicht genug danken, daß es bis zu einem hohen Grade gelungen ist, in beispiellos kurzer Zeit in allen Teilen der Bevölkerung den hannoverschen Lokalpatriotismus auszutilgen. In allen diesen nördlichen, mittleren und kleinen Ländern wird kein ernstlicher Kampf, weder geistiger noch materieller, für das Regiment der heimatlichen Dynastien geführt werden. Bei den Württembergern und Bayern und bei den Berliner Staatsmännern wird die Entscheidung liegen.

Von Berlin habe ich neuerdings keine bestimmten Nachrichten und kann namentlich nichts darüber sagen, ob es ernstlich im Werke ist, in Schleswig-Holstein tatkräftig vorzugehen. Durch den Herzog oder Francke werden wir am 9. Näheres erfahren. — Es wird Ihnen wohl nicht möglich sein, eine Abschrift des Briefes zu erhalten, welchen Borries mit nach Stuttgart brachte? [1])

[1]) Reyscher hatte am 29. Oktober Bennigsen mitgeteilt: „Ihr Serenissimus hat dem Herrn von Borries zu seinem Besuche in Stuttgart ein Handschreiben an unsern Herrn mitgegeben, worin er den Minister als einen Mann empfiehlt, der das beste Vertrauen verdiene. Zugleich soll sich Ihr König in exzentrischer Weise über die zu ergreifende Politik der Mittelstaaten im Gegensatz zu Preußen ausgesprochen haben, so sehr, daß man in Stuttgart selbst den Kopf darüber schüttelte. Zu einer Fixierung der eventuellen Politik der Mittelstaaten ist es noch nicht gekommen; aber sie werden alles tun, um nötigenfalls durch einen neuen Rheinbund die preußische Politik zu vereiteln. Ueber die Würzburger Vorschläge in betreff der Kriegsverfassung erfahre ich demnächst Genaueres."

Bennigsen, 7. Januar 1861.

Wir werden im Laufe des Frühjahrs die großen Streitfragen von 1859, wenn auch in etwas veränderter Gestalt, wiederkehren sehen, und bis jetzt ist weder eine entschiedene Richtung im deutschen Volke noch bei der preußischen Regierung über die Stellung zu Italien und Oesterreich ersichtlich. Wir müssen jedenfalls versuchen, in der Ausschußsitzung uns über diese Eventualität zu verständigen. Ich halte noch immer die Auffassung für die richtige, welche in unsern ersten Anträgen über die italienische Verwicklung an die Generalversammlung enthalten war. Die „Volkszeitung" in Berlin mit ihrem enormen Leserkreise und einige andre demokratische Blätter Preußens inklusive der „Kölner Zeitung" bieten zwar das Aeußerste auf, um unter allen Umständen die Stimmung gegen eine gemeinsame Aktion mit Oesterreich einzunehmen. Die „Nationalzeitung" schwankt aber schon, und da meinen früheren Nachrichten zufolge der König Wilhelm entschlossen sein soll, einem abermaligen Angriff Frankreichs nicht ruhig zuzusehen, so halte ich es nicht für unmöglich, daß die preußische Zweite Kammer in diesen Weg einlenkt. Entscheidend werden wohl erst die Entwicklung der Zustände in Ungarn und das Resultat der Verhandlungen zwischen Berlin und Wien sein.

Inzwischen war am 2. Januar 1861 das Leben Friedrich Wilhelms IV. zu Ende gegangen und der Prinzregent hatte den Thron bestiegen. Wenn die Nationalpartei etwa gehofft hatte, daß König Wilhelm jetzt endlich, als Träger der Krone frei über die Zukunft seines Staates verfügend, rückhaltloser sich dem deutschen Berufe Preußens zuwenden würde, so sollte die Enttäuschung nicht lange auf sich warten lassen. Schon Herzog Ernst hatte während seiner Anwesenheit bei den Trauerfeierlichkeiten in Berlin den Eindruck, daß der König sich nunmehr seinem Vorgänger in ganz besonderer Weise nahegerückt und innerlich verpflichtet fühle und daß sich in seinen Ansichten über Menschen und Verhältnisse etwas wie eine leise Aenderung vollzogen habe. Als er vollends mit den Großherzögen von Baden und Weimar und dem Fürsten von Hohenzollern über die Schritte beraten wollte, die bei dem offiziellen Wechsel der königlichen Regierung von Preußen zugunsten der deutschen Angelegenheiten etwa geschehen könnten, riet Hohenzollern von allem ab: er sei nicht imstande, auch nur die mindeste Vermittlung zu übernehmen, da er dem König als viel zu liberal gelte.[1])

---

[1]) Herzog Ernst II., Aus meinem Leben III, S. 100.

Der Herzog berief Bennigsen sofort zu sich nach Gotha, um ihm von diesen Eindrücken Kenntnis zu geben.[1])

Von Eisenach und Gotha begab sich Bennigsen nach Berlin, um sich hier persönlich zu überzeugen, daß der Thronwechsel keinen Systemwechsel bedeute. Die ersten Schritte Preußens in seiner deutschen Politik verrieten keinen gesteigerten Aktionsdrang.[2]) Aber vielleicht konnte man ihn durch Drängen anstacheln. Daher hatte Unruh Bennigsen dringend zur Teilnahme an einer Versammlung der Berliner Mitglieder des Nationalvereins aufgefordert, durch die man während der Adreß-

[1]) Bollmann an Bennigsen, Berlin, 9. Januar 1861: „Der Herzog beauftragt mich, Sie zu ersuchen, doch in den allernächsten Tagen auf einen oder zwei Tage nach Gotha kommen zu wollen, da Höchstderselbe Sie gern sprechen möchte." (Das Briefpapier trägt den Stempel: „Korrespondenz S. K. H. des Prinzen Friedrich Wilhelm"; bei dem jungen Kronprinzen wohnte der Herzog während der Trauerfeierlichkeiten.) Die herzogliche Initiative erscheint in seinen Memoiren etwas verwischt: „Als ich nach Gotha zurückgekehrt war, besuchten mich von Bennigsen, Lamey, Metz ... und wollten erfahren, welche Hoffnungen ich von dem neuen Könige mitgebracht hätte. Ich konnte nur erwidern, daß der König so angegriffen gewesen, daß zunächst von politischen Dingen nicht die Rede habe sein können." Am 17. Januar reiste Bennigsen über Kassel, wo er sich auf Oetkers Bitte mit diesem und Nebelthau wegen einer parallelen Aktion der deutschen Kammern in der kurhessischen Sache besprach, nach Eisenach (Ausschußsitzung), Gotha und Berlin (bis zum 28. Januar).

[2]) Francke an Bennigsen, Koburg, 18. Januar 1861: „Die von Sydowschen Operationen in der kurhessischen Sache sind mir leider aus sehr zuverlässiger Quelle bestätigt worden. Nach Entfernung des bisherigen Referenten aus dem Dezernat, Geheimen Rats Abeken, hat man Herrn von Sydow selbst sich seine Instruktion anfertigen lassen. Dem König, der als Regent im besten Sinne an den Kurfürsten geschrieben, werden, nach der Thronrede zu urteilen, diese nicht korrekten Instruktionen nicht bekannt gewesen sein. Mit den Führern des Verfassungskampfes in Kurhessen in Verbindung zu treten, ist Geheimer Rat Duncker bereit. Dagegen lautet in der Wilhelmsstraße in Berlin die offizielle Parole: ‚Keine Agitation im Nachbarlande.' — In der holsteinischen Angelegenheit soll die Bundesexekution eintreten wegen einer untergeordneten holsteinischen Spezialfrage, nämlich um das Zustimmungsrecht der holsteinischen Stände während des Provisoriums (sic) zu erwirken. An die große nationale Sache, die schleswig-holsteinische, wird nicht im entferntesten gedacht. Eine derartige Bundesexekution würde einem Verzicht auf Schleswig gleichstehen; aber auch einer so beschränkten Exekution wird Dänemark durch Fristen und Scheinofferten zu entgehen wissen. Der Fanatismus des Herrn von Beust und Genossen mag seine Erklärung in dem Wunsche finden, Preußen in Konflikt mit Frankreich zu bringen, dadurch zu Oesterreich hinüberzuziehen und zur Verteidigung Venetiens zu zwingen. — Wenn Sie des Postgeheimnisses in Hannover sicher sind, so würde es für Ihre Korrespondenz mit mir einer Mittelsperson nicht bedürfen, eventuell bitte ich Ihre Briefe an Dr. Rückert kuvertieren zu lassen. Herrn von Dalwigk werden Sie in Eisenach wohl ein Hoch bringen."

beratung einen Druck auf das preußische Abgeordnetenhaus auszuüben gedachte. „Es ist nötig," schrieb er, „daß der Regierung etwas auf den Leib gerückt werde, damit dieselbe endlich ihre Fahnen entfalte und entweder die Hoffnungen rechtfertige, welche man wohl noch immer auf sie setzt, oder der Selbsttäuschung ein Ende mache. Der Nebel muß endlich sich zertrennen. Die äußeren Fragen treten jetzt immer brennender auf. Selbst wenn die Regierung der deutschen Sache nicht nähertritt, bleibt es doch von Bedeutung, daß die Bevölkerung sich regt und Einmütigkeit zeigt. Selbst bei meinem kurzen Aufenthalt in Paris habe ich mich überzeugt, daß die Gefahr von Westen her immer kleiner wird, je sicherer wir auftreten, d. h. am richtigen Ort. Nichts scheut man in Paris mehr als einen Volkskrieg mit Deutschland. Ein isoliertes Preußen ist dagegen der Bissen, den man sich in der Speisekammer bis zur rechten Stunde aufheben möchte."[1]) In der am 25. Januar unter Virchows Vorsitz stattfindenden Versammlung, an der Bennigsen zusammen mit Metz und Lehmann teilnahm, stellte sich jedoch heraus, daß er sich von dem spezifisch preußischen Standpunkt seiner Berliner Freunde unterschied. Die erste der von Unruh eingebrachten Resolutionen beschäftigte sich mit der italienischen Frage: „Preußen und das nicht geeinigte Deutschland haben keinen Beruf, an einem Kriege Oesterreichs um den Besitz Venetiens teilzunehmen und dadurch einen Angriff auf deutsche Grenzen hervorzurufen, bei deren Verteidigung auf einen wirksamen Beistand Oesterreichs nicht gerechnet werden kann." Diese preußische Auffassung, die unter Franz Duncker schon auf der Generalversammlung in Koburg der Majorität des Nationalvereins entgegengetreten war, lief darauf hinaus, der weiteren italienischen Einigung, auch wo sie auf Kosten Oesterreichs geschehe, nichts mehr in den Weg zu legen; sie wollte vor allem die eigne Regierung von der österreichischen Politik losreißen und an die Seite des zukunftsreichen italienischen Staates führen, und nahm keine Rücksicht auf die österreichischen Sympathien der Süddeutschen. Ebendeswegen hielt Bennigsen diese Resolution für bedenklich, da sie zur Zwietracht zwischen Nord- und Süddeutschland führen könne, und setzte durch, daß sie durch Einschaltung der Worte: Preußen u. s. w. haben an sich, solange deutsches Gebiet oder deutsches Interesse nicht verletzt werden, abgeschwächt wurde.[2]) Auch die dritte Resolution,

[1]) Unruh an Bennigsen, 19. Januar 1861.

[2]) Prater an Bennigsen, 4. Februar 1861: „Ihre Anwesenheit in Berlin war von größtem Wert; der Riß, den die italienische Frage durch den Verein zieht, ist freilich nicht geschlossen, aber eine Erweiterung ist verhütet worden, die zur augenblicklichen Krisis hätte führen können."

die als erste Pflicht Preußens die sofortige einheitliche Organisation des deutschen Bundesheeres unter Preußen forderte, ergänzte er durch die Worte: „sowie die alsbaldige Berufung eines deutschen Parlaments", denn, wie er ausführte, die militärische Diktatur Preußens genüge nicht, mit der Machtentfaltung müsse die freiheitliche Entwicklung Hand in Hand gehen. Im übrigen erhellen die Berliner Eindrücke Bennigsens aus dem folgenden Briefe.

Bennigsen an Reyscher.

Bennigsen, 7. Februar 1861.

Besten Dank, lieber Freund, für Ihre Mitteilungen.[1]) Ich hatte immer die Hoffnung festgehalten, daß die Württemberger uns nicht im Stich lassen würden, und Ihre Landsleute oft im Norden in Schutz genommen, wenn hier manchem die Geduld zu reißen anfing. Daß Sie bei dieser Gelegenheit so einstimmig das Konkordat verurteilt haben, halte ich für einen sehr folgenreichen Schritt. Wenn in Oesterreich die Aufhebung des Konkordats und die Einziehung des Klostergut's, worin mir die einzige Rettung zu liegen scheint, überhaupt möglich sind, so werden diese Maßregeln durch das nunmehr einmütige Auftreten Südwestdeutschlands gegen die ultramontanen Uebergriffe wesentlich gefördert sein. Es muß für Sie persönlich doch keine geringe Freude sein, endlich, nachdem Sie so lange in Sachen des Nationalvereins und des Konkordats vereinzelt gekämpft haben, Ihre Landsleute in Masse neben sich zu finden.

Ueber Berlin würde ich Ihnen schon Nachricht gegeben haben, wenn ich nicht wüßte, daß Metz Sie am 3. sprechen würde. Sie werden inzwischen durch ihn manches erfahren haben, Günstiges und Ungünstiges. Nachdem Metz fort war, ist Nebelthau aus Kassel gekommen, den ich noch mit einer Reihe Abgeordneter und Politiker in kleinerem Kreise bekannt machen konnte bei einem Mittagessen, welches am letzten Tage meines Dortseins veranstaltet war. Ich habe mich hier und bei verschiedenen Besuchen über die Berliner Verhältnisse einigermaßen orientiert, soweit das in drei Tagen möglich ist.

Guter Wille ist genug vorhanden, aber eine beispiellose Unsicherheit und Verwirrung in den Zielen und Mitteln politischen Handelns. Die zehnjährige Reaktion hat furchtbar gewirkt in Preußen auf das politische Kapital an Einsicht, Einmütigkeit und Entschlossenheit. Das Gefühl, daß der jetzige Verfassungszustand ein bloßes Geschenk des rechtlichen und verständigen Sinnes des Königs Wilhelm ist, durch keine An-

[1]) Ueber den Beitritt der Württemberger Liberalen zum Nationalverein auf der Eßlinger Versammlung am 3. Februar 1861 s. oben S. 465.

ſtrengung des preußiſchen Volks erworben, dringt überall durch, erklärt vieles an Unſicherheit und mangelndem Selbſtvertrauen Vorhandene. Dazu die Widerſprüche in der Gegenwart und Vergangenheit des Königs. Die Gegenſätze in ſeiner perſönlichen und politiſchen Umgebung, die durch Hohenzollern und Auerswald nur notdürftig überbrückt werden. Die Unfähigkeit oder doch Schwäche der Miniſter, unter denen ein jeder ſich nach Ruhe ſehnt und nicht aus gerechtem Ehrgeiz, ſich durch ſchöpferiſches Handeln einen Namen zu machen, ſondern allein durch ein flaues Gefühl von Pflicht gegen die Partei oder den König ſich an ſeinen Poſten gebunden ſieht. Der vollſtändige Mangel einer demokratiſchen Partei mit anerkannten, gemeinſam handelnden, einflußreichen Führern, der Mangel eines irgend ausreichenden Nachſchuſſes oder gar jüngeren Nachwuchſes an Führern der konſtitutionellen Partei. Man kann die Liſte der Uebelſtände noch weiter ausdehnen. Aber es iſt hiermit vollkommen genug, um zu erklären, weshalb man in Berlin nicht mehr weiß, ſoll das Miniſterium geſtützt oder gedrängt und geſtürzt werden, ſoll Preußen durch einen Krieg heraus aus ſo dumpfer Schwüle oder iſt jeder Krieg à tout prix zu perhorreſzieren, weil er die Reaktion oder ein zweites Jena oder gar beides bringen wird? Die böſen Nachwirkungen einer ſchmählichen Reaktionszeit und die Einflüſſe halber Zuſtände und halber Menſchen werden noch lange nachteilig ſein. Sie haben aber das Gute, den ſtockpreußiſchen Partikularismus und die eingewurzelte Ueberhebung über das übrige Deutſchland aufzulöſen und den engſten Anſchluß an Deutſchland als Notwendigkeit erſcheinen zu laſſen. In Oſtpreußen und den verſchiedenen neuerworbenen Provinzen iſt dieſer Prozeß ſchon ziemlich weit vorgeſchritten. Und bei alledem hat man doch immer das Gefühl und hört auch die Peſſimiſten in Preußen ſich ſo äußern, daß doch noch eine große, ungebrochene Kraft, eine Opferbereitſchaft und Ausdauer in der preußiſchen Bevölkerung ſei, ausreichend wie 1808—1815 das Höchſte zu leiſten, das eigne Land und Deutſchland aus allem Elend zu erretten, wenn nur einmal die Tatkraft für beſtimmte Ziele von einer entſchloſſenen Regierung aufgerufen werde.

In den Tagen, die ich in Berlin war, hatte gerade Schwerin ſeine Entlaſſung eingereicht, Folge der heftigen Angriffe ſeiner alten Freunde in der Kommiſſion gegen ſeine Politik in Behandlung der reaktionären Beamten. Nicht allein ſeine Partei, ſondern auch ſeine Miniſterkollegen, ſeine Familie und Frau haben ihn dringend beſchworen, doch Vernunft anzunehmen und Leute wie Zedtlitz, Patzke, Eichmann preiszugeben. Seine falſche Großmut und ſein pommerſcher Eigenſinn haben aber eine Aenderung im Verfahren ihm unmöglich gemacht. Ob er abgeht, iſt

wohl zweifelhaft.[1]) Wie mir erzählt wird, soll Patow erklärt haben — schon einige Tage vorher —, wenn Schwerin ginge, würde er auch nicht bleiben. Die Besorgnis, daß daraus ein Riß im Ministerium entsteht, in welchen die Kreuzzeitungspartei einen Keil eintreiben könnte, wird es am Ende ermöglichen, den Bruch noch zu überkleistern.

Ueber manche Einzelheiten, Personalien, Anekdoten aus Berlin hoffe ich Ihnen nächstens persönlich noch Mitteilung machen zu können. Ich habe nämlich die Vorstandssitzung für diesen Monat auf Montag, 18., vormittags in Koburg angesetzt und darf Sie bitten, wenn Ihre Zeit es gestattet, dazu herüberzukommen. Bis dahin werde ich noch in Frankfurt, Heidelberg und Offenbach gewesen sein, so daß wir dann uns gegenseitig über die Zustände Süddeutschlands ziemlich genau Auskunft geben können.

Hier ist am Hofe und in der höheren Beamtenwelt diese Zeit einige Aufregung durch fortgesetzte Intrigen der Hofpartei und der Minister Platen und Kielmannsegge, den Borries zu stürzen.[2]) Ich hoffe aber sehr, daß er [durch] die neuesten Konflikte wegen der Kohlentransporte nicht beseitigt wird, weil er hier, wo er im wesentlichen ständische Beschlüsse und Landesinteressen gegen lokale Sonderinteressen einiger Deisterkohlenwerkbesitzer verteidigt, am Ende noch mit einer Märtyrerkrone abfahren könnte. Das wäre im allgemeinen Interesse durchaus zu beklagen. Ein gründlicher Nachweis meines Freundes Miquel, daß bei der Domänenausscheidung *jährlich* dem Lande mehr als 200000 Taler verloren gehen,[3]) ein ziemlich giftiger Artikel über Korruption und blödsinnige Tendenzpolitik in Hannover in der Augsburger Allgemeinen vom 24. Januar, welcher auch dem Könige vorgelesen ward, machen einigen Spektakel. Das Gerücht, das ich übrigens für unbegründet halte, daß Bismarck-Schönhausen Minister des Auswärtigen in Berlin werden und dann Deutschland cavourisieren würde, macht auch viel Kummer, so daß die Verzagtheit durch alles ostensible Bramarbasieren hier deutlich durchscheint. Am 25. 26. Februar bei Gelegenheit des Volkswirtschaftlichen Kongresses für Nordwestdeutschland

[1]) Graf Schwerin nahm sein Rücktrittsgesuch wieder zurück und verblieb, ebenso wie Patow, im Ministerium bis zum Ende der neuen Aera im März 1862.

[2]) Vgl. Bennigsen an Lammers: „Platen soll abermals den Versuch machen, Borries zu beseitigen. Zimmermann wühlt eifrigst gegen Borries und hat neuerdings wieder mehr Einfluß bekommen. Ich glaube aber nicht, daß Borries schon reif ist, obgleich das Schimpfen gegen ihn unter den höheren Beamten und dem Adel wieder auffallend kräftig und öffentlich betrieben wird."

[3]) Miquel, Das neue hannoversche Finanzgesetz vom 24. März 1859. 2. Aufl. Leipzig 1861, sowie: Die Ausscheidung des hannoverschen Domanialguts und das Verfahren der Festsetzungskommission. Leipzig 1863.

in Hannover wollen wir unsern Agitationsplan fürs Land im Frühjahr feststellen. Ich hoffe, daß es gelingen wird, die Leute etwas aus ihrem Stumpfsinn aufzurütteln.

Bennigsen an Lammers.

Bennigsen, 6. Februar 1861.

Nichts könnte meiner festen Ansicht nach Deutschland und Preußen mehr ruinieren, als ein erbärmliches Auftreten in der schleswig-holsteinischen Sache. Die Londoner Presse, welche jede neue Verwicklung vermieden sehen möchte, schreit freilich gewaltig über die „dummen und enthusiastischen Deutschen", welche — wie sie meint aus antiquarischer oder mangelhafter Kenntnis Skandinaviens — in Europa auch anfangen, ein Zeichen ihrer Existenz zu geben. Schon jetzt wird man sich aber selbst in unsern Handelsstädten trotz aller Wahlverwandtschaft mit der Manchesterpartei überzeugt haben, daß bei einem entschlossenen Auftreten Preußens das Kopenhagener Kabinett von allen auswärtigen Großmächten zur Nachgiebigkeit gedrängt werden wird. Rußland kann dieses Jahr keinen großen Krieg führen, in England wird man alles aufbieten, ihn zu vermeiden, und Napoleon wird sicher nicht in Hinterasien, Syrien, Italien und Dänemark zu gleicher Zeit intervenieren wollen. Daneben ist der König Wilhelm in dieser Sache entschlossen, etwas zu tun. Wenn hier abermals, wo es sich gar nicht um eine direkte Unterstützung Oesterreichs handelt, die liberale Partei und Presse aus Angst vor den Folgen und aus mangelndem Selbstgefühl abwiegelt, so sehe ich gar nicht, weshalb nicht zuletzt die Kreuzzeitungspartei in Berlin wieder Oberwasser bekommen soll. Diese setzt ja bekanntlich seit zwei Jahren schon dem König auseinander, daß die liberale Partei so weit heruntergekommen sei, daß mit solchen Angstkerlen überhaupt gar kein Krieg zu führen sei, sondern nur mit dem urkräftigen altpreußischen Adel. In Berlin ist übrigens, wie Sie gesehen haben werden, seit vierzehn Tagen die Stimmung im Umschlagen begriffen, und es sollte mir sehr lieb sein, wenn ich bei meiner dortigen Anwesenheit mit Lehmann und Metz darauf in etwas eingewirkt hätte. An eindringlichen Vorstellungen bei diversen Abgeordneten und den Redaktionen haben wir es wenigstens nicht fehlen lassen.

Bennigsen an Rochau.

Koburg, 22. Februar 1861.

Reyscher wird auf der Rückreise womöglich mündlich, sonst von Cannstatt aus schriftlich auf Häusser zu wirken suchen. [1])

[1]) Reyscher berichtet darüber an Bennigsen vom 24. Februar 1861: „Ich brachte gestern kurze Zeit in Heidelberg zu, um mit Häusser zunächst wegen der Zeitung

In Berlin stehen die Sachen sehr schlecht. Es ist gar nichts zurzeit zu erwarten. Sogar ein Ministerium Arnim-Boitzenburg wird für möglich gehalten und für den Fall, daß die Herrenhäusler in der Grundsteuerfrage einfach nachgeben, als wahrscheinlich. Schleinitz beabsichtigt sich zurückzuziehen auf den Ruheposten des Hausministers. Graf Goltz — Kreuzzeitungsmann und unbedeutend — als wahrscheinlicher Nachfolger genannt.

Ganz besonders verhunzt werden die Marineangelegenheiten. Der tüchtige Admiral Schröder ist herausgebissen und wird sich nach dem Rhein zu seinen Verwandten zurückziehen. Die Marineabteilung ganz dem Kriegsministerium untergeordnet. Herr von Roon hält natürlich jede Bewilligung für Flottenzwecke für einen Raub an der Armee. Es scheint mir sehr geraten, auf die ganze Erbärmlichkeit unsrer Flottenwirtschaft in der Wochenschrift energisch aufmerksam zu machen, auf die absolute Notwendigkeit, etwas zu tun, und auf die Geringfügigkeit der Mittel, durch die der sehr mangelhaften dänischen Marine gegen-

---

und sodann wegen des Anschlusses an den Nationalverein zu reden. Ich fand ihn und einen Verwandten, den ich im selben Hause besuchte, den jungen von Dusch, sehr unangenehm berührt durch die Eßlinger Beschlüsse. Es war gut, daß ich Aufklärung gab: denn wer den Vorbesprechungen fremd geblieben ist und überhaupt nichts von den Benehmungen weiß, die bei einem praktischen politischen Wirken innerhalb einer Partei so gut notwendig sind wie bei den Männern am Staatsruder, glaubt, wir seien bereits den Roten überliefert. Ich habe eine ähnliche Krisis, nur noch weit kräftiger als die jetzige, 1848/49 durchgemacht; die Vereinigung der Parteien des Fortschritts brachte uns keinen Schaden, wir setzten die Anerkennung der Reichsverfassung durch, und als die badische Revolution ausbrach, ward unser Land vor derselben bewahrt. Wir trennten uns nur, als das Rumpfparlament kam und das Land in bewaffneten Zustand versetzen, Millionen Steuern erheben wollte, um die Reichsverfassung von Württemberg aus einzuführen. Hier konnte ich nicht mittun. Der Erfolg wäre der Reichsverfassung nicht günstig gewesen: der Kampf wäre nur statt am Neckar an der Donau entschieden worden und unser Land hätte sich nicht so rasch erholt wie Baden... In Baden hat man immer noch den Schrecken jener Zeit in den Gliedern. Ich beruhigte Häusser, daß wir nicht zwischen heute und morgen die Reichsverfassung einführen noch mit Haut und Haaren festhalten wollten, es handle sich nur um Gewinnung eines Rechtsbodens, der sogar für das preußische ‚Anrecht' nur vorteilhaft sein könnte, vorausgesetzt, die Kraft wäre vorhanden, es geltend zu machen. Ich selbst hätte in Koburg den Antrag gestellt, den ersten Satz in unser Programm aufzunehmen, um Anträge gleicher Art zu kupieren und überhaupt eine Basis zu haben, worauf ein neues Parlament sich zu stellen hätte. Er werde doch nicht annehmen, daß ich die Revolution heraufrufen wolle, aber allerdings werde diese von selbst kommen, wenn man in Preußen seinen Vorteil nicht verstehe. Wir verstanden uns, und ich hoffe auch, daß Häusser mit andern bald beitreten wird. Die Zeitung, redigiert von einem der Unsrigen, wird ganz im nationalen Geiste gehalten sein."

über binnen kurzem eine vollkommen ausreichende Seemacht gebaut oder gekauft werden könnte. Lammers, den ich übermorgen in Hannover sehe, werde ich ersuchen, sich in Bremen über diese Frage vollständiges Material zu verschaffen und dasselbe in der Bremer Presse und etwa auch in der Wochenschrift zu verarbeiten.

*

Bennigsens Gesamtauffassung der Nationalvereinspolitik erhellt aus einer am 18. Februar in Frankfurt gehaltenen Rede, die sich in den weitgesponnenen historischen Gedankengängen, wie er sie liebte, mit der Stellung der Süddeutschen, der Katholiken, der Republikaner zur Nationalpartei beschäftigt; einige charakteristische Sätze mögen aus ihr wiedergegeben werden. [1])

„Die Gegner der nationalen Bewegung werfen ihr vor, die Nationalpartei sei eine norddeutsche, wohl gar eine preußische und obendrein eine protestantische Partei: sie verschärfe also nicht bloß die alten politischen Zerwürfnisse, sondern bedrohe Deutschland mit furchtbarem Bürger- und Religionskriege. Wenn das jedoch zu befürchten wäre, so würde ich selbst der erste sein, von der Verantwortlichkeit der Teilnahme an der Bewegung zurückzutreten. Seit dem Anschluß der Württemberger kann man nicht mehr behaupten, der Nationalverein bestehe überwiegend aus Norddeutschen und Protestanten. Man darf vielmehr vertrauen, daß es ihm gelingen werde, die in den Reaktionsjahren heraufbeschworenen religiösen Konflikte auszugleichen. Denn im Laufe der letzten zehn Jahre kam es zu einem Bündnis der Kirche mit der politischen Reaktion, das das innere Leben unsers Volkes zu ver-

[1]) Nach der Fassung, die Lammers in der „Zeit" vom 18. März auf Grund einer stenographischen Aufzeichnung veröffentlichte. Das „Frankfurter Journal" hatte Bennigsen eine Rede Friedlebens in den Mund gelegt, die in der Unterordnung unter die Beschlüsse einer etwaigen republikanischen Mehrheit gipfelte, so daß Rochau auf Bennigsens Ersuchen eine korrekte knappe Inhaltsangabe in der „Wochenschrift des Nationalvereins" Nr. 44 brachte. Ueber die Wirkung der Rede Lammers an Bennigsen, 18. März 1861: „Der junge, exzentrisch eitle Dr. von Schweitzer meinte freilich, Ihre monarchische Erklärung hätte sogar auf die Fernerstehenden peinlich gewirkt, und auch Freund Rochau schüttelte noch, als ich in Heidelberg war, das Haupt; aber Häusser, Lang in Wiesbaden und selbst Metz schilderten mir den Eindruck als überwiegend günstig; und letztgenannter erzählte, wie im Anschluß an Sie der Führer der Mainzer Republikaner, ein Dr. Wittmann, sich für die konstitutionelle Monarchie erklärt habe. Wir drucken Ihre Rede also mit dreist vorausgesetzter Genehmigung Ihrerseits frischweg ab, um unserm etwas diplomatischem Programm damit nachzuhelfen. Ich hoffe davon erwünschte Wirkung auch nach oben hin, wo Friedlebens Hasardrede, die das dumme ‚Frankfurter Journal' anfänglich Ihnen in den Mund gelegt hatte, viel Unruhe erregt zu haben scheint."

gisten drohte. Der Abschluß des österreichischen Konkordats wirkte auf Württemberg, Baden, Hessen und Nassau zurück, selbst im Norden machten sich diese unheilvollen Wirkungen fühlbar; nicht allein in Preußen, sondern auch in meinem Heimatlande Hannover hat eine politische Partei, die sich auf die hauptsächlichsten Teile des Volkes nicht mehr stützen konnte, sich an den Beistand derer gewandt, die den kirchlichen Eifer zu entflammen verstehen. Aus diesen Verhältnissen entsprang im Jahre 1859 die Furcht, daß man nicht an der Seite Oesterreichs in den Krieg gehen könne, ohne für den eignen inneren Gegner, die kirchlich-politische Reaktion, zu arbeiten. Jetzt wird das anders. Im ganzen Süden sieht man wackere Katholiken sich zum Nationalverein bekennen und gegen die kirchlich-politische Reaktion protestieren. Es ist ein vielbedeutendes Zeichen, daß die schwäbischen Patrioten gerade in dem Augenblicke ihres Anschlusses an die deutsche Nationalpartei auch den Entschluß zum entschiedenen Auftreten gegen die einheimische Konkordatspartei gefunden haben. Wir Protestanten denken weder innerhalb noch außerhalb des Nationalvereins daran, den Anspruch der Katholiken auf Gleichberechtigung zu leugnen oder auch nur zu verkürzen, wir wollen das religiöse Leben sich nach seinen eignen inneren Trieben frei gestalten lassen und wenden uns nur gegen solche Religionsparteien, die nach hierarchischer Beherrschung Andersgläubiger streben. In unserm deutschen Bürgertum steckt ein tiefer Widerwille gegen alle Priesterherrschaft, seit es mit seinem Blute die Gewissensfreiheit erkauft hat, das Recht für alle vorhandenen Konfessionen, friedlich nebeneinander auf deutscher Erde zu leben."

Dann sprach er noch als Norddeutscher zu Süddeutschen, namentlich zu süddeutschen Republikanern, die sich pessimistisch von der praktischen Politik abwendeten. Er habe nie sein Vertrauen auf Süddeutschland aufgegeben. „In den Jahren 1848/49 gab es in Süddeutschland eine starke republikanische Partei, welche aufräumen wollte mit allem, was von historischer und monarchischer Ordnung auf deutschem Boden noch vorhanden war; sie konnte damals ihre Hoffnungen an den Sieg der von ihr gepredigten Ideen in Frankreich anknüpfen; jetzt aber ist die französische Republik in der ärgsten Militärdespotie geendigt. Auch kannten die süddeutschen Republikaner damals nicht die Stimmung in Norddeutschland, deren entschieden monarchische Farbe erst nachher deutlich zutage trat. Seitdem ist ein Schienenstrang und ein Telegraphendraht nach dem andern über das Vaterland gelegt, die nicht bloß die Hebel materiellen Wohlstands, sondern auch die Mittel sind, um alle politische Reaktion in eiserne Bande einzuschnüren und in vertausendfachter persönlicher Berührung jedem Teile Deutschlands die Kenntnis

des andern zuzuführen. Mochte man 1849 noch glauben, von Baden aus in einem republikanischen Anlauf die monarchischen Ordnungen Deutschlands über den Haufen zu werfen, jetzt weiß man, daß der preußische Staat mit seinen glorreichen monarchischen Traditionen zu fest steht, als daß ihn ein solcher Anlauf erschüttern könnte. Darum muß der neue deutsche Staat in Anlehnung an den preußischen Staat, an alles das, was noch innerlich gesund ist von dem Bestehenden, aufgerichtet werden. In diesem Sinne muß und wird der Nationalverein der Welt beweisen, daß es ihm ernst sei mit seinem konstitutionellmonarchischen Glaubensbekenntnis, das er ohne Hintergedanken annimmt und in dem er mit voller Ueberzeugung eine in den tatsächlichen Verhältnissen begründete Notwendigkeit erblickt. Wohl ist es an sich möglich, daß schließlich einmal in der Zukunft unter innern Krisen oder europäischen Kriegen auch die monarchische Ordnung versagt, so daß unter Vernichtung alles Bestehenden auf ganz neuem Boden das Haus gegründet werden müßte, in dem das deutsche Volk sicher und frei wohnen kann: es ist möglich, aber es würde unter allen Umständen ein äußerst gewagtes Spiel bleiben."

In den nächsten Monaten sehen wir Bennigsen bemüht, die Phalanx der liberalen Opposition gegen das Ministerium Borries dadurch zu erweitern, daß er auch die hannoverschen Altliberalen, zumal ihre ehemaligen Führer im Ministerium von 1848 bis 1851, zum Anschluß bewog. Da die Stände im Jahre 1861 nicht zusammentraten, bedurfte er einer Auffrischung der liberalen und nationalen Agitation in möglichst eindrucksvoller Weise; vielleicht mochte er auch hoffen, nicht bloß die Stellung der Regierungspartei weiter zu schwächen, sondern auch für den Fall eines Systemwechsels, bei dem die Mitwirkung dieser Altliberalen unvermeidlich war, eine geeignete Parteikonstellation vorzubereiten. Seine Verhandlungen mit den ehemaligen Ministern Graf Bennigsen und Braun führten zu einer Verständigung, doch scheiterte der Versuch, auch das altangesehene Haupt dieser Gruppe, Stüve selbst, zur Mitwirkung an einer großen Demonstration in Hannover zu gewinnen. Es waren nicht die inneren hannoverschen Angelegenheiten, welche die beiden Männer voneinander trennten, sondern die entgegengesetzte Beurteilung der Zukunft Deutschlands und namentlich der Stellung Hannovers zu Preußen: derselbe tiefe politische Gegensatz, der sich schon in den Briefen des jugendlichen Bennigsen von 1848/49 in aller Schärfe ankündigt, läßt auch jetzt keine Gemeinschaft zwischen dem alten und dem jungen Vorkämpfer hannoverschen Verfassungsrechtes zu.

Der dreiundsechzigjährige Stüve konnte sich in den Begriff eines Bundesstaats nicht mehr hineindenken und sah vom partikularistischen Standpunkt den Untergang Hannovers mit dem Erstreben eines solchen Zieles verbunden: er verurteilte darum den Grundgedanken Bennigsens, die Verbindung der nationalen mit der liberalen Agitation. Der Präsident des Nationalvereins wollte die Erhaltung des Sonderstaats wie jener, aber er forderte um Deutschlands willen, daß die Einzelsouveränität die nötige Einschränkung um des Ganzen willen sich gefallen lasse. Die Auseinandersetzung versinnbildlicht die Ablösung der einen politischen Generation in Hannover durch die andre.

Bennigsen an Stüve.

Bennigsen, 31. März 1861.

Sie sind wahrscheinlich durch einen oder den andern Osnabrücker schon davon in Kenntnis gesetzt, daß ich eine große Anzahl von Personen aus dem ganzen Lande zu einer politischen Besprechung auf Montag, den 8. April, nach Hannover eingeladen habe. Ich habe mich nicht für berechtigt gehalten, Ihnen einfach ein Exemplar einer solchen Einladung zugehen zu lassen. Wohl aber habe ich mich verpflichtet gefühlt, wie ich bereits mündlich dem Grafen Bennigsen und dem Herrn Minister Braun gegenüber getan, auch Sie von meinem Vorhaben in Kenntnis zu setzen.

Wie Sie aus der angeschlossenen Ausfertigung meiner Einladung ersehen, soll es versucht werden, ein gleichmäßiges, öffentliches Auftreten der hannoverschen liberalen Elemente sowohl in unsern Landes- als den deutschen Angelegenheiten herbeizuführen, nachdem trotz der steigenden Gefahr der ganzen politischen Lage Teilnahmlosigkeit und Furcht jahrelang die Gemüter in unserm Lande erfüllt haben. Halten Sie und Ihre Kollegen es mit Ihrer früheren Stellung vereinbar, an unserm Vorhaben sich zu beteiligen, und weicht Ihre Auffassung über das, was not tut, nicht zu wesentlich von dem ab, was wir jüngern hannoverschen Politiker erstreben, so würde durch die Mitwirkung von Männern solcher Bedeutung, wie Sie und Ihre Kollegen, jeder Schritt, der geschieht, von vornherein verdoppelte Wichtigkeit erhalten.

Die Tagesordnung und der Inhalt der zu stellenden Anträge sind noch nicht festgesetzt. Vielmehr ist eine kleinere Anzahl von Personen von mir ersucht, am Sonntag, 7. April, morgens neun Uhr, zur Feststellung dieser Punkte sich in der Wohnung des Obergerichtsanwalts Albrecht in Hannover einzufinden. Viel wird dabei natürlich von den Nachrichten aus den Provinzen über die zu erwartende Teilnahme an

der Versammlung abhängen. Im wesentlichen ist es, wie ich mir erlaube, Ihnen einstweilen vertraulich mitzuteilen, meine Absicht,

1. hinsichtlich der deutschen Angelegenheiten auf Beschlüsse hinzuwirken, in denen die Notwendigkeit einer einheitlichen Zentralgewalt und eines deutschen Parlaments ausgesprochen und anerkannt wird, daß Preußen allein sich in der Lage befindet, an die Spitze einer solchen Zentralgewalt gestellt zu werden;

2. hinsichtlich Hannovers einen Beschluß zu erwirken, daß im Interesse der Dynastie wie des Landes das Ministerium Borries-Kielmannsegge durch ein andres ersetzt werden möge, welches das in so schwerer Zeit doppelt notwendige Vertrauen des Landes und die so nötige Achtung bei uns und in Deutschland besitzt.

Wünschenswert halte ich es, daneben noch einige andre Sachen zur Sprache zu bringen, als: die Unterstützung der schleswig-holsteinischen Rechte durch Deutschland und die vernachlässigte Marineausrüstung; die Beseitigung der administrativen Maßregelung der Presse.

Gestatten Sie schließlich, hochgeehrter Herr, einem jüngeren Manne, welcher vielleicht in einzelnen Punkten von Ihrer politischen Richtung abweicht, es auszusprechen, daß er stets mit der größten Hochachtung des Mannes eingedenk ist, der Unvergeßliches für die politische Entwicklung unsers Landes gewirkt hat.

Stüve an Bennigsen.[1])

(Anfang April 1861.)

Die gütige Einladung, welche Sie mir haben zugehen lassen, verpflichtet mich um so mehr, meine Ansicht offen auszusprechen, als ich mich außerstande sehe, derselben Folge zu leisten, während ich doch den lebhaften Wunsch hege, von Ihnen nicht mißverstanden zu werden. Leugnen will ich nicht, daß meine Neigung, an öffentlichen Dingen teilzunehmen, mit jedem Jahre abnimmt. Durch die Erfahrung belehrt, wie notwendig es ist, daß bedeutende Unternehmungen zur Umgestaltung der Verhältnisse eines Landes längere Zeit von einer und derselben Hand geführt werden, wenn sie nicht gänzlich verfehlt werden sollen, und vorausseh end, daß ich nicht mehr erwarten darf, das zu können, daß mir daher nur zusteht, noch in engen Kreisen zu arbeiten, habe ich lange den Entschluß gefaßt, mich nur dann auf größere Verhältnisse einzulassen, wenn ein deutlicher und bestimmter Beruf mich dazu verpflichtet. Schon diese Auffassung meiner persönlichen Stellung würde mich zurückhalten: noch mehr aber ist dies der Fall, wenn ich die Zwecke

[1]) Gedruckt bei G. Stüve, Johann Carl Bertram Stüve I, S. 297 ff.

zusammenhalte, welche Sie aufstellen. Sie beabsichtigen eine Umgestaltung der Verfassung Deutschlands und eine bessere Gestaltung unsrer einheimischen Zustände. Diese Ziele wünsche ich auch erreicht zu sehen. Allein ich muß annehmen, daß wir in den Mitteln radikal auseinander gehen und daß also meine Teilnahme an der von Ihnen beabsichtigten Zusammenkunft nur den Zweck haben könnte, entschieden zu Ihnen in Opposition zu treten.

Ich halte nämlich die von Ihnen beabsichtigte Art der Neugestaltung der Verfassung Deutschlands an sich für unausführbar, solange die deutschen Staaten in ihrem jetzigen arealen Bestande bleiben. Um solche durchzuführen, müßte man diese Staaten zuvor gänzlich zertrümmern, und das kann nur die Revolution, welche ich entschieden weder fördern noch irgendwie zur Hilfe nehmen will. Ich halte nach den gemachten Erfahrungen dafür, daß der einzige Erfolg, den die Agitation in Ihrer Richtung ohne vollständige Umwälzung haben könnte, in einer Teilung Deutschlands, etwa an der berufenen Mainlinie, bestehen würde. Diese Teilung, die ich für das Schlimmste von allem halte, hat von 1849 bis 1853 mehr als einmal nahe genug gestanden. Ich halte ferner dafür, daß der Zeitpunkt für eine solche Agitation nicht unglücklicher gewählt werden könnte als im Augenblick einer großen Kriegsgefahr, welche die Eintracht, das einzige praktische Heilmittel für Deutschland, mehr als je nötig macht, während jeglicher Erfolg Ihrer Bestrebungen, ja der bloße Verdacht eines solchen die Eintracht vernichtet, Fürsten und Völker gegeneinander stellt, die Heere in sich auflöst. Ich halte aber auch für die mittleren und kleineren deutschen Staaten nichts so schlimm als Vasallenstaaten zu bilden, denen die Last aufgebürdet wird, ohne sie den Vorteil genießen zu lassen. Das Verhältnis solcher socii ist in aller Geschichte das unglücklichste.

Es würde überflüssig sein und zu weit führen, wenn ich diese Ansichten hier noch näher begründen wollte; nur das kann ich aber nicht umhin hinzuzufügen, daß überhaupt die Verbindung der Umgestaltung Deutschlands mit unsern speziellen Verhältnissen mir keine glückliche scheint. Die heilsame Einwirkung Hannovers auf die deutschen Verhältnisse bedarf allerdings geordneter innerer Zustände. Zu diesen ist nur zu gelangen durch gesündere Wahlen zur Ständeversammlung. Meines Erachtens aber gibt der Regierung nichts so große Mittel zu einer verderblichen Einwirkung auf die Wahlen als jene Art der Agitation in den deutschen Sachen. Hat diese Agitation im Lande Eingang gefunden, so hat dieses lediglich seinen Grund in der gerechten Unzufriedenheit mit den inneren Zuständen. Diese allein ist es, welche jener Agitation Beifall schafft. Wer die letztere als Hauptzweck be-

trachtet, mag sich der ersteren dazu bedienen. Umgekehrt wird schwerlich irgendein Stimmgebender, der sonst für die Regierung wäre oder der Ueberzahl der Indifferenten angehörte, durch diese Agitation bewogen werden, sich gegen dieselbe zu entscheiden. Es ist also die Verbindung mindestens zwecklos, im Falle aber die Regierung sich dieses Mittels geschickt bedient, geradezu zweckwidrig. Nur dann wäre das nicht der Fall, wenn der Plan dahin ginge, die Umgestaltung Deutschlands durch Revolution zu erreichen. Denn für eine solche kann allerdings durch Schärfung der Unzufriedenheit ohne entschiedene Schritte zur Abhilfe der Boden vorbereitet werden. Ich bin aber überzeugt, daß das Ihre Ansicht nicht ist.

Das werden die Hauptgegensätze in unsern Ansichten sein. Ich fühle mich außerstande, davon abzugehen, und so würde mein Erscheinen mir als eine Art Indiskretion vorkommen, dazu ich nach meiner zuerst angedeuteten Grundansicht von meiner Stellung keine Neigung habe. Ich bitte daher, daß Sie meine Ablehnung gütigst entschuldigen wollen, indem ich dieser Meinungsverschiedenheit ungeachtet u. s. w.

*

Unter den Bedenken Stüves gab es eins, das Bennigsen keineswegs fremd war: das war die Sorge vor der Mainlinie, vor einer Beschränkung der preußischen Hegemonie auf Norddeutschland. Bennigsen hat diese Möglichkeit dauernd auf das schärfste bekämpft, und zwar als Deutscher und als Hannoveraner: denn diese Lösung würde nicht nur die deutsche Einheit auf das unheilvollste zerrissen, sondern vor allem auch die Stellung des norddeutschen Mittelstaats Hannover unter der preußischen Zentralgewalt unerträglich gemacht und die von Stüve befürchtete halbe Mediatisierung herbeigeführt haben. Eben darum legte Bennigsen in allen diesen Jahren den höchsten Wert auf den Eintritt Süddeutschlands in den Bundesstaat, da damit das Verhältnis zugunsten eines Gleichgewichts sich wieder verschob, eben darum übte er jede mögliche Rücksicht auf süddeutsche Wünsche, mehr als die preußischen Parteifreunde manchmal zugeben wollten. Seine Haltung in der schleswig-holsteinischen Frage und auch während der Krisis von 1866 ist von diesem Gesichtspunkt dauernd beherrscht. Für den Vorkämpfer der preußischen Hegemonie im außerösterreichischen Deutschland war der Gedanke einer preußischen Hegemonie allein über Norddeutschland — wie er nicht nur bei Napoleon III., sondern auch bei einzelnen Preußen auftauchte — eine Unmöglichkeit.

Bennigsen eröffnete am 8. April die Landesversammlung im Saale der Börse in Hannover durch Verlesen einer Adresse an König Georg,

die um eine Aenderung des Verwaltungssystems und um die Rückkehr zu der Verfassung von 1848 ersuchte. Die wesentlichen Sätze dieser Adresse lauteten:

„Eine Versammlung unabhängiger Männer aus allen Teilen des Landes, welche hier in Hannover zusammengetreten ist, fühlt sich berufen und verpflichtet, vor Ew. Königlichen Majestät in diesen gefahrdrohenden Zeiten ein offenes Zeugnis über die Gefühle, Befürchtungen und Erwartungen des hannoverschen Landes abzulegen.

„Die regelmäßigen Vertreter des Landes sind nicht versammelt, auch sind unter ihnen, welche auf Grund eines den Zuständen unsrer politischen Entwicklung nicht mehr entsprechenden Wahlgesetzes und unter ganz andern Zeitverhältnissen gewählt wurden, so viele abhängige Diener der jetzigen Verwaltung, daß sie die wahre Ansicht der Mehrheit der Bevölkerung schwerlich wiedergeben können.

„Von allen Seiten wachsen die Gefahren für Deutschlands und Hannovers Sicherheit und Existenz ... Das deutsche Volk, ohne Schutz seiner Küsten, ohne eine heute allen selbständigen Nationen unentbehrliche Kriegsflotte, ohne ein nach einheitlichem Plan organisiertes und geleitetes Heer, steht diesen Gefahren schwach und mangelhaft gerüstet gegenüber. Ohne Beispiel in der Geschichte fühlt ein Volk von 40 Millionen, tapfer von Natur und voller Hilfsquellen durch die Arbeiten eines langen Friedens, sich inmitten Europas unsicher und in seiner unabhängigen Existenz bedroht.

„Große Opfer, gewaltige Anstrengungen werden erforderlich sein, diese Gefahren zu überwinden, und wie in den Jahren 1813 bis 1815 wird an die Seite des seinen alten Ruhm immerdar bewahrenden regulären Militärs in kräftigem Aufschwung das deutsche Volk treten müssen, in dessen Mut und Opferfreudigkeit allein Rettung zu finden ist.

„Soll das Volk aber solchen Mut und solche Opferfreudigkeit entwickeln, sollen seine Anstrengungen nicht vergebliche sein, so tut es vor allem not, daß den berechtigten Wünschen und Bedürfnissen desselben in vollem Umfange entsprochen werde. Wohlfühlen muß sich der Deutsche in seiner Heimat, um sie mit Erfolg verteidigen zu können.

„So ist es, mit Schmerz sprechen wir es aus, in unserm Lande nicht. Eine von Ew. Königlichen Majestät Hochseligem Herrn Vater mit den Ständen des Landes auf gesetzlichem Wege vereinbarte Verfassung, unter deren Herrschaft die Wohlfahrt des Königreichs in raschem Emporblühen begriffen war, ist beseitigt durch einen unberechtigten Eingriff des Bundestags, und an die Stelle des alten Verfassungsrechts ist eine Verordnung getreten, welche keine Gewähr für gesicherte Zustände und eine gedeihliche Entwicklung darbietet.

„Fast alle Freiheitsrechte des Landes sind gefallen, die Freiheit der Presse, der Versammlung, ja selbst der Bitte auf das Wesentlichste beeinträchtigt. Ein Ministerium, dem das Vertrauen des Landes völlig fehlt, hat die Einwirkung der Vertreter des Landes auf die Verwaltung des politischen Körpers auf ein äußerstes Maß zurückzuführen gewußt, die früher so blühenden Finanzen des Landes ernstlich gefährdet, die Steuerlast schon jetzt im Frieden erheblich vermehrt, die Selbständigkeit der Städte und Kommunen wesentlich beschränkt und seine Aufgabe überhaupt darin gesucht, in immer größerer Ausdehnung an die Stelle lebendiger Teilnahme des Volks an der Verwaltung von Staat und Gemeinde die vorgeschriebene Tätigkeit öffentlicher Diener zu setzen, welche es durch eine veränderte Gesetzgebung und Praxis fast unbedingt abhängig gemacht hat.

„Dies alles hat im Königreiche eine tiefe und durch alle Kreise verbreitete Mißstimmung hervorgerufen, eine Mißstimmung, welche, in solchem Umfange gefährlich in allen Zeiten, unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen das Heil und die Zukunft unsers Landes im innersten Kern zu zerstören droht.

„Nach unsrer innersten Ueberzeugung gibt es nur einen möglichen Weg heilsamer Umkehr — Beseitigung des jetzigen Verwaltungssystems, Wiederherstellung des alten verfassungsmäßigen Landesrechts.

„Dann, Allergnädigster König und Herr, wird das hannoversche Volk wie in den Tagen der Abschüttelung der Fremdherrschaft alle Opfer willig tragen, allen Gefahren freudig und mutig entgegengehen und nach altem Brauche überall da in vorderster Reihe stehen, wo es gilt, deutsches Recht und deutsche Freiheit zu verteidigen.

„Dies ist unsre freimütige und ehrfurchtsvolle Bitte. Sie ist getan aus innerstem Herzensdrange. Möge Ew. Majestät sie gnädig aufnehmen und betrachten als den Ausdruck der Auffassung und Gefühle unabhängiger Männer, welche, hervorgegangen aus den verschiedensten Schichten der Bevölkerung und aus allen Provinzen des Königreichs, vertraut mit der im Lande herrschenden Stimmung, lediglich durch das Gefühl der Pflichten gegen ihr Land und seinen Herrscher sich gedrungen sehen, in so ernster Zeit ihre Stimmen zu erheben, in der Hoffnung, daß bald den Vertretern des Königreichs Gelegenheit gegeben werde, über die Lage des Vaterlandes sich auszusprechen.

Ew. Königlichen Majestät treugehorsamste

Bennigsen, Präsident;
Adickes, Vizepräsident; Nicol, Vizepräsident;
Werenberg, Schriftführer; Heiliger, Schriftführer
der Versammlung in Hannover vom 8. April 1861."

Nach der Annahme der Adresse referierte Planck über die deutsche Frage in der uns geläufigen Auffassung des Nationalvereins; Miquel, der immer in diesen Jahren der Mann des starken Temperaments und der schärfsten Worte war, fügte hinzu, daß es nicht bloß auf Resolutionen, sondern auf das Handeln, wenn auch nur auf das Handeln mit gesetzlichen Mitteln ankomme: „Ehe wir an dem Erfolg der gesetzlichen Mittel verzweifeln, müssen wir mit nachhaltiger Kraft sie gebrauchen; schlägt dann ohne unsre Schuld der Versuch fehl, scheitert derselbe, ... dann ... findet sich das andre." Weber-Stade behandelte darauf die schleswig-holsteinische Angelegenheit, Miquel die kurhessische Verfassungsfrage, Albrecht die Stellung der Presse zur Verwaltung. Während dann Schläger die hannoverschen Preßverhältnisse beleuchtete, löste der aufsichtführende Polizeibeamte die Versammlung auf. Mit einem dreifachen Hoch auf Deutschland verließen die Teilnehmer den Saal. Bei dem folgenden gemeinsamen Essen mahnte Bennigsen zu zäher Ausdauer des deutschen Volksgeistes.

Der Eindruck der Versammlung in Hannover war im Lande und draußen bei den Freunden nicht gering.[1] Freilich es blieb doch bei dieser Augenblickswirkung. König Georg lehnte ab, die Adresse in Empfang zu nehmen. Gleich im ersten Augenblick hatte Bennigsens Freund Gröning[2] gefragt: „Was nun, welcher Schritt soll auf diesen ersten folgen? Wird sich die Sache nicht als zweischneidiges Schwert ausgeben lassen, d. h. als Triumph des Ministeriums, wenn es Euch ohne ein Wort der Antwort auf längere Zeit los wird, während der König sich faktisch, durch konkludente Handlungen, sich sehr entschieden ablehnend verhält und sich für Eure Gegner entscheidet?" Freilich der zweite Schritt, zu dem er riet, damit die Liberalen unbestritten in der öffentlichen Meinung als Sieger daständen, sollte auch nur eine zweite, noch großartigere Versammlung sein, nötigenfalls außer Landes, um den Willen der Bevölkerung kundzutun und die Antwort des Königs zu befördern. Aber wenn dieses

[1] Reyscher an Bennigsen, 12. April 1861: „Es war ein guter Gedanke, die Männer aus den verschiedenen Landesteilen gleichsam an den Stufen des Thrones zu versammeln. Auf Unkenntnis der Landesbeschwerden kann dieser sich nun nicht mehr berufen. Aus dem Benehmen der Polizei, welche erst einschritt, als eigentlich alles vorüber, war ich versucht zu schließen, daß Sie mit ihr im Bunde; denn besser könnte es jene doch nicht angreifen, um Ihrer Versammlung ein weiteres Relief zu geben." — Lammers an Bennigsen, 12. April 1861: „... Den Ausfall der hannoverschen Versammlung habe ich mit meinem gewöhnlichen Sanguinismus, wie Sie sagen, vorhergesehen, was nicht hindert, daß ich aufs freudigste davon bewegt worden bin. Zögen Sie die Stüvesche Partei herein, so wäre der Triumph noch größer, namentlich nach außen hin."

[2] Gröning an Bennigsen, 12. April 1861.

zweite, stärkere Drängen gleichfalls ohne Erfolg blieb? Dann war man so weit wie zuvor und die größere Kraftanstrengung noch mehr dazu angetan, wirkungslos zu verpuffen. Die Grenzen der politischen Wirkungskraft der Partei, solange sie sich nicht in den Neuwahlen die Mehrheit im Landtage erobert hatte, ließen sich nicht verkennen. Im Moment mochte die ganze Aktion bei dem selbstbewußten Könige sogar die umgekehrte Wirkung haben: nämlich Vorries, der sowohl im März wie im April bei dem Könige um seine Entlassung einkam, in seiner Stellung zu befestigen. Um so mehr suchte Bennigsen durch Verhandlung mit den Altliberalen den künftigen Gewinn der Landtagsmehrheit vorzubereiten.

Das folgende Schreiben zeigt, wie wenig doktrinär er über die Herbeiführung seiner politischen Ziele dachte und wie weit das, was er erstrebte, von den Befürchtungen Stüves entfernt war.

Bennigsen an Böhmert.

Bennigsen, 21. April 1861.

Einstweilen geben wir den Beschlüssen vom 8. April durch Zeitungen und Separatabdrücke die möglichste Verbreitung auch in den abgelegenen Teilen des Landes. Weitere öffentliche Schritte habe ich noch bis nächste Woche sistiert mit Rücksicht auf die noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen mit den Altliberalen.

Ueber Herrn von Gablenz[1]) bemerke ich folgendes: Dieser Herr, früher im Königreich Sachsen angesessen und Kammermitglied, jetzt bei Liegnitz in Schlesien begütert, mir bis dahin unbekannt, hat auf eine schriftliche Anfrage seinerseits am 9. April in Hannover eine mehrstündige Besprechung mit mir gehabt über seine Pläne hinsichtlich der Umgestaltung des Zollvereins. Seine Broschüre, als Anlage zum Antrag an den Handelstag, habe ich in großer Eile damals im Manuskript gelesen. Nach seinen Aeußerungen hat er gute Verbindungen in Sachsen, Preußen, Berlin in konservativen und konservativ-liberalen Kreisen. Er nannte zum Beispiel Carlowitz und ähnliche. Davon, mich direkt in die Sache hineinzuziehen, mußte er bald absehen. Die Begründung seiner Anträge verurteilt indirekt die Bestrebungen des Nationalvereins als ideologische, auf Unmögliches gerichtete. Auch mußte er anerkennen, daß je technischer sein Plan gehalten, je mehr er sich lediglich an die allgemein anerkannten Mängel des Zollvereins anschließe und von dem politischen Parteiwesen möglichst absehe, desto mehr Erfolg auch bei

[1]) Baron Anton von Gablenz, Bruder des österreichischen Generals, bekannt durch den Vermittlungsversuch, den er in letzter Stunde vor dem Ausbruch des Krieges von 1866 unternahm.

Leuten zu erwarten sei, die mir und den Nationalen gegenüber sich feindlich oder indifferent verhalten. Ich habe ihm aber mitgeteilt, daß ähnliche Projekte, wie er sie habe, neuerdings auch von andrer Seite aufgestellt seien (von Sänger in Berlin, dem Freihandelsverein in Hamburg durch Hargraves), und daß das Wesentliche dieser und seiner Pläne unter Umständen und bei richtiger Behandlung wohl neben unsern politischen Bestrebungen hergehen könne ohne gegenseitige Durchkreuzung. Ich habe ihm daher unter Angabe Ihrer Adresse, der von Lammers, Hargraves, Michaelis geraten, sich außer mit einflußreichen Politikern und Kammermitgliedern in Berlin, wie er bereits vorhatte, schleunigst auch mit diesen Herrn in Kommunikation zu setzen und dann auf dem Handelstage in Heidelberg persönlich für die Sache weiter zu wirken.

Meine Ansicht ist dabei folgende: Preußen kann, wenn es überhaupt Hand an die politische Reform Deutschlands legen will, zwei Ausgangspunkte nehmen: 1. die politischen Ideen von 1848, jetzt des Nationalvereins, 2. seine Stellung im Zollverein und die vorhandenen Bedürfnisse des Zollvereins. Beide Wege haben Aussicht auf Erfolg, auch der letzte durch einen Umweg Aussicht, das Hauptziel zu erreichen. Die Wahl hängt von der Gunst der Lage und von der Individualität der preußischen Staatsmänner ab, vorausgesetzt, daß überhaupt die Politik der freien Hand es zu einem Entschluß und zum Betreten eines dieser Wege kommen läßt. Ich halte den ersten Weg für den richtigen, obgleich er große Konflikte in Aussicht stellt und für die entscheidenden Momente bedeutende Persönlichkeiten an erster Stelle erfordert. Personen geringeren Kalibers werden aber auch die Entschlossenheit und das Geschick nicht haben, mit Hilfe des Zollvereins vorwärts zu kommen. Ich bin auch der Meinung, daß die europäischen Verhältnisse *vor* Ablauf der jetzigen Zollverträge eine Umgestaltung Deutschlands so wie so mit sich führen werden. Darin kann man sich aber täuschen. Zufällige Ereignisse, Todesfälle u. s. w., können die Entscheidung abermals auf Jahre verschieben und es ratsam erscheinen lassen, sich einstweilen darauf zu beschränken, den Zollverein in einer Weise umzugestalten, daß er als Symbol und späterer Ausgangspunkt für die politische Totalreform dient.

Unsre politische Nationalpartei kann sich natürlich — in diesem Augenblick wenigstens — in ihren Forderungen nicht beschränken. Sie kann einen aus den Kreisen des Handels und der Industrie hervorgehenden ernsthaften Versuch der Umgestaltung des Zollvereins immer nur aus dem Gesichtspunkte einer *Abschlagszahlung* oder einer *Vorbereitung* ansehen. Ein solches Unternehmen braucht aber von

uns nicht angegriffen und kann unter Umständen sogar von uns unterstützt werden. Es verdient jedenfalls die größte Beachtung, da es den Einheitsgedanken fördern, ihn auf einzelnen Gebieten zum Durchbruch bringen wird und im weiteren Verlaufe politischen Samen jedenfalls in solchen Kreisen ausstreuen wird, welche sich mehr an das Nächstliegende, Praktische zu halten pflegen und für die politisch-nationale Bewegung bislang noch nicht zugänglich waren. Es hat dabei dieser Plan angesichts der Angstmenschen in Berlin den Vorteil, daß hier für die preußischen Minister ein Boden gegeben ist, wo sie in wenigen Jahren handeln müssen, weil sie den Zollverein weder aufgeben noch füglich in der jetzigen Gestalt beibehalten können.

Wenn wir Politik mit Erfolg treiben wollen, müssen wir immer mehrere Möglichkeiten im Auge haben. Diejenige, welche ich für die erwünschteste und noch immer für die wahrscheinlichere halte, besteht darin, daß durch die weitere Entwicklung der europäischen Politik Preußen im eignen Interesse gezwungen wird, die nationale Fahne zu entfalten und seine unfähigen, feigen Minister mit einem kräftigeren Schlage von Männern zu vertauschen. Wir wollen aber nicht vergessen, daß die Voraussetzungen für diese Ereignisse zum bei weitem größten Teil von unserm Wollen und Handeln ganz unabhängig sind, und wollen daher diejenigen nicht stören, welche mit schon vorhandener Organisation auf langsamerem Wege einer friedlichen inneren Entwicklung vorwärts arbeiten und bei richtigem Verfahren gegenüber unsern politischen Freunden unsre Endziele für eine spätere Zeit sich offen halten und gegenüber unsern politischen Gegnern dieselben Ziele als Schreckmittel zur Erreichung ihrer mäßigeren Ansprüche benutzen können.

Bennigsen an Reyscher.

Bennigsen, 8. Mai 1861.

Ich habe diese Zeit ziemlich viel in den hannoverschen Angelegenheiten zu tun gehabt. Auch hier wird ein äußerer Erfolg schwerlich in Bälde erreicht werden. Die Dinge in Preußen und Europa sind nicht danach angetan, unserm Hofe Besorgnisse einzuflößen, wenigstens nicht so starke, um in den sauern Apfel eines Systemwechsels zu beißen. Andre Gründe und Motive werden nicht wirken. Dagegen hat die jetzige Agitation den großen Vorteil und insoweit Erfolg, daß sie Teilnahme und Mut für das öffentliche Leben in unserm Königreiche neu belebt und einen guten Boden für die nächsten Kammerwahlen geschaffen hat. Durch Nachgiebigkeit in mehr untergeordneten Punkten ist es mir nach einiger Anstrengung auch gelungen, mich mit den Altliberalen über die

hannoverschen Dinge so ziemlich zu verständigen.[1]) Stüve war weit hartnäckiger als Partikularist und Pessimist, als ich geglaubt hatte — und als seine Ministerkollegen es sind. Die unfähige neueste Wirtschaft in Berlin hatte freilich seine Abneigung gegen die preußische Bureaukratie und gegen das gesamte preußische Wesen sehr bestärkt. Zum Glück ist die Stimmung in der Stadt Osnabrück entschieden national und für preußische Zentralgewalt, so daß es mir, nachdem eine Konferenz der Märzminister mit Stüve resultatlos geblieben war, doch noch gelang, in einer längeren Konferenz, welche ich vor zehn Tagen in Osnabrück mit ihm hatte, über gemeinsame Schritte gegen unsre hannoversche Korruptionswirtschaft mich mit ihm zu verständigen, indem er die allgemeinen deutschen Dinge, die er ganz schwarz ansieht, der weiteren Entwicklung überläßt, da er hierfür gar kein positives Programm mehr hat. Für die ältere Generation in unserm Lande und für die Magistrate ist es von unberechenbarer Wirkung, wenn Stüve öffentlich gegen unser Regime auftritt.

Eine staatsrechtliche Abhandlung über die Ungültigkeit unsrer Verfassungszustände, welche in den nächsten Wochen im Buchhandel erscheint, wird Sie als Staatsrechtskenner interessieren, da sie die ganze Stellung der Bundesversammlung zu den Verfassungskämpfen der Einzelstaaten einer gründlichen Prüfung unterzieht.

Inzwischen war die schleswig-holsteinische Frage wieder in Bewegung gekommen. Die Exekution, die der Bund am 8. März 1860 aufgeschoben hatte, wurde bei der dauernd vertragswidrigen Haltung Dänemarks wieder ernstlicher ins Auge gefaßt. Eine Ausschußerklärung des Nationalvereins vom 12. Januar 1861 forderte, daß diese Exekution nicht auf Holstein beschränkt, sondern auf Schleswig ausgedehnt werde: „Einen Krieg, wenn er zur Wiederherstellung und Sicherung der Rechte Schleswig-Holsteins notwendig werden sollte, wird das ganze deutsche Volk nicht scheuen. Hier gilt es eine Angelegenheit, in welcher Preußen seinen Beruf zur Führung Deutschlands betätigen und bewähren muß. Sollen aber entschiedene Erfolge erreicht werden, so muß Preußen in die Lage versetzt sein, über die gesamten militärischen Kräfte Deutschlands frei verfügen zu können." Die Möglichkeit eines

[1]) Möglicherweise gehört in diese Verhandlungen ein Blatt in Bennigsens Papieren von seiner eignen Hand, mit der Ueberschrift: „Notizen zur Wiederherstellung des Rechtszustandes in Hannover"; sie enthalten ein Verzeichnis der für den Fall einer Aufhebung der Verordnungen von 1855 nötigen gesetzgeberischen Vorlagen.

Krieges führte nicht nur zu der Notwendigkeit der preußischen Führung, sondern erweckte von neuem die Sorge, ob man für einen solchen Krieg genügend gerüstet sei, am Rhein sowohl — für den Fall, daß Frankreich sich einmischen würde — als auch besonders zur See gegen Dänemark, wenn man nicht die demütigenden Erfahrungen früherer Jahre noch einmal durchkosten wollte. Somit zog die schleswig-holsteinische Frage sofort die Konsequenzen: Küstenbefestigung und Kriegsflotte nach sich — beide wurden von der Propaganda des Nationalvereins mit Eifer ergriffen. Jeder praktische Schritt vorwärts konnte nur im Zusammenhange der gesamten deutschen Verfassungsfrage getan werden. Immer wieder stand man vor der Quadratur des Zirkels. Auch hier kam es darauf an, dem Volke zu zeigen, daß die für den einzelnen Staat unerschwingliche Flotte nur von der Gesamtheit, und da der Bund so schmählich versagte, unter Preußens Führung durch selbsttätige Mitwirkung der am nächsten beteiligten Küstenstaaten geschaffen werden könnte.

Bennigsen hatte schon im Januar 1860 die hannoversche Regierung im Landtage scharf angegriffen, daß sie sich nicht an der Beratung einer gemeinsamen Küstenverteidigung beteilige, zu der die Hansestädte, Oldenburg, Mecklenburg mit Preußen in Berlin zusammengetreten seien: er halte es für eine schwere Verantwortung, die einzelne deutsche Regierungen dadurch auf sich lüden, daß sie schroff an dem festhielten, was zum Schaden von ganz Deutschland seit 1648 an der Souveränität für den einzelnen gewonnen sei;[1]) man müsse den Schutz der Küsten nicht als hannoversches Haus- und Familieninstitut, sondern als eine Bundessache behandeln, und wenn das letztere nicht zu erreichen stehe, sei wenigstens mit den benachbarten Küstenstaaten eine Vereinigung zu diesem Zwecke zu erstreben.[2]) Auch jetzt ging sein Vorschlag dahin, die Küstenstaaten Hamburg, Bremen und Oldenburg — an Hannovers Mitwirkung war zunächst nicht zu denken — müßten selbständig mit der Errichtung einer Kanonenbootsflottille vorgehen und sie dann unter Führung Preußens stellen. Der Gedanke, daß dieser Weg der freien staatlichen Vereinbarung etwa ersetzt werden könnte durch Mitwirkung privater Sammlungen, lag ihm ursprünglich gänzlich fern.

Lammers an Bennigsen.

Bremen, 13. Februar 1861.

Meier bestätigte mir, daß Duckwitz in Berlin Frieden geblasen habe. Er selbst denkt nicht so; er ist zufrieden mit allem, was ich im

[1]) 11. Januar 1860.
[2]) 14. Februar 1860.

„Handelsblatt" und in der „Weserzeitung" geschrieben habe, fürchtet aber sehr Blamage wie die von Malmö, wenn nicht für die Flotte Ernstliches geschieht. Ich suchte ihn zur Aufbietung seines persönlichen Einflusses in Berlin zu bestimmen, und er versprach auch, im Anfang März ... bei Patow, Duncker und womöglich auch beim Prinzen Adalbert im Sinne seiner Idee, hundert Dampfkanonenboote in Jahresfrist, zu wirken. Ich meine, dies wird als die Stimme eines hanseatischen Kaufmanns von bester Wirkung sein, zumal die Gedanken sich begegnen ... Sollten Sie von Koburg aus nicht eine solche Anregung ausgehen lassen können? In dem Sinne ungefähr, daß jede Auffassung der Tagesfrage zu dem Wunsche führe, man möchte eine Flotte haben, und daß bei des Bundestags Unfähigkeit und Preußens Willenlosigkeit die öffentliche Meinung durch ihre Organe auch diese Sache betreiben müsse, bis die nächstbeteiligten Regierungen Hand ans Werk legen?

Francke an Bennigsen.

22. März 1861.

Die Möglichkeit, daß aus der Bundesexekution in Holstein ein Krieg mit Dänemark sich entwickeln werde, liegt nahe. In Berlin wird daher gewünscht, daß die praktische Seite der Sache erfaßt werde, wie sie jetzt liegt; daß der Nationalverein zu einer großen Flottenbewegung, zum Beispiel auch durch Einsammlung von Geldbeiträgen, sich bestimmen lasse. Für diese Beiträge müßten nach preußischem Muster Kanonenboote gebaut und diese der preußischen Regierung zur Verfügung gestellt werden. Es scheint rätlich, das Flottenprojekt von der Küstenbefestigungsfrage, die sich jahrelang herumschleppt, zu trennen und die Bildung eines Flottenverbandes der Küstenstaaten schleunig in die Hand zu nehmen. Dazu würde gehören, daß Preußen das Bundeskontingent für die Hansestädte zu stellen übernehme, diese aber dafür etwa dreißig große Kanonenboote sofort bauen, ausrüsten ließen und bemannten, natürlich unter preußischem Kommando.[1]) Hannover müßte eine etwas bevorzugte Stellung für die Nordseedivision erhalten. Ein Schraubendampfkanonenboot, welches drei Geschütze großen Kalibers trägt, kostet nur 50000 Taler und ist in zwei Monaten herzustellen.

---

[1]) Vgl. Haym, Duncker S. 243: „Duncker erfreute sich der Zustimmung des Herrn von Roon, als er in einer Denkschrift ausführte, daß Preußen nach Analogie des Zollvereins auf die Gründung eines Flottenvereins bedacht sein müsse, für den zunächst wenigstens Oldenburg und die Hansastädte zu gewinnen wären."

Reyscher an Bennigsen.

Cannstatt, 31. März 1861.

Die Zeit drängt, aber der Nationalverein läßt sich nicht drängen. Nichts ist wahrscheinlicher, als daß wir Krieg haben werden: der König von Preußen spricht bei jeder Gelegenheit davon; aber in der Lage, einen Krieg zu führen, sind wir eben nicht. Die Frage von der Kriegsverfassung, Küstenbefestigung, Festungsbesatzung,[1]) Sicherung des Oberrheins! alles unerledigt. Der Nationalverein schweigt; wir haben Ferien wie der Bundestag. Unser Programm liegt ja in den Koburger Protokollen, und zugunsten von Schleswig hat der Ausschuß in seiner letzten Sitzung auch wieder eine seiner Erklärungen abgegeben. Meinen dringenden Antrag, in betreff der Kriegsverfassung u. s. w. eine klare Darstellung des Standes der Sache nebst Konklusionen ergehen zu lassen, hat der Ausschuß, wie es scheint, ignoriert.

Von Berlin und aus meinen hiesigen Kreisen weiß ich, wie sehr endlich die Kriegsfrage den Leuten näherrückt: wie sollten dem Nationalverein die schwachen Seiten unsrer Verteidigungsanstalten entgehen können! Man schreibt mir soeben wieder von zwei verschiedenen Seiten, wie sehr man von dem Nationalverein erwartet, daß er in dieser praktischen Richtung etwas tut. Es gilt, die Kraft der öffentlichen Meinung an einem speziellen Punkte einzuhegen, der Aussicht darböte, einen patriotischen Gedanken zu verwirklichen, und dadurch den Beweis lieferte, wie viel durch einmütiges Zusammenwirken und Losarbeiten auf ein handgreifliches Ziel zu erreichen sei. Ein solcher Gedanke wäre die Befestigung der offenen süddeutschen Grenze, wie es die Küstenbefestigung im Norden ist. Außerdem würde die Heeresorganisation und die Bundesfestungssache zu besprechen sein.

Ich trage nun förmlich darauf an, daß eine Ausschußsitzung, und zwar demnächst, solange es noch Zeit ist und ehe die württembergischen Stände wieder zusammentreten, berufen werde, eigens um über die Bundeskriegsverfassung und die militärischen Verteidigungsanstalten Deutschlands sich zu besprechen.

Bennigsen an Reyscher.

Bennigsen, 3. April 1861.

Daß die an allen Enden mangelnde Kriegsvorbereitung den wesentlichen Teil unsrer nächsten Ausschußverhandlungen bilden muß, halte ich für selbstverständlich. Als wir im Januar zusammen waren, war

[1]) Oesterreich hatte die deutsch-österreichischen Truppen in den Bundesfestungen durch italienische und ungarische Bataillone ersetzt, vgl. Reyschers Artikel in der „Wochenschrift des Nationalvereins" vom 2. November 1860.

es uns vor allem darum zu tun, der preußischen, namentlich Berliner Auffassung entgegenzutreten, welche überall keinen Krieg wollte und besonders die schleswig-holsteinische Affäre aus Furcht vor einer reaktionären Politik ihres Gouvernements am liebsten ignoriert hätte. Freilich wurde sie dabei von einzelnen namhaften schleswig-holsteinischen Emigrierten unterstützt. Wenn der Ausschuß die Kriegsrüstungen behandeln will, muß die Sache einzeln vorbereitet werden, und würde es sehr erwünscht sein, wenn Sie dabei mit Vorschlägen und Ausarbeitungen im Vorstande und später im Ausschusse behilflich sind. Ich sehe übrigens die Sache viel ungünstiger an als Sie, indem ich nicht glaube, daß irgendwelche allgemeine Maßregeln, weder durch Preußen noch durch den Bundestag, noch durch den Nationalverein oder die Presse, rechtzeitig zustande kommen werden. Ich sehe die einzige Hilfe darin, daß die zunächst bedrohten Staaten, sei es einzeln, sei es mit ihren Nachbarn, die Initiative ergreifen und mit Ausführung vorgehen in dem, was ihnen nach geographischer Lage und lokalem Verkehr oder politischen Interessen das dringendste erscheint. Das heißt zum Beispiel, Hannover, Hansestädte, Oldenburg befestigen auf eigene Kosten ohne Rücksicht auf Bundesbeschlüsse, welche doch nicht erfolgen, Ems, Weser und Elbe und kaufen oder bauen schleunigst so viel flachgehende Kanonenboote, als zum Schutze dieser Ströme nötig sind, und so viel etwas tiefergehende, als ausreichend sind, eine dänische Blockade zu hindern. Ebenso vereinigen sich Baden, Württemberg und Bayern — oder diese Länder gehen darin einzeln vor — zur Befestigung des Schwarzwalds und Oberrheins, zur Konvention über gemeinsame Feldlager und Kommandos u. s. w. Das einzige, was möglicherweise vom Bundestage zu erreichen ist, wird in der gehörigen Verproviantierung, Armierung und Besetzung der vorhandenen Bundesfestungen bestehen.

Da die augenblickliche Gefahr für den Süden weit intensiver ist, als für die wesentlich nur von Dänemark bedrohte Nordwestküste, und die Besorgnis und Aufregung im Süden dringend einen Versuch erheischt, in diesen Gegenden die Hoffnungen aufzurichten und irgendwelche praktische Ziele der politischen Tätigkeit zu geben, so trete ich Ihrer Ansicht bei, daß diese nächste Ausschußsitzung im Süden gehalten werde.

Reyscher an Bennigsen.

Cannstatt, 12. April 1861.

Ich werde einstweilen eine Flugschrift[1]) ausarbeiten, worin in populärer Weise der Zustand unsrer Kriegsverfassung dargelegt wird. Die

[1]) Diese Flugschrift „Die Bundeskriegsverfassung" wurde auf Beschluß der Ausschußsitzung in Frankfurt vom 18./19. Mai 1861 als Flugblatt des Nationalvereins in 15000 Exemplaren verbreitet.

Richtung ist die, unserm Programm eine weitere Grundlage zu geben durch die Ueberzeugung, daß mit der gegenwärtigen Kriegsverfassung kein Krieg zu führen sei. Eine Auseinandersetzung, wie jene beschaffen, ist bis jetzt von uns nicht gegeben worden, weder in unsern Resolutionen noch in der Zeitschrift. Ich habe unlängst Mohl gegenüber in der Kammer unsre deutsche Misere in Kriegssachen auseinandergesetzt und nicht ohne Erfolg. Mohl selbst mußte zugeben, daß er die Sache nicht gekannt hätte.

*

Besonders in bremischen Kreisen wurde der Gedanke einer deutschen Flotte mit Eifer ergriffen. Ehmck, der neue Vorsitzende des dortigen Nationalvereins, wandte sich, um die Stimmung der Berliner Kreise zu erforschen, mit dem Plane einer von Bremen und andern Nordseestaaten im Vereine mit Preußen zu schaffenden Flotte an Droysen. Dessen Antwort lautete sehr günstig. „Droysen hatte," so schrieb Ehmck, „mit einem Herrn, ‚der täglich beim Könige aus und ein gehe, aber nicht Schleinitz sei', darüber gesprochen und daraus die Ueberzeugung entnommen, daß der König selbst leicht für die Sache zu interessieren sei. Er riet dann ferner folgendes Verfahren an, um bei einem entschiedenen Vorgehen Bremens und Hamburgs, das durchaus zu wünschen sei, am sichersten zum Ziele zu kommen. Bremen müsse möglichst bald in offizielle und direkte Verhandlung mit dem Könige treten. Deshalb sei die Sache nicht durch die hanseatische Gesandtschaft zu betreiben, sondern Duckwitz möge ein vertrauliches Schreiben an den König richten, darin die Wichtigkeit und Dringlichkeit der Angelegenheit darstellen und um die Erlaubnis bitten, daß Bremen einen Spezialbevollmächtigten schicke, welcher zu einem Immediatvortrage bei dem Könige zugelassen werde. Zu diesem Bevollmächtigten müsse man Gildemeister wählen, dieser müsse dann mit allem Material über die Sache gehörig ausgerüstet werden. Der König und der Kronprinz würden dann leicht für die Sache zu gewinnen und dann der Abschluß eines zweckdienlichen Vertrages nicht schwer sein ... Droysen sagte ferner, er hoffe in den nächsten Tagen nach Hamburg gehen zu können und wolle dort Aegidi und durch diesen die dortigen einflußreichen Kreise bearbeiten. Außerdem hatte Droysen noch gewarnt, die Sache nicht zu viel durch große Versammlungen, den Nationalverein u. s. w. zu früh zu betreiben, teils damit sie nicht in ein verkehrtes Geleis komme, teils um den Gegnern nicht Gelegenheit zu geben, den König mißtrauisch zu machen." [1])

[1]) Ehmck an Lammers, 8. April 1861. Lammers, der (12. April) das Schreiben Bennigsen sandte, bemerkte zu der letzten Wendung ärgerlich: „Der

Ernsthafte Bedenken gegen die geplante Zusammensetzung der Flotte wurden jedoch von den bremischen Praktikern geäußert. Sie wußten, daß die eigentlichen Nachteile des Seekrieges nicht in der Gefährdung der wenig exponierten Häfen beruhe, sondern in seiner lähmenden Wirkung auf den Handel, in der Einsperrung der draußen befindlichen Schiffe in neutrale Häfen und in ihrer Wegnahme auf offener See: um das alles zu verhindern, genüge eine Kanonenbootflotte nicht. So urteilte der Bürgermeister Arnold Duckwitz,[1]) ein in See- und Handelsdingen erfahrener Kaufmann, der im Reichsministerium von 1848/49 das Handelsministerium und die Marineangelegenheiten geleitet, insbesondere die erste deutsche Kriegsmarine traurigen Angedenkens organisiert hatte. Auf eine durch Gröning vermittelte Anfrage Bennigsens[2]) antwortete er: „Ich halte die ganze Idee, solange sie eine für sich alleinstehende ist, für eine verfehlte und zwecklose. Sie ist ebensosehr eine Feindin des Guten, als sie es 1848/49 war, und wurzelt lediglich in der Berliner Marinekommission." Er setzte auseinander, daß man für den Ernstfall einer Flotte von fünf bis sechs Dampffregatten bedürfe, die auf die feindlichen Streifer Jagd machten; schon 1848 seien die Kanonenboote nur aus Rücksicht auf die preußische Marinekommission angeschafft worden; wie wolle man denn ein Offiziers- und Unteroffizierskorps für solche kleinen Schiffe bekommen? „Wir müssen erst eine zentrale Gewalt haben, mit der etwas zu machen ist, gleichviel wie sie aussieht, unter deren Auspizien die Sache angefaßt werden kann, und muß dann, wenn man auch klein anfangen will, nicht mit Kanonenbooten, sondern mit Dampffregatten begonnen werden. Die Anschaffung der Schiffe ist das wenigste, sie kosten Geld; hat man das, so sind sie schon zu bekommen, die Schwierigkeit steckt in demjenigen, was man nicht für Geld haben kann, nämlich in den Menschen."

Bennigsen an Reyscher.

Bennigsen, 8. Mai 1861.

Ueber die Maßregeln in Süddeutschland zur militärischen Verteidigung gegen Frankreich werden Sie hoffentlich bessere Nachrichten mitbringen, als wir vom Norden über die Flottenrüstungen. Hier

Altgothaer Droysen wird Sie auch nicht allzu froh anmuten, der erst mit dem Könige und allen Junkern über den Nationalverein spöttelt, daß er so gar ideologisch und unpraktisch sei, um dann, wenn unser Verein einmal einen kleinen praktischen Anlauf nimmt, ihn mit erzürntem Geschrei über den Vorwitz, der nur störe und geniere, zurückzutreiben."

[1]) Vgl. über Duckwitz seine „Denkwürdigkeiten aus meinem öffentlichen Leben 1841—1866" (Bremen 1877).

[2]) Duckwitz an Gröning, 12. April 1861.

wird nichts geschehen, bis daß es zu spät sein wird. Von Preußen ist trotz Anregung und Unterhandlung von bremischer Seite nichts zu erlangen als wohlfeile Redensarten. Initiative ist bei der preußischen Regierung in dieser Frage so wenig als sonstwo. In Bremen ist man dazu sehr uneinig, fürchtet sich vor hannoverschen Uebergriffen[1]) und zu großer Last in Friedenszeiten. Von Potsdam (Stadtrat Jacobs)[2]) hatte ich vor einiger Zeit eine Aufforderung, eine große Sammlung von 4 Millionen Talern in ganz Deutschland mit in die Hand zu nehmen, für welche Summe Kanonenboote und Kriegsschiffe gekauft oder gebaut werden und der preußischen Regierung geschenkt werden möchten! Ich habe dem wohlmeinenden Herrn sehr deutlich meine Meinung geschrieben über die preußische auswärtige Politik und Marinebehandlung und über den Unsinn, auf solche Summen, ganz abgesehen von dem mangelnden Vertrauen zu Herrn von Schleinitz und Konsorten, durch freiwillige Beiträge sich Hoffnung zu machen.

Th. Lehmann an Bennigsen.

Kiel, 15. Mai 1861.

Ob Dänemark, wenn die Exekution eintritt, den Krieg erklären wird, halte ich für sehr zweifelhaft, die Rüstungen desselben haben wenigstens nicht den großartigen Umfang, welchen die Zeitungen ihnen geben ... Wenn Dänemark nicht den Krieg erklärt, so wird es entweder Schleswig formell inkorporieren oder eine abwartende Stellung einnehmen. Auf die deutschen Forderungen geht es nicht ein, wenn nicht auf jede Einwirkung auf Schleswig verzichtet wird. Wenn es Schleswig inkorporiert, so hebt es damit das Uebereinkommen von 1852, das materiell nie von seiner Seite durchgeführt ist, auch formell auf, und Wiederaufnahme des damals unterbrochenen Kriegs von deutscher

[1]) Dafür charakteristisch der Brief von O. Gildemeister an Lammers, 10. April 1861: „Aber ich weiß nicht, was ich für schlimmer ansehen möchte, als eine solche Ausdehnung der hannoverschen Militärgewalt über unsre Ströme und unser Litorale. Wir wissen in Bremerhaven ein Lied davon zu singen, was es heißt, die Handels- und Schiffahrtsinteressen von den ‚strategischen Rücksichten' eines bornierten mittelstaatlichen Kriegsministeriums beeinflußt zu sehen. In Friedensjahren eine von Hannover kommandierte Seewehr auf der Weser zu haben, wäre schlimmer als die Dänen im Kriege vor der Weser. Hannover will vor allen Dingen die preußische und in zweiter Linie die Bundesgewalt von der Nordseeküste fern halten. Die Mittelstaaten sind der wahre Fluch Deutschlands, und man sollte nichts befördern, was ihre Lebensfähigkeit künstlich verlängert ... ich sehe nur einen Weg, um herauszukommen, den Weg der militärischen Mediatisierung der Mittelstaaten. Eine Reformation an den Gliedern ist unmöglich, sie muß am Haupte vollzogen werden."

[2]) Stadtrat Jacobs an Bennigsen, 24. April 1861.

Seite ist die unausbleibliche Folge. Auch wenn es einfach abwartet, wenn sich zeigt, daß der Exekutionsdruck den Erfolg nicht hat, die Befolgung der Bundesbeschlüsse durchzusetzen, können die deutschen Regierungen bei der Besetzung Holsteins nicht lange stehenbleiben, weil damit, wenn sie dauernd würde, Schleswig faktisch aufgegeben würde. Das einzige Zwangsmittel, das übrigbleibt, ist der Krieg. Aber daß der Krieg auf die Exekution folgen wird, wenn Deutschland keinen Rückschritt machen will, steht in sicherer Aussicht. Und dafür ist die erste dringendste Vorbereitung der Schutz der Küsten. Einer solchen Aufgabe, die eine rasche organisierende Tätigkeit fordert, ist Deutschland in seiner gegenwärtigen Verfassung nicht gewachsen. Für die einzelnen beteiligten Küstenstaaten aber ist es Pflicht der Selbsterhaltung, dafür zu sorgen, daß diese Aufgabe rasch gelöst wird. Die allerpartikulärsten Interessen kommen hier dem großen nationalen Zwecke entgegen und geben einer Agitation für diesen Zweck entschieden Aussicht auf Erfolg. Preußen ist nicht ganz ohne Schutz, wenn auch seine Kanonenboote kaum zahlreich genug sind; Hamburg, Bremen, Hannover sind es aber. Und das ist bei dem möglichen nahen Bevorstehen des Krieges keine Sache, die den Gang langsamer, auf Jahrzehnte berechneter Erwägung verträgt, sondern die raschen Zugreifens bedarf.

Bennigsen an Ehmck.

Bennigsen, 13. Mai 1861.

Das von Ihnen beabsichtigte Verfahren halte ich für das einzig mögliche. Preußen wird in der Sache schwerlich die Initiative ergreifen, unter Umständen aber doch bestimmte Schritte, welche von den Hansestädten und Oldenburg in Gemeinschaft geschehen und welche es bis zum Anfang der Ausführung, also zu einer Art fait accompli bringen, gutheißen und weiterfördern. Freilich müssen die Regierungen dieser Staaten — angeregt durch eine lebhafte Agitation — die Sache in die Hand nehmen.[1]) Sammlungen von Geldmitteln bei Privatleuten, der Bau oder Ankauf von Schiffen durch Vereine würden immer nicht bloß an der politischen Unreife in Deutschland, sondern auch an der Höhe der erforderlichen Summen ein natürliches Hindernis finden. Die im Staate organisierte finanzielle und politische Kraft ist hier, wo es sich um so großartige und ganz neue Unternehmungen

[1]) So riet Bennigsen auch einer am 9. Juni in Oldenburg stattfindenden großen Versammlung: die meistbeteiligten Uferstaaten Hamburg, Bremen und Oldenburg müßten selbständig und auf eigne Rechnung den Anfang mit Errichtung einer Kanonenbootflottille machen und sie unter Führung Preußens stellen.

handelt, allein ausreichend. Soll etwas geschehen für die deutsche Flotte, so muß freilich mit kleinem, also mit Dampfkanonenbooten begonnen und erst allmählich zu Dampffregatten übergegangen werden. Es müssen aber auch die zunächst durch ihren Handel interessierten Staaten selbständig vorgehen und nicht auf einen Beschluß sämtlicher deutscher Regierungen am Bunde warten. Herr Dr. Gröning hat mir ein Promemoria von Herrn H. H. Meier mitgeteilt, welcher andrer Meinung ist und auf einen Bundesbeschluß wegen Beschaffung einer Dampfkanonenbootflottille die Bestrebungen gerichtet sehen will.[1]) Von der Schwerfälligkeit und der politischen Misere des Bundestags will ich ganz absehen. Dieser Weg ist aus formellen Gründen nicht zu beschreiten. Nach der Bundesakte Art. 6 und 7 und der Wiener Schlußakte Art. 13 Nr. 2, verglichen mit Art. 1, ist nämlich Einstimmigkeit sämtlicher Bundesregierungen in pleno der Bundesversammlung erforderlich, wenn eine Flotte oder Küstenfestungen durch den Bund beschlossen und hergestellt werden sollen, da dieses „organische Einrichtungen, d. h. bleibende Anstalten sind als Mittel zur Erhaltung der äußeren Sicherheit Deutschlands". Von Oesterreich und Holland zu schweigen, wird man dem Kopenhagener Kabinett aber doch die Naivität nicht zutrauen, für eine Flotte und Küstenverteidigung seinen Bundestagsgesandten stimmen zu lassen. Solange also der Bundestag nicht einer Zentralgewalt mit Parlament Platz gemacht hat, was wohl noch Jahre dauern wird, müssen die einzelnen Staaten, erst wenige voran und dann soviel als folgen wollen, sich selbst oder durch Konventionen helfen. An geschickten Unterhändlern, welche dabei einige Deckung und ausdrückliche oder tatsächliche Anrechnung auf die allgemeinen Kriegsleistungen verschaffen, wird es der Stadt Bremen gewiß nicht fehlen.

Bennigsen, 5. Juni 1861.

Ueber die Flottenfrage habe ich Ihnen neulich schon meine Ansicht geschrieben. Wie Sie aus dem offiziellen Berichte über die Sitzung

[1]) Vgl. Gröning an Bennigsen, 30. April 1861: „Gegen Deine und die Duckwitzschen Ideen polemisiert H. H. Meier, welcher für die Intervention des Bundes schwärmt." — Ehmck an Bennigsen, 9. Mai 1861: „Sie werden es vielleicht wissen, daß man es schon seit einigen Wochen lebhaft wünschte, Herr Konsul Meier möchte sich entschließen, in unsrer Bürgerschaft den Antrag zu stellen, daß dieselbe den Senat ersuche, mit Preußen und andern befreundeten Regierungen in Verhandlungen zu treten, um in nächster Zeit eine Küstenflottille für die Nordsee herzustellen. Herr Konsul Meier aber glaubt, daß von der gegenwärtigen preußischen Regierung keine Förderung der Sache zu erwarten sei, sondern daß ein Betreiben dieser dringlichsten Angelegenheit bei dem zu jedem energischen Handeln unfähigen Bundestage eher noch Aussicht auf Erfolg habe."

des Ausschusses des Nationalvereins in Frankfurt a. M. gesehen haben werden, ist diese Auffassung im wesentlichen auch von den übrigen Ausschußmitgliedern geteilt. Es wird nun alles darauf ankommen, daß in den Nordseestaaten, speziell bei Ihnen und in Hamburg, wirklich etwas geschieht. Wie mir die Süddeutschen versicherten, ist die Stimmung für den schleunigen Bau einer Flotte auch in Süddeutschland im allgemeinen günstig. Wenn ein wirklicher Anfang mit dem Bau in Norddeutschland gemacht ist, nicht ein Staat an der Küste auf den andern, auf förmliche Verträge oder gar auf unmögliche Bundestagsbeschlüsse wartet, so halten auch die Süddeutschen es für sehr wohl tunlich, daß in rascher Nachfolge die reichen Städte des Südens — selbst ohne ihre Regierungen, wenn diese nichts tun wollen — bedeutende Aufwendungen auf Grund von Beschlüssen der städtischen Korporationen oder durch Privatsammlungen machen. Wenn aber die Küstenbewohner, welche es doch vor allen angehet, in dieser Sache keine Initiative zeigen, so kann man dem Süden nichts zumuten, am wenigsten schon jetzt Privatsammlungen veranstalten.

*

Ende Mai setzte Ehmck eine Resolution in der Bremer Bürgerschaft durch. Die Antwort des Senats stellte zwar den außerordentlichen Schwierigkeiten gegenüber kein tatkräftiges Handeln in Aussicht, aber bezeigte allen guten Willen für die zwischen den nächstbeteiligten Staaten angeknüpften Verhandlungen. Auch Lammers meldete Bennigsen Mitte Juni über deren Verlauf, daß „Richthofens Unterhandlungen mit Hamburg und Bremen am letzteren Orte gut von statten gehen; Marine und Krieg unter dem Kreuzzeitungsmann von Roon scheinen charakteristisch genug die einzigen Fächer zu sein, in denen Preußen treibt, anstatt getrieben zu werden; auch der neue Marineplan, den man mir von Berlin her nächstens zu schicken verspricht, soll von einer überraschenden Energie zeugen." [1]) Bennigsen selber blieb trotz der günstigen Nachrichten zweifelhaft: „In der Marineangelegenheit scheint doch wirklich einige Energie von Berlin aus entwickelt zu werden. Ich habe aber äußerst geringe oder vielmehr gar keine Hoffnungen auf Männer wie Schleinitz und Schwerin. Mehr erwarte ich von der jetzigen Bewegung in der preußischen Bevölkerung. Nach den Mitteilungen, welche ich von Schulze aus Berlin erhielt, und nach dem, was ich in Bielefeld sah und hörte, ist wirklich eine starke Reaktion gegen den preußischen Partikularismus und gegen das altliberale Schönrednertum der Beseler und Simson im Gange." [2]) Schließlich verliefen

[1]) Lammers an Bennigsen, 12. Juni 1861.

[2]) Bennigsen an Reyscher, 14. Juni 1861.

alle diese Bemühungen im Sande. Zwar vermochte ein Flottenbesuch des preußischen Prinzen Adalbert in Bremen und Hamburg die Stimmung von neuem anzufeuern. Als aber im Dezember 1861 die bremischen Bevollmächtigten Duckwitz und Gildemeister in Berlin erschienen, fanden sie kein wirkliches Entgegenkommen mehr.[1])

Der Plan, Preußen vermittelst Flottenkonventionen mit einzelnen Nordseestaaten an die Spitze einer deutschen Flotte zu bringen, mochte schon um deswillen günstige Aussichten haben, weil auf einem andern Gebiete bereits praktische Resultate in derselben Richtung erreicht waren. Als Bennigsen am 15. Mai, kurz vor der Frankfurter Ausschußsitzung, bei Herzog Ernst in Koburg erschien,[2]) erfuhr er, daß die Verhandlungen zwischen Preußen und Koburg-Gotha über eine Militärkonvention im besten Zuge waren; ihr Abschluß wurde von den Nationalen als der erste Schritt einer allmählichen Fortentwicklung zum preußischen Oberbefehl ebenso begrüßt, wie von den Partikularisten als Versündigung an der Souveränität gebrandmarkt. Und schon war Koburg nicht mehr der einzige Staat, auf den man rechnen konnte. Soeben hatte Großherzog Friedrich von Baden den Freiherrn Franz von Roggenbach zum Minister des Aeußern ernannt; die ersten Früchte seiner deutschen Politik lagen bereits vor in einer Einigung zwischen Baden, Weimar und Koburg über ein gemeinsames deutsches Programm,[3]) insbesondere über ein gemeinschaftliches Vorgehen am Bundestage gegenüber den gefährlichen Projekten der Würzburger Regierungen in Sachen der Bundeskriegsverfassung, die auf eine militärische Trias hinausliefen, wenn nicht gar geheime Rheinbundsgelüste verrieten.

Eine preußische Gruppe oder besser eine nationale Gruppe im Sinne des Nationalvereins schien unter den deutschen Fürsten im Entstehen begriffen. Unter dem Eindruck dieser verheißungsvollen Nachrichten begab sich Bennigsen im Einverständnis mit Herzog Ernst nach Karlsruhe, um sich mit den neuen Bundesgenossen der Nationalpolitik persönlich ins Vernehmen zu setzen.[4])

[1]) von Hassell, Geschichte des Königreichs Hannover II, S. 451. Eine von Hannover am Bundestage unternommene Aktion war gleichfalls gescheitert.

[2]) Herzog Ernst, Aus meinem Leben III, S. 84.

[3]) Dove, Großherzog Friedrich von Baden, S. 95.

[4]) Unter den Papieren Bennigsens befindet sich, von seiner Hand geschrieben, ein Schriftstück mit dem Vermerk: „Abschrift einer Uebereinkunft zwischen Baden, Weimar, Koburg. Erhalten durch den Herzog von Koburg am 15. Mai 1861, wo die vom Herzoge und dem badischen Minister von Roggenbach in Frankfurt a. M. festgestellten Punkte übrigens von Weimar noch nicht

Bennigsen an Herzog Ernst von Koburg.[1])

Karlsruhe, 17. Mai 1861.

Allergnädigster Herzog!

Nach den Mitteilungen des Herrn von Roggenbach scheinen die Würzburger Projekte noch auf Hindernisse gestoßen zu sein. Wenigstens

---

förmlich unterzeichnet waren." Die Uebereinkunft (Frankfurt, 12. Mai 1861) lautet:

Methode der Behandlung nach gemeinsamer Verständigung.

1. Anknüpfung an die Besprechungen zwischen den drei Gouvernements. Wir sind der Ansicht, daß die Abstimmung über den Dalwigkschen Antrag, die bisher verzögert worden war, wieder hervorgerufen werden muß. Dies soll durch einen Antrag der Herzoglich Koburgischen Regierung mit geeigneter Motivierung geschehen. Die badische Regierung hält fest, bei der Abstimmung die abgemachte gemeinschaftliche Motivierung eintreten zu lassen und solche unter Umständen sogar zu verstärken.

2. Die badische Regierung hat ihre fernere Teilnahme an den Einleitungen zum Vollzuge der Würzburger Konvention, wozu sie von der Königlich Bayrischen Regierung aufgefordert worden und der alle übrigen Würzburger Konventionsgenossen beigestimmt haben, verweigert und wird ihre Weigerung bis zur Verwahrung steigern, wenn mit dem Vollzuge des Sonderbundes nicht innegehalten wird. Da beabsichtigt ist, die Bevollmächtigten bereits am 22. d. M. in Würzburg zu versammeln und am Donnerstag die betreffenden Konventionsartikel an den Bund zu bringen, so ist Gefahr im Verzuge und einmütige Behandlung der Frage vom Standpunkte der Wahrung nationaler Einheit aus wünschenswert.

3. Stetes fortwährendes Zusammenwirken mit den nationalen Parteien zur Förderung der gemeinsamen Ziele und erfolgreiche Bekämpfung der zum Aeußersten entschlossenen Vertreter partikularistischer und reaktionärer Interessen ist unumgänglich notwendig und werden die Regierungen, die sich zur Aufgabe die Führung der Sache der großen einen deutschen Nation gemacht haben, bereitwilligst eine Verbindung und Verständigung mit ihren Führern zu unterhalten suchen.

4. Alle vorkommenden weiteren Fragen, wie die kurhessische, die Bundeskriegsverfassung u. s. w., werden die betreffenden Regierungen von dem nationalen Standpunkte auffassen und zur Konklusion gelangen, daß die erfolgreiche Lösung wesentlich von politischer Reorganisation des Bundes bedingt ist.

5. Sie sind bereit, wenn eine Förderung der Frage dadurch erreicht werden kann, im geeigneten Augenblicke bis zu Anträgen am Bunde vorzugehen, die Reformfrage des Bundes aufzunehmen und schon jetzt jederzeit die Notwendigkeit dieser durchgreifenden politischen Reorganisation offen anzuerkennen.

6. Als einziges befriedigendes Ziel sehen sie an: a) Die Herstellung einer neuen wirksamen Bundesexekutivgewalt mit verantwortlichem Gesamtministerium und einer aus dem deutschen Volke zu bildenden Vertretung. b) Die Zuweisung aller auf Nationalvertretung und Nationalverteidigung bezüglichen Funktionen zur ausschließlichen Kompetenz dieser Zentralgewalt.

[1]) Haus- und Staatsarchiv in Koburg: Politische Akten und Korrespondenzen (Bundesangelegenheiten) 1860/61, Vol. I (A I 28 b 17, B I a Nr. 37).

ist bis jetzt — Freitag nachmittag — die Nachricht von der Uebergabe der bayernschen Anträge in der Bundesversammlung hier noch nicht eingetroffen. Sollte dies aber doch der Fall gewesen sein, so glaubt Herr von Roggenbach die Sache noch nicht so weit gediehen, um öffentliche starke Schritte seitens der badischen Regierung gegen die Sonderbündler zu tun. Er versichert dagegen, daß die badische Regierung mit größter Festigkeit alles Geeignete aufbieten werde, um die Konvention in der Entstehung zu hindern und in der Ausführung zu erschweren. Nach einer Depesche des bayernschen Ministeriums an das hiesige vom 9. Mai hat übrigens die österreichische Regierung zu dem Würzburger Vorhaben ihre Zustimmung gegeben, wovon am nämlichen Tage Graf Trautmannsdorff hier und in neuester Zeit Herr von Schleinitz nichts gewußt zu haben schienen.

Wenn die Mitteilungen der süddeutschen Mitglieder des Ausschusses des Nationalvereins es ermöglichen, werden wir uns von Frankfurt aus tunlichst stark gegen die militärische und politische Trias erklären. Eine Versammlung von württembergischen, badischen, bayrischen, nassauischen und hessen-darmstädtischen Deputierten, welche am Montag in Mannheim stattfinden wird und an welcher auch mehrere Mitglieder des Ausschusses des Nationalvereins teilnehmen werden, würde dann durch einen ähnlichen Protest die Wirkung für Süddeutschland erheblich verstärken.

In Verehrung und Ergebenheit

Bennigsen.

Reyscher an Bennigsen.

Cannstatt, 5. Juni 1861.

Von Frankfurt aus ging es, wie Sie wissen, nach Mannheim, wo eine kleine Versammlung von Abgeordneten aus Bayern, Württemberg, Nassau, zusammen fünfzehn, sich zusammenfand. Es wurde beschlossen — was ich Ihnen wohl sagen darf —, ein Schreiben an den Fürsten Hohenzollern zu richten, worin die einstimmige Ansicht der Anwesenden Ausdruck finden sollte, daß Preußen eine festere und kräftigere nationale Politik angreifen müsse, wenn es die Sympathien der süddeutschen Bevölkerung nicht vollends verlieren wolle. Häusser übernahm es, „mit unserm Vorwissen" das Schreiben ergehen zu lassen; die Fassung sollte uns nachträglich in Abschrift zukommen, was aber noch nicht geschehen; vielleicht ist er noch ohne Antwort. Weiter beschlossen wir, in den Kammern übereinstimmende Anträge in betreff der deutschen Frage zu stellen.

Es wäre sehr erwünscht, wenn Sie den Sommer einmal zu uns

kämen. Sie würden dadurch dem Wunsche vieler entsprechen und sich überzeugen, wie hoch Ihr Name und die Sache, die Sie mit uns vertreten, doch in den Herzen von Tausenden steht. Wir könnten alsdann die voriges Jahr schon von Ihnen projektierte Reise an die Alb ausführen, und wollten Sie mich zuvor zeitig benachrichtigen, eine Versammlung von Mitgliedern und Freunden des Nationalvereins, wie jene Eßlinger, damit verbinden.

Bennigsen an Samwer.

Bennigsen, 2. Juni 1861.

Aus Karlsruhe habe ich einen höchst erfreulichen Eindruck mitgenommen. Ich bin überzeugt, daß Herr von Roggenbach ebenso umsichtig als entschlossen seine Pläne verfolgen wird. Nach seinen, des Herrn von Mohl und andrer Badenser Mitteilungen wird man seine Stellung beim Großherzoge ja auch für eine feste halten können. Das entschiedene Auftreten Badens gegen die Würzburger Rheinbündeleien muß freilich eine äußerste Erbitterung in diesem Lager hervorrufen. Es werden gewiß die größten Anstrengungen von dieser Seite gemacht werden, Herrn von Roggenbach zu stürzen und Baden wieder herüberzuziehen oder zu ruinieren. Das beste Mittel hiergegen wird wohl die möglichste Aufdeckung der Pläne der Mittelstaaten sein, da doch einmal auf ein entschiedenes Eingreifen Preußens zurzeit nicht zu rechnen ist. Gelingt es, der süddeutschen Bevölkerung die Ueberzeugung zu verschaffen, daß der König von Württemberg und andre Fürsten oder deren Kabinette mit Anlehnung an Frankreich einen Verrat ausbrüten, so ist die Stellung dieser süddeutschen Regierungen ein für allemal ruiniert und sind, wie mir sämtliche Ausschußmitglieder aus Süddeutschland in Frankfurt erklärten, diese Herren vollkommen reif für die Verjagung. Bislang sind wir einzelne wohl hinreichend überzeugt durch die von den verschiedensten Seiten eingelaufenen Nachrichten, durch die frühere und neuere Haltung dieser Regierungen, durch die lahme, das böse Gewissen verratende Abwehr. Die Tatsachen, welche bislang öffentlich haben beigebracht werden können, sind aber noch immer eine sehr mangelhafte Grundlage, wenn man für eine so schwere Anschuldigung allgemeinen Glauben finden will. Kann man nicht bald der Geschichte näher auf den Leib gehen, so wird sich eine natürliche und berechtigte Reaktion zugunsten der „faktiös angegriffenen Biedermänner" einstellen. Wenn Sie in der Lage sind, Material zu solchen Zwecken herbeizuschaffen, so würden Sie damit ein sehr verdienstvolles Werk tun. Vorläufig könnte es auch wohl noch von Interesse sein, wenn

das Memoire, welches Sie mir mitteilten[1]) — etwa in Hamburg — anonym herauskäme unter einem nicht zu bescheidenen Titel, zum Beispiel

[1]) Dieses „Memoire", das Bennigsen im Mai 1861 durch Samwer (vom Herzog Ernst von Koburg, der es anscheinend vom Großherzog von Baden hatte, vgl. Bernhardi IV, S. 127, 130 f.) erhielt, ist nicht mehr ganz unbekannt, sondern von Herzog Ernst II., Aus meinem Leben III, S. 120 ff., mitgeteilt worden, allerdings unter Weglassung mehrerer Absätze; in dem Text des Herzogs ist vor allem die führende Rolle des Königs von Württemberg völlig beseitigt und der Charakter des Schriftstückes im ganzen und im einzelnen in einer Art verändert worden, die mit der treuen Wiedergabe von Aktenstücken unvereinbar ist. Daher mag es nach einer in Bennigsens Papieren befindlichen Abschrift von seiner Hand mitgeteilt werden.

Memoire eines süddeutschen Diplomaten, welches dem Könige von Preußen vorgelegt ist. Erhalten durch Samwer. Bennigsen, Mai 1861.

„Die mittelstaatliche sog. Würzburger Politik bezweckt die Erhaltung und Stärkung der dynastischen Interessen gegenüber den Gefahren einer Beschränkung oder einer völligen Aufhebung durch nationale Institutionen mit preußischer Spitze. Die Träger und Förderer dieser Politik sind: unter den Souveränen in erster Linie der König von Württemberg; unter den Staatsmännern: von Beust, von Borries, von Hügel, von Dalwigk, von der Pfordten. Von den Mitteln ihrer Politik sollen hier nicht diejenigen, welche zur Abwehr dienen, sondern jene wichtigeren allein, die einen Zustand, welcher für die Dauer Beruhigung gewährt, herbeiführen sollen, erwähnt werden.

„Einen solchen Zustand erwarten die Eingeweihten von einer Umbildung des Komplexes der Bundesstaaten in sieben Königreiche: 1. Oesterreichische Bundesländer; 2. ein reduziertes Preußen; 3. Bayern; 4. Sachsen; 5. Hannover; 6. Württemberg; 7. Hessen. In diesen Königreichen würden die kleineren Staaten durch Gruppierung oder Einverleibung aufgehen. Die Würzburger würden an Land und Leuten wachsen, sie könnten dem Zerfall des österreichischen Kaiserstaates ruhig zusehen, hätten eine Unterordnung unter Preußen nicht mehr zu besorgen und wären in der Lage, durch gegenseitigen Beistand dem Konstitutionalismus ein Ende zu machen. Diese Grundlage der Gedanken und Operationen der Würzburger darf auf die Gutheißung des Kaisers Napoleon rechnen. Nur mit seiner Hilfe und bei Gelegenheit eines großen Krieges kann der Plan zur Ausführung reifen. Für jetzt handelt es sich um die vorbereitenden Schritte.

„Der resultatlose Verlauf der Verhandlungen in Berlin zwischen Preußen und Oesterreich über die Bundeskriegsverfassung gibt den Würzburgern Hoffnung, der Erfüllung ihrer Wünsche näher zu kommen. Sie beschuldigen Preußen, die Einigung unmöglich gemacht zu haben, geben sich den Anschein, den Bruch im deutschen Interesse tief zu beklagen, und äußern: ‚Jeder müsse nun suchen, sich auf seine eigne Art zu helfen' (von Hügel).

„Als nächstliegendes Erfordernis wird eine engere Verbindung des VII., VIII. und IX. Bundesarmeekorps unter einem gemeinschaftlichen Führer angestrebt, und man spricht von der Bereitwilligkeit, Bayern die Führung zu übertragen. Ursprünglich lag es in der Absicht, auch das X. Bundesarmeekorps in den Verband zu ziehen, allein diese Absicht ist aufgegeben worden, da Hannover von Preußen umarmt wird und auf den Beitritt von Braunschweig und Olden-

„Denkschrift eines Diplomaten über die wahren Tendenzen der Würzburger Politik". Beiläufig bemerkt, habe ich den Namen des Ver-

burg nicht gerechnet werden konnte. Der König von Württemberg hat ein Exposé verfaßt, um den Grafen von Linden in Berlin zu instruieren, wie der Plan dem preußischen Kabinette plausibel zu machen sei, insbesondere um die Notwendigkeit der Verwendung des IX. Armeekorps zur Verteidigung des Oberrheins nachzuweisen. ‚Der Niederrhein,' sagt der König, ‚hat Schutz genug durch starke Festungen und die dort rasch konzentrierte preußische Armee. Daher wird Napoleon nicht dort angreifen, wo der Gegner stark ist, sondern am Oberrhein, wo er schwach ist. Preußen kann den Oberrhein nicht mitdecken, und da auch Oesterreich kaum Hilfe leisten wird, so muß das IX. Armeekorps in Verbindung mit dem VII. und VIII. Südwestdeutschland verteidigen. Das Königreich Sachsen sendet sein Armeekorps leicht über Hof an den Main und Neckar, und Kurhessen braucht seine Division nur an diejenige von Hessen-Darmstadt anzuschließen, um sogleich in den großen Heereskörper, der die Franzosen am Oberrhein bekämpfen soll, einzutreten.'

„Leider entspricht diese deutsch-patriotische, auch strategisch nicht unkorrekte Darstellung nicht den wirklichen Zwecken der Würzburger Politik. Diese, angeblich auf Selbsthilfe angewiesen, weil Oesterreich nicht helfen könne, Preußen nicht helfen wolle, sucht sich dem Kaiser der Franzosen nicht feindlich entgegenzustellen, sondern freundlich zu nähern. Es soll in Süddeutschland ein Heer gebildet werden gegen Preußen, welches Frankreich sofort angeboten werden kann.

„Vorbesprechungen, welche am Mittwoch vor Ostern in Heidelberg zwischen den Herren von Dalwigk, von Hügel, von der Pfordten und Reinhard stattgefunden haben, müssen befriedigend ausgefallen sein; denn bald nach Ostern reiste der König von Württemberg zur Blumenausstellung nach Biebrich, wo er mit Dalwigk und von der Pfordten zusammentraf, auch von Wittgenstein vornahm. Herr von Dalwigk, wegen seines ungeschickten Antrages am Bundestage wegen des Nationalvereins dem Könige verhaßt, weil dieser Antrag dem Nationalverein auch in Württemberg Verbreitung verschafft hatte, wurde unmittelbar nach jener Zusammenkunft mit dem Großkreuze des Friedrichsordens dekoriert und mußte sich daher dem Könige sehr angenehm gemacht haben." (Es folgen einige Mitteilungen über die Art, wie der Württemberger „Staatsanzeiger" die Dalwigksche Reise nach Paris als möglichst harmlos darstellt.) „Der König von Württemberg glaubt die Dinge weit genug vorgerückt, um sich gegen Vertraute über die Annäherung an Frankreich offen aussprechen zu dürfen. Er sagt: ‚Wie gegenwärtig die Dinge in Europa stehen, habe Napoleon den Sieg in Händen; Rußland werde ihm kein Hindernis in den Weg legen, da es selbst im Innern vollauf zu tun habe. Oesterreich sei von inneren und äußeren Feinden gleichartig in die Enge getrieben, England wünsche dem Kriege zu entgehen, und jedenfalls könne Deutschland nicht auf seinen Beistand rechnen. Der Deutsche Bund aber, schon vor dem Kampfe paralysiert, werde ohne Oesterreich den französischen Heeren, deren Stärke das deutsche Volk unterschätze, nimmermehr gewachsen sein. Daher müsse er, der König, schon aus Klugheitsrücksichten sich gleich jetzt dem unzweifelhaften Sieger anschließen. Er müsse dies aber auch aus einem andern entscheidenden Grunde tun. Er habe nur die Wahl zwischen zwei Uebeln. Das kleinere drohe ihm von Frankreich, das größere von Preußen. Napoleon werde die Selbständigkeit von Württemberg nicht dauernd alterieren,

fassers inzwischen erfahren.[1]) Der Nationalverein darf natürlich die Herausgabe nicht in die Hand nehmen. Hinsichtlich des Kostenpunktes will ich aber wohl dafür sorgen, daß aus der Vereinskasse 50 oder 100 Taler für diese oder eine ähnliche Druckschrift hergegeben werden.

Können Sie mir nicht Näheres mitteilen über die militärischen Beziehungen des Herzogs von Nassau und des Prinzen Nikolaus zur preußischen Regierung? In Nassau begreift man die Stellung Nassaus innerhalb der Würzburger gar nicht angesichts der Tatsache, daß der Herzog und Prinz Nikolaus vor nicht langer Zeit in Berlin waren und daß ein Oberstleutnant Graf Gneisenau aus Preußen nach Nassau abgegeben wird zur Führung nassauischer Truppen, vielleicht gar bei der Aufstellung im würzburgischen demnächstigen Lager.

Samwer an Bennigsen.

Gotha, 20. Juni 1861.

Diejenige Person, welche jetzt wohl am meisten Material in der Richtung gegen die Rheinbundsstaaten in Händen hat und Verfasser des von Ihnen gelesenen Memoires über jene Umtriebe ist, hat mir zugesagt, in der Kürze eine kleine Schrift zu verfassen, die alles mitteilbare Material enthalten werde. Sie dürfen von derselben sehr viel erwarten. Sie wird zugleich eine Darlegung der Genesis dieser Be-

---

denn die französischen Heere müßten doch einmal wieder Deutschland verlassen. Dagegen würde es mit der Souveränität des Hauses Württemberg für immer zu Ende sein, wenn er, der König, auf die Anforderungen Preußens in bezug auf die Verteidigung eingehen wolle u. s. w.' Die Königin ist über den festen Entschluß des Königs, ‚mit Napoleon zu gehen', tiefbetrübt und äußerte unlängst — um die Mitte dieses Monats — gegen einen höheren Geistlichen, der, zum königlichen Paare seit Jahren in näherer Beziehung, zum Besuche in Stuttgart war: ‚Sie wolle lieber nur mit Kartoffeln ihr Leben fristen, als sich durch Frankreich auf dem Thron erhalten lassen.' Anderseits scheinen sich vertraute Diener nicht mehr mit voller Zuversicht zu sagen, daß es niemand wagen werde, gegen einen neuen Rheinbund Widerspruch zu erheben, wenn nur erst ‚die Truppen aufgestellt' seien. Dies zur Erklärung des wahren Sinnes der Bemühungen, das VII., VIII. und IX. Armeekorps zu einer vereinten Aufstellung in Süddeutschland zu bringen, von wo aus hernach, wenn das Volk eingeschüchtert ist und der Kriegsfall eingetreten ist, die Schwenkung an Napoleons Seite gegen Preußen erfolgen soll" (26. April 1861).

[1]) So hatte Rochau am 27. Mai Bennigsen geraten: „Um in Sachen der Würzburgerei den letzten Drücker auf die öffentliche Meinung zu setzen, würde es mir höchst wünschenswert erscheinen, wenn die ‚Denkschrift' gedruckt werden könnte. Natürlich nicht in unserm Namen, sondern etwa in Hamburg. Gehen Sie doch darüber mit sich zu Rate, ob das möglich ist."

ſtrebungen geben. In etwa vierzehn Tagen hoffe ich Ihnen das Manuſkript[1]) zu beliebiger Verwendung überſenden zu können.

Erlauben Sie mir dabei einen Irrtum zu berichtigen. Sie ſchreiben, daß Sie inzwiſchen den Verfaſſer jenes Memoires erfahren haben. Ich glaube indeſſen, oder bin vielmehr durchaus ſicher, daß Sie falſch berichtet worden ſind. Den Verfaſſer kennt, außer einigen meiner hieſigen und Ihnen fernſtehenden Freunde nichtpolitiſcher Art, niemand außer mir. Der Name, der Ihnen genannt ſein wird, der eines jungen Diplomaten, iſt nur der einer derjenigen Perſonen, die dem Verfaſſer des Memoires Mitteilungen gemacht haben. Ich bitte Sie, den Namen jenes jungen Mannes niemand zu nennen, denn die Verhältniſſe ſind ſo verzwickt, daß dem Manne aus ſeinem patriotiſchen Handeln leicht Dienſtentlaſſung entſtehen könnte. Sollte Herr von R[oggenbach] in Karlsruhe Ihnen jenen Namen genannt haben, ſo begreife ich ſeinen Irrtum leicht. Jenes Memoire, das ich ihm geſchickt hatte, hat eine gewiſſe Verwandtſchaft mit einem andern, welches von R[oggenbach] anderweitig zugegangen iſt.

Es freut mich, daß Sie die gute Meinung, die ich Ihnen über Herrn von R[oggenbach] äußerte, beſtätigt gefunden haben; ich bin in betreff ſeiner, nach einem zwölfjährigen engen Verkehr, durchaus ſicher. Neben einer idealiſtiſchen und patriotiſchen Richtung beſitzt er eine ſeltene Menſchenkenntnis und praktiſches Geſchick. Man ſollte glauben, daß die Ernennung des Herrn von R[oggenbach] in Berlin einen guten Eindruck gemacht hätte. Es iſt das nicht der Fall. Man iſt vielmehr in der Wilhelmſtraße höchſt ärgerlich darüber, daß wieder ein neues Kompelle zum Handeln gegeben iſt, zu einem Handeln, auf das dieſe Herren ſich nun einmal nicht einlaſſen wollen.

In der ſchleswig-holſteiniſchen Sache ſucht man ein Proviſorium zu erreichen, welches auf etwa ein Jahr die Sache beilegen würde, natürlich ſehr wenig in Einklang mit den großen Verheißungen zu Anfang dieſes Jahres. Ein ſolches Proviſorium iſt immerhin zu ertragen, weil es der Zukunft nicht präjudiziert. Dies iſt in betreff eines projektierten Definitivum anders. Lord John Ruſſell braucht bei der Schwäche des Miniſteriums im Parlament etwas Ruhm als Friedens-

[1]) Es iſt mir nichts davon bekannt, daß dieſes Manuſkript zum Druck befördert worden iſt. Vgl. Rochau an Bennigſen, 30. Juni 1861: „Wir werden die Schrift, um welche es ſich handelt, doch wohl erſt ſehen müſſen, ehe ſich über die Art der Veröffentlichung derſelben etwas feſtſtellen läßt.“ Die „Wochenſchrift des Nationalvereins“ geriet damals in eine erbitterte Fehde mit dem „Württembergiſchen Staatsanzeiger“, der offen einräumte, „daß ein nach den Maximen des Nationalvereins organiſiertes Preußen mehr geeignet ſei, den Mittelſtaaten ernſtliche Beſorgniſſe einzuflößen, als das franzöſiſche Kaiſertum“.

stifter, der England vor einem großen Kriege bewahrt habe. Deshalb hat er vorgeschlagen, daß in London eine Konferenz der Großmächte zusammentrete, um die schleswig-holsteinische Frage definitiv beizulegen. Die Basis würde die gänzliche Inkorporierung Schleswigs sein mit der sog. Aussonderung Holsteins, welche in Wahrheit nichts andres ist als eine scheinbar anständige Form, um die finanziellen und militärischen Kräfte dieses Landes Dänemark verfassungsmäßig dienstbar zu machen. Eventuell sollen die Konferenzmächte die Friedensbasis finden. Dieser Plan findet in der Wilhelmstraße keinen entschiedenen Widerstand. Es würde gut sein, wenn die Presse dagegen agitierte und ihn dadurch unmöglich machte. Sie dürfen obiges, soweit es nicht das Provisorium betrifft, gerne benutzen; ich glaube aber, daß es richtiger sein wird, jener Friedensbasis nicht zu erwähnen, sondern den Angriff vielmehr gegen jede Art europäischer Konferenz über diese Frage zu richten; eine solche ist ja nichts andres als ein Schiedsgericht, das aus Feinden zusammengesetzt ist.

Bei dem vereinzelten Auftauchen von Plänen für die Marine würde ich den Augenblick jetzt für gekommen halten, wo der Nationalverein diese Frage in die Hand nehmen könnte, um den Agitationen Einheit zu geben und ein weiteres Auseinandergehen zu verhindern. Ich meine, daß es das unter den gegenwärtigen Verhältnissen Richtigste sein würde, daß die Küstenstaaten mit Ausnahme Preußens einen Teil ihrer Bundeskontingentpflicht durch Stellung maritimer Mittel übernehmen, wenn sie nicht zu freiwilliger Herstellung derselben zu bewegen sind, daß dieselben sich im Kriegsfall Preußen unterordnen; daß daneben, was an Beiträgen im übrigen Deutschland auf privatem Wege etwa aufgebracht werden sollte, Preußen zur Disposition gestellt werde, um seinerseits sich an der Verteidigung der Nordseeküste zu beteiligen.

Francke an Bennigsen.

Koburg, 22. Juni 1861.

Nach glaubwürdigen Nachrichten aus Berlin wird für die schleswig-holsteinische Sache eine Wendung vorbereitet, die nicht als eine bessere bezeichnet werden darf.

England will eine Konferenz der europäischen Großmächte in London zur Regelung der schleswigschen Angelegenheit, und Dänemark hat, zur Abwendung der Bundesexekution, gegen die drei außerdeutschen Großmächte zu dem Zugeständnis sich bereit erklärt, sich für die Dauer des Provisoriums in Holstein mit dem sog. Normalbudget von 1856 zu begnügen und demnach auf die darüber hinausgehende Forderung von 300000 Talern jährlich zu verzichten. In Berlin ist man nicht

abgeneigt, auf eine Konferenz wegen Schleswig einzugehen, wenn Dänemark zuvor die in Aussicht gestellte Konzession für Holstein dem Bundestage vorlegt und dadurch für diesen die Füglichkeit (?) herbeiführt, von der Exekution abzusehen. Ich habe zu diesem neuen Beleg diplomatischer Tapferkeit nichts hinzuzufügen, bezweifle aber keineswegs das Unterbleiben der Exekution.

30. Juni 1861.

Nach den neuesten Nachrichten aus Berlin und Frankfurt ist der Vorschlag Lord Russells, die Sache Schleswigs auf einer europäischen Konferenz zu regulieren, von Preußen in Uebereinstimmung mit Oesterreich abgelehnt worden. Die Sache steht augenblicklich so: man arbeitet hin auf eine Verständigung zwischen Dänemark und dem Bunde; wenn Dänemark verspricht, keine Gesetze in Holstein zu oktroyieren und die Quote ohne ständische Zustimmung nicht zu erheben, soll die Exekution sistiert und die Unterhandlung, geführt von Preußen und Oesterreich, über den Sinn der Abmachung von 1852, also inklusive Schleswigs, wieder fortgesetzt werden. Die dänische Erklärung wird in einigen Wochen erwartet; sollte solche wegen jener Nichtoktroyierung und Nichterhebung zurückweisend lauten, so würde, wie die Sache liegt, die Exekution ihren Fortgang haben, aber erst nach Aufstellung der Postulate Deutschlands aus 1852 und behufs ihrer Durchführung. Ich habe Ihnen dies mitteilen wollen, ohne daß ich imstande wäre, irgendein Vertrauensvotum für Preußen und Oesterreich hinzuzufügen.

*

Je mehr sich die Erkenntnis festsetzte, daß von dem neuen Regime in Preußen doch nichts Entscheidendes zu hoffen sei, desto mehr begannen die Nationalvereinspolitiker ihre von Krone und Ministerium in Berlin getäuschten Hoffnungen auf das politische Erwachen des preußischen Volkes zu schieben. Schon Anfang 1861 begannen die vorwärtsdrängenden Publizisten des Vereins die Wendung von den preußischen Neuwahlen im Herbst zu erwarten.[1]) Unter dem Eindruck

[1]) Lammers an Bennigsen, 28. Februar 1861: „Es ist wohl kaum zu früh, für die nächsten preußischen Wahlen vorzuwirken. Meiner Meinung nach sollte man der preußischen Harthörigkeit mit eignen Flugschriften zu Leibe gehen, in denen der rückhaltlose Anschluß an die einmal organisierte Nationalpartei empfohlen würde aus dem Grunde der unerträglich werdenden Militärlast, der Abschüttlung des Herrenhauses für eine Reihe von Staatsinteressen und der bleibenden Liberalisierung der Dynastie durch die Bundesreform, die sie mit ihren souveränen Vettern sowohl als mit den sämtlichen deutschen Feudal- und Klerikalparteien für immer überwerfen muß." — Aehnlich Rochau an Bennigsen, 5. März 1861: Man müsse alle Kräfte für die Neuwahlen aufbieten und „es dann zwischen der Regierung und der Kammer zum Biegen oder Brechen treiben".

dieser allmählichen Verschiebung kam es zu einer politischen Neuorganisation der preußischen Liberalen, zur Bildung der Deutschen Fortschrittspartei,[1]) die keineswegs ausschließlich aus innerpreußischen politischen Gründen zu erklären ist, sondern unter der Führung der preußischen Nationalvereinsmitglieder und im Zeichen der nationalen Bewegung sich vollzog: nicht allein liberale, sondern ebensogut nationale Politik forderte sie von der Regierung, und unter diesem Schlachtruf vor allem füllten sich ihre Reihen. Es bahnte sich damit eine bedeutungsvolle Wendung in der Nationalvereinspolitik an. Man begann allmählich das Diplomatisieren aufzugeben und um so mehr von dem Druck von unten zu erwarten, der die Krone zum konstitutionellen Regime und zur nationalen Politik nötigen sollte.

Schulze-Delitzsch an Bennigsen.

Berlin, 15. April 1861.

Die Konstituierung unsrer Fraktion als die nationale Partei des preußischen Abgeordnetenhauses darf ich als gesichert annehmen; sie wird nach unserm Wiederzusammentritt nach Pfingsten erfolgen. Nur Waldeck will noch nicht recht heran. Der alte Herr ist in allen solchen entschiedenen Schritten sehr bedenklich geworden, wie ich ihn denn auch nicht mit einem Male zum Eintritt in unsre Fraktion bewog, wo er sich jetzt sehr wohl befindet. Indessen glaube ich fest, daß er sich unter keiner Bedingung von uns trennt, und ich habe gesorgt, daß einem sehr unliebsamen Einflusse bei ihm (des bekannten früheren Oberbürgermeisters Ziegler aus Brandenburg) entgegengearbeitet wird.

Nun ist aber unsre Stellung zu Braemer und Veit — die beide nicht für den von unsrer Fraktion, vor meinem Eintritt in die Kammer, in der deutschen Frage wieder aufgenommenen von Stavenhagenschen Antrag gestimmt haben und zur Partei Vincke gehören — eine eigentümliche und nicht klare. Ich habe mit beiden andeutungsweise verhandelt und werde versuchen, sie für uns und zum Zusammenwirken bei den Wahlen unter dem nationalen Banner zu gewinnen. Allein für jetzt wünsche ich dringend, daß von dem ganzen Plane in den Frankfurter Sitzungen nicht die Rede ist. Sobald wir konstituiert sind, werden wir offen und entgegenkommend uns an diese und andre Kammermitglieder wenden und, unter Schonung ihrer für jetzt einmal ge-

[1]) Schon als mit dem Ausscheiden der Gruppe Jung-Litauen aus der Fraktion Vincke die Zerbröckelung der altliberalen Partei begann, hatte „die deutsche Politik im Sinne des Nationalvereins" einen Programmpunkt der Ausscheidenden gebildet.

nommenen Parteistellung, mit ihnen verhandeln. Eine vorzeitige Veröffentlichung unsrer Pläne könnte nur schaden.

*

In einer Versammlung auf dem Johannisberge bei Bielefeld am 26. Mai 1861 griff Bennigsen indirekt in die beginnende preußische Wahlbewegung ein:

„Die nationale deutsche Bewegung hat sich an den größten und rein deutschen Staat anzuschließen, der sich immer offener und entschiedener für die Bedürfnisse des deutschen Volkes aussprechen muß. Allerdings stehen in Preußen der nationalen Sache allerhand Hindernisse entgegen. Wir haben dankbar anzuerkennen, daß das preußische Ministerium den Sondertendenzen der Mittel- und Kleinstaaten entgegentritt. Allein man macht dem Ministerium den Vorwurf, daß es ihm an Energie fehlt; und allerdings würden mutige Staatsmänner anders gehandelt haben. Doch hat das Ministerium vielfache Schwierigkeiten. Der Herr von Beust macht mit Recht darauf aufmerksam, daß das preußische Volk noch zu wenig seinen entschiedenen Willen ausgesprochen habe. Namentlich ist dies dem preußischen Abgeordnetenhause vorzuwerfen. In den übrigen deutschen Staaten ist vielfach partikularer Sinn vorhanden; noch mehr aber, allerdings mehr scheinbar, im preußischen Volke. Große Entwicklungen geschehen nie durch die bloße Idee, sondern die Idee muß einen praktischen Rückhalt haben ... Auch der altpreußische Partikularismus ist dahin: man hat sich überzeugt, daß Preußen des übrigen Deutschlands bedarf. Diese Ueberzeugung ist das erfreuliche Resultat der Reaktion. Die Preußen werden in der nächsten Zeit eine Gelegenheit haben, im Sinne der nationalen Partei zu wirken. Eine große nationale Partei muß und wird sich auch in Preußen bilden. Durch ein merkwürdiges Geschick reichen Preußens Grenzen von Rußland bis Frankreich; darin liegt Preußens Schwäche, aber auch das Bedürfnis begründet, sich an Deutschland anzulehnen. Der Einfluß der Gegenpartei in Preußen ist nicht mehr unüberwindbar; sie hat Zeichen der Schwäche in Menge gegeben. Sobald die Fahne Deutschlands ausgesteckt sein wird, wird diese Gegenpartei ohnmächtig zusammensinken. Den Kampf mit dem Auslande brauchen wir nicht zu scheuen; ebensowenig einen Bürgerkrieg im Innern; wer damit droht, der glaubt selbst nicht daran. In dem entscheidenden Momente werden die partikularen Stimmen verstummen. Auch die neuere Entwicklung Oesterreichs wird seine deutsche Bevölkerung dahin führen, daß sie auf eine Einwirkung auf die deutschen Verhältnisse verzichtet; die Deutschen in Oesterreich werden zu dem Gedanken kommen, daß es in ihrem Interesse liegt, ein mächtiges einiges Deutschland neben sich zu haben,

an welches sie sich anlehnen können. In Preußen muß die nationale Bewegung größere Umrisse annehmen, und zwar in der nächsten Zeit. Keine Partei in Preußen darf es wagen, die Einigung Norddeutschlands durch ein Bündnis mit Frankreich und Verzichtleistung auf die Rheinprovinz zu erzielen; diese Partei würde der allgemeinen Verachtung anheimfallen. Eine andre Partei bezeichnet die Mainlinie als die Grenze des neuen, vergrößerten Preußens. Allerdings hat infolge der Mißregierung in den einzelnen Mittel- und Kleinstaaten vielfach die Ansicht um sich gegriffen, daß Preußen diese Gebiete einfach annektieren möchte. Aber das ist ein pessimistischer und undeutscher Gedanke: wenn er durchgeführt würde, so wäre die heute zum größten Teil glücklich überwundene Spaltung zwischen Nord- und Süddeutschland wieder da, und die Erbitterung über einen solchen Gewaltschritt würde sich auch in den norddeutschen Staaten Bahn brechen. Daher bleibt das Programm des Nationalvereins das einzig richtige."

Schulze-Delitzsch an Bennigsen.

Berlin, 6. Juni 1861.

Endlich ist gestern das Programm der Deutschen Fortschrittspartei in Preußen von mir, von Hoverbeck, von Forckenbeck im Namen unsrer Fraktion mit von Unruh, Mommsen, Virchow, den Redakteuren der National-, Volks- und Vossischen Zeitung vereinbart, und ich habe nicht wenig Mühe gehabt, die Leute zusammenzubringen unter der ausgesprochenen und bewußten Losung einer Koalition. Die deutsche Frage ist vorangestellt — Zentralgewalt in den Händen Preußens mit deutscher Volksvertretung, wie sich von selbst versteht — die Presse bringt es in den nächsten Tagen; wir aber senden es zunächst in die Provinzen, um Unterschriften zu sammeln von Männern von Gewicht, wonächst es Ende Juni mit diesen Unterschriften veröffentlicht wird.

Mit der Generalversammlung steht es wegen der Zeit recht übel. Freilich müssen die preußischen Richter die vorgeschlagenen Tage des August wünschen. Für alle andern aber ist die erste Septemberwoche die beste, namentlich für die Besucher des Volkswirtschaftlichen Kongresses, der vom 9. bis 12. September in Stuttgart stattfindet. Mir selbst wird es kaum möglich, im voraus zur Generalversammlung und vorhergehenden Ausschußsitzung zuzusagen, da ich mich in der absolut zwingenden Lage befinde, den Sommer zu literarischen Arbeiten für meine Existenz zu benutzen. Meine Stellung in der preußischen Volksvertretung verbietet mir absolut, dem Justizminister auch nur ein Wort wegen meiner Zulassung als Rechtsanwalt zu gönnen, obschon mir das Gesuch nicht abgeschlagen werden würde. Da will ich nun mit Agenturen mich ein-

richten, die mir reichlich angetragen werden, und mir so ein Bureau gründen, um das deutsche Genossenschaftswesen fortführen zu können. Die materielle Unabhängigkeit ist die Grundlage jeder andern, darüber sind wir wohl einverstanden.

Kösen, 15. Juni 1861.

Du kennst das Programm der Deutschen Fortschrittspartei in Preußen bereits durch die Zeitungen, indessen lege ich ein Exemplar bei, wie es mir erst heute, indirekt über Delitzsch, zugeht. Die Programme gehen nun in die Provinzen, und sollen die Unterschriften Ende Juni veröffentlicht werden. Der Name Deutsche Fortschrittspartei ist nicht glücklich. Ich hatte Nationale Partei vorgeschlagen, weil dies nicht bloß die deutsche Politik, sondern die ganzen übrigen Tendenzen der Partei gegenüber der dynastischen einschließt. Nun, dem Namen der künftig aus den Wahlen hervorgehenden Partei ist ja damit nicht vorgegriffen. [1])

Unruh an Bennigsen.

Berlin, 21. Juni 1861.

Mommsen, Delbrück, Franz Duncker, Virchow, ich und noch einige haben beschlossen, Dienstag den 2. Juli hier in Berlin eine Versammlung von Mitgliedern abzuhalten und besonders das Wahlprogramm der Deutschen Fortschrittspartei in Preußen zu besprechen, woran sich selbstverständlich die Mahnung knüpfen wird, in dieser deutschen Richtung auf die Wahlen zu wirken. Es ist im höchsten Grade wünschenswert, daß Sie, Metz und einige andre Ausschußmitglieder, namentlich Lüning, sich bei dieser Versammlung beteiligen. Geschieht dies, so wird dieselbe zahlreich besucht werden und von Wirkung sein. Im andern Falle fürchten wir ein Fiasko: denn wir dürfen uns keine Illusionen machen, unsre preußische Bevölkerung ist zum Erbarmen matt und doch zu Spaltungen geneigt. Ich werde selbst in kleinen Kreisen von 20 bis 30 Personen immer an Polen und die Polacken erinnert und halte es nicht für unmöglich, daß wir Deutschen und zumal wir Preußen dereinst wirklich dem Geschick Polens verfallen, besonders, wenn es Oesterreich unerhörterweise gelingen sollte, wieder auf die Beine zu kommen. Ich kann die Strecke von Köln nach Aachen nicht fahren, ohne zu denken, daß dieser schöne Landstrich vielleicht in ein, zwei Jahren von den Franzosen besetzt sein wird. Der Besitz Posens ist nicht viel sicherer,

[1]) Auf Grund der Mitteilungen von Schulze-Delitzsch erließ der Vorstand des Nationalvereins am 23. Juni ein Zirkular an seine preußischen Agenten über ihr Verhalten bei der Wahlbewegung in Preußen unter besonderem Hinweis auf die Gefahr eines eventuellen Verbots des Nationalvereins in Preußen.

und käme Oesterreich wieder zur Kraft, so kann auch Schlesien wieder verloren gehen: denn Oesterreich wird den Preußen niemals ernstlich beistehen, sondern in einer großen Krise auch sagen wie Friedrich II.: „je mauge aussi du fromage." Ein tüchtiger Mann an der Spitze Preußens, alle Gefahr wäre vorüber und eine große Zukunft läge offen. Aber den einen Mann haben wir nicht. Wir haben kein Mittel als den Volksgeist wachzurufen, wo und wie wir können. Helfen Sie also auch dazu am 2. Juli.

Karlsbad, 23. Juli 1861.

Wie Sie aus den Zeitungen ersehen haben werden, sind wir in Berlin als wohldisziplinierte Leute Ihnen gehorsam gewesen und haben die bereits bei der Polizei angemeldete Versammlung der Mitglieder des Nationalvereins nicht abgehalten. Ihr Brief kam gerade noch zur rechten Zeit, um die Bekanntmachung in den Zeitungen zurückzuhalten. Statt der Wahlfrage andre Gegenstände auf die Tagesordnung zu setzen, hielten Mommsen, Virchow und ich für ganz untunlich, weil aus dem Suchen nach solchen andern Gegenständen schon zur Genüge hervorgeht, daß kein Bedürfnis zur Einberufung einer Versammlung vorhanden ist. Dies Bedürfnis wird aber auch selten oder nie hervortreten, gewiß niemals brennend werden, wenn man die allernächsten Fragen aus gewissen Rücksichten in Versammlungen der Mitglieder des Nationalvereins nicht berühren zu dürfen glaubt. Vermeiden diejenigen, welche die Versammlung berufen, dies, so werden die Teilnehmer innerhalb derselben dahin gerichtete Anträge stellen. Konsequenterweise müßten diese dann vom Vorsitzenden für unzulässig erklärt werden. Man tut also besser, keine Versammlung zu berufen, als wichtige, brennende Zeitfragen geflissentlich vermeiden und nur über auswärtige Politik schwatzen, deutsche Einigkeit, Wehrhaftigkeit und allerlei allgemeines Zeug. Wenn der Nationalverein es wirklich für untunlich hält, die konkreten Fragen der einzelnen deutschen Staaten innerhalb derselben zu erörtern und praktisch in die Hand zu nehmen, auf diese Weise seine ideale Existenz zur Erscheinung zu bringen, so gelangt er ganz sicher zum — Einschlafen.

Wir haben Ihnen in Berlin gehorcht, aber einverstanden sind wir nicht mit Ihnen gewesen. Sie sagen, daß in der Tat in mehreren preußischen Städten die Wahlfrage von Mitgliedern des Nationalvereins erörtert worden ist. Nur in Königsberg ist dagegen eingeschritten. Dem sei aber wie ihm wolle, so stimmen wir Ihnen nur darin bei, daß man wohltut, nichtpreußische Mitglieder von solchen Versammlungen ferne zu halten. Im übrigen muß man es darauf ankommen lassen, was die Regierung tun will. Mit fortdauerndem Lavieren und Diplo-

matisieren kommt man nicht einen Schritt vorwärts. Leben kann der Verein nur durch praktische Tätigkeit. Es ist besser, daß die Regierung den Verein in Preußen unterdrückt und derselbe nur außerhalb Preußens Versammlungen hält, als daß diese innerhalb Preußens unterlassen oder bedeutungslos gemacht werden. In diesen Ansichten macht mich auch der scheußliche Mordanfall in Baden nicht irre. Ich bin mir bewußt, daß ich im Interesse des deutschen Volkes einschließlich Preußens und im Interesse der Hohenzollern handle, deren Zukunft ganz allein in dem wirklich durchgeführten konstitutionellen System beruht.

Bennigsen an Rochau.

Bennigsen, 21. Juli 1861.

Die Folgen, welche das Badener Attentat haben kann, machen eine Verständigung über unsre Haltung dringend erforderlich. In der Presse wird vorläufig große Vorsicht gegen das preußische Gouvernement geboten sein, da man alles aufsuchen wird, einen Vorwand gegen uns zu finden. Auch kann es angemessen erscheinen, von Ausschuß wegen eine Adresse an den König Wilhelm zu richten. [1])

Die zweite Generalversammlung des Nationalvereins fand am 23. und 24. August 1861 in Heidelberg statt, auf dem Boden des süddeutschen Staates, der sich soeben vor aller Welt zu den gleichen politischen Idealen wie die Nationalpartei bekannt hatte. In der Begrüßungsrede Bennigsens hieß es:

„Es sind fast zwei Jahre, daß in Frankfurt a. M. der Nationalverein gegründet wurde, mehr als zwei Jahre, daß der Grund zu einer neuen deutschen Nationalpartei gelegt ist. Die Ziele, welche aufgestellt wurden von dieser Partei in dem Statut des Nationalvereins: die

[1]) Der Ausschuß des Nationalvereins beschloß am 25. Juli folgende Erklärung: „Die Widersacher der deutschen Einheitsbestrebungen haben sich nicht gescheut, aus dem in Baden-Baden verübten Verbrechen eine Waffe gegen die nationale Bewegung zu schmieden. Ihre Verleumdungen und Verdächtigungen werden an dem gesunden Sinne des deutschen Volkes ohnmächtig abprallen und sicherlich auch an der Stelle ihre Wirkung verfehlen, auf welche sie vorzugsweise berechnet sind. Deutschland kennt die Freunde seiner Nationalsache und kennt deren Feinde. Ganz Deutschland ist einig im Abscheu vor dem Verbrechen und in der Freude über die glückliche Rettung eines von der gesamten Nation hoch verehrten Fürsten. So bedarf es denn gegen die anklägerische Lüge keiner andern Abwehr als des Ausdrucks der Verachtung."

Entwicklung Deutschlands zur Einheit und Freiheit, sind nicht erreicht; die wesentlichen Mittel für die Erfüllung unsrer Aufgaben, welche unser Programm aufgeführt hat: die einheitliche Zentralgewalt mit der militärischen und ausschließlichen diplomatischen Leitung, verbunden mit einem Reichsparlament, sie sind nicht ins Leben getreten. Es ist nichts von all dem erreicht, was die nationale Partei, was der Nationalverein angestrebt hat. Machtlos sind wir geblieben nach außen, die wichtigsten politischen Fragen, die zu lösen gewesen wären in Schleswig-Holstein, sie sind vertagt aufs neue, mindestens bis zum nächsten Frühjahr; das Recht, wo es in Deutschland gebrochen oder gebeugt war, es ist nicht wiederhergestellt. Manchen könnte der Unmut ergreifen, wenn er sieht, daß die Anstrengungen dieser zwei Jahre so erfolglos geblieben sind. Mancher der Unglückspropheten wird sich darauf berufen, daß er recht gehabt habe vor zwei Jahren mit der Erklärung: alles sei umsonst, die Anstrengungen für eine Reform in Deutschland würden vergeblich bleiben. Mancher, der freudig damals hineinging in die Bewegung, mag jetzt bei dieser Erfolglosigkeit zweifeln, ob er nicht wieder zurücktreten soll von seinem Beginnen. So scheint es zu sein, so scheint es äußerlich zu liegen auf den ersten Blick; aber wir wissen doch, daß es besser bestellt ist, und wir wissen, daß wir guten Grund und nicht bloß die Pflicht haben, auszuharren. Die äußeren Erfolge dieser Bewegung sind allerdings gering, aber ohne alle äußeren Resultate ist die Bewegung dieser Jahre doch nicht geblieben. Es hat das konstitutionelle Wesen, der Rechtsstaat in Preußen, in dem mächtigsten rein deutschen Staate angefangen, sich zu befestigen; es ist von einzelnen patriotischen deutschen Regierungen der Versuch wirklich gemacht worden, der deutschen Nationalpartei zu Hilfe zu kommen, selbst Opfer an ihrer Partikularmacht zu bringen, Opfer, wie sie die Blätter andrer Regierungen täglich als unmöglich hinzustellen suchen. Ich erinnere an die Vorgänge in Koburg, an den Abschluß der Militärkonvention mit Preußen, ich erinnere daran, was eine patriotische Regierung in dem Lande, in welchem wir heute versammelt sind, seit Jahresfrist unternommen hat. Die badische Bevölkerung, die badischen Stände, ein gutgesinnte badische Regierung haben schon einmal in den dreißiger und vierziger Jahren an der Spitze der deutschen Bewegung gestanden; sie haben damals den Geist des Liberalismus vorbereitet, der jetzt noch fortwirkt und endlich die Früchte zeitigen wird, die wir alle wünschen. Wenn jetzt die badische Regierung in anerkennungswerter patriotischer Weise den Versuch wiederholt, den Rechtsstaat im Lande fester zu begründen und sich anzuschließen an die Reformbewegung für ein einiges und mächtiges Deutschland, da wird sicherlich wie in alter Zeit die badische Bevölke-

rung die Regierung bei diesem patriotischen Beginnen tatkräftig unterstützen. Es sind das nicht unwichtige Anfänge zum Bessern, es gibt aber noch andre günstige Tatsachen, freilich mehr negativer Art, die doch von großer Bedeutung sind. Unsre Gegner, die Gegner der nationalen Bewegung, sind unter sich vollkommen uneinig, sie haben keinen einzigen bestimmten Gedanken zutage gefördert über das, was erhalten werden solle, und über das, was umzugestalten ist in Deutschland, obgleich sie die Notwendigkeit der Reform nicht zu leugnen wagen."

Dann ging er dazu über, das Verhältnis zu den deutsch-österreichischen Provinzen zu besprechen: „Kein Land in Europa ist im Laufe der Geschichte in so langjährigen Kämpfen mit Bürgerblut gedüngt worden wie der deutsche Boden; wiederholt im Laufe der Jahrhunderte haben österreichische und süddeutsche Heere den norddeutschen Heeren gegenübergestanden. Schwerer als irgendeinem andern Volke ist es dem deutschen Volk bei der innerlichen Art des ganzen deutschen Wesens und seiner Schwerfälligkeit, gleich in neue Bahnen einzulenken, geworden, sich immer von neuem wieder aus der äußeren Verwüstung des Vaterlandes und aus der furchtbaren Entzweiung und Verbitterung der Gemüter herauszuarbeiten, welche die notwendige Folge solcher zerstörenden Bruderkämpfe sind. Wir können nicht genug wünschen, daß unsre Zeit mit derartigen Kämpfen verschont bleibe. Es ist freilich eine Erfahrung der Geschichte, daß großen politischen Umgestaltungen, wie sie sich jetzt in Deutschland vorbereiten, selten die Bluttaufe erspart wird. Wir wollen aber festhalten an der Hoffnung, daß diese blutige Taufe uns nur zuteil werde in einem europäischen Kampfe, und daß die Bürger- und Bruderkämpfe uns erspart werden." Eine verheißende Aussicht für die Zukunft entnahm er, gemäß seiner politischen Grundüberzeugung, aus der Betrachtung der österreichischen Zustände seit dem Systemwechsel. Er begrüßte es mit Freude, daß das „alte Regiment des Absolutismus und der pfäffischen Herrschaft" zu Ende gegangen sei; damit sei die größte Gefahr geschwunden, daß das übrige Deutschland für die falsche Politik einer Dynastie ausgenutzt werde für Zwecke, die der deutschen Nation fremd seien; die Deutsch-Oesterreicher müßten nun, in ihrem eignen Interesse, durch ihre Beteiligung am Versammlungsleben dafür sorgen, daß eine solche falsche Politik nicht wieder Platz greife. „Freilich müssen auch wir den Deutsch-Oesterreichern zeigen, daß wir jederzeit bereit sind, mit ihnen in innigste Gemeinschaft zu treten. Auf beiden Seiten muß es klar werden, wenn wir auch genötigt sind, zurzeit getrennt unsre Wege zu verfolgen, daß wir beide den dringenden Wunsch und ein lebhaftes Interesse haben, daß die getrennten Wege bald wieder einmünden mögen in einen gemeinsamen Weg."

Eine Aenderung oder Erweiterung des Programms lehnte Bennigsen ab, auch wenn es keiner von den alten Parteien vollständig genüge. „Unser Programm durfte gar nicht den vollständigen Sieg irgendeiner der alten Parteien enthalten. Es sollte ja gerade die Grundlage sein für die Bildung einer neuen Partei; insofern wenigstens, als die alten politischen Fortschrittsparteien in Deutschland die nationale Aufgabe nicht als das Eins und Alles hingestellt hatten mit der Schärfe, mit der wir es jetzt tun, als das Wesentliche, dem sich alles andre als unwichtig unterordnen muß. Wir, die neue nationale Partei, sind mit diesem Programme trotz seiner geltend gemachten und unverkennbaren Mängel, trotz der Angriffe der Feinde stetig vorwärts gekommen; wir sind in unserm Verein an Ausdehnung, Einmütigkeit und äußerem Einfluß bedeutend fortgeschritten."

Er schloß mit den Worten: „Manche, namentlich im kalten Norden Deutschlands, wo man weniger geneigt ist, naiv den Ergüssen der Freude sich hinzugeben, mögen wohl meinen, es sei eine Zeit zum Trauern und nicht zum Jubeln in Deutschland; nicht mit Singen und Jubeln, sondern mit ernster Arbeit, im opferbereiten Kampfe werde das, was not tut, erst zu erringen sein. Mancher mag so denken, und mag die unendlichen Ausbrüche des Jubels und der nationalen Begeisterung, wie sie sich in Gotha, in Berlin, in Nürnberg gezeigt haben, tadeln als etwas Uebertriebenes und Voreiliges. Ein wahres Recht zu solchen nationalen Freudenfesten, ein Recht, olympische Feste zu feiern wie das alte Griechenvolk, das haben wir uns allerdings erst verdient, wenn wir mit Anstrengungen und Kämpfen dasjenige glücklich durchgeführt haben, an dessen Anfängen wir jetzt noch arbeiten. Aber wir wollen nicht verurteilen, was da zur Erscheinung gekommen. Wir wollen diese Ausbrüche nationalen Jubels freudig hinnehmen als ein Zeichen, daß trotz äußerer Erfolglosigkeit und jahrelangem Mühen der Deutsche nicht ermattet in der Hoffnung und Zuversicht. Es ist etwas Erhebendes, wie das Gefühl der Sicherheit, das Bewußtsein des endlichen Sieges gewachsen ist unter uns Deutschen. Diese siegreiche Zuversicht, wir wollen sie offen hier ausdrücken vor Freund und Feind. Die Zukunft Deutschlands, sie gehört uns, unserm politischen Gedanken; dem Gedanken der Macht und Einheit Deutschlands, dem gehört die Zukunft unsers Vaterlandes. Wir freilich, wir werden zeigen müssen durch die Hingabe unsers ganzen Selbst, durch den heiligen ernsten Willen, durch die vollkommenste Einmütigkeit, daß wir wert sind, an diesem Werke zu arbeiten, und daß wir würdig sind, noch bei unsern Lebzeiten die vollständige Durchführung dieser großen Aufgaben zu erreichen."

Der von Brater verfaßte und von Fries verlesene politische Bericht über das verflossene Vereinsjahr führte wider Erwarten zu einer Debatte, wie sich das Verhältnis zu Deutsch-Oesterreich nach der Verkündung der österreichischen Gesamtstaatsidee gestalten werde. Mit der ihm eignen Dialektik wußte Miquel, der soeben erst von einer politischen Informationsreise aus Oesterreich zurückgekehrt war, die Angriffe abzuwehren: er wies nach, daß dieser österreichische Gesamtstaat, an dessen Neugestaltung unter dem Einfluß der deutschen Rasse er glaube, seine eignen großen Aufgaben habe und eben darum in den deutschen Bundesstaat der Zukunft weder ganz noch teilweise aufgenommen werden könne; aber die Bildung dieses deutschen Bundesstaats liege gerade im Interesse der Deutschen in Oesterreich, die mit diesem mächtigen Rückhalt an ihrem organisierten Bruderstamm erst instand gesetzt würden, ihre weltgeschichtliche Aufgabe zu erfüllen, deutsche Kultur nach Osten zu tragen, die Verbindung mit der Donau und Levante, mit dem Mittelmeer der deutschen Nation zu sichern.

Nach diesem Vorspiel war der erste Punkt der Tagesordnung die kurhessische Frage. Die von Ladenburg (Mannheim) begründete Resolution sprach dem kurhessischen Volke für die Ausdauer im Rechtskampfe und der badischen Regierung für ihr Eintreten am Bundestage die Anerkennung aus. Nach einer langatmigen Rede Welckers wandte sich Schulze-Delitzsch gegen den Vorwurf, daß die nationale Bewegung antimonarchisch sei. Denn das monarchische Prinzip stehe dem nationalen keineswegs entgegen, nur mit dem dynastischen habe es nichts gemein. „Das dynastische Prinzip mit der Forderung des Privateigentums an Völker und Länder, wo die ganze Bevölkerung des Landes als Inventarium der fürstlichen Domäne betrachtet wird, dieses Prinzip, das in unserm 19. Jahrhundert nur die unverschämteste Heuchelei oder der unglaublichste Blödsinn noch aufrechterhalten wollen, das widerspricht dem Gesamtbewußtsein unsrer Zeit. Mit dem haben wir es zu tun, dem sind wir feind. Daß sich dasselbe mißbräuchlich mit dem monarchischen Prinzip gern zu identifizieren sucht, das ist es, was wir bekämpfen, weil es der gefährlichste Dienst ist, den man der Monarchie erweisen kann; denn das heißt, sie mutwillig und ohne Not in Gegensatz bringen mit den geschichtlichen Entwicklungsbedingungen der Völker, ihr ganzes politisches Dasein gefährden."

Erst der zweite Tag wandte sich den beiden Hauptgegenständen der Verhandlung zu. Er wurde durch ein Referat Georgiis über die Bundeskriegsverfassung und die Begründung von Wehrvereinen eröffnet. Schon auf der Koburger Tagung des Vorjahres hatte Rochau die Wehrhaftmachung der Nation als eine der Aufgaben des National-

vereins gepriesen und die militärische Jugenderziehung empfohlen nach dem Beispiel der Helvetischen Militärgesellschaft, indem er der Schilderung „eines schweizerischen Schriftstellers" gedachte — es war das reizvolle Bild, das Gottfried Kellers Meisterhand in den Züricher Novellen soeben gezeichnet. Indem man jetzt die Verbesserung der Bundeskriegsverfassung ins Auge faßte, begann auch Bennigsen sich lebhafter mit dem Gedanken zu beschäftigen, was das Volk selbst, solange der Bund und die einzelnen Regierungen nichts täten, für den vaterländischen Zweck beizutragen vermöchte. Nicht als ob er in den Plänen einer Volksbewaffnung einen Ersatz der stehenden Heere gesehen hätte; als er im hannoverschen Landtag das Konskriptionssystem verurteilte, hatte er sich vielmehr offen dazu bekannt, daß nur durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und eines Systems der militärischen Ausbildung aller waffentüchtigen jungen Leute zu helfen sei (17. Februar 1860). Er wollte also die allgemeine Wehrpflicht und eine Ergänzung dazu, und solange jene in großen Teilen Deutschlands nicht durchgeführt sei, sollte eine private Initiative die militärische Erziehung des Volkes in die Hand nehmen. Man erinnert sich dabei, daß Bennigsens eigner Vater als hannoverscher Militärbevollmächtigter in Frankfurt im Jahre 1848 den merkwürdigen Versuch gemacht hatte, die Scharnhorstschen Ideen gewissermaßen nach der volksmäßigen Seite fortzubilden, um Armee und Volk in eine innigere Beziehung miteinander zu bringen: auch er hatte neben dem stehenden Heer eine Bürgerwehr, die alle Nichteingezogenen und die Reservisten für die Zeit ihrer Beurlaubung umfassen sollte, und für die Jugend einen militärisch geleiteten Turnunterricht mit Exerzierübungen gefordert.[1]) Es ist nicht ausdrücklich überliefert, daß der Sohn diese Gedanken, die der Vater — vielleicht auch er nur vorübergehend, unter dem Eindruck der Volksbewaffnungspläne von 1848 — einst entwickelt hatte, von jenem übernommen hat. Jedenfalls können sie ihm nicht unbekannt geblieben sein, als eine verwandte allgemeine Situation wiederum verwandte Ideen zutage förderte. So war auch er dafür, den Turnunterricht militärisch auszugestalten und insbesondere die Turnvereine, die schon damals sich eine Organisation über ganz Deutschland unter dem Württemberger Georgii in Eßlingen gegeben hatten, für diesen Zweck zu verwenden. Als daher Streit in Koburg einen ersten Versuch machte, stimmte er ihm durchaus zu: „Mit der Errichtung einer Turnerkompagnie bin ich einverstanden. Die Sache ist, wie ich hoffe, von praktischer Bedeutung."[2]) Das mochte heißen: womöglich die ganze Turnerorganisation sowohl

[1]) Siehe oben S. 152 Anm. 1.

[2]) Bennigsen an Streit, 31. März 1861.

für die Sache des Nationalvereins als für diese Wehrhaftmachungspläne zu erobern: der freien politischen Vereinsform eine Art militärischer anzugliedern. Daher versuchte er den Herzog von Koburg für den Gedanken zu interessieren und schrieb am 11. April 1861 an dessen Kabinettssekretär: „Daß der Nationalverein Geld hergibt, ist sehr zweckmäßig. Soll die Sache aber in größerem Umfange ermöglicht werden, so müssen außer den Geldern, welche der Verein zahlt, um die Sache in Gang zu bringen, Gemeindebehörden, reiche Private, womöglich auch wohlmeinende Regierungen sich der Sache öffentlich annehmen. Letzteres hat den großen Vorteil, der Sache in den Augen der Piepmeier jeden bedenklichen revolutionären Beigeschmack zu nehmen. Ein großes Verdienst könnte sich auch hier wieder Ihr Herzog erwerben, wenn er in einer so patriotischen und praktischen Sache mit seinem Beispiel voranginge." [1]) Und gleich darauf: „Auf Georgiis Verhalten und seinen Einfluß bei den süddeutschen Turnern wird aber alles ankommen. Im Königreich Sachsen, in Preußen wird nach dem bekannten Verhalten von Turnvorständen dieser Gegenden schwerlich auf eine starke Mitwirkung zu rechnen sein." [2])

So setzte sich Bennigsen mit Georgii in Verbindung und brachte eine Besprechung mit ihm und Herzog Ernst in Koburg zustande. Nachdem dann in der Frankfurter Ausschußsitzung des Nationalvereins am 18./19. Mai Rochau und Georgii über Maßregeln zur Wehrhaftmachung des Volkes und ein Exerzierreglement für Wehrvereine berichtet hatten, einigte man sich darüber, der Generalversammlung die Angelegenheit zu unterbreiten. Georgii begründete in längerer Rede einen Antrag, mit Rücksicht auf die Mängel der Bundeskriegsverfassung und die Gefahren der Weltlage auch diese wirklich nationale Angelegenheit in die Hand zu nehmen und in jeder möglichen und gesetzlich zulässigen Weise die Bildung von Wehrvereinen zu fördern und auf deren Gleichmäßigkeit in Ausrüstung und Ausbildung hinzuarbeiten. Die Anregung war sehr allgemein gehalten und sprach sich über Zwecke und Art der Ausführung nicht näher aus. Die Debatte erst offenbarte einen starken Gegensatz der Meinungen. Geduldig nahm man hin, daß ein Londoner Nationalvereinsmitglied nichts Geringeres als die englischen Volunteer-Korps als Muster anpries. Als aber der Frankfurter Wirth davon sprach, daß der Druck der allgemeinen Wehrpflicht besonders auf den Armen laste, da erhob sich der Saarbrücker Jordan zu dem mannhaften Bekenntnis, daß in Preußen ein jeder Soldat sei

[1]) Bennigsen an Bollmann, 11. April 1861. Aus Staatsarchiv Gotha, Politische Akte und Korrespondenzen 1861 vol. I (A I 28b 17 B. 1 A Nr. 39).

[2]) Bennigsen an Bollmann, 15. April 1861 (ebenda).

und jeder es als seine schönste Pflicht erkenne, Soldat zu sein; für Preußen wenigstens lehnte er die Wehrvereine ab, nicht zuletzt um den Nationalverein vor dem Verdacht zu bewahren, „daß wir uns selbst eine Armee schaffen wollten, die einmal zu revolutionären Zwecken gebraucht werden könnte: nicht daß ich diese Ansicht hätte, nicht daß jemand von uns so dächte, nein, nur um unsern Gegnern nicht einen Anhaltspunkt in dieser Beziehung zu bieten". Wenn auch nur vereinzelte Radikale heimliche Hoffnungen auf das Experiment setzten,[1]) so hatte die Debatte nunmehr eine rein politische Wendung genommen. So sah sich Unruh sofort, unterstützt von Schulze-Delitzsch und Franz Duncker, zu der Erklärung veranlaßt, daß die Wehrvereine in Preußen nicht durchführbar seien; sein Amendement zu dem Antrag Georgiis beschränkte die Bildung der Wehrvereine auf diejenigen Staaten, in denen die allgemeine Wehrpflicht noch nicht eingeführt sei. Duncker fügte als besonderes Motiv noch hinzu, daß jeder Schritt für die allgemeine Wehrpflicht in ganz Deutschland der preußischen Fortschrittspartei ihren Kampf für die Entlastung des Volkes erleichtere, da ihre Regierung sich darauf berufe, daß bei den Mängeln der deutschen Wehrverfassung Preußen allein befähigt sei, für das gesamte Vaterland einzutreten. Indem nun Georgiis Antrag nur mit der Einschränkung Unruhs zur Annahme gelangte, war die praktische Wirkung schon von vornherein begrenzt. Die tastenden Versuche der Durchführung aber zeigten bald weitere Differenzen; während in Koburg Streit in seiner flugs gegründeten „Wehrzeitung" den Wehrvereinen radikale Formen geben und einen radikalen Geist einflößen wollte, faßten die Bremer ihre Aufgabe in einem mehr konservativ-patriotischen Sinne auf und gaben sich statt des Koburger ein eignes Reglement;[2]) bald hatte Bennigsen in seiner versöhnlichen Art zwischen streitigen Auffassungen zu ver-

[1]) Auf Veranlassung Vollmanns übersandte der Garibaldische Oberst Wilhelm Rüstow Bennigsen am 17. März 1861 einen Organisationsentwurf für eine freiwillige Truppe, welche in gewissen Fällen als Initiativtruppe des deutschen Volkes auftreten könne, um sich dabei zunächst auf die deutsche Turnerschaft zu stützen: „Wenn wir auch alle Kräfte zusammenfassen, werden wir uns doch immer mit kleinen Anfängen begnügen müssen, aber sind diese kleinen Anfänge gut, praktisch, so brauchen wir keine Sorge um ihre Entwicklung zu haben. Im entscheidenden Moment wird die Entwicklung von selbst kommen, hat man bei den Anfängen nur die umfassende Idee nicht vergessen, auf deren Verwirklichung am letzten Ende hingestrebt werden soll."

[2]) Ehmck an Bennigsen, 3. September 1861: „Die neue Turn- und Volkswehrzeitung vertritt mit Entschiedenheit die andre Anschauung, daß aus den Wehrvereinen ein neues deutsches Volksheer hervorgehen würde, dieselben daher nicht im Anschluß, sondern vielmehr im Gegensatz zu den stehenden Heeren ihre Ziele zu erreichen hätten."

mitteln, die eine völlige Gegensätzlichkeit der politischen Endziele bekundeten.[1])

So blieben die Anläufe ohne bleibenden Erfolg. Auch als die Anlehnung an die Turnvereine aufgegeben ward und statt dessen, namentlich seit dem Frankfurter Schützenfest von 1862, die Pflege der Wehrhaftmachung an die neubelebten Schützenvereine fiel,[2]) blieb man von dem erhofften Ziele weit entfernt. Man betrat eine Bahn der Illusionen, auf der man im Lager der Gegner zugleich Spott und Mißtrauen erregte; je mehr der preußische Militärkonflikt in den Mittelpunkt der politischen Situation rückte, desto bedenklicher mußte das unvorsichtige Spiel die Gemüter vollends verwirren, und was ursprünglich einer patriotischen Regung entsprungen war, zu einem Agitationsmittel und einer Philistervergnügung herabwürdigen. Gerade weil die Nation noch dem schwersten Kampfe um das neue Reich entgegenging, lag die Zukunft der Wehrfrage nicht in dieser Spielerei, sondern in einer Rückbildung der Scharnhorstschen Ideen nach dem alten Heerwesen hin, in der in Preußen unternommenen Reorganisation.

Dann gab Schulze-Delitzsch, der im letzten Augenblick für den erkrankten Theodor Lehmann (Kiel) eingesprungen war, ein ausführliches Referat über die schleswig-holsteinische Frage und im Zusammenhange damit die deutsche Flotte.[3]) In dem ersten Teile entwickelte er

[1]) Bennigsen an Streit, 7. September 1861: „Dr. Ehmck in Bremen sandte mir vorgestern das dortige Reglement über die Ausbildung der Wehrmänner. Er sprach dabei die Hoffnung aus, daß in der ‚Wehrzeitung' gestattet sein würde, die Frage zu diskutieren, ob nur ein Reglement für alle oder eine Verschiedenheit nach den Einrichtungen der heimischen Kontingente. Ich sprach schon früher mit Ihnen und den andern darüber, daß es vor allem darauf ankomme, die Wehrvereine in Gang zu bringen. Uebergroß wird der Eifer nicht sein, solange der Krieg nicht näherrückt. Wir haben daher, solange die Schule nicht existiert und ihre Wirkung äußert, wohl Veranlassung, eine gewisse Latitude zu gestatten, damit die Leute nicht bei den ersten Hindernissen der Schwierigkeit, Instrukteure zu finden, kopfscheu werden und die Sache liegen lassen. Mit dem Anzuge ist jedenfalls ein Mißgriff gemacht, da er, wie wir uns schon überzeugen müssen, der deutschen Sitte zu sehr widerspricht."

[2]) Bennigsen lernte auf dem Schützenfest den schweizerischen Nationalrat Oberst Kurz kennen, der ihm am 30. Juli 1862 über das Heerwesen und den militärischen Jugendunterricht in der Schweiz ausführlich berichtete.

[3]) Schulze-Delitzsch an Streit, 16. August 1861: „In der schleswig-holsteinischen Frage handelt es sich nur um die Frage, *wann* und *von wem* sie anzufassen ist, da wir ihren Umfang (Schleswig-Holstein, nicht bloß Holstein-Lauenburg) unlängst festgestellt haben. Sie soll daher *nicht* erledigt werden vom Bundestage, der sie eben auf die letzte Alternative beschränken würde; und sie soll nicht eher angefaßt werden, bis sie mit Erfolg angefaßt werden kann, d. h. bis wir eine *Flotte* haben. Nur so kann ich den Zusammenhang beider Fragen ver-

die bekannte Auffassung des Nationalvereins; da eine Bundesexekution nur dazu führen würde, daß in Schleswig ein wertvolles Glied vom nationalen Körper abgerissen werden würde, so könne allein das Aufbieten der ganzen Nationalkraft, von einer militärischen und diplomatischen Leitung in einer Hand zusammengefaßt, den Kampf mit Aussicht auf Erfolg aufnehmen: „Die Lösung der deutschen Frage ist daher zugleich die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage, Zentralgewalt und Parlament heißt auch hier die Losung." Für die Flotte stellte er ein Programm auf, das der veränderten Situation gemäß mit Bennigsens ursprünglichen Absichten wenig gemein hatte. Während noch im Mai der Vereinsausschuß sich nicht zum offiziellen Eingreifen in die Flottensammlung hatte entschließen können, da ohne Beteiligung der Regierungen doch nichts Bedeutendes geleistet werden könnte, war seitdem die Stimmung für eine Sammlung allgemein geworden, von allen Seiten, auch innerhalb des Nationalvereins, drängte man, daß er die Führung übernehme; das preußische Marineministerium hatte sich zur Entgegennahme der Sammlungen bereit erklärt. Daher schlug auch Schulze jetzt ein Vorgehen vor, das seiner auf freie Selbsthilfe gestellten Natur im Grunde mehr zusagte als die diplomatischen Pläne Bennigsens. Er pries das Volk, das trotz der Enttäuschung der ersten Flottenbewegung von neuem in naturwüchsiger Agitation die Initiative ergreife, und hielt den Zeitpunkt für gekommen, in dem der Verein als solcher, getreu seinem Programm, der nationalen Bewegung in allen ihren Spuren und Zweigen nachzugehen, durch seine Zentralbehörde die Sache in die Hand nehme: „Das Volk hat in dieser nationalen Sache die Initiative ergriffen, und wir, die wir die Verkörperung der Volksinitiative in seinem politischen Leben sein wollen, wir sollten dahintenbleiben?" So schlug er vor, von Vereins wegen Sammlungen zum Bau von Dampfkanonenbooten zu veranstalten, selber mit einer Ueberweisung von 10000 Gulden an den Flottenfonds voranzugehen und zu zeigen, was die geschlossene Disziplin eines Vereines vermöge. Die gesammelten Beträge aber sollten, „da zurzeit eine deutsche Zentralgewalt nicht vorhanden ist, an das preußische Marineministerium abgeliefert werden, mit der ausdrücklichen Bestimmung, die Gelder zum Baue der zum Schutz der deutschen Nord- und Ostseeküsten bestimmten

stehen, wie sie der Ausschuß auf die Tagesordnung gesetzt hat, und in der Flottenfrage ist vor allem zu betonen, daß die deutsche Flotte die preußische ist und umgekehrt. Hier kommt mir meine Danziger Reise zustatten, da ich einen Teil der preußischen Schiffe gesehen und mich über manches unterrichtet, auch den Stand der Dinge im ganzen besser gefunden habe, als ich erwartete."

Boote in den Reihen der preußischen Kriegsmarine zu verwenden"; zugleich aber wurde die Unterstützung der Landesvertretungen und Regierungen für eine Angelegenheit erwartet, „welche niemals durch eine auch noch so große Opferwilligkeit der einzelnen, sondern nur durch die nachhaltige Anstrengung der Finanzkräfte der Staaten zum Ziele geleitet werden kann". Eingehend motivierte er die Ueberweisung an Preußen, das den größten Anteil an der deutschen Handelsflotte besitze und vor allem der einzige Staat sei, der bisher etwas zur Schaffung einer Flotte und zum Schutze seiner Küsten getan habe. Preußen habe gehandelt, trotz der ungeheuren Opfer für das Heer, die das Land neuerdings habe übernehmen müssen, um den gesteigerten Forderungen, wie sie die politische Lage Preußens wie Deutschlands stellten, gerecht zu werden. Was man mit der Ueberweisung der Flottensammlung gebe, sei finanziell genommen außerordentlich wenig: „Aber das, was Sie Preußen damit geben, hat eine weit hinausgreifende Tragweite, einen unberechenbaren moralischen Wert sowohl für Preußen wie für Deutschland, es ist die Stärkung Preußens zu seinem Vorgehen in der deutschen Sache, es ist der Druck, den Sie durch solche Konstatierung des Volkswillens auf die Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten üben, der Sporn für die preußische Regierung selbst, dessen sie in ihrer von allen Seiten angefeindeten Lage so sehr bedarf. Man spricht soviel von der Werbung um die Braut, um Preußens Vorgehen in Deutschland um den Preis der Hegemonie zu bezeichnen. Lassen Sie die Braut dem Werber diese kleine Gabe bieten, ich glaube, sie bringt der Braut eine schöne Gegengabe. Das erste Schiff, welches die deutsche Nation der preußischen Marine zuführt, möchte leicht die preußische Marine zu einer deutschen machen helfen!"

Nachdem dann Rickert (Danzig) mit pathetischer Wärme Schulzes Antrag unterstützt hatte, betrachtete Unruh die Angelegenheit noch einmal von einem allgemeinen politischen Standpunkt. Er legte dar, daß Preußen, seitdem die politische Lage Europas durch Napoleon verschoben sei, auf keine Großmacht als Bundesgenossen rechnen dürfe. „Nichtsdestoweniger ist Preußen nicht verlassen; Preußen kann einen Alliierten haben, einen ausdauernden, tüchtigen Alliierten, und gerade denjenigen Alliierten, der Louis Napoleon sehr gefährlich ist; dieser allein mögliche Alliierte für Preußen ist das deutsche Volk." Es war sein Lieblingsgedanke, den er auch in diesem Augenblicke mehr an die preußischen Staatsmänner als an den Nationalverein richtete. Er entwickelte, wie in dem preußischen Staate die Organisationen des absoluten, des ständischen und des konstitutionellen Staates unversöhnt nebeneinander ständen und die einzige Versöhnung im Rechtsstaate liege. „Nicht durch Proklamationen,

nicht durch Reden, sondern durch Taten wird die Versöhnung herbeigeführt. Indem Preußen dem übrigen Deutschland tatsächliche Garantien gibt, daß es sich nicht um eine vorübergehende Phase, sondern um dauernde Zustände handelt, in demselben Augenblick wird Deutschland ganz auf seiner Seite sein."

So war die Flottensammlung auch nach dem Willen ihrer Urheber in erster Linie ein nationales Leuchtfeuer, das der preußischen Politik den Weg weisen sollte, ein Symbol und ein Sporn der nationalen Agitation: niemals dachte man daran, mit diesen Geldsummen selbst etwas Wesentliches für eine wirkliche Flotte zusammenzubringen. Was damals nur mißgünstiger Spott der Gegner erfand, hat sich später leider in der Erinnerung auch wohlmeinender Freunde verschoben. Der Ertrag der allein vom Nationalverein veranstalteten Sammlung kam ungefähr dem Gesamtergebnis der Sammlung von 1848 49 gleich: während schon bis Anfang 1862 im ganzen 80 000 Gulden an das preußische Marineministerium abgeliefert werden konnten,[1]) belief sich der Betrag der nicht abgelieferten, sondern für andre Zwecke zurückgehaltenen Summe mit Zinsen im August 1865 auf 106 527 Gulden.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung betraf die Vertretung der deutschen Industrie auf der Londoner Weltausstellung von 1862. Ein von Reuß (Nürnberg) motivierter und von mehreren Londoner Nationalvereinsmitgliedern unterstützter Antrag forderte, daß die Ausstellungsgegenstände aus dem deutschen Bundesgebiet nicht in der kläglichen Zersplitterung wie im Jahre 1851, sondern als ein zusammengehöriges Ganze unter Oberleitung einer gemeinsamen deutschen Kommission aufgestellt würden. Der Kronprinz von Preußen als Ehrenpräsident der preußischen Kommission hatte bereits durch Max Duncker eine Eingabe des Londoner Nationalvereins als ein wertvolles Zeugnis deutscher Gesinnung begrüßt und in Aussicht gestellt, daß die deutschen Zollvereinsstaaten als ein geschlossenes Ganze auftreten würden. Auch die Beschränkung auf den Zollverein befriedigte die Nationalpartei noch nicht. Wirtschaftliche Erwägung und mehr noch nationales Selbstbewußtsein wirkten auch in dieser Frage zusammen.

Als Bennigsen die zweite Generalversammlung mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland und seine Zukunft schloß, sprach er befriedigt davon, daß man von der bloßen Formulierung theoretischer Programme zu praktischer nationaler Erziehungs- und Agitationsarbeit

[1]) Auf die ersten Verhandlungen des Nationalvereins mit dem Marineministerium bezieht sich anscheinend eine Briefstelle Bennigsens an Streit, 10. September 1861: „Unruh hat über seine Verhandlungen in Berlin ganz günstigen Bescheid gegeben."

fortschreite, vielleicht schon in dem Gefühl, daß das selbständige Voranschreiten der Nation aussichtsvoller sei als allein das Warten auf günstige diplomatische Aktionen der preußischen Regierung: „Wir haben jetzt die Gewißheit, daß wir einmütig zusammenhalten werden, was auch in Deutschland geschehen möge."

Inzwischen ging in Preußen die Leitung der Geschäfte in andre Hände über. Im Laufe des Sommers hatte sich der Rücktritt Schleinitzens entschieden. Zu seinem Nachfolger war der bisherige Gesandte in London, Graf Albrecht von Bernstorff, in Aussicht genommen worden. Durfte die Nationalpartei von dem neuen Manne die Energie erwarten, deren Mangel sie seinem Vorgänger stets vorgeworfen hatte?

Bernstorff bezeichnete sich als einen Konservativen, der aber die Notwendigkeit gewisser liberaler Maßregeln einsehe, und insbesondere in der deutschen Frage scheute er vor einem weitgehenden Endziel nicht zurück. Noch in London hatte er auf Befehl des Königs den Entwurf einer neuen Verfassung für Deutschland auf der Grundlage eines Bundesstaats mit Ausschluß Oesterreichs ausgearbeitet.[1] Jetzt lag ihm ein von Roggenbach entworfener Plan vor, der auf einen neben Oesterreich aufzurichtenden Sonderbund mit preußischer Zentralgewalt und einem aus Volkswahlen hervorgegangenen Parlament hinauslief; der Beitritt sollte dem freien Ermessen jeder einzelnen Regierung anheimgestellt werden.[2] König Wilhelm, dem im September 1861 dieser Plan von dem Großherzog Friedrich in Ostende unterbreitet wurde, stimmte ihm zu, und auch Bernstorff erwies sich, während Schleinitz die Sache von sich gewiesen hatte, diesem Vorgehen geneigt: er trat unter diesem Zeichen sein Amt an. Demgemäß bezeichnete er in einer Denkschrift, die er dem König noch vor Antritt seines Amtes vorlegte, als Ziele der deutschen Politik Preußens nicht nur die militärische Führung (außerdem Beiträge der deutschen Staaten zur preußischen Marine) und die diplomatische Vertretung, sondern auch „eventuell" — jedoch erst nach Einsetzung der preußischen Reichsexekution — ein gemeinschaftliches Parlament in Berlin, bestehend aus Ausschüssen aus dem preußischen Landtage und den Kammern der andern deutschen Länder; als Gegengabe wollte er Oesterreich Allianz und Garantie aller Besitzungen bieten.[3]

[1] Zuerst mitgeteilt in der Zeitschrift von R. Schramm, Ad liberos in Germania omnes (Mailand 1873). Ringhoffer, Im Kampfe für Preußens Ehre. Das Leben des Grafen Albrecht von Bernstorff, S. 415.

[2] A. Dove, Großherzog Friedrich von Baden, S. 97.

[3] Ringhoffer a. a. O., S. 424 f.

Kurz zuvor hatte auch Bismarck auf Geheiß des Königs eine Denkschrift über die Lösung der deutschen Frage eingereicht, die auch zu dem Schlusse kam, „vielleicht sei eine nationale Vertretung des deutschen Volkes bei der Bundeszentralbehörde das einzige Bindemittel, welches den divergierenden Tendenzen dynastischer Sonderpolitik ein ausreichendes Gegengewicht zu geben vermöge", und als minder aussichtslos zunächst das Hinarbeiten auf ein Zollparlament empfahl.[1]) Man sieht, wie weit die Werbekraft der vom Nationalverein vertretenen politischen Ideen bereits hinaufreichte: sie hatte sich dieser konservativen preußischen Staatsmänner schon derart bemächtigt, daß sie sich mit ihnen ihrem Könige zur Leitung der Geschäfte empfahlen. Wenn Worte Taten wären, hätte ein Zusammenarbeiten des Nationalvereins und des Ministeriums Bernstorff vor der Tür gestanden. Dafür freilich sollte dem redlichen und patriotischen Minister doch „das entscheidende Quantum Eisen im Blute" fehlen.[2])

Die politischen Anschauungen Bernstorffs waren damals zwar nicht in die Oeffentlichkeit gedrungen, aber Bennigsen nicht unbekannt geblieben. Ein ehemaliger Achtundvierziger, der lange im Auslande gelebt hatte und jetzt wieder an der preußischen Politik sich zu beteiligen gedachte, Rudolf Schramm, ein gemäßigter rheinischer Liberaler, spielte den Vermittler; er war von Bernstorff in Ostende ins Vertrauen gezogen[3]) und beeilte sich, nicht ohne Auftrag des Ministers, die frischerworbene Kenntnis mit sanguinischer Hast zur Kenntnis Bennigsens und des Herzogs Ernst zu bringen.[4]) Er schildert in einem viel späteren Schreiben an Bennigsen seine damalige Rolle:[5])

„Im Herbste 1861 unternahm ich eine Reise nach Gotha zu dem alleinigen Zwecke, um dem dort versammelten Ausschusse des Nationalvereins und Ihnen als dem Präsidenten desselben Kenntnis von den Grundzügen eines deutschen Reformplans zu geben, mit dessen Ausführung König Wilhelm seinen Gesandten in London, den Grafen Bernstorff, ihn an die Spitze der Regierung berufend, beauftragt hatte,

---

[1]) Bismarck-Jahrbuch III, S. 193 ff.

[2]) Nach dem treffenden Ausdrucke Fr. Meineckes, G. G. A. 1907, Nr. 7.

[3]) Gedenkblatt an Rudolf Schramm, Mailand 1883 (als Manuskript gedruckt), S. 48.

[4]) R. Schramm an Streit, Ostende, 15. September 1861: „Die Gesinnung des Königs in betreff der deutschen Frage ist in diesem Augenblick von der Art, daß sie zu großen Hoffnungen berechtigt."

[5]) Preußischer Generalkonsul Rudolf Schramm an Bennigsen, Mailand, 21. Dezember 1875. Schramm wollte damals diese Vorgänge historisch behandeln und erbat sich dazu Bennigsens Zeugnis; ob es ihm gegeben wurde, ist mir unbekannt.

und wovon mir Graf Bernstorff in Ostende mit dem ausdrücklichen Wunsche Mitteilung gemacht, daß ich in zuverlässigen patriotischen Kreisen dem Plane Freunde zu werben suchen möge. Sie nahmen meine Aussage kühl auf. Dies veranlaßte mich, um eine Audienz bei Seiner Königlichen Hoheit dem Herzog Ernst von Sachsen-Koburg-Gotha zu bitten. Da ich denselben von des Königs, dem Grafen Bernstorff zur Ausführung anvertrauten Plane genauer unterrichtet fand, als ich selbst war, ging ich zu Ihnen zurück, Sie ersuchend, sich beim Herzoge die Bestätigung meiner Aussage zu holen. Dieses taten Sie, und in einer eine Woche später von Ihnen in Braunschweig gehaltenen öffentlichen Rede verwerteten Sie die neu eingetretene Konjunktur, anerkennend, daß die damalige preußische Regierung in betreff der deutschen Frage von einem Geiste beseelt sei, der vertrauensvolles Entgegenkommen verdiene. Da Graf Bernstorff mit des Königs Projekte aber nicht vortrat, verhallten Ihre Worte, wie diejenigen aller andern, welche dem Plane zu dienen bereit waren, wirkungslos. Ich sprach nach dieser Zeit Graf Bernstorff wiederholt, und jedesmal versicherte er mich, daß der König entschlossener wie je an dem Plane festhalte. Einmal schlug ich ihm eine Maßregel vor, deren Zweck darin bestand, der Bestrebung und Tätigkeit des Nationalvereins die offizielle Sanktion der preußischen Regierung zu verleihen. Das führte zwar zur Spannung, vielleicht zu einer Art von Bruch mit Oesterreich und seinen Klienten im Deutschen Bunde, schien mir aber unerläßlich. Der Graf lehnte den Vorschlag ab, und da ich nun zu wissen glaubte, daß er zu gar nichts in der Sache, was einem selbständigen Vorgehen, einer Tat ähnlich sähe, sich entschließen werde, besuchte ich ihn nicht wieder. Bald kam dann das preußische Bundesreformprojekt vom 15. Oktober 1861, und es folgten die identischen Noten vom 2. Februar 1862. Graf Bernstorff hatte Fiasko gemacht. Bei Gelegenheit meiner vorerwähnten letzten Unterredung mit ihm äußerte er, daß er gern bereit sein werde, Sie zu empfangen; worauf ich entgegnete, daß ich Ihre desfallsige Ansicht nicht kenne. Doch hielt ich mich verpflichtet, Ihnen diese Aeußerung des Ministers einfach mitzuteilen. Ob Sie den Minister gesprochen, weiß ich nicht, da mir die Ehre eines weiteren Verkehres mit Ihnen oder mit ihm nicht zuteil geworden ist."

Bennigsen brachte dem Vermittler, der seinen Eintritt in die Politik mit einem Angriff auf die Fortschrittspartei eröffnen wollte, persönlich wenig Vertrauen entgegen.[1]) Die Absichten Bernstorffs dagegen be-

[1]) Bennigsen an Streit, 19. November 1861: „Von Herrn Schramm erhielt ich zwei Briefe aus Berlin und bin sehr geneigt, ihn danach für einen gefährlichen Schwätzer und Projektemacher zu halten. Wenn er also Ihnen mit Manu-

urteilte er wenigstens in der ersten Zeit nicht ungünstig, und er war sogar geneigt, den Roggenbachschen Plan, wenn er wirklich zur Durchführung gelangen sollte, zu unterstützen: er enthielt zwar nicht das ganze Nationalvereinsprogramm, aber er konnte ein Schritt auf dem Wege zu demselben Endziel werden.

Bennigsen an Lammers.

Bennigsen, 7. Oktober 1861.

Ihr Vorschlag hinsichtlich des Herrn Glogau[2]) hat gewiß Anspruch auf Berücksichtigung. Wie Sie wissen oder hiermit vertraulich erfahren mögen, haben wir in England bereits seit dem Frühjahr einen deutschen Professor an einem College engagiert, welcher eine größere Anzahl von Provinzialblättern und auch bereits ein größeres Londoner Blatt mit Artikeln in unserm Sinne versorgt, auch regelmäßige Verbindungen mit Politikern, selbst namhaften Parlamentsmitgliedern unterhält, um sie für die schleswig-holsteinische Sache aufzuklären und zu gewinnen. Derselbe erhält dafür einen Pauschsatz. Eine ähnliche Einrichtung ließe sich mit Herrn Glogau auch treffen. Die Beziehungen zu Schweden werden bald sehr wichtig sein, und ich fürchte, daß in Berlin, nach einigen kleinen Anläufen in früherer Zeit, durch die Diplomatie wenig in dieser Richtung geschieht. Ich ersuche Sie also, mit Herrn Glogau über die Sache Rücksprache zu nehmen und sich von ihm bestimmte Vorschläge zu erbitten, wie er glaubt, in der schwedischen Presse und auf schwedische Publizisten oder Politiker einwirken zu können.

Vorgestern abend haben wir in Hannover acht oder neun Braunschweiger und Wolfenbütteler bei uns in der Georgshalle zu einem Souper gehabt. Diese Annäherung ist von gutem Erfolge gewesen und wird hoffentlich zu regelmäßig — etwa alle zwei bis drei Monate wiederkehrenden Zusammenkünften führen.

---

skripten kommen sollte, wie er in Aussicht stellte, so sehen Sie sich zweimal vor. Der Versammlung in Halle hat er beigewohnt und äußerte sofort nach derselben die Absicht, gegen Schulze zu schreiben, weil derselbe sich zu mißtrauisch über die Fürsten ausgelassen habe."

[2]) Lammers hatte den Norweger Glogau, „der ganz zu den Unsrigen gehört", zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung Schwedens empfohlen. Vgl. auch Bennigsen an Streit, 12. Oktober 1861: „Die skandinavischen Verhältnisse werden hier nächstes Jahr sehr wichtig werden. Schweden hat bei dem Auflösungsprozeß Dänemarks meiner Ansicht nach ein mit dem deutschen im wesentlichen übereinstimmendes Interesse. Es wird suchen, Kopenhagen und die Inseln zu gewinnen für eine Inkorporation, mindestens für eine Union. In letzterer kann es Dänemark nicht zu stark wünschen und wird daher über Schleswig gewiß sich beruhigen lassen."

Der König sucht neuerdings alle Elemente heranzuziehen, welche noch etwas Hoffnung geben für den welfischen Partikularismus. Außer Münchhausen und Bennigsen hat er bei Gelegenheit der Ernst-August-Feier zum erstenmal auch wieder Windthorst und Theodor Meyer bei sich gesehen. Zachariä[1]) ist in Norderney mit Komplimenten und Auszeichnungen überschüttet und hat zum Abschied die Versicherung des Königs erhalten, daß er sich freuen würde, nächstens seine Wahl zum Prorektor zu bestätigen! Warnstedt hatte vorher ein angeblich 30 Bogen langes Memoire ausgearbeitet und dem Könige übergeben, in welchem Zachariäs Verdienste für konservative Grundsätze an der Hand der Vergleichung mit den gefährlichen Lehren von Mohl, Bluntschi, selbst Stahl, geltend gemacht waren. Egestorff[2]) ist ganz bezaubert von der Einsicht und Liebenswürdigkeit des Königs, welcher ihn nach Norderney kommen ließ und sich dort für die Bahn Linden—Steinkrug—Deister entschied, zurückgekehrt. Er war vorläufig so über sich hinausgeraten, daß Albrecht nur noch eben seine Mitwirkung für das Komite behufs der Welfenflotte hat verhindern können. Mit dem persönlichen Eindruck des Fürsten auf Bürgerliche hat es doch etwas sehr Merkwürdiges. Ich halte es wirklich für einen der wenigen Vorzüge, welche wir Edelleute in der Politik noch haben, daß es uns ziemlich natürlich ist, bei solchen persönlichen Bezügen „kühl bis ans Herz hinan" zu bleiben.

Bennigsen an Reyscher.

Bennigsen, 3. November 1861.

Es würde auch mir sehr erwünscht sein, mit Ihnen mündlich die Flottenangelegenheit zu verhandeln. Ließe sich von den süddeutschen Ständeversammlungen in dieser Sache nicht eine Bewilligung von Geldmitteln erreichen? Wenigstens sobald die Hansastädte oder doch Bremen ihren Vertrag mit Preußen abgeschlossen haben und die Süddeutschen sehen, daß es im Norden wirklich Ernst in der Sache wird. Es werden in den nächsten Wochen sowohl von Würzburger als von liberaler Seite Anträge an die Regierungen resp. den Bundestag in der deutschen Reformfrage erwartet. Wir werden vermutlich noch vor Neujahr in der Lage sein, uns öffentlich darüber erklären zu müssen, welche Stellung wir — natürlich ohne unser Programm als letztes Ziel aufzugeben — zu solchen transitorischen Experimenten einnehmen wollen. Brater ist in letzter Zeit schon mit Andeutungen herausgerückt, daß man,

[1]) Der Göttinger Staatsrechtslehrer, der seit langem mit Bennigsen befreundet war, vgl. S. 159.

[2]) Ueber die Teilnahme dieses hannoverschen Großindustriellen am Nationalverein vgl. S. 469.

solange in Preußen keine Initiative sei, alles, was geboten würde, als Abschlagszahlung akzeptieren und auf solcher Grundlage weiterarbeiten müsse.[1]) Ich habe mich — dies ist aber vertraulich — in ähnlicher Weise gegen J. Fröbel ausgesprochen, welcher mich vorige Woche aufsuchte.

Bennigsen, 21. November 1861.

Sie haben vollkommen recht, lieber Freund, daß wir keine Veränderung in unserm politischen Programm vornehmen dürfen. Das ist auch nicht meine Absicht und auch schwerlich die Braters. Eine andre Frage ist aber die, ob wir in jedem Augenblick, bei einer von andrer Seite beabsichtigten Reform, uns negierend oder gar widerstrebend verhalten dürfen, wenn nicht auf einen Schlag das Ganze zu erlangen ist. Dabei müssen wir doch wohl erwägen, daß eine ausreichende Einmütigkeit über die von uns aufgestellten Ziele in der Nation noch lange nicht vorhanden ist, daß ferner, eine solche vorausgesetzt, die Absicht, mindestens die Energie fehlt, auf lange Zeit auch die Möglichkeit, den widerstrebenden Fürsten unser Programm sofort im ganzen aufzuzwingen. Die einmal betretene Bahn können wir freilich nicht mit einer andern Richtung vertauschen. Es wird aber noch geraume Zeit verstreichen, bis wir das letzte Ziel erreicht und gegen jeden Rückschlag gesichert haben. Alles, was ein wirklicher Fortschritt auf diesem Wege ist oder vorhandene Schwierigkeiten und Hindernisse beseitigt, werden wir mit Freuden hinnehmen und die gewonnene Position benutzen, um auf unserm Wege weiter vorzudringen. Gesetzt, es werde die badische Regierung in Uebereinstimmung mit Koburg und

[1]) In ähnlichem Sinne sprach sich Bennigsen am 16. November in einer Versammlung in Braunschweig aus, bei der die Führer der hannoverschen Liberalen den braunschweigischen Besuch in Hannover erwiderten. Er hob das Bedürfnis einer einheitlichen Zentralgewalt und eines deutschen Parlaments hervor, wies zugleich aber auf die Schwierigkeiten hin, die der Durchführung dieser Forderung noch entgegenständen, und warnte deshalb davor, daß man — was der Nationalverein mit richtigem politischem Takte stets vermieden habe — *sofort* eine Erfüllung des Ganzen oder nichts zu erstreben habe. Es sei Aussicht vorhanden, daß patriotisch gesinnte Regierungen der deutschen Reform sich *ernstlich* annehmen würden. Man werde in der Nation auch einen Anfang der Ausführung des Programms des Nationalvereins mit Freuden begrüßen, das, was auf dem Wege zum letzten, stets festzuhaltenden Ziele aufrichtig und ernstlich geboten werde, annehmen und auf dieser neugewonnenen Grundlage weiterarbeiten müssen. Solche großartigen Umgestaltungen, wie sie Deutschland sich zur Aufgabe gestellt, erforderten mehr Zeit als wenige Jahre, und nur doktrinäre Torheit oder politische Unreife würde die Anfänge entschiedener Besserung zurückweisen, wo mit einem Schlage eine vollständige einheitliche Gesamtverfassung Deutschlands nicht zu erreichen sei.

Weimar nicht allein, sondern auch mit Preußen ein Programm aufstellen, ähnlich der Unionsverfassung von 1849, mit einheitlicher Zentralgewalt und Fürstenkollegium, statt des aus der Bevölkerung gewählten Parlaments aber ein solches durch die einzelnen Ständeversammlungen gewählt, vorschlagen, so werden wir solche Vorschläge, ohne in Widerspruch mit unsern Plänen zu kommen, sehr gut unterstützen können. Vorausgesetzt natürlich, daß wir nicht bloß fromme Wünsche, sondern ernstliche Vorsätze, die entgegenstehenden Hindernisse zu beseitigen, bei diesen Regierungen und namentlich auch bei der preußischen annehmen.

Ueber Fröbels[1]) Besuch teile ich Ihnen — zu diskreter Benutzung natürlich — folgendes mit.

Er kam auf mein Gut gefahren, während ich gerade bei einem Taufessen beschäftigt war, wollte deshalb nicht bleiben und verabredete eine Zusammenkunft in Hannover, wohin ich den folgenden Tag fuhr. Seine Mitteilungen bestanden im wesentlichen in folgendem: Eine Reform der deutschen Verfassung sei unvermeidlich; soweit habe er seine Ansicht seit zwei Jahren wesentlich geändert. Die Wirkung des Nationalvereins selbst in den Würzburger Hofkreisen sei so bedeutend, daß der Gedanke, alles Bestehende zu halten, aufgegeben sei. Er sei längere Zeit in Oesterreich gewesen und habe mehrfach mit Schmerling verhandelt. Dieser sei bereit zu einer Reform auf Grund der Triasidee. Ein solcher Plan werde bei den meisten Deutsch-Oesterreichern

[1]) Julius Fröbel erzählt über den Besuch, den er auf Anregung Onno Klopps in Bennigsen machte, in seinen Memoiren („Ein Lebenslauf" II, S. 138—139) das folgende: „Um Herrn von Bennigsen aufzusuchen, fuhr ich nach seinem Landsitz, dem Rittergut und Dorf Bennigsen, hinaus. Ich traf dort in ein Familienfest und nahm die Einladung zu bleiben natürlich nicht an. Tags darauf erhielt ich einen Gegenbesuch, und volle vier Stunden, von mittags zwölf bis nachmittags vier Uhr, dauerte unsre politische Unterredung, deren Ergebnis sich dahin zusammenfassen läßt, daß ich zum Schluß sagte: ‚Wir wollen beide dieselbe Sache auf verschiedene Weise und mit verschiedenen Mitteln — Sie sind Unitarier, ich bin Föderalist; Sie rechnen dabei auf Preußen, ich auf Oesterreich; beide Mächte sind uns nur Mittel zum Zwecke. Der Erfolg allein kann entscheiden, wer von uns beiden den richtigen Weg geht und auf diesem sein Ziel erreicht.' Ich erinnere mich nicht, mit einem Manne von abweichenden politischen Ansichten eine so angenehme Auseinandersetzung gehabt zu haben wie die mit Bennigsen, und ich hoffe, daß die Achtung, welche er bei mir zurückließ, eine gegenseitige gewesen sei. Er hat den Vorteil, recht behalten zu haben. — Zufällig war gleichzeitig mit mir Herr Windthorst von Osnabrück in Hannover anwesend und wohnte im gleichen Gasthause. Unmittelbar vor dem Besuch Bennigsens hatte ich jenen besucht, und am Abend kam er, und wir hatten eine lange und sehr vertraute Unterredung über die Lage der Dinge in Hannover und die Stellung der Parteien des Landes in der deutschen Sache."

Unterstützung finden. Er sei ferner geteilt von sämtlichen Bayern mit ganz geringen Ausnahmen, von einem großen Teile Württembergs und Badens und würde in den mittel- und norddeutschen Staaten bei den Höfen und konservativen Kreisen Beifall finden als das einzige Mittel, Oesterreich im Bunde zu halten und der preußischen Herrschaft zu entgehen. Er sei zu mir gekommen, weil er gehört habe, daß ich Großdeutscher sei, wenigstens gegen das Hinauswerfen Oesterreichs. Herr von Beust und andre würden so entschiedene Schritte tun, daß wir uns bald von dem Ernste solcher Versuche würden überzeugen können. — Ich habe ihm erwidert: Großdeutscher in dem angenommenen Sinne sei ich durchaus nicht; einen Bundesstaat mit einheitlicher Leitung im Parlament hielte ich für durchaus erforderlich, ein Verhältnis mit Deutsch-Oesterreich auf einer andern Grundlage als der des bisherigen Staatenbundes hielte ich für unmöglich. Ein solches Gerücht über mich würde wohl daher rühren, daß ich bei verschiedenen Gelegenheiten mich entschieden gegen preußische Annexionsgelüste und gegen die Mainlinie ausgesprochen, auch veranlaßt habe, daß im Jahre 1859 die hannoversche Zweite Kammer sich einstimmig für den Krieg gegen Frankreich zur Unterstützung Oesterreichs erklärt habe. Ich sei auch noch den Bestrebungen entgegen, welche es zwischen Norddeutschland und Oesterreich zum Bruch treiben wollten, und halte an der Meinung fest, daß Oesterreich sich bald von der Unmöglichkeit überzeugen werde, mit seinen ruinierten Finanzen und revolutionierten Provinzen das Zustandekommen eines einheitlichen Bundesstaates in Deutschland zu hindern, und froh sein könne, mit diesem neuen Bundesstaat das alte Verhältnis des Staatenbundes für Deutsch-Oesterreich und ein gutes merkantiles und politisches Verhältnis für sein ganzes Reich aufrechtzuerhalten oder zu begründen. Daneben habe ich seine tatsächlichen Angaben bestritten. Oesterreich wolle gar nicht ernstlich die Trias, sondern einfach das alte, oder, wenn das unmöglich sei, eine Teilung mit Preußen nach der Mainlinie à la Kaiser Joseph. Für die Trias werde nur der bayrische Partikularismus in den altbayrischen Provinzen und möglicherweise die ultramontane Partei in ganz Deutschland zu gewinnen sein. Beust, Pfordten, Linden und Genossen würden jeden Reformvorschlag im Keim ersticken, der nicht ihren Namen führe. Wenn die Mittelstaaten ernstliche Reformen ohne die preußische Zentralgewalt beabsichtigten, so würde conditio sine qua non des Gelingens sein, daß sie anständigeren Händen eine solche Arbeit anvertrauten und zunächst mit ihrem eignen Unrat aufräumten. Ich und meine Freunde könnten keine Pläne unterstützen, die mit unserm Programm in Widerspruch ständen. Wenn aber von preußischer Seite nichts geschehe und

von österreichischer und mittelstaatlicher Seite durch achtbare Männer am Staatsruder wirkliche Verbesserungen in den Rechtszuständen und teilweise Reformen der Bundesverfassung durchzuführen versucht würden, so werde das deutsche Volk dem schwerlich entgegentreten. Ich hielte aber solch ernste Versuche von jener Seite für Illusion, und jedenfalls müßten wir das lediglich diesen Herren überlassen, ihr Heil zu versuchen, und würden unsre Stellung je nach den Umständen einnehmen, unser Programm jedenfalls so lange aufrechterhalten, als wir uns nicht tatsächlich von der Unrichtigkeit oder Unmöglichkeit der Voraussetzungen überzeugt hätten, auf denen dasselbe beruhe. Und dazu sei wenig Aussicht, da die abgelaufenen zwei Jahre mich und andre nur mehr in der Ueberzeugung von der Richtigkeit der gemachten Voraussetzungen hätten bestärken müssen, u. s. w.

Fröbel ging von Hannover nach Bremen und von da nach Berlin. Allein noch glaube ich, daß er direkt von Schmerling abgesendet ist, um die Stimmung in Deutschland zu sondieren und eine zuverlässige Meinung nach Wien darüber zurückzubringen, ob es für Oesterreich geraten bleibt, lediglich zu warten wie 1848/49, bis daß es selbst wieder zu Kräften gekommen ist, und vorläufig alles beim alten zu erhalten, oder ob die Dinge schon so weit sind, daß Oesterreich direkt oder durch seine Vasallen mit bestimmten Vorschlägen hervortreten, dieselben eine Zeitlang unterstützen, damit unsre Pläne durchkreuzen, die Stimmung der Bevölkerung teilen müsse. Das Ganze in der Hoffnung, daß die Angst oder das Ungeschick in Preußen alles verwirren und verderben und inzwischen Oesterreich wieder so weit erstarken werde, daß es allein oder mit fremder Hilfe Deutschland wieder wie vormals die Bedingungen seines Daseins vorschreiben könne, welche ihm, Oesterreich, wahrhaft zusagen.

Baden wird, wie Sie wissen werden, in dieser Zeit wohl mit seinen Vorschlägen hervortreten und freie Konferenzen zur Beratung der Bundesreform fordern. Bernstorff hat sich schon in Ostende, wo Roggenbach war, für die Reform erklärt. Auch der König hat in einem Konseil, welchem er in Ostende in Gegenwart Roggenbachs präsidierte, den dringenden Wunsch ausgesprochen, daß Baden nicht bis zur Krönung in Königsberg warten möge. Sonst könne Schmerling zuvorkommen!! Schleinitz hat sich aber in den letzten Wochen seiner elenden Amtsführung noch weniger auf Unternehmungen einlassen wollen als früher. Und so ist die Sache bis in die neueste Zeit liegengeblieben. Verhandlungen mit andern mittleren Staaten haben auch Badens Vorgehen anscheinend noch einige Wochen verzögert. Jetzt ist aber die badische Zirkulardepesche an sämtliche

deutsche Regierungen wohl bereits abgegangen oder geht doch in diesen Tagen ab. (Diese Dinge sind, wenigstens soweit der König hineinspielt, vertraulich.)

Bennigsen an Lammers.

Bennigsen, 26. November 1861.

Inzwischen hat sich wohl die unlängst besprochene Angelegenheit mit Herrn Glogau entschieden. Bei der Korrespondenz an die skandinavischen Blätter und den anzuknüpfenden persönlichen Verbindungen ist natürlich zu unterscheiden zwischen der Aufklärung des nordischen Publikums über die politischen Tatsachen und deren wahre Bedeutung in Deutschland einerseits und der beabsichtigten Uebereinstimmung der Ueberzeugungen über gemeinsame politische Interessen, Lösung der schleswig-holsteinischen Frage, Allianz gegen Rußland, gemeinsames Auftreten gegen englische Anmaßungen auf dem Meere u. s. w. anderseits. Hinsichtlich dieses letzteren Teils ist, wenigstens für den Anfang, große Vorsicht vonnöten. Auch darf dabei nicht in Widerspruch mit den Tendenzen der Holsteiner, namentlich Lehmanns, verfahren werden. Mit Lehmann müssen, sobald das Verhältnis eingerichtet wird, entweder von dort oder von hier aus die Grundlinien der Tendenzpolitik verabredet werden. Ich hoffe übrigens, daß eine Korrespondenz „Aus Holstein" in Ihrer Nummer vom 24. nicht von ihm ist. Von einer Erwerbung Jütlands zu sprechen, steht uns nicht zu in einer Zeit, wo die offizielle deutsche Politik Schleswig kaum zu nennen wagt und Holstein durch die Dänen malträtieren läßt. Schleswig-Holstein in einem Kriege mit Dänemark zu erobern, ist gewiß nicht schwer. Wenn aber nicht das Erbrecht der Augustenburger berücksichtigt und irgendeine skandinavische Kombination benutzt wird, so werden wir bei der feindlichen Einwirkung Frankreichs, Rußlands und Englands schwerlich ganz Schleswig in einem Friedensschluß erwerben. Durch den Verlust von Schleswig — selbst wenn Nordschleswig mit Hadersleben, Apenrade, Christiansfeld erhalten bliebe — wird Dänemark politisch und finanziell lebensunfähig. Zieht es dann nicht eine unselbständige, von Petersburg abhängige Existenz vor, was auf die Dauer nicht wahrscheinlich ist, so wird es zur skandinavischen Union unter den Bernadottes mit wechselnder Residenz und Reichsversammlung in Stockholm und Kopenhagen gedrängt. Diese letztere Alternative ist doch gewiß für Deutschland weniger ungünstig als die erstere. (Man müßte denn die Gefahr von russischer Seite für Deutschland wegen der augenblicklichen finanziellen und Bauernbedrängnisse in Rußland dauernd ebenso unterschätzen als sie unter Nikolaus überschätzt ward.) Daß Skandinavien in solcher Zusammensetzung und Macht für Deutschland unter Umständen

gefährlich sein kann, ist nicht zu leugnen. Ein Alliierter, welcher nicht stark genug ist, uns zu schaden, wird uns aber auch nichts nutzen. Wenn wir nur nicht die Torheit begehen, wegen Jütlands einen Streit anzufangen, wie er nun wegen Schleswigs schon tausend Jahre dauert, so werden der gemeinsamen Interessen stets mehr sein als der feindlichen. Um alte Stammesunterschiede zwischen Nordländern und Deutschen, welche gutenteils antiquierter sind als unsre Kämpfe im eignen Deutschland, schere ich mich in jetziger Zeit den Teufel.

Die badische Regierung hätte auch etwas Besseres tun können, als ihre seit Wochen fertige Zirkulardepesche wieder in die Mappe zu legen, Herrn von Beust zu streicheln und mit polizeilichen Reskripten gegen die Wehrvereine einzuschreiten. Vermutlich war der Wind von Berlin her wieder ungünstig und eine Unterstützung von dort her, wie sie in Ostende und später zugesagt war, wieder zweifelhaft geworden. Daß übrigens bei diesen Zusagen die Furcht vor Schmerlings Kunststücken das Beste getan, werden Sie wissen. Ihre Zeitungspolitik in den preußischen Dingen ist mir übrigens nicht ganz klar. Das Ministerium hat freilich eine große Schwäche und Torheit gezeigt, indem es durch die „Sternzeitung" und teilweise eigne Erlasse gegen die deutsche Fortschrittspartei aufgetreten ist. Was nutzt es aber als einen prinzipiellen Bruch zu charakterisieren, was aus innerer Haltlosigkeit und der Verlegenheit und Angst der jetzigen Situation am Hofe hervorgegangen ist? Diese Männer sind, was sie immer waren. Der Schaden liegt ganz woanders. Das wissen wir ja lange. Durch den Austritt des kläglichsten Subjektes, des Herrn von Schleinitz, ist sogar einiges besser geworden. Die eigentliche Gefahr liegt in den Militärsachen. Ich möchte Sie dabei fast beneiden um die rosige Art, wie Sie die preußische Zukunft unter der Majorität der Fortschrittspartei im Abgeordnetenhause ansehen. Nichts könnte uns erwünschter sein als eine solche Majorität, wenn das konstitutionelle Regiment in Preußen feststände oder gar wenn unsre Freunde eine „regierungsfähige" Partei bildeten. Auch jetzt halte ich das Wahlergebnis mit seinen Wirkungen für einen großen Gewinn, weil es einen dauernden Sieg über den altpreußischen Partikularismus und über den Feudalismus verspricht. Die momentane Gefahr einer Krisis, eines Zurückgehens des Königs für eine Zeitlang, eines Ministeriums Arnim mit allen nachteiligen Folgen in unsern unreifen deutschen und preußischen Zuständen ist aber sehr groß. Namentlich auch deshalb, weil die Fortschrittspartei eine ganz junge Partei ist, ohne Führer von anerkannter großer Autorität, ohne überlieferte politische Praxis, ohne festen — nicht bei einer Hauptabstimmung in Gefahr schwebenden — Zusammenhang unter sich und

mit dem Volke. Die Militärvorlage, das werden Sie mir recht geben, darf weder pure abgelehnt noch pure angenommen werden. Sonst verliert die Majorität entweder alles Vertrauen im preußischen Volke oder riskiert einen offenen Bruch mit dem Könige und eine Gefährdung der äußeren Stellung Preußens. Noch hoffe ich, daß es einer festen und klugen Leitung gelingen wird, dadurch eine Ausgleichung herbeizuführen, daß die Militärfrage nur im innigen Zusammenhang mit der deutschen Frage und der des Herrenhauses gelöst wird. Ein solcher Gewinn würde mit einigen Millionen jährlich nicht zu teuer erkauft sein und zugleich der Furcht vor dem gesteigerten Militarismus den schlimmsten Stachel nehmen. Leicht ist ein Resultat dieser Art aber gewiß nicht zu erreichen, ohne die Besorgnis gegenseitiger Uebervorteilung kaum anders als bei persönlicher Verhandlung des Königs mit den Chefs der Fortschrittspartei; ein Verfahren, wozu an sich schon geringe Aussicht ist.

Glauben Sie aber nicht, daß ich Sie in Ihrer Freude über den raschen Fortschritt einer kräftigen nationalen Gesinnung, namentlich in Preußen, stören will. Es ist das ein Großes und für uns, wenn wir nicht in die alte Gothaer Politik verfallen wollen, das Wertvollste, weil es allein unsre selbständige Grundlage bildet. Immer bildet es aber nur einen der drei großen Faktoren, deren wir für unsre Ziele bedürfen — einmütige, entschlossene Gesinnung im Volk; Wirkung derselben auf die Meinungen und Entschlüsse der Regierungen; günstige europäische Situation. Illusionen über rasche Erfolge dürfen wir nicht aufkommen lassen. Der Rückschlag bei den unvermeidlichen Stockungen und Zwischenspielen würde zu nachteilig sein.

Bennigsen, 18. Januar 1862.

Bei dem Zusammentritt der Ständeversammlung werde ich versuchen, was sich im Interesse Ihres Blattes[1]) tun läßt. Ob von hier viel für Aktien zu erreichen ist, ist mir zweifelhaft. Politische Ansprüche werden im Norden Deutschlands mehr als genug erhoben, aber Anstrengung darf es nicht viel und Geld womöglich gar nicht kosten. Dieser empörende Mangel an wirklichem Verständnis für das, was zu politischen Erfolgen nötig ist, und an wahrer Opferwilligkeit macht es mir oft fraglich, ob das deutsche Bürgertum für die Dauer zur politischen Herrschaft berufen ist. Die moralische Wirkung, auf die sich unsre wohlhäbige Klasse so viel zugute tut, ist eine schöne Sache. Bislang war der Erfolg aber gering gewesen. Und inmitten der kirchlichen und politischen Reaktion auf der einen Seite und der drohenden Arbeiterfrage auf der andern wird der

[1]) Der von Brater und Lammers redigierten „Süddeutschen Zeitung".

deutsche Bürger sich bald entschließen müssen, die unendliche Wertschätzung seiner kostbaren Person und des nervus rerum etwas herabzusetzen, sonst wird er dem wohlverdienten Schicksal des französischen Bourgeois schwerlich entgehen. Feigheit und Geiz sind die verderblichsten Laster für jede politische Partei; für eine Partei aber, welche es darauf angelegt hat, durch ihre allgemeine Haltung — vorläufig also jedenfalls durch bloße Worte — ihren Gegnern zu imponieren, könnte schon der bloße Verdacht solcher Untugenden tödlich werden.

Ueber unsre hannoverschen Verhältnisse werden Sie durch H. genügend unterrichtet sein. Die Verachtung der Regierung und ihrer Persönlichkeiten wächst täglich in auffallender Weise. Vorläufig nutzt uns das wenig, solange die Berliner Erbärmlichkeiten für jeden schlechten Gesellen in einer deutschen Regierung unversiegbare Hoffnungen bieten. Bleiben wir auf unsre eignen Kräfte beschränkt, so werden wir nur auf dem langsamen Umwege der finanziellen Zerrüttung der königlichen Kasse ans Ziel kommen. Darüber können aber noch Jahre vergehen, bis diese Not zu Konzessionen zwingt. Die Verschwendung am Hofe nimmt freilich geometrische Progression an. Beispielsweise will jetzt sogar der König, nachdem Schomer, Kriegsrat Flügge und andre sich geweigert haben, die Forderung für eine fernere Infanteriekaserne in Hannover vor den Kammern zu vertreten, die Kaserne aus der Schatullkasse bauen, falls die Stände, was ich für ziemlich sicher halte, eine so unsinnige Forderung ablehnen. Soviel Geld anzuwenden, um die Offiziere und Unteroffiziere aus der Provinz durch die drückenden Mehrausgaben der Residenz zu Frondeurs zu machen, ist der Gipfel politischer Weisheit.

Während des Winters 1861/62 waren die Aussichten auf eine Bundesreform im Sinne des Nationalvereins wiederum weit zurückgewichen. Roggenbachs Entwurf eines Rundschreibens an die deutschen Höfe hatte zwar Ende Oktober die Zustimmung König Wilhelms gefunden, aber seine Versendung war zuletzt doch wieder unterblieben. Man kann sagen, daß dieser bloße Anlauf zur Nationalpolitik, dem sich Preußen theoretisch geneigt zeigte und auch Bennigsen aus realpolitischer Erwägung sich anzuschließen bereit war, sofort die stärksten Gegenwirkungen hervorrief, unter denen er lautlos zusammenbrach. Die Absichten Roggenbachs erfuhren in Wien, wo sie bekannt geworden waren, eine leidenschaftliche Ablehnung: nimmermehr könne Oesterreich auf seine historische Stellung als erste deutsche Macht verzichten und werde daher dem Versuch einer preußisch-deutschen Union den schärfsten

Widerstand entgegenstellen. Dann erregten Beusts Reformpläne die öffentliche Meinung, welche die endliche Lösung des Zirkels in Ministerkonferenzen unter alternierendem Vorsitz von Oesterreich-Preußen und in einer Bundesexekutivbehörde in Form eines Triasdirektoriums suchten: sie waren vor allem bestimmt, der nationalen Partei den Wind aus den Segeln zu nehmen. Ja, Oesterreich selbst begann plötzlich unter Schmerling seine Bereitwilligkeit zur Bundesreform zur Schau zu tragen, um der drohenden preußischen Aktion zu begegnen: die Sendung Fröbels zeigt, auf welche Weise man an die Eroberung der öffentlichen Meinung ging. Demgegenüber hatte man sich in Berlin am 20. Dezember dazu aufgerafft, unter gänzlicher Abweisung des Beustschen Reformplans offen auszusprechen, daß ein Fortschritt nur durch eine freie Vereinbarung gleichartiger Staaten zu einer engeren Gemeinschaft innerhalb des großen Bundes, also durch die Errichtung eines Bundesstaates im Staatenbunde, erreicht werden könne. Schon dieses theoretische Bekenntnis zu einer Unionspolitik im Stile Radowitz' reichte hin, um alle Gegner zu einem geharnischten Gegenschlage gegen die „preußische Herausforderung" zu vereinigen. Unter dem 2. Februar 1862 ergingen von Oesterreich und den Mittelstaaten sieben identische Noten nach Berlin, die unter warnendem Hinweis auf die Niederlage der preußischen Union im Jahre 1850 gegen jede Beschränkung einzelstaatlicher Souveränität kräftige Verwahrung einlegten. Offen begann man in Wien davon zu sprechen, daß Preußen es zum Bürgerkriege treibe. Bernstorff ließ sich dadurch nicht einschüchtern, sondern blieb fest entschlossen, wie er dem preußischen Geschäftsträger in Wien schrieb, nicht wieder wie 1850 dem Kriege auszuweichen, wenn er den Preußen aufgedrungen würde, sondern ihn aufzunehmen.[1]) In seiner Antwortnote vom 14. Februar erklärte er die Beust-Schmerlingschen Reformpläne für eine „weit größere Gefährdung des Bestandes des Bundes" als die preußischen Vorschläge und lehnte die Beschickung der von Oesterreich vorgeschlagenen Konferenzen ab; in einem Zirkularerlaß an die Gesandten nahm er für Preußen das Recht in Anspruch, durch Uebertragung von militärischen und diplomatischen Hoheitsrechten einen engeren Bund herbeizuführen. So wahrte er in fester und würdiger Haltung das Recht, aber er begnügte sich mit diesem theoretischen Ausspruch und verzichtete darauf, ihn mit der Tat durchzuführen. Roggenbach mochte in einer Zirkulardepesche vom 28. Januar, die das gemeinsame Werk des Großherzogs und des Ministers war, noch aller Welt das edle Beispiel des Verzichts eines Mittelstaats auf die dem nationalen

[1]) Ringhoffer, S. 447.

Interesse widersprechenden Souveränitätsrechte geben,[1]) aber davon, daß sein Aktionsplan in Preußens Händen zur Ausführung gelangte, war fortan nicht mehr die Rede. Das diplomatische Vorspiel erwies, daß auch die neue Unionsidee nicht auf dem Wege der Verhandlung, des diplomatischen Degenkreuzens, sondern nur durch die Waffen selbst verwirklicht werden konnte; diese Lehre war es, die Bismarck ein halbes Jahr später in die Formel kleidete: allein durch Blut und Eisen könne die deutsche Frage gelöst werden.

Das war eine Erkenntnis, zu der die Nationalvereinspolitiker sich nicht durchgerungen hatten. Wohl hatte Bennigsen in einer Braunschweiger Versammlung am 16. November 1861 die Triasidee verdammt und von neuem erklärt, daß die deutsch-österreichischen Provinzen nur im Verhältnis des Staatenbundes zu dem künftigen „engeren freien und machtgebietenden Bundesstaat" würden stehen können; aber er ließ die Frage außer acht, ob das Kaiserhaus Oesterreich und die Mittelstaaten sich damit abfinden würden und mit welchen Mitteln ihr Widerstand gebrochen werden sollte. Man hoffte immer noch, daß gegenüber einem energischen Auftreten Preußens und einer stürmischen deutschen Volksbewegung ein solcher Widerstand nicht gewagt werden würde, und rechnete auf eine europäische Situation, die Oesterreichs Kampfeseifer mäßigen möchte. Man unterschätzte die historisch gewordene und staatlich organisierte Macht, auch in den Mittelstaaten, und überschätzte die Kraft der nationalen Idee, von deren Unüberwindlichkeit man erfüllt war. So begrüßte Bennigsen noch im März 1862 das badische Vorgehen und huldigte dem Minister, „welcher mit seltener Klarheit die Bedürfnisse und Aufgaben der deutschen Nation erkannt und welcher vor allem mit einer so erfrischenden Offenheit erklärt hat, daß nicht mit den verbrauchten Mitteln der Diplomatie, sondern allein durch eine Staatskunst, die ihre besten Kräfte aus der freudigen Zustimmung und Mitwirkung der ganzen Nation entnimmt, die festgestellten großen Ziele zu erreichen sind".[2]) Wohl gab er noch die Hoffnung auf Preußen nicht auf. Er erwiderte am 6. Dezember 1861 auf eine telegraphische Huldigung der Wahlmänner im Kreise Frankfurt a. O., er hoffe, daß es gelingen werde, „die konstitutionelle Monarchie in Preußen immer mehr zu befestigen und dadurch nicht allein für die innere Eintracht und die äußere Macht des preußischen Staats, sondern zugleich für die Zukunft unsers gemeinsamen deutschen Vater-

[1]) Dove, Großherzog Friedrich von Baden, S. 99 f.

[2]) Bennigsen an Roggenbach, 3. März 1862 (Begleitschreiben zu einem Anerkennungsbeschluß, den Bennigsen im Namen einer Berliner Versammlung des Nationalvereins an diesem Tage Roggenbach übermittelte).

lands eine unerschütterliche Grundlage zu gewinnen". Es ist der Grundgedanke der Neuen Aera, der zugleich der Grundgedanke der Nationalvereinspolitik war. Mitten in der heißesten Spannung begab er sich um Mitte Februar 1862 nach Berlin, um der Entscheidung nahe zu sein. Er erwiderte auf einen Toast Virchows bei einem Festessen der Fortschrittspartei: Das Vertrauen des deutschen Volkes auf die preußische Regierung sei wohl etwas gesunken, aber das Vertrauen auf das preußische Volk sei durch die Wahlen und durch das Auftreten seiner Abgeordneten gestiegen. Er sei überzeugt, daß Preußen einst wieder, wie 1813, der nationalen Bewegung voranschreiten werde, und hoffe noch mit manchen der hier versammelten Männer bald in einem deutschen Parlamente zu sitzen. Selbst die Antwort Bernstorffs mochte ihn noch befriedigen, wie sie denn ihres Tones wegen auch im Nationalverein Zustimmung fand. Nur der tatenfordernde Rochau wollte nicht in diesen Beifall einstimmen: „Die Sprache des preußischen Ministers machte auf uns den Eindruck, als ob sie eigentlich nur vermittelst einiger tapferer Redensarten den Rückzug decken wolle, der da allerdings unvermeidlich ist, wenn man nicht entschlossen ist, vorwärts zu gehen." Daher waren die Nationalvereinspolitiker einig darin, man müsse Bernstorff zu einem energischen Vorwärtsgehen drängen; zumal die Fortschrittspartei, die seit den Wahlen von 1861 mit dem linken Zentrum die Entscheidung in der Hand hielt, wollte hier die Probe ihrer Kraft ablegen. So einigte sich am 25. Februar die Bundesreformkommission des Abgeordnetenhauses über einen Antrag, das Haus erachte als notwendig einen weiteren Bund mit Oesterreich, einen engeren Bund der übrigen deutschen Staaten mit einer durch Preußen geführten Bundesregierung und einem deutschen Parlament; dies alles habe die Staatsregierung offen als Ziel ihrer Politik hinzustellen und zunächst durch Vereinbarungen mit den deutschen Staaten der Verwirklichung entgegenzuführen.[1]) Trotzdem die Regierung diesen Antrag für geeignet erklärte, nur die Gegner herauszufordern und ihre eigne Politik für eine erreichbare Bundesreform zu vereiteln, beharrte die Kommission auf ihrem Beschlusse und der Einbringung ihrer Anträge in das Plenum des Hauses.

Die neue Aera näherte sich einem Wendepunkte. Wenn man heute dieser Kämpfe gedenkt, hat man in der Regel die Differenzen im Auge, die zwischen der Regierung und den Liberalen in Preußen über die Militärreorganisation sich entspannen und von hier auf das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses übergriffen, um sich schließlich zur Macht-

[1]) Sybel II, S. 408.

probe zwischen Krone und Parlament auszuwachsen; das Urteil über diese Dinge aber ruht ganz in dem Schatten der Ereignisse von 1866 und 1870. Man vergißt jedoch häufig, daß in der Entstehungsgeschichte des Konfliktes auch die deutsche Frage eine entscheidende Rolle spielt. Die unter dem nationalen Zeichen gebildete Fortschrittspartei suchte vergeblich das Ministerium zu einer deutschen Politik im Sinne des Nationalvereins zu drängen und versagte ihm, da doch keine energische Aktion von ihm zu erhoffen sei, Vertrauen und Mittel. Mochten auch manche Fortschrittspolitiker die nationale Frage nur als Mittel zum Zweck gegen das Ministerium ausspielen, als die populärste und gefährlichste Waffe im inneren Kampfe benutzen, so war sie doch für viele dieser Männer das eigentlich treibende Motiv und der Prüfstein für die Gesamtpolitik der Regierung: allen schienen die innere freiheitliche Entwicklung Preußens und der Fortschritt Deutschlands zum Nationalstaat unlöslich miteinander verknüpft zu sein. Eine einzige Stimmung hatte sich aller bemächtigt: „Der Worte sind genug gewechselt, laßt mich auch endlich Taten sehn!"

Der Nationalverein selbst setzte in dieser Stunde den Hebel an. Er hielt, während im preußischen Landtage die Dinge auf die Entscheidung lostrieben, eine Ausschußsitzung in Berlin vom 2. bis 4. März ab, unter fast vollzähliger Beteiligung der preußischen Ausschußmitglieder (Schulze, Forckenbeck, Hoverbeck, Löning, Franz Duncker, Delbrück). Man beschloß eine öffentliche Ansprache an den Verein, deren Text von dem Preußen Schulze-Delitzsch, den Hannoveranern Bennigsen und Miquel und den Süddeutschen Brater und Metz vereinbart wurde; es gelang der Geschicklichkeit Bennigsens, die Spitze der Erklärung, die von den Berlinern Nationalvereinsmitgliedern gegen das preußische Ministerium gerichtet werden sollte, gegen die Projekte der Würzburger Regierungen abzulenken. Die Erklärung blickte auf die Entstehungsgeschichte des Nationalvereins zurück. „Wir handelten nicht im Vertrauen auf die augenblickliche preußische Regierung, auf diesen und jenen Minister, uns leitete allein die Ueberzeugung, daß unbekümmert um das Widerstreben einzelner die Notwendigkeit der Dinge und die Einsicht des preußischen Volks diesem Staate schließlich diejenige Richtung geben werde und geben müsse, welche durch seine eignen wie die Interessen der deutschen Nation gleich gebieterisch erheischt wird."

Dann wandte sie sich der Situation des Augenblicks zu. „Saht ihr nicht in diesen Tagen das Ministerium Rechberg und die fast nur von retrograden Ministerien geleiteten Mittelstaaten die Notwendigkeit der deutschen Reform anerkennen, hörtet ihr nicht, wie sie in den ‚identischen Noten' eine festere Organisation der Exekutive und

wenigstens das Schattenbild einer deutschen Volksvertretung anboten, und tat es euch nicht wohl, zu gewahren, wie das Vorgehen kaum irgendwo im Volke eine Zustimmung fand, wie vielmehr die Nation in ihrer überwiegenden Mehrheit mit richtigem Verständnis Vorschläge entschieden zurückwies, deren Verwirklichung, wenn sie überall ernstlich gemeint wären, die Zerrissenheit verewigen, die deutsche Bewegung von ihrem Ziele nach einem einheitlichen Ausdruck ihrer Kräfte ablenken und die Nation nach wie vor einen Spielball in dynastischen und vor allem habsburgischen Interessen sein lassen würde?

„Viele unter euch beklagen die passive Haltung der jetzigen preußischen Regierung in dieser Zeit der Entscheidung und sehen mit tiefem Schmerz, wie dieselbe, statt die nationale Bewegung tatkräftig zu unterstützen und ihr voranzugehen, ihr anscheinend planlos zusieht. Ein theoretischer Meinungsaustausch wird nie ein tatkräftiges Handeln ersetzen. Wer heute nicht entschlossen vorwärts geht, der muß eine Position nach der andern verlieren, und statt die Bedingungen des endlichen Sieges vorzubereiten, wird er die Gegner ermutigen, das Vertrauen der Freunde schwächen und so alle Voraussetzungen einer zweiten Niederlage schaffen. Aber vergeßt auch nicht, wie die preußische Regierung es war, welche zuerst die Berechtigung der nationalen Bewegung anerkannte und durch entschiedene Zurückweisung aller Versuche gewaltsamer Unterdrückung des Nationalvereins ihr den gesetzlichen Boden rettete und erhielt. Und dann, Ministerien sind wandelbar und vergänglich, die deutsche Nation aber und ihre Bedürfnisse, sie sind unwandelbar und unvergänglich. Wird der Sieg verzögert, so ist er doch nicht minder gewiß.

„Wenn die preußische Regierung sich bis jetzt zurückhaltend zeigte, muß sie nicht in der einmütigen und entschiedenen Haltung des preußischen Volkes den bestimmtesten Antrieb und die festeste Stütze für die entschlossene Verfolgung einer großen deutschen Politik finden? Schon erheben sämtliche Fraktionen der liberalen Meinung im preußischen Abgeordnetenhause, einig verbunden in dieser Lebensfrage, deutlich genug ihre Stimme zu unsern Gunsten. Von Stunde zu Stunde rückt die Notwendigkeit der Lösung der kurhessischen und schleswig-holsteinischen Frage so gebieterisch heran, daß auch der Unschlüssigste bald wird Hand anlegen müssen."

Bennigsen suchte in seinem persönlichen Auftreten den kommenden Bruch noch mehr zu verhüllen. In einer öffentlichen, von zweitausend Mitgliedern besuchten Versammlung des Nationalvereins in Berlin, die auf Ministerium und öffentliche Meinung drücken sollte, hielt er als Vorsitzender die Eingangsrede. Die nationale Partei sei jetzt an einem

Wendepunkte angelangt, der durch das Auftreten der Gegner aller nationalen Reform und besonders der Würzburger Koalition herbeigeführt worden sei. Es sei in der Tat ein Schauspiel für Götter, zu sehen, wie die Rechberg, Beust, Dalwigk, Borries sich als nationale Reformatoren herandrängten, in deren Namen ein ganzes langjähriges System von Unterdrückung der nationalen Bestrebungen verkörpert sei. Es sei leicht gewesen, diese Schritte zurückzuweisen. Dieselben seien indes von dem Gedanken geleitet, Verwirrung in die nationale Bewegung hineinzubringen, das Gefühl der Verbitterung in den Gemütern zu erzeugen und Preußens Machtstellung in Deutschland zu demütigen. Der preußische Staat und das preußische Volk habe bei dieser Wendung der Dinge eine schwierige Aufgabe. Unter glorreichen Herrschern sei Preußen von kleinen Anfängen zu seiner jetzigen Macht herangewachsen. Zu dem militärischen Charakter des Staates sei 1807 das Moment der innern freiheitlichen Entwicklung hinzugetreten, nun trete die Aufgabe an Preußen heran, an der Spitze des deutschen Volkes eine Umgestaltung der deutschen Reichsverfassung durchzuführen. Nur an der Hand dieser neuen nationalen Aufgabe könnten die inneren Konflikte Preußens zur Ausgleichung kommen. Man mache Preußen Vorwürfe, daß es nicht vorwärts gehe, aber er frage: ob alle ohne Schuld seien, ob nicht ein ganz andres Maß von Anstrengungen und Opfern von den einzelnen gebracht werden müsse. Der einheitliche Bundesstaat, den wir gründen wollen, könne nur ein freier Staat mit parlamentarischer Verfassung und voller Entwicklung bürgerlicher Freiheit sein.

Die internen Beschlüsse des Ausschusses des Nationalvereins am 2. bis 4. März zeigten, daß man sich auf eine veränderte Lage einzurichten begann. So beschloß man, „infolge der wenig Vertrauen erweckenden neuern Haltung der preußischen Regierung und des Kriegs- und Marineministeriums die Ablieferung der Flottengelder — es waren bisher vom Nationalverein 80000 Gulden an das Marineministerium abgeliefert worden — bis auf weiteres einzustellen". Der Beschluß wurde zunächst noch nicht veröffentlicht, aber er zeigte, daß die Führer sich von dem bisher geübten Entgegenkommen und Umwerben Preußens nicht mehr viel versprachen.

Bennigsens eigne Stimmung kommt in charakteristischer Weise zum Ausdruck in einer Besprechung, die er kurz vor seiner Abreise am 6. März mit dem altliberalen Publizisten Theodor von Bernhardi hatte.[1]) Man war einig darin, von der Regierung zunächst entschiedenes Handeln nach außen zu verlangen, vor allem Bennigsen legte

[1]) Aus dem Leben Theodor von Bernhardis, IV, S. 237 ff.

darauf den Nachdruck; aber während Bernhardi auf die „grenzenlose Unvernunft der liberalen Partei in Sachen der Militärvorlage" schalt, die an allem schuld sei, billigte Bennigsen auch in der Militärfrage die Haltung seiner Parteifreunde, und sah dieses Mißtrauensvotum augenscheinlich in der unentschiedenen auswärtigen Politik des Ministeriums begründet. „Bennigsen geht," so erzählt Bernhardi, „in Beziehung auf die Armee, wie die meisten Liberalen, von ganz falscher Voraussetzung aus; daß sie in Preußen einen ganz unverhältnismäßigen Teil der Staatseinnahmen absorbiere, — einen viel größeren als anderswo. Er sagt ferner, auf die materiellen Machtmittel dürfe sich Preußen nicht verlassen, denn an denen würde es immer Oesterreich und Frankreich nachstehen; es müsse die Mittel der Macht in den moralischen Elementen, in Intelligenz und Volkstümlichkeit suchen, in den Sympathien des deutschen Volks u. s. w." Nicht ohne Grund bemerkt Bernhardi in seinem Tagebuch: „Wie verzweifelt wenig uns die Sympathien und all die idealen Herrlichkeiten helfen würden ohne eine tüchtige Armee, davon haben diese idealisierenden Leute keinen Begriff." Er erzählt dann weiter: „Ich suche ihm auseinanderzusetzen, daß man doch nur zweierlei folgern könne, wenn die Militärlast wirklich für Preußen zu schwer sei: entweder Preußen muß auf die Stellung einer Großmacht verzichten oder eine breitere Basis für sein staatliches Dasein gewinnen. Das erstere will niemand — will man das letztere, so muß man auch die Opfer bringen, die dazu erforderlich sind. Bennigsen: In diesem Sinne, als Provisorium, könne man sich die Sache gefallen lassen. Aber die Regierung müsse handeln — in der dänischen Sache —, denn mit bloßen Redensarten, ohne Taten, sei auch die Agitation des Nationalvereins zugunsten Preußens nicht lange mehr zu halten. Nur zu sehr hat er dann recht, wenn er andeutet, daß eine revolutionäre Bewegung irgendwo in Europa — in Frankreich namentlich, wo sie wenigstens nach dem Tode Napoleons III. mit Bestimmtheit zu erwarten ist — wieder durch ganz Europa wogen wird, und daß wir nicht hoffen dürfen, ihrer bei uns Herr zu bleiben, wenn wir nicht vorher gehörig eingerichtet sind."

An demselben Tage wurde der Antrag Hagen angenommen, der den Bruch herbeiführte; am 11. März — an diesem Tage stand die Verhandlung über die deutsche Frage bevor, welche die Regierung um jeden Preis zu vermeiden wünschte — wurde die Auflösung des Abgeordnetenhauses verfügt; gleichzeitig traten die altliberalen Minister zurück, um durch ein konservatives Beamtenministerium ersetzt zu werden. Am 19. März 1862 war die neue Aera zu Ende. Dieser Wendepunkt der innerpreußischen Geschichte war ein Wendepunkt auch für diejenigen

deutschen Politiker, die an den Eintritt der neuen Aera ihre Hoffnungen geknüpft und trotz aller Enttäuschungen dieser Jahre festgehalten hatten. Die stärkste und ursprünglichste Voraussetzung der Nationalvereinspolitik lag zerbrochen am Boden. Das empfand man in allen Lagern: während Beusts Organ alsbald befriedigt erklärte, die Mittelstaaten hätten, vom Drucke der Agitation befreit, jetzt weniger Ursache zu Besorgnis und Mißtrauen in der Bundesreform, meldete — um nur ein Beispiel hervorzuheben — der Hamburger Agent des Nationalvereins schon in der Woche nach dem Umschwung, daß infolge der neuesten Vorgänge in Preußen in den letzten acht Tagen etwa 50 Mitglieder aus dem Nationalverein ausgetreten und weitere Austritte zu befürchten seien.[1] Freilich mochte der Umschwung noch nicht endgültig erscheinen, so wenig dieses konservative Beamtenministerium eine endgültige Lösung darstellte: es war wenigstens denkbar, daß dieses Experiment bei einem Ausfall der Wahlen im liberalen und nationaldeutschen Sinne versagen und wieder aufgegeben werden würde. So hielt selbst die Wochenschrift des Nationalvereins in diesen Monaten des Ueberganges zurück,[2] und auch der sanguinische Bennigsen urteilte Anfang April: „Im übrigen habe ich guten Mut. Die preußische Bevölkerung wird sich, hoffe ich, bestimmt tüchtig erweisen und nach dem ungemein zahmen und höflichen Auftreten unsers Ministeriums und seiner Preßorgane haben die Würzburger Regierungen offenbar keinen rechten Glauben an eine fröhliche Reaktionsära."[3] Noch hatte Preußen wenigstens in der deutschen Politik seine bisherige Bahn nicht ausdrücklich verlassen und auch König Wilhelm meinte, als er den Wechsel des Ministeriums vollzog, sie noch ferner festhalten zu können. Gelang doch sogar in ebendiesem Moment den Preußen (denen vorübergehend Oesterreich sich zugesellt hatte) in der kurhessischen Frage ein Erfolg, den auch Bennigsen in dem Gespräch mit Bernhardi anerkennen mußte; unter preußischem Druck bahnte sich die Wiederherstellung gesetzlicher

[1] C. Götte an Streit, 24. März 1862.

[2] Wochenschrift des Nationalvereins, 11. April 1862. „Der Rückschlag aus Preußen. Wie sehr auch immerhin die neueste Wendung des parlamentarischen Lebens in Preußen alle Hoffnungen vorerst auf die Seite wirft, welche in der Nationalpartei hinsichtlich einer deutschen Politik dieses Staates gehegt worden sind, wie unmutig sich unsre Blicke von den jüngsten Vorgängen in Berlin abkehren mögen, die Tatsache läßt sich denn doch nicht bestreiten, daß der an der Spree eingetretene Systemwechsel seine Kreise weit über die Grenzen des preußischen Landes hinauszieht, daß der Rücktritt des Ministeriums Schwerin nicht bloß eine preußische, sondern überall als eine deutsche Angelegenheit angesehen und empfunden wird."

[3] Bennigsen an Streit, 4. April 1862.

Zustände in dem geplagten Kurfürstentum an: also gerade das, was die Liberalen bisher gefordert hatten und unter andern Umständen als einen erfreulichen Sieg Preußens begrüßt haben würden.

Bennigsen an Oetker.

Hannover, 22. März 1862.

Ich habe mich verpflichtet gehalten, wenige Tage nach meiner Rückkehr von Berlin nach Kassel zu reisen, um mit den dortigen Führern Hartwig, Nebelthau, Harnier zu konferieren. Das gemeinsame Auftreten Preußens und Oesterreichs für Wiederherstellung der Verfassung von 1831 gibt eine den Hessen entschieden günstige Wendung, um so mehr, als Preußen Oesterreich dazu vermocht hat, die Frage über das Wahlgesetz in dem Antrage unentschieden zu lassen, und die „Sternzeitung" ausdrücklich erklärt hat, daß die kurhessische Regierung mit ihrem Lande sich darüber zu verständigen hat, welches Wahlgesetz, ob das von 1831 oder von 1849, zur Anwendung zu bringen ist. Die Krisis in Berlin und deren Entscheidung, so lähmend sie im allgemeinen auf das übrige Deutschland wirkt, wird an der Haltung von Preußen — und auch Oesterreichs — in der kurhessischen Sache schwerlich etwas ändern. Bernstorff hat keinen Konflikt mit Oesterreich, weder in der kurhessischen noch in der deutschen Frage, in diesem Frühjahr haben wollen, weil Preußen sich innerlich nicht einig und bei mangelnden Allianzen äußerlich nicht stark genug fühlt, den Kampf um die deutsche Frage mit Entschiedenheit zu führen, und weil die preußische Regierung Widerwillen hegt, auf eine deutsche Volksbewegung bei einem ausbrechenden Kampf sich zu stützen. Ein europäischer Konflikt ist im Laufe des Jahres sehr wahrscheinlich, in welchem Preußen zunächst in Schleswig-Holstein und Oesterreich in Italien und den südslawischen Ländern wird tätig werden müssen. Beide Staaten fühlen das Interesse einer gemeinsamen Haltung, eines zunächst diplomatischen, eventuell militärischen Zusammenwirkens. Die Würzburger werden von Oesterreich düpiert — dies ist übrigens nur eine persönliche Ansicht, welche ich Ihnen um so mehr nur *vertraulich* mitteile, als sie von der Auffassung der Blätter unsrer Partei wesentlich abweicht und bei mir lediglich aus dem Totaleindruck der Ereignisse und der jetzigen Lage stammt und nicht aus direkten Mitteilungen des Grafen Bernstorff, mit welchem ich in keiner persönlichen Beziehung stehe.

Hat Oesterreich dem Bedürfnis einer Annäherung an Preußen den Kurfürsten geopfert, so kommt alles darauf an, daß die Kurhessen diese günstige Wendung benutzen, um ihr *ganzes Recht* wiederzuerlangen. Das wird zwar noch nicht so leicht sein und so schnell

kommen, als viele glauben. Es wäre aber töricht und schimpflich, das Wahlgesetz von 1849 in einem Augenblick zu opfern, wo man mit besseren Waffen wird kämpfen können als seit zwei Jahren.[1]) Solange der Kurfürst regiert, wird keine vollständige Heilung der alten Schäden in Kurhessen möglich sein. Gibt das Land aber den Rechtsstandpunkt auf und läßt sich um des lieben Friedens willen auf Erwägungen reiner Zweckmäßigkeit vor Wiederherstellung des formellen Rechts ein, so wird man wenig erreichen, und das Erreichte wird nichts wert sein. Es haben mir nun auch Hartwig, Nebelthau und Harnier versichert, daß sie entschieden an dem Wahlgesetz von 1849 festhalten würden, daß auch die Entschiedeneren im Lande wählen würden auf Grund des Wahlgesetzes von 1831 und daß dann diese Versammlung sich für inkompetent erklären würde. Einige ältere halbliberale Bureaukraten und Ministerkandidaten sind allerdings andrer Ansicht, leider auch Pfeiffer in Bremen. Letzterer schrieb mir jedoch, daß er meine Meinung — auch die andrer — hören wolle, bevor er für Aufgabe des Wahlgesetzes von 1849 in der Presse wirke. Ich habe ihm meine Ansicht über das Gefährliche solcher Tendenzen sehr deutlich geschrieben und ihm zugleich in Aussicht gestellt, daß ich, sowie solche Versuche von ihm in der Presse Eingang finden sollten, von verschiedenen Orten aus dem sofort entgegenwirken würde.

Für eine Steuerverweigerung in größerem Umfange war in diesem Augenblick, wo die Wirkung des Auftretens von Preußen-Oesterreich sich noch nicht übersehen ließ, keiner der drei Genannten. Nebelthau und Harnier bezweifelten überhaupt die Möglichkeit, die Maßregel im großen Umfange des Landes durchzuführen, und leugneten selbst für den Fall des Gelingens, daß dadurch die Regierung lahmgelegt würde, weil sie ohne die Einnahmen aus den direkten Steuern im Notfall doch finanziell würde fertig werden können. Je nach den Entschließungen des Kurfürsten und nach einer abermaligen Inkompetenzerklärung der Ständeversammlung würde man zu andern Mitteln greifen müssen, eine vollständige Nachgiebigkeit herbeizuführen.

Was meine Ansicht über die auch in dem preußisch-österreichischen Antrage aufgenommene Berücksichtigung des Bundesrechts betrifft, so halte ich, wenn dieser Antrag zum Beschluß erhoben wird, ein formell korrektes Verfahren in Kassel mit demselben vollkommen vereinbar. Es müßte ein anerkannt liberales und geachtetes Ministerium die Verfassung von 1831 mit den Abänderungen von 1848 und 1849 wieder in Wirksamkeit treten lassen, eine Versammlung ausschreiben nach dem

[1]) Ueber die Frage des kurhessischen Wahlgesetzes: Friedrich Oetker, Lebenserinnerungen III, S. 258 ff., 267.

Wahlgesetz von 1849, dieser Versammlung einen Gesetzentwurf vorlegen, wonach die Standesherren und zwei Vertreter der ehemaligen Reichsritterschaft Mitglieder der Versammlung werden, und die Versammlung muß diese Vorlage einstimmig annehmen. Sind einzelne Prinzipienreiter vorhanden, welche ihr Gewissen über ein solches Gesetz nicht einmal durch ein Hinausgehen vor der Abstimmung beruhigen können, so bliebe noch immer der Ausweg mit der Dreiviertelmajorität auf zwei Landtagen. Daß letztere zu erreichen ist, scheint mir unzweifelhaft, aber eine Einstimmigkeit auch schon sehr möglich. Mit sonstigen Verfassungsveränderungen hat es dann so große Eile nicht. Jedenfalls wird man sich, was das Bundesrecht betrifft, auf die Fälle, welche Mohl in seiner Denkschrift anführt, beschränken können. Vom Bundesrecht abgesehen wird es daneben nicht unzweckmäßig sein, einen Teil der Ständeversammlung demnächst statt aus den Höchstbesteuerten aus dem Grundbesitz von einer bestimmten Größe wählen zu lassen, wobei natürlich von der Qualität eines Rittergutes nicht die Rede sein kann.

Für Bennigsens deutsche Politik lag der Schlüssel der Situation in der Weiterentwicklung der preußischen Zustände. Solange diese nicht, so oder so, entschieden war, konnte er nichts tun als abwarten. Man erkennt das deutlich, wenn man seine Haltung während der dritten ordentlichen Diät der hannoverschen Ständeversammlung beobachtet, die vom 21. Januar bis zum 3. Juli 1862 dauerte. Er war hier wieder zu der Detailopposition zurückgekehrt, von der er 1857 ausgegangen war, und vermied, die großen Fragen deutscher Politik in die Debatte zu ziehen, für die er innerhalb der Kammer doch keine Majorität aufzubringen vermochte und außerhalb, in Preußen, keine moralische Unterstützung mehr aufbrachte. Die Gegner, die diese Zurückhaltung wohl begriffen, suchten den Spieß nunmehr umzudrehen und durch ein Dankvotum an die Regierung für ihre Teilnahme an den identischen Noten ihre Ueberlegenheit ins Licht zu setzen. Daher stellte die regierungsfreundliche Mehrheit am 3. Mai 1862 den Antrag, der Regierung ihre Anerkennung dafür auszusprechen, „daß sie allen Bestrebungen entgegentritt, welche auf Bildung eines engeren Bundes im Bunde gerichtet sind, und an einem Verbande festhält, welcher das gesamte Deutschland umfaßt. Auch die Stände können kein Heil in einem Klein-Deutschland finden, sondern sie teilen mit der Königlichen Regierung die Ueberzeugung, daß die deutsche Föderation das ganze Deutschland als Grundlage behalten muß und daß jedes Projekt einer

Reform des Bundes von vornherein verwerflich ist, welches nicht das gesamte Deutschland zum Ausgange nimmt".

Bennigsen aber war nicht geneigt, in diesem Augenblick sich zu einer sachlichen Erörterung provozieren zu lassen, und antwortete in möglichst gleichgültigem Tone: er müsse offen bekennen, daß er wenig Bedürfnis empfinde, die Bestrebungen seiner Partei vor diesem hohen Hause zu rechtfertigen, und nicht glaube, die große geschlossene Majorität überzeugen zu können. Deshalb sei es vollkommen überflüssig, auf die Sache einzugehen. Er glaube weder, daß die Regierung durch die identischen Noten etwas gewinne oder in denselben eine Gefahr liege, noch daß sie an der jetzigen Ständeversammlung eine Stütze finden sollte, da diese der Regierung viel zu wenig Widerstand geleistet und viel zu wenig Vertrauen im Lande erworben habe, als daß die Regierung in ihrer Ansicht nach einem Halt suchen könnte. Auch sei er der Ansicht, daß es der Regierung mit den Reformen kein Ernst sei. Man wisse ja wohl, daß inmitten des Ministeriums über die identischen Noten Streit geherrscht habe, und der Herr Minister des Innern werde die Existenz derselben ebensogut aus der Zeitung erfahren haben wie das hohe Haus; sollte das aber auch nicht der Fall sein, so könne derselbe unmöglich mit Reformen wie Herstellung einer Exekutivgewalt einverstanden sein. Also sei es ganz gleichgültig, was die Ständeversammlung in dieser Sache bespreche und beschließe: sie könne sich höchstens dadurch dem Lande gegenüber kompromittieren. Wer wolle ferner sagen, was die Herren auf der rechten Seite dieses hohen Hauses in dem nächsten Jahre denken würden — das werde von den Ereignissen, von der Lage Oesterreichs u. s. w. abhängen. Und nun jetzt nochmals in dieser Kammer seine Ansichten zu rechtfertigen — zweimal sei das bereits geschehen und kein Resultat herausgekommen, als bei der Harburger Petition 1860 eine Aeußerung des Herrn Ministers, welche demselben unliebsamerweise entschlüpft sei — zum dritten Male fühle er keine Pflicht, sich besonders darum zu echauffieren und ernstlich darauf einzugehen.

Um so willkommener war ihm die Gelegenheit, die Regierung anzugreifen, als der hannoversche Bundesgesandte gegen den von Oesterreich und Preußen in der kurhessischen Sache gemeinschaftlich eingebrachten Antrag stimmte — man mochte in Hannover befürchten, daß ein ähnlicher Bundestagsbeschluß sich eines Tages gegen den eignen Verfassungsbruch richten möchte. So interpellierte Bennigsen am 19. Mai die Regierung. Man müsse es tief beklagen, „daß Hannover bei einer Gelegenheit, welche die Zeichen Preußens und Oesterreichs zum Zweck der Aufrechterhaltung des Rechts und der Beseitigung eines alten Schadens

im deutschen Vaterlande in seltener Vereinigung zeige, nicht bloß mit jenen beiden Hauptstaaten, sondern mit fast sämtlichen Bundesgenossen sich in verderblichem Widerspruch befinde. In Uebereinstimmung nur mit Mecklenburg, einem Staate, der bis zur Stunde noch keine Verfassung kenne, und mit Dänemark, das in Zertretung des Rechts in Kurhessen für sein eignes unheilvolles Verhalten den Holsteinern gegenüber eine willkommene Beschönigung finden möge — und solche Bundesgenossenschaft gegen einen Antrag, der nur bezweckt habe, der ferneren Vergewaltigung in Kurhessen Einhalt zu tun und alles weitere den Beschlüssen der Bundesversammlung selbst zu überlassen".

Um so gespannter blickte Bennigsen auf die Neuwahlen in Preußen am 6. Mai 1862. Das Ergebnis war ein glänzender Sieg seiner Freunde: die Fortschrittspartei mit 135 Stimmen wurde zusammen mit den 98 Stimmen des linken Zentrums zum unbestrittenen Herrn des Parlaments, während die altliberale Fraktion auf ein Häuflein zusammenschmolz und die Klerikalen, die überall der festeste Rückhalt der Großdeutschen waren, in die Niederlage der Konservativen verwickelt wurden. Für einen Politiker, der so überzeugt an die konstitutionelle Doktrin glaubte wie Bennigsen, war damit der Sieg der liberalen und nationalen Ideen in Preußen zunächst und dann auch in Deutschland nahegerückt. Um so enttäuschter war er, als gerade dieser Sieg bei den Wahlen den Rückschlag beschleunigte.

Schulze-Delitzsch an Streit.

(April 1862.)

Wegen des festen Halts unsrer Partei in Preußen müssen Sie mich wohl mißverstanden haben. In Konsequenz Ihrer Ansicht müßte überhaupt eine deutsch-fortschrittliche Partei in Preußen nicht bestehen, weil sie den Nationalverein kreuzte; besteht die Partei aber einmal, so bedarf sie einer Organisation, hauptsächlich zu den Wahlen, dann aber auch wegen der Wirksamkeit durch die Presse, Schadloshaltung der durch Reaktion Geschädigten. Bisher wurde nur ein Spezialkomitee für jede Wahl besonders gewählt, jetzt, wo wir in unserm konstitutionellen Leben so ernsten und dauernden Kämpfen entgegengehen, muß die Partei und ihre Leitung dauernd geordnet werden. Wir müssen schon jetzt an die nächsten Wahlen denken, die vielleicht nach nochmaliger Auflösung sehr bald bevorstehen. Möglich, wir haben einen Staatsstreich, Oktroyierung eines noch schlechteren Wahlgesetzes — kurz, wir müssen in geschlossener Kampffertigkeit beisammen bleiben und dürfen die mühsam geknüpften Fäden nicht fahren lassen, da wir ohnehin einen schweren Stand bekommen. Die deutsche Fortschrittspartei ist die beste

Werberin, die Exekutive des Nationalvereins in Preußen; und die von uns geleitete Bewegung hat bedeutend auf Verbreitung des Vereins gewirkt. Alle bedeutenden Kammermitglieder unsrer Partei sind dem Nationalverein beigetreten, und im Zentralkomitee der Partei befinden sich ausschließlich Mitglieder des Nationalvereins, von denen acht dem Ausschuß angehören: von Unruh, Duncker, ich, Lüning, von Hoverbeck, von Forckenbeck, Müllensiefen, Behrend. Deshalb ist unser fester Zusammenhalt für die nationale Sache und den Verein nur förderlich und notwendig, und ich begreife nicht, wie Sie partikularistische Tendenzen davon fürchten. Daß die preußischen Wähler bei den preußischen Kammerwahlen von preußischen Führern geleitet werden müssen, ist klar und nur das zu wünschen, daß die Führer dem Nationalverein angehören.

Bennigsen an Streit.

Hannover, 29. April 1862.

In der Einrichtung, wie sie Schulze beabsichtigt, mag immerhin einige Gefahr liegen, daß der Partikularismus verstärkt werde. Aehnliche Einrichtungen werden sich aber mehr oder weniger ausgebildet in den meisten größeren deutschen Ländern finden und sind auch gar nicht ganz zu entbehren. Sie haben daneben den Vorteil, daß der Nationalverein als solcher nicht überall hervortritt, was, abgesehen von formellen Konflikten, z. B. in Preußen hinsichtlich des Versammlungsrechts, schon deshalb gut ist, weil die nationale Partei in Preußen, also die deutsche Fortschrittspartei, viel stärker ist an Zahl als die eigentlichen Vereinsmitglieder und dadurch mehr Gewicht hat, während gleichwohl unsre Mitglieder den entscheidenden Einfluß behaupten, und weil endlich der Nationalverein, welcher doch auch unter den Altliberalen sehr tüchtige und einflußreiche Mitglieder zählt, sich, soweit es möglich ist, davor hüten muß, bei den Gegensätzen innerhalb der liberalen und nationalen Partei in den einzelnen Ländern sich vollständig mit der entschiedeneren Richtung zu identifizieren.

Bennigsen an Reyscher.

Hannover, 15. Mai 1862.

Daß Sie meiner in schweren Stunden so freundlich gedacht haben, lieber Freund, ist mir sehr wohltuend gewesen. Auch Planck, dem ich vor einiger Zeit hier in Hannover mitteilen konnte, was Sie wegen Ihrer wissenschaftlichen Papiere beabsichtigt hatten, hat sich durch eine solche Anerkennung eines älteren Staatsrechtslehrers sehr geehrt gefühlt. Er hat Vorarbeiten über die Domänenfrage, allerdings mit spezieller

Beziehung auf Hannover, aber doch mit grundlegender Erörterung über die rechtliche Bedeutung des Domaniums als Pertinenz der Landeshoheit, gemacht, und wollte sich erst vergewissern, ob er nicht mit Ihrer Arbeit wegen der Meiningenschen Domänen kollidierte. Im Interesse der Sache möchte ich es allerdings wünschen, daß Planck sein Vorhaben nicht ganz aufgibt, sondern nur etwa Ihnen die Präzedenz einräumt. Auf einige Monate kommt es für Hannover nicht an. Soll Plancks Schrift aber für die nächsten Wahlen, welche vermutlich im kommenden Winter stattfinden, und die Ständeversammlung des nächsten Jahres von Einfluß sein, so müßte sie allerdings vor Weihnachten in den Händen des Publikums sein. Wie Sie zur Genüge wissen, ist der Streit über die rechtliche Natur und über die finanzielle Benutzung der Domänen seit 1837 der Kern unsrer ganzen Verfassungswirren, und zwar seit 1855—1857 in verstärktem Maße.

Das Erwachen des preußischen Volksgeistes hat hier auf Freund und Feind einen ganz merkwürdigen Eindruck gemacht. Bei der Jämmerlichkeit der preußischen Regierung haben wir hier einen Bundesgenossen gefunden, welcher unser Programm aufrechterhalten hat in einer Zeit der bedenklichsten Krisis. Jetzt ist wieder alles in gutem Zuge. Noch gestern kamen Metz und Miquel hier durch auf der Rückreise von einer großen Versammlung in Lübeck, ganz voll von dem erfreulichen Aufschwunge, den sie bei unsern kaltgründigen Nordländern gefunden haben.

In den Pfingsttagen 1862 nahm Bennigsen an einer Versammlung teil, die von liberalen und nationalen Politikern und Journalisten, vor allem aus Süddeutschland, nach Frankfurt berufen war.[1]) Die Verhandlungen betrafen einerseits die Verschmelzung der „Süddeutschen Zeitung" und der „Zeit". Anderseits wurde der schon seit einigen Monaten schwebende Gedanke erörtert, eine Zusammenkunft aller der nationalen Partei zugehörigen Mitglieder der deutschen Landtage zu geeigneter Zeit vorzubereiten. Der Plan, der im Jahre 1860 von Heinrich von Arnim betrieben, damals aber vor dem geschlossenen Aufsteigen des Nationalvereins wieder fallen gelassen war, tauchte in dem Augenblick wieder auf, als die Nationalvereinspolitik an einem toten Punkt angelangt zu sein schien. Wenn Bennigsen damals seinen Freunden die vertrauliche Mitteilung machte, daß „je nach der demnächstigen Entwicklung der politischen Lage die Abhaltung eines deutschen Abgeordnetentages, zusammengesetzt aus den der nationalen Richtung, wenn

[1]) Vgl. H. Baumgarten, Die deutsche Presse und die Frankfurter Pfingstversammlung. Frankfurt 1862.

auch nicht ausschließlich dem Nationalverein angehörigen Mitgliedern sämtlicher deutscher Ständeversammlungen in Aussicht genommen sei", so lag darin angedeutet, daß bei der vorläufigen Undurchführbarkeit des Nationalvereinsprogramms auch die ganze Bewegung auf eine neue und breitere Basis gestellt werden dürfte. Man setzte einen Ausschuß nieder, der im nächsten Monat unter Vorsitz Bluntschlis noch einmal in Frankfurt zusammentrat; auch an diesen Besprechungen nahm Bennigsen teil.[1]) Es war in den Tagen des großen Frankfurter Schützenfestes (12.—22. Juli 1862). Niemals gingen die Wogen der fast zielloſen allgemeinen Volksbegeisterung höher; niemals glaubten die Führer der Bewegung ihrem Ziele näher zu rücken, wie damals Schulze-Delitzsch in seinen unvorsichtigen Reden über das Volksheer hinter dem Parlamente.[2]) Aber selten auch standen die Füße dessen, der das alles zu Grabe tragen sollte, so nahe vor der Tür. Der Schatten dieser Gestalt ragt schon in den Briefwechsel Bennigsens in diesen Monaten hinein.

Reyscher an Bennigsen.

Cannstatt, 29. Juni 1862.

Obgleich die Pfingstversammlung in Frankfurt geeignet war, die öffentliche Aufmerksamkeit vom Nationalverein abzulenken und auf das neue Gestirn einer kombinierten Fortschrittspartei hinzurichten, so habe ich doch nichts gegen den Versuch, einerseits die liberalen Parteien in Süddeutschland mehr, als bisher geschehen, zu verschmelzen, anderseits den Oesterreichern Gelegenheit zu geben, sich auszusprechen. Heute kann ich Ihnen die Nachricht geben, daß die österreichische Regierung bei den Mittelstaaten beantragt hat, dem Plane eines Vorparlaments, wie überhaupt den politischen Vereinen, am Bunde entgegenzutreten, daß Hannover geneigt war, darauf einzugehen, daß aber der bayrische Minister u. a. entgegenhielt: eine Maßregel, wie die beantragte, würde nur dann ersprießliche Folgen haben, wenn sie einstimmig durchginge; da dies aber nicht zu erwarten sei, so sollte man nicht die opponierenden Staaten in der öffentlichen Meinung mit einer neuen Glorie umgeben, sondern jedem Staate überlassen, seine Maßregel zu treffen,

[1]) Bluntschli an Bennigsen, 12. Juli 1862: „Ein glücklicher Zufall ließ mich heute Herrn von Roggenbach hier begegnen, und ich schlug ihm vor, an unsrer Besprechung teilzunehmen, in der Voraussetzung, daß auch Ihnen das erwünscht sein würde."

[2]) Vgl. Roon an Perthes, 16. Juli 1862: „Viel weniger ärgerlich als die Aufführung eines gewissen Herrn (sc. des Herzogs von Koburg) ist mir die Rede von Schulze-Delitzsch, die er in Frankfurt gehalten; ja sie ist mir sogar sehr erwünscht, da sie die Loyalitätsmaske der Fortschrittspartei abzieht" (Denkwürdigkeiten II, S. 107).

namentlich Vorbereitungen für ein neues Vorparlament mit aller Strenge entgegenzutreten. Diese Ansicht drang durch.

Ferner kann ich Ihnen berichten, daß ein Ministerium Bismarck in Preußen in naher Aussicht steht und damit ein französisch-russisches Bündnis. Graf Bernstorff ist seiner Stellung überdrüssig und geneigt, wie man sagt, dem energischen und rücksichtslosen Bismarck Platz zu machen. In den nächsten Tagen wird die Konferenz der Mittelstaaten in Wien beginnen; man wird sich dort wieder über identische Noten vereinigen. Wie schon die ersten identischen Noten höchstenorts in Berlin übel vermerkt worden sind, so versprechen sich die Bismarckianer von dem neuen Anlaufe einen noch größeren Verdruß und größere Geneigtheit, in Verbindung, nötigenfalls mit auswärtiger Hilfe, das Bernstorffsche Projekt durchzusetzen, welches von Vincke nicht bloß, sondern sogar von der Kreuzzeitungspartei adoptiert ist. Sie erinnern sich, daß in der Bernstorffschen Antwort an Beust von einem Parlament nicht die Rede ist, sondern bloß von einer Zentralgewalt, welche Preußen zukommen soll. Bismarck soll aber geneigt sein, auch ein preußisch-kleindeutsches Parlament zu berufen, im Gegensatz zur Delegiertenversammlung, welche die Würzburger in Verbindung mit Oesterreich vorschlagen werden — neben einem Bundesgericht und einer Art von Direktorium, worin Preußen nahezu eine gleiche Stellung mit Oesterreich erhalten würde — es soll nämlich auf die Machtstellung im Stimmverhältnis am Bunde überhaupt mehr Rücksicht genommen werden. Man könnte sich die Bismarcksche Exekution der Nationalvereinsideen gefallen lassen, wenn nicht der Pferdefuß unter seinem Mantel steckte und wenn nicht seine auswärtige Politik die größte Gefahr für Deutschland mit sich brächte. Frankreich wird eine Vergrößerung Preußens nur zugeben, wenn zugleich seine eigne Macht einen Zuwachs erhält. Durch Gebietsvermehrung auf Kosten Belgiens, welches zwischen Frankreich und Holland geteilt werden soll — sobald der König Leopold die Augen schließt, und auf Kosten Deutschlands, dem seine überrheinischen Besitzungen ganz oder großenteils wieder abgenommen würden. Rußland wird auch seinen Teil an der Beute haben wollen und Preußen in Posen und in den sog. preußischen Ostseeprovinzen etwas abrupfen, wenn es nicht gelingt, im Orient eine namhafte Eroberung zu machen.

Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, wie sich Kombinationen und geheime Nachrichten zu diesem Blicke in die Zukunft verhalten. Ich glaubte Ihnen aber all dieses mitteilen zu müssen, damit Sie unterrichtet sind. Wir müssen auf der Hut sein. Innerhalb vier Wochen kann sich vieles ereignen. Die größte Vorsicht ist aber auch nach einer

andern Seite hin notwendig. Tritt der Nationalverein offen gegen die angedeuteten Pläne auf, so kann ihm der Prozeß gemacht werden; man wird uns zum Beweise auffordern, und wir haben nur Vermutungen und Indizien, vielleicht auch Nachrichten, die wir aber nicht dokumentieren können. Ebenso müssen wir uns hüten, Preußen herauszufordern oder das jetzige Ministerium zu veranlassen, sich unsern Feinden am Bundestage in der Verfolgung des Nationalvereins anzuschließen. Doch haben wir keinen Anstand genommen, die preußische Fortschrittspartei gegen das Ministerium von der Heydt zu unterstützen, so darf uns auch nichts abhalten, einem künftigen Ministerium Bismarck das Visier abzureißen, wenn es landesverräterische Gedanken hegte.

Bennigsen an Reyscher.

Bennigsen, 18. Juli 1862.

In Frankfurt, von wo ich diese Nacht zurückgekehrt bin, hörte ich durch Bluntschli, daß Sie, verehrter Freund, Ihrer Gesundheit wegen Bedenken geäußert haben, an dem Ausschuß behufs Berufung einer Abgeordnetenversammlung sich zu beteiligen. Nach Ihrem letzten Briefe möchte ich aber hoffen, daß Sie sich allmählich wieder so kräftig fühlen, um auch persönlich an der Versammlung von Abgeordneten und an der allerdings erforderlichen einmaligen Konferenz des Ausschusses für dieselbe teilzunehmen. Es ist keineswegs erwünscht, aus Württemberg nur Altdemokraten oder Großdeutsche im Berufungsausschusse zu haben. Ihr Name hat durch die Entschiedenheit, mit welcher Sie gleich 1859 Ihre Stellung nahmen, für die jetzige Bewegung in Norddeutschland einen so guten Klang, daß ich Sie auf alle Fälle, auch wenn Sie an der Konferenzberatung nicht teilnehmen können, bitte zu gestatten, daß Ihr Name unter den Mitgliedern des Ausschusses und unter der demnächstigen allgemeinen Aufforderung zur Versammlung miterscheint.

Von großem Interesse würden bestimmtere Nachrichten über die Oesterreichisch-Würzburger Pläne sein. Dieser Teil Ihres Briefes enthielt für mich vollständig Neues. Leider kann ich das von dem über Bismarck Mitgeteilten nicht sagen, da ich diese Eventualität seit längerer Zeit auf verschiedene Mitteilungen hin erwarte und mit ihr allerdings eine sehr gefährliche preußisch-partikularistische Politik, ein recht miserables Epigonentum des Alten Fritz.

Bennigsen an Schulze-Delitzsch.

Bennigsen, 20. August 1862.

Daß Ihr im Abgeordnetenhause gegenüber den Anträgen am Bundestage etwas tut, scheint mir allerdings sehr geraten. Im wesent-

lichen mit Dir übereinstimmend, halte ich bei einer Resolution in diesem Augenblick für erforderlich, daß folgende Punkte vom preußischen Abgeordnetenhause besonders hervorgehoben werden:

1. Das Bedürfnis einer Reform der Bundesverfassung überhaupt und einer einheitlichen Zentralgewalt nebst Parlament insbesondere — und zwar nicht vorzugsweise für Privatrecht und Prozeß, sondern — für Krieg, Auswärtiges, Marine, Zoll und Handelsverkehr.

2. Die Anerkennung dieses Bedürfnisses durch Oesterreich und die größtenteils reaktionären Würzburger Gouvernements.

3. Die Spiegelfechterei und Hohlheit der von ihnen bis jetzt gemachten Vorschläge.

4. Die Beleidigung, welche in solchen Vorschlägen nicht allein für die deutsche Nation, sondern ganz speziell für die preußische Regierung enthalten ist.

5. Die Notwendigkeit für Preußen und seine Regierung, mit positiven Vorschlägen den übrigen Regierungen gegenüberzutreten, welche die Nation wahrhaft befriedigen und Preußens Stellung und Bedeutung entsprechen.

6. Die Unmöglichkeit einer solchen großen Reformpolitik für das jetzige preußische Ministerium, welches im Kampfe mit dem eignen Volke und mit den Ideen, welche die deutsche Nation bewegen, zu einer deutschen Politik unfähig ist, die Nadelstiche und Fußtritte der Neider und Gegner herausfordert und damit enden muß, Preußen und Deutschland zu zerrütten.

Fünftes Kapitel

Der Nationalverein und Bismarck im Konflikt. Schleswig-Holstein

1862 bis 1865

Die Ablösung der Neuen Aera durch das Ministerium Bismarck zog der bisherigen Politik des Nationalvereins den Boden unter den Füßen hinweg: sie wird von Ende 1862 bis zum Deutschen Kriege in einem innerlichen Zusammenhang mit dem preußischen Konflikt stehen und unter der Einwirkung dieses Konflikts wenigstens taktisch in eine Angriffsfront gegen das neue Regiment in dem Staate ihrer einstigen Hoffnung gedrängt sein. Und dementsprechend wird sich auch die politische Haltung Bennigsens von Grund aus verändern. Nicht als ob er darum seine Grundüberzeugungen und seine letzten Ziele aufgegeben hätte: aber in der praktischen Politik müssen sie zurückgestellt, bis zur Unkenntlichkeit verhüllt werden. So wird der Vorkämpfer der preußischen Hegemonie in Deutschland während dieser Jahre zum Bundesgenossen der Fortschrittspartei in ihrem Kampfe gegen Bismarck, aber auch er stellt sich der Politik des preußischen Ministers nur um der preußischen Zukunft willen in den Weg.

In diesem Kampfe sind die Liberalen geschlagen worden. An der Persönlichkeit und an dem Werke Bismarcks sind ihre Ideale zerbrochen, in Preußen selbst und in Deutschland. Auch der Nationalverein, sofort in die Opposition hinübergeworfen, hat sich aufgerieben in einem ohnmächtigen Ringen gegen die Politik dieses Einen, bis zu dem letzten Augenblicke hin, da die preußischen Waffen, nicht die Ideen des Nationalvereins, die Entscheidung brachten und die Grundlage eines neuen Reichs legten. Die Geschichte hat entschieden: der eine Mann vollbrachte, was so viele wollten, und nach seinen, nicht nach ihren Ueberzeugungen hat er den neuen Staat geformt. So wird dem historisch-politischen Urteil gerade im Lichte der Bestrebungen des Nationalvereins das Besondere und Große der Politik Bismarcks deutlich: ein glänzendes Schulbeispiel für die Kluft, die Realpolitik und politische Ideologie voneinander trennt. Die Liberalen waren von dem Grundgedanken ausgegangen, daß für Deutschland die Fragen der Macht und des Fortschritts untrennbar verknüpft seien, und jagten bis zuletzt ihrem Phantom nach, die Einheit und die Freiheit gleichzeitig anzustreben: eben weil sie zugleich eine politische und eine nationale Fortschrittspartei waren.

Bismarcks heroische Einseitigkeit löste die deutsche Frage mit den realen Mitteln des Königsstaates Preußen. Mit der Macht allein gewann er die Einheit; auf dem Wege dahin trat er die freiheitlichen Ideale der Liberalen mit Füßen und gewährte ihnen nachher nur so viel Raum, wie die Lebensbedingungen der neuen Großmacht zuließen. Wer will noch in das Lager der Besiegten treten, der Verblendeten, die sich gerade dem Vollstrecker ihrer Wünsche widersetzten?

Die Geschichte urteilt nach dem Erfolge, aber sie steht im Dienste der Gerechtigkeit. Sie bricht daher nicht den Stab über den Nationalverein, sondern sucht die tiefsten Gründe zu begreifen, die ihn schließlich zur Verleugnung seiner ursprünglichen Absichten führten, ihn im Innern fast auflösten und nach außen hin tödlich lähmten. Heinrich von Sybel, der als Politiker in der Konfliktszeit selbst mit dem Strome der großen liberalen Flut schwamm, hat hernach als Geschichtschreiber der Taten Bismarcks kaum einen Blick für die Götter, zu denen er damals aufsah. Aber die nachkommende Generation, die jene Kämpfe weiter hinter sich sieht, sollte eher ein Bedürfnis haben, zu verstehen, weshalb es so kommen mußte: sie darf aus der Geschichte eines großen Volkes, die von dem edelsten Wollen und den weitesten Irrwegen erfüllt ist, auch diese letzte Phase nicht ausstreichen.

Das Bild, das sich die Liberalen von der politischen Persönlichkeit Bismarcks machten, war aus richtigen und falschen Zügen zusammengesetzt. Immer wieder sehen wir in der Korrespondenz Bennigsens während der letzten Jahre den gefürchteten Namen auftauchen, immer bestimmter und schärfer das Urteil sich bilden. In dem einen täuschte man sich nicht: die nationale Politik, wie man sie bisher betrieb, fand in ihm einen entschiedenen Gegner. Und wenn es in den letzten Jahren manchmal geschienen hatte, als ob er dieser Politik Verständnis entgegenbringe, so übernahm er doch die Leitung der Geschäfte in einem Augenblicke, wo er nicht anders konnte als das Steuer völlig herumzuwerfen. Seine politische Vergangenheit war der Junker, absolutistisch angehaucht, mit hochmütiger Verachtung bürgerlich-städtischen Wesens; auch wenn der Anteil Bismarcks an der hannoverschen Reaktion von 1855 Bennigsen unbekannt geblieben war, so erschien er ihm als der Standes- und Gesinnungsgenosse des welfischen Adels, den er bekämpfte; es half Bismarck nichts, daß er selbst über dieses Stadium längst hinausgewachsen war, war er doch jetzt vom König als der starke Mann zur Bändigung der Landtagsopposition berufen, mußte er sich doch fortan gerade dadurch im Regiment erhalten, daß er den inneren Konflikt fortführte.

In der deutschen Politik aber galt Bismarck als der Großpreuße, der Annexionist,[1]) der bis zur Mainlinie erobern und Süddeutschland sich selbst überlassen wollte, als der Mann, der unberührt von dem großen Zuge der nationalen Idee, ein gelehriger Schüler Napoleons, nur an Preußens territoriale Vergrößerung dachte. „Ein höchst miserables Epigonentum des Alten Fritz" — das war es, was Bennigsen damals von einer Staatsleitung erwartete, die allerdings die verwegensten Züge friderizianischer Politik wiederaufnahm. Nichts aber konnte dem Hannoveraner Bennigsen widerwärtiger sein. Er konnte dem Staate seiner Geburt wohl zumuten, sich um der deutschen Nation willen einiger Souveränitätsrechte zugunsten einer Zentralgewalt zu begeben, aber er war weit entfernt, Hannovers Selbständigkeit einem vergrößerten Preußen zuliebe aufzuopfern: der Mann, der wegen seines Kampfes für die preußische Zentralgewalt einem Teile seiner Landsleute als halber Verräter galt, war in seinen politischen Ueberzeugungen wie in dem geheimsten Grunde seines Gefühles zu sehr Deutscher und zu sehr Hannoveraner, um mit solcher Möglichkeit auch nur zu spielen. Wiederholt ergriff er im Sommer 1862 die Gelegenheit, sich gegen jede Annexionspolitik zu erklären; auch wenn er keinen Namen dabei nannte, zielte er auf das, was alle Welt von einem Ministerium Bismarck erwartete. So erklärte er am 3. Mai im hannoverschen Landtag: „Es sei bekannt, daß es in Preußen eine kleine Partei, namentlich in militärischen Kreisen, gebe, welche mit der Mainlinie abschließen und Süddeutschland ganz aus dem Spiele lassen wolle. Ein solcher Gedanke werde auch von der Nationalpartei auf das entschiedenste bekämpft. Wenn daher jene Militärpartei in Berlin an das Ruder kommen sollte, was man hier sehr fürchte, so werde man gewiß sehr froh sein, in der Nationalpartei einen Rückhalt gegen solche Bestrebungen zu finden. Man werde dann die Stütze aufnehmen, welche man jetzt von sich stoße."[2]) Auch der feurige Preuße Gustav Freytag urteilte Ende 1862 über Bennigsens Gesinnung: „Bennigsens Stellung ist ganz unzweifelhaft. Er ist so ent-

[1]) O. Lüning (preußischer Abgeordneter) an Bennigsen, 17. Januar 1863: „Wir müssen die Bismarckschen Gelüste einer annektierenden Junkerpolitik zurückweisen, um wenigstens die Reputation des preußischen Volkes in Deutschland zu retten. Daß solche Gelüste stark vorhanden sind, ist sicher."

[2]) Aehnlich in einer Rede in Hamburg am 16. Juni 1862: „Keine Partei verdiene den Namen einer deutschen, die irgendwelche partikulare Interessen verfolge, möge sie dieselbe unter Hannovers, Bayerns oder Preußens Fahne decken; jede Verstärkung des Partikularismus, auch des preußischen, werde ein Nagel mehr zum Sarge der deutschen Einheit; es sei der erheblichste Fortschritt der nationalen Bewegung, daß die Meinung, durch Annexion irgendwelcher Art sei die deutsche Sache zu fördern, jetzt allgemein verurteilt werde."

schiedener Gegner eines Großpreußens von je gewesen, daß ich überzeugt bin, er wird sich mit allen Kräften gegen Bismarcks Pläne sträuben. Nicht ebensoweit sind die Preußen. Haß und Verachtung gegen den Bund sind dort so groß, und der Majorisierungsplan wird so lebhaft in seiner Scheußlichkeit empfunden, daß eine stärkere Ermahnung nötig ist." [1])

Bismarck aber konnte die Politik, die er sich vorgesetzt hatte, nur durch ein diplomatisches Spiel mit verdeckten Karten zur Ausführung bringen, verdeckt selbst vor dem Könige und seinen Mitarbeitern im Ministerium, vollends aber vor denjenigen, die im Grunde seine nächsten Bundesgenossen waren. Wodurch hatte gerade er sich das Vertrauen verdient, der Vollstrecker des deutschen Berufs Preußens zu werden? Es half ihm nichts, daß er einzelne wohlwollende Bemerkungen fallen ließ: [2]) wer schenkte dem Skrupellosen, von dem schon damals manches unvorsichtige Wort umlief, so bald Glauben? Nur vereinzelt ahnte man, was hinter diesem Manne stecke; so widersprach Unruh, der einzige der Nationalvereinsführer, der Bismarck persönlich kannte, in Koburg im Oktober 1862 im engsten Kreise der landläufigen Meinung über ihn. „Ich sagte," erzählt er, „meinen alten preußischen und neuen deutschen Freunden, sie wären ganz im Irrtum, wenn sie Bismarck einfach als Reaktionär oder gar als Werkzeug der Reaktion ansähen. Gewiß gehöre er nicht zu den Liberalen, aber in seinem Kopfe steckten ganz andre Ideen und Pläne als bei Manteuffel und Kollegen. Im vertrauten Kreise teilte ich die Gespräche mit Bismarck im Jahre 1859 und jetzt mit. Ich wies darauf hin, daß Bismarck eine sehr originelle und begabte Natur von großer Energie sei, daß sich aber durchaus noch nicht erraten ließe, welchen Weg er als Leiter des Staates gehen

[1]) G. Freytag an K. Sammer, 23. Dezember 1862.

[2]) In den Nationalvereinsakten befindet sich ein vertraulicher Brief des ungarischen Emigranten Baron Sehrr-Thoß an Streit, Ende Oktober 1862, aus Paris, der über eine vor drei Tagen erfolgte Unterredung eines intimen Bekannten mit Bismarck unkontrollierbar, aber nicht unglaubhaft berichtet. Zunächst Klagen über das kurzsichtige Treiben der Reaktionspartei. Dann heißt es weiter: „Es kam das Gespräch auch auf den Nationalverein, indem mein Freund sagte, es wäre höchst unpolitisch, sich diesen zum Feinde statt zum Freunde zu machen. Bismarck erwiderte, daß er persönlich viel Achtung vor diesem Verein habe und mit dessen Bestrebungen nur einverstanden sein könnte, man beurteile ihn jedoch in manchen Kreisen anders. „Ich habe noch keinen der Herren gesprochen" — setzte er hinzu — „der nicht, im Einzelgespräch, vollkommen zu billigende Ansichten hätte; sind sie aber beisammen — dann ist es anders." Mein Freund erwiderte ihm, dies wäre ganz natürlich, da die preußische Regierung dem Vereine auch gar keine Garantien böte und man sich mithin nicht öffentlich kompromittieren wolle."

werde. Einigen Anhalt werde die Ernennung der andern Minister geben." [1]) Aber eben der Verlauf der Dinge in Preußen widersprach solcher Erwartung: die Ernennung konservativer Altpreußen, von denen man nie vernommen, daß sie die geringste Sympathie für die nationale Bewegung besäßen: die herausfordernde Ankündigung einer Blut- und Eisenpolitik und nach einigen Monaten der Entschluß zum budgetlosen, verfassungswidrigen Regiment. Was man gefürchtet hatte, schien sich schlimmer noch zu verwirklichen: ein skrupelloses reaktionäres Großpreußentum. Die moralischen Eroberungen, zu denen man seit 1858 ausgezogen, verkehrten sich vor ganz Deutschland in ihr Gegenteil.

Wenn schon die preußischen Liberalen, vor allem aus innerpolitischen Gründen, sich dem widersetzten, um wie viel schwieriger, wie unerträglich vollends wurde die Situation jetzt für einen mittelstaatlichen Politiker wie Bennigsen. Die Voraussetzungen seiner Politik waren zerstört. Einst war er aufgestanden gegen die reaktionäre Verbindung von Bundestag und Partikularismus und hatte alle Hoffnungen auf einen freieren Luftzug in Preußen gesetzt — jetzt wurde in eben diesem Preußen das Recht des Landtags schlimmer mit Füßen getreten als je in Hannover, die gehässige Kampfesmethode eines Borries bald hundertfach überboten. Man denke dies einmal durch, um die innerliche Abwendung selbst der leidenschaftlichsten Preußenfreunde zu verstehen, etwa die Sprache der „Grenzboten" oder Treitschkes im Jahre 1863. Die Erbitterung stieg außerhalb Preußens in den Kreisen der Nationalpartei fast noch höher als in Preußen selbst; ähnlich wie die Erbkaiserlichen nach Olmütz getroffen waren, so begrub man die Hoffnungen, von denen man seit Jahren innerlichst durchdrungen war, und wußte nicht, ob es je eine Auferstehung gebe. Man pflegt die Konfliktsperiode viel zu ausschließlich aus der innerpolitischen preußischen Situation heraus zu beurteilen, von der Militärfrage her, dem Streit um die Verfassung und der Machtprobe zwischen Königtum und Parlament. Aber ebenso verbitternd hat damals in Deutschland die Vernichtung aller deutschen Hoffnungen gewirkt. Dafür hat Bismarck selbst ein richtiges Verständnis, wenn er in seinen Memoiren einmal von dem Teil der Opposition spricht, „welcher irre geworden war an der Regierung, mehr aus nationalen als parteipolitischen Gründen." [2])

Aus realpolitischer Erwägung heraus war Bennigsen zum Vorkämpfer preußischer Hegemonie in Deutschland geworden. Herzenssache, wie etwa bei dem Sachsen Heinrich von Treitschke war es doch wohl

[1]) Erinnerungen aus dem Leben von H. V. von Unruh, herausgegeben von H. von Poschinger, S. 216. Aehnlich Fr. Oetker, Lebenserinnerungen III, S. 334 ff.

[2]) Gedanken und Erinnerungen II, S. 69.

nicht. Es gab wohl Bande, die ihn mit Preußen verknüpften; der Bruder seines Vaters und seine Vettern waren preußische Offiziere und sein eigner jüngster Bruder Wilhelm war einige Jahre zuvor als Leutnant in preußische, nicht in hannoversche Dienste getreten. Wir erinnern uns, daß Freytag auch ihn selber im Jahre 1860 — im Jahre 1861 wiederholte er den Vorschlag[1]) — veranlassen wollte, nach Preußen überzusiedeln, und daß ein solcher Entschluß für ihn unmöglich war. Wie in seinem Wesen der hannoversche Untergrund sehr sichtbar war, so war er sogar von einigen Vorurteilen nicht frei, die in Hannover gegen das spezifische Preußentum herrschten, und gerade in den nächsten Jahren sieht man solche Stimmungen gelegentlich stärker hervorbrechen. Es blieb eine Schwäche seiner Politik, daß er sie auf der Basis eines Mittelstaats trieb von dem er sich doch nicht innerlich loslöste: in Preußen selbst — das war wohl auch der Gedankengang des getreuen Freytag — würde sein Sinn für das Reale und Erreichbare und seine versöhnliche Neigung ihn vielleicht nicht immer auf die Seite seiner preußischen Freunde geführt haben, mit deren Augen er die preußischen Verhältnisse sah.

So hat Bennigsen vom Herbst 1862 bis 1866 die Politik des Nationalvereins doch nicht aus dem innersten Herzen mitgemacht. Man hat den Eindruck, als ob er manchmal seinen Namen zu Beschlüssen hergäbe, mit denen er innerlich nicht übereinstimmte und in Gemeinschaft mit Leuten verharrte, mit denen er im Grunde wenig zu schaffen hatte. Er ließ die radikaleren Strömungen, die naturgemäß im Nationalverein an Boden gewannen, zumal den Geschäftsführer Streit, der sich ihrer bemächtigen wollte und darob in Konflikt mit konservativeren Elementen geriet, allzusehr gewähren.[2]) Man sieht ihn immer häufiger denselben

[1]) Siehe S. 391.

[2]) Ehmck an Bennigsen, 21. April 1863 (gegen ein Zirkular Streits an die Agenten): „Der hiesige Vereinsausschuß teilte alle bei mir durch das Zirkular hervorgerufenen Befürchtungen, er mißbilligte namentlich das darin hervortretende Streben, den Verein — im entschiedensten Gegensatz zu seinem bisherigen Verfahren und nach unserer Meinung zum größten Nachteil für unsre Sache — auf die Bahn geheimer Agitation zu treiben, er wurde endlich durch das Zirkular noch mehr in seiner schon früher gehegten Meinung bestärkt, daß dem in mancher Hinsicht verdienten Geschäftsführer eine zu große, der Sache des Vereins nachteilige Vollmacht und Selbständigkeit des Handelns vom Vereinsvorstande eingeräumt werde. In hohem Grade aber würde es uns natürlich erfreuen, wenn das Vertrauen, daß unsre Ansicht und Auffassung der Aufgaben des Vereins im wesentlichen bei dem Vereinsvorstande und namentlich bei Ihnen auf Billigung rechnen dürfe, durch Sie bestätigt würde." Desgleichen 11. Mai 1863: „Herr Streit hat einen der wichtigsten Einwände, welchen ich gegen sein Zirkular erhoben hatte, völlig unbeantwortet gelassen, den nämlich, daß dasselbe allem

Irrtümern wie die preußischen Fortschrittsleute unterliegen. Mit ihnen unterschätzte er die historischen Kräfte und die wirklichen Machtmittel des preußischen Staates, mit ihnen überschätzte er die geheimnisvolle Kraft der öffentlichen Meinung und den unwiderstehlichen Zug der Zeit, den sie auf ihrer Seite wußten. Es ist bedauerlich, daß gerade in den nächsten Jahren vertrauliche briefliche Aeußerungen von ihm viel seltener sind als aus der Zeit von 1859 bis 1862; zumal von seinen Briefen an Unruh und Schulze ist so gut wie nichts erhalten; vielleicht beweist die größere Dürftigkeit des Briefwechsels die zeitweilige Verminderung seines Interesses an der Nationalpolitik.

Das Verdienst des Nationalvereins in der ersten Epoche ist unbestreitbar: seine Agitations- und Erziehungspolitik hat dazu beigetragen, die deutsche Frage überhaupt wieder flüssig zu machen, und insbesondere die Gemüter in unablässiger Arbeit auf den kleindeutschen Bundesstaat vorbereitet. Aber auch die Irrwege dieser zweiten Epoche haben ihr relatives Verdienst. Es liegt in Preußen zunächst in der Verteidigung der Verfassung. Das hat Bismarck selbst in einer Landtagsrede von 1876 anerkannt: „Ich habe Objektivität genug, um mich in den Ideengang des Abgeordnetenhauses von 1862 bis 1866 vollständig einleben zu können, und habe die völlige Achtung vor der Entschlossenheit, mit der die damalige Volksvertretung das, was sie für recht hielt, vertreten hat. Sie konnten damals nicht wissen, wo meiner Ansicht nach die Politik schließlich hinausgehen sollte, und Sie hatten auch das Recht, wenn ich es Ihnen hätte sagen können, mir immer noch zu antworten: Uns steht das Verfassungsrecht des Landes höher als seine auswärtige Politik." Allein der Erfolg seiner auswärtigen Politik konnte auch den Gewaltmitteln seines inneren Regiments in der Konfliktszeit einen glorioſen Freibrief ausstellen: solange aber dieser Erfolg nach außen nicht zutage trat, erschien alles als frevelhaftes Spiel, das mit dem Urheber auch die Zukunft Preußens in den Abgrund reißen mochte und jeden preußischen und deutschen Patrioten zum Widerstand anstachelte. Der Widerstand war um so nötiger, als unter den von Bismarck aufgerufenen Kräften sich reaktionäre Elemente befanden, die kurzsichtig genug das Ziel des Kampfes in der Einschränkung oder Aufhebung

Anschein nach nur seine persönliche Meinung enthalte und ohne Auftrag und ohne Uebereinstimmung mit dem Vereinsvorstande erlassen sei. Eine solche diktatorische Gewalt über die Vereinsagenten, welche der Geschäftsführer für sich allein in Anspruch zu nehmen scheint, habe ich nie anerkannt; ich habe nie geglaubt, daß mit der Uebernahme der Agentur die Verpflichtung, eine solche anzuerkennen, verbunden sei, und halte im Interesse des Vereins eine so diskretionäre Gewalt des Geschäftsführers nicht für ersprießlich."

des Verfassungsstaates überhaupt erblickten: wohin wäre man gelangt, wenn nicht in Preußen und Deutschland der Widerstand so stark und einmütig gewesen wäre. Und wäre es für ein Volk rühmlich gewesen, in diesem Kampf um seinen nationalen Staat nur als blinder Gefolgsmann, ohne selbsttätigen Anteil, ohne Ziel und Wege zu kennen, einem Einzigen sich anzuvertrauen: wer will alles Ernstes diese Jahre innerlichster nationaler Erregung, die unser Volk durchbebt hat, einzig als Verirrung brandmarken?

Nach außen hin aber hat der Konflikt und der Bruch mit der Nationalpartei Bismarck unschätzbare Dienste geleistet. Als längst diese Kämpfe überwunden waren, mehr als ein Jahrzehnt später, begegneten Bennigsen und sein alter Freund Nagel sich in der Erwägung: „daß sogar zu den unentbehrlichen Bedingungen des Gelingens der — innere Konflikt gehört habe. Hätte Bismarck die Zustimmung der liberalen und nationalen Partei für sich gehabt, so würde höchst wahrscheinlich Europa, vor allem Napoleon, zu früh von dem Traume erwacht, der Gefahr rechtzeitig inne geworden sein; so aber wurde es möglich, daß unsere Feinde sich über Preußens Kraft und Aktionsfähigkeit so schrecklich, so lächerlich täuschten. Man kann daher sagen, es sei die „providentielle Mission" der Fortschrittspartei gewesen, das Ausland in verblendete Sicherheit einlullen zu helfen".[1]) Das ist freilich spätere objektive Erkenntnis, wie der Historiker sie üben kann, wie sie unter den Teilnehmern jener Kämpfe vielleicht nur Bennigsen möglich war. Zunächst zog auch er zu Felde gegen den preußischen Minister, der das ganze Kapital an preußischen Sympathien, das der Nationalverein in Deutschland in mühsamer Kleinarbeit zusammengebracht, leichtherzig verwirtschaftete: und die Exzesse auf der einen Seite riefen, wie das im politischen Kampfe unvermeidlich ist, nur um so gröbere auf der andern Seite hervor.

Indem Bennigsens Politik durch den Umschwung in Preußen ihrer bisherigen Grundlage beraubt war, sollte sie auch in Hannover selbst zu einer andern Orientierung genötigt werden. Der Umschwung in Preußen führte im Laufe des Jahres 1862 zu einer Wendung in der inneren Politik Oesterreichs und mehrerer Mittelstaaten, vor allem Hannovers. Die Stellung des Grafen Borries war schon seit der großen Kundgebung vom April 1861 nicht mehr die alte; im Ministerium selbst traten ihm Gegner entgegen und in den Regierungskreisen wurde man zweifelhaft, ob auf die Dauer dieses Polizeiregiment das richtige sei oder ob man nicht lieber, inmitten der nationalen Erregung, der

[1]) Nagel, Der christliche Glaube und die menschliche Freiheit, S. VI/VII.

Sympathien des Volkes sich zu versichern habe. So begann Borries in der Gnade des Königs zu wanken.[1]) Schon während des Landtags von 1862 trat er minder zuversichtlich auf; die kirchliche Bewegung offenbarte Gegensätze, die man bisher gar nicht geahnt hatte. Im Mai 1862 wurde der Kurfürst von Hessen durch Preußen genötigt, zu einem verfassungsmäßigen Regiment zurückzukehren: sollte man sich etwa einem ähnlichen Schicksal aussetzen und den gehaßten Preußen mit dem Strahlenkranze eines Verteidigers des Verfassungsrechts auch in Hannover schmücken? Dagegen gab es nur ein Heilmittel, das der welfische Historiker von Hassell selbst in die Formel kleidet: „Die Umkehr zu einer wahrhaft gerechten, und sowohl im eignen Lande beliebten als auch im Auslande geachteten Regierung." So fiel Borries, nicht aus einem bestimmten Anlaß, denn seine Politik war in diesen sieben Jahren die gleiche geblieben, sondern als Opfer der veränderten allgemeinen Situation, ein Werkzeug, das weggeworfen ward, als man es nicht mehr brauchte; da er seinen Sturz kommen sah, wählte er selbst einen Anlaß, auf den hin er in Ungnade entlassen wurde. Wenn auch von einem Ministerium Bismarck keine Aktion gleich der in Kurhessen mehr zu befürchten war, so mochte es um so verlockender sein, gerade jetzt, wo die preußische Reaktion in Konflikt mit Landtag und Volk geriet, die Neigung des eignen Volkes wiederzugewinnen und in der „Liebe des freien Mannes" den besten Schutz für die Souveränität des Staates zu erkaufen. Der gewandte hannoversche Diplomat Zimmermann pries, wenige Wochen nach Bismarcks Amtsantritt, diese neue Staatskunst: „Es macht in der Welt einen ungeheuern Unterschied, ob eine Regierung, welche in Respekt steht und mit ihren Untertanen in Eintracht und gutem Einvernehmen lebt, angegriffen wird und ihr unrecht geschieht, oder ob das einem Gouvernement widerfährt, welches im Auslande mißachtet ist, und dessen Land eine Arena für Zank und Streit ist." Wie aber mußte dieser Umschwung in Hannover auf die Haltung der liberalen Opposition zurückwirken! Seitdem Bennigsen in seine politische Laufbahn eingetreten war, hatte sich noch keine Verschiebung ereignet, die diesem doppelten Systemwechsel des Herbstes 1862, in Hannover und in Preußen, an Bedeutung gleich gewesen wäre.

Ob das Ministerium Windthorst-Hammerstein die neue Aera bringen werde, mochte fraglich sein; die neuen Männer hatten den Ruf gemäßigt liberaler Gesinnung, und ihre Regierungspraxis entfernte sich bald aus

[1]) Selbst die welfische Geschichtschreibung läßt in diesem Augenblicke Borries fallen: „König Georg verhehlte sich nicht, daß das Borriessche Regiment eine tiefgehende Mißstimmung in der Bevölkerung hervorgerufen hatte." (von Hassell, II, S. 41.)

den Bahnen ihres Vorgängers. Der Name des großdeutschen Katholiken Windthorst bedeutete jedoch, daß in der deutschen Frage die Bekämpfung aller kleindeutsch-bundesstaatlichen Ideen fortgesetzt werden sollte. Immerhin war Bennigsens politische Situation auch in seiner engeren Heimat von jetzt an verschoben, und als die Neuwahlen vom Sommer 1863 seinen Anhängern einen glänzenden Sieg brachten, wurde der Leiter der Opposition zum Führer der Kammermajorität.

Die veränderte deutsche Situation wurde zum erstenmal auf dem Weimarer Abgeordnetentage deutlich.

Als am 28. September 1862 [1]) nach manchen Schwierigkeiten [2]) die von etwa 200 Abgeordneten besuchte Versammlung deutscher Abgeordneter unter Bluntschlis Vorsitz in Weimar zusammentrat, waren die Deutsch-Oesterreicher, auf die man gerechnet hatte, ausgeblieben; die gleichzeitig in Frankfurt versammelte Tagung großdeutscher Abgeordneter hatte für sie eine stärkere Anziehungskraft. Eben darum war der Weimarer Abgeordnetentag nicht, wie man gefürchtet oder gehofft hatte, ein Vorparlament, das alle Parteien in sich vereinigt hätte, aber doch wieder mehr als eine bloße Parteiversammlung: neben der beherrschenden Mittelgruppe der Nationalvereinler standen auf der einen Seite Männer wie Heinrich von Gagern, der eine paritätische österreichisch-preußische Zentralgewalt vorschlug, und auf der andern Seite Demokraten, die nichts als das Bekenntnis zur Reichsverfassung von 1849 zuließen. So war eine Einigung nur in der Form eines Kompromißantrages möglich, der von Bennigsen, Fries, Hölder, Hoverbeck, Metz, Schulze-Delitzsch und dem Sachsen Schaffrath eingebracht wurde und schließlich fast einstimmige Annahme fand. Der Beschluß verwarf die Würz-

---

[1]) Am 9./10. September nahm Bennigsen an dem Volkswirtschaftlichen Kongresse in Weimar teil; auch hier wurde zur Vermeidung handelspolitischer Krisen die Errichtung einer gemeinschaftlichen Zentralbehörde mit Volksvertretung aus volkswirtschaftlichen Interessen für geboten erklärt.

[2]) Bluntschli hatte, um einem Wunsche der Oesterreicher Brinz und Rechbauer entgegenzukommen, eine engere Vorversammlung nach Augsburg zum 19./20. August angesetzt, fand aber bei diesem Vorgehen nicht die Zustimmung der Nationalvereinspolitiker. Ein Schreiben von Bennigsen (Fries und Streit) an Bluntschli, datiert Koburg, 18. August 1862, sagt darüber: „Da wir bei der Abgelegenheit des für das Komitee gewählten Orts nicht annehmen können, daß eine irgend erhebliche Anzahl von Komiteemitgliedern sich einfinden wird, so ziehen wir es vor, unsre Meinungsäußerung brieflich abzugeben. Eine offizielle Beantwortung des Schreibens der Herren Brinz und Rechbauer halten wir für überflüssig und sogar für bedenklich, weil es zu öffentlichen prinzipiellen Erörterungen führen würde, welche in diesem Augenblicke besser vermieden werden."

burger Projekte einer Delegiertenversammlung und eines Bundesgerichtes; er forderte statt dessen — unter Hinweis auf die Reichsverfassung von 1849 — die bundesstaatliche Einheit Deutschlands, die zwar ganz Deutschland zu umfassen hätte, aber im Falle der Behinderung der Deutsch-Oesterreicher trotzdem angegriffen werden müsse und nur durch Berufung eines freigewählten Parlaments herbeigeführt werden könnte; unter der Mitwirkung dieses Parlaments sei die Frage der Exekutivgewalt zu lösen.

Das alte Nationalvereinsprogramm schimmerte zwar in diesen Sätzen noch erkennbar durch und wurde gerade von den Antragstellern als der eigentliche Sinn ihres Vorschlags aufgefaßt; aber es war kein Zweifel, man hatte die preußische Spitze verhüllt und auch der Hinweis auf die Reichsverfassung erhielt durch diese Nichtnennung Preußens eine veränderte Bedeutung. Der Nationalverein hatte noch nicht den Rückzug angetreten, aber eine abwartende Haltung angenommen so lange, bis die ursprünglichen Voraussetzungen seiner Politik wiederkehrten. Die Wochenschrift des Nationalvereins mochte sich darüber trösten: „Bei dem Stande der Dinge in Preußen war eine vollauf bestimmte Erklärung in dieser Richtung nicht möglich. Nicht bloß die Süddeutschen, sondern auch die Preußen selbst waren dagegen. Materiell freilich liegt die Sache so, daß eine Durchführung der Reichsverfassung von 1849 ohne preußische Spitze unmöglich ist, wer die eine will, muß auch die andre hinnehmen; aber weder die eine noch die andre ist mit der jetzigen preußischen Regierung durchführbar; beide setzen ein regeneriertes Preußen, dessen Regierung sich an die Spitze der nationalen Bewegung stellt, voraus."

Im übrigen beschränkte sich die Bedeutung des ersten Abgeordnetentages auf eine persönliche Annäherung. Indem er sich ein Statut gab und die Dauer seiner Organisation anbahnte, mochte er sich schmeicheln, „dem totgeborenen Projekte einer auf die Beratung unpolitischer Gesetzentwürfe beschränkten Delegiertenversammlung eine lebensfähige Versammlung deutscher Volksvertreter entgegengestellt zu haben, die so lange als ein mächtiger Hebel für die Durchführung der Reform wirken werde, bis sie durch ein wirkliches deutsches Parlament abgelöst werde". Zunächst war er mit nichten ein so wertvolles politisches Instrument; die kleinen Staaten waren ungebührlich stark, namentlich im Verhältnis zu Preußen, vertreten; und wenn schon im Nationalverein die verschiedenen Meinungen nur mit Mühe durch weitmaschige Formeln zusammengefaßt werden konnten, so mußte hier die Kunst der politischen Diagonale einen einmütigen Beschluß durch leere Allgemeinheiten erkaufen. Als Agitationsinstrument blieb der Nationalverein weit überlegen, aber

auch er konnte nicht dadurch gewinnen, daß ein andres Organ mit verwandten Tendenzen sich neben ihn stellte, selbst wenn seine Führer in dem ständigen Sechsunddreißigerausschuß des Abgeordnetentages die Mehrheit besaßen.

So mußten auch Bennigsen und seine Freunde sich darüber klar werden, ob auch sie auf der bevorstehenden Generalversammlung das bisherige Programm des Vereins einer Aenderung unterziehen sollten. Der Herzog von Koburg empfahl zwar, wie aus folgendem Briefe Franckes hervorgeht, das Festhalten am Programm, aber er hielt daneben ein positives Bekenntnis zur Reichsverfassung für nötig.

Francke an Bennigsen.

Koburg, 5. September 1862.

Die Zerfahrenheit in Deutschland scheint sich ihrem Gipfel zu nähern. Die Geschicklichkeit, mit der man in Wien den inneren Unfrieden in Berlin und die dortige Passivität in der deutschen Frage auszubeuten versteht, mag manchen Süddeutschen blenden. Dennoch wird es aus jeder Beratung Groß- und Kleindeutscher immer klarer, daß die Deutsch-Oesterreicher und deren Anhänger für ihre Ansicht ein dem Verstande zugängliches, mit dem österreichischen Gesamtstaat verträgliches Programm nicht aufzustellen vermögen. Es bleibt nun einmal für Deutschland nichts andres übrig als neben dem Parlament eine preußische Zentralgewalt und Ausschließung Oesterreichs aus dem engeren Bunde. Wie manchen Kampf es auch noch kosten mag, der nationale Wille und die österreichischen unfertigen Zustände selbst werden zu diesem Ziele sicherlich hinführen, vielleicht schneller, als manche zu hoffen wagen. Daß die Generalversammlung des Nationalvereins dieser Zuversicht Ausdruck geben wird, bezweifle ich nicht, sie würde dadurch und durch direkte Hinweisung auf die Reichsverfassung der gegenwärtigen Zersplitterung der Meinungen einen Halt geben, dessen solche in der Tat bedarf.

*

Während Bennigsen sich mit seinen Freunden in Weimar traf, hatte man dann die Frage besprochen, und namentlich Schulze-Delitzsch hatte gedrängt, die Reichsverfassung zu proklamieren. Bennigsen aber widersprach;[1]) wir kennen die Abneigung, die er gegen die Reichs-

[1]) Schulze-Delitzsch an Streit, 23. Oktober 1862: „Die Proklamierung der Reichsverfassung durch den Nationalverein war eine absolute Notwendigkeit, und ich trat selbst mit dem Vorschlage im engeren Kreise in Weimar gegen Metz und von Bennigsen auf. Meine Kollegen von der nationalen Partei im preußischen Abgeordnetenhause sind ohne Ausnahme damit einverstanden. Wir

verfassung im besonderen und gegen diese Festlegung im allgemeinen hegte; er mochte voraussehen, daß damit, ohne daß ein praktischer Erfolg abzusehen wäre, das Zusammenwirken mit der preußischen Politik auf Nimmerwiedersehen hinausgeschoben wurde. Schließlich aber fügte er sich den Gründen der Freunde. Man brauchte gegenüber den halben Reformvorschlägen der Würzburger ein Programm, das weiterging, und man brauchte gegenüber der preußischen Politik auch ein positives Bekenntnis. So beschloß denn der Ausschuß des Nationalvereins, der vor der Generalversammlung am 4. Oktober zusammentrat, das Bekenntnis zur Reichsverfassung aufzunehmen. Man hatte, nach anfänglichem Schwanken, die Generalversammlung auf den Wunsch des Herzogs Ernst[1]) wieder in Koburg angesetzt. Für Bennigsen entscheidend waren politische Erwägungen: die sehr schlechten Nachrichten, die er über die Stimmung in Süddeutschland erhielt.

Bennigsen an Streit.

Bennigsen, 28. August 1862.

Nebelthau ist von Augsburg über Stuttgart zurückgereist und weiß nicht genug zu erzählen von der nicht bloß preußenfeindlichen, sondern österreichischen Stimmung in Bayern und Schwaben. Die Abneigung gegen Preußen ist zurzeit bei den beweglichen Süddeutschen sehr erklärlich. Wie es aber namentlich Fröbel hat gelingen können, österreichische Sympathien unter den süddeutschen Demokraten neu anzufachen, ist mir ein Rätsel. Völk und Hölder haben erklärt, sie seien für längere Zeit lahmgelegt. Unter diesen Umständen ist es von besonderem Wert, daß die Versammlung des Nationalvereins nicht zu weit nach dem Norden gelegt werde, damit namentlich die Nordbayern und andre Süddeutsche sich hinreichend stark beteiligen. Wir sind jetzt fast in derselben Lage wieder wie 1859/60. Konzessionen in der Sache brauchen wir den Süddeutschen nicht zu machen, aber Vorsicht ist jetzt sehr nötig, damit wir nicht zu einem nord-mitteldeutschen Verein werden.

*

wären bei dem Fortgange der Reformbestrebungen bei dem Vorgange der Regierungen geradezu in das Hintertreffen gekommen, hätten wir länger gezögert, den Schritt zu tun."

[1]) Bennigsen an Streit, 31. August 1862: „Der Herzog ... scheint zu besorgen, daß wenn die Generalversammlung jetzt von Koburg verlegt wird, von seinen Gegnern in der hohen Welt ausgesprengt werde, entweder, daß auch der Nationalverein ihm den Rücken zukehre oder daß er aus Scham, sich seiner vornehmen Vetterschaft gegenüber noch weiter als geschehen zu kompromittieren, selbst diese Verlegung befürwortet habe."

Die Stimmung der dritten Generalversammlung des Nationalvereins wies nicht mehr die hoffnungsfrohe Zuversicht der früheren Tagungen auf. Bennigsen gedachte zunächst des verstorbenen Ausschußmitgliedes Theodor Lehmann, eines Mannes, der wie wenige mit festem Herzen und klarem Kopf seinem Vaterlande treu gedient habe auf dem Schlachtfelde wie im Ratssaal. Dann warf er noch einen Blick auf die unausführbaren Projekte, die von den Würzburger Regierungen ausgedacht seien. Diesen Projekten gegenüber sei es Zeit, an die unterbrochene große Bewegung von 1848 und 1849 anzuknüpfen, den verlorenen Faden wieder aufzunehmen. Einen dahin gehenden Antrag habe der Ausschuß einstimmig festgestellt, und er hoffe, der Beschluß werde zu einer Fahne werden, um die das gesamte deutsche Volk sich schare. Wenn das erstemal so große Unternehmungen gescheitert seien, so liege das nicht bloß an der Schwächlichkeit einiger und an dem bösen Willen andrer Regierungen, sondern auch das deutsche Volk treffe ein reichlicher Teil der Schuld. Neu in Europa eine deutsche Macht zu gründen, das könne nur gelingen, wenn eine geniale schöpferische Kraft die ganze Nation durchdringe, die Gunst der Umstände hinzukomme und die nationalen Kräfte harmonisch miteinander wirkten. Unklar über das zu Erstrebende seien unsre Vertreter im Jahre 1848 nach Frankfurt gekommen; die Naturkraft jener Frühlingsmonate sei ungenutzt verrauscht, die Versammlung fuhr in zwei sich mit Erbitterung bekämpfende Parteien auseinander, die Gegner hatten Zeit, sich zu sammeln, und nachdem man ein kostbares Jahr verloren hatte, waren die Schwierigkeiten so groß, die wirkenden Kräfte so schwach geworden, daß die Nation ihr Unternehmen fallen lassen mußte. Aber auf die damaligen Arbeiten stützen wir uns in dem neuen Kampfe, und tun es mit dem Reste der Männer von 1848, die den Mut noch nicht verloren haben, in erhöhtem Selbstvertrauen; wie auch die Reaktion gewütet habe, so sei doch die Bewegung von 1848 wie ein gewaltiger befruchtender Strom über Deutschland dahingegangen, der den vorher so dürren Boden vorbereitet habe, daß Gewächse der Freiheit auf ihm wachsen konnten, wie man sie in den dreißiger und vierziger Jahren nicht gesehen habe. Er begrüßte den Abgeordnetentag als neuen Bundesgenossen und wandte sich gegen die Besorgnis, er könnte etwa den Nationalverein beeinträchtigen oder gar überflüssig machen. „Der Abgeordnetentag lasse sich dem Staatenhause eines Parlaments vergleichen, neben ihm aber sei der Nationalverein gewissermaßen das Volkshaus, dessen Dazutun verhindere, daß jenes jemals in so ein gewisses vornehmes und künstlich staatsmännisches, vor der unmittelbaren Berührung mit dem Volke zurückscheuendes Wesen verkomme, wie es hier

und da große Parteien mit der Zeit zu kleinen Komitees von Führern habe zusammenschrumpfen lassen."

Der Antrag des Ausschusses lautete: „Gegenüber den von deutschen Regierungen an den Bundestag gebrachten Vorschlägen erklärt auf der Grundlage des Programms vom 4. September 1860 die Generalversammlung des Nationalvereins: Das deutsche Volk kann nicht mit dürftigen Ausbesserungen einer Bundesverfassung abgefunden werden, deren innerstes Wesen die Zersplitterung und politische Ohnmacht ist. Es kann nimmermehr befriedigt oder beschwichtigt werden durch das Zerrbild der Delegiertenversammlung und ähnlicher Erfindungen, welche die inneren Schäden nur zu verschleiern, nicht zu heilen bestimmt sind. Dem Rechtsbewußtsein der Nation und ihrem Verlangen nach Macht und Freiheit entspricht nur eines: die Ausführung der Reichsverfassung vom 28. März 1849 samt Grundrechten und Wahlgesetz, wie sie von den legal erwählten Vertretern des Volks beschlossen sind. Auf die Verwirklichung dieses Rechts, vor allem auf die Berufung eines nach den Vorschriften des Reichswahlgesetzes gewählten Parlaments mit Ernst und Kraft zu dringen, ist die Aufgabe der nationalen Partei."

Brater begründete den Antrag: „Die Reichsverfassung gibt uns, was wir brauchen: die Möglichkeit eines kraftvollen Auftretens nach außen und gesicherte Freiheit im Innern. Sie läßt die Oberhauptsfrage offen: aber die Lösung derselben im Sinne des Vereinsprogramms wird sich unausbleiblich aus der Natur der Dinge ergeben. Wir untersuchen nicht, ob die von 29 Regierungen anerkannte Reichsverfassung als ein geltendes Gesetz zu behandeln ist; diese Streitfrage zu beantworten überlassen wir dem staatsrechtlichen Gewissen jedes einzelnen. Es genügt, daß sie unstreitig ein legitimer Ausdruck des Nationalwillens und des politischen Bedürfnisses ist." Darauf sprach Unruh für die Reichsverfassung im Namen der preußischen Fortschrittspartei und protestierte für seine Landsleute gegen Bismarcks Wort von Blut und Eisen. Miquel, der vor zwei Jahren mit solcher Schärfe die Reichsverfassung verworfen hatte, erklärte, von allen Seiten sei auf die Erkundigung des Ausschusses die Antwort gekommen: „Heraus mit diesem Volksprogramm gegenüber dem in Frankfurt übergebenen Programm der Kabinette." Der Kölner Bürgers wollte sogar jede Bezugnahme auf das Koburger Programm von 1860 gestrichen wissen, weil es zu viel Hoffnungen auf Preußen gesetzt habe. Aber selbst Metz war noch für Beibehaltung: „Das heutige Wort werde durchschlagen. Es sei nicht so gewählt, daß die Massenhaftigkeit und Geschlossenheit der Bewegung in Gefahr kommen könne; es werde auch die noch zur

Seite stehenden Anhänger der Fortschrittspartei heranziehen." So wurde der Antrag schließlich fast einstimmig angenommen.

Der zweite Tag brachte zunächst eine Erörterung der Wehrfrage. In der langatmigen Resolution, welche der Ausschuß empfahl, sollte vor allem „der Uebergang von der jetzigen Organisation des Militärwesens zu dem System des schlagfertig organisierten Volksheeres", und bis zu dieser prinzipiellen Umgestaltung „die Minderung der vielfachen Nachteile des bestehenden Heerwesens" erstrebt werden. Doch erhob sich Bennigsen sofort zu der Erklärung: „Im Ausschuß sei man nicht einstimmig für diesen Antrag gewesen; eine größere Zahl von Mitgliedern habe ernste sachliche Bedenken gegen den darin angedeuteten Weg zur Verminderung der Heereslast gehabt, und andre hätten wenigstens bezweifelt, ob die Frage schon hinlänglich spruchreif sei, um hier zu einem absprechenden Beschluß gebracht zu werden."

Daraus ergab sich, daß Bennigsen selbst mit dieser radikalen Wendung in der Wehrfrage nicht einverstanden war; im Einverständnis mit ihm augenscheinlich brachte sein Freund Planck einen Antrag auf Vertagung ein. Die Radikalen führten große Worte. Streit meinte, daß man bis jetzt so ängstlich daran gehe, populäre Armeereformen zu fordern, rühre daher, daß man sich habe einreden lassen, zu ihrer Beurteilung bedürfe es technischer Fachkenntnisse; niemals aber sei eine große Reform durch die Fachleute vollbracht worden. Mit hitziger Leidenschaft vollends rief Bürgers: „Die Vernichtung der stehenden Heere sei die Vorbedingung der nationalen Reform, ohne blutigen Kampf sei die Reichsverfassung nicht durchführbar; in Preußen bestehe gesetzlich in der Landwehr ein Volksheer, dessen Wiederherstellung das Ziel der Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses sei; durch eine Vertagung würde man im Volke Mißtrauen erwecken." Schließlich gelang es Miquel, eine motivierte Tagesordnung herzustellen, die eine gründliche Reform der jetzigen Heeresverfassung allein von der allmählichen Verwandlung und wenigstens dem teilweisen Ersatz des stehenden Heeres durch ein wahres Volksheer erwartete, aber über die Mittel und Wege zu diesem Ziele noch das Vorhandensein von Meinungsverschiedenheiten feststellte.

Darauf begründete Miquel einen Ausschußantrag, die Ablieferung der gesammelten Flottengelder an das preußische Marineministerium bis auf weiteres einzustellen, aber „in der Ueberzeugung, daß die vorübergehenden Umstände vor dem unerbittlichen Gange der nationalen Entwicklung verschwinden werden", auch ferner die Sammlungen fortzusetzen und einstweilen zu belegen. Ein weiterer Beschluß forderte, daß sobald als möglich das verfassungsmäßige Recht in Mecklenburg-

Schwerin durch Wiederherstellung der Verfassung von 1849 zur Geltung gelange; Moritz Wiggers trat dafür ein, daß der Nationalverein auch die mecklenburgische Verfassungsfrage zu einer nationalen Angelegenheit erhebe. Der dann folgende Bericht über die Arbeiterexpedition zur Londoner Weltausstellung wurde von Bennigsen als ein neuer Beweis bewillkommnet, daß der intelligente Arbeiterstand Deutschlands fähig und bereit sei, an den nationalen Bestrebungen teilzunehmen. Verschiedene Anträge, den Vereinsbeitrag auf die Hälfte herabzusetzen, wurden abgelehnt, jedoch die Zahlung in Raten zugelassen.

In den nächsten Monaten begann der Nationalverein eine Propaganda für die Reichsverfassung. Bennigsens Freund Planck schrieb das Flugblatt des Nationalvereins, das sie empfahl. Ob er aber selbst den rechten Glauben an das Aktenstück hegte, dessen Wiederausgraben er vor wenigen Jahren bekämpft hatte? Ob er nicht selbst die Empfindung hatte, daß man die bisher getriebene praktisch mögliche Politik aufgab, um sich zugunsten eines Phantoms festzulegen? Hieß es nicht die Brücken zu der preußischen Regierung vollends abbrechen, um dafür die Stimme des einen oder andern Demokraten, aber nicht die geringste Aussicht auf Verwirklichung einzutauschen? Als er selbst, am 18. Oktober, in Bremen, wo man dieser Wendung im Grunde sehr widerstrebte, die Mitglieder des Nationalvereins für die Reichsverfassung zu gewinnen unternahm, zeigte er deutlich, daß er weit entfernt war, sich ihr nun mit Leib und Seele zu verschreiben. Vielmehr bezeichnete er, auf Anfrage der Zweifler, als seine persönliche Ansicht: man habe in Koburg über die unter den Rechtsgelehrten streitige Frage, ob der Reichsverfassung von 1849 formelle Rechtsgültigkeit in der Gegenwart innewohne, sich nicht erklären, sondern nur dem Verein und der Nation ein politisches Ziel des Strebens aufstellen wollen; man erkläre auch die Reichsverfassung nicht für unveränderlich, sondern verlange nur ihren wesentlichen Inhalt; der Aenderung von Einzelbestimmungen werde nichts im Wege stehen, sobald die auf Grund der Verfassung berufene Volksvertretung und Zentralgewalt diese Aenderung beschließe; man erwarte auch nicht die Einführung der Reichsverfassung im nächsten Monat oder Jahre; wann und wie der Anstoß möge gegeben werden, der uns unserm Ziele zuführen solle, sei unsern Augen verhüllt, was in der Zwischenzeit sich darbiete an Formen und Arten, das Ziel stückweise zu erfassen, das abzulehnen um des nicht sofort erreichbaren Ganzen willen, würde sicherlich unpolitisch sein. Also lauter Fragezeichen, lauter Vorbehalte, gewiß mit vernünftiger Begründung: aber sprach so ein Führer über die Fahne, um die das deutsche Volk sich von neuem sammeln sollte?

Bennigsen an Schulze-Delitzsch.

Bennigsen, 7. November 1862.

Einliegend erhältst Du zu Deiner Notiz einen Brief des Herrn Eichler,[1]) welcher sich jetzt so breit macht und dem Ihr so wenig trauet. Ich habe in meiner ablehnenden Antwort unter anderm hervorgehoben, daß es mir im eignen Interesse der Arbeiter zu liegen scheine, das für ihre Zusammenkünfte erforderliche Geld selbst aufzubringen. Zugleich habe ich dem Herrn Eichler erklärt, daß nach den mir von verschiedenen Seiten gewordenen Mitteilungen über sein Benehmen während der Arbeiterexpedition ich wenig Lust hätte, mich für ihn zum zweitenmal zu verwenden.

Ueber die Verallgemeinerung des Nationalfonds erhielt ich dieser Tage auch von einem andern Ausschußmitgliede einen Brief. Jedenfalls ist dazu die Zustimmung des Komitees der Fortschrittspartei zu erwirken, bevor wir im Ausschuß öffentlich etwas tun können.[2]) Ich hätte Dich auch deshalb gern in Eisenach gesprochen und ferner auch aus dem Grunde, um mit Dir näher die für Preußen zweckmäßigen Schritte zu beraten, um die öffentliche Meinung für die Reichsverfassung zu bearbeiten und Kundgebungen in diesem Sinne zu bewirken. Bei den Versammlungen, welchen Du beiwohnen willst, nehmt Ihr dieses wohl ohnedies in die Hand. Es wäre aber eine allgemeine Zustimmung der namhaftesten Leute in Preußen nach den Konferenzen der Großdeutschen um so erwünschter.

Bennigsen an Rochau.

Bennigsen, 26. Dezember 1862.

In Preußen wird allerdings eine solche Aktivität nicht entwickelt, wie wir wünschen mußten. Die Hauptentschuldigung liegt wohl darin, daß die Kammern binnen kurzem wieder zusammentreten und dann — oder auch im Falle der Auflösung bei den Neuwahlen, deren unsre Freunde sicher zu sein behaupten — eine Krisis eintreten muß. Der Demonstrationen, welche allerdings auf den König keinen Eindruck machen würden, scheint man mehr als gut ist überdrüssig zu sein. Auffallend gering ist übrigens der Eindruck einer so bedeutenden Demonstration, wie die Ueberreichung der Berliner Adresse mit 40000 Unterschriften an die Berliner Abgeordneten, auf die Massen.

---

[1]) Ueber den Berliner Maschinenarbeiter Eichler und seine politische Rolle siehe: Ed. Bernstein, Lassalles Reden und Schriften I, S. 109 f.; II, S. 396 ff.

[2]) Am 9. November lehnte die Vorstandssitzung den Antrag des Grafen Reventlow ab, den preußischen Nationalfonds zu einem deutschen zu erheben.

Ich weiß nicht, wie es bei Ihnen in Baden steht. Bei uns in Hannover haben aber die preußischen Schweinereien trotz des obligaten hannoverschen Ministerliberalismus bei weitem nicht den Eindruck hervorgebracht, welchen man an unserm Hofe erhoffte. Der Partikularismus wird hierdurch nicht erstarken. Selbst wenn wir uns in Hannover — wie in den einzelnen andern deutschen Ländern — auf ein oder mehrere Jahre praktisch nur mit den Lokalangelegenheiten beschäftigen müßten, der Partikularismus und die dynastische Politik haben unter Bürgern und Bauern keinen festen Boden mehr in unserm Lande. Die altliberale Partei ist vollständig aufgelöst. Eine Neubildung unter dem jetzigen Ministerium aber sehr schwer, weil der Leiter desselben, Windthorst, als katholischer Klerikaler mit Stüve sehr schlecht und mit den sonstigen altliberalen Chefs auf dem Fuß gegenseitigen achtungsvollen Mißtrauens steht. Eine ganz konsequente, ehrlich liberale Politik wie in Baden wird der König ohnehin niemals verfolgen. So weit reichen weder die Furcht vor Preußen noch die politische Einsicht. Ich habe mich übrigens seit dem Spätsommer vorgesehen, die Wahlbewegung wohl vorbereitet und mit meinen Freunden die kirchliche Bewegung soweit nötig in der Hand. Auch die Zollvereinskrisis ist uns sehr günstig. Gegen den Handelsvertrag sind hier nur die Ultramontanen, einige Doktrinäre und ein halbes Dutzend Fabrikanten ohne Einfluß.

Die Berliner Mitglieder des Komitees für den Nationalfonds haben Bedenken, diesen Fonds zu einem allgemein deutschen zu machen, aus Rücksicht auf ihre demokratischen Freunde, wie es scheint, und haben erklärt, vor Zusammentritt der preußischen Kammern, wo sie mit den Komiteemitgliedern aus der Provinz die Sache beraten wollen, nichts dieserhalb tun zu können. Das Ergebnis der Sammlungen ist sehr kläglich!

Bennigsen an Lammers.

Hannover, 28. Dezember 1862.

Das Geld sitzt hierzulande, wie Sie wissen, nicht lose. Wir haben erst die für unsre Wahlagitation und die hannoverschen Preßerzeugnisse nötigen Summen zusammenzubringen. Unter diesen Umständen ist es zurzeit nur möglich gewesen, hier in Stadt Hannover zehn Aktien der „Süddeutschen Zeitung" fest anzubringen und für noch ein paar einige Aussicht zu gewinnen. Das Geld für die ersteren zehn Aktien soll gleich ganz eingezahlt werden. Bei meiner nächsten Anwesenheit in Hannover werde ich das Geld einziehen und nach Frankfurt befördern. Nach den Wahlen, hoffe ich, wird sich im Hannoverschen noch etwas tun lassen.

Vorläufig sehe ich dazu noch keine Möglichkeit. In der Ausschußsitzung des Nationalvereins, welche in der letzten Zeit des Januar nach dem Zusammentritt der preußischen Kammern stattfinden wird, werde ich mich allen Ernstes bemühen, daß namentlich aus Preußen mehr geschieht. Es war bislang dort allerdings eine ungünstige Zeit. Wenn die Preußen aber trotz der inneren Krisis ihre ganze Lage sehr richtig so auffassen, wie Hoverbeck und mit ihm die Versammlung jüngst in Königsberg, so müssen sie sich des einzigen größeren Blattes in Süddeutschland, welches unsern Standpunkt vollständig und in so vorzüglicher Weise vertritt, mit Kraft annehmen. Darf ich Sie bitten, Herrn G. Varrentrapp nebst meiner verbindlichen Empfehlung von vorstehendem Mitteilung zu machen.[1])

Mit unsrer neuen Aera in Hannover sieht es über die Maßen schwächlich aus. Diese Herren mit dem Oberpfiffikus Windthorst an der Spitze imponieren dem König nicht, stecken sich ihre Ziele viel zu niedrig und werden auch davon nichts erreichen, was irgend Belang hat. Wie ich die Sache ansehe und unsern Vertrauensmännern in den Provinzen — auch auf dem platten Lande — gegenüber vorerst behandelt habe, können Sie aus dem vor wenigen Tagen erlassenen Zirkular ersehen, welches ich für Sie beilege. Die Vertrauensseligkeit ist im Lande nicht übermäßig groß, der Partikularismus hat noch nichts gewonnen, aber ein gewisses philisterhaftes Ruhebedürfnis ist doch offenbar vorhanden. Vorsichtig werden wir allerdings sein müssen, sowohl bei der Wahlbewegung als nachher in der Majorität in der Zweiten Kammer. Gefährlich ist aber die Lage der nationalen Partei, wenn wir uns nicht durch Torheit selbst ruinieren, in Hannover durchaus nicht, würde es selbst in dem ungünstigen Falle eines entschieden liberalen Partikularismus etwa unter Bennigsen oder Münchhausen, wozu aber vorerst der König nicht greifen wird, meiner Meinung nach nicht sein. Sie werden im neuen Jahre den Kopf ebenso hoch halten wie im alten. Die Reaktion in Deutschland wird an ihrer Dummheit und Gemeinheit zugrunde gehen.

Bennigsen an Brater.

Bennigsen, 10. März 1863.

Mir ist es doch sehr zweifelhaft, ob die Wahlagitation in einem deutschen Einzelstaate Aufgabe des Abgeordnetentags ist. § 1 der Statuten handelt nur von materiellen Gegenständen der Beschlußfassung auf den Einzellandtagen. Die Kompetenz des ständigen Ausschusses ist bekanntlich

[1]) Es wurde im März 1863 ein Zirkular zugunsten der „Süddeutschen Zeitung" an die Agenten des Nationalvereins erlassen.

absichtlich sehr beschränkt. Wenn man auch, wozu ich immerhin sehr geneigt bin, die §§ 5 und 6 möglichst weit auslegt, so halte ich es doch für dies neue Institut gefährlich, auf dem Korrespondenzwege, durch welchen schon Malheur genug im Vorbereitungsstadium angerichtet ist, einen ersten offiziellen Erlaß des Ausschusses unter solchen Kompetenzzweifeln herauszugeben. Jedenfalls bin ich nicht geneigt, die Initiative in dieser Sache zu ergreifen. Ich bin außerdem hier gar nicht in der Lage, mit jemand über die Fassung Rücksprache zu nehmen. Es würde mir dies aber um so notwendiger erscheinen, da ich bei meiner nur unvollkommenen Kenntnis der bayrischen Verhältnisse fürchten müßte, entweder bei einer Hinweisung auf bayrische Zustände und Parteiverhältnisse Anstoß zu erregen oder bei einer allgemeineren Fassung, welche lediglich Bayerns Bedeutung und die dominierende Stellung in Süddeutschland berücksichtigte, ohne auf die Kritik des Gouvernements und der Gegner irgend einzugehen, den Zweck, nämlich die Wirkung auf eine bestimmte Menschenklasse in Bayern, zu verfehlen. Ein Bayer nur kann einen solchen Aufruf redigieren oder muß ihn wenigstens mitberaten. Bei einer Zusammenkunft mit Barth besprechen Sie wohl mit ihm, ob nicht ein Zusammentreten des Ausschusses nach Ostern, wo die preußischen Abgeordneten frei sein werden, zweckmäßig ist. In vier Wochen wird man sowohl über die preußische wie über die europäische Situation für dieses Jahr einigermaßen klarsehen können.[1])

[1]) Bennigsen an Streit, 17. März 1863: „Hinsichtlich der bayrischen Wahlen, die sehr wichtig sind und große Schwierigkeiten machen werden, habe ich mit Brater korrespondiert. Einen Aufruf des Komitees des Abgeordnetentages zu redigieren und dessen Beschließung auf dem Korrespondenzwege durch die Komiteemitglieder zu veranlassen, habe ich wegen der offenbaren vielfachen Bedenken abgelehnt. Dagegen habe ich Brater geschrieben, daß es bei dem — ziemlich wahrscheinlichen — Mangel an Geldmitteln in der bayrischen Fortschrittspartei zulässig erscheine, ähnlich wie früher in H(essen)-D(armstadt) einen Zuschuß für die bayrische Wahlagitation von 1000 bis 2000 Florins aus unsern Fonds zu bewilligen und daß bei periculum in mora der Vorstand in der bevorstehenden Sitzung allenfalls die Bewilligung auszusprechen riskieren würde." Desgleichen 21. März 1863: „Die süddeutschen Wahlen sind so wichtig in diesem Jahre, daß wir auch auf die nassauischen Wahlen einiges werden verwenden können. Bei dem Wohlstande und der politischen Lebendigkeit der Nassauer ist es mir allerdings auffallend, daß Lang mit seinen Freunden die nötigen Gelder für die dortige Wahlagitation nicht im Lande selbst aufbringen kann. Schicken Sie immerhin bis zur Vorstandssitzung einige tausend Exemplare der Reichsverfassung ab, vorbehältlich der definitiven Entscheidung hinsichtlich des Kostenpunktes."

Indessen stieg die Erbitterung des politischen Kampfes in Preußen immer höher. Bismarck und Roon griffen zu den gewagtesten Mitteln, um dem Könige die Vermessenheit der Opposition in das hellste Licht zu setzen und die Fortführung ihrer Politik gegen jeden Versöhnungsversuch zu sichern. Im Einverständnis mit Bismarck führte Roon am 11. Mai jenen Konflikt mit dem Präsidium des Abgeordnetenhauses herbei, der den erwünschten Anlaß gab, den König selbst gegen die verfassungswidrigen Anmaßungen des Hauses ins Feld zu führen. Auf die königliche Botschaft antwortete am 22. Mai eine Adresse des Abgeordnetenhauses in ehrerbietiger Form, daß man keine Mittel der Verständigung mehr mit diesem Ministerium habe und daß „zwischen den Ratgebern der Krone und dem Lande eine Kluft bestehe, welche nicht anders als durch einen Wechsel der Personen und mehr noch durch einen Wechsel des Systems ausgefüllt werden würde".

Eine Ausschußsitzung des Nationalvereins in Eisenach am 17. Mai 1863 — bei der die Preußen fehlten — beschloß, den Angriff in der schärfsten Form aufzunehmen. Man kam überein, eine Ansprache an das deutsche Volk zu richten, mit deren Abfassung Brater betraut wurde. Ueber den Charakter dieser Ansprache war man einig: Beseitigung des jetzigen preußischen Ministeriums. Einzelne Stimmen äußerten sich ganz erregt: man müsse eine Massenpetition in Berlin an die königliche Residenz bringen. Die Mehrheit erachtete es im Vereinsinteresse, sich offen auszusprechen, daß man nicht daran denke, dafür zu wirken, daß die jetzige preußische Regierung an die Spitze Deutschlands treten solle. Wenn Bennigsen selbst innerlich dieser Verschärfung widerstreben mochte, er wurde von der Mehrheit mitgezogen. Als die Ansprache Braters einer zweiten Ausschußsitzung in Frankfurt am 25. Mai vorgelegt wurde, erschienen auch die Preußen, noch erfüllt von Eindrücken höchster Empörung. Man war einig über die Notwendigkeit, dem ganzen Volke zum Bewußtsein zu bringen, daß das preußische Abgeordnetenhaus nicht isoliert dastehe, vielmehr die große und entschlossene Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich habe; als das eigentliche Ziel erfaßte man, womöglich noch vor der Vertagung auf den Sturz Bismarcks hinzuarbeiten, „da für alle die wachsenden Gefahren der inneren und äußeren Lage Preußens und Deutschlands der Sturz dieses Ministeriums die einzige Lösung sei, wenn nicht bald sowohl der König als die ganze Dynastie Hohenzollern mindestens für das deutsche Volk ein überwundener Standpunkt sein solle". In diesem Sinne hatte Brater, einst der süddeutsche Vorkämpfer preußischer Hegemonie, die Ansprache entworfen: je herber die Enttäuschung, desto heftiger nun die Sprache dieser Kriegserklärung. Sie verurteilte zunächst die Polenpolitik Bismarcks: „Durch die Stellung

der preußischen Regierung zu dem Aufstand in Polen, durch den Abschluß der Konvention mit Rußland, durch den gehässigen Vollzug unmenschlicher Auslieferungsverträge, durch ein herausforderndes und dennoch schwankendes Verhalten zu den übrigen Mächten — durch diese von ganz Europa verurteilte Politik wird die Ehre der Nation gefährdet und zugleich der bewaffneten Einmischung des Auslandes die willkommenste Handhabe geboten. Wir achten das heldenmütig verteidigte Recht des polnischen Volkes auf nationale Existenz; sind auch die Eroberungen, die deutscher Geist und deutsche Arbeit auf ehemals polnischem Boden gemacht haben, unwiderruflich, so verschmähen wir es doch, die Helfershelfer der Unterdrückung zu sein." [1]) Auf der andern Seite wurde Preußen getadelt, daß es selbst vor der einfachen diplomatischen Aufrechterhaltung des deutschen Rechts gegenüber der Anmaßung Dänemarks kraftlos zurückweiche: nur durch die Annahme und entschlossene Ausführung des (gegen das dänische Patent vom 30. März 1863 gerichteten) oldenburgischen Antrags könnten die Sünden der Vergangenheit gesühnt werden. „Es ist wahr: ein Blick auf die letzten Schicksale der nationalen Bewegung scheint jede Hoffnung niederzuschlagen. Schritt für Schritt ist die preußische Regierung von ihrer Aufgabe weiter zurückgewichen, bis zu dem Punkt, auf dem wir sie heute erblicken: nicht als den Schirmherrn, sondern als den gefährlichsten Widersacher der nationalen Interessen. Heute wie im Frühjahr 1859 bedroht uns Kriegsgefahr; aber die Aufrufe, die damals Preußen zur Leitung beriefen, erneuern sich nicht — sie klingen wie ein bitterer Hohn auf die Gegenwart. Heute wie im Herbst 1860 ist es die gleiche Gesinnung, die den Nationalverein beherrscht; wenn aber diejenigen, die jetzt an der Spitze des preußischen

[1]) Wie Bennigsen persönlich über die polnische Frage dachte, zeigt ein leider beschädigter Brief an seinen alten Freund Passavant in Frankfurt vom 21. März 1863: „Wenn Ihr überall eine Erklärung über den polnischen Aufstand beschließt, so wird es jedenfalls sehr erforderlich sein, nicht weiter zu gehen in Sympathieerklärungen für die Polen, als das preußische Abgeordnetenhaus und vor einigen Tagen in ähnlicher Weise die Hamburger Versammlung getan haben. Die Polen machen in ihrer außerordentlichen Verblendung] kein Hehl daraus, daß sie daran denken ... Ein polnisches Reich würde ... dazu bei jedem Angriffskriege Frankreichs dessen zuverlässiger Bundesgenosse sein. Wir sind uns selbst die Nächsten. Bei der Schwäche und Konfusion, welche jetzt in Deutschland herrschen, können wir neue gefährliche Kombinationen in dem europäischen Staatensystem zurzeit unmöglich fördern wollen. Ganz etwas andres ist eine Verurteilung der russischen Infamien in Kongreßpolen und eine Verurteilung der preußischen Konvention. Ein Beschluß, welcher sich innerhalb solcher Grenzen hält und zugleich in dieser europäischen Frage die Haltung der preußischen Abgeordneten gegenüber der [Regierung unterstützt], ... würde meiner Ansicht nach ganz am Platze sein."

Staates, vom eignen Volke verurteilt, am Ruin der preußischen Staatsmacht arbeiten, vollends nach der Leitung Deutschlands greifen wollten, so würden sie in der ersten Reihe der Kämpfer gegen eine solche Vermessenheit dem Nationalverein begegnen."

Aber noch war der Höhepunkt des Kampfes nicht erreicht. Nachdem der Preußische Landtag am 27. Mai vertagt war, erließ Bismarck am 1. Juni die Preßordonnanzen, um die sich gegen ihn aufbäumende öffentliche Meinung mit Gewalt zu ersticken. Es war eine Verordnung, die, wenn auch nicht ausdrücklich gegen den Buchstaben, aber gewiß gegen Geist und Sinn der Verfassung stritt; wohl kannte die Verfassung ein Verordnungsnotrecht der Regierung zur Aufrechterhaltung öffentlicher Sicherheit, „insofern die Kammern nicht versammelt sind"; aber in diesem Falle hatte man nicht oktroyiert, weil die Abwesenheit des Landtages dazu nötigte, sondern man hatte den Landtag nach Hause geschickt, um unmittelbar hernach oktroyieren zu können. Man kann sich schwer einen Begriff von der Erregung der Geister machen, von alledem, was in Sybels Geschichte entweder verwischt oder völlig ausgelöscht erscheint. Es war damals, daß der preußische Kronprinz, von Liberalen beraten, aber aus seiner innersten Ueberzeugung heraus den unklugen Schritt tat, sich öffentlich von den Maßregeln der Regierung loszusagen; daß er an Bismarck schrieb, er betrachte diejenigen, welche seinen königlichen Vater auf solche Wege führten, als die allergefährlichsten Ratgeber für Krone und Vaterland; der Kronprinz geriet in die in Preußen unmögliche Stellung, die letzte Hoffnung der Liberalen zu werden, und zumal Freytag, wie auch seine Briefe an Bennigsen zeigen, war eifrig mit solchen Gedanken beschäftigt. Es geschah damals, daß die Getreuesten irre wurden, daß Treitschke sich in dem leidenschaftlichen Grenzbotenartikel „Das Schweigen der Presse" von den „Preußischen Jahrbüchern" lossagte, die den Verfassungsbruch des Ministeriums entschuldigten. Wie maßlos vollends stieg die Erbitterung des Nationalvereins über den Mann, der mit Füßen die öffentliche Meinung trat, die sie für Preußen hatten erobern wollen, und alle ihre deutschen Hoffnungen, vielleicht für immer, verwüstete. Der hitzige Rochau, dem die Fortschrittspartei längst nicht mehr genug tat, suchte Bennigsen zum schärfsten Auftreten auch in diesem innerpreußischen Streite hinzudrängen. Und als Bennigsen Ende Mai in Koburg mit Herzog Ernst die Hoffnungslosigkeit der preußischen Lage besprach,[1]) mußte er erfahren, daß auch dieser es aufgab, noch länger die Politik zu verfolgen, hinter der er seit Jahren als fürstlicher Schutzherr gestanden hatte, und statt dessen, zum Schmerze seines ge-

[1]) Herzog Ernst, Aus meinem Leben III, S. 290.

treuen Freytag, eine Annäherung an Oesterreich suchte, wo, angesichts des Bruches zwischen Preußen und den Nationalen, auf einmal eine merkwürdige Reformfreudigkeit aufgeflackert war.

Schulze-Delitzsch an Bennigsen.

18. Juni 1863.

Daß die Sachen in Preußen langsamer gehen wie in den kleinen Ländern, ist wohl sehr natürlich. Da Ihr von den Schwierigkeiten einer Organisation in dem weiten Lande der konzentrierten Regierungsmacht gegenüber keine richtige Vorstellung habt und haben könnt, so wundere ich mich gar nicht, daß Ihr ungeduldig werdet. Indes dürft Ihr an Geist und Willen unsers Volkes nicht zweifeln, und es wäre besser, Rochau schlenderte etwas weniger hypothetische Donnerkeile. Doch schaden sie am Ende nicht, einen Puff in die Seite kann der preußische und anderweite deutsche Michel gut vertragen. Aber mit dem bloßen Strampeln in dem dunkeln Gefühle, es müsse irgend etwas getan werden, während man selbst nicht weiß, was, ist nichts getan. Wir werden der Regierung Schritt für Schritt mit allen Mitteln, die wir haben, entgegentreten, und wir wissen, daß wir siegen und daß unsre Gegner plan- und ziellos sich hinsristen! Darum kein Hasten, keine Uebereilung in diesem Augenblicke, die uns die Früchte der bisherigen Kämpfe kosten könnte! — Deine Idee mit dem Fakultätsgutachten bringe ich morgen vor; sie kann gut sein, obschon es wiederum in den Verhältnissen liegt, daß man in Preußen nicht so viel darauf gibt wie in den Ländern des gemeinen Rechts, weil man sich von den Sprüchen derselben in Privatstreitigkeiten viel früher losgelöst hat. Dagegen fassen wir die Arbeitersache in ihren Konsequenzen fester an, da die Regierung gerade hier gegen unsern Einfluß aufzutreten denkt.[1])

Rochau an Bennigsen.

Heidelberg, 3. Juli 1863.

Steht doch alles auf dem Spiele! Nicht bloß der preußische Staat, sondern auch das preußische Volk und das Abgeordnetenhaus und die Fortschrittspartei sind, soweit ich höre und sehe, in einen Mißkredit

[1]) Viel resignierter äußerte sich gleichzeitig Präsident Lette in einem Schreiben an Bennigsen vom 17. Juni 1863: „Der Fortschritt und die Einigkeit wird für jetzt mehr auf dem wirtschaftlich-bürgerlichen als auf dem politischen Gebiet zu erstreben sein, wenngleich in Preußen — solange das gegenwärtige Ministerium und System regiert — auch dazu keine Aussicht ist. Doch ist die wirtschaftliche, persönliche und Verkehrsfreiheit eine notwendige Grundlage und Vorbereitung der politischen, und vor allen Dingen gemeinsame Verständigung darüber unter den liberalen Fraktionen aller deutschen Staaten und Kammern hochwichtig."

geraten, der in Verachtung überzugehen droht. Es handelt sich darum, die Fortschrittspartei dahin zu bringen, daß sie sich endlich aufraffe, oder doch wenigstens den Nationalverein vor der Mitverantwortlichkeit für ihre jämmerliche Prostration zu wahren und damit der Nationalsache den letzten schwachen Anhalt zu retten. Im Ausschusse des Abgeordnetentages und im Ausschusse des Nationalvereins hatte man den Preußen die Anforderungen der Lage mit Nachdruck vorgestellt, aber ohne die allermindeste Wirkung, denn nur wenige Tage darauf war der Landtag auseinander gegangen, ohne daß die Fortschrittspartei auch nur mit einem einzigen Worte der Rolle der Führerschaft entsprochen hätte, die ihre verdammte Schuldigkeit war. Wenn, wie die Herren sagen, die Organisation des Widerstandes in Preußen die größten Schwierigkeiten hat, so war das doch bei Gott kein Grund, auch nicht einmal den allerersten Anfang damit zu machen! Die preußische Presse, die freilich niemals eine kräftige Initiative nimmt, war zum Schweigen gebracht, und so fiel denn den auswärtigen Nationalvereinsblättern von selbst die Aufgabe zu, dem Phlegma, der Trägheit, der Ratlosigkeit den Sporn in die Seite zu setzen. So hat Lammers, der doch kein Hitzkopf ist, und so habe ich die Sache verstanden. Daß dabei noch schärfer zu Werke gegangen werden mußte als in den obenerwähnten Ausschußsitzungen, wo man doch auch nicht gerade die gelindesten Mittel *vergeblich* angewandt hatte, ergab sich aus der inzwischen bedeutend verschlimmerten Lage und Stimmung. Sind nun die Herren in Berlin endlich auf die Beine gebracht, so hat die Wochenschrift vielleicht ihren Anteil daran gehabt, und zwar gerade dadurch, daß sie nicht bloß gekitzelt, sondern auch verwundet. Jedenfalls ist dadurch die Solidarität des Nationalvereins mit der bisherigen Lahmheit der Fortschrittspartei und sind alle sich daraus ergebenden Folgerungen abgewehrt. Die nach der andern Seite hinaus sich ergebende Verantwortlichkeit dagegen fällt lediglich auf meine Person, und wenn der Nationalverein findet, daß ich nicht in seinem Sinne gehandelt, daß ich ihn den Preußen gegenüber kompromittiert habe, oder daß wenigstens hinterdrein eine Sühne für die Fortschrittspartei am Platze ist, so wird die bevorstehende Ausschußsitzung oder Generalversammlung die beste Gelegenheit geben, den Erfordernissen der Lage Genüge zu leisten.

Heidelberg, 6. Juli 1863.

Die ungünstigen Nachrichten und die trostlosen Eindrücke aus Preußen, die ich mir in der gestrigen Frankfurter Journalistenversammlung geholt habe, veranlassen mich, Sie nochmals zu ersuchen, die Einholung von Fakultätsgutachten im Namen des Nationalvereins in die

Hand zu nehmen. Hier ist einer der Fälle, wo wir handeln können und also meiner Meinung nach auch sollen. Die Preußen werden trotz Errichtung ihres Berliner Komitees vorderhand nichts tun, was der Rede wert wäre. Die Anrufung der Fakultäten insbesondere wird unterbleiben: weil man dadurch das Verfassungsrecht als zweifelhaft hinstellen und also demselben etwas vergeben würde. Diese Sophistik der Mattherzigkeit ist bewunderungswürdig.

*

In solcher Lage schien es einige Monate lang, als ob der österreichische Reformplan wirklich Aussicht haben sollte, vor den Augen der von Preußen bitter enttäuschten Nationalpartei Gnade zu finden. Hören wir zunächst, wie Herzog Ernst seinen bisherigen Mitstreiter Bennigsen für die neue Wendung zu gewinnen suchte, während dieser, ebenso wie Freytag, augenscheinlich in mißtrauischer Ablehnung verharrte.

Tempeltey an Bennigsen.

Koburg, 24. Juni 1863.

Zuerst, was ich im Auftrage des Herzogs zu melden habe.[1])

Da beginne ich denn mit der wirklich wichtigen und erfreulichen Bestätigung, daß zurzeit keine reaktionäre Schwenkung in Oesterreich zu besorgen ist, daß der Kaiser seine aufrichtig konstitutionelle Gesinnung als hervorgegangen aus der Einsicht der Notwendigkeit nachdrücklich betont hat und daß an eine Erneuerung der heiligen Allianz in keiner Weise auch nur entfernt gedacht wird.

Der Herzog fand sodann, sowohl beim Kaiser als bei den Ministern, volle Beistimmung, als er von den Gefahren sprach, die Deutschland von außen drohten, und die nur durch eine straffere Konstituierung und durch ein offenes Eingehen auf die Wünsche des deutschen Volkes nach nationalen Reformen zu vermeiden wären. In dieser Beziehung sollen nun folgende Zugeständnisse gemacht worden sein. Man hat den alten großdeutschen Standpunkt fallen gelassen und von einem Eintritt Gesamtösterreichs völlig Abstand genommen. Man hat die deutsche Trikolore, die deutsche Flagge, die Notwendigkeit einer deutschen Flotte ohne weiteres anerkannt. Man hat drittens ein deutsches Parlament, aus freien Wahlen hervorgegangen und nicht nach Art der Delegiertenkommissionen auf wenige Materien beschränkt, zugestanden. Ein Fürstenkollegium wurde als wünschenswert anerkannt. Als Spitze denkt man sich einen permanenten Exekutionsausschuß, durch Arrangement von Oesterreich und Preußen und mit Berücksichtigung der Mittelstaaten,

[1]) Vgl. Herzog Ernst, Aus meinem Leben III, S. 290 ff.

also eine Art von Direktorium. Ein Reformprojekt wird ausgearbeitet werden und, wenn Preußens Zustimmung nicht zu erlangen ist, den Gouvernements, vielleicht mit einer Ansprache des Kaisers, zugestellt werden, woran sich dann etwa ein Fürstenkongreß anschließen könnte. Man hat versprochen, dies Projekt vorher dem Herzog vorzulegen. Das wäre so ziemlich das Wesentlichste. Zu bemerken ist noch, daß Rechberg Scheu trägt, ohne Preußen vorzugehen, und daß der Kaiser namentlich den Widerstand Bayerns fürchtet. Ferner, daß die polnische Frage fast das ganze Interesse des Wiener Hofes absorbiert und die deutsche Angelegenheit daher gegenwärtig höchstens in zweiter Linie steht. Inwiefern die obigen Zusicherungen, die im Verlauf der Konversationen gemacht wurden, für die Beteiligten bindende Kraft haben, weiß ich nicht.

Es liegt auf der Hand, daß das Zugeständnis, auf den Eintritt Gesamtösterreichs in den Bund zu verzichten, der österreichischen Regierung immerhin sehr bedeutend erscheinen mag, für uns aber in bezug auf die eigentliche Reform inhaltlos ist; denn ohne diesen Verzicht wäre von der Sache überhaupt gar nicht zu reden gewesen. Die deutsche Kokarde u. s. w. von vornherein anzuerkennen ist zwar sehr liebenswürdig, und ich glaube auch wirklich, daß in dieser Beziehung Oesterreich weit vernünftiger als Preußen ist, indessen liegt darin auch noch kein realer Gewinn. Die traurige Direktorialspitze endlich wäre als Provisorium anzusehen und könnte allenfalls passieren, wenn Mittel und Wege offen gelassen würden, über sie hinweg weiter zu gelangen. Und hier komme ich zu dem entscheidenden Punkt. *Wird wirklich ein freigewähltes Parlament zugestanden, ein Parlament, das nicht bloß eine beratende Stimme hat und den ganzen Kreis der deutschen Interessen in sein Bereich ziehen kann, dann scheint mir das Projekt unbedenklich akzeptabel.* Mit einem solchen deutschen Parlament würde es nicht schwer fallen, weiteres zu erlangen. Es wäre in jetziger Zeit ein Segen. Es würde in Zeiten der Gefahr eine kräftige Handhabe sein.

Meine Ueberzeugung gebe ich damit nicht auf. Bis jetzt glaube ich noch immer, daß kein andrer Staat wie Preußen vermöchte, recht geleitet, die deutschen Interessen kräftig und in reindeutschem Sinne zu vertreten. Aber auf das Ende der dortigen Musterwirtschaft kann nicht gewartet werden, bietet ein andrer Staat die Hand, so ist entscheidender, was Deutschland frommt, als was Preußen verdrießt; erfüllt es seinen Beruf nicht, muß es sich gefallen lassen, auf längere Zeit in den Hintergrund gedrängt zu werden.

Dies meine Auffassung im allgemeinen. Im besonderen fürchte

ich nun zwar, daß wir auch von Oesterreich kein deutsches Parlament erhalten werden. Man mag dort in einigem vernünftigeren Grundsätzen huldigen, ein rechtes Herz für die Sache hat man nicht. Die deutsche Frage hat für die leitenden Staatsmänner dort keinen andern Sinn, als erstens festen Fuß in Deutschland zu behalten, und zweitens eine größere Machtstellung Preußens nicht aufkommen zu lassen. Droht in dieser Beziehung keine Gefahr (und solange Bismarck regiert, gewiß am wenigsten), so glaubt man höchstens dann und wann den politisch inhaltlosen Gemütssympathien der Deutsch-Oesterreicher einige Rechnung tragen zu müssen; im übrigen aber liegt der Schwerpunkt viel zu sehr in andrer Richtung, als daß man sich zu irgendeiner kraftvollen nationalen Initiative zu entschließen vermöchte. Man redet einiges und läßt die Dinge schließlich doch ihren eignen Weg gehen. Was Wunder, daß der Kaiser zuweilen an Rudolf von Habsburg und die lange Reihe deutscher Kaiser aus dem Haus Oesterreich mit gemütlichem Stolz zurückdenkt; trotzdem ist ihm die europäische Machtstellung seines Reiches weit wichtiger, und Italien, Ungarn, Polen lassen ihm nur wenige Mußestunden für sentimentale deutsche Empfindungen übrig. Schmerling wiederum hätte gewiß Lust, die gegenwärtige preußische Misere zu benutzen und staatsmännisch deutsch-österreichische Politik zu treiben; aber der Mann ist müde und abgearbeitet, hat mit Rechberg und der Reaktionspartei, mit den Ungarn und Tschechen zu streiten und ist froh, wenn er sein Lieblingskind, das „konstitutionelle Gesamtösterreich", rettet. Rechberg endlich denkt nur an Deutschland, soweit der Gegensatz Oesterreichs und Preußens dabei in Frage kommt; natürlich gefällt ihm der jetzige Zustand vortrefflich, und er betont eifrig, daß man doch nichts ohne Preußen tun dürfe. Was gar noch die unbestimmten Gefühle der deutsch-österreichischen Bevölkerung anbetrifft, so haben sie einerseits nirgends feste politische Gestalt gewonnen, und zum andern sind sie nicht mächtig genug, auf ihre Regierung treibend zu wirken. Daraus ergibt sich das Ganze von selbst. Und so hat es sich denn auch in Wien gezeigt. Beim Kaiser brave Versicherungen und Anerkennung, daß manche Forderungen ja ganz berechtigt seien, aber man müsse doch auf Bayern und die sonstigen Verbündeten allerlei Rücksicht nehmen. Bei Rechberg Achselzucken, Betonung des legalen Bodens, des deutschen Gouvernements, des leidigen Friedens mit Berlin und der Gefährlichkeit der Demokratie. Bei Schmerling endlich Verständnis und gute Wünsche, aber nicht die zur Durchführung nötige Macht. — Ich glaube aus den Berichten und Schriftstücken schließen zu können, daß Schmerling die Ankunft des Herzogs nicht unerwünscht gewesen ist. Er hatte, wie Max Gagern äußerte, schon selbst an Bundesreform

und eventuell kaiserliches Manifest gedacht; vielleicht, hoffte er, würde der Herzog seinen Plänen den günstigen Boden bereiten. Und hätte letzterer im Sturm der Unterredung reüssiert, würde er die Sachlage, soweit sie ihm paßte, gern akzeptiert haben; um selber den Sturm zu unternehmen, dazu ist ihm die deutsche Frage im Verhältnis zu seinen übrigen Plänen nicht wichtig genug.

Nun hat der Herzog allerdings obige Zugeständnisse erlangt, aber als konversationelle Aeußerungen, ohne daß alsbald ein festes Programm darauf aufgebaut worden wäre. Es fragt sich also immer, ob die gewünschten Resultate Schmerling ohne zu große Mühe zufallen, oder ob Rechberg und andre Stimmen wieder die Oberhand gewinnen werden. Ich für mein Teil erwarte wenig oder nichts. Aber der Herzog ist noch voll Hoffnung. Und wenn er uns das Parlament schafft, will ich mich herzlich freuen und die Reise loben. Jedenfalls ist es geraten, abzuwarten; um so mehr, als das Projekt zeitig hierhergesandt werden soll. Die Stellung der nationalen Partei, dem gegenüber, ist ja vollkommen frei; den taktlosen Artikel, den die „Presse" in dieser Beziehung brachte, hat der Herzog selber gegen den Chefredakteur aufs Entschiedenste gemißbilligt. — Ueberhaupt freue ich mich, versichern zu können, daß der Herzog, soweit ich die Dinge überschaue, seinen Standpunkt vollkommen gewahrt und vorsichtig innegehalten hat. Auch hat er nichts Schriftliches von sich gegeben; gefragt, was für ein Programm er bringe, hat er geantwortet, er erwarte im Gegenteil vom österreichischen Kabinett zu hören, wie weit zu gehen sie sich entschließen könnten; wie er denn auch seine freiere Auffassung nirgends verleugnet hat.

Das Projekt selbst ist also abzuwarten. Vorderhand aber hält der Herzog es für geraten (und ich stimme ihm bei), in der Presse nicht allzu unfreundlich gegen Oesterreich aufzutreten; die Hoffnungen zwar nicht zu hoch zu spannen, aber auch nicht von vornherein Mißtrauen auszustreuen; der konstitutionellen Entwicklung Oesterreichs einige freundlich ermunternde Worte zu gönnen und im übrigen alles zu tun, um gute Intentionen in der Reformfrage zu ermutigen und vorwärtszutreiben. Vielleicht, daß die Ereignisse mithelfen und es doch noch zum Parlament kommt; ein gewisser Nutzen läge ja schon darin, wenn Oesterreich dafür sich verwendete und offen ausspräche, was es jetzt privatim zum Herzog geäußert, daß es das absolut ungenügende der Delegiertenpläne u. s. w. einsähe. Alles was wir zurzeit erlangen können, ist doch nur, Boden zu gewinnen, auf dem sich weiterbauen läßt, daß die Sache ein wenig gefördert und künftiger Entwicklung kein Riegel vorgeschoben wird. Unter allen Umständen endlich möchte die oben an-

gedeutete Haltung der Presse geeignet sein, einigermaßen auf Preußen Pression zu üben; die Artikel und Ausfälle der „Kreuzzeitung" beweisen, daß man in Berlin in dieser Beziehung doch nicht ganz ohne Sorge ist. „Deutsche Reform durch Oesterreich" ist für den Berliner Hof ein Schreckwort, nicht viel geringer als „Franzosen am Rhein". Nach Berlin habe ich in diesem Sinne bereits geschrieben; wo Sie in ähnlicher Weise einzuwirken vermögen, sind Sie vielleicht so freundlich, es zu tun ...

Daß der Kronprinz sich mit der Danziger Rede nicht begnügt, sondern jetzt auch beim Staatsministerium feierlichen Protest gegen die verfassungswidrigen Ordonnanzen eingelegt hat, wissen Sie wohl schon. Die Nachricht ist ganz zuverlässig. Der König sehr grimmig; hat erklärt, weiter ginge er nicht. Leider hat er's leicht, stillzustehen; mit den Preßordonnanzen ist das Schlimmste getan. Indes mag es doch gut sein, daß keine neuen Oktroyierungen dazukommen, und vielleicht tritt doch einige Unsicherheit bei dem „großen Aktionär" Bismarck und Genossen ein.

Gustav Freytag an Bennigsen.

Siebleben, 27. Juni 1863.

Wahrscheinlich ist Ihnen das letzte Intermezzo in dem Verfassungskampf der Preußen nicht unbekannt geblieben.[1]) Ich halte dennoch für Pflicht, Ihnen, als unserm lieben Häuptling, die beifolgenden Notizen zu senden, und werde damit fortfahren, sobald ich Sicheres weiter erfahre. Dem Herzog von Gotha ist die Sache, wenigstens vor einigen Tagen, noch unbekannt gewesen, und ich fühle keine Verpflichtung, *ihm* mitzuteilen, was er schicklicherweise zuerst von seinen Verwandten erfahren müßte.

Die Reise des Herzogs nach Wien war mir persönlich sehr unlieb, weil ich bei seiner Persönlichkeit jedes Betreiben großer Politik für ein kompromittierendes Geschäft halte, und weil *für ihn*, wie er ist, alle künftige Befriedigung seines Selbstgefühls doch in Preußen liegt. Auch hat mich ein zweitägiger Aufenthalt in Koburg nicht überzeugt, daß er der Nationalpartei durch die Reise einen Dienst geleistet. Ich fürchte, er hat mit zuviel Vertrauen sich als Organ und Führer der Nationalen präsentiert. Er ist trotzdem schlecht behandelt worden — nach Hofbegriffen. Bei fünftägigem Aufenthalt hat ihn der Kaiser nur am ersten Tage eingeladen, auf die Abschiedsaudienz, die er sich erbitten mußte, ließ man ihn warten und gönnte ihm nicht mehr als eine

[1]) Die von Freytag übersandten Papiere betreffen augenscheinlich die Aktion, die der Kronprinz gegen die Politik Bismarcks unternommen hatte.

Viertelstunde. Da Sie wahrscheinlich Abschrift der Niederschriften des Herzogs und Franckes besitzen, so füge ich nur einige Arabesken hinzu. Aus allen Erzählungen ging hervor, daß man in Wien die Gunst der Umstände wohl fühlt, aber mit innerem Widerstreben an die Frage geht. In der Tat halte ich das Vorgehen Oesterreichs am gefährlichsten für Oesterreich selbst. Von den österreichischen Staatsmännern waren Biegeleben dagegen, Rechberg sehr lau, Gagern und Schmerling warm, aber in zweiter Linie bleibend. Das Projekt selbst ist noch so vag und gestaltungslos, daß eine Kritik fast unnütz ist. Das alte Triasprojekt zu einem Direktorium von fünf bis sieben Mitgliedern erweitert, ein Parlament, bei welchem man sich zu Volkswahlen immer noch nicht recht entschließen kann, Oesterreichs Eintritt mit allen Provinzen seines gegenwärtigen Reichstages, wenigstens mit Galizien. Es ist des Unsinns und der Mißform noch zuviel.

Mir scheint die ungeduldige Sehnsucht unsrer Freunde nach einem Parlament die größte Gefahr. Denn es ist ein verhängnisvoller Irrtum, einem Parlament mit beschränkten Befugnissen die Expansivkraft zuzutrauen, welche widerstrebende Formen gewaltig bricht. Solange die Vorbedingungen nicht vorhanden sind, ein Reichsministerium aus der Majorität, welches über Soldaten in Wahrheit verfügen kann, ist eine Schranke für die Entwicklung der Volkskraft gezogen, welche unter einem Direktorium, das die Administrationsmaschine und Wehrkraft der einzelnen Bundesstaaten straffer zusammenfaßt, weit hinderlicher werden kann als unter dem gegenwärtigen Bundestag. . . .

Wann wird mir einmal die Freude, Sie zu sehen? Kommen Sie in diesen Teil des armen Deutschlands, so würde es sehr hübsch von Ihnen sein, wenn Sie mir einige Tage vorher Notiz zugehen und möglich machen wollten, mit Ihnen zusammenzutreffen.

Gustav Freytag an Bennigsen.

Siebleben bei Gotha, 14. August 1863.

Ihren Brief, in dem ich mit großer Freude die Auffassung der gegenwärtigen Lage finde, welche auch mir Leid und Vertrauen gibt, eile ich durch einige Bemerkungen über die österreichische Denkschrift zu beantworten, die Ihnen vielleicht noch nicht zugegangen sind, auf die Gefahr, von Ihnen für einen Neuigkeitskrämer gehalten zu werden — ein schlechtes Geschäft, das ich gern meinen diplomatischen Gönnern überlasse.

Die Oesterreicher haben an einige ihrer sichersten Höfe ein kurzes Memorial gesandt, worin sie die Grundzüge der vom Kaiser in Frank-

furt vorzulegenden Verfassungsentwürfe darstellen. Das Memorial ist dreiteilig:

1. Darstellung und Verurteilung der gegenwärtigen Bundesorganisation, sehr stark und in einer Sprache, welche dazu bestimmt ist, populär zu wirken und ebensogut in der „Nationalzeitung" stehen könnte.
2. Grundzüge der neuen Organisation mit kurzer Motivierung. a) Direktorium (fünf oder sieben Mitglieder). b) Delegiertenversammlung, periodisch einzuberufen. Es sei notwendig, dem Volk eine Stimme in seinen Angelegenheiten zu bewilligen, es sei zu gefährlich, durch direkte oder besondere Wahlen aus dem Volk influiert zu werden. Diese Teilnahme des Volkes mache eine Beteiligung der Fürsten als Gegengewicht wünschenswert, deshalb c) periodisch wiederkehrende Fürstentage. Es ist unbestimmt gelassen, ob gleichzeitig mit dem Volkshause, wahrscheinlich vorher. d) Bundesgericht.

Der dritte Teil ist fast ausschließlich für Preußen bestimmt. Sein Beitritt sei für die glückliche Entfaltung des neuen Staatslebens höchst wünschenswert. Leider habe Preußen seit längerer Zeit alles getan, das föderale Element zu schwächen. Man hoffe, daß es jetzt andrer Meinung geworden sei. Sollte das zum großen Bedauern des Kaisers nicht der Fall sein, und Preußen oder auch andre Staaten sich der neuen vorzulegenden Bundesreform entziehen, so sei der Kaiser unter allen Umständen entschlossen, mit den ihm anhängenden Fürsten dennoch die neue Organisation durchzuführen. Deutschland sei bis jetzt ein Bund der Regierungen gewesen, es solle auch ein Bund der Völker werden. Die Vorschläge Oesterreichs bildeten eine Einheit, welche in ihrer Gesamtheit angenommen werden müßte.

Principes conveniant, ut imperata faciant. Es ist unzweifelhaft, daß das Wiener Kabinett sich durch Mitteilung der detaillierten Pläne an seine wichtigsten Anhänger im voraus von dem Erfolg bei der Mehrzahl der versammelten Fürsten überzeugt hat. Bei den befreundeten Gesandtschaften in Frankfurt besteht der Verdacht, daß das noch nicht alles sei. Die ganze Sache sei angelegt, Fürsten und Publikum fortzureißen und dem Kaiser die deutsche Kaiserkrone anbieten zu machen; man habe sich Bayerns, Württembergs, der beiden Hessen und Nassaus versichert. Jedenfalls werden, um der Unentschiedenheit zu begegnen, welche durch das Ausbleiben Preußens hervorgebracht werden könne, die eventuellen Modifikationen vorgelegt werden, die in dem Plane

beim Austritt Preußens eintreten müßten, und jedenfalls würden nach dieser Richtung eventuelle Beschlüsse gefaßt werden. Man sei österreichischerseits entschlossen, alles aufzubieten, daß die Versammlung nicht resultatlos bleibe.

Da hätten wir auf der einen Seite eine Großmacht, die ganz zu uns gehört und deren Regierung mutlos und wahnsinnig eine große Selbstverbrennung in Szene setzt, und auf der andern Seite eine Großmacht, die nur zum geringen Teil mit uns verbunden ist und die uns jetzt mit Trompeten und Pauken und dramatischem Schwindel zu erobern gedenkt. Es ist eine heitere Lage.

Was die wenigen Regierungen, welche die Gefahr der Lage ansehen wie wir, tun werden, ihr zu begegnen, wage ich nur zu mutmaßen. Für dieselben bieten die Propositionen vorläufig zwei Angriffspunkte. Der eine ist das Direktorium, welches die Tendenz hat, die Kleinstaaten zum Besten der Würzburger zu säkularisieren und Deutschland allmählich in etwa fünf Gebiete zusammenzuwerfen. Der andre ist der Umstand, daß einzelne Bestimmungen nicht nur die Tätigkeit, auch die Einwilligung ihrer Kammern nötig machen. Der erste Punkt wird die Minister instand setzen, ihre Fürsten zurückzuhalten, der zweite wird einer Ueberrumpelung vorbeugen können. Ob ein Vorgang Badens den übrigen, zu denen nicht der Herzog von Gotha, aber sein Ministerium gehört, auch den Mut geben wird, weiter zu gehen und das Delegiertenprojekt abzulehnen, müssen wir abwarten.

Die Frankfurter werden sich unsinnig gebärden. Und obgleich die Pläne Oesterreichs im ganzen noch weniger bieten, als erwartet wurde, so wird Ihnen Süddeutschland doch auch auf dem Abgeordnetentage schwere Arbeit machen. Mich freut nur, daß die Reichsverfassung von 1849 und die frühere Verwerfung des Delegiertenprojekts jetzt eine vortreffliche Basis für die Forderungen des Volkes geben.

Was Sie über die Haltung der Preußen sagen, ist nur zu wahr. Ich habe mit Schulze vor seiner Reise nach Frankfurt noch eine Zusammenkunft beredet, und ich zweifle nicht, daß diese letzten Ereignisse auch ihm und den Verbündeten die Notwendigkeit stärkerer Maßregeln deutlich gemacht haben. Das ganze Unglück der Preußen läßt sich in die Worte zusammenfassen, daß sie *nach* dem Eintritt der Bewegungszeit für Deutschland das große Unglück gehabt haben, zwei Fürsten zu erhalten, welche in der öden Zeit Metternichs und der Karlsbader Beschlüsse aufgewachsen sind. Das hat auch das Volk zurückgehalten. Der Kampf gegen eine abgestandene Generation, welche gespensterhaft alle wichtigen Stellen des Staates besetzt hält, ist wie ein Kampf gegen Tote. Auch unsre Freunde dort leiden schwer an dem Uebelstand, daß

verhältnismäßig wenige von ihnen eine feste alte, in weiteren Kreisen anerkannte Stellung in die Politik mitbrachten. Mut und Selbstvertrauen sind im geheimen geringer als bei andern Parteiführern. Oft habe ich an eine Unterredung mit Ihnen zurückgedacht. Wären Sie vor zwei Jahren Preuße geworden, wir wären jetzt besser daran. Denn solange der Staat von 18 Millionen besteht, werden doch die Geschicke Deutschlands zum größten Teil von seinen Schicksalen abhängen.

Vom Kronprinzen ist aus Gastein noch weiter nichts bekannt. Dem Bismarck hat der Kronprinz seinen Austritt oder vielmehr sein ferneres Nichterscheinen im Staatsministerium angezeigt. Dem Kronprinzen wünsche ich lebhaft, daß er Sie kennen lerne. Würden Sie sich entschließen können, den Rückweg von Frankfurt über die Rosenau zu nehmen? Ich selbst habe kaum persönliche Relationen zu ihm, aber ich meine, wenn er Sie ersuchen ließe, wäre das für ihn sehr zweckmäßig. Möchte dieser eilige Brief Sie noch in der Heimat treffen. Ich gehe nicht nach Frankfurt, könnte mir aber nicht die Freude werden, Sie auf dem Rückwege zu sehen?

Bennigsen an Freytag.

Bennigsen, 15. August 1863.

Ihren Brief, verehrtester Freund, freue ich mich noch vor meiner Abreise nach Frankfurt erhalten zu haben. Ich beschränke mich heute auf die Erwiderung, daß ich einer Unterredung mit dem Kronprinzen von Preußen nicht ausweichen werde, wenn ich von seiner Seite eine Aufforderung dazu erhalte. Ich würde in diesem Falle meine Rückreise von Frankfurt über Thüringen nehmen.

Eine gewisse Ernüchterung scheint über die österreichischen Schritte schon zutage zu treten. Wenn aber nicht in wenig Wochen das Bismarcksche Regiment beseitigt ist und König Wilhelm *oder sein Nachfolger* sich für die Einberufung eines wirklichen Parlaments erklärt und wirksam auftritt, so steht für Preußen das Aeußerste auf dem Spiele und der Verlauf der deutschen Geschicke wird auf Jahre hinaus ganz abnorm und unberechenbar. *Halbe* Maßregeln und Verbesserungen in Preußen würden höchst nachteilig sein und der Nation die absolute Gewißheit vor Augen führen, daß Preußens Dynastie und Staatsmänner auch in der größten Bedrängnis keines männlichen großen Entschlusses fähig sind.

Bei Ihrer Aeußerung über die Folgen meiner Uebersiedlung nach Preußen im Jahre 1861 haben Sie — von allem andern abgesehen — wohl nicht bedacht, daß man drei Jahre preußischer Staatsbürger gewesen sein muß, um in die preußische Kammer gewählt werden zu können.

Mit einer überraschenden Schnelligkeit trat die österreichische Reformaktion ins Leben. Am 16. August trat unter dem Vorsitz Kaiser Franz Josephs der deutsche Fürstentag in Frankfurt zusammen, um über den von Oesterreich vorgelegten Reformplan zu beraten. Die deutschen Fürsten selbst — wie in den halbvergessenen Zeiten der Reichstage des Heiligen Römischen Reichs — wollten das Werk, dessen Notwendigkeit der Nationalverein seit vier Jahren verkündet, in persönlicher Aussprache in die Hand nehmen. Sollte die Nation schweigend zusehen, wie ihre Geschicke entschieden wurden? Da sie kein legitimes Organ besaß, durch das sie ihren Willen äußern konnte, so war der sofort einberufene Abgeordnetentag der gegebenste Ersatz, um dem Fürstenhause ein Volkshaus zur Seite zu stellen. Der Moment verlieh ihm eine ganz andre Bedeutung als seinem ersten Anlaufe im Jahre 1862.

Am 20. August versammelte sich der Ausschuß des Abgeordnetentages und setzte zunächst eine aus Häusser, Barth, Hölder, Bennigsen und Schulze bestehende Kommission nieder, die eine Resolution zu dem österreichischen Reformplan vorbereiten sollte. Am 21. August wurde der Abgeordnetentag selbst eröffnet, mit seinen 318 Teilnehmern eine achtunggebietende Versammlung. Bennigsen führte den Vorsitz (der Bayer Barth und der Preuße Unruh waren Vizepräsidenten) und sprach einige einleitende Worte — „mit wohlklingender Stimme und großer Gewandtheit, er sieht jung aus und hat ganz die Sicherheit eines Mannes, der sich viel im öffentlichen Leben bewegt hat," so schildert ihn Fürst Chlodwig Hohenlohe,[1]) der sich unter den Zuhörern befand —: ein förmliches Mandat habe die Versammlung nicht, nur eine moralische Kompetenz, wenn sie also durch ihre Beschlüsse einen Erfolg erzielen wolle, so könne dies nur geschehen unter der Voraussetzung größtmöglicher Einigkeit, dann aber werde man des Eindrucks auf die versammelten Fürsten nicht entbehren; denn nicht mehr fürstliche Willkür könne Deutschland eine neue Verfassung oktroyieren, sondern nur unter Zustimmung eines deutschen Parlaments könne sie geschaffen werden.

In den vom Ausschuß vorgelegten fünf Resolutionen war die prinzipielle Erklärung vorausgeschickt, daß der Abgeordnetentag auch jetzt nur von einer bundesstaatlichen Einheit, wie sie in der Reichsverfassung von 1849 ihren rechtlichen Ausdruck gefunden habe, die volle Befriedigung der Bedürfnisse erhoffen könne, welche die Freiheit wie die Einheit der deutschen Nation gebiete. Dann aber gestand der Abgeordnetentag zu, daß er sich unter den gegebenen Verhältnissen, zumal den inneren Krisen und der fortdauernden äußeren Bedrohung, sich zu

[1]) Denkwürdigkeiten I, S. 130.

dem Entwurf der österreichischen Reformakte nicht lediglich verneinend verhalten könne, aber eine Reihe von Einzelbestimmungen für bedenklich erachte und namentlich statt der aus Delegierten der einzelnen Ständeversammlungen zusammengesetzten Vertretung eine durch die Nation frei und unmittelbar erwählte Repräsentation verlange; es geschah im Interesse des preußischen Standpunktes, wenn man die Anerkennung vollständiger Gleichberechtigung der beiden Großmächte im Staatenbunde als ein Gebot der Gerechtigkeit und der Politik betrachtete und die Nichtaufnahme der preußischen Provinzen Preußen und Posen tadelte; statt eines einseitigen Vorgehens der Regierungen forderte man die Berufung einer Nationalversammlung, die den Entwurf zu prüfen und die Abänderungen zu erwägen habe.

Die Begründung dieser Sätze durch Ludwig Häusser [1]) als Berichterstatter erhob sich zu hinreißender Höhe, als er die Zugehörigkeit derjenigen preußischen Provinzen zu Deutschland hervorhob, „mit denen unsre stolzen Erinnerungen verknüpft sind, die Heimat Kant und Herders, die Heimat der Männer, die 1813 zuerst und alles hingegeben, selbsttätig, ohne König, ohne Regierung, nur um uns frei zu machen, die auch seitdem mit den Erinnerungen und den Arbeiten Deutschlands auf den Gebieten der nationalen wie der freiheitlichen Entwicklung in einem unlöslichen Bande verknüpft sind". In der Debatte freilich fand der innerpreußische Konflikt gerade im Munde der Preußen einen starken Widerhall. Unruh erklärte, die Chancen, die Preußen gehabt hätte, seien vorüber, und Schulze-Delitzsch sagte offen, die preußische Spitze sei im Augenblick unmöglich: „es schmerze dies das preußische Volk, obwohl nicht aus dynastischer Eitelkeit, sondern weil es schmerze, den deutschen Interessen die Macht des preußischen Volks und Staats nicht zur Verfügung stellen zu können, es sei aber gut, wenn Preußen einmal der Großmachtkitzel vertrieben und es zu einer rein deutschen Macht gemacht werde". In der Ueberlieferung erscheinen diese verrufenen Worte im Munde des Mitgründers des Nationalvereins noch verschärfter, weil die zweite Hälfte der Wendung ausgelassen wird. Die tödliche Kritik Lassalles witterte hinter dieser Untreue gegen sich selbst ein einziges treibendes Motiv: „Die Fortschrittler liebäugeln mit den Fürsten, um — Herrn von Bismarck bange zu machen."

Nachdem die Resolutionen zur Reformakte angenommen worden waren, folgte noch eine von Brater begründete Resolution in der schleswig-holsteinschen Frage: hier zuerst werde der Wert der fürstlichen Reformbestrebungen seine Probe zu bestehen haben. In den Schluß-

[1]) Vgl. E. Marcks, Ludwig Häusser und die politische Geschichtschreibung, S. 343.

worten Bennigsens klang nicht der hoffnungsvolle Ton, den er meistens anschlug, sondern eine Resignation, die in das Gewand einer ernsten Warnung gekleidet war: „Noch einmal ist das große deutsche Volk in eine Reformbewegung eingetreten. Ich fürchte, wenn dieser Versuch mißlingt, daß es der letzte Versuch gewesen sein wird. Wenn die einmütigen und so gemäßigten Beschlüsse des Abgeordnetentages auch jetzt wieder keine Berücksichtigung finden sollten, dann kann die deutsche nationale Partei, die keine Revolution will und keine machen kann, sich wenigstens von der Verantwortlichkeit freisprechen, wenn nach ihr eine Partei kommen sollte, die von Reformen nichts mehr wissen will, die in einem gewaltsamen Bruche die allein mögliche Lösung der deutschen Frage erblickt." [1]) Auf diese Worte griff Lassalle, auf dessen Propaganda sie gemünzt waren, in seiner Solinger Rede voll Hohn zurück.

Im ganzen war der Frankfurter Vorgang eine wirkungsvolle Demonstration, aber nicht mehr, sowenig der Fürstentag selber mehr war als eine glänzende Schaustellung; die Weigerung König Wilhelms, zu erscheinen, hatte von vornherein die Verhandlungen aussichtslos gemacht. Als der Nationalverein gleich hernach am 23./24. August seine Ausschußsitzung abhielt, beschloß er, auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung in Leipzig allein die deutsche Frage zu setzen. Eine von Bennigsen unterzeichnete und von Miquel verfaßte Ansprache an das deutsche Volk sprach noch einmal in hohen Tönen davon, daß Preußens Einfluß und Kraft durch den inneren Konflikt gelähmt sei und daß man jetzt den Kaiser von Oesterreich und fast alle übrigen deutschen Fürsten „vor der Nation die gänzliche Unbrauchbarkeit der Bundesverfassung und die höchste Dringlichkeit ihrer Ausbesserung im liberalen und nationalen Sinne bekennen sehe". Aber als man nach zwei Monaten zusammentrat, waren alle Hoffnungen längst wieder verflogen und man erkannte, daß man allzu gläubig auf die andre Karte gesetzt hatte, ja halb und halb in die Niederlage mit hineingezogen war, die der Fürstentag vor der harten preußischen Staatspolitik Bismarcks erlitten hatte.

Schon in der Ausschußsitzung, die der Generalversammlung am 15. Oktober voranging, war die Stimmung gedrückt und uneinig. Der äußere Erfolg des Nationalvereins hatte ausgesetzt, die Mitgliederzahl war zum erstenmal im Sinken begriffen und belief sich nur noch auf 23000, die Austritte waren nicht nur eine Folge der behördlichen Verfolgung in Preußen, sondern vielfach auch des Mißmuts über die Vereinspolitik, die agitatorische Tätigkeit in Presse und Lokalversamm-

[1]) Mit Benutzung des Textes in der „Berliner Volkszeitung" vom 25. August.

lungen war im letzten Jahre zusammengeschrumpft. Vor allem die Radikalen wie Streit — dessen persönliche Verhältnisse obendrein damals nahe an eine Katastrophe trieben — wollten diese Stockung durch eine energische Wendung nach links überwinden; hatte man bisher Einheit und Freiheit der Nation zugleich erkämpfen wollen, so hieß es in diesen Kreisen nunmehr, man müsse die Freiheit anstatt der Einheit in den Vordergrund schieben, es komme mehr auf die „Grundlage" als auf die „Spitze" an; man wollte sogar den Flottenfonds zu einem deutschen Nationalfonds für die Reformbewegung umgestalten, ein unmöglicher Vorschlag, der natürlich auf Ablehnung im Ausschuß stieß. Das schlimmste war, daß man im Grunde kein Programm mehr hatte: man hatte das ursprüngliche, die preußische Zentralgewalt und das Parlament, gegenüber dem theoretischen Postulat der Reichsverfassung ein wenig in den Hintergrund geschoben, dann aber von dem Boden der Reichsverfassung aus auch der österreichischen Reformakte ein gewisses Entgegenkommen gezeigt. Jetzt erkannte man, daß das unfertige Werk der Reformakte auf dem Fürstentage noch weiter verschlechtert war, statt durch die Gewährung eines Parlaments verbessert zu werden; ja es war schon mit Sicherheit vorauszusehen, daß es niemals zur Ausführung kommen würde. Vielmehr hatten die preußischen Gegenvorschläge nicht bloß preußisches Veto gegen Bundeskriege und Gleichstellung im Präsidium verlangt, sondern obendrein die österreichischen Vorschläge durch die Forderung eines Parlaments aus direkten Volkswahlen — gerade das, was der Nationalverein so inbrünstig verlangte — überboten. Man versteht, wie schwierig es für den Nationalverein war, in dieser Verwirrung überhaupt eine Stellung zu nehmen. Er führte schon längst nicht mehr, sondern suchte nur noch mit Mühe seine Scharen zusammenzuhalten. So enthielt der von Miquel vorgelegte Antrag[1])

[1]) „Unsre große nationale Bewegung hat den deutschen Fürsten wiederum das Bekenntnis ihrer Rechtmäßigkeit abgerungen. Das deutsche Volk wird dessen eingedenk bleiben. Es wird von nun an noch lauter von den Regierungen die endliche Erfüllung ihrer aufs neue anerkannten Pflicht, unhaltbare Zustände zu beseitigen und mitzuwirken an der Aufrichtung eines neuen Deutschlands, fordern. Die von Oesterreich vorgelegte und auf dem Fürstentage zu Frankfurt beratene Reformakte genügt in keiner Weise den Ansprüchen der Nation auf Einheit und Freiheit. Sie gefährdet die freiheitliche Entwicklung und selbst die konstitutionellen Grundlagen der Einzelstaaten, vorzugsweise durch die Erweiterung der Bundespolizei, die Bestimmungen über die Fürstenversammlung, die Zusammensetzung und Kompetenz des Bundesgerichts und die Delegiertenversammlung. Sie läßt alle Gebrechen unsrer Gesamtverfassung unter neuen Namen und Formen bestehen, enthält überhaupt nicht einmal eine irgend ausreichende Ausbesserung des bestehenden Staatenbundes, verstärkt den politischen Einfluß Oesterreichs und die partikularistische Stellung der Königreiche auf Kosten Preußens

nur eine Reihe von Sätzen, die in diplomatischer Weise verdeckten, daß man kein positives Programm mehr besaß.

Es war der fünfzigjährige Jahrestag der Schlacht bei Leipzig, an dem die Generalversammlung eröffnet wurde, von diesem Geschlechte, das in Hoffnung und Erinnerung lebte, überall festlich begangen, während preußische Generale jede Teilnahme an diesem demokratischen Treiben verboten. Man hört aus den Worten, mit denen Bennigsen die Generalversammlung eröffnete, den resignierten Ton heraus; gehörte doch gerade er zu der Gruppe des Nationalvereins, die ihre innersten Wünsche jetzt zurückstellte und halb widerwillig mitging. Welche schönste Erinnerung an die große Zeit wäre es gewesen, wenn auch jetzt in Deutschland Eintracht zwischen den Regierungen und dem Volke bestände: „So glücklich und harmonisch fügen sich die Geschicke unsers Vaterlandes nicht. Wenn wir um uns sehen in dem Augenblicke, in dem die große Erinnerungsfeier hier in Leipzig in den nächsten Tagen beginnen soll, sehen wir die beiden größten Mächte, Preußen und Oesterreich, in Deutschland sich einander schroffer gegenüberstehen als je. Wir sehen, daß Oesterreich mit einer großen Zahl von Regierungen dem Volke ungenügende Reformvorschläge anbietet, die mehr hervorgegangen zu sein scheinen aus der ängstlichen Sorge, die Kraft des deutschen Volkes in engeren Schranken niederzuhalten, als aus dem stolzen Gefühle, über ein freies Volk in gegenseitigem Vertrauen zu herrschen. Wir sehen weiter, daß gerade in dem Staate, durch dessen herrlichen Aufschwung im Jahre 1813, im vollen Einverständnis zwischen Fürsten und Volk, der Kampf um die Unabhängigkeit vorzugsweise entschieden worden ist, die Regierung in stets wachsender, selbstmörderischer Verblendung bemüht ist, das eigne Volk in seinen gerechtesten Anforderungen zu bekämpfen. Wir wissen nicht, was der endliche Ausgang der jetzigen nationalen Bewegung sein wird; von uns auch nicht allein, weit mehr noch von dem ferneren Verhalten der deutschen Fürsten wird es abhängen, ob die gewaltigen Kräfte, die in der deutschen Nation sich jetzt

---

und der übrigen Staaten, garantiert die volle Souveränität der Einzelstaaten und bestätigt die Ausschließung echt deutscher Provinzen. Die Durchführung dieser Reformakte wäre kein weiterer Schritt zur Einheit. Sie ist daher von der Nationalpartei mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen. Nicht minder unzureichend sind die preußischen Gegenvorschläge, wenn sie von einer solchen Regierung überhaupt ernstlich gemeint sein könnten. Die Nationalpartei hält fest an der Reichsverfassung. Ihr Ziel ist und bleibt die Herstellung eines wahren Bundesstaats. [Sie verwirft kein Mittel, welches uns diesem Ziele wirklich näher bringt.] Nie aber wird sie den Rechtsboden der Nation preisgeben. Nur das deutsche Volk selbst in einem freigewählten Parlament kann über sein Verfassungsrecht entscheiden."

regen, friedlich aufbauend oder gewaltsam zerstörend wirken werden. Wir tun unsre Pflicht, wenn wir, wachsend in der Liebe zum Vaterlande, im Volke die Kräfte, die sich entwickeln, zusammenfassen in den Organen der nationalen Partei."

Dann begründete Miquel, der dieses Mal auch den politischen Bericht vortrug, in einer glänzenden Rede den Antrag des Ausschusses in der deutschen Frage; die geschmeidigste Kraft der Beredsamkeit wurde aufgeboten, um alle widerstrebenden Elemente noch einmal in einer Richtung zu vereinen; wie Bucer einst unerschöpflich in Erfindung theologischer Vereinigungsformeln war, so wußte Miquel alle Töne anzuschlagen, um den Zwiespalt zu verhüllen. Er legte das Hauptgewicht auf die Bekämpfung der Reformakte; er verurteilte ihren Grundgedanken, die Vorstellung von souveränen Staaten, die sich für einzelne äußere und innere Zwecke vereinigten: „Wir aber gehen aus von dem Grundsatze: es gibt eine einheitliche und unzertrennliche deutsche Nation, und für diese Nation wollen wir einen neuen Staat gründen"; er verurteilte sie nach der einheitlichen wie nach der freiheitlichen Seite. Zugleich aber wandte er sich scharf gegen die antipreußischen Stimmungen, die in Süddeutschland überall aufgeflackert waren. Wer nicht das Vertrauen habe, daß der Entscheidungskampf in Preußen zugunsten der Freiheit und Vernunft entschieden werde, der dürfe sich nicht am Nationalverein beteiligen, denn der Nationalverein habe das Vertrauen auf das preußische Volk zur Grundlage. Sehr bemerkenswert war, daß in der Behandlung der preußischen Gegenvorschläge der realpolitische Sinn Miquels durchbrach. Er billigte die Kritik, die Bismarck, wenn auch von dem Boden des Staatenbundes, an der Reformakte geübt hatte, insbesondere die preußische Forderung des Vetorechtes. „Bismarck selbst, das Ministerium Bismarck, verlangt ein Parlament mit direkten Wahlen, und viele von Ihnen gewiß haben darin nur Schein, Lug und Trug und gewissermaßen Hohn gefunden, wenn ein solches Ministerium für das Parlament eintritt. Nein, meine Herren, falsch, vollständig falsch das. Jedes Ministerium in Preußen muß ein Parlament mit direkten Wahlen verlangen, weil es gebieterisch das Interesse des Preußenstaates fordert. Es ist für uns eine große Lehre, eine gewichtige Tatsache, daß selbst ein solches Ministerium gezwungen ist, ein Parlament mit direkten Wahlen zu fordern. Das Ministerium Bismarck gibt dafür die richtigen Gründe an, indem es sagt: ‚Wenn eine Gesamtvertretung der Nation vorhanden ist, so sind wir sicher, daß darin nichts beschlossen wird, was von dem Interesse Preußens abweicht, denn die deutsche Nation hat dieselben Interessen wie der preußische Staat.' Das ist ganz unserm Standpunkt entsprechend, wenn selbst ein solches Ministerium durch die

Macht der Tatsachen gezwungen ist, solche Bekenntnisse abzulegen." Aber er ging dann doch über diese Gegenvorschläge hinweg, weil das Ministerium Bismarck im Ernst überhaupt keine Reform wolle, weil „es alle seine Kräfte, die letzten verfügbaren Kräfte des Feudalismus gebrauchen muß, wenn es die beschworene Verfassung in Preußen und die konstitutionelle Monarchie zerstören will". Er schloß, „daß niemals, solange der preußische Streit dauert, die deutsche Verfassungsfrage gelöst werden kann, daß aber auch nie eher Ruhe und ein befriedigender Zustand in Preußen möglich ist, ehe Preußen an der Spitze Deutschlands ist, ehe es die schwarzweiße Fahne niedergelegt und die schwarzrotgoldene erhoben hat".

In der achtstündigen Debatte kam ein ursprünglich beabsichtigter Frankfurter Antrag, der preußischen Spitze und dem Ausschlusse Oesterreichs feierlich abzuschwören, zwar nicht zur Verhandlung, aber trotzdem schlug an scheinbar unwesentlichen Punkten eine nur äußerlich verhüllte Uneinigkeit durch; führte die Linke die Gefahr eines Abfalls der Süddeutschen, die sich nur gering beteiligt hatten, ins Gefecht, so drohten die Bremer wiederum, daß eine Schwenkung nach der andern Seite namhafte Austritte nach sich ziehen würde; während man auf der einen Seite die Reichsverfassung als förmlich zu Recht bestehend ansah, wollte die andre sie nur als theoretisches Programm sich gefallen lassen; selbst Schulze-Delitzsch und Brater hielten es zur Beruhigung der Gemüter für nötig, festzustellen, daß die preußische Spitze nicht ausdrücklich im Programm stehe. Der Bremer Gröning war der einzige, der die oberflächliche Behandlung der preußischen Gegenvorschläge tadelte und die Anhänglichkeit seiner Freunde an den Bundesstaat mit preußischer Spitze betonte. Um so schärfer richtete sich dann der Kampf der Linken gegen den Satz: der Nationalverein verwerfe „kein Mittel, welches uns diesem Ziele wirklich näherführe" — eine etwas zweideutige Wendung, die keineswegs revolutionäre Hintergedanken verdecken, sondern nur die Bereitwilligkeit zu etwaigen Uebergangsstadien aussprechen sollte: der Ausschuß mußte diesen „Vorbehalt aller möglichen politischen Handelsgeschäfte" fallen lassen; zumal Streit beschwor pathetisch nicht bloß die Schatten der 1813 Gefallenen, sondern auch den Robert Blums, des gesetzlichen Vertreters Leipzigs im Parlament, „des Blutzeugen des Neuen Bundes", um der um sich greifenden Krankheit des Vermittlungsfiebers und der Volksdiplomatie zu begegnen. Daß man sich trotz der inneren Uneinigkeit über die einstimmige Annahme des Ausschußantrages (mit jener Streichung) einigte, war doch nur ein Beweis, daß man rein äußerlich einen Riß, der durch den ganzen Verein ging, verkleben wollte. Die ganze Stimmung stand im Wider-

spruch zu dem überwältigenden Festesjubel, der in den nächsten Tagen alles vereinte. Nicht als ob eine Spaltung in verschiedene Parteien zu befürchten gewesen wäre, nicht als ob man nicht mehr miteinander hätte leben können — die ursprünglich vorhandenen Gegensätze, künstlich unter bestimmten Voraussetzungen zurückgestellt, lagen von neuem offen bloß, während ein wirklich einigendes Programm für die praktische Politik nicht mehr vorlag. Vermittlungsformeln und gereizte Reibung mußte, wenn es so weiterging, seine Aktion lähmen. Wie Bennigsen selbst innerlich stand, ist aus seinen Aeußerungen nicht zu ersehen; aber die Angriffe der Hamburger Nationalvereinsmitglieder auf seine Person zeigten, daß jetzt auch er den Radikalen keineswegs mehr genügte.

Während Bennigsens deutsche Politik also auf einen toten Punkt gelangt war, ergab sich ihm in der hannoverschen Politik nach sechs Jahren bloßer Opposition zum ersten Male die Möglichkeit praktischer Tätigkeit.

Denn in Hannover war bei den Neuwahlen dasselbe gelungen wie in Preußen: der Gewinn der Majorität für die nationale und liberale Partei. Wir sahen, wie der Nationalverein es sich zur Aufgabe setzte, in möglichst vielen Einzelstaaten eine Mehrheit in seinem Sinne zu sichern, um schließlich von allen Seiten her konzentrisch gegen die partikularistische Politik zu Felde zu ziehen. Bennigsen selbst wurde am 11. Juli 1863 in Göttingen und von den Calenbergischen Landgemeinden gewählt. Planck suchte ihn zu bewegen, den ländlichen Sitz anzunehmen, damit der in Göttingen als Ersatzmann gewählte Ellissen,[1] eine alte Größe der Liberalen, seinen Wunsch zum Eintritt in die Kammer erfüllt sähe.[2] Bennigsen aber befolgte schließlich Miquels Rat, der in einem auch als Stimmungsbild interessanten Briefe schrieb: „Wir haben in allen hiesigen Wahlbezirken gesiegt — kleine Städte, Münden, Einbeck, Land. Noch acht Tage solcher Agitation, und ich wäre tot. Der Wahlkampf war überall so heftig *wie noch nie* — in Münden wie in Amerika. In Einbeck, wo Hammerstein *schriftlich* eine Eisenbahn bei einer ministeriellen Wahl versprochen hatte!, ditto. Ich bin sehr herunter, habe aber auch die Genugtuung, mir sagen zu können, daß ich alles allein gemacht habe. Die Wahlen des Landes Göttingen waren schlecht ausgefallen — ich war bei der Deputiertenwahl ... kriegte drei Wahlmänner der Gegenpartei herum. Du mußt, wenn es irgend geht, für *Göttingen* annehmen. Eine so einmütige

[1] Ueber ihn: K. *Goedeke*, Adolf Ellissen, Göttingen (1872).

[2] Planck an Bennigsen, 12. und 19. Juli 1863.

Wahl ist noch nicht dagewesen. Magistrat und Bürgerschaft waren ganz eins. Eben kommt Planck mit Deiner Nachricht. Es wäre trotz alledem sehr fatal, wenn Du ablehntest, da ein großer Teil den Ellissen nur genommen hat in der sicheren Ueberzeugung, daß Du hier einträtest. Namentlich der Magistrat mag ihn nicht. Auch würde es hier auf die Bürger einen schlechten Eindruck machen, wenn Du uns ‚den Bauern' nachstelltest." [1])

Da die Ständeversammlung erst im Januar 1864 berufen wurde, so machten sich für Bennigsen selbst die Folgen des politischen Umschwungs, die ihn zum Führer der Kammermehrheit machten, noch nicht sofort geltend. Aber auf einem andern Gebiete sollte das schon vorher geschehen: in einer kirchlichen Angelegenheit, die seit mehr als einem Jahre einen Teil der hannoverschen Bevölkerung stärker erregte als alle Fragen von Staatenbund und Bundesstaat.

Dieser Kirchenstreit nahm seinen Ausgang von der Veröffentlichung eines neuen Katechismus, der in enger Anlehnung an eine Arbeit des 17. Jahrhunderts verfaßt war und im April 1862 eingeführt werden sollte, um den aus der Zeit des rationalistischen 18. Jahrhunderts stammenden, aber der Bevölkerung längst ans Herz gewachsenen Katechismus zu ersetzen. Dagegen erhob sich eine starke Bewegung, deren Grollen man schon in den letzten Wochen der Ständeversammlung von 1862 vernahm. Die Agitation war immer leidenschaftlicher geworden, und als im August 1862 der Führer des kirchlichen Widerstandes, der Superintendent Baurschmidt in Lüchow, zur Verantwortung nach Hannover gezogen wurde, kam es am 8./9. August zu unerhörten Tumulten in der Residenz. Die Regierung erkannte, daß sie mit ihrer reaktionären Neuerung Kräfte aufgerufen hatte, die in ihrer Ausdehnung und Tiefe ihr gefährlich werden konnten. So entschloß sich der König, das Gebot der Einführung des neuen Landeskatechismus zurückzuziehen: es geschah in diesen Tagen, daß sich der Sturz des schon längst in seiner Stellung erschütterten Grafen Borries entschied.

Bennigsen hatte sich schon frühzeitig an diesem Kampfe beteiligt. So leitete er am 10. August 1862 eine Versammlung von Vorstehern der Landgemeinden des Amts Calenberg, die eine Petition gegen Einführung des neuen und um Beibehaltung des alten Landeskatechismus beschloß. Er schrieb wenige Tage darauf an Schulze-Delitzsch, der ihm einen Bericht über eine Delitzscher Petition sandte: „Manches daraus, was sich auf die evangelische Freiheit einer Gemeinde überhaupt bezieht, ist auch bei unserm Katechismusstreit zu verwerten. Im einzelnen würden

[1]) Miquel an Bennigsen (ohne Datum).

freilich bei Euch wie bei uns in diesen Fragen die besondere Entwicklung der Landeskirche und die Vorschriften der Verfassung und Landesgesetzgebung entscheiden. Uebrigens ist die Agitation gegen den neuen hyperlutherischen Katechismus bei uns so allgemein und so tiefgehend, daß eine Einführung desselben geradezu unmöglich ist und daß überdies auch auf politischem Gebiete unser reaktionäres Regiment einen Stoß erhalten hat, von dem es sich nicht wieder wird erholen können."[1])

Der Katechismusstreit hatte vor allem die entscheidende Frage der Kirchenverfassung berührt: konsistoriales Kirchenregiment oder presbyteriale Verfassung. Es waren prinzipielle Gegensätze, die ein gewisses Gegenstück zu den politischen Kämpfen der Zeit boten: Absolutismus und bureaukratische Ordnung auf der einen und Konstitutionalismus und Selbstverwaltung auf der andern Seite. In dieser Richtung ging der Kampf weiter. Am 22. April 1863 trat in Celle unter dem Vorsitz von Pastor Pfaff in Altenbruch (der lange Zeit auch ein treuer politischer Anhänger Bennigsens war) eine von 60 bis 70 Geistlichen, also nur einem kleinen Bruchteile, und mehr als 600 weltlichen Vertrauensmännern aus den meisten Gemeinden beschickte Tagung zusammen. Man nahm einstimmig eine Petition an, die kirchliche Gemeindeverwaltung nach den Grundsätzen der Presbyterialverfassung, Kreis- und Landessynoden empfahl; ein Begrüßungsschreiben der Durlacher Konferenz badischer Theologen und Synodalen rief ihnen zu: „Ihr steht nicht allein, der Geist des Jahrhunderts ist mit Euch, alle deutschen Protestanten blicken teilnehmend auf Euch, und was Ihr beratet, wird ganz Deutschland zum Heile gereichen!" Bennigsen, der zum Vizepräsidenten der Versammlung gewählt war, warnte besonders davor, kirchliche Reformbestrebungen mit politischer Parteiagitation zu vermengen, wie es auf seiten der Gegner geschehe; bei dem gemeinsamen Mahle am Abend sprach er auf die kirchliche Freiheit und die kirchliche Toleranz.

Durch den Verlauf der Katechismusbewegung war Bennigsen zu der Ueberzeugung gelangt, daß gerade in diesen politisch so erregten Zeitläuften das öffentliche Leben von kirchlichen Fragen auf das stärkste ergriffen werde. Er begann sich mit ihnen nicht allein aus kühler realpolitischer Erwägung zu beschäftigen, sondern es trieb ihn auch ein inneres Bedürfnis dazu, das wir aus seinem Verhältnis zu Nagel kennen. Nagel empfand, wie er hernach erzählt, auf das schmerzlichste gerade „bei den Genossen seines patriotischen Glaubens die Abwendung vom kirchlichen Glauben". Als er Bennigsen einmal fragte, ob er es denn für unmöglich hielte, daß die deutsche Bildung zum Christentum

[1]) Bennigsen an Schulze-Delitzsch, 20. August 1862.

zurückkehrte, antwortete ihm dieser: „Das nicht, wohl aber ihre Rückkehr zum Christentum der Kirchen, wie sie heute sind, zu irgendeiner der überlieferten Formen christlichen Glaubens und christlicher Frömmigkeit.“ [1])

Hatte schon in Celle eine Verbindung mit andern gleichartigen Bestrebungen in Deutschland stattgefunden, so sollte diese bald in größerem Umfange aufgenommen werden. Die Durlacher Konferenz regte im August 1863 die Berufung eines deutschen Protestantentages an, als dessen Hauptzweck die Anbahnung einer deutschen gesamtkirchlichen Nationalvertretung bezeichnet ward. Eine Vorversammlung, die zum 30. September nach Frankfurt berufen ward und gegen 150 geistliche und weltliche Teilnehmer zählte, beschloß, sich als Verein mit alljährlichen Versammlungen zu konstituieren, „um auf dem Grunde des evangelischen Christentums im Geiste evangelischer Freiheit und im Einklang mit der gesamten Kulturentwicklung unsrer Zeit eine Erneuerung der evangelischen Kirche anzubahnen“, vor allem auf der Grundlage des Gemeindeprinzips und der Synodalverfassung.[2]) Da sich unter einzelnen liberalen Theologen Neigungen zeigten, auch die Umwandlung des religiösen Inhalts des Christentums auf das Programm zu setzen, wurde Bennigsen, der den größten Teil auch dieser Versammlung leitete, zu einem Protest veranlaßt, in dessen Begründung er die Grenzen der kirchlichen Bewegung scharf umriß: „Eine eigentliche religiöse Bewegung sei in Deutschland nicht zu erkennen; die Gemüter seien lediglich erregt durch die Uebergriffe des Kirchenregiments, das fast nirgends den Gemeinden auch nur den bescheidensten Einfluß gestatte; es sei also ein Verfassungskampf, in dem man begriffen sei.“ Ein von der Vorversammlung eingesetzter engerer Ausschuß, in den auch Bennigsen eintrat, erließ einen öffentlichen Aufruf, in dem gerade diese Gesichtspunkte in den Vordergrund gestellt wurden.[3])

---

[1]) L. Nagel, Der christliche Glaube und die menschliche Freiheit (Gotha 1880), S. III f.

[2]) Hausrath, Richard Rothe und seine Freunde, II, S. 466. Schenkel, Der deutsche Protestantenverein (Wiesbaden 1871).

[3]) Die durch die Reformation grundsätzlich befreite Gemeinde ist in Wirklichkeit unfrei und bevormundet geblieben; an der Stelle eines gesunden und selbständigen Gemeindelebens hat sich eine kirchliche Amts- und Standesherrschaft ausgebildet, deren bezeichnendster Ausdruck die Konsistorialregierung ist, und deren den Protestantismus in seinem innersten Kern und Leben bedrohende Wirkungen nunmehr offen zutage liegen. Nicht nur hat ein großer Teil des deutschen evangelisch-protestantischen Volkes sich allmählich der Teilnahme an den kirchlichen Angelegenheiten beinahe gänzlich entzogen; nicht nur sind kirchliche Lauheit und Gleichgültigkeit in erschreckendem Maße verbreitet, sondern das Gemüt nicht weniger ist auch mit tiefem Mißtrauen und mit Bitterkeit gegen alles, was Kirche und kirchlich heißt, erfüllt. Und doch wird jeder Verständige

Die hier begründete Bewegung sollte unter dem Eindruck des Kampfes um Schleswig-Holstein zunächst wieder in den Schatten treten und erst im Jahre 1865 zur Gründung des Protestantenvereins führen. Für Bennigsens Entwicklung war es immerhin bedeutsam, daß er unter diesem Zeichen unmittelbar hernach in die hannoversche Vorsynode eintrat, die einen ihr vom Könige vorgelegten Entwurf einer Kirchenverfassung zu beraten hatte. Hier mochte zunächst der Versuch gemacht werden, die für die gesamten evangelischen Landeskirchen angestrebten Ziele zu erreichen.

In der hannoverschen Vorsynode, die vom 6. Oktober bis zum 14. Dezember unter dem Vorsitz des Grafen Alexander Bennigsen tagte, waren die orthodoxen Mitglieder (fast sämtliche Geistliche und die vom König ernannten) der Opposition an Zahl erheblich überlegen. Bennigsen, der für Osnabrück und Wunstorf in die Synode gewählt worden war, blieb daher mit seinen Anträgen in der Regel in der Minderheit. Bald begann er sich mit außerordentlicher Lebhaftigkeit an den Verhandlungen zu beteiligen; „am Anfang," heißt es in einem Familienbriefe, „verhielt er sich ganz ruhig, aber jetzt haben sie ihn wild gemacht und müssen mehr von ihm hören, als ihnen lieb ist." Wenn auch seine Erwartungen nicht hochgespannt waren, so war er doch von vornherein für die Herbeiführung eines praktischen Ergebnisses; „man müsse," erklärte er am 7. Oktober, „notwendig zu einer Verständigung kommen, damit eine gemeinsame Grundlage gewonnen werde, um die kirchliche Verfassung auszubauen." Und in diesem Geiste suchte er zum Mißvergnügen seines viel radikaleren Freundes Miquel (der übrigens als Reformierter nicht unmittelbar beteiligt war) die Forderungen der Minderheit zu vertreten.

Bennigsen an seine Schwester Baronin Luise von Leonhardi.

Hannover, 8. Oktober 1863.

Für Deine Sendung der Schriften über die Hessischen Kirchenangelegenheiten und des Heftes der Gelzerschen Monatsschrift bin ich Dir sehr dankbar. Die ersteren waren mir noch unbekannt. Ein ziemliches Material derart habe ich hier aus verschiedenen deutschen Ländern beisammen. Ob ich damit oder überhaupt mit meiner Tätigkeit auf der Vorsynode viel nützen werde, ist freilich sehr zweifelhaft. Im

---

zugeben, daß ein Volk ohne das Fundament der Religion keinen festen Grund hat, daß sie dem Leben des einzelnen wie dem Gedeihen des Ganzen erst die höhere Weihe und nachhaltige Kraft verleiht und daß in Zeiten der Not und Gefahr, wie wir solchen vielleicht entgegengehen, auch die Liebe zum Vaterlande und der opferfreudige Sinn aus ihrer Quelle die unversieglichste Nahrung schöpft.

ganzen ist meine Ansicht von der des Kultusministeriums zu abweichend (letzteres auch außerordentlich ängstlich, besonders mit Rücksicht auf die geringe Neigung des Königs für die Kirchenreform), als daß ich mir einen erheblichen Einfluß auf die schließliche Entscheidung zutrauen könnte. Einstweilen ist freilich auf der Vorsynode gegen die Orthodoxen die Wahl des Grafen Bennigsen zum Präsidenten, die Niedersetzung einer großen Kommission für Prüfung der Synodalvorlage, auch meine Wahl in dieselbe durchgesetzt. Die Vorlage ist aber sehr schwach und lückenhaft, ob die Vorsynode wesentliche Verbesserungen beschließen wird, bleibt ganz zweifelhaft, und was der König zuletzt wirklich auszuführen Lust hat, ist ganz unberechenbar. — Den Grafen Bennigsen hat der König bei unsrer Vorstellung ausnehmend ausgezeichnet in den letzten Tagen, auf die erste Anregung durch einen befreundeten Flügeladjutanten einen Privatbrief an den Kaiser von Rußland geschrieben, um Bennigsens Neffen, den jungen Andreyczcowitz,[1]) welchen Murawieff in Wilna verhaften ließ, aus dessen Klauen zu retten vor Sibirien oder dem Tode, auch mir sogar hat er höfliche und freundliche Worte über Vater gesagt. Im übrigen wird er wohl der Alte bleiben.

Miquel an Bennigsen.

Oktober 1863.

Da ich höre, daß Du geneigt bist, den Synodenentwurf mit einigen Verbesserungen anzunehmen, so möchte ich Dir doch meinen entgegenstehenden Standpunkt mit zwei Worten rechtfertigen.

Meines Erachtens würdest Du geradezu Gefahr laufen, Deine Popularität zum guten Teile einzubüßen, wenn dieser ganz heillose Entwurf nicht mit Entschiedenheit von Euch bekämpft wird.

Liest man ihn sorgfältig, so kann wenigstens ich nichts andres herauslesen als eine Belebung und Stärkung der Konsistorialverfassung mit populärem Anhängsel. Diese wenigen den Gemeinden eingeräumten Rechte werden, solange das allgemeine Interesse dauert, zwar zur Fortsetzung des Kampfes benutzt werden, aber die voraussichtliche Erfolglosigkeit desselben wird bald den Pfaffen alles in die Hände spielen. Solange die Wahl der Geistlichen durch die Gemeinden nicht gewonnen wird, ist nichts gewonnen. Eine Synodalverfassung ohne Presbyterialverfassung mit acht Konsistorien und einem Oberkonsistorium in einem Lande, wo diese wie bei uns besetzt sind, ist ein Widerspruch in sich.

[1]) Eine Tochter des russischen Feldmarschalls Grafen Bennigsen und Schwester des Grafen Alexander von Bennigsen war mit einem Polen, einem Herrn von Andreyczcowitz, vermählt; ihr Sohn war an dem polnischen Aufstande von 1863 beteiligt.

Die Synoden werden höchstens, wenn das Volk stets auf seiner Hut ist, das Unsinnige, wenn es neu ist, verhindern, nicht aber das alte Unbrauchbare beseitigen können. Darauf kommt es aber durchaus und wesentlich an. Es ist ein großer Irrtum, anzunehmen, daß eine religiöse Reform kein Bedürfnis sei. Man ist im Volke durchaus nicht mehr auf dem alten starren Glaubensgrunde, welcher in der Kirche noch zu Recht besteht.

Wenn die Bewegung dies auch nicht laut proklamiert hat, so ist dies nur die Folge des richtigen Instinkts in den Massen, daß man erst die Pfaffenherrschaft brechen, sich selbst zum Herrscher machen und dann weitergehen müßte. Eine Verfassung, die letzteres ausschließt, ist nichts wert. Ich glaube Bürger und Bauer auch zu kennen und weiß wohl, was ich sage. Deine Rede in Frankfurt hat in dieser Beziehung hier gar keinen Beifall gefunden. Vorerst nicht unbedingt auf der religiösen Reform pauken, ist richtig, aber sie möglich halten und möglich machen durch die entsprechende Kirchenverfassung — darauf kommt es an. Du wirst mir dies zugute halten. Ich habe mit Besorgnis Deine Agitation und Dein Hervortreten in der Kirchenfrage schon an sich gesehen, ich finde aber die größte Gefahr für einen populären Politiker in Deutschland in dem leise und leicht erwachenden Verdacht, er stehe gegen die Pfaffen nicht fest. Die große Masse der Gebildeten würde sofort kopfscheu werden, und die Radikalen würden es trefflich gegen uns benutzen.

*

Es soll an dieser Stelle nicht versucht werden, die Verhandlungen[1]) oder auch nur Bennigsens Anteil an ihnen etwa in Umrissen wiederzugeben. Er suchte aus den Bestimmungen für die Wählbarkeit in den Kirchenvorstand alle normativen Einschränkungen (wie Teilnahme am Gottesdienst und Abendmahlsgenuß) auszuschalten: „alle Erfordernisse der Wählbarkeit seien äußerlicher Natur und ließen nicht auf das Innere eines Menschen schließen, ebensowenig hätten sie einen klaren und bestimmten Inhalt." Er warnte dringend davor, in die Befugnisse einzugreifen, die der Staat auf dem Gebiete der Kirche und Schule habe. Die Staatsgewalt lasse es sich nicht mehr nehmen, die Schulangelegenheiten selbständig zu ordnen, sie berücksichtige dabei den christlichen Charakter der Schule, lasse sich aber nicht durch die Kirche die Ordnungen machen. Freilich sei den Geistlichen die Aufsicht über die Volksschulen übergeben und seien in den Konsistorien Abteilungen für das Volksschulwesen errichtet, doch sei dies durch Anordnung der

[1]) Protokolle der Vorsynode des Königreichs Hannover. 1.—46. Sitzung (erste Beratung); 47.—53. Sitzung (zweite Beratung). Hannover 1863.

Staatsgewalt geschehen, der man nicht hätte entgegentreten dürfen, wenn sie 1849 den Plan ausgeführt hätte, die Oberleitung des Volksschulwesens von den Konsistorien auf besonders zu errichtende Provinzialschulkollegien zu übertragen. Gebe man den Lieblingsvorstellungen in konsistorialen Kreisen über nähere Verbindung der Schule mit der Kirche nach, so greife man in das Gebiet der Regierung und der Stände ein. Das Hauptgewicht aber legte er darauf, unter Abschaffung der Ernennung und des Patronatsrechtes (bei dem er selbst als Kirchenpatron seine Erfahrungen gemacht hatte), das Recht der Predigerwahl den Gemeinden zu sichern. „Das unveräußerliche, durch die Reformatoren, namentlich durch Luther anerkannte Recht der Gemeinden auf Wahl ihrer Prediger könne in keiner Weise verwirkt sein dadurch, daß die Reformation in ihrer weiteren Entwicklung sich, statt auf die Gemeinden, mehr auf das territoriale Regiment gestützt habe. Die von den Gemeinden ganz unabhängigen, von den Konsistorien in ihrer ganzen Existenz abhängigen Geistlichen fragten nicht mehr, ob ihre Art, das Evangelium zu lehren, in den Gemeinden Anklang finde, sondern ob sie den Ansichten der Konsistorien gemäß sei. So sei in letzteren eine Richtung zur Herrschaft gekommen, die den nicht zu ihr gehörenden Geistlichen Bedrängnisse bereitet habe; so sei ein Geschlecht junger Theologen aufgewachsen, welches, ohne Gefühl für die Zusammengehörigkeit der Prediger mit den Gemeinden, sich völlig der im Kirchenregimente herrschenden Richtung hingab. Der endlich unvermeidliche Bruch sei zum Glück bei einer nicht so bedeutenden Angelegenheit, der Katechismussache, zutage getreten; eine Umkehr habe sich als nötig, die Heilung nur als möglich gezeigt, wenn die unser Land und seine ruhige Bevölkerung bis zur Unerträglichkeit bedrückende Partei eine Reihe von Jahren lang auf das Kirchenregiment verzichte. Letzteres müsse mit mehr Gerechtigkeit gegen Gemeinden und Geistliche verfahren, dann werde die Stimmung, die selbst in der sonst so ruhigen calenbergschen Bevölkerung nicht nur gegen einzelne herrschsüchtige Geistliche, sondern sogar gegen den ganzen geistlichen Stand herrsche, in einigen Jahren einer ruhigeren Erwägung und der Anerkennung wirklicher Verdienste orthodoxer Geistlicher Platz gemacht haben."

Da Bennigsen mit fast allen seinen Wünschen in der Minderheit blieb, so entschloß er sich, mit noch elf andern Mitgliedern bei der Abstimmung erster Lesung am 4. Dezember gegen die Annahme zu stimmen, indem er allerdings die Hoffnung auf eine Verbesserung des Entwurfs dabei ausdrückte und diejenigen Paragraphen bezeichnete, die ihm zunächst die Annahme unmöglich machten. Das Entgegenkommen des Kultusministers Lichtenberg und der Mehrheit ermöglichte diese

Verbesserungen im Laufe der zweiten Lesung, so daß auch er am 14. Dezember sich an der einstimmigen Annahme des Entwurfes beteiligen konnte.[1]) Die Verhandlungen, in die während der letzten Wochen schon die ungeheure Erregung um Schleswig-Holstein von draußen her hineinschlug, sind in Bennigsens Entwicklung insofern bedeutsam, als er in ihnen zum ersten Male um der praktischen Ergebnisse willen auf Forderungen verzichtete, die ihm ursprünglich als unumgänglich erschienen und, im Gegensatz zu den Wünschen Miquels, parlamentarische Realpolitik trieb.

Der letzte Kampf um die deutsche Nordmark war eröffnet, als am 15. November 1863 König Friedrich VI. von Dänemark starb und der neue König Christian die Verfassung genehmigte, die dem Londoner Protokoll zuwider Schleswig von Holstein trennte. Er sollte sich in kurzem zu dem weltgeschichtlichen Entscheidungskampfe um die deutsche Hegemonie erweitern. Ein Vorgefühl dessen, was die Einzelentscheidung in Schleswig-Holstein für die nationale Zukunft des ganzen Volkes bedeuten möchte, ergriff unwiderstehlich die Gemüter. Kein Tieferblickender verschloß sich der Erkenntnis, daß in dieser Arena, die das Schicksal plötzlich aufschloß, auch die großen innerdeutschen Gegensätze im letzten Waffengange miteinander sich messen würden: der preußische Staat mit seinen realen Machtmitteln, aber auch mit allen rückläufigen Tendenzen, die das Ministerium Bismarck zu verkörpern schien, auf der einen Seite, und auf der andern jene enthusiastische Bewegung, die Einheit und Freiheit der deutschen Nation in ihre Fahnen geschrieben hatte und die beiden hohen Ziele miteinander und durcheinander erkämpfen wollte, nach dem Beispiel, das die Italiener gegeben hatten, im Bunde mit den fortschreitenden großen Gedanken, die das Jahrhundert durchwogten. Für Generationen hing die deutsche Fortentwicklung an dem Ausfall dieses Ringens. Gleich in diesen ersten Tagen schrieb Planck an Bennigsen: „Es hängt davon nicht nur die Rettung der Herzogtümer für Deutschland und dessen ganze Stellung nach außen, sondern auch der Gang unsrer inneren Entwicklung für lange Jahre ab. Mißlingt die Bewegung für Schleswig-Holstein, ernten wir wieder nur Schimpf und Schande, so muß, wenn nicht sofort dann eine Revolution ausbricht, eine entsetzliche Versumpfung des ganzen politischen Lebens und die Herrschaft einer krassen Reaktion die Folge sein.“ [2])

---

[1]) Eine von Bennigsen und zwanzig andern Vertretern der Gemeinden unterzeichnete Ansprache an die evangelischen Kirchengemeinden rechtfertigte die schließliche Annahme mit den erreichten Verbesserungen.

[2]) Planck an Bennigsen, 28. November 1863.

Wie sehnsüchtig hatte Bennigsen auf das eine große Ereignis von außen her geharrt, das den schleppenden und verfahrenen Gang der deutschen Entwicklung zu einer nationalen Sturmflut aufpeitschen sollte. Jetzt war dieses Ereignis eingetreten, wie geschaffen dazu, das Unmögliche endlich zu verwirklichen: das Recht war klar, das Programm so einfach wie möglich, eine Einigkeit wie nie zuvor war zu erwarten: über Schleswig-Holstein mußte die nationale Bewegung zum Siege gelangen. Von der ersten Stunde an wurde Bennigsen von seinen politischen Freunden mit stürmischen Aufforderungen überschüttet, diese Gelegenheit zu einer großen Aktion zu ergreifen. Schon am 18. November lud er alle Mitglieder des Ausschusses des Nationalvereins zum 22. November nach Berlin. Was man von ihm erwartete, zeigt ein in diesen Tagen von Miquel mit fliegender Feder und Hitze an ihn gerichtetes Billett: „Tut nur das Aeußerste. Aufruf an die Fürsten oder die Nation, an die deutsche Bevölkerung in Holstein und Schleswig ist jedenfalls nötig. Was denkst Du von Freischaren? Seid um Gottes willen nicht zu ängstlich. Nach meiner Meinung müßtet Ihr sofort einen Aufruf zum Aufstande für den rechtmäßigen Landesherrn erlassen, zugleich in einer andern Schrift die deutschen Fürsten und das deutsche Volk zum Beistande auffordern. Wollt Ihr, daß ich was ausarbeite, so gebt Nachricht."

Der Nationalverein beschloß sofort, Bennigsen zum Erbprinzen von Augustenburg zu entsenden. Am 23. November erschien Bennigsen, zusammen mit Fries,[1]) vor ihm in Gotha und begrüßte ihn im Auftrage der Nationalpartei in feierlicher Ansprache als allein berechtigten Herzog von Schleswig-Holstein, um ihn der kräftigsten Unterstützung des Nationalvereins zu versichern, der seit seinem Entstehen die Wahrung der Sache der Herzogtümer als eine seiner wichtigsten Aufgaben erkannt habe, als Aufgabe nicht einer Partei, sondern des gesamten Deutschlands; so würde auch in diesem folgenschweren Augenblicke das deutsche Volk, wie verschieden auch im übrigen seine Parteirichtungen sein möchten, einmütig und unerschütterlich zusammenstehen gegen jeden Feind bis zum vollständigen Siege. Der Herzog nahm in seiner Antwort den Gedanken auf, daß es in dieser Sache keine Unterscheidung zwischen Regierungen und Völkern, und keine Parteien innerhalb der Völker geben dürfe: „Das Rechtsgefühl der Völker ist der beste Schutz für die Rechte der Fürsten. Die Heiligkeit meiner Sache ruht für mich auf der unerschütterlichen Grundlage, daß sie zugleich die Sache meines

[1]) Telegramm Bernhardis an Freytag (der es Sammer mitteilte), 22. November 1863: „Bennigsen und Fries wollen Friedrich sprechen und würden sich freuen, Dich Montag mittag 2½ Uhr auf dem Bahnhof zu sehen."

Volkes ist, daß nur durch mein Recht den Schleswig-Holsteinern die Möglichkeit gegeben ist, sich von der langen dänischen Unterdrückung auf immer und völlig zu erlösen. Man hat die Schleswig-Holsteiner im Namen fürstlichen Rechtes lange unterdrücken dürfen. Im Namen desselben fürstlichen Rechtes werde ich sie befreien und, meine Herren, ich werde sie, so Gott will, bald befreien."

Nach seiner Rückkehr erließ der Nationalverein am 24. November einen von Bennigsen unterzeichneten Aufruf an das Volk in den flammendsten Worten. Wen würde nicht, der sich heute durch die Fülle patriotischer Resolutionen jener Jahre durcharbeitet, das immer gleiche Pathos ermüden! Wer zu dem Volke wirkungsvoll sprechen will, dem stehen nicht viele Töne zu Gebote. Dieses Mal aber fand eine wirkliche tiefe Empfindung deutscher Männer einen edeln Ausdruck und war des Widerhalles, den sie hervorrief, würdig. Der Aufruf faßte die schleswig-holsteinische Frage in dem weitesten Zusammenhange unsrer nationalen Entwicklung. Wollen wir, so fragte er, die Schmach dulden, „daß ein deutscher Bruderstamm das Schicksal von Elsaß und Lothringen teile? Die deutsche Provinz Preußen war einst Polen unterworfen, Pommern unter schwedischer Herrschaft, die Rheinlande Frankreich einverleibt. Das Schwert unsrer Vorfahren hat sie dem deutschen Vaterlande wiedererobert. Jetzt gilt's, ein Gleiches für Schleswig-Holstein zu tun." Er mahnte die deutschen Fürsten: „Söhne des gemeinsamen Vaterlandes — seid eingedenk der schweren Verantwortlichkeit, die auf Euch lastet —, seid eingedenk, daß ein Volk viel Unbill verzeihen und vergessen kann, nimmermehr aber eins: den Verrat seiner Ehre und Freiheit an das Ausland! Wer wird in Zukunft Eure eigne Legitimität achten, wenn Ihr die Rechte eines legitimen Fürsten dem fremden Unterdrücker preisgebt? — wer an Euern Beruf zur Führung der Nation fernerhin glauben, wenn Ihr die gerechten Erwartungen des Volks — diesmal — zu täuschen imstande seid?" Dann wandte er sich an alle Volksgenossen: „In Reden und Liedern habt Ihr Schleswig-Holsteins oftmals gedacht, unzählige Gelöbnisse getan, fest zu ihm zu stehen in der Stunde der Entscheidung. Rüstig habt Ihr, Männer und Jünglinge, auf Turn- und Schützenplätzen Eure Kraft geübt und gestählt, in großen Festen Eure Verbrüderung gefeiert, dem heiligen Dienste des Vaterlandes Euch geweiht. Lasset die Taten jetzt den Worten entsprechen! Das Ausland spottet der deutschen Bedächtigkeit; zeigt, daß sein Hohn Euch nicht trifft, daß Ihr seine Drohungen nicht achtet, daß, wo es die Nationalehre gilt, Ihr auch seine Waffen und Heere nicht fürchtet." Somit forderte der Nationalverein alle Gemeinden, Korporationen, Vereine, Genossenschaften, alle Vaterlandsfreunde auf, un-

gesäumt Geld herbeizuschaffen, Mannschaft, Waffen und Mittel zur Unterstützung der Schleswig-Holsteiner bereitzuhalten, und stellte in Aussicht, dafür auch die von ihm aufbewahrten Flottengelder dem Sinne der Geber gemäß zu verwenden; er forderte eine andauernde Selbstbesteuerung des Volkes. Als Grundlage der Organisation setzte er einen besonderen Hilfsausschuß mit dem Sitze in Göttingen und unter dem Vorsitz von Miquel ein, dessen Tatendrang und Organisationskraft ihn von jetzt an immer mehr in den Vordergrund schoben. Der Aufruf dieses Hilfsausschusses, dem auch Bennigsen, Prater, Fries, Metz, Schulze-Delitzsch und Streit angehörten, wandte sich an alle Deutsche ohne Unterschied und versprach, das große nationale Werk unabhängig von allen Parteirücksichten zu behandeln und auch Vertreter andrer Parteiansichten in den Ausschuß aufzunehmen, sofern sie nur mit ihm für das ganze Recht der Herzogtümer einträten. Auch er rief zum Beginn der Sammlungen, zur Gründung von Komitees und Vereinen, zur Organisation regelmäßiger und dauernder Zuschüsse auf, aber er forderte nicht nur Geld, sondern auch rüstige Arme: „Noch ist zwar der Augenblick nicht gekommen, ein Volksheer für die Befreiung der Herzogtümer zu bilden. Noch dürfen wir nicht daran verzweifeln, daß die deutschen Regierungen ihre nationale Pflicht erfüllen werden. Noch wissen wir nicht, ob und wie weit der Deutsche Bund die Rechte beider Herzogtümer und ihres rechtmäßigen Herzogs zur Geltung bringen wird. Die Nation aber ist entschlossen, um keinen Preis zurückzuweichen. Es kann sich nicht darum handeln, ungeordnete Freischaren in die Herzogtümer zu werfen und leichtfertig einem sicheren Untergang entgegenzuführen, zum Ruin der Sache selbst, für welche sie kämpfen sollen. Aber vorbereitet muß das deutsche Volk sein, ein schleswig-holsteinisches Heer durch Mannschaft, Führer und Waffen zu unterstützen. Wohlan, rüsten wir uns, auf daß, wenn der Augenblick zum Handeln gekommen ist, die deutsche Jugend, kampfbereit, zu den Waffen greifen kann."

Der Gedanke der Führer des Nationalvereins, die Bewegung auf einer breiteren Grundlage als derjenigen des Vereinsprogramms zu organisieren, wurde in den nächsten Wochen verwirklicht.

Schon einige Wochen, bevor Schleswig-Holstein alles in Aufruhr brachte, hatte der Württemberger Hölder bei Bennigsen einen gemeinsamen Gedankenaustausch deutscher Abgeordneter angeregt und dafür auch die Teilnahme von Oesterreichern und Süddeutschen großdeutscher Färbung in Aussicht stellen können.[1]) Bennigsen war in der Hoffnung, daß daraus ein wirklicher Abgeordnetentag erwachsen möchte,

[1]) Hölder an Bennigsen, 25. Oktober 1863.

darauf eingegangen,[1]) obgleich seine nächsten Freunde, wie Planck, sich skeptisch verhielten[2]) und Schulze-Delitzsch gar im preußischen Interesse auf das schärfste von der Besendung abriet.[3]) Die ursprünglich schon für Mitte November angesetzte Zusammenkunft, unter dem Eindruck der schleswig-holsteinischen Ereignisse wieder aufgenommen, erfolgte am 6. Dezember in Nürnberg, wo neben Bennigsen und seinen Freunden auch Großdeutsche, Oesterreicher, Ultramontanen und Demokraten erschienen. Man beschloß einen Aufruf an die Mitglieder aller deutschen Landesvertretungen zu einer Tagung in Frankfurt, die sich für die Unzertrennlichkeit und Selbständigkeit der Herzogtümer, ihre vollständige Lösung von Dänemark und die Erbfolge des Augustenburgers aussprechen und über Mittel zur Durchführung beschließen sollte. In der einmütigen und versöhnlichen Stimmung schien ein Aneinanderrücken der Parteien wie nie zuvor sich vorzubereiten; bei dem Essen brachte Hölder einen gemeinsamen Toast aus auf den Präsidenten des Nationalvereins und auf den Führer des großdeutschen Reformvereins, den Bayern Baron Lerchenfeld, und ein andrer Redner auf Preußen und Oesterreich, als den Kopf und das Herz, die zusammengehörten; nach den heftigen Kämpfen der letzten Monate war es, als ob die alten Gegensätze verwischt wären. Schon hoffte man, daß der Frankfurter Abgeordnetentag wenigstens für einen inhaltsschweren Moment der wahre Mittelpunkt der Nation sein und sich nicht wieder in seine Bestandteile auflösen würde, ohne eine dauernde Vertretung des Volks in irgendwelcher Form zurückzulassen; man hoffte insbesondere, daß er auch einen Mittelpunkt für die Volksbewegung zugunsten der Herzogtümer schaffen und sich in einem permanenten Ausschuß in Frankfurt neben dem Bundestage konstituieren würde.[4]) Jetzt handelte es sich ja nicht um einen

[1]) Bennigsen an Hölder, 30. Oktober 1863: „Die von Ihnen beabsichtigte Besprechung halte ich aber für wichtig genug, daß ich — unter Voraussetzung jedoch der Teilnahme einer Anzahl liberaler Oesterreicher und der wirklichen Absicht derselben, dem Abgeordnetentage beizutreten — zu der Besprechung kommen werde."

[2]) Planck an Bennigsen, 28. November 1863.

[3]) Schulze-Delitzsch an Bennigsen, 27. November 1863: „Das ist ein Sonderbund im Abgeordnetentage, der sehr böses Blut machen wird. Was sollen die fünf bis sechs Preußen gegen die Masse der Oesterreicher? Das wird ein unzeitiger Bruch, aber keine Einigung! Der schuftige Wuttke, der Fälscher der Geschichte der Freiheitskriege, ist auch eingeladen — Lerchenfeld in Aussicht — Probst mit an der Spitze!! Mich bringt kein Mensch dazu, mich dort zu beteiligen."

[4]) Grumbrecht (Harburg) an Bennigsen, 15. Dezember 1863: „Wenn auch die dem Vorparlamente von 1848 an innerer Kraft und Bedeutung überlegene Versammlung vom 21. den Erfolg jenes nicht haben wird, so wird sie doch

theoretischen Lösungsversuch der deutschen Frage, sondern um das Zusammengehen in einem praktischen Kampfe, der wie je einer geschaffen war, das Einigende an die Stelle des Trennenden zu setzen.

So trat am 21. Dezember die Versammlung deutscher Landesvertreter zusammen, „zwar in bezug auf gesetzliche Kompetenz viel weniger als ein Parlament," schrieb die „Süddeutsche Zeitung", „durch ihre moralische Bedeutung und Macht aber mehr als selbst ein nationales Parlament sein würde, wenige hohe Augenblicke ausgenommen". Der Frankfurter Sigmund Müller übernahm den Vorsitz, Bennigsen und Lerchenfeld wurden zu Stellvertretern gewählt. Professor Edel aus Würzburg begründete im Namen des Ausschusses dessen „Erklärung der Rechte", die in dem Satze gipfelte: „Die Geltendmachung der Thronfolge des Herzogs Friedrich ist zugleich die Geltendmachung der Rechte Deutschlands an Schleswig-Holstein." Einstimmig erkannten die Abgeordneten die Verpflichtung an, für dieses Recht und seine Anerkennung durch den Bund einzutreten, alle dazu bereiten deutschen Regierungen zu unterstützen und diejenigen Regierungen mit allen verfassungsmäßigen Mitteln zu bekämpfen, welche das Recht und die Ehre Deutschlands in dieser Sache preisgäben. Ein zweiter Antrag, vor allem von den Nationalvereinsmitgliedern unterzeichnet, von Löwe-Calbe begründet, bestellte einen Ausschuß von 36 Mitgliedern als „Mittelpunkt der gesetzlichen Tätigkeit der deutschen Nation für Durchführung der Rechte der Herzogtümer Schleswig-Holstein und ihres rechtmäßigen Herzogs Friedrich VIII.". Gegen diesen Anlauf zum politischen Handeln tauchten Bedenken auf; die konservativen Großdeutschen, vor allem Bayern und Württemberger, ließen durch den Grafen Hegnenberg-Dux erklären, daß sie gegen die Bildung eines Ausschusses seien, der, mit weitergehenden Befugnissen oder unbestimmtem Wirkungskreise, bei jedem Akte seiner Tätigkeit dem Konflikte mit der bestehenden Gesetzgebung ausgesetzt sei. Metz im Namen der Nationalpartei erklärte, sie wolle, ohne ihre Grundsätze aufzugeben, aus der schleswig-holsteinischen Frage kein politisches Kapital machen, lieber mit ihren Gegnern in Deutschland aufrichtig zusammengehen, als den Dänen Schleswig-Holstein opfern. Häusser rief, er sei kein Demokrat, aber an der schleswig-holsteinischen Frage habe er die bittere Kunst des Mißtrauens gelernt und bei sich ein feierliches Gelübde getan, für sie lieber einen Schritt über das Notwendige hinaus zu handeln, als das Mindeste zu unterlassen. So wurde, gegen eine verschwindende Majorität, der Sechsunddreißigerausschuß gewählt,

einen notwendigen Mittelpunkt bilden, leider wegen ihrer Zusammensetzung nicht für die deutsche Verfassungsfrage, deren Lösung meiner Ueberzeugung nach dadurch wieder verdunkelt wird."

fortan das ständige Organ der Bewegung; die Mitglieder des Nationalvereins, der nunmehr auf seine eigne schleswig-holsteinische Organisation verzichtete, hatten die Mehrheit, andre ihnen nahestehende Politiker, wie Völk aus Bayern, Häusser und Bluntschli aus Baden, Twesten und Sybel aus Preußen traten hinzu, zugleich auch radikalere Elemente.

Einige Stücke aus dem Briefwechsel Bennigsens werden die Stimmungen dieser Tage noch lebendiger wiedergeben.

M. Baumgarten[1]) an Bennigsen.

Rostock, 17. November 1863.

Es ist eine dreifache Parole, welche jetzt mit Sturmesbrausen und Donnerschall durch Deutschland gehen muß. Sie lautet: 1. Aufhebung des Londoner Protokolls; 2. Krieg gegen Dänemark; 3. Liberales Ministerium in Preußen.

Die einleuchtende Notwendigkeit der beiden ersten Sätze bedingt die dritte Forderung als ein Postulat der deutschen Stämme und Staaten. Denn der Krieg kann nur von Preußen geführt werden, und der Krieg muß von Preußen geführt werden, um die Schande des ersten Krieges wegzuwaschen. Nur ein liberales und volkstümliches Ministerium in Preußen darf diesen Krieg erklären und führen, denn die preußische Reaktionspolitik ist schuldig an dem Blute und Jammer nicht bloß des schleswig-holsteinischen Volkes, sondern aller deutscher Stämme, deren Glieder im Herzogtum Schleswig begraben sind und um Rache schreien. Diese preußische Reaktion hat gesündigt von dem Briefe des Majors Wildenbruch im April 1848 bis zum Londoner Protokoll. Deutschland muß verlangen, daß diese Reaktion keinen Anteil hat an der jetzt notwendig werdenden Aktion. Durch die gegenwärtige Situation ist endlich die Möglichkeit vorhanden, daß die Freiheitspartei der außerpreußischen Staaten in die Arbeit des preußischen Abgeordnetenhauses wirksam eingreifen kann. Es handelt sich nicht mehr um doktrinäre Sätze, sondern um Sühnung deutschen Blutes. Was noch lebensfähig ist in Deutschland, muß bei diesem Gedanken in Wallung kommen. Ich höre, daß der Erbprinz von Augustenburg entschlossen ist, sein Recht geltend zu machen. Auch rechne ich darauf, daß in Holstein Christian IX. nicht anerkannt wird. Zu viel von der großen Sache, die mich jahrelang Tag und Nacht bewegt; ich mußte meine Gedanken vor Ihnen aussprechen und weiß, daß ich sie an den rechten Mann gebracht habe.

[1]) Der Rostocker Theologieprofessor Michael Baumgarten, der innerhalb des Protestantenvereins, bei dessen Gründung er mit Bennigsen bekannt geworden war, fast allein die bibelgläubige Richtung vertrat.

Zugleich aber drängt es mich, bei dieser Gelegenheit Ihnen zu sagen, wie sehr ich mich freue, daß Sie Ihre neue kirchliche Funktion mit so vielem Takt und so großem Geschick verwalten. Ich erwarte eine heilsame Frucht davon, daß Sie nun dem modernen Pfaffentum und dem neuesten Byzantinismus Auge in Auge gegenübergestellt sind. Sie werden es jetzt vollständig begreifen, daß dieses geistliche und scheinheilige Unwesen die eigentliche Zitadelle der politischen Reaktion ist und daß die Befreiung der Kirchen der wichtigste Bundesgenosse aller nationalen und politischen Befreiung sein wird. Außerdem werden Sie es verstehen, daß die Befreiung der Kirche, die Vollendung der Reformation, den undeutschen Romanismus und damit den tiefsten Zwiespalt aus Deutschland entfernen wird.

Ludwig Häusser an Bennigsen.

Heidelberg, 20. November 1863.

Entschuldigen Sie, daß ich Sie in diesem Augenblick, der zum Wichtigsten in unsern allgemeinen Dingen drängt, mit einer persönlichen Angelegenheit behellige. Aber ich bin dazu genötigt. Rochau teilte mir heute die neueste Nummer der „Deutschen Arbeiterzeitung" mit. Danach hat sich H. Streit nicht begnügt, dem Schmähbrief Struves Aufnahme zu geben, er nimmt nun auch selbst auf eine empörende Weise Partei gegen mich.[1]) Eine der nächsten Nummern der „Süddeutschen Zeitung" wird darauf eine Replik bringen, die ich in Abschrift Ihnen beilege, damit Sie über die Sachlage völlig orientiert sind. Zu Ihrer Sitzung meine besten Wünsche. Wir sind nun mit einem Male in die Entscheidung versetzt. Unter allem Widrigen und Ungünstigen ist das Eine tröstlich, daß sich allerwärts auch bei uns die Ueberzeugung Bahn bricht, daß dem so ist. Wir werden in unserm Ländchen tun,

[1]) Streit hatte mehrere von Beschimpfungen strotzende Artikel Struves gegen Häusser und dessen badische Revolutionsgeschichte in seine „Arbeiterzeitung" aufgenommen, die er, ohne den Herausgeber Rochau zu fragen, als Beilage zur Wochenschrift des Nationalvereins versandte. Rochau rief erbittert Bennigsens Intervention an: „Daß die Wochenschrift zur Trägerin der wütendsten Angriffe gegen Häusser gemacht worden, einen Mann, der dem Nationalverein jedenfalls sehr nahe steht und vermöge seiner ganzen öffentlichen Stellung große Rücksicht verdient, ist gänzlich außer der Ordnung" (an Bennigsen 19. November 1863); „daß solchergestalt das Organ des Nationalvereins als Vehikel persönlicher Ranküne und Gehässigkeit gegen einen Mann mißbraucht wird, welcher für die nationale Bewegung von der größten Bedeutung ist, ist eine offenbare Versündigung an der Sache des Nationalvereins und an den großen Interessen, welche er vertritt" (desgl. 20. November 1863). Bennigsen willfahrte dem Verlangen Rochaus, in einer redaktionellen Erklärung jeden inneren Zusammenhang mit der „Arbeiterzeitung" auf das schärfste abzulehnen.

was wir können. In vierzehn Tagen kommen die Stände zusammen; aber auch außerhalb derselben wird es an Tätigkeit nicht fehlen. Es gilt vor allem die Einsicht zu verbreiten, daß keine Schwierigkeit der Lage uns abhalten darf, die Dinge energisch anzufassen. Ohne dies wäre alles verloren.

Unruh an Bennigsen.

Berlin, 27. November 1863.

Meine Nachrichten lauten: Der König ist wirklich von dem Erbrecht des Herzogs Friedrich überzeugt und der Meinung, daß Preußen an das Londoner Protokoll nicht gebunden sei. Bismarck hat zuerst heftig widersprochen, dann aber scheinbar nachgegeben und bemerkt, daß die neue dänische Verfassung zwar unterschrieben sei, aber erst mit dem 1. Januar 1864 in Kraft trete, dieser Zeitpunkt also abgewartet werden müsse, um sich von dem Vertrage vom 8. Mai 1852 loszusagen! — — Graf Rechberg putscht bei Bismarck und deutet auch auf Inhaftierung des Herzogs Friedrich hin. Also selbst aus der Bundesexekution, wenn dieselbe auch morgen bezüglich Holsteins in Frankfurt beschlossen werden sollte, wird tatsächlich nichts. Vielleicht macht man mit den Dänen heimlich das Abkommen, daß sie ein Stück Holstein ohne Widerstand besetzen lassen. Dann wird man auch Freischaren dort nicht dulden... Wenn Sie wichtige Nachrichten erhalten, so teilen Sie mir dieselben mit. Was ich Ihnen oben schrieb, soll ich nicht in die Oeffentlichkeit bringen, damit die Quelle nicht verstopft werde. Sammer sagte mir in Frankfurt, daß er genaue Abschriften von Verhandlungen zwischen Bismarck und dem dänischen Gesandten (1850 bis 1852) wegen der Auseinandersetzungen mit dem Herzog von Augustenburg (senior) in Händen, d. h. jetzt genommen habe. Er hat also die Originale gelesen. Bismarck wird durch den Inhalt, den mir Sammer mitteilt, auf das Aeußerste kompromittiert. Wenn Sammer diese Dokumente jetzt veröffentlichte, so sollte man glauben, daß Bismarck sich nicht halten kann, und das wäre doch sehr wichtig. Tun Sie, was Sie für nötig halten.[1])

*

Miquel sandte an Bennigsen ein Schreiben, daß der Historiker Baumgarten, der publizistische Vertraute Roggenbachs, anscheinend im Einverständnis mit dem badischen Minister, an Rochau gerichtet hatte: es ist bezeichnend, wie hoch selbst unter gemäßigt und ruhig denkenden Leuten die Wellen der Bewegung gingen.

[1]) Bennigsen fragte am 28. November wegen dieser Bismarck kompromittierenden Papiere bei Sammer an: „Ist es nicht geraten, gegen diesen gemeingefährlichen Menschen alle Minen springen zu lassen?"

Hermann Baumgarten an Rochau.[1])

Karlsruhe, 30. November 1863.

Außer Baden, das mit dem ernstesten Willen und der äußersten Anstrengung, wenn auch möglichst still, für die Sache arbeitet, ist vielleicht nur auf Bayern zu rechnen. Bayern sieht eine Zukunft in dieser Frage, es vertritt überdies darin eine gewisse Tradition. Es wäre gut, wenn man es darin auf jede Weise bestärkte, seine, wenn auch selbstsüchtigen Hoffnungen ermutigte. Wir können uns jetzt nicht durch unser Verfassungsprogramm bestimmen lassen, sondern müssen das deutsche Land retten, gleich, ob das groß- oder kleindeutsche Interessen fördert. In Württemberg, Sachsen, Hannover dagegen müssen alle Kräfte gegen die Regierungen bewegt und ihnen eine unumwundene Unterstützung des ganzen vollen Rechts entrissen werden. Zunächst ist es namentlich von entscheidender Bedeutung, in Hannover und Hamburg eine Aenderung herbeizuführen. Ohne daß wir diese beiden haben, können alle unsre Freiwilligen nichts nützen, und der Herzog keinerlei Versuch machen. Kann das Göttinger Komitee dafür nicht das Signal geben und zwar so rasch, so durchgreifend als möglich? Wie die Dinge liegen, wäre es richtig, etwas zu tun, ehe die unkluge Exekution oder Sequestration ins Leben treten kann. Es wäre sehr wohl möglich, etwas gegen Altona zu unternehmen, sobald nur in Hamburg oder Hannover Raum geschafft wäre für die Sammlung eines Freikorps für einen Handstreich. Bleiben Hannover und Hamburg in den Händen der Gegner, so sind alle unsre Bemühungen fruchtlos.

Der Gedanke ist: eine umfassende, zusammenhängende nationale Bewegung gegen die widerwilligen Regierungen, auslaufend in einen Sturz Bismarcks. Es müßte doch wohl den Preußen klarzumachen sein, daß hier eine Gelegenheit kommt, wo sich ihr Schicksal entscheiden muß wie das der Herzogtümer. Man konnte einen Augenblick meinen, Bismarck werde schlau genug sein, den Anlaß zur Befestigung seiner Herrschaft zu benutzen. Diese Annahme brachte die preußische Opposition in eine schwierige Lage. Jetzt ist es über. Jetzt greift die schleswig-holsteinische Sache mit der preußischen Verfassungsfrage aufs trefflichste zusammen. Es wären etwa die zuverlässigsten und ent-

[1]) Schon am 18. November hatte Rochau eine Aufforderung des Herrn von Ungern-Sternberg in Karlsruhe erhalten, die Dinge in den Herzogtümern um jeden Preis zur Entscheidung zu treiben: „Der Nationalverein wird nun Gelegenheit haben, zu zeigen, daß er mehr ist als eine Redeübungsanstalt. Im Vertrauen gesagt, Roggenbach ist entschieden für den Aufstand und würde gewiß alles mögliche tun, um ihn zu unterstützen, soweit es die sehr delikate Lage Badens zuläßt. Seine gestrigen Aeußerungen lassen darüber keinen Zweifel."

schlossensten Führer in Preußen in Kenntnis zu setzen von dem Plan, damit in Uebereinstimmung mit der rasch wachsenden Bewegung in Hannover, Hamburg u. s. w. in Preußen ein jeden Tag schärferer Ton angeschlagen werde, damit das Beispiel des populären Erfolgs in jenen Ländern den Preußen den Mut gebe, auch ihrerseits den letzten Sturm zu wagen. Gelingt diese Operation nicht, so ist voraussichtlich die ganze Sache verloren. Denn es ist undenkbar, daß wir mit Volkskräften, die sich nicht in organisierter Staatsgewalt untertänig gemacht haben, gegen das Ausland durchdringen.

Wie Sie wissen, ist Frankreich nicht abgeneigt, die Bewegung gegen England zu nutzen. Haben wir ein Interesse, Napoleon darin zu beirren? Mir schienen verständige Demonstrationen für eine solche Auffassung in Frankreich gegen die englische Feindschaft sehr am Platze. Sie würden Napoleon bestärken, England einschüchtern, unsre Regierungen erschrecken. Wir wollen und können gewiß nie nach italienischem Muster zum Ziele kommen. Aber es kann uns nutzen, die Angst vor einer solchen Wendung zu erregen. Die Sache, um die es sich handelt, ist so groß und schwierig, daß wir alle Hebel in Bewegung setzen müssen. Ginge Napoleon Hand in Hand mit England für Dänemark, so ständen die Chancen sehr übel. Daß sich Napoleon anders wendet, ist für uns von der allergrößten Wichtigkeit.

Wir stehen jetzt auf dem Punkt der Entscheidung. Der Moment, hoch zu spielen, ist gekommen. Sie wissen, wenn man hoch spielen will, muß man ebenso kaltblütig als entschlossen sein. Wenn wir die Bewegung steigern, müssen wir sie zugleich möglichst in der Hand halten und jeden Faux pas meiden. Wir neigen zu sehr zum leeren Enthusiasmus. Dem kann, glaube ich, nur die Ueberzeugung abhelfen, daß wir jetzt alle, im ganzen und die einzelnen, um unsre Existenz ringen. Die Losung: entweder jetzt für eine klare, rechtmäßige Sache siegen oder einer wüsten Revolution anheimfallen, wird, glaube ich, die Parteien zusammenhalten, die Macht des einigen Nationalwillens schaffen.

Rochau an Miquel.

Heidelberg, 1. Dezember 1863.

Einliegend ein Brief aus Karlsruhe, der seinem Ursprunge nach die höchste Beachtung verdient. Mit dem Inhalte bin ich meines Teiles der Hauptsache nach ganz einverstanden. Es gilt einen Generalsturm auf die Regierungen, vor allen andern auf die preußische und hannoversche. In Preußen muß der Schrei: Nieder mit Bismarck! organisiert werden, zunächst in Berlin, was binnen drei Tagen geschehen kann und wird, wenn die Herren dort einen Funken von

richtiger Erkenntnis der Lage und ihrer Schuldigkeit haben. Man erfülle die Straßen von Berlin vom Morgen bis zum Abend mit diesem Rufe und binnen weiterer drei Tage ist die Sache fertig. In Hannover aber sollte man auch, ohne auf Berlin zu warten, dem Könige persönlich zu Leibe rücken, ihn durch Einberufung des ganzen Landes nach der Residenz „veranlassen", sich förmlich und feierlich vom Londoner Protokoll loszusagen (gleichviel ob er es unterschrieben hat oder nicht), den Herzog Friedrich anzuerkennen, die Truppen in Bereitschaft zu setzen u. s. w. Das übrige findet sich dann. Aber um Gottes willen keine Zeit verloren! Gebt dem ganzen hannoverschen Volke auf nächsten Sonntag Rendezvous in der Residenz! Was nützen uns Freiwillige und Geldsendungen, solange der Verrat am Staatsruder sitzt!

*

Miquel hielt den Vorschlag für beachtenswert: „Massendeputation oder wenigstens Versammlung sämtlicher Deputierten der Zweiten Kammer und Deputation mit diesen oder sonst was. Nehmet die Sache doch sofort in Beratung und handelt." [1]) Erst nach der Rückkehr vom Abgeordnetentage setzte Bennigsen das Mittel in Bewegung, das sich in der Praxis doch wieder harmloser ausnahm, als die heißblütigen Süddeutschen es sich vorgestellt hatten. Er erließ am 29. Dezember einen Aufruf zu einer Landesversammlung in Hannover am 18. Januar: „Wenn Ihr gleichgültig und bequem den Augenblick verstreichen laßt, so ist Deutschlands Ehre verloren, Deutschland aus der Reihe der Mächte gestrichen." Die Versammlung, die unter seinem Vorsitz und dem des Göttinger Professors Sauppe und Neubourgs tagte, beschloß die Absendung einer Petition an den König. Dieser aber lehnte den Empfang der Deputation ab. An demselben 18. Januar lief das Ultimatum ab, das Preußen und Oesterreich den Dänen gestellt hatten. Die Großmächte waren es, nicht die deutsche Nation, die nach Bismarcks Willen die Frage der Zukunft Schleswig-Holsteins lösten.

In Hannover, wo Bennigsen in erster Linie für die schleswig-holsteinische Angelegenheit wirken konnte, lagen die Dinge an sich nicht ungünstig. Wir wissen, daß in dem neugewählten hannoverschen Landtage, der am 18. Februar 1864 zusammentrat, die Stellung der Liberalen sich völlig verschoben hatte; während die alte Majorität, die dem Grafen Borries als gefügiges Werkzeug gedient hatte, zusammengeschrumpft war, beherrschten Bennigsen und seine Freunde die Zweite

[1]) Miquel an Bennigsen (ohne Datum).

Kammer. Bei der Präsidentenwahl, bei der die Kammer dem Könige drei Kandidaten zu präsentieren hatte, entfielen an erster Stelle 76 von 85 Stimmen auf den Grafen Alexander von Bennigsen, der die Bestätigung des Königs fand, daneben auf Rudolf von Bennigsen 53 Stimmen, die somit als Anhänger seiner Partei anzusprechen sind; der Liberale Neubourg wurde Vizepräsident. Bennigsen selbst und der Oberappellationsrat Meyer wurden mit 75 Stimmen zu Generalsyndiken der Kammer gewählt, das ist zu ständigen Referenten über die Verhandlungen der Kommissionen und die „Konferenzen" mit der Ersten Kammer; der König bestätigte diese Wahl, die Bennigsen auch ex officio zum Leiter der Landtagsmehrheit machte.

Während er in der Aera Borries aus allen Ausschüssen ausgeschlossen war, konnte er jetzt als Mitglied des Verfassungs-, des Finanz-, des Synodal- und des Schleswig-Holsteinischen Ausschusses den stärksten Einfluß auf die Geschäfte der Kammer ausüben. Die meisten seiner Freunde standen ihm zur Seite; neben dem Generalredner Bennigsen rückte Miquel als glänzender und scharfer Debatter in den Vordergrund; auch von der Horst, dem seit 1857 der Eintritt in die Kammer verwehrt worden war (siehe oben S. 287), fand jetzt keinen Einspruch; einzig Planck, den das Ministerium Windthorst nach seiner längeren unfreiwilligen Muße als Obergerichtsrat in Meppen rehabilitiert hatte, war nicht bloß die Bestätigung zum Syndikus der Stadt Osnabrück,[1]) sondern auch aus dienstlichen Gründen der Eintritt in die Kammer versagt worden.

So begann die hannoversche Kammersession, während der — wie später im Deutschen Reichstage und im preußischen Abgeordnetenhause — Windthorst auf der einen Seite und Bennigsen und Miquel auf der andern Seite in führender Stellung einander gegenübertraten, jeder in der charakteristischen Art seines parlamentarischen Auftretens, wenn auch die Rollen — Regierung und Opposition — hernach vertauscht waren und in dem Munde derselben Politiker zuweilen zu umgekehrter Argumentation führten.

Für diese liberale Mehrheit war die Möglichkeit vorhanden, mit einem Ministerium zusammenzuarbeiten, dessen Mitglieder Windthorst,

---

[1]) Die Osnabrücker waren über die Nichtbestätigung Plancks sehr erbittert. Möllmann an Bennigsen 26. September 1863: „Man findet es jesuitisch, sich ein liberales Ministerium zu nennen und dabei nach Borriesschen Grundsätzen zu regieren ... Der erste Schuß in Europa kann das Ministerium, wenn auch nicht stürzen, so doch zur Bestätigung geneigt machen." Möllmann ersuchte, sich auf alle Fälle nach tauglichen Bewerbern umzusehen, man müsse eine erste auswärtige Größe haben. Bennigsen empfahl darauf Miquel.

Hammerstein, Lichtenberg, Erxleben zwar nicht die politische Farbe der Kammer trugen, aber ihr unvergleichlich näher standen als das Ministerium Borries, und jedenfalls den besten Willen hatten, die durch den Verfassungsbruch von 1856 geschaffene Kluft wieder zu überbrücken. Dazu kam, daß die meisten Minister persönlich tüchtige Männer waren, deren Amtstätigkeit das Land, wie Bennigsen im nächsten Jahre anerkannte (29. April 1865), „manche segensreiche, zum Teil vortreffliche Leistungen" verdankte; noch nach dem Sturze des Ministeriums, kurz vor dem Untergang Hannovers, rühmte er das Ministerium, welches „sich durch persönliche Ehrenhaftigkeit und jedenfalls auch durch ausgezeichnete Befähigung für Departementalangelegenheiten das Vertrauen des Landes erworben habe" (24. April 1866). Bennigsen und seine Partei standen somit zu der Regierung in einem ähnlichen Verhältnis wie einst in Preußen die Majorität unter Vincke dem Ministerium der neuen Aera gegenübergestanden hatte, und auch in seiner parlamentarischen Taktik kehren die wechselnden Stimmungen der preußischen Liberalen von 1859 bis 1861 wieder, zunächst die Bewilligung einer Schonzeit, dann ein bald leises, bald stärkeres Mahnen, immer wieder untermischt von der Sorge, allzu ungestümes Drängen möchte die geschäftigen Hoffnungen der Reaktionäre auf Rückkehr zur Macht beleben. Man sieht: Bennigsen hatte von der Entwicklung der preußischen Verhältnisse gelernt und suchte die Fehler seiner Berliner Freunde zu vermeiden, er kam dadurch freilich zu einer Taktik, die in den Händen der preußischen Liberalen immer seine Kritik herausgefordert hatte.[1]) Er begann mit einer Warnung an Windthorst: „Ich weiß nicht, ob der Herr Minister in einem höheren Sinne Realpolitiker ist als die jetzt vereinigte liberaldemokratische Partei, welche seit dem Jahre 1848 viel gelernt hat; die Politik, alles leise anzufangen, ist dem Herrn Minister schon einmal im Jahre 1856 mißglückt, wegen der unrichtigen Voraussetzungen über die Verhältnisse am Hofe, in der Ersten Kammer und im Lande" (2. März 1864). Als das Ministerium am 2. März einen Gesetzentwurf über die Abänderung des Wahlgesetzes von 1840 vorlegte, den Bennigsen sofort als die gewichtigste aller Vorlagen der Session bezeichnete, sprach er zwar die Hoffnung aus, daß es gelingen werde, nach dieser Einzel-

[1]) So wurde auch Bennigsens Zurückhaltung von seinen Parteigenossen nicht überall gebilligt. Vgl. die Artikel in der „Wochenschrift des Nationalvereins" vom 28. April und 12. Mai 1864. In dem ersteren hieß es: „Gewiß ist nur, daß die außerhalb der Ständeversammlung stehenden Politiker sowie der intelligente Teil der Bevölkerung der Städte, ja selbst des Landes mit dem Auftreten der Fortschrittspartei in der Zweiten Kammer keineswegs zufrieden sind. Sogar der alte Stüve soll sich mißbilligend geäußert haben."

reform auch die allgemeine Verfassungsreform in die Hand zu nehmen, damit in dieser stürmischen Zeit der Stein des Anstoßes beseitigt werde, aber er deutete von vornherein an, daß er nicht auf dem „Alles oder nichts" bestehen werde. „In solchen Zeiten können die Bedenken, welche gegen die Rechtsbeständigkeit unsers jetzigen Verfassungszustandes bestehen, den Anlaß geben, um das Bestehende in seinem ganzen Bestande anzugreifen und hinwegzufegen. Bei dieser Konstellation und wenn zurzeit in beiden Häusern Männer sich finden, welche Frieden und gesicherten Rechtszustand herbeiwünschen, ist es geraten, einen Abschluß herbeizuführen und durch gegenseitiges Entgegenkommen eine dauernde befriedigende Lösung der Differenzen zu bewerkstelligen; so dürfen der König, das Ministerium und beide Kammern die Hoffnung schöpfen, daß die erheblichsten Schäden, welche seit 1855 das Land betroffen, wieder beseitigt werden werden, wenn nicht in dieser Diät, so doch in der folgenden oder einer der nächsten. Die Umstände sind günstig genug für ein solches Werk, sowohl nach der Zusammensetzung des Ministeriums wie der Ständeversammlung, die einen einigermaßen erträglichen Rechtszustand zu vereinbaren erstrebt." Selbst diese gemäßigte Ankündigung gegenüber der mehr als bescheidenen Abzahlung des Wahlgesetzentwurfes wurde nicht verwirklicht; der Entwurf, der bei den städtischen Wahlen die durch das Los ermittelte Beteiligung nur eines Teiles der Bürgervorsteher und Bezirke beseitigte und bei den ländlichen Wahlen die drei bisherigen Wahlstufen auf zwei reduzierte, wurde schließlich unter Verzicht auf alle weitergehenden Verbesserungen einstimmig angenommen. Die Erklärung für diese „große Resignation" war, wie Bennigsen später einmal verriet, nur in politischen Erwägungen zu suchen: „Man glaubte, und zwar hier mehr als im Lande, und bei den Ständen mehr als bei meiner Partei speziell, daß das damalige Ministerium eine feste Stellung nach oben hin habe und daß es nach und nach die Kraft gewinnen würde, im vernünftigen Fortschritt weiter zu gehen" (24. April 1866). Bennigsen handelte nach der ihm eigentümlichen politischen Veranlagung, aus der er, selbst in Fragen, wo er das Ministerium heftig angriff, wie bei der Interpellation über die Verweigerung des Urlaubs für Planck, gar kein Hehl machte: „Ich selbst, als Führer einer politischen Partei, bescheide mich gern, hier zuzugestehen, daß es, wenn eine Partei, selbst eine sehr starke, an die Regierung gelangt, nicht immer gleich möglich ist, alle ihre Forderungen in das Leben des Staates einzuführen, aus dem Grunde, weil alsdann nicht mehr die Rücksicht bloß auf die Partei, sondern auf das Staatsganze ins Gewicht fällt. Wenn es sich deshalb um politische Forderungen handelte, so wird man billig sein und auf die große

Schwierigkeit hinweisen können, die hindernd einer alsbaldigen Durchführung der vorgesteckten Ziele im Wege stehen" (12. Mai). Noch im Sommer war daher sein Standpunkt: „Nach meiner Auffassung des konstitutionellen Lebens, in Hannover wie im übrigen kleinstaatlichen Deutschland, muß das Auftreten der Kammer dazu dienen, um dieses liberale oder halbliberale Ministerium zu unterstützen" (27. Juni).

Erst allmählich begann diese abwartende Stimmung sich in ein stärkeres Drängen zu verwandeln. Je mehr sich das Gegengewicht der Ersten Kammer geltend machte, desto lebhafter wurde das Gefühl der Liberalen, die Schonzeit für das Ministerium müsse zu Ende gehen. Man wollte Taten sehen. Bei der Beratung des Einnahmebudgets forderte ein Antrag von Bennigsen, Grumbrecht und Miquel am 27. Juni 1864 eine Umgestaltung der Domänenausscheidung, des alten Kampfobjektes zwischen Krone und Ständen; er verlangte, daß die Regierung nach sechsjähriger Erfahrung in einer Zeit des inneren Friedens die Gelegenheit ergreife, die Wünsche des Landes zu befriedigen und diese fortdauernde Quelle des Mißtrauens zu verstopfen. Auch Bennigsen wollte sich durch die Erwägung, daß bei der Abneigung des Königs der Kammerbeschluß das Ministerium gefährden möchte, nicht mehr zurückhalten lassen; in der Begründung führte er aus: „Die ganze Erfahrung des ständischen Lebens in unserm Lande wie in Deutschland beweist, daß gewisse Grundsätze, die jetzt zum Teil in den Verfassungen niedergelegt und für die Entwicklung der Staaten von der größten Bedeutung sind, nur festgehalten worden durch unerschütterliches Kämpfen und Ringen, bis sie zuletzt sogar bei der Bureaukratie und endlich auch bei der Krone Anerkennung gefunden. Wodurch hat der größte Führer der Altliberalen, Stüve, so viel erreicht? Nur durch unablässiges Festhalten an den einmal als unumstößliche Wahrheit erkannten Prinzipien. Er hat dieselben stets und immer wieder gepredigt, auch dann, wenn er gewußt, daß er damit kein Gehör finde. Der Erfolg ist dann gewesen, daß seine großen Prinzipien in die Verfassung aufgenommen worden und, soweit sie jetzt noch in derselben sich befinden, den besten Teil in ihr bilden. Wenn dieses oder ein andres Ministerium es nicht zu ertragen vermag, daß man ihm in äußerst milder und gemessener Form alte, das ganze Land bewegende Beschwerden vorträgt, so ist die Stellung eines solchen Ministeriums äußerst schwach. Falls man auf dieser Seite dem Ministerium gesagt hätte: wir erwarten von euch, die ihr an die Stelle des Grafen von Borries getreten, daß ihr die durch dessen Regiment hervorgerufenen Schäden schleunig heilt, wenn man ferner aus dem Grunde, weil bisher in diesem Sinne noch nichts geschehen, Klagen und Vorwürfe

formuliert und der Regierung ihre Saumseligkeit und ihre Unterlassungen vorgeworfen, wenn man mit einem Worte Angriffe vorbereitet hätte, um sie, weil sie ihrer Aufgabe nicht gewachsen, zu stürzen, dann würde man ein Verfahren eingeschlagen haben, geeignet, ihr Verlegenheiten zu bereiten und ihre Stellung zu erschüttern. Hat man aber so gehandelt, ist irgendein Vorwurf darüber laut geworden, daß die Ausscheidung von dem Ministerium noch nicht rückgängig gemacht worden ist? Ich glaube allerdings, daß bei manchen die Erinnerung an die Herren Grafen von Borries und von Kielmannsegge eine solche ist, daß sie es schon als etwas Großes ansehen, daß jenes Ministerium Nachfolger bekommen hat. Allein diejenigen, welche weiter sehen und mit den Zuständen des Landes sich beschäftigen, erachten es nicht für genügend, daß Männer an der Spitze stehen, welche an der Verwaltung hier und da ändern, vielmehr wünschen sie eine Regierung, welche nicht eher rastet und ruht, als bis sie gute gesetzliche Zustände wieder hergestellt. Dazu soll auch der Antrag mitwirken und ich hoffe, daß nach stattgehabter Beratung der Sache zwischen dem König und seinem Ministerium es diesem möglich sein wird, bis zum nächsten Budget die Vorarbeiten so weit zu vollenden, um den Kammern Vorlagen zu machen, welche den Wünschen der Bevölkerung Rechnung tragen."

So sehr sich gegen das Ende der Session die Geduld der Liberalen erschöpfte, so begnügten sie sich doch in der Verfassungsfrage mit einer Demonstration. Am 20. Juli sprach Bennigsen sein Bedauern aus, daß infolge des bevorstehenden Schlusses der Session die Petitionskommission nicht mehr zu Worte käme: „Ich habe von einem selbständigen Antrage in der Verfassungsfrage nur mit Rücksicht auf den erwarteten Bericht über die Petitionen abgesehen. Es ist aber ein Antrag vorbereitet worden, welcher bei Gelegenheit dieses Berichts hatte gestellt werden sollen. Dieser Antrag, dem eine wenngleich nicht große Majorität in diesem Hause gesichert sein würde, hält sich in sehr gemäßigten Grenzen und empfiehlt namentlich die Revision der Zusammensetzung des andern Hauses und des Staatsdienergesetzes. Ich beklage sehr, daß es nicht möglich gewesen, die Angelegenheit in dieser sehr gemäßigten Kammer zur Diskussion zu bringen und daß namentlich seitens der Regierung Anstrengungen gemacht sind, den Bericht zu verhindern. Durch die Verschleppung der Verfassungsangelegenheit wird deren Lösung nur erschwert und dem Könige wie dem Adel dieses Königreichs nach meiner Ueberzeugung ein schlechter Dienst erwiesen."

Wie wenig Bennigsen diese Politik des Hinhaltens auf die Dauer befriedigte, zeigt folgende Stelle eines — bei dem Mangel an vertraulichen Aeußerungen bemerkenswerten — Familienbriefes.

Bennigsen an seine Schwester Luise von Leonhardi.

Hannover, 18. Mai 1864.

Die Tätigkeit in den Kammern ist mir dieses Mal sehr verleidet. Mit dem König ist leider weder in den deutschen noch in den hannoverschen Angelegenheiten vorwärts zu kommen. Der leitende politische Minister, Herr Windthorst, ultramontan und intrigant, hat durch seine Sucht, sich unter allen Umständen im Amte zu halten, die Stellung des Ministeriums dem Könige gegenüber von Anfang an verdorben und hat das Gesamtministerium nach und nach so weit heruntergebracht, daß er das Platensche Treiben sich gefallen läßt und mehrere unverantwortliche Maßregeln im Innern, wie z. B. Plancks Ausschließung aus der Zweiten Kammer.[1]) Ich bin dabei in einer höchst fatalen und sehr verantwortlichen Stellung, da ich an der Spitze einer festen Majorität stehe, weder den Rechten des Landes und langjährigen Grundsätzen unsrer hannoverschen liberalen Partei Wichtiges vergeben, auf der andern Seite aber . . . durch einen vorzeitigen Sturz des Ministeriums nicht den Ministern a. D. Graf Borries und von der Decken die Wege bahnen darf. Für Schleswig-Holstein habe ich gute Hoffnungen, obwohl die unsinnigen preußischen Annexionspläne eine einfache und rasche Lösung fortwährend erschweren und verzögern.

*

Auf dem Hintergrunde dieser innerpolitischen Situation in Hannover ist die besondere Taktik zu verstehen, die Bennigsen in der schleswig-holsteinischen Frage einschlug. Oder vielmehr: der Gottesfriede, den man dem Ministerium Windthorst-Hammerstein gegenüber im Frühjahr und Sommer 1864 beobachtete, war durch die Rücksicht auf Schleswig-Holstein entscheidend beeinflußt. Wie waren die alten hannoverschen Verfassungsbeschwerden vor dieser dringendsten aller Nöte in den Schatten getreten: wie durfte man jene vorzeitig wieder aufrühren, wenn man die große Lebensfrage der Nation damit gefährdete! Erst als im weiteren Verlaufe die Unzufriedenheit mit der Haltung des Auswärtigen Ministers, Grafen Platen, in der schleswig-holsteinischen

[1]) In seiner Rede in der Kammer am 12. Mai 1864 wies Bennigsen darauf hin, daß man bei den hier anwesenden Ministern der Justiz und des Kultus in früheren Jahren die gleiche Maßregel habe erleben müssen. „Die Freundschaft, mit der mich Planck seit Jahren geehrt, verbietet mir, demselben hier Rühmliches nachzusagen. Nur das wird gestattet sein, hervorzuheben, daß Planck als Jurist ersten Ranges und als männlicher Charakter mit den vorzüglichsten Eigenschaften sich auch wegen der Bescheidenheit und Milde seines Wesens selbst bei seinen politischen Gegnern die ausgezeichnetste Achtung erworben hat und dieser Versammlung zur größten Zierde gereicht haben würde."

Frage anstieg, machte sie auch der Zurückhaltung ein Ende, die man in der inneren Politik sich bis dahin auferlegt hatte.

Sogleich nach der Eröffnung der Session hatte Bennigsen die Einsetzung eines gemeinschaftlichen Ausschusses beider Kammern beantragt, der eine geeignete Entschließung „zur Wahrung und Durchführung der bedrohten Rechte der Herzogtümer Schleswig-Holstein und ihres rechtmäßigen Herzogs Friedrich VIII." herbeiführen sollte. In der Begründung seines Antrages, der fast einstimmig, gegen die Stimmen der drei Minister, angenommen wurde, prophezeite er am 23. Februar: „Von dem Ausgang der schleswig-holsteinischen Sache hängt die Stellung Deutschlands in Europa ab, hängt das Verhältnis der Staaten Deutschlands untereinander, der Bestand ihrer Selbständigkeit und ihrer Verfassung ab." Eine gemeinschaftlich mit der Ersten Kammer beschlossene Adresse an den König wurde, obgleich sie den Wünschen der augustenburgisch gesinnten Liberalen nicht völlig entsprach, am 9. März angenommen. Es war jedoch die Frage, ob man die Politik des Staates Hannover mit solchen Resolutionen zu lenken imstande war.

Vom Standpunkt der Nationalpolitik, wie sie Bennigsen seit fünf Jahren betrieben hatte, hatte sich die Parteistellung der deutschen Staaten auf das merkwürdigste verschoben. Die Mittel- und Kleinstaaten, sonst stets die Väter aller Hindernisse gegenüber der nationalen Einigung, trieben nun mit dem vollen Strome der Bewegung und unterschieden sich in Worten und Taten kaum von dem Nationalverein. Preußen und Oesterreich dagegen luden durch ihr eigenmächtiges Vorgehen, die Anerkennung Christians VIII., die Nichtachtung des Bundes, die Erklärung des Krieges den leidenschaftlichsten Zorn der Nationalen auf sich. „Zwei Mächte," so deklamierte eine Erklärung des Abgeordnetentages vom 24. Januar 1864, „die den Anspruch verwirkt haben, die Großmächte Deutschlands zu heißen, sind in offener Widersetzung begriffen gegen das Recht des Bundes, der Bundesstaaten und der Nation". Man rief den Untertanen Preußens und Oesterreichs zu: „Im Dienste der unwürdigsten Politik sollen eure Söhne ihr Blut vergießen; soll die Steuer- und Schuldenlast, die euch bedrückt, von neuem anschwellen; für euer Gut und Blut soll die Schande eingetauscht werden."

Der einzige Mittelstaat, der in diesem ganz Deutschland spaltenden Streit kühleres Blut bewahrte und seinen eignen Weg ging, war Hannover. Zwar war man anfangs auf die Seite der Bundesmajorität getreten und hatte sich mit Sachsen an der Bundesexekution in Holstein beteiligt, die zu peinlichen Reibungen mit dem preußischen Militär führte. Sobald aber die Möglichkeit bedenklicher Folgen sich zeigte, begann die

Politik des Grafen Platen einzulenken.' Sie lehnte ab, sich an den Würzburger Konferenzen der Mittelstaaten im Februar zu beteiligen, und wirkte, wo sie nur konnte, für eine Verständigung mit den Großmächten. Diese Politik, die vom Standpunkt der Augustenburger und der Liberalen als lau und schwächlich erschien und von der nationalen Popularitätshascherei der meisten Mittelstaaten abstach, hatte ihre besonderen spezifisch hannoverschen Motive, teils realpolitischer, teils persönlich-dynastischer Natur: die Abneigung des Königs gegen eine vom Nationalverein und den Liberalen geförderte Sache (die Bismarck ihm geschickt als ein Bündnis mit der Revolution denunzierte) traf zusammen mit der Sorge, es mit Preußen ganz zu verderben, zumal da die geographische Lage Hannovers es gerade in der schleswig-holsteinischen Frage zuerst ins Feuer geschickt haben würde: dazwischen spielten ferner verschwiegene eigne Hoffnungen, dann wieder eine Vorliebe für die Kandidatur des verwandten Oldenburgers, oder auch eine Willfährigkeit gegenüber englischen Einflüsterungen. Genug, aus den verschiedensten Gründen von der Welt tat man das Vernünftigste, was man überhaupt tun konnte.[1]) Gegenüber dieser Haltung kam Bennigsen in eine eigentümliche Lage. Als Wortführer der Nationalpartei, die im Sechsunddreißigerausschuß und im Nationalverein eine dröhnende Resolution nach der andern ergehen ließ, mußte er die Zurückhaltung gerade der Regierung seines Heimatsstaates verurteilen; anderseits konnte es ihm unmöglich unsympathisch sein, daß Hannover nicht gemeinsame Sache machen wollte mit einer mittelstaatlichen Opposition, die von Preußenhaß und Großmannssucht zusammengehalten war und an halbverschollene Triaspläne oder die rheinbündischen Gedanken von 1861 erinnerte. Aus diesem Zwiespalt der Gefühle ist der Gedankengang seiner großen Kammerrede vom 9. März zu erklären.

„Obwohl ich hierin nicht übereinstimme mit den Ansichten vieler meiner Freunde, namentlich im südlichen Deutschland, so kann ich doch zwei Worte über die Politik der Mittelstaaten und die Beziehungen der hannoverschen Regierung zu derselben nicht zurückhalten. Die letztere hat sich bekanntlich den Würzburger Konferenzstaaten nicht angeschlossen." Soweit die Würzburger Politik dem nächsten Zwecke eines Zusammengehens in der schleswig-holsteinischen Frage, der Zulassung des Gesandten

[1]) Eine offiziöse Verteidigung der Motive der Politik Platens in der Schrift: „Die Politik der königlich hannoverschen Regierung in der deutsch-dänischen Frage" (Hannover 1864). S. 4: „Die politische Aufgabe Hannovers in dem nationalen Leben Deutschlands ist überhaupt von dem deutschen Volke noch bei weitem nicht gehörig gewürdigt, obwohl sie seit Jahrhunderten in allen wichtigen Momenten deutlich genug hervortritt."

des Augustenburgers zum Bundestage, gelte, habe er nichts dagegen einzuwenden. „Dagegen sage ich der Regierung Dank dafür, daß sie von der andern Richtung der Würzburger Politik sich ferngehalten und einen Anschluß an die Bestrebungen einzelner südlicher Staatsmänner vermieden hat, die darauf hinzielen, eine dritte Machtgruppe in Deutschland zu bilden und gegen die Großmächte Front zu machen. Dieser Plan ist nicht neu. Schon ein russischer Schriftsteller aus dem Anfange dieses Jahrhunderts, der sog. Pentarchist, hat ihn Deutschland angeraten unter dem Vorwande, daß es alsdann drei Stimmen im Rate Europas abzugeben habe. Das Ausland wünscht die Bildung einer dritten Macht in Deutschland, welche nicht fest genug, um den beiden Großmächten zu widerstehen, aber bedeutend genug ist, um mit ihnen in Konflikt zu geraten, welche daher bei ihren Konflikten auf das Ausland angewiesen ist und fremder Intervention und Invasion das Tor öffnet. Ich weiß es, daß die Pläne der Mittelstaaten sehr weit gegangen sind; ich besitze darüber sichere Mitteilungen, die ich jedoch hier nicht wiedergeben kann. Mit Schrecken habe ich gesehen, daß infolge der unglücklichen Lage der schleswig-holsteinischen Sache jener Gedanke sogar bei solchen politischen Parteien Anklang gefunden, welche nur das Beste des Vaterlandes wollen. Jetzt ist der Gedanke jener südlichen Staatsmänner glücklich überwunden, und ich glaube, daß die Freunde der nationalen Sache von manchen Illusionen bald zurückgekommen wären, wenn sie sich die Fürsten und Staatsmänner, die den Plan in die Hand genommen, näher angesehen hätten. Hier verdient nun die Zurückhaltung Hannovers, nach dessen Beitritt der Anfang mit der Ausführung des Projektes gemacht worden wäre, das größte Lob. Zwar weiß ich nicht, von welchen Motiven Hannover bei seiner Zurückhaltung geleitet worden ist, da ich mit den Männern an der Spitze der Verwaltung nicht näher befreundet bin und, wenn befreundet, doch wohl keine Aufklärung hierüber von ihnen erwarten dürfte, ich weiß nicht, ob das Verhalten Hannovers in Partikularinteressen, wie etwa in der Abneigung gegen Bayern, seinen Grund findet, oder im richtigen Erkennen der Sachlage und in dem patriotischen Wunsche, für das Wohl Deutschlands zu sorgen. Ich will das letztere hoffen. So hoffe ich auch, daß die königliche Regierung von Vaterlandsliebe geleitet werde, wenn sie eine Verständigung zwischen den beiden Großmächten und den übrigen Staaten und dem Volke Deutschlands anzubahnen gedächte. Eine Verständigung zwischen jenen Faktoren muß auf der Basis des Rechtes und des vaterländischen Interesses vor sich gehen, eine andre Verständigung ist wertlos."

Diese versöhnliche Haltung ließ sich von den hannoverschen Liberalen nicht lange aufrechterhalten. Bald darauf wurde aus dem englischen

Blaubuche eine Reihe von Berichten des englischen Gesandten in Hannover über seine Gespräche mit dem Grafen Platen bekannt. Da lag es vor aller Augen, daß Hannover keineswegs in Reih und Glied mit den übrigen augustenburgischen Mittelstaaten marschierte und obendrein eine Nachgiebigkeit gegenüber der aufdringlichen englischen Einmischung verriet, die dem hochgesteigerten Nationalgefühl jener Tage schlechthin würdelos vorkam. In einer großangelegten Rede griff Miquel die auswärtige Politik des Grafen Platen am 30. April 1864 an. Der weitere Verlauf der Debatte zeigt, welchen Fortschritt die Verschiebung der Parteien und der Argumente bereits gemacht hatte. Jetzt war es Windthorst, der Minister, der die Vermittlungspolitik Hannovers mit der einfachen Frage verteidigte, ob eine Politik zu verdammen sei, welche gestern Düppel erobert habe und heute siegreich in Fridericia einrücke; und wieder war es Windthorst, der gegenüber Bennigsens Drängen zur Tat kühl daran erinnerte, daß er zwar die Bedeutung der Mittelstaaten „durch Macht, Freiheit, Zivilisation und die großen Ideen, welche die Welt bewegen," hochstelle: „wenn man aber mit dem Kopfe durch die Wand wolle, möge man zuvor die Zahlen der Armeen vergleichen." Er war jetzt der Anwalt einer nüchternen Realpolitik geworden, wie sie Bennigsen so oft der hannoverschen Großmannssucht entgegengehalten hatte. Demgegenüber war Bennigsen zwar in einer günstigen Lage, insofern er die nationale Erbitterung gegen die englische Einmischung mit Nachdruck ausspielte, aber seine früheren politischen Ansichten waren kaum wiederzuerkennen, wenn er die politische Untätigkeit der kleinen Staaten als Gefährdung ihrer Existenz bezeichnete. Derselbe Politiker, der seit fünf Jahren gerade die Unfähigkeit der Mittelstaaten zur großen Politik gepredigt und die Uebertragung der auswärtigen Leitung an eine deutsche Zentralgewalt gefordert hatte, wollte jetzt Hannover in einem Kampfe vorandrängen, der es ohne jeden Nutzen mit Preußen verfeindet hätte. Die folgenden Sätze seiner Rede sind ein Beweis dafür, wie zersetzend die schleswig-holsteinische Frage schon in diesem Stadium in die Ueberzeugung der nationalen Wortführer eindrang: „Die Berichte sind wahrlich geeignet, den peinlichsten Eindruck hervorzubringen. Wo ist darin ein Gefühl der Männlichkeit und des Patriotismus zu entdecken gegenüber der Aufdringlichkeit eines im dänischen Interesse tätigen Agenten? In Deutschland ist es mit Freude aufgenommen, wie man in Dresden mit Feinheit in der Form, aber mit äußerster Grobheit in der Sache die Zudringlichkeiten des dortigen englischen Gesandten zurückgewiesen hat. Aber gegenüber der dunkeln Folie des Herrn von Platen hebt sich selbst die Gestalt des Herrn von Bismarck in lichter Glorie ab, strahlend von Männlichkeit und

Patriotismus. Die Bedeutung Hannovers wird vom Herrn Minister sehr niedrig angeschlagen. Aber wenn die Mittelstaaten kein Gewicht haben, so liegt der Grund nur in ihrer eignen Schwäche und Furcht. Das kann denn freilich bedenkliche Konsequenzen haben. Wenn in Deutschland gar nichts geschieht, als was die Großmächte wollen, wenn die übrigen Staaten immer untätig bleiben, immer zur Seite stehen, so muß das eine bedenkliche Wirkung auf ihre eigne Sicherheit und Existenz ausüben; denn Staaten, welche wiederholt erklären, daß sie ohne Einfluß seien, erscheinen ohne Wert für die Entwicklung der Geschichte, erscheinen wohl gar als Hindernis, welches zu beseitigen ist. So könnte es dahin kommen im Volke und bei den großen Regierungen, daß man sich entschließt, über das Hindernis hinwegzugehen, und daß die Existenz der kleineren Staaten nur eine historische Erinnerung bleibt. Eine solche Entwicklung wird der Herr Justizminister wohl mit mir für eine beklagenswerte erklären, und er sollte deshalb nicht dazu beitragen, sie zu fördern."

Ja, im Verlauf der schleswig-holsteinischen Frage scheinen die deutschen Gesamtanschauungen Bennigsens vorübergehend eine fast föderalistische Färbung anzunehmen. Als eine Petition zum Schutz der hannoverschen Handelsflotte gegen dänische Uebergriffe zur See den alten Ruf nach einer deutschen Flotte erschallen ließ, setzte er einen Antrag durch, der die hannoversche Regierung aufforderte, wenn ein gemeinsames Vorgehen mit den deutschen Bundesgenossen nicht alsbald zu erreichen sei, zunächst ihrerseits, soweit die finanziellen Mittel des Landes reichten, mit einem praktischen Anfange der Gründung dieser deutschen Flotte voranzugehen. Das hieß noch nicht die großen nationalen Pläne zugunsten einer Welfenflotte ganz zurückstellen, aber es war doch eine Formulierung, die auch Windthorst sich gefallen ließ. Bennigsen gab zwar die Ansicht nicht auf, daß Hannover durch einseitiges Vorgehen mit der bewußten Absicht, von gemeinsamen Einrichtungen fernzubleiben, nichts erreichen werde. Aber er sprach in einer Rede vom 1. Juli 1864, abweichend von seinem Freunde Miquel, die Ueberzeugung aus, daß, „wenn es jetzt nicht möglich sei, am Bundestage sich über gemeinsame Schritte zur Herstellung einer Flotte zu verständigen, wenn die Schwerfälligkeit in Behandlung dieser Sache auch unter den jetzigen, so lebhaft zur Tatkraft auffordernden Verhältnissen fortdauere, wenn die Eifersucht der verschiedenen Staaten nicht schweige, wenn auch ferner jene alte Gereiztheit, sobald es sich um die Unterordnung des einen Staates unter den andern, um eine gemeinschaftliche Leitung handle, noch immer bestehe — dann kein andrer Weg übrigbleibe als derjenige, welchen die Hamburger Bürgerschaft eingeschlagen habe, daß also jeder

Staat vorerst so gut wie möglich sich zu schützen suchen müsse. Wir können nicht länger ohne Marine leben, und wenn eine Marine unter gemeinschaftlicher Leitung noch nicht herzustellen sei, so müsse man wenigstens den Anfang mit einer solchen derart machen, daß jeder einzelne Staat seine Schiffe und Kanonenboote baue. Es solle nicht eine partikuläre Marine geschaffen werden, sondern die von den einzelnen Staaten geschaffene solle demnächst zu einer gemeinschaftlichen sich zusammenschließen."

Nach dem Friedensschlusse konzentrierte sich das politische Interesse immer mehr auf die Frage, was aus dem befreiten Schleswig-Holstein werden sollte, insonderheit wie weit nach Uebergabe Schleswig-Holsteins an den Erbprinzen von Augustenburg die Einschränkung seiner Souveränität zugunsten Preußens zu reichen habe. [1]) In dieser Frage begann sich allmählich eine Spaltung zu zeigen. So sehr auch die preußische Volksvertretung im Streite mit ihrer Regierung lag, sie konnte unmöglich gegen das spezifisch preußische Interesse auftreten; sie war gebunden und obendrein in sich gespalten. Schon erhoben sich Vertreter eines solchen preußischen Interesses gerade in dem Kreise, der Bennigsen ursprünglich am nächsten gestanden hatte. Sein Briefwechsel mit seinem Freunde Viktor Böhmert, dem Handelskammersyndikus in Bremen, zeigt, daß die Bremer Nationalvereinler mehr und mehr die Einheit in den Vordergrund rückten und die freiheitliche Ausgestaltung des Vaterlandes eine spätere Sorge sein lassen wollten. Trotz des inneren Konflikts in Preußen wuchs ihre Neigung, alle Hoffnungen auf den preußischen Staat und den kühnen Lenker seiner Geschicke zu stellen. Bennigsen war jedoch mit diesem Eifer keineswegs einverstanden, und während er Mühe genug hatte, den süddeutschen Demokraten gegenüber, die zum Nationalverein gehörten, die Notwendigkeit der preußischen Führung Deutschlands zu verteidigen, hielt er es in Bremen umgekehrt für nötig, Wasser in den Wein zu schütten und vor allzu großer Vertrauensseligkeit zu warnen.

Böhmert an Bennigsen.

Bremen, 24. Oktober 1864.

Beigehend sende ich Dir die bereits nach Koburg abgegangene Erklärung der bremischen Mitglieder des Nationalvereins über die Haupt-

[1]) Die lehrreichste Materialsammlung und Darstellung, letztere vom augustenburgischen Standpunkte, ist Jansen und Samwer, Schleswig-Holsteins Befreiung. Wiesbaden 1897.

fragen der Tagesordnung. Ich muß hinzufügen, daß die Mitteilung der „Wochenschrift" aus Koburg, daß der Vorstand einstimmig der Ansicht gewesen sei: „die einheitlichen Bestrebungen des Nationalvereins hätten durch die Ereignisse tatsächlich einen momentanen Abschluß gefunden und die Vereinstätigkeit müsse sich nun um so mehr der freiheitlichen Seite der gemeinsamen Aufgabe zuwenden," hier nicht wenig überrascht hat. Was in aller Welt haben die fortgeschrittensten Liberalen, wie die Waldeck und Genossen, der Nationalvereinssache genutzt? Wir Liberalen und Nationalen müssen doch wahrlich so viel Vertrauen zu der unwiderstehlichen Macht unsrer Ideen haben, daß wir uns vor Bismarck und Genossen nicht fürchten und ihnen die Früchte, welche sie vom Baum der deutschen Einheit für uns herabschütteln, nicht mißgönnen. Wir sehen es jetzt fast in allen Einzelstaaten, wie schlecht es ohne die Einheit um die konstitutionelle Freiheit bestellt ist, und auch die neue Aera Auerswald-Schwerin ist ja hauptsächlich deshalb in eine große Täuschung hinausgelaufen, weil man die Einheit Deutschlands nicht aufzurichten verstand. Wir werden im konstituierten Bundesstaat schon fertig mit dem Ausbau unsrer liberalen Institutionen, aber in dem Streben nach dem Bundesstaate darf jetzt am allerwenigsten ein Stillstand eintreten. Ich bin dafür, daß man am Programm des Nationalvereins nicht rüttelt, daß man sich der bisherigen Erfolge unsrer Agitation freut, aber zugleich immer betont, daß jeder einzelne noch ganz andre Opfer bringen muß, daß wir namentlich den Partikularismus tüchtig angreifen und daß man dem großen nationalen Werk nicht um einiger preußischer Verfassungsparagraphen willen Stillstand gebiete. Uebrigens vertraue ich, daß der Nationalverein auch bei seiner diesjährigen Generalversammlung über die ihm drohende Krisis glücklich hinwegkommen und in dem Einheitsgedanken die wahre Vermittlung der verschiedenen Parteien im Schoß des Vereins finden wird. Unter den aus Bremen nach Eisenach kommenden Mitgliedern befindet sich auch ein Kaufmann H. H. Meier aus Baltimore, Sohn des früheren Bürgermeisters Meier in Bremen, ein sehr tüchtiger, durch und durch patriotischer deutscher Kaufmann, der jetzt ganz seine Kräfte der nationalen Bewegung mit widmen will und den ich Dir hierdurch empfehlen möchte.

Bennigsen an Böhmert.

26. Oktober 1864.

Es tut mir sehr leid, daß Du nicht nach Eisenach kommen kannst. Die Versammlung wird um so interessanter und wichtiger sein, da deren Verlauf nach meiner Auffassung geradezu entscheidend für die

Existenz des Vereins sein wird. Ihr seht in Bremen offenbar die Sache viel zu günstig an. In Süddeutschland sind entschieden Neigungen zum Abfall. Wir haben in der Hinsicht bei der Sechs- unddreißiger-Ausschußsitzung in Weimar Erfahrungen gemacht, die sehr herabstimmend wirkten — unter uns gesagt, entschieden beschlossene und erklärte Absicht auszutreten von zwei Ausschußmitgliedern, die wir nie für unsre sichersten hielten, welche Erklärungen um der Möglichkeit willen, daß dieselben sich bis Eisenach noch umstimmten, bislang geheimgehalten sind. Ich bin nun allerdings der Meinung, daß wir unser Programm — einheitliche Zentralgewalt, und zwar preußische Spitze unter den bekannten, bestimmt formulierten Bedingungen, Parlament, Reichsverfassung — nicht aufgeben dürfen. Es wird das auch um so weniger erforderlich sein, weil die Aufstellung eines positiven neuen Programms für die Nationalpartei und den Verein auch den Süddeutschen als unmöglich erscheinen wird. Das einzige positive Programm, welches neben unserm einen Sinn hat und in Süddeutschland sehr viele Anhänger, ist das der Föderativrepublik. Hiervon will aber jetzt und vermutlich auf lange Zeit der Norden nichts wissen. Auch ist das ein Revolutions- oder Konspirationsprogramm und kein Reformprogramm für öffentliche Agitation. Alles andre: Dualismus, Trias, Direktorium, hält gar keine ernsthafte Kritik aus vom nationalen Standpunkte. Das gestehen auch die Süddeutschen fast alle ein.

Dagegen Eure Bremer Ansichten und Vorschläge werden den größten Widerspruch erfahren. Preußische Spitze unter allen Umständen ist unser Programm nicht, noch weniger diplomatischer und militärischer Anschluß eines Einzelstaates an Preußen unter allen Umständen. Letzteres wird eine reine Frage der Zweckmäßigkeit sein. Ein solcher Anschluß kann je nachdem ebensogut den preußischen Partikularismus verstärken und die Mainlinie vorbereiten als der nationalen Einigung dienen. In diesem Augenblick unter dem Eindruck der Bismarckschen Willkürherrschaft ist alles dieses doppelt vorsichtig zu behandeln. Bis zur Resignation, aus Richelieu und Cromwell [1]) ein

[1]) Diese Stelle ist für Bennigsens innerliche Stellung zu der Persönlichkeit Bismarcks charakteristisch. Die Namen Richelieu und Cromwell werden hier angezogen, weil sie, der eine den allmächtigen Staatsabsolutismus, der andre die allmächtige Militärdiktatur repräsentieren, also Ideale, die denjenigen Bennigsens entgegengesetzt sind. Nun gewann er allerdings im Laufe der Zusammenarbeit während des nächsten Menschenalters ein ganz andres Bild von der Persönlichkeit Bismarcks, aber die Namen Richelieu und Cromwell bleiben immer diejenigen, welche er als historische Parallele verwendet; so noch am 19. Januar 1896 bei der fünfundzwanzigjährigen Gedenkfeier der Begründung des Reichs in Berlin.

politisches Programm zu machen, ist man in Deutschland noch lange nicht. Eine Militärdiktatur kann ein Volk um seiner Einheit willen in einer schlimmen Lage wohl dulden, aber niemals fordern. Zum Schluß meine ich, es wird in Eisenach viel weniger auf den Inhalt der Beschlüsse als auf den Beschluß, überhaupt zusammenzubleiben, ankommen.

Böhmert an Bennigsen.

Bremen, 29. Oktober 1864.

Es wird dem Süden natürlich schwerer als dem Norden, sich mit preußischer Spitze vertraut zu machen, sie haben *scheinbar* die Wahl zwischen Oesterreich und Preußen, während uns im Norden gar keine Wahl bleibt und ein Zweifel an der preußischen Spitze für uns überhaupt der Rückfall in das politische Nichts ist; aber auch im Süden haben sie nur *scheinbar* die Wahl. Der Verlauf der Zollvereinskrisis hat gezeigt, daß der Süden doch kommen *muß*. Ob man nun dem Süden und dem gesamten Vaterlande nützt, wenn man die Süddeutschen in dem Wahn läßt, es bliebe eine andre Lösung als das Programm des Nationalvereins übrig und möglich, das scheint mir sehr zweifelhaft. Jedenfalls müssen auch sie ermahnt werden, mit uns übrigen allen mit dem Partikularismus entschlossen zu brechen und so viel Vertrauen zu haben, daß wir unter der Einheit unsre liberalen Institutionen rasch aufbauen können, nicht aber umgekehrt. Die Einheit Deutschlands ist mir lieber als ein paar preußische Verfassungsparagraphen, über welche doch am Ende nur durch ein deutsches Parlament endgültig entschieden wird.

Bennigsen an Böhmert.

Bennigsen, 9. November 1864.

Um offen zu sein, stehen die Dinge für eine nationale Bewegung und für den Nationalverein vorerst sehr schlecht. Der Zusammenhang mit Süddeutschland beruht in der Hauptsache nur noch auf dem Vertrauen einzelner allerdings sehr einflußreicher Führer im Süden zu uns. Das Band mit dem Gros der Bevölkerung ist so locker wie seit Jahren nicht. Im Norden nimmt die Bismarcksche Richtung, das ist die Anbetung der militärischen Macht und diplomatischen Erfolge, in erschreckender Weise überhand. Zu einer großartigen Erhebung der politischen Kräfte in der Nation — sei es auf dem Wege der Reform oder der Revolution — fehlen nicht bloß Uebereinstimmung und Entschluß, sondern durch die neueste Wendung in der Zollvereinskrisis und

dem Schleswig-Holsteinischen Kriege auch die notwendigen Voraussetzungen flagranter, kapitaler Verletzungen der Lebensinteressen der Nation. Die Arbeit wird eine sehr langsame und sehr anstrengende sein. Auch unter den sogenannten Führern — damit wird allerdings viel Mißbrauch getrieben — werden sich wohl noch manche seitwärts in das Gebüsch verlieren. Menschen, welche von Geschichte und Politik hinreichende Kenntnis haben und damit die nötige Resignation verbinden, sind unter unsern leitenden Männern nicht zahlreich. Die Bismarcksche Politik, welche unsre Hauptgegner — die Stellung Oesterreichs in Deutschland und die Selbstherrlichkeit der Mittelstaaten — so trefflich unterminiert, wird zu den faulen Pessimisten auch noch eine neue Serie gothaischer Befriedigter und Getäuschter fügen, welche sich in der Untätigkeit vereinigen. Eine Revolution unmöglich, eine nationale Initiative der preußischen Regierung ohne Aussicht, nicht allein unter diesem, sondern auch unter dem nächsten Könige, bleibt allein der energisch konzentrierte preußische Partikularismus, um den Bund zu zertreten, wie er das Deutsche Reich vollends aufgelöst hat. So zu argumentieren, hat viel Schein, und von unberechenbaren europäischen Impulsen abgesehen, wird eine militärische Vergewaltigung Nord- und Mitteldeutschlands von Berlin aus um so sicherer eintreten und um so länger die allgemeine Einigung Deutschlands aufhalten, je träger und gleichgültiger das Bürgertum den Akten und Erfolgen preußischer Gewalt zusieht oder je mehr eine feige Ueberklugheit (vgl. die neuesten „Grenzboten") dem Altpreußentum speichelleckt und auf Süddeutschland verzichtet. — Ich habe diese Wendung seit dem Frühjahre erwartet, und ich denke mit Dir, der bessere Teil unsrer Partei hält schon aus. Auf Umwegen freilich fördert auch der preußische Partikularismus ebenso wie die bevorstehende mächtige industrielle Entwicklung die Einheit Deutschlands, wenn die Nation nur nicht verzagt und allmählich diese Kräfte sich dienstbar macht.

*

Niemals hatte der Nationalverein sich unter ungünstigeren Vorzeichen versammelt als in Eisenach am 31. Oktober 1864 — am Tage, nachdem der Friede in Wien vollzogen worden und das erste Stadium der Politik Bismarcks zum Abschluß gebracht worden war. Der äußere Erfolg hatte dem Ministerium Bismarck auch eine unverkennbare innere moralische Festigung gebracht; vor dem großen Erlebnis dieses Jahres waren die deutsche Verfassungsbewegung und selbst der innerpreußische Konflikt vorübergehend in den Hintergrund getreten; ein Symptom dieser Verschiebung war, daß der Nationalverein während des ganzen

Jahres seine Tätigkeit eingestellt hatte und hinter den Sechsunddreißiger-Ausschuß zurückgetreten war. Der Bestand des Nationalvereins hatte über dieser Entwicklung noch weiter gelitten, unter den Verboten in Preußen, Mecklenburg, Nassau war die Abonnentenzahl der „Wochenschrift" auf etwa 2000 zurückgegangen. Schlimmer war, daß der innere Zusammenhalt nur mühsam aufrechtgehalten wurde; bezeichnend dafür war, daß Bennigsens Vermittlungsgeschick selbst innerhalb des engsten Kreises der Führer grobe und nach außen sichtbare Zusammenstöße wieder ausgleichen mußte.[1]) Es war die Frage, ob die Gegensätze im Nationalverein nicht auf einer Generalversammlung derart durchbrechen würden, daß ihre Einberufung lieber zu vermeiden sei, wie auch der großdeutsche Reformverein aus ähnlichen Gründen darauf verzichtet hatte. Doch Bennigsen erklärte in seiner Begrüßungsansprache: „Wer darauf verzichtet, auch unter zerfahrenen Verhältnissen politisch tätig zu sein, der erklärt damit, daß er kein notwendiges Glied mehr sei in der Agitation und in der politischen Arbeit der Nation."

Die Gefahr für den Nationalverein bestand darin, daß zum erstenmal der Versuch gemacht wurde, sein so wie so schon verhülltes Programm nunmehr förmlich aufzugeben, den Kampf für die Einheit, da er bei Preußens Unbelehrbarkeit doch keine Aussichten biete, zurückzustellen und dafür den freiheitlichen Inhalt des Programms stärker zu betonen. Bennigsen sprach für seine Person die ernstliche Befürchtung aus, daß ein Umsichgreifen solcher Auffassungen die Existenz des Vereins gefährden würde. „Das Programm unsers Vereins ist das Ergebnis einer mehrjährigen sorgfältigen Erwägung unter den Führern der nationalen Partei aus den verschiedenen Teilen Deutschlands. Das

[1]) Ein Beispiel dafür war die von Streit herrührende Besprechung von Braters Schrift „Preußen und Bayern in der Sache der Herzogtümer" in der „Wochenschrift" vom 15. September 1864. Bennigsen schrieb darüber an Rochau am 25. September: „Nach einer Mitteilung Braters ist derselbe sehr erbittert über eine während Ihrer Abwesenheit in der Nummer vom 15. erschienene, anscheinend von Streit herrührende Kritik seiner neuesten Schrift. Der Vorwurf ‚politischer Feigheit' ist in diesem Artikel zwar generell gegen die Presse und die Kammern gerichtet, die Beziehung auf die Bratersche Broschüre selbst liegt aber so nahe, daß es nicht zu verwundern ist, wenn Brater sich sehr unangenehm angegriffen sieht. Brater verdient aber solche Vorwürfe am wenigsten. In seiner sehr schwierigen Stellung in Bayern hat er mehr Charakterfestigkeit und moralischen Mut bewiesen, als die meisten in den letzten Jahren zu zeigen Gelegenheit hatten, und seine eigne persönliche Stellung im Interesse unsrer Partei nahezu aufgeopfert. Ich bin überzeugt, daß Sie wesentlich ebenso denken und Gelegenheit in der nächsten Nummer nehmen werden, diese Streitsche bêtise wieder gutzumachen und Bratern die volle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, welche er verdient."

Programm hat sich stetig und naturgemäß entwickelt. Es ist gelungen, auf diesem Programm eine feste, große Partei zu organisieren, wie sie in diesem Umfang, verbreitet durch ganz Deutschland, zusammengesetzt aus den verschiedenen Bestandteilen der liberalen und nationalen Partei, noch niemals in unserm Vaterland bestanden hat. Das Programm dieses Vereins, wie es verkündigt ist in den Beschlüssen der früheren Generalversammlungen: die einheitliche Zentralgewalt und der parlamentarische Bundesstaat, ausgesprochen durch das Parlament der deutschen Nation und niedergelegt in der Reichsverfassung, dieses Programm, wie es seine politischen Grundzüge aufstellt in den Beschlüssen der Generalversammlung vom Jahre 1860 über das demnächstige Verhältnis zu Preußen und Oesterreich unter bestimmten Voraussetzungen, können wir nicht aufgeben, ohne uns selbst preiszugeben. Haben wir diese politischen Grundsätze aufgestellt, angesichts bestimmter Tatsachen der Gegenwart, angesichts der Gunst von Umständen, die einer Volkspartei die Durchführung eines solchen Programms erleichtert, weil bestimmte Machthaber sich auch für ein solches Programm erklärten, oder haben wir uns für ein solches Programm entschieden, weil eine hundertjährige Geschichte der deutschen Nation, weil das Bedürfnis unsers Volkes, weil die bestimmten Zustände in Deutschland, die Gegensätze und die Machtverhältnisse dasselbe für notwendig erklärten? Hat dieses Programm, nicht aufgestellt angesichts vorübergehender Tatsachen, sondern begründet auf eine dauernde Geschichte, geschaffen für eine lange Zukunft, zurzeit auch nur geringe Aussicht auf sofortige Verwirklichung, so würde doch eine große politische Partei unrecht und sehr töricht handeln, wenn sie wegen solcher doch sicherlich vorübergehenden Umstände an ihrer eignen Grundlage rütteln wollte. Wollte man den Versuch machen, an die Stelle dieses Programms ein andres zu stellen — und allein dieses könnte der Verein bei einer Aufhebung seines Programms vor Augen haben, da eine Beseitigung des bisherigen Programms in der Art, daß man etwas positiv Neues gar nicht aufstellt, sondern den Verein in völliger Programmlosigkeit hinstellt, doch unmöglich sein würde —, so würde sich sofort zeigen, daß auch nur die theoretische Formulierung andrer politischer Grundsätze als der bisherigen auf fast unübersteigliche Schwierigkeiten stoßen würde, daß es aber ganz unmöglich sein würde, nur in annähernder Weise eine so große nationale Partei auf andern Grundsätzen in Deutschland zu organisieren, als den bislang immer vom Verein festgehaltenen."

In der vorhergehenden Ausschußsitzung am 30. Oktober hatten die Süddeutschen Rochau, Brater, Ladenburg und die Schleswig-Hol-

steiner Graf Reventlow und Wiggers eine ausdrückliche Beziehung auf das Programm von 1860 gewünscht, die übrigen, also auch Bennigsen, die Bezugnahme auf die Reichsverfassung für ausreichend erklärt; der Frankfurter S. Müller hatte sogar, da der Ausschuß ebenso wie die liberale Partei hinsichtlich der „Spitze" doch uneinig sei, die Beschränkung der Agitation auf das Parlament empfohlen; und so war denn die (von Duncker, Fries und Miquel besorgte) Schlußredaktion des Ausschußantrages ein bedenklicher Schritt zur weiteren Verhüllung des ursprünglichen Programms: „Der Nationalverein, durchdrungen von der gleichmäßigen Notwendigkeit eines deutschen Parlaments und einer einheitlichen Zentralgewalt, hält fest an seinem Beschlusse vom 6. Oktober 1862, durch welchen die Reichsverfassung samt Wahlgesetz und Grundrechten als der Rechtsboden der Nation anerkannt wurde. Ueber den Träger der Zentralgewalt hat die im Parlament vertretene gesamte Nation zu entscheiden. Dieser höchsten Entscheidung haben sich alle Parteien, Stämme und Staaten zu unterwerfen. Solange die freiheitsfeindliche und undeutsche Richtung der Regierungen in den Einzelstaaten, besonders in Preußen, fortdauert, ist die Durchführung der Reichsverfassung unmöglich." Wer allein diese Sätze auf sich wirken ließ, hatte den Eindruck, daß der Nationalverein die preußische Führung des kleineren Deutschlands nun endgültig zu Grabe getragen habe; und insofern hatten die Kritiker vom rechten Flügel, wie der Sachse Biedermann und der Hannoveraner Weber (Stade), nicht unrecht, wenn sie dem Ausschußantrage vorwarfen, er weiche mit dieser verwaschenen Formulierung noch hinter die früheren Beschlüsse zurück, und diesen verhüllten Kern wieder offen sichtbar darzustellen versuchten. Im Grunde aber wollten die führenden Leute des Nationalvereins nichts anderes, als sie früher gewollt hatten; sie vindizierten geradezu wie Schulze-Delitzsch den Resolutionen, daß sie den Kompromißcharakter, das einigende Moment zu wahren hätten, mit andern Worten, nicht allzuviel bedeuteten. Man wollte die Linke beruhigen, daß auch nicht der Zipfel einer schwarzweißen Fahne über dem Heerhaufen wehe; die Linke aber, damit noch nicht zufrieden, wollte diese Fahne öffentlich verbrennen und beantragte durch ihren Wortführer Eckardt (Karlsruhe), die einheitliche Zentralgewalt überhaupt zu streichen und sich „unter Vertagung aller trennenden Fragen" auf die Einberufung eines deutschen Parlaments sowie auf die Forderungen der Freiheitsbestrebungen: der Durchführung der seligen Grundrechte zu beschränken. In der Bekämpfung dieses Angriffs der Radikalen wandten Metz, Schulze-Delitzsch und Miquel die höchste Kraft auf und setzten durch, daß er abgeschlagen wurde. Diese Debatten muß man lesen, um zu erkennen, daß zwischen

den einleitenden Worten Bennigsens und der verwässerten Resolution doch kein Widerspruch bestand. Gerade die glänzende Rede Miquels läßt durchschimmern, wie wenig man von dem Vertrauen auf Preußen zurückgekommen war. Er ließ die Tatsachen reden und rief den Radikalen zu: „Wir hatten zuerst praktisch zu agitieren um Wiederherstellung der Verfassung in Kurhessen, und wer hat den Ausschlag gegeben und geben müssen? Bismarck. Wer hat den Zollverein wiederhergestellt? Es ist unter der Regierung Bismarcks geschehen. Wer hat das österreichische Reformprojekt vereitelt? Bismarck. Wer hat Schleswig-Holstein befreit? Bismarck. Sie werden nicht verkennen, daß ich weit entfernt bin, dem Ministerium Bismarck Lorbeeren zu streuen. Alles, was hier Bismarck tat, hat er vielleicht wider Willen getan, aber er hat es im Interesse Preußens zugleich für Deutschland getan und tun müssen, da in allen großen Fragen das deutsche und das preußische Interesse zusammenfällt. Solchen Lehren, solchen Erfahrungen über die Leistungsfähigkeit einer einheitlichen Macht gegenüber will man unser Programm, will man die einheitliche Zentralgewalt aufgeben?"

Der zweite Tag der Generalversammlung brachte nach der Erörterung von Organisationsfragen, die von den Radikalen wieder zu ununterbrochenen Vorstößen benutzt wurden, den bedeutendsten Gegenstand der ganzen Verhandlung: die Zukunft Schleswig-Holsteins. Auch hier gab es im Nationalverein viele Köpfe, viele Sinne, um so mehr, als es sich nicht, wie in der deutschen Frage, um allgemeine Möglichkeiten der Zukunft handelte, sondern um die nächstliegenden realpolitischen Entscheidungen der Gegenwart. Einige Tage vor der Generalversammlung hatte Sammer an Bennigsen geschrieben: „Es sollte mir leid tun, wenn der Nationalverein wegen der schleswig-holsteinischen Frage in innere Uneinigkeit geraten sollte. Wir haben schon der Uneinigkeit genug. Ich hoffe, Sie werden damit einverstanden gewesen sein, daß wir hier an dem Programm, welches schon im vorigen November aufgestellt wurde, festgehalten haben — dem Programm, die Sache der Herzogtümer nicht zum Gegenstande des Parteihaders in Deutschland werden zu lassen. Der Frieden mit Dänemark wird, wenn Sie diese Zeilen erhalten, geschlossen sein, und wenn derselbe die Trennung der Herzogtümer von Dänemark ausspricht, so wird es zum Teil vielleicht diesem Programm zuzuschreiben sein. Ich hoffe, der andre wird bald nachfolgen. Wenn dort in dieser Angelegenheit etwas geschehen kann, so wird es wohl am besten durch Betonung des Selbstbestimmungsrechts der Schleswig-Holsteiner und der Abwehr alles ausländischen Einflusses auf deutsche Lande geschehen. Hoffentlich wird die Nationalvereinsversammlung wenigstens in ihren Resolutionen nicht unnötiger-

weise die in Berlin Herrschenden so reizen, daß sie geneigt werden, das nicht zu tun, was man hier wünscht, und das zu tun, was man hier nicht wünscht. Wir werden doch wenigstens in Berlin mehr oder weniger mit dem Nationalverein identifiziert." [1])

Schon im Ausschusse wurden die abweichendsten Auffassungen geltend gemacht. Während die Holsteiner Wiggers und Graf Reventlow für den engsten politischen Anschluß an Preußen auf diplomatischem, militärischem und maritimem Gebiete eintraten, hielten die meisten den handelspolitischen und maritimen Anschluß für ausreichend, einzelne, wie Schulze-Delitzsch und S. Müller, empfahlen sogar die Weimarer Beschlüsse des Sechsunddreißigerausschusses, die einem schleswig-holsteinischen Landtage die Entscheidung überlassen wollten, ob und welche Verträge mit Preußen zu schließen seien. Der vom Ausschuß der Generalversammlung vorgelegte Antrag versuchte wiederum den Mittelweg zu gehen. Er ging aus von dem „Selbstbestimmungsrecht der durch deutsche Tapferkeit befreiten Herzogtümer" und forderte die Einberufung der Landesversammlung der Herzogtümer und die Einsetzung des vom Lande berufenen Herzogs Friedrich VIII.; er verwarf die Annexion durch Preußen „als eine schwere Gefährdung der bundesstaatlichen Einigung der Nation"; den Kernpunkt des Streits formulierte er schließlich folgendermaßen: „Die deutschen Interessen, die Verteidigung deutscher Küsten, deutscher Handel und deutsche Industrie verlangen dagegen die Einverleibung Schleswigs in den Deutschen Bund, den Eintritt Schleswig-Holsteins in den Deutschen Zollverein und, solange eine deutsche Flotte nicht vorhanden ist, den maritimen Anschluß der Herzogtümer an Preußen. Die undeutsche und freiheitsfeindliche Haltung des Ministeriums Bismarck darf die unverzügliche Verwertung der maritimen Kräfte der Herzogtümer für das Gesamtvaterland nicht verhindern." Nach langen und heftigen Debatten, an denen sich besonders die verschiedenen Parteirichtungen der Schleswig-Holsteiner beteiligten, gelang es, vor allem infolge der überaus geschickten Begründung Miquels, auch diesen Antrag zur Annahme zu bringen. Ununterbrochen flutete der Kampf der Meinungen zu der deutschen Frage, für oder wider Preußen, zurück. Aus Miquels Rede sind besonders die Sätze bemerkenswert, in denen er den Umfang der schleswig-holsteinischen Konzessionen erörterte. „Ich spreche hier ganz offen, der Ausschuß hat die Forderung einer Militärkonvention und eine Uebertragung der diplomatischen Vertretung an Preußen um deswillen nicht vorgeschlagen, weil darüber die Ansichten im Ausschuß, wie in Deutsch-

[1]) Samwer an Bennigsen, 27. Oktober 1864.

land selbst, weit auseinandergehen. Die einen glauben, derartige Militärkonventionen mit Preußen seien ein weiterer Schritt für die deutsche Einheit, seien ein weiterer Schritt, den Souveränitätsdünkel und den partikularistischen Sinn zu brechen, ein sehr wichtiges Präzedens für die allmähliche Ausdehnung derartiger Konventionen auf ganz Deutschland, also ein sehr wichtiger Fortschritt zur Reichsverfassung. Die andern aber sagen: Nein, die bisherigen Erfahrungen haben uns bewiesen, daß der Abschluß solcher Konventionen nichts andres ist als eine Stärkung des Großpreußentums, als eine Stärkung derjenigen Tendenz, die nur gipfelt in der Annexion. Ich bekenne ganz offen, auch ich halte die Frage für zweifelhaft."

Von dieser Erörterung aus erhalten wir einen Einblick in die Ansichten Bennigsens in der schleswig-holsteinischen Frage, und vor allem in seine Motive — was bei der Dürftigkeit vertraulichen Briefmaterials gerade in dieser Zeit nicht leicht ist. Das eine steht fest, er beurteilte die schleswig-holsteinische Frage ganz aus dem Zusammenhang der deutschen Frage heraus. Die verschiedenen möglichen Lösungen des Einzelfalles: preußische Annexion oder Neugründung eines in seiner Souveränität mehr oder weniger beschränkten Bundesstaates schlossen nach dem Gefühl der Menschen zugleich die prinzipielle Entscheidung über die künftige Staatsform des ganzen Deutschlands: Großpreußen, unitarisches Reich oder konstitutioneller Bundesstaat, in vorbildlicher Weise in sich. Von hier aus war auch Bennigsens Parteistellung gegeben. Als Anhänger des konstitutionellen Bundesstaats war er ein Gegner der Annexion, nicht nur der Annexion durch das damalige freiheitsfeindliche Preußen, sondern des Annexionsgedankens schlechthin; eine zugunsten Preußens beschränkte Souveränität wollte auch er, doch es scheint, daß er hinsichtlich der Ausdehnung dieser Beschränkung im Oktober 1864 noch nicht so weit zu gehen gedachte wie im Frühjahr 1865. An einer sicheren Kenntnis fehlt es jedoch, da der Briefwechsel mit Karl Samwer, dem politischen Vertrauensmann der Augustenburger, mit dem er in dauernder Fühlung stand, von seiner Seite leider nicht erhalten ist.

Die Führer des Nationalvereins glaubten in den Beschlüssen der Eisenacher Generalversammlung die Diagonale der streitenden Meinungen gezogen zu haben: an dem Geiste gemessen, der einst den Nationalverein geschaffen hatte, trieben ihre Resolutionen unter radikalem Winde nach links, während die Radikalen selbst ihre Unzufriedenheit nicht verhehlten. So gingen auch die Nachwirkungen der Eisenacher Tagung nach zwei Seiten. Mochte selbst ein Mann wie Rochau die Radikalen zu beschwichtigen versuchen: „sicherlich ist es ein Mißgeschick, mit dem Ministerium Bismarck in irgendeiner Angelegenheit gemeinschaftliche Sache

zu machen", der Haß gegen die preußischen Vergewaltiger Schleswig-Holsteins brach doch so stark durch, daß man auch nicht in den Schein der Mithilfe kommen wollte und abzuschwenken begann. Das Ausscheiden Streits, das sich unter peinlichen geschäftlichen Erörterungen bis in den Winter 1864/65 hinschleppte, machte den ersten Schnitt gegenüber Leuten, in denen vom Geiste des Programms von 1859 auch kein Funke mehr lebte; im April 1865, nach dem Berliner Kompromiß, schied auch der Führer der Eisenacher Opposition aus, um auf eigne Faust föderativ-republikanischen Phantasien zu frönen.

Auf der andern Seite stieß der Verlauf der Generalversammlung den mit den Erfolgen der Bismarckschen Politik erstarkenden rechten Flügel vor den Kopf. In seiner Schrift: „Die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage" (Januar 1865) schrieb Heinrich von Treitschke: „Seit langem schauen wir mit Unmut, in welcher höchst gemischten Gesellschaft treffliche, einsichtige Männer wie Rudolf Bennigsen und Miquel sich bewegen; seit langem harren wir der gesegneten Stunde, da die Phrasendrescher mit Ruten aus dem Tempel der Einheitspartei gepeitscht werden." Schon fanden solche Stimmen Widerhall in einzelnen Gruppen des Nationalvereins. Bennigsens Freund Böhmert[1]) stellte im Kreise seiner Freunde fest, daß die Dinge immer mehr zu der Alternative: Partikularismus oder Annexion trieben. „Wenn es so liegt, so steht mir das Vaterland näher als die Legitimität. Salus rei publicae suprema lex. Treitschkes Arbeiten haben doch eine enorme Wirkung gehabt. Ich stehe nicht ganz auf seinem Standpunkte, es zeigt sich etwas Studierlampenduft in seinen Urteilen, er konstruiert sich von seinem Schreibtisch aus gern seine Ideale zur Wirklichkeit und macht zuweilen sehr gewagte Behauptungen und Schlüsse. Seine Aeußerung, daß er sich schon lange gewundert habe, Dich und Miquel in so gemischter Gesellschaft zu sehen, beweist recht, wie wenig er sich an der praktischen politischen Arbeit beteiligt hat. Wenn man im Leben etwas erreichen will, kann man nicht mit dem Kopf durch die Wand, muß vielmehr Schritt vor Schritt vorwärts, und darf auch die Mühe der Vereinbarung mit andern Gleichstrebenden nicht scheuen. Nichtsdestoweniger muß man Treitschke in vielen andern Behauptungen recht geben und kann nicht leugnen, daß in der Tiefe dieses Mannes eine ganz hinreißende patriotische Leidenschaft kämpft. Seine Ausführungen über Einheitsstaat und Bundesstaat laufen auf ein Revolutionsprogramm hinaus, während wir praktisch mit Erfolg nur für ein Reformprogramm arbeiten und uns nicht dem Zufall einer Revolution in die Arme werfen

[1]) Böhmert an Bennigsen, 18. Februar 1865. Die Antwort Bennigsens liegt leider nicht vor.

können. Etwas anders verhält es sich in Schleswig-Holstein, wo sich Preußen bereits im Besitz befindet und anders auftreten kann."

Ein Blick in die folgenden Briefe zeigt, wie der Gang der Bismarckschen Politik doch die Führer des Nationalvereins wider Willen hinter sich her zwang: was sie gestern noch verschworen hatten, mußten sie heute zugestehen, und immer wieder trieben die Wogen, die sie zu lenken gedachten, über sie hinweg.

Bennigsen an Oetker.

Bennigsen, 19. November 1864.

Es ist sehr schwer, über die Bedeutung der Kasseler Vorgänge für unsre nationale Bewegung ein Urteil zu fällen, da zu viele Eventualitäten in Frage kommen.[1]) Wird das Auftreten der Kammer überhaupt einen wirklichen Effekt — Rücktritt des Kurfürsten, mindestens Einsetzung einer Regentschaft — hervorbringen? Wird dazu weiter eine Mitwirkung von außen erforderlich sein? Und zwar des Bundestages, mit oder gegen Preußens Wunsch; oder aber Preußens ohne den Bundestag? Ist Preußens Auftreten wiederum entscheidend wie das letzte Mal, wird es suchen, die kurhessischen Angelegenheiten definitiv in Ordnung zu bringen, oder lieber sehen, daß unerträgliche Zustände, wenn auch unter einer neuen Gestalt, sich fortschleppen bis zu einem späteren Zeitpunkt, welcher der preußischen Militärpartei für ihre Annexionspläne günstiger erscheint als die Gegenwart? u. s. w. Diese Möglichkeiten lassen sich noch häufen und sehr verschieden kombinieren. Eine sichere Rechnung ist gar nicht möglich. Jedoch halte ich der ganzen Lage zurzeit nach den Fall für den weniger wahrscheinlichen, welcher für unsre nationalen Pläne der ungünstigste ist, nämlich die Regulierung der kurhessischen Verhältnisse vermittelst einer österreichischen Bundesmajorität.

Ich bin aber im ganzen der Meinung, daß es jetzt in Kurhessen nicht darauf ankommen darf, wer sich etwa einmischt und daraus für sich politisches Kapital in der deutschen Frage zu machen sucht. Für unsre deutsche Zukunft, unter welchem Programm man sich auch deren äußere Gestaltung vorzugsweise vorstellen mag, ist es doch vor allem entscheidend, daß Kraft und Selbstgefühl im Volk sich entwickeln. Jeder Erfolg in Niederwerfung der Reaktion muß uns hierfür willkommen

[1]) Es handelt sich um den Jungermannschen Antrag, „die Stockungen in Gesetzgebung und Verwaltung betreffend", sowie die Pläne, den Thronfolger nach Kassel zur Vorbereitung einer Regentschaft zu berufen; vgl. die Besprechung Oetkers mit Bismarck am 7. November in Friedrich Oetkers Lebenserinnerungen III, S. 380 ff.

sein, bei dem die Bevölkerung selbsttätig mitwirkt. Beseitigen die Kurhessen ihren nichtswürdigen Fürsten, sei es auch mit Unterstützung einer auswärtigen deutschen Macht, so wird das der Reaktion einen Stoß geben in ganz Deutschland, und unserm Bürgertum einen frischen Aufschwung, welcher bei der jetzigen Schlaffheit und Hoffnungslosigkeit doppelt not tut. Daran wird auch wenig ändern, wenn sich demnächst herausstellt, daß der Nachfolger ein in seiner Art ebenso schlechtes Subjekt ist. Für diesen demnächstigen Fall müßte man aber nach einer neuen Heilmethode greifen.

Geht es dagegen so weiter in Kurhessen wie die letzten beiden Jahre, so wird der frühere Gewinn durch den Sieg des formellen Rechts mehr als doppelt verloren werden, und in Kurhessen nicht allein, sondern auch weiter in Deutschland das Festhalten am Recht zum Gegenstand des Gelächters werden; das kurhessische Volk wird statt Anerkennung Verachtung einernten und der deutsche Mittelstand vom Glauben an die eigne Kraft, welcher ohnehin schon sehr schwach ist, von neuem einen wertvollen Teil einbüßen.

Schulze-Delitzsch an Bennigsen.

Potsdam, 9. Januar 1865.

1. Daß der Kampf gegen das Bismarcksche System in den inneren Verfassungsfragen ernstlich und ohne jede Rücksicht auf den Siegesschwindel von der ganzen liberalen Partei fortgesetzt werden wird, davon halte ich mich fest überzeugt. Und wenn wir einigen Abfall im Lande haben mögen, wie unter solchen Verhältnissen niemand wundernehmen kann, so haben wir gegründete Aussicht, daß auch immer die Majorität des Volkes in Preußen bei diesem Kampfe hinter uns steht.

2. Ferner hoffe ich, wenn auch nicht mit so unbedingter Gewißheit wie ad 1, daß in der schleswig-holsteinschen Sache der Annexion von der bisherigen Kammermehrheit entschieden entgegengetreten und die nationale Auffassung von dem Selbstbestimmungsrecht der Herzogtümer aufrechterhalten wird; daß ich und unsre näheren Freunde dafür eintreten, versteht sich von selbst. Aber der militärisch-maritime und diplomatische Anschluß, das sind freilich Dinge, die ein preußisches Abgeordnetenhaus nicht von sich weisen kann, weil es eine Frage der eignen Existenz — und sicher auch des deutschen Interesses — ist, wir namentlich ohne die Häfen der Herzogtümer und ohne den Kanal nicht imstande sind, unsre Kriegsmarine jemals gehörig zu entwickeln und unsre wie die deutschen Ost- und Nordseeküsten zu decken.

Ueber die Verschiedenheit der Ansichten in der von uns einzu-

haltenden Taktik zu schreiben, ist zu weitläufig. Ebenfalls über die Lügen und den Wahnsinn Streits in seinen beiden Blättern gegen die liberale Partei, gegen den Nationalverein und gegen die preußische Fortschrittspartei, die vollkommen im Tone der „Kreuzzeitung" und des durch Herrn von Schweitzer redigierten „Sozialdemokraten" gehalten sind. Wir sind danach in Preußen eben im Begriff, unser Verfassungsleben an den Herrn von Bismarck zu verraten! Und dies alles, weil seine Blätter nicht gehen, weil die Liberalen, die er täglich ebenso verlogen wie schmutzig darin angreift, sie nicht kaufen! Ein unglücklicher Mensch, der auch die besten Sachen, die er in die Hände nimmt, ruiniert. Was konnte aus der „Wehrzeitung" werden, wenn die unflätige Politik fernblieb! Und nun, das Ganze zu krönen, die taktlose Anklage an der Spitze seiner Blätter, daß wir sie nicht durch Abonnements genug unterstützt haben und sie aus Mangel an Teilnahme wahrscheinlich eingehen müsse. Die „Kreuzzeitung" benutzt dies con amore mit der stillen Hoffnung, ihn und seine Genossen, wie die Sozialdemokraten, nächstens in ihr Lager zu ziehen. Mit diesem Unsinnigen muß nun einmal aufgeräumt werden. Er schadet mehr als Freund wie als Feind. Ich fasse ihn in der nächsten Konferenz ruhig, aber entschieden. So geht das nicht länger.

Aus den Briefen von Karl Samwer an Bennigsen.

Kiel, 30. November 1864.

Aus sicherer Quelle erfahre ich folgendes:

1. Vor etwa acht bis vierzehn Tagen sagte Graf Platen zum preußischen Gesandten, die oldenburgische Begründungsschrift sei ein wahres Meisterstück, jedenfalls gehe so viel daraus hervor, daß, wenn überhaupt Erbrechte an den Herzogtümern existierten, die Augustenburger keine haben.

2. Als der preußische Gesandte zuerst von der Zurückberufung der Bundestruppen aus Holstein sprach, erklärte in voriger Woche Graf Platen: Den Kommissar gebe er gerne fort, der habe sich schlecht genug benommen; was die Truppen betreffe, so hätte man keine Lust, sie immer da zu lassen, aber man möge die Zurückziehung erleichtern. Der König sei schon gut gestimmt durch die Rendsburger Ausgleichung, er würde aber zu vielem zu bringen sein, wenn Preußen statt des Herzogs von Augustenburg den Großherzog von Oldenburg begünstige.

Ohne Zweifel hat Platen ohne Zustimmung seiner Kollegen obiges gesprochen. Ich bitte davon den erforderlichen Gebrauch zu machen, indessen es nicht in die Presse kommen zu lassen.

Kiel, 13. Dezember 1864.

Haben Sie besten Dank für Ihre freundlichen Bemerkungen über die gegenwärtigen Lage der schleswig-holsteinischen Sache, welche ja jetzt sogar die Dimensionen der deutschen selbst annimmt. Ich bin der am Schlusse Ihres Briefes ausgesprochenen Ansicht jetzt seit elf Monaten, und wenn ich Ihnen einst erzählen werde, was in dieser Richtung von mir geschehen ist, so werden Sie erstaunt sein. Halten Sie fest daran und nehmen Sie es wörtlich, daß das aufgestellte Programm von Anfang an Befreiung der Herzogtümer *ohne* irgendeinen persönlichen Nebenzweck war. Zu jeder Vereinbarung gehören indes zwei Personen, und es muß bei beiden wenigstens die *allgemeine* Geneigtheit zu einer solchen vorhanden sein, diese hat bei Bismarck von jeher gefehlt, ausgenommen vielleicht eine kleine Periode, Ende September und Anfang Oktober.

Nachdem die Befreiung von Dänemark errungen ist oder wenigstens für die *ganzen* Herzogtümer errungen scheint, handelt es sich jetzt um die deutsche Frage, d. h. ob Deutschland auf dem Wege stückweiser Eroberung, die aber auch in ihr Gegenteil umschlagen könnte, einer Zeit innerer Zerrüttung entgegengehen soll, ob die enge Gemeinschaft der nationalen und liberalen Ideen zerbrochen werden soll, und ob Deutschland noch einmal das Schicksal haben soll, daß die Fremden seinen Hader entscheiden. Es sind das die *möglichen* Folgen einer Annexion der Herzogtümer, ob es die *wirklichen* werden, würde nur von Zufälligkeiten abhängen.

Zunächst haben wir hier die Erscheinung, daß diese Bevölkerung, welche noch im Sommer voll wirklicher Sympathie *für* Preußen war, in eine immer entschiedenere Stimmung *gegen* Preußen hineingerät. Wenn es sich um Inkorporation handelt, wird der Partikularismus überall neue Kraft gewinnen. Deshalb gibt es auch einsichtige mittelstaatliche Staatsmänner, welche viel lieber die Annexion als irgendein konventionelles Verhältnis der Herzogtümer mit Preußen sehen würden.

Gotha, 17. März 1865.

Ich sage für das übersandte Dokument Ihnen meinen besten Dank und glaube wohl, daß die Zusammenkunft[1]) den preußischen Freunden nicht gelegen kommt. Leider haben sich ja die puncta consensus sehr vermindert. Unter denjenigen, welche indessen noch intakt bestehen, ist keiner so entschieden noch vorhanden als der, daß Schleswig, das ganze, der deutschen Nation *gesichert* werden muß. Ich bin der festen Ueber-

[1]) Die Berliner Versammlung am 26. März, s. unten.

zeugung, daß eine Sicherung so lange nicht besteht, als eine Macht, oder meinetwegen zwei, über dessen Schicksal zu bestimmen haben. Erst die Aufnahme in den Bund gibt der Nation einen Einfluß auf das Schicksal desselben und sichert die meines Erachtens täglich mehr bedrohte Integrität. Ich würde daher glauben, daß es sehr gut sei, wenn diese Forderung mit voller Entschiedenheit wiederholt würde und noch speziell die der Integrität Schleswigs hinzukäme. Herr von Bismarck hat noch in voriger Woche einem Gesandten gesagt, er habe nichts gegen die Abtretung Nordschleswigs, wenn sie möglich sei. Außerdem scheint mir das Selbstbestimmungsrecht der Schleswig-Holsteiner ebensoviel wert zu sein wie das der altenburgischen Dörfer. Dem Länderschacher und der Annexionswut gegenüber wird seine Betonung von guter Wirkung sein.

Endlich wäre es doch wohl möglich, die Süddeutschen zur Einsicht zu bringen, daß man sich gegen Preußen nicht bloß abweisend und auf die Marine sich beschränkend verhalten darf. Es wird doch wohl möglich sein, einen Beschluß zu erwirken, der die Erwartung an die Schleswig-Holsteiner ausspricht, daß sie solche Verbindungen mit Preußen gerne eingehen werden, welche nicht die inneren Verhältnisse betreffen und welche, ohne zu Konflikten notwendig zu führen (Fahneneid, preußische Aushebung und unbeschränkte Verfügung), die Wehrkraft Deutschlands in der Hand Preußens konsolidieren. Wir besprachen ja die Grenzen, und es wäre gut, wenn sich auch die preußischen Herren überzeugten, daß von einem Bundesstaate zwischen zwei Staaten so verschiedener Größe nicht die Rede sein, daß man daher die Institutionen desselben auch nicht pure auf dies Verhältnis übertragen kann und daher in den schon vorliegenden Mustern Surrogate suchen muß.

Die Hauptsache wird immer die Beendigung des schmählichen Provisoriums sein. Drei Vierteile desjenigen, was sich in den Herzogtümern an Partikularismus zeigt, kommt lediglich auf Rechnung desselben und der von Berlin erfahrenen Behandlung. Es wäre gut, wenn das ausgesprochen und zugleich auf Beendigung eines Zustandes gedrungen würde, der vor dem Auslande den Skandal deutscher Uneinigkeit aufführt, das Land in seinen materiellen und geistigen Interessen schädigt und uns schließlich mit fremder Einmischung bedroht.

Hier haben Sie, verehrter Freund, was ich mit Rücksicht auf die fragliche Zusammenkunft besonders auf dem Herzen habe, und bitte ich nur, daß Sie dasselbe als nur für sich geschrieben betrachten wollen.

Kiel, 24. April 1865.

Ich bin Ihnen noch meinen besten Dank für die freundlichen Mitteilungen schuldig, welche Sie mir in betreff des Berliner Kompromisses[1]) gemacht haben.

Das Kompromiß hat jedenfalls hier im Lande eine bedeutende Wirkung geübt, die, die Einigkeit wiederherzustellen. Es gibt nur noch eine große Landespartei, die Annexionisten (die ehemalige Gesamtstaatspartei) und die Halbannexionisten (Römer u. s. w.) sind zu Cliquen herabgesunken. Der jetzige engere Ausschuß der Vereine hat ein größeres Ansehen erlangt, als der frühere je hatte.

Es wäre sehr zu wünschen, daß die Wirkungen des Kompromisses in Berlin ebenso weitgreifend würden. Um zu zeigen, daß auch der Herzog zu jedem vernünftigen Abkommen bereit ist, hatte derselbe am 31. v. M. Herrn von Ahlefeldt instruiert, zu konstatieren, daß er zu Verhandlungen stets bereit sei, und sich über die preußischen Forderungen teils in Uebereinstimmung mit dem Kompromiß der Vereine, teils noch etwas weitergehend zu äußern. Die Dementis der Berliner Offiziösen sind einfach unwahr. Es war notwendig, den Schleier des Geheimnisses, der über den Intentionen des Herzogs hing, zu lüften. Es ist nach Wien von diesem Schritt Mitteilung gemacht, und man hat sich dort wenn auch nicht gerade sehr erfreut darüber gezeigt, so doch wenigstens begriffen, daß der Herzog nicht gut anders handeln konnte.

Da nun der Herzog und das Land sich bereit zeigen, bis zur äußersten Grenze des Möglichen zu gehen, so hoffe ich, wird das preußische Haus der Abgeordneten bei der bevorstehenden Debatte über die Marinevorlage, welche etwa in vierzehn Tagen stattfinden wird, sich gegen die Annexionspolitik wie gegen die Konstituierung eines reinen Vasallenstaates aussprechen und daher die Politik des Herrn von Bismarck

[1]) Die Verhandlungen, die am 26. März 1865 zu Berlin zwischen einer Reihe von Mitgliedern des Sechsunddreißigerausschusses, darunter auch Bennigsen und mehreren Nationalvereinsführern, dem engeren Ausschuß der Vereine von Schleswig-Holstein und einer Reihe von preußischen Abgeordneten über eine Ausgleichung der schleswig-holsteinischen und preußischen Interessen und Ansprüche stattfanden. Vgl. Jansen-Sammer S. 448 f. Der Kompromiß formulierte „die im Interesse Deutschlands nützlichen und mit Preußen zu vereinbarenden Einrichtungen“: Ausbildung der schleswig-holsteinischen Armee nach preußischem Muster, unter preußischer Inspektion, Verfügung und Oberbefehl im Kriegsfalle, Anlegung von Festungen und Häfen durch Preußen, Verfügung Preußens über die seedienstpflichtige Mannschaft, Beitrag Schleswig-Holsteins zur preußischen Flotte, Eintritt in den Zollverein, Bau und Benutzung eines Nordostseekanals durch Preußen. Dagegen lehnte man als unverträglich mit der Selbständigkeit der Herzogtümer ab: preußischen Fahneneid, preußische Aushebung für das Heer, preußische Verwaltung von Zoll, Post und Telegraph.

verurteilen. Meines Erachtens müßte das Haus sich bestimmt dahin aussprechen, daß das Haus die Regierung auffordere, mit den Herzogtümern auf Basis der vom Herzog und Lande gemachten Zugeständnisse einen Vertrag mit Schleswig-Holstein abzuschließen.

Sind Sie, verehrter Freund, wie ich nicht zweifle, hiermit einverstanden, so wäre es sehr dankenswert, wenn Sie in diesem Sinne in Berlin wirken wollten. Die liberale Partei in Preußen wird zu erwägen haben, ob sie die Rechte des eignen Volks gegen Herrn von Bismarck mit Erfolg verteidigen kann, während sie ihn in der Niedertretung der Macht eines andern Volks unterstützt, und ob sie, wenn die Bahn der Eroberung in Deutschland einmal betreten ist, noch vermag, wieder in den Weg des Bundesstaates einzulenken, und ob durch die Annexionspolitik statt der Solidarität der liberalen nicht vielmehr eine Solidarität der feudal-militärischen Interessen geschaffen wird.

Herr von Bismarck ist über die Entschiedenheit, mit der Oesterreich sein Veto verteidigt, und über die infolge der preußischen Annexions- und Verschleppungspolitik sich hier kundgebende Mißstimmung der Bevölkerung sehr ärgerlich. Auf der einen Seite sagt er, die Zufälligkeiten der europäischen Ereignisse müßten die Annexion möglich machen, und er werde bis dahin warten, auf der andern Seite sucht er diese Zufälligkeiten zu beschleunigen. Sie dürfen es als feststehend annehmen, daß er in der Mitte des laufenden Monats in Paris direkte Anträge wegen einer französisch-preußischen Allianz gestellt hat. Wie sie beantwortet sind, weiß ich nicht, indes wahrscheinlich ablehnend. Denn man weiß in Paris, daß, wenn auch Herr von Bismarck, so doch der König die am Rhein wünschenswerten Aequivalente nicht gewähren würde.

Die Verwirrung, in welche die Bismarcksche Politik die öffentliche Meinung in Deutschland stürzt, scheint mir im Steigen zu sein. Ist es nicht möglich, daß in dieser Hinsicht endlich eine Klärung herbeigeführt werde? Die Frage, um welche es sich handelt, ist doch am Ende die, ob es zu der bisher von uns fast ein Jahrzehnt gewünschten Entwicklung Deutschlands zum Bundesstaat kommen soll oder ob der Versuch eines Einheitsstaats gemacht werden soll, welcher es auf dem Wege des Bürgerkriegs und des auswärtigen Krieges langsam, vielleicht auch gar nicht, zur Vereinigung von ganz Deutschland bringen würde.

Gleichzeitig begannen die Dinge in Hannover einem Umschwung zuzutreiben. In der am 30. März 1865 wiedereröffneten Session der Ständeversammlung begann auch Bennigsen dem Ministerium gegenüber eine andre Tonart anzuschlagen: es hatte sich herausgestellt, daß es

trotz allen guten Willens, den es in Einzelfragen, zum Beispiel bei der Bestätigung Miquels als Bürgermeister von Osnabrück, betätigte, doch nicht imstande war, die von den Liberalen erhofften Reformen durchzuführen, vielmehr durch den König noch hinter die Reformpläne des Vorjahres sich zurückdrängen ließ.

Bei der Beratung der mit Preußen geschlossenen Zollvereinsverträge begnügte Bennigsen sich mit Einzelkritik, ohne den Abschluß selbst zu bekämpfen. Er warf der Regierung vor, daß sie aus Abneigung gegen Preußen zunächst den Abschluß verzögert habe, dann aber in das entgegengesetzte Extrem verfallen sei: „Wir liegen ja in der Nähe des preußischen Machtkreises; auf eine innige Verbindung mit Oesterreich sind wir nicht hingewiesen, dem von Oesterreich kultivierten Schutzzollsystem stehen wir ferner als dem System der Herabsetzung der Zölle. Ich für meine Person habe immer die Ueberzeugung gehegt und hege dieselbe auch jetzt noch, daß die Regierung bei ihrem Verfahren sich wesentlich von politischen Motiven und erst in zweiter Linie von sachlichen hat leiten lassen. Freilich kann dies jetzt auffallend erscheinen, weil die Königliche Regierung zurzeit anscheinend eine ganz andre politische Haltung einnimmt als damals, indem sie jetzt — ihrem früheren Auftreten entgegen — entschieden im preußischen Sinne wirkt, und ich muß bekennen, daß sie hierin wieder viel zu weit geht, daß ich in ihrer Politik bei diesem totalen Umschlage die erforderliche Konsequenz gänzlich vermisse." In der Kommission hatte man bedauert, daß der Zollverein keine ständigen verfassungsmäßigen Einrichtungen besäße, die eine Mitwirkung des Volkes zuließen; der Minister erwiderte, daß es nur einen Weg gebe, der solchen Wünschen entspräche, nämlich das Zollparlament, das womöglich der Zweiten, nicht aber der Ersten Kammer zusagen werde. Bennigsen dagegen lehnte aus Gründen, die wir schon kennen,[1]) das Zollparlament ab, um ein wirkliches Parlament statt dessen zu empfehlen: „Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder hat bestritten, daß der Antrag auf ein Zollparlament hinziele, sowie daß dessen Einrichtung die einzige Lösung der Frage sei. Ich persönlich halte — hierin abweichend von meinen politischen Freunden — jene Institution für kein Glück und die Durchführung für ebenso schwierig wie die einer jeden andern politischen Körperschaft für Gesamtdeutschland. Ich glaube, daß nur durch die Einrichtung eines nicht ausschließlich für die Zollfrage bestimmten Organs eine gedeihliche Entwicklung zu hoffen ist. In welcher Weise später nach der Einrichtung eines solchen politischen Körpers die Zollgesetzgebung ihm einzufügen ist, darüber läßt sich jetzt auf viele Jahre hinaus noch kein Urteil abgeben."

[1]) Siehe oben S. 498 f.

In den nächsten Tagen entschloß sich Bennigsen zum Angriff überzugehen und von der Regierung nach langer Schonzeit eine Erklärung ihrer Absichten zu verlangen. In einer großen Rede am 2. Mai suchte er aus der allgemeinen Situation die Begründung zu entnehmen. Er beklagte das allgemeine Gefühl der Flauheit in den kleineren politischen Körpern Deutschlands. Man habe die Empfindung, daß die Geschicke Deutschlands sich nun in Wien und Berlin entscheiden würden. „Ueberhaupt ist die ganze europäische Entwicklung den kleineren Staatsexistenzen nicht günstig, die neuere Zeit weist eine gefährliche Zahl von Beispielen auf, wo kleinere Staaten von der Karte Europas verschwunden sind. Auch in Deutschland nimmt in einer für mich erschreckenden Weise die Anhänglichkeit der Einzelnen an ihren Heimatsstaat ab. Wenn diese Erscheinung schon in einer Periode zutage tritt, wo in Berlin die Willkür herrscht: wie viel stärker muß sie dann werden, sobald Preußen wahrhaft konstitutionelle Bahnen betritt. Die nationale Partei hat noch den Bundesstaat auf ihre Fahne geschrieben; aber schon werden Stimmen ausgezeichnet begabter Schriftsteller laut — ich erinnere an Treitschke —, welche dem Einheitsstaat das Wort reden. Ich beklage diese Richtung. Ich glaube allerdings, daß es für Preußen ein leichtes sein würde, durch militärische Gewalt die Mittel- und Kleinstaaten über den Haufen zu werfen. Aber ich würde darin ein Unglück für Deutschland erblicken. Der Versuch muß gemacht werden, anknüpfend an die individuelle Art des Seins der einzelnen Stämme und Staaten, eine neue, allerdings sehr schwierige Form zu schaffen, welche den nationalen Interessen Genüge leistet und dabei der besonderen Richtung des deutschen Geistes entspricht. Wenn aber ein solcher Versuch gemacht werden soll, so muß man der nationalen Partei die Ueberzeugung einflößen, daß die Verteidigung der kleineren Staaten der Mühe lohnt, indem man Zustände schafft, welche wert sind, verteidigt zu werden. Wenn die Regierungen in den kleineren Staaten diese Aufgabe nicht lösen, so wird man ihnen künftig nachsagen, daß sie es versäumt haben, das Ihrige zu tun, um die Existenz der kleineren Staaten zu retten. Die Lage Hannovers ist eine besonders kritische. Enklaviert und abgeschnitten, wie es ist, kann es bei einer revolutionären oder militärischen Krise in Europa sich nur auf die Anhänglichkeit der eignen Bevölkerung an dem Bestehenden stützen. Darin liegt eine dringende Mahnung, ein Werk des Friedens zu schaffen, so lange es Zeit sei. Den vorigen Ministern hat man nicht zumuten können, ihre eignen Worte zu essen. Aber von den jetzigen Ministern begreift man es im Lande nicht, daß sie ihr Amt angetreten haben, ohne die Erbschaft ihrer Vorgänger abzulehnen, und daß sie nicht wenigstens

jetzt nach drei Jahren entweder Schritte tun, um den politischen Frieden herzustellen oder erklären, daß sie auf unübersteigliche Hindernisse gestoßen seien und deshalb zurücktreten. Die Zweite Kammer hat aber auch ihrerseits Pflichten, und im Lande würde man es nicht begreifen, wenn sie es versäumen wollte, nicht nur den Ministern, sondern dem Könige, welcher in diesem Lande herrscht, zu sagen: „Ueber diese Dinge ist gar keine Meinungsverschiedenheit im Lande: hier muß geholfen werden; hier muß bald geholfen werden oder es wird niemals geholfen."

Bennigsens Antrag forderte die Regierung auf, mindestens in der nächsten ordentlichen Session eine Vorlage einzubringen, durch die „die ohne Mitwirkung der Stände abgeänderten Bestimmungen des Verfassungsgesetzes vom 5. September 1848 und der auf dieselbe gebauten Organisationsgesetze im wesentlichen wiederhergestellt und damit nicht allein die Rechte und Interessen des Landes in früherer Weise wieder gesichert, sondern auch die durch das Vorgehen der Regierung im Jahre 1855 hervorgerufenen, den Frieden und die Entwicklung des Königreichs beeinträchtigenden politischen Streitigkeiten endlich völlig beseitigt werden mögen". Der Antrag wurde mit 44 gegen 36 Stimmen angenommen. Die geringe Mehrheit zeigte, daß doch nicht alle Parteigenossen Bennigsens mit dieser Kriegserklärung gegen die Regierung einverstanden waren. Die Frage war nur, ob die Minister sich treiben ließen. Windthorst hatte sich im Laufe der Debatte, so wie es Bismarck zu tun pflegte, auf die Befehle seines königlichen Herrn berufen. Dagegen erwiderte Bennigsen: „Sollte ein politisches Programm in den Worten des Herrn Justizministers liegen, daß die Minister die Befehle der Krone zu vollziehen hätten, so würde es um das Verhältnis dieses Ministeriums zum Lande schlecht bestellt sein. Der Graf Schwerin hat bei einer Gelegenheit zum Könige von Preußen gesagt: ‚Gnädigster Herr, das geht nicht, das ist gegen das Recht des Landes.' So wird man auch von den Ministern hier im Lande erwarten müssen, daß sie die Befehle der Krone prüfen, ob solche heilsam und in Uebereinstimmung mit der Verfassung seien, und daß sie das Verhältnis des höchstgestellten Staatsmannes zum Träger der Krone nicht auffassen wie das Verhältnis des Soldaten zu seinem Vorgesetzten."

Bennigsen hatte allerdings Veranlassung, diesen Schuß gerade auf das Verhältnis von Krone und Ministerium abzugeben. Das Ministerium war nicht einmal imstande, von dem Könige die Publikation des Gesetzentwurfes über die Abänderung des Wahlgesetzes zu erlangen, den es im Frühjahr 1864 selbst eingebracht und in der Ständeversammlung durchgesetzt hatte.[1]) Die bescheidene Abschlagszahlung, zu der das Mini-

[1]) Siehe oben S. 634 f.

sterium der neuen Aera den König vermocht hatte, sollte nicht einmal Gesetz werden; der König war durch die Bedenken, die Graf Borries in der Ersten Kammer mit besonderer Berechnung auf die allerhöchste Entscheidung ausgesprochen hatte, nachträglich umgestimmt worden und schob seine Genehmigung hinaus. Die Minister wurden dadurch vor die Möglichkeit einer nachträglichen Desavouierung gestellt. So sehr sich auch die Geschmeidigkeit Windthorsts bemühte, die Abgeordneten mit nichtssagenden Wendungen über die „noch nicht gefaßte Entscheidung" hinzuhalten, so mußte doch auch er sich klar werden, daß die Publikation des Wahlgesetzes nicht nur für seine Stellung den Ständen gegenüber, sondern mehr noch für das Verhältnis des Ministeriums der Krone gegenüber den Prüfstein abgeben mußte. Um diese Sachlage vor Schluß der Session endgültig zu klären, stellte Bennigsen am 12. Mai einen Antrag, in dem die Stände um baldige Publikation des Gesetzentwurfes ersuchten. Er begründete ihn mit besonderer Rücksicht auf seine Stellung als Generalsyndikus der Kammer, indem er sich streng und objektiv an die Rechtslage hielt; er erkannte an, daß die Verfassung allerdings an sich eine Frist zur Publikation von angenommenen Gesetzentwürfen nicht kenne, vielmehr in § 68 ein Recht der Krone zur Zurücknahme von Gesetzentwürfen ausdrücklich anerkenne; eine Zurücknahme könne natürlich nur mit einer motivierenden Erklärung erfolgen, aber weder hätten die Stände eine Veränderung des Gesetzentwurfes vorgenommen, noch habe die allgemeine Lage sich inzwischen gewandelt, um solche Gründe zu schaffen. Erst zum Schluß ließ er seinen persönlichen Standpunkt durchscheinen, indem er von der formalen Rechtsfrage zu der politischen Bedeutung überging. Er habe schon früher darauf hingewiesen, daß das Land von dem gegenwärtigen Ministerium mehr erwartet habe. Wenn nun die Kammer bei dem äußerst Wenigen, was bislang in der Richtung dieser Erwartungen des Landes vom Ministerium geboten sei, mit größter Resignation darauf eingegangen und der Mahnung des Justizministers sich gefügt habe, mit der Annahme des Gebotenen eine praktische Politik zu verfolgen, so habe man doch wahrlich im Lande mit doppeltem Grunde erwarten dürfen, daß mit der Publikation des von der Regierung selbst vorgelegten Gesetzes wenigstens schleunig werde vorgegangen werden. Man habe es im Lande geradezu für unmöglich gehalten, daß dieses Ministerium im Jahre 1865 wieder vor die Stände hintreten werde, ohne seinen Entwurf publiziert zu haben.

Der Antrag wurde mit allen gegen sechs Stimmen angenommen. Windthorst hatte sich begnügt, ihn als inopportun zu bezeichnen und weiter ruhiges Abwarten bis zur nächsten Session zu empfehlen — bis zu einem Zeitpunkte, den das Ministerium nicht mehr erleben sollte.

Die Nichtpublikation des Wahlgesetzes war das Vorspiel seines Sturzes. Zwischen einer Kammer, die an den Liberalismus der Minister nicht mehr glaubte, und einem Könige, der den liberalen Anlauf von 1862 längst wieder bereute, war die Situation der Minister unhaltbar. Indem der König am 9. September 1865 den Grafen Borries, den Gegner des Wahlgesetzes und des Ministeriums in der Ersten Kammer, zum Präsidenten des Staatsrates ernannte, gab er seiner Sinnesänderung einen verletzenden Ausdruck. Windthorst, Hammerstein, Lichtenberg und Erxleben kamen um ihre Entlassung ein. Die sachlichen Gründe des Umschwungs sind nicht offen erkennbar; trotzdem der Minister des Aeußeren, Graf Platen, in seinem Amte blieb, mag auch die äußere Politik, die Enttäuschung nach Gastein, dazu beigetragen haben; auch das Drängen der Kammermehrheit auf erneute Revision der Verfassung; schließlich war es die innerste politische Ueberzeugung des Königs, die zu den Regierungsgrundsätzen der Aera Borries zurücklenkte, und wenn auch nicht Borries selbst, so doch seinen Gesinnungsgenossen, den Landdrosten Baemeister, an die Spitze eines Ministeriums berief, dessen einzelne Ressorts in schroffem Gegensatz zu der Periode von 1862/65 zum großen Teile mit unfähigen Leuten besetzt wurden. So ging das bescheidene Nachbild der neuen Aera in Hannover zu Ende. Man stand an derselben Stelle wie im Jahre 1862, nun aber in einem Augenblicke, wo in der deutschen Politik alle Vorzeichen auf Sturm wiesen. In erneuter Uneinigkeit mit der Mehrheit des Landes trieb dieser Staat in das letzte Stadium seines Daseins hinaus.

Für Bennigsen bedeutete dieser Umschwung eine erneute Enttäuschung. Um Schleswig-Holsteins und um der Möglichkeit liberaler Reformen willen hatte er in Hannover zwei Jahre lang eine Politik der Mäßigung und Zurückhaltung betrieben: beides war jetzt verspielt. Welcher Glaube an die Zukunft seines Volkes und die Richtigkeit seines Weges gehörte dazu, um nicht zu erlahmen! Als er, zusammen mit Miquel, am 27. Juli 1865 an dem Zweiten Deutschen Bundesschießen in Bremen teilnahm, vermied seine Ansprache jedes Eingehen auf die unmittelbaren Streitfragen des Tages, sondern gedachte nur der zunehmenden Teilnahme, welche von den Deutschen im Auslande den nationalen Bestrebungen gewidmet werde; vor allem erinnerte er an den alle Herzen mit Freude erfüllenden Anteil der Deutschen an dem gewaltigen Bürgerkriege in Nordamerika und gründete darauf die Hoffnung, daß manche, die infolge der politischen Bewegung früherer Jahre dem Vaterlande den Rücken hätten kehren müssen, dereinst, bereichert durch die Erfahrungen jener fremden Welt, an der Begründung besserer Tage daheim mitarbeiten würden.

Denn immer wieder waren in den letzten Jahren die Blicke der deutschen liberalen Nationalpartei sehnsüchtig über den Ozean gewandert. Wie in den ersten Jahren die italienische Nationalbewegung der deutschen gleichsam als Modell gedient hatte, so sah sie je länger je mehr in den inneren Kämpfen der Amerikaner ein ergreifendes Abbild der eignen Geschicke. Mochten in konservativen und ultramontanen Kreisen Deutschlands unverständliche Sympathien für die Südstaaten sich vereinzelt regen, die Liberalen und Demokraten waren einmütig und begeistert für die Sache des Nordens; kämpften doch auch für sie geschlossen die Deutschamerikaner, die einstigen Gesinnungsgenossen, und bewiesen, daß sie nicht nur die revolutionären Hitzköpfe von 1848 49 waren; unter den Mitglieder des Nationalvereins war Friedrich Kapp unausgesetzt tätig als Historiker und Publizist, festere Bande des Verständnisses herüber und hinüber zu weben. Vor allem aber empfand man die tiefe politische Wahlverwandtschaft mit jenem gigantischen Ringen, das der Aufrechterhaltung der Union und dem politischen Fortschritt galt, der Einheit und der Freiheit, dem eignen Ideal, das zwiefach gerichtet und doch in sich eins war; und von weitem dämmerte auch die Erkenntnis, daß der Sieg des Nordens, der dem französischen Kaiser die erste Niederlage in Mexiko bereitete, seine tiefverborgenen Nachwirkungen auf Europa und Deutschland erstrecken mochte.[1]) In diesem Geiste blickte man auf zu der ernsten und schlichten Größe Abraham Lincolns, und als er gefallen und der große Kampf entschieden war, beschloß der Nationalverein, seinem Nachfolger eine von Bennigsen unterzeichnete Adresse zu senden, in der es hieß: „Mit einmütigem Jubel hat Deutschland den Sieg begrüßt, welcher auch für Deutschland gewonnen ist, und der Ausschuß des Deutschen Nationalvereins ergreift mit lebhaftem Eifer die erste Gelegenheit, sich zum Dolmetscher der Gesinnungen und Empfindungen des Volkes zu machen, welchem das Beispiel der Vereinigten Staaten als glänzendes Vorbild auf dem Wege der Freiheit und Einheit voranleuchtet." In einem offiziellen Dankschreiben sprach der Lenker der amerikanischen Politik, William H. Seward, aus: „The sympathy of the friends of the American Union in Germany has ever been manifested with zeal and sincerity, and it is to be hoped that the propitious return of peace will foster and enlarge the cordial relations existing between the two countries."[2])

[1]) Vgl. meinen Aufsatz: „Der Kampf um die Einheit in Deutschland und in den Vereinigten Staaten von Amerika." „Die Glocke" (Chicago), I. Jahrg., S. 7 ff. (1906).

[2]) Adresse des Nationalvereins vom 12. Juni 1865. William H. Seward an Bennigsen, 7. August 1865.

Schulze-Delitzsch an Bennigsen.

3. August 1865.

Hier ein an mich zur Befürwortung beim Ausschuß des Nationalvereins gerichtetes Gesuch des Arbeiterbildungsvereins zu Leipzig,[1]) welches ich auf Höhe von 200 Gulden rhein. Kurant dringend empfehle, wie es sicher auch von Metz empfohlen sein wird. Selbst einem Eintagspolitiker, der sonst keinen Blick für das hat, was sich unter der Oberfläche der Dinge still, aber unwiderstehlich vollzieht, muß doch die Bedeutung der Bewegung klar geworden sein, von welcher zugleich der Ausgang unsers politischen Kampfes abhängt ... Die in Berlin zu völliger Nichtigkeit herabgesunkenen Sozialdemokraten haben einen Versuch gemacht, an der allgemeinen Indignation über die Kölner Geschichte sich wieder aufzurichten und unsre Arbeiter zu sich hinüberzuziehen, nicht zu uns zu kommen! Der Versuch ist deshalb noch nicht gelungen, aber er war und ist gefährlich.

Leider macht man in diesem Genre, als in angeblicher Versöhnung, in Süddeutschland, wo überhaupt das rechte Verständnis noch sehr zurück ist. Ich denke in Nürnberg bei Gelegenheit des Volkswirtschaftlichen Kongresses in einer größeren Arbeiterversammlung, welche der dortige tüchtige Arbeiterverein veranstaltet, das Meine zu tun. Die Leipziger — Herr Bebel ist Mitglied des Ausschusses des Deutschen Arbeitervereins — haben daher ganz recht, und ich bitte daher um eine recht baldige vorschußweise Sendung der geringen Summe a conto des Vor-

---

[1]) Dieses Schreiben vom 24. Juli 1865 (ein gleichlautendes anscheinend an Bennigsen) im Namen des Arbeiterbildungsvereins zu Leipzig, unterzeichnet von: „August Bebel, derzeit Vorsitzender, Fr. Weithmann, Mitglied des Ständigen Ausschusses, Dr. phil. Wolfgang Eras, Mitglied des Deutschen Nationalvereins", erbat vom Ausschuß des Nationalvereins eine Geldunterstützung zur Agitation gegen die Lassalleaner. Es begann mit den Worten: „Die ergebenst Unterzeichneten halten es für ihre Pflicht, sich in einer Sache an Sie zu wenden, welche von Tag zu Tag eine größere Bedeutung für den allgemeinen Kampf gewinnt, den wir im deutschen Vaterlande für nationale Einheit und soziale Freiheit führen: wir meinen die Agitation der Anhänger Lassalles gegenüber den deutschen Arbeiterbildungsvereinen, deren solidarische Einheit durch den ‚Deutschen Arbeitertag' und durch den ‚Ständigen Ausschuß deutscher Arbeitervereine' repräsentiert wird ... Denn das Gift jener Irrlehre schleicht sich unvermerkt in die Massen ein, und die grellen Farben, mit denen man das Elend der arbeitenden Klassen gegenüber der Tyrannei derer schildert, ‚die sich auf ihren Geldsäcken wälzen', der ewige Refrain, daß man ‚nicht dafür könne, wenn man zur Revolution gezwungen werde', dürften uns deutlich zeigen, daß die Fahne des roten Kommunismus nur auf die Gelegenheit harre, um mit all ihren Schrecken entfaltet zu werden."

ſtandes, indem ich bereit bin, die Vertretung gegen den Ausſchuß eventuell allein aus meinen Mitteln zu übernehmen.[1])

An Nagel läßt Du wohl wegen ſeines völligen Irrtums gelegentlich eine Notiz gelangen, da bedeutende Irrungen daraus entſtehen könnten, wenn man ihn nicht aufklärt. Die Führer der Sozialdemokratie — ganz offen im Solde von Bismarck — waren, um ihre völlige Verlaſſenheit abzuwenden, genötigt, nachdem ſie alle Gewaltmaßregeln desſelben gegen die Fortſchrittspartei belobt, einmal gegen das Kölner Attentat aufzutreten, worauf die Maßregelung der Regierung gegen ſie, welche letztere ohnehin, da dieſelben ihre Verheißungen, die Arbeiterpartei der Regierung zuzuführen, nicht zu halten vermochten, ſchlecht auf ſie geſtimmt wurde. Indeſſen iſt die Koalition zwiſchen den beiden wahrſcheinlich ſchon wieder fertig. Die Ausweiſung des Redakteurs des „Sozialdemokraten", von Hofſtetten, iſt vom Miniſter zurückgenommen, in Erwartung weiterer guter Dienſte; gegen von Schweitzer und Liebknecht wird man ſie wohl beſtehen laſſen, da des erſteren Antezedenzien in den Arbeiterkreiſen ſelbſt beſprochen werden, und letzterer wohl der einzige in der Oppoſition Ehrliche unter der ganzen Bande iſt.

Bennigſen an Nagel.

Hannover, 4. September 1865.

Infolge des Beſchluſſes des Sechsunddreißigerausſchuſſes[2]) — mit welchem, vertraulich bemerkt, Unruh, Pauli, Brater, Fries und ich, auch Oetker, welcher aber erſt nach der Abſtimmung eintraf, nicht

---

[1]) Bennigſen legte in der Vorſtandsſitzung des Nationalvereins vom 20. Auguſt das Schreiben vor und veranlaßte die Bewilligung einer Summe von 200 Talern. Das Dankſchreiben Bebels vom 28. Auguſt (wohl an Nagel) ſchließt mit den Worten: „Neben den Reiſepredigern, die wir ausſenden, wollen wir verſuchen, es möglich zu machen, daß den ſchwächſten und mittelloſeſten unter den Vereinen auch einige gute Bücher und Zeitungen, die wir in Anbetracht der guten Sache von den Verlegern zu billigen Preiſen zu bekommen hoffen, zugeſtellt werden, und würden wir es dem Vorſtande des Nationalvereins doppelt Dank wiſſen, wenn er auch nach dieſer Seite ſeinen Einfluß wollte geltend machen und unſre Beſtrebungen unterſtützen. Seien Sie verſichert, daß eine ſolche Unterſtützung der guten Sache das beſte Mittel ſein wird, die ſo häufig ausgeſprochenen Vorwürfe und Verdächtigungen gegen den Nationalverein zu entkräften und dafür Hochachtung und Anerkennung zu verbreiten." Ein Bericht Bebels vom 2. April 1866 ſchildert die Art der Verwendung der bewilligten Summe; unter den verbreiteten Schriften nehmen die von Schulze-Delitzſch die erſte Stelle ein.

[2]) Der Sechsunddreißigerausſchuß beſchloß am 3. September in Leipzig, den Abgeordnetentag zum 1. Oktober nach Frankfurt zu berufen.

einverstanden waren — haben die in Leipzig anwesenden Mitglieder des Ausschusses, unter denen die Majorität des Vorstandes sich befand, einstimmig die Verlegung der ausgeschriebenen Ausschußsitzung für nötig erachtet, und zwar auf Donnerstag, den 28. September, vormittags 11 Uhr, in Frankfurt a. M.

Durch einen eignen Zufall bin ich in Leipzig in genaue Kenntnis gesetzt von den gescheiterten Plänen der Bildung einer spezifisch preußischen Partei. Nach der Art, wie mir die Mitteilung geworden, kann ich sie aber nicht für die Veröffentlichung bestimmen. Römer und Reventlow, welche für ihre isolierte Stellung in den Herzogtümern eine Stütze in Preußen und Deutschland gesucht, haben die Idee ausgeheckt. Römer hat sich in Preußen an Julian Schmidt und Wehrenpfennig, nach Sachsen an M. Busch, nach Bremen an A. Meyer und andre gewandt, später ist auch Treitschke benachrichtigt. Da einige Bereitwilligkeit vorhanden war, auf Römers Projekte einzugehen, ist auf den 10. August eine Besprechung nach Hamburg ausgeschrieben, das Ganze aber schließlich daran gescheitert, daß die preußischen Freunde Bedenken bekommen und ihre Beteiligung an der beabsichtigten Versammlung abgeschrieben haben, worauf diese ganz unterblieben ist. Bei der Privatbesprechung in Bremen sind Römer und Reventlow gar nicht gewesen, Lammers und andre haben sich auf derselben auch entschieden gegen Römers Tendenzen ausgesprochen.

Bennigsen an Oetker.

Hannover, 25. September 1865.

Die Generalversammlung des Nationalvereins wird jedenfalls auf mehrere Wochen hinauszuschieben sein. Frankfurt ist dazu unter den jetzigen Verhältnissen ein wenig geeigneter Ort. Es wird aber schwer zu erreichen sein, daß vom Ausschuß definitiv ein andrer — etwa Eisenach — gewählt wird, nachdem in der letzten Sitzung, ohne erheblichen Widerspruch der Norddeutschen, Frankfurt vorläufig bestimmt und dies bekanntgemacht ist.

Die Einberufung der Abgeordnetenversammlung stellt sich immer mehr als eine heillose Torheit heraus. Auch diejenigen, welche in bewußter radikaler und antipreußischer Tendenz sich dafür entschieden haben, werden sich noch bald überzeugen müssen, daß Südwestdeutschland mit seinen demokratischen Plänen keinen Vorteil davon haben, aber eine sehr große Gefahr laufen wird, wenn diese Versammlung den Riß zwischen den Süd- und Norddeutschen besiegelt. Durch die vorauszusehenden Vorgänge und Beschlüsse in dieser Versammlung wird der ohnehin

nicht sehr kraftvolle Widerstand der preußischen Fortschrittspartei gegen Bismarcks auswärtige Politik gelähmt anstatt gestärkt werden. Und die Neigungen, welche bislang in Preußen und dem Norden mühsam niedergehalten wurden, die Süddeutschen vorerst ihrem eignen Schicksal zu überlassen, werden, wenigstens in Preußen, noch in ganz andern Kreisen herrschend werden als denen der Militärpartei.

Ob die Kurhessen kommen werden, ist mir nach einem Briefe Nebelthaus zweifelhaft; zugeredet habe ich ihm allerdings, damit den Süddeutschen das Feld nicht ganz alleinbleibt. Bei der Nähe von Kassel könnte Kurhessen ein starkes Kontingent stellen und auf vernünftige Beschlüsse einwirken. Nach Nebelthaus Brief habe ich aber dazu wenig Hoffnung. Auch die Beteiligung aus dem Königreich Sachsen ist nach einem Brief aus Leipzig zweifelhaft. Beiläufig gesagt, hatte ich mich in meiner Antwort nach Leipzig ganz in Uebereinstimmung mit Ihnen für die Notwendigkeit ausgesprochen, daß die Abgeordnetenversammlung ein positives Programm den Protesten gegen Willkür und Gewalt hinzufüge, nach Maßgabe des Berliner Kompromisses. Die Preußen werden nach Briefen von Schulze und Unruh[1]) ausbleiben — wenigstens unsre Freunde —, einzelne Rote, wie Becker, welcher neuerdings für die „Trias" schreibt, könnten höchstens, wenn sie erscheinen, die Süddeutschen in ihren tollen Projekten bestärken. Von hier gehen einzelne bekannte Personen, wie Grumbrecht, von der Horst u. s. w., hin. Nach dem Verlauf, den die Angelegenheit in den letzten acht Tagen genommen hat, werde ich mir übrigens noch vorbehalten, ob ich, wenn auch in Frankfurt anwesend, mich überall bei der Versammlung beteiligen werde.

Schulze-Delitzsch an Bennigsen.

O. O. (ca. 24. September 1865).

Wir meinen, daß wir die von der nationalen Partei eingenommene Stellung und die von uns in Frankfurt wie seitens des Ausschusses abgegebenen Erklärungen viel wirksamer im Abgeordnetenhause in Berlin wahren können durch Bekämpfung der Bismarckschen Politik, als durch unser Erscheinen in Frankfurt, wo wir doch nichts andres

[1]) Unruh an Bennigsen, 24. September 1865: „Wir sind bereit, uns einsperren zu lassen, aber nicht wegen eines voraussichtlich erfolglosen Schauspiels. Wir haben hier Gelegenheit genug dazu. Die Absicht der Bayern, die deutsche Verfassungsfrage zur Sprache zu bringen, jetzt, in diesem Zeitpunkt, ist doch zu süddeutsch naiv. Ich begreife Brater nicht. An Sie richte ich nur die Bitte gegen die Ansicht zu kämpfen, als wollten wir Preußen uns von den andern Deutschen trennen, als billigten wir die auswärtige Politik Bismarcks."

tun können, als auf dem früheren Beschluß beharren. Unsre Teilnahme in Frankfurt hat aber folgende Nachteile:

a) Sie kompromittiert unsre Wirksamkeit in Berlin. Man wird in Frankfurt so exzessiv gegen Preußen losziehen, daß wir leicht genötigt sein können, für unser engeres Vaterland und dessen Interessen, die eine gewisse Partei als im Widerstreit mit den deutschen darstellt, einzutreten; das wollen wir aber jedenfalls vermeiden, weil es Bismarcks Position bei uns nur stärken könnte, welche ohnehin durch die neuerliche, zwar sehr entschuldbare, aber doch sehr unpolitische und partikularistische Haltung der Schleswig-Holsteiner und deren unglückliche Bundestagspetition gewonnen hat.

b) Sie entzieht uns möglicherweise im entscheidenden Augenblick unsrer Wirksamkeit. Daß von Bismarck die preußischen Abgeordneten, wenn starke Resolutionen gegen Oesterreich und Preußen gefaßt werden, wegen Landesverrats in Anklage setzen läßt, könnt Ihr Euch bei dem von ihm beschrittenen Wege der Gewalt selbst denken. Die Prozeduren gegen May, Twesten und in Köln zeigen das klar. Löst er dann die Kammer auf, so möchte unser Fehlen bei den Wahlen — wenn auch aus der Sache gegen uns nicht viel werden kann — doch sehr in das Gewicht fallen. Schon unsre Hast würde Entmutigung im Lande verbreiten, wie die Dinge einmal stehen, und das schlimmste ist: man würde uns selbst die Schuld daran zuschreiben und uns verdammen, daß wir in solcher Krisis durch eine so verfehlte Demonstration, wie die Frankfurter Versammlung nun einmal hier allen erscheint, uns in die Lage gebracht haben. So lautete das Urteil der bei der gestrigen Versammlung anwesenden Freunde, die nicht Abgeordnete waren, in den stärksten Ausdrücken. In der Tat liegt es im Interesse aller, daß wir im preußischen Abgeordnetenhause die Majorität behaupten, um der Bismarckschen Politik nach wie vor entgegenzutreten und ihr wenigstens die Sanktion des Landes vorzuenthalten. Das ist alles, was jetzt möglich ist, und es ist nicht so wenig, als es manchem erscheint. Mit dem Konsens der Landesvertretung würde er wahrhaftig auch ganz anders auftreten als jetzt.

Nach alledem kann ich das Stattfinden des Abgeordnetentages nur bedauern. Er macht unsre ohnehin schwierige Stellung noch schwieriger und trägt dazu bei, die bedenkliche Stimmung für die Annexion in Preußen noch mehr zu verbreiten. Unsre süddeutschen Freunde haben den Hauptspektakel, den sie in Frankfurt sicher anrichten, zwar für jetzt sehr billig — die famosen Frankfurter Republikaner insbesondere —, und doch kann ihnen und uns, wenn wir so fort den Gegnern in die Hände arbeiten, die Geschichte noch ziemlich teuer zu stehen kommen.

Doch damit genug. Ich komme nun auf den Nationalverein, zu dessen Generalversammlung ich, wenn möglich, bestimmt eintreffen werde. Hier eine klare Position einnehmen und lieber manche Elemente ausscheiden, als an der um sich greifenden Zersetzung untergehen, halte ich für unerläßlich. Aber ist es denn nicht noch jetzt möglich, anstatt Frankfurt eine Stadt in Nord- oder Mitteldeutschland, etwa Koburg, Braunschweig, Bremen, zu wählen? Wir bekommen äußerst wenige Norddeutsche, insbesondere Preußen dahin, und liefern uns der Majorität der unnützesten Clique — Eckardt und Genossen — geradezu aus. Gerade in Mitteldeutschland müssen wir Halt suchen, hier ist der Stamm der treuesten Mitglieder des Vereins. Die Sache ist diesmal verhängnisvoll, wende sie, wenn irgend möglich, in der nächsten Ausschußsitzung ab.[1])

Bennigsen an Lammers.

Bennigsen, 13. Oktober 1865.

Bereits in Leipzig hatte ich durch einen der sächsischen Teilnehmer an dem Projekt der Bildung einer preußischen Partei genaue Kenntnis von den Ursachen des Scheiterns des Plans und auch von dem Verlauf der Besprechung in Bremen erhalten. Es hätte daher Ihrer Mitteilung nicht bedurft, um mich über Ihre Haltung in dieser Angelegenheit zu beruhigen, um so weniger, als mir Ihre politische Richtung ja seit Jahren vollkommen bekannt ist und wir uns noch in Bremen selbst über die Versuche neuer Parteibildungen besprochen hatten. Beiläufig will ich Ihnen nach dem in Leipzig Erfahrenen noch mitteilen, daß Römer und Reventlow in Preußen so wenig Anklang gefunden hatten, daß die wenigen für ihre Zwecke Gewonnenen — hauptsächlich nur Jul. Schmidt und Wehrenpfennig — selbst die Abbestellung der Hamburger Zusammenkunft veranlaßt haben.

Die Frankfurter Abgeordnetenversammlung[2]) war ein höchst un-

[1]) Bennigsen verlas in der Ausschußsitzung am 29. September den Brief Schulzes und drückte, da die Mehrheit trotzdem bei Frankfurt blieb, wie es im Protokoll heißt, „wiederholt die zuversichtliche Erwartung aus, daß die Herren Metz, Müller und Pretorius ihren Einfluß auf die Mitglieder von hier und Umgegend dafür aufzubieten entschlossen und sich dem Ausschuß gegenüber gleichsam dafür zu verbürgen imstande seien, daß einseitig örtliche Stimmungen und Auffassungen keine unverhältnismäßigen Ansprüche in der Versammlung erheben würden. Dies wurde von den genannten drei Mitgliedern, namentlich von Herrn Metz, denn auch zugesichert". Infolge des Beschlusses erhob die „Nationalzeitung" in einem beachtenswerten Leitartikel vom 4. Oktober einen sehr „preußischen" Einspruch gegen das unberechtigte Uebergewicht der Südwestdeutschen.

[2]) Bennigsen, der ursprünglich sich gar nicht hatte beteiligen wollen, war der erste Vizepräsident der Tagung. Unter den Beschlüssen war der radikalste

glückliches Unternehmen. Es ist unverantwortlich, ein unter Umständen so wirkungsvolles Mittel in dieser Art abzunutzen. Einen Vorteil wird der Ausgang mit dem obligaten Verhalten der Preußen aber doch möglicherweise haben, daß er die Krisis in dem gänzlich verkommenen Parteiwesen in Berlin beschleunigt und unsre zuverlässigen Freunde dort zu einem positiven Programm in der auswärtigen Politik nötigt, selbst auf die Gefahr hin, vorübergehend im Lande und bei den Wählern Anstoß zu erregen. Daß sie durch ihre stumme Haltung sich um alles Ansehen bringen und nur Bismarcks Autorität vermehren, muß doch endlich allen klar geworden sein. Das verkehrteste Programm ist besser, als wenn man gar keins zu haben wagt.

Ich war nach der Frankfurter Versammlung noch acht Tage in Heidelberg und der Pfalz. Der stärkste Eindruck, welchen ich von Süddeutschland mitgebracht, ist mir aus der ganz allgemeinen Verachtung oder Ignorierung — was im Grunde noch schlimmer ist — Oesterreichs geworden. Ich habe darüber die merkwürdigsten Aeußerungen und Mitteilungen, namentlich auch von Württembergern und Bayern erfahren. Die preußische Politik hat doch einmal wieder ein fabelhaftes Glück. Ueberhaupt arbeitet sich der staatliche Teil unsers nationalen Programms merkwürdig schnell auch im Süden durch; aber mit dem freiheitlichen sieht es freilich vorerst jammervoll aus.

Sammer an Bennigsen.

Kiel, 20. Oktober 1865.

Haben Sie besten Dank für Ihren freundlichen Brief vom 13. d. M. Ich muß mich häufig fragen, ob wir denn in die Zeit der Karlsbader Beschlüsse zurückversetzt werden sollen? Ich vermag auch nicht recht an den Sieg dieser Reaktion ohne vorhergegangene Aktion zu glauben. Sollte sie aber siegen, so würde nichts gewisser sein, als daß die wilde Demokratie sehr an Anhängern gewinnen würde.

Die Nachrichten, daß Bismarck in Biarritz zu einem formellen oder auch nur materiellen Uebereinkommen nicht gelangt ist, sind richtig. Es handelte sich nur um Redensarten, die indessen für Bismarck nicht ohne Wert sind, weil er Oesterreich damit schrecken kann.

---

die Aufforderung, keiner der Regierungen, „welche die bisherige Politik der Vergewaltigung fördern", Steuern zu bewilligen. Dieser schon am 3. September vereinbarte Beschluß, mit dem Bennigsen anscheinend nicht übereinstimmte, wäre, wie von Hassell II, 2, S. 268, berichtet, beinahe der Anlaß geworden, daß ein übereifriger hannoverscher Staatsanwalt den Versuch machte, Bennigsen wegen Aufreizung zum Aufruhr vor das Schwurgericht zu stellen. Der Justizminister aber riet — es muß eine der letzten Ministerhandlungen Windthorsts gewesen sein — dem König davon ab.

Böhmert an Bennigsen.

Bremen, 25. Oktober 1865.

... Seit jener Zeit sind die Ereignisse über den Nationalverein hinweggegangen, und es ist zu fürchten, daß er in der hereingebrochenen Krisis vorläufig von der Schaubühne unsers öffentlichen Lebens, wenn nicht verschwinden, doch mit seinen Bestrebungen für die nächste Zukunft ganz in den Hintergrund treten werde. Von manchen kompetenten Beurteilern unsrer politischen Lage, die ich in der Hauptsache als Gesinnungsgenossen zu betrachten Ursache habe, hörte ich sogar die Ansicht, daß ein Auseinanderfallen des Nationalvereins kein großes Unglück sein würde, daß es besser sei, wenn die großen Gegensätze, welche jetzt durch unser politisches Leben gehen, sich reiben und aufeinander platzen und öffentlich miteinander ringen, als wenn das politische Selbstdenken durch sog. einmütige Resolutionen, welche die Gegensätze nur auf kurze Augenblicke verkleistern, gelähmt werde. Ich teile mit der Mehrzahl meiner näheren politischen Freunde nicht diese Ansicht, wir möchten auch unserseits zur Erhaltung des Nationalvereins unser bescheidenes Teil beitragen und haben daher seit einigen Wochen versucht, eine Anzahl von Freunden in Deutschland für ein möglichst einheitliches Auftreten in Frankfurt und für einen letzten Versuch zur Wahrung des alten Programms des Nationalvereins zu bestimmen. Nach Rücksprache mit meinen hiesigen Freunden stehe ich nicht an, Dich vor der Versammlung von diesem Schritte in Kenntnis zu setzen und Dich zu bitten, doch womöglich auch in der Ausschußsitzung eine das alte Programm wieder hervorhebende Resolution mit zu unterstützen [1]) ...

... Du schriebst mir vor einem Jahr, daß man den Absolutismus wohl ertragen könne in schwerer äußerer Bedrängnis, daß man ihn aber nicht provozieren dürfe. Darin liegt eine gewisse Wahrheit. Allein wie, wenn uns jetzt durch die Verhältnisse die Wahl gestellt ist, zu

[1]) Näheres darüber in einem Briefe von A. Emminghaus in Bremen vom 16. Oktober 1865, in dem dafür geworben wird, auf der nächsten Generalversammlung in der schleswig-holsteinischen Frage einen Beschluß zu fassen, „durch den wieder das ursprüngliche Programm, der Gedanke der politischen Einigung Deutschlands unter Preußens Führung, an die Spitze der Agitation gestellt wird". Beschlüsse, die, wie die Eisenacher von 1864, das ursprüngliche Programm des Nationalvereins preisgäben, würden vor allem in Norddeutschland zahlreiche Austritte hervorrufen. Trotzdem im Ausschuß wahrscheinlich die preußenfeindliche Mehrheit den Sieg davontragen würde, sei bei zahlreicher Beteiligung aus Norddeutschland die Aussicht für ein solches Unternehmen der Gemäßigten günstig. Zu diesem Zwecke wurde eine Vorbesprechung in Kassel am 28. Oktober und gemeinsame Operation, vor allem auch zur Umgestaltung des Ausschusses, vorgeschlagen.

entscheiden: ob wir bloß die alten Forderungen des Liberalismus bequem und tatenlos wiederholen oder unsre feste Position zu der viel wichtigeren Einheitsfrage, die jetzt an uns herangetreten ist, einnehmen wollen? Wir verschreiben uns Bismarck ja nicht mit Gut und Blut, sobald wir das unterstützen, was er gegen den Partikularismus unternimmt. Wir behalten uns volle Freiheit der Wahl vor, und wir werden im entscheidenden Augenblick, sobald er etwa mit Frankreich im antinationalen Sinne paktieren sollte, sofort Front gegen ihn machen, aber wir dürfen meiner Ansicht nach auf bloße Befürchtungen hin nicht auch das uns gebotene Zweckmäßige zurückweisen. Die Zeiten sind ernst genug, daß eine Entscheidung zwischen Einheit und Freiheit nötig ist. Wir sind tatsächlich wehrlos im nächsten europäischen Konflikt, wenn uns Preußen nicht schützt, und wir müssen diese Macht stärken, so schwer es uns fallen mag, dadurch vorübergehend auch antifreiheitliche Strömungen zu stärken. Aber wir müssen das Vertrauen zur Nation haben, daß sie, einmal geeinigt, ihre konstitutionellen Rechte und Freiheiten sich ohne Mühe erobern werde. Was ist denn in aller Welt an dieser Scheinfreiheit der Einzelstaaten gelegen? Wir sehen es jetzt in Hannover. Ein königlicher Wink verweht diese drei Jahre lang gehegten Erwartungen. Preußens Vertreter haben im Augenblick tatsächlich größere Pflichten gegen die Zukunft ihres Staates, als den bloßen Liberalismus zu pflegen. Wir müssen in der Politik den Moment benutzen und dürfen nicht dulden, daß Bismarck ihn allein ausbeutet und das ausführt wider unsern Willen, was wir lieber selbst ausführen möchten auf dem Einheitsgebiete. Ich weiß, welchen Wert Du auf die Verbindung des Nordens mit dem Süden legst, aber ich fürchte, und die Tatsachen haben es bestätigt, daß wir durch eine unsichere Haltung, durch stetes Nachgeben gegen den Süden nichts gewinnen, im Süden und im Norden allmählich auch den letzten Grund und Boden verlieren.

Unruh an Bennigsen.

Berlin, 26. Oktober 1865.

Ich würde (in der Generalversammlung in Frankfurt) nicht ausgleichend, vereinigend, sondern spaltend und erbitternd wirken: denn käme ich hin, so dürfte ich mich nicht abhalten lassen, meine Ansichten den Süddeutschen, den Schleswig-Holsteinern und meinen speziellen Landsleuten frei und offen ins Gesicht zu sagen. Die Bevölkerung der Mittel- und Kleinstaaten und die Kammern derselben haben es nicht vermocht, zum Teil kaum versucht, ihre Regierungen zur Entscheidung der Anerkennungsfrage am Bunde zu drängen. Auch auf die

Beteiligung am Kriege ist nicht hingewirkt worden, welche doch das allein wirksame Mittel gewesen wäre, auch beim Friedensschlusse mitzuwirken: „Mittaten, mitraten" ist ein altes deutsches Wort. Selbst als die Dänen deutsche, nicht preußische, Schiffe kaperten, saß man still, begnügte sich mit Schimpfen auf Preußen und ließ es gewähren, d. h. handeln. Nicht nur der Bund, sondern auch die Mittel- und Kleinstaaten haben sich im ganzen Verlauf der schleswig-holsteinischen Sache absolut ohnmächtig erwiesen. Von uns Preußen verlangte man, wir sollten einen starken Druck auf unsre Regierung üben, während unsre Söhne vor dem Feinde standen, und vor allen Dingen die ganzen Herzogtümer den Dänen abgenommen werden mußten. Wir haben gegen Bismarck und seine Politik gekämpft und werden mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen, auch ferner kämpfen, aber der Kampf gegen eine energisch handelnde Regierung in einem größeren Militärstaat ist schwieriger als in Mittel- und Kleinstaaten die schlaffen Regierungen in ihrer eignen Richtung zu den gebotenen Schritten: Anerkennung des Herzogs am Bunde, Teilnahme am Kriege und Friedensschlusse zu treiben.

Wer das nicht gekonnt hat, wer seine Ohnmacht und Bedeutungslosigkeit so offen an den Tag brachte, der sollte doch jetzt den Mund nicht so voll nehmen, der sollte sich doch hüten, das zur Aktion unleugbar sehr geeignete Preußen ganz in Reih und Glied mit den ohnmächtigen andern deutschen Staaten zu stellen und nicht nur Herrn Bismarck, sondern auch einem großen Teil der preußischen Bevölkerung vor den Kopf zu schlagen und (sie) Bismarck zuzutreiben. Dies geschieht, wenn die übrigen Deutschen in den alten Fehler zurückfallen, den Staat Preußen und seine Bevölkerung in einen Topf mit seiner Regierung zu werfen, tüchtig auszuschimpfen und gerechten Forderungen Preußens gar keine oder nur scheinbar und widerwillig Rechnung zu tragen. Preußen ist nun einmal die gute Hälfte Deutschlands, es hat als Staat sein Gewicht und seine Geschichte. Seine Bevölkerung beginnt seit dem Abgeordnetentage trotz der traurigen inneren Zustände über die „Resolutionen" zu lachen. Nun gar die Schleswig-Holsteiner! Im Herbst und Winter 1863 verlangte Deputation auf Deputation von Preußen Truppen, nichts als Truppen! Man war zu allen möglichen Konzessionen bereit bis zur faktischen Mediatisierung durch Preußen. Kaum sind die Dänen herausgeworfen, so erklärte Graf Baudissin zu mir (im März 1865), die Herzogtümer bedürften gar keines preußischen Schutzes! In Ihrer Gegenwart stellte in Leipzig ein Vertreter der schleswig-holsteinischen Vereine den Satz auf: „Jede Konzession an Preußen sei der Anfang zu einem Sonderbunde,

den man nicht begünstigen, den man nicht dulden dürfe!" Niemand wies den Herrn zurecht.

Dazu das Benehmen des Herzogs, der anfangs Uniformen und Waffen anschaffen und es darauf ankommen lassen wollte, ob die Bundestruppen es wagen würden, seine Bataillone zu entwaffnen. Dann wurden plötzlich Uniformen und Waffen beiseite geschafft, versteckt, und Herr Samwer beginnt mitten zwischen Oesterreich und Preußen zu diplomatisieren ohne den der wirksamen Diplomatie unentbehrlichen Hintergrund der Kanonen und Bajonette. Endlich wird ein auf Schrauben gestellter Brief mit vielen „Wenn's" und Vorbehalten an Bismarck geschrieben. Anders stände wahrscheinlich die Sache, wenn der Herzog statt alles Diplomatisierens laut und öffentlich erklärt hätte, daß er die und die Konzessionen an Preußen zu machen entschlossen sei, die Einberufung der Stände verlange und die Regierung nicht antreten werde, sofern die Stände jenen Konzessionen nicht zustimmten. Damit wurde Bismarck die Möglichkeit eröffnet, sich von Oesterreich loszumachen. Auf solcher Grundlage konnte er auf Einberufung der Stände eingehen, und wenn er es nicht tat, so lag die Schuld nicht am Herzog. Jetzt sagt er, und wohl nicht mit Unrecht, die Stände oder Kammern würden versucht haben, Preußen mit langer Nase abziehen zu lassen.

Ich halte es für fehlerhaft, ja für gewissenlos, den Schleswig-Holsteinern einbilden zu helfen, daß Resolutionen oder Resolutiönchen ihre Lage irgendwie bessern könnten. Wenn das überhaupt noch möglich ist, so kann es nur durch die Schleswig-Holsteiner selbst geschehen. Sie müssen Preußen *ernstlich* die Hand bieten, vernünftige Anerbietungen im Verein mit dem Herzog, und die erzpartikularistischen Gelüste unterdrücken. Dann hätten auch wir im preußischen Abgeordnetenhause eine Handhabe gegen Bismarck, dessen Politik wir wahrlich nicht billigen, auch nicht geschehen lassen wollen, wenn wir Macht dazu gewinnen. Ich will wenigstens keine gewaltsame Annexion, keinen Anfang zur Mainlinie, aber auch keinen absolut selbständigen Kleinstaat an den Nordmarken, der jetzt sehr antipreußisch ist und bei der nächsten Gefahr wieder um preußische Hilfe schreit. Die Fehler und völkerrechtswidrigen Handlungen Preußens in den Herzogtümern, ja die Ungeschicklichkeiten und Torheiten liegen so zutage, daß man dieselben nicht aufzuzählen braucht; aber ich wiederhole, das Benehmen Süddeutschlands und der Herzogtümer selbst, vor allem der neuen Vereine und ihrer Vertreter ist von der Art, daß Bismarck dadurch in Preußen selbst nur leichteres Spiel bekommt. Wenn die Bevölkerung Preußens nur die Wahl dazwischen hat, entweder das Selbstbestimmungsrecht der Herzogtümer dahin ausgedehnt zu sehen, daß es von deren Ermessen

abhängen soll, ob Preußen eine wirkliche Flotte schaffen kann oder nicht, oder Bismarck gewähren zu lassen, so ist die Wahl der großen Masse nicht zweifelhaft.

Mit solchen Ansichten in Frankfurt durchzudringen habe ich nicht die entfernteste Aussicht. Dieselben zurückzuhalten und die Süddeutschen nebst den Schleswig-Holsteinern mit Samtpfötchen anzufassen, dazu fühle ich mich ganz außerstande. Schulze, Loewe und Duncker werden ja diesen Versuch machen. Ich würde nur die Spaltung vermehren, mir alte Freunde entfremden und andre erbittern. Man würde sagen, ich hülfe Bismarck! Es ist besser, ich bleibe zu Hause. Das wird man mir auch übelnehmen, mich nicht wieder in den Ausschuß wählen. Das muß ich mir gefallen lassen. Ich glaube, daß der Nationalverein erst wieder Boden gewinnt, wenn das Regierungssystem in Preußen wechselt und er die in den offenen Fragekasten gelegte preußische Spitze wieder hervorsucht und aufsteckt.

*

Die vorstehenden Briefe geben ein Bild davon, wie weit im Nationalverein die Zersetzung um sich gegriffen hatte. Nach der Auflösung des radikalen Flügels schien jetzt der rechte ins Wanken zu kommen und eine eigne Parteibildung anzustreben. Der Kern aber geriet durch Bismarcks unvermutete Wendung im Gasteiner Vertrag von neuem in Verwirrung und Verbitterung. Schon klagte die gewaltige Stimme Heinrich von Treitschkes, unwiderstehlich für alle unitarisch und annexionistisch Gesinnten, in seinem Aufsatz „Die Parteien und die Herzogtümer" (Ende September 1865) den Nationalverein offen der Felonie und Fahnenflucht an: „Das Programm des Nationalvereins enthielt neben Anklagen, Stoßseufzern und unbestimmten Phrasen einen einzigen positiven Satz, den von der sog. preußischen Spitze. Diesen hat man fallen lassen, die Phrasen sind geblieben ... Wir haben unser altes Ziel, Deutschlands Einheit durch Preußen, unverrückt im Auge behalten; die große Masse der weiland nationalen Partei ist untreu geworden dem einzigen Gedanken, der ihrem Dasein ein Recht und einen Sinn gab. Ja, wir können nicht zurückhalten mit der Anklage, daß der Nationalverein die preußische Führung niemals mit rechtem, derbem Ernst gewollt hat. Eine Idee wie diese, die zusammenhängt mit allen großen Erinnerungen unsrer Geschichte, eine solche Idee wirft ein Mann nicht gelassen über Bord, sobald er sie einmal mit Ernst ergriffen hat." Die Worte des Heißblütigen, den der ähnlich denkende Freytag immer wieder zur Nachsicht mahnte,[1]) schossen freilich

[1]) Freytag an Treitschke, 19. November 1865 (Briefwechsel S. 80): „Seien Sie auch gegen den Nationalverein nicht zu strenge. Er ist eine Kleinkinder-

weit über das Ziel hinaus. Der Einheitsstaat, den er wollte, war niemals das Ziel Bennigsens gewesen, und insofern gab der Nationalverein auch nicht etwas auf, was er früher erstrebt hatte. Nur in einem hatte Treitschke recht: die Wortführer der preußischen Hegemonie in den Jahren 1859/60 standen jetzt, da sie sich vorbereitete, abwartend und mißmutig der Durchführung ihrer politischen Ideen gegenüber. Sie hatten ihr altes Programm nicht aufgegeben, aber ihre politischen Handlungen blieben hinter ihren Worten zurück. So erklärt es sich, daß eine „großpreußische" Richtung, die Bennigsen von Anfang an abgelehnt hatte, emporzukommen und das Erbe des Nationalvereins anzutreten versuchte. Zwar verliefen die Anläufe zu einer neuen Parteibildung im Sande.[1] Aber die Nachwirkungen innerhalb des Nationalvereins blieben nicht aus. Die Bremer standen mit ihren Ansichten bald nicht mehr allein, so heftig auch die „Wochenschrift" des Nationalvereins das bremische Organ, die „Weserzeitung", bekämpfte; in der Ausschußsitzung vom 29. September 1865 erklärte sich auch der Kurhesse Jungermann zugunsten des preußisch-deutschen Einheitsstaates und forderte auf, das deutsche Programm nach dieser Richtung hin zu entwickeln und zu präzisieren. Ein Mann von dem feinen politischen Witterungsvermögen Miquels, der in den letzten Jahren mit das Beste getan hatte, zog sich vorübergehend von der aktiven Mitarbeit zurück: „Ich fürchte, mit einem großen Teil meiner Kollegen im Ausschuß nicht mehr auf einem Boden zu stehen; daß ich dem Nationalverein, mag er beschließen, was er will, treu und gewärtig bleibe, versteht sich von selbst."[2]

Unter solchen Stimmungen trat die Generalversammlung des Nationalvereins Ende Oktober in Frankfurt zusammen. Die maßlosen Beschlüsse des Abgeordnetentages, die auch Bennigsen mißbilligte, hatten sogar einen Versuch der Großmächte gezeitigt, bei dem Frankfurter

---

bewahranstalt für zuchtlose Demokratie, die allmählich an die Idee Preußens gewöhnt werden soll und an ein parlamentarisches Selbstbeschränken. Es ist gleichgültig, was er gerade formuliert, jeder solche Kompromiß hilft wieder auf einige Zeit die Mitglieder den Händen der Trabert, Eckardt u. s. w. fernhalten. Höhere Bedeutung hat er nie gehabt, aber auch diese schlage ich nicht ganz gering an. Denn wenn einmal der Tag kommt, den ich zu erleben hoffe, wo Preußen in der Tat deutsche Eroberungspolitik treibt, dann kann er sich immerhin nützlich erweisen. Jetzt ist wünschenswert, daß wenigstens die sehr unvollkommene Verfassung desselben dauert."

[1] Zu den obigen Briefen vergleiche die Artikel in der „Wochenschrift des Nationalvereins" vom 5. und 19. Oktober 1865 „Die Großpreußen" und „Wider Treitschke".

[2] Miquel an Nagel, 24. Oktober 1865.

Senat gegen die Wiederkehr solcher Vorgänge zu protestieren, so daß die Tagung einen Augenblick in Frage gestellt worden war.[1]) Die Ausschußsitzung, die am 28. Oktober der Tagung voraufging, dauerte bis drei Uhr nachts und führte zu einer, wie es im Protokoll heißt, „teilweise sehr erregten Diskussion, welche sich vorzugsweise um den auf die schleswig-holsteinische Frage bezüglichen Teil des Entwurfs, namentlich um die Grenzen des Selbstbestimmungsrechts der Schleswig-Holsteiner bewegte". Das Ergebnis, wie es in dem Ausschußantrage in der schleswig-holsteinischen und deutschen Frage zutage trat, war eine deutliche Abkehr von den Beschlüssen der Generalversammlung von 1864 und eine Hinneigung zu den Wünschen der Rechten und der Preußen. Und zwar in zwiefacher Weise. In der deutschen Frage wurde das Programm von 1860 und die Uebertragung der Zentralgewalt an den größten reindeutschen Staat Preußen, wenn auch unter der gewohnten Bedingung, wieder sichtbar in den Vordergrund geschoben. In der schleswig-holsteinischen Frage wurden nach den maritimen nun auch die militärischen Konzessionen Preußen zugestanden, und die zwischen den preußischen Abgeordneten und dem engeren Ausschuß der Schleswig-Holsteiner Vereine getroffene Berliner Vereinbarung vom 26. März als eine genügende Basis zur beiderseitigen Verständigung und zur Befriedigung der nationalen Interessen anerkannt.[2]) Bennigsen setzte jedoch

[1]) Ein von Sammer an Bennigsen gesandter Bericht aus Frankfurt vom 14. Oktober schildert diesen Versuch: „Das österreichische Schreiben soll viel ruhiger und anständiger in der Form sein als das preußische und mehr in der Art eines Rates und einer Erörterung sich halten. Doch soll auch hier gelegentlich die Möglichkeit andrer Maßregeln angedeutet sein. Die beiden Geschäftsträger übergaben ihre Depeschen gemeinschaftlich dem Bürgermeister der Stadt Frankfurt, welcher sie denn auch damit zu dem Senator Müller, dem Diplomaten des Senats, schickte. Dieser fragte: Was es denn heißen solle, die beiden Mächte werden nötigenfalls die Sache in die eigne Hand nehmen? Herr von Wentzel antwortete ohne Bedenken, ohne Zweifel seien militärische Maßregeln gemeint. Die weitere Frage: Ob denn die beiden großen Mächte sich für berechtigt erachten, dem lediglich unter dem Bunde stehenden Oberkommandanten Befehle zu geben, wurde nur mit einem Achselzucken beantwortet. Senator Müller referierte gestern früh im Senate, wo sich eine äußerst stürmische Diskussion erhob, und namentlich der Vorschlag, den Ausschuß zur Zurücknahme der Einberufung des Nationalvereins zu bewegen zu suchen, als unwürdig und unwirksam abgelehnt wurde. Schließlich kam man doch, wie es scheint, noch ohne förmlichen Beschluß, dahin überein, daß die beiden Schreiben beschwerend dem Bundestage vorgelegt werden."

[2]) Der Ausschuß der schleswig-holsteinischen Vereine hatte in einem Schreiben an den Nationalverein vom 7. Juni 1865 eine Erklärung verlangt, daß Preußen nicht berechtigt sei, „einem Teile des deutschen Volkes gegenüber die Befugnisse einer Zentralgewalt in Anspruch zu nehmen", und daß Konzessionen über die

persönlich in dem Schlußsatze eine Verurteilung des Gasteiner Vertrages durch. Auch seine Eröffnungsrede zeigte, daß er selbst weit entfernt war, sich durch die Politik Bismarcks von dem eingeschlagenen Mittelwege ablenken zu lassen. „Wir dürfen in den Zeiten des Kampfes, der uns bevorsteht, uns nicht abwenden lassen durch das berechtigte Gefühl der Erbitterung über das Regiment in Berlin und durch leidenschaftliche Gereiztheit von demjenigen Wege, den die nationale Partei als den richtigen für die politische Entwicklung Deutschlands erkannt hat; noch viel weniger aber dürfen wir uns bestechen und verlocken lassen von denjenigen Stimmen, die ihr Heil suchen in einem Zuwachs von Macht für den größten reindeutschen Staat auf Kosten der höchsten idealen Güter der Nation. Kein Volk kann ohne die größte Gefahr der Zerstörung seines innersten Kernes auf den Zuwachs äußerer Macht hinarbeiten unter Aufhebung des Rechtsgefühls, des Freiheitsgefühls und der sittlichen Güter; am wenigsten nach seiner ganzen Natur das deutsche, ohne sich selbst dem Verderben preiszugeben. Schon strecken die beiden deutschen Großmächte, die tatsächlich zurzeit die alleinigen Inhaber der Macht in Deutschland sind, die Hand aus nach den Resten der politischen Freiheiten, welche die Nation gerettet hat aus dem Schiffbruch der Bewegung von 1848. Wir danken es den Behörden dieser alten Freien Reichsstadt Frankfurt, daß sie mit Festigkeit dem Drängen und den Drohungen entgegengetreten ist, daß sie neben der Selbständigkeit des eignen Staates auch die wertvollsten politischen Güter, das Recht der freien Versammlung und der freien Rede für die Nation, mit Entschiedenheit verteidigt. Machtlos aber würde der Widerstand kleiner Staaten und ihrer Regierungen in Deutschland sein, wenn er sich nicht stützen könnte auf eine gesunde politische Kraft, auf einen festen Willen des deutschen Volkes. Ein großes Volk, welches sich nicht selbst preisgibt, kann auch in schlimmen Zeiten des äußersten Druckes sich erwehren und ruhig des Tages warten, wo das Gebäude der politischen Herrschaft in Deutschland, welches in diesem Augenblicke gestützt ist auf ein Bündnis der Vormächte mit der Absicht gegenseitiger Ueberlistung, der Bedrängung und Unterdrückung der Bundesgenossen und der Verletzung der höchsten politischen Rechte und Interessen der Nation, wo dieses Bündnis und mit ihm die ganze Reaktionsgewalt ohnmächtig zusammenbricht und die deutsche Nation wieder auf dem Kampfplatz erscheinen kann, um selbst ihre Geschicke in die Hand zu nehmen."

Die politische Berechtigung von Mittelparteien bemißt sich, mehr

Vereinbarung vom 26. März hinaus (s. oben) „eher dazu angetan seien, das Interesse Gesamtdeutschlands zu gefährden als zu fördern".

als die andern Parteien, nach dem Erfolge, d. h. nach ihrer Fähigkeit, von links und rechts gemäßigte Elemente um sich zu sammeln, festzuhalten und, nach außen stark durch die Zahl ihrer Anhänger, nach innen durch den einsichtigen Ausgleich der Extreme, praktische Politik zu treiben. Hier aber führte alle Kunst der politischen Diagonale nur dazu, bald auf der einen, bald auf der andern Seite Gruppen des Nationalvereins abzustoßen und doch von der Möglichkeit praktischer Betätigung gleich weit entfernt zu bleiben. Auch das Einlenken der Generalversammlung von 1865 hatte solche Folgen. Vor allem in Süddeutschland, wo der Nationalverein im Oktober nur noch 2800 Mitglieder neben 12400 in Norddeutschland, 2200 in Mitteldeutschland und 400 im Auslande zählte, kam es zu einem weiteren Ausscheiden. Hatte der Bayer Crämer-Doos, der seit der Gründung im Ausschusse gesessen hatte, sich schon am 1. Oktober 1865 unter heftigen Klagen über den Hochmut der Norddeutschen losgesagt, so folgte ihm nach der Tagung eines der schwäbischen Ausschußmitglieder, weil „eine Verbindung der deutschen Staaten, bei der der Regent Preußens als solcher die deutsche Zentralgewalt habe, kein deutscher Bundesstaat, sondern ein souveräner preußischer Staat mit einer Reihe deutscher Vasallenstaaten sei".[1])

Wurde der Nationalverein somit manchem Süddeutschen zu preußisch, so erntete er bei den Preußen selbst darum keineswegs Dank. Bismarck beantwortete die Frankfurter Tagung mit einer scharfen Absage an die Partei, die ihren Glauben an Preußens Beruf immer mit Verwahrungen gegen das preußische Regiment mischte — sei es nun, daß er die Wankenden völlig auseinandersprengen wollte, sei es, daß er — nach Biarritz! — es für gut fand, seine eignen nationalpolitischen Ziele wieder stärker zu maskieren. Ein offiziöser Artikel vom 8. November erklärte: „Die Ziele des Nationalvereins sind niemals die Ziele Preußens gewesen: Die Führung Deutschlands, wie sie der Nationalverein versteht, hat Preußen jederzeit von sich abgewiesen, weil dabei der Untergang Preußens die Voraussetzung ist. Der Nationalverein will allerdings einen deutschen Bundesstaat mit Preußen an der Spitze aber nur auf Grundlage einer rein demokratischen deutschen Reichsverfassung. Wenn Preußen auf diese Bedingungen hin die sog. Führung Deutschlands übernehmen wollte, so müßte es zuvörderst die Grundlagen seiner ganzen bisherigen Machtstellung, vor allem sein kräftiges Königtum und alle die Einrichtungen, auf welchen die glorreiche Entwicklung unsers Landes beruht, unter den Willen eines deutschen Reichsparlaments beugen: Preußen müßte aufhören Preußen zu sein."

[1]) Pfeiffer (Stuttgart) an Bennigsen 31. Oktober 1865.

Eine weitere Wirkung der Bismarckschen Politik war, daß die preußischen Liberalen, ob sie nun innerhalb oder außerhalb des Nationalvereins standen, zwar in ihrer Bekämpfung der Regierung fortfuhren, aber ein gemeinsames positives Programm, zumal in der schleswig-holsteinischen Frage, nicht mehr aufzustellen imstande waren. Auch in ihrer Mitte schieden sich unentwegte Gegner von opportunistischen Politikern, und der unsinnige Preußenhaß der Süddeutschen wie die großen Worte der kleinen Staaten trugen dazu bei, diese Entwicklung zu begünstigen.

Bennigsen an Oetker [1]).

18. (?) Januar 1866.

Ihren Brief vom 14. erhielt ich erst gestern abend, wo ich nach mehrtägiger Abwesenheit hierher zurückkehrte. Es sollte mir leid tun, wenn Ihr Gesundheitszustand Ihnen die Reise nach Berlin nicht gestattete. Im Winter müssen Sie sich aber doch gewiß sehr schonen. Die Ansicht der Ausschußsitzung in Berlin, und gerade unmittelbar nach dem Zusammentreten des preußischen Landtags, war wesentlich die von Ihnen angenommene. [2]) Der Fehler, welchen die

[1]) Gedruckt: Lebenserinnerungen von Friedrich Oetker III, S. 421 ff.

[2]) Protokoll der Ausschußsitzung vom 21. Januar: Bericht der preußischen Ausschußmitglieder über die Ansichten des preußischen Abgeordnetenhauses:

1. Das Haus wird unzweifelhaft auch in dieser Session gegen die schleswig-holsteinische Politik des Ministeriums sich ablehnend und negativ verhalten, insbesondere jede Geldbewilligung für dieselbe verweigern.

2. Es wird dagegen zu einem positiven, auf die endgültige Lösung der Frage bezüglichen Ausspruch — so sehr die meisten, wo nicht alle der Redner für ihre Person einen solchen als geboten erachten — nicht leicht zu bewegen sein, und zwar hauptsächlich aus folgenden Gründen:

a) Weil innerhalb der Mehrheit des Hauses selbst, wenn schon nur wenige Anhänger der Annexion sich unter ihr befinden, doch im übrigen eine große Meinungsverschiedenheit besteht, welche das Zustandekommen einer kompakten Majorität für irgendein Programm sehr unwahrscheinlich macht. Während zum Beispiel die einen über das Berliner Kompromiß hinausgehen und sich mehr oder weniger dem Standpunkt der Februarforderungen nähern, wollen wieder andre den Schleswig-Holsteinern vor deren staatlicher Konstituierung überhaupt keine bindenden Zugeständnisse abgedrungen wissen. — Es wurde gelegentlich der Debatte konstatiert, daß solche Meinungsverschiedenheit selbst unter den anwesenden Mitgliedern des Hauses anzutreffen sei.

b) Weil die nämliche Divergenz der Ansichten und Wünsche auch im Lande hervortreten würde, sobald ein positives Programm in Frage komme, und man angesichts der verfassungsmäßig im Herbst des Jahres, unter Umständen vielleicht auch schon früher, bevorstehenden Neuwahlen es sorgfältig vermeiden müsse, einen Zankapfel in die liberale Wählerschaft zu werfen.

c) Weil man Bedenken trage, sich diesem Ministerium gegenüber irgendwie zu präjudizieren, und ihm zum Beispiel durch Befürwortung auch nur eines

preußischen Freunde seit Jahren mit ihrer negativen Kritik begehen, wird in seinen Folgen immer verderblicher, und zwar nicht mehr allein für unsre Parteibestrebungen, sondern für die Stellung Preußens und Deutschlands überhaupt. Was Preußen noch vor einem Jahre in den Herzogtümern von selbst ohne Gefahr in die Hände fiel, ist durch frivole Politik der Regierung gar nicht mehr oder nur unter sehr bedenklichen Aspekten erreichbar. Die Uneinigkeit und Ratlosigkeit der Abgeordnetenmajorität und die dadurch fortwährend erhaltene Verwirrung der öffentlichen Stimmung in Preußen und Norddeutschland tragen aber dieselbe Schuld an diesem Unheil als Herr von Bismarck. Die preußischen Kammern mußten Bismarck mit Entschiedenheit unterstützen oder bekämpfen. Das erstere wäre meiner Ansicht nach verderblich gewesen, aber in seinen nachteiligen Folgen nicht zu vergleichen mit dieser auf jeden Politiker, der den Namen verdient, den Eindruck vollster Kopflosigkeit machenden Passivität. Spätere Zeiten werden dies testimonium paupertatis aus dem Alter der Kinderkrankheiten des preußischen Verfassungslebens gar nicht begreifen.

Minimums von preußischerseits zu erstrebenden Zielen irgendeinen Stützpunkt, insbesondere eine Handhabe für Geldforderungen, zu geben.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob nicht, wie aus der Haltung der Presse hervorzugehen scheine, der Glaube an den schließlichen Erfolg der Bismarckschen Politik, sofern sie auf die Annexion abziele, sich im Lande beträchtlich verändert habe, und ob nicht wenigstens gegen die letztere ein Ausspruch des Hauses herbeizuführen sein möchte, wurde (namentlich von Herrn von Unruh) erwidert, das erstere sei allerdings unverkennbar, das andre jedoch, aus ähnlichen wie den bereits angeführten Gründen, gleichwohl schwerlich zu erreichen.

In der nunmehr folgenden Diskussion nahmen fast sämtliche nichtpreußische Mitglieder Gelegenheit, sich zugunsten eines positiven Votums des Abgeordnetenhauses zu äußern. Es wurde namentlich geltend gemacht:

1. Daß eine Körperschaft wie die preußische Volksvertretung gegenüber der wichtigsten Tagesfrage Preußens und Deutschlands unmöglich lautlos und ohne ein bestimmtes Programm verharren könne, ohne ihrem politischen Ansehen Eintrag zu tun. 2. Daß eine Verständigung zwischen Preußen und dem Volke der Herzogtümer gänzlich aussichtslos sei, letzteres vielmehr in eine stärkere Verbitterung hineingetrieben werden müsse, solange es lediglich die Politik Bismarck sich gegenüber habe und nicht die preußische Volksvertretung als versöhnende Instanz dazwischentrete. 3. Daß auch der öffentlichen Meinung im übrigen Deutschland gegenüber eine unumwundene Lossagung von der Bismarckschen Gewaltpolitik und die Aufstellung eines nationalen Lösungsprogrammes dringend zu wünschen sei, wenn anders die Blicke der Nation wieder eine Richtung nach Berlin erhalten sollten. 4. Daß, wenn die Politik der Annexion zum Rückzug genötigt würde, ohne daß ihr bis dahin das Haus ausdrücklich entgegengetreten sei, diese Niederlage dann beschämenderweise lediglich als Frucht des auswärtigen Widerstands erscheinen, im andern Falle dagegen wesentlich der Opposition des eignen Landes zugeschrieben würde.

Ich habe übrigens nur geringe Hoffnung, daß die Majorität in Berlin dieses Mal zu einem Beschluß kommt. Die Uneinigkeit und der Mangel an Selbstgefühl sind unter den Führern zu groß. Ist es denn in Deutschland wirklich so schwer, zur Abwechslung einmal einige Zeit gegen den Strom zu schwimmen?

Heute erscheint uns die Politik der Liberalen viel schwächlicher, als sie in Wirklichkeit gewesen ist: weil wir jetzt das bewußte Ziel und die geheimen Wege der verdeckten Politik Bismarcks überblicken, die damals seinen Gegnern ein folgerichtiges Handeln fast unmöglich machte, weil der Erfolg seiner genialsten Aktion vor aller Augen liegt: sodann weil alle die Gründe, die den Liberalen innerhalb und noch mehr außerhalb Preußens damals den Anschluß an die preußische Politik erschwerten, dem nachlebenden Geschlecht fast aus dem Gedächtnis gewischt sind.

Der Umschwung, der sich um die Wende des Jahres 1865/66 vorbereitete, blieb den Gemütern nicht mehr fremd. Die Reaktionspolitik Bismarcks seit Ende 1862 hatte die Liberalen nur äußerlich zu treffen vermocht, innerlich aber in und außer Preußen in fester Haltung zusammengeschmiedet. Auf diesem Gebiet allein konnten sie auf die Dauer nicht unterliegen. Die auswärtige Politik Bismarcks aber, zumal in Schleswig-Holstein, dem gelobten Lande ihrer nationalpolitischen Träume, schlug den Liberalen unheilbare Wunden, sie zersprengte ihren Verband, trug die Uneinigkeit in den Abgeordnetentag und machte den Nationalverein so gut wie die fortschrittliche Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses aktionsunfähig. Eine einzige ungeheure Lähmung der politischen Parteien ging von dem Machtgedanken aus, den Bismarck mit dämonischer Verschlagenheit handhabte, gegen die Gegner von heute so gut wie gegen die Freunde von morgen. Wie der Magnetberg der Sage die eisernen Nägel aus dem Schiffe zieht, so holte er aus dem Einheits- und Freiheitsprogramm der liberalen Nationalpartei alles heraus, den inneren Halt und den Glauben an sich selbst. Lange hatte man den Sturz dieses Ministers als letztes und ausschließliches Ziel verkündet, jetzt, am Vorabend des Deutschen Krieges, war doch auch Bennigsen von dem dumpfen Gefühl der Alternative durchdrungen: ihn bekämpfen oder mit ihm gehen.

Sechstes Kapitel

Der Deutsche Krieg und die Katastrophe Hannovers

Auch in den Köpfen jener, die im Jahre 1866 mit der Fahne des Bundesrechts gegen die preußische Macht zu Felde zogen, und die noch heute in dem Ausgang des Streits den frevelhaften Sieg der Macht über das Recht beklagen, dämmert zuweilen eine Vorstellung von den lebendigen Kräften der Geschichte, die das Schicksal der Völker entscheiden.

Dem welfisch gesinnten Historiker von Hassell, der die Geschichte des Königreichs Hannover geschrieben hat, entlockt der Sieg, den die österreichische Diplomatie im Jahre 1850 über Preußen davontrug, die historisch-politische Betrachtung (Bd. I, 1, S. 136): „Es erscheint doch zweifelhaft, ob Fürst Schwarzenberg — oder sein kaiserlicher Herr — recht getan hat, in einem Zeitpunkt, wo der Sieg fast gewiß schien, auf die Entscheidung durch das Schwert zu verzichten. Nachdem die Dinge einmal so weit gediehen waren, hätte er sich durch keine noch so großen Zugeständnisse von einer Kriegserklärung abhalten lassen dürfen; denn es ließ sich voraussehen, daß Preußen die erlittene Demütigung nie vergessen, und wenn es die Kraft in sich fühlte, blutige Vergeltung nehmen würde. Nur durch Waffengewalt konnte die deutsche Frage endgültig entschieden werden; und eine Niederlage Preußens im Felde hätte dessen Suprematiegelüsten auf lange Jahre ein Ende gemacht." Mit andern Worten, auch der Anhänger des formalen Bundesrechts hält die Machtentscheidung nachträglich für berechtigt, wenigstens in dem Momente, wo er die Hoffnung hegt, sie hätte gegen Preußen ausfallen können; nur diejenige Machtentscheidung, welche im Jahre 1866 für Preußen und gegen Hannover ausgefallen ist, bleibt ihm ein unsühnbarer Völkerfrevel.

Auch die Stimmung der verantwortlichen hannoverschen Politiker Preußen gegenüber war von jeher voll von Vorstellungen aus der Sphäre der reinen Machtpolitik. Man lese nur die Erwägungen, die Graf Platen im Juli 1865 an die Möglichkeit einer preußischen Festsetzung in Schleswig-Holstein knüpfte: „Ein Machtzuwachs für Preußen nach bloßer Quadratmeilen- und Seelenzahl fällt weniger ins Gewicht als dessen Annäherung an das Nordseegebiet, welches im österreichischen und deutschen Interesse behauptet werden muß. Wie sehr aber Preußen

nach der Gewinnung von Einfluß auf diesem Gebiete strebt, beweist das große Gewicht, welches man in Berlin auf den Nordostseekanal legt. Um so mehr ist es dringend erforderlich, daß Oesterreich mit allem Ernste daran denkt und schleunige Schritte tut, daß die Nordsee für Oesterreich und für Deutschland erhalten werde. Der Weg dazu ist der, seine maritimen Streitkräfte in den Nordseehäfen Hannovers zu stationieren und auf diese Weise dasjenige Gebiet vom preußischen Einfluß auszuschließen, auf welchem später eine hannoversche Flotte als Kern der Bundesflotte gegründet werden muß." Das war es, was Preußen ein für allemal von Hannover zu erwarten hatte: eine bösartige Mißgunst, die sich lieber an solchen naiven Träumereien erbaute, statt die Wirklichkeit der Dinge zu schauen: man weiß, daß gerade der König von solchen Vorstellungen erfüllt war. Das war es, was Bennigsen immer von neuem bekämpft hatte: eine nebelhafte hannoversche Machtpolitik mit der geheimen Spitze gegen Preußen. Wie oft hatte er den hannoverschen Staatslenkern die Lebensgefährlichkeit dieser Politik gepredigt! Noch zuletzt bei den Verhandlungen über die Zollvereinsverträge: „Wenn ein Staat, der in dem natürlichen Machtgebiet Preußens liegt, wie Hannover, österreichische Politik treibt, so muß das stets eine Schädigung seiner Interessen zur Folge haben." (3. April 1865.)

Freilich war es zu einem guten Teil die Angst vor preußischen Angriffsplänen, die die hannoversche Politik, auch nach vorsichtigeren Perioden, immer wieder auf diesen gefährlichen Weg trieb. Die Welfen bleiben bis heute dabei, daß diese Sorge gegenüber einem bewußten Annexionsplane allerdings berechtigt gewesen sei. In Wirklichkeit hat Bismarck, auch wenn er die äußerste Eventualität frühzeitig in Berechnung zog, doch keineswegs von langer Hand her ein Spiel zu diesem einzigen Ende angelegt. Vielmehr äußerte er im Herbst 1862 zu einem kurhessischen Staatsmann: Eine dauernd unfreundliche Politik des Kurfürstentums Hessen oder des Königreichs Hannover gegen Preußen müsse von diesem bald als unerträglich empfunden werden, da könne es äußerstenfalls dahin kommen, daß die beiden Fürsten ihre Souveränität und ihr Land verlören; viel willkommener aber im beiderseitigen Interesse sei ihm ein dem Nachbar wohlgesinntes Königreich Hannover, ein ebensolches Kurfürstentum Hessen, als etwa zwei wider ihren eignen Willen Preußen angegliederte Provinzen gleichen Namens.[1]) In demselben Sinne hielt er während dieser Jahre den hannoverschen Gesandten von Stockhausen in völliger Klarheit darüber, welchen Ge-

[1]) G. von Oertzen, Kapitel aus einem bewegten Leben 1855 bis 1864, S. 199 ff.

fahren Hannover sich durch eine preußenfeindliche Politik aussetzen würde. Auch in dieser Frage blieb Bismarck bis in den April und Mai 1866 hinein der Realpolitiker, der alle Möglichkeiten prüfte und die sicherste, die zu seinem Ziele führte, vorzog. Der offene Uebertritt Hannovers in das österreichische Lager würde in der Stunde der Entscheidung die Chancen seines Erfolgs immerhin fraglicher gemacht haben: also arbeitete er mit allen Mitteln, mit Ueberredung und Druck, daran, Hannover in das preußische Lager oder mindestens in die Neutralität herüberzuziehen. Auch seine Anknüpfungen mit Bennigsen im April und Mai 1866 dienten diesem Zwecke. Schlugen diese Versuche fehl, dann war im Kriegsfall sein Spiel noch gefährlicher als sonst, dafür allerdings der Gewinn, im Falle des Siegs, auch um so reicher: das wertvollste Kompensationsobjekt, das sich überhaupt für den preußischen Staatskörper denken ließ.

Die Gefahr bestand für Hannover also nur für den Fall seiner Gegnerschaft gegen Preußen. Bennigsen zog daraus die Folgerung, daß man um der Selbsterhaltung willen diese unnatürliche Gegnerschaft vermeiden müsse. Der König und seine Ratgeber wollten der Entscheidung zwar möglichst lange ausweichen, am Ende aber doch im Bunde mit Oesterreich und den Mittelstaaten die volle Souveränität auf jene Gefahr hin behaupten. Jeder Druck Preußens, sie diesen Bundesgenossen zu entfremden, trieb sie nur desto mehr an deren Seite und in ihr Verhängnis.

Im Laufe des März begann die Kriegsgefahr immer drohender heraufzuziehen. In den gedruckten Zirkularen des Nationalvereins hieß es am 10. März noch: „Zugegeben auch, daß die beiden großmächtlichen Kabinette, daß insbesondere Graf Bismarck und die Seinen mit dem Gedanken des deutschen Bürgerkrieges vorerst nur spielen: allein das unheimliche Spiel kann um so leichter und plötzlicher in vollen schreckhaften Ernst umschlagen, je sorgloser das deutsche Volk die frevelhaften Spieler fort und fort gewähren läßt." Die Tieferblickenden aber erkannten, daß in Preußen kein Spiel im Gange, sondern ein bewußter Wille an der Arbeit war. „Die Hauptsache bleibt," schrieb Samwer an Bennigsen, „daß Herr von Bismarck den Krieg will, um günstige Wahlen dadurch herbeizuführen, und daß Oesterreich auf eine Annexion der Herzogtümer nicht eingehen will, sondern dieselbe als Kriegsfall betrachtet. Solange Bismarck also nicht entweder seinen Posten oder seine Idee aufgibt, ist der Friede in steter Gefahr und hängt eigentlich nur von dem Mehr oder Minder des Einflusses ab, den Bismarck auf

den König ausübt."[1]) So häuften sich die Mahnungen, Bennigsen möge dieser Gefahr eine Kundgebung des Nationalvereins entgegenstellen. Der Mannheimer Ladenburg forderte ihn auf: „Erlassen Sie einen Aufruf an die Nation, erklären Sie den für einen Verräter am Vaterlande, der den Bürgerkrieg beginnt. Oder berufen Sie den Abgeordnetentag ein und lassen Sie ihn für die Nation sprechen. Sollen wir uns wie eine Herde Schafe abschlachten lassen, weil es Herrn von Bismarck so gefällt?"[2]) Brater aber meinte: „Wir sind verpflichtet, alles, was uns möglich ist, aufzubieten, um die liberale Partei in Preußen zum feierlichsten Protest gegen die Bismarcksche Politik zu drängen. Sobald preußische Truppen von österreichischen die ersten Schläge bekommen haben, ist die preußische Fortschrittspartei zum Schweigen verurteilt. Sie hat möglicherweise nicht mehr vier Wochen Zeit, ihre Stellung zu nehmen. Später, wenn das herrliche Kriegsheer ganz auf den Rücken geworfen wäre, könnte freilich die Zeit zu einem verzweifelten Umschwung kommen."[3]) So überraschend es heute klingen mag, manche Männer der Nationalpartei, namentlich im Süden, bangten vor der Wahrscheinlichkeit einer preußischen Niederlage; so sehr hatten die Kämpfe der letzten Jahre ihren Glauben an die preußischen Institutionen zerstört, daß sie genau wie Napoleon, der auf diese Karte seine arglistigen Hoffnungen gesetzt hatte, über den Verlauf eines Deutschen Krieges dachten. Noch am Tage der Entscheidung schrieb Nagel, daß er, Metz, Rochau, S. Müller es für überwiegend wahrscheinlich hielten, daß die Preußen in der ersten Schlacht geschlagen würden, da alle Ueberlegenheit der Waffen nicht die zwei Hauptmängel: schlechte Führung und gedrückte, jedenfalls nicht offensive Stimmung der Armee, auszugleichen vermöge.[4])

So entschloß sich Bennigsen am 4. April, den Sechsunddreißigerausschuß des Abgeordnetentages und zugleich die dem Ausschuß angehörigen Mitglieder des Nationalvereins zum 7. April nach Frankfurt zu laden. Er urteilte ruhiger als die Süddeutschen und glaubte nicht recht an den Krieg, am wenigsten an einen raschen Ausbruch desselben.[5]) Da die Beteiligung der Preußen, auf die es hauptsächlich ankam, an der Zusammenkunft in Frankfurt nach den früheren Erlebnissen zweifelhaft war, gedachte er womöglich noch von Frankfurt aus eine Besprechung mit den einflußreichsten Preußen unmittelbar daran zu

[1]) Sammer an Bennigsen, 27. März 1866.
[2]) Ladenburg an Bennigsen, 2. April 1866.
[3]) Brater an Bennigsen, 2. April 1866.
[4]) Nagel an Bennigsen, 15. Juni 1866.
[5]) Bennigsen an Nagel, 4. April 1866.

schließen: „Eine derartige Zusammenkunft wird am besten in Eisenach stattfinden, entweder in Verbindung mit einer Ausschußsitzung des Nationalvereins oder auch ohne eine solche. Virchow und Twesten, welche bekanntlich nicht Mitglieder des Ausschusses des Nationalvereins sind, müßten jedenfalls zugezogen werden." [1]) Vor allem Oetker stimmte diesem Plane lebhaft zu.[2])

Zunächst sprach sich die Erklärung des Sechsunddreißigerausschusses am 7. April in der alten Weise aus. Sie verdammte den Bürgerkrieg und das Verfahren der Großmächte in Schleswig-Holstein und gipfelte in den Sätzen: „Will das deutsche Volk sich nicht zum Mitschuldigen machen an dem nationalen Unglück, so muß es allerorten so vernehmlich und kräftig seine Meinung und seinen Willen kundgeben, daß die Räte und auch die Träger der Kronen sie nicht überhören können. Jeder Regierung aber, welche, das Recht des eignen Landes nicht achtend, mit Plänen einer Bundesreform hervortritt, etwa in der Absicht, Bundesgenossen im Bürgerkriege zu werben, fehlt mit dem Vertrauen des eignen und des deutschen Volkes die Gewähr für das Gelingen des großen nationalen Einigungswerkes."

In eben derselben Stunde trat das, was man im voraus schon verurteilt hatte, mit einer die Liberalen fast verblüffenden Wendung ein. Bismarck begann das längst vorbereitete Kriegsspiel aufzudecken und statt des bisherigen schleswig-holsteinischen Streitobjektes das höchste Ziel, die deutsche Bundesreform, in den Mittelpunkt zu rücken. Am 8. April, an demselben Tage, an dem er das geheime Offensiv- und Defensivbündnis mit Italien unterzeichnete, erging seine Weisung an den preußischen Bundestagsgesandten, einen Antrag auf Bundesreform einzubringen, und als am nächsten Tage dieser Antrag gestellt ward, vernahm ganz Deutschland mit Erstaunen, daß der verhaßte Vorkämpfer eines verfassungswidrigen Systems in Preußen ein deutsches Parlament als Mittelpunkt dieser Reform gefordert habe.

Es war nicht nur ein Schlag gegen Oesterreich und die Mittelstaaten, sondern auch die Liberalen mußten sich schwer getroffen fühlen, als ihr Gegner plötzlich ihre Waffe vor den Augen ganz Deutschlands schwang und ihr heißersehntes Ziel, eine der zentralen Forderungen

---

[1]) Bennigsen an Oetker, 4. April 1866.

[2]) Oetker an Bennigsen, 6. April 1866. „Meines Erachtens muß die Agitation durchaus positiv werden; mit bloßen Abmahnungen ist's nicht getan; man muß klar den Weg der Verständigung wegen Schleswig-Holstein zeigen und zur Betretung desselben drängen. Vor allem müssen dies die Preußen selbst tun. In Frankfurt wird man sich schwerlich in dieser Richtung einigen, in Eisenach hoffentlich eher."

des Nationalvereins, als Panier für alle kleindeutschliberalen Elemente erhob. Im ersten Augenblick glaubte man auch mit diesem Fechterkunststück rasch fertig werden zu können. Nagels Zirkular vom 9. April erklärte kurzab, Bismarck könne sein Programm nur durchführen durch ein Bündnis mit der Nation: „dieses Bündnis aber, selbst wenn er es ehrlich und ernstlich anstrebte, ist für Bismarck um keinen Preis zu haben." Die Losung blieb ihm auch jetzt: Sturz des Ministeriums Bismarck. In demselben Geiste vermeinte Schulze-Delitzsch die Bewegung über den Bismarckschen Schachzug hinwegführen zu können. Ueber eine Versammlung des Nationalvereins, die am 11. April in Berlin vor 3—4000 Menschen stattfand, schrieb er an Bennigsen: „Natürlich sind die von Löwe, Duncker und mir redigierten Resolutionen insofern vom preußischen Standpunkt aus gefaßt, als wir den Beruf Preußens in der deutschen Sache betonten. Die Vergewaltigung der Herzogtümer ist schwer verurteilt und ebenso das lächerliche Vorgehen Bismarcks in der deutschen Frage als leere Gaukelei von mir auf das schärfste gekennzeichnet. . . . Wir hatten eine Anzahl Gegner in der Versammlung; aber der Schwung, den die Verhandlungen nahmen, bewirkte, daß keiner — gegen die ausgesprochene ursprüngliche Absicht — das Wort nahm, ja bei der Gegenprobe nicht einmal gegen uns stimmte."[1])

An andern Stellen aber zeigte sich, daß die Kunst Bismarcks, die Gegner zu spalten, des Erfolges nicht entbehrte. In einer Versammlung des Bremer Nationalvereins erklärte man sich einstimmig dahin, wie Böhmert an Bennigsen schrieb, „daß man das Bundesreformprogramm Preußens nicht, wie es einige süddeutsche Volksversammlungen raten, ohne weiteres ablehnen, vielmehr es akzeptieren und ohne Begeisterung zwar, aber mit kalter Energie auf dem vorgeschlagenen Wege das heißersehnte Ziel zu erreichen suchen müsse. Die Geister, die einmal hervorgerufen sind, wird man später nicht zu leicht bannen können. Der Gedanke des deutschen Parlaments wird sich als eine überwältigende Macht betätigen. Wollten wir warten, bis an der Spitze des preußischen Kabinetts gerade der unsrer Partei in allen Punkten willkommene Mann sitzt, so könnten wir vielleicht nie zum Ziele kommen".[2]) Bennigsen freilich, den die Bremer um seine Meinung befragten, wollte von einem solchen voreiligen Vertrauensvotum nichts wissen.

---

[1]) Schulze-Delitzsch an Bennigsen, 12. April 1866.

[2]) Böhmert an Bennigsen, 12. April 1866.

Bennigsen an Böhmert.

Bennigsen, 15. April 1866.

Es ist gewiß eine der unbestrittensten Regeln in der Politik — wie im Schachspiel —, daß man einen Zug unsers Gegners, namentlich eines starken Gegners, der uns vorteilhaft zu sein scheint, mit dem größten Mißtrauen aufnimmt, seine Motive und seine Konsequenzen scharf und kalt erwägt. Bismarck hat früher in Bremen Beifall gefunden, weil er, gleichgültig freilich ebensosehr über die Wahl seiner Mittel wie über die Unterstützung der Bevölkerung [denkend], die physischen Kräfte des preußischen Staats und die selbstherrliche Verfügung über dieselben zu vermehren suchte. Ihr habt darin einen vielleicht unerwünschten, aber doch vielversprechenden Anlauf zur Erreichung einer preußisch-deutschen Zentralgewalt erblickt, auf die man in Bremen bislang anscheinend mehr Gewicht legte als auf ein Parlament. Sehr weit ist der preußische Minister auf diesem Wege allerdings nicht gekommen. Den König hat er fasziniert, ohne ihn sicher zu beherrschen, die einflußreichsten Personen der königlichen Familie hat er zu seinen Gegnern, während seine, die konservative Partei mißtrauisch und zweifelhaft geworden ist. Der Konflikt mit dem Lande ist auf die äußerste Höhe gebracht, Schleswig-Holstein in einer — wenn auch sehr törichten, doch menschlich erklärlichen — Stimmung, daß es lieber österreichisch verderben als preußisch gedeihen will, alle Kabinette in Deutschland samt dem ganzen Volk bis auf einige Dutzend überkluge politische Tüftler sind von Haß oder Indignation gegen ihn erfüllt. Auf dem bisherigen Wege stand er vor der Alternative, entweder unter so ungünstigen Umständen seinem Könige und Lande einen Krieg mit Oesterreich aufzunötigen oder abzudanken. Dieser Entscheidung auszuweichen, hat er eine Frontveränderung gemacht, welcher ich angesichts der Vergangenheit des Mannes eine gewiße Großartigkeit nicht absprechen will, eine Großartigkeit, die aber zum Ridikülen doch in einer näheren Beziehung zu stehen scheint als zum Tragischen. Durch seine geschickte Diversion weicht er einer unmittelbar drängenden Entscheidung aus, welche er zu seinen Gunsten zu wenden nicht sicher sein konnte. Mit dem Selbstgefühl eines kühnen und bedeutenden Menschen mag er sich der Hoffnung überlassen, daß er aus der ungeheuern Konfusion, welche sein neuer Plan in der etwaigen weiteren Entwicklung in Deutschland hervorrufen würde, eine große Stellung für sich und für den Staat, dem er nach seiner Weise zu dienen glaubt, Gegnern gegenüber, welche er verachtet, zu erobern imstande sein wird.

Ist das aber ein Mann, an dessen Schritte unsre, die nationale Partei Hoffnungen knüpfen oder den sie gar unterstützen darf? Wer

Rudolf von Bennigsen
1867

von uns kennt seine wahren Motive, wer seine letzten Ziele? Heute, wo Ihr in Bremen bereit seid, für seinen Plan „zwar ohne Begeisterung, aber mit kalter Energie" ins Zeug zu gehen, wißt Ihr ja noch nicht einmal das geringste von seinem theoretischen Verfassungsentwurf. Ein Parlament ohne wirkliche Rechte ist ein trauriges Ding, selbst in einem positiven, vorhandenen Staat. Aber ein Parlament ohne Rechte und ohne eine große Bewegung der Nation inmitten des Versuches, einen deutschen Staat erst zu gründen, kann leicht noch kläglicher verlaufen als das von 1848.

Was wir also tun sollen? Vorerst, bis daß man die Propositionen Bismarcks kennt, nicht zurückweisen, noch weniger aber zustimmen. Oder meint man in Bremen, sich engagieren zu sollen ganz blind, vielleicht auch für ein direktoriales Ungeheuer oder für eine alte, meinetwegen auch neuerfundene Bismarck-Pfordtensche Teufelei? Wo sind denn vorerst die Aussichten für eine einheitliche Gewalt, für eine kleindeutsche Kombination? Wo überhaupt die Sicherheit, daß Bismarck mit seinen Projekten über die Vorbereitungsstadien hinauskommt? Welchen Grund haben wir, aus dem kühlsten Abwarten jetzt schon herauszutreten? Wird es Ernst, und ich glaube allerdings, daß Bismarck genötigt ist und der Mann dazu ist, ein so wagehalsiges Unternehmen auf sich zu nehmen, so kann das deutsche Volk und unsre, die trotz alledem noch immer am besten organisierte Partei einen Versuch wohl mitmachen, bei dem die alte Dynastiepolitik offenbar die größte Gefahr läuft. Also kaltblütig und vorgesehen! Treibt Bismarck die deutschen Fürsten auf das unbeschiffte Meer, zerstört er die Fundamente und alle Prinzipien der konservativen Parteien, so kann sich daraus eine ungeheure Entwicklung gestalten, in der nicht allein Bismarck, sondern noch ganz andre Existenzen schleunig verschwinden. Eine Wahl zu einem freien deutschen Parlament wird Deutschland nicht verweigern und mit demselben vorwärtszukommen suchen. So weit sind wir aber noch nicht.

*

In dem Gefühl der Unsicherheit gegenüber den lebhaften Strömungen der öffentlichen Meinung beschlossen die Führer des Nationalvereins, ähnlich wie es bei der Annahme der Reichsverfassung im Jahre 1863 geschehen war, von den einzelnen Agenturen Informationen über die Stimmung gegenüber dem preußischen Reformantrag einzuziehen. Ein Rundschreiben vom 27. April legte, unter Entwicklung aller Gründe für und wider, allen Agenten des Nationalvereins die Frage vor: „Soll der Verein für die Einberufung eines Parlaments in Gemäßheit des Bismarckschen Antrags ohne weiteres mit seinen

Mitteln eintreten oder soll er sich zurzeit noch abwartend halten?" Die Antworten, welche einliefen, lieferten den Beweis, wie gründlich das Gefüge des Nationalvereins schon erschüttert war; es antwortete überhaupt nur der achte Teil der Agenten, und unter den Antwortenden überwog eine den Führern geradezu entgegengesetzte Ansicht, denn etwa 31 stimmten für sofortige und vorbehaltlose Agitation im Sinne des Bismarckschen Antrags, während nur 8 für Abwarten und einige zweifelhaft waren.

Für die Agitation waren in erster Linie diejenigen Elemente, die längst den rechten Flügel des Nationalvereins bildeten. Die Bremer hatten es von vornherein als einen verhängnisvollen Fehler der Nationalpartei bezeichnet, wenn sie nicht dem Ruf der preußischen Regierung folgte. Noch bevor die Rundfrage erlassen war, traf von Bremen eine von 400 Mitgliedern in diesem Sinne gefaßte Resolution ein, und der Agent bemerkte dazu: „Ein unglückliches Rechnungtragen nach allen Seiten hin, ein Rechnungtragen den süddeutschen Antipathien gegen preußisches Wesen, den freiheitlichen Tendenzen gegenüber der Einheitsidee, dem inneren preußischen Konflikte gegenüber der gegenwärtigen preußischen Regierung, hat den Nationalverein fast seines Charakters beraubt." Er hätte das Programm deutscher Einheit unter preußischer Führung festhalten sollen: „Möglich, daß er dadurch viele Mitglieder verloren hätte, er würde aber an Klarheit und innerer Festigkeit sowie an lebendiger Teilnahme der verbleibenden Mitglieder gewonnen und damit zahlreiche neue Mitglieder herangezogen haben; vor allen Dingen wäre er durch das Gewicht des von ihm vertretenen Gedankens eine ideelle Macht geblieben, während er jetzt so gut wie bedeutungslos ist." Schon lautete hier das Urteil über Bismarck: „Nach unsrer Ueberzeugung ist der Ehrgeiz seines Lebens die preußische Hegemonie, reaktionär war er nur, weil das Junkertum ihm persönlich mehr zusagt, aus sozialer Gewohnheit, nicht aus Prinzip, in der innern Politik ist er im Grunde völlig prinziplos."[1]) Aehnlich urteilte der Hannoveraner Weber (Stade), von jeher einer der preußischsten des Nationalvereins: „Die Haltung des Nationalvereins in der schleswig-holsteinischen Frage hat hier die größte Verstimmung hervorgerufen, und nur das ruhige Temperament der Norddeutschen sowie der Name des in Hannover mit Recht hochverehrten Herrn von Bennigsen hat verhindert, daß nicht viele aus dem Verein gänzlich ausgetreten sind. Statt daß der Nationalverein in dieser Sache die Führung der Nation übernahm, ist er den Ereignissen nachgehinkt. Wir hier im Norden sind hartherzig und gewissenlos genug,

[1]) Stachow an Nagel, 13., 25. April, 2. Mai 1866.

um in einem ‚brudermörderischen' Kriege mit Oesterreich nicht der Uebel größtes zu erblicken."[1]) Eine Osnabrücker Resolution vom 4. Mai, hinter der wohl Miquel stand, stellte sich ebenfalls entschieden auf den Boden des preußischen Antrags, ohne vorherige Einigung über den Reformplan zu verlangen. Und ebenso schrieb Oetker: „Mag Bismarck am Ruder bleiben oder nicht, die schleswig-holsteinische Frage muß gelöst werden und die deutsche Frage darf und wird nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Es heißt also: mit oder ohne Parlament? Meiner Meinung nach kann es für die Nation kaum einen dringenderen Wunsch geben, als möglichst bald in die Lage zu kommen, durch eine gesetzliche Vertretung ihren Willen kundgeben zu können. Der preußische Antrag an sich ist nicht von der Art, daß er von vornherein die Parlamentsberufung als völlig wertlos erscheinen ließe. Wäre er auch nicht ernst gemeint, so muß das Volk den Ernst hinzutun, und jedenfalls Preußen nicht den Rücktritt und den übrigen Regierungen nicht das Widerstreben erleichtern. Es scheint mir also geraten: daß der Nationalverein, zunächst in seinem Ausschusse, entschieden sich etwa dahin ausspreche, daß der fragliche Antrag dem Programm des Vereins nicht widerstreite, daß man vielmehr von den Regierungen dessen Annahme und Ausführung in einheitlichem und freiheitlichem Sinne erwarte."[2])

Selbst vom linken Flügel des Nationalvereins her klangen ähnliche Stimmen. In Halle hatte eine feurige Kundgebung der Altliberalen unter Führung Hayms in der Stunde der großen Abrechnung sich entschlossen auf die Seite der Regierung geschlagen und die Machtfrage vor die Freiheitsfrage gestellt. Unter der frischen Nachwirkung dieses vielbeachteten Schrittes entschieden sich auch die Hallenser Demokraten des Nationalvereins, die soeben noch eine der donnernden Resolutionen gegen den Bürgerkrieg erlassen hatten, für das Eintreten in die Parlamentsagitation, „mindestens von dem Augenblicke an, wo die Hauptzüge des Bismarckschen Entwurfs bekannt geworden sind".[3]) Nicht anders riet der alte Major Beitzke, der Geschichtsschreiber der Freiheitskriege, im Namen der hinterpommerschen Mitglieder von Köslin und Kolberg.[4]) Der sehr demokratisch gesinnte Rückert aus Koburg fand es unbegreiflich, daß man mit den mittelstaatlichen Politikern in ein Horn blase und zuvor eine Mitteilung über den materiellen Inhalt der Reformanträge verlange. „Daß diese nicht gegeben werden soll, bevor die Einberufung des Parlaments gesichert ist, steht

[1]) Weber an Nagel, 3. Mai 1866.
[2]) Oetker an Nagel, 1. Mai 1866.
[3]) Ule an Nagel, 1. Mai 1866.
[4]) Beitzke an Nagel, 2. Mai 1866.

im engsten Zusammenhang damit, daß die Einberufung selbst nicht von der vorgängigen Vereinbarung der Regierungen über die materiellen Vorschläge abhängen soll, und es liegt auf der Hand, daß dies der Kern des preußischen Antrages und ein Punkt ist, in dem das Interesse Bismarcks mit dem der nationalen Partei Hand in Hand geht — die beste Handhabe, um eine Pression auf die Mittelstaaten zu üben, bzw. die Initiative dem Parlament zuzuwenden. ... Die Sache liegt nicht so, daß wir zwischen der Annahme des preußischen Antrags und einer beliebigen andern Politik zu wählen haben. Es ist natürlich, daß Bismarck auch für den Fall der Ablehnung des Reformantrags seinen Plan gemacht hat und daß es dann jedenfalls zum Krieg kommt. Zaudert die nationale Partei noch länger, die preußische Politik in eine nationale Bahn zu treiben, so wird sich die Geschichte der sibyllinischen Bücher wiederholen. Wir sind jetzt spröde gegenüber dem Vorschlag eines Nationalparlaments, um uns später an einem norddeutschen Parlament und der vorläufigen Konstituierung Norddeutschlands zu beteiligen." [1])

Die wenigen Stimmen, die an dem Abwarten festhielten, kamen aus den Kreisen der größeren Mittelstaaten. So blieb Brater dabei, daß, was in Norddeutschland an einigen Stellen möglich, diesseits der Mainlinie ausgeschlossen sei: „In Baden hat das Vorgehen der Abgeordnetenkammer nach einer Mitteilung des Professors Marquardsen, der eben von dort zurückkommt, sehr geteilten Beifall gefunden. In Württemberg denkt die Fortschrittspartei so wenig wie die ‚Volkspartei' daran, sich für das Bismarcksche Projekt in Bewegung zu setzen. In München waren dieser Tage die geschäftsführenden Mitglieder des Ausschusses der Fortschrittspartei versammelt, deren Mehrheit auf dem Standpunkt des Nationalvereins steht, und verständigten sich über (Braters) Sätze, die eine Parlamentsagitation für den jetzigen Moment gleichfalls zurückwiesen." [2]) Auch die Mitglieder des Nationalvereins in Hannover, an deren Versammlungen sich Bennigsen regelmäßig beteiligte, waren einstimmig der Meinung, daß vereinsseitig für die Einberufung eines Parlaments in Gemäßheit des Bismarckschen Antrags nicht eingetreten werden könne und dürfe, daß aber, wenn die Pläne wirklich Gestaltung gewännen und Wahlen ausgeschrieben würden, man sich mit allen Kräften daran beteiligen müßte. Sie wollten nicht, „wie die Bremer und ein kleiner Teil der Braunschweiger, ohne Bedingung in das Lager des Bismarck drängen"; wichtiger erschien es ihnen, „die Regierungen der Kleinstaaten zu drängen, volkstümliche

[1]) L. Rückert an Nagel, 6. Mai 1866.

[2]) Brater an Nagel, 30. April 1866.

Männer an die Spitze in der jetzigen Zeit der Gefahr zu berufen, da wir ohne solche Spezialleitung in unserm Sinne doch schwerlich etwas erreichen". [1])

Bennigsen selbst kam auf die Aktion Bismarcks beiläufig zu sprechen, als er in der neuen Session des hannoverschen Landtags den ersten Waffengang mit dem Ministerium auszufechten hatte. Eigenartiger waren die Fäden zwischen hannoverscher und preußisch-deutscher Politik wohl noch nie verworren gewesen. In denselben Tagen nämlich, in denen Bismarck den Feuerbrand seines Parlamentsantrags in die deutsche Welt warf, hatte ein königliches Schreiben jenen Wahlgesetzentwurf, dessen bescheidenen Konzessionen der Landtag im Jahre 1864 zugestimmt hatte, ohne Angabe von Gründen endgültig zurückgenommen. Am 24. April griff Bennigsen das neue Ministerium wegen dieser fast unverständlichen Wendung an. Sein Angriff richtete sich vor allem gegen den Minister des Innern, Baemeister, der in seiner langen politischen Tätigkeit dazu mitgewirkt habe, die Neigung des Monarchen zum persönlichen Regiment zu fördern und die verfassungsmäßige Stellung des Gesamtministeriums herabzudrücken: „Ich bin überzeugt, daß diejenigen, welche in solcher Weise auf den Monarchen eingewirkt haben, sich ihrer Ansicht nach von dem wahren Wohl der Dynastie und den wahren politischen Interessen des Königreichs haben leiten lassen wollen. Solche Ansichten werden jedoch immer vereinzelter, die sich so nennende konservative Partei von dieser Richtung ist in völliger Auflösung begriffen, und der Staatsmann in Berlin, welcher ein Hauptvertreter dieser Richtung ist, hat durch seine Seitensprünge, durch die merkwürdigen Ausflüsse seines erfinderischen Geistes zur Zerstörung derselben hauptsächlich beigetragen. Das gegenwärtige Ministerium ist mit dem größten Mißtrauen im Lande angesehen, bei keiner einzigen politischen Richtung kann es festen Boden fassen, weder im Lande noch in der Ständeversammlung, hier gewiß nicht und wahrscheinlich im andern Hause auch nicht, bei keiner sozialen oder politischen Klasse des Landes, wenngleich ich nicht bestreiten will, daß es einzelne Mitglieder enthält, die für Fachangelegenheiten besonders gut befähigt sind. Es ist im höchsten Grade auffallend, daß der hier vorliegenden Erklärung der Regierung durchaus keine Begründung beigegeben ist, man muß darin einen so ungewöhnlichen Akt erblicken, daß man denselben nicht lediglich durch das formelle Recht der Regierung, einen Gesetzentwurf zurückziehen zu dürfen, kann erklären wollen ... Meiner Ansicht nach verstößt es gegen die der Ständeversammlung schuldige Achtung, wenn bei einem Werke, welches

[1]) Schläger an Nagel, 8. Mai 1866.

gemeinschaftlich von Regierung und Ständen hergestellt worden ist, nicht ausdrücklich eine Motivierung gegeben wird, weshalb das Gesetz nicht publiziert werden könne oder solle. Auch wir sind nach der Verfassung vollkommen berechtigt, jede Vorlage der Regierung anzunehmen oder zurückzuweisen. Allein wir würden es doch durchaus als gegen die Achtung verstoßend ansehen, welche die Regierung und der Inhaber der monarchischen Staatsgewalt in Anspruch nehmen darf, wenn wir ohne Angabe irgendwelcher Gründe einen Gesetzentwurf oder eine finanzielle Anforderung einfach zurückweisen wollten. Das formelle Recht stände uns zur Seite, aber sittlich gebraucht würde dieses Recht dann nicht sein ... Man bemüht sich vergeblich, irgendeinen Ausweg für milde Beurteilung des Verfahrens der Regierung zu finden. Ich bin zuletzt auf den Gedanken gekommen, daß die Regierung sich am Ende nicht in der Lage befunden hat, die Gründe anzuführen, die sie in Wirklichkeit gehabt hatte. Diese Gründe mögen dahin gegangen sein, die Bestimmungen des fraglichen Gesetzes seien zu demokratisch und gäben der untergeordneten Klasse zu viel Recht und was derartige Redensarten mehr sind; nun aber kam der preußische Bundesreformantrag dazwischen, welcher zugleich ein Parlament auf Grund des allgemeinen Stimmrechts forderte, und da paßt jene Motivierung nicht wohl mehr."

Man erkennt es deutlich: so sehr es Bennigsen Freude machte, den preußischen Parlamentsantrag den hannoverschen Machthabern voll Hohn in die Zähne zu schleudern, so vermied er es doch absichtlich, sich persönlich zu diesem Antrage zu bekennen, wie es manche seiner bisher treuesten Anhänger taten: er fand nicht den Entschluß, noch einmal wieder wie im Jahre 1859 den entscheidenden Anstoß zu einer vielleicht unwiderstehlichen Bewegung zu geben. Gewiß wäre das die stärkere Politik gewesen. Aber die Entschließungen des Königs von Hannover würden auch von ihr nicht erweicht worden sein. Und vor allem Erwägungen der hannoverschen Politik mochten Bennigsen im Lager der Zögernden festhalten — auch dann noch, als Bismarck sich unmittelbar an ihn zu wenden begann.

Bismarck versuchte nämlich nunmehr die sachliche Annäherung an das Programm der Liberalen durch eine persönliche Annäherung an ihre Führer zu ergänzen: war es ihm ernst mit dem neuen Programm, so waren jene ja bis zu einem gewissen Grade seine Bundesgenossen oder konnten es wenigstens werden.[1]) Als er am 22. April

[1]) Zusammenstellung über die Annäherung an die Liberalen in der „Deutschen Revue", 31. Jahrg., Bd. 3, S. 163 f. Ferner neuerdings M. Spahn, Zur Entstehung der nationalliberalen Partei. Zeitschr. für Politik I (1908), S. 346 ff.

Max Duncker, den liberalen politischen Beirat des Kronprinzen, empfing, erklärte er ihm, die Sache nicht weiterführen zu können, er sei bereit zurückzutreten und die Führung der Geschäfte einem liberalen Ministerium zu überlassen, wenn ein solches die Sache weiterzuführen vermöge.[1] Dieses Geständnis, so oft es auch in den nächsten Wochen aus seinem Munde wiederkehrt,[2] war darum nicht ernst gemeint, es war Politik, echt Bismarcksche Politik, und für mehr als einen Gegner bestimmt. Den Franzosen sollte es einen heilsamen Respekt einflößen, wenn er am 19. Mai zu ihrem Vertreter sagte: „Wir können im Notfall die liberale Partei in die Macht berufen, die deutsche Reichsverfassung von 1849 verkünden und die nationale Begeisterung von Hamburg bis München fortreißen."[3] Den König mußte die bloße Aussicht, den verwegenen Minister, der ihn so weit hinter sich hergezogen hatte, jetzt von der Seite zu verlieren und dann mit den Liberalen in dieser Situation die Geschäfte weiterzuführen, nur um so fester an ihn ketten. Und nicht minder schreckte Bismarck damit die Konservativen, wenigstens die schwankenden und abtrünnigen Gemüter, die ihm jetzt die Gefolgschaft kündigen wollten. Die Liberalen aber, die durch den Parlamentsantrag schon unsicher geworden waren, sollten durch glänzende Möglichkeiten gelockt werden. Nur für den alleräußersten Fall, daß er bei dem König das mit höchster Leidenschaft betriebene Kriegsspiel verlor und seinen Platz räumen mußte, mochte er mit einem liberalen Ministerium als einzig denkbarer Fortsetzung rechnen. Aber solange er fest im Sattel saß, dachte er nicht ernst an die Möglichkeit, den Gegnern Platz zu machen — im Moment des höchsten Einsatzes! Selbst daß er den einen oder andern Liberalen in das Ministerium aufnahm, wäre ein Experiment gewesen, das er im Notfalle nur wagen, lieber aber vermeiden wollte. Aber in den schwankenden Mittelstaaten konnte die Mithilfe der Liberalen sehr wertvoll werden: und so setzte er Duncker auseinander, man müsse versuchen, die Bevölkerung Deutschlands für die Bundesreform und das deutsche Parlament in Bewegung zu setzen; im Süden und in Kurhessen werde das von selbst gehen, wie aber stehe es in Hannover? Es sei wünschenswert, wenn man Herrn von Bennigsen gewinnen und bestimmen könne, sich der Dinge anzunehmen und sie in Hannover in Gang zu bringen. Darauf kam es ihm an, den Führer des Nationalvereins und den Verein selbst für seinen Bundes-

[1] R. Haym, Das Leben Max Duncker's, S. 375/76, und Th. von Bernhardi VI, S. 288/90, 293/97.

[2] Vgl. L. von Gerlach, Tagebücher II, S. 288, 292. Bernhardi VI, S. 318. Keudell, Fürst und Fürstin Bismarck, S. 264.

[3] Benedetti, Ma mission en Prusse.

reformplan zu erobern, zumal in Hannover, wo Bennigsens Einfluß für die Liberalen entscheidend war. Vielleicht ließ sich die öffentliche Meinung, die innerhalb und außerhalb Preußens einmütig gegen den Krieg, aber unsicher über die Bismarcksche Bundesreform sich erhoben hatte, doch noch umstimmen. Duncker lehnte die Frage, ob er sich mit Bennigsen in Verbindung setzen wolle, mit Rücksicht auf seine amtliche Stellung beim Kronprinzen ab und schlug seinem altliberalen Parteigenossen Theodor von Bernhardi vor, er möge sich zu der Reise nach Hannover und zur Unterredung mit Bennigsen erbieten. Als dieser sich dazu bereit erklärt hatte, sprach der Ministerpräsident am 27. April zu ihm in demselben Stile wie zu Duncker. Die Möglichkeit eines liberalen Ministeriums wurde wiederum vorgeführt. Seitdem er politisch mündig sei, warf Bismarck hin, sei die Reform des Bundes und das deutsche Parlament sein Programm: das solle Bernhardi auch Bennigsen sagen.

Der Verlauf des anderthalbstündigen Gespräches, das Bernhardi am Morgen des 28. April mit Bennigsen hatte,[1]) beweist, daß dieser noch immer auf der Linie der Zurückhaltung verharrte. Bernhardi begann mit einer Darlegung, warum die Annexion Schleswig-Holsteins unvermeidlich geworden sei. Oesterreich drohe mit einem Kriege, der auf die Erniedrigung Preußens ziele, dagegen habe Bismarck die Bundesreform und das deutsche Parlament, mit einer Art von Notwendigkeit, auf die Fahne geschrieben; nun seien die Reste der altliberalen Partei und selbst ein Teil der Fortschrittspartei entschlossen, Bismarcks Anerbietungen anzunehmen und sein Ministerium zu unterstützen, denn eine Ministerveränderung sei in diesem Augenblick für Deutschland verhängnisvoll, sie würde ein zweites Olmütz und den inneren Zerfall Preußens nach sich ziehen. Auf die Frage, wie die liberale Partei sich stellen würde, antwortete Bennigsen: „Man wird sich abwartend verhalten, weder opponieren noch Bismarcks deutsche Politik unterstützen. Opponieren wird man nicht, weil die Bundesreform und das deutsche Parlament an sich gerade die Dinge sind, welche die liberale Partei fortwährend verlangt hat; unterstützen aber wird man Bismarcks Vorschläge auch nicht. Ich kann selber meinen politischen Freunden nicht raten, diese Vorschläge zu unterstützen, das wäre gegen meine Ueberzeugung. Aber selbst, wenn ich es tun wollte, würde ich damit nicht durchdringen. Man glaubt nicht, daß es Bismarck Ernst ist mit der Bundesreform; man glaubt, daß er sie nur vorschiebt, um Konzessionen von Oesterreich zu erhalten und sie wieder

[1]) Ausführlich aufgezeichnet in: Aus dem Leben Th. von Bernhardis, VI, S. 298—303.

fallen zu lassen, wenn sie ihren Zweck erfüllt hat. Man glaubt auch nicht, daß es ihm ernst ist mit dem Krieg, man hält den Krieg für gar nicht möglich, denn Bismarck kann gar nicht Krieg führen, er hat die öffentliche Meinung zu bestimmt und zu allgemein gegen sich." Auch als Bernhardi nachwies, daß die Bundesreform seit langem der Plan Bismarcks sei und daß er allerdings Krieg führen könne, blieb Bennigsen dabei: „Um auf Unterstützung durch die liberalen Parteien außerhalb Preußens rechnen zu können, müßte Bismarck zweierlei tun: er muß seine bestimmten Vorschläge für die Bundesreform bekanntmachen, damit man sieht, was er eigentlich beabsichtigt und ob es der Mühe wert ist; und dann muß er in Beziehung auf den Konflikt im Innern in etwas einlenken." Als Bernhardi Bedenken äußerte, betonte Bennigsen von neuem: „Bismarck muß die Bekanntmachung seiner Vorlagen und das deutsche Parlament allerdings nicht verschieben, bis er sich mit den deutschen Regierungen darüber geeinigt hat; er soll seine Vorlagen gleich jetzt öffentlich bekanntmachen, ohne sich darüber mit den andern Regierungen geeinigt zu haben, damit man sieht, um was es sich handelt. Was den inneren Konflikt und dessen Beilegung anbetrifft, so genügen einige offiziöse Artikel nicht. Entspricht Bismarck diesen beiden Forderungen, dann wird man hier die Sache aufnehmen, für die Bundesreform eintreten und Preußen unterstützen. Anfangs allerdings etwas kühl und mit geringem Eifer, nach und nach aber mit steigendem Interesse — und kommt es dann zu einem Kriege, dann erwacht im Lande der zweihundertjährige Haß gegen Oesterreich — dann kann Preußen die Hand auf Hannover legen (diese nachher noch einmal von Bennigsen gebrauchte Wendung heißt nach dem ganzen Zusammenhang nicht etwa Besitzergreifen, sondern zum politischen Anschluß nötigen) und über dessen Kräfte verfügen. Bis dahin wird die Regierung gegen Preußen und die vorgeschlagene Reform sein." Auf eine weitere Frage schilderte Bennigsen die Zustände in Hannover sehr schwarz: er halte den König schon lange nicht mehr für zurechnungsfähig, die Dinge ständen um so unsicherer, weil die Unzufriedenheit vorzugsweise in den Kreisen herrschend sei, in denen die Regierungen sonst ihre Stütze zu suchen pflegten, unter dem Adel, in der Armee und im Beamtenstande, und schon längst nicht mehr gegen das Ministerium gerichtet sei, sondern gegen den König persönlich. „Tritt eine ernste Krisis ein, so wird der König sofort gezwungen, abzudanken, und ‚dann kann Preußen die Hand darauf legen,' dann kommt der Kronprinz zur Regierung, der neunzehn oder zwanzig Jahre alt ist." Zum Schluß betonte Bernhardi noch einmal mit Nachdruck, man möge sich nicht darüber täuschen, Bismarck könne

Krieg führen, und nur er könne es, ein liberales Ministerium aber nicht, da es nimmermehr den Widerstand der österreichisch gesinnten Partei in der Umgebung des Königs brechen könnte, und daher Preußen nach Olmütz führen würde. Gerade deshalb müßte Bismarck jetzt unterstützt und gehalten werden, das sei auch Roggenbachs Meinung. Bennigsen bemerkte schließlich, daß es von großem Gewinn sein würde, wenn man Roggenbach in preußische Dienste ziehe: damit würde Preußen einen großen Anhang in ganz Deutschland gewinnen, dann würden die Liberalen Vertrauen zu der neuen Politik Bismarcks fassen können. Er wußte bereits, daß Bismarck in diesen Tagen in seinen Verhandlungen mit Roggenbach seine ernsthafteste Annäherung an die Liberalen vollzog.

Bismarck, von dem Fehlschlag der Sendung Bernhardis enttäuscht, meinte wegwerfend über Bennigsens Ansicht von der Unmöglichkeit des Krieges: man schieße nicht mit öffentlicher Meinung, sondern mit Pulver und Blei. In eine kürzere Formel ließ sich der Gegensatz zwischen der preußischen Machtpolitik und der national-freiheitlichen Agitation der Liberalen kaum bringen. In Wirklichkeit hatte Bennigsen doch aus den Eröffnungen Bernhardis einen tieferen Eindruck erhalten. Man erkennt das an der Art, wie er am 2. Mai die Weigerung der Ersten Kammer, mit der Zweiten Kammer in Sachen des Preßgesetzes und Wahlgesetzes zusammenzuwirken, besprach. Er stellte fest, daß, solange das gegenwärtige Ministerium bestehe, überhaupt an keine Aenderung der Verfassung zu denken sei und schloß unter lautem Beifall der Versammlung mit der ernsten Warnung: „es ist die höchste Zeit, daß das Land durch seine Vertreter in der Zweiten Kammer seine warnende Stimme erhebe darüber, wohin es führen soll, wenn die politische Leitung des Landes solchen Händen anvertraut ist, in der jetzigen Zeit, wo in wenig Wochen schon die eisernen Würfel gefallen sein können, wo für eine große Volksbewegung in Deutschland der Anstoß gegeben ist, die in ihrem weiteren Verlaufe nicht bloß einzelne Ministerien, sondern ganze Staaten und Dynastien fortschwemmen kann."

Auf der andern Seite gab auch Bismarck es noch nicht auf, die geringgeschätzte öffentliche Meinung umzuwälzen, da sie, zumal für die Entschließungen der mittleren Staaten, ins Gewicht fallen konnte. Vielmehr ging er bereitwillig auf den Vorschlag Bernhardis ein, durch eine andre Mittelsperson, den Freiherrn von Roggenbach, noch einen zweiten Versuch zu machen. Man beschloß, Roggenbach zu einem Schreiben an Bennigsen zu veranlassen, des Inhalts, daß in dieser Stunde die preußischen Reformvorschläge und die preußische auswärtige Politik von der liberalen Partei unterstützt werden müßten. Bennigsen hatte inzwischen

eine Ausschußsitzung des Nationalvereins zum 13. Mai nach Berlin berufen und gleichzeitig den Zusammentritt des Abgeordnetentags, der in den letzten Wochen schon mehrfach erwogen war,[1]) zum 20. Mai in Frankfurt in die Wege geleitet. Die Kundgebungen der beiden führenden Organe, über die die Liberalen verfügten, standen bevor. Sollte man sie nicht doch noch lenken können? Roggenbach hatte zwar Berlin wieder verlassen, ohne daß seine Verhandlungen mit Bismarck zu einem formellen Abschluß geführt hatten,[2]) und stellte damals, wie auch später, bestimmt in Abrede, daß Bismarck ihn zum Eintritt in die preußischen Dienste aufgefordert habe;[3]) aber wenn er sich dem Minister auch nicht so bedingungslos zur Verfügung stellte wie Anfang Juli, so wirkte er von nun an, wo er konnte, für eine Unterstützung des Ministeriums Bismarck. Und wie die Preußen jetzt daran dachten, seine gewichtige Stimme in die Wagschale zu werfen zur Sinnesumwandlung der Liberalen, so empfanden

[1]) Vgl. Planck an Bennigsen, 21. April 1866: „Bei einem sofortigen Zusammentritt des Abgeordnetentages würde derselbe im wesentlichen, wenn er nicht den Fehler begehen will, Beschlüsse für diese oder jene Eventualität, die in Wirklichkeit dann doch in andrer Art eintritt, als man sich gedacht hat, zu fassen, darauf beschränkt sein, sich über das Verhalten dem jetzt schon vorliegenden Bismarckschen Antrage gegenüber auszusprechen. Es würde sich dabei also fragen, ob man die sofortige Einberufung eines Parlaments ohne Kenntnis der Reformpläne der preußischen und der andern Regierungen, über welche erst in der Zwischenzeit bis zu dem Zusammentritt verhandelt werden soll, unterstützen, sich dagegen erklären oder eine abwartende Stellung einnehmen soll. Ein einmütiges Handeln der Ständeversammlungen in dieser Beziehung würde zwar wünschenswert sein, der Abgeordnetentag würde dasselbe aber nach meiner Auffassung der Dinge schwerlich bewirken, sich wenigstens nicht über die erste oder zweite Alternative einigen; eine Einigung über die dritte aber wäre von geringer Bedeutung und würde den etwaigen Einfluß des Abgeordnetentages, wenn darin sein ganzes Resultat bestände, nur schwächen. Sachlich aber halte ich diese dritte Alternative zurzeit für die richtige. Darüber freilich, daß man sich, wenn es zu der Einberufung eines Parlaments kommt, an demselben beteiligen muß, bin ich nicht im Zweifel. Ob es aber unter den jetzigen Verhältnissen, unter denen es bei dem Mangel an revolutionärer Kraft im Volke dem Parlamente nicht möglich sein wird, seine Forderungen selbständig durchzusetzen, unter denen es sich vielmehr an Preußen, Oesterreich oder die Mittelstaaten anlehnen oder gewärtigen muß, ohne alles Resultat wieder beiseitegeschoben zu werden, wünschenswert ist, daß es zusammentritt, das ist mir noch zweifelhaft."

[2]) Bernhardi VI, S. 303, 306 f., 313.

[3]) „Nationalzeitung" vom 1./2. Mai. Freiherr von Roggenbach hat noch in seinen letzten Lebensjahren mir brieflich es als einen Berliner Klatsch aus untergeordneten Schichten bezeichnet, er habe den Eintritt in preußische Dienste damals abgelehnt, um seinen Einfluß in Süddeutschland nicht zu schädigen. „Zum Ueberfluß hat ein solches Anerbieten nie stattgefunden. Dafür war Bismarck doch ein zu vornehmer Mann, um sich zu solcher Offerte zu erniedrigen."

diese ebenfalls das lebhafte Bedürfnis, mit dem süddeutschen Staatsmann in Fühlung über die große Frage zu treten, ob es Bismarck Ernst sei. Hoffnungen, Absichten, Briefe, so bunt sie sich kreuzten, schienen schon in der gleichen verheißungsvollen Richtung zu laufen.

Bennigsen an Freiherrn von Roggenbach.[1])

Bennigsen, 8. Mai 1866.

Sie haben vielleicht aus den Zeitungen schon ersehen, daß ich auf Sonntag den Ausschuß des Nationalvereins zu einer Sitzung nach Berlin eingeladen habe. Zu einer richtigen Beurteilung der Lage, namentlich in Berliner Regierungskreisen, würde es natürlich von sehr großem Werte für mich sein, von Ihnen Näheres über die Eindrücke zu erfahren, welche Sie in Berlin erhalten haben. Meine ursprüngliche Absicht, Ihnen eine Unterredung in Kassel oder auch in Frankfurt vorzuschlagen, habe ich leider aufgeben müssen, da ich — zum erstenmal, aber sehr zur Unzeit — wegen eines heftigen Rheumatismus einige Tage bettlägerig war und mich jedenfalls in dieser Woche schonen muß, um sicher am Sonnabend nach Berlin reisen zu können. Sie würden mich unter diesen Umständen sehr zu Dank verpflichten, wenn Sie mir brieflich über die Pläne Bismarcks, seine Hilfsmittel, seine Stellung beim Könige und seine etwaigen Absichten, mit andern als den Konservativen sich zu verbinden, eine Mitteilung machen könnten. Heute mittag kehre ich zu den Arbeiten der Finanzkommission nach Hannover zurück, von wo ich am Sonnabend früh nach Berlin (Hotel d'Angleterre) reisen werde.

Am Hofe, beim Adel und Beamtentum in Hannover ist vollständige Ratlosigkeit vorhanden. Der König ist aber noch keineswegs von der Größe der Gefahr überzeugt, in welcher die deutschen Fürsten schweben. In der Bevölkerung ist der Mißmut über unsre unwürdigen inneren Zustände seit vorigem Jahre außerordentlich gewachsen, und die alten Antipathien gegen Oesterreich überwiegen bei weitem die neuen Eindrücke der preußischen Misere. Es würde nur einer kleinen frischen Brise von Berlin her bedürfen, um hier ebenso wie in Braunschweig und Kurhessen die preußischen Sympathien hell auflodern zu lassen.

A. L. von Rochau an Bennigsen.

Karlsruhe, 8. Mai, abends 10 Uhr (1866).

Ich schreibe Ihnen unter dem Siegel des Beichtgeheimnisses. Ich komme von einer ausführlichen Unterredung mit Roggenbach. Die Dinge

[1]) Nach einer mir von K. Samwer freundlichst mitgeteilten Abschrift.

in Berlin stehen so schlecht wie möglich. Der Krieg ist gewiß. Die politischen Bedingungen des Erfolges begreift Bismarck halb und halb. Roggenbach hat ihm Lichter aufgesteckt, die offenbar Wirkung getan. Aber Roggenbach hat den unverzeihlichen Fehler gemacht (er selbst scheint ihn hinterdrein einzusehen), vor vollendeter Arbeit abzubrechen. Der Anlaß seines Briefes an die „Nationalzeitung" bestimmte ihn zugleich, alle weiteren Unterhandlungen mit Bismarck abzubrechen. Der Brief, den ihm Bismarck auch schrieb, um ihn von diesem Entschluß zurückzubringen, ist ein unverkennbarer Schrei der durstenden Seele. Leider blieb er ohne Erfolg; Roggenbach reiste ab.

Jetzt gilt es, den Fehler wieder gutzumachen. Sie können es. Reisen Sie ohne allen Aufschub nach Berlin und gehen Sie zu Bismarck. Der Schritt ist ungewöhnlich und wird Sie viel kosten, ebenso wie mich der Rat dazu. Aber die Lage rechtfertigt alles und verpflichtet zu allem. Sollten Sie sich wider Verhoffen nicht sofort entschließen, so finden Sie mich Sonnabend frühzeitig in Berlin.

Freiherr von Roggenbach an Bennigsen.

Karlsruhe, 11. Mai 1866.

Die Ereignisse haben dahin geführt, daß heute die Frage vorliegt, welcher von den beiden deutschen Großstaaten künftig die deutschen Geschicke bedingen und beherrschen soll — auf welcher Seite die Wünsche des deutschen Volkes stehen müssen, scheint mir nicht zweifelhaft —, ganz gleichgültig, ob das in Preußen derzeit bestehende System uns das richtige scheint oder nicht, steht fest, daß das geschlagene Preußen außerstande wäre, künftig die Mission zu erfüllen, die wir von ihm erwarten. Es muß also verhindert werden, daß es geschlagen wird, und dies geschieht dadurch, daß es in den wichtigsten Positionen seiner Stellung möglichst unterstützt wird.

Eine der wesentlichsten ist unstreitig der Zug auf Bundesreform, wie heute das Spiel steht, und ich würde es sehr bedauern, wenn die Abneigung gegen das gegenwärtige Regiment dahin führen könnte, daß das deutsche Volk sich lieber zum Verzicht auf eine solche Reform entscheiden würde als zu einer, wobei Bismarck mitwirkt. Wie wenig günstig im Augenblick die Aussichten scheinen, dieselbe durch Verständnis mit den Regierungen zu fördern, so darf das deutsche Volk deshalb sie nicht im Stiche lassen und sich dem Vorwurf aussetzen, es habe nicht jederzeit mit aller Kraft diesem Ziele zugestrebt — dies wäre um so übler, als gerade das gegenwärtige Regiment in Preußen unter einem Hochdruck arbeitet, der es zu Entschlüssen greifen läßt, vor denen manches andre Regiment zurückschrecken würde. —

Bismarck ist der Mann, in dem Maße für die Entwicklung der deutschen Verhältnisse nützlich sein zu können, als er entschlossener ist als seine Vorgänger und als unstreitig ihm allein zu danken ist, daß der schwachmütig gewordene Staat Preußen sich zu tatkräftigem Wollen aufraffte.

Meine Meinung ist also, daß mit aller Macht auf Zustandekommen des Parlaments gewirkt werden muß.

Mit bekannter Verehrung

Ihr ergebenster Roggenbach.

*

Die Ausschußsitzung des Nationalvereins am 13. und 14. Mai war von der Gesinnung Roggenbachs doch noch weit entfernt. Was zunächst die Kriegsfrage betraf, so waren die Preußen überwiegend der Ansicht, sich mit dem Ministerium Bismarck auch für den Kriegsfall unter keiner Bedingung einzulassen und ihm insbesondere kein Geld für Kriegszwecke zu bewilligen; die außerpreußischen Mitglieder berichteten, daß die süddeutschen Bevölkerungen zwar meist gegen Preußen, aber auch nicht für Oesterreich gestimmt seien, die nord- und mitteldeutschen dagegen vorwiegend zu Preußen neigten; darüber, ob man in den Mittel- und Kleinstaaten sich für bewaffnete oder für einfache Neutralität entscheiden sollte, seien die Ansichten sehr geteilt. Der Ausschuß selbst war überwiegend für die letztere Alternative, für Nichtbewilligung von Geldern zu Kriegszwecken, beschloß aber, die ganze Frage der Entscheidung des zum 20. Mai nach Frankfurt einberufenen Abgeordnetentages zu überlassen und in der eignen Kundgebung nicht zu berühren. In der Parlamentsfrage war — trotz der eingelaufenen Stimmungsberichte — die Mehrzahl entschlossen, in die Agitation für den Antrag Bismarcks auch jetzt nicht ohne weiteres einzutreten, sondern bessere Bürgschaften zu verlangen: sonst würde es „rein unmöglich sein, das Volk zur Ausübung des erforderlichen Druckes auf die widerstrebenden Regierungen in Bewegung zu setzen". Die — von Rochau verfaßte — Ansprache des Nationalvereins vom 14. Mai fand jedoch, nachdem sie den Brecher des Landfriedens in der alten Tonart mit ihrem Fluche bedroht hatte, in der Verurteilung des Parlamentsantrages nicht mehr dieselben Worte dröhnender Verachtung wie einige Wochen zuvor, sondern bezeichnete ihn „bei der Unbestimmtheit des Inhalts und in Betracht des Systems der Regierung, von welcher er ausgeht, als nicht geeignet, das Vertrauen des deutschen Volkes und diejenige warme Teilnahme desselben zu gewinnen, ohne welche die natürlichen Schwierigkeiten der Aufgabe und insbesondere der unausbleibliche Widerstand der mittelstaatlichen Kabinette nimmermehr überwunden werden kann.

Soll das deutsche Volk für Parlament und Bundesreform eintreten, so müssen ihm dieselben in der bestimmten Gestalt geboten werden, welche ihm die Geschichte der Jahre 1848 und 1849 gegeben hat, so muß vor allem die Regierung, welche die Gesamtverfassung der Nation umgestalten will, ganz andre Beweise von konstitutioneller Gesinnung und Verfassungstreue gegeben haben, als es von seiten der preußischen Regierung bisher geschehen ist. So lange die preußische Verfassung ein toter Buchstabe ist, wird unsre Nation niemals an eine deutsche Verfassung glauben, welche ihr von Preußen in Aussicht gestellt wird, geschweige denn sich durch solche Aussicht in eine tiefgehende Bewegung setzen lassen."

Trotz dieser tugendhaften Absage an Bismarck bogen die Schlußworte die Spitze noch weiter um. Der Nationalverein, seinem Programm getreu, forderte nach wie vor die Berufung einer nach den Grundsätzen des Reichswahlgesetzes gewählten Nationalversammlung, in der allein Deutschland die sichere Gewähr finden werde gegen Bürgerkrieg und Landesverrat und die feste Bürgschaft für die nationale Freiheit, Ehre und Macht; er schloß mit einem Aufruf an alle Mitglieder, zu arbeiten „für schleunige Einberufung eines deutschen Parlaments". Alles das konnte zwar nicht Bismarcks Erwartungen entsprechen; Oetker bedauerte, daß diese Fassung trotz seiner Gegenvorschläge die Abneigung gegen die preußische Regierung zum Ausdruck brachte und von Uebertreibungen nicht frei sei,[1]) und Duncker murrte, daß Bennigsen und viele andre nichts sehnlicher als Bismarcks Erfolge wünschten und doch nicht unterlassen könnten, ihm den Knüppel zwischen die Beine zu werfen.[2]) Aber trotz alles eifernden Widerstrebens war man wieder ein Stück herangerückt, und alles sah nach der Losung aus: getrennt marschieren und vereint schlagen.

In dieser Situation vollzog sich die erste persönliche Berührung zwischen Bismarck und Bennigsen. Dieser erschien in einem zweiten Gespräch mit Bernhardi,[3]) noch am Abend des 12. Mai, von seinem Zweifel an der Aufrichtigkeit der Wendung Bismarcks noch keineswegs befreit. Bestimmter noch als in Hannover bestand er darauf, wenn Preußen von der liberalen Partei im übrigen Deutschland unterstützt sein wolle, müsse vor allen Dingen das Ziel des Krieges bekanntgegeben werden, sodann der Verfassungsplan, den man dem deutschen Parlamente vorlegen wolle, und im Innern müßten versöhnliche Schritte geschehen. Als Bernhardi andeutete, man werde von seiten Preußens

[1]) Fr. Oetker, Lebenserinnerungen III, S. 427.
[2]) R. Haym, Max Duncker, S. 381.
[3]) Aus dem Leben Th. von Bernhardis VI, S. 315 ff.

nichts dagegen haben, wenn das Parlament seine Tätigkeit mit einer Revision der Verfassung von 1849 beginne, antwortete Bennigsen: „Nun gut, so möge man denn die Verfassung von 1849 ausdrücklich für die Basis erklären, auf der die Verhandlungen eröffnet werden sollen." Genug, er verlangte Garantien von dem Manne, der bis dahin gegen die öffentliche Meinung Preußens und Deutschlands regiert hatte und nun plötzlich bei dieser selben öffentlichen Meinung um Vertrauen und Bundesgenossenschaft warb. So war Bernhardi von der „vollkommen unfruchtbaren" Unterredung sehr wenig befriedigt, er meinte sogar festzustellen: „Bennigsen ist bei weitem mehr Partikularist, als er selber weiß." Näher kamen sich andern Tags Bennigsen und Max Duncker, der viel mehr auf die Idee einging, daß die liberale Partei nur auf bestimmte Zugeständnisse hin mit Preußen gehen könne, und über die Absichten Bismarcks auf eine liberale Rekonstruktion des Ministeriums ernsthafte Andeutungen machte. Schließlich forderte auch er Bennigsen dringend auf, zu Bismarck zu gehen und mit diesem selbst zu sprechen, um die verlangte genauere Einsicht in seine Pläne aus dessen eignem Munde zu erlangen. Bennigsen lehnte begreiflicherweise unbedingt ab, seinerseits den ersten Schritt zu tun. So entschloß sich denn Bismarck, auch von Oetker (der längst eine solche Zusammenkunft wünschte) in diesem Sinne beraten, von sich aus den Führer der liberalen Nationalpartei zu einer Besprechung aufzufordern, um seine Bedenken zu zerstören.

Bennigsen erhielt die Einladung Bismarcks am Morgen des 14. Mai, während der unter seinem Vorsitz tagenden Ausschußsitzung des Nationalvereins. Er wurde herausgerufen, und — wie es im Sitzungsprotokoll heißt — „wieder eingetreten, teilte Herr von Bennigsen mit, daß er soeben eine briefliche Einladung (von Legationsrat von Keudell) zu einer Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck auf heute abend neun Uhr erhalten [1]) und auch — nachdem er verschiedene indirekte Aufforderungen bisher stets unbeachtet gelassen — bereits zugesagt habe. Herr Metz erklärte hierauf, daß diese Angelegenheit den Ausschuß nicht berühre, sondern lediglich Privatsache des Herrn von Bennigsen sei. Von Herrn Dr. Lang wurde der Antrag gestellt, den Vorsitzenden von Ausschuß wegen zu ersuchen, seine dem Grafen

[1]) Der Wortlaut des Schreibens, das sich in den Papieren Bennigsens noch vorfindet, ist: „Berlin, 14. Mai 1866. Ew. Hochwohlgeboren beehre ich mich ergebenst mitzuteilen, daß es dem Herrn Ministerpräsidenten Grafen von Bismarck erwünscht sein würde, Ew. Hochwohlgeboren heute abend neun Uhr in seiner Wohnung Wilhelmstraße 76 empfangen zu können. Mit ausgezeichneter Hochachtung von Keudell, w. Legationsrat."

Bismarck gegebene Zusage zurückzunehmen, in Anbetracht der bedenklichen Folgen, insbesondere der Verdächtigungen, welche diese Entrevue nach sich ziehen möchte. In der hierdurch angeregten Debatte sprachen sich fast sämtliche Redner gegen den Antrag aus, und da es unzweifelhaft war, daß die große Mehrzahl der Versammlung ablehnen würde, in dieser Sache überhaupt einen Beschluß zu fassen, so zog Dr. Lang seinen Antrag wieder zurück." In demselben Sinne berichtet Oetker den Hergang: „Ich riet natürlich, darauf einzugehen, und gab zugleich Herrn von Bennigsen einige nähere Aufschlüsse über meine eignen Beziehungen zu Bismarck. Bennigsen war bereit, der Einladung zu entsprechen, hielt sich jedoch für verpflichtet, den Ausschuß von seinem Vorhaben vertraulich in Kenntnis zu setzen. Da kam es denn zu einem sehr lebhaften Wortwechsel und Meinungszwiespalt. Besonders erklärte sich der Rechtsanwalt Lang von Wiesbaden, dieser kernbrave Rheinländer, mit größtem Nachdruck gegen einen solchen Schritt. Der Ausschuß müsse sich mit aller Entschiedenheit dagegen verwahren, daß sein Präsident, der Präsident des Nationalvereins, der hier nicht als Privatperson in Betracht komme, mit Bismarck in Verkehr trete. Ich war natürlich ebenso entschieden andrer Meinung, und die Ansichten der übrigen Mitglieder waren ebenso geteilt. Einige, die zu den entschiedensten Gegnern Bismarcks gehörten, z. B. Dr. Metz aus Darmstadt, sprachen sich doch dafür aus, daß Bennigsen der Einladung folge. Ja, Metz gab nicht undeutlich zu verstehen, daß er selber nicht übel Lust hätte, eine solche Unterredung zu haben, um ein Stück Marquis Posa zu spielen. Die Mehrheit würde sich aber doch augenscheinlich gegen den Besuch ausgesprochen haben. Da erklärte Herr von Bennigsen, daß er es für seine Pflicht gehalten habe, nicht ohne Vorwissen der Mitglieder zu handeln, daß er aber einen Beschluß über den Gegenstand nicht für geeignet halte, dieses vielmehr als eine persönliche Angelegenheit betrachte und die Verantwortlichkeit für seine Handlung allein übernehme." [1])

Die Besprechung zwischen Bismarck und Bennigsen war nicht etwa eine Verhandlung über etwaige gemeinsame Schritte — so wenig wie einst die vielerörterten Besprechungen des Ministers mit Lassalle —, sondern diente, wie Bennigsen selbst es später formulierte, „lediglich zu meiner und meiner nächsten Freunde Information über die wirkliche Lage der Dinge und seine demnächstigen Absichten und ohne eine Aufforderung zu einer persönlichen Mitwirkung in der Regierung". [2]) Da

[1]) Fr. Oetker, Lebenserinnerungen III, S. 425.

[2]) Bennigsen an Lasker, 30. Juni 1878 (Cahn, Aus Eduard Laskers Nachlaß, S. 164 ff.).

das Protokoll der Ausschußsitzung, in der er tags darauf Bericht erstattete, nicht erhalten ist, so bleibt als einzige authentische Quelle die eidliche Aussage, die Bennigsen dreiundzwanzig Jahre später vor Gericht gemacht hat: „In der Unterredung hat Herr Ministerpräsident von Bismarck mir seine Pläne über die Umgestaltung Deutschlands mitgeteilt für den Fall, daß Oesterreich im Kriege von Preußen besiegt werden würde, einen Sieg, den er als zweifellos voraussetzte. In dieser Unterredung ist von Hannover überhaupt nicht gesprochen worden. Das hatte seinen Grund darin, daß ich gleich bei Beginn der Unterredung bevorwortete, daß in unsrer politischen Unterhaltung von Hannover nicht gesprochen werden dürfte, eine Bevorwortung, die von dem Herrn Ministerpräsidenten innegehalten ist. Im übrigen hat der Herr Ministerpräsident in der Unterredung damals mir mitgeteilt, daß seine Absicht sei, sobald Oesterreich besiegt sei, in Deutschland eine bundesstaatliche Verfassung einzuführen, unter Mitwirkung der Bevölkerung, welche mit möglichst ausgedehntem Wahlsystem zu einer Versammlung zur Mitbeschließung der Verfassung berufen werden sollte.[1]) Ueber diese bundesstaatliche Einrichtung ist verschiedentlich unter uns geredet worden. Der Plan, den der Herr Ministerpräsident entwickelte, entspricht im wesentlichen demjenigen, was später in der norddeutschen Bundesverfassung und in der deutschen Reichsverfassung zur Ausführung gekommen ist. Er entspricht im wesentlichen auch demjenigen, was Herr von Gagern als Ministerpräsident 1848/49 als deutsche Reichsverfassung hinstellte und was in der Reichsverfassung von 1849 von der deutsch-nationalen Versammlung beschlossen ist, was der Nationalverein in seine Statuten, dann aber in die programmäßigen Beschlüsse aus den Jahren 1860 und 1863 aufgenommen hat ... Ueber die Stellung, die Hannover nehmen würde, ist überhaupt nicht gesprochen worden, weil damals, wie notorisch, zwischen Preußen und Hannover über dieses Verhältnis verhandelt wurde und ich keine Verantwortung übernehmen wollte. Es ist dies der Grund, weshalb ich verlangt habe, daß darüber nicht gesprochen werden sollte."

So wie Oetkers Besprechungen mit Bismarck seinerzeit unter den Gegnern ein Geschrei über „Verrat" hervorgerufen hatten, so ist vollends diese Besprechung vom 14. Mai 1866 schon bald Gegenstand leidenschaftlicher Parteierörterung und, noch nach langen Jahren, gerichtlicher Verhandlungen geworden. Da Bennigsen seinen politischen Freunden über den Inhalt der Unterredung einen vertraulichen Bericht erstattete, so drangen bald auch Nachrichten in die Presse. Daß

[1]) Aehnlich schon Bennigsens Mitteilung in dem Briefe an Lasker von 1878.

sie damals, in der höchsten Spannung und Erbitterung der Parteien, von den Gegnern ausgebeutet wurden, läßt sich schließlich begreifen. Dagegen ist es nur aus urteilsloser Gehässigkeit zu erklären, wenn welfische Fanatiker noch dreiundzwanzig Jahre später auf dieses Gespräch die unsinnige Anklage des Landesverrats gegen Bennigsen aufzubauen versuchten, weil er kurz vor dem Ausbruch des Krieges mit dem feindlichen Minister über die zukünftige Gestaltung des Königreichs Hannover verhandelt und statt der Annexion wenigstens die „Mediatisierung" befürwortet habe. Ja, je mehr in späterer Zeit sein öffentliches Hervortreten seit dem Jahre 1859 und die Ziele der Nationalvereinspolitik sich im Gedächtnis der Menschen verwischten, desto mehr verdichtete sich die Anklage um diesen einzigen Vorgang, der an sich nicht die ihm zugeschriebene Bedeutung besaß und obendrein in allen Einzelheiten nicht den geringsten Anlaß zur Kritik bot.

Zunächst ergibt die Zeugenaussage, daß Bennigsen vorsichtig und taktvoll genug war, jegliche Besprechung hannoverscher Dinge von vornherein auszuschalten; in der ersten Minute enttäuschte er den preußischen Minister, wenn dieser etwa gehofft hatte, den Führer der hannoverschen Opposition für die nahe Auseinandersetzung ausnutzen zu können. Davon abgesehen aber spielte er eben nicht, wie die feindselige Legende will, den bereitwilligen Helfer Bismarcks, sondern er verharrte in der Rolle des zurückhaltenden liberalen Parteimannes und — man ist versucht zu sagen — des partikularistischen Hannoveraners. Zwar schied er nicht ohne einen tiefen persönlichen Eindruck von dem Grafen Bismarck — wie wir denn in den letzten Monaten beobachten konnten, daß er trotz des schärfsten sachlichen Widerspruches wohl ein Organ für das Große in der Staatskunst des Gegners besaß. Aber er blieb weit davon entfernt, persönlich oder für seine Partei die von Bismarck nahegelegte politische Frontveränderung vorzunehmen. Im Jahre 1859 hätte er auch aus den Händen Bismarcks das deutsche Parlament genommen, jetzt zögerte er, als der große Zauberer wirklich den lockenden Erisapfel in die Mitte der Gegner warf. Der Führer der deutschen Liberalen vermochte nicht über den Konflikt hinwegzukommen, so wenig wie die preußische Fortschrittspartei; er versagte sein Vertrauen wie die meisten Liberalen bis zum preußischen Kronprinzen hinauf. Der stets optimistische Max Duncker mochte urteilen: „Bennigsen hat sich über vieles mit Bismarck verständigt und Berlin mit wesentlich modifizierten Ansichten verlassen." [1] In Wirklichkeit war Bismarck von der Eroberung, die bei Roggenbach nahezu gelungen war, hier noch weit

[1] Bernhardi VI, S. 334—336.

entfernt. Der Liberale gedachte seine Selbständigkeit zu behaupten. Der folgende Brief scheint vollends den Beweis zu liefern, daß Bismarck bei Bennigsen seine Absicht nicht erreicht zu haben glaubte und sein Glück noch bei einem zweiten Hannoveraner zu versuchen vorzog.

Lammers an Bennigsen.

Bremen, 18. Mai 1866.

Ich glaube es der Parteiverbindung und den auf dem Spiele stehenden Interessen schuldig zu sein, Ihnen Kenntnis von einem Briefe zu geben, der mir gestern von einem sonst nicht in Berlin wohnenden Manne dorther zuging. Man wünscht darin von mir zu wissen: 1. Ob von der liberalen Partei in Hannover Kundgebungen für Preußen oder wenigstens gegen Oesterreich zu erwarten seien, 2. ob ich Männer innerhalb dieser Partei zu bezeichnen imstande sei, welche sich Aufschlüsse über die preußischen Intentionen geben ließen u. s. f. [1])

Ich habe darauf folgendes geantwortet: Von den Entschlüssen der hannoverschen Opposition habe ich keine ganz frische und aktuelle Kenntnis; ich habe Mitglieder derselben nur (am vorigen Sonntag in Hannover) vor der Nachricht von dem angeblichen Abschluß mit Preußen und, was wichtiger, vor Ihrer Rückkehr von Berlin gesprochen. Damals habe man Mobilisierungsforderungen erwartet und sei einig gewesen, nichts zu bewilligen, ohne die Ziele der Regierung zu kennen oder Männer des öffentlichen Vertrauens zu Ministern gemacht zu sehen. Man sei gegen Oesterreich, aber nicht für Preußen. Nur Garantien für den Liberalismus und das nationale Programm könnten diese Neutralitätsstimmung zu aktivem Parteiergreifen für Preußen steigern. Die zweite Frage ferner setze mich in Erstaunen und Verlegenheit, da sie (Mittwoch abend geschrieben) Ihre Unterredung mit Bismarck so vollständig ignoriere. Ob ich daraus zu schließen habe, daß dieselbe übel

[1]) Dieses Bedürfnis Bismarcks, noch mit einem andern Hannoveraner zu sprechen, führte anscheinend, noch im Laufe des Mai, zu seiner Unterredung mit Miquel. Nach Miquels Zeugenaussage im Prozeß Bennigsen contra von Dannenberg besprach man zuerst die Beilegung des preußischen Verfassungskonflikts: Bismarck stellte nach einem siegreichen Kriege eine Indemnitätsvorlage in Aussicht. Auf die Frage Bismarcks, ob Preußen Aussicht zu einem freundschaftlichen Verhältnis mit Hannover habe, erklärte Miquel als Mitglied der Opposition sich außerstande, zu antworten. Dann betonte Bismarck mit historischen und praktischen Argumenten seinen dringenden Wunsch, daß Hannover sich neutral hielte — mehr verlange er nicht — und an einer Rekonstruktion der Bundesverhältnisse teilnehme, und sprach die Hoffnung aus, daß ein mit dem Gesandten von Stockhausen auf diesen Grundlagen verhandelter Vertrag beiderseitig ratifiziert werden würde.

abgelaufen? Dann wäre jeder andre Versuch, auf die Liberalen Hannovers zu wirken, voraussichtlich vergebens. Kein Parteiführer in Deutschland sei der Seinigen so sicher als Sie. Ich könnte daher, wenn man meine Meinung zu wissen wünsche, nur dringend anheimgeben, die Verhandlung mit Ihnen wieder aufzunehmen, da auf einem andern Wege in dieser Richtung nicht vorwärtszukommen sein werde.

*

Nun bliebe noch zu erörtern, ob der Stand der Beziehungen zwischen Hannover und Preußen schon um Mitte Mai derart war, daß der politische Takt Bennigsen diese Unterredung überhaupt hätte verbieten sollen. Die Dinge lagen jedoch völlig umgekehrt. Eben damals war die Aussicht auf eine friedliche Verständigung der beiden Staaten nähergerückt als je.[1]) Hannover hatte, nach längerer Zurückhaltung, endlich seit Mitte April zaghafte Kriegsvorbereitungen getroffen, Reserven einbehalten, Kriegsgerät nach Stade befördert und drei Jahrgänge Beurlaubter einberufen; es lag im Plane, mit der österreichischen Brigade in Holstein in Fühlung zu treten. Solchen Möglichkeiten gegenüber, so wenig bedrohlich sie zunächst auch waren, hatte Preußen das westfälische Armeekorps mobil gemacht und am 9. Mai der hannoverschen Regierung erklärt, die friedliche Neutralität habe ihm genügen können, die bewaffnete Neutralität aber sei bei der geographischen Lage Hannovers eine Bedrohung, gegen die es sich in Verfassung setzen müsse. „Wenn wir jetzt auch bei denjenigen Regierungen, welche die Natur der Dinge zu unsern natürlichen Bundesgenossen ebensosehr in ihrem wie in unserm Interesse machen sollte, einer feindlichen Tendenz begegnen, die unsre eigne Sicherheit gefährdet, so muß jede andre Rücksichtnahme, selbst die auf einen so nahestehenden Monarchen wie den König von Hannover, dem Bedürfnis der Selbsterhaltung untergeordnet werden."

Diese Sprache verfehlte ihren Eindruck in Hannover nicht. Am 13. Mai, am Tage vor der Besprechung Bennigsens mit Bismarck, tagte unter Vorsitz König Georgs ein Konseil, in dem der König, von den maßgebenden politischen und militärischen Ratgebern über-

[1]) Die amtliche Veröffentlichung der Aktenstücke: „Die Verhandlungen zwischen Preußen und Hannover im Jahre 1866 über den Abschluß eines Neutralitätsvertrages," Berlin 1867; danach u. a.: Picard, Comment a fini le Royaume de Hanovre, Revue contemporaine LV, p. 711—735. Zu der Darstellung von Hasselts, die an neuem Material vor allem die Berichte des Gesandten von Stockhausen in Berlin benutzt, im übrigen aber mit handgreiflicher Tendenz arbeitet, vergleiche die einschneidende und vortreffliche Kritik von Fr. Thimme, Zeitschrift des historischen Vereins für Niedersachsen 1901, S. 91 ff. Sodann: O. von Lettow-Vorbeck, Geschichte des Krieges von 1866 in Deutschland, Bd. 1 (1896).

stimmt, den Entschluß faßte, auf die von Preußen vorgeschlagene Neutralität einzugehen. Eine Depesche Platens nach Berlin vom 14. Mai stellte fest, daß Hannover für den Fall, daß die Grundsätze des Deutschen Bundesrechts ihre tatsächliche Geltung nicht mehr finden sollten, also für den Fall eines preußisch-österreichischen Krieges, neutral bleiben wolle, da Neutralität in einem solchen Fall den Verhältnissen und Interessen des Landes am besten entspreche; man erklärte sich bereit, sofort über einen Neutralitätsvertrag in Verhandlung zu treten. Daraufhin schlug Preußen am 20. Mai für den Fall eines inneren Krieges einen Neutralitätsvertrag vor, in dem es dem König von Hannover die Garantie seiner Souveränität durch vertragsmäßiges Abkommen anbot. Somit enthielt die Lage der Dinge seit dem 13. Mai nichts, woraus sich ein Vorwurf gegen Bennigsen hätte ableiten lassen, daß er zu dem Löwen in die Höhle ging — gegen ihn so wenig wie etwa gegen den ehemaligen badischen Minister Roggenbach. Vielmehr verdient seine spätere Aussage jeden Glauben: er sei damals der Meinung gewesen, daß Bismarck derzeit eine Annexion Hannovers nicht erstrebt, sondern die Neutralität dringend und ernstlich zu erreichen versucht habe. Wenn er sich jetzt entschloß, auch seinerseits für diese Neutralität zu wirken, so tat er nur dasselbe, was die hannoversche Regierung selbst zu tun sich bereit zeigte, wenigstens für eine Woche, bis seit dem 20. Mai ein erneuter Umschwung den Sieg der Vernunft wieder vereitelte.

Dieses Ziel, Neutralität der Mittelstaaten, insbesondere Hannovers, herbeizuführen und dafür einerseits im Abgeordnetentage, anderseits im hannoverschen Landtage zu wirken, wurde nun das Hauptbestreben Bennigsens. Sein Leben ging in diesen Wochen völlig in diesen politischen Kämpfen mit ihren wechselnden Schauplätzen auf. Am 16. Mai nach Hannover zurückgekehrt, schrieb er an seine Frau: „Da ich am Freitag abend auf einige Tage nach Frankfurt reisen muß und bis dahin hier mit den Arbeiten der ständischen Kommission sehr in Anspruch genommen sein werde, so kann ich nicht gut nach Bennigsen kommen. Ich möchte Dich daher bitten, mich morgen oder übermorgen hier zu besuchen, wo ich Dir denn auch manches Interessante über meinen Berliner Aufenthalt mitteilen kann, was teils zu weitläufig zu schreiben wäre, teils brieflich nicht gut zu sagen ist. Zu Deiner Beruhigung kann ich Dir aber jetzt schon mitteilen, daß ich zwar bei meiner Ankunft eine bestimmte Nachricht aus dem kronprinzlichen Lager [1]) bekam, Bismarck beabsichtige mich und Herrn N. N. [2]) ins Ministerium

[1]) Das muß sich auf Max Duncker's Mitteilungen am 13. Mai beziehen.

[2]) Der Name, ursprünglich ausgeschrieben, nachher aber dick durchstrichen, ist anscheinend zu lesen: von Roggenbach.

zu nehmen, daß mir Bismarck selbst aber in der langen Besprechung, zu welcher er mich am Montag hatte auffordern lassen, kein solches Anerbieten gemacht hat."

Die Darlegungen, die Bennigsen am Tage vor dem Zusammentritt des Frankfurter Abgeordnetentages im vertraulichen Kreise des Ausschusses machte, um sein Neutralitätsprogramm zu begründen, sind in der Form, wie sie hernach durch die Indiskretion wahrscheinlich eines großdeutschen Teilnehmers in die Presse gelangten,[1]) allerdings perfid zugespitzt, aber sie lassen erkennen, daß er noch in diesem Augenblick an die Neutralität Hannovers glaubte. So gelang es ihm, einen Ausschußantrag durchzusetzen, der zwar den drohenden Krieg als solchen verdammte, seine Urheber, vor allem aber diejenigen, „die in Verhandlungen mit auswärtigen Mächten deutsches Gebiet preisgeben", brandmarkte, dann aber fortfuhr: „Sollte es nicht gelingen, den Krieg selbst durch den einmütig ausgesprochenen Willen des Volkes noch in der letzten Stunde zu verhindern, so ist wenigstens dahin zu trachten, daß er nicht ganz Deutschland in zwei große Lager teile, sondern auf den engsten Raum beschränkt werde. Wir erblicken hierin das wirksamste Mittel, um die Wiederherstellung des Friedens zu beschleunigen, die Einmischung des Auslandes abzuhalten, durch die Heeresmacht der nichtbeteiligten Staaten die Grenzen zu decken und, im Falle der Krieg einen europäischen Charakter annehmen sollte, mit noch frischen Kräften dem äußern Feinde entgegenzutreten. Diese Staaten haben also die Pflicht, solange ihre Stellung geachtet wird,

[1]) Die „Frankfurter Postzeitung" vom 27. Mai 1866 gab folgende Analyse von Bennigsens Vortrag im Ausschuß: „Der König Georg ist österreichisch gesinnt; denn von Oesterreich hat er nichts zu fürchten. Von Preußen dagegen kann er verschlungen werden. Doch wird er nicht aktiv auftreten, sondern neutral sein solange wie möglich, und später für den Mächtigsten sich entscheiden. Die Regierung besteht aus wenig befähigten Persönlichkeiten. Wenn nur erst der Druck größer, wird sie nachgeben. Das Volk ist nicht für Preußen und nicht für Oesterreich, vielmehr ganz neutral, aber erbittert gegen Bismarck. Die Kammer ebenso zurückhaltend wie die Regierung. Schließlich für Preußen und gegen Oesterreich! Der Majorität bin ich sicher. Die Erklärung des Abgeordnetentages muß gerichtet sein gegen den Krieg, doch zunächst gegen Preußen, da das die nächste Ursache ist. Dann gegen die Mittelstaaten. Diese müssen anfangs neutral sein. Rüstungen sind deswegen zu vermeiden. Die Resolutionen der Volksversammlung sind deshalb zu verwerfen. Nur die Neutralität der Regierungen hält das Ausland fern. Eine nicht neutrale Haltung ist deshalb zu verurteilen, das Parlament dagegen zu verlangen als ein Organ, auf daß nicht den Dynastien alles übrigbleibt." Bennigsen bezeichnet diese Angaben (an Nagel, 31. Mai) als eine „ziemlich perfid zugespitzte Analyse", in seiner Kammerrede vom 7. Juni als „völlig entstellt".

nicht ohne Not in den Krieg der beiden Großmächte sich zu stürzen. Insbesondere liegt es den Staaten der südwestdeutschen Gruppe ob, ihre Kraft ungeschwächt zu erhalten, um gegebenenfalls für die Integrität des deutschen Gebiets einzustehen. Es wird Sache der Landesvertretungen sein, wenn sie über Anforderungen zu militärischen Zwecken zu entscheiden haben, diejenigen Garantien von ihren Regierungen zu fordern, welche die Verwendung in der oben ausgesprochenen Richtung und im wahren Interesse des Vaterlandes sichern. Wie ein deutsches Parlament allein die Behörde ist, die über die deutschen Interessen in Schleswig-Holstein zu entscheiden vermag, so ist auch die Erledigung der deutschen Verfassungsfrage durch eine freigewählte deutsche Volksvertretung allein imstande, der Wiederkehr solcher unheilvollen Zustände wirksam zu begegnen. Die schleunige Einberufung eines nach dem Reichswahlgesetze vom 12. April 1849 gewählten Parlaments muß daher von allen Landesvertretungen und von der ganzen Nation gefordert werden."

Der von etwa 250 Abgeordneten besuchte Abgeordnetentag selbst, der am 20. Mai zusammentrat, der erste seit der herzerhebenden Einigkeit vom Dezember 1863, stand unter einem völlig veränderten Zeichen: die Leidenschaften, in einer Volksversammlung am Tage zuvor schon auf das äußerste erhitzt, fluteten hinein; die Rede des Berichterstatters wurde durch das donnernde Gekrach explodierender Feuerwerkskörper mehrfach gestört, so daß man anfangs sogar einen verbrecherischen Anschlag befürchtete; Bennigsen, der, zum Vizepräsidenten gewählt, den größten Teil der Tagung mit bewährtem Geschick leitete, hatte viel aufzuwenden, die Ruhe wiederherzustellen: „Sollen wir hier in dieser Versammlung durch einen bubenhaften Versuch, unsre Beratung zu stören, uns beirren lassen?"; aber immer wieder brach in den Debatten die Leidenschaft der Stunde durch, die in allen Gemütern zitterte. Auf Bennigsens Veranlassung hatte der kräftige (bayrische) Schwabe Joseph Völk die Begründung des Ausschußantrages übernommen; Schulze-Delitzsch und Bluntschli sekundierten ihm mit Geschick; trotzdem fand der Antrag der Frankfurter S. Müller (des Präsidenten der Versammlung) und Passavant (eines alten Freundes Bennigsens) den tosenden Beifall der Galerie, weil er den aktiven Widerstand gegen den Krieg, im Grunde also Parteiergreifen für Oesterreich forderte. Der Schleswig-Holsteiner Neergard rief aus: „Es ist Verrat, neutral zu sein im Bürgerkrieg," und aus dem Lager der preußischen Radikalen wetterte der Publizist Frese gegen das Großpreußentum: „Wenn Sie Deutschland in Großpreußen aufgehen lassen wollen, dann sei Gott denen gnädig, die das Regiment erleben, das dann über Preußen und Deutsch-

land ergehen wird." Trotz dieser Opposition gelang es, dem Ausschußantrage mit starker Majorität zum Siege zu verhelfen. Also bei aller scharfen Absage gegen den Krieg und allen großen Worten die Forderung völliger Neutralität der Mittelstaaten: das aber bedeutete, da diese Mittelstaaten geneigt waren, auf Oesterreichs Seite zu treten, indirekt eine Unterstützung der preußischen Politik und eine Schwächung der österreichischen Partei. Gewiß konnte das nicht völlig den Wünschen Bismarcks entsprechen, doch war man in Berlin nicht unzufrieden. So meinte Duncker,[1]) der Abgeordnetentag sei gut abgelaufen; es seien keine feindselig gegen Preußen gerichteten Beschlüsse gefaßt worden, obgleich einzelne der Fortschrittsmänner dazu hetzen wollten; das habe man Bennigsen zu danken und den badischen Abgeordneten. Um so mehr waren die österreichischen Parteigänger in den Mittelstaaten darüber erbittert, und ihr Zorn, zumal auch in der offiziösen hannoverschen Presse, richtete sich besonders gegen Bennigsen, der allerdings bei der Formulierung eine führende Rolle gespielt hatte; man griff die Parteien an, die „unter der Maske der Neutralität im Beginne des Streites die Regierungen der Mittelstaaten zum Anschluß an die Bismarcksche Politik drängen wollen". Bennigsen dagegen war von dem Ausgang befriedigt. Er eilte zunächst nach Hannover zurück und veranlaßte die liberale Majorität der Zweiten Kammer, sich in einer öffentlichen Erklärung mit den Beschlüssen des Abgeordnetentages einverstanden zu erklären. Am 23. Mai schrieb er an seine Frau: „Von Frankfurt bin ich gestern nachmittag zurück. In Frankfurt herrschte wie überall große Aufregung. Die Stimmung in Süddeutschland ist aber trotz des Bismarckschen Regiments keineswegs österreichisch. Für unsern Ausschußantrag, welcher absolute Neutralität der Mittel- und Kleinstaaten fordert, womöglich unbewaffnete Neutralität, waren die Abgeordneten sämtlicher Länder mit Ausnahme der Schleswig-Holsteiner und der Frankfurter. Auch die süddeutschen Regierungen einschließlich Bayerns sind sehr mißtrauisch gegen Oesterreich, wie nach sicheren Nachrichten über die Bamberger Verhandlungen nicht zu bezweifeln ist. In der Bundesversammlung ist, wie mir einer der Bundestagsgesandten versicherte, eine Majorität für einen Beschluß, die deutsche Bundesarmee mobil zu machen, nicht zu erlangen. Preußen hat zwar den Streit angefangen. In diesem Augenblick sind es aber Oesterreich und Italien, welche den Krieg wollen. Je isolierter Oesterreich dasteht, je mehr Hoffnung ist, daß der Krieg für Deutschland vermieden oder dem Raum und der Zeit nach beschränkt werden kann."

[1]) Aus dem Leben Th. von Bernhardis VI, S. 334.

Wenn Bennigsen die Hoffnung hegte, sein Programm: Neutralität der Mittelstaaten, zunächst in Hannover durchdrücken zu können, so war das, wie wir wissen, kein Ding der Unmöglichkeit, da nunmehr auch die sachverständigsten Berater der Krone auf einen ähnlichen Weg drängten; selbst die Möglichkeit war nicht ausgeschlossen, daß die Stimme Hannovers gegen die Mobilmachung abgegeben, auch in der Abstimmung am Bundestag zu einem andern Ergebnis führen, womöglich den Ausbruch eines allgemein deutschen Bürgerkrieges verhindern konnte. Bennigsen war sich natürlich darüber klar, daß die Neutralität, die er um Hannovers willen wollte, zugleich für den Fall eines Krieges eine Unterstützung Preußens bedeutete: war der Krieg doch unvermeidlich, so sollte wenigstens Preußen siegen, wenn nur nicht Hannover in eine Niederlage Oesterreichs mit hineingezogen ward. Und auch die weitere Konsequenz konnte er sich nicht verhehlen, daß Hannover, nach gewahrter Neutralität, zwar seinen Bestand behaupten, aber von einem siegreichen Preußen sich dessen Bedingungen für die Neuordnung Deutschlands werde gefallen lassen und an dem kleindeutschen Bundesstaat werde beteiligen müssen: auch das entsprach den Idealen, die er längst vertreten hatte. Seine Wünsche gingen dahin, daß in dieser Neuordnung Preußen wenigstens nicht allein befehlen sollte, sondern zusammen mit einem freigewählten Parlament; traten dann Hannover und die übrigen Mittelstaaten in den von Preußen geführten Bundesstaat ein, so konnte die Stellung der Zentralmacht nicht allzu erdrückend ausfallen. Er wußte, daß König Georg eben wegen der Konsequenzen: Bundesstaat und Parlament, am heftigsten diesem Ausgang widerstrebte. Seine Idee war, dieses persönliche Widerstreben des Königs zu überwinden; dabei mochten die preußische Kriegsgefahr, der Selbsterhaltungstrieb und der Druck von unten zusammenwirken. Es hätte dazu allerdings wiederum eines Systemwechsels bedurft — aber man hatte in Hannover in den sechzehn Jahren der Regierung Georgs nicht weniger als sieben Ministerien verbraucht. Daß er selbst jetzt dieser Minister der rettenden Neutralität werden wollte, ist bei seinem Verhältnis zum König kaum anzunehmen.

Es ist anders gekommen, und so scheinen diese Pläne Bennigsens nur wie ein ohnmächtiges Ringen mit stärkeren Gewalten, verwehend vor dem Sturmwind der Ereignisse. Es war gewiß keine starke Politik: ihr Doppelantlitz, einerseits hannoversche Selbsterhaltungspolitik zu treiben und anderseits als passiver Zuschauer die deutschen Dinge dem erwünschten Ziele zutreiben zu lassen, zeigt etwas von der Schwäche, die allen Schritten der Liberalen beim Herannahen des großen Kampfes anhaftet, und zugleich von der künstlichen Diplomatie, die von Anbeginn

das Erbteil der Frankfurter Erbkaiserlichen und ihrer Nachfolger war, ihrer Ideen und ihrer politischen Praxis. So trägt sie nichts von dem großartig revolutionären Zuge der Staatskunst Bismarcks, die einen Mann wie Treitschke schon begeistert hinter sich her zog, aber auch nichts von der verräterischen Heimlichkeit, die hernach die Welfen ihr zum Vorwurf machten: es war die Politik eines gesunden Menschenverstandes, die den Staat Hannover gerettet haben würde, aber den einen Fehler hatte, daß die Leiter dieses Staates schon wieder anders beschlossen hatten.

Bennigsen konnte nicht wissen, daß die Entschließungen des Hofes schon wieder nach der andern Seite liefen. Die österreichischen Einwirkungen, die mit dem Erscheinen des Prinzen Solms am 20. Mai in Hannover einsetzten, machten der vorübergehenden Bereitwilligkeit, auf das preußische Neutralitätsangebot einzugehen, ein Ende und riefen den König Georg auf den Weg zurück, auf den ihn von Anfang an seine innerste Neigung getrieben; daß bei diesem Umschwung österreichische Lockungen mit einem Gewinn von Land und Leuten ernstlich in die Wagschale fielen, ist bei der Individualität des Königs doch nicht wahrscheinlich; gewiß aber ist, daß die Berufung auf das Bundesrecht nicht das primäre Motiv der hannoverschen Politik war, sondern nur die unüberwindlichen Sympathien Georgs für Oesterreich verdeckte; jener Druck von außen und von unten, auf den Bennigsen gerechnet hatte, trug nur dazu bei, ihn vollends in das andre Lager zu treiben. Man versuchte zunächst der entscheidenden Antwort auszuweichen. Als aber Bismarck nun mit gutem Grunde am 23. Mai seinen Antrag kategorisch wiederholte, erklärte tags darauf der hannoversche Minister, der „gegenwärtige Moment sei nicht geeignet" zur Verhandlung. Dem Sterne Oesterreichs vertrauend, brach man mit Preußen und trieb mit sehenden Augen in den Untergang. Eine letzte Warnung Bismarcks vom 28. Mai schlug fehl; gerade indem sie die Verpflichtung Hannovers auf den preußischen Reformplan dringlich betonte, mußte sie den König in seiner Parteinahme für Oesterreich bestärken und dadurch vielleicht auch dem schlummernden Hintergedanken Bismarcks — da die Neutralität Hannovers doch einmal nicht zu haben war — dienen. In demselben Augenblicke, als wenn es sich um eine Kooperation gehandelt hätte, machte Bennigsen den letzten Versuch, er aber ausschließlich in dem Gedankengange, den wir kennen: durch die Neutralität einerseits den Staat in der drohenden Gefahr am Leben zu erhalten, anderseits die österreichischen Siegesaussichten zu verringern: mit Hilfe eines Systemwechsels im Innern sollte diese Wendung nach außen vorgenommen werden. Das war der Sinn seines bekannten Antrages vom 29. Mai,

eine Adresse auf Grund der folgenden Gesichtspunkte an den König zu richten: „1. Es ist der dringende Wunsch des Landes, daß Deutschland vor den Gefahren und unheilvollen Folgen eines inneren Krieges bewahrt werde. 2. Die hannoversche Regierung hat die Pflicht, für Aufrechterhaltung des Friedens tätig zu sein und zu dem Behuf, sowie zur Herstellung einer die Wiederkehr ähnlicher Zustände verhindernden bundesstaatlichen Gesamtverfassung Deutschlands auf schleunige Einberufung eines freigewählten Parlaments hinzuwirken, in dem Konflikte zwischen Oesterreich und Preußen nicht durch vorzeitige Parteinahme oder Rüstungen die Gefahr des Ausbruchs eines Krieges zu vergrößern und endlich, auf eine ähnliche Haltung der übrigen deutschen Regierungen ihre Bemühungen zu richten. 3. Nicht das jetzige Ministerium, sondern nur ein mit dem vollen Ansehen nach oben und unten ausgerüstetes Gesamtministerium ist in der Lage, auf Grund der Wiederherstellung des in der gegenwärtigen Zeit doppelt erforderlichen, seit langen Jahren gestörten politischen Friedens im Königreiche mit Kraft und Erfolg für die wahren Interessen des Landes und die obenbezeichneten nationalen Aufgaben einzutreten." [1])

Als dieser Antrag nach einer weiteren Woche zur Verhandlung kam, am 6. Juni, war alles zu spät, und so fällt die letzte große Rede, die Bennigsen im Staate Hannover gehalten hat, eigentlich in einen Moment, als die Katastrophe des Staates schon vor der Tür stand. Bennigsen sprach nicht als Parteimann — das erkannte man auch von der Ministerbank an; auch ist erklärlich, daß in seiner Rede allein die hannoversche Motivenreihe seiner Politik zum Ausdruck kommt. Er verwahrte sich zunächst gegen die in der letzten Zeit, namentlich seit seiner Unterredung mit Bismarck, gegen ihn geschleuderten Verdächtigungen, denen er nicht geneigt, irgendwelchen Wert beizulegen: [2]) „Kein politischer Mann kann vor solchen Beschuldigungen und Verdrehungen sich schützen; das Heilmittel liegt im öffentlichen Leben selbst und in dem gesunden Urteile der Mitbürger über eines Mannes offen darliegende jahrelange politische Tätigkeit." Der Minister Bacmeister selbst erkannte in seiner Antwort diesen Anspruch an und erklärte, daß er diesen Invektiven der Presse gegen Bennigsen gänzlich fremd sei: „Mir ist es gewiß nicht in den Sinn gekommen, einen hannoverschen Edelmann und Untertan des Landesverrats für fähig zu halten." In

[1]) Konzept von der Hand Bennigsens in seinen Papieren; ebenda ein von ihm durchkorrigierter, sachlich kaum abweichender erster Entwurf von der Hand Miquels.

[2]) Diese Rede ist nicht nach dem offiziellen Landtagsprotokoll, sondern nach dem stenographischen Bericht der „Zeitung für Norddeutschland" wiedergegeben.

demselben Gedankengange gab Bennigsen von vornherein die nachdrückliche Erklärung ab: „Gegen die Politik des Grafen Bismarck im eignen Lande, in der schleswig-holsteinischen Frage und in den deutschen Angelegenheiten bin ich, wie ich stets ihr Gegner gewesen bin."

Dann motivierte er zunächst den ersten Teil seines Antrages, den Wunsch nach Frieden, den auszusprechen nicht überflüssig sei. „Denn es gibt, wenn auch nicht große Parteien, doch einflußreiche Personen, ja sogar hier im Königreiche, welche für den Krieg sind, entweder um Oesterreich niederzuwerfen und ihm seinen Einfluß zu nehmen, oder aber auch, um Preußen zu vernichten und auf den Rang eines großen Mittelstaates hinabzudrücken. Ich sage, auch hier im Lande gibt es Personen, so spezifisch österreichisch, und andre, so spezifisch preußisch gesinnt, daß sie ohne Rücksicht auf die große Gefahr durch Krieg ihre Zwecke verfolgen möchten. Daher müssen auch wir unsre Stimmen vereinigen mit dem Ruf des übrigen Deutschlands nach Frieden. Ein längerer Krieg muß die furchtbarsten Folgen haben; er wird ganz Deutschland in sich hineinziehen und der Verwüstung aussetzen; er wird in das geschwächte Deutschland das Ausland führen, sei es mit oder ohne Vertrag seitens Oesterreichs oder Preußens; und deutsches Gebiet wird auf unsre Kosten Rußland und Frankreich vergrößern. Diese Gefahr ist um so größer jetzt, wo auf dem französischen Throne der verschlagenste Staatsmann seit den Zeiten Wilhelms des Oraniers sitzt und über das kriegsgeübteste Heer der Welt gebietet . . ."

Der zweite Teil handelt von den Mitteln der Regierung und Bevölkerung, den Krieg zu verhindern oder auf den möglichst engen Raum zu begrenzen und die Wiederkehr so unheilvoller Zustände wie der gegenwärtigen unmöglich zu machen: „Meine und meiner Freunde Ansicht ist die: Hannover muß nicht Partei ergreifen und muß nicht rüsten. Es mag kaum nötig scheinen, diese Forderung auszusprechen, da das Ministerium selbst auf dem nämlichen Standpunkte zu stehen scheint. Denn Partei ist bisher, wenigstens soweit offizielle Kundgebungen vorliegen, noch nicht ergriffen, eigentliche Rüstungen sind noch nicht vorgenommen, zu solchen auch Geld noch nicht gefordert. Augenblicklich mag das Ministerium noch so stehen; aber man weiß nicht, welche Verhandlungen schweben, welches Andringen stattfindet, welche Verbindungen mit den süddeutschen Mittelstaaten oder mit andrer Seite angeknüpft sind. Gerüchte liefen darüber verschiedene um in jüngster Zeit; jetzt scheint man der Neutralität den Vorzug zu geben. Aber noch weniger wissen wir, welche Schritte von unsrer Regierung am Bunde zu erwarten oder zu befürchten sind, wenn Anträge auf Parteinahme gestellt werden sollten. Deshalb müssen wir unsern Standpunkt

klarlegen und uns vergewissern, daß die Neutralität eine dauernde sei. „Neutralität ist wohl für Feigheit und Verrat ausgegeben mit all ihren verwerflichen Folgen. Man hat Parteinahme verlangt: sobald die eine oder die andre der Großmächte den Bundesfrieden oder das Bundesrecht bedrohe, solle man sich auf die Seite des Bedrohten stellen. Aber eine eigentümliche Koalition ist es — eine Koalition ohne Vertrag — Oesterreichs, der Mittelstaaten und der Radikalen, welche diese Forderung stellt und sich zum Verteidiger des Bundesrechts aufwirft. Die preußische Regierung, Graf Bismarck insbesondere, wird da als Friedensbrecher bezeichnet, und es wird verlangt, daß gegen ihn alle, alle zu Felde ziehen. Wenn eine solche Koalition solche Forderung stellt, so muß man bedenklich werden.

„Was für ein Bundesrecht soll geschützt werden? Kann für das Bundesrecht die deutsche Nation auftreten? Ist das größte Unglück, das uns droht, der Untergang des Bundesrechts? Wir in Hannover haben seinen Wert kennen gelernt; zweimal ist unter seinem Vorwande unsre Landesverfassung umgestürzt worden; einmal mit dessen Duldung, das andre Mal mit dessen direkter Beihilfe. Welchen Wert hat das Bundesrecht für Deutschland; wie haben diejenigen selbst, welche heute zu seinen Champions sich aufwerfen, früher darüber sich ausgesprochen? Ich will nicht vorführen die Worte der Radikalen, welche von jeher an seiner Zerstörung gearbeitet haben; aber wie die Regierungen? Wie diese 1848 gedacht, wissen wir. Freilich sagt man: das ist lange her, die Zeugen gelten nicht mehr, die Zeit war damals eine aufgeregte. Wie hat es denn seitdem sich bewährt? Aber wenn die Mächtigen der Erde selber in aufgeregter Zeit Wahrheiten aussprechen, stammelnd aussprechen, die sie sonst vor sich und ihren Bevölkerungen verheimlichen, so sind solche Bekenntnisse schon ein Nutzen der Aufregung."

Und nun begann Bennigsen jenes Urteil zu zitieren, das der Ausschuß des Bundestags selbst, vom Gewissen getrieben, im März 1848 gefällt hatte: daß der Bund und sein Organ längst schon das allgemeine Vertrauen in ihre gedeihliche Wirksamkeit verloren hätten; oder das vernichtende Votum des bayrischen Ministers vom 12. März 1848, das in den Worten gipfelte, der heimliche Bundestag sei den Deutschen ein Gegenstand erst der Scheu, dann kalter Anwiderung geworden; schließlich aus der späteren Zeit das Geständnis einer österreichischen Denkschrift von 1853, daß die deutschen Regierungen im Grunde schon nicht mehr in einem festen gegenseitigen Vertragsverhältnis zusammenständen, sondern nur noch bis auf weiteres im Vorgefühl naher Katastrophen nebeneinander fortlebten.

„Genug davon. Wie hat seitdem das Bundesrecht die praktische

Probe bestanden? Wo, seit dem Tode des Königs von Dänemark, war das Bundesrecht zu finden? Wo haben die Mittel- und Kleinstaaten auch nur versucht, es theoretisch in Bundesbeschlüssen zur Geltung oder gar praktisch zur Ausführung zu bringen? Haben nicht Oesterreich und Preußen ganz allein ihre Sonderinteressen berücksichtigt? Zu welch schmählicher Rolle waren unsre braven Truppen und die Sachsen verdammt, als sie vom Bundestage im Stich gelassen und den Demütigungen preisgegeben wurden? Im Wiener Frieden haben die Großmächte sich die Herzogtümer abtreten lassen, ohne den Bund zu fragen oder dessen Genehmigung vorzubehalten. Nachher konnten sie sich über die Beute nicht verständigen. Einmal gelang es, die Zwistigkeiten vorübergehend beizulegen durch das Abkommen von Gastein; aber kein Bundesrecht, kein Landesrecht wurde beachtet; ja über Lauenburg wurde geradezu ein Handel geschlossen: Oesterreich verkaufte es für 2,5 Millionen Taler. Jetzt, wo der schleswig-holsteinische Handel zu Konflikten führt, jetzt erinnert sich Oesterreich des Bundes. Nun, wenn eine Regierung glauben sollte, Oesterreich wolle aufrichtig dem Bundesrecht sich unterwerfen, so wird doch die Nation kalt zuschauen . . .

„Wenn man jetzt als Legitimisten des Bundesrechts sich hinstellen wollte, was würde davon die Folge sein? Nur die, daß das Bestehende zu ändern vollkommen unmöglich würde, wenn man in den Aenderungen die vorgeschriebenen Formen peinlich beobachten will. Denn die Bundesgrundgesetze verlangen zu ihrer Abänderung Einstimmigkeit; ja, wesentliche Aenderungen schließen sie überhaupt vollkommen aus. Der Grundcharakter des Bundes ist die Vereinigung souveräner Staaten völkerrechtlicher Natur, losen Zusammenhanges, welche nie ein Bundesstaat werden kann, welche uns in Ohnmacht und Zerrissenheit hält, unsre Entwicklung abschneidet. Was wir wollen, ist eine Volksvertretung und eine Zentralgewalt — ein Krieg *für* die Bundesverfassung schneidet alles ab. Wollen und können wir Partei nehmen? Es gibt eine spezifisch österreichische Partei, welche unter allen Umständen gegen Preußen, es gibt eine andre, spezifisch preußische Partei, welche im Konfliktfalle für jedes preußische Kabinett marschieren will. Diese extremen Parteien werden gefördert, wenn wir uns in den Bürgerkrieg stürzen. Wollen wir versuchen, den Krieg zeitlich und örtlich nach Kräften zu beschränken, so dürfen wir weder das eine noch das andre tun. Eine Mittelpartei, diejenige des Nationalvereins und des Abgeordnetentages, ist seit lange bestrebt, die Gegensätze auszugleichen, ist seit Jahren solchen Extremen entgegengetreten. Aber im Kriege werden die Extreme die Mittelpartei wie überhaupt alle alten Parteien absorbieren, und neue werden sich bilden. — Dem Nationalverein, obgleich

er überall Front macht gegen die Politik des gegenwärtigen preußischen Kabinetts, wird dennoch nicht selten vorgeworfen, daß er dieselbe stets unterstütze, ja ohne Unterschied mit jedem preußischen Kabinett sich identifiziere. Solche Beschuldigungen zu vermeiden, steht nicht in unsrer Hand, aber hier im Hause darf ich unbefangene Prüfung und unbefangenes Urteil erwarten. Wenn auch unsre Partei unter gewissen Umständen Hoffnungen setzt auf den Staat Preußen, wann einst wieder Recht und Verfassung dort herrschen und der innere Friede hergestellt ist, so wird man doch nicht einen aus unsrer Mitte gestellten Antrag verdächtigen können, als unterstütze derselbe die völlig entgegengesetzten Pläne des Grafen Bismarck. Allerdings sind auch innerhalb des Nationalvereins einzelne in das Bismarcksche Lager gedrängt worden, aber die Masse der Partei erwartet ihren Sieg nur vom Sturze Bismarcks. Die alte preußische Politik ist gerichtet auf Erweiterung Preußens im Norden, Teilung Deutschlands und Herrschaft über Nord- und Mitteldeutschland. Wir dagegen wollen Verständigung über eine bundesstaatliche Gesamtverfassung Deutschlands unter Mitwirkung und freier Zustimmung der Nation. Diese ist unmöglich bei einem Zwiespalte, der alle aufruft zum Widerstande gegen die Pläne des preußischen Kabinetts.

„Unsre Politik also ist der gerade Gegensatz der Berliner Politik. Man hat nun wohl gesagt, wir trieben die Sache nur nicht so auf die Spitze wie die österreichische Partei, aber unter andern Umständen würden wir ein Losschlagen für Preußen fordern. Hierüber sich auszusprechen wäre eigentlich überflüssig, da der Krieg noch nicht ausgebrochen ist, da wir eine Unterstützung Bismarcks so wenig wie Oesterreichs wollen, und wir also das Weitere der Zukunft überlassen können. Allein, ich will ganz offen reden. Was ist die natürliche Stellung Hannovers? Wenn wir die Neutralität nicht mehr zu halten vermögen, können wir alsdann auf Oesterreichs Seite treten? Militärische und politische Gründe machen dies unmöglich. Kein Ministerium kann sich entschließen, den König nach London, die Truppen nach Bayern zu schicken, um nach Preußens Demütigung das Land zurückzuerobern. Und wäre dazu die Entschlossenheit vorhanden, so würde Preußen, vermöge seiner Existenzbedingungen, die Hand auf uns legen müssen wie auf Kurhessen, und würde uns zwingen. Unsre geographische Lage benimmt uns in Existenzkriegen zwischen Oesterreich und Preußen jede Wahl. Wir haben deshalb nur das Interesse, die Krisis hinauszuschieben, Bundesbeschlüsse gegen Preußen oder gegen Oesterreich zu verhindern und an der Neutralität festzuhalten. Wenn wir aus dieser heraustreten, so kann auch Süddeutschland nicht mehr neutral bleiben,

unser Anfang zieht Deutschland nach sich. Aber wenn das preußische Volk es dahin bringt, das Bismarcksche System zu stürzen und wenn alsdann die Koalition fortdauernd Krieg nicht gegen Bismarck, sondern den Kreuzzug des Hauses Habsburg und des Partikularismus gegen Preußen unternehmen, und alsdann ein preußisches Ministerium den Kampf für die nationalen Interessen aufnehmen sollte: alsdann müssen und wollen wir auf preußische Seite uns stellen. Bismarck mag lieber heute als morgen stürzen, damit würde die Verwirrung aufhören, es würde Freund und Feind wieder sich erkennen, man würde nicht mehr Preußen vergessen über Bismarck, man würde sich erinnern, daß nur Preußen, niemals Oesterreich imstande ist, als Endziel sich zu stellen die Entwicklung der deutschen Nation.

„Der dritte Teil meines Antrages weist darauf hin, daß die Lage des Vaterlandes einen Wechsel des Syftems bei uns und Herstellung des gestörten politischen Friedens erfordere und daß das gegenwärtige Ministerium außerstande sei, diesen Erfordernissen zu genügen. Dieser dritte Punkt hat hier und da Anstoß erregt; man hat es unzulässig oder ehrfurchtswidrig gefunden, diese Wahrheiten auszusprechen. Allerdings gibt die Verfassung dem Könige das Recht, seine Minister zu wählen, aber in demselben Paragraphen, worin sie vorschreibt, daß ein Gesamtministerium bestehen solle. Der Ständeversammlung gibt sie das Recht, in allen Landesangelegenheiten Wünsche und Beschwerden vorzutragen. Die Verfassungsmäßigkeit des Antrages kann also nicht bezweifelt werden. Allerdings nur ganz ungewöhnliche Verhältnisse können uns veranlassen, von dem verfassungsmäßigen Rechte in dieser Weise Gebrauch zu machen: hinzuweisen auf die Gefahren des Landes und des Königlichen Hauses, wenn nicht ein Vertrauensministerium eingesetzt werde. In aller Ehrerbietung, aber mit Freimut wollen wir das Recht gebrauchen; wir sind nicht Hofbeamte, wir dürfen und müssen auch unangenehme Wahrheiten dem Könige aussprechen, wenn Großes auf dem Spiele steht für das Land und das Königliche Haus. Wie sind unsre Zustände? Ein Gesamtministerium besitzen wir seit langen Jahren nicht. Die Regierung wird geführt von den einzelnen Ministern in ihren Departements, deren jeder unmittelbar mit dem Könige oder mit einzelnen Kollegen verkehrt. Offizieller Verkehr des Königs mit dem Gesamtministerium gibt es in Jahr und Tag kaum einmal. Das ist verfassungswidrig und gefährlich schon an sich, besonders aber wegen besonderer persönlicher Verhältnisse, welche die Vorschrift eines Gesamtministeriums doppelt unerläßlich machen, auf die jedoch die Hindeutung genügt. Indessen auch nicht einmal die einzelnen Minister sind die einzigen oder die Hauptratgeber des Königs. Die Krone hat Ratgeber ohne Stellung,

ohne ministerielle Verantwortlichkeit, ohne die moralische Verantwortlichkeit des höheren Beamten, der offiziellen Stellung und gegenüber den Ständen: Personen ohne Ansehen und Vertrauen, ja belastet mit dem Gegenteil dieser Eigenschaften, werden entscheidend zu Rate gezogen. Das gegenwärtige Ministerium ist weniger als irgendein früheres imstande, diesen Zustand zu beendigen; seine Mitglieder haben keinerlei Verbindung untereinander gehabt vor ihrem Eintritt in das Amt, kein Band gemeinschaftlicher Politik, nicht einmal persönliche Bekanntschaft, keine Beratung untereinander vor dem Eintritt hat stattgefunden, kein Programm nach ihrem Eintritt ist festgestellt worden: das sind notorische Tatsachen."

Er ging darauf die Persönlichkeit der einzelnen Minister durch, die zum Teil kein persönliches, zum Teil kein politisches Vertrauen verdienten. Sie möchten sich schon fragen, „ob nicht, wo man vielleicht seine Existenz verteidigen muß gegen Feinde oder gegen die Revolution, Frieden mit dem Lande zu schließen sei unter andern Männern. Gegenwärtig ist der Zeitpunkt günstig zum Frieden, da die inneren Streitigkeiten und die Parteien zurücktreten gegen die Größe der Ereignisse. Wir sind gewiß — und haben es bewiesen — vielleicht auch ist man im andern Hause jetzt geneigt, von den Parteiforderungen nachzulassen; dazu ist aber erforderlich, daß das Ausgleichungswerk in die Hand genommen werde von Vertrauensmännern, auch wenn sie keiner der Parteien angehören. Würde denselben einigermaßen freie Hand gelassen und nur im allgemeinen mit dem Könige das Programm festgestellt, so würde die Ausgleichung leicht zu erreichen sein.

„Wie soll eine feste Politik nach außen vertreten werden von einem Ministerium ohne Vertrauen im Lande und ohne feste Stellung gegen den König? Es liegt verhängnisvoll über den kleineren Staaten: unser Jahrhundert ist denselben ungünstig; es hat sie in Deutschland vernichtet zu Hunderten, und neuerdings in Italien. Was wird von ihnen bleiben nach einem großen Bürgerkriege! Nichts ohne Anerkennung ihrer moralischen Macht, ohne Anerkennung ihres Existenzwertes. Und was geschieht? In keiner Residenz das geringste. Gehe ich ehrfurchtsvoll vorüber an den gekrönten Häuptern — aber ich sehe überall noch Minister, beladen mit dem Fluche der Reaktionszeit. So in Dresden, so in München, wo ein Minister am Ruder ist, vor wenig Jahren entlassen gerade zum Friedensschluß zwischen Krone und Land, am Ruder unter einem jugendlichen und fast unselbständigen Könige.

„Soll nicht einmal der Anfang gemacht werden, statt auf Furcht, auf Liebe sich zu stützen? Dazu könnte Hannover das Signal geben. Haben doch auch wir länger als andre Staaten die Verfassung von 1848

behalten. Warum können wir nicht früher als sie zu ihr zurückkehren? Wir haben vor uns eine große Entwicklung, wenn man alle Kräfte des Landes benutzt; wir haben gesunde Zustände; schon die Schändlichkeiten seit dem Dreißigjährigen Kriege, die allgemeine von den Höfen sich verbreitende Sittenverderbnis ist mit geringen Spuren an uns vorübergegangen. Auch die Reaktion der ersten Hälfte unsers Jahrhunderts ist bei uns gelinder als anderswo aufgetreten. Bald nach 1815 erhielten wir eine Verfassung, eine konservative zwar, aber doch eine Verfassung; und früh hat unser Land eine hervorragende Zahl politischer Männer erzeugt. Auch ein Riß, welcher in andern Staaten Volk und Dynastien trennt, ist bei uns nicht eingetreten: niemals hat die Dynastie der Welfen Kaiser und Reich an das Ausland verraten.

„Möge mein Antrag unbefangene Prüfung finden, nicht als gestellt von einem Parteimanne, sondern von einem Manne, der aufrichtig wünscht, Hannover eine würdige Stellung und das Vaterland vor Gefahren zu bewahren und eine Verständigung anzubahnen mit dem Herrscher wie auch mit den Konservativen im andern Hause."

Die matte Antwort des Ministers Bacmeister klang, wie Miquel ihm hernach vorwarf, „sehr objektiv und sehr allgemein, als käme sie aus dem Munde eines Historikers oder Philosophen, nicht eines Ministers eines hochgefährdeten Mittelstaates, dessen Bevölkerung Aufklärung erwartet über die Politik und über die Absichten der Regierung." Er bekämpfte den Bundesstaat mit denselben historischen Argumenten wie einst Borries: „die deutsche Nation während ihrer ganzen Geschichte ist beherrscht durch die Zentrifugalkraft, welche sie aus einer zuzeiten vielleicht erzwungenen Einheit auseinandertrieb," und klammerte sich an das Bundesrecht: „Ich glaube, daß man keinen Schaden über das Land heraufbeschwört, wenn man vollständig, aber vorsichtig seine Pflicht erfüllt." Gegen diese Ahnungslosigkeit richtete sich Miquels Zornruf: „Das Bundesrecht, ich will Ihnen sagen, was es ist: es ist der Umsturz der Landesverfassungen, die Vernichtung der Rechte und Freiheiten des Volks; die Verfolgung, Verbannung oder Einkerkerung der Patrioten ... Die Existenz und Sicherheit der Mittelstaaten ist gefährdet durch zwei Umstände: erstens durch das Bedürfnis des unfertigen und als Großmacht unzulänglichen preußischen Staates; zweitens durch den Drang der Nation nach Einheit. Wenn die Mittelstaaten eine Politik verfolgen, welche diese beiden Gegner zusammenführt und verbindet, so sind sie verloren. Die Mittelstaaten haben gegen die Gefahr der Aufsaugung nur einen Schutz: das deutsche Volk selbst. Noch wird der Einheitsstaat, die Annexion zurückgewiesen; noch streben die Radikalen nach einer Föderativrepublik; noch gibt es eine Mittelpartei in uns.

Nach uns bleibt nur die Föderativrepublik oder der Einheitsstaat. Leider ist dieser Entwicklungsprozeß schon im Keime vorhanden; unsre Partei besteht nur noch in ihrem Stamme; nach beiden Seiten fällt man von uns ab, teils zum Einheitsstaate, teils zur Föderativrepublik. Gewiß handelt die Regierung nicht klug, die Männer, welche diesen beiden Bestrebungen mit ganzer Kraft entgegentreten, als Verräter schelten und verdächtigen zu lassen."

Gegen den ehemaligen Minister von Münchhausen, der das Wort „bundesstaatlich" aus der Adresse entfernen wollte, setzte Bennigsen noch einmal auseinander, was man vom Bundesstaate im Unterschied vom Staatenbund erwarte: „eine Zentralregierung und eine Zentralvertretung. Wenn wir nicht diese beiden Dinge erreichen, so sind alle unsre Versuche vergeblich. Dazu müssen die Opfer gebracht werden: will man das nicht, so mag man noch ein Menschenalter zuwarten; man wird dann die Wege wandeln müssen, die wir nicht wollen; man mag dann sich unterwerfen der Militärdiktatur Preußens oder der Revolutionsdiktatur von unten." Der Antrag Bennigsens wurde mit mehr als fünfzig Stimmen angenommen.

Die hannoversche Dynastie ließ sich durch Beschlüsse der Zweiten Kammer auf ihrem Wege ins Verderben nicht mehr aufhalten. Ein Ministerkonseil unter Vorsitz des Königs beschloß am 12. Juni, dem österreichischen Antrag auf Mobilisierung am Bundestage zuzustimmen; mit diesem eigentlich entscheidenden Fehler nahm man selbst vom Standpunkt des Bundesrechts aus unnötig und vorschnell Partei und gab Preußen den letzten Vorwand zum feindseligen Vorgehen;[1]) man hielt an diesem Entschlusse fest, obgleich Bismarck in einer Depesche vom 12. Juni zum letztenmal in unzweideutiger Weise auf die ernsten Folgen der Abstimmung aufmerksam machte.

Noch am Morgen des Tages, an dem Bennigsen das Unvermeidliche, gegen das er mit aller Macht angekämpft hatte, nun doch über Hannover hereinbrechen sah, wurde er selbst von der Macht, die sich anschickte, den hannoverschen Staat zu zertrümmern, auf eine ernste Probe gestellt. Bismarck machte einen letzten Versuch, sich seiner direkten Mitwirkung im Falle des Krieges zu versichern, allerdings einen Versuch, der sowohl die Persönlichkeit Bennigsens als auch die Mittel verkannte, die selbst in diesem Augenblicke möglich waren. Er hatte schon wenige Tage vorher seinen Gesandten in Hannover, Prinzen Ysenburg, beauftragt, mit Bennigsen über die Uebernahme der Verwaltung Hannovers nach dem Einmarsch der preußischen Truppen zu verhandeln.

[1]) Vgl. Fr. Thimme, Zeitschr. des Historischen Vereins für Niedersachsen, 1901, S. 97—101.

Der Gesandte hielt diese Zumutung jedoch für zu bedenklich und unterließ es daher, den Auftrag auszuführen. „Er war," so bemerkt Bennigsen, dem der Prinz ein Jahr später den Zwischenfall erzählte, „mit mir nicht näher bekannt, hatte keine Lust, sich einer möglicherweise unangenehmen Antwort auf ein von ihm einem hannoverschen Edelmann überbrachtes derartiges Anerbieten auszusetzen, und hat daher zurückchiffriert, er und ich würden von der Polizei in Hannover so sehr überwacht, daß er empfehlen müsse, eine unverfängliche Person von Berlin zu mir zu senden."[1] Ueber die Art, wie Bismarck nun doch seine Idee auszuführen unternahm, berichtet der folgende Brief.

Bennigsen an Lasker.[2]

30. Juni 1878.

... Am 14. Juni 1866, dem Tage, wo die Abstimmung im Bundestage erfolgte, kommt in Hannover frühmorgens der Bürgermeister Duncker aus Berlin zu mir und eröffnet mir im Auftrage Bismarcks folgendes: Die Mehrheit in Frankfurt werde mit Oesterreich gegen Preußen stimmen, darunter Hannover. Preußen werde dadurch zum Austritt aus dem Bunde und zur Kriegserklärung gegen Oesterreich genötigt. An Hannover werde sofort ein Ultimatum mit vierundzwanzig Stunden Frist gestellt werden: Neutralität im Kriege und gemeinsames Vorgehen mit Preußen nach dem Kriege für eine deutsche Verfassung und Vertretung. Die Frist werde voraussichtlich ohne Zustimmung Hannovers verstreichen und sodann Hannover von preußischen Truppen besetzt und in Hannover eine preußische Regierung eingerichtet werden. Bismarck mache mir den Vorschlag, an die Spitze dieser Regierung zu treten. Ich erwiderte Herrn Duncker in continenti, daß ich die Proposition ablehnen und mir jede weitere Verhandlung darüber verbitten müsse. Nachdem — unter uns gesagt — Herr Duncker sich entschuldigt hatte, daß er mir den Vorschlag überbrachte, da er den Auftrag nicht gut habe ablehnen können, bat er um Erlaubnis, noch mit einem andern Auftrage herauskommen zu dürfen, wogegen ich natürlich nichts einwendete. Bismarck wünsche eine Erklärung von mir, ob ich bereit sei, meinen Einfluß dafür zu verwenden, daß in Deutschland zu einem Reichstage mit allgemeinem Wahlrecht gewählt werde, wenn Preußen, in dem Kriege gegen Oesterreich siegreich, dazu auffordere. Ich erwiderte darauf, nicht allein meinen Einfluß würde ich dafür verwenden, sondern ich glaubte sofort bestimmt

[1] W. Cahn, Aus Eduard Laskers Nachlaß, S. 168.
[2] W. Cahn, Aus Eduard Laskers Nachlaß, S. 163 ff.

vertreten zu können, daß die übrigen Leiter des Nationalvereins ebenso denken und handeln würden, da es im nationalen Interesse liege, daß eine Vertretung der Nation nach Beendigung des Krieges sobald als möglich Gelegenheit erhalte, über die notwendige politische Umgestaltung Deutschlands mit zu beraten und zu beschließen.

Eine andre Aufforderung zu einer Mitwirkung habe ich von Bismarck vor oder bei dem Ausbruch des Krieges von 1866 nicht erhalten.

Treitschke hat im Sommer 1866 von dem Vorschlage Bismarcks durch Duncker oder dessen Bruder Mitteilung erhalten und die Tatsache beiläufig in seiner August 1866 erschienenen Schrift über die deutschen Kleinstaaten erwähnt. Hätte ich den Vorschlag, an die Spitze einer im Kriege in Hannover errichteten preußischen Regierung zu treten, angenommen, so würde mich jeder Mensch in Hannover für einen ehrgeizigen Verräter erklärt haben, und mit vollem Recht.[1]) Treitschke ist 1866 andrer Ansicht gewesen, heute, höre ich, nicht mehr.

*

Nur wer Bennigsen im Grunde seines politischen Denkens nicht kannte, konnte von diesem Entschlusse überrascht sein. Der ungewöhnliche Schritt Bismarcks am 14. morgens war eine Vorbereitung für einen Fall, dessen Eintreten mit höchster Wahrscheinlichkeit zu erwarten war und der am nächsten Tage tatsächlich eintrat, und insofern vergleichbar den längst ergangenen Befehlen an die preußischen Truppenführer, am 16. Juni einzurücken, wenn keine Gegenorder erginge. Aber indem er sich, noch während des Friedens, der Mitwirkung eines hannoverschen Untertanen für den künftigen Fall der kriegerischen Okkupation des Landes zu versichern suchte, mutete er diesem etwas schlechterdings Unmögliches zu. Diese provisorische Regierung (um eine solche handelte es sich natürlich) bedeutete noch nicht die Annexion, die in diesem Augenblicke noch nicht feststehen konnte, aber sie konnte doch zu der Annexion hinüberleiten. Man braucht nicht einmal die Rolle auszudenken, die Bennigsen als preußischer Zivilkommissar unter einem preußischen General nach den Berliner Weisungen gespielt haben würde, um den richtigen politischen Takt seiner Ablehnung zu begreifen. Bismarck verkannte die bundesstaatlichen Liberalen des Nationalvereins völlig, wenn

[1]) Nach dem vorstehenden ist die Erzählung von von Hassell II, S. 437: „Auf den Vorschlag der drei Führer der Liberalen, Bennigsen, Miquel und Grumbrecht, die am 18. Juni mit dem Anerbieten, die Regierung zu übernehmen, zu ihm gekommen waren, ging der preußische Oberbefehlshaber (Manteuffel) nicht ein" als eine Unmöglichkeit zu bezeichnen, wenigstens was die Beteiligung Bennigsens angeht.

er ihre revolutionäre Beihilfe so gut wie die der Magyaren Kossuth und Klapka in Anspruch nahm. Oder war es nicht bloß ein Irrtum, sondern lauerte auch hier ein diabolischer Hintergedanke? Wollte er etwa den Einfluß des Mannes nur benutzen, um ihn hernach, wenn er sich rasch verbraucht hatte, wegzuwerfen und damit zugleich den hannoverschen Fortschrittsmann in seiner Heimatprovinz für immer unmöglich zu machen? Selbst Leute, die Bennigsen nahestanden, haben später an eine solche Berechnung glauben wollen. Bennigsen selber wies die Annahme ab, und mit Recht. Es wäre zuviel Teufelei um nichts gewesen. Bismarcks Gedankengang war einfach genug. Wandte er doch dasselbe Rezept, durch Vermittlung Max Dunckers, bei dem Kurhessen Fr. Oetker an — und dieser, ein Mann, der keineswegs Annexionist war, sondern trotz aller seiner Erlebnisse doch noch lieber seinen Kurfürsten samt allen kurhessischen Eigentümlichkeiten in den künftigen Bundesstaat mit hinübergenommen hätte, wäre einer Rolle an der Spitze der Verwaltung nicht abgeneigt gewesen;[1] auch an Nebelthau in Kassel richtete der preußische General von Beyer einen ähnlichen Antrag.[2] Für Bismarck würde es allerdings ein wünschenswerter Uebergang gewesen sein, wenn die Annexion, falls sie der Okkupation folgen sollte, von vornherein durch die populären Namen und den Einfluß der Liberalen erleichtert worden wäre. Er war ja in der Zukunft auf die Mitarbeit der Nationalpartei gerade in diesen Gebieten angewiesen und zog sie hernach wieder heran; aber was nach dem Friedensschluß möglich war, konnte er während des Krieges selbst nicht erlangen, vielleicht auf dem Boden, den die kurhessische Dynastie ein Menschenalter lang verwüstet hatte, nicht aber in Hannover. Nur wenn diese Männer reine Unitarier gewesen wären, hätten sie aus ihrem politischen Gewissen das Recht und den Mut zur Annahme schöpfen können — die bundesstaatlichen Liberalen mußten sich Bismarck in dieser Stunde versagen. Und darum mochte ein wirklicher Unitarier wie Treitschke Bennigsens Ablehnung tadeln in der leidenschaftlichsten und zugleich auch einseitigsten Schrift, die er, mitten in der ungeheuren Erregung jener Tage, über die Zukunft der norddeutschen Mittelstaaten verfaßte.[3]

[1] Fr. Oetker, Lebenserinnerungen III, S. 431 ff., 437.

[2] Daselbst III, S. 439 f. Bennigsen in einem Briefe an seine Frau, 19. August 1886: „Oberbürgermeister Nebelthau in Kassel war ein alter Freund von mir aus dem Nationalverein und dem Reichstage ... 1866 beim Einrücken der Preußen hat Bismarck ihm ähnlich wie mir für Hannover angeboten, die Zivilverwaltung von Kurhessen zu übernehmen, was er in gleicher Weise und aus denselben Gründen abgelehnt hat."

[3] Freytag mahnte ihn am 19. Juli (Dove, Briefwechsel Freytags mit Treitschke, S. 112): „Seien Sie dabei gutherzig und hübsch sanft gegen den

Die politische Differenz der Männer, die häufig in den Jahren zuvor auf ein verwandtes Ziel hingearbeitet hatten und hernach in derselben Partei zusammenstanden, wird auch an dieser Stelle offensichtlich; der eine war Unitarier, der andre ausgesprochener Anhänger des konstitutionellen Bundesstaats; der eine, der Sachse, hatte sich schon längst aus dem heimatlichen Staatswesen herausgelöst, er kämpfte 1866 für die Annexion Sachsens und brach darüber mit seiner eignen Familie; der andre, der Hannoveraner, hatte in seinem heimatlichen Staate doch immer den festen Untergrund einer allgemein deutschen politischen Tätigkeit gefunden, er wünschte ihn in der ersehnten Neuordnung zu erhalten und sah ihn mit verhaltenem Schmerze untergehen.[1])

Im Laufe desselben 14. Juni fielen die Würfel in Frankfurt. Bennigsen wußte besser als ein andrer, was nun bevorstand. „Hier ist heute abend große Aufregung," schrieb er an seine Frau. „In Frankfurt ist mit 9 gegen 6 Stimmen der österreichische Antrag angenommen, Hannovers Bundestagsgesandter hat mit der Mehrheit gestimmt. Man befürchtet schon für die nächsten Tage die Besetzung Hannovers durch preußische Truppen. Der verblendete König und das

---

Nationalverein. Wir müssen mit den gegebenen Größen rechnen. Bennigsen, Fries, Oetker, Metz und Braun werden die Führer der antipartikularistischen Partei noch lange bleiben; sie sind, wie sie sind, unsre Helfer."

[1]) Für Bennigsen war die Ablehnung eine so selbstverständliche Sache gewesen, daß er durch jenen Tadel empfindlich berührt wurde und sich auch später von Treitschke, als sie Mitglieder derselben Fraktion waren, ersichtlich zurückhielt. Gegen Ende des Jahres 1877, in einer ähnlichen Situation, suchte Wehrenpfennig, mit dem Bennigsen über den Vorgang von 1866 gesprochen hatte, einen Ausgleich herbeizuführen. Treitschke schrieb darauf an Wehrenpfennig am 1. Januar 1878: „Zu meiner großen Freude sehe ich, daß ich selbst in der Zeit der höchsten patriotischen Erregung die Achtung, die ich immer gegen Bennigsen hegte, keinen Augenblick aus den Augen gesetzt habe. Lesen Sie, was ich am 30. Juli 1866 in der ‚Zukunft der deutschen Mittelstaaten' schrieb (‚Zehn Jahre deutscher Kämpfe' S. 130 unten): ‚Man mag es entschuldigen, daß Herr von Bennigsen am 15. Juni sich weigerte, die provisorische Regierung von Hannover, die Graf Bismarck ihm antragen ließ, zu übernehmen. In jenem Augenblicke war dem Uneingeweihten noch zweifelhaft, ob die preußische Regierung für den Vernichtungskampf gegen die Kleinstaaterei alle Kräfte des Staates einsetzen werde. Heute sind solche Zweifel durch die Tat widerlegt u. s. w.' Lesen Sie den ganzen Passus; Sie werden finden, daß ich sogar noch gemäßigter geschrieben habe, als ich vorhin selbst annahm. Dies ist überhaupt das einzige, was ich über jene Verhandlungen mit Bennigsen geschrieben; und wenn man behauptet, ich hätte ihm Feigheit vorgeworfen, so steckt nur eine der zahllosen Fortschrittsverleumdungen, die über mich umlaufen, dahinter. Es liegt mir viel daran, diese Verdächtigung zu beseitigen, und ich kann nur bedauern, daß ich nicht früher darüber unterrichtet worden bin."

elende Ministerium haben unter Beihilfe der bornierten Ersten Kammer den Staat Hannover zugrunde gerichtet." [1])

Noch einmal hielt er als Hannoveraner es für seine Pflicht, dem rollenden Rad in die Speichen zu greifen. Am andern Tage stellte er mit 47 andern Mitgliedern den schleunigen Antrag in der Zweiten Kammer, eine Adresse an den König zu richten mit dem dringenden Ersuchen: „1. Diejenigen Ratgeber der Krone, welche den verderblichen Schritt befürwortet haben, unverzüglich zu entlassen; 2. den Bundesbeschluß nicht zur Ausführung zu bringen; 3. jedes Heraustreten aus einer völligen Neutralität durch Parteinahme, sei es für Oesterreich, sei es für Preußen, ohne die dringendste Notwendigkeit zu vermeiden; 4. auf die schleunige Einberufung eines deutschen Parlaments hinzuwirken." In derselben Stunde trat Bismarck noch einmal vor diesen norddeutschen Mittelstaat, Krieg und Frieden in den Falten seiner Toga: Preußen erbot sich, gegen Rückführung der hannoverschen Truppen auf den Friedensfuß und gegen Zustimmung Hannovers zur Berufung des deutschen Parlaments, dem König Georg Gebiet und Souveränitätsrechte nach Maßgabe seiner Reformvorschläge zu gewährleisten und die Verteidigung Hannovers zu übernehmen: die Ablehnung dieses Ultimatums aber sollte den Krieg bedeuten. König Georg wählte den Krieg und erließ an seine Truppen den Befehl zum Abmarsch nach dem Süden; die letzten Versuche, seinen Sinn zu ändern — Bemühungen, an denen auch Bennigsen bis zum letzten Augenblick sich beteiligte [2]) —, fielen zu Boden, und in der Nacht vom 15. zum 16. Juni verließ der Mann, der als Christ, als Monarch und als Welf nicht anders handeln konnte, das Land seiner Väter.

Damit war auch die letzte parlamentarische Aktion Bennigsens gegenstandslos geworden. In der letzten Sitzung der hannoverschen Zweiten Kammer am Morgen des 16. Juni zog er seinen Antrag zurück: „Wir haben den Antrag gestellt, nachdem Hannover aus der Neutralität herausgetreten, nachdem es sich Oesterreich angeschlossen, für den Antrag Oesterreichs gestimmt hat, der in seinen Motiven den Bund und seine Armee für Oesterreich gegen Preußen aufstellt; Hannover hat

[1]) Bennigsen an seine Frau, 14. Juni 1866.

[2]) Ueber diese letzten persönlichen Bemühungen berichtet ein Wahlflugblatt vom Januar 1867: „Abermals in diesen Tagen bemühte sich Rudolf von Bennigsen. Er ging zu den Kollegien der Residenzstadt, zum Grafen von Bennigsen und andern, um durch eine Deputation den König Georg nochmals beschwören zu lassen ... Der eine betrachtete die Aufforderung aus dem Munde Rudolf von Bennigsens als ausgegangen von einem einseitigen Parteimann, der andre weigerte sich aus diesem, der dritte aus jenem Grunde. Rudolf von Bennigsen, den König Georg nie gehört, konnte nicht zu ihm gehen."

anders gestimmt, als die Mehrheit dieses Hauses es vor anderthalb Wochen gefordert hat, anders als die Nachbarstaaten, Oldenburg, Hansestädte, Mecklenburg, Braunschweig und die thüringischen Staaten; diese haben ihre Neutralität betätigt, festgestellt, daß sie nicht an einem Kriege sich beteiligen würden; von süddeutschen Staaten hat auch Baden seine Neutralität bewahrt; Hannover dagegen steht unter allen nord- und mitteldeutschen Staaten allein mit Kurhessen. Die Verantwortung für die Folgen dieses Schrittes überlassen wir den Ministern. Wir haben uns vergeblich bemüht, die unheilvollen Folgen abzuwenden. Noch in dieser Nacht haben die städtischen Kollegien, in Uebereinstimmung mit uns dem patriotischen Gefühle folgend, Vorstellungen in Herrenhausen eingebracht und den König gebeten, hierzubleiben und Maßregeln zu treffen, die sein Hierbleiben ermöglichen würden. Alles vergeblich. Der König ist abgereist nach dem Süden, ist den Truppen gefolgt mit dem Kronprinzen. Wir wissen nicht, wo der König und die Truppen sich befinden, ob er noch im Lande weilt, ob er im Lande bleiben wird... Die preußische Regierung hat vielleicht sehr willkommen diesen Vorwand ergriffen, um gegen diese Länder, die für den österreichischen Antrag gestimmt haben, militärisch einzuschreiten. Die Preußen sind bereits im Königreiche, und heut oder morgen wird die Stadt von ihnen besetzt sein; wir sind den Gewalttätigkeiten der Preußen widerstandslos preisgegeben. Das ist die Folge des Handelns der Regierung und der Abstimmung in Frankfurt. Wenn dieser Schritt Preußens auch rechtlos und gewaltsam ist, so mußte sich doch die Regierung sagen, daß ihr Auftreten gegen Preußen, das schon in Holstein sich Gewalttätigkeiten erlaubt hatte, diese Vergewaltigung zur notwendigen Folge haben werde. Welche Gründe die Regierung hatte, solchen Schritt zu tun, wissen wir nicht, ob überall Gründe vorlagen, wissen wir auch nicht, aber wir können behaupten, daß sie diese Folgen hat wissen müssen und daß wir sie auf die Folgen wiederholt aufmerksam gemacht haben. Nachdem der König die Residenz verlassen, ist es nicht mehr an der Zeit, unsern Antrag aufrechtzuerhalten, ein Beschluß kann jetzt nichts mehr nutzen. Wir können und wollen den Antrag nicht mehr aufrechterhalten in einem Augenblicke, wo Preußen das Land besetzt hat; denn das Land muß alles vermeiden, was aussieht, als wolle es eine Stellung für oder gegen Preußen, für oder gegen Oesterreich einnehmen. Auch sind alle Entschließungen ohne Einfluß, das Verderben hat seinen Lauf begonnen, die Entscheidung über die Zukunft liegt nicht mehr an den Höfen, liegt nicht mehr in den Ständen, die Entscheidung wird erfolgen auf den Schlachtfeldern des großen allgemeinen Krieges, der jetzt ausbricht. Wir können nur noch wünschen und die Hoffnung aus-

sprechen, daß nach so schweren, harten Zeiten die Zukunft wieder gesunde Zustände bringe, daß die Volkskraft erstarke, daß nicht mehr Militär und diplomatische Kunst entscheide, daß aus diesem Kampfe Deutschland aufstehe in neuer Kraft, in neuem Glanze!"

Wenige Wochen darauf war nicht nur das Schicksal Hannovers, sondern auch das Schicksal Deutschlands entschieden. Konnte Bennigsen für seine engere Heimat nichts mehr tun, so war er doch entschlossen, aus dem Zusammenbruch, der den Heimatstaat verschlang, wenigstens für seine deutschen Ideale in der künftigen Neuordnung etwas zu retten.

Er entschloß sich zu einer politischen Besprechung der Liberalen Hannovers und der angrenzenden Länder und hatte schon am 2. Juli sich in Kassel mit den kurhessischen Abgeordneten über ein gemeinsames Vorgehen verständigt.[1]) Da kam die Nachricht von der plötzlichen Wendung der österreichischen Politik zu Frankreich und die Gefahr einer französischen Einmischung in den deutschen Bruderkrieg. In diesem Moment zögerte er nicht, das Banner des Nationalvereins noch einmal wieder zu erheben: für den einigen Zusammenschluß Deutschlands nach außen hin, dem seit sieben Jahren voll Kampf und Enttäuschung alle seine Kräfte gewidmet waren. So beschleunigte er die geplante Besprechung und berief mit Miquel, Albrecht und von der Horst zum 12. Juli eine (nicht öffentliche) Zusammenkunft der norddeutschen Liberalen nach Hannover. Man einigte sich über eine Erklärung und eine Ansprache, die von zweiunddreißig Mitgliedern der hannoverschen Kammer und vielen andern Hannoveranern sowie den liberalen Führern aus Kurhessen, Bremen, Oldenburg, Braunschweig, Mecklenburg und Sachsen-Weimar unterzeichnet war.

In der Erklärung hieß es: „Preußen hat in den zerschmetternden Schlägen, mit welchen es den alten Kaiserstaat niederwarf, den Anspruch auf die militärische Leitung Deutschlands erobert. Nur eine Gesamtverfassung Deutschlands ohne Oesterreich, mit welchem nach wiederhergestelltem Frieden ein engeres Bundesverhältnis durch besondere Verträge geordnet werden kann, unter Uebertragung wenigstens des Militärwesens, der auswärtigen und Handelspolitik an die preußische Regierung und einer die einheitliche Leitung und die Mitwirkung der Nation sichernden Form, vermag für Deutschland eine achtunggebietende Stellung in Europa zu begründen und die Wiederkehr von Bürgerkriegen auszuschließen. Oesterreich hat den verräterischen Versuch ge-

[1]) R. Haym, Max Duncker, S. 395.

macht, durch Abtretung Venetiens an den Kaiser Napoleon die Einmischung Frankreichs in den Deutschen Krieg zu provozieren. Sollte der Kaiser der Franzosen es unternehmen, weiter als mit vermittelnden Ratschlägen in die deutschen Verhältnisse einzugreifen, sollte gar ein Bündnis Frankreichs mit Oesterreich zustande kommen, so muß die deutsche Antwort auf einen Angriff Preußens durch Napoleon der Nationalkrieg ganz Deutschlands gegen Frankreich sein. Vor der gemeinsamen Gefahr des Vaterlandes würden sicherlich alle Gegensätze schwinden, welche in Süddeutschland gegen Preußen und Norddeutschland bestehen, und welche überhaupt nur vorübergehend, künstlich geschürt durch die geschickten Anstrengungen aller reaktionären Mächte, zu einer so unheilvollen Erbitterung gesteigert werden konnten. Die friedlichen Aufgaben, welche der preußischen Regierung auf dem Gebiete deutschen Verfassungslebens gestellt sind, sind nicht minder groß und folgenschwer als die militärischen Aufgaben auf den Schlachtfeldern Böhmens; aber auch hier können wenige Wochen ausreichen, den Verfassungskonflikt in Preußen zu lösen, ein deutsches Parlament zu versammeln und, gestützt auf die energische Mitwirkung des preußischen und deutschen Volkes, den nicht wieder zu zerstörenden Grund zu einem freien deutschen Staatswesen und zu einer wahrhaft nationalen Politik zu legen."

Die Ansprache an das deutsche Volk war insbesondere an die Süddeutschen gerichtet: „An Euch, Ihr Brüder im Süden, ergeht unser Ruf. Mögen einzelne Eurer Regierungen die Souveränität, die sie dem Auslande verdanken, lieber dem Auslande opfern als der eignen Nation, mögen einzelne Fürsten noch einmal die Unterwürfigkeit unter den französischen Kaiser dem Verzicht auf Rechte vorziehen, welche die Entwicklung der Nation verhindern — Ihr werdet nicht dulden, daß der schmachvolle Verrat des Vaterlandes sich wiederhole."

An die Besprechung der norddeutschen Politiker schloß sich eine weitere der Hannoveraner unter sich, aus der die folgende, sog. Bennigsensche Erklärung[1]) hervorging:

„Wir Hannoveraner, zurzeit ohne Regierung und ohne Stände, haben gegenüber dem schweren Verhängnis, von welchem infolge des Bundesbeschlusses vom 14. v. M. unser Land und Heer betroffen sind, uns in schmerzlicher Zurückgezogenheit gehalten. Wir glauben aus derselben hervortreten zu sollen angesichts der Dinge, welche sich in

[1]) Das Manuskript dieser Erklärung in Bennigsens Papieren rührt weder von seiner noch von Miquels Hand, sondern von einer mir unbekannten Hand her; sie begann ursprünglich mit den Worten: „Wir unterzeichnete Mitglieder der am .. v. M. aufgelösten Zweiten Kammer der hannoverschen allgemeinen Ständeversammlung ..."

Böhmen vollzogen haben und an der Seine vorbereiten. Wir glauben der im großen und ganzen im hannoverschen Lande herrschenden Stimmung in Ermanglung anderweiter Vertretungsorgane Ausdruck zu verleihen, wenn wir nachfolgendes aussprechen:

1. Es war ein schwerer Mißgriff unsrer Regierung, als sie sich der süddeutschen Koalition gegen Preußen anschloß. Wir beklagen aufs tiefste die dadurch herbeigeführte verhängnisvolle Lage und die betrübenden Verluste unsrer braven Truppen; wir beklagen die dem Lande daraus erwachsenen drückenden Schädigungen; wir beklagen, daß, wenn einmal in dem Kampfe zwischen Oesterreich und Preußen der deutsche Nordwesten Partei ergreifen sollte und mußte, Hannover nicht gleich seinen Nachbarn die geschichtlich und geographisch allein gerechtfertigte Stellung an der Seite Preußens eingenommen hat.

2. Wir stimmen dem von Preußen aufgestellten deutschen Verfassungsplane bei, vorbehältlich der innerhalb der Reichsversammlung zu erledigenden Aenderungen. Die außerösterreichischen deutschen Lande bedürfen, das beweist die Gegenwart, einer einheitlichen Zusammenfassung in Leitung ihrer auswärtigen Angelegenheiten und ihrer Militärmacht. Welchen Widerstand hätten wohl die Mittel- und Kleinstaaten einem Angriffe Frankreichs entgegengestellt? Ist doch für unser Land dessen diplomatische und militärische Selbständigkeit nicht anders als verderblich geworden! Die außerösterreichischen deutschen Lande bedürfen ferner für Marine-, Zoll- und Handelssachen, Verkehr gemeinsamer Gesetzgebung, eventuell der einheitlichen Leitung; sie bedürfen der nationalen Vertretung. Solange Preußen und Oesterreich um den Vortritt in Deutschland rangen, war die Gewinnung dieser Güter eine Unmöglichkeit. Sie sind möglich erst nach dem schweren Kampfe, welchen Preußen um sie und seine Existenz — gottlob siegreich! — kämpft; sie sind möglich auf Grund des nunmehr ausführbaren preußischen Reformplanes. Keine Verstimmung über die durch eigne Mißgriffe herbeigeführte, zugleich unglückliche und ehrenvolle Katastrophe von Langensalza darf uns hindern, uns nachträglich gleich Oldenburg, Mecklenburg, Braunschweig, Bremen, Hamburg auf Preußens Seite zu stellen.

3. Ueber das Einheitsbedürfnis hinaus wollen wir bleiben, was wir sind — Hannoveraner mit selbständiger innerer, Finanz-, Kultus- und Justizverwaltung, unter unserm durch Jahrhunderte mit uns verbundenen, wenn auch unglücklich beraten gewesenen, angestammten Fürstenhause. Eben weil uns der preußische Reformplan nicht minder wie die Einheit in den der Einheit bedürfenden Dingen auch die partikulare Selbständigkeit in allem übrigen zusichert, können wir demselben zustimmen.

4. Sollte der Kaiser der Franzosen — abweichend von seiner in den letzten Jahren Deutschland gegenüber beobachteten einsichtsvollen Haltung — die jetzigen schweren Geburtswehen unsers Vaterlandes zu dessen Schädigung benutzen, dessen Neugestaltung aus sich selbst heraus hemmen wollen — nun denn! ein sichereres Heilverfahren zur Vollendung der deutschen Einheit gäbe es nicht! Wie in Preußen die inneren Gegensätze verschwinden in dem Riesenkampfe gegen Oesterreich und Süddeutschland, so würde dann Norddeutschland mit einer gegen Preußen nicht zurückstehenden Energie und ohne Frage, ernüchtert, auch Süddeutschland zusammenstehen gegen die Einmischung der Franzosen in Deutschlands Familienangelegenheiten! Selbst vorübergehende Demütigungen durch die Franzosen würden die Einigung Preußens mit dem nichtösterreichischen Deutschland und die schließliche Niederwerfung der Franzosen nur um so sicherer herbeiführen."

Indem man sich zu dem preußischen Bundesreformplan bekannte und zur nationalen Abwehr ausländischer Einmischung aufrief, suchte man von neuem die Massen um das alte Freiheits- und Einheitsprogramm zu scharen — aber die nächsten Nöte der Hannoveraner konnte man doch, wie die Dinge lagen, nur von weitem streifen. Der Antrag eines Mitgliedes des hannoverschen Magistrats, eine Adresse an den König zu senden, er möge dem Throne zugunsten seines Sohnes entsagen,[1]) stieß auf Widerspruch; auch die Versuche, eine ausdrückliche Erklärung gegen die Annexion zu vereinbaren, scheiterten, da die Ostfriesen und andre sich widersetzten;[2]) daß Bennigsen die Aufnahme

[1]) Auch Planck, der an der Versammlung nicht teilnahm, aber, nach einigen Bedenken, die Erklärung nachträglich unterschrieb, schrieb am 20. Juli 1866 an Bennigsen: „Wie die Sachen jetzt liegen, ist meines Erachtens die Gefahr, daß Hannover wenn nicht ganz, doch teilweise annektiert wird, groß. Sowohl in deutschem wie in hannoverschem Interesse würde ich das beklagen. Ein deutscher Einheitsstaat scheint mir — wenigstens für jetzt — nicht möglich; die Einheit läßt sich also nur in bundesstaatlicher Form erreichen. Je mehr Preußen annektiert, desto mehr wird das Ziel gefährdet; und daß dem hannoverschen Interesse eine Annexion oder Zerstückelung nicht entspricht, scheint mir ebensowenig zweifelhaft. Diese Gefahr kann vielleicht noch, vielleicht aber auch nur dadurch abgewandt werden, daß Hannover sich jetzt noch der preußischen Politik anschließt. Sollte da nicht der Versuch gemacht werden können und müssen, auf eine Entscheidung des Königs in diesem Sinne zu wirken oder, wenn dieser sich nicht dazu entschließen kann, ihn zu bewegen, zugunsten des Kronprinzen abzudanken, damit dieser den rettenden Schritt tun kann? Um darauf zu wirken, wäre aber eine Petition an den König, wie mir scheint, ein besseres Mittel gewesen wie die beschlossene Erklärung, oder hätte neben derselben ihren Platz finden können."

[2]) M. Busch, Das Uebergangsjahr in Hannover, S. 114 f.

eines solchen gegen die Annexion gerichteten Satzes verhindert habe, ist nach seiner eidlichen Zeugenaussage eine Erfindung. Welchen Nutzen hätte auch eine solche Adresse haben sollen! Wie konnte die Opposition auf den König mit einem Schritte Eindruck machen, mit dem gleich darauf die Ritterschaften scheiterten?[1] An dem Hofe des unbelehrbaren Königs genügten noch immer die Namen Bennigsen und Nationalverein, um das Entgegengesetzte ihrer Ratschläge zu tun. Als Graf Münster zusammen mit dem englischen Gesandten Sir Charles Wyke am 9. Juli dem Könige empfahl, nicht nach Wien zu fahren, sondern mit den Preußen Frieden zu schließen und mit dem Grafen Bennigsen über die Bildung eines neuen Kabinetts zu unterhandeln, war damit für den Grafen Platen nur bewiesen, daß Graf Münster vollständig unter dem Einfluß des Abgeordneten Rudolf von Bennigsen stände, wie auch der Engländer eng mit dem Grafen Bennigsen liiert sei, der wiederum politisch vollständig abhängig sei von seinem Vetter, dem Präsidenten des Nationalvereins: „alle Fäden führen hiernach auf Rudolf von Bennigsen und somit auf den Grafen Bismarck zurück."[2]

Resolutionen der nationalen und liberalen Opposition vermochten den Staat, den die Krone und die herrschende Klasse verspielt hatten, nicht mehr wiederherzustellen. Sie vermochten freilich auch nicht das hannoversche Volk, mitten in der bitteren Kriegserfahrung, mit dem nationalen Ziele über das, was man erlitten hatte, hinwegzutrösten; das zeigte gerade in den nächsten Tagen die Stimmung der erregten Massen. Aber nach einer andern Seite hin konnten diese ersten Versuche zur Sammlung der nationalen Partei von Wert sein.[3] Wenn den Nationalen die ungeheure Diversion nach dem Westen als die beste Lösung erschien, um über den Bürgerkrieg hinweg zur Einheit fortzuschreiten, so sah sich auch Bismarck jetzt vor die Frage gestellt, ob er nicht mit der Entfesselung des Nationalkrieges der Intervention Napoleons begegnen sollte. An dem Tage der hannoverschen Resolutionen hatte Benedetti den Ministerpräsidenten in Mähren überfallen: mit dem Furor teutonicus begann dieser den Franzosen zu schrecken. In diesem Zusammen-

[1] G. Graf zu Münster, Mein Anteil an den Ereignissen des Jahres 1866 in Hannover. Hannover 1868.

[2] Von Hassell II 2, S. 607.

[3] Rochau schrieb an Bennigsen, 16. Juli 1866: „Die hannoverschen Resolutionen werden auch hierzulande gute Wirkung tun. Der moralische und intellektuelle Boden ist sehr empfänglich dafür geworden. Eine wirkliche Agitation im Sinne derselben aber wird im großen Stile wohl kaum möglich werden, bevor in Berlin dies und das geschehen ist. Die Erwartungen und die Zweifel in bezug auf die weitere Haltung der preußischen Kabinettspolitik halten sich bei mir so ziemlich die Wage."

hange geschah es, daß der Preuße an demselben 12. Juli von neuem die Hand zu den Nationalen hinüberreichte. Jedenfalls im Auftrage Bismarcks lud der preußische Minister des Innern Bennigsen und einige seiner Freunde nach Berlin.

Graf Fr. Eulenburg an Bennigsen.[1])

Berlin, 12. Juli 1866.

Ew. Hochwohlgeboren beehre ich mich zu einer Besprechung über die Mittel und Wege einzuladen, welche in der gegenwärtigen Lage am meisten geeignet sein könnten, die nationale Selbstbestimmung Deutschlands zu sichern. Da die Zeit drängt, würde diese vertrauliche Beratung nicht später als am Montag, den 16. d. M., beginnen dürfen und würde ich mich Ew. Hochwohlgeboren verpflichtet fühlen, wenn Ihre Anwesenheit zu dem bezeichneten Tage mir gestattete, von Ihrer Kenntnis der deutschen Verhältnisse wie von Ihrer patriotischen Gesinnung Nutzen zu ziehen.

*

Ueber diese Besprechungen, zu der neben Bennigsen die Hannoveraner Miquel und Grumbrecht, die Kurhessen Oetker und Baehr und der Sachse Biedermann zugezogen wurden, ist Näheres nicht bekannt.[2]) Sie trugen einen unverbindlichen Charakter und verliefen nach Oetkers Mitteilung „ohne erhebliche Resultate". Es war eine Aussprache, in der die Liberalen betonten, daß eine Indemnitätsvorlage — mit der Bismarck bereits umging — die unbedingte Voraussetzung sei, das Vertrauen der gemäßigtliberalen Partei in Deutschland zu gewinnen;[3]) es ist zweifelhaft, ob die Frage der Annexionen überhaupt besprochen wurde; im Mittelpunkt standen wohl Mitteilungen über die auswärtige Lage und die Mittel, mit denen eine nationale Bewegung ihren Gefahren begegnen könne. Unmittelbar im Anschluß an die Besprechung, vermutlich auf Grund der hier erhaltenen Informationen, entschloß sich Bennigsen, die Sammlung der durch den Krieg aufgelösten nationalen Partei wieder aufzunehmen, indem er, zusammen mit Miquel und Oetker, bei dem Präsidenten des Abgeordnetentages, S. Müller in Frankfurt, den dring-

[1]) Das Schreiben wurde am 14. Juli von dem preußischen Zivilkommissar in Hannover, Grafen Hardenberg, an Bennigsen übersandt; ein gleichlautendes an Oetker (Lebenserinnerungen III, S. 452).

[2]) Planck fragte am 20. Juli: „Welche Eindrücke hast Du denn bei Deiner neulichen Anwesenheit in Berlin gehabt, und ist es wahr, daß du an der Ausarbeitung der Vorlage für das Parlament teilnehmen wirst?"

[3]) R. von Keudell, Fürst und Fürstin Bismarck, S. 303; Spahn, Zeitschr. für Politik, I, S. 411.

lichen Antrag stellte, den Abgeordnetentag auf Anfang August einzuberufen, um „entschieden für das Zusammenbleiben von Nord- und Süddeutschland bei der neuen Konstituierung Deutschlands ohne Oesterreich und für die Fernhaltung aller Rheinbundsgelüste zu wirken". Ein solcher Abgeordnetentag mit einem einmütigen Votum wäre, während der Ausgang der französischen Einmischung noch schwebte, auch für die Bismarcksche Politik das beste Mittel gewesen, Napoleon die letzte Lust zum Handeln zu benehmen. Bennigsens besondere Motive erhellen aus seinen Briefen an seinen Frankfurter Freund Passavant.

Bennigsen an Passavant.

Hannover, 18. Juli 1866.

Es ist die höchste Zeit, daß wir im Norden und Süden uns wieder zusammenzufinden suchen nach allen Hetzereien, in denen der Süden — und namentlich Eure Frankfurter Presse — das möglichste geleistet hat und den unseligen Einwirkungen eines sich hoffentlich zum Ende neigenden Krieges, welchen für die deutschen Mittel- und Kleinstaaten zu verhüten der letzte Abgeordnetentag sich leider vergeblich bemühet hat.

Hannover, 25. Juli 1866.

Wenn Du und Müller auch gegen den Antrag seid, so könnt Ihr doch meiner Ansicht nach nicht ablehnen, daß über denselben brieflich von den Ausschußmitgliedern abgestimmt werde, was ich mitbeantragt habe. Ihr mögt in Frankfurt mit Recht oder Unrecht über die Preußen erbittert sein, und die nachträgliche Forderung von 25 Millionen Gulden ist allerdings auch für eine so reiche Stadt etwas Unerschwingliches, es handelt sich aber um mehr als Frankfurt, um die Stellung von ganz Süddeutschland. Es ist sehr wahrscheinlich, daß wir in den nächsten Tagen die Friedenspräliminarien haben. In solcher Zeit kann die Stimme des Abgeordnetentags von großer Bedeutung sein. Wir Norddeutschen wollen die Mainlinie nicht. Wollt Ihr in Eurer Erbitterung Euch aber selbst abschließen, so arbeitet Ihr den in Berlin etwa vorhandenen Mainlinie- und den Münchner und Pariser Rheinbundsprojekten direkt in die Hände.

*

Die Frankfurter lehnten jedoch Bennigsens Antrag auf Einberufung des Abgeordnetentages ab. Nicht nur aus den äußeren Gründen, die infolge der preußischen Okkupation Frankfurts und der Fortdauer des Kriegszustandes in Süddeutschland gegen die Beschickung einer norddeutschen Tagung sprachen, sondern vor allem aus inneren Gründen. Was sollte,

so setzte S. Müller (der schon nach dem Abgeordnetentag vom 20. Mai unwillig aus dem Ausschuß des Nationalvereins ausgeschieden war) am 25./26. Juli Bennigsen in einem langen Briefe auseinander, denn der Abgeordnetentag tun? Gegen die drohende Einmischung Frankreichs protestieren? — wie unendlich oft hatte man das getan. Die Forderungen der deutschen Nation gegenüber den Kabinetten zur Geltung bringen? — wenn diese schon bisher keine Rücksicht auf den Abgeordnetentag nahmen, wie wird da ein Sieger, und ein solcher Sieger, sich irgend um seine Resolutionen bekümmern, wozu also abermals die eigne Ohnmacht offenbaren, um dann wieder nach Hause zu gehen? Oder schließlich für die Notwendigkeit des Zusammenbleibens von Nord und Süd eintreten? — auch ohne Abgeordnetentag werden alle politischen Männer gegen die Mainlinie wirken und dafür eintreten, daß unter allen Umständen das ganze Deutschland unter eine und dieselbe Zentralgewalt und Parlament gestellt werde. In einer erbitterten Schilderung wies der Frankfurter nach, daß zu der „süddeutschen Gereiztheit" in seiner Vaterstadt doch Ursache genug vorhanden sei: „Alle Behörden sind aufgelöst, jedes Gesetz wird beliebig verletzt, wir stehen unter der reinsten Militärdiktatur; unser Bürgermeister hat sich, weil ihm zugemutet wurde, den Denunzianten zu machen und nicht bloß Namen und Wohnung der Staatskörperschaften, sondern auch deren Privatverhältnisse anzugeben, erhängt; das bereits auf heute vormittag 9 Uhr angeordnete Leichenbegängnis mußte in die Nacht verlegt und die Stunde durfte nicht angezeigt werden (gleichwohl gingen über 2000 Bürger mit). Aber glauben Sie denn, daß diese Gereiztheit uns nun ganz umgewandelt, daß wir die politischen Gedanken, für die wir jahrelang gearbeitet und gekämpft, nun fallen lassen und irgend etwas zum Nachteil des Gesamtvaterlandes tun könnten? O nein, lieber Freund, lieber will ich von Preußen noch zehnmal ärger gedrückt, ja mißhandelt werden, als daß ich je meinen Beistand versagte, das Gesamtvaterland zu einigen und im Innern zu möglichst freier Entwicklung zu bringen, und so werden, das bin ich fest überzeugt, auch alle unsre Freunde im Süden denken und auch handeln, sobald Zeit und Gelegenheit dazu gekommen ist. Die obwaltende Gereiztheit wird aber nicht dadurch beseitigt, daß in dem Abgeordnetentag ein paar süße Redensarten ausgewechselt werden, sondern dadurch, daß man ihre Ursachen beseitigt, und dazu hat der Abgeordnetentag die Macht nicht."

Zweierlei lehrte diese Absage der Frankfurter: inmitten der rauhen Wirklichkeit des Krieges ließ auch der nationale Idealismus sich nicht ohne weiteres zum Leben erwecken, und unter diesen Männern, die der Macht der öffentlichen Meinung so inbrünstig vertraut hatten, begann

der Glaube an die Kraft der politischen Mittel, mit denen sie so lange gekämpft hatten, zu schwinden. Es zeugt für die Stärke des idealistischen Schwungs der Natur Bennigsens, daß er fast am längsten an ihnen festhielt. In einer öffentlichen Erklärung, welche die Behandlung Frankfurts verurteilte,[1]) gab er unter Darlegung der seinem Antrag entgegenstehenden Schwierigkeiten seinen Plan zunächst auf in der Hoffnung, in wenigen Wochen den Abgeordnetentag doch noch durchzusetzen. Der Glaube an das Vaterland ließ ihn auch in diesen Tagen, über alle augenblicklichen Schwierigkeiten hinweg, nur auf das große Ganze sehen. So schrieb er seinem Freunde Nagel: „Sehen Sie die Dinge nur nicht zu pessimistisch an. Die ganze Frankfurter Geschichte, so widerlich und nachteilig sie ist, ist doch nur eine sehr kleine Zwischenszene in einem großen Drama. Es ist ja auch Hoffnung, daß mit der unerschwinglichen Kontribution nicht Ernst gemacht wird. Das ungeheure Interesse, welches der Süden hat, mit uns im Norden zusammenzubleiben, wird sich schon wieder geltend machen. Eine effektive Macht, das zu hindern, haben weder Oesterreich noch Frankreich, am wenigsten die erbärmlichen süddeutschen Höfe." [2])

Statt des Abgeordnetentages berief er nun wenigstens den Ausschuß des Nationalvereins zum 4. August nach Braunschweig, wo auch der Handelstag und der Volkswirtschaftliche Kongreß damals zusammentraten. Ein Schreiben, das einer der Männer, mit denen

---

[1]) „Die Auferlegung einer so unverhältnismäßigen, ohne Ruin der Stadt Frankfurt unerschwinglichen Kontribution hat selbst in den Kreisen Norddeutschlands, in welchen die frühere Haltnng Frankfurts und seiner unwürdigen Presse große Erbitterung erregt, den peinlichsten Eindruck gemacht. Ist es aber eines großen Staates würdig, die Härte gegen ein kleines Gemeinwesen, gegen Schuldige und Unschuldige bis zu einer solchen Rache zu steigern, daß selbst im eignen preußischen Lande das Verfahren der Regierung mehr den Eindruck der Gereiztheit und Schwäche machen und überall dem durch glänzende Siege erworbenen Ansehen und Einfluß Preußens den empfindlichsten Abbruch tun muß?" — Am 18. August schrieb Bennigsen an seine Schwester: „Mit Frankfurt scheint es sich ja etwas besser zu gestalten, vermutlich weil die Preußen auch Frankfurt annektieren wollen. Varrentrapp, den ich in Berlin sprach, hat mir noch haarsträubende Einzelheiten erzählt. Das Ganze ist eine unerhört miserable Geschichte, unvernünftig in der Anlage und über die Maßen gemein in der Ausführung. Uebrigens machst Du Dir von der Erbitterung, welche in ganz Norddeutschland gegen Frankfurt, als die Brutstätte aller antipreußischen Hetzereien und Lügen und den Mittelpunkt einer vergifteten großdeutschen Politik, herrscht, nur eine schwache Vorstellung. Meine öffentliche Erklärung, welche dir nicht genügte, hat hier im Norden nach der andern Seite Anstoß erregt."

[2]) Bennigsen an Nagel, 26. Juli 1866.

Bennigsen einst den Nationalverein begründet hatte, zu diesem Tage an ihn richtete, liefert einen weiteren Beweis dafür, daß das Umlernen der Liberalen unter dem großen Erlebnis des Deutschen Krieges begonnen hatte.

von Unruh an Bennigsen.

Berlin, 3. August 1866.

... Es wird sich kaum leugnen lassen, daß die Wirksamkeit des Nationalvereins schon seit einigen Jahren eine sehr geringe, auf den Gang der Ereignisse fast einflußlose gewesen ist. Zu einer wirklichen Agitation hat es der Nationalverein nicht mehr gebracht. Einzelne Mitglieder haben, übereinstimmend mit dem letzten in Berlin gefaßten Beschluß des Ausschusses, in ihren Landesvertretungen für Neutralität und Nichtbewilligung der Geldmittel zur Mobilisierung gesprochen, mit Erfolg nur in Nassau. Dagegen hat das Referat von Metz in der darmstädtischen Kammer auf die preußischen Mitglieder des Vereins den übelsten Eindruck gemacht. Es hat sich als eine Illusion erwiesen, daß der Nationalverein eine Organisation sei, welche im Falle einer Krisis zu gemeinschaftlichem, übereinstimmendem Handeln in den einzelnen deutschen Staaten führen und ein Auseinandergehen wie 1859 verhüten solle. Daß zu diesem negativen Resultat die innere Politik der preußischen Regierung wesentlich beigetragen hat, ist augenscheinlich, ändert aber nichts an der Tatsache der Einflußlosigkeit des Vereins, *selbst bei seinen eignen Mitgliedern*. Ich würde mich daher auch an ferneren wirkungslosen öffentlichen Resolutionen nicht beteiligen können. Soll der Verein sich nicht auflösen, sei es ausdrücklich oder *unwillkürlich*, so muß er zeigen, daß er Macht und Einfluß zu gewinnen gelernt hat. Dazu bietet sich gerade jetzt Gelegenheit. Bismarck und die preußische Armee haben den Hauptpunkt des Programms des Nationalvereins: die preußische Spitze, durchgeführt, aber nur für Norddeutschland, und in diesem hört man bereits Stimmen (aus Hessen) für bloße *Personalunion*, also für den Partikularismus in andrer Form. Umgekehrt werden Stimmen in den süddeutschen Staaten laut gegen den Ausschluß aus dem Bundesstaat unter preußischer Führung. Es wird nun darauf ankommen, ob der Nationalverein imstande ist, eine *wirksame* Agitation für die *volle Realunion* von Hannover, Hessen, Nassau und Schleswig-Holstein mit Preußen und für den Anschluß von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt an den Bundesstaat, ähnlich der italienischen Bewegung von 1860, herbeizuführen und dadurch die Napoleonischen Pläne, wie dort, zu durchkreuzen. Wollen Hessen u. s. w. ihre besseren Verfassungen, die aber

auch niemals ausgeführt worden sind, der Realunion mit Preußen nicht opfern, den Preußen nicht helfen, eine bessere preußische Verfassung zu erkämpfen für das Ganze, und wollen die Südstaaten lieber Embyro eines neuen Rheinbundes werden als sich unter preußische Führung stellen, so können verklausulierte Resolutionen eines macht- und einflußlosen Vereins nichts helfen, sondern nur seine eigne Schwäche und Bedeutungslosigkeit dartun.

*

Die Braunschweiger Tagung des Nationalvereinsausschusses wurde schon am andern Tage wegen der Eröffnung des preußischen Landtages nach Berlin verlegt: man mußte jetzt dem Willen des Siegers folgen. Eine Erklärung vom 7. August fügte sich in die neuen Verhältnisse: „Auf den Trümmern des bisherigen Deutschen Bundes soll der Bundesstaat, der seit vielen Jahren das Ziel der nationalen Bewegung gewesen, unter Umständen aufgebaut werden, welche die Nationalpartei nicht gewollt hat und nicht voraussehen konnte . . . Ungeachtet aller glänzenden Erfolge auf dem Schlachtfelde bleibt die preußische Staatsgewalt auf die deutsche Nation ebenso angewiesen wie die deutsche Nation auf die preußische Staatsgewalt. — Daß der Eintritt in den neuen Bundesstaat dem Süden jederzeit offengehalten wird, betrachten wir als selbstverständlich. In der Hand vor allem des Volkes in Bayern, Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt liegt es, durch Beschleunigung der zu diesem Eintritt erforderlichen Schritte dem Rechte der Nation auf die ihr in der Reichsverfassung von 1849 verbürgte Staatsgemeinschaft zur Verwirklichung zu verhelfen."

Völk an Bennigsen.

Schachen bei Lindau am Bodensee, 21. August 1866.

Seit wir uns zuletzt in Frankfurt sahen, woselbst Sie der Urheber meiner Wahl zum Berichterstatter waren,[1]) die mir so vielerlei Böses und Gutes eingetragen, hat sich unsre deutsche Welt etwas auf den Kopf gestellt. Es scheint, daß wir nach der Mainlinie getrennt werden sollen und daß es uns nicht vergönnt ist, in das Parlament einzutreten. Wir können jedoch diesen Zustand nur als einen vorübergehenden betrachten, und wir werden nicht ruhen, bis wir die Aenderung zu unsern Gunsten und die Vereinigung mit dem Norden wiederhergestellt haben werden. Die Stimmung in einem großen Teile Bayerns ist dafür. In Volksversammlungen, die sich in Augsburg, Kempten,

[1]) S. o. S. 718.

Memmingen, ja selbst in München gegen die Trennung ausgesprochen haben, war die Anschauung eine einstimmige, daß die Trennung als ein nationales Unglück anzusehen, und ich habe all meine Kraft und das Vertrauen, das ich genieße, darangesetzt, um diese Stimmung zu befestigen. Sollte es aber nicht möglich sein, zurzeit zum Ziele zu gelangen, so bitten wir um eins: lassen Sie uns unsre Plätze im kommenden Parlamente offen, d. h. machen Sie die Sache so, daß es uns möglich bleibt, ebenfalls alsbald, also zu günstiger, hoffentlich nicht zu ferner Stunde, einzutreten, und namentlich graben Sie uns im Süden nicht durch zu weitgehenden Borussismus oder zu straffe unnötige Zentralisation den Boden unsrer Bemühungen ab. Ich habe in den Zeitungen Ihren Brief an Müller wegen Berufung des Abgeordnetentages gelesen, und ich bin damit einverstanden, daß wir diesen Organismus jetzt weniger als je aufgeben dürfen, wenn auch die Frankfurter mit Kolb gemeint haben, sie hätten ihn letzthin „mundtot" gemacht. Wir im Süden brauchen ihn jetzt erst recht, und ist dies auch die Ansicht von Hölder und Fetzer, die ich in den letzten Tagen sprach. Ob und wann die Zeit zur Berufung desselben gekommen sei, kann ich von hier aus nur schwer bemessen; ich habe aber deshalb auch an Schulze nach Berlin geschrieben. — Wollten Sie mir Ihre Ansicht über diese und andre Punkte mitteilen, so würden Sie mich dadurch sehr verbinden, haben wir ja schon so manches zur Erreichung des Zieles unsrer Sehnsucht gemeinsam gearbeitet, so daß mir der Gedanke, daß dies nun aufhören soll, ein unerträglicher ist.

Bennigsen an seine Schwester Baronin Luise von Leonhardi.

18. August 1866.

... Unsre hiesigen Zustände kommen, wie es heißt, in den nächsten Tagen zum Abschluß, allerdings sehr gegen die Wünsche des bei weitem größten Teiles der hannoverschen Bevölkerung. Den blinden König, welcher besser nie zur Regierung gekommen wäre und der nach der ungeheuern Katastrophe noch immer in einer an Wahnsinn grenzenden Verstocktheit sich befindet, wieder zu erhalten, würde allen Denkenden ein großes Unglück erscheinen. Hätte er aber rechtzeitig abgedankt und der Kronprinz mit Preußen einen Vertrag abgeschlossen, so würde alles für die politische Einheit Notwendige haben an Preußen kommen und viel Unheil dem Lande erspart werden können. Die Verblendung des Königs, welche ihn zunächst in ein für Hannover absolut unmögliches Bündnis mit Oesterreich trieb und ihn nun gar gegen die dringenden

Bitten seiner Familie, seiner Anhänger, seiner ganzen Umgebung, mit alleiniger Ausnahme der Solmse und Platen nach Wien reisen ließ, hat den Bismarckschen Annexionsplan so sehr gefördert, daß an dessen Ausführung in den nächsten Tagen kaum noch zu zweifeln ist. Der König in Wien in seiner Tollheit denkt freilich, in wenig Wochen hier wieder zu regieren, und beschäftigt sich bereits mit dem Plane, dann die roten Uniformen wieder einzuführen, mit denen die Armee das meiste geleistet habe!

Inzwischen verstärken die Preußen hier im Lande ihre Truppen sehr erheblich, um allen etwaigen Tumulten begegnen zu können. Versprochen ist freilich, im Falle der Annexion die möglichste Schonung gegen die besonderen Eigentümlichkeiten, Gesetze und Einrichtungen Hannovers zu beobachten und gegen Beamte und Offiziere jede irgend ausführbare Rücksicht einzuhalten. Es wird aber schwerlich ohne unangenehme Maßregeln und ohne länger dauernde Ausnahmezustände ablaufen, da die Schwierigkeiten des Uebergangs, selbst den besten Willen vorausgesetzt, sehr groß sind. Graf Bennigsen soll es vor kurzem abgelehnt haben, Gouverneur von Hannover zu werden, was ich in dem Falle bedauern würde, wenn ihm wirklich ausreichende Garantien für die richtige Behandlung des Landes zugestanden wären. Eine gleiche Offerte, welche Graf Bismarck mir zur Zeit des Einrückens der preußischen Truppen machen ließ, habe ich aus naheliegenden Gründen entschieden abgelehnt.

Die Thronrede, mit der König Wilhelm den preußischen Landtag eröffnete, hatte auch über das Geschick Hannovers entschieden. Wenige Wochen darauf folgte das Gesetz über die Annexion, das die jahrhundertelange Rivalität der beiden norddeutschen Fürstentümer ein für allemal entschied. Die Dynastie und ihre europäische Machtstellung hatten, davon gingen wir im Eingang dieser Biographie aus, diesen Staat geschaffen: die Dynastie hatte ihn jetzt wieder vernichtet, da die Persönlichkeit und Politik des Königs in den neuen deutschen Bundesstaat weniger hineinpaßten als die irgendeines seiner fürstlichen Genossen. Die große Epoche der deutschen Geschichte macht zugleich in dem politischen Leben Bennigsens den tiefsten Einschnitt. Auch in ihm heißt es nunmehr: „Novus rerum nascitur ordo.“

Es ist keine Frage, wie Bennigsen innerlich zu dem Untergang Hannovers stand. Als im Jahre 1862 Professor Pernice in der Zweiten Kammer in der Domänenfrage den Fall setzte, daß es einmal zu einer Mediatisierung Hannovers wie im Jahre 1806 kommen könnte,

hatte Bennigsen erwidert: „Gott möge eine solche Mediatisierung verhüten, wir alle hegen gewiß denselben Wunsch und jedes hannoversche Herz schlägt für ihn, daß das angestammte Herrscherhaus im Besitz dauernd bleibe"; er hatte aber betont, daß das nur möglich sein werde, wenn sich zwischen dem Rechtsgefühl des Herrschers und dem Rechtsgefühl des Landes keine Kluft auftue. Wohl kamen dazwischen Augenblicke, in denen er den Untergang der kleinen Staaten und Dynastien als ein unvermeidliches Endziel der gesamtdeutschen Entwicklung ansah. Als jedoch der Zusammenbruch wirklich heranrückte, war er weit entfernt von der Gesinnung der Annexionsadressen, die aus denjenigen Teilen Hannovers, die früher längere oder kürzere Zeit preußisch gewesen waren, aus Ostfriesland und Hildesheim, nach Berlin gingen. Er suchte sich noch nach der Katastrophe über die Unvermeidlichkeit der Annexion hinwegzutäuschen, wie das Zeugnis eines angesehenen welfisch gesinnten Hannoveraners bestätigt, der unmittelbar nach der Schlacht von Langensalza mit ihm zusammentraf.[1]) Es wird erzählt, daß Bennigsen, als er vom Grafen Georg Münster das Scheitern von dessen letzten diplomatischen Versuchen erfuhr, unter Tränen in die Worte ausbrach: „Nun ist die Selbständigkeit Hannovers für immer dahin." Der Schmerz war echt empfunden, weil dieser Führer der deutschen Nationalpartei doch zugleich auf das Innerlichste mit seinem Heimatsstaat und Heimatsboden verwachsen war.

Wie konnte es anders sein. Wie konnte er Sieg und Untergang der hannoverschen Armee anders als mit tiefem Schmerz ansehen. Seine Vorfahren hatten in ihr gedient, seine beiden Großväter und zuletzt noch sein Vater war 1813 in sie eingetreten, um ein Leben in

[1]) Geheimer Justizrat L. Abel in Hannover schrieb im Jahre 1904 an den Gouverneur R. von Bennigsen über dieses Gespräch: „Aber auch da noch widersprach Ihr Herr Vater dieser meiner Auffassung der Verhältnisse auf das Entschiedenste. Er meinte, es gebe noch viele andre Möglichkeiten, den König zu strafen für sein feindseliges Auftreten gegen Preußen. Man könne ihn zu einem ungünstigen Frieden zwingen. Man könne verlangen, daß er dem Thron zugunsten seines Sohnes entsage; aber eine Aufhebung des selbständigen, mit England in so nahen Beziehungen stehenden Königreiches, eine Einverleibung in Preußen würde man nicht wagen. Ich vermochte deutlich zu erkennen, in welchem hohen Maße der Gedanke, daß Hannover aufhören könne als selbständiges Königreich zu existieren, der ganzen Auffassung Ihres Herrn Vaters widerstrebte, deshalb lehnte er sich mit aller Macht gegen diesen Gedanken auf. Ich entsinne mich dieses Vorganges mit allen seinen Einzelheiten nach so vielen Jahren um deswillen so genau und sicher, weil ja später ihrem Herrn Vater von seinen Feinden der Vorwurf gemacht wurde, er habe das Aufhören der Selbständigkeit des Königreichs von Beginn an geplant, befördert. Ich sagte mir dann, wie unberechtigt ein solcher Vorwurf sei."

Ehren in ihr zu verbringen. Bei Langensalza hatten auch die Söhne der Calenberger Bauern gekämpft, deren politischer Führer er gewesen, denen er am fünfzigjährigen Erinnerungstage der Leipziger Völkerschlacht gelobt hatte, daß Ritterstand und Bauernstand treu zusammenhalten wollten; und als am nächsten 18. Oktober sein greiser Vater in das für ihn auf dem Gute Bennigsen erbaute „Neue Haus" einzog, ließen die Bauern durch den Pastoren ihm beim Einzuge in Erinnerung an jenes Gelöbnis erklären, „daß sie zu allem bereit seien, was Herr von Bennigsen von ihnen verlange". [1]) Aber auch seine eigne Familie traf die Trauer, die der deutsche Bürgerkrieg über manches deutsche Haus verhängte. Bennigsens einziger noch lebender jüngerer Bruder Wilhelm war 1860 in die preußische Armee getreten, der auch die Brüder des Vaters angehörten, ein frischer, lebenslustiger Mensch, für den der ältere Bruder in einer entscheidenden Stunde mit größter Aufopferung eingetreten war. Jetzt nahm er mit dem 12. Infanterieregiment an der Schlacht bei Gitschin teil und fand, tapfer kämpfend, von einem Schuß durch die Brust getroffen, den Heldentod. Einige Tage nach Königgrätz hatte Rudolf den greisen Eltern die Nachricht zu überbringen. Er traf seine Mutter mit seiner jüngsten Schwester im Garten von Bennigsen gehend und über ihre Sorgen und Befürchtungen für den Sohn sprechend. Da nahm er sie still und innig in den Arm und sagte nur: „Meine arme Mutter!" Und dann: „Ich habe einen Brief." Die tapfere Frau verstand ihn sofort, und indem er sie zu dem Vater geleitete, berichtete er ihr von dem Briefe, der keine Hoffnung mehr ließ, und stützte den unter der Wucht des Schlages fast zusammenbrechenden Vater, dem von seinen fünf Söhnen nur ein einziger geblieben war. Der Vater hing das preußische Ehrenkreuz, das nach dem Kriege eintraf, in der Bennigser Kirche auf; die ganze Nachbarschaft aber unterließ jede Teilnahmebezeugung, weil der Sohn als preußischer Offizier gefallen war. Aber in diesen Wochen erfuhren seine Angehörigen, wieviel tiefes Empfinden hinter der scheinbar kühlen Außenseite des Wesens Rudolf von Bennigsens schlummerte. [2])

So war er auch von der Seite des Gemütes mit den beiden kämpfenden Heereslagern verknüpft gewesen. Ob sich aber in den Stunden, wo die Heere marschierten und der Ruhm den Tod der Tapfern verschönte, nicht auch in ihm das Hannoveranertum, das Bernhardi kurz zuvor wider Erwarten in ihm entdeckt hatte, noch stärker regte? Ob hernach, als die hannoverschen Traditionen in den Staub sanken, nicht auch er fühlte, wie tief er in alledem wurzelte, ob nicht auch die Erd-

[1]) Charlotte von Bennigsen an ihre Schwester Luise, 18. Oktober 1864.

[2]) Aufzeichnung des Herrn Oberst von Müller.

farbe niedersächsischen Wesens durch die Gedanken des nationalen Politikers hindurchbrach? Wir wissen nicht, wie es in ihm aussah, aber wir wissen, wie er über all dieses persönliche Leid hinweg doch wieder den Kampf für die nationale Sache aufnahm, aufgerichtet durch den Glauben an die Wiedergeburt des großen Vaterlandes.

Der bitteren Erfahrungen waren noch nicht genug. Fortan galt er den gestürzten Machthabern als einer der Hauptschuldigen. Der König und seine Ratgeber witterten bis zuletzt bei seinem bloßen Namen das Unheil. Da der politische Haß ein Opfer brauchte, so schob man die Schuld nicht mehr auf diejenigen, die den verderblichen Krieg aufgenommen hatten, sondern auf den unermüdlichen Warner, der die Neutralität gewollt und den Untergang vermieden haben würde. In diesen Kreisen hörte man wohl das kindische Argument: Bennigsen habe wissen müssen, wie König Georgs Abneigung gegen ihn so groß gewesen, daß er mit Vorliebe das Gegenteil des von ihm Befürworteten getan habe; wenn er es ehrlich mit Hannover gemeint hätte, so hätte er für den Anschluß an Oesterreich sprechen müssen, dann würde der König von Bedenken dagegen erfüllt worden sein und die Katastrophe vermieden haben; die kleinen Leute aber erzählten sich nach dem Kriege, daß er nur noch in einem goldenen Rocke ginge, so viel preußisches Geld habe er bekommen. Der Adel der Nachbarschaft brach allen Verkehr ab, der bisher unter dem politischen Gegensatze nicht gelitten hatte, und verhängte einen gesellschaftlichen Boykott über sein Haus und das seiner Eltern; und wenn einer der alten Freunde einmal zu ihm kam, wie Graf Bremer, so tat er es bei Nacht. Alles das, da es nicht ihn allein persönlich, sondern seine ganze Familie traf, mußte Bennigsen innerlich verwunden. Seine Natur aber war es nicht, Haß mit Haß, Ungerechtigkeit mit Ungerechtigkeit zu erwidern; er konnte in seinem objektiven Zuge und in seiner vornehmen Gesinnung auch die Gegner verstehen und wurde später manchem trotz alledem ein hochherziger Helfer.

Bennigsen an seinen Schwager Baron Louis von Leonhardi.

Hannover, 30. Januar 1867.

. . . In Bennigsen leben die Verwandten diesen Winter im ganzen sehr still. Vater ist auch ab und zu unwohl, obwohl sein Befinden uns gerade keine Besorgnisse einflößt. Der Verkehr mit der Nachbarschaft, welcher ein sehr lebhafter war, hat seit vorigen Sommer ganz aufgehört wegen der so abweichenden politischen Ansichten und der sehr leidenschaftlichen Erbitterung, welche fast alle Mitglieder der hannoverschen Ritterschaften noch immer beseelt. Mir wird in diesen Kreisen

nächst Bismarck die größte Schuld an dem Untergang Hannovers beigemessen. Das ist freilich eine sehr unverständige Auffassung; eine Aenderung derselben wird aber noch längere Zeit erfordern, und diese Zeit durch Vorstellungen meinerseits abzukürzen, habe ich keine Lust noch Veranlassung. Eins muß ich aber bei unsern hannoverschen Standesgenossen anerkennen, welche sonst ihre Interessen mit ihrer politischen Haltung in die beste Uebereinstimmung zu bringen wußten. Die feindliche Haltung, welche sie gegen die preußische Regierung einnehmen, entspringt einer wirklich legitimistischen Gesinnung, bei dem klaren Bewußtsein, daß ihren Standes- und Familieninteressen dadurch wesentlicher Schaden geschieht: die preußische Regierung hatte bis anfangs Winter oder doch bis zum Spätherbst den besten Willen, politisch und persönlich ihren Frieden mit unsern Ritterschaften zu machen. Die Führer, wie Graf Münster, Graf Borries, Herr von Bothmer, von dem Knesebeck, waren — aus persönlich freilich sehr verschiedenen Motiven — zu einem Abkommen mit der Regierung geneigt. Aber das Gros des Adels gab seinem politischen Gefühl und nicht seinem Interesse nach und versagte den Führern. Das kann ich auch als politischer Gegner anerkennen.

*

Wer seinen Namen tiefer in die Tafeln der Geschichte seiner Nation eingräbt, hat auch ihre Geschicke an dem eignen Leibe schwerer zu tragen. Was ihn persönlich an Enttäuschung und Tragik traf, wog nicht so schwer wie die Erkenntnis, daß er auch in dem, was er für sein Volk hatte heraufführen wollen, gescheitert war, daß der Abschluß von 1866 für ihn und seine Freunde mehr als die Niederlage in einer einzelnen Aktion war: wie konnten sie sich verhehlen, daß auf fast allen Linien ein stärkerer Gegner sie überflügelt hatte.

Die bundesstaatlichen Ideale hatten sich nicht verwirklichen lassen. Die Entscheidung über Schleswig-Holstein hatte wirklich ein Zeitalter der Annexionen heraufgeführt und dem Geschlechte von damals schien die deutsche Entwicklung endgültig in der Richtung des Einheitsstaates zu laufen. Und indem Hannover das vornehmste Opfer der Annexion wurde, war Bennigsen von dieser Wendung unmittelbarer getroffen als seine meisten Parteigenossen, denn gerade hierdurch erschien seine Politik in einer falschen Gesamtbeleuchtung: als wenn sie von vornherein auf die Episode der Annexionen von 1866 und nicht vielmehr auf eine der gegenwärtigen analoge Form der Reichsverfassung losgesteuert wäre. Dieser Ausgang war nicht eine Sache innerer Notwendigkeit gewesen. Gerade heute, nachdem die einheitsstaatliche Flut wieder abgelaufen und der bundesstaatliche Charakter unsers Reiches

sich wieder kräftiger herausgearbeitet hat, sind wir objektiv genug geworden, um uns mit dem Gedanken zu befreunden, daß auch dieser Mittelstaat als dienendes Glied eines geschlossenen Ganzen sich hätte erhalten können.

Und nicht minder war man in dem Kampf um die freiheitliche Ausgestaltung des Vaterlandes unterlegen, nicht für immer, aber für lange. Die autoritären Gewalten des Staatslebens, in Preußen und Bismarck verkörpert, hatten gesiegt über die aufstrebenden selbsttätigen Kräfte des Volkes und des Fortschritts. Noch während der Kriegswochen schrieb Planck seinem Freunde Bennigsen: „Daß Preußen, welches unter diesem Junkerregimente gesiegt, nach dem Siege von selbst eine liberale Regierung erhalten sollte, ist mir innerlich höchst unwahrscheinlich, und wir werden, wenn auch die Einheit erreicht wird, aber mit jenem bitteren Zusatze (des preußischen Junkerregiments), der der Masse des Volks sofort fühlbar wird, während sie die Segnungen der Einheit nicht so bald fühlt, einen schweren Stand haben. Indessen das schadet nichts, bekommen wir nur die bundesstaatliche Einheit von ganz Deutschland, so ist das Schwerste überwunden, die Freiheit muß dann eben verdient und erarbeitet werden." [1]) Ebenso urteilte, wenn auch etwas hoffnungsvoller, gleich darauf Bennigsen selbst: „Auf einige Jahre von Provisorium und Uebergangsformen müssen wir uns in der deutschen Frage sowieso gefaßt machen, nicht minder vorläufig auf ein ziemlich starkes konservatives Regiment. Oesterreich und das mittelstaatliche Lager sind aber ein für allemal gründlich geschlagen. Das ist ein ungeheurer Gewinn. Einige Widerwärtigkeiten müssen wir schon mit in den Kauf nehmen. Waren wir doch in dem entscheidenden Augenblick nicht die Sieger, sondern unter den Zuschauern." [2]) Man fühlte, daß der Nationalverein aus einer Schwierigkeit in die andre geriet: „Erstens führt der Absolutismus ein Programm aus, das wir für den Liberalismus aufgestellt hatten; zweitens führt er es nur halb aus, weil er das ganze nicht zu leisten vermag; drittens überspringt er es aber auch, denn die Annexionen führen doch unabweisbar zum Einheitsstaat, während es dem Nationalverein unmöglich ist, diese Konsequenz auf seine Fahne zu schreiben. Das zweite Resultat ist für uns eine theoretische Genugtuung, aber das dritte bereitet uns praktische Schwierigkeiten, die bald genug zum Vorschein kommen werden." [3])

Indem Bennigsen auf diese sieben Jahre zurückblickte, mochte er zweifeln, ob die Methoden seiner Politik richtig gewesen waren. Es

[1]) Planck an Bennigsen, 20. Juli 1866.
[2]) Bennigsen an Nagel, 26. Juli 1866.
[3]) Prater an Nagel, 18. August 1866.

war seine doppelte Absicht gewesen, in Hannover die liberale Bewegung durch einen großen nationalen Zug zu beflügeln und zugleich seine und seiner Freunde nationale Bundesgenossenschaft von einer liberalen Aera in Preußen abhängig zu machen. Was in der Idee richtig angelegt war, schlug in der Praxis allzu leicht in eine doppelpolige Taktik um, die immer mehr der frischen Farbe der Entschließung entbehrte; als die Voraussetzungen der Berliner Politik wegfielen, war sie in sich gelähmt, und als in der Entscheidungsstunde statt der Revolution von unten, mit der man wohl die kleinen Machthaber geängstigt, die Revolution von oben kam, stand man unentschlossen zwischen den Parteien und hatte in dem Ringen der alten und der neuen Kräfte deutschen Staatslebens selbst keine Realitäten in die Wagschale zu werfen.

Diese Taktik war gescheitert. Waren aber nicht sogar die politischen Ideale des Liberalismus unterlegen, weil sie zu leicht befunden waren? Eben damals hielt der Historiker Hermann Baumgarten dem deutschen Liberalismus sein Sündenregister vor: „Durch Freiheit zur Einheit, so lautete die Parole. Sie schien so einleuchtend wie möglich und war doch eine handgreifliche Schimäre. Denn das Freiheitsideal der Deutschen in den Kleinstaaten trug wesentliche Züge der Staatslosigkeit; es war ausgestattet mit unendlichen Rechten und bescheidenen Pflichten, es verwechselte vielfach die Ansprüche eines ungebundenen Individualismus, unsres gefährlichsten Uebels, mit den Forderungen eines gesunden Bürgersinnes.“[1] Was jetzt in dem Lager der Liberalen einer nach dem andern erkannte, hatten die politischen Köpfe von rechts und links schon lange vorausgesehen: Bismarck sowohl wie Lassalle wußten, daß der entschlossene Wille des einzelnen, der die Massen meistert, schwerer wiegt, als eine Staatskunst, die der öffentlichen Meinung gegenüber zugleich Führer und Geführter sein wollte. Wie war ein so realpolitisch veranlagter Mann wie Bennigsen manchmal in die Irre gegangen, weil seine konstitutionelle Doktrin nicht durch die Schule eines großen Staatslebens gegangen war, sondern zwischen der mittelstaatlichen Wirklichkeit und den Träumen eines zukünftigen großen Reiches hin und her geworfen ward.

Trotz alledem hatten Bennigsen und die Männer der Nationalpartei sich nicht nur als Besiegte zu fühlen: ein gutes Stück ihrer politischen Ideale war trotz alledem verwirklicht und ihnen, nicht ihren partikularistischen Gegnern, gehörte die Zukunft. Und so hat auch die Geschichte, die ihnen den Lorbeer, um den sie rangen, versagen muß, doch auch den positiven und bleibenden Teil ihrer historischen Leistung

[1] Der deutsche Liberalismus. Eine Selbstkritik. Berlin 1867.

anzuerkennen. Auch diese letzte Gruppe der Vorbereiter unsres Nationalstaates, die im Schatten Bismarcks steht, muß zugleich im Lichte unsrer nationalen Einigungsgeschichte gesehen werden.

Waren auch die schöpferischen Ideen, die sie vertraten, nicht ihr Eigentum, sondern vielmehr ein übernommenes und nur erweitertes Erbe, wurde auch die schöpferische Tat von einem Stärkeren ihnen schließlich aus der Hand genommen, so blieb ihnen doch das Verdienst, den Gedanken dieses neuen Reiches in einer aufopfernden politischen Erziehungsarbeit in die Herzen von Hunderttausenden zu pflanzen, und damit auch die Tat vorbereiten zu helfen, das unpolitische deutsche Bürgertum, dessen Mattheit Bennigsen so oft beklagte, mit einem politischen Anteil am Vaterlande zu durchtränken, überhaupt erst ein breiteres öffentliches Leben bei uns zu schaffen. Man denke sich einmal diese ganze nationale Bewegung aus der Geschichte der sechziger Jahre hinweg und nur den dämonischen Willensmenschen allein die Geschicke unsres Volkes lenken, und man begreift, daß das eine doch zu dem andern gehörte. Und auch die ersten Versuche zu einer historischen Erfassung der letzten Jahre, die damals der alte Reyscher in seiner Schrift „Von den Ursachen des Deutschen Krieges" vornahm, sprachen bereits die Ansicht aus, Bismarck würde nicht so weit gegangen sein, wenn er nicht auf die nationale Partei einigermaßen hätte rechnen können.[1]) Nach außen hin haben diese Männer, die Bismarck bis aufs äußerste bekämpften, ihm sein Werk tatsächlich erleichtert. Wie hat doch die Sorge der auswärtigen Mächte vor der unwiderstehlichen Lebenskraft des deutschen Nationalwillens ihnen die Sicherheit benommen, um Bismarcks verwegenem Spiel in der schleswig-holsteinischen Frage zu begegnen; man braucht nur die Berichte der englischen Gesandtschaften in Deutschland zu lesen, um zu erkennen, woher die heilige Scheu des Auslandes stammte, dieses heiße Eisen anzufassen. Und noch mehr: die deutsche nationale Bewegung mit ihren freiheitlichen und volkstümlichen Idealen schuf unsrer Einigung auch Sympathien, die eine ganz von ihr losgelöste preußische Eroberungspolitik niemals hätte gewinnen können: Sympathien, wie wir sie im Anteil der Nationalpartei an der gleichartigen Bewegung in Italien oder dem Einheitskampfe in Amerika beobachteten. Es sind Dinge, die im Zeitalter Bismarcks von uns geringer geschätzt wurden, und doch im Leben der Völker Imponderabilien von wachsender Bedeutung sind.

Die Nationalpartei hatte es nicht vermocht, das Wesen ihres Nationalstaates aus der Idee in die Wirklichkeit zu überführen: aber

[1]) Reyscher an Nagel, 25. Januar 1867.

seine Formen standen nun doch im wesentlichen so da, wie sie sie gewollt hatten, ein Bundesstaat unter preußischer Leitung, unter Hinausdrängung Oesterreichs, noch unfertig zwar, aber auf dem Wege, und neben der Zentralgewalt das Parlament: dem Bilde des künftigen Deutschlands, das allen diesen Männern vor der Seele geschwebt hatte, war die Gegenwart, die nun heraufzog, unendlich näher als dem untergegangenen Ideal der Anhänger des Staatenbundes und der souveränen Mittelstaaten. Den Partikularisten gegenüber waren sie die Sieger, die besseren Politiker, die Männer der Zukunft. Freilich, an den eigentlichen Sieger mußten sie heranrücken und seiner politischen Gedankenwelt sich in etwas anpassen. Dann mochten sie hoffen, der von ihm neugeschaffenen Form des Reiches auch von ihrem Geiste mehr als einen Hauch einzuflößen.

Zum Schluß noch eins: unvergänglicher als die Resultate politischer Arbeit bleibt die Kraft und die Hingebung des Strebens, das als lebendiges Fluidum auch in den neuen Abschnitt der Volksgeschichte hinüberströmte. Großes und idealistisches Wollen ist nicht wieder auszulöschen, und künftige Geschlechter zehren davon, ohne es zu wissen. So konnte auch der Führer der Nationalpartei von 1859 bis 1866, Rudolf von Bennigsen, als er diesen an Enttäuschungen so reichen Abschnitt seines Lebens schloß, doch von dem Erreichten sagen: Quorum pars fui magna.

Sammlung zeitgenössischer Denkwürdigkeiten

Fürst Hohenlohes Denkwürdigkeiten. Im Auftrag des Prinzen Alexander zu Hohenlohe-Schillingsfürst herausgegeben von Friedrich Curtius. 2 Bände. Geheftet M 20.—, 2 Halblederbände M 24.—

General-Feldmarschall Freiherr von Loë, Erinnerungen aus meinem Berufsleben.
2. Auflage. Geheftet M 5.—, gebunden M 6.—

Albrecht von Stosch, Denkwürdigkeiten. Briefe und Tagebuchblätter. Herausgegeben von Ulrich von Stosch.
3. Auflage. Geheftet M 6.—, gebunden M 7.—

Die Aera Manteuffel. Federzeichnungen aus Elsaß-Lothringen. Von Alberta von Puttkamer unter Mitwirkung von Staatssekretär a. D. Max von Puttkamer.
Geheftet M 5.—, gebunden M 6.—

Dan. Freiherr von Salis-Soglio, Mein Leben und was ich davon erzählen will, kann und darf. 2 Bände.
Geheftet M 20.—, gebunden M 22.—

Fürst S. D. Urussow, Memoiren eines russischen Gouverneurs. Kischinew 1903—1904. Geheftet M 4.—, gebunden M 5.—

Bertha von Suttner, Memoiren. Mit 3 Bildnissen der Verfasserin. Geheftet M 10.—, gebunden M 12.—

Robert von Mohl, Lebenserinnerungen. 1799—1875. 2 Bände. Mit 13 Bildnissen. Geheftet M 10.—, gebunden M 12.—

J. von Kopf, Lebenserinnerungen eines Bildhauers.
Geheftet M 8.—, gebunden M 9.—

A. F. Graf von Schack, Ein halbes Jahrhundert. Erinnerungen und Aufzeichnungen. 3 Bände.
3. Auflage. Geheftet M 15.—, gebunden M 18.—

Franz von Lenbach. Von W. Wyl. Gespräche und Erinnerungen. Mit fünf Bildnissen und einem Brieffaksimile.
4. Tausend. Geheftet M 3.—, gebunden M 4.—

Theodor Gomperz, Essays und Erinnerungen.
Geheftet M 7.—, gebunden M 8.—

Gehaltvolle Bücher fürs deutsche Haus

Max Eyth, Der Schneider von Ulm. Geschichte eines zweihundert Jahre zu früh Geborenen. Roman. 2 Bände.
10. Tausend. Geheftet M 8.—, gebunden M 10.—

Max Eyth, Hinter Pflug und Schraubstock. Skizzen aus dem Taschenbuch eines Ingenieurs. Volksausgabe in einem Bande.
38. Auflage. Geheftet M 4.—, gebunden M 5.—

Ludwig Finckh, Der Rosendoktor. Roman.
13. Auflage. Geheftet M 2.50, gebunden M 3.50

Ludwig Finckh, Rapunzel. Erzählung.
5. Tausend. Geheftet M 2.50, gebunden M 3.50

Wladan Georgewitsch, Golgatha. Ein Balkan-Roman.
Geheftet M 6.—, gebunden M 7.—

Joh. Rich. zur Megede, Quitt. Roman.
17.—19. Tausend. Geheftet M 5.—, gebunden M 6.—

Joh. Rich. zur Megede, Modeste. Roman.
9.—11. Tausend. Geheftet M 4.—, gebunden M 5.—

Fritz Nassow, Die drei Gemälde des Lipps Tullian.
2 Bände. 2. Auflage. Geheftet M 6.—, gebunden M 8.—

Adolf Schmitthenner, Das deutsche Herz. Roman.
6. 8. Tausend. Geheftet M 4.—, gebunden M 5.—

August Sperl, Richiza. Roman. 3. Auflage.
Geheftet M 4.50, gebunden M 5.50

August Sperl, Hans Georg Portner. Eine alte Geschichte. Volksausgabe. 12. Auflage. Geheftet M 4.—, gebunden M 5.—

Friedrich Theod. Vischer, Auch Einer. Eine Reisebekanntschaft. Volksausgabe in einem Bande. 34. Tausend. Geheftet M 4.—, geb. M 5.—

Jakob Wassermann, Caspar Hauser oder Die Trägheit des Herzens. Roman. 6. Auflage. Geheftet M 6.—, gebunden M 7.—

Ernst Zahn, Die Clari-Marie. Roman.
11.—13. Tausend. Geheftet M 4.—, gebunden M 5.—

Ernst Zahn, Lukas Hochstraßers Haus. Roman.
21. bis 25. Tausend. Geheftet M 3.50, gebunden M 4.50

172740
Bennigsen, Rudolf von
Oncken, Hermann
Rudolf von Bennigsen.
Vol. 1.
NAME OF BORROWER
HG.B
B4726
.Ynz

University of Toronto
Library

DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET

Acme Library Card Pocket
Under Pat. "Ref. Index File"
Made by LIBRARY BUREAU